

**Quellen zur Geschichte
des Parlamentarismus und der politischen Parteien**

ERSTE REIHE

Quellen zur Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Erste Reihe

Von der konstitutionellen Monarchie
zur parlamentarischen Republik

Im Auftrage der Kommission
für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

herausgegeben von

Werner Conze und Erich Matthias

BAND 8

Der Friede von Brest-Litowsk

Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des
Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden
Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages



DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Der Friede von Brest-Litowsk

Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk
des Untersuchungsausschusses der
Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung
und des Deutschen Reichstages

bearbeitet von Werner Hahlweg



DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

© Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn
1971

Gesamtherstellung: Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH
Printed in Germany

Inhalt

	Seite
Vorwort der Herausgeber	VII
Vorbemerkung.	IX
Einleitung	
A. Der zweite Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages.	XIII
B. Das Werk des zweiten Unterausschusses über Brest-Litowsk	XXXIV
C. Zur Einrichtung der Edition	XLIII
Verzeichnis der Archivalien	XLVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLVIII
Verzeichnis der Dokumente	LVII
Sitzung des zweiten Unterausschusses am 11. Mai 1923	3
Abschnitt I: Die Waffenstillstandsverhandlungen (8. 11. 1917 bis 15. 12. 1917) Dokumente 1—77.	13
Abschnitt II: Die Friedensverhandlungen bis zur Weihnachtspause (16. 12. 1917 bis 27. 12. 1917) Dokumente 78—116.	117
Abschnitt III: Die Politik der Mittelmächte während der Weihnachtspause (28. 12. 1917 bis 7. 1. 1918) Dokumente 117—168	167
Abschnitt IV: Die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen bis zum „Faustschlag“ des Generals Hoffmann (9. 1. 1918 bis 12. 1. 1918) Dokumente 169—188	229
Abschnitt V: Die Friedensverhandlungen bis zum Bruch mit dem Führer der russischen Delegation Trockij (13. 1. 1918 bis 10. 2. 1918) Dokumente 189—302	305

Abschnitt VI: Die Kündigung des Waffenstillstandes und der deutsche Vormarsch gegen Rußland (11. 2. 1918 bis 28. 2. 1918)	
Dokumente 303—376	547
Abschnitt VII: Die Unterzeichnung und Ratifizierung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk (1. 3. 1918 bis 28. 8. 1918)	
Dokumente 377—424	633
Anlage 1: Hinterlassenes Werk des zweiten Unterausschusses	707
Anlage 2: Bisherige Akteneditionen zum Frieden von Brest-Litowsk . . .	716
Kartenskizze des Gouvernements Cholm	718
Register	721

Vorwort der Herausgeber

Daß der vorliegende Band im Rahmen der Ersten Reihe der „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ erscheint, bedarf einer Erläuterung. Die Dokumentation, die seinen Hauptinhalt bildet, macht außenpolitische Zeugnisse zugänglich. Doch diese Zeugnisse werfen gleichzeitig ein bezeichnendes Licht auf die innenpolitischen Kräfteverhältnisse des kaiserlichen Deutschland in der Periode der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk, indem sie nicht zuletzt die Vorherrschaft der Militärs über die Politiker demonstrieren. Insofern hat diese außenpolitische Edition einen innenpolitischen Kern, ebenso wie die innenpolitische Edition über den „Interfraktionellen Ausschuß“ (Band I/I und I/II der gleichen Reihe) gerade für die Zeit der Brest-Litowsker Verhandlungen viele außenpolitische Informationen enthält.

Schon dieser Gesichtspunkt sprach dafür, die Editionen über den Frieden von Brest-Litowsk und den Interfraktionellen Ausschuß, die sich inhaltlich verzahnen, durch die Aufnahme in die gleiche Quellenreihe miteinander in Verbindung zu bringen.

Doch der von Herrn Prof. Dr. Werner Hahlweg edierte Band über Brest-Litowsk ist nicht nur als Quellensammlung für den Ersten Weltkrieg bedeutsam, sondern er stellt, bedingt durch die Entstehung der hier edierten Sammlung, zugleich ein Stück deutscher Parlamentsgeschichte der Weimarer Republik dar; zeigt er doch, in welcher Weise sich der 2. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstages für die Schuldfrage des Ersten Weltkrieges mit den Verhandlungen von Brest-Litowsk auseinandersetzte. Die umfangreichen Materialien des 2. Unterausschusses, der für die Friedensmöglichkeiten im Laufe der Kriegsjahre zuständig war und neben dem 4. Unterausschuß, der sich mit den Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918 befaßte, als wichtigstes Glied des aus insgesamt vier Unterausschüssen bestehenden Untersuchungsausschusses anzusprechen ist, sind mit Ausnahme des Dokumentenwerks über die Friedensaktion des Präsidenten Wilson bisher sämtlich unveröffentlicht geblieben.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß Werner Hahlweg nunmehr den Brest-Litowsk-Band des 2. Unterausschusses in einer sorgfältigen Edition der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich macht und gleichzeitig in seiner Einleitung die Geschichte des 2. Unterausschusses darstellt.

In diesem Zusammenhang mag erwähnt sein, daß eine weitere, soeben erschienene Edition, nämlich die durch Martin Schumacher bearbeiteten „Erinnerungen und Dokumente“ von Joh. Victor Bredt (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe: Die Weimarer Republik. Hrsg. von K. D. Bracher, E. Matthias und R. Morsey) ebenfalls von erheblichem Wert für die Geschichte des Untersuchungsausschusses ist (vgl. S. 41 ff. und S. 208 ff.), in dessen 4. Unterausschuß Bredt eine führende Rolle spielte.

Heidelberg und Mannheim, im Juli 1970

Werner Conze Erich Matthias

Vorbemerkung

Für freundlich gewährte Unterstützung bei dem Zustandekommen der vorliegenden Edition durch großzügige Aktenvorlage, Auskunftserteilung oder fruchtbar weiterführende Beratungen hat der Bearbeiter zu danken dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, insbesondere Herrn Vortragenden Legationsrat I. Kl. Dr. J. Ullrich, dem verstorbenen Leiter des Politischen Archivs und Historischen Referates; Herrn Vortragenden Legationsrat I. Kl. Dr. H. G. Sasse, Leiter des Politischen Archivs und Historischen Referates; Herrn Legationsrat Dr. K. Weinandy, Stellvertretender Referatsleiter; Herrn Dr. E.-G. Lange; Herrn Dr. Th. Gehling; dem Deutschen Zentralarchiv in Potsdam; dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien, besonders Herrn Staatsarchivar I. Kl. Dr. R. Neck; Herrn Professor Dr. W. Conze; Herrn Dr. A. Milatz, Generalsekretär der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“; Herrn Professor Dr. R. Morsey; Herrn Botschafter a. D. Dr. F. v. Twardowski. Besondere Förderung durch kritische Diskussionen und sachdienliche Hinweise verdankt die Arbeit Herrn Professor Dr. E. Matthias. Weiterhin bin ich Herrn Dr. H. Potthoff für seine wertvolle Mitarbeit zu Dank verpflichtet, ebenso meinem Assistenten Herrn St.Ass. P. Schemitzek.

Nicht zuletzt ist der Herausgeber der „Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität“ für wiederholt gewährte Forschungsbeihilfen zu Dank verbunden.

Werner Hahlweg

Einleitung

A. Der zweite Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages

I.

Nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches im November 1918 sahen es die neue parlamentarisch-demokratische Reichsregierung und die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung als eine drängende, vor ihr liegende Aufgabe an, das Geschehen der Jahre 1914/18 im Hinblick auf das Verhalten der verantwortlichen obersten politischen und militärischen Führungskreise Deutschlands in jenem Zeitabschnitt kritisch zu durchleuchten. Hier stellte sich die Frage, wer an dem Verlust des Krieges schuldig sei.¹⁾ Hinzu kam die Aufgabe, Abrechnung mit dem vergangenen System zu halten, und zwar auf der Ebene der politischen Auseinandersetzung: im Sinne letztlich eines wenn auch nur in bescheidenen Ansätzen spürbaren Aktes der Revolution selbst, wie es *Fischer-Baling*, der ehemalige Geschäftsführer des Untersuchungsausschusses für die Schuldfragen des Ersten Weltkrieges, ausdrückte.²⁾

In diesem Zusammenhang muß die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in Stärke von 28 Mitgliedern auf Grund des Artikels 34 der Weimarer Verfassung gesehen werden, die gemäß einem Antrag des 8. (Verfassungs-) Ausschusses am 20. August 1919 auf der 84. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung erfolgte. Dieser Untersuchungsausschuß, der die Nummer 15 erhielt³⁾, trat am Tage darauf erstmalig zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.⁴⁾

In einer „Aufzeichnung“ vom 3. Mai 1921 des Konsuls *Dr. Theodor Weber*, Vertreter der Reichsregierung (Auswärtiges Amt) bei dem neugegründeten Untersuchungsausschuß⁵⁾, heißt es, der Untersuchungsausschuß sei eingesetzt worden mit der Aufgabe, „die Vorgänge festzustellen, die zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt

¹⁾ Vgl. Heilfron, 7. Bd., S. 253 ff., 68. Sitzung, Montag, 28. 7. 1919, Große politische Aussprache über die Frage der Schuld am Kriegsausbruch und Kriegsverlängerung.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang den die politische Gesamtsituation treffend umreißen, in Einzelangaben jedoch nicht immer zuverlässigen Aufsatz des ehem. Geschäftsführers des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses *Fischer-Baling*, Der Untersuchungsausschuß, S. 117 ff. — Eine umfassende, auf der Auswertung des einschlägigen Aktenmaterials beruhende Darstellung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, seiner Geschichte, seiner Organisation und seiner Tätigkeit im einzelnen liegt bisher noch nicht vor.

³⁾ Der Untersuchungsausschuß, immer mit den Wahlperioden neu gebildet, erhielt weiterhin die Nummern 12 (1920—1924), 19 (1924) und 20 (1924—1925); vgl. WUA Vierte Reihe, Erste Abt., Bd. 1, S. 7 ff.

⁴⁾ Zu den Verhandlungen über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses im einzelnen vgl. Heilfron, 8. Bd., S. 150 ff., 84. Sitzung, Mittwoch, den 20. August 1919.

⁵⁾ Vertreter der Reichsregierung/Auswärtiges Amt beim Untersuchungsausschuß vgl. unten S. XX f.

haben“.⁶⁾ Dabei seien die Rechtsparteien mit ihrer Auffassung in der Minderheit geblieben, einen aus Fachleuten — Historikern, Völkerrechtslehrern und Juristen unter Hinzuziehung auch von Parlamentariern — zusammengesetzten Untersuchungsausschuß zu bilden.⁷⁾

In der Tat wurde der Untersuchungsausschuß auf rein politisch-parlamentarischer Grundlage geschaffen. Dies bedeutete zugleich im Hinblick auf die vorgesehene Art seiner Tätigkeit, daß man von ihm weniger die Abfassung wissenschaftlicher Abhandlungen als vielmehr eine „Enquete“ forderte: die Feststellung der Fragen sowie die Reihenfolge ihrer Beantwortung hatten nicht „historisch“-chronologisch, sondern nach politischen Gesichtspunkten, freilich mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, zu erfolgen. Im Arbeitsplan des Untersuchungsausschusses wurde betont, die gestellten Fragen seien „in leidenschaftsloser Sachlichkeit und in erschöpfender Ermittlung des gesamten, den ursächlichen Zusammenhang der Dinge erweisenden Tatbestandes“ zu behandeln, „soweit dafür in Deutschland die Voraussetzungen“ gegeben seien.⁸⁾

Darüber hinaus herrschte die Auffassung, das deutsche Volk habe ein Recht darauf, „bestimmte Fragen zu klären, um die sich das politische Interesse“ gruppieren.⁹⁾ So nahm man auch nach den Worten des sozialdemokratischen Abgeordneten und Berichterstatters *Dr. Sinzheimer* darauf Bedacht, dem Untersuchungsausschuß eine „Disposition“ zu geben, mit anderen Worten, ihn zu befähigen, von vornherein das Material zu gruppieren, die „Gesichtspunkte festzulegen, unter denen die Untersuchungen, Feststellungen und Vernehmungen“ stattfinden könnten.¹⁰⁾ In der Begründung dazu hieß es: die Frage nach den Ursachen des Unglückes, welches über Deutschland hereingebrochen sei, bewege das deutsche Volk „aufs tiefste“. Die Reichsregierung, „von der redlichen Absicht beseelt, der Wahrheit zu dienen, der Mitwelt nichts vorzuenthalten und die Schuldigen nicht zu schonen“, habe zunächst versucht, die Einsetzung einer Internationalen Untersuchungskommission mit weitgehenden Befugnissen „zur

⁶⁾ Pol. Archiv, Parlamentar. Untersuchungsausschuß. Akten betr. Parlamentar. Untersuchungsausschuß: „Unterausschüsse“, Bd. 3. — Die vollständige Formulierung lautet: Der Untersuchungsausschuß sollte feststellen: „1. welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt haben, insbesondere 2. welche Möglichkeiten sich im Verlauf des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen, und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind; 3. ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmännern Treue und Glauben gewahrt worden sind; 4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegführung Maßnahmen angeordnet oder geduldet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzt haben oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren“; vgl. WUA, Dritte Reihe, 1. Bd., S. 3.

⁷⁾ In seiner 1919 erschienenen Schrift: „Untersuchungsausschuß und Staatsgerichtshof“ hatte der Staatsrechtslehrer *Kaufmann* gefordert, das Reich möge eine wissenschaftliche Kommission aus bewährten Historikern einsetzen, ihr alle Akten zugänglich machen und auch das Recht geben, die in Betracht kommenden Persönlichkeiten zu befragen; vgl. Kaufmann, S. 372.

⁸⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 38.

⁹⁾ Vgl. Ebenda.

¹⁰⁾ Vgl. Heilfron, 8. Bd., S. 151.

Feststellung des Tatbestandes“ zu erwirken, was freilich von der Entente abgelehnt worden sei. Um gleichwohl die Klärung der anstehenden Fragen nicht zu verzögern, habe die Reichsregierung der Deutschen Nationalversammlung vorgeschlagen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, welcher prüfen solle, „ob Deutsche, die vermöge ihrer Stellung im öffentlichen Leben Einfluß auf jene Entwicklung der Dinge hatten, in begründetem Verdacht“ ständen, „zu dem Ausbruch, der Verlängerung und dem Verluste des Krieges schuldhaft beigetragen zu haben“. Der Nationalversammlung sei damit in gewissem Sinne die Rolle des „politischen Anklägers“ zugewiesen, während die endgültige Entscheidung über die Schuldfrage dem Spruch eines unvoreingenommenen, dem politischen Parteileben fernstehenden Gerichtshofes vorbehalten bleiben werde.¹¹⁾

Ganz in diesem Sinne hatte der Reichsminister des Auswärtigen, *Hermann Müller* (SPD), anlässlich der ersten Sitzung des Untersuchungsausschusses erklärt: die Reichsregierung sei bereit, das „gesamte Aktenmaterial rückhaltlos“ dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen; besäße doch die heutige Regierung „nicht das geringste Interesse daran, die Maßnahmen der alten Regierung irgendwie zu decken“. Man habe bereits die militärischen Stellen sowie die Gesandtschaften der Einzelstaaten veranlaßt, das ganze Material herauszugeben. Außerdem werde die in Aussicht genommene Veröffentlichung der Urkunden über den Kriegsausbruch in Bälde erfolgen, welche eine „Grundlage für die Untersuchung des Ausschusses“ bilden sollte.¹²⁾ Ergänzend setzt *Dr. Weber* in seinen Aufzeichnungen hinzu, auch sei die Frage der Vernehmung von gegenwärtigen und ehemaligen Reichsbeamten durch Verfügungen des Reichspräsidenten vom 24. Oktober 1919 und des Reichsministers *Müller* vom 19. Oktober gleichen Jahres geregelt worden.¹³⁾

In seiner zweiten Sitzung am 30. September 1919 bildete der Untersuchungsausschuß vier aus je sechs oder acht Abgeordneten bestehende Unterausschüsse als Träger der eigentlichen Arbeit; diese Maßnahmen wurden von der Nationalversammlung in ihrer 100. Sitzung am 16. Oktober gleichen Jahres gebilligt.¹⁴⁾ Nach den Bestimmungen des Gesamtausschusses über den Geschäftsgang lag den einzelnen Unterausschüssen, die bei der Natur der zu untersuchenden Themen auf Zusammenarbeit und wechselseitigen Gedankenaustausch miteinander angewiesen waren¹⁵⁾, ob:

„Urkunden- und Gutachtenbeschaffung (Akten, Literatur und ähnliches),
Beweiserhebung in öffentlicher Verhandlung mit stenographischer Niederschrift,
Beratung der Erhebungsergebnisse und Berichterstattung darüber an den Hauptauschuß.“¹⁶⁾

¹¹⁾ Ebenda S. 159 f.

¹²⁾ Pol. Archiv, Parlamentar. Untersuchungsausschuß. Akten betr. Parlamentar. Untersuchungsausschuß: „Unterausschüsse“, Bd. 4, „Aufzeichnung“ Dr. Weber v. 3. 5. 1921.

¹³⁾ Ebenda.

¹⁴⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 37.

¹⁵⁾ Ebenda S. 2.

¹⁶⁾ Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungsausschuß: „Unterausschüsse“, Bd. 1. — Arbeitsplan des Untersuchungsausschusses vgl. auch WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 38.

Dazu hieß es in zusätzlichen Erläuterungen, die Urkundenbeschaffung habe sich auf Material des Inlandes wie des Auslandes zu erstrecken. Weitere Bestimmungen bezogen sich auf Ladung der Auskunftspersonen, Kundmachung der öffentlichen Termine, Anfertigung und Druck der stenographischen Verhandlungsprotokolle sowie die Art der Beweiserhebung. Jeder Untersuchungsausschuß könne sich „nach Mehrheitsbeschluß an Ort und Stelle der von ihm festzustellenden Tatbestände begeben“ und dort Beweiserhebungen vornehmen, wobei diese Beweiserhebungen vom Vorsitzenden oder einem besonders dazu bestellten, dem Parlament angehörenden Verhandlungsleiter geleitet würden. Jedes Mitglied des Hauptausschusses besitze „unbeschränktes Fragerecht“, der Vorsitzende die „Sitzungspolizei“ während der öffentlichen Verhandlungen.¹⁷⁾

Zur Kennzeichnung der Befugnisse des Untersuchungsausschusses sowie der Besonderheit seiner Stellung gilt *Theodor Heuß'* Wort vom „Herrschaftsbereich eines Spezialistentums“.¹⁸⁾ Der Untersuchungsausschuß, „delegiertes Organ des Parlaments“, so sagt *Heuß*, verleihe seinen Mitgliedern „einen eigentümlichen Sondercharakter, den man ‚behördenähnlich‘ genannt habe“.¹⁹⁾ Er sei natürlich „weder Gericht noch Behörde“, entbehre er doch des „dauernden institutionellen Charakters“. Gleichwohl habe man dem Ausschuß den Anspruch auf behördliche Auskunftserteilung, auf Akteneinsicht zuerkannt; er könne Zwangsmaßnahmen gegen Dritte ergreifen, dazu Strafen erlassen bei Zeugnisverweigerung oder ungebührlichem Verhalten. *Heuß* schreibt in diesem Zusammenhang, die tatsächliche Macht des Untersuchungsausschusses sei „also bedeutend genug“.²⁰⁾

Dennoch waren dem Ausschuß merkbare Grenzen gesetzt. Der Ausschuß, so beschloß der zweite Unterausschuß in seiner 12. Sitzung am 15. November 1919, sei „kein Gerichtshof“, seine Verhandlungen stellten auch kein „Vorverfahren für den Staatsgerichtshof“ dar, auch habe er kein Urteil zu fällen.²¹⁾ Bekräftigend in diesem Sinne wurde in der 13. Sitzung des zweiten Unterausschusses am 17. November gleichen Jahres festgestellt: der Untersuchungsausschuß habe lediglich „den Charakter einer parlamentarischen Enquetekommission“, ihm liege kein Ermittlungsverfahren für ein „Strafgericht“ ob.²²⁾ Sein Zweck sei nicht, Anklagematerial zu beschaffen, „sondern die Aufklärung und Feststellung von Tatsachen, Ursachen und politischen Zusammenhängen“.²³⁾ Der Ausschuß, so hieß es im Sinne einer nochmaligen Fixierung seiner sachlichen Befugnisse in der 15. Sitzung des gleichen Unterausschusses am 14. April 1920,

¹⁷⁾ Ebenda.

¹⁸⁾ Vgl. *Heuß*, S. 138.

¹⁹⁾ Ebenda S. 146.

²⁰⁾ Ebenda S. 146. — Über Entwicklung, Funktion und politische Bedeutung allgemein von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen vgl. neuerdings *Steffani*, S. 355, 357.

²¹⁾ Vgl. 15. Untersuchungsausschuß, II, S. 592 f. — Weiter heißt es dort: „Die Ablehnung eines Beisitzers aus persönlichen Gründen ist nicht zulässig, ebensowenig die Nichtbeantwortung der Fragen, die ein einzelnes Mitglied stellt. Eine Ablehnung der Beantwortung von Fragen steht einem Zeugen nur aus den Gründen der Strafprozeßordnung zu.“

²²⁾ Abweichend die Auffassungen *Kaufmanns*, S. 350, eines Gegners des Untersuchungsausschusses.

²³⁾ Vgl. 15. Untersuchungsausschuß, II, S. 599.

„ist dazu berufen, Tatsachen festzustellen und Zusammenhänge zu ermitteln, nicht aber dazu, weitgehende politische Auseinandersetzungen anzuhören“.²⁴⁾ Einleuchtend hat *Heuß* diesen Sachverhalt umrissen und dabei zugleich die letztthin schwache Position des Ausschusses im Bereich der praktischen Politik aufgedeckt. Die spezifisch politische Bedeutung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, meint er, wäre gegenüber der Exekutive gering geblieben, bedingt einmal durch die dem Ausschuß gestellte Aufgabe, zum andern durch die Art der Ausführung. Niemand könnte natürlich die „ungeheuren Arbeiten“ des Untersuchungsausschusses über Kriegsursachen, Kriegsverlauf, Friedensmöglichkeiten „für nutzlos“ erklären — sie hätten „historisch wichtige Erkenntnisse“ zutage gefördert —, doch wäre diese geschichtliche Aufgabe schließlich „in eine grandiose Stoff-Philologie mit kontroversen Deutungen ausgemündet“.²⁵⁾

2.

„Konnte zu irgendeiner Zeit des Krieges vor dem November 1918“, fragt *Lloyd George* 1936 in seinen Kriegsmemoiren, „zwischen den kriegführenden Parteien Frieden geschlossen werden? Wieder und wieder habe ich diese Frage überdacht, um mir klarzuwerden, ob es möglich war, vor dem November 1918 zu einem annehmbaren Frieden mit Deutschland zu kommen.“²⁶⁾ Der britische Staatsmann hat aus verschiedenen Gründen wiederholt die von ihm selbst gestellte Frage verneinen zu müssen geglaubt.²⁷⁾ Diese bewegende Frage, so hatte 1927 *Werner Freiherr v. Rheinbaben*, Mitglied des Reichstages, geschrieben, habe „vielen in Deutschland fast das Herz abgeschnürt“: sei ein Verständigungsfriede während der langen vier Jahre möglich gewesen, um das „Unheil von Versailles“ zu verhindern? Seit der Behauptung *Erzbergers* in der Weimarer Nationalversammlung, die päpstliche Friedensaktion wäre von deutscher Seite absichtlich sabotiert worden, sei die Diskussion darüber „nicht mehr zur Ruhe gekommen“.²⁸⁾

²⁴⁾ Ebenda S. 759; vgl. auch Apelt, S. 190.

²⁵⁾ Heuß, S. 147; zur Kritik an der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses vgl. neuerdings Basler, S. 7 f.: „... So wertvoll die Materialien und Diskussionen des Untersuchungsausschusses auch waren, so blieb doch das Ergebnis der Arbeit des Gremiums eben gerade wegen der politischen Verhältnisse in der Weimarer Republik recht bescheiden. Der Untersuchungsausschuß konnte nicht einmal ein einheitliches Fazit seiner Arbeit ziehen . . . Das unterschiedliche Herangehen an die Probleme und der uneinheitliche Abschluß der Arbeiten des Untersuchungsausschusses waren aber nicht die Hauptursache dafür, daß die Arbeit des Untersuchungsausschusses wissenschaftlich ungenutzt blieb. Entscheidend war, daß weder in der Zeit der Weimarer Republik und natürlich erst recht nicht im faschistischen Deutschland die politischen Voraussetzungen für eine Auswertung der Materialien des Untersuchungsausschusses gegeben waren . . .“ — Für die spätere Auswertung von Unterlagen aus dem Werk des Untersuchungsausschusses vgl. z. B. die von *August Bach* 1937 im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegebenen „Deutschen Gesandtschaftsberichte zum Kriegsausbruch 1914“; zur kritischen Beleuchtung der allgemeinen Situation von historischer Seite vgl. u. a. Ernst, S. 181 ff. u. Griebel, S. 379.

²⁶⁾ Vgl. *Lloyd George*, S. 578.

²⁷⁾ Ebenda S. 576.

²⁸⁾ *Rheinbaben, Versailles*, S. 12.

Rheinbaben verweist in diesem Zusammenhang auf den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages, der sich „mit aller Kraft auf die Feststellung von Fehlern und Versäumnissen bei angeblich vorhandenen Friedensmöglichkeiten“ gestürzt habe.²⁹⁾ Er denkt hier namentlich an den zweiten Unterausschuß, dem er selbst als Mitglied angehört hatte³⁰⁾, und dessen Instruktion dahingehend lautete:

„Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten, zu Friedensgesprächen mit dem Feind zu gelangen, und Aufklärung der Gründe, die solche Möglichkeiten oder dahingehende Pläne und Beschlüsse deutscherseits zum Scheitern gebracht haben, bzw. wenn Besprechungen stattgefunden haben, aus welchen Gründen solche Besprechungen erfolglos geblieben sind.“³¹⁾

Dieser Unterausschuß bestand aus acht zeitweilig wechselnden, auch in anderen Unterausschüssen tätigen Mitgliedern, Abgeordneten verschiedener Parteien (USPD, SPD, Deutsche Demokratische Partei, Zentrum, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei). Ihm beigegeben waren ein wissenschaftlich gebildeter Sekretär³²⁾, dazu Sachverständige als Gutachter, ebenfalls verschiedenen Parteien angehörend, um Ausgewogenheit bei der sachlichen Urteilsbildung zu gewährleisten, d. h. einer etwa einseitigen Gesamteinstellung des Unterausschusses auch auf diesem Wege vorzubeugen.³³⁾

So saßen etwa im zweiten Unterausschuß in der Zeit der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung (6. 2. 1919 bis 21. 5. 1920) die Abgeordneten *Dr. Cohn* (USPD), *Gothein* (Deutsche Demokratische Partei), *Frau Pfülf* (SPD), *Dr. Schücking* (Deutsche Demokratische Partei), *Schultz-Bromberg* (Deutschnationale Volkspartei), *Dr. Sinzheimer* (SPD) und *Dr. Warmuth* (Deutschnationale Volkspartei)³⁴⁾; als Sachverständige waren Professor *Dr. Bonn* (Deutsche Demokratische Partei), Professor *Dr. Hoetzsch* (Deutschnationale Volkspartei), Gesandter z. D. *Freiherr v. Romberg* und Professor *Dr. Schäfer*

²⁹⁾ Ebenda S. 12.

³⁰⁾ Vgl. unten S. XIX, XXI f.

³¹⁾ Vgl. 15. Untersuchungsausschuß, I, S. 1.

³²⁾ Vgl. hierzu Fischer-Baling, S. 119. Die Sekretäre der vier Unterausschüsse gehörten zu einem Büro mit einem Generalsekretär an der Spitze — praktisch einem fünften Ausschuß, wie Fischer-Baling ausführt, der sich im wesentlichen mit der Funktion einer Verbindungsstelle zwischen den vier Unterausschüssen begnügte. Jeder Unterausschuß sollte seine Ergebnisse dem Gesamtausschuß vorlegen, um von diesem an das Plenum der Nationalversammlung, später des Reichstages weitergeleitet zu werden.

³³⁾ Vgl. 15. Untersuchungsausschuß, II, S. 5. — Im Vorwort zum Werk des zweiten Unterausschusses vom 23. 6. 1920 über die Friedensaktion des Präsidenten *Wilson* heißt es dazu: Dies bewiese auch die Auswahl der vom Ausschuß „zugezogenen Sachverständigen, von denen zwei, die Universitätsprofessoren Geh. Regierungsrat *Dr. Schäfer* und Professor *Dr. Hoetzsch*, der Deutschnationalen Volkspartei, einer, Professor *Dr. Bonn*, der Deutschen Demokratischen Partei angehörten . . .“ — Prof. *Dr. Hoetzsch* hatte vordem freilich als Abgeordneter dem zweiten Unterausschuß angehört; vgl. die Angaben einer Aktennotiz vom 25. 11. 1920, worin es heißt, er sei durch den Abgeordneten *Warmuth* ersetzt worden und werde „nunmehr als fünfter Sachverständiger an den Arbeiten des Untersuchungsausschusses weiter teilnehmen“. Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungsausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 2. Vgl. auch unten S. XIX.

³⁴⁾ Vgl. 15. Untersuchungsausschuß, II, S. 7—44.

(Deutschnationale Volkspartei) tätig.³⁵) Den Vorsitz im Unterausschuß führte der Abgeordnete *Dr. Warmuth*, der jedoch sein Amt am 15. November 1919 aus grundsätzlichen Erwägungen heraus niederlegte und es dem stellvertretenden Vorsitzenden *Gothein* übergab.³⁶) Die Stelle des Sekretärs versah im Anfang Legationsrat *Dr. Trier*³⁷); ihm folgte im Januar 1921 *Dr. v. Twardowski*.³⁸)

Als Mitglieder des zweiten Unterausschusses in der I. Wahlperiode des Reichstages (24. 6. 1920 bis 13. 3. 1924) werden in den Akten des Gesamtausschusses die folgenden Abgeordneten aufgeführt: *Dr. Breitscheid* (USPD), Professor *Dr. Hoetzsch* (Deutschnationale Volkspartei), Professor *Dr. Kaas* (Zentrum), *Dr. Meerfeld* (SPD), Frau *Pföhl* (SPD), *Dr. Quessel* (SPD), *Freiherr v. Rheinbaben* (Deutsche Volkspartei), Frau *Sender* (USPD), *Dr. Warmuth* (Deutschnationale Volkspartei).³⁹) Zu den Sachverständigen zählen: Professor *Dr. Bonn*, *Dr. Guttmann*, Staatssekretär a. D. *v. Hintze*, Professor *Dr. Schäfer*⁴⁰); dazu heißt es in einer Aktennotiz vom 25. November 1920: der Abgeordnete Professor *Dr. Hoetzsch* sei als Mitglied des Unterausschusses durch den Abgeordneten *Warmuth* ersetzt worden und werde „nunmehr als fünfter Sachverständiger an den Arbeiten des Unterausschusses weiter teilnehmen“.⁴¹)

Vorsitzender des zweiten Unterausschusses während dieses Zeitabschnittes war der Abgeordnete *Dr. Breitscheid*, den der Unterausschuß Ende November 1920 in diesem Amt bestätigt hatte.⁴²) Als Sekretär wirkte vom 1. Januar 1921 bis zum 14. Dezember 1922 *Dr. v. Twardowski*⁴³); sein Nachfolger im Amt wurde *Dr. Bloch*.⁴⁴)

Aus diesen Angaben geht hervor, daß der zweite Unterausschuß in den beiden aufgeführten Zeiträumen Änderungen seiner personellen Zusammensetzung nach erfuhr. Dies wirkte sich etwa im Vorsitz aus: die aufeinanderfolgenden Namen „*Warmuth*“, „*Gothein*“ und schließlich „*Breitscheid*“ zeigen an, daß er von der Deutschnationalen Volkspartei über die Deutsche Demokratische Partei auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei überging.

Entsprechend den Gesichtspunkten, welche für die Gründung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses bestimmend gewesen waren⁴⁵), dominierten

³⁵) Ebenda, S. 45—84.

³⁶) Ebenda, S. 593.

³⁷) Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 4.

³⁸) Vgl. auch unten S. XX, XXV, 6.

³⁹) Pol. Archiv, Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 2.

⁴⁰) Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß. Akten betr.: 2. Unterausschuß: Friedensmöglichkeiten Sommer und Herbst 1917, Nr. 43, 44, 45.

⁴¹) Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 2; vgl. auch oben Anm. 33.

⁴²) Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* Nr. 575 v. 24. 11. 1920, Morgenausgabe, schreibt: „Der zweite Unterausschuß, zu dessen Arbeitsgebiet die Friedensmöglichkeiten gehören, hat den Abg. *Dr. Breitscheid* (U. Soz. rechts) als Vorsitzenden bestätigt.“ Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 2. — Angaben über den Lebenslauf *Breitscheids* u. a. b. Kürschner, Jg. 1924, S. 48.

⁴³) Briefl. Auskunft des Herrn Botschafters a. D. *Dr. v. Twardowski* vom 14. 12. 1964.

⁴⁴) Über ihn vgl. unten S. XXXIV, XLI, 6 f.

⁴⁵) Vgl. oben S. XIII f.

auch im zweiten Unterausschuß die Abgeordneten als Vertreter des politischen Elementes. Der Sachverständige, so lautet ein Beschluß des zweiten Unterausschusses auf seiner 14. Sitzung am 18. November 1919, habe kein Recht, „Kritik an dem Verfahren zu üben oder Beschlüssen des Unterausschusses und Anordnungen des Vorsitzenden zu widersprechen“. Allerdings sei der Sachverständige berechtigt, „Anregungen“ zur Aufklärung des Tatbestandes zu geben, dazu „Vorschläge“ zu machen und „Fragen zu stellen“. ⁴⁶⁾

Bei der Arbeit wirkten Sekretär, Abgeordnete des Unterausschusses und Sachverständige zusammen. Der Sekretär hatte namentlich die einschlägigen Akten in den Ministerien für die Zwecke des Ausschusses herauszusuchen, dazu den Sachverständigen bei der Beschaffung der Fachliteratur behilflich zu sein. So haben beispielsweise die beiden im Amt aufeinanderfolgenden Sekretäre des zweiten Unterausschusses, Legationsrat *Dr. v. Twardowski* und Amtsrichter *Dr. Bloch*, das Aktenwerk dieses Unterausschusses über Brest-Litowsk zusammengestellt ⁴⁷⁾, aber auch andere Dokumentationen vorgelegt. ⁴⁸⁾

Nicht weniger tätig waren die einzelnen Abgeordneten. So gab etwa der Abgeordnete *Freiherr v. Rheinbaben* einen Bericht „über die Ergebnisse der Untersuchungen der Friedensmöglichkeiten mit Rußland im Jahre 1916“ in der Sitzung des zweiten Unterausschusses am 5. März 1924 ⁴⁹⁾, während der Abgeordnete *Dr. Quessel* in der Sitzung desselben Unterausschusses am 13. März gleichen Jahres ein Korreferat „über die Friedensmöglichkeiten im Osten 1916“ hielt, der Abgeordnete *v. Kemnitz* aber „über die *Haefstense* Friedensaktion März 1918“ sprach. ⁵⁰⁾ Ebenso arbeiteten die Sachverständigen des Unterausschusses Berichte aus. ⁵¹⁾

Diese Arbeiten wurden im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt geleistet ⁵²⁾, das seine eigens dazu bestellten Verbindungsleute zum Ausschuß hatte. Diese waren zugleich Vertreter der Reichsregierung: anfangs Konsul *v. Bülow*, danach Konsul *Dr. Weber*, Vortragender Legationsrat *Dr. Meyer* ⁵³⁾, zuletzt Legationsrat

⁴⁶⁾ Vgl. 15. Untersuchungsausschuß, II, S. 707. Dieser Beschluß des zweiten Unterausschusses bezog sich auf vom Ausschuß gerügte, ihm gegenüber gemachte kritische, widerspruchsvolle Äußerungen des Sachverständigen Professor *Schäfer*.

⁴⁷⁾ Vgl. unten S. XXXIV.

⁴⁸⁾ Dokumentationen, bearbeitet von dem Sekretär *Dr. v. Twardowski* im hinterlassenen Werk des zweiten Unterausschusses; vgl. unten S. 709 ff., Anlage 1.

⁴⁹⁾ Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 11.

⁵⁰⁾ Ebenda. — Fischer-Baling a.a.O. S. 122 betont, daß „ausgezeichnete Berichte von Abgeordneten erstattet wurden“.

⁵¹⁾ So stand beispielsweise auf der Tagesordnung der Sitzung des zweiten Untersuchungsausschusses am 26. 2. 1924 der „Bericht des Sachverständigen Exzellenz *v. Hintze* über das Ergebnis der Verhandlungen bezüglich der Friedensmöglichkeiten im Osten“; Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 11. — Ebenda bestätigende Aufzeichnung des Legationsrates *Dr. Meyer* vom 28. 2. 1924: „... Im 2. Unterausschuß behandelte Staatssekretär a. D. *v. Hintze* am gleichen Tage [27. 2. 1924] die Friedensmöglichkeiten nach dem Osten, 1916...“

⁵²⁾ Vgl. unten S. XXV ff., XXXVIII.

⁵³⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, I. Bd., S. 13; Pol. Archiv, Hinterlassenes Werk des zweiten Unterausschusses (s. unten S. 709 ff., Anlage 1).

Frohwein. Dr. Meyer durfte als besonderer Kenner des Aktenwesens gelten, wie dies etwa sein 1920 erschienenes kleines Werk: „Das politische Schriftwesen im Deutschen Auswärtigen Dienst“⁵⁴⁾ bekundet.

Zu den im zweiten Unterausschuß tätigen Sekretären, Abgeordneten und Sachverständigen zählten Persönlichkeiten von Rang, von Verantwortungsbewußtsein für die allgemeinen Belange. Begabt mit Kenntnissen und politischer Urteilsfähigkeit, erwiesen sie sich als geeignet, solche Aufgaben in Angriff zu nehmen, wie sie der Arbeitsbereich des Ausschusses mit sich brachte.

Unter den Abgeordneten tritt namentlich Dr. Rudolf Breitscheid hervor⁵⁵⁾, den Fischer-Baling als die „hervorragendste Persönlichkeit“ unter den Vorsitzenden der vier Ausschüsse bezeichnet. „Er allein“, schreibt Fischer-Baling, „hatte zu den Vorgeladenen den Ton des vernehmenden Richters und gegenüber den Regierungsvertretern die Überlegenheit des Mitgliedes des Reichstages. Wäre er nicht der etwas hochmütige Skeptiker gewesen, der den Riesenauftrag des Ausschusses an den Kräften seiner parlamentarischen Kollegen maß und nicht viel zu hoffen fand, so hätte das Unternehmen keinen besseren Führer bekommen können als ihn.“⁵⁶⁾

Neben ihm steht der Abgeordnete Ludwig Quessel⁵⁷⁾, Doktor der Staatswissenschaften, der ursprünglich nur die Volksschule besucht und das Uhrmacherhandwerk erlernt hatte. Quessel wirkte namentlich als Sachverständiger auf dem Gebiet der Außenpolitik. Wiederholt ist er, vor allem in den „Sozialistischen Monatsheften“, mit ebenso kritischen wie kenntnisreichen Aufsätzen auf diesem Gebiet hervorgetreten, wobei sich seine Ansichten durchaus nicht immer mit denen seiner Partei deckten.⁵⁸⁾

Weiterhin verdient der deutschnationale Abgeordnete Dr. Otto Hoetzsch Aufmerksamkeit. Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Berlin, Mitbegründer der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Rußlands“, gehörte er in der damaligen Zeit zu den besten Kennern der russischen Geschichte.⁵⁹⁾

Der Abgeordnete Werner Freiherr v. Rheinbaben⁶⁰⁾ schließlich, Angehöriger der Deutschen Volkspartei, ehemaliger Korvettenkapitän, hatte von 1913 bis 1919 im Auswärtigen Dienst (zuletzt als Legationssekretär) gestanden; 1923 war er

⁵⁴⁾ Erschienen in Tübingen. Untertitel: „Ein Leitfaden zum Verständnis diplomatischer Dokumente.“

⁵⁵⁾ Über ihn vgl. auch unten S. 3, Anm. 1.

⁵⁶⁾ Fischer-Baling, S. 122.

⁵⁷⁾ Über ihn vgl. unten S. 3, Anm. 7.

⁵⁸⁾ Über Quessels außenpolitische Anschauungen im Ersten Weltkrieg vgl. unten S. XXXV, Anm. 11. In den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienen u. a. aus der Feder Ludwig Quessels: 31. Jg. 1925, „Das Kabinett Luther und die Außenpolitik“; „Der deutsche Sicherheitspakt und die Balance of power-Doktrin“; „Genf, Heidelberg und Locarno“; 32. Jg. 1926, „Reichshaushaltsplan und auswärtige Politik“; „Das britische Doppelspiel“; „Livorno gegen Thoiry?“; „Thoiry oder London?“; „Deutsch-französische Zusammenarbeit“; „Deutschland in Genf“; 34. Jg. 1928, „Im 10. Jahr des Friedens. Das Drama 1918“; 35. Jg. 1929, „Die Bilanz unserer Außenpolitik“. — Positive Würdigung Quessels u. a. bei Keil, II, S. 229.

⁵⁹⁾ Vgl. über ihn unten S. 3, Anm. 3.

⁶⁰⁾ Vgl. über ihn oben S. XX; unten S. 3, Anm. 5.

vorübergehend Chef der Reichskanzlei gewesen. *Rheinbaben* veröffentlichte 1927 ein politisch-diplomatisches Werk: „Von Versailles zur Freiheit“, in welchem er seine intimen Aktenkenntnisse als Mitglied des zweiten Unterausschusses auswertete⁶¹⁾ und damit dazu beitrug, Arbeitsergebnisse des Ausschusses einem weiteren Leserkreis zugänglich zu machen.

Aus dem Kreise der Sachverständigen des zweiten Unterausschusses ragte etwa der Journalist *Bernhard Guttman*⁶²⁾ hervor. Er war bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges Londoner Korrespondent der *Frankfurter Zeitung* gewesen; danach hatte *Guttman* das Berliner Bureau dieser Zeitung übernommen, das damals als ein „Hauptort der redaktionellen Meinungsbildung“ galt.⁶³⁾

Am 21. Oktober 1919 hielt der zweite Unterausschuß unter dem Vorsitz des deutschnationalen Abgeordneten *Dr. Warmuth*⁶⁴⁾ seine erste Sitzung ab.⁶⁵⁾ „Es war“, so berichtet *Fischer-Baling*, „ein gewaltiges Theater. Der zweitgrößte Saal des Reichstags war hergerichtet, zur Hälfte für den Ausschuß, die Vorgeladenen, die Sachverständigen und Stenografen, zur anderen Hälfte für die Weltpresse und die Menge der Zuhörer.“⁶⁶⁾ Kritisch, zugleich enttäuscht über das, was sich alsdann abspielte, fügt *Fischer-Baling* hinzu: Das „stärkste Erlebnis“ in der Hochspannung des Saales bei Beginn sei die „Lähmung aller Erwartung“ gewesen, als „der Repräsentant der Revolution, der Vorsitzende des Unterausschusses“, zu sprechen begonnen habe. „Gleichgültig klingende Sachlichkeit kann scheinbar sein und plötzlich in zupackende Leidenschaft umschlagen. Hier, in der Person eines deutschnationalen Richters⁶⁷⁾, war sie echte Unscheinbarkeit und konnte in nichts umschlagen als in Langweiligkeit. Ein schlimmerer Regiefehler, als die Bestellung eines Gegners der Revolution zum ersten Wortführer des revolutionären Quasi Tribunals“, sei nicht denkbar gewesen.⁶⁸⁾

⁶¹⁾ Vgl. oben S. XVII f.

⁶²⁾ Über ihn vgl. auch unten S. 25, Anm. 7.

⁶³⁾ Vgl. Nachruf, *Bernhard Guttman*, 24. Juli 1869 bis 20. Januar 1959; *Frankfurter Allgemeine*, 21. Januar 1959.

⁶⁴⁾ *Fritz Warmuth*, Amtsgerichtsrat, später Landgerichtsdirektor, vgl. unten S. 3, Anm. 2.

⁶⁵⁾ Vgl. 15. Untersuchungsausschuß, I, S. 1 ff. — In der Zeit vom 21. 10. 1919 bis zum 14. 4. 1920 hielt der zweite Unterausschuß 15 Sitzungen ab; vgl. im einzelnen Berichte in: 15. Untersuchungsausschuß, I, S. 1—574, II, S. 575—794.

⁶⁶⁾ *Fischer-Baling*, S. 123.

⁶⁷⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die hier gemeinten einleitenden Worte *Dr. Warmuths*: „... Der Untersuchungsausschuß ist gemäß Artikel 34 der Verfassung durch Beschluß der Nationalversammlung gebildet worden. Seine Aufgabe ist, eine Reihe bestimmter Fragen der Vorkriegsgeschichte und der Geschichte des Weltkrieges selbst zur Lösung zu bringen, und zwar Fragen, um die sich vorwiegend das politische Interesse gruppiert. Dem zweiten Untersuchungsausschuß, der hier tagt, ist dabei die Aufgabe zugefallen, „Aufklärung sämtlicher Möglichkeiten zu schaffen, zu Friedensbesprechungen mit den Feinden zu gelangen, und Aufklärung der Gründe, die solche Möglichkeiten oder dahingehende Pläne und Beschlüsse deutscherseits zum Scheitern gebracht haben, bzw. wenn Besprechungen stattgefunden haben, aus welchen Gründen solche Besprechungen erfolglos geblieben sind.“ In erster Reihe hat der zweite Untersuchungsausschuß dabei sich zur Aufgabe gestellt, die Vermittlungsaktion *Wilson*s zur Aufklärung zu bringen“; vgl. 15. Untersuchungsausschuß, Bd. I, S. 1.

⁶⁸⁾ *Fischer-Baling*, S. 124.

Man darf den zweiten Unterausschuß, der mit seinen Untersuchungen die Tätigkeit des Gesamtausschusses eröffnete, neben dem vierten als den wohl bedeutsamsten von allen Unterausschüssen bezeichnen.⁶⁹⁾ Die Gründe hierfür liegen in dem tatsächlich zentralen Thema „Friedensbemühungen und Friedensmöglichkeiten“ während des Krieges 1914/18, seinem innigen Zusammenhang namentlich mit einem anderen, nicht minder bedeutsamen: „Ursachen für den deutschen Zusammenbruch im Jahre 1918“, dem Arbeitsbereich des vierten Unterausschusses. Zweifellos standen Kernfragen zur Debatte, deren Bearbeitung den zweiten Unterausschuß naturgemäß in enge Berührung mit dem vierten brachten.⁷⁰⁾

Wie stand es indes mit der fachlichen Kompetenz der Parlamentarier für die Lösung einer solchen Aufgabe?⁷¹⁾ „Nach welchen objektivierten Normen“, urteilte absprechend der deutschnationale Staatsrechtslehrer *Kaufmann* 1919, sollte man entscheiden, ob die Möglichkeit zu Friedensbesprechungen gegeben sei? Das hinge doch ab von der Beurteilung der eigenen Situation, von der Einschätzung der „wahren, natürlichen Absichten“, von dem „Preis, den man für den Frieden zu zahlen“ beabsichtige. Derartige „Schätzungen“ würden freilich nach keinen „objektivierten Normen“ erfolgen, vielmehr von der „völlig irrationalen Kunst“ abhängen, dem „nicht einmal glaubhaft zu machenden instinktmäßigen Gefühl des einzelnen Staatsmannes“.⁷²⁾ Kritisch die Fragestellungen des zweiten Unterausschusses beleuchtend, betont *Kaufmann*, sie wiesen „unverkennbare Anklänge“ an die Begriffe des BGB auf: die Behandlung von Friedensmöglichkeiten „ohne die erforderliche Sorgfalt“, die nicht genügende Wahrung von „Treue und Glauben“ bei dem Verkehr der obersten Stellen untereinander und mit dem Parlament. Was jedoch der ordentliche Staatsmann in jedem Augenblick zu tun habe, das sei für den Richter „eine ebenso unsinnige wie lächerliche Fragestellung wie die, was der ordentliche Künstler oder Gelehrte zu tun und zu lassen“ habe. Der „Geist des Alles-besser-Wissens, der dogmatischen Starrheit und Gebundenheit“ wolle ein Tribunal errichten, um vor dessen Schranken die „freien Gestalter des geschichtlichen Lebens“ zu zerren und unter den „Machtanspruch seiner Geschichtsphilosophie tyrannisch“ zu beugen, geschichtliche Persönlichkeiten „nach dem Normalmaß kleinbürgerlicher Ideale“ zu verurteilen.⁷³⁾

⁶⁹⁾ Vgl. hierzu Fischer-Baling, S. 123, 128.

⁷⁰⁾ Vgl. unten S. XXXV. - Arbeitsmäßiger Zusammenhang zwischen zweitem und viertem Unterausschuß vgl. u. a. WUA, Vierte Reihe, I. Bd. S. 483; „... Hinsichtlich der Frage der Friedensmöglichkeiten im Frühjahr 1918 wird auf die Verhandlungen des 2. Unterausschusses Bezug genommen...“; weitere Belege ebenda S. 390 ff.

⁷¹⁾ Fischer-Baling, S. 120, urteilt in diesem Zusammenhang: „... Aber wie würde man bei der Diskretion, mit der zu diesem Zweck dünnste Fäden gesponnen und zarteste Fühler ausgestreckt waren, auf den festen Boden von Tatsachen kommen und am Ende entscheiden können, ob die Unterhändler im Ausland oder die Reichsregierung oder die Heeresleitung erfolgversprechende Gelegenheiten schuldhaft ausgelassen hatten? War es da nicht unerlässlich, auch die Ausländer zu hören? Es war so unerlässlich wie offensichtlich unmöglich.“

⁷²⁾ Vgl. Kaufmann, S. 362.

⁷³⁾ Ebenda S. 327, 367.

Von der für einen „parlamentarischen“ Untersuchungsausschuß „teilweise unlösbaren Aufgabe“ spricht auch der Abgeordnete *Dr. Philipp*, Vorsitzender des vierten Unterausschusses. Er weist dabei auf „Mängel“ hin, wie sie sich aus dem „Material der Untersuchung“ und aus „dem kurzen zeitlichen Abstand von den Ereignissen“ ergäben.⁷⁴⁾

Dabei sollte freilich beachtet werden, daß *Kaufmann* wie *Philipp* der Deutschen Nationalen Volkspartei angehörten. Ihre Urteile über den Ausschuß, die in ihnen ausgesprochenen Vorbehalte sind subjektiv; sie machen deutlich, wie sich hier Sachverständigenaussage und politische Stellungnahme durchdringen.

Jedenfalls ging der zweite Unterausschuß alsbald an die Arbeit, wobei er zunächst die Friedensaktion des amerikanischen Präsidenten *Wilson* der Jahre 1916/17 unter Heranziehung der Akten des Auswärtigen Amtes, der Reichskanzlei, des Ministeriums des Innern, des Admiralstabes, der Obersten Heeresleitung sowie des preußischen Kriegsministeriums untersuchte und das Ergebnis dieser Untersuchungen bereits im Jahre 1920 im Druck vorlegte.⁷⁵⁾ Der Ausschuß betonte dabei, daß damit „erstmalig eine deutsche parlamentarische Enquete zum Abschluß“ gelangt, er, der Ausschuß, zudem „eifrig bemüht“ gewesen sei, „sich bei seinen Arbeiten von einseitiger parteipolitischer Beurteilung“ frei zu halten; er habe seine Feststellungen „keiner Partei zuliebe oder zuleide“ getroffen.⁷⁶⁾

Alsdann behandelte der Unterausschuß die polnische Frage, prüfte die einschlägigen Akten im Zusammenhang mit dem Manifest vom 5. November 1916 über die Gründung eines selbständigen Königreiches Polen, stellte die maßgebenden Dokumente des Auswärtigen Amtes aus der Zeit vom 4. August 1915 bis zum 4. November 1916 zusammen und beschloß deren Veröffentlichung.⁷⁷⁾ Etwa zu gleicher Zeit hatte der zweite Unterausschuß damit begonnen, die päpstliche Friedensvermittlungsaktion des Jahres 1917 zu bearbeiten⁷⁸⁾, um im Laufe der Zeit seine Untersuchungen mehr und mehr auf die einzelnen Friedensmöglichkeiten überhaupt auszudehnen.

Wie weit hier der Rahmen gespannt war, erweist eine hektographierte maschinenschriftliche Zusammenstellung mit der Überschrift: „Aktenauszüge über Friedensmöglichkeiten im Sommer und Herbst 1917“, die den Vermerk trägt: „Abgeschlossen am 1. 10. 20“. Darin sind die folgenden Themen aufgeführt:

- „I. Teil: Verhandlungen über die Kriegsziele,
- II. Teil: Die päpstliche Friedensaktion,
- III. Teil: Englische Friedensfühler August bis September 1917,

⁷⁴⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 3.

⁷⁵⁾ Vgl. Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1920. Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. Bericht des zweiten Unterausschusses des Untersuchungsausschusses über die Friedensaktion *Wilson* 1916/17. Berlin 1920. – Das in acht Teile aufgegliederte Werk enthält 236 Aktenstücke.

⁷⁶⁾ Ebenda S. 3, Vorwort *Gotheins* vom 23. 6. 1920, S. 3, 5.

⁷⁷⁾ Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß: „Unterausschüsse“, Bd. 1, „Aufzeichnung“ vom 19. 5. 1920.

⁷⁸⁾ Ebenda Bd. 1; vgl. in diesem Zusammenhang *Fischer-Baling*, S. 127 f.

- IV. Teil: Die Anfrage an England durch Vermittlung des spanischen Gesandten *Villalobar*,
- V. Teil: Friedensarbeit des Gesandten *v. d. Lancken*,
- VI. Teil: Fühlungnahme mit Frankreich,
1. Friedensgespräch *Haguenin-Graf Keßler*,
 2. Friedensbemühungen der Frau *Zuckerkanndl*,
 3. Besprechungen zwischen *Boveri* und *Sauerwein* über Kriegsziele,
- VII. Teil: Italien,
- VIII. Teil: Das demokratische Rußland und der Frieden,
- IX. Teil: Zur belgischen Frage,
- X. Teil: Die Stellung Österreich-Ungarns zu einem Separatfrieden,
- XI. Teil: Über den Zeitpunkt des Kriegsendes (Aus den Akten der O.H.L.),
- XII. Teil: Zur Resolution des Reichstags vom 19. VII. 1917.⁷⁹⁾

Dazu heißt es in einem weiteren, aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes stammenden Aktenstück vom 18. Dezember 1920, der zweite Unterausschuß sei „an Hand der zu diesem Zwecke aus den diesseitigen Akten bereitgestellten Materials in die Prüfung der verschiedenen Friedensmöglichkeiten des Jahres 1917 eingetreten“.⁸⁰⁾

Hierbei wurde die Auswahl der Akten von dem Sekretär des zweiten Unterausschusses vorgenommen, und zwar unter Beihilfe des Auswärtigen Amtes, welches ihm „auf jeweilige Anforderung durch den Untersuchungsausschuß jedes, auch das geheimste Aktenstück“, zur Verfügung stellte.⁸¹⁾ Darüber hinaus berichtet *Dr. v. Twardowski*, er habe sich „stets direkt“ an den damaligen Staatssekretär *v. Haniel* gewandt, „der dem Politischen Archiv entsprechende Weisung gab. Eine andere Stelle des Auswärtigen Amtes ist in der Zeit, in der ich tätig war, mit den Angelegenheiten des zweiten Unterausschusses nicht befaßt worden.“⁸²⁾

Tatsächlich hat der Unterausschuß alle die hier genannten Themen im Laufe der Jahre 1920 bis 1924 bearbeitet, wie dies aus einem noch vorliegenden Exemplar seiner Materialien in hektographierter Maschinenschrift hervorgeht.⁸³⁾ Bestätigend schreibt *Rheinbaben*: In mehrjähriger Tätigkeit hätte der Untersuchungsausschuß alles das zusammengestellt, „was aus Aktenstudien und Vernehmungen deutscher Persönlichkeiten über die *Wilsonaktion*, die päpstliche Friedensvermittlung, die Friedensfühler nach französischer und belgischer Seite, die sogenannten Friedensmöglichkeiten nach Rußland und Japan ausgesagt und herausgelesen werden konnte.“⁸⁴⁾ Freilich seien nur die Schlußergebnisse, „so gut wie es ging, in bestimmten Formulierungen präzisiert“, vorläufig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und „leider wenig beachtet worden.“⁸⁵⁾

⁷⁹⁾ Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungsausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 2.

⁸⁰⁾ Ebenda Bd. 2.

⁸¹⁾ So Botschafter a. D. *Dr. v. Twardowski* in einem Brief an den Bearbeiter vom 14. 12. 1964.

⁸²⁾ Ebenda.

⁸³⁾ Vgl. unten S. 709 ff., Anlage 1.

⁸⁴⁾ *Rheinbaben*, S. 12 f.

⁸⁵⁾ Ebenda S. 13.

Gewiß, so setzt *Rheinbaben* hinzu, seien „während des Krieges bei fast sämtlichen Gegnern Strömungen und Tendenzen zur Herbeiführung des Friedens lebendig“ geworden, auch hätten einzelne Politiker in dieser Richtung gearbeitet. Doch seien diese Politiker ohne Unterstützung durch eine aktionsfähige Mehrheit im eigenen Lande geblieben; sie hätten zudem in Unkenntnis der „in Kraft befindlichen, das eigene Land gegen jeden Sonder- oder Vergleichsfrieden verpflichtenden Geheimverträge“ gehandelt. Das letzte Wort sei hierüber freilich noch nicht gesprochen. Die Geschichtsschreibung werde einst diese Fragen aufgreifen „und die bisher nahezu einseitig von Deutschland aufgenommenen Untersuchungen vervollständigen.“⁸⁶⁾

Hatte *Rheinbaben* betont, daß praktisch nur wenig aus der Arbeit des zweiten Unterausschusses in die Öffentlichkeit gelangt wäre⁸⁷⁾, so lagen hierfür Gründe vor. Überblickt man die erhaltenen Materialien, Ausarbeitungen oder formulierten Ergebnisse aus dem Werk dieses Unterausschusses, so fällt auf, daß sie fast durchgehend mit Zusätzen wie: „Geheim“, „Ganz geheim“, „In der Öffentlichkeit nicht verwendbar“ versehen sind.⁸⁸⁾ Die von ihm hier bearbeiteten Themen waren nach Auffassung der mitbeteiligten Stellen, besonders des Auswärtigen Amtes, noch zu zeitnah; man befürchtete Konflikte im außenpolitischen Bereich.⁸⁹⁾

So riet etwa das Auswärtige Amt „auf das Entschiedenste“ ab, das Material des zweiten Unterausschusses über die polnische Frage zu veröffentlichen. Man müßte, so lautete die Begründung, ernstlich befürchten, „daß die Veröffentlichung unsere mit Polen schwebenden Verhandlungen“, deren Beendigung sich noch garnicht absehen ließe, „beeinträchtigen, unsere Beziehungen zu den Randstaaten, namentlich zu Litauen, trüben, vor allem aber von Neuem eine Hetze gegen alles Deutschtum in Polen entfesseln und so unsere Volksgenossen schwer schädigen könnte.“⁹⁰⁾ In der bereits genannten „Aufzeichnung“ des Konsuls *Dr. Weber* heißt es dazu, der bereits vor etwa einem Jahre „voreilig erteilte Auftrag zur Drucklegung“ sei auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes rückgängig gemacht worden. „Eine neuerliche Anfrage des Unterausschusses, ob gegen die Vornahme des Druckes Bedenken heute noch bestehen“, liege der Abteilung IV zur gutachtlichen Äußerung vor. Die Frage werde „voraussichtlich bejaht“ werden.⁹¹⁾

⁸⁶⁾ Ebenda S. 13.

⁸⁷⁾ Ebenda S. 13.

⁸⁸⁾ Vgl. unten S. 709 ff., Anlage 1.

⁸⁹⁾ Zum Grundsätzlichen in diesem Zusammenhang vgl. u. a. Morsey, S. 555 ff. In diesem Falle hatte das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes bis 1918 jede Aktenbenutzung zu dem für die Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 wichtigen Thema des Anteils *Bismarcks* an der spanischen Thronkandidatur der Sigmaringer Hohenzollern abgelehnt; erst 1931 konnte das Dokumentenmaterial vollständig benutzt werden. – Am 11. und 12. Dezember 1924 beispielsweise beschloß das Reichskabinett, „es bei seinem früheren Beschlusse auf Nichtveröffentlichung“ des Gutachtens des Untersuchungsausschusses über die militärischen Operationen 1918 zu belassen, „sofern nicht das Auswärtige Amt noch neue Gesichtspunkte vorbrächte“. Bundesarchiv Koblenz R 43 I.

⁹⁰⁾ Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß: „Unterausschüsse“, Bd. 1, Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 21. 5. 1920 an den Vorsitzenden des zweiten Unterausschusses.

⁹¹⁾ Ebenda Bd. 4.

Ebenso erhob sich Einspruch gegen die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse des zweiten Unterausschusses über die päpstliche Friedensaktion von 1917, zumal hier von der Kurie selbst sofort Bedenken gegen eine solche Publikation geltend gemacht wurden. „Nachricht über angeblich geplante Veröffentlichungen von Friedensmöglichkeiten und Friedensvermittlungen“, telegraphierte warnend der deutsche Gesandte *v. Bergen* aus Rom am 5. Mai 1920, „erwecken hier Befürchtungen vor weiterer Bekanntgabe von Schriftstücken, die aus Staatssekretariat oder von einem päpstlichen Vertreter stammen.“ Die seinerzeitige Veröffentlichung der Note des Nuntius *Pacelli* vom 30. August 1917 habe in päpstlichen Kreisen „stark“ verstimmt. „Kurie möchte erneute Polemik über ihren Friedensvermittlungsversuch, der in unserem Interesse gedacht war, vermieden sehen, um nicht weitere Schritte zu Gunsten Deutschlands, z. B. in der Frage der Milderung des Friedensvertrages, von vornherein mit dem Schein partieller Deutschfreundlichkeit nach außen zu belasten.“ Er bäte, von der Veröffentlichung abzusehen⁹²⁾ — was der zweite Unterausschuß übrigens auch alsbald zusagte.⁹³⁾

Nun hat zwar der zweite Unterausschuß die päpstliche Friedensaktion, ohne Einspruch des Auswärtigen Amtes zu gewärtigen⁹⁴⁾, untersuchen können⁹⁵⁾; dies geschah jedoch nur in vertraulichen Sitzungen⁹⁶⁾, wobei sich abermals die Kurie einschaltete. Man lege, so wurde ihrerseits betont, „entscheidenden Wert auf geräuschlose Arbeit, Diskretion im geschäftlichen Verkehr und Geheimhaltung der Verhandlung, die nur im gegenseitigen Einvernehmen durchbrochen werden“ dürfe.⁹⁷⁾ Als schließlich die Frage im zweiten Unterausschuß zur Diskussion stand, ob die einschlägigen Referate oder gar die Verhandlungen selbst über die päpstliche Friedensaktion gedruckt werden könnten oder sollten, meldete wiederum das Auswärtige Amt Bedenken an. Es ersuchte den Unterausschuß, die Ergebnisse seiner Verhandlungen über die päpstliche Friedensaktion auf eine ganz kurze Darstellung zu beschränken.⁹⁸⁾ Dies ist in der Tat

⁹²⁾ Ebenda Bd. 1.

⁹³⁾ Ebenda Bd. 1; am 30. 5. 1920 telegraphierte der Ausschuß an die deutsche Botschaft in Rom: „Amtliche Veröffentlichung von Dokumenten zur Frage Friedensmöglichkeiten gegenwärtig nicht beabsichtigt. Parlamentarischer Untersuchungs-Ausschuß hat auch über Veröffentlichung derartiger Schriftstücke noch keinen Beschluß gefaßt.“

⁹⁴⁾ Ebenda Bd. 5, Mitteilung des Vorsitzenden des zweiten Unterausschusses in der Sitzung am 30. 9. 1921, „daß das Auswärtige Amt die ev. Untersuchung der päpstlichen Friedensaktion nicht verhindern wolle“.

⁹⁵⁾ Über die Problematik der päpstlichen Friedensaktion im Lichte der Untersuchungen des zweiten Unterausschusses vgl. auch Fischer-Baling, S. 127 f.

⁹⁶⁾ Ebenda Bd. 5, Beschluß des zweiten Unterausschusses vom 19. 11. 1921 mit Zweidrittelmehrheit.

⁹⁷⁾ Ebenda Bd. 5, Telegramm des deutschen Botschafters *v. Bergen* in Rom vom 6. 1. 1922. Darin heißt es weiter: „Wer hier ersprießliche Arbeit leisten will, Unterstützung der Kurie wünscht — und wir haben allen Grund, sie für viele wichtige Fragen zu erstreben — muß diesen kurialen Erwartungen Rechnung tragen und auf außerordentliche große Empfindlichkeit Rücksicht nehmen. Erste deutsche Enthüllungen über päpstliche Friedensdemonstration hervorriefen hier starken Unwillen, veranlaßten die in der Form ungewöhnliche und dringende Bitte Papstes, weitere Heiligen Stuhl betreffende Dokumente nur mit vorheriger Zustimmung zu veröffentlichen.“

⁹⁸⁾ Ebenda Bd. 6.

geschehen⁹⁹⁾; im übrigen beschied sich der Unterausschuß dahingehend, die geplante Veröffentlichung könnte „vorerst noch“ zurückgestellt werden.¹⁰⁰⁾

Ähnlich lagen die Verhältnisse bei der Untersuchung der Friedensarbeit des Gesandten *Freiherrn v. d. Lancken-Wakenitz* (Fühlungnahme mit Frankreich) 1917 durch den zweiten Unterausschuß. Hier meinte das Auswärtige Amt, die Erörterung der Friedensfühler *v. d. Lanckens* mit Frankreich könnte im Hinblick darauf, daß „der jetzige Ministerpräsident *Briand* an erster Stelle“ dabei beteiligt gewesen sei, „möglicherweise unerwünschte Folgen haben“.¹⁰¹⁾ Da nun, so urteilte Konsul *Dr. Weber* in seinen Aufzeichnungen fast kritisch zweifelnd an den dem Unterausschuß noch verbleibenden Arbeitsmöglichkeiten, „gemäß dem Wunsche des Vatikans“ auch der Fragenkomplex der päpstlichen Friedensaktion „für den Augenblick“ ausscheiden müsse, so sei der zweite Unterausschuß, „wenn er nicht seine Tätigkeit überhaupt einstellen solle, darauf angewiesen,

⁹⁹⁾ Vgl. hierzu ebenda Bd. 7, Aufzeichnung Oberregierungsrat *Dr. Meyer*, Vertreter des Auswärtigen Amtes beim parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß, vom 6. 12. 1922: „... Der Vorsitzende Abgeordneter *Dr. Breitscheid* teilte mit, es sei ihm zu Ohren gekommen, daß der Sachverständige des ersten Unterausschusses, Professor *Dr. Hans Delbrück*, in privaten Kreisen und an amtlichen Stellen sich in starken Worten gegen die unlängst vom 2. Unterausschuß veröffentlichte kurze Darstellung der Ergebnisse der Untersuchungen zur Päpstlichen Friedensaktion von 1917 ausspreche, weil sie die Tätigkeit des Generals *Ludendorff* nicht scharf genug verurteilt usf. Es sei zu überlegen, ob sich der Unterausschuß das gefallen lassen könne ... Der Unterausschuß beschloß, daß der Vorsitzende *Dr. Breitscheid* zunächst mit Professor *Dr. Delbrück* Rücksprache nähme und ihm das Befremden des Ausschusses zum Ausdruck bringe.“

¹⁰⁰⁾ Ebenda Bd. 6, Aufzeichnung Oberregierungsrat *Dr. Meyer* vom 23. 6. 1922 über die Sitzung des zweiten Unterausschusses vom 22. 6. 1922: „... Wiederholt tauchte im Verlauf der Sitzung auch die Frage auf, ob die Referate oder gar die gesamten stenographischen Berichte der Verhandlungen des zweiten Unterausschusses über die päpstliche Friedensaktion gedruckt werden können und sollen. Der unterzeichnete Referent hatte bereits vor der Sitzung mit den verschiedenen Abgeordneten über diesen Punkt gesprochen, auf die schon früher, dem Ausschuß zur Kenntnis gebrachten Bedenken des Auswärtigen Amtes zurückverwiesen und erklärt, er nehme an, daß die Frage der Veröffentlichung vorerst noch zurückgestellt werden könne.“ Der zweite Unterausschuß faßte auch in diesem Sinne einen Beschluß. – Vgl. in diesem Zusammenhang auch *Ruppel*, S. 314. Darin wird auf die Tatsache hingewiesen, daß der Untersuchungsausschuß im März 1924 den Beschluß gefaßt habe, die geplante Veröffentlichung der auf die Friedensaktion des Papstes bezüglichen Dokumente gänzlich zurückzustellen. Das Auswärtige Amt habe auch späterhin eine solche Veröffentlichung inhibiert; so sei Prof. *Dr. Bredt* 1926 für seinen Aufsatz: „Reichskanzler *Michaelis* und die päpstliche Friedensaktion“ eine Durchsicht des in Frage kommenden Aktenmaterials nur in beschränktem Umfang gestattet worden. Selbst an seinen auf begrenztem Quellenstudium beruhenden Forschungsergebnissen hätten auf Wunsch des Auswärtigen Amtes noch „gewisse redaktionelle Änderungen“ vorgenommen werden müssen. Der zweite Unterausschuß habe dann lediglich über diese Ausführungen des Berichterstatters *Bredt* diskutiert. Vgl. auch *WUA*, Vierte Reihe, 7. Bd., zweiter Halbband, S. 1, Ausführungen des Abgeordneten *Dr. Philipp* in der Sitzung des vierten Unterausschusses am 12. 11. 1926; dazu *Philipp* in seinen Erinnerungen (*Mein Weg*, VI, Der Untersuchungsausschuß über die Ursachen des deutschen Zusammenbruches), S. 234: „Nicht möglich war es, die Vorgänge bei den päpstlichen Friedensbemühungen im Herbst 1917 bis ins letzte zu verfolgen, und die Rolle *Erzbergers* dabei restlos aufzuklären, da aus diplomatischen Gründen eine Vernehmung des Botschafters beim Vatikan *v. Bergen* nicht stattfinden konnte.“

¹⁰¹⁾ *Pol. Archiv*, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 4, Aufzeichnung *Dr. Weber* vom 3. 5. 1921.

sich den Möglichkeiten eines Friedens mit Rußland zuzuwenden“. Dabei läge freilich die Gefahr nahe, daß „dann auch die ebensowenig erwünschten, mit dem Polenproblem zusammenhängenden Fragen zur Diskussion gelangen“ würden.¹⁰²⁾

Für *Dr. Weber* stellte sich in diesem Zusammenhang grundsätzlich die Frage der Geheimhaltung. Vom Standpunkt des Auswärtigen Amtes aus hat er im folgenden die Begründung gegeben, warum der zweite Unterausschuß die Ergebnisse seiner Untersuchungen nicht veröffentlichte.¹⁰³⁾ Davon ausgehend, daß es dem Ausschuß auf verfassungsmäßiger Grundlage gestattet sei, „Beweiserhebungen durch Einsicht in die Akten und eidesstattliche Vernehmung der Beamten des auswärtigen Ressorts“ vorzunehmen, erklärte er, eine „relative Sicherheit gegen das Bekanntwerden von Tatsachen, deren Geheimhaltung im Staatsinteresse“ liege, biete die Verfassung selbst nur durch die im Artikel 34 vorgesehene Möglichkeit, die Öffentlichkeit bei den Verhandlungen auszuschließen. Der zweite Unterausschuß habe tatsächlich „die durch die Umstände gebotene Notwendigkeit der Geheimhaltung der seiner Prüfung unterliegenden diplomatischen Vorgänge“ dadurch anerkannt, „daß er grundsätzlich nur geheime Sitzungen“ abhalte und alle Veröffentlichungen über seine Arbeiten unterlasse. *Dr. Weber* setzte erläuternd hinzu: „Dem Ersuchen um Zugänglichmachung der Akten“ sei vom Auswärtigen Amt „bisher zwar stets bereitwillig stattgegeben worden¹⁰⁴⁾, hierdurch war aber nicht ausgeschlossen, daß im einzelnen Falle im vertraulichen Benehmen mit dem betr. Ausschußsekretär die Herausgabe besonders bedenklicher Schriftstücke verhindert werden konnte.“¹⁰⁵⁾

Dr. Weber berührt damit eine praktische, auch für die neuere historische Forschung belangreiche Frage, soweit es die Materialbeschaffung für die Arbeiten des Untersuchungsausschusses überhaupt angeht. Deutet er hier an, daß es dem Auswärtigen Amt zumindest auf dem Wege der internen Absprache mit dem Sekretär des jeweiligen Unterausschusses möglich gewesen sei, Dokumente von besonderer Relevanz zurückzuhalten, so mag sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der Stellung dieses Sekretärs, seinem formalen wie realen Verhältnis zu den Mitgliedern, d. h. den Abgeordneten des betr. Unterausschusses erheben. Die Akten des Ausschusses geben darüber keine Auskunft. Indes wird gesagt werden dürfen: Die Stellung des Sekretärs, sein Wirkungseinfluß sind von der Sache her bestimmt; war er es doch, der kontinuierlich mit der Materialbeschaffung für den Ausschuß betraut war, sich auf die Dauer zum Kenner des

¹⁰²⁾ Ebenda. – Fischer-Baling, S. 126, schreibt allgemein: „... Die Gegenstände, über die beraten und Beschluß gefaßt wurde, waren so diskreter Natur, daß das Auswärtige Amt mit Rücksicht auf unerwünschte Wirkungen im Ausland die sofortige Veröffentlichung widerriet. Die druckfertigen Bände wurden zurückgestellt...“

¹⁰³⁾ Tatsächlich kam es nicht zur Veröffentlichung, s. unten S. XXXII.

¹⁰⁴⁾ Diese Tatsache bezeugt auch Fischer-Baling, S. 124: „... Daran, daß aus dem gewaltigen Geheimarchiv des Auswärtigen Amtes, wie übrigens auch der anderen Behörden, zu den Gegenständen der Untersuchung alles vorhandene Material vorgelegt wurde, ist nicht zu zweifeln. So wenig der Hausgeist in der Wilhelmstraße sich revolutionär geändert haben mochte, die Gewöhnung an amtliche Korrektheit war viel zu tief eingewurzelt, um den Gedanken zuzulassen, daß man Akten bereinigen oder verheimlichen oder verschwinden lassen könnte...“

¹⁰⁵⁾ Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 4.

Dokumentenmaterials entwickelte und schließlich so etwas wie „Prokura“ für seinen Unterausschuß besaß.

Die Tatsache übrigens, daß besonders bedenkliche Schriftstücke zurückgehalten wurden, wird in umschriebener Aussage auch von Mitgliedern des zweiten Unterausschusses selbst bestätigt, die allerdings in diesem Zusammenhang auch auf andere bestehende Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung hinweisen. So erklärte Amtsrichter *Dr. Bloch*, Sekretär des zweiten Unterausschusses, das „gesamte Material des Auswärtigen Amtes“ habe dem Unterausschuß wohl vorgelegen; indes sei bei „fast jeder einzelnen Untersuchung“ festgestellt worden: „das kann nicht das gesamte Material sein, es ist entweder viel mehr Material vorhanden, oder es gab Anregungen, die überhaupt nicht zu den Akten gebracht sind, aus denen sich Friedensgespräche und in ihrem Verlauf Friedensmöglichkeiten entwickelt haben.“¹⁰⁶⁾ Gerade die Untersuchungen im zweiten Unterausschuß, betonte in ähnlichem Sinne der sozialdemokratische Abgeordnete *Dr. Quessel*¹⁰⁷⁾, Mitglied des zweiten wie des vierten Unterausschusses, hätten erwiesen, daß nicht nur das vorgegangen wäre, was in den Akten des Auswärtigen Amtes stünde. „Sehr wichtige Dinge haben sich abgespielt, von denen man in den Akten des Auswärtigen Amtes kaum eine Andeutung“ finden würde. Sein Fazit: Die Untersuchung wäre nicht so verlaufen, daß behauptet werden könnte: „wir wissen nun alles. In unserer Kenntnis der Dinge sind immer noch wesentliche Lücken vorhanden.“¹⁰⁸⁾

Vor welchen Überlegungen im Hinblick auf Veröffentlichungsformen und -möglichkeiten seiner Untersuchungen der zweite Unterausschuß praktisch stand, darüber gibt ein Entwurf des Amtsgerichtsrates *Dr. Herz*, Geschäftsführer des Gesamtausschusses, vom Januar 1924 Aufschluß: „Publikationsmöglichkeiten für die Vorgänge zu den Friedensmöglichkeiten im Westen im Jahre 1917.“¹⁰⁹⁾ Es böten sich hier, so heißt es in diesem Entwurf, zwei Wege: einmal die Vernehmungen vollständig zu veröffentlichen, d. h. dabei nur diejenigen Stellen, die sich auf die Neutralen, insbesondere die Kurie bezögen, herauszulassen. Dieser Weg habe den Vorzug der lebendigen Wiedergabe des Für und Wider, ergebe aber freilich ein lückenhaftes Bild. Zum andern könne man, und dies sei sein Vorschlag, „die Publikation in Form eines nach Materien geordneten Berichtes vornehmen.“¹¹⁰⁾ Im einzelnen führt *Herz* hier auf:

1. Referat des Herrn *v. Hintze* und Korreferat des Herrn *Baron v. Rheinbaben* über den Akteninhalt. Dabei wären Namen Neutralen zu vermeiden.
2. Die Friedensstimmung auf beiden Seiten.
3. Das Abflauen der Friedensstimmung im Spätsommer und das Zuschlagen der Tür im August. Bei dieser Gelegenheit kann der Inhalt des englischen Blaubuches herangezogen werden.

¹⁰⁶⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 395, Sitzung des vierten Unterausschusses am 1. 4. 1925.

¹⁰⁷⁾ *Ludwig Quessel*, über ihn vgl. unten S. 3, Anm. 7.

¹⁰⁸⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 393, Sitzung des vierten Unterausschusses am 1. 4. 1925.

¹⁰⁹⁾ Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 11. Geschäftsführer *Dr. Herz* hatte diesen Entwurf mit Schreiben vom 2. 1. 1924 an den Legationsrat *Dr. Meyer* des Auswärtigen Amtes gesandt.

¹¹⁰⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Materialien des Gesamtwerkes des zweiten Unterausschusses, unten S. 709 ff., Anlage 1.

4. Die Gründe des Stimmungsumschlags:
 - a) Versagen des U-Boot-Krieges.
 - b) Innere Krisis und Reichstagsresolution.
 - c) Das Bekanntwerden des Memorandums von *Czernin*.
5. Die Schwierigkeiten auf deutscher Seite:
 - a) Verhältnis zu den Verbündeten.
 - b) Verhältnis der politischen Leitung zur Obersten Heeresleitung (Beratung in Kreuznach im August; Kronrat vom September).
 - c) Stellung des Kaisers.
6. Das Problem Belgien.
7. Warum keine öffentliche Erklärung über Belgien? (Der Siebener-Ausschuß).
8. Das elsass-lothringische Problem.

Die Friedensbesprechungen *Briand—v. d. Lancken*, so meint *Herz* weiter, könnten zwar vollkommen veröffentlicht werden, doch sei davon abzuraten. Sie seien „im Sande verlaufen“; ihre Publikation würde, da über die päpstliche Friedensaktion nichts mitgeteilt werden könnte, „einen Raum einnehmen, der ihrer Wichtigkeit nicht“ entspreche.

Eine Veröffentlichung der Akten selbst hält *Herz* nicht für tunlich: die wichtigsten Dokumente könnten „aus internationalen Gründen“ kaum publiziert werden, eine lückenhafte Publikation der Akten aber würde ihr den Wert nehmen. Es genüge, wenn man nur diejenigen Aktenstücke veröffentliche, auf welche in den Vernehmungen Bezug genommen worden sei.¹¹¹⁾

Diese Vorschläge des Amtsgerichtsrates *Dr. Herz*, die darauf hinausliefen, „eine Art historischen Generalbericht auszuarbeiten“¹¹²⁾, stießen indes auf Ablehnung der Sachverständigen des zweiten Unterausschusses, Professor *Bonn* und *Dr. Guttmann*; beide argumentierten, einem solchen Generalbericht müsse die „historische Treue“ fehlen.¹¹³⁾ Man beschloß darauf ohne Einspruch, zunächst den Versuch zu machen, die gesamten vor dem Ausschuß gemachten Aussagen sowie die von ihm geprüften Dokumente, soweit von Belang, zusammenzustellen und alsdann zu prüfen, bei welchen Stücken etwa ernsthafte Bedenken gegen die Veröffentlichung beständen.¹¹⁴⁾ Der damalige Vertreter des Auswärtigen Amtes beim zweiten Unterausschuß, Legationsrat *Dr. Frohwein*, bemerkt in diesem Zusammenhang in einer „Aufzeichnung“ vom Januar 1924, die Zusammenstellung des zweiten Unterausschusses werde namentlich auch die päpstliche Friedensaktion sowie die Friedensgespräche *Briand—v. d. Lancken* umfassen. *Frohwein* weist dabei auf die Tatsache hin, dem Unterausschuß seien die gegen die Veröffentlichung eines Teiles des Materials sprechenden politischen Bedenken des Auswärtigen Amtes bereits früher vorgetragen und dort auch in der Diskussion berücksichtigt worden; er, *Frohwein*, habe daher „von einer erneuten

¹¹¹⁾ *Herz* fügt hinzu: „Ob dieses nun im Texte oder in einer Anlage zu geschehen hat, ist eine rein praktische Frage, deren Lösung späterer Entscheidung vorbehalten werden kann.“

¹¹²⁾ Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 11, Aufzeichnung Ref. Legationsrat *Dr. Frohwein* vom 21. 1. 1924.

¹¹³⁾ Ebenda.

¹¹⁴⁾ Ebenda.

Erklärung Abstand genommen.“¹¹⁵⁾ Die Zusammenstellung der Dokumente würden der Generalsekretär *Dr. Herz* und der Sekretär des zweiten Unterausschusses *Dr. Bloch* besorgen; sie sollte etwa im Februar 1924 fertig sein. Das Auswärtige Amt, so schließt *Frohwein* seine „Aufzeichnung“ ab, werde dann Gelegenheit haben, zur Frage der Veröffentlichung endgültig Stellung zu nehmen.¹¹⁶⁾

Alles in allem: der zweite Unterausschuß hat während der Jahre 1920—1924 wohl umfangreiche, ganz im Sinne seines Auftrages liegende Untersuchungen angestellt und auch immer wieder danach getrachtet, seine Ergebnisse der Öffentlichkeit vorzulegen.¹¹⁷⁾ Jedesmal indes wurden Gründe dagegen gesetzt, denen er sich nicht verschließen konnte. Aus einer ursprünglich politisch gedachten Abrechnung mit den verantwortlichen Vertretern der kaiserlichen Regierung wurden mehr oder weniger bürokratisch gelenkte Untersuchungen, die sich von dem Forum der Öffentlichkeit in den internen Behördenbereich verlagerten. Es waren letzthin die dortigen Auffassungen, welche darüber entschieden, ob und was der zweite Unterausschuß von seinen Erhebungen und Ergebnissen publizieren durfte. So blieb schließlich die erste Veröffentlichung des zweiten Unterausschusses, das Dokumentenwerk über die Friedensaktion des Präsidenten *Wilson*, auch die einzige.¹¹⁸⁾ Von allen anderen Untersuchungen wurden lediglich maschinenschriftliche, hektographierte Exemplare hergestellt, höchstens 15—18, die man an eine begrenzte Zahl von Abgeordneten sowie die Vertreter der Reichsregierung/Auswärtiges Amt beim zweiten Unterausschuß verteilte.¹¹⁹⁾

Immerhin liegen die Materialien des zweiten Unterausschusses vor; sie sind in den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes in Bonn erhalten.¹²⁰⁾ Ihr Inhalt zeugt davon, mit welcher Gewissenhaftigkeit der Unterausschuß zu Werke ging, wie breit die Quellengrundlagen für seine Untersuchungen waren und wie stark ihn bei seinen Arbeiten, namentlich der Fixierung seiner Ergebnisse, politisch-praktische Gesichtspunkte, zugleich das Bestreben nach sachlich-

¹¹⁵⁾ Ebenda.

¹¹⁶⁾ Ebenda.

¹¹⁷⁾ So stand etwa auf der Tagesordnung der Sitzung des zweiten Unterausschusses am 8. 3. 1924: „Beschlussfassung über die Drucklegung des Materials, besonders desjenigen über die Haager Konferenz“; für die Tagesordnung der Sitzung des zweiten Unterausschusses am 10. 3. 1924 war vorgesehen: „Besprechung der Frage der Veröffentlichung des Materials des zweiten Unterausschusses“; vgl. Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 11. — Eine Veröffentlichung des Materials unterblieb jedoch.

¹¹⁸⁾ Vgl. oben S. XXIV.

¹¹⁹⁾ Vgl. unten S. 709 ff., Anlage 1.

¹²⁰⁾ Vgl. unten S. 709 ff., Anlage 1. — *Fischer-Baling*, S. 126, schreibt: „... Mit tiefstem Bedauern aber muß es den Politiker und Historiker erfüllen, daß bei allen übrigen Fragestellungen, Ermittlungen und Urteilen über Friedensmöglichkeiten während des Krieges die Veröffentlichung zur Zeit der Vernehmungen unterblieb und heute unmöglich ist, weil nichts von dem Material mehr existiert...“ Diese Angaben *Fischer-Balings* sind nunmehr widerlegt durch das im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes aufgefundene hinterlassene Werk des zweiten Unterausschusses.

kritischer Durchleuchtung der einzelnen Fragen leiteten. Für die Belange der historischen Forschung, die sich neuerdings verstärkt dem politischen Geschehen des Ersten Weltkrieges zuwendet¹²¹⁾, wird hier aufschlußreiches, bisher wenig beachtetes Quellenmaterial geboten.¹²²⁾ Dies trifft um so eher zu, als die meisten Aktenbestände des Untersuchungsausschusses in der nationalsozialistischen Epoche der Vernichtung anheimfielen.¹²³⁾

¹²¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang bes. Fischer, Griff nach der Weltmacht; dazu die kritische Diskussion um dieses Werk: Fischer, Deutsche Kriegsziele, S. 249 ff.; Herzfeld, S. 67 ff.; Fischer, Kontinuität des Irrtums, S. 83 ff.; Zechlin, Friedensbestrebungen, S. 3 ff.; ders., Probleme des Kriegskalküls, S. 69 ff.; Steglich, Friedenspolitik.

¹²²⁾ Vgl. unten S. XL, Anm. 32. – Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fielen den Alliierten mit den Akten des Auswärtigen Amtes auch die hinterlassenen Materialien des Werkes des zweiten Unterausschusses in die Hände. Über sie urteilt *F. T. Epstein* (German War Documents Project, General remarks 15. 5. 1947, D 456856, D 456857): Der zweite Unterausschuß habe in den Jahren 1921—1924 die Friedensmöglichkeiten während des Ersten Weltkrieges untersucht. Memoranden, Kommentare aus Befragungen und Kompilationen diplomatischer Dokumente seien im Auswärtigen Amt für den zweiten Unterausschuß vorbereitet und in hektographierter Form an eine kleine Gruppe von Beamten des Auswärtigen Amtes und führenden Mitgliedern des Reichstages verteilt worden. Der Vorsitzende des zweiten Unterausschusses habe den Stenographen in der Sitzung vom 7. 12. 1921 daran erinnert, daß diese Untersuchungen vollständig vertraulich seien, vor allem nichts in die Presse gelangen dürfe. „The materials filmed here, therefore, throw a complete new light on many phases of the secret diplomatic history of the First World War, since nothing of the work of the Second Sub-Committee has ever been published.“

¹²³⁾ Vgl. Philipp, Mein Weg, S. 241. *Philipp* (ebenda) führt dazu weiter aus: „Der vierte Unterausschuß war, weil es ihm gelang, rechtzeitig seine Arbeiten unter Dach und Fach zu bringen, glücklicher als die anderen Unterausschüsse des großen Untersuchungsausschusses von 1919. Von diesen lagen wohl eine Reihe von Gutachten und Einzelhefte über Vernehmungen gedruckt vor, aber es gelang nicht mehr, vor der Machtergreifung *Hitlers* die zum größten Teile schon in ausgedruckten Bänden vorliegenden Arbeiten über den Kriegsausbruch zu veröffentlichen; sie sind damals in rücksichtsloser Weise vernichtet worden.“ – Lt. frdl. Mitteilung des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam vom 9. 4. 1965 Az. 12.03/Dr. Br./Br. befinden sich auch in den dortigen Beständen keine Akten des Parlamentar. Untersuchungsausschusses.

B. Das Werk des zweiten Unterausschusses über Brest-Litowsk

I.

Der zweite Unterausschuß hat die Friedensbemühungen und -möglichkeiten der Jahre 1916 bis 1918 bearbeitet¹⁾, das Hauptgewicht dabei aber auf die Vorgänge des Jahres 1917 gelegt²⁾; damit in Verbindung stellte er auch eine Dokumentation über den Frieden von Brest-Litowsk 1918 zusammen. Dies geschah wohl im Hinblick auf die durchaus verständliche Frage nach dessen Rückwirkung auf den Gang weiterer Friedensverhandlungen; darüber hinaus dürfte man an die naheliegenden Relationen Brest-Litowsk—Versailles gedacht haben. Die Dokumentation wurde im Auftrage des Ausschusses von seinen beiden Sekretären, Legationsrat *Dr. v. Twardowski* und Amtsrichter *Dr. Bloch*, bearbeitet. *Dr. v. Twardowski* traf eine erste Auswahl von Dokumenten, die alsdann von *Dr. Bloch* durchgesehen und mit weiteren Aktenstücken ergänzt wurde.³⁾ Der genaue Zeitpunkt, wann dies zwischen 1920 und 1923 geschehen ist, konnte nicht ermittelt werden.⁴⁾

Man hat im zweiten Unterausschuß die Frage aufgeworfen, ob vom Thema her Brest-Litowsk überhaupt in den Arbeitsbereich des Ausschusses gehöre. Sie ist in wechsellöcherlicher Argumentierung teils verneint, teils bejaht, schließlich als „nicht aktuell“ bezeichnet worden.⁵⁾ „Wir haben“, erklärte der Abgeordnete *Freiherr v. Rheinbaben* später, im Mai 1925, „im 2. Unterausschuß ganz ausführlich über die Friedensmöglichkeiten bis zur Zeit des Friedens von Brest-Litowsk gesprochen. Darüber hinauszugehen war nicht unsere Aufgabe bzw. es lag eben kein Anhalt für weitere Möglichkeiten vor.“⁶⁾ Am Ende entschloß sich der Unterausschuß in seiner Sitzung vom 11. Mai 1923, die Entscheidung der Frage einem späteren Zeitpunkt zu überlassen.⁷⁾

Damit hängt vielleicht zusammen, daß der zweite Unterausschuß seiner Dokumentation über Brest-Litowsk keinerlei Vorwort, einleitende Betrachtungen oder aus dem vorgelegten Aktenmaterial gewonnene und zusammenfassend formulierte Schlußergebnisse beifügte. Mit anderen Worten: der zweite Unterausschuß als Ganzes hat in seinem hinterlassenen Werk nicht zum Frieden von Brest-Litowsk Stellung genommen. Wohl aber liegen wiederholte kritische

¹⁾ Vgl. unten S. 709 ff., Anlage I.

²⁾ Bestätigend der Abgeordnete *Freiherr v. Rheinbaben* im Mai 1925; vgl. WUA, Vierte Reihe, Bd. 1, S. 454.

³⁾ Vgl. auch unten S. 3 ff.

⁴⁾ Vgl. unten S. 3 ff., Protokoll der Sitzung des zweiten Unterausschusses vom 11. 5. 1923. Hier berichtet *Dr. Bloch*, er habe Mitte Dezember 1922 als Nachfolger v. *Twardowskis* das Referat über Brest-Litowsk übernommen und „das vorbereitete Material noch erheblich ergänzt“.

⁵⁾ Vgl. unten S. 3 ff., Protokoll der Sitzung des zweiten Unterausschusses vom 11. 5. 1923.

⁶⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, Bd. 1, S. 449 f.; bestätigend auch *Fischer-Baling* in der Sitzung des vierten Unterausschusses am 1. 4. 1925; vgl. WUA, Vierte Reihe, Bd. 1, S. 392.

⁷⁾ Ebenda.

Äußerungen einzelner seiner Mitglieder vor, die allerdings meist im vierten Unterausschuß gemacht worden sind.

Beschäftigte sich der vierte Unterausschuß mit den Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918⁸⁾, so lag es für ihn nahe, die Sprache auch auf den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit seinen Auswirkungen auf das Verhalten der westlichen Alliierten gegenüber Deutschland zu bringen.⁹⁾ Dies mußte um so eher der Fall sein, als Angehörige des zweiten Unterausschusses oder ihm zugewiesene Sachbearbeiter wie etwa *Dr. Quessel* oder Amtsgerichtsrat *Dr. Herz* zugleich dem vierten angehörten oder mit dessen Agenden befaßt waren. So bezeichnete beispielsweise *Dr. Quessel* den Frieden von Brest-Litowsk als „ein imperialistisches Manöver größten Stiles . . ., wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen“ habe. „Es handelte sich“, so führte er in der Sitzung des vierten Unterausschusses vom 22. Januar 1924 aus¹⁰⁾, „um die Aufteilung eines Riesenreiches, das während der ganzen Bismarckschen Zeit als eine notwendige Stütze des europäischen Friedens“ angesehen worden sei und sich „als solche auch 50 Jahre hindurch“ bewährt habe. Nun sei „die große Zerreißung dieses Imperiums“ gekommen, und zwar weniger durch die Politiker als durch die O.H.L.¹¹⁾ Brest-Litowsk hätte es dann allerdings unmöglich gemacht, „einen Frieden auf dem Status quo“ herbeizuführen.¹²⁾ „Wir haben“, setzte *Dr. Quessel* an anderer Stelle hinzu, „uns selbst blockiert, weil wir annektieren wollten.“¹³⁾ Man hätte es an dem Frieden von Brest-Litowsk gesehen, was die O.H.L. für den Osten unter einem „annehmbaren Frieden“ verstanden habe. „Ähnlich hätte“, so folgerte *Dr. Quessel*, „im Falle eines Sieges, der Friede der O.H.L. im Westen wohl auch ausgesehen. Es wäre ein Diktatfrieden gewesen, ähnlich dem, den wir in Brest-Litowsk abgeschlossen haben.“¹⁴⁾

Amtsgerichtsrat *Dr. Herz* urteilte über Brest-Litowsk, dort habe „keine der Parteien es ehrlich“ gemeint; nicht zuletzt sei mit dem Frieden von Brest-Litowsk — eine „verfahrene Situation“, wie er ihn nennt — gegen die Friedens-

⁸⁾ Vgl. oben S. XXIII u. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 1 ff.

⁹⁾ Im Werk des Untersuchungsausschusses/Vierter Unterausschuß ist Brest-Litowsk wiederholt behandelt worden; vgl. Bemerkungen, Äußerungen über Brest-Litowsk WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 390 ff., 400 f., 405, 449 f., 456 f., 484; 2. Bd., S. 46 ff.; 7. Bd., 1, S. 345 ff.; 7. Bd., 2, S. 290, 320 ff.; 8. Bd., S. 175, 218 ff.; 12. Bd., S. 107 ff., 118 ff., 139 ff.

¹⁰⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 391 f.

¹¹⁾ Zum Verständnis dieser Anschauungen muß die Tatsache berücksichtigt werden, daß *Quessel* Anhänger der sog. kontinentaleuropäischen Konzeption war; vgl. Matthias, S. 30 ff., Die kontinentaleuropäische Konzeption der „Sozialistischen Monatshefte“.

¹²⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 392. *Quessel* setzt erläuternd hinzu: „Denn daß England seine Balance-of-power-doctrin für Europa aufgeben und einer Neugestaltung des Ostens mit einem starken deutschen Übergewicht, mit deutschen Einflußsphären bis zur Düna und bis zu den großen russischen Sümpfen jemals zugestimmt hätte, war ganz ausgeschlossen. Jeder aber, der die Politik *Kerenskij*s und *Lenins* kennt, weiß, daß sich damals auch ohne den berühmten Faustschlag des Generals *Hoffmann* auf den Tisch eine wirkliche Verständigung mit dem Osten hätte herbeiführen lassen; selbst ein Frieden auf der Basis der Narew-Linie wäre zu erreichen gewesen, weil das Land bis zum Narew jeder Russe als so unerheblich behandelte, daß man einen Verständigungsfrieden an dieser Frage nicht hätte scheitern lassen.“

¹³⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 456.

¹⁴⁾ Ebenda S. 405.

resolution des Reichstages verstoßen worden. *Herz* lehnt namentlich die sog. Randstaatenpolitik ab. Sie sei in doppelter Hinsicht ein schwerer Fehler gewesen: Einmal hätten die Alliierten „mit dem Gewaltfrieden von Brest-Litowsk, der sich in seinen territorialen Bestimmungen auch kaum von dem Versailler Frieden“ unterscheide, „propagandistisch krebzen gehen“ können, zum andern wäre von der Randstaatenpolitik eine verhängnisvolle Wirkung auf die Bereinigung der elsäß-lothringischen Frage ausgegangen.¹⁵⁾

Soweit sich Mitglieder oder Sachverständige des zweiten und vierten Unterausschusses mit dem Frieden von Brest-Litowsk beschäftigten, haben sie diesen Frieden mit seinen Bestimmungen und Zielsetzungen verurteilt; in dieser Einstellung trafen sie sich mehr oder weniger, so verschieden auch der politische Standpunkt des einzelnen war. Brest-Litowsk ist von ihnen als „unglückliche und falsche Lösung“ (Sachverständiger Major a. D. *Vollmann*)¹⁶⁾, als „Gewaltfrieden“ (Abgeordneter der sozialdemokratischen Partei *Dittmann*)¹⁷⁾ oder als „Zeichen einer vollkommen unklaren, unsicheren und . . . hinterhältigen Politik“ (Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei *Dr. Bergsträßer*)¹⁸⁾ bezeichnet worden.

Der Frieden von Brest-Litowsk spielte demnach mehr als im zweiten Unterausschuß in den Überlegungen und Diskussionen des vierten eine Rolle. Er wurde dort nach verschiedenen Seiten hin durchleuchtet und im Zusammenhang des Gesamtgeschehens der Jahre 1914-18 gewertet: im Lichte etwa der Friedensresolution des Reichstages, des Verhältnisses, der Spannungen zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsleitung¹⁹⁾ oder in seinen Relationen zu Versailles. Von dem spezifischen Aufgabenbereich des zweiten Unterausschusses her gesehen, war es freilich ebenso angebracht, wenn dieser den Blick auf Brest-Litowsk richtete und es unternahm, wenigstens eine Dokumentation über diesen Frieden zusammenzustellen.

Das Werk des zweiten Unterausschusses mit dem Titel: „Die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk“ liegt in vier Teilen vor:

- I. 8. 11. 1917 bis 16. 12. 1917,
- II. 13. 12. 1917 bis 10. 1. 1918,
- III. 5. 1. 1918 bis 28. 1. 1918,
- IV. 30. 1. 1918 bis 17. 3. 1918,

dazu Anlagen zu Teil IV und ein separater Anlagenband mit Pressestimmen verschiedener Richtungen zur jeweiligen Lage vom November 1917 bis März 1918, zu welchen Kaiser *Wilhelm II.* Randbemerkungen gemacht hat.²⁰⁾

¹⁵⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 7. Bd., 1, S. 345—349, Sitzung des vierten Unterausschusses am 23. 6. 1926.

¹⁶⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 12. Bd., S. 121.

¹⁷⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 7. Bd., 2, S. 290, Sitzung des vierten Unterausschusses am 18. 3. 1927.

¹⁸⁾ Ebenda S. 321, Sitzung des vierten Unterausschusses am 6. 5. 1927.

¹⁹⁾ Vgl. WUA, Vierte Reihe, 8. Bd., S. 269 ff., 7. Bd., 1, S. 345.

²⁰⁾ Vgl. Aussage *Dr. Blochs* über den Anlagenband; Protokoll der Sitzung des zweiten Unterausschusses vom 11. 5. 1923, S. 7.

Diese chronologische Gliederung ist annähernd den großen Abschnitten des Geschehens angepaßt, wobei sich die Datierungen einzelner Dokumente teilweise überschneiden:

1. Verhandlungen über Waffenruhe und Waffenstillstand;
2. Beginn der Friedensverhandlungen bis zur Weihnachtspause;
3. Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen nach der Weihnachtsunterbrechung;
4. Fortführung der Friedensverhandlungen; Kündigung des Waffenstillstandes; deutscher Vormarsch gegen Rußland; Abschluß und Ratifizierung des Friedensvertrages zu Brest-Litowsk.²¹⁾

Die Dokumentation selbst ist in drei Bänden (Aktendeckel) geheftet: Teil I und II zusammengebunden, Teil III separat, Teil IV und Anlagenband wieder zusammengebunden. Eine Paginierung oder Foliierung der einzelnen Blätter fehlt; auch wurden die Dokumente mit geringen Ausnahmen vom Unterausschuß nicht durchnummeriert.²²⁾ Das ganze Werk liegt in Maschinenschrift, hektographiert vor, die Blätter sind zum Teil doppelseitig beschrieben. Bei den vier Titelblättern handelt es sich um maschinenschriftliche Durchschläge mit einzelnen handschriftlichen Zusätzen.²³⁾

Wieviel Exemplare des Werkes gefertigt wurden, ist nicht mit Sicherheit belegt; wahrscheinlich waren es 15 bis 18, wie dies auch für die anderen Ausarbeitungen, Referate oder Zusammenstellungen des zweiten Unterausschusses zutrifft.²⁴⁾ Der Edition liegt das Exemplar aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes zugrunde, welches das einzige erhaltene sein dürfte.²⁵⁾

²¹⁾ In diesem Zusammenhang darf auf zehn (bisher von der historischen Forschung unbeachtet gebliebene) im einzelnen noch nicht verzeichnete Aktenbündel im Pol. Archiv des Auswärtigen Amtes (Kommissionsakten Brest-Litowsk, Bukarest, Nr. 152—160) mit dem Titel: „Material für eine Veröffentlichung über die Verhandlungen mit den Russen. I—XII“ hingewiesen werden. Es besteht im wesentlichen aus Abschriften von Dokumenten der Zeit (Sitzungsprotokolle, Stenogramme von Brest-Litowsk), Aktenabschriften, Zeitungsausschnitten. Darunter befindet sich auch die folgende Stoffgliederung: „Vorgeschichte. Persönliche Vorbemerkung. Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen. Waffenstillstandsverhandlungen, I. Teil. Waffenstillstandsverhandlungen, II. Teil. Vor den Friedensverhandlungen. Friedensverhandlungen, I. Teil: *Kühlmann-Joffé*. 1. Verhandlungspause. Friedensverhandlungen, II. Teil: *Kühlmann-Trockij*. 2. Verhandlungspause. Friedensverhandlungen, III. Teil: *Trockij-Kühlmann*. Der Ukrainerfriede. Zwischenspiel. Der Schlußakt. Nach Friedenschluß.“ Es ist nicht bekannt, wer diese Materialsammlung anlegte. Beabsichtigt war eine Veröffentlichung; dies geht aus dem handschriftlichen Fragment einer Einführung mit der Überschrift: „Vorwort oder Einleitung“ hervor, in welcher der Verfasser einige allgemeine Betrachtungen über die Natur und die Entstehung des Ersten Weltkrieges anstellt und mit den Worten beginnt: „Der Weltkrieg ist als ‚Krieg der Rechtsanwälte gegen die Kaiser und Könige‘ begonnen worden, in dem die gekrönten Häupter unterlegen sind. Sie verloren jedenfalls den Prozeß und ihren Thron . . .“

²²⁾ Vgl. unten S. XLIII.

²³⁾ Vgl. im einzelnen unten S. 714, Anlage 1.

²⁴⁾ Vgl. unten S. 709 ff., Anlage 1, u. oben S. XXIV f.

²⁵⁾ Auch in den Aktenbeständen des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam befindet sich kein Dokumentenmaterial des Parlamentar. Untersuchungs-Ausschusses und demnach auch kein weiteres Exemplar des Werkes über Brest-Litowsk; frdl. Mitteilung des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam vom 9. 4. 1965 Az. 12.03/Dr. Br./Br.

Von diesem Exemplar sind die Teile I, III, IV sowie die separaten Anlagen mit der laufenden Ziffer „7“, Teil II dagegen mit der laufenden Ziffer „5“ versehen.²⁶⁾ Als Empfänger der drei zuerst genannten Teile sowie des Anlagenbandes ist Legationsrat *Dr. Meyer*, der damalige Vertreter des Auswärtigen Amtes beim zweiten Unterausschuß, des zweiten Teiles der sozialdemokratische Abgeordnete *Dr. Quessel* genannt.

In den hinterlassenen Materialien des Gesamtwerkes des zweiten Unterausschusses trägt die Dokumentation über Brest-Litowsk — insgesamt 380 Aktenstücke, dazu acht weitere Dokumente als Anlagen zu Teil IV sowie 36 Abschriften aus Zeitungsartikeln aus der Epoche der Brester Friedensverhandlungen — die Nummer XXXI. Die Nummer davor ist ein Sitzungsprotokoll des zweiten Unterausschusses vom 30. Januar 1923, die dahinter, XXXII, enthält Material zum Thema: „Separatfriedensmöglichkeiten im Osten im Jahre 1916.“²⁷⁾ Brest-Litowsk ist also hier den Materialien des Gesamtwerkes des zweiten Unterausschusses eingefügt, ohne sonderlich von den übrigen Teilen abgehoben zu sein. Der Stoff selbst ist zeitlich je nach Fertigstellung der einzelnen Sitzungsprotokolle, Gutachten oder Dokumentationen angeordnet.²⁸⁾

Was der zweite Unterausschuß über Brest-Litowsk zusammenstellte, ist eine Auswahl aus der Fülle der einschlägigen Originalakten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes²⁹⁾; diese Auswahl kam zustande in Zusammenarbeit von Sekretären des Unterausschusses und Vertretern der Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amtes.³⁰⁾ Tatsächlich hat dieses dem Ausschuß alles wesentliche Material zur Einsichtnahme und Abschrift zur Verfügung gestellt. Im einzelnen sind von ihm nachweislich folgende, noch jetzt im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes erhaltene Aktenbestände benutzt worden:

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1. Waffenstillstand mit Rußland, Band 1—10,
Rußland, Politisches Nr. 1. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, Band 1—26,
Rußland, Politisches Nr. 2, Band 1, Beratungen in Berlin,
Der Weltkrieg Nr. 20d. Nr. 1, Band 11, Baltische Provinzen, Litauen,
Türkei Nr. 159, Nr. 2, Band 18, Staatsmänner,
Der Weltkrieg 15 Geh., Band 5, Material zu den Friedensverhandlungen,
Österreich Nr. 70, Band 52, Allgemeines,
Der Weltkrieg 2 Geh., Band 52, 56, Friedensstimmungen und Aktionen zur Vermittlung des Friedens.

²⁶⁾ Vgl. unten S. 714, Anlage 1.

²⁷⁾ Vgl. unten S. 715, Anlage 1.

²⁸⁾ Vgl. unten S. 714, Anlage 1.

²⁹⁾ Nachweis im einzelnen in den Kopfregeften bei allen in der vorliegenden Edition abgedruckten Aktenstücken. — Im übrigen hatte der zweite Unterausschuß bereits seine erste Untersuchung, die Friedensaktion des Präsidenten *Wilson*, überwiegend aus dem Aktenmaterial im Pol. Archiv des Auswärtigen Amtes bestritten; vgl. 15. Untersuchungsausschuß, II, S. 3. — Über das Aktenwesen des Auswärtigen Amtes vgl. in diesem Zusammenhang Meyer, S. 17 ff., 32 ff., 38 ff., 81 ff.

³⁰⁾ Frdl. Auskunft des Herrn Votr. Legationsrates I. Kl. *Dr. J. Ullrich*. — Über loyale Zusammenarbeit zwischen Ausschuß und Auswärtigem Amt s. auch oben S. XXV.

Daraus geht hervor, daß die Masse der Dokumente im Werk des zweiten Unterausschusses der Serie: „Rußland, Politisches Nr. 1“ entstammt. Aufschlußreiche Aktenstücke sind jedoch auch anderen Beständen entnommen, wobei die getroffene Auswahl immer wieder erkennen läßt, wie konsequent der zweite Unterausschuß bei der Lösung der ihm gestellten Aufgabe verfuhr. Wer die Masse der im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes aufbewahrten Dokumente über Brest-Litowsk³¹⁾ kennt, wird Geschick und kritisches Verständnis zu würdigen wissen, mit welchem die damaligen Bearbeiter der Dokumentation zu Werke gingen; wie sie Wichtiges von Unwichtigem zu trennen vermochten und es vermieden — die Versuchung mag bei der Menge der vorliegenden Akten nicht gering gewesen sein —, eine erdrückende, unübersichtliche Stoffanhäufung im Sinne einer „historischen Kleinmalerei“ zusammenzubringen.

Vielmehr hielten sich die Bearbeiter an ihre Aufgabe, die für die Themenstellung des Unterausschusses jeweils wesentlichen, die Situation treffend kennzeichnenden Dokumente zu erfassen. Dadurch konnten sie ein Quellenmaterial vorlegen, aus welchem nicht nur der Gang der Friedensverhandlungen klar in den Hauptmomenten ersichtlich ist, sondern auch die Hintergründe des Geschehens, die eigentlichen Absichten und Motive der Handelnden zumindest auf deutscher Seite zu gutem Teil erkennbar sind. Der Ausschuß hat sich damit verlässliche Unterlagen für seine Urteilsbildung wie für die Beantwortung der ihm aufgegebenen Fragestellungen geschaffen. In diesem Sinne darf das Werk des zweiten Unterausschusses als annähernd erschöpfend angesehen werden.

Hat der zweite Unterausschuß auch kein Werk, das nach spezifisch historischen Gesichtspunkten zusammengestellt worden wäre, vorgelegt, so ist dieses gleichwohl von hohem Belang für die neuere Geschichtsforschung: vornehmlich deshalb, weil der Ausschuß praktisch intern arbeitete. Er konnte sich somit, ohne Rücksicht auf etwa betroffene Persönlichkeiten oder Interessen, ganz der Sache widmen, sich lediglich darauf beschränken, die Wahrheit festzustellen, den wirklichen Sachverhalt zu ermitteln. In den von der Themenstellung des Ausschusses her gezogenen Grenzen ist das Werk frei von Einseitigkeiten, apriorischen Gesichtspunkten bei der Auswahl der Dokumente.

Im Lichte dieser Bedingtheiten sollte das Werk des zweiten Unterausschusses über Brest-Litowsk gewürdigt werden. Niederschlag ernsthafter politisch-parlamentarischer Tätigkeit aus den ersten Jahren der Weimarer Republik, Quellenmaterial für die historische Forschung zugleich, macht es in seiner Art Zusammenhänge zwischen weiterwirkenden Ereignissen des Ersten Weltkrieges und den Anfängen der jungen deutschen Demokratie sichtbar.

³¹⁾ Verzeichnis des Gesamtbestandes der Brest-Litowsk-Akten im Pol. Archiv des Auswärtigen Amtes vgl. Catalogue of German Foreign Ministry Files and Microfilms, Sp. 1005, 1128—1131, 1176—1179, 1182—1183. — Aktenbestände zur Geschichte des Friedens von Brest-Litowsk auch in: Deutsches Zentralarchiv.

Über den Frieden von Brest-Litowsk ist in den letzten Jahrzehnten wiederholt von den verschiedensten Seiten und unter dem wechselnden Einfluß des Zeit-erlebens geschrieben und geurteilt worden. Zeitgenossen, verantwortlich Mit-beteiligte von Freund und Feind, Diplomaten, Politiker und Militärs ebenso wie Historiker haben das Wort ergriffen, ohne daß die Diskussion darüber bereits zum Abschluß gelangt wäre.³²⁾

Die im Werk des zweiten Unterausschusses über Brest-Litowsk enthaltenen Dokumente besitzen im Hinblick auf den Gang der bisherigen Diskussion um diesen Frieden ihre besondere Bedeutung. In der Fülle ihrer sachlichen Einzelangaben sind sie geeignet, die historische Forschung erneut auf Kernfragen zu lenken, wie sie mit dem Zustandekommen des Brester Friedens und seiner kritischen Würdigung in Verbindung stehen.

Da wäre einmal an die „Zweistaatentheorie“ zu denken. Die Mittelmächte, unter Deutschlands Führung, gehen von der Überlegung aus, die riesige Masse des russischen Reiches müsse in das moskowitzische Rußland und in die Ukraine aufgeteilt werden. Trotz Gegenvorstellungen der russischen Delegation³³⁾ schließt man einen Separatfrieden mit der Ukraine am 9. Februar 1918, dem der Frieden mit dem übrigen Rußland am 3. März 1918 folgt.³⁴⁾

³²⁾ Vgl. u. a. Trockij, *The History of the Russian Revolution*, S. 123—149, *The Peace Negotiations*; ders., *Mein Leben*, S. 347 ff., 364 ff.; ders., *Lenin*, S. 77 ff., 84 ff.; *Lenin, Sämtliche Werke*, XXII; Czernin, S. 291 ff., X., *Brest-Litowsk*; Kühlmann, S. 518 ff., *Der Friede von Brest-Litowsk*; Ludendorff, *Kriegserinnerungen*, S. 436 ff.; Hoffmann, *Aufzeichnungen II*, S. 195 ff., *Der Frieden von Brest-Litowsk*; Gratz-Schüller, S. 74 ff.; Hertling, S. 41 ff. — Neuerdings hat Cahén, S. 227, 229, einstiger Mitarbeiter des Grafen *Brockdorff-Rantzau*, über den Frieden von Brest-Litowsk geurteilt und ihn als „eine der absonderlichsten Affairen der Weltgeschichte“ bezeichnet, welche „in einzelnen ihrer Phasen seit Menschengedenken tatsächlich kein Gegenstück“ habe. Cahén spricht hier von dem ersten Friedensschluß des „parlamentarischen Deutschland“, der ein „Machtfriede“ gewesen wäre, welcher „mit den Prinzipien, zu denen es sich öffentlich bekannte, nicht das geringste zu tun“ gehabt hätte. Diese Formulierung Cahéns erscheint ungenau. Gemeint ist offenbar die Reichstagsmehrheit, die dem Friedensschluß zugestimmt, d. h. sich mit den dort getroffenen Bestimmungen abgefunden hat. — Dokumentarisches Material über Brest-Litowsk u. a. b. Schultheß 1917, I, S. 994—1064; 1917, II, S. 769—788, 954—964; 1918, I, S. 1 ff., 1918, II, S. 649 ff.; Wippermann, 33. Jg., II, 2, 1097 ff., 1105 ff.; dazu Sonderheft: „Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und der Friede mit Rußland“, 34. Jg., I, 1, S. 101 ff.; *Frankfurter Zeitung*, 15. Bd., S. 8031 f., 8053 f., 8171 ff., 8368 f., 8499 ff., 8522 f., 16. Bd., S. 8652 ff.; *Quellen I/I*, S. 618 ff., *I/II*, S. 3 ff.; *L'Allemagne et le problème de la paix*. — Bisherige Aktenveröffentlichungen über Brest-Litowsk vgl. unten S. 718 f., Anlage 2. — Darstellungen: u. a. Magnes; John; Wheeler-Bennett; Milatz; *Geschichte der Diplomatie*, S. 379 ff.; Majorov; Kobljakov; Albertini; Rosenfeld, S. 22 ff.; Hahlweg, *Diktatfrieden*; *Geschichte der K.P.*, S. 338 ff.; Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, S. 627 ff.; Cubar'jan; Steglich, *Friedenspolitik*, S. 232 ff., 313 ff.; Ritter, S. 109 ff.; Kielmannsegg, S. 580 ff.; *Deutschland im ersten Weltkrieg*, S. 52 ff., 95 ff., 179 ff.; Baumgart, *Ergänzungsvertrag*, S. 116 ff. *Literaturübersicht bei Jodeit*, S. 567 ff. — Eine gründliche, monographische Untersuchung über Brest-Litowsk fehlt bisher; John und Wheeler-Bennett haben die deutschen Akten nicht benutzt. Bei Fischer ist das Werk des zweiten Unterausschusses über Brest-Litowsk nicht herangezogen (vgl. S. 627 ff.; 863 ff.), während Steglich lediglich den Versuch macht, Brest-Litowsk mehr im Rahmen der begrenzten Sicht: „Friedenspolitik der Mittelmächte“ zu behandeln. Eine neuere, auf gründlichem Quellenstudium beruhende kritische Darstellung enthält die Untersuchung von Baumgart, *Deutsche Ostpolitik*, S. 13 ff., *Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk*.

³³⁾ Vgl. unten Nr. 244, 267, 272, 275, 280.

³⁴⁾ Vgl. unten Nr. 279, 283, 287, 390.

Zum andern stellt sich die Frage der russischen „Westgebiete“. Hier werden im Sinne des deutschen Glacis- oder Bollwerksgedankens ganze Provinzen vom einstigen Zarenreich abgelöst, entweder an Dritte vergeben oder als „Grenzberichtigung“ für eigene Zwecke deklariert, d. h. zur Annexion vorgesehen.³⁵⁾ Drittens richtet sich der Blick auf die Praktizierung des Selbstbestimmungsrechtes. Es spielt bei den Friedensverhandlungen wenigstens in der Argumentierung der beiden Partner eine gewichtige Rolle — wobei freilich nicht zu übersehen ist, daß sich hier zwei verschiedene Gesellschaftssysteme gegenüberstehen. Die Russen, im Lichte ihrer revolutionären Interpretation, verstehen das Selbstbestimmungsrecht dahingehend, daß sämtliche Bewohner der russischen Westprovinzen, also die Volksmassen, einschließlich der durch den deutschen Einmarsch Vertriebenen, der Flüchtlinge und Evakuierten aus Kurland, Litauen und Polen, die in Rußland in sog. Landsmannschaften zusammengefaßt leben, und denen die Rückkehr in ihre Heimat gestattet werden soll, abstimmungsberechtigt sind nach Abzug der deutschen Truppen.³⁶⁾ Die Mittelmächte dagegen betonen, nur für die in den russischen Westprovinzen bereits bestehenden (von ihnen eingesetzten und anerkannten) korporativen Vertretungen könne das Selbstbestimmungsrecht gelten.

Die Dokumente im Werk des zweiten Unterausschusses beleuchten die Tatsache, daß das Selbstbestimmungsrecht in Brest-Litowsk letztthin „Theorie“ blieb. Beide Parteien benutzen es mehr oder weniger als ein genehmes Instrument, um ihre spezifischen Zielsetzungen zu verfolgen; man redet aneinander vorbei, jeder hat seinen besonderen Begriff vom Wesen und von der Praxis des Selbstbestimmungsrechtes. Im Grunde stehen die Macht des Siegers und sein Staatsinteresse der Verwirklichung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker entgegen, wie es die Russen im Sinne ihrer revolutionären Zielsetzungen fordern. Die strittige Frage wird durch den Sieger einseitig entschieden, indem dieser an die Gewalt der Waffen appelliert. Damit ist Brest-Litowsk als ein Diktatfrieden, zugleich als eine deutscherseits pragmatisch-kurzfristige Lösung in die Geschichte eingegangen — als ein Menetekel für jene unheilvolle Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen, wie sie später mit zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges führen sollte.³⁷⁾

Weiter enthalten die Dokumente Einzelheiten über die Vorherrschaft der Militärs gegenüber den Politikern auf deutscher Seite.³⁸⁾ Der Sekretär des zweiten Unterausschusses, *Dr. Bloch*, hat im Hinblick darauf die kritische Frage aufgeworfen: ob Brest-Litowsk tatsächlich ein „auf der Selbstbestimmung der Völker“ fußender Verständigungsfrieden gewesen sei, oder ob „andere Strömungen, die beispielsweise von der Obersten Heeresleitung herrührten“, den zu einer Verständigung mit Rußland neigenden Willen der Reichsleitung gehemmt hätten.³⁹⁾

³⁵⁾ Vgl. unten Nr. 17, 121.

³⁶⁾ Vgl. unten Nr. 205, 218, 219.

³⁷⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang neuerdings Hahlweg, Untersuchungsausschuß, S. 537 ff.

³⁸⁾ Vgl. unten Nr. 84, 118, 331, 359. — Vgl. in diesem Zusammenhang auch neuerdings Janßen, S. 183 ff., Petzold, S. 817 ff., und Baumgart, Ludendorff, S. 529 ff.

³⁹⁾ Vgl. Protokoll der Sitzung des zweiten Unterausschusses vom 11. 5. 1923, S. 7.

Zudem mag sich an Hand des Aktenmaterials im Werk des Ausschusses die Frage nach den in Wahrheit treibenden Kräften des Geschehens in Brest-Litowsk erheben. Prüft man diese Frage eingehender, so scheint vielleicht die Hypothese gerechtfertigt, daß der Frieden von Brest-Litowsk letztthin als das Ergebnis eines gigantischen Zweikampfes zwischen *Lenin* und *Ludendorff* anzusehen sei.

Darüber hinaus erhellt aus dem vorgelegten Material, wie vielschichtig sich das Geschehen in und um Brest-Litowsk äußert, wie sichtbar zugleich das Wechselverhältnis von Kriegszielen und Friedensbemühungen und -möglichkeiten⁴⁰⁾ hervortritt. Weniger dagegen wird der Leser über Einzelheiten des Geschehens erfahren, etwa beim Gang der Verhandlungen oder über die wirtschaftlichen Regelungen; auch hat der Ausschuß keine lückenlose Folge der Stenogramme oder Sitzungsprotokolle von Brest-Litowsk gegeben. Für die Behandlung solcher Fragen wäre nach wie vor das Aktenmaterial im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes heranzuziehen.

⁴⁰⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Äußerungen des Abgeordneten *Frhr. v. Rheinbaben* im Mai 1925 über die vom zweiten Unterausschuß vorgenommenen Untersuchungen über Friedensmöglichkeiten und Friedensbemühungen während des Ersten Weltkrieges: „. . . In diesen durch Jahre hindurch gegangenen Verhandlungen haben wir gerade über die Kriegs- bzw. Friedensziele je nachdem, wie man es ausdrücken will, ganz ausführliche Feststellungen gemacht . . .“; WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 450.

C. Zur Einrichtung der Edition

Die vorliegende Edition des Werkes des zweiten Unterausschusses über Brest-Litowsk, welche dazu beitragen soll, das bisher im Druck erschienene, nicht abgeschlossene Gesamtwerk des „Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages“ zu vervollständigen¹⁾, ist in zwei Hauptteile aufgliedert:

Protokoll der Sitzung des zweiten Unterausschusses vom 11. Mai 1923,

Werk des zweiten Unterausschusses über die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk.

Aus der Zahl der in den hinterlassenen Materialien des Gesamtwerkes des zweiten Unterausschusses erhaltenen Sitzungsprotokolle²⁾ wurde das oben genannte im Teilabdruck wiedergegeben, weil darin die Rede von Brest-Litowsk ist. Der Inhalt dieses Protokolls macht die Verquickung des Fragenkomplexes von Brest-Litowsk mit der Gesamtaufgabe des zweiten Unterausschusses, seine Einbettung mit allem Für und Wider in das Gesamtthema „Friedensbemühungen und Friedensmöglichkeiten“ sichtbar.³⁾ Die Angaben des Protokolls unterstreichen die Tatsache, daß die Zusammenstellung des Aktenmaterials von Brest-Litowsk durchaus ihren Platz im Gesamtwerk des zweiten Unterausschusses beanspruchen durfte.

Der Abdruck des Werkes des zweiten Unterausschusses über Brest-Litowsk erfolgt so vollständig, wie es der Ausschuß hinterlassen hat. Allerdings wurden die Dokumente des Werkes, das mehr eine Materialsammlung darstellt, vom Bearbeiter durchgehend chronologisch angeordnet, was bei der vom Ausschuß gewählten Reihenfolge durchaus nicht immer der Fall war. Ebenfalls sind vom Bearbeiter die Anlagen zum bisherigen vierten Teil sowie die 36 Dokumente des separaten Anlagenbandes den übrigen Aktenstücken des Gesamtwerkes chronologisch eingefügt worden.

Dabei kam es mitunter vor, daß einzelne Sachzusammenhänge auseinandergerissen wurden; sie sind dann jeweils durch Verweise und Rückverweise bei den einzelnen Dokumenten wiederhergestellt worden.

Darüber hinaus wurden die einzelnen Aktenstücke von dem Bearbeiter mit laufenden Nummern⁴⁾ sowie mit Überschriften versehen. Schließlich nahm er eine Gliederung des Ganzen in sieben Abschnitte vor, die, vom Dokumentenmaterial her gesehen, dem Ablauf der Ereignisse in und um Brest-Litowsk eher angepaßt erscheint und die einzelnen Phasen des Geschehens vielleicht — gerade im Spiegel der Aktenstücke — stärker hervortreten läßt. Freilich können diese einzelnen Phasen des Geschehens nicht zu schematisch in sich abgeschlossen

¹⁾ Weitere, bisher ungedruckte Teile aus dem Gesamtwerk des zweiten Unterausschusses vgl. unten S. 709 ff., Anlage 1.

²⁾ Vgl. unten S. 712 ff., Anlage 1.

³⁾ Vgl. Protokoll der Sitzung des zweiten Unterausschusses vom 11. 5. 1923, S. 3 ff.

⁴⁾ Nur in Teil III des Ausschuß-Exemplars sind die Dokumente mit Kopierstift durchnummeriert worden.

fixiert werden; vielmehr sind die Grenzen fließend.⁵⁾ Gelegentliche chronologische Überschneidungen der Aktenstücke wurden dort in Kauf genommen, wo es der tatsächliche Zusammenhang im Ablauf vielschichtiger Ereignisse gerechtfertigt erscheinen ließ.⁶⁾

Im Druck jeweils vorkommende Personennamen werden in *Kursiv*, die Namen der einzelnen Redner in den Sitzungsprotokollen oder Stenogrammen der Brest-Litowsker Verhandlungen in **Fett**druck wiedergegeben. Hervorhebungen in den Vorlagen durch Unterstreichung oder Sperrung, die auf den Verfasser des Schriftstückes zurückgehen, werden übernommen und einheitlich durch Sperrung wiedergegeben. Hervorhebungen, die von einem zeitgenössischen Benutzer der Aktenstücke vorgenommen wurden (es handelt sich hier fast ausschließlich um Unterstreichungen und Randstriche Kaiser *Wilhelms II.*), werden dagegen nicht durch gesonderten Druck hervorgehoben, sondern es wird nur durch eine Anmerkung auf die Tatsache und die Form der Hervorhebung hingewiesen. Bei den allzu zahlreichen Notizen des Kaisers erwies es sich allerdings als notwendig, auf alle bloßen Unterstreichungen im Text, Randstriche und sonstigen Hervorhebungen in den Dokumenten beim Abdruck zu verzichten. Lediglich solche Unterstreichungen oder Randstriche fanden Berücksichtigung, die eine sinngemäße Zuordnung zu einer kaiserlichen Randbemerkung darstellen. Anmerkungen, die innerhalb eines Dokumentes den gleichen Kommentar erfordern, erscheinen unter der gleichen Nummer wie die entsprechende vorhergehende Anmerkung, so daß die fortlaufende Reihenfolge der Ziffern in diesen Fällen unterbrochen wird. Orthographie und Interpunktion wurden normalisiert, ebenso die Schreibweise der russischen Eigennamen. Darüber hinaus ist von dem Bearbeiter überall dort einheitlich der Name „Brest-Litowsk“ gesetzt worden, wo in den Akten Umschreibungen wie „Hauptquartier Ost“, „Oberost“ oder „Aus dem Felde“ vorkommen. Abgangszeiten der Telegramme wurden nach Möglichkeit genau angegeben; einzelne Daten fehlen hier und da, d. h. dort, wo sie auch auf der Originalvorlage nicht vorhanden oder nachweisbar sind.

Bei den Dokumenten im Werk des Unterausschusses handelt es sich neben einzelnen Ausfertigungen, Konzepten und Aufzeichnungen („Gehorsame Anzeigen“) in der Masse um zeitgenössische Abschriften (Maschinenschrift, hektographiert), wie sie in den Aktenbeständen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes allenthalben vorkommen.⁷⁾ Von diesen Dokumentengruppen fertigte der Ausschuß seinerseits Abschriften und gab dabei jeweils die alten Journalnummern („offen“ oder „geheim“) an. Von sich aus hat er nirgends den Vermerk „Abschrift“ hinzugesetzt; dieser findet sich nur dort, wo ihn die zeitgenössischen Abschriften bereits tragen. In der vorliegenden Edition sind diese Journalnummern und Abschriftsvermerke zugunsten der vom Bearbeiter für jedes einzelne Aktenstück hinzugefügten Originalsignatur der in Frage kommenden Bestände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes fortgelassen worden.

⁵⁾ Vgl. u. a. Dok. Nr. 187—189, 200, 201.

⁶⁾ So z. B. bei der Einordnung der Dokumente Nr. 75—77 in Abschnitt I.

⁷⁾ Für Einzelheiten vgl. Meyer, S. 38 ff., Grundbegriffe des politischen und diplomatischen Schriftwesens.

Darüber hinaus wurden vom Bearbeiter alle vom Unterausschuß gegebenen Abschriften überprüft. Jedes Dokument ist an Hand der Originalakten kollationiert und identifiziert, die vom Ausschuß einst geleistete Arbeit damit nachvollzogen worden.

Dabei konnte nachgewiesen werden, welche Aktenbestände der Ausschuß seiner Auswahl zugrunde legte, in welchem Umfang er das für seine Zwecke in Frage kommende Material benutzte, wie er es im einzelnen gruppierte und was er aus der Masse der von ihm durchgesehenen Akten für wesentlich im Sinne seiner Themenstellung hielt. Durch diese Identifizierung, welche zugleich Rückschlüsse auf das methodische Vorgehen, die Urteilsbildung des Unterausschusses erlaubt, konnte der Nachweis erbracht werden, daß dieser in der Tat sachlich-kritisch, auf breiter Quellengrundlage gearbeitet⁸⁾, dazu mehr oder weniger alle wesentlichen Aktenbestände erfaßt hat, wie sie zu einem eindringlicheren Studium, einer ausgewogenen Beurteilung des Friedens von Brest-Litowsk benötigt wurden. Freilich sollte dabei nicht der politische Auftrag des Unterausschusses übersehen werden, ebenso die Tatsache, daß die von ihm geschaffene Dokumentation nur auf dem Aktenmaterial aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes beruht.

Schließlich ergab sich aus der Überprüfung der vom Ausschuß zusammengestellten Akten, daß dieser seine Abschriften genau anfertigte, ohne eigenwillige Korrekturen, Zusätze oder Verbesserungen. Die Originalvorlagen wurden derart buchstabengetreu kopiert, daß dort auftretende Fehler ebenso in den Abschriften des Ausschusses erscheinen.⁹⁾ In der vorliegenden Edition sind Fehler oder Unrichtigkeiten dieser Art je nach Erheblichkeit vermerkt und berichtigt worden; das gleiche gilt für gelegentlich auftretende Lesefehler¹⁰⁾ von seiten des Ausschusses. Dagegen wurden versehentliche Schreibfehler stillschweigend vom Bearbeiter verbessert. Außerdem sind von ihm dort Ergänzungen bei den Abschriften des Ausschusses vorgenommen worden, wo merkbare Auslassungen zu beobachten waren; diese Ergänzungen sind in eckige Klammern [. . .] gesetzt. Im übrigen hat der Bearbeiter bei den Kopfregeften für jedes einzelne Aktenstück die originale Signatur aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes angegeben, zumal die Abschriften des Ausschusses nur vereinzelt solche Originalsignaturen aufweisen. Dieser hat in der Hauptsache seine Abschriften unten links mit eigenen Kanzleinummern versehen, die hier im Abdruck fortgelassen sind.¹¹⁾ Hatte der zweite Unterausschuß sein Material ausschließlich in Erfüllung seines politischen Untersuchungsauftrages ausgewählt und zusammengestellt, so war es für die vorliegende Edition ein Gebot, das Werk des Ausschusses in diesem Charakter als Ganzes zu bewahren: als ein Dokumentenwerk sui generis zur Geschichte des zweiten Unterausschusses, als ein Beleg für die Art seiner Arbeitsweise, als ein Zeugnis seiner Leistung.

⁸⁾ Vgl. oben S. XXXVIII f.

⁹⁾ So z. B. „Zarrkoe Selo“ (statt „Zarskoe Selo“) Nr. 10; „Illert“ (statt „Illuxt“) Nr. 29; „Miraljewitsch“ (statt „Michalkiewicz“) Nr. 41; „Zarinegot“ (statt „Černigov“) Nr. 195; „Tschigerin“ (statt: „Čičerin“) Nr. 388.

¹⁰⁾ So z. B. bei der Handschrift Kaiser *Wilhelms II.*; vgl. Nr. 413, S. 694, Anm. 1.

¹¹⁾ Zumeist „A 9472“, „A 8552“.

Zugleich stellte sich die Aufgabe, das Material des zweiten Unterausschusses sinnvoll zu ergänzen. Zu diesem Zweck wurde das Aktenmaterial des Ausschusses systematisch aus den einschlägigen Beständen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes vervollständigt, namentlich allen Aktenverweisungen und Bezugsstelegrammen unter Zuhilfenahme der damaligen Journalbücher¹²⁾ des Auswärtigen Amtes nachgegangen, der Inhalt der in Frage kommenden Dokumente entweder in Regestenform oder stellenweise wörtlich im kritischen Apparat wiedergegeben. Damit erscheint das vom zweiten Unterausschuß vorgelegte Quellenmaterial als ein geschlossenes Ganzes.

Zur weiteren Ergänzung und Kommentierung des Materials wurden die reichen, bisher unveröffentlichten österreichischen Aktenbestände über Brest-Litowsk (Brester Kanzlei) aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien herangezogen. Hier ist es aufschlußreich, zu verfolgen, wie sich die deutschen Entschlüsse, Vorhaben oder Maßnahmen im kritisch-distanzierten Urteil des österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, im Lichte differenzierter Auffassungen und Beobachtungen widerspiegeln.¹³⁾

Der Schluß des Bandes enthält ein ausführliches Register.

Schließlich erhärteten die Dokumente zu ihrem Teil die Tatsache, daß deutscherseits die Gunst der Stunde, mit dem neuen Rußland zu positivem Zusammenwirken (zum Nutzen der beiderseitigen Völker, bei gleichzeitiger Ausschaltung mißgünstiger Dritter) zu gelangen, nicht begriffen wurde. Vielmehr dachten und handelten die verantwortlichen deutschen politischen wie militärischen Führungskreise unter Verkennung der wahren gesellschaftspolitischen Entwicklungstendenzen der Epoche im Sinne überkommener imperialistischer Zielsetzungen. Zudem verkannten sie — politisch-strategisch gesehen — die Besonderheit der deutschen Mittellage in Europa, die es gerade der deutschen Politik nahelegen mußte, mit dem großen Nachbar im Osten unter allen Umständen zu einer echten, auf die beiderseitigen Interessen gegründeten Verständigung zu gelangen.

Im übrigen hat die Sovetregierung — auch das geht aus der Dokumentation des zweiten Unterausschusses zu dem Geschehen von Brest-Litowsk hervor — während des Ablaufes der Friedensverhandlungen Klarheit, Weitsichtigkeit und Konsequenz bewiesen. Wohl hat sie sich weitgehend dem augenblicklichen Zwang der Umstände gebeugt, niemals jedoch innerlich das durch die bloße Gewalt der Waffen zustandegekommene Friedensdiktat und die von ihm dekretierten enormen Gebietsverluste anerkannt. Indem sie eigenständig blieb, d. h. politisch in ihren Anschauungen und Entschlüssen sich nicht im Sinne von Argumenten der Gegenseite manipulieren und damit vorzeitig in falscher, den eigenen Interessen kaum dienlicher Weise festlegen ließ, erhielt sie sich praktisch die Freiheit initiativen Handelns in einer besseren Zukunft.

Brest-Litowsk, dessen Geschehen in allen Einzelheiten von grundsätzlich-lehrhafter Bedeutung erscheint, reicht mitten in unsere Zeit hinein.

¹²⁾ Pol. Archiv, Eingangs-Journal 1917, 1918, geheim; Eingangs-Journal 1917, 1918, offen. — Über die Journalbücher des Auswärtigen Amtes vgl. auch Meyer, S. 28.

¹³⁾ Vgl. u. a. Nr. 1, Anm. 2, 4; 2, Anm. 13; 4, Anm. 2; 7, Anm. 2; 28, Anm. 1, 2; 40, Anm. 1; 52, Anm. 2; 53, Anm. 2; 90, Anm. 3.

Verzeichnis der Archivalien

Pol. Archiv

Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv:
Parlamentarischer Untersuchungsausschuß. Akten betr. Parlamentarischer Untersuchungsausschuß. „Unterausschüsse“. Bd. 1—12.
Parlamentarischer Untersuchungsausschuß. Akten betr.: 2. Unterausschuß: Friedensmöglichkeiten Sommer und Herbst 1917. Nr. 43—52.
Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1. Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland. Bd. 1—10.
Der Weltkrieg 14 a. Verwaltung russischer Gebiete. Vom 1. Januar 1918 bis 31. März 1918.
Der Weltkrieg 20 d. Nr. 1. Baltische Provinzen. Litauen.
Der Weltkrieg 20 d. Nr. 1 a. Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland, Estland. Bd. 3.
Der Weltkrieg 2 Geh. Friedensstimmungen und Aktionen zur Vermittlung des Friedens. Bd. 52, 53, 56.
Der Weltkrieg 15 Geh. Material zu den Friedensverhandlungen. Bd. 5. Friedenspräliminarien zu Brest-Litowsk. Personalien. Bd. 2.
Friedenspräliminarien zu Brest-Litowsk. Gaus 14/15. Allgemeines betr. Sitzungen. Bd. 1.
Waffenstillstands-Verhandlungen in Brest-Litowsk. Kommissionsakten Brest-Litowsk/Bukarest. Nr. 152—160.
Handakten des Gesandten von Rosenberg. Bd. 2.
Deutschland 107.
Österreich Nr. 70. Bd. 52, Allgemeines.
Rußland. Politisches Nr. 1. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Bd. 1—26. Anlage zu Bd. 12.
Rußland. Politisches Nr. 2. Bd. 1.
Rußland. Politisches. 5 a.
Rußland. Politisches Nr. 61.
Türkei Nr. 159, Nr. 2.
Staatsmänner. Bd. 18.

Bundesarchiv R 43/I

Bundesarchiv Koblenz R 43/I. Akten der Reichskanzlei.

HHStA

Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien: P.A. rot. Krieg, Brester Kanzlei 1917—1918. 1057. 1077—1082.

Philipp, Mein Weg

A. Philipp, Mein Weg. Rückschau eines Siebzigjährigen auf allerlei Geschehnisse und Menschen. Dritter Teil. Borna, August 1956.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Ahlswede D. *Ahlswede*: Deutsch-britische Friedensgespräche im Haag 1918. In: Die Welt als Geschichte H. 4, Jg. 1960.
- Akademija Nauk, Istorija Latvijskoi SSR Akademija Nauk Latvijskoi SSR. Institut istorii i material'noi kul'tury. Istorija Latvijskoi SSR. Sokraščennyj kurs. 1955.
- Akademija Nauk, Istorija Pol'si Akademija Nauk SSSR. Institut slavjanovedenija. Istorija Pol'si. Tom III. Pod redakciej F. G. Zueva, A. Ja. Manuseviča, I. A. Chrenova. 1958.
- Albertini L. *Albertini*: La Pace tedesca con la Russia (Il Trattato di Brest-Litowsk) [1918]. In: Albertini, Venti Anni di vita politica. P. 2, Vol. 3, 1953.
- L'Allemagne et le problème de la paix L'Allemagne et le problème de la paix pendant la première guerre mondiale. Documents extraits des archives de l'Office allemand des affaires étrangères. 1962.
- Allen W. E. *Allen*: The Ukraine. A History. 1963.
- Archivalische Forschungen Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4/I—III. Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Hrsg. v. L. Stern. Veröffentlicht vom Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Abt. „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. 1959.
- Apelt W. *Apelt*: Geschichte der Weimarer Verfassung. 2. Aufl. 1964.
- Basler W. *Basler*: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914—1918. Veröffentlichungen des Institutes für Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle — Wittenberg. Hrsg. v. A. Anderle, Reihe B. Abhandlungen. Bd. 3. 1962.
- Baumgart, Deutsche Ostpolitik W. *Baumgart*: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. 1966.
- Baumgart, Ludendorff W. *Baumgart*, Ludendorff und das Auswärtige Amt zur Besetzung der Krim 1918. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. N. F. Bd. 14, Jg. 1966, H. 4.
- Baumgart, Ergänzungsvertrag W. *Baumgart*: Die „geschäftliche Behandlung“ des Berliner Ergänzungsvertrags vom 27. August 1918. In: Hist. Jahrbuch, 89. Jg. 1969.
- Beyer H. *Beyer*: Die Mittelmächte und die Ukraine 1918. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Beiheft 2. 1956.
- Bol'saja Sovetskaja Enciklopedija Bol'saja Sovetskaja Enciklopedija. 26. Bd. 2. Aufl. 1954.
- Bonkáló A. *Bonkáló*: Die ungarländischen Ruthenen. In: Ungarische Jahrbücher. Bd. I. 1921.
- Bonč-Bruevič, Petrograd M. D. *Bonč-Bruevič*, Petrograd. Erinnerungen eines Generals. 1959.
- Borschak E. *Borschak*: La paix ukrainienne de Brest-Litowsk (9 février 1918). In: Le monde slave. Revue mensuelle. Nouvelle série. Sixième année. Tome III. 1929.
- Von Brest-Litowsk bis Rapallo Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR: Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. Dokumentensammlung Bd. I. 1917 bis 1918. 1967.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Bruce Lockhart R. H. *Bruce Lockhart*: Memoirs of a British agent, being an account of the author's early life in many lands and of his official mission to Moscow in 1918. 1932.
- Buchanan, Meine Mission G. *Buchanan*, Meine Mission in Rußland. 1926.
- Buchanan, Petrograd M. *Buchanan*: Petrograd, the city of trouble 1914—1919. 1918.
- Cahén F. M. *Cahén*: Der Weg nach Versailles. Erinnerungen 1912—1919. Schicksals epoche einer Generation. 1963.
- Catalogue of German Foreign Ministry files and microfilms A catalogue of German Foreign Ministry files and microfilms of the German Foreign Ministry Archives 1867—1920. The American Historical Association Committee for the Study of War Documents. 1959.
- Chamberlain W. H. *Chamberlain*: The Russian Revolution 1917—1921. I, II. 1952.
- Claß H. *Claß*: Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich. 1932.
- Clausewitz, Vom Kriege C. v. *Clausewitz*: Vom Kriege. Hrsg. v. W. *Hahlweg*. 17. Aufl. 1966.
- Committee on War Documents, Index Committee on War Documents. Index of Microfilmed Records of the German Foreign Ministry and the Reich's Chancellery covering the Weimar Period, deposited at the National Archives prepared by E. *Schwandt*. 1958.
- Conze, Polnische Nation W. *Conze*: Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg. Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. Hrsg. v. Johann Gottfried Herder — Forschungsrat. IV. 1958.
- Cron H. *Cron*: Die Organisation des deutschen Heeres im Weltkriege. Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv. H. 5. 1923.
- Czernin Ottokar *Graf Czernin*: Im Weltkriege. 1919.
- Dansk Leksikon Dansk Biografisk Leksikon. XX. 1941.
- Decker G. *Decker*: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. 1955.
- Deutsches Zentralarchiv Übersicht über die Bestände des Deutschen Zentralarchivs Potsdam. Schriften des Deutschen Zentralarchivs Nr. 1. 1957.
- Deutschland im ersten Weltkrieg Deutschland im ersten Weltkrieg. Bd. 3. November 1917 bis November 1918. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von J. *Petzold*. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Institut für Geschichte. Arbeitsgruppe erster Weltkrieg. Leitung: F. *Klein*. 1969.
- Direnberger E. *Direnberger*: Die Beziehungen zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsleitung von 1914—1918. Phil. Diss. Würzburg 1934. 1936.
- Dokumenty vnešnej politiki Ministerstvo Inostrannyh Del SSSR. Dokument vnešnej politiki SSSR. I. 1957.
- Enciklopedičeskij Slovar' Enciklopedičeskij Slovar'. Tom XXXIVa. Izdateli: F. A. *Brokgaus* — (Lejpcig'), J. A. *Efron*' (S.-Peterburg'). 1902.
- Epstein K. *Epstein*: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. 1962.
- Erikson J. *Erikson*: Ålandsfrågan 1917—1921. 1961.
- Ernst F. *Ernst*: Zeitgeschehen und Geschichtsschreibung. Eine Skizze. In: Die Welt als Geschichte. Jg. 1957.
- Fiore, Organisation juridique de la Société internationale Organisation juridique de la Société internationale. Le droit international codifié et sa sanction juridique. Par *Pasquale Fiore*. Nouvelle édition entièrement refondue et complétée en tenant compte des Conférences de la Haye de 1899 et de 1907. Traduit de l'Italien par Ch. *Antoine*. 1911.
- Fischer, Deutsche Kriegsziele F. *Fischer*: Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten. In: Historische Zeitschrift, H. 3, Bd. 188. 1959.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Fischer, Kontinuität des Irrtums F. *Fischer*: Kontinuität des Irrtums. Zum Problem der deutschen Kriegsziele im ersten Weltkrieg. In: Historische Zeitschrift, H. 1, Bd. 191. 1960.
- Fischer, Griff nach der Weltmacht F. *Fischer*: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918. 3. Aufl. 1964.
- Fischer-Baling E. *Fischer-Baling*: Der Untersuchungsausschuß für die Schuldfragen des ersten Weltkrieges. In: Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträßer. Hrsg. im Auftr. d. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien v. A. Hermann. 1954.
- Fleischmann M. *Fleischmann*: Die Alandfrage. Eine Denkschrift. Als Handschrift gedruckt. 1918.
- Fournier A. *Fournier*: Napoleon I. Eine Biographie. II. Der Kampf um die Weltherrschaft. 4. Aufl. 1922.
- Frankfurter Zeitung Der große Krieg. Eine Chronik von Tag zu Tag. Urkunden, Depeschen und Berichte der Frankfurter Zeitung. Bd. 14, 15, 16. 1917, 1918.
- Frankfurter Allgemeine Bernhard *Guttman*: 24. Juli 1869—20. Januar 1959. In: *Frankfurter Allgemeine*, 21. 1. 1959.
- Geiß I. *Geiß*: Der polnische Grenzstreifen 1914—1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. Historische Studien, H. 378. 1960.
- German War Documents Project Foreign Office/State Department, German War Documents Project. 1947.
- Geschichte der Diplomatie Geschichte der Diplomatie. Zweiter Band. Die Diplomatie der Neuzeit. Unter der Redaktion von Akademiemitglied W. P. *Potjomkin*. 1948.
- Geschichte der K.P. Geschichte der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion. Bücherei des Marxismus-Leninismus Bd. 12. 1960.
- Gliederung und Namensliste Gliederung und Namensliste der militärischen Landesverwaltung des Oberbefehlshabers Ost. Rangliste 2. Ausgabe. Bearbeitet bei Abteilung V des Stabes Ob.Ost (O.Q.) Juli 1916.
- Gottlieb W. *Gottlieb*, in: Soviet Studies. A Quarterly of the Social and Economic Institutions of the USSR. Vol. X, July 1958, No. 1.
- Gratz-Schüller G. *Gratz*, R. *Schüller*: Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns. Mitteleuropäische Pläne. 1925.
- Gratz-Schüller (1928) G. *Gratz*, R. *Schüller*: The economic policy of Austria-Hungary during the war in the external relations. English version by W. *Alison Philips*. 1928.
- Grebing H. *Grebing*: Österreich-Ungarn und die „Ukrainische Aktion“ 1914—1918. Zur österreich-ungarischen Ukraine-Politik im ersten Weltkrieg. In: Jahrbuch für Geschichte Osteuropas hrsg. v. A. *Adamczyk*. N. F. Bd. 7, 1959. 1959/60.
- Gridassov R. *Gridassov*: Der Raumfaktor im Kriege. In: Wehrkunde, IX. Jg., H. 11. 1960.
- Griebel A. *Griebel*: Das Jahr 1918 im Lichte neuer Publikationen. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. H. 4, 6. Jg., Oktober 1958.
- Groener W. *Groener*: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg. Hrsg. von F. Frhr. *Hiller v. Gaertringen*. Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts. Hrsg. von der Histor. Kommission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften. Bd. 41. 1957.
- Hahlweg, Diktatfrieden W. *Hahlweg*: Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk und die bolschewistische Weltrevolution. Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster. H. 44. 1960.

- Hahlweg, Untersuchungsausschuß
W. Hahlweg: Das hinterlassene Werk des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. In: Dauer und Wandel der Geschichte. Aspekte europäischer Vergangenheit. Festgabe für Kurt v. Raumer zum 15. 12. 1965. Hrsg. v. R. Vierhaus u. M. Botzenhart. 1966.
- Haller
J. Haller: Aus den Erinnerungen. II. Besuch bei Hindenburg und Ludendorff 1917. In: Die Welt als Geschichte. Jg. 1959.
- Handbuch Wehrwissenschaften
 Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften. Hrsg. i. Auftrage der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften . . . von H. Franke. Bd. I, II. 1936, 1937.
- Handwörterbuch Auslandsdeutschum
 Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschums. III. Bd. 1938.
- Handwörterbuch für das das Deutsche Reich
 Handwörterbuch für das Deutsche Reich auf das Rechnungsjahr 1918. Bearb. i. Reichsamt des Innern. 40. Jg. 1918.
- Heilfron
 Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20 im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates. Hrsg. v. E. Heilfron. 2. Bd., 8. Bd. o.J.
- Hellmann
M. Hellmann: Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes. 1966.
- Hertling
K. Graf v. Hertling: Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. 1919.
- Herzfeld
H. Herzfeld: Zur deutschen Politik im ersten Weltkriege. Kontinuität oder permanente Krise. In: Historische Zeitschrift. H. 1, Bd. 191. 1960.
- Heuß
 Th. Heuß: Der Parlaments-Ausschuß. In: Zum Neubau der Verfassung. Hrsg. v. F. Berber. 1933.
- Hoetzsch, Der Krieg
O. Hoetzsch: Der Krieg und die große Politik. Dritter Band. Bis zum deutsch-russischen Waffenstillstand. 1918.
- Hoffmann
M. Hoffmann: Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Hrsg. von K. F. Nowak. 2 Bde. 1929.
- Hutten-Czapski
B. Graf v. Hutten-Czapski: Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. II. 1936.
- Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus
 Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und der Provisorischen Regierung, hrsg. v. d. Kommission beim Zentralexekutivkomitee der Sowetregierung unter dem Vorsitz v. M. N. Pokroskij. Deutsche Ausgabe hrsg. v. O. Hoetzsch. Reihe 1: Das Jahr 1914 bis zum Kriegsausbruch. 2. Bd.: 14. März bis 15. Mai 1914. 1933.
- Jäschke
G. Jäschke: Geschichte der russisch-türkischen Kaukasusgrenze. In: Archiv des Völkerrechts. 4. Bd., H. 2. 1953.
- Janßen
K. H. Janßen: Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914—1918. 1963.
- Jodeit
K. Jodeit: Literaturschau zum Frieden von Brest-Litowsk 1918. In: Jahresbibliographie 1961, Jg. 33. Bibliothek für Zeitgeschichte.
- John
V. John: Brest-Litowsk. Verhandlungen und Friedensverträge im Osten 1917 bis 1918. Beiträge zur Geschichte der nachbismarckschen Zeit und des Weltkrieges. Hrsg. v. F. Kern u. H. Hallmann. H. 35. N. F. H. 15. 1937.
- Kampf um den Frieden
 Der Kampf der Sowjetunion um den Frieden. Eine Dokumentensammlung. 1929.
- Kaufmann
E. Kaufmann: Gesammelte Schriften I. Autorität und Freiheit. Von der konstitutionellen Monarchie bis zur parlamentarischen Demokratie. 1960.
- Keil
W. Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. II. 1949.

- Kennan, Sisson documents G. F. Kennan: The Sisson documents. In: The Journal of Modern History. Vol. XXVIII. March-December 1956.
- Kennan G. F. Kennan: Russia leaves the war. Soviet-American relations, 1917—1920. I. 1956.
- Graf Keßler, Tagebücher H. Graf Keßler: Tagebücher 1918—1937. Hrsg. v. W. Pfeiffer-Belli. 1961.
- Kielmannsegg P. Graf Kielmannsegg: Deutschland und der Erste Weltkrieg. 1968.
- Klimas P. Klimas: Der Werdegang des litauischen Staates 1915—1918. 1919.
- Kluke P. Kluke: Selbstbestimmungsrecht. Vom Weg einer Idee durch die Jahrhunderte. 1963.
- Kobljakov J. K. Kobljakov: Der Brester Vertrag (Brest-Litowsk 1918). In: Kobljakov: Von Brest bis Rapallo. 1956.
- Koch H. Koch: Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk im Spiegel der Wiener Presse. Phil. Diss. Hamburg 1937.
- Krafft von Dellmensingen, Prinz Leopold von Bayern K. Krafft v. Dellmensingen: Generalmarschall Prinz Leopold von Bayern. In: Militär-Wochenblatt, 115. Jg. 1930/31.
- Krupnyckyj B. Krupnyckyj: Geschichte der Ukraine von den Anfängen bis zum Jahre 1920. 2. Aufl. 1943.
- Kühlmann R. v. Kühlmann: Erinnerungen. 1948.
- Kürschner Kürschner: Deutscher Reichstag 1924. Hrsg. v. H. Hillger. 1924.
- Laband, Staatsrecht P. Laband: Das Staatsrecht des Deutschen Reiches. Bd. 1—4. 4. Aufl. 1901.
- Das Land Ober Ost Das Land Ober Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno. Hrsg. i. Auftrage des Oberbefehlshabers Ost. Bearb. v. d. Presseabteilung Ober Ost. 1917.
- Landwehr, Hunger O. Landwehr: Hunger. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte. 1917/18. 1931.
- Lenin, Abriß Lenin Wladimir Iljitsch. Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens. 1947.
- Lenin, Biographie Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU: W. I. Lenin. Biographie. 1961.
- Lenin, Sämtliche Werke W. I. Lenin: Sämtliche Werke. Einzige vom Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau autorisierte Ausgabe. Ins Deutsche übertragen nach der zweiten ergänzten und revidierten russischen Ausgabe. Bd. XIX. Der imperialistische Krieg. 1930; Bd. XXII. Der Sieg der Oktoberrevolution. 1934; Bd. XXV. Das Jahr 1920. 1930.
- Lietuvos TSR istorijos Lietuvos TSR istorijos šaltiniai, III, Lietuvos darbo žmonių kovą dėl tarybų valdžios 1917—1918 metais. 1958.
- Linde G. Linde: Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg. Schriften der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung der Universität Münster. 1965.
- Litwa za rządów Litwa za rządów ks. Isenburga. 1919.
- Lloyd George David Lloyd George: Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren. III. 1936.
- Lorenz R. Lorenz: Kaiser Karl und der Untergang der Donaumonarchie. 1959.
- Ludendorff, Kriegserinnerungen E. Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. 1919.
- Urkunden der O.H.L. E. Ludendorff: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. 2. Aufl. 1921.
- Magnes J. L. Magnes: Russia and Germany at Brest-Litovsk. A Documentary History of the Peace Negotiations. The Rand School of Social Science. 1919.

- Mjorov S. M. *Majorov*: Der Kampf der Sowjetregierung Ende 1917 für einen allgemeinen demokratischen Frieden. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Beiheft 1. 1954.
- Mamatey V. S. *Mamatey*: The United States and East Central Europe 1914 to 1918. A study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda. 1957.
- Mann B. *Mann*: Die baltischen Länder in der deutschen Kriegszielpublizistik 1914—1918. Tübinger Studien zur Geschichte und Politik hrsg. v. H. Rothfels, J. Engel, Th. Eschenburg, W. Markert. Nr. 19. 1965.
- Manthe H. *Manthe*: Zur Politik und Geopolitik der Ostsee. In: Abhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften. 11. Folge 6./7., Mai/Juni 1944.
- Matthias E. *Matthias*: Die Deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914 bis 1945. Eine Übersicht. Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforchung. Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte, Nr. 11. Hrsg. v. W. Markert, 1954.
- Meinecke, Werke Fr. *Meinecke*: Ausgewählter Briefwechsel. Hrsg. v. L. Dehio und P. Classen. Werke, VI. 1962.
- Meyer, Schriftwesen H. *Meyer*: Das Politische Schriftwesen im Deutschen Auswärtigen Dienst. Ein Leitfaden zum Verständnis diplomatischer Akten. 1920.
- Meyer-Anschütz, Staatsrecht G. *Meyer*, G. *Anschütz*: Lehrbuch des Deutschen Staatsrechts. 6. Aufl. 1905.
- Michaelis, Lebensgeschichte G. *Michaelis*: Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. 1922.
- Milatz A. *Milatz*: Der Frieden von Brest-Litowsk und die deutschen Parteien. Phil. Diss. Hamburg 1949 (Maschinenschrift).
- Morsey R. *Morsey*: Geschichtsschreibung und amtliche Zensur. Zum Problem der Aktenveröffentlichung über die spanische Thronkandidatur der Sigmaringer Hohenzollern. In: Historische Zeitschrift Bd. 184. 1957, H. 3.
- Mühlmann G. *Mühlmann*: Das deutsch-türkische Waffenbündnis im Weltkrieg. 1940.
- von Müller G. A. v. *Müller*: Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander v. Müller 1914—1918. Hrsg. v. W. Görlitz. 1959.
- Murray A new English Dictionary on Historical Principles. Ed. Sir James A. H. Murray. Vol. X, Part I. 1926.
- Victor Naumann V. *Naumann*: Dokumente und Argumente. 1928.
- Nadolny R. *Nadolny*: Mein Beitrag. 1955.
- NDB Neue Deutsche Biographie. Hrsg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayer. Akademie der Wissenschaften II. 1955. III. 1957.
- Norden A. *Norden*: Zwischen Berlin und Moskau. Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. 1954.
- Das östliche Deutschland Das östliche Deutschland. Ein Handbuch. H. *Kraus*: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis. 1959.
- Opočensky J. *Opočensky*: Umsturz in Mitteleuropa. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Geburt der Kleinen Entente. 1931.
- Patemann R. *Patemann*, Der Kampf um die preußische Wahlreform im ersten Weltkrieg. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 26. 1964.

- Petzold J. *Petzold*: Ludendorff oder Kühlmann. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsregierung zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. In: Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft. XII. Jg. 1964, H. 5.
- Plaschka G. *Plaschka*, Cattaro-Prag. Revolte und Revolution. Kriegsmarine und Heer Österreich-Ungarns im Feuer der Aufstandsbewegungen vom 1. Februar und 28. Oktober 1918. Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost. Bd. III. 1963.
- Plehn, Bismarcks auswärtige Politik H. *Plehn*: Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung. 1920.
- Quellen 1/I und 1/II Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, bearbeitet von E. *Mathias* unter Mitwirkung von R. *Morsey*. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe, Bd. 1/I und 1/II. 1959.
- Radek, Die internationale Lage K. *Radek*: Die internationale Lage und die äußere Politik der Räteregierung. Hrsg. vom Propagandaausschuß des Zentral-Exekutivkomitees der Räte. Eine Rede, gehalten am 3. September 1918 in der vereinigten Sitzung des Moskauer Rates der Arbeiter- und Rotarmee-Deputierten, der Fabrikkomitees- und Gewerkschaften-Vertreter. O.J.
- Raikönen E. *Raikönen*: Svinhufvud baut Finnland. Abenteuer einer Staatsgründung. 1936.
- Rangliste 1914 Rangliste der Königlich Preußischen Armee und des XIII. (Königlich Württembergischen) Armeekorps für 1914. Nach dem Stande vom 6. Mai 1914. 1914.
- Register Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußeren. 9. Bd. Register. Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs. 27. Bd. Personenregister. 1930.
- Reshetar J. S. *Reshetar, Jr.*: The Ukrainian Revolution, 1917—1920. A Study in Nationalism. 1952.
- Revolutionäre Ereignisse Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18. Beiträge zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Hrsg. v. Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter der Redaktion von A. Schreiner. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe I, Allgemeine und deutsche Geschichte Bd. 6, S. 143 ff., W. *Bartel*: Der Januarstreik 1918 in Berlin. 1957.
- Rheinbaben, Erinnerungen W. *Frhr. v. Rheinbaben*: Kaiser, Kanzler, Präsidenten. Erinnerungen. 1968.
- Rheinbaben, Versailles W. *Frhr. v. Rheinbaben*: Von Versailles zur Freiheit. Weg und Ziel der deutschen Außenpolitik. 1927.
- Rheinbaben, Viermal Deutschland W. *Frhr. v. Rheinbaben*: Viermal Deutschland. Aus dem Leben eines Seemannes, Diplomaten, Politikers 1895—1954. 1954.
- Rhodes Th. *Rhodes*: The real von Kühlmann. 1925.
- Ritter G. *Ritter*: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. 4. Band. Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918. 1968.
- Rivas C. *Rivas*: La Lithuanie sous le joug allemand 1915—1918. Le Plan annexioniste allemand en Lithuanie. 1920.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Rohrbach, Kriegsziel P. *Rohrbach*: Unser Kriegsziel im Osten und die russische Revolution. Kriegs- und Friedensziele. Deutsche Flugschriften, H. 1. 1917.
- Rosen F. *Rosen*: Aus einem diplomatischen Wanderleben. Bd. 3/4. Aus dem Nachlaß hrsg. und eingel. von H. Müller-Werth. 1959.
- Rosenfeld G. *Rosenfeld*: Sowjetrußland und Deutschland 1917—1922. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Schriften des Instituts für Geschichte. Reihe I. Allgemeine und deutsche Geschichte. Bd. 8. 1960.
- Ruppel F. *Ruppel*: Eugenio Pacelli als Nuntius in Deutschland. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 7. Jg. H. 2, 1959.
- Scharlau-Zeman W. B. *Scharlau*, Z. A. *Zeman*: Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie. 1964.
- Scheidemann, Zusammenbruch Ph. *Scheidemann*: Der Zusammenbruch. 1921.
- Schoppen W. *Schoppen*: Die Aaland-Inseln. Eine geopolitische Skizze. In: Abhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften. 6. Folge, 17. Juni 1939.
- Schultheß Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. Zehnter Jahrgang 1894. 1895.
- Schultheß Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. Zwanzigster Jahrgang 1904. 1905.
Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. Dreiunddreißigster Jahrgang 1917 (Der ganzen Reihe LVIII. Bd.) hrsg. v. W. Stahl. Erster Teil. Zweiter Teil. 1920.
Dasselbe. Vierunddreißigster Jahrgang 1918. Hrsg. v. W. Stahl. Erster Teil. Zweiter Teil. 1922.
- Senn, Bolschewistische Politik A. E. *Senn*: Die bolschewistische Politik in Litauen 1917—1919. In Forschungen zur osteuropäischen Geschichte hrsg. v. H. Jablonowski: u. W. Philipp. V. 1957.
- Senn, Lithuania A. E. *Senn*: The emergence of modern Lithuania. 1959.
- Smith, Finland C. *Jay Smith, Jr.*: Finland and the Russian Revolution 1917—1922.
- Söderhjelm H. *Söderhjelm*: Der rote Aufruhr in Finnland im Jahre 1918. Eine Schilderung auf Grundlage offizieller Urkunden. Übs. v. J. Öhquist. 1918.
- Sokol'nikov, Mir G. *Sokol'nikov*: Brestskij mir. 1920.
- Sovetsko-germanskie otnošenija Ministerstvo inostrannyh del SSSR, Ministerstvo inostrannyh del GDR, Sovetsko-germanskie otnošenija. Ot peregovorov v Brest-Litovske do podpisanija rapall'skogo dogovora. Sbornik dokumentov. I. 1917—1918 gg. 1968.
- Stalin, Werke J. W. *Stalin*: Werke. Bd. 4. November 1917—1920. 1951.
- Steffani W. *Steffani*: Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. Hrsg. v. d. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 17. 1960.
- Steglich, Bündnissicherung W. *Steglich*: Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden. Untersuchungen zu dem Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916. Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft Bd. 28. 1958.
- Steglich, Friedenspolitik W. *Steglich*: Die Friedenspolitik der Mittelmächte 1917/18. Bd. I. 1964.

- Sten. Berichte Verhandlungen des Reichstages. XIII. Legislaturperiode. II. Session. Bd. 311. Stenographische Berichte. Von der 126. Sitzung am 11. Oktober 1917 bis zur 147. Sitzung am 17. Oktober 1918. 1918.
- Thompson J. M. *Thompson*: Lenin's Analysis of Intervention. In: The American Slavic and East European Review. Vol. XVII, No. 2. April 1958.
- Čičerin, Stat'i i reči G. V. *Čičerin*: Stat'i i reči po voprosam mezdunarodnoj politiki. 1961.
- Cubar'jan A. *Cubar'jan*: Brestski mir. 1963.
- Trockij, History L. *Trockij*: The History of the Russian Revolution to Brest-Litovsk. 1919.
- Trockij, Mein Leben L. *Trockij*: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. 1930.
- Trockij, Lenin L. *Trockij*: Über Lenin. Material für einen Biographen. Übs. v. G. Blumental. 1964.
15. Untersuchungsausschuß Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20. Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung nebst Beilagen. 2 Bde. (1.—15. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses). 1920.
- Vertrags-Ploetz Konferenzen und Verträge. Vertrags-Ploetz, ein Handbuch geschichtlich bedeutsamer Zusammenkünfte und Vereinbarungen. Teil II. 4. Bd.: Neueste Zeit 1914—1959. Bearb. v. H. K. G. *Rönnefahrt* u. H. *Euler*. 2. Aufl. 1959.
- Walz E. *Walz*: Reichsleitung und Heeresleitung in der Periode des Friedens von Brest-Litowsk. Der Konflikt über die Ost-Annexion. Phil. Diss. Berlin 1936. Teildr. 1936.
- Warth R. D. *Warth*: The Allies and the Russian Revolution from the fall of the Monarchy to the peace of Brest-Litovsk. 1954.
- Der Weltkrieg 1914—1918 Der Weltkrieg 1914—1918. 11. Bd. Die Kriegführung im Herbst 1916 und im Winter 1916/17. Vom Wechsel in der Obersten Heeresleitung bis zum Entschluß zum Rückzug in die Siegfried-Stellung. 1938; 13. Bd. Die Kriegführung im Sommer und Herbst 1917. Die Ereignisse außerhalb der Westfront bis November 1918. 1942 (1956).
- Wheeler-Bennett, Brest Litovsk J. W. *Wheeler-Bennett*: Brest-Litovsk. The forgotten peace, March 1918. 1956.
- Wippermann Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Begr. v. K. *Wippermann*. Hrsg. v. F. *Purlütz*. 33. Jg. 1917/18. O.J.
- WUA Das Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstags. Dritte Reihe: Völkerrecht im Weltkrieg. Bd. 1 1927. Vierte Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Bd. 1—12. 1925—1930. Das Werk des Untersuchungsausschusses s. a. 15. Untersuchungsausschuß.
- Wörterbuch des Völkerrechts Wörterbuch des Völkerrechts. Begr. von K. *Strupp*. . . . hrsg. von H.-J. *Schlochauer*. I. 2. Aufl. 1960. III. 2. Aufl. 1962.
- Zechlin, Friedensbestrebungen E. *Zechlin*: Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche im Ersten Weltkrieg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Bd. 22/63, 29. Mai 1963, 5. Folge.
- Zechlin, Probleme des Kriegskalküls E. *Zechlin*: Probleme des Kriegskalküls und der Kriegsbeendigung im Ersten Weltkrieg. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. H. 2, 1965.
- Zeman Z. A. B. *Zeman*: Germany and the Revolution in Russia 1915—1918. Documents from the Archives of the German Foreign Ministry. 1958.

Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
1	11. 5. 1923	Protokoll der Sitzung des zweiten Unterausschusses. . <i>Parlament. Untersuchungs-Ausschuß. Nr. 52. Akten betr. 2. Unterausschuß: Friedensmöglichkeiten, XXXIII</i>	3

I. Waffenstillstandsverhandlungen

(8. 11. 1917 bis 15. 12. 1917)

1	8. 11. 1917	Friedensvorschlag der russischen Arbeiter- und Bauern- regierung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	13
2	10. 11. 1917	Österr.-ungar. Minister des Äußern Graf Czernin an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 1</i>	16
3	11. 11. 1917	Entwurf General Ludendorffs für einen Waffenstill- standsvertrag <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 1</i>	19
4	14. 11. 1917	Reichskanzler Graf v. Hertling (München) an den österr.-ungar. Minister des Äußern Graf Czernin <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 1</i>	22
5	17. 11. 1917	Österr.-ungar. Minister des Äußern Graf Czernin (Wien) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 1</i>	22
6	19. 11. 1917	Bericht des Vorwärts über eine Rede Scheidemanns <i>Der Weltkrieg 2 Geh., Bd. 52</i>	23
7	21. 11. 1917	Funkspruch des Rates der Volkskommissare an General Duchonin <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 1</i>	25
8	23. 11. 1917	Richtlinien der österr.-ungar. Regierung für einen Waffenstillstand mit Rußland <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 1</i>	27
9	27. 11. 1917	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Haupt- quartier) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 2</i>	28
10	28. 11. 1917	Lenin und Trockij: „An die Völker der kriegführenden Länder“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	28
11	28. 11. 1917	Armee- und Flottenbefehl des russischen Oberbefehls- habers Krylenko <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 2</i>	31
12	28. 11. 1917	Verbalnote der österr.-ungar. Botschaft in Berlin an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	31

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
13	29. 11. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Berlin) an die Oberste Heeresleitung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	32
14	29. 11. 1917	General Ludendorff über Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	32
15	29. 11. 1917	Reichstagsrede Reichskanzlers Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	33
16	29./30. 11. 1917	Österr.-ungar. Minister des Äußern Graf Czernin an die russische Regierung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	34
17	30. 11. 1917	General Ludendorff über Grenzberichtigungen zugunsten Deutschlands <i>Der Weltkrieg Nr. 20d. Nr. 1, Bd. 11</i>	35
18	2. 12. 1917	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 3</i>	37
19	3. 12. 1917	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	37
20	3. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an die russische Regierung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	37
21	3. 12. 1917	Leitsätze für einen Separatfriedensvertrag mit Rußland <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	38
22	3. 12. 1917	Richtlinien Generals Ludendorff für die Friedensbedingungen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	38
23	3. 12. 1917	Sitzung der Waffenstillstandskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	40
24	4. 12. 1917	Sitzung der Waffenstillstandskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	45
25	4. 12. 1917	Denkschrift der Reichskanzlei über die Waffenstillstandsverhandlungen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	51
26	4. 12. 1917	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	54
27	4. 12. 1917, vorm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	54
28	4. 12. 1917, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	55
29	4. 12. 1917	Mitteilung Feldmarschalls v. Hindenburg an Reichskanzler Graf v. Hertling über die litauische Frage <i>Der Weltkrieg Nr. 20d. Nr. 1, Bd. 11</i>	57

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
30	4. 12. 1917	Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	59
31	Dezember 1917	Die Reichsleitung zur Auffassung der Obersten Heeresleitung über die litauische Frage <i>Der Weltkrieg Nr. 20d. Nr. 1, Bd. 11</i>	60
32	5. 12. 1917	Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	63
33	5. 12. 1917	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	64
34	5. 12. 1917	Sitzung der Waffenstillstandskonferenz <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 5</i>	64
35	5. 12. 1917	Telephonischer Bericht Legationssekretärs v. Bülow an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	66
36	5. 12. 1917	Funkspruch der russischen Regierung über den Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	67
37	6. 12. 1917, vorm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	69
38	6. 12. 1917, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Best-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	71
39	6. 12. 1917	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Waffenruhe mit Rußland <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 4</i>	71
40	6. 12. 1917	Besprechung zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung (Berlin) <i>Der Weltkrieg Nr. 20d. Nr. 1, Bd. 11</i>	72
41	7. 12. 1917	Besprechung zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung (Berlin) <i>Der Weltkrieg Nr. 20d. Nr. 1, Bd. 11, und Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	75
42	6./7. 12. 1917	Besprechungen zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	81
43	7. 12. 1917	Legationssekretär v. Bülow an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 5</i>	83
44	7. 12. 1917	Gesandter Graf v. Brockdorff-Rantzau (Kopenhagen) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	83
45	8. 12. 1917	Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Legationsrat Frhr. v. Grünau <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	84

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
46	8. 12. 1917	Flugblatt Lenins und Trockijs — „An die deutschen Soldaten“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	85
47	9. 12. 1917	Legationssekretär v. Bülow (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 5</i>	87
48	9. 12. 1917	Legationssekretär v. Bülow (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	88
49	9. 12. 1917	Legationsrat Riezler (Stockholm) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	88
50	10. 12. 1917	Legationssekretär Frhr. v. Berckheim an Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 5</i>	90
51	11. 12. 1917	Mitteilung Generals Ludendorff an das Auswärtige Amt über das polnische Korps im russischen Heer <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	91
52	12. 12. 1917, vorm.	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	92
53	12. 12. 1917, vorm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	93
54	12. 12. 1917, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	95
55	12. 12. 1917	Reichskanzler Graf v. Hertling an Legationssekretär Frhr. v. Berckheim für Generalfeldmarschall v. Hindenburg über die Räumung Livlands und Estlands. <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	96
56	12. 12. 1917	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	98
57	12. 12. 1917	Gesandter Graf v. Brockdorff-Rantzau (Kopenhagen) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	98
58	12. 12. 1917	Aufruf Trockijs zur Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	99
59	13. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Berlin) an die Gesandtschaft in Stockholm <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	100
60	13. 12. 1917	Mitteilung Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an Reichskanzler Graf v. Hertling über die Räumung Estlands und Livlands <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	101

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
61	13. 12. 1917	Mitteilung Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an Reichskanzler Graf v. Hertling über die Vertretung der Obersten Heeresleitung in Brest-Litowsk <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	102
62	13. 12. 1917, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	102
63	13. 12. 1917, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	103
64	13. 12. 1917	Gesandter Frhr. Lucius v. Stuedten und Legationsrat Riezler (Stockholm) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	103
65	13. 12. 1917	Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel) an das Auswärtige Amt <i>Türkei Nr. 159, Nr. 2, Bd. 18</i>	104
66	14. 12. 1917, vorm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	105
67	14. 12. 1917	General Ludendorff an Oberbefehlshaber Ost <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	105
68	14. 12. 1917	Telegrammwechsel zwischen Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) und Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	106
69	14. 12. 1917, vorm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	106
70	14. 12. 1917, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 6</i>	107
71	14. 12. 1917, abends	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	107
72	14. 12. 1917, abends	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	107
73	14. 12. 1917	Oberst v. Massow (Sofia) an das Große Hauptquartier <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	108
74	15. 12. 1917	Legationsrat Riezler und Gesandter Frhr. Lucius v. Stuedten (Stockholm) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	108
75	16. 12. 1917	Entwurf des Waffenstillstandsvertrages <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	109
76	16. 12. 1917	Amtliche Mitteilung über die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	112
77	16. 12. 1917	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	113

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
II. Die Friedensverhandlungen bis zur Weihnachtspause (16. 12. 1917 bis 27. 12. 1917)			
78	16. 12. 1917, vorm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	117
79	16. 12. 1917, vorm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	117
80	16. 12. 1917	Richtlinien General Ludendorffs für die Friedensverhandlungen mit Rußland <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	118
81	16. 12. 1917, vorm.	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	119
82	16. 12. 1917, vorm.	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	119
83	16. 12. 1917, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	119
84	16. 12. 1917, nachm.	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	120
85	16. 12. 1917, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	120
86	17. 12. 1917, vorm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 7</i>	121
87	17. 12. 1917, abends	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	122
88	17. 12. 1917, abends	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	122
89	17. 12. 1917	Funkspruch Trockijs (Carskoe Selo) über den Waffenstillstand <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	123
90	18. 12. 1917	Der polnische Ministerpräsident Kucharzewski (Warschau) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2</i>	126
91	18. 12. 1917	General Hoffmann (Brest-Litowsk) an den Chef des Generalstabes des Feldheeres <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	128

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
92	18. 12. 1917	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	129
93	18. 12. 1917	Besprechung im Großen Hauptquartier <i>Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5</i>	129
94	18. 12. 1917	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an den Gesandten Lucius v. Stuedten (Stockholm) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1</i>	131
95	20. 12. 1917	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2</i>	131
96	22. 12. 1917	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Hofzug) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2</i>	132
97	23. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2</i>	133
98	24. 12. 1917	Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung über die Eröffnungssitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2</i>	135
99	24. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2</i>	137
100	24. 12. 1917	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2</i>	138
101	24. 12. 1917	Erklärung des Generalsekretariates der ukrainischen Republik <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	139
102	24. 12. 1917	Besprechung zwischen Minister des Äußern Graf Czernin, Staatssekretär v. Kühlmann und dem bulgarischen Justizminister Popow <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	141
103	25. 12. 1917, vorm.	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	142
104	25. 12. 1917, nachm.	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	143
105	25. 12. 1917	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2</i>	143
106	25. 12. 1917	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	143
107	26. 12. 1917	Generalfeldmarschall v. Hindenburg über Gebiets-erwerbungen und allgemeinen Frieden <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	148

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
108	26. 12. 1917	Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	149
109	26. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	150
110	26. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	154
111	27. 12. 1917	Grundsatzklärung des Vierbundes über einen allgemeinen Frieden <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	154
112	27. 12. 1917	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an das Generalgouvernement Warschau und Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	157
113	27. 12. 1917	Oberst v. Winterfeldt an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	157
114	27. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	158
115	27. 12. 1917	Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	158
116	27. 12. 1917	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3</i>	160

III. Die Politik der Mittelmächte während der Weihnachtspause (28. 12. 1917 bis 7. 1. 1918)

117	28. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	167
118	28. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	167
119	28. 12. 1917	Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	168
120	29. 12. 1917	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Gesandten Graf v. Oberndorff (Sofia) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	168
121	29. 12. 1917	Mitteilung Generalfeldmarschalls v. Hindenburg für Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	170

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
122	29. 12. 1917	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	171
123	29. 12. 1917	Das Generalgouvernement Warschau an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	173
124	29. 12. 1917	Funkspruch Trockijs — „An alle Völker und Regierungen der verbündeten Länder“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	173
125	30. 12. 1917	Aufzeichnung Unterstaatssekretärs Frhr. v. dem Bussche über eine Unterredung mit dem österr.-ungar. Botschafter Prinz Hohenlohe <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	176
126	30. 12. 1917	General Ludendorff über die russische Verhandlungstaktik <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4</i>	177
127	30. 12. 1917	Der bayerische Ministerpräsident Ritter v. Dandl (München) an Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	178
128	31. 12. 1917	Artikel Georg Bernhards in der Vossischen Zeitung — „Das Danaergeschenk“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	179
129	31. 12. 1917	Artikel des Berliner Tageblatts über die Friedensverhandlungen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	184
130	1. 1. 1918	Weisungen General Ludendorffs für die Verhandlungen mit der Ukraine <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	187
131	1. 1. 1918	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	188
132	1. 1. 1918	General Ludendorff über die Frage eines Beitritts der Entente zu den Friedensverhandlungen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	189
133	2. 1. 1918	Der bayerische Ministerpräsident Ritter v. Dandl (Berlin) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	189
134	2. 1. 1918	Der polnische Ministerpräsident Kucharzewski (Wien) an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	190
135	2. 1. 1918	Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	191
136	2. 1. 1918	Artikel der Berliner Morgenpost — „Die Feinde wollen antworten“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	191
137	3. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann (Warschau) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	193

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
138	3. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann (Warschau) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	194
139	3. 1. 1918	Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt (Chiffrierbüro) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	194
140	3. 1. 1918	Die russische Presse über den Verlauf der Friedensverhandlungen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	195
141	3. 1. 1918	Artikel des Vorwärts über die deutsche Annexionspolitik im Osten <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	198
142	4. 1. 1918	Telegramm der russischen Delegation (St. Petersburg) an die Vorsitzenden der Delegationen des Vierbundes <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	200
143	4. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	200
144	4. 1. 1918	Richtlinien v. Kühlmanns zur Information von Parlament und Presse über den russischen Vorschlag zur Verlegung der Friedensverhandlungen nach Stockholm <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	202
145	4. 1. 1918	Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	203
146	4. 1. 1918	Artikel des Vorwärts über die Sitzung des Hauptausschusses vom 3. 1. 1918 <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	204
147	4. 1. 1918	Bericht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Sitzung des Hauptausschusses vom 4. 1. 1918 <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	204
148	4. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5</i>	206
149	5. 1. 1918	Gesandter Graf v. Brockdorff-Rantzau (Kopenhagen) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	207
150	5. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	207
151	5. 1. 1918	Das Berliner Tageblatt mit Meldungen der Pravda und der Morning Post <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	209
152	5. 1. 1918	Legationsrat v. Stockhammern (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	209
153	5. 1. 1918	General v. Cramon (Standort des k.u.k. Armeeoberkommandos) an Kaiser Wilhelm II. (Berlin) <i>Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5</i>	210

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
154	6. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Legationssekretär Frhr. v. Lersner <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	212
155	6. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	213
156	6. 1. 1918	General Ludendorff an General Hoffmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	213
157	6. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	213
158	6. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	214
159	6. 1. 1918	Sitzung der Delegationen des Vierbundes mit den Ukrainern <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	215
160	6. 1. 1918	Artikel Scheidemanns im Vorwärts <i>Rußland. Politisches Nr. 1</i>	220
161	7. 1. 1918	Artikel der Post — „Volle Bewegungsfreiheit“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	220
162	7. 1. 1918	Artikel des Berliner Lokal-Anzeigers — „Unsere Freiheit nach Westen“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	221
163	7. 1. 1918	Legationssekretär Graf v. Zech-Burkersroda (München) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	222
164	7. 1. 1918	Aufzeichnung Legationssekretärs Jordan (Berlin) über eine telephonische Mitteilung des Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	223
165	7. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	223
166	7. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	224
167	7. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	224
168	7. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	225

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
----------	-------	------------------------	-------

IV. Die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen bis zum „Faustschlag“ des Generals Hoffmann

(9. 1. 1918 bis 12. 1. 1918)

169	9. 1. 1918	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7</i>	229
170	9. 1. 1918	Aufzeichnung Legationssekretärs Jordan über die Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	234
171	9. 1. 1918	Artikel der Berliner Börsen-Zeitung — „Herr v. Kühlmann“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6</i>	235
172	10. 1. 1918	Belgische Pressestimmen über die Kühlmann-Krise <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	238
173	10. 1. 1918	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7</i>	241
174	10. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7</i>	252
175	10. 1. 1918	Artikel des Vorwärts über den Frieden <i>Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5</i>	252
176	11. 1. 1918, vorm.	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	255
177	11. 1. 1918	Artikel der Berliner Morgenpost — „Andrássy für eine deutsch—englische Verständigung“ <i>Der Weltkrieg 2 Geh., Bd. 56</i>	272
178	11. 1. 1918	Artikel der Post — „Kraftvoller Kurs“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7</i>	273
179	11. 1. 1918	Artikel des Vorwärts — „Brest-Litowsk und Washington“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7</i>	275
180	11. 1. 1918, nachm.	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7</i>	277
181	12. 1. 1918	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	284
182	12. 1. 1918	Generalkonsul Plehn (Brest-Litowsk) an die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	287
183	12. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	289
184	12. 1. 1918	Artikel des Grafen Andrássy über eine deutsch-englische Aussöhnung <i>Der Weltkrieg 2 Geh., Bd. 56</i>	291

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
185	12. 1. 1918	Teleogramm Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an General Hoffmann <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 9</i>	292
186	12. 1. 1918	Legationssekretär Graf v. Schwerin (Dresden) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	292
187	12. 1. 1918	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	294
188	12. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	301

V. Die Friedensverhandlungen bis zum Bruch mit dem Führer der russischen Delegation Trockij
(13. 1. 1918 bis 10. 2. 1918)

189	13. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 10</i>	305
190	13. 1. 1918	Sitzung der deutschen mit der ukrainischen Delegation <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	306
191	13. 1. 1918	Unterstaatssekretär v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 8</i>	307
192	13. 1. 1918	Sitzung der politischen Kommission mit den Ukrainern <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	307
193	13. 1. 1918	Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer (Brest-Litowsk) über die Sitzung mit den Ukrainern <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 10</i>	308
194	13. 1. 1918	Sitzung der deutschen mit der ukrainischen Delegation <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	309
195	13. 1. 1918	Sitzung der politischen Kommission mit den Ukrainern <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	317
196	14. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	325
197	14. 1. 1918	Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow über die deutsche Verhandlungsführung in Brest-Litowsk <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	326
198	14. 1. 1918	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	327
199	15. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	337

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
200	15. 1. 1918	Österreichische Pressestimmen über den „Faustschlag“ des Generals Hoffmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	339
201	15. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg (Brest-Litowsk) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	341
202	15. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	341
203	15. 1. 1918	Aufzeichnung des Legationssekretärs Jordan über ein Telefongespräch mit dem Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9</i>	341
204	15. 1. 1918, vorm.	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10</i>	342
205	15. 1. 1918, nachm.	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10</i>	351
206	16. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	360
207	16. 1. 1918	Mitteilung Generalfeldmarschalls v. Hindenburg (Großes Hauptquartier) für Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10</i>	361
208	16. 1. 1918	Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer (Brest-Litowsk) über die Sitzung der Delegationen des Vierbundes <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10</i>	361
209	16. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10</i>	362
210	16. 1. 1918	Artikel der Frankfurter Zeitung über die Richtung der deutschen Friedenspolitik <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10</i>	362
211	16. 1. 1918	Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt <i>Österreich Nr. 70, Bd. 52</i>	364
212	17. 1. 1918	Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Österreich Nr. 70, Bd. 52</i>	365
213	17. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Kaiser Wilhelm II. <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10</i>	366
214	17. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	368
215	17. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	369

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
216	17. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	370
217	17. 1. 1918	Telegramm des polnischen Ministerpräsidenten Kucharzewski (Warschau) an Reichskanzler Graf v. Hertling und Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	371
218	18. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	371
219	18. 1. 1918, vorm.	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	373
220	18. 1. 1918	Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer (Brest-Litowsk) über die Sitzung der Kommission für Gebietsfragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	381
221	18. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	381
222	18. 1. 1918	Besprechung der Mehrheitsparteien mit Staatssekretär Graf Roedern <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	382
223	18. 1. 1918, nachm.	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	384
224	19. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	389
225	19. 1. 1918, vorm.	Besprechung der deutschen und österr.-ungar. Vertreter mit der ukrainischen Delegation <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	390
226	19. 1. 1918	Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer (Brest-Litowsk) über die Sitzung mit der ukrainischen Delegation <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11</i>	396
227	19. 1. 1918	Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	396
228	19. 1. 1918, nachm.	Besprechung der deutschen und österr.-ungar. Vertreter mit der ukrainischen Delegation <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	397
229	20. 1. 1918	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	405
230	20. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an den polnischen Ministerpräsidenten Kucharzewski <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	406

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
231	20. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	407
232	20. 1. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Die Hemmungen in Brest-Litowsk“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	408
233	20. 1. 1918	Artikel der Berliner Morgenpost — „Der trotzigste Trockij. Brest-Litowsker Schwierigkeiten“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	409
234	20. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Gesandten Graf v. Oberndorff (Sofia) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	413
235	21. 1. 1918	Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	414
236	21. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	414
237	22. 1. 1918	Schreiben des Vorsitzenden der russischen Delegation Joffe (Brest-Litowsk) mit Beilage: Erklärung und Vollmachten der Delegierten der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	415
238	22. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	417
239	22. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg (Brest-Litowsk) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	418
240	22. 1. 1918	Der Vorsitzende der russischen Delegation Joffe (Brest-Litowsk) an Staatssekretär v. Kühlmann (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	418
241	23. 1. 1918	Artikel der Kölnischen Zeitung — „Am Ende der Geduld“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	419
242	23. 1. 1918	Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt <i>Österreich Nr. 70, Bd. 52</i>	421
243	23. 1. 1918	Funksprüche Lenins und Trockij's <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	422
244	23. 1. 1918	Russische Funksprüche über deutsch-ukrainische Separatverhandlungen und angebliche Annexionspläne der Mittelmächte <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	423
245	24. 1. 1918	Das Petersburger Telegrammbüro über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	424

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
246	24. 1. 1918	Artikel Kamenevs in der Isvestija <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	426
247	25. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	426
248	25. 1. 1918	Rede des Grafen Czernin im österreichischen Abgeordnetenhaus <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	427
249	25. 1. 1918	General Hoffmann (Brest-Litowsk) an Generalfeldmarschall v. Hindenburg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12</i>	429
250	25. 1. 1918, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	430
251	25. 1. 1918, nachm.	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	430
252	25. 1. 1918 abends	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	431
253	25. 1. 1918	Chef des Admiralstabes an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	432
254	26. 1. 1918	Aktennotiz über die Denkschrift v. Hindenburgs vom 7. 1. 1918 und die Stellungnahme v. Hertlings <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	433
255	26. 1. 1918	General Ludendorff an Legationssekretär Frhr.v.Lersner <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	433
256	26. 1. 1918	Änderungsvorschläge General Ludendorffs zu dem Entwurf eines deutschen Ultimatums <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	435
257	26. 1. 1918	Aufzeichnung Direktors Deutelmoser über eine Besprechung mit dem Abg. Ebert <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	436
258	26. 1. 1918	Entwurf einer Resolution des Abg. Erzberger <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	437
259	26. 1. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	437
260	26. 1. 1918	Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	438
261	27. 1. 1918	Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	438
262	26. 1. 1918	Entwurf einer Erklärung des Vierbundes zur Frage der Räumung und Selbstbestimmung der besetzten Gebiete <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	438

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
263	28. 1. 1918	Generaloberst Arz v. Straußenburg an General v. Cramon <i>Österreich Nr. 70, Bd. 52</i>	441
264	29. 1. 1918	Resolutionen des 3. allrussischen Kongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	441
265	29. 1. 1918	Artikel der Kölnischen Zeitung — „Der Worte sind genug gewechselt“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	442
266	29. 1. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Die Verhandlungen der Bolschewiki“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	444
267	30. 1. 1918	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	446
268	31. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	452
269	31. 1. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	452
270	31. 1. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13</i>	453
271	31. 1. 1918	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	453
272	1. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	459
273	1. 2. 1918	General Hoffmann (Brest-Litowsk) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	460
274	1. 2. 1918	Artikel der Berliner Morgenpost — „Berlin—Brest-Litowsk. Friedensverhandlungen und Streiks“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1</i>	461
275	1. 2. 1918	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	462
276	2. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	475
277	2. 2. 1918	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	476
278	3. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14</i>	477
279	3. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	478

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
280	3. 2. 1918	Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	478
281	3. 2. 1918	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	479
282	4. 2. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	488
283	6. 2. 1918	Besprechung der Reichsleitung mit Graf Czernin und General Ludendorff (Berlin) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	492
284	7. 2. 1918	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	492
285	7. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichs- kanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	502
286	7. 2. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Die neue Verhandlungsphase in Brest“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	503
287	7. 2. 1918	Generalfeldmarschall v. Hindenburg an Oberbefehls- haber Ost <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	505
288	8. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichs- kanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	505
289	9. 2. 1918	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15</i>	508
290	9. 2. 1918	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	509
291	9. 2. 1918	Deklaration des Kommissars für litauische Angelegen- heiten Mickevičius <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	520
292	9. 2. 1918	Telegramme Kaiser Wilhelms II. an Staatssekretär v. Kühlmann und General Hoffmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	524
293	9. 2. 1918	General Hoffmann (Brest-Litowsk) an die Oberste Heeresleitung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	525
294	10. 2. 1918, vorm.	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	526
295	10. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichs- kanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	527

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
296	10. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	528
297	10. 2. 1918, nachm.	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	530
298	10. 2. 1918, abends	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	531
299	10. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	531
300	10. 2. 1918	Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Kaiser Wilhelm II. <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	536
301	10. 2. 1918	Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	537
302	11. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	547

VI. Die Kündigung des Waffenstillstandes und der deutsche Vormarsch gegen Rußland

(11. 2. 1918 bis 28. 2. 1918)

303	11. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	547
304	11. 2. 1918	Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Kaiser Wilhelm II. <i>Der Weltkrieg Nr. 2f. Nr. 1, Bd. 10</i>	548
305	11. 2. 1918	Legationssekretär Frhr. v. Berckheim (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	548
306	11. 2. 1918	Deklaration der Vertreter des lettischen Volkes <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	549
307	11. 2. 1918	Russischer Funkspruch über die Beendigung des Kriegszustandes <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	551
308	12. 2. 1918	Aufzeichnung Unterstaatssekretärs Frhr. v. dem Busche über die Frage: Krieg oder Frieden <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	553
309	12. 2. 1918	Aufzeichnung über die Auswirkung von Trockijs Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes auf den Waffenstillstandsvertrag <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	555

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
310	12. 2. 1918	Aufrufe Trockijs und des russischen Oberbefehlshabers im Westen zur Beendigung des Kriegszustandes <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	556
311	12. 2. 1918	Der Verwaltungschef Warschau, Prinz v. Öttingen, an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16</i>	557
312	13. 2. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. Radowitz (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	558
313	13. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	559
314	14. 2. 1918	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	560
315	15. 2. 1918	Russischer Funkspruch über Ergebnis und Folgen der Verhandlungen in Brest-Litowsk <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	561
316	16. 2. 1918	Erklärung der deutschen Regierung zur Kündigung des Waffenstillstandvertrages <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	562
317	16. 2. 1918	Funkspruch des Rates der Volkskommissare <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	563
318	16. 2. 1918	Legationssekretär Frhr. v. Berckheim (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt mit russischen Stimmen zur Lage <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	563
319	16. 2. 1918	Botschafter Graf von Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt mit österreichischen Pressestimmen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	565
320	16. 2. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Deutschland und die Bolschewiki“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	569
321	17. 2. 1918	Funkspruch Trockijs an die deutsche Regierung über die Erneuerung des Kriegszustandes <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	571
322	18. 2. 1918	Entwurf Staatssekretärs v. Kühlmann für einen Funkspruch an die russische Regierung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17</i>	572
323	18. 2. 1918	Trockij an Minister des Äußeren Graf Czernin <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	573
324	19. 2. 1918	Funkspruch Lenins und Trockijs an die deutsche Regierung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	573
325	19. 2. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Botschafter Graf v. Wedel (Wien) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	574

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
326	19. 2. 1918	Verbalnote der österr.-ungar. Botschaft in Berlin an die deutsche Regierung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	575
327	19. 2. 1918	Funkspruch Generals Hoffmann (Brest-Litowsk) an den Rat der Volkskommissare <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	575
328	19. 2. 1918	Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	576
329	19. 2. 1918	Funkspruch des russischen Oberkommandierenden Krylenko — „An Alle“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	576
330	19. 2. 1918	Bedingungen des Oberbefehlshabers Ost für die Regierung der Volkskommissare <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	577
331	19. 2. 1918	Schriftliche Begründung Legationsrats Nadolny für die Mitunterzeichnung des Friedensvertrages durch General Hoffmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	577
332	19. 2. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an die Botschafter in Wien und Konstantinopel und den Gesandten in Sofia mit Entwurf des beabsichtigten Ultimatums <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	578
333	19. 2. 1918	Artikel des Vorwärts — „Zur außenpolitischen Lage“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1</i>	579
334	20. 2. 1918	Bericht eines Gewährsmannes über die politische Lage in Sovetrußland <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	580
335	20. 2. 1918	Bedingungen General Ludendorffs für einen Frieden mit Sovetrußland <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	581
336	20. 2. 1918	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	584
337	20. 2. 1918	Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	584
338	20. 2. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an die Botschafter in Wien und Konstantinopel und den Gesandten in Sofia <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	585
339	21. 2. 1918	Abänderungsvorschläge Reichskanzlers Graf v. Hertling zu den von General Ludendorff formulierten Friedensbedingungen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	585
340	21. 2. 1918, vorm.	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	586

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
341	21. 2. 1918, nachm.	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	587
342	21. 2. 1918	Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	587
343	21. 2. 1918	Ultimatum der deutschen Regierung an die russische Regierung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18</i>	589
344	21. 2. 1918	Aufruf des Rates der Volkskommissare an das russische Volk <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	591
345	21. 2. 1918	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	594
346	21. 2. 1918	Artikel der Kölnischen Zeitung — „Sozialistische Torheit“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	594
347	22. 2. 1918	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	595
348	22. 2. 1918	Funkspruch des Volkskommissars für Verpflegung Curupa — „An Alle“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	596
349	23. 2. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Die Hoffnungen der Bolschewisten“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	599
350	24. 2. 1918	Funkspruch des Rates der Volkskommissare an die deutsche Regierung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	600
351	24. 2. 1918	Russische Funksprüche an die deutsche Regierung und die Oberste Heeresleitung <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	600
352	24. 2. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	601
353	24. 2. 1918	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	602
354	24. 2. 1918	General Ludendorff an General Hoffmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	602
355	25. 2. 1918	Gesandter Graf v. Brockdorff-Rantzau (Kopenhagen) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	604
356	25. 2. 1918, vorm.	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	605

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
357	25. 2. 1918	Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt mit russischem Funkspruch <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	606
358	25. 2. 1918, nachm.	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	608
359	25. 2. 1918, abends	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	608
360	25. 2. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	609
361	25. 2. 1918	Vollmacht für den Gesandten v. Rosenberg zur Führung der Friedensverhandlungen und zur Unterzeichnung der Friedenspräliminariern <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19</i>	609
362	25. 2. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Tatsachen“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	610
363	26. 2. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	611
364	26. 2. 1918, vorm.	Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	611
365	26. 2. 1918, abends	Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	612
366	26. 2. 1918	Artikel des Wiener Fremdenblattes über die Friedensverhandlungen mit Rußland <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	612
367	27. 2. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	613
368	27. 2. 1918	Entwurf des Friedensvertrages zwischen Sovetrußland und den Mittelmächten <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	614
369	27. 2. 1918	Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	617
370	27. 2. 1918	Artikel der Frankfurter Zeitung über die deutschen Friedensbedingungen für Rußland <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	617
371	27. 2. 1918	Artikel des Berliner Tageblattes über die deutschen Friedensbedingungen für Rußland <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	621
372	28. 2. 1918	Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	622

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
373	28. 2. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	625
374	28. 2. 1918, abends	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	627
375	28. 2. 1918, abends	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	627
376	28. 2. 1918	Erklärung der russischen Delegation in Brest-Litowsk <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	629

**VII. Die Unterzeichnung und Ratifizierung des Friedensvertrages von
Brest-Litowsk
(1. 3. 1918 bis 28. 8. 1918)**

377	1. 3. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20</i>	633
378	1. 3. 1918	Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	633
379	1. 3. 1918, vorm.	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	634
380	1. 3. 1918	Besprechung der Vorsitzenden der Delegationen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	644
381	1. 3. 1918	Besprechung der Vorsitzenden der Delegationen (Fortsetzung) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	648
382	1. 3. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	650
383	1. 3. 1918	Funkspruch Lenins — „An Alle“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	650
384	1. 3. 1918, nachm.	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	651
385	1. 3. 1918	Russische Funksprüche zur Lage <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	653
386	2. 3. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21</i>	654
387	2. 3. 1918	Funkspruch der russischen Delegation an den Sovet der Volkskommissare <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a</i>	654

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
388	3. 3. 1918	Befehl des Oberbefehlshabers Ost über die Einstellung der militärischen Operationen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a</i>	655
389	3. 3. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a</i>	655
390	3. 3. 1918	Text des Friedensvertrages — Politischer Hauptvertrag <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a</i>	656
391	3. 3. 1918, vorm.	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	660
392	3. 3. 1918, vorm.	Sitzung der Friedenskonferenz (1. Fortsetzung) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	666
393	3. 3. 1918, vorm.	Sitzung der Friedenskonferenz (2. Fortsetzung) <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	669
394	3. 3. 1918, nachm.	Sitzung der Friedenskonferenz <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	673
395	3. 3. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a</i>	675
396	3. 3. 1918	Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a</i>	675
397	3. 3. 1918	Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a</i>	676
398	3. 3. 1918	Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Minister des Äußeren Graf Czernin <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a</i>	676
399	3. 3. 1918	Glückwunschtelegramm Kaiser Wilhelms II. an Reichskanzler Graf v. Hertling zum Friedensschluß mit Rußland <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	676
400	3. 3. 1918	Funkspruch des allrussischen Vollzugs-Ausschusses an die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	677
401	4. 3. 1918	Meldung von Wolff's Telegraphen-Büro über Einstellung der militärischen Operationen <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	678
402	4. 3. 1918	Funkspruch Lenins und Trockijs über die Unterzeichnung des Friedensvertrages <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	678
403	4. 3. 1918	Funkspruch des russischen Oberkommandierenden Krylenko <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	678
404	4. 3. 1918	Artikel des Vorwärts über den Frieden mit Sovetrußland <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	679

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
405	5. 3. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Der Friede mit Rußland“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23</i>	682
406	5. 3. 1918	Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22</i>	685
407	6. 3. 1918	Regierungsrat Schwarzkopf (Großes Hauptquartier) an Unterstaatssekretär Frhr. v. Radowitz <i>Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5</i>	685
408	6. 3. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23</i>	686
409	7. 3. 1918	Gesandter v. Rosenberg (Bukarest) an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23</i>	686
410	7. 3. 1918	Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5</i>	687
411	7. 3. 1918	Artikel der Germania — „Der Friedensschluß und die Neutralen“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23</i>	688
412	9. 3. 1918	Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest) an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5</i>	691
413	10. 3. 1918	Artikel der Münchener Allgemeinen Zeitung — „Die Unzufriedenen“ <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24</i>	691
414	10. 3. 1918	Gehilfe des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Čičerin an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23</i>	698
415	13. 3. 1918	General Ludendorff an Legationsrat Frhr. v. Lersner <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24</i>	699
416	15. 3. 1918	Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel) an Reichskanzler Graf v. Hertling <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24</i>	700
417	17. 3. 1918	Funkspruch des Volkskommissariates für Auswärtige Angelegenheiten über die Ratifizierung des Friedensvertrages <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24</i>	700
418	18. 3. 1918	Funkspruch des Volkskommissariates für Auswärtige Angelegenheiten an das Auswärtige Amt <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24</i>	701
419	18. 3. 1918	Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24</i>	702
420	18. 3. 1918	Reichstagsrede Reichskanzlers Graf v. Hertling über den Frieden von Brest-Litowsk <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24</i>	702

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
421	22. 3. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Ratifizierung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24</i>	705
422	30. 3. 1918	Meldung von Wolff's Telegraphen-Büro über den Austausch der Ratifikationsurkunden <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 25</i>	705
423	2. 7. 1918	Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt <i>Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5</i>	706
424	28. 8. 1918	Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Unterzeichnung der Ergänzungsverträge <i>Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 26</i>	706

Sitzung
des zweiten Unterausschusses
am 11. Mai 1923

Berlin, 11. 5. 1923, vorm. 11 Uhr: Protokoll der Sitzung des zweiten Unterausschusses

Parlamentarischer Untersuchungs-Ausschuß. Nr. 52. Akten betr. 2. Unterausschuß: Friedensmöglichkeiten, XXXIII.

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden Abgeordneten **Dr. Breitscheid**¹⁾ eröffnet. Anstelle des Abgeordneten *Warmuth*²⁾ ist der Abgeordnete *Dr. Hoetzsch*³⁾ in den Ausschuß eingetreten.

Der erste Punkt der Tagesordnung: „Bericht über die *v. d. Lancken—Briandsche* Aktion“⁴⁾ wird zurückgestellt, da Abgeordneter *v. Rheinbaben*⁵⁾ hierzu eine Formulierung vorlegt, die zunächst vervielfältigt und allen Mitgliedern zugestellt werden soll.

Vor Eintritt in den zweiten Punkt: „Referat des Abgeordneten *v. Rheinbaben* über die Friedensmöglichkeiten mit Rußland im Jahre 1917“ findet eine Erörterung über den Aufgabenkreis des Untersuchungsausschusses statt.

Abgeordneter **Freiherr v. Rheinbaben** vertritt die Ansicht, daß aus dem Aufgabenkreis, den sich der Untersuchungsausschuß gezogen hatte, hervorgehe, daß er sich nur mit den Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917 und was damit untrennbar zusammenhängt zu befassen habe. Das gehe aus verschiedenen Stellen der Akten (zum Beispiel aus dem Tätigkeitsbericht des Untersuchungsausschusses vom März 1922 und aus einem Referat von *Exzellenz Hintze*⁶⁾) hervor. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß der Tätigkeitsbereich des Ausschusses sich nicht auf den Brest-Litowsker Frieden miterstrecken könne. Der Unterausschuß würde damit seine Kompetenz überschreiten.

Abgeordneter **Dr. Quessel**⁷⁾ stimmt dem Abgeordneten *v. Rheinbaben* insofern zu,

¹⁾ *Rudolf Breitscheid* (1874—1944), urspr. Mitglied der „Freisinnigen Vereinigung“, seit 1912 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. 1918/1919 preußischer Minister des Innern; Mitglied des Reichstages 1920—1933; vgl. über ihn P. Mayer in NDB II, S. 579 f.

²⁾ Vgl. über ihn Heilfron, Biographische Notizen, S. 49: „*Warmuth, Fritz*, Amtsgerichtsrat in Jauer, Bezirk Liegnitz. 11. Wahlkreis (Regierungsbezirk Liegnitz). — Deutschnationale Volkspartei. — Geb. am 15. Juli 1870 zu Hirschberg i. Schles., . . . Mitglied des Reichstags von 1912 bis 1918 . . .“; vgl. auch oben S. XXII.

³⁾ *Dr. Otto Hoetzsch* (1876—1946), Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Berlin. Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei; vgl. auch oben S. XXI.

⁴⁾ Vgl. unten Anlage 1, Nr. V, 1.

⁵⁾ *Werner Karl Ferdinand Frhr. v. Rheinbaben* (geb. 1878); vgl. auch über ihn Rheinbaben, Viermal Deutschland, S. 152 ff.; ders. Erinnerungen S. 157 ff.

⁶⁾ *Paul v. Hintze* (1864—1941), Admiral, Staatssekretär des Äußern 16. 7. 1918—7. 10. 1918; Sachverständiger des zweiten Unterausschusses; sein Referat s. unten Anlage 1, Nr. XIV.

⁷⁾ *Ludwig Quessel* (1872—1931), Dr. rer. pol., MdR., sozialdemokratischer Abgeordneter; vgl. auch oben S. XXX; bei Heilfron, Biographische Notizen, S. 36, heißt es: „ . . . Schriftsteller in Darmstadt. 34. Wahlkreis (Hessen). — Sozialdemokr. Partei. — Geb. am 1. Juli 1872 in Königsberg i. Pr. Volksschule. Uhrmacherhandwerk. Selbstunterricht, Hochschulstudium, Universität Zürich, Dr. im Jahre 1903. Redakteur in Königsberg, Stettin und Danzig, Verfasser zahlreicher Aufsätze sozialwissenschaftl. Inhalts. Mitglied des Reichstags 1912—1918.“

als die Nachprüfung der Friedensmöglichkeiten von Brest-Litowsk nicht im eigentlichen Sinne zu der Aufgabe des Untersuchungsausschusses gehöre. Andererseits müsse er der Ansicht widersprechen, als ob sich Friedensmöglichkeiten mit Rußland erst im Jahre 1917 ergeben hätten. Man müsse unterscheiden zwischen Friedensmöglichkeiten mit dem alten und mit dem neuen Regime. Aus dem unter dem alten Regime abgeschlossenen russisch-japanischen Geheimvertrag, der von den Bolschewisten veröffentlicht⁸⁾ und auch dem Deutschen Reichstag durch das Auswärtige Amt zugegangen sei, wisse man jetzt, daß sich Rußland und Japan verpflichtet hatten, spätestens bis 1921 Krieg gegen die damaligen Verbündeten England und Amerika zu führen. Man müsse annehmen, daß dieser Geheimvertrag in dem Bewußtsein abgeschlossen wurde, unter allen Umständen zu einem Frieden mit Deutschland zu gelangen, weil sonst für Rußland gar nicht die Möglichkeit gegeben war, mit einem feindlichen Deutschland im Rücken eine aggressive Politik gegen England und Amerika zu führen. In der Tat hätte sich bald nach dem Abschluß des russisch-japanischen Vertrages eine Neuorientierung der russischen Politik ergeben. *Suchomlinov*⁹⁾, der Urheber der allgemeinen Mobilmachung im Jahre 1914, sei verhaftet und eingekerkert worden, anstelle von *Goremykin*¹⁰⁾ sei der prodeutsche *Stürmer*¹¹⁾ getreten, *Sasonov*¹²⁾ sei verabschiedet worden. In diese Zeit fallen die Polenproklamation¹³⁾ und die Unterhaltungen in Stockholm¹⁴⁾, über die er von einer hochstehenden Persönlichkeit der früheren Regierung gehört habe, daß sich dort der japanische Gesandte dahin geäußert habe, er würde sehr glücklich sein, seiner Regierung ein Friedensangebot der deutschen Regierung überreichen zu können. Gleichzeitig sei damals der britische Botschafter in Petersburg *Buchanan*¹⁵⁾ mit den Kadetten¹⁶⁾ und den revolutionären Parteien in Fühlung getreten; die Agitation zum Sturze der *Romanovs*¹⁷⁾ habe begonnen.¹⁸⁾ Weiter wisse man aus den

⁸⁾ Japanisch-Russischer Geheimvertrag vom 3. 7. 1916; Inhalt des Vertrages und Druckausgaben vgl. Vertrags-Ploetz, II, S. 17 f. Dok. Russ. Geh. Arch. AA 1918/50.

⁹⁾ *Vladimir Suchomlinov* (1848—1926), russischer General; 1908 Chef des Generalstabes, danach bis 1915 russischer Kriegsminister. 1924 erschienen seine „Erinnerungen“ in deutscher Sprache.

¹⁰⁾ *Ivan Longinovič Goremykin* (1839—1917); Mai bis Juli 1909, Februar 1914 bis Februar 1916 russischer Ministerpräsident.

¹¹⁾ *Boris Vladimirovič Stürmer* (1848—1917), 2. 2. 1916 russischer Ministerpräsident; Juli bis November 1916 zugleich russischer Außenminister.

¹²⁾ *Sergej Dimitrijevič Sasonov* (1860—1927), 1910—1916 russischer Außenminister.

¹³⁾ Am 5. 11. 1916; vgl. in diesem Zusammenhang Conze, Polnische Nation, S. 165 ff., Der Weg zur Proklamation des polnischen Staates; S. 226 ff., Die Wirkung der Proklamation und die Bildung des Staatsrates.

¹⁴⁾ Im Jahre 1916 hatte der russische Duma-Abgeordnete und spätere Minister *Protopopov* mit dem deutschen Diplomaten *Warburg* in Stockholm verhandelt, um die Möglichkeiten eines Friedens zu sondieren. — Vgl. auch unten Anlage 1, Nr. XXXII, 1—4.

¹⁵⁾ Sir *George Buchanan* (1854—1924), englischer Botschafter in Petersburg 1910—1917.

¹⁶⁾ Abkürzung für „Konstitutionelle Demokraten“; vgl. auch unten S. 89, Anm. 4.

¹⁷⁾ D. h. das russische Herrscherhaus *Holstein-Gottorp-Romanov*, dem der letzte Zar angehörte.

¹⁸⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang *Buchanan*, Meine Mission, S. 182 ff., 191 ff., 198 ff., 208 ff., 252 ff., 257 ff.

Memoiren des *Grafen von Czernin*, daß im Anfang des Jahres 1917 der Zar sich mit einem Friedensangebot an die österreichische Regierung gewandt habe.¹⁹⁾

Dieser ganze Komplex von Tatsachen müsse hier untersucht werden. Diese Dinge seien damals auch den deutschen Politikern nicht gänzlich unbekannt gewesen. Man habe sich in der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit der Frage beschäftigt, wie man sich zu Friedensmöglichkeiten im Osten stellen solle.²⁰⁾ Auch andere Fraktionen habe diese Frage damals interessiert.

¹⁹⁾ *Graf Czernin* schreibt (S. 192 f.): „In den letzten Tagen des Februar 1917 trat ein merkwürdiges Ereignis ein: Am 26. Februar erschien bei mir eine Persönlichkeit, welche sich als berufener Vertreter einer neutralen Macht zu legitimieren imstande war, und teilte mir im Auftrage seiner Regierung mit, er habe den Befehl, mich wissen zu lassen, daß die Gegner oder einer von ihnen bereit seien, Frieden mit uns zu schließen, und daß die Bedingungen dieses Friedensschlusses für uns günstig sein würden. Insbesondere werde von einer Lostrennung Ungarns oder Böhmens vom Reiche nicht mehr die Rede sein. Ich möge, falls ich bereit sei, auf diese Anregung einzugehen, sofort auf dem gleichen Wege meine Bedingungen mitteilen, werde jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorschläge der feindlichen Regierung in dem Augenblicke null und nichtig seien, wo irgendeine andere mit ihr oder mit uns befreundete Regierung von diesem Schritte erfahre. Der Überbringer dieser Nachricht wußte nicht mehr, als der Inhalt dieser Demarche enthielt. Der Schlußpassus ließ erkennen, daß eine der feindlichen Mächte ohne Wissen der anderen verhandeln wolle. Ich zweifelte keinen Augenblick daran, daß es sich um Rußland handle, und mein Gewährsmann bestärkte mich in dieser Überzeugung, obwohl er ausdrücklich betonte, er könne dies nicht positiv sagen. Ich antwortete sofort auf telegraphischem Wege durch die Vermittlung der intervenierenden neutralen Macht am 27. Februar, daß Österreich-Ungarn selbstverständlich bereit sei, dem weiteren Blutvergießen sofort ein Ende zu machen und keinen wie immer gearteten Gewinn aus dem Frieden ziehen wolle, da wir, wie bereits verschiedene Male betont, ja nur einen Verteidigungskrieg führten. Ich müsse jedoch darauf aufmerksam machen, daß die etwas unklare Fassung der Anfrage es mir nicht ganz verständlich erscheinen lasse, ob der sich an uns wendende Staat einen Frieden mit uns allein oder mit unserer ganzen Mächtegruppe zu schließen bereit sei, und ich müsse Wert darauf legen, zu betonen, daß wir von unseren Bundesgenossen nicht zu trennen seien. Ich sei jedoch bereit, meine guten Dienste als Vermittler anzubieten für den von mir erwarteten Fall, daß der sich an uns wendende Staat zu einem Frieden mit unserer ganzen Mächtegruppe bereit sei. Ich garantiere die Geheimhaltung, da ich vorerst für überflüssig fände, unsere Bundesgenossen zu verständigen. Hierzu werde erst der Moment gekommen sein, bis die Situation geklärt sein werde. Daraufhin erfolgte am 9. März eine weitere Antwort, welche anscheinend meinen Standpunkt akzeptierte, die Frage jedoch, ob es sich um einen Frieden mit uns allein oder mit unseren Bundesgenossen handle, nicht direkt beantwortete. Um raschestens Klarheit zu schaffen und keine Zeit zu verlieren, antwortete ich sofort: Ich ersuche die gegnerische Macht, einen Vertrauensmann in ein neutrales Land zu senden, wohin ich meinerseits sofort einen Delegierten abschicken würde, und fügte bei, daß ich hoffe, daß diese Zusammenkunft ein gedeihliches Resultat haben werde. Auf dieses zweite Telegramm ist nie mehr eine Antwort gekommen. Sieben Tage später, am 16. März, ist der Zar entthront worden. Es hat sich hier offenbar um einen letzten Rettungsversuch von ihm gehandelt, der vielleicht, wenn er wenige Wochen früher erfolgt wäre, nicht nur das Schicksal Rußlands, sondern das der Welt hätte ändern können . . .“ — *Czernin* irrt hier; in Wirklichkeit war der Vertreter der erwähnten neutralen Macht der amerikanische Botschafter in Wien, *Penfield*, der allerdings nicht wußte, daß der Präsident *Wilson* dahinter stand; vgl. hierzu *Mamatey*, S. 56 ff.

²⁰⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang neuerdings *Matthias*, S. 13 ff., 24 ff. — Den Frieden von Brest-Litowsk, so betont *Matthias* S. VII, habe die „Fraktion, wie wiederum die Protokolle endgültig erhärten, aus vornehmlich innenpolitischen Gründen mit einem lahmen Protest passieren“ lassen.

Abgeordneter **Dr. Hoetzsch** bemerkt, er erinnere sich genau, daß, als der Untersuchungsausschuß seinerzeit während der Nationalversammlung seine Tätigkeit begonnen und er als Sachverständiger zugezogen wurde, bei der Aufstellung des Geschäftsplanes ausdrücklich in Aussicht genommen worden sei, daß der ganze Komplex der Friedensmöglichkeiten im Osten behandelt werden solle. Es sei ihm nicht zweifelhaft gewesen, daß die Tätigkeit des Ausschusses sich sowohl rückwärts ins Jahr 1916 wie vorwärts bis zum Brest-Litowsker Frieden erstrecken sollte. Es sei sachlich auch unmöglich, über die Friedensmöglichkeit im Osten im Jahre 1917 ein Bild zu gewinnen, wenn man nicht das Jahr 1916 mit einbeziehe.

Vorsitzender Abgeordneter **Dr. Breitscheid** schließt sich dieser Ansicht an. Der Sinn der Aufgabe des Ausschusses könne doch nur sein, die Friedensmöglichkeiten während des Krieges überhaupt zu untersuchen. Der zweite Unterausschuß sei nicht nur für das Jahr 1917 eingesetzt. Er sei ja auch bei den amerikanischen Friedensmöglichkeiten ins Jahr 1916 zurückgegangen.²¹⁾ Er stelle außerdem fest, daß dieser Ausschuß Herrn *v. Twardowski*²²⁾ den Auftrag gegeben hatte, die Brest-Litowsker Akten zu studieren, wogegen damals kein Widerspruch erfolgt sei. Nun sei die Frage, ob der Brest-Litowsker Frieden mit in den Bereich der Untersuchung zu ziehen sei, nicht aktuell, dagegen die Frage, ob in das Jahr 1916 zurückgegangen werden solle. Das Material dazu müsse dann noch zur Verfügung gestellt werden.

Abgeordneter **Frhr. v. Rheinbaben** macht den Vorschlag, als selbstverständlich anzunehmen, daß auch diese Dinge in den Bereich des Untersuchungsausschusses hineingezogen werden. Dagegen möchte er schon jetzt Bedenken erheben, daß der Unterausschuß seinen Aufgabenkreis immer noch erweitere. Es sei dringend notwendig, daß der Ausschuß seine Arbeiten abschließe, wie es auch der Reichstagspräsident gewünscht habe. Der Friedensschluß von Brest-Litowsk sei keine Friedensmöglichkeit, sondern ein Faktum. Dies zu untersuchen liege keinerlei Veranlassung vor. Er schlage vor, heute sein Referat anzuhören und dann möglichst bald die Akten vorzulegen bezüglich der Vorgänge während der Jahre 1915 und 1916. Das sei eine Epoche, die mit der von 1917 mittelbar zusammenhänge, während Brest-Litowsk und die Bolschewistenherrschaft ganz andere Zusammenhänge und Persönlichkeiten betreffe, die nichts mehr mit Friedensmöglichkeiten, d. h. dem Untersuchungsbereich des Ausschusses, zu tun haben.

Sekretär **Dr. Bloch**²³⁾ erinnert daran, daß er Mitte Dezember als Nachfolger des Herrn *v. Twardowski* das Referat über Brest-Litowsk übernommen habe. Er habe das vorbereitete Material noch erheblich ergänzt, so daß ein ziemliches Aktenbündel daraus entstanden sei. Aus dem Aktenauszug ergäbe sich nach

²¹⁾ Vgl. unten Anlage 1, Nr. V, 2.

²²⁾ Damaliger Sekretär des zweiten Unterausschusses; vgl. auch S. XXXIV.

²³⁾ *Dr. rer. pol. Früz v. Twardowski* (geb. 1890), 1. 1. 1921—14. 12. 1922 Sekretär des zweiten Unterausschusses; 8. 12. 1922 in den Dienst des Auswärtigen Amtes getreten, 15. 12. 1925 Legationssekretär, 19. 6. 1928 Legationsrat I. Kl., zuletzt Botschafter; vgl. auch oben S. XXV.

²⁴⁾ *Dr. Walter Bloch*, Amtsrichter, vordem (vom 18. 4. 1920 an) Sekretär des vierten Unterausschusses; vgl. auch oben S. XIX.

seiner Auffassung für den Ausschuß Gelegenheit zur Prüfung folgender Gesichtspunkte:

1. Warum hat das allgemeine Friedensangebot der Sovetregierung keinen Erfolg bei den Ententestaaten gehabt?

2. Ist der endlich zustande gekommene Friedensvertrag von Brest-Litowsk so geartet gewesen, daß ein Verständigungsfrieden mit Rußland, der auf der Selbstbestimmung der Völker fußen sollte, tatsächlich erfolgt ist, oder haben andere Strömungen, die beispielsweise von der Obersten Heeresleitung herührten, den Willen der Reichsleitung, der zu einer Verständigung mit Rußland neigte, gehemmt?

Die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk umfaßten jetzt vier Aktenbände nebst zwei Anlagen. Die erste Anlage enthalte die Auffassung des Kaisers zum Friedensschluß von Brest-Litowsk. Diese Anlage sei nicht als vollständig anzusehen. Es seien alle diejenigen Zeitungsartikel weggelassen, in denen der Kaiser lediglich seine Zustimmung zum Ausdruck gebracht habe.

Dr. Bloch teilte weiter mit, er habe mit *Dr. Quessel* eine eingehende Rücksprache gehabt, die ihn zu der Überzeugung gebracht habe, daß, ehe Brest-Litowsk in Angriff genommen werden könnte, erst die Friedensmöglichkeiten, die sich mit Rußland im Jahre 1916 und 1917 boten, untersucht werden müßten. Seine bisherigen Arbeiten hätten sich nur auf Brest-Litowsk erstreckt. Über das Jahr 1916 habe er bisher im Auswärtigen Amte nicht viel entdecken können.

Abgeordneter *Dr. Hoetzsch* stellt fest, daß bei Festlegung des Geschäftsplanes für den 2. Unterausschuß der ganze Fragenkomplex ausdrücklich einbezogen worden sei. Wenn von diesem Beschluß abgegangen werden solle, müsse ausdrücklich ein neuer Beschluß darüber herbeigeführt werden. Auf der russischen Seite seien drei Abschnitte zu verhandeln: Die eventuellen Friedensmöglichkeiten oder Nichtmöglichkeiten mit der zaristischen Regierung, die mit der provisorischen Regierung²⁴⁾ und die mit der Sovetregierung. Das lasse sich vielleicht von der russischen Seite aus trennen, aber nicht von der deutschen Seite aus, da mehr oder weniger dieselben Persönlichkeiten in diesen drei Abschnitten die deutsche Außenpolitik politisch wie militärisch bestimmt haben. Wenn man den mittleren Abschnitt herausnehme, werde sich ein Durcheinander, bestenfalls eine Reihe sehr unangenehmer Wiederholungen ergeben.

Sachverständiger *Dr. Guttmann*²⁵⁾ erklärt, seine Meinung sei bisher gewesen, daß der Ausschuß nur das Jahr 1917 untersuchen wolle und daß das, was vorher und nachher geschehen sei, nur cursorisch behandelt werden sollte. Wenn

²⁴⁾ Bürgerlich-liberale, zur Weiterführung des Krieges an der Seite der Westlichen Alliierten entschlossene Regierung, die im Gefolge der Februarrevolution 1917, nach der Abdankung des Zaren, zur Macht gelangte, und im Oktober gleichen Jahres durch die Revolution der Bolschewiki gestürzt wurde. Sie bestand aus einem Dumausschuß mit Fürst *Lwow* als Premierminister, *Miljukov* als Außenminister, *Kerenskij* als Justizminister, *Gutschkov* als Kriegs- und Marineminister.

²⁵⁾ *Bernhard Guttmann* (1869—1959), Schriftsteller, langjähriger Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“; zu seiner Würdigung vgl. Frankfurter Allgemeine vom 21. 1. 1959 (*Bernhard Guttmann* gestorben).

einseitig die russische Situation untersucht werde, so habe man die der anderen Länder zu untersuchen unterlassen. Man habe bisher hauptsächlich die päpstliche Aktion untersucht, die eine Gelegenheit war, auf jener Seite zum Frieden zu kommen. Der Ausschuß hätte sich dann auch fragen müssen, welche Politik in den anderen kriegführenden Ländern getrieben worden sei. Auch der von der deutschen Regierung Ende des Jahres 1916 erlassene Friedensvorschlag sei vom Ausschuß nicht untersucht worden, obgleich vielleicht die Frage aufzuwerfen wäre, was ihm zugrunde gelegen habe, ob es sich nur um eine propagandistische Maßnahme handelte, die auf kein Entgegenkommen rechnen durfte, oder ob etwas Seriöses dahinter war.

Das Jahr 1917 ist für Rußland ein besonderes Jahr während des Krieges. Im Anfang des Jahres steht die Revolution der bürgerlichen Reformer, am Ende des Jahres die der Bolschewisten. Da ist ein ganz klarer Aufgabenkreis gezogen. Das war auch eine ganz neue Situation für Deutschland, die Möglichkeiten eröffnete. Wenn der Ausschuß beschließen sollte, sich in der Hauptsache auf dieses Jahr zu beschränken, so würde in einem Referat von sachverständiger Seite die Vorgeschichte der russischen Politik während des Krieges gegeben werden können. Aber die eigentliche Akten-Untersuchung dieser Vorgeschichte würde über das bisherige Aufgaben-Pensum des Untersuchungsausschusses weit hinausführen. Dasselbe ließe sich auch über den Frieden von Brest-Litowsk sagen, der auch in einem Referat etwa als Epilog zu behandeln wäre. Die eigentliche Aufgabe dieser Untersuchung würde die Periode zwischen den beiden Revolutionen sein, wo nicht mehr der zaristische Absolutismus, sondern eine andere politische Konstellation in Rußland vorhanden war.

Amtsgerichtsrat Dr. Herz²⁶⁾ widerspricht der Auffassung des Abgeordneten Dr. Hoetzsch, daß der Untersuchungsausschuß des Reichstags eine Fortsetzung oder ein Rechtsnachfolger desjenigen der Nationalversammlung sei. Beweis dafür sei, daß die Affaire Dr. Helfferich²⁷⁾ von dem neuen Untersuchungsausschuß nicht weiter verfolgt worden sei.²⁸⁾

Sachlich sei der Ausschuß immer darin einig gewesen, die Jahre 1914, 1915 und 1916 ausfallen zu lassen, weil während der Jahre 1914 und 1915 auf keiner Seite ein Friedenswille bestand und auch die Fühler und Pourparlers²⁹⁾ staatsrechtlich unverantwortlicher Personen im Jahre 1916 nur cursorisch behandelt werden sollten. Man wollte sich im wesentlichen auf wirkliche Verhandlungen be-

²⁶⁾ Dr. Ludwig Herz, Amtsgerichtsrat, Generalsekretär, Geschäftsführer des Parlamentar. Untersuchungs-Ausschusses. Vom 11. 10. 1919 bis 31. 12. 1923 Sekretär und Sachverständiger des vierten Unterausschusses.

²⁷⁾ Karl Helfferich (1872—1924), Politiker, nach 1918 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei; 1915—1917 Staatssekretär.

²⁸⁾ Es handelte sich um die Zeugnisverweigerung Dr. Helfferichs in der 12. Sitzung des zweiten Unterausschusses des 15. Untersuchungsausschusses vom 15. 11. 1919, seinen Streit mit dem Abgeordneten Dr. Cohn in diesem Zusammenhang und seine Verurteilung zu 300 RM Geldstrafe wegen dieser Zeugnisverweigerung (ohne gesetzlichen Grund); vgl. 15. Unterausschuß, II, S. 592 f.

²⁹⁾ Von frz. pourparler, m. = Besprechung, Konferenz.

schränken. Deshalb habe man zuerst die *Wilson-Aktion*³⁰⁾ und dann die päpstliche Friedensvermittlung³¹⁾ vorgenommen. Dann sei noch die Angelegenheit *Briand—Lancken*³²⁾ vorgenommen worden. Auch der Frieden von Brest-Litowsk sollte damals in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden. Die Untersuchung müßte sich darauf richten, wie der Frieden von Brest-Litowsk auf die weitere Entwicklung für Friedensmöglichkeiten im Jahre 1918 gewirkt hat.

Abgeordneter **Dr. Quessel**: Selbst wenn wir uns auf das Jahr 1917 beschränken würden, müßten wir mit Naturnotwendigkeit auch zu einer Aufrollung der Dinge von 1916 kommen. Am Anfang des Jahres 1917 steht als eine entscheidende und wichtige Tatsache das Friedensangebot des Zaren an die österreichische Regierung, eine Tatsache, die auch allen Mitgliedern des Reichstags von der kaiserlichen Regierung verheimlicht worden ist, und von der wir erst Kenntnis aus den Memoiren des *Grafen v. Czernin* erhalten haben.³³⁾ Wir stellen also nur die Verbindung mit dem Jahre 1917 her, wenn wir mit der Neuorientierung der russischen kaiserlichen Politik im Jahre 1916 beginnen, gewissermaßen als Vorgeschichte zum Friedensangebot des Zaren von Anfang 1917. Dieses Friedensangebot ist heute noch großen Teilen des deutschen Volkes vollkommen unbekannt. Man hat das *Czerninsche* Buch zwar gelesen, ist aber einfach darüber hinweggeglitten. Ich selbst habe schon in den vorherigen Verhandlungen über die angeblichen *Wilson'schen* Friedensbemühungen — ich lege den Ton auf „angeblich“, weil das meiner Überzeugung entspricht — über die angeblichen Friedensbemühungen des Papstes immer darauf hingewiesen, daß wir es hier mit Erscheinungen zu tun haben, die als Gegenspiel der britischen Regierung zu den östlichen Friedensmöglichkeiten aufzufassen sind. Großbritannien hatte damals eine vorzügliche diplomatische Vertretung in Petersburg.³⁴⁾ Die britischen Agenten³⁵⁾ und Gesandten waren sich vollkommen im klaren, daß hier ein fürchterlicher Schlag gegen das britische Weltreich vorbereitet wird und daß man diesen Schlag unter allen Umständen und mit allen Mitteln vereiteln müsse. Da war es natürlich selbstverständlich, daß man die geistig nicht sehr starke Regierung *Bethmann Hollweg* durch Friedensillusionen hinsichtlich der Westmächte davon abhalten mußte, den Frieden in Petersburg zu suchen. Deshalb wurde zunächst von der britischen Regierung im Einverständnis mit Amerika *Wilson* als Friedensvermittler vorgeschoben. Sowohl die amerikanische wie die päpstliche Aktion lassen sich nur so erklären. Ich habe einen so außerordentlichen Respekt vor der Klarheit und Voraussicht der britischen Regierung, daß ich mir gar nicht vorstellen kann, daß die britische Regierung pflichtgemäß hätte anders handeln können, als sie gehandelt hat, indem sie diese Illusionen über den Frieden in London vor der geistig nicht sehr starken Regierung *Bethmann Hollweg* auftauchen ließ, um ihr die Lust zu nehmen, den Frieden dort zu suchen, wo er

³⁰⁾ Vgl. oben S. XXIV.

³¹⁾ Vgl. oben S. XXIV ff.

³²⁾ Vgl. oben S. XXVII.

³³⁾ Vgl. oben S. 5, Anm. 19.

³⁴⁾ Sir George Buchanan; s. dessen Memoiren: *Meine Mission*.

³⁵⁾ Vgl. u. a. die Memoiren von Bruce Lockhart.

1916 allein zu finden war, nämlich im Osten. Wir werden auch auf diese Frage später noch im Verlauf unserer Verhandlungen zurückkommen müssen.

Der Vorsitzende Abgeordnete **Dr. Breitscheid** erklärt, daß der Untersuchungsausschuß auf den vom Vorstand des Reichstags³⁶⁾ ausgesprochenen Wunsch, die Arbeiten des Ausschusses möglichst bald abzuschließen³⁷⁾, nur insoweit Rücksicht zu nehmen habe, als die Ausschluß-Arbeiten nach Möglichkeit beschleunigt werden sollten. Ein Auslassen einzelner Abschnitte aus der Diskussion komme nicht in Frage.

Der Ausschuß beschließt hierauf, auch das Jahr 1916 mit in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen und die Ereignisse des Jahres 1916 vor denen des Jahres 1917 zu behandeln.

Die Entscheidung darüber, ob die Frage Brest-Litowsk mit behandelt werden soll, soll einem späteren Zeitpunkt überlassen werden. Das darüber vorhandene Aktenmaterial soll den Ausschuß-Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuß beschließt ferner entsprechend einer Anregung des Abgeordneten **Dr. Hoetzsch**, zunächst das Referat des Abgeordneten **Freiherrn v. Rheinbaben** über das Jahr 1917 entgegenzunehmen, die Ausarbeitung des Referates für 1916 möglichst bald vorzunehmen und die Zeugenvernehmung danach im ganzen vorzunehmen.³⁸⁾

³⁶⁾ Reichstagspräsident **Paul Löbe** (1875—1967), (SPD).

³⁷⁾ Vgl. Aufzeichnung **Dr. Meyer**, Sitzung des zweiten Unterausschusses vom 6. 12. 1922: „[. . .] Der Präsident des Reichstages **Löbe** mahnte zu größter Sparsamkeit und demgemäß zur Beschleunigung der Arbeiten im Untersuchungsausschuß“; Pol. Archiv, Akten betr. Parlamentar. Untersuchungs-Ausschuß, „Unterausschüsse“, Bd. 7.

³⁸⁾ Folgt im Anschluß das Referat **Rheinbabens** über die Friedensmöglichkeiten mit Rußland im Jahre 1917.

I.

Die Waffenstillstandsverhandlungen

(8. 11. 1917—15. 12. 1917)

1.

8. 11. 1917: Friedensvorschlag der russischen Arbeiter- und Bauernregierung

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Abschrift. — Anlage I zum „Protokoll der Waffenstillstandsverhandlungen zu Brest-Litowsk. Sitzung vom 3. Dezember 1917, 4.00 nachm.“. Überschrift: „Friedensvorschlag einstimmig angenommen in der Sitzung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernratskongresses von ganz Rußland am 26. Oktober (8. November) 1917.“¹⁾

Die neue russische Arbeiter- und Bauernregierung, hervorgegangen aus der Revolution vom 24./25. Oktober, auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gestützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, unverzüglich Unterhandlungen über einen gerechten, demokratischen Frieden einzuleiten.²⁾

Unter einem gerechten oder demokratischen Frieden, nach welchem die überwältigende Mehrheit des vom Kriege erschöpften, abgemarterten, abgequälten Arbeitervolkes aller Länder lechzt — einem Frieden, den die russischen Arbeiter und Bauern schon sogleich nach dem Sturz des zaristischen Absolutismus aufs nachdrücklichste und bestimmteste gefordert haben³⁾, versteht die Regierung einen sofortigen Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Länder, ohne gewaltsame Unterjochung fremder Völker) und ohne Kontributionen.⁴⁾

Einen solchen Frieden schlägt die Regierung Rußlands sogleich allen kriegführenden Völkern vor, und sie drückt ihre Bereitwilligkeit aus, unverzüglich alle entscheidenden Schritte zu tun bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die souveränen Volksvertretungen aller Länder und aller Nationen.

Unter Annexion oder Aneignung fremder Länder versteht die Regierung, im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein der Demokratie überhaupt und der

¹⁾ Abdruck des russischen Originaltextes neuerdings in Dokumenty vnešnej politiki, S. 11 ff.; deutscher Text u. a. in: Kampf um den Frieden, S. 23 ff., b. John, S. 101 ff. und neuerdings in Von Brest bis Rapallo, S. 25 ff.

²⁾ Vgl. u. a. Bericht *Graf Des Fours*, Stockholm, 10. 11. 1917, über das Friedensmanifest der Bolschewiki-Regierung: „Die durch dasselbe gegebenen Friedensaussichten werden in hiesigen Publizistenkreisen und von diplomatischen Kollegen (darunter deutschem Gesandten) günstig beurteilt; doch bleibe Schwierigkeit der Wirksamkeit des Manifestes, die bisher noch nicht erwiesene Konsolidierung der de-facto-Regierung, die dieselbe erreichen müßte, um mit Ausland in Verhandlungen einzutreten; einstweilen werde aber Einfluß auf russisches Inland von günstiger Wirkung sein. Börse reagiert mit allgemeiner Hausse; unsere Valuta um 9 Points gestiegen.“ HHStA, P.A. Brester Kanzlei.

³⁾ Vgl. u. a. die Ausführungen des Abgeordneten *Čeidse* am 15. 3. 1917 in der Sitzung der sozialistischen und der Arbeiterfraktion in der Duma; Schultheß, 33. Jg. 1917, II, S. 658 f.

⁴⁾ Vgl. hierzu *Graf Czernin* (an *Baron Müller*, Wien Nr. 98, Brest-Litowsk, 26. 12. 1917): „Die Deutschen sowohl militärischen wie zivilen Standes machen alle Anstrengungen, um der Welt glauben zu machen, daß es ausschließlich ihr Verdienst ist, daß wir uns mit Rußland auf einer Basis geeinigt haben, welches das Eingehen in Friedensverhandlungen ermöglicht. Demgegenüber soll unsere gesamte Presse nachdrücklichst von uns instruiert und aufmerksam gemacht werden, daß wir es waren, welche vor fast einem Jahre die Formel, ohne Annexionen und Compensationen als erste angenommen haben und diese Formel liegt den Verhandlungen zu Grunde . . .“ HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

Arbeiterklasse im besonderen, jedwede Einverleibung einer kleinen oder schwachen Nation durch einen großen oder mächtigen Staat ohne die Zustimmung und den Willen der betreffenden Nation, von ihr klar, deutlich und freiwillig ausgedrückt, — unabhängig davon, wann diese gewaltsame Einverleibung vollbracht wurde, auch unabhängig davon, in welchem Maße entwickelt oder rückständig besagte gewaltsam einverleibte oder gewaltsam in den Grenzen besagten Reiches zurückgehaltene Nation ist. Unabhängig endlich davon, ob die Nation in Europa oder in fremden überseeischen Ländern sich befindet.

Wenn irgendeine Nation mit Gewalt festgehalten wird in den Grenzen eines Staates, wenn ihr, ungeachtet ihres ausdrücklichen Willens — einerlei, äußert sich dieser Wille in der Presse, in Volksversammlungen, in Parteiresolutionen oder in Empörungen und Aufständen gegen nationale Vergewaltigung — nicht das Recht eingeräumt wird, durch freie Abstimmung unter der Bedingung völliger Entfernung des Heeres der Nation, welche Annektionsgelüste hat oder überhaupt die mächtigere ist, ohne den geringsten Zwang, die Frage zu lösen über die Formen des staatsrechtlichen Zustandes dieser Nation — so ist diese Aneignung — Annektion, d. h. ein Gewaltakt.

Die Fortsetzung dieses Krieges zwecks Verteilung unter den starken und mächtigen Nationen der von ihnen angeeigneten schwächeren Nationen — betrachtet die Regierung als das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gibt ihren feierlichen Entschluß kund, sofort die Friedensbedingungen zu unterschreiben, die diesem Kriege ein Ende machen werden, unter den oben genannten, ohne Ausnahme für alle Nationen gleichmäßig gerechten Bedingungen. Zu gleicher Zeit gibt die Regierung kund, daß sie die obengenannten Friedensbedingungen durchaus nicht als Ultimatum betrachtet, d. h. sie ist bereit, auch alle anderen Friedensbedingungen zu prüfen; sie besteht nur darauf, daß dieselben in möglichst kurzer Zeit vorgeschlagen werden, von welchem der kriegführenden Länder es auch geschehen möchte, und daß dieselben mit der größten Klarheit formuliert werden, die unbedingt jedwelche Zweideutigkeit und jedwelche Heimlichkeit in den Friedensvorschlägen ausschließt.

Die Regierung schafft die geheime Diplomatie ab und drückt ihrerseits ihren festen Entschluß aus, alle Verhandlungen vollkommen öffentlich zu führen vor dem ganzen Volk, indem sie sofort zur vollen Veröffentlichung der Geheimverträge schreitet, die von der Regierung der Agrarier und Kapitalisten im Laufe vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder neu abgeschlossen sind. Den Inhalt dieser Geheimverträge, inwieweit derselbe den Zweck verfolgt, wie es in den meisten Fällen geschehen, russischen Agrariern und Kapitalisten Profite und Privilegien zu sichern oder den Großrussen Annektionen zu verschaffen oder dieselben zu vermehren — erklärt die Regierung unbedingt und unverzüglich als annulliert.

Indem sich die Regierung mit dem Vorschlag an die Regierungen und Völker aller Länder wendet, öffentliche Friedensverhandlungen einzuleiten, äußert sie ihrerseits die Bereitschaft, diese Verhandlungen schriftlich, telegraphisch oder vermittels mündlicher Unterredungen zwischen Vertretern verschiedener Länder oder auf einer Konferenz solcher Vertreter zu führen. Zwecks Erleichterung

dieser Verhandlungen delegiert die Regierung ihren vollberechtigten Vertreter in ein neutrales Land.

Die Regierung schlägt allen Regierungen und Völkern aller kriegführenden Länder vor, einen sofortigen Waffenstillstand abzuschließen, wobei sie ihrerseits den Wunsch ausdrückt, daß dieser Waffenstillstand nicht weniger denn auf 3 Monate geschlossen werde, d. h. eine Frist, im Laufe welcher es vollkommen möglich wäre, die Friedensverhandlungen zu Ende zu führen, unter Beteiligung der Vertreter aller Völkerschaften oder Nationen ohne Ausnahme, die in den Krieg hineingezogen worden sind oder gezwungen wurden, an ihm teilzunehmen, wie auch die vollberechtigten Volksvertreter-Versammlungen aller Länder einzuberufen zur endgültigen Bekräftigung der Friedensbedingungen.

Indem sich die provisorische Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands mit diesem Friedensvorschlag an die Regierungen und Völker aller kriegführenden Länder wendet, wendet sie sich im besonderen an die klassenbewußten Arbeiter der 3 aufgeklärten Nationen der Menschheit und der 3 mächtigsten von den in diesem Kriege teilnehmenden Staaten — Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser Länder haben die größten Dienste der Sache des Progresses und des Sozialismus geleistet: die großen Vorbilder der Chartistenbewegung in England⁵⁾, eine Reihe von Revolutionen weltgeschichtlicher Bedeutung, die das Proletariat Frankreichs ausgeführt hat⁶⁾, zuletzt der heldenmütige Kampf gegen das Ausnahmegesetz in Deutschland⁷⁾ und die für das Proletariat der ganzen Welt vorbildliche, langwierige, hartnäckige, disziplinierte Organisationsarbeit in der Schaffung proletarischer Massenorganisationen Deutschlands. Alle diese Vorbilder proletarischen Heldentums und historischer Schaffenskraft bürgen uns dafür, daß sich die Arbeiter der genannten Länder der ihnen jetzt obliegenden Pflicht bewußt sind, die Menschheit zu erlösen von den Schrecknissen des Krieges und seiner Folgen; daß diese Arbeiter durch ihre allseitige, hingebungsvolle, energische und entschiedene Tätigkeit uns helfen werden, die Sache des Friedens mit Erfolg zu Ende zu führen und zugleich damit die Befreiung der Arbeiterklasse und der ausgebeuteten Massen der Bevölkerung von jeglicher Sklaverei und jeglicher Ausbeutung.

⁵⁾ Erste sozialistische Arbeiterbewegung in England, organisiert in der London Working Men's Organisation und in der National Charter Association, welche die politische Gleichberechtigung und den sozialen Schutz der Arbeiter forderte. Ein Aufstandsversuch der Chartisten im Jahre 1839 wurde unterdrückt.

⁶⁾ Neben der Revolution von 1789 ist hier wohl namentlich an die Februarrevolution (24. 2. 1848) und die Pariser Kommune von 1871 gedacht.

⁷⁾ D. h. das Sozialistengesetz vom 21. 10. 1878, das am 1. 10. 1890 erlosch. Das Sozialistengesetz richtete sich gegen Vereine, in denen Bestrebungen von sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Seite zur Beseitigung der damaligen Staats- oder Gesellschaftsform lebendig waren.

2.

10. 11. 1917: Österr.-ungar. Minister des Äußern Graf Czernin an Reichskanzler Graf v. Hertling

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. I. Masch.-Schr. m. eigenh. Unterschrift.

Euere Exzellenz!¹⁾

Der Umschwung in Petersburg, welcher wenigstens vorläufig die Macht in die Hände *Lenins* und seiner Anhänger gespielt hat²⁾, ist schneller gekommen, als wir glauben konnten. Ob die Maximalisten³⁾ in der Lage sein werden, sich durchzusetzen und eine Zeitlang die Regierungsgewalt wenigstens in jenem Umfange zu üben, wie dies unter *Kerenskij*⁴⁾ der Fall war, werden erst die nächsten Tage zeigen. Immerhin scheinen mir zahlreiche Anzeichen darauf hinzuweisen, daß diese Frage in bejahendem Sinne entschieden werden wird. Gelingt es nun *Lenin* und den Bolschewikis, die Macht festzuhalten, dann werden sie gezwungen sein, das von ihnen aufgestellte Regierungsprogramm mit aller Energie durchzusetzen. An erster Stelle steht hier das von ihnen gegebene Versprechen, den „demokratischen Frieden“ herbeizuführen. Damit scheinen wir an einem entscheidenden Wendepunkte in der Friedensfrage angelangt zu sein.⁵⁾

Es liegt mir selbstverständlich vollkommen ferne als der bedeutend Jüngere von uns beiden⁶⁾, an Euere Exzellenz, die Sie über eine viel reichere Erfahrung verfügen, in dieser Situation initiativ mit Vorschlägen heranzutreten. Da ich aber nach unserer wiederholten Aussprache über den Komplex der Friedensfragen annehmen darf, daß auch Euere Exzellenz erwägen werden, wie die geänderte Lage in Rußland für unsere Zwecke am besten ausgenützt werden könnte, halte ich es für meine Pflicht, Euerer Exzellenz im Folgenden die Auffassung zu entwickeln, die ich mir über die jetzige Lage gebildet habe, und die Schlüsse darzulegen, die sich mir hieraus zu ergeben scheinen.

Ob *Lenin* und seine Leute die Kraft besitzen werden, sich durch längere Zeit an der Macht zu erhalten, ist eine Frage, die wohl niemand beantworten kann. Eben deshalb scheint es aber notwendig, den Moment auszunützen und ihnen alle Hilfen zu bieten, welcher sie bedürfen würden, um in der Friedens-

¹⁾ Reichskanzler *Georg Graf v. Hertling*.

²⁾ Bolschewistische Oktoberrevolution (7./8. 11. 1917 neuen Stils).

³⁾ Im Sprachgebrauch der Zeit anderer Name für Bolschewiki, abgeleitet aus ihrem Maximalprogramm (sozialistische Revolution durch die Beseitigung des Kapitalismus, Diktatur des Proletariats); zur Begriffsbestimmung vgl. u. a. *Bol'saja Sovetskaja Enciklopedija*, S. 122.

⁴⁾ *Alexander Feodorovič Kerenskij* (geb. 1881), Ministerpräsident der Provisorischen Regierung Juli bis November 1917.

⁵⁾ Am 12. 11. 1917 hatte *Graf Czernin* an den Botschafter *Hohenlohe* in Berlin geschrieben: „Ich glaube, . . . daß die russische Regierung — falls sie am Ruder bleibt — tatsächlich in der aller-nächsten Zeit einen Vorschlag auf sofortigen Waffenstillstand und Frieden nach Muster des *Sovets* machen wird. In diesem Falle ist gar kein Zweifel, daß wir die Basis desselben ohne Annexion und Kontribution annehmen müssen, wenn wir nicht eine Katastrophe des Hinterlandes heraufbeschwören wollen . . .“ HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

⁶⁾ *Graf v. Hertling* war am 31. 7. 1843, *Graf Czernin* am 26. 9. 1872 geboren.

frage faits accomplis zu schaffen. Gelingt es den Leninisten, auch nur den von ihnen versprochenen Waffenstillstand herbeizuführen, dann scheint mir nach der russischen Seite hin fast alles gewonnen zu sein. Wird doch die russische Armee in ihrer heutigen Verfassung, wenn sie einen Waffenstillstand erlangt hat, ins Hinterland strömen, um dort bei der Verteilung der Güter anwesend zu sein. Ein Waffenstillstand unter den gegebenen Verhältnissen wird dieser Armee den Garaus machen, und sie wird auf absehbare Zeit nicht wieder an der Front erscheinen.

Soweit ich die Ideen und Absichten *Lenins* kenne, sind sie darauf gerichtet, zunächst den Versuch zu wiederholen, einen allgemeinen Frieden zu erreichen, dann aber, wenn dies von den Westmächten nicht zu erlangen wäre, einen Separatfrieden mit uns zu schließen. Nach den vorliegenden Petersburger Meldungen hat sich nun *Lenin* bereits an die Westmächte der Entente gewendet, um ihre Zustimmung zum Abschlusse des allgemeinen Friedens zu erwirken, wobei er, wie mir berichtet wird, eine kurze Frist zur Beantwortung seines Ansinnens gesteckt hat. Werden nun die übrigen Ententemächte, wie wir mit ziemlicher Sicherheit annehmen können, ablehnend antworten, dann wird *Lenin* vor dem Entschluß stehen, die Idee des Separatfriedens mit den Mittelmächten zu verwirklichen. Dies wird er aber nur dann tun können und wollen, wenn wir die Formel des Friedens „ohne Annexionen und Kontributionen“ annehmen.

Diesen Entwicklungsgang würden wir nun zweifellos wesentlich fördern, wenn wir in einer den russischen Machthabern genügend verbindlich erscheinenden Form neuerlich kundgeben würden, daß wir an den von uns aufgestellten Friedensgrundsätzen, so wie sie in der Friedensresolution des Reichstages⁷⁾, in der Rede Herrn *v. Kühlmanns*⁸⁾, in meinen verschiedenen Enunziationen⁹⁾ und in unseren Antworten auf die Friedensnote des Papstes¹⁰⁾ niedergelegt sind, festhalten. Auf solchen Erklärungen der Mittelmächte fußend, könnte dann *Lenin* nach erfolgter Ablehnung des allgemeinen annexions- und kontributionslosen Friedens durch die Westmächte im Sinne seines Programms dem Separatfrieden mit uns ohne weiteres nähertreten und zum Waffenstillstand schreiten. Da das maximalistische Programm dahin geht, den nichtnationalen Völkern Rußlands das Selbstbestimmungsrecht zu konzederieren, könnte die Entscheidung der Frage, was mit Kongreß-Polen, Kurland, Livland und Finnland schließlich geschehen soll, ruhig offen und der Verhandlung des Friedens vorbehalten bleiben. Unsere Sache wäre es, dafür zu sorgen, daß aus der Mitte dieser Nationalitäten der Wunsch nach Loslösung von Rußland und nach politischer oder wirtschaftlicher Anlehnung an die Zentralmächte zum Ausdruck gelange. Nach dem Gesagten möchte ich also glauben, daß wir die Entwicklung

⁷⁾ Abdruck des Textes der Friedensresolution v. 19. 7. 1918 vgl. Schultheß, 33. Jg. 1917, I, S. 702 ff.

⁸⁾ Offenbar ist die Rede in der Reichstagssitzung vom 9./10. 10. 1917 gemeint, vgl. ebenda S. 878 ff. — Über Staatssekretär *v. Kühlmann* vgl. unten S. 6, Anm. 23.

⁹⁾ Von lat. enuntiatio = Mitteilung; vgl. u. a. die Reden *Czernins* vom 28. 7. 1917, *Graf Czernin* über die allgemeine politische Lage (Schultheß 33. Jg. 1917, II, S. 161 ff.), und 2.10. 1917, *Graf Czernin* und der Weltfriede (ebenda S. 182 ff.).

¹⁰⁾ Text der Papstnote und Antwort der Mittelmächte ebenda S. 538 ff.; zur Friedensaktion des Papstes vgl. neuerdings Steglich, Friedenspolitik, I, S. 117 ff.

der Dinge in Rußland in einem für uns günstigen Sinne beeinflussen könnten, wenn wir raschestens Erklärungen in dem gedachten Sinne abgeben würden, die für die Maximalisten ausreichend wären, um mit uns ohne Scheu direkt in Verhandlungen zu treten. Soweit ich in Betracht komme, würde ich daran denken, mich über diese Frage interviewen zu lassen, wofür die vorliegenden Petersburger Meldungen einen genügenden Anlaß zu einer erschöpfenden Antwort bieten würden.

Angesichts unserer großen militärischen Erfolge auf dem italienischen Kriegsschauplatze¹¹⁾ ist nicht zu besorgen, daß eine von uns in diesem Sinne abgegebene Äußerung neuerlich dahin gedeutet werden dürfte, daß sie ein Zeichen unserer Schwäche bilde. Auch sonst kann ich mir schädliche Folgen dieses Schrittes für uns nicht denken. Ein weiterer Vorteil, den wir durch diesen Schritt erzielen würden, läge aber darin, daß wir unseren sozialistischen Parteien, mit denen *Lenin* bereits Anknüpfung sucht, allen Wind aus den Segeln nehmen würden. Die *Leninsche* Absicht, mit den sozialistischen Parteien der Zentralmächte über den Frieden zu verhandeln, läuft letzten Endes darauf hinaus, zur Verteidigung Rußlands an Stelle des fast unbrauchbar gewordenen militärischen Apparates gegebenenfalls die soziale Revolution in den Mittelstaaten zu entfachen. Stellen wir uns aber als Regierung von vornherein auf den prinzipiellen Standpunkt des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, dann fehlt dieser neuen Sozialistenkonferenz von vornherein der Boden für ihr Zusammentreffen. Dieses aber unnötig zu machen, scheint mir eine wichtige uns obliegende Aufgabe zu sein.

Ich wäre Euerer Exzellenz zu großem Danke verpflichtet, wenn Sie die Güte hätten, den hier entwickelten Gedankengang zu überprüfen und mir raschestens Ihre Auffassung hierüber mitteilen wollten. Meines Erachtens dürfen wir den jetzigen Moment nicht unbenutzt vorübergehen lassen und keine Möglichkeit versäumen, welche die Beendigung des Krieges im Osten bringen könnte. Zum zweiten Male bietet sich uns die Gelegenheit, dies durch rasches Zugreifen zu erreichen. Ob sie unter so günstigen Umständen wie jetzt noch einmal wiederkehren wird, muß ich bezweifeln. Die Chancen, die sich uns und speziell Deutschland eröffnen, wenn wir jetzt mit den Russen zu Ende kommen, brauche ich weder nach ihrer militärischen noch nach ihrer politischen Seite zu erörtern. Dagegen möchte ich speziell auf das wirtschaftliche Moment hinweisen, da Rußland nach einem Bruch mit den Westmächten gezwungen sein wird, sich ökonomisch auf die Zentralmächte zu stützen, denen damit die Gelegenheit geboten wäre, in das wirtschaftliche Leben Rußlands einzudringen und dasselbe zu reorganisieren. Was dies für die Zukunft bedeuten würde, bedarf keiner weiteren Bemerkung.

¹¹⁾ Österreichische und deutsche Truppen waren am 24. 10. 1917 an der Isonzofront bei Flitsch-Tolmein durchgebrochen und hatten die italienischen Streitkräfte bis auf die Piave zurückgeworfen; Einzelheiten vgl. *Der Weltkrieg 1914—1918*, Bd. 13, S. 230 ff., und *Frankfurter Zeitung*, 14. Bd., S. 7885 ff., Die Zertrümmerung der Isonzo-Front. Bericht vom 28. 10. 1917 von Kriegsberichterstatler *Wirth*; S. 7896 f., Der Vormarsch in Italien; S. 7964 ff., Der Vormarsch zur Piave.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und aufrichtigsten Ergebenheit

Czernin¹²⁾.

P.S.

Nach Abschluß dieses Briefes langt das Petersburger Telegramm ein, welches die vom Sovietkongreß beschlossenen Grundzüge eines Friedensvorschlages enthält¹³⁾ und die Richtigkeit meines oben ausgesprochenen Gedankens bestätigt, daß nämlich die *Leningruppe* entschlossen ist, ihr Friedensprogramm mit aller Beschleunigung der Verwirklichung zuzuführen und zunächst noch einen allgemeinen Frieden proponiert. Daß sich aus ihren Vorschlägen ein allgemeiner Friede jedoch nicht entwickeln kann, muß den Maximalisten klar sein, da sich ihre Ideen dem Wesen nach mehr gegen die Westmächte als gegen uns richten. Ich glaube also, daß die Prämissen meiner Anregung durch den Friedensvorschlag des Sovietkongresses eine Verstärkung erfahren haben.

¹²⁾ *Otokar Graf Czernin von und zu Chudenitz* (1872—1932), österreichisch-ungarischer Minister des Äußern Dezember 1916 bis April 1918. — Zu seiner Würdigung vgl. neuerdings J. Chr. v. Allmayer-Beck in NDB III, S. 458 ff.

¹³⁾ Vgl. unten Nr. 7. — Hierzu auch die Äußerungen *Graf Czernins* (Brief an Hohenlohe vom 12. 11. 1917 a.a.O.): „Ich teile den Standpunkt *Dr. Kühlmanns* insoferne nicht, als ich die russischen Friedensvorschläge nicht vage und unbestimmt finden kann. Auch ‚unverbürgt‘ kann ich sie nicht finden, da sie durch die offizielle Telegrafien-Agentur übermittelt wurden. Ich finde die Vorschläge teilweise utopisch, bin aber überzeugt, daß sie sehr wohl ausgenützt werden müssen, um Rußland der Entente noch mehr zu entfremden. Nach den uns vorliegenden Nachrichten enthält das Friedensangebot des Sovet zweifellos den Standpunkt der neuen Regierung, und es ist höchst wünschenswert, daß sich Wien und Berlin über die Prinzipien der Beantwortung einigen, bevor ein eventuelles Angebot der russischen Regierung erfolgt . . .“ HHStA., P.A., Brester Kanzlei.

3.

11. 11. 1917: Entwurf General Ludendorffs für einen Waffenstillstandsvertrag

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 1. Telegramm Legationssekretärs Frhr. v. Lersner an den Reichskanzler: „Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier Seiner Majestät. Nr. 916. I Anlage.“ Überschrift der Anlage: „Abschrift! Zu B. 39049 I (V). Zu I a 5305 geh. op.“

General *Ludendorff*¹⁾ übergab mir einen Entwurf für einen Waffenstillstandsvertrag mit Rußland²⁾ und Rumänien, den ich Euerer Exzellenz gehorsamst überreiche.

Freiherr v. Lersner³⁾

¹⁾ *Erich Ludendorff* (1865—1937), Erster Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabes des Feldheeres 29. 8. 1916—26. 10. 1918; über die Dienststelle „Chef des Generalstabes des Feldheeres“ vgl. Cron, S. 12 ff.

²⁾ Vgl. hierzu Urkunden der O.H.L., S. 448 ff.; *Ludendorff* schreibt dazu (S. 448): „Die Grundlinien wurden im Mai 1917 von mir entworfen und vom Reichskanzler und den verbündeten Heeresleitungen angenommen.“

³⁾ *Dr. jur. Kurt Frhr. v. Lersner* (1883—1954), Legationssekretär ab 25. 6. 1911, Rittmeister d. Reserve, ab Oktober 1916 dem Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Obersten Heeresleitung, *Frhr. v. Grünau*, zugeteilt, ab 5. 3. 1917 Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes zum Generalquartiermeister, General der Infanterie *Ludendorff*.

[Anlage:]

Entwurf eines Waffenstillstands-Vertrages
mit Rußland und Rumänien⁴⁾

Zwischen den Armeen Rußlands und Rumäniens einerseits und den Armeen Bulgariens, Deutschlands, Österreich-Ungarns und der Türkei andererseits wird zur Herbeiführung eines dauerhaften, für beide Teile ehrenvollen Friedens folgender Waffenstillstand abgeschlossen.

1. Der Waffenstillstand beginnt am 12^o
mittags und dauert bis zum..... 12^o
mittags.

Beide Parteien sind berechtigt, den Waffenstillstand mit 7tägiger Frist zu kündigen; erfolgt dies nicht, so dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien ihn mit 7tägiger Frist kündigt.

2. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Staaten auf der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee; auf asiatischem-russisch-türkischem Kriegsschauplatz tritt der Waffenstillstand gleichzeitig ein.

Die türkische und russische Regierung verpflichten sich, den persischen Boden zu verlassen und ihre dort befindlichen Truppen bis zu ihrer Grenze zurückzuziehen.

3. Als Demarkationslinie an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vordersten Hindernisse der eigenen Stellungen; diese Linien dürfen von niemanden, außer von Parlamentären und den besonders ernannten Kommissionen (Ziffer 6) überschritten werden. Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseitig als unüberschreitbare Linie die Gerade zwischen den vordersten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen den beiden Linien gilt als neutral und unübertretbar. Auf denjenigen Fronten, wo die Stellungen weit auseinander liegen, ist alsbald durch die Demarkations-Kommission (Ziffer 6) eine für beide Teile nicht zu überschreitende Demarkationslinie festzulegen und kenntlich zu machen.

Auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wird die Demarkationslinie nach Vereinbarungen der beiden Höchstkommmandierenden bestimmt.

4. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf den Seekrieg nur soweit dies im folgenden festgelegt wird.
- a) Angriffe von See aus und aus der Luft auf die feindlichen und vom Feinde besetzten Küsten und Häfen werden beiderseits unterbleiben.
 - b) Der Seekrieg im Schwarzen Meer wird eingestellt. Die russischen und rumänischen Seestreitkräfte werden die Linie Sultina-Trapezunt nicht nach Süden, die Seestreitkräfte der Mittelmächte die Linie St. Georgsmündung-Tereboli nicht nach Norden überschreiten.

⁴⁾ Zu den Waffenstillstandsverhandlungen vom Blickpunkt der Obersten Heeresleitung aus vgl. Der Weltkrieg 1914—1918, 13. Bd., S. 342 ff.

c) In der Ostsee werden die Kriegsschiffe der Mittelmächte das Gebiet östlich der Linien Cap Spithamn–Odensholm–Russaroe und außerhalb dieses Gebietes die finnische Drei-Seemeilenzone nicht befahren; russische und Entente-Kriegsschiffe werden das vorbezeichnete Gebiet nicht verlassen. Die in russischen Häfen und Hoheitsgewässern der Ostsee sich aufhaltenden oder sie anlaufenden englischen Kriegsschiffe sind zu entwaffnen, die Besatzungen zu internieren.

d) Für die Aufnahme des Handelsschiffsverkehrs auf bestimmten Wegen können besondere Abmachungen getroffen werden.

5. Die Mittelmächte, Bulgarien und die Türkei verpflichten sich, ihre Truppen gegenüber Rußland und Rumänien während des Waffenstillstandes nicht zu verstärken und keine größeren Truppenverschiebungen zwecks künftiger Angriffe auf die russisch-rumänische Front zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer auf dem asiatischen-russisch-türkischen Kriegsschauplatz vorzunehmen.

Ebenso verpflichten sich Rußland und Rumänien, während des Waffenstillstandes keine größeren Kräfteverschiebungen vorzunehmen.

Im Ablösen der Truppen und deren Unterbringung behalten sich die Vertragsschließenden volle Freiheit vor.

Um Unruhe und Zwischenfälle an der Front zu vermeiden, dürfen Übungen mit Infanteriewirkung nicht näher als 5 km, mit Artilleriewirkung nicht näher als 15 km hinter den Fronten vorgenommen werden.

Arbeiten an den Stellungen hinter den vordersten Drahthindernissen sind erlaubt, jedoch nicht solche, die der Vorbereitung von Angriffen dienen können.

Der Minenkrieg muß vollständig eingestellt werden. Luftstreitkräfte müssen sich außerhalb einer 10 km breiten Luftzone beiderseits der vordersten Hindernisse halten.

Die wirtschaftliche Ausnutzung des besetzten Gebietes verbleibt während des Waffenstillstandes der Macht, die das Land besetzt hält.

6. Mit Beginn des Waffenstillstandes tritt in

1. Brest-Litowsk für den Oberbefehlshaber Ost,
2. Czernowitz für die Heeresfront *Erzherzog Joseph*⁵⁾,
3. Focsani für die Heeresgruppe *Mackensen*⁶⁾,

eine Kommission (Vertreter jedes Staates) zusammen, der alle den Waffenstillstand und die Ausführung der Waffenstillstandsbestimmungen betreffende Fragen militärischer und politischer Art zuzuführen sind.

7. Jede Regierung der beiden Parteien erhält eine Ausfertigung dieser Vereinbarung, die von den bevollmächtigten Vertretern unterzeichnet ist.

⁵⁾ *Joseph*, Erzherzog von Österreich, österreichisch-ungarischer Feldmarschall.

⁶⁾ *August v. Mackensen* (1849–1945), preußischer Generalfeldmarschall, vgl. auch unten S. 108, Anm. 3.

4.

14. 11. 1917: Reichskanzler Graf v. Hertling (München) an den österr.-ungar. Minister des Äußern Graf Czernin

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 1. Hs. Konzept, eigenh. Absendevermerk: 14. 11. 1917.

Euer Exzellenz

schätzbares Schreiben vom 10. November¹⁾ habe ich zu empfangen die Ehre gehabt. Auch ich bin der Meinung, daß sobald von russischer Seite ein Friedens- und Waffenstillstandsgesuch hervortritt, dasselbe von den Mittelmächten begrüßt und damit der Weg zu weiteren Verhandlungen eröffnet werden soll.²⁾ Damals konnte es auch scheinen, als ob der Augenblick dafür gekommen sei, die seitdem eingetroffenen Nachrichten aber lassen erkennen, wie unsicher noch immer die Verhältnisse dort sind. Es dürfte sich daher empfehlen, den weiteren Gang der Ereignisse in Petrograd abzuwarten. Wenn es verhängnisvoll wäre, den richtigen Augenblick ungenützt vorüber gehen zu lassen, so würde andererseits ein vorzeitiges Bekanntwerden unserer Geneigtheit, auf ein russisches Angebot einzugehen, nur schädliche Folgen nach sich ziehen können.

Genehmigen Ew. Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung und aufrichtigen Ergebenheit

Hertling.

¹⁾ Vgl. Nr. 2.

²⁾ Vgl. hierzu das Schreiben des Grafen Thurn, München, 12. 11. 1917, an Graf Czernin: „Reichskanzler sagte mir, er teile ganz Auffassung Euer Exzellenz, daß ein von russischer Seite kommdendes Friedensangebot unsererseits angenommen werden müsse, ohne erst die Berechtigung der Betreffenden, wirklich im Namen Rußlands zu sprechen, näher zu prüfen, und wies auf die bezügliche analoge Äußerung Kaiser *Wilhelms* hin . . . Was den von Euer Exzellenz vorgeschlagenen Gedanken in der Rußland zu gebenden Antwort anbelangt, schien *Hertling* damit ganz einverstanden zu sein. Das einzige Bedenken, welches er ausdrückte, bildete Frage, ob man damit hervortreten soll, ehe die Entente die erwartete Ablehnung ausgesprochen habe, oder ob es nicht vielleicht vorsichtiger wäre, sich vorerst nur auf eine allgemeinere Antwort, die bloß Hinweis auf unsere Entgegnung auf die päpstliche Note enthalten würde, zu beschränken. Es bestehe nämlich vielleicht ein gewisses Risiko, daß die Entente entgegen unserer Voraussetzung etwa doch die russischen Vorschläge annehmen könne. In diesem Fall wären wir auch den übrigen Ententeländern gegenüber auf das Schlagwort „ohne Annexionen etc.“ festgelegt, was wohl gegenüber den Russen möglich sei, ganz allgemein genommen aber doch nicht unseren Absichten entspreche.“ HHStA. P.A., Brester Kanzlei.

5.

17. 11. 1917: Österr.-ungar. Minister des Äußern Graf Czernin (Wien) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 1. Masch.-Schr. m. eigenh. Unterschrift.

Euer Exzellenz

liebenswürdigen Schreiben vom 14. November¹⁾ habe ich erhalten und beeeile mich, hochderselben meinen Dank dafür auszusprechen, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung meinen Standpunkt in dieser wichtigen Frage akzeptiert.

¹⁾ Vgl. oben Nr. 4.

Meine Intentionen gehen nicht dahin, im jetzigen Augenblick eine Enunziation²⁾ nach Rußland gelangen zu lassen, sondern vielmehr einen eventuellen Friedensvorschlag der russischen Regierung abzuwarten und sodann, aber dann sofort, in dem von mir angedeuteten Sinne zu antworten.

Die kriegerische Richtung in Frankreich, das Kabinett *Clemenceau*³⁾ und die Haltung Englands lassen gar keinen Zweifel darüber übrig, daß ein rasches Zugreifen von uns die Entente definitiv von Rußland trennen wird; damit dürften wir den Separatfrieden mit Rußland erreichen und unsere definitiven Siegeschancen in hohem Maße verbessern.⁴⁾ Auch die mir durch den Botschafter *Prinzen Hohenlohe*⁵⁾ übermittelten Äußerungen des Herrn Staatssekretärs *Dr. v. Kühlmann*⁶⁾ decken sich mit meinen Vorschlägen, und ich nehme daher zur Kenntnis, daß für den Fall eines solchen russischen Friedensvorschlages auf Basis der von mir entwickelten Propositionen geantwortet werden wird.

Indem ich nochmals Euerer Exzellenz meinen herzlichsten Dank wiederhole und meiner großen Freude Ausdruck gebe, daß die höchste Leitung des Deutschen Reiches in ihren Händen liegt, worin ich die sicherste Gewähr der dauernden Harmonie erblicke, bin ich Euerer Exzellenz

sehr ergebener
Czernin.

²⁾ Vgl. oben S. 17, Anm. 9.

³⁾ *Georges Clemenceau* (1841—1929), 1917 französischer Ministerpräsident.

⁴⁾ Zu *Czernins* Anschauungen vgl. auch seinen Brief vom 17. 11. 1917 an einen seiner Freunde (*Czernin*, S. 301): „. . . So rasch wie möglich in Rußland fertig werden, dann den Vernichtungswillen der Entente brechen und einen Frieden — wenn auch mit Verlusten — schließen: das ist mein Plan und die Hoffnung, von der ich lebe . . .“

⁵⁾ *Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst*, österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin ab 1914.

⁶⁾ *Richard v. Kühlmann* (1873—1948), Staatssekretär des Auswärtigen Amtes 7. 8. 1917—9. 7. 1918, Wirkl. Geheimer Rat; über seine Verhandlungen in Brest-Litowsk vgl. *Kühlmann*, Erinnerungen, S. 518 ff; zur Würdigung seiner Persönlichkeit s. u. a. Th. Rodes, *The real von Kühlmann* (1925), und *Nadolny*, Mein Beitrag, S. 56. — Graf *Keßler*, Tagebücher, Eintragung v. 4. 1. 1929, S. 582, urteilt: „*Kühlmann* erzählte von Brest-Litowsk mit betontem Stolz, er habe mit *Trockij* absichtlich nur dialektisch gerungen; er habe Wert darauf gelegt, ihn dialektisch zu überwinden. Ich finde, daß in einem weltgeschichtlichen Moment, wo Deutschlands Schicksal in der Waagschale lag, diese Freude an der Nebensache, am dialektischen Spiel, an einem Triumph persönlicher Eitelkeit sonderbar ist, namentlich aber, daß er sich nach elf Jahren und nach all den aus Brest-Litowsk resultierenden Katastrophen noch damit brüestet.“

6.

19. 11. 1917: Bericht des Vorwärts über eine Rede Scheidemanns

Der Weltkrieg 2 geh., Bd. 52. — Zeitungsausschnitt mit „Eig. Drahtbericht“ des Vorwärts aus Dresden, 18. November. Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Die Anschlagssäulen sind voll von Riesenplakaten, in denen für Dienstag eine Versammlung der Vaterlandspartei mit *Tirpitz* als Redner angekündigt wird. Die bombastische Reklame der Gegner hat aber einstweilen nur auf die Gegen-

veranstaltung der Sozialdemokratie stimulierend gewirkt, die heute einen wahrhaft glänzenden Verlauf nahm. Die 6000—7000 Besucher, die den Zirkus Sarrasani füllten, empfingen unseren Redner, den Genossen *Scheidemann*, gleich bei seinem Eintritt mit demonstrativem Beifall. Seine Rede fand brausende Zustimmung, die stürmischste dort, wo sich *Scheidemann* mit den alldeutschen Kriegsverlängerern auseinandersetzte. Nicht minder allgemeinen Beifall fanden die Ausführungen des Redners, die sich mit den Vorgängen in Rußland beschäftigten. *Scheidemann* sagte:

Alle Stimmungs- und Regierungswechsel, die sich in England und Frankreich vollziehen oder vorbereiten, sind von geringer Bedeutung gegenüber dem, was jetzt in Rußland geschieht. Dort entscheidet sich die Zukunft Europas, Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte über den Krieg hinaus. Wird Rußland in dem ungeheuren Umwälzungsprozeß, in dem es sich befindet, auf den Weg des Militärstaates gedrängt, dann können wir mit allen Plänen von allgemeiner Abrüstung und dauerndem Frieden einpacken. Umgekehrt wird Rußland eine friedliebende Demokratie und betritt Deutschland dieselbe Bahn, dann gibt es keine Macht mehr, die den Frieden des europäischen Kontinents, ja den Frieden der ganzen Welt stören könnte.¹⁾ Ein Zusammenprall ungeheurer militärischer Kräfte, wie wir ihn jetzt erleben, ist dann undenkbar, und ein friedliches Aufblühen der Völker Europas ist gesichert. Darum widerstreben wir allen Annexionsplänen auf das allerentschiedenste, den östlich gerichteten nicht weniger entschieden als den westlich gerichteten. Wir freuen uns darüber, daß die Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Übereinstimmung alle polnischen Königs-, alle kurländischen Herzogs- und litauischen Fürstenpläne so gründlich abgelehnt²⁾ haben, daß an ihr Wiederaufleben nicht zu denken ist. Wir wollen uns mit dem russischen Volk darüber verständigen, in welcher Form den Völkern der besetzten Gebiete die Freiheit gegeben werden soll, die ihnen niemand vorenthalten will. Wir fordern einen Ausgleich an Interessen, bei dem auch die Lebensinteressen Rußlands nicht nach dem Recht des augenblicklichen Siegers mißachtet werden dürfen.³⁾ Denn sie mißachten, hieße dauernde Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland säen und den Krieg in Europa verewigen.

Die Vorgänge in Rußland bieten uns die Hoffnung, daß nun auch dort der Friedenswille des Volkes die Herrschaft antritt und sie dauernd behaupten wird. Von den Bolschewiki trennt uns manches, und nie werden wir glauben, daß die Methoden, die sie für richtig halten, und die für Rußland vielleicht die richtigen sind, in allen Ländern der Welt schematisch zur Anwendung gelangen sollen. Was uns aber mit ihnen verbindet, das ist die Gemeinsamkeit des sozialistischen Endzieles, und das ist im besonderen der leidenschaftliche Wunsch, mit allen

¹⁾ Von „Deutschland“ bis „könnte“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkungen von derselben Hand: „Blech! gibt es nicht! s. Frankreich und England.“

²⁾ Von „alle“ bis „abgelehnt“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Esel!“

³⁾ Von „Wir“ bis „dürfen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen. Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande mit Bemerkung von derselben Hand: „unglaublich!“

zweckdienlichen Mitteln auf die Beendigung des unsinnigen Völkermordens hinzuwirken. In den russischen Richtungstreit mischen wir uns nicht ein, aber die Sache des Friedens ist die Sache aller internationalen Sozialisten, aller zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter in der ganzen Welt, und zu dieser Sache stehen wir mit jedem, der das gleiche Ziel verfolgt, bis zum Äußersten.

Eine Resolution wurde eingebracht, die sich im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli⁴⁾ für einen Frieden der Verständigung ohne wirtschaftliche, finanzielle und politische Vergewaltigungen ausspricht und zum Schluß erklärt:

Die Versammlung begrüßt die Errungenschaften der Arbeiter in der russischen Revolution und wünscht ihnen weiteren Erfolg bei ihrer schwierigen Aufgabe. Sie versichert die russischen Klassengenossen ihrer Solidarität und stimmt der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand zur Vorbereitung eines demokratischen Friedens zu, der sowohl für Deutschland wie für alle anderen Länder die freie wirtschaftliche Entwicklung sichert.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

⁴⁾ Von „sich“ bis „Juli“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „den hat das Volk längst fallen gelassen.“

7.

21. 11. 1917: Funkspruch des Rates der Volkskommissare an General Duchonin

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. I. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an Staatssekretär v. Kühlmann. Telegramm. Nr. 1691. Zusatz: „Dringend!“

General *Ludendorff* übergibt mir folgenden aufgefangenen Funkspruch¹⁾: aufgenommen am 21. 11. 2.42 vorm. (russ. Klartext)

„Bürger Höchstkommmandierender²⁾! Der Rat der Volkskommissare hat im Auftrage des allrussischen Kongresses der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten die Gewalt gleichzeitig mit der Verpflichtung übernommen, allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten und die sofortige Eröffnung von Unterhandlungen zwecks Schließung eines Friedens auf demokratischen Grundlagen anzubieten. Jetzt, nachdem sich die Ratsgewalt in allen Hauptpunkten befestigt hat, hält es der Rat der Volkskommissare für erforderlich, ohne Aufschub sowohl allen verbündeten wie auch

¹⁾ Abdruck dieses Funkspruches bei Wippermann, S. 1097 ff., und in *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8031 f.

²⁾ General *Nikolai Nikolaevič Duchonin* (1876—1917), Chef des russischen Generalstabes September bis Dezember 1917; weigerte sich, die Befehle des Rates der Volkskommissare auszuführen. Im Dezember 1917 durch Soldaten ermordet; vgl. auch unten, S. 71, Anm. 4, 5.

den mit uns Krieg führenden Ländern einen förmlichen Vorschlag zum Waffenstillstand zu machen.

Eine entsprechende Benachrichtigung hat der Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten an alle bevollmächtigten Vertreter der verbündeten Länder in Petersburg gesandt. Ihnen, Bürger Höchstkommmandierender, trägt der Rat der Volkskommissare auf, den Beschluß des allrussischen Kongresses der Räte der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten zur Ausführung zu bringen und sich sofort nach Erhalt dieser Benachrichtigung an die Militärbehörden der feindlichen Armeen mit dem Vorschlage der sofortigen Einstellung der kriegerischen Handlungen zwecks Eröffnung der Friedensverhandlungen zu wenden. Wir übertragen Ihnen die Führung dieser vorbereitenden Unterhandlungen und der Rat der Volkskommissare befiehlt Ihnen:

1. ununterbrochen auf direkter Drahtleitung mit dem Rate über den Gang Ihrer Unterhandlungen mit den Vertretern der feindlichen Armeen zu berichten;
2. das Waffenstillstandsprotokoll nur mit vorheriger Einwilligung des Rates der Volkskommissare zu unterschreiben.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare:

*Vladimir Uljanov Lenin*³⁾.

Der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten:

*L. Trockij*⁴⁾.

Der Kommissar für die Militär-Angelegenheiten:

*N. Krylenko*⁵⁾.

Der Verwalter Ratsdelegierter: *Bonč-Bruevič*⁶⁾.

Gezeichnet der Sekretär: *N. Gorbunov*.⁶⁾

General *Ludendorff* bittet Euere Exzellenz dringend, nichts in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, Seiner Majestät noch keine Meldung zu machen und mit Wien Verbindung aufzunehmen.⁷⁾

³⁾ *Wladimir Iljič Uljanov*, gen. Lenin (1870—1924).

⁴⁾ *Lev Davidovič Trockij* (*Leib Bronstein*, 1879—1940), sovjetischer Außenkommissar.

⁵⁾ Über ihn vgl. unten S. 28, Anm. 2.

⁶⁾ *Michail Dimitrievič Bonč-Bruevič* (1873—1956), ehem. zaristischer, zu den Bolschewiki übergetretener General (Generalquartiermeister der Nordwestarmee 1917), dessen Memoiren vorliegen; vgl. *Bonč-Bruevič*, Petrograd.

⁷⁾ Vgl. hierzu Telephondepesche des österreichischen Botschafters, Berlin, 21. 11. 1917: „... Herr v. *Kühlmann* Mitteilung im Auftrage *Ludendorffs* macht, der ihn ersuchte, dieselbe so rasch als möglich nach Wien gelangen zu lassen. Heute nachts sei ein russischer Funkspruch aufgefangen worden, in dem die jetzige russische Regierung ‚Bürger-Oberkommandanten‘ anweist, mit den Oberbefehlshabern der gegnerischen Armeen sofort Waffenstillstandsverhandlungen anzuknüpfen, nachdem beschlossen ist, allen gegnerischen und verbündeten Mächten nahezu legen, einen Waffenstillstand abzuschließen . . . General *Ludendorff* arbeitet auf Grund schon früher mit unserem Armeeoberkommando gepflogener Besprechung Wortlaut eines Waffenstillstandsvertrages aus, den er ehetunlichst unserem Oberkommando zur Begutachtung vorlegen wird. Herr v. *Kühlmann* meint, daß an die Waffenstillstandsverhandlungen der General, denen ja ohnehin Diplomaten beigegeben werden dürften, sich vielleicht gleich unverbindliche Friedensverhandlungen anschließen könnten, wodurch man die ganze Gefahr eines parlamen-

Ferner bittet General *Ludendorff*, einen Vertreter des Auswärtigen Amtes umgehend nach Brest Litowsk zu entsenden.

Lersner.

tarischen, vor allem sozialistischen Friedens vermeiden könnte. Er hofft dies um so mehr, als es den jetzigen russischen Machthabern darum zu tun ist, so rasch als irgend möglich den Frieden herbeizuführen. Es wurde den Bolschewiki daher auch von hier dringendst nahegelegt, wenn sie rasch zum Ziele gelangen wollten, nicht erst zu warten, bis der komplizierte Parlamentsapparat funktionieren würde, sondern an die Waffenstillstandsverhandlungen sofort Friedensverhandlungen anzuschließen, die die Generale und Vertreter der Regierungen führen könnten. Der Staatssekretär bittet im eigenen Namen wie namens *Ludendorffs* um allerstrengste Geheimhaltung dieser Nachricht, die hier außer den genannten Personen nahezu niemandem bekannt ist.“ HHStA., P.A., Brester Kanzlei.

8.

23. 11. 1917: Richtlinien der österr.-ungar. Regierung für einen Waffenstillstand mit Rußland

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 1. Abschrift. Kopf: „K.u.K. Österreichisch-Ungarische Botschaft. Nr. 564 pol.“; Überschrift: „Notiz“.

Die k. u. k. Regierung ist der Ansicht, daß als Basis für einen Waffenstillstand und für womöglich sofort zu beginnende Friedensverhandlungen folgende Punkte dienen sollten:

- I. Status quo ante bellum gegenüber Rußland, d. h. keine Annexionen und keine Kompensationen;
- II. wir anerkennen das freie Selbstbestimmungsrecht der russischen Völker¹⁾, auch der von uns besetzten Gebiete, Kurland, Litauen und Polen;
- III. unsere internen Angelegenheiten ordnen wir selbst; eine fremde Einmischung hierin können wir nicht dulden;
- IV. der Waffenstillstand gegenüber Rußland soll sobald als irgend möglich beginnen;
- V. falls möglich, sollen an denselben sofort die Friedensverhandlungen anschließen. Zu diesem Zweck entsendet das Ministerium des Äußern Beamte zu den Verhandlungen;
- VI. sollte der russische Vorschlag so abgefaßt sein, daß er einen Waffenstillstand an allen Fronten fordert, so wäre auch dieser anzunehmen.

Dies wäre bloß eine Formalität, da es wohl ganz ausgeschlossen ist, daß Frankreich und England darauf eingehen.

¹⁾ Vgl. unten S. 53, Anm. 3.

9.

27. 11. 1917: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 2. Telegramm. Nr. 1750. Vermerk: „Dringend!“ Abgeg. Großes Hauptquartier 27. 11. 1917 3.20 nachm., angek. 5.24 nachm.

Seine Majestät¹⁾ sagte mir eben, Oberbefehlshaber *Krylenko*²⁾ habe Beglaubigungsschreiben für Abschluß von Verhandlungen mit uns an Oberbefehlshaber Ost übersandt. Der Kaiser bittet um Geheimhaltung.

Lersner.

¹⁾ *Wilhelm II.* (1859—1941), Deutscher Kaiser, König von Preußen 1888—1918.

²⁾ *Nikolai Vasilievič Krylenko* (1885—1938), nach der Absetzung des Generals *Duchonin* durch den Rat der Volkskommissare im November 1917 zum Oberkommandieren der Armee ernannt.

10.

28. 11. 1917: Lenin und Trockij „An die Völker der kriegführenden Länder“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1758. Abgeg. Großes Hauptquartier 28. 11. 1917, 1.00 nachm., angek. 28. 11. 1917, 6.46 nachm. Überschrift: „Aufgefangener heutiger russischer Klartext: ‚Von Tsr (Zarskoe¹⁾ Selo) an Alle.‘“²⁾

An die Völker der kriegführenden Länder. Auf die Antwort auf unseren Vorschlag eines sofortigen Waffenstillstandes auf sämtlichen Fronten zum Zwecke des Abschlusses eines demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen mit der Garantie des nationalen Selbstbestimmungsrechtes erwiderte der deutsche Höchstkommmandierende zustimmend betreffs Führung der Friedensverhandlungen. Der Oberbefehlshaber der Armeen der Republik Leutnant der Res[erve] *Krylenko* schlug vor, den Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand auf 5 Tage bis zum 19. November (1. Dezember [2. Dezember?]) zu verschieben, um den verbündeten Regierungen nochmals Gelegenheit zu geben, ihre Stellungnahme zur Sache der Friedensverhandlungen zu präzisieren. Die kriegerischen Handlungen an der russischen Front sind nach beiderseitiger Übereinkunft eingestellt. Selbstverständlich dürfen keine Truppenverschiebungen weder von der einen noch von der anderen Seite in diesen 5 Tagen stattfinden. Der entscheidende Schritt ist getan. Die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution in Rußland stellte die Friedensfrage zur sofortigen Entscheidung. Die Periode der Schwankungen, des Hinhaltens, der Kanzleiabmachungen ist vorüber. Nun sind alle Regierungen, alle Klassen, alle Parteien aller krieg-

¹⁾ In der Originalvorlage: „Zarrkoe“, so auch in der Abschrift im Werk des zweiten Unterausschusses.

²⁾ Abdruck neuerdings in: *Archivalische Forschungen*, 4/II, unter Nr. 246, S. 788 f.; der Generalstab des Feldheeres verbot die Veröffentlichung dieses Funkspruches; vgl. ebenda Nr. 248, S. 790 f. — S. auch *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8053 f. — Abdruck des Dokuments neuerdings in *Von Brest-Litowsk bis Rapallo*, S. 35 ff.

führenden Länder aufgefordert, kategorisch auf die Frage zu antworten: sind sie mit uns zusammen am 19. November (1. [2. ?] Dezember) bereit, in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten? Ja oder Nein? Von der Antwort auf diese Frage hängt es ab, ob die Fabrik- und Landarbeiter einem neuen Winterfeldzug mit allen seinen Schrecknissen und Leiden entgehen werden, oder ob Europa weiter verbluten wird. Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns mit dieser Frage an die Regierungen unserer Verbündeten: Frankreich, England, Italien, Vereinigte Staaten, Belgien, Serbien, Rumänien, Japan, China. Wir fragen sie offen vor ihren eigenen Völkern, offen vor der ganzen Welt: wollen sie am 1. (2.) Dezember zusammen mit uns die Friedensverhandlungen beginnen? Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns an die verbündeten Völker, insbesondere an ihre arbeitenden Massen: wollen Sie diesen Krieg noch weiter in die Länge ziehen, ohne Sinn und Ziel, indem Sie blindlings dem Untergange der ganzen europäischen Kultur entgegensteuern? Wir verlangen, daß die arbeitenden Parteien der verbündeten Länder unverzüglich auf folgende Fragen antworten: Wollen Sie die Eröffnung der Friedensverhandlungen am 1. (2.) Dezember? Ja oder nein? Soldaten, Proletarier, Arbeiter, Bauern, wollt Ihr zusammen mit uns den entscheidenden Schritt zum Völkerfrieden tun? Wir, der Rat der Volkskommissare, wenden uns an die arbeitenden Massen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens. Der Friede, den wir vorschlagen, soll ein Völkerfrieden sein, er soll ein ehrliches Einverständnis sein, das jedem Volk die Freiheit wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung sichert; solch ein Friede kann nur auf der Grundlage eines offenen und mannhaften Kampfes der revolutionären Massen gegen alle imperialistischen Pläne und Eroberungsgelüste geschlossen werden. Die Arbeiter- und Bauernrevolution hat schon ihr Friedensprogramm kundgegeben. Wir haben die Geheimverträge des Zaren und der Bourgeoisie mit unseren Verbündeten veröffentlicht und haben diese Verträge als nicht bindend für das russische Volk erklärt. Wir schlagen allen Völkern offen vor, einen neuen Vertrag auf der Grundlage der Verständigung und der gemeinsamen Mitarbeit abzuschließen. Auf unseren Vorschlag haben die offiziellen und offiziösen Vertreter der führenden Klassen der verbündeten Länder mit einer Weigerung geantwortet, die Regierung der Räte anzuerkennen und mit derselben in Friedenverhandlungen zu treten.³⁾

³⁾ Vgl. hierzu neuerdings Warth, S. 62 ff., und Mamatey, S. 167 ff., 173 ff., der darauf hinweist, daß die Alliierten durch die Eröffnung der Brester Verhandlungen in eine schwierige Situation gerieten; s. auch Buchanan, *Meine Mission*, S. 252 ff., 257 ff. Am 8. 12. 1917 ließ der britische Botschafter in Petrograd, *Buchanan*, im Hinblick auf die Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk folgende Feststellung in der Presse veröffentlichen: "Judging by recent practice Secret Diplomacy will soon be a thing of the past . . . We bear them no grudge, nor is there a word of truth in the reports that have been circulated to the effect that we are contemplating any coercional punitive measures in the event of their making a separate peace. With regard to the second question, the Council of the People's Commissaries, in opening negotiations with the enemy without previous consultation with the Allies, committed a breach of the agreement of August 23- September 5, 1914, of which we had a right to complain. We cannot for a moment admit the validity of their contention that a treaty, concluded with an Autocratic Government can have no binding force on the Democracy by which that Government has been replaced, as such a principle, if once adopted, would undermine the stability of all international agreements. But while we repudiate this new doctrine, we do not desire to induce an unwilling ally to continue

Die Regierung der siegreichen Revolution braucht nicht von der professionellen kapitalistischen Diplomatie anerkannt zu werden. Aber wir fragen die Völker: Werden durch die reaktionäre Diplomatie ihre Gedanken und Ziele zum Ausdruck gebracht? Sind die Völker einverstanden, der Diplomatie zu gestatten, die gute Gelegenheit eines Friedensschlusses vorübergehen zu lassen, die durch die russische Revolution geboten wurde? Die Antwort auf diese Frage muß sofort erfolgen. Eine Antwort nicht mit Worten sondern durch die Tat. Das russische Heer und Volk kann und will nicht länger warten. Am 1. (2. ?) Dezember beginnen wir mit den Friedenverhandlungen. Sollten die verbündeten Völker ihre Vertreter nicht senden, so werden wir mit den Deutschen allein die Verhandlungen führen. Wir wollen den allgemeinen Frieden. Sollte jedoch die Bourgeoisie der verbündeten Länder uns zum Abschluß eines Sonderfriedens zwingen, so fällt die Verantwortung voll und ganz auf sie. Soldaten, Arbeiter und Bauern Frankreichs, Englands, Italiens, der Vereinigten Staaten, Belgiens, Serbiens! (2.) Dezember werden die Friedensverhandlungen eröffnet, wir erwarten eure Vertreter. Handelt! Verliert keinen Augenblick! Nieder mit dem Winterfeldzug! Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden und die Verbrüderung der Völker.

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten

L. Trockij.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare

V. Uljanov Lenin.

Lersner.

to contribute her share to the common effort, by an appeal to our treaty rights." *Buchanan* betont, es gebe hohe Prinzipien, die voll vom Rat der Volkskommissare anerkannt seien: "those of a democratic peace, of a peace that accords well the wishes of the smaller nationalities, that repudiates the idea of extracting, plunder out of conquered enemies under the name of war indemnities, or of incorporating in great Empires the territories of the reluctant populations . . . The Council of the People's Commissaries is mistaken, however, in thinking that they can secure this peace by asking for an immediate armistice to be followed by an agreement. They are, if I may use a homely expression, putting the cart before the horse. The Allies, on the contrary, desire to arrive first at a general agreement in harmony with their declared aims, and then to secure an armistice. So far not a word has been said by any German statesman to show that the ideals of Russian Democracy are shared by the German Emperor or his Government, and it is with the German Autocracy and not with the German people that negotiations for an armistice are being conducted. Is it likely that the Emperor *William*, when once he knows that the Russian army has ceased to exist as a fighting force, will be disposed to subscribe to a democratic and durable peace such as the Russian people desire? No, the peace which he contemplates is a German imperialistic one. Though the Allies cannot send representatives to take part in the armistice negotiations, they are ready, so soon as a stable Government has been instituted that is recognised by the Russian people as a whole, to examine with that Government the aims of the war and the possible conditions of a just and durable peace. Meanwhile they are rendering Russia the most effective assistance by holding up the bulk of the German armies on their respective fronts"; vgl. *Buchanan*, Petrograd, S. 217 ff. — Pressecommuniqué *Buchanans* vgl. auch *Buchanan*, *Meine Mission*, S. 254, und *Schultheß*, 33. Jg. 1917, II, S. 776 f.

II.

28. 11. 1917: Armee- und Flottenbefehl des russischen Oberbefehlshabers Krylenko

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 2. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 15. Abgeg. Hauptquartier Oberost¹⁾ 28. 11. 1917, 7.00 nachm., angek. 28. 11. 1917, 7.27 nachm.

Folgender Funkspruch russ[ischer] Klartext wurde heute früh aufgenommen:
„Befehl an die Armee und die Flotte.

Unsere Parlamentäre sind zurückgekehrt und haben die offizielle Antwort des deutschen Höchstkommmandierenden überbracht, daß er einverstanden ist, über den Waffenstillstand an allen Fronten zu verhandeln. Die nächste Zusammenkunft der beiderseitigen Bevollmächtigten ist auf den ersten Dezember festgesetzt. Jeden, der diesen Befehl verheimlicht oder ihm entgegenarbeitet, werde ich dem revolutionären Gericht der betreffenden Regimentskomitees übergeben, ohne die gewöhnlichen Formalitäten inne zu halten. Ich befehle, sofort jedes Schießen und jede Verbrüderung an der ganzen Front einzustellen. Die größte Wachsamkeit in bezug auf den Feind ist erforderlich. Jeder auf seinem Posten; nur der Starke gelangt zum Ziel. Es lebe der nahe Frieden.

Der Höchstkommmandierende.

Krylenko“.

*Rosenberg*²⁾.

¹⁾ Sitz Brest-Litowsk.

²⁾ *Dr. Frederic Hans v. Rosenberg* (1874—1937), Wirkl. Geh. Legationsrat mit dem Titel und Range eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt; Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Brest-Litowsk. — Für *Hoffmann*, Aufzeichnungen, I, S. 185 ist *Rosenberg* aus dem Auswärtigen Amt „der Netteste und Verständigste, den sie haben“.

12.

28. 11. 1917: Verbalnote der österr.-ungar. Botschaft in Berlin an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Kopf: „K.u.K. Österreichisch-Ungarische Botschaft. Cs. és Kir. Osztrák-Magyar Nagykövetség. Nr. 573/Pol. Geheim“. Überschrift: „Notiz“.

Die russische Regierung hat heute ein von Zarskoe Selo datiertes und von *Lenin* sowie von *Trockij* unterfertigtes Rundtelegramm „an die Völker der kriegführenden Länder“ gerichtet, in welchem sie die Regierungen aller Kriegführenden auffordert, am 19. November a. St.¹⁾ Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden zu beginnen.

Graf Czernin beabsichtigt, dieses nunmehr formelle Friedensangebot der russischen Regierung durch folgendes, an dieselbe direkt gerichtetes Telegramm zu beantworten:

¹⁾ = alten Stils; im Februar 1918 führte man in Rußland offiziell den Gregorianischen Kalender ein („Neuer Stil“). Die Zeitdifferenz zum alten russischen Kalender betrug 13 Tage, also 19. 11. a. St. = 2. 12. n. St.

„Der Regierung Österreich-Ungarns sind die Bedingungen bekannt, unter welchen die russische Regierung sich bereit erklärt, Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes und eines Friedensvertrages einzuleiten. Die k. u. k. Regierung erblickt in diesen Bedingungen geeignete Grundlagen für die Einleitung dieser Verhandlungen. Indem die österreichisch-ungarische Regierung erklärt, daß sie die derzeitige Regierung der russischen Republik anerkennt, spricht sie ihre Bereitwilligkeit aus, am 19. November a. St.¹⁾ in Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand und über den allgemeinen Frieden einzutreten.“

Erhaltenem Auftrag entsprechend beehrt sich die k. u. k. Botschaft, das Auswärtige Amt um eine wenn tunlich umgehende Mitteilung ergebenst zu ersuchen, ob die kaiserlich deutsche Regierung geneigt ist, eine analoge Antwort an die russische Regierung zu richten, und bejahenden Falles, ob diese Antwort von der k. u. k. und der kaiserlich deutschen Regierung gleichzeitig am 29. d. Mts. erteilt werden könnte.

Wegen der eventuellen Publizierung des Telegrammwechsels folgen weitere Anträge.

¹⁾ Vgl. oben S. 31, Anm. 1.

13.

29. 11. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Berlin) an die Oberste Heeresleitung

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm (Hughes). Vermerk: „Zur sofortigen Mitteilung an die O.H.L.“. Abgez. von dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Frhr. von d. Bussche-Haddenhausen 29. 11. 1917. Hs. Zusatz vor Beginn des Textes: „Wir beabsichtigen, der österreichisch-ungarischen Regierung nachstehende Antwort an die russische Regierung vorzuschlagen.“

Die Deutsche Regierung hat die durch Funkspruch vom 28. d. M. von Zarskoe Selo übermittelte Kundgebung des Herrn Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, *Trockij*, und des Herrn Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, *Lenin*, erhalten.¹⁾ Die Deutsche Regierung erblickt in den russischen Vorschlägen geeignete Grundlagen für die Einleitung von Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes und Friedensvertrages. Die Deutsche Regierung spricht demgemäß ihre Bereitwilligkeit aus, am 19. November a. St. in Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand und über den allgemeinen Frieden einzutreten.

¹⁾ Vgl. Nr. 10.

14.

29. 11. 1917: General Ludendorff über Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1764. Vermerk: „Dringend!“ Abgeg. Großes Hauptquartier, 29. 11. 1917, 9.30 vorm., angek. 29. 11. 1917, 10.58 vorm.

General *Ludendorff* teilt mit:

„Die Vertreter *Krylenkos* haben zugesagt, daß sich am 2. Dezember unseren Stils

12 Uhr mittags deutscher Zeit eine Kommission mit Vollmachten an der Bahn Wilna—Dünaburg einfinden und nach Brest-Litowsk kommen werde.

Heute früh haben *Lenin* und *Trockij* durch Funkspruch „die Völker der kriegführenden Länder“ aufgefordert, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen, die am 19. 11. a. St. (1. [2. ?]) 12. n. St.¹⁾ nach erfolgter Zustimmung des deutschen Höchstkommandierenden beginnen würden.

„Sollten die verbündeten Völker ihre Vertreter nicht senden, so werden wir mit den Deutschen allein die Verhandlungen führen.“²⁾

Es läßt sich hiernach nicht von der Hand weisen, daß die russische Kommission schon mit festen Friedensvorschlägen kommt. Ich kann deshalb Euere Exzellenz nur dringend bitten, der österreichischen Anregung in Telegramm Nr. 1760³⁾, wonach unserer Kommission in Brest-Litowsk auch schon die „Einleitung“ von Verhandlungen über den Frieden obliegen sollte, zuzustimmen.“

Lersner.

¹⁾ = neuen Stils, s. oben S. 31, Anm. 1.

²⁾ Vgl. Nr. 11.

³⁾ Telegramm *Lersners* aus dem Großen Hauptquartier vom 28. 11. 1917. Darin heißt es: „General v. *Arz* drahtet mit Nr. Op. Geh. 449: 1. Über Ersuchen des Ministers des Äußern bitte ich, die Dienststellen anzuweisen, daß weder die Einbeziehung Rumäniens in den Vertragsentwurf, noch die Forderung, daß sich die Russen hinter den Pruth zurückziehen, als springender Punkt betrachtet werden möge, und daß nicht etwa durch Aufrechterhaltung dieser Forderungen der Abschluß eines Waffenstillstandes gefährdet werde. 2. Dasselbe gilt bezüglich der Forderung nach Entwaffnung der englischen Schiffe. 3. Der Schlußsatz des Punktes 6 des Vertragsentwurfes hätte zu lauten: ‚Betreffende Fragen militärischer Art des betreffenden Bereichs auszuführen sind.‘ 4. Der neue Punkt 7 hätte zu lauten: ‚Der Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes erfolgt durch eine Kommission unter Vorsitz des Oberbefehlshabers Ost in Brest-Litowsk, der alle den Waffenstillstand und die Ausführungen der Waffenstillstandsbestimmungen betreffende Fragen militärischer und politischer Art zuzuführen sind.‘ Als neuer Punkt 8 wäre aufzunehmen: ‚Der Kommission in Brest-Litowsk obliegt auch ‚Einleitung‘ von Verhandlungen über den Frieden, der dem Waffenstillstand unmittelbar folgen soll.‘ 6. Der alte Punkt 7 erhält die Ziffer 9 . . .“ — Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 2.

15.

29. 11. 1917: Reichstagsrede Reichskanzlers Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 358 vom 30. 11. 1917, Morgenausgabe. Überschrift: „Aus der Reichstagsrede des Reichskanzlers Graf Hertling vom 29. 11. 1917.“¹⁾

Nun, meine Herren, bin ich in der glücklichen Lage, Ihnen etwas ganz Neues mitzuteilen. Die russische Regierung hat gestern von Zarskoe Selo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Herrn *Trockij* und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Herrn *Lenin* unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und Völker der kriegführenden Länder

¹⁾ Vgl. hierzu den Text in: Sten. Berichte, 127. Sitzung Donnerstag, den 29. November 1917, S. 3947. — Abdruck neuerdings in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 39 f.

gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Meine Herren, ich stehe nicht an, zu erklären, daß in den bisher bekanntgewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutabile Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald festere Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgen wir die Entwicklung des schwergeprüften russischen Volkes. Wir wünschen, daß ihm möglichst bald wieder ruhige und geordnete Verhältnisse zuteil werden. Wir wünschen nichts mehr, als daß es wieder zu dem nachbarlichen Verhältnis kommen wird, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, wie wir es in früheren Zeiten zwischen uns und dem östlichen Nachbarn kannten. Was die ehemals dem Zeppter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Kurland, Litauen betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gewalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Übrigens, meine Herren, sind alle diese Dinge noch in der Schwebe. Nachrichten, die vor einiger Zeit durch die Presse gingen, als ob an einem Punkte schon feste Abmachungen getroffen worden seien, eilen den Tatsachen weit voraus.

16.

29./30. 11. 1917: Österr.-ungar. Minister des Äußern Graf Czernin an die russische Regierung

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Abschrift. Anlage 3 zum „Protokoll der Waffenstillstandsverhandlungen zu Brest-Litowsk. Sitzung vom 3. Dezember 1917, 4.00 nachm.“. Überschrift: „Funkspruch des Ministers des Äußern Graf Czernin“.

„An die Regierung der russischen Republik!

Das Rundtelegramm des Rates der Volkskommissäre vom 28. November laufenden Jahres, womit die russische Regierung sich bereit erklärt, Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes und eines allgemeinen Friedensvertrages einzuleiten, ist der Regierung Österreich-Ungarns zugekommen. Die von der russischen Regierung bekannt gegebenen Richtlinien für den abzuschließenden Waffenstillstand und Friedensvertrag, hinsichtlich welcher die Regierung der russischen Republik Gegenvorschlägen entgegen sieht, bilden nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung geeignete Grundlagen für die Einleitung dieser Verhandlungen. Die Regierung Österreich-Ungarns erklärt sich daher bereit, in die von der russischen Regierung vorgeschlagenen Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand und über einen allgemeinen Frieden einzutreten und zu dem am 19. Nov. a. St. beginnenden Verhandlungen Vertreter zu entsenden.“⁽¹⁾

Zu diesem Telegramm des *Grafen Czernin* gab der k. k. Ministerpräsident²⁾ in der Sitzung des Abgeordneten-Hauses vom 30. Nov. 1917 folgende Erklärung ab:

„Wie dem Hohen Hause aus der offiziellen Meldung des k. k. Korrespondenzbüros vom gestrigen Tage bekannt ist, hat die k. u. k. Regierung die Einladung der russischen Regierung zu sofortigen Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden bereits angenommen.

Die k. u. k. Regierung ist im Sinne ihres wiederholt bekanntgegebenen Standpunktes entschlossen, die einzuleitenden Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit zu führen, da ihre Absicht darauf gerichtet ist, baldigst einen Frieden zu erreichen, welcher das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der Völker in Hinkunft ermöglicht. Wie aus der gestern veröffentlichten Antwort des Ministers des Äußern an die Regierung der russischen Republik weiteres ersichtlich ist, hat sich die Regierung Österreich-Ungarns bereit erklärt, in Verhandlung über einen allgemeinen Frieden einzutreten. Bei diesen Verhandlungen wird die Regierung Österreich-Ungarns anstreben, mit jenen Staaten, die sich auf Grund der jetzt von Rußland ergangenen Einladung bereit erklären, einen Frieden zu schließen, zu einem Frieden zu gelangen, welcher für die vertragschließenden Gruppen gleich ehrenvoll ist und der von dem Grundsatz „ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen“ geleitet sein wird. Hierbei wird die österreichisch-ungarische Regierung das Recht der mit ihr zum Friedensvertrag schreitenden Staaten anerkennen, den zu ihnen gehörigen Völkern volle Freiheit der Entschließung über ihre staatliche Zukunft zu gewähren, und wird sich jeder Einmischung in die innerstaatlichen Verhältnisse ihrer Kompaziszenten³⁾ enthalten, wird aber ihrerseits verlangen, daß jede Einmischung in unsere eigene staatliche Organisation unterbleibe.“⁴⁾

¹⁾ Gleichlautender Text vgl. Schultheß, 33. Jg. 1917, II, S. 207, in dem jedoch der Schluß des letzten Satzes fehlt.

²⁾ *Dr. Ernst Frhr. Seidler v. Feuchtenegg*, österreichischer Ministerpräsident 23. 6. 1917—27. 7. 1918.

³⁾ kompazisieren = einen Vertrag (Frieden)schließen, von lat. *comparasciscor* = durch gegenseitigen Vertrag übereinkommen.

⁴⁾ Vollständiger Text vgl. Schultheß, 33. Jg. 1917, II, S. 207 f.

17.

30. 11. 1917: General Ludendorff über Grenzberichtigungen zugunsten Deutschlands

Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1, Bd. 11. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1780. Vermerk: „Eilt!“. Abgeg. Großes Hauptquartier 30. 11. 1917, 11.56 nachm., angek. 1. 12. 1917, 12.35 vorm.

General *Ludendorff* läßt drahten:

„Euer Exzellenz¹⁾ haben für ihre morgigen Mitteilungen im Reichstagsausschuß

über Litauen mich durch Oberst v. Winterfeldt²⁾ um eine Aufzeichnung ersuchen lassen, wie die O.H.L. sich diese denkt.

Die O.H.L. hat nie an eine Aufteilung Litauens unter Deutschland, Rußland und etwa Polen gedacht.³⁾ Sie hat im Gegenteil in dem besetzten, von ihr verwalteten litauischen Gebiet ein selbständiges Staatswesen vorzubereiten sich bemüht, in dem das Litauertum unverkümmert und in seinem vollen Umfange, wie er durch die ethnographischen Verhältnisse gegeben ist, einer gesunden Zukunft entgegengehen soll. Wenn aber das kulturell und politisch noch nicht entwickelte Land, das jedes eigenen militärischen Schutzes entbehrt, allein zwischen Deutschland, Rußland und Polen stehen bleibt, braucht Deutschland zur Sicherung seiner östlichen Grenzen eine Grenzberichtigung und zur Verbindung mit Kurland eine Erweiterung, die das rein litauische Land in Anspruch nehmen, aber die litauischen Wünsche auf das zwischen Polen, Litauen und Weißruthenen strittige Gebiet nicht umfassen würden.

Darauf hat die Erklärung vom 13. November die Litauer hingewiesen⁴⁾, nachdem sie dem Auswärtigen Amte mitgeteilt war und dort keinen Widerspruch erfahren hatte“. 24804 P.

Lersner.

¹⁾ Mit Telegramm 1915 vom 1. 12. 1917 an den Legationssekretär *Frhr. v. Lersner* für den Chef des Generalstabes des Feldheeres teilte der Reichskanzler mit, er habe „heute“ am 1. 12. die Litauer empfangen. Bezug auf die Erklärungen im Reichstage. Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1, Bd. 11.

²⁾ *Detlof v. Winterfeldt*, 1917/1918 Vertreter der O.H.L. beim Reichskanzler. — Hertling, S. 36 f., urteilt über ihn: „... *Winterfeldt* war der Typus des altpreußischen Offiziers, ein vornehmer, untadeliger Charakter, Soldat mit Leib und Seele; während des Krieges zeitweise als Chef des Stabes einer Armee im Osten verwandt, erlaubte ihm seine Gesundheit auf die Dauer nicht mehr, die Anstrengungen des Krieges mitzumachen, weshalb er in die genannte Stellung versetzt worden war. Er hat diese mit dem Takt und der Loyalität ausgefüllt, die ihm als Mitglied einer alten preußischen Familie angeboren waren; von meinem Vater wurde er besonders hochgeschätzt ...“

³⁾ Zum Grundsätzlichen vgl. u. a. WUA, Vierte Reihe, 12. Bd., S. 32 ff., bes. 43 ff. („Randstaatenpolitik“). Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 427, schreibt: „Die Richtlinien für unsere Politik im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost liefen nach wie vor auf den klaren Anschluß Kurlands und Litauens an Deutschland in Personalunion mit dem Hause Hohenzollern hinaus“.

⁴⁾ Der Text der Erklärung der O.H.L. v. 13. 11. 1917 lautet: „Da Kurland am 23. September des Jahres für Deutschland optiert hat, sieht sich die O.H.L. gezwungen, Grodno, Kowno und die Linie von Kowno ab in Richtung Dünaburg als militärische Grenzberichtigung für sich in Anspruch zu nehmen, um eine gesicherte Brücke nach Kurland zu gewinnen. Die O.H.L. ist demnach an dem Gebiet östlich dieser Linie militärisch desinteressiert“. Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1, Bd. 10, Baltische Provinzen, Litauen, Telegr. a. d. Großen Hauptquartier Abt. Pol. v. 13. 11. 1917. — Im gleichen Telegramm heißt es weiter: „*Exzellenz v. Kühlmann* ist gebeten worden, anschließend den Litauern zu sagen: „Das Auswärtige Amt nimmt von der Erklärung der O.H.L. Kenntnis und hat daher an dem Gebiet östlich dieser Linie nur dann ein Interesse, wenn seitens der Bevölkerung eine entsprechende Erklärung abgegeben wird. Die Verhandlungen hierüber wären mit dem Chef der Militärverwaltung Litauen, Durchlaucht *Fürst Isenburg*, zu führen“; vgl. hierzu auch Basler, S. 285 ff.

18.

2. 12. 1917: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 3. Telegramm. Nr. 24. Abgeg. Brest-Litowsk, 2. 12. 1917, angek. 2. 12. 1917, 10.10 nachm.

Russische Abordnung hat 4.30 nachm. deutsche Linie passiert. Sie besteht aus 14 Personen, die durch Oberbefehlshaber *Krylenko* bestätigt sind, und zwar 8 Mitglieder des Soldaten- und Bauernrates, 1 Oberst, 1 älterer Unteroffizier und 4 militärische Sachverständige (2 Generalstabs-Obersten, 1 Kapitän zur See und 1 Fähnrich zur See). Außerdem sind als sogenannte „militärische Bevollmächtigte“ der Abordnung erschienen: 1 Admiral, 4 Generalstabsobersten, dazu 9 Mann Unterpersonal (Dolmetscher, Fernschreiber mit russ. Apparaten).¹⁾ Auftrag der Abordnung ist: Waffenstillstand abzuschließen und zwar auf allen Fronten mit Deutschland, Österreich und allen Mächten, die einverstanden sind mit dem Vorschlag, den der Rat der Volkskommissare gemacht hat.

Rosenberg.

¹⁾ Vgl. Nr. 19.

19.

3. 12. 1917: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 3. Telegramm. Nr. 30. Vermerk: „Dringend!“ Abgeg. Brest-Litowsk, 3. 12. 1917, 11.15 vorm., angek. 3. 12. 1917, 11.47 vorm.

Die russische Kommission, 28 Mitglieder stark, ist heute 10 1/2 Uhr vorm. in Brest eingetroffen. Anerbieten gemeinsamen Frühstücks mit Stab Ober Ost wurde mit sichtlicher Freude angenommen. Nachmittags soll erste Sitzung stattfinden. Die Kommission ist nur für Waffenstillstand bevollmächtigt, den sie offenbar möglichst schnell abschließen möchte. Vielköpfigkeit und technische Unbeholfenheit der Kommission dürfte raschen Fortgang der Arbeiten erschweren. Guter Wille scheint aber vorhanden zu sein. Mitglieder sollen zum Teil ganz interessante Persönlichkeiten sein, teilweise verschüchtert und mit naivem Einschlag.¹⁾ Auf der Fahrt hierher haben sie sich durchaus angemessen benommen, ruhig zurückhaltend, nicht unfreundlich.

Rosenberg.

¹⁾ Zur Charakteristik dieser Persönlichkeiten vgl. u. a. Hahlweg, Diktatfrieden S. 26 ff.

20.

3. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an die russische Regierung

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4, u. Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Abschrift. Überschrift: „Funkspruch des Staatssekretärs v. Kühlmann: An die Regierung der russischen Republik“.

Der Hauptausschuß des Reichstages hat sich einmütig zu der Erklärung des Reichskanzlers vom 29. November über seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über den russischen Friedensvorschlag bekannt, worin *Graf Hertling* erklärt:

„Die russische Regierung hat gestern von Zarskoe Selo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Herrn *Trockij*, und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Herrn *Lenin*, unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierung und die Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über den Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich stehe nicht an zu erklären, daß in den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutabile Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.¹⁾

¹⁾ Vgl. Nr. 15.

21.

3. 12. 1917: Leitsätze für einen Separatfriedensvertrag mit Rußland

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Abschrift. Überschrift: „U.St. Frhr. v. d. Bussche.¹⁾ I. Leitsätze für einen Sonderfriedensvertrag mit Rußland“. Zusatz: „Zur Verwendung als etwa notwendige vorläufige Instruktion über unsere Ziele und Absichten“.

1. Wir sind bereit, einen Frieden ohne gewaltsame Annexionen und Kontributionen und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker abzuschließen.

2. Als bald nach Abschluß eines Präliminarfriedens treten, unbeschadet der weiteren Verhandlungen über den endgültigen Friedensvertrag, die normalen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Mittelmächten und Rußland wieder ein.

3. Als endgültiges Ziel bleibt sowohl für die Mittelmächte als auch für Rußland die allgemeine Beendigung des gegenwärtigen Weltkrieges durch einen Verständigungsfrieden bestehen. Die Mittelmächte und Rußland werden sich bei der Verfolgung dieses Zieles unterstützen und sich über die zu seiner baldigen Erreichung anzuwendenden Mittel in Einklang setzen.

¹⁾ Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes *Dr. Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen*, vgl. unten S. 90, Anm. 1. — Name hs. Zusatz.

22.

3. 12. 1917: Richtlinien General Ludendorffs für die Friedensbedingungen

Rußland. Politisches Nr. 1. Bd. 1. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1807. Abgeg. Großes Hauptquartier, 3. 12. 1917, 1.10 nachm., angek. 3. 12. 1917, 2.10 nachm.

General *Ludendorff* wies darauf hin, daß Ende Mai im Anschluß an den Waffenstillstandsvertrag im Einverständnis mit Auswärtigem Amt an Ober Ost „Grundlagen für die wesentlichsten Friedensbedingungen“ übersandt seien. Da es

trotz der Anwesenheit des Legationsrates *v. Rosenberg* nicht ausgeschlossen wäre, daß die Russen sich mit Friedensfragen an S. K. H. den Herrn Oberbefehlshaber Ost¹⁾ persönlich wendeten²⁾, bittet General *Ludendorff* Euere Exzellenz um Einverständnis, daß diese Grundlagen auch jetzt noch als Anhalt dienen mit geringen, durch die veränderte Kriegslage bedingten Abweichungen.

Sie würden demnach lauten:

„Grundlagen über die wesentlichsten Friedensbedingungen, die bei den Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Rußland als Richtlinien dienen sollen.

1. Nichteinmischung in russische Verhältnisse.
2. Keine Kriegsentschädigung in Geld, nur Geldentschädigung für Unterhalt der weit über eine Million zählenden Kriegsgefangenen. Anschluß Litauens und Kurlands an Deutschland, da wir zur Volksernährung mehr Land gebrauchen. Es ist unsere Absicht, die völkischen Ansprüche der Litauer und Kurländer durch die Art ihrer Angliederung weitgehend zu achten. Es wird vorausgesetzt, daß sich England nicht auf den Ålandinseln, in Finnland, Estland oder Livland festsetzt.
3. Austausch der Kriegsgefangenen unter Berücksichtigung ihrer Notwendigkeit für die deutsche Arbeit bis zum allgemeinen Frieden. Austausch der Zivilgefangenen.
4. Selbständigkeit Polens unter Anlehnung an die Mittelmächte, Festlegung der Grenzen zwischen Litauen und Polen nach den militärischen Notwendigkeiten. Bei Regelung der Ostgrenze Polens Rückgabe besetzten Gebietes an Rußland.
5. Räumung Finnlands, Estlands, Livlands, der Moldau, Ostgaliziens und Armeniens durch Rußland.
6. Anbieten unserer guten Dienste bei Regelung der Dardanellenfrage und anderen außereuropäischen Fragen, falls Rußland auf die Eroberung Konstantinopels verzichtet.
7. Ordnung des Verkehrswesens Rußlands durch deutsche Hilfe, finanzielle Unterstützung des Aufbaues Rußlands und enge wirtschaftliche Beziehung; Regelung der Handelsbeziehungen; Lieferung von Brotgetreide und Petroleum an Deutschland für günstigen Preis.
8. Die Rechtsverhältnisse der beiderseitigen Staatsangehörigen in den Hoheitsgebieten beider Parteien werden wiederhergestellt; Verluste an Privatbesitz sind, soweit sie ohne Schuld des Betroffenen erfolgten, zurückzuerstatten.
9. Das Deutsche Reich und seine Verbündeten sind jederzeit bereit, in Verhandlungen mit den Verbündeten Rußlands einzutreten, wenn Rußland die Vermittlung übernimmt.

¹⁾ *Leopold, Prinz von Bayern* (1846—1930), Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber Ost seit 29. 8. 1916; zu seiner Würdigung vgl. Kraft v. Dellmensingen, Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern, Sp. 520—523. — Die Dienststelle „Oberbefehlshaber Ost“ umfaßte die Heeresgruppen *Eichhorn*, *Prinz Leopold von Bayern* und *Linsingen*, dazu k.u.k. Verbände, vgl. Cron S. 25 f.

²⁾ Dazu in gleicher Höhe links am Rande Bemerkungen: „Dem Herrn Reichskanzler: Mir scheint, es muß jetzt gleich im Anfang festgestellt werden, daß Friedensverhandlungen nur mit den von E.E. bestellten Unterhändlern geführt werden dürfen. *Kühlmann*. Vollkommen einverstanden. *Hertling*“.

10. Falls die russischen Vertreter Besorgnis vor dem Eingreifen Japans gegen Rußland äußern sollten: Zusicherung, daß Deutschland bei Abwehr der Japaner Rußland nicht in den Rücken fallen wird.

11. Falls die russischen Vertreter fragen, ob wir bereit wären, in Zukunft mit Rußland ein Bündnis einzugehen, so ist ihnen zu sagen, daß wir diesem Gedanken sympathisch gegenüberstünden und bereit wären, hierüber in Verhandlungen einzutreten.“

Lersner.

23.

Brest-Litowsk, 3. 12. 1917, 4 Uhr nachm.: Waffenstillstandsverhandlungen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Überschrift: „Protokoll der Waffenstillstandsverhandlungen zu Brest-Litowsk. Sitzung vom 3. Dezember 1917, 4.00 Uhr nachm.“

Anwesend:

Von seiten der verbündeten Mächte:

Deutschland:

Generalmajor *Hoffmann*.¹⁾ Kapitän z. See *Horn*. Major im Generalstab *Brinckmann*. Rittmeister d. Reserve v. *Rosenberg*.²⁾ Hauptmann im Generalstab *Hey*.³⁾ Oberleutnant d. Reserve v. *Bülow*.⁴⁾

Österreich-Ungarn: Oberstleutnant im Generalstab *Pokorny*. Major im Generalstab *Baron Mirbach*. Rittmeister d. Reserve *Baron Berger*. *Graf Czáky*.⁵⁾

Bulgarien: Oberst *Gantschew*, *Dr. Anastassow*.

Türkei: General der Kavallerie *Zeki Pascha*. *Ménémeli zadé Edhem Bey*. Rittmeister v. *Schmidt*.

Von seiten Rußlands:

Bevollmächtigte Delegierte⁶⁾:

Vorsitzender der Delegation *A. A. Joffe*⁷⁾, Mitglied der Konstituierten Versammlung und des Zentral-Exekutiv-Komitees des Rates der Soldaten-, Arbeiter-

¹⁾ *Max Hoffmann* (1869—1927), preußischer General (Kurland), seit August 1916 Generalstabschef des Oberbefehlshabers Ost.

²⁾ Gesandter; vgl. über ihn oben S. 31, Anm. 2.

³⁾ Dolmetscher für die Verhandlungen mit der Ukraine.

⁴⁾ Legationssekretär; vgl. unten S. 83, Anm. 2.

⁵⁾ Legationssekretär; über ihn vgl. unten S. 45, Anm. 15.

⁶⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die anschauliche, durch Quellenstudium belegte Kennzeichnung der Mitglieder der russischen Delegation durch *Wheeler-Bennett*, S. 84—87.

⁷⁾ Über ihn vgl. unten S. 95, Anm. 1.

und Bauerndeputierten. Mitglied der Delegation *L. B. Kamenev*⁸⁾, Mitglied der Konstituierten Versammlung und des Zentral-Exekutiv-Komitees des Rates der Soldaten-, Arbeiter und Bauerndeputationen. Mitglied der Delegation *A. W. Bizenko*⁹⁾, Mitglied des Zentral-Exekutiv-Komitees des Rates der Arbeiter- und Bauerndeputierten. Mitglied der Delegation *G. J. Sokol'nikov*¹⁰⁾, Mitglied der Konstituierten Versammlung und des Zentral-Exekutiv-Komitees und des Rates der Soldaten-, Arbeiter- und Bauerndeputierten. Mitglied der Delegation *S. D. Maslovski*, Kollegienrat und Mitglied des Zentral-Exekutiv-Komitees des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Arbeiter *Obuchov*, Mitglied des Petersburger Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Matrose *Olič*, Mitglied des Zentral-Exekutiv-Komitees des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Soldat *Beljakov*, Mitglied des Zentral-Exekutiv-Komitees des Rates der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Bauer *Staškov-Romanov*, Mitglied des Zentral-Exekutiv-Komitees des Rates der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Sekretär der Delegation *L. M. Karachan*¹¹⁾, Mitglied des Zentral-Exekutiv-Komitees des Rates der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Militärische Sachverständige der Delegation:

Kontreadmiral *W. M. Alwater*.¹²⁾ Kapitän 1. Ranges *Dolino-Dobrovolski*. Oberst im Generalstab *Šiškin*. Oberst im Generalstab *Stanislavski*. Oberstleutnant im Generalstab *J. G. Fokke*. Oberstleutnant *Suchov*. Oberstleutnant *Moros*. Fähnrich *Senin*, Mitglied des Marine-kriegsrevolutionären Komitees.

Generalmajor **Hoffmann** eröffnet die Sitzung und spricht den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ende führen mögen. Die Vollmachten werden vorgezeigt und für richtig befunden. Die Bevollmächtigten der Türkei und Bulgariens teilen mit, daß ihre Vollmachten noch nicht eingetroffen seien, und bitten, diese nachträglich vorlegen zu dürfen. Dies wird angenommen.

General **Hoffmann** fordert die russische Delegation auf, ihre Wünsche bekannt zu geben.

Der Vorsitzende der russischen Delegation, Herr **Joffe**, verliest hierauf folgende Erklärung:

„Indem wir den Verhandlungen über den Waffenstillstand die Prinzipien eines demokratischen Friedens zugrunde legen, die in dem Dekret des allrussischen Kongresses der Räte der Arbeiter- und Soldatendeputierten ausgedrückt und von dem außerordentlichen Kongreß der Bauerndeputierten bestätigt worden sind, setzen wir uns zum Ziel das möglichst schnelle Zustandekommen eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen mit der Garantie des Rechtes auf nationale Selbstbestimmung.“

Zur Herbeiführung eines solchen allgemeinen Friedens sind wir beauftragt, mit den hier anwesenden Bevollmächtigten Deutschlands, Österreich-Ungarns,

⁸⁾ Über ihn vgl. unten S. 95, Anm. 2.

⁹⁾ Über sie vgl. unten S. 95, Anm. 3.

¹⁰⁾ Über ihn vgl. unten S. 45, Anm. 16.

¹¹⁾ Über ihn vgl. unten S. 45, Anm. 17.

¹²⁾ Über ihn vgl. unten S. 45, Anm. 1.

Bulgariens und der Türkei die Bedingungen eines Waffenstillstandes auf allen Fronten zu erörtern.

Wir schlagen vor, an alle hier nicht vertretenen Kriegführenden eine Aufforderung zur Teilnahme an diesen Verhandlungen ergehen zu lassen. Unserer Ansicht nach wäre die Vorbedingung für den sofortigen Eintritt in die Erörterung des Waffenstillstandes die Festlegung dieser beiden Punkte.“

General **Hoffmann** stellt unter Hinweis auf den Inhalt der soeben verlesenen Erklärung die Vorfrage, ob die russische Delegation bevollmächtigt sei, im Namen der Bundesgenossen Rußlands zu verhandeln.

Herr **Joffe** erwidert, die russische Regierung habe ihre Bundesgenossen zur Teilnahme aufgefordert, die Antwort stehe jedoch noch aus. Er schlägt vor, nichtsdestoweniger sämtliche Bundesgenossen in die Verhandlungen mit einzu beziehen und ihnen, solange sie nicht persönlich vertreten sind, das Ergebnis mitzuteilen.

General **Hoffmann** erklärt, daß seine Vollmachten ihm nicht die Befugnis verleihen, hinsichtlich der hier nicht vertretenen Bundesgenossen Rußlands über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Hinsichtlich des in der vorher verlesenen Erklärung enthaltenen Vorschlags verweise er auf die Tatsache, daß die Regierungen der Verbündeten wiederholt mit Friedensvorschlägen hervorgetreten seien, die jedoch bei ihren Gegnern keine Annahme gefunden hätten. Die politischen Gesichtspunkte, die nach Ansicht der Verbündeten die Grundlage des künftigen Friedens bilden sollten, seien erst neuerdings in dem Depeschenwechsel wieder zum Ausdruck gekommen, der kürzlich zwischen den Ministern *Grafen Czernin* und dem Staatssekretär *von Kühlmann* einerseits und der russischen Regierung andererseits stattgefunden habe.¹³⁾ Er als Militär sei nicht befugt und bevollmächtigt, über politische Fragen zu sprechen.

Das gleiche erklären die Bevollmächtigten der österreichisch-ungarischen, bulgarischen und ottomanischen Heeresleitungen.

Herr **Joffe** nimmt von diesen Erklärungen Kenntnis. Er habe jedoch zu bemerken, daß nach russischer Auffassung der Waffenstillstand auf eine breitere Grundlage gestellt werden sollte, die gleichzeitig die Unterlage für einen allgemeinen Frieden zu bilden hätte, den zu erreichen der Waffenstillstand bezwecke.

General **Hoffmann** nimmt dies mit Befriedigung zur Kenntnis und spricht auch seinerseits die Hoffnung aus, daß der Waffenstillstand unmittelbar zum Frieden führen werde. Diese Übereinstimmung der Ansichten ändere jedoch nichts an der Tatsache, daß von seiten der vier Verbündeten nur Bevollmächtigte der militärischen Stellen anwesend seien, welche lediglich die Befugnis hätten, die militärischen Fragen des Waffenstillstands zu erörtern.

Herr **Kamenev** äußert sein Bedauern darüber, daß sich in den Funksprüchen, die der österreichisch-ungarische Minister des Äußern und der Staatssekretär *v. Kühlmann* an die russische Regierung gerichtet hätten, kein tatsächlicher Anschluß an den Gedanken des allgemeinen Friedens ohne Annexionen und

¹³⁾ Vgl. Nr. 10, 16, 20.

Kontributionen mit Garantien des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung finde, welchen Gedanken die russische Revolution verkündet habe und auf dem das unumstößliche Friedensprogramm der revolutionären Regierung beruhe.

Die russische Delegation, welche kraft Vollmacht der revolutionären Massen Rußlands wirke, erkläre, nur von diesem allgemeinen Frieden könne die Rede sein. Der Waffenstillstand, über dessen Bedingungen jetzt zu beraten wäre, dürfe nur einen solchen Frieden herbeiführen. Was die Ausdehnung ihrer Vollmachten betreffe, so sei sich die russische Regierung dessen bewußt, daß in diesem Augenblick der Schwerpunkt nicht so sehr in den militärischen Verhandlungen liege als vielmehr in der Festsetzung der allgemeinen Grundlagen des Friedens, welcher als Ergebnis des Waffenstillstands beschlossen werden sollte. Die Delegation sei deswegen beauftragt, die Stellungnahme der hier vertretenen Mächte zu den Grundlagen eines allgemeinen demokratischen Friedens zu ermitteln. Nur durch die Klärung dieser Vorfrage würde der Waffenstillstand den Charakter erhalten, welchen die Völker des revolutionären Rußlands ihm verleihen möchten.

General **Hoffmann** wiederholt, daß die Bevollmächtigten der Verbündeten nicht befugt seien, über Friedensfragen zu verhandeln, wie bereits daraus hervorgehe, daß ihrerseits hier nur militärische Stellen vertreten wären. Die Verbündeten gingen von der Voraussetzung aus, daß zunächst die Feindseligkeiten eingestellt werden müßten, um den Politikern Zeit und Gelegenheit zu geben, über den Frieden zu verhandeln; um eine Verzögerung der Friedensverhandlungen zu verhüten, könne ja die Frist für den Waffenstillstand kurz bemessen werden.

Herr **Kamenev** bezeichnet es als selbstverständlich, daß die gegenwärtige Konferenz vom Friedenskongreß zu trennen sei. Doch beständen die russischen Delegierten darauf, schon jetzt jene allgemeinen Grundlagen des Friedens zu bestimmen, welcher durch den Waffenstillstand erreicht werden solle. Sie bedauerten das Mißverständnis, demzufolge keine politischen Vertreter der Verbündeten zu den Verhandlungen erschienen seien. Sie hofften, noch auf dieser Konferenz zur Erörterung der Friedensbedingungen zu gelangen, falls nämlich im weiteren Verlaufe dieser Verhandlungen auch politische Bevollmächtigte der hier vertretenen Länder eintreffen würden.

General **Hoffmann** betont nochmals, daß zunächst ein rein militärischer Waffenstillstand abzuschließen sei, der aber kurz bemessen sein solle, um, dem russischen Wunsche entsprechend, den Beginn der Friedensverhandlungen nicht zu verzögern.

Herr **Kamenev** nimmt dies zur Kenntnis und tritt der Auffassung bei, daß die Frage nach den allgemeinen Grundlagen des künftigen Friedens vorläufig als erledigt zu betrachten sei. Er erklärt sodann, daß die Instruktionen der russischen Delegierten unter anderem auch vorsähen, daß alle an den Waffenstillstandsverhandlungen beteiligten Mächte die Verpflichtung übernehmen sollten, sofort an alle kriegführenden, hier noch nicht vertretenen Regierungen den Vorschlag zu richten, an der Konferenz teilzunehmen. Sie schlugen deshalb den Verbündeten vor, die hier nicht vertretenen Kriegführenden zu sofortigen Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf allen Fronten aufzufordern, nach dem

Beispiel Rußlands, das seinerseits alle kriegführenden Mächte hierzu aufgefordert habe.

General **Hoffmann** erklärt unter Zustimmung der Bevollmächtigten der Verbündeten, daß sie von dieser Anregung lediglich Akt nehmen könnten, da ihre Vollmachten sich nur auf rein militärische Fragen erstreckten.

Die russischen Delegierten bitten um eine Pause, nach der nunmehr die rein militärischen Fragen zur Erörterung kommen sollen.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Die Sitzung wird um 5.50 Uhr nachm. wieder eröffnet.

Der **Vorsitzende der russischen Delegation** stellt den Antrag, daß der Friedensvorschlag des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernkongresses von ganz Rußland vom 26. 10./8. 11. 1917 sowie der Funkspruchwechsel zwischen dem Rat der Volkskommissare einerseits und dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern, *Graf Czernin*, und dem deutschen Staatssekretär des Äußern, *v. Kühlmann*, andererseits dem gegenwärtigen Protokoll beigelegt werde.

General **Hoffmann** erklärt im Einverständnis mit dem Bevollmächtigten der österreichisch-ungarischen Heeresleitung, daß er persönlich hiergegen kein Bedenken habe, daß aber zunächst der authentische Text des Funkspruchwechsels von Berlin und Wien eingefordert werden müsse, da dieser hier nicht vorliege. Eine Verzögerung wäre infolgedessen unvermeidlich.

Herr **Joffe** nimmt dies zur Kenntnis und verliest darauf folgende Erklärung: „Die russische Delegation stellt sich auf den Boden der Vorschläge des Rates der Volkskommissare vom 13. (26.) 11. 17. Sie nimmt die Erklärung der Bevollmächtigten Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei entgegen, wonach diese nicht bevollmächtigt sind, sich zu verpflichten, allen gegen ihre Staaten kriegführenden, auf dieser Versammlung nicht vertretenen Mächten den Eintritt in Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf allen Fronten vorzuschlagen.“

Unter diesen Umständen schlägt die russische Delegation den Bevollmächtigten Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei vor, den Antrag der russischen Delegierten ihren Regierungen zu übermitteln, und geht bis zum Eintreffen der Antwort zur Besprechung der Bedingungen des Waffenstillstandes über.“

General **Hoffmann** erklärt, daß er sich seinerseits zu diesem Wunsche nicht äußern, sondern ihn nur an die deutsche Oberste Heeresleitung weitergeben könne, die über die Frage der Weiterleitung an die deutsche Regierung zu entscheiden habe. Wenn die Weiterleitung erfolge, woran er persönlich nicht zweifle, würden sich zunächst die vier verbündeten Regierungen einigen müssen. Eine Verzögerung sei daher unvermeidlich.

Herr **Joffe** erklärt, daß er dies nach Petersburg melden werde, und ist damit einverstanden, daß inzwischen die Verhandlungen über den eigentlichen Waffenstillstand begonnen werden. Er bittet, die Sitzung auf den 4. 12. zu vertagen, damit die russische Delegation einen Entwurf für den Waffenstillstand ausarbeiten könne. Heute sei die russische Delegation nicht imstande, weiter zu verhandeln, da die Drahtverbindung mit Petersburg noch nicht fertiggestellt sei. General **Hoffmann** nimmt dies zur Kenntnis und wirft die Frage auf, ob es nicht

trotzdem möglich sei, schon jetzt in unverbindliche Besprechungen über den Waffenstillstand einzutreten. Dies wird von der russischen Delegation mit dem gleichen Hinweis auf die fehlende Verbindung mit Petersburg abgelehnt. Der bulgarische Bevollmächtigte schlägt vor, im Interesse des Fortschreitens der weiteren Verhandlungen die Punkte, welche nach der Auffassung der Verbündeten die Grundlage des Waffenstillstandes zu bilden hätten, bekannt zu geben. Die russische Delegation erklärt sich hiermit einverstanden. Hierauf teilt General *Hoffmann* den russischen Delegierten mit, welche Fragen nach Ansicht der Verbündeten in dem Waffenstillstandsvertrag zu regeln sein würden.

Die Sitzung wird 7.15 Uhr nachm. geschlossen und die nächste Sitzung auf den 4. Dezember 9.30 Uhr vorm. anberaumt.

Mit der Redaktion der Sitzungsprotokolle wird eine Kommission betraut und hierzu bestimmt

seitens der Verbündeten:

Dr. Anastassow.¹⁴⁾ Oberleutnant d. Reserve v. *Bülow. Graf Czáky*.¹⁵⁾ Rittmeister v. *Schmidt*.

seitens Rußlands:

Herr *Kamenev*. Herr *Sokol'nikov*.¹⁶⁾ Herr *Karachan*.¹⁷⁾

¹⁴⁾ Bulgarischer Legationsrat.

¹⁵⁾ *Emmerich Graf Csáky Körösszegh und Adorján*, österreichisch-ungarischer Legationssekretär I. Kategorie, zugeteilt der Gesandtschaft in Bukarest 1913—1918.

¹⁶⁾ *G. J. Sokol'nikov*, Mitglied des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei 1917—1919. Nach der Oktoberrevolution Kommissar für die Banken.

¹⁷⁾ *L. M. Karachan*, Sozialdemokrat seit 1904, Mitglied der bolschewistischen Partei nach dem Juli 1917. Bruce Lockhart, S. 254, schreibt über ihn: ein Armenier, „with dark, waving hair and a well-trimmed beard, he was the adonis of the Bolshevik Party. His manners were perfect. He was an excellent judge of a cigar. I never saw him in a bad temper . . . He had all the guile and craft of his race. Diplomacy was his proper sphere“.

24.

4. 12. 1917, vorm.: Sitzung der Waffenstillstandskonferenz

Rußland. Politisches Nr. I, Bd. I. — Überschrift: „Sitzung am 4. Dezember 1917, 9.30 Uhr vorm.“

Anwesend dieselben.

General *Hoffmann* eröffnet die Sitzung.

Er erklärt, die anwesenden Bevollmächtigten der Verbündeten seien bereit, die russischen Vorschläge für den Waffenstillstand entgegenzunehmen.

Kontreadmiral *Altvater*¹⁾ verliert hierauf nachstehenden Waffenstillstandsentswurf der russischen Delegation:

¹⁾ Hoffmann, II, S. 184, 192, schreibt über ihn: „... Den russischen Verteidiger der Insel [Ösel] habe ich später gut kennengelernt; es war dies der Admiral *Altvater*, der als Sachverständiger zu der bolschewistischen Waffenstillstandskommission gehörte . . . Sachlich entstand eine kleine Schwierigkeit, als Admiral *Altvater* plötzlich die Räumung Rigas und der Inseln des Moonsundes verlangte. Ich empfand die Forderung nach Lage der Sache als eine unglaubliche Dreistigkeit und wies sie deshalb kurz und energisch ab ...“

1. Frist des Waffenstillstandes.

Die Frist des Waffenstillstandes wird auf 6 Monate festgesetzt.

2. Aufhebung des Waffenstillstandes.

Im Falle einer Unterbrechung der Friedensverhandlungen dürfen die Feindseligkeiten nicht früher als nach Ablauf von 72 Stunden von dem Augenblick der Unterbrechung der Verhandlungen an eröffnet werden.

3. Frontabschnitte und Streitkräfte, auf welche sich der Waffenstillstand erstreckt.

Der Waffenstillstand erstreckt sich auf sämtliche Abschnitte der Landfront und auf alle Meere, auf denen sich im Augenblick des Abschlusses des Waffenstillstandes Streitkräfte der kriegführenden Mächte befinden. Unter Streitkräften, auf die sich die Bedingungen des Waffenstillstandes erstrecken, sind zu verstehen: sämtliche Landtruppen, welche sich auf dem Territorium der kriegführenden Staaten und in den von ihnen besetzten Gebieten befinden, Kriegsflootten und sämtliche technische Kampfmittel.

Keine organisatorische Truppeneinheit und keine technischen Kampfmittel dürfen während der Frist des Waffenstillstandes auf den Abschnitten einer Front von einer Front nach einer anderen, von der Front nach hinten und von hinten nach der Front verschoben werden.

Folgende Kategorien von Militärpersonen zu verschieben ist gestattet: Vom Dienst Entlassene, Kranke, Verwundete und Urlauber von der Front nach hinten, Genesene und Urlauber von hinten nach der Front.

Die Truppen und die technischen Kampfmittel, welche im Augenblick des Abschlusses des Waffenstillstandes sich im Zustande der Bewegung befinden, dürfen bis zum nächsten zur Einquartierung und zur Unterbringung geeigneten Punkte gebracht werden und sind dort zu belassen.

4. Demarkationslinie.

Zur Demarkationslinie wird eine Linie bestimmt, welche in der Mitte zwischen den jetzt bestehenden Hauptstellungen der kriegführenden Parteien läuft, mit Ausnahme:

- a) der kaukasischen Front, wo die Demarkationslinie durch eine besondere russisch-türkische Kommission festgesetzt wird;
- b) der Inseln Dagoë, Oesel, Moon und der sonstigen kleinen Inseln des Moonsunds, welche von den deutschen Truppen zu räumen sind, und die von den Streitkräften beider führenden Parteien nicht besetzt werden dürfen.
- c) In der Ostsee läuft die Demarkationslinie von Kap Lyseort zur südlichen Spitze der Insel Gotland und weiter bis zu den Territorialgewässern Schwedens. Die Seestreitkräfte beider Parteien, welche sich im Rigaischen Meerbusen und im Moonsund befinden, sollen die bezeichneten Gewässer verlassen.
- d) Im Schwarzen Meer wird die Demarkationslinie durch eine besondere russisch-türkische Kommission festgesetzt.

Anmerkung: Die detaillierte Festlegung der Demarkationslinie auf jedem einzelnen Abschnitte der Landfronten wird durch besondere Militärkommissionen bestimmt.

5. Seestreitkräfte und Transport zur See.

Die Seestreitkräfte und die dem Handelsverkehr dienenden Schiffe dürfen die oben festgesetzte Demarkationslinie nicht überschreiten und die Meeresteile, welche von den kriegführenden Parteien geräumt werden sollen, nicht befahren.

6. Aufhebung der Sonderwaffenstillstände an der Front.

Mit der Unterzeichnung dieses Waffenstillstandes treten sämtliche besonderen, auf einzelnen Abschnitten der Front geschlossenen Abkommen außer Kraft.

General **Hoffmann** äußert zunächst vom Standpunkt der deutschen Obersten Heeresleitung sein Erstaunen darüber, daß von der russischen Delegation Bedingungen gestellt würden, als ob die Verbündeten besiegt seien. Auf die ersten Punkte des russischen Entwurfes eingehend, weist der General auf den bereits am Vortage wiederholt vernommenen Wunsch der russischen Delegation hin, daß sich dem Waffenstillstand die Friedensverhandlungen unmittelbar anschließen sollten. Da dies auch dem Wunsch der Verbündeten entspräche, hätten sie einen kurzfristigen Waffenstillstand vorgeschlagen. Er sei der Ansicht, daß dieser Waffenstillstand sich automatisch verlängern, und daß die Kündigungsfrist in weiterer Diskussion vereinbart werden solle.

Herr **Kamenev** führt erläuternd aus, die russische Delegation halte es zur Vermeidung jeglichen Mißverständnisses für notwendig, festzustellen, daß vor Inkrafttreten des Abkommens über die Bedingungen eines langfristigen Waffenstillstandes, wie er russischerseits vorgeschlagen würde, zunächst eine kurzfristige Waffenruhe vereinbart werden müsse, während der die russische Regierung die Möglichkeit haben würde, sich erneut an ihre Bundesgenossen mit dem Vorschlag zu wenden, sich dem Abkommen über einen allgemeinen Waffenstillstand anzuschließen. Die Frist dieser Waffenruhe wäre nach Ansicht der russischen Delegation mit 7 bis 10 Tagen zu bemessen.

General **Hoffmann** hält den Vorschlag mit der von Herrn *Kamenev* gegebenen Begründung für eine geeignete Unterlage der Beratung.

Herr **Kamenev** führt aus, für die russische Delegation handele es sich jetzt darum, die Grundsätze eines langfristigen Waffenstillstandes festzulegen, der Zeit zu Friedensverhandlungen gewährte, die ihrerseits nähergerückt würden, wenn es gelänge, die Grundsätze eines solchen Waffenstillstandes schon jetzt zu vereinbaren. Er wäre zu erhoffen, daß hierdurch der Kampf des russischen Volkes um den Frieden auf eine breitere Basis gestellt würde, denn damit würde den hier nicht vertretenen kriegführenden Mächten der Anschluß ermöglicht.

General **Hoffmann** wiederholt seinen gestrigen Hinweis darauf, daß die Bevollmächtigten der Verbündeten zur Erörterung von Friedensvorschlägen und Friedensbedingungen nicht bevollmächtigt seien und daß diese Erörterungen daher zu keinem Ziele führen könnten. Als seine persönliche Ansicht äußert er seinen Zweifel darüber, daß die Verbündeten bereit sein würden, sich nochmals mit der Bitte um Einleitung von Verhandlungen an ihre Feinde zu wenden.

Auf Antrag des bulgarischen Bevollmächtigten tritt um 10 Uhr eine kurze Unterbrechung der Sitzung ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklärt General *Hoffmann* im Namen der Verbündeten erneut ausdrücklich, daß die Frage des Friedens und des

allgemeinen Waffenstillstandes bereits gestern erledigt worden sei. Hiervon habe die russische Delegation Akt genommen und sich bereit erklärt, in Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen dem russischen und den verbündeten Heeren einzutreten. Ohne einen entsprechenden Vorschlag der hier nicht vertretenen kriegführenden Mächte sei es nicht möglich, Bedingungen für einen Waffenstillstand festzusetzen. Es sei Sache der russischen Regierung, an ihre Bundesgenossen heranzutreten, mit diesen den Vorschlag eines allgemeinen Waffenstillstandes und Friedens zu vereinbaren und dann diesen Vorschlag den Verbündeten mitzuteilen.

Herr **Joffe** nimmt im Namen der russischen Delegation von dieser Erklärung Kenntnis und schlägt vor, zur Diskussion der einzelnen Punkte eines Waffenstillstandes überzugehen.

Dementsprechend wird in die Besprechung des ersten Punktes des russischen Waffenstillstandsentwurfes eingetreten.

General **Hoffmann** schlägt gemäß seiner am Vortage gegebenen Begründung einer kurzen Befristung eine 14tägige Dauer des Waffenstillstandes vor. Da anschließend Friedensverhandlungen beabsichtigt seien, empfehle es sich, eine automatische Verlängerung des Waffenstillstandes zu vereinbaren.

Herr **Joffe** bringt, dem russischen Vorschlag entsprechend, eine Kündigungsfrist von 72 Stunden in Vorschlag.

General **Hoffmann** erklärt eine Frist von 72 Stunden für zu kurz. Er weise darauf hin, daß der Koalitionskrieg eine zeitraubende Verständigung zwischen den verbündeten Heeresleitungen notwendig mache. Da der Waffenstillstand die Herbeiführung von Friedensverhandlungen bezwecke, werde er nur gekündigt werden, wenn diese Verhandlungen nicht das erhoffte Ergebnis brächten. In diesem Falle wäre eine Auseinandersetzung zwischen den verbündeten Regierungen notwendig, die längere Zeit in Anspruch nehmen würde.

Auf Antrag der russischen Delegation tritt um 10.30 Uhr eine Pause ein.

Die Sitzung wird um 11 Uhr wieder eröffnet.

Herr **Joffe** bringt folgenden Vorschlag für die Frist des Waffenstillstandes ein:

„Der Waffenstillstand beginnt am 10. Dezember 1917 12 Uhr mittags und dauert bis zum 7. Januar 1918 12 Uhr mittags. Beide Parteien sind berechtigt, den Waffenstillstand mit 7tägiger Frist zu kündigen; erfolgt dies nicht, dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien ihn mit 7tägiger Frist kündigt.“

Herr **Joffe** fügt erläuternd hinzu, der Beginn des Waffenstillstandes am 10. Dezember 1917 setze voraus, daß der Vertrag am 5. Dezember vollzogen werde; andernfalls müsse der Beginn verschoben werden.

General **Hoffmann** stimmt in dem Wunsch, die Verhandlungen zu beschleunigen, der 28tägigen Frist zu und betont, er glaube hiermit den Wünschen der russischen Delegation entgegen zu kommen. Er beantragt, nunmehr zur Erörterung des Punktes 2 des russischen Entwurfes zu schreiten.

General **Hoffmann** wendet gegen die russische Fassung ein, daß sie die deutschen Heere im Westen einseitig zum Waffenstillstand verurteilen würde, und schlägt daher folgenden Wortlaut vor:

„Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Staaten auf der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee und auf die russisch-türkischen Kriegsschauplätze in Asien“.

Er fügt erläuternd hinzu, daß für die russisch-türkischen Kriegsschauplätze in Asien besondere Abmachungen aufgenommen werden müßten.

Der **ottomanische Bevollmächtigte** beantragt, daß sich der Waffenstillstand gleichzeitig auf das neutrale Persien erstrecke.

General **Hoffmann** bemerkt, daß diese Abmachungen nur die Land- und Luftstreitkräfte betreffen, für die Streitkräfte zur See müßten besondere Bedingungen getroffen werden.

Er stellt Absatz 2 bis 4 des Punktes 3 des russischen Entwurfes zur Erörterung und erklärt die darin enthaltenen Vorschläge für unannehmbar. Durch diese würden die Verbündeten, die im Gegensatz zu Rußland zwei Hauptkampffronten hätten, einseitig belastet. Die Möglichkeit müsse belassen werden, Verbände, die der Erholung bedürfen, verschieben zu können. Seit Kriegsbeginn seien derartige Verschiebungen vorgenommen worden, und sie seien auch gegenwärtig im Gange. Übrigens sei bekannt, daß die Russen ebenfalls Truppenverschiebungen, im wesentlichen nach dem Innern, vorgenommen hätten und vielleicht in Zukunft noch vornehmen müßten. Die Verschiebung ganzer Armeen sei aber selbstverständlich unmöglich, da, wenn die Verhandlungen nicht das gewünschte Ergebnis erbrächten, man jederzeit darauf gefaßt sein müsse, daß die russische Armee die Feindseligkeiten wieder aufnehme. Schließlich würde die russische Fassung verhindern, die Besatzung der Schützengräben in gute Quartiere zurückzuverlegen, und würde dadurch das von beiden Parteien angestrebte Ziel, den Mannschaften den Winter im Schützengraben zu ersparen, vereiteln. Die Obersten Heeresleitungen der Verbündeten würden dagegen bereit sein, sich zu verpflichten, keine Verbände zur Vorbereitung eines Angriffs auf russische Truppen zu verschieben. Selbstverständlich müßte diese Verpflichtung auf Gegenseitigkeit beruhen.

General **Hoffmann** schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, um den Bevollmächtigten der Verbündeten Gelegenheit zu geben, eine ihren Wünschen entsprechende Fassung dieser Punkte zu vereinbaren.

Dieser Vorschlag wird angenommen.

Um 12 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet, nachdem der Gegenvorschlag der Verbündeten in nachstehender Fassung den russischen Delegierten mitgeteilt worden war:

- 1) Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Staaten auf der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien tritt der Waffenstillstand gleichzeitig ein.
- 2) Die Mittelmächte, Bulgarien und die Türkei verpflichten sich, ihre Truppen gegenüber Rußland während des Waffenstillstandes nicht zu verstärken und keine Truppenverschiebungen zwecks künftiger Angriffe auf die russische Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee und auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien vorzunehmen. Ebenso verpflichtet sich Rußland, während des Waffenstillstandes keine großen Kräfteverschiebungen vorzunehmen, die einen Angriff gegen die Armeen der

Verbündeten erleichtern würden. In bezug auf die Ablösung der Truppen und deren Unterbringung behalten sich die Vertragsschließenden volle Freiheit vor.

Herr **Joffe** erklärt, daß er von dieser Fassung Kenntnis nehme. Da er aber für zweckmäßiger halte, die endgültige Redaktion aufzuschieben, bis auch alle anderen Punkte besprochen seien, bitte er um Mitteilung der weiteren Gegenvorschläge.

General **Hoffmann** gibt hierauf die Punkte des nachstehenden Entwurfes der Verbündeten mit entsprechenden Erläuterungen bekannt:

„Punkt 3: Als Demarkationslinie an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vordersten Hindernisse der eigenen Stellung; diese Linien dürfen von niemanden außer von Parlamentären und den besonders ernannten Kommissionen (Ziff. 6) überschritten werden. Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseitig als unüberschreitbare Linie die Gerade zwischen den vordersten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen den beiden Linien gilt als neutral und unübertretbar. Ebenso sind schiffbare Flüsse, die die beiderseitigen Stellungen trennen, neutral und unbefahrbar. Auf denjenigen Fronten, wo die Stellungen weit auseinander liegen, ist alsbald durch die Demarkations-Kommission (Ziff. 6) eine für beide Teile nicht zu überschreitende Demarkationslinie festzulegen und kenntlich zu machen.

Auf den asiatischen Kriegsschauplätzen wird die Demarkationslinie nach Vereinbarungen der beiderseitigen Höchstkommmandierenden bestimmt“.

General **Hoffmann** bemerkt hierzu erläuternd, die Bestimmungen des vorstehenden Punktes bezögen sich ausschließlich auf den Landkrieg. Hinsichtlich des Seekrieges seien besondere Vorschriften zu vereinbaren.

Vor Erörterung derselben müsse er ausdrücklich betonen, daß die deutsche Oberste Heeresleitung den russischen Vorschlag ablehnen müsse, die Inseln im Rigaischen Meerbusen zu räumen. Die Geschichte kenne kein Beispiel, daß unter gleichberechtigten Vertragsschließenden nicht-gleiche Verpflichtungen beiden Teilen auferlegt würden, wie das hier der Fall wäre. General **Hoffmann** erklärt kategorisch, daß der russische Räumungsvorschlag seinerseits für durchaus indiskutabel gehalten werde.

Zur Frage der Demarkationslinien zur See übergehend, fährt er fort:

„Punkt 4: Der Waffenstillstand erstreckt sich auf den Seekrieg nur, soweit dies im Folgenden festgelegt wird.

a) Angriffe von See aus und aus der Luft auf die feindlichen und vom Feinde besetzten Küsten und Häfen werden beiderseits unterbleiben.

b) Der Seekrieg im Schwarzen Meer wird eingestellt.

Die russischen Seestreitkräfte werden die Linie Sulina—Trapezunt nicht nach Süden, die Seestreitkräfte der vier verbündeten Mächte die Linie St. Georgs-Mündung—Tereboli nicht nach Norden überschreiten. Kriegsschiffe der Entente, die sich nördlich der Linie Sulina—Trapezunt befinden, werden durch Rußland festgehalten.

c) In der Ostsee gilt der Waffenstillstand nur östlich des 15. Längengrades Ost von Greenwich. Die Kriegsschiffe der vier verbündeten Mächte werden das Gebiet östlich der Linien Kap Spithamn—Odensholm—Russaroe und außerhalb dieses Gebietes die finnische Drei-Seemeilenzone nicht bedahren. Russische Kriegsschiffe werden das vorbezeichnete Gebiet nicht verlassen; dort befindliche Kriegsschiffe der Entente werden durch Rußland festgehalten.

d) Für die Aufnahme des Handelsschiffsverkehrs auf bestimmten Wegen können besondere Abmachungen getroffen werden.

Punkt 5: Um Unruhe und Zwischenfälle an der Front zu vermeiden, dürfen Übungen mit Infanteriewirkung nicht näher als 5 km, mit Artilleriewirkung nicht näher als 15 km hinter den Fronten vorgenommen werden.

Alle Parteien verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß ein ausdrücklicher Befehl für ihre Truppen erlassen wird, die Demarkationslinie nicht zu überschreiten.

Arbeiten an den Stellungen hinter den vordersten Drahthindernissen sind erlaubt, jedoch nicht solche, die der Vorbereitung von Angriffen dienen können.

Der Minenkrieg muß vollständig eingestellt werden. Luftstreitkräfte müssen sich außerhalb einer 10 km breiten Luftzone beiderseits der vordersten Hindernisse halten.

Punkt 6: Mit Beginn des Waffenstillstandes tritt in

- a) Brest-Litowsk für die Front vom Dnjestr bis zur Ostsee,
- b) Czernowitz für die Front von der Putna bis zum Dnjestr,
- c) Focani für die Front vom Schwarzen Meer bis zur Putna,
- d) Reval (oder einem andern, von der russischen Delegation vorzuschlagenden Ort) für die Ostsee,
- e) Odessa für das Schwarze Meer

je eine Kommission (Vertreter jedes an dem betreffenden Frontstück beteiligten Staates) zusammen, der alle militärischen Fragen für die Ausführung der Waffenstillstandsbestimmungen in dem betreffenden Bereiche zuzuführen sind.

Diesen Kommissionen werden unmittelbare und unkontrollierte Fernschreibleitungen in die Heimatländer ihrer Mitglieder zur Verfügung gestellt. Die Leitungen werden im eigenen Lande bis zur Mitte zwischen den Demarkationslinien von den betreffenden Heeresleitungen gebaut.

Punkt 7: Alle bisher für einzelne Frontstücke abgeschlossenen Vereinbarungen über Waffenruhe oder Waffenstillstand sind durch diesen Waffenstillstandsvertrag überholt und treten außer Kraft.

Punkt 8: Die in Mazedonien stehenden russischen Streitkräfte werden in den Waffenstillstand eingeschlossen.

Die vier verbündeten Mächte sind bereit, sie nach Rußland zurückzuführen.

Punkt 9: Das neutrale Persien wird von den ottomanischen und den russischen Streitkräften geräumt.

Punkt 10: Die Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandes in Friedensverhandlungen eintreten.

Punkt 11: Jede Regierung der beiden Parteien erhält eine Ausfertigung dieser Vereinbarung, die von den bevollmächtigten Vertretern unterzeichnet ist.“

Um 12.40 Uhr wird die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf den 5. Dezember anberaumt.

25.

4. 12. 1917: Denkschrift der Reichskanzlei über die Waffenstillstandsverhandlungen¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1, u. Weltkrieg 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Überschrift: „Aufzeichnung“. Exemplar Nr. 3. Ohne Unterschrift. Hs. Zusätze: „von S. E. Herrn Staatssekretär v. Kühlmann 4. 12.“. „Geheim aufzubewahren (gez.) Kühlmann“.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 42 ff.; das aus dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam stammende Dokument ist vom 3. 12. 1917 datiert.

1. Oberst *v. Winterfeldt* wird den Generalfeldmarschall *v. Hindenburg*²⁾ und den General *Ludendorff* zu veranlassen suchen, am Freitag dieser Woche für zwei Tage nach Berlin zu kommen, um die notwendigen Fragen, die mit der Einleitung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zusammenhängen, eingehend zu besprechen.

2. Als solche Fragen kommen in Betracht:

a) Abgrenzung der Kompetenzen in den besetzten Gebieten.

Die besetzten Gebiete im Osten sind bisher dem Oberbefehlshaber Ost unterstellt gewesen und haben unter reiner Militärverwaltung gestanden. Der politischen Reichsleitung hat eine Ingerenz auf die in diesen Gebieten betriebene Politik nur in beschränktem Maße zugestanden. Dieser Zustand rechtfertigt sich damit, daß die besetzten Gebiete als unmittelbares Hinterland der militärischen Operationen in erster Linie nach Grundsätzen verwaltet werden mußten, die von den militärischen Notwendigkeiten der Operationsarmee diktiert waren. Die Einflußnahme der politischen Reichsleitung konnte daher nur soweit gehen, als das zukünftige Verhältnis dieser Länder zu Deutschland schon jetzt eine gewisse politische Rücksichtnahme auf die dortige Bevölkerung notwendig machte. In dem Augenblick aber, wo das zukünftige Verhältnis der besetzten Gebiete zu Deutschland einen festen Charakter anzunehmen beginnt, wird es notwendig, daß die eben skizzierten politischen Gesichtspunkte für die Verwaltung des Landes gegenüber den militärischen in den Vordergrund treten. Es ist also schon jetzt eine verstärkte Einflußnahme der politischen Reichsleitung auf die Verwaltungsgrundsätze notwendig geworden. Dies trifft noch in viel höherem Maße in dem Augenblick zu, in dem durch Abschluß eines Waffenstillstandes oder Eintritt einer Waffenruhe die militärischen Operationen im Osten ihr Ende finden. In diesem Moment wird es notwendig, eine neue Gestaltung der Unterstellungsverhältnisse vorzunehmen. Hiermit kommen wir zu Punkt

b) zukünftige Gestaltung von Ober-Ost und Neuregelung der Verhältnisse.

Mit Aufhören der militärischen Operationen wird auch die Verwaltung der besetzten Gebiete aus der militärischen Hand in die einer Zivilverwaltung übergehen müssen. Da anzunehmen ist, daß die von uns besetzten Gebiete nicht unmittelbar in der Lage sein werden, sich selbst zu verwalten, andererseits aber die Überleitung der Landesverwaltung aus der deutschen in die einheimische Hand schon jetzt in Angriff genommen werden muß, wird eine Form der Übergangswirtschaft gefunden werden müssen, durch die der deutsche Einfluß auf die zukünftige Gestaltung der Landesverwaltung sichergestellt wird, ohne daß die einheimische Verwaltung dadurch in ihrem Aufbau und ihrer Entwicklung zu sehr gehemmt wird. Es erscheint daher zweifelhaft, ob sich die Einrichtung einer Zivilverwaltung nach dem Muster von Polen und Belgien empfiehlt, oder ob nicht etwa an ihre Stelle ein Reichskommissar zu treten haben wird, der, von vornherein sich auf einheimische Verwaltungsbehörden stützend, die

²⁾ *Paul v. Beneckendorff und v. Hindenburg* (1847—1934), Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Organisation der zukünftigen Landesverwaltung in die Hand nimmt. Es dürfte auch, um den Empfindlichkeiten der uns anzugliedernden Völker nicht zu nahe zu treten, und die Fiktion der Selbstbestimmung³⁾ der Völker nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten, nicht zweckmäßig sein, diesen Reichskommissar etwa als Generalgouverneur oder Gouverneur zu bezeichnen, sondern vielmehr einen anderen Ausdruck, etwa Resident oder Bevollmächtigter zu wählen. Diesem Reichskommissar würde die gesamte bisher von Ober Ost ausgeübte Verwaltungstätigkeit zu übertragen sein mit der Maßgabe, daß er unverzüglich die Überleitung in die Hände der einheimischen Landesverwaltung vorzunehmen haben würde.

c) Art der Führung der Waffenruhe- und Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland.

Da es sich bei den Waffenstillstandsverhandlungen zunächst um militärische Gesichtspunkte handelt, und der militärische Gesichtspunkt der Herstellung einer absoluten Waffenruhe im Vordergrund steht, so würden die Verhandlungen über Waffenstillstand und Waffenruhe von militärischer Seite, d. h. von Oberkommando zu Oberkommando geführt werden können. Sobald aber aus diesen militärischen Verhandlungen sich politische Konsequenzen ergeben und die gesamten Fragen unseres zukünftigen Verhältnisses zu Rußland mit Einschluß der neuen Gestaltung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten zur Verhandlung stehen, muß die politische Reichsleitung unter allen Umständen die Führung erhalten. Zu diesem Zwecke würde eine Persönlichkeit ausgesucht werden müssen, die, von der politischen Reichsleitung bevollmächtigt, im Einvernehmen mit den an der Gesamtentwicklung interessierten Stellen die Verhandlungen mit den russischen Bevollmächtigten zu führen haben würde. In diesem Moment würde auch die Frage auftreten, ob es zweckmäßig ist, die Verhandlungen weiter im Gebiete von Ober Ost zu führen oder sie an einen anderen Ort zu verlegen.

d) Sollten aus den Verhandlungen mit Rußland sich weitere Verhandlungen mit den anderen kriegführenden Mächten ergeben, so wird es noch mehr zur Notwendigkeit, sich schon jetzt darüber klar zu werden, wer diese Verhandlungen zu führen hat, d. h. wie die mit diesen Verhandlungen zu betrauende Kommission zusammengesetzt werden soll, wo sie zu tagen hat, und in welcher Weise die Kompetenzen zwischen der politischen Leitung und Oberster Heeresleitung für diesen Fall abzugrenzen sind.

e) Für den Fall der Einleitung allgemeiner Verhandlungen wird es notwendig sein, daß die Oberste Heeresleitung ihren Sitz nach Berlin verlegt, damit die notwendige persönliche Fühlung und das unmittelbare Zusammenarbeiten zwischen ihr und Reichsleitung für jeden Augenblick der Verhandlungen sichergestellt ist.

³⁾ Grundsätzliches zum Selbstbestimmungsrecht vgl. u. a. Lenin, Sämtl. Werke, XIX, S. 39 ff., Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen; Decker, S. 97 ff., 104 ff., 151 ff.; Kraus, S. 57 ff. in: Das östliche Deutschland; Kluge, S. 44 ff., 51 ff.

26.

4. 12. 1917: Gesandter von Rosenberg (Brest-Litowsk) an Staatssekretär v. Kühlmann

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 32. Abgeg. Brest-Litowsk, 4. 12. 1917, 12.40 vorm., angek. 4. 12. 1917, 1.30 vorm.

In heutiger Sitzung versuchte russische Delegation die Verhandlung vom militärischen Gebiet des Waffenstillstands auf das politische des Friedens hinüberzuspielen. Dies wurde abgelehnt, womit sich die Russen schließlich abfanden. Bei der hierüber sich entspinrenden Diskussion wurde der Funkspruchwechsel erwähnt, der zwischen Euerer Exzellenz und Graf Czernin einerseits, mit Herrn Trockij andererseits stattgefunden hat.¹⁾

Nach einer internen Besprechung der russischen Delegation äußerten die Russen ohne nähere Begründung den Wunsch, jenen Funkspruchwechsel in das Protokoll aufzunehmen. Die verbündeten Vertreter erklärten, persönlich keine Bedenken zu haben; sie müßten aber aus Berlin und Wien zunächst den authentischen Text erbitten, da dieser hier nicht vorliege.

Offenbar ist es den Russen nur darum zu tun, die nach ihrer Ansicht grundlegenden Prinzipien für den Friedensschluß wenigstens in der Form der bekannten Schlagworte in das Protokoll hineinzubringen. Ablehnung dieses Wunsches könnte dem Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen abträglich sein. Bitte authentischen Text des Funkspruchs Euerer Exzellenz tunlichst umgehend zu drahten.

Rosenberg.

¹⁾ Abdruck der Antwort Czernins vom 29. 11. 1917 auf den russischen Funkspruch vom 28. 11. 1917 bei Schultheß, 33. Jg. 1917, II, S. 207; vgl. auch Nr. 10, 16, 20.

27.

4. 12. 1917, vorm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 34. Abgeg. Brest-Litowsk, 4. 12. 1917, 1.00 vorm., angek. 4. 12. 1917, 1.30 vorm.

In der heutigen Sitzung gaben die Russen folgende Erklärung ab:

„Die russische Abordnung legt den Wortlaut des von dem Rate der Volkskommissare am 13. (26.) November 17 gemachten Vorschlages¹⁾ zugrunde. Die

¹⁾ Vgl. den Wortlaut des Telegrammes des russischen Oberkommandierenden Krylenko vom 26. 11. 1917: „Heute um 11 Uhr sind vom Höchstkommmandierenden drei Parlamentäre: der Leutnant des 9. Kievsehen Kürassier-Regiments Vladimir Sneur und die Mitglieder des Armeekomitees der 5. Armee, der Militärarzt Michail Sagalovič und der Freiwillige Georg Meren mit folgenden Vollmachten zum Feinde gesandt worden: sich an den obersten Chef der deutschen Armee in dem Abschnitt, an dem die Parlamentäre empfangen werden, mit der Bitte zu wenden, die oberste Kommandogewalt zu befragen, ob sie ihre Bevollmächtigten

russische Delegation zieht die Erklärung der Vertreter Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei in Erwägung, nämlich, daß sie nicht bevollmächtigt sind, sich zu verpflichten, allen gegen ihre Staaten kriegführenden, auf dieser Versammlung nicht vertretenen Mächten die Einleitung von Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf allen Fronten vorzuschlagen.

Unter Zugrundelegung des Obigen schlägt die russische Abordnung den Bevollmächtigten Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei vor, den Antrag der Bevollmächtigten Rußlands ihren Regierungen zu übermitteln, und geht bis zum Eintreffen der Antwort zur Besprechung der Bedingungen des Waffenstillstands über.“

Es handelt sich also um den Wunsch der Russen, daß die Mittelmächte den in Brest Litowsk nicht vertretenen feindlichen Regierungen einen Waffenstillstand vorschlagen möchten.

General *Hoffmann* hat erwidert, daß er sich zu diesem Wunsch nicht äußern, sondern ihn nur an die O.H.L. weitergeben könne, die über die Frage der Weiterleitung an die Deutsche Regierung zu entscheiden habe. Gegebenenfalls würden sich dann zunächst die 4 verbündeten Regierungen einigen müssen. Verzögerung sei daher unvermeidlich.

Vielleicht empfiehlt es sich ungefähr wie folgt zu antworten:

„Die vier Verbündeten haben sich sämtlichen Gegnern gegenüber wiederholt zu Friedensverhandlungen bereit erklärt. Friedensverhandlungen schließen Verhandlungen über Waffenstillstand ein. Die Gegner sind auf die Anregung der Verbündeten nicht eingegangen. Wenn sie uns jetzt den Wunsch nach einem Waffenstillstand aussprechen sollten, so sind wir bereit, mit ihnen in Verhandlungen über einen solchen einzutreten.“

Rosenberg.

zu senden bereit sei, um sofortige Verhandlungen über einen Waffenstillstand an allen Fronten der kämpfenden Länder herbeizuführen, mit dem Ziel, alsdann Friedensverhandlungen zu beginnen. Im Falle einer zustimmenden Antwort von seiten der obersten deutschen Heeresleitung ist den Parlamentären aufgetragen worden, den Platz und die Zeit für die Begegnung der beiderseitigen Bevollmächtigten zu besprechen“. Vgl. Schultheß, 33. Jg. 1917, I, S. 768. Russische Edition des Dokumentes neuerdings in: Dokumenty vnešnej politiki, S. 25.

28.

4. 12. 1917, nachm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 37. Abgeg. Brest-Litowsk 4. 12. 1917, 5.45 nachm., angek. 4. 12. 1917, 7.15 nachm.

In heutiger zweiter Sitzung versuchten Russen wieder auf Friedensfrage und allgemeinen die Entente einschließenden Waffenstillstand abzukommen.¹⁾

¹⁾ Vgl. hierzu auch die gleichzeitigen Äußerungen des österreichisch-ungarischen Botschafters

Erneut wurde festgelegt, daß nur über Waffenstillstand der vier Verbündeten mit Rußland verhandelt wird.

Die Russen vorlegten ihren Vertragsentwurf, der mit morgigem Kurier folgt. Wichtigste Bestimmungen:

1. Dauer 6 Monate, Kündigung 72 Stunden.
2. Keinerlei Truppenverschiebungen.
3. Dagö, Ösel, Moon und sonstige Inseln des Moonsundes sind von uns zu räumen.

Diese drei Vorschläge wurden als indiskutabel abgelehnt. Zu Punkt 1. wurde schließlich versichert: Dauer 28 Tage, Kündigung 7 Tage, automatische Verlängerung bei Nichtkündigung. Beginn 10. Dezember. Letzteren Termin erbat die Russen für den Fall, daß Vertrag morgen unterzeichnet werde; sonst entsprechend späterer Beginn.

Auf russischen Wunsch wurden sodann die einzelnen Bestimmungen unseres Entwurfes (Fassung der Armee) verlesen, erläutert und abschriftlich übergeben. Auf Antrag *Zekki's*²⁾ wurde neue Bestimmung aufgenommen, wonach Persien von Russen und Türken zu räumen ist. Text folgt mit Kurier.

Demnächst wurde die Verhandlung auf russischen Antrag bis 5. Dezember vorm. vertagt.³⁾

Allgemeiner Eindruck ist nicht ungünstig.

Rosenberg.

v. Mérey: „... Russische Delegierte versuchten — wie bereits gemeldet — die Verhandlungen vom militärischen Gebiet des Waffenstillstandes auf das politische des Friedens hinüberzuleiten. Militärische Vertreter des Vierbundes lehnten dies ab, womit sich die Russen abfanden ... Bei ihrem Antrag scheint es Russen offenbar nur daran gelegen zu sein, wenigstens in der Form der bekannten Schlagworte, die nach ihrer Ansicht grundlegenden Prinzipien für den Friedensschluß ins Protokoll zu bringen. Eine Ablehnung dieses russischen Wunsches könnte dem Fortgang der sich günstig entwickelnden Waffenstillstandsverhandlungen abträglich sein“. HHStA., P.A., Brester Kanzlei, Telegramm, Brest-Litowsk, v. 4. 12. 1917.

²⁾ *Zekki Pascha*, General der Infanterie, Generaladjutant; Vertreter der Türkei bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Brest-Litowsk; vgl. auch unten S. 603, Anm. 1.

³⁾ Zur Begründung vgl. Botschafter v. Mérey (Telegramm Graf Demblin, Wien, 9. 12. 1917): „Für die Unterbrechung der Verhandlung lag russischerseits eine Reihe von Gründen vor: die unsichere Lage im russischen Reiche, der ungenügende Kontakt der russischen Abordnung mit ihrer Regierung, die Absicht, auf die Verbündeten noch einen Druck im Sinne ihres Anschlusses an die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen auszuüben, die Eventualität einer neuerlichen internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm und die Nachricht, wonach die Ukraine selbständig einen Waffenstillstand und Frieden abschließen will ... Das Friedensbedürfnis der Russen ist so groß, daß sie sich auf eine Fortsetzung des Krieges etwa bis zum Frühjahr gewiß nicht einlassen werden. Haben sie sich aber einmal durch den Waffenstillstand einen gewissen Erfolg und die Sicherheit gegen einen Angriff von unserer Seite verschafft und sind ihre Bemühungen, in das innere Chaos (Bürgerkrieg, Ernährungsschwierigkeiten, finanzielle Krise, Transportkrise) etwas in Ordnung zu bringen, einigermaßen erfolgreich, so werden sie wohl auch den Frieden nicht übers Knie brechen und ihr eigentliches Ziel zu erreichen trachten, welches darin besteht, den allgemeinen Weltfrieden herbeizuführen und zwar nicht durch diplomatische Verhandlungen, sondern durch einen von den sozialistischen und revolutionären Schichten der Bevölkerung aller Staaten auf die Regierungen auszuübenden Zwang. Nur wenn ihre Hoffnung auf dieses Ziel und auf diese Methode verschwindet, werden sie auch einen Sonderfrieden mit uns abschließen, und da es ihnen — nach ihrem bisherigen Auftreten zu schließen — in allem viel mehr um den

Schein als um die Sache selbst zu tun ist, werden sie vermutlich einen Frieden anstreben, welcher mehr Schlagworte und Phrasen behufs Wirkung auf ihre öffentliche Meinung und auf jene ihrer Verbündeten als konkreten Inhalt aufweist. Ein solcher inhaltsloser Präliminarfrieden könnte schon in verhältnismäßig kurzer Zeit zu Stande kommen. Haß gegen uns und gegen Deutschland war bei den Russen ebenso wenig zu bemerken wie etwa lebhaftes Sympathien für ihre Verbündeten. Theoretisch sind sie eben ein Teil der Internationale, praktisch wollen sie vor allem endgültig an der Macht bleiben . . . Da sie im Inneren noch starke Widerstände zu überwinden haben, und auch im Heere noch Spaltungen bestehen, endlich die Einwirkung ihrer Verbündeten sich noch in allen möglichen Formen äußern dürfte, sind meine obigen Vermutungen über den weiteren Gang der Verhandlungen an die Voraussetzung geknüpft, daß nicht etwa schon in nächster Zeit — später einmal wird es wohl gewiß geschehen — das dermalige Regime in Rußland hinweggefegt oder doch ernsthaft erschüttert wird“. HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

29.

4. 12. 1917: Mitteilung Feldmarschalls v. Hindenburg an Reichskanzler Graf v. Hertling über die litauische Frage

Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1, Bd. 11. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt, Telegramm. Nr. 1914. Abgeg. Großes Hauptquartier, 4. 12. 1917, 11.30 vorm., angek. 4. 12. 1917. 1.12 nachm. Überschrift: „Für Herrn Reichskanzler. Auf Telegramm 1915“. ¹⁾

Feldmarschall v. Hindenburg läßt Euer Exzellenz²⁾ drahten:

„Die Resolution der Litauer³⁾ ist für mich aus folgenden Gründen unannehmbar:
 1. Die Erklärung eines unabhängigen Staates gibt uns nicht die Gewähr, daß dieser später derart an Deutschland gekettet werden kann, wie es der Schutz unserer Ostgrenzen gegen Rußland und Polen unbedingt fordert.
 2. Für den Landesrat⁴⁾ wird eine eigene außenpolitische Betätigung beansprucht, die so weit geht, daß er die Beziehungen Litauens zu den anderen Völkern der Erde regeln, zunächst also sich seine Grenzen selbst schaffen will. Wie weit die Ansprüche der Litauer, sogar über die ihnen von uns bisher zugeordneten Grenzen

¹⁾ Telegramm vom 1. 12. 1917, Mitteilung des Reichskanzlers an den Chef des Generalstabes des Feldheeres: er habe die Litauer *Dr. Smetona*, *Dr. Šaulys* und *Dr. Kairys* empfangen und ihnen die „Anwendung des Grundsatzes von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf Litauen im Rahmen der Wahrung unserer gemeinsamen Interessen“ zugesagt. „Ich habe dies getan, nachdem es trotz eingehender Verhandlungen . . . nicht gelungen war, die Litauer zu bewegen, sich mit der dortseits formulierten Erklärung für einen Anschluß Litauens an Deutschland einverstanden zu erklären“. Er befürworte die vom litauischen Landesrat zu fassenden Beschlüsse. — Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1, Bd. 11, Baltische Provinzen, Litauen.

²⁾ Reichskanzler Graf v. Hertling.

³⁾ Es handelt sich um das „Protokoll“ vom 1. 12. 1917; vgl. Klimas, S. 102 f.

⁴⁾ Der Litauische Landesrat (*Taryba*) bestand aus 20 Mitgliedern, sein Präsidium aus 5 Personen; er bemühte sich, eine Unabhängigkeitserklärung Litauens seitens der deutschen Regierung zu erlangen, die tatsächlich am 29. 11. 1917 durch den Reichskanzler Grafen von Hertling ausgesprochen wurde¹⁾.

hinaus, gehen, erhellt aus den Beschlüssen der Berner Konferenz⁵⁾, nach denen sie bei Illuxt⁶⁾ und an der Küste nicht unerhebliche Teile Kurlands sowie das nicht litauische Suwalki haben wollen.

3. Bereits am 28. November ist hier den litauischen Vertretern auseinandergesetzt worden, daß eine Militärkonvention, wie sie von ihnen gefordert wird, die baldige Errichtung eines litauischen Heeres nicht bringen kann. Es fehlt Litauen an Offizieren und Unteroffizieren. Schnelle Errichtung eines Heeres ist nur möglich, wenn die Litauer auf Jahre hinaus ihrer Dienstpflicht in deutschen Regimentern obliegen.

4. Eine Verkehrskonvention kann nicht in Frage kommen, da Litauen über Eisenbahnmateriale und Personal nicht verfügt, also selbst nichts in die Konvention hineinbringen würde.

5. Außer dem Landesrat werden für die Wünsche des Volkes auch die Konferenzen⁷⁾ in Anspruch genommen. Der Landesrat ist aber die einzige berufene Vertretung. Seinen Wirkungskreis können während des Krieges nur wir bestimmen.

Da hiernach zwar die Ansprüche der Litauer erfüllt, die deutschen militärischen Interessen indessen nicht gewahrt worden sind, so wäre ich dankbar gewesen, wenn Euer Exzellenz die Annahme der Resolution von vornherein abgelehnt und den Litauern keinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß wir unter diesen Umständen lediglich nach deutschen Interessen die Gestaltung unserer Ostgrenze durch feste Einverleibung des Gebietes bis zur Linie Dünaburg—Kovno—Grodno—Bialystok vornehmen würden, östlich dieser Linie aber nach einer anderen Form für die unbedingt notwendige strategische Beherrschung suchen müßten.

Ich konnte dies um so mehr erhoffen, als wir nach unseren Besprechungen in Berlin Anfang November über die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Litauens Einigkeit gewonnen hatten.

Ich bedauere, daß man die litauischen Vertreter in Berlin nicht vor Beeinflussung von unverantwortlicher Seite geschützt hat.

Euer Exzellenz sehen es als Fortschritt an, daß die Litauer die Entfernung des Fürsten Isenburg⁸⁾ und die Änderung des Systems der Verwaltung nicht mehr als

⁵⁾ Abdruck der Beschlüsse der Berner Konferenz v. 6. 11. 1917 bei Klimas, S. 97, Dok. Nr. XXII.

⁶⁾ In der Vorlage irrtüml.: „Illert“.

⁷⁾ Auszug aus dem Protokoll der Sitzungen der Litauischen Konferenz vom 18. bis 22. 9. 1917 in Wilna; vgl. Klimas, S. 62 f., Dok. Nr. XIV; Beschlüsse der zweiten Litauischen Konferenz zu Stockholm vom 18.—20. 10. 1917 ebenda S. 95, Dok. Nr. XXI; Beschlüsse der Berner Konferenz vom 6. 11. 1917 ebenda S. 97, Dok. Nr. XXII.

⁸⁾ Franz Joseph Fürst v. Isenburg-Birstein, Chef der Militärverwaltung in Litauen. — Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 149, schreibt: „Oberstleutnant Fürst v. Isenburg in Litauen war impulsiver, vielleicht war er dies zuweilen zu sehr. Er war ein arbeitsfroher Mann, der seinen Familienbesitz hervorragend bewirtschaftete. Er hatte sich bereits bei der Verwaltung des besetzten Polens vorteilhaft betätigt und war mir dort aufgefallen. Der Oberstleutnant wurde später ein Opfer der Politik“. — von Müller, Eintragung v. 29. 5. 1916, S. 186, bemerkt, daß der Fürst v. Isenburg-Birstein „sehr interessant von dem Reichtum seines Verwaltungsgebietes und seinen Zukunftsmöglichkeiten als Siedlungsgebiet“ erzählt habe; vgl. auch die kleine Schrift: Litwa za rządów ks. Isenburga.

Bedingungen stellen. Den Herren wurde im Hauptquartier bereits auseinandergesetzt, daß die Oberste Heeresleitung eine Kritik ihrer Verwaltungsmaßnahmen im eroberten feindlichen Gebiete nicht dulden könne, da die Maßnahmen, die den Litauern als Härte erscheinen, Kriegsnotwendigkeiten sind. Ich muß daher dem *Fürsten Isenburg* durch den Obost⁹⁾ Anweisung geben, dem Landesrat im Auftrage der Obersten Heeresleitung zu eröffnen, daß die Resolution nicht die Grundlage für irgend welche Verhandlungen geben kann. Ich werde ihn ferner beauftragen, die Verhandlungen nach den bisherigen Richtlinien weiterzuführen und hierbei ohne Schärfe und mit größter Geduld vorzugehen.

Zum Schluß kann ich es mir nicht versagen, auf zwei Punkte zurückzukommen:

1. Wie ich schon im Schreiben an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes — Nr. 24318 p — ausgeführt habe, darf es unmöglich so sein, daß die Litauer sich mit ihren Eingaben und Beschwerden an die Reichsleitung gewissermaßen als Beschwerdeinstanz unmittelbar wenden. Der Gedanke, daß dem doch so sei, geht aus der Resolution von neuem hervor, der zufolge sie dem Auswärtigen Amte die Annahme der Beschlüsse aus Wilna mitteilen wollen, eine Aufgabe, die der Militär-Verwaltung obliegt.

2. Die Einsetzung eines eigenen Herrschers in Litauen wird stets zur Begünstigung der polnischen Intelligenz, die sich um ihn schart, aus der er seine Beamten und Offiziere nehmen muß, führen und liegt deshalb keineswegs im Interesse der Litauer selbst. Die Herrscherfrage kann nur durch Personalunion mit dem Deutschen Kaiser oder König von Preußen gelöst werden, wogegen auch bei den Besprechungen in Berlin von keiner Seite Einwendung erhoben worden ist.“

Lersner.

⁹⁾ Oberbefehlshaber Ost.

30.

4. 12. 1917: Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4, Telegramm. Nr. 785. Abgeg. Sofia, 4. 12. 1917, 6.00 nachm., angek. 4. 12. 1917, 10.00 nachm.

Herr *Radoslawow*¹⁾ zeigte mir ein Telegramm *Gantschews*, der meldet, russische Friedensdelegierte hätten namens ihrer Regierung verlangt, Mittelmächte sollten auch allen übrigen Gegnern Waffenstillstand anbieten, doch hätten sich Delegierte bereit erklärt, einstweilen schon über Bedingung Waffenstillstandes mit Rußland zu unterhandeln. *Gantschew* rät zu antworten, früher von Gegnern abgelehntes Friedensangebot²⁾ der Mittelmächte hätte ja Angebot Waffenstillstandes schon

¹⁾ *Wassil Radoslawow* (1854—1929), bulgarischer Ministerpräsident 1913—1918; führte 1915 den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte herbei.

²⁾ Vgl. hierzu neuerdings Steglich, Bündnissicherung, S. 135 ff.

inbegriffen. Wünschte Gegner jetzt über Waffenstillstand zu verhandeln, so seien Mittelmächte bereit.

Radoslawow fand diese Antwort gut.

*Oberndorff*³⁾.

³⁾ *Dr. jur. Alfred Maria Fortunatus Franziskus Graf v. Oberndorff*, ab 20. 2. 1916 Deutscher Gesandter in Sofia.

31.

Dezember 1917: Die Reichsleitung zur Auffassung der Obersten Heeresleitung über die litauische Frage

Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1, Bd. 11. Abschrift. Überschrift: „Bemerkungen zu der Antwort der O.H.L. in der Frage der Selbständigkeits- und Anschlußerklärung¹⁾ der Litauer“. „Ungezeichnet“.

Die²⁾ O.H.L.³⁾ geht bei ihrer Antwort⁴⁾ augenscheinlich noch immer von dem Gesichtspunkt aus, daß wir die Wahl haben, ob wir Litauen, soweit uns dies nach strategischen Gesichtspunkten erforderlich erscheint, annektieren oder es unter Beobachtung des Prinzips von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker als Staat begründen wollen.

Von diesem Gesichtspunkte aus sucht sie noch immer durch die Drohung mit der erstgenannten Maßnahme, die zugleich eine Teilung Litauens in sich schließt, eine ihr genehme Kapitulation der Litauer zu erreichen.

Hierbei befindet sich die O.H.L. jedoch insofern in einem Irrtum, als die litauische Staatsgründung nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker von den verfassungsmäßig maßgebenden deutschen Stellen endgültig festgelegt ist. Für Annexionsdrohungen ist daher kein Platz mehr. Es kommt vielmehr nur noch darauf an, der Selbständigkeits- und der Anschlußerklärung der Litauer diejenige Gestalt zu geben, die im Rahmen der allgemeinen Politik und unserer deutschen Interessen am zweckmäßigsten erscheint.⁵⁾

Hinsichtlich⁶⁾ der litauischen Selbständigkeitserklärung scheint sich die O.H.L. nach ihren Ausführungen in Punkt 1 und 2 ihrer Antwort daran zu stoßen, daß Litauen ein unabhängiger Staat werden soll und daß es insofern

¹⁾ In diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß *Smetona*, Präsident des litauischen Landesrates, am 13. 11. 1917 in Berlin vor deutschen Politikern die Notwendigkeit für Litauen betont hatte, eng mit Deutschland zusammenzuarbeiten; vgl. Hellmann in: Handwörterbuch Auslandsdeutschum, S. 373. — Zur litauischen Frage vgl. neuerdings auch Hellmann, S. 134 ff., XIII., Der Erste Weltkrieg.

²⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Vermerk: „Grundsätzliches“.

³⁾ Über die Organisation der Obersten Heeresleitung im einzelnen vgl. Cron, S. 8 ff.

⁴⁾ Es handelt sich hier um die Stellungnahme *Hindenburgs* vom 4. 12. 1917, übermittelt mit Telegramm Nr. 1814 an den Reichskanzler; Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1, Bd. 11, Baltische Provinzen, Litauen, fol. 63—65. Vgl. Nr. 29.

⁵⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Bezugsvermerk: „Ziffer 1 und 2 der Antwort“.

⁶⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Bezugsvermerk: „Punkt 1 und 2 der Antwort“.

eine außenpolitische Bestätigung beansprucht, als es seine Beziehungen zu den anderen Völkern der Erde regeln und sich sogar seine Grenzen selbst schaffen soll. Über die Begriffe der Unabhängigkeit und Selbständigkeit scheint sich die O.H.L. nicht klar zu sein, da sie wohl eine Selbständigkeit, nicht aber eine Unabhängigkeit Litauens zulassen will. Hierzu ist zu bemerken, daß weder Unabhängigkeit noch Selbständigkeit absolute staatsrechtliche Begriffe sind. Beide bekommen ihre Bedeutung erst durch das Maß der dem betreffenden Staat nach außen hin zustehenden Befugnisse. Es ist also gleichgültig, ob wir Litauen als unabhängigen oder als selbständigen Staat bezeichnen, vielmehr kommt es auf den Grad seiner Bindung an uns an.

Daß Litauen es zunächst ausspricht, daß es seine Beziehungen zu den anderen Völkern der Erde regelt, ist notwendig, damit es rechtlich in Beziehungen zu uns treten kann. Inwieweit es später sich nach außen selbst vertreten wird, hängt wieder von dem Grad der Bindung an uns ab.

Hinsichtlich der Bestimmung seiner Grenzen ist in der Anschlußerklärung ausdrücklich gesagt, daß dies im Benehmen mit den deutschen Behörden erfolgen soll. Die Litauer sehen auch vollkommen ein, daß sie hierin nicht freie Hand haben können, zumal sie ja über die Ostgrenze ohnehin durch unseren Friedensvertrag mit Rußland präjudiziert werden.

Bei⁷⁾ der Anschlußerklärung rügt die O.H.L. den Abschluß einer Militär- und einer Verkehrskonvention. Hinsichtlich ersterer macht sie geltend, daß die Litauer keine Offiziere und Unteroffiziere besitzen und daher noch auf lange Jahre hinaus in den deutschen Regimentern werden dienen müssen. Es wird Sache der Konvention sein, diesen Verhältnissen durch entsprechende Bestimmungen Rechnung zu tragen. Das Gleiche gilt von der Verkehrskonvention. Auch hier wird der Umstand, daß die Litauer einstweilen so gut wie nichts hineinzugeben haben, durch entsprechende Fassung der Konvention auszunützen sein.

Wenn⁸⁾ in der Anschlußerklärung noch auf die litauischen Konferenzen Bezug genommen wird, so bedeutet das für uns nur eine Formsache. Es kann uns gleich sein, ob der Landesrat seine allgemeine Anerkennung durch die litauischen Konferenzen noch besonders betont oder dies unterläßt. Maßgebend ist für uns nur sein Beschluß. Der Anspruch der O.H.L., daß während des Krieges nur wir den Wirkungskreis des Landesrates zu bestimmen haben, dürfte jedoch mit dem Grundsatz von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht ganz im Einklang stehen, im übrigen auch unerheblich sein, da die in Frage kommenden Beschlüsse für die Zeit nach dem Kriege gelten sollen.

Daß⁹⁾ in der Anschlußerklärung die deutschen militärischen Interessen nicht gewahrt sind, kann nicht zugegeben werden. Litauen wird unserem Einfluß durch die in Aussicht genommenen Bindungen derart unterworfen sein, daß es auch militärisch vollkommen in unserer Hand sein wird. Wenn die O.H.L. dieses bestreitet, so muß das bedeuten, daß auch durch die militärischen Stellen der süddeutschen Bundesstaaten, denen Litauen in dieser Beziehung etwa

⁷⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Bezugsvermerk: „Punkt 3 und 4 der Antwort“.

⁸⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Bezugsvermerk: „Punkt 5 der Antwort“.

⁹⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Bezugsvermerk: „Seite 2/3“.

gleichgestellt werden soll, die deutschen militärischen Interessen nicht gewahrt sind, was sie doch wohl kaum wird vertreten können.

Die¹⁰⁾ Tatsache, daß in der Sitzung zu Anfang November die eventuelle Geneigtheit zur Förderung von Annexionsplänen bekundet wurde, ist heute durch das Betreten des Standpunktes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker durch den Herrn Reichskanzler hinfällig geworden.

Wenn¹¹⁾ die O.H.L. es bedauert, daß man hier die Litauer nicht vor Beeinflussung von unverantwortlicher Seite geschützt hat, so ist damit wohl gemeint, daß man sie nicht hätte mit Reichstagsabgeordneten der Linksparteien zusammenkommen lassen dürfen. Wie dies hätte geschehen können, ist nicht ersichtlich. Es spricht auch nicht von einem guten Gewissen, wenn solche Berührungen als gefährlich und peinlich empfunden werden.

Daß¹²⁾ die Litauer, wenn man von ihnen eine Anschlußerklärung, also eine Leistung, verlangt, gewisse Bedingungen stellen, dürfte nicht weiter verwunderlich sein. Wenn aber die O.H.L. eine Kritik des vor dem Forum des Reichstages von ihren eigenen Vertretern als über die Kriegsnotwendigkeit hinaus hart anerkannten Systems *Isenburg* durch die Litauer nicht dulden will, so muß das als absurd bezeichnet werden. Nach ihren Ausführungen scheint sie auf dem antiken Standpunkt zu stehen, daß ein „erobertes feindliches Gebiet“ sich alles ruhig gefallen lassen müsse.

Der¹³⁾ von der O.H.L. ohne vorheriges Benehmen mit dem Herrn Reichskanzler an den *Fürsten Isenburg* erteilte Auftrag, dem Landesrat zu eröffnen, daß die Resolution nicht die Grundlage für irgendwelche Verhandlungen geben kann, und die Verhandlungen nach den bisherigen Richtlinien weiterzuführen, zeugt von einer Nichtachtung des Standpunktes der verfassungsmäßigen Reichsleitung, über die ein Urteil nicht ausgesprochen zu werden braucht. Es mag nur darauf hingewiesen werden, daß ein Bekanntwerden dieses Vorganges geeignet wäre, nicht nur im Inland und Ausland eine außerordentliche Aufregung hervorzurufen, sondern auch auf die Friedensverhandlungen mit Rußland in verhängnisvoller Weise einzuwirken. Die O.H.L. hat sich auf telephonisches Ansuchen bereit gefunden, diese Weisung dahin abzuändern, daß der Landesrat einstweilen ohne solche Eröffnung durch Beschäftigung mit anderen Materien hingehalten werden soll. *Fürst Isenburg* hat aber zugleich den Auftrag erhalten, der Eile wegen wenigstens eine allgemeine, auf Loslösung von Rußland, Selbstständigkeit und Anlehnung an Deutschland gerichtete Resolution herauszuholen. Die O.H.L. ist telephonisch auf das immerhin Bedenkliche dieser Maßnahme, welche die von der Reichsleitung gebilligte Resolution doch in gewissem Grade präjudiziere, hingewiesen worden.

Hinsichtlich¹⁴⁾ der beiden Schlußpunkte ist folgendes zu bemerken:

Zu 1: Von einer Benutzung der Reichsleitung als Beschwerdeinstanz über die

¹⁰⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Bezugsvermerk: „Seite 3 Abs. 2“.

¹¹⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Bezugsvermerk: „Seite 3 Abs. 3“.

¹²⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Bezugsvermerk: „Seite 3 Abs. 4“.

¹³⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rand Bezugsvermerk: „Seite 3/4“.

¹⁴⁾ Dazu am Rand in gleicher Höhe Bezugsvermerk: „Punkt 1 und 2 am Schluß“.

O.H.L. ist nicht die Rede. Dagegen ist es nur natürlich, daß die Litauer in dem Moment, da ihr Land nicht mehr lediglich als militärisches Okkupationsgebiet betrachtet wird, sondern in den Kreis der politischen Erwägungen tritt und von solchen Erwägungen die Gestaltung seines Schicksals erwartet, sich mit der für die Entscheidung der politischen Fragen maßgebenden Reichsleitung in Verbindung setzen. Die Mitteilung der Beschlüsse des Landesrats an das Auswärtige Amt hat aber damit nichts zu tun. Sie kann ebenso durch die Militärverwaltung wie unmittelbar geschehen.

Zu 2: Die Frage, ob Personal-Union mit Preußen oder eigener Herrscher, steht gegenwärtig und auch nach der Anschlußerklärung der Litauer noch nicht zur Erörterung. Sollte sich eine Personal-Union ohne Schwierigkeiten erreichen lassen, so werden unsererseits kaum Bedenken erhoben werden. Anderenfalls dürften aber auch gegen einen eigenen Herrscher im Hinblick auf die enge Bindung an das Deutsche Reich Bedenken nicht zu erheben sein.

Im¹⁵⁾ Ganzen ist dahin zu resumieren, daß die Zweckmäßigkeit der geplanten litauischen Beschlüsse durch die Antwort der O.H.L. in keiner Beziehung erschüttert worden ist. Speziell die Anschlußerklärung dürfte einen geeigneten Rahmen abgeben, um im Wege geschickter Ausnützung der bestehenden Verhältnisse die Wünsche der O.H.L. hinsichtlich der näheren Gestaltung des Verhältnisses Litauens zu uns in weitgehendstem Maße zu befriedigen.

Sollte die O.H.L. trotz Verhandlung nicht geneigt sein, den Boden der von den Litauern abgegebenen Erklärung zu betreten, das heißt die zu fassenden Beschlüsse des Landesrats gutzuheißen und die Abstellung des bisherigen Systems in Litauen zuzusagen, so dürfte nur übrig bleiben, die Angelegenheit einstweilen unter Verzicht auf eine litauische Anschlußerklärung ruhen zu lassen, bei den Friedensverhandlungen den Selbständigkeitswillen der Litauer aus ihren Konferenzbeschlüssen herzuleiten und die Regelung ihres Verhältnisses zu Deutschland bis zu der jetzt oder später vorzunehmenden Ablösung der Militärverwaltung aufzuschieben.

¹⁵⁾ Dazu am Rand in gleicher Höhe Vermerk: „Ergebnis“.

32.

5. 12. 1917: Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 787. Abgeg. Sofia, 5. 12. 1917, 12.35 vorm., angek. 5. 12. 1917, 3.55 nachm. Überschrift: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 785.“¹⁾ Darunter Vermerk: „Streng vertraulich“.

Oberst v. Massow²⁾ mitteilt mir, er habe Telegramm Oberster Heeresleitung

¹⁾ Telegramm von Graf Oberndorff aus Sofia vom 4. 12. 1918 an das Auswärtige Amt: „Herr Radoslawow zeigte mir Telegramm Gantschews, der meldet, russische Friedensdelegierte hätten namens ihrer Regierung verlangt, Mittelmächte sollten auch allen übrigen Gegnern Waffenstillstand anbieten, doch hätten sich Delegierte bereit erklärt, einstweilen schon über Bedingung Waffenstillstands mit Rußland zu unterhalten . . .“. — Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland.

²⁾ Ewald v. Massow, preußischer Oberst, Flügeladjutant Kaiser Wilhelms II., Militärbevollmächtigter, attachiert der Person und dem Hauptquartier des Königs der Bulgaren.

über deutsch-russische Friedensverhandlungen mit Zusatz erhalten, Heeresleitung könne bei gegenwärtiger Kriegslage nicht in Waffenstillstand mit übrigen Gegnern (außer Rußland) willigen. Er habe *Radoslawow* von dieser Auffassung benachrichtigt.

Erbitte Weisung zur Regelung Sprache.

Oberndorff.

33.

5. 12. 1917: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Telegramm, Nr. 40. Abgeg. Brest-Litowsk, 5. 12. 1917, 1.15 nachm., angek. 5. 12. 1917, 1.45 nachm.

Gestern abend hoffte die russische Kommission, daß Waffenstillstand heute unterzeichnet werden könne. Während der Nacht unterhielt sie lebhaften Fernschreibeverkehr mit Petersburg. Soeben beantragt sie, heutige Vormittagsitzung auf Nachmittag zu verschieben. Trotz offenbar entstandener Schwierigkeiten scheinen die Russen an Hoffnung baldiger Unterzeichnung festzuhalten.

Rosenberg.

34.

5. 12. 1917: Sitzung der Waffenstillstandskonferenz

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 5. Abschrift. Überschrift: „Verhandlungsprotokoll. 3. Sitzung vom 5. Dezember 1917“.

General **Hoffmann** eröffnet um 3.05 Uhr nachm. die Sitzung. Herr *Joffe* verliest folgende Erklärung:

„Nachdem die russische Delegation die von Rußland vorgeschlagenen Waffenstillstandsbedingungen bekanntgegeben hatte, wurden die Waffenstillstandsbedingungen der Mittelmächte und ihrer Verbündeten verlesen und überreicht. In Anbetracht der sich einstellenden Meinungsverschiedenheiten, welche teilweise durch den verschiedenen Charakter der Vollmachten bedingt werden, haben wir diese zur Kenntnis unserer Heeresleitung gebracht. Die Oberste Heeresleitung hat uns heute nacht mitgeteilt, daß sie es für notwendig erachtet, diese Meinungsverschiedenheiten mit der Delegation zusammen zu erörtern, und hat uns vorgeschrieben, den Antrag zu stellen, daß die Konferenz auf eine Woche unterbrochen werde, so daß die nächste Sitzung am 12. Dezember 1917 um 2 Uhr nachm. zu eröffnen wäre (29. November, 3 Uhr nachm., alten Stils und russischer Zeit).

Die russische Oberste Heeresleitung schlägt vor, die Sitzungen in Pskov wieder aufzunehmen, falls die Vertreter der vier verbündeten Mächte gegen die Wahl

dieses Ortes nichts einzuwenden haben, und die bereits hergestellten Hughesverbindungen¹⁾ für den die nächste Sitzung betreffenden Verkehr zu erhalten. Ausgehend von dem aufrichtigen Bestreben der Völker der russischen Republik nach einem allgemeinen demokratischen Frieden sprechen wir die Überzeugung aus, daß auf Grund der im Verlaufe der Verhandlungen offenbar gewordenen Bestrebungen der vertretenen Länder, eine für beide Parteien annehmbare Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen zu erzielen, die ferneren Arbeiten der Konferenz zu dem gewünschten Ergebnis führen werden, indem sie den Übergang zu Friedensverhandlungen gewährleisten.“

General **Hoffmann** bedauert die Unterbrechung der Verhandlungen. Es könne jedoch selbstverständlich dieser Vertagung um eine Woche nicht widersprochen werden. Er schlage seinerseits vor, die Sitzungen in Brest-Litowsk wieder aufzunehmen, nachdem hier alle Einrichtungen dafür getroffen seien, vor allem die Verbündeten eigene Hughesleitungen zu ihren Obersten Heeresleitungen hätten, und auch die Leitung nach Petersburg nun in Betrieb sei.

Herr **Joffe** bezweifelt nicht, daß die russische Oberste Heeresleitung mit dem Antrage, die Konferenz nach Pskov zu verlegen, sich nur in die Lage versetzen wollte, die der russischen Delegation in Brest-Litowsk gebotene Gastfreundschaft zu erwidern, und daß sie nichts dagegen einzuwenden haben werde, daß die Konferenz wiederum an diesem Ort zusammentrete.

General **Hoffmann** versichert den russischen Delegierten seine Genugtuung über die Aussicht, sie wieder in Brest-Litowsk begrüßen zu können. Dem auf russischer Seite vermuteten Wunsche nach Erwidern der Gastfreundschaft Rechnung tragend, habe er vorgeschlagen, einige der in Aussicht genommenen Kommissionen, in erster Linie die für Seefragen, in russischen Städten tagen zu lassen.

Herr **Joffe** nimmt diese Erklärung im Namen der russischen Delegation zur Kenntnis.

General **Hoffmann** schlägt nunmehr vor, die Verhandlungen unverbindlich fortzusetzen, da die Delegation über den Nachmittag noch hier verbleiben müsse, weil vor 10 Uhr abends die Bereitstellung eines Zuges sich nicht ermöglichen lasse. Vielleicht ließe sich in der unverbindlichen Aussprache eine Einigung über die einzelnen Paragraphen eines Waffenstillstandes erzielen.

Die russische Abordnung erklärt sich hiermit einverstanden.

Zu Beginn der unverbindlichen Besprechungen schlägt General **Hoffmann** vor, eine Unterkommission damit zu beauftragen, die Bestimmungen festzusetzen, nach denen während der Vertagung der Verhandlungen die Waffenruhe an der Front zu regeln sei. Die russische Abordnung stimmt diesem Vorschlag zu. Die unverbindlichen Besprechungen werden fortgesetzt. Gegen Ende der Sitzung wird der Entwurf der Unterkommission für die Regelung der Waffenruhe zur Erörterung gestellt und gelangt in folgender Fassung zur Annahme:

„Zwischen den bevollmächtigten Vertretern der Obersten Heeresleitungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei einerseits und Rußlands anderer-

¹⁾ Telegraphenapparate, welche Sende- und Empfangseinrichtung in einem Gerät vereinigten.

seits wird zur Erleichterung der schwebenden Waffenstillstandsverhandlungen folgende Waffenruhe abgeschlossen:

1. Die Waffenruhe beginnt am 7. Dezember 1917, 12.00 Uhr mittags, und dauert bis 17. Dezember 1917, 12.00 Uhr mittags.

Beide Parteien sind berechtigt, die Waffenruhe mit dreitägiger Frist zu kündigen.

2. Die Waffenruhe erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Heere zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee sowie auf den türkisch-russischen Kriegsschauplätzen in Asien. Auf den Inseln am Moon-Sund sind die deutschen Landstreitkräfte in die Waffenruhe eingeschlossen. Die Luftstreitkräfte am Meer haben Handlungsfreiheit, jedoch nur über See, sie dürfen in feindlichem Besitz befindliches Landgebiet nicht überfliegen.

Das Beschießen von Küstenpunkten durch Seestreitkräfte ist verboten.

3. Als Demarkationslinie an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vordersten Hindernisse der eigenen Stellungen. Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseitig als Demarkationslinie die Gerade zwischen den vordersten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen den beiden Linien gilt als neutral.

Auf den asiatischen Kriegsschauplätzen wird die Demarkationslinie nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden bestimmt.

4. Alle Parteien verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß ein ausdrücklicher Befehl für ihre Truppen erlassen wird, die Demarkationslinie nicht zu überschreiten.

5. Während der Waffenruhe dürfen nur solche Truppenverschiebungen von Divisionsstärke und mehr stattfinden, die bis 5. 12. 17 einschließlich schon befohlen waren.

6. Alle Sonderverträge einzelner Kommandostellen über Waffenruhe werden hierdurch außer Kraft gesetzt.“

Hierauf werden die Verhandlungen auf den 12. Dezember, 2 Uhr nachmittags, vertagt.

Schluß der Sitzung 7.15 Uhr.

35.

5. 12. 1917: Telephonischer Bericht des Legationssekretärs v. Bülow an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Abschrift. Überschrift: „G[e]horsame A[n]zeige“. Dazu Vermerke: „Von S. E. 8. Dez.“. „Abgez. Bussche 6. 12.“

Von Ob[er] Ost (L[egations] S[ekretär] v. Bülow) wird telephoniert (6.00 abends):

Die bereits telegraphisch gemeldeten Schwierigkeiten werden augenblicklich gerade lebhaft erörtert. Die Verhandlungen werden sich wenigstens noch über eine Woche hinziehen, und es ist anzunehmen, daß ein Teil der russischen Delegation zwecks Beratung ihrer Regierung und Einholung weiterer Instruktionen nach Petersburg reist. Im ganzen nehmen die Verhandlungen einen leidlich befriedigenden Verlauf. Wir setzen unsere ganze Überredungskunst ein, um heute oder morgen wenigstens die Paraphierung der Bedingungen eines Waffenstillstandes herbeizuführen. Erfolg noch zweifelhaft.

36.

5. 12. 1917: Funkspruch der russischen Regierung über den Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 45. Abgeg. Brest-Litowsk, 6. 12. 1917, 11.55 vorm., angek. 6. 12. 1917, 12.52 nachm.

Folgender Funkspruch wurde von Zarskoe Selo an englische Station Carnavon 5/12., 5.40 nachm. gegeben.

Die Regierungen verfolgen ihre Politik.

„Nr. 188. — Mitteilung der Regierung über den Gang der Verhandlungen betreffs des Waffenstillstandes vom 5. Dezember, 8 Uhr morgens.

Bei der Konferenz sind anwesend die Vertreter Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens. *Hindenburg* und *Hötzendorf*¹⁾ übertrugen die Führung der Verhandlungen dem Oberbefehlshaber der Ostfront *Prinzen Leopold v. Bayern*, der seinerseits die Leitung der Verhandlungen seinem Stabschef General *Hoffmann* übertrug. Eben solche Vollmachten von ihrer Obersten Heeresleitung haben auch die anderen Delegierten. Die Delegation der Gegner ist ausschließlich eine militärische. Unsere Delegierten begannen mit der Erklärung der Friedensziele, zu deren Erreichung der Waffenstillstand vorgeschlagen wird. Die Delegierten der gegnerischen Seite antworteten, daß dieses eine Angelegenheit der Politiker wäre, während sie als Militärs nur bevollmächtigt seien, über die militärischen Bedingungen des Waffenstillstandes zu verhandeln und deshalb nichts zu den bekannten Reden *Czernins* und *Kühlmanns* hinzufügen könnten. Unsere Delegierten brachten diese ausweichende Erklärung zu Protokoll und schlugen vor, alle kriegführenden Mächte, darunter auch Deutschland mit seinen Verbündeten, sollten sich sofort an alle in der Versammlung nicht vertretenen Mächte wenden mit dem Vorschlag, teilzunehmen an der Aufstellung der Bedingungen des Waffenstillstandes an allen Fronten. Darauf antwortete wiederum die Gegenseite ausweichend, sie hätte keine dementsprechenden Vollmachten. Unsere Vertreter schlugen der Gegenseite vor, sie möchte sich an ihre Regierungen wenden, um die entsprechenden Vollmachten zu erhalten. Dieser Vorschlag wurde angenommen, doch eine Antwort hat die russische Delegation bis zwei Uhr morgens des 5. Dezember nicht erhalten. Unsere Vertreter legten ein Projekt über einen Waffenstillstand an allen Fronten, das von unseren militärischen Sachverständigen ausgearbeitet worden war, vor.

Die Hauptpunkte dieses Projektes waren:

1. Das Verbot der Verschiebung von Truppen von unserer Front an die Front unserer Verbündeten und
2. Die Räumung der Inseln des Moonsund durch die Deutschen.

Die gegnerische Seite legte ihr Projekt des Waffenstillstandes vom Baltischen Meer bis zum Schwarzen Meer vor.

Der Vorschlag der Deutschen wird zur Zeit von unseren militärischen Sach-

¹⁾ Franz Graf Conrad v. Hötzendorf (1852—1925), österreichisch-ungarischer Feldmarschall.

verständigen geprüft. Von morgen vormittag ab werden die Unterhandlungen fortgesetzt.

Unsere Forderungen sind:

1. Räumung der Inseln des Moonsund und
2. Nichtverwendung der Truppen an anderen Fronten.

Die Delegierten der Gegner erklärten diese Bedingungen als nicht annehmbar und sprachen sich in dem Sinne aus, daß derartige Forderungen nur einem besiegten Staate gestellt werden könnten. Auf die kategorische Erklärung unserer Bevollmächtigten, daß es sich für uns um die Sache des Waffenstillstandes an allen Fronten mit dem Ziele eines allgemeinen demokratischen Friedens entsprechend den bekannten von dem allrussischen Kongreß der Räte festgelegten Grundsätzen handelt, erklärten die Vertreter der gegnerischen Seite wieder ausweichend, eine solche Fragestellung käme für sie nicht in Frage, denn sie wären gegenwärtig nur bevollmächtigt, mit Vertretern Rußlands zu verhandeln, da Vertreter der Verbündeten Rußlands nicht anwesend seien. Darauf erwiderten wiederum unsere Vertreter: Unsere Aufgabe sei es, die Regierungen aller kriegführenden Länder zu den Verhandlungen heranzuziehen, um einen allgemeinen Frieden zu sichern. Nach Protokollierung der ausweichenden Antworten des Gegners legten unsere Vertreter, wie schon gesagt wurde, die von der gegnerischen Seite entworfenen Waffenstillstandspunkte unseren militärischen Sachverständigen vor, damit diese sie vom rein militärischen Standpunkt aus prüften und sich darüber äußerten, welche Änderungen daran im Interesse der vom Schwarzen bis zum Baltischen Meere aufgestellten Armeen und Flotten vorzunehmen seien. Der erste von der gegnerischen Seite zur Diskussion gestellte Punkt der Bedingungen ist die Dauer des Waffenstillstandes, die sie anfänglich auf 14 Tage, beginnend mit dem 2. Dezember neuen Stils, festlegten. Nach Besprechung dieses Punktes verlängerten sie die Dauer auf 28 Tage mit automatischer Weiterwirkung, wenn 7 Tage vor Ablauf dieser Zeit keine Kündigung erfolgt. Als Anfangstermin gilt der 10. Dezember, wenn unsere Vertreter Brest morgen verlassen; durch eine spätere Abreise unserer Vertreter wird der Anfangstermin entsprechend hinausgeschoben. Die Gefechtstätigkeit wird bis zum offiziellen Beginn des Waffenstillstandes eingestellt. Unsere Vertreter betonten von Anfang an, daß sie auf genauer Protokollführung bestehen müßten, und daß sie sich das Recht wahrten, die Protokolle ungekürzt zu veröffentlichen. Wir verhandeln und protokollieren in russischer, die gegnerische Seite in deutscher Sprache. Eine Redaktionskommission vergleicht die beiden Protokolle nach jeder Sitzung. Von unserer Seite wurde der Antrag gestellt, die nächste Zusammenkunft der Bevollmächtigten auf russischem Gebiet zu veranstalten und in den Unterhandlungen eine achttägige Unterbrechung eintreten zu lassen, damit die Vertreter zurückkehren könnten. An den Unterhandlungen nahmen Vertreter aller mit uns im Kriegszustand befindlichen Staaten teil. Unsere Verbündeten waren in den Verhandlungen überhaupt nicht vertreten. Die verbündeten Völker sollen wissen, daß die Unterhandlungen begonnen haben, und daß sie ohne Rücksicht auf das Verhalten der jetzigen verbündeten Diplomatie fortgesetzt werden. In diesen Verhandlungen, in welchen die russischen Vertreter die Bedingungen eines allgemeinen demokratischen Friedens verfechten, handelt es sich um das

Schicksal aller Völker, darunter auch derjenigen kriegführenden Völker, deren Diplomatie sich an den Verhandlungen nicht beteiligt. Die verbündeten Völker, ihre Parlamente und vor allen Dingen ihre sozialistischen Parteien müssen sofort selbst entscheiden, ob ein derartiges Verhalten ihrer Diplomatie mit den Interessen der Völker vereinbar ist. Im Interesse der verbündeten Völker hat die russische Regierung die Nichtverwendung der Truppen der Ostfront an der Westfront als eine ihrer Hauptbedingungen des Waffenstillstandes aufgestellt. Der Waffenstillstand darf und wird nicht zur Förderung des Militarismus der einen Seite zum Schaden der anderen führen, jedoch wird eine Förderung der Interessen der verbündeten Völker erst dann mit Erfolg möglich sein, wenn diese selbst sich zu Unterhandlungen bereit und fähig zeigen und ihre Neigung zum sofortigen Waffenstillstand und zu einem demokratischen Frieden zum Ausdruck bringen werden. Was das russische Volk betrifft, so hat es in Person des allrussischen Kongresses der Räte der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten und des allrussischen Kongresses der Bauern-Deputierten dem Rat der Volkskommissare einen klaren und bestimmten Auftrag gegeben, und diesen wird die russische Regierung in den weiteren Verhandlungen auszuführen suchen. Sie hofft dabei auf die Unterstützung der arbeitenden Massen Europas gegen die Hindernisse, durch welche die Bourgeoisie den Frieden und die Verbrüderung der Völker aufzuhalten sucht.“

Rosenberg.

37.

6. 12. 1917, vorm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 42. Abgeg. Brest-Litowsk, 6. 12. 1917, 1.40 vorm., angek. 6. 12. 1917, 2.00 vorm.

Zu Beginn heutiger Nachmittagssitzung erklärten die Russen, nachts aus Petersburg Weisung erhalten zu haben, die sie zu sofortiger mündlicher Berichtserstattung zurückrufen. Sie beantragen, nach 7 Tagen in Pskov die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Statt Pskov wurde Wiedervereinigung in Brest vorgeschlagen und angenommen.

Ferner wurde auf unsere Anregung beschlossen, den gestern überwiesenen deutschen Entwurf unverbindlich durchzusprechen. Dabei ergab sich, daß die Russen unserem Entwurf im allgemeinen zustimmten. Als Differenzpunkte verblieben:

1. Räumung von Ösel, Dagö etc.
2. Regelung des Waffenstillstandes in der Ostsee.
3. Truppenverschiebungen.
4. Zulassung von Verbrüderungen an der Front¹⁾, die von den Russen mit auffällender Hartnäckigkeit gefordert, von uns nur mit Vorbehalten zugestanden wurden.

¹⁾ Dokumentarische Angaben vgl. u. a. b. Norden, S. 75 ff.

Es wurde beschlossen, daß außer technischem Personal, das sowieso hier bleibe, etwa drei Mitglieder der russischen Abordnung einen Tag später reisen, um die Fassung der Punkte, über die Einigkeit erzielt war, und die Sitzungsprotokolle endgültig festzulegen.

Ferner ließen sich die Russen überreden, schon heute einen mit drei Tagen kündbaren zehntägigen Waffenstillstand zu unterschreiben, der zur Behebung ihrer Bedenken „Waffenruhe“ genannt wurde.

Die Mehrheit der Abordnung ist gegen Mitternacht nach Petersburg abgereist. Für die Rückberufung mag neben der Hoffnung, einen Generalwaffenstillstand doch noch herbeizuführen, auch das Sondervorgehen der Ukraine²⁾ (Tel. Nr. 41)³⁾

³⁾ Am 20. 11. 1917 hatte die ukrainische Zentralrada die unabhängige ukrainische Republik ausgerufen; Text des Aufrufes u. a. b. Schultheß 33. Jg. 1917, II. S. 765 f.

²⁾ Vgl. Telegramm des Gesandten v. Rosenberg an das Auswärtige Amt v. 6. 12. 1917 (Nr. 41), Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 2 f. Bd. 4, Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland: „Funkspruch in russ. Klartext v. 5. 12. aus Charkov: An Alle. Teile zur Kenntnisnahme an alle ukrainischen Truppen an allen Fronten folgende Resolution der ukrainischen Volksrepublik mit: Die ukrainische Zentralrada erachtet es für unbedingt erforderlich, an einen Waffenstillstand heranzutreten, unter dem Gesichtspunkte:

1) Daß die Frage über den Frieden im Namen der ganzen russischen Republik nur eine zentrale Gewalt, nur das zentrale sozialistische Organ der föderativen Gewalt führen kann.

2) Daß der Versuch, eine solche Gewalt zu schaffen, bis zum gegenwärtigen Augenblick nicht gelungen ist.

3) Daß bei der gegenwärtigen Lage eine solche Gewalt geschaffen werden kann nur ... der Verwirklichung des Friedens.

4) Daß ein solcher Weg zur Schaffung dieser Gewalt zur Zeit die Frage über den Frieden in die Länge ziehen kann und seiner Verwirklichung schaden könnte. Deshalb tritt die Zentralrada an die aktive Verwirklichung der Frage über den Frieden heran. Hiermit erfüllt die Zentralrada den schon längst geäußerten Willen des ukrainischen Volkes und ... geäußerte Resolution über den unverzüglichen Frieden, worin die Zentralrada bis jetzt durch die provisorische russische Regierung gehindert worden war. Aus oben Genanntem hat die Zentralrada beschlossen:

1) Vertreter vom Generalsekretariat der ukrainischen Volksrepublik zur S.-W.-Fr. und zur rumänischen Front zu schicken und Verhandlungen über den Waffenstillstand zu führen.

2) Im Namen der ukrainischen Volksrepublik sich sofort sowohl an die Verbündeten wie auch an die feindlichen Regierungen zu wenden, mit dem Vorschlage, an Friedensverhandlungen heranzutreten unter gleichzeitiger Verständigung der neutralen Länder und zugleich hiervon sowohl den Rat der Volkskommissare wie auch die Regierung der russischen Föderation aller Völker in Kenntnis zu setzen. Zugleich tritt die Zentralrada an die unverzügliche Formulierung eines konkreten Friedensprogramms heran, um diese im Namen der ukrainischen Volksrepublik den Republiken der Völker Rußlands und den verbündeten und feindlichen Mächten als Grundlage für die Verhandlungen vorzulegen. Die ukrainische Zentralrada ruft alle Völker Rußlands auf, an diesen Verhandlungen teilzunehmen und mitzuwirken. — Der Beschluß ist am 4. Dezember 1917 gefaßt worden.

Zur Ausführung der Beschlüsse der Zentralrada schlage ich vor, daß die Resolutionen durch die Armee-Kommandeure, durch die Kreis-(Stäbe), durch die gesonderten Truppenteile und die ukrainischen Truppenteile bekannt gegeben werden. Ich rufe alle dazu auf, keinerlei eigenmächtige Ausschreitungen zuzulassen und unbedingte Ordnung sowohl an der Front als auch im Hinterlande zu bewahren.

Den Militärkommissaren und Vertretern der ukrainischen Republik der Front- und Armee-stäbe befehle ich, mir Meldung zu erstatten über den Stand der (Heeresteile) in den Tagen des Waffenstillstandes.

Generalsekretär in Kriegsangelegenheiten der ukrainischen Volksrepublik: *Petljura*.“

von Einfluß gewesen sein. Vielleicht war auch, wie einer der Abgeordneten behauptete, die — persönliche — Berichterstattung beim Rat der Volkskommissare von vornherein geplant (vgl. Funkspruch *Lenins* an *Duchonin*⁴⁾ vom 21. Nov.)⁵⁾

Ich glaube, daß, wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt, die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen werden. Daß Petersburg mit der zehntägigen Waffenruhe nicht einverstanden sein sollte, ist wenig wahrscheinlich.

Falls ich nicht andere Weisung erhalte, reise ich Freitag zum mündlichen Bericht nach Berlin, während Herr v. Bülow hier bleibt.

Rosenberg.

4) General *Nikolai Nikolaevič Duchonin*, Oberster Befehlshaber der russischen Streitkräfte nach der Flucht *Kerenskij's*; vgl. zuletzt Bonč-Bruevič, Petrograd, S. 228 ff.

5) Am 20. 11. 1917 hatte General *Duchonin* vom Rat der Volkskommissare die Aufforderung erhalten, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten; als er sich weigerte, den Auftrag auszuführen, verlangte *Lenin* am 21. 11. abends von *Duchonin* Aufklärung über sein Verhalten; vgl. Schulthess, 33. Jg. 1917, II, S. 765.

38.

6. 12. 1917 nachm.: Gesandter von Rosenberg an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 46. Abgeg. Brest-Litowsk 6. 12. 1917, 5.55 nachm., angek. 6. 12. 1917, 6.15 nachm.

Von der russischen Abordnung sind außer technischem Personal fünf Mitglieder hier geblieben. Vier davon reisen heute abend ab. Die Redaktionskomitees haben im Laufe des Tages die Protokolle endgültig formuliert (folgen mit Kurier) und den Entwurf des Waffenstillstandsvertrages mit gewissen Vorbehalten als angenommen festgestellt.

Rosenberg.

39.

6. 12. 1917: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Waffenruhe mit Rußland

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 4, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 370, Abendausgabe.

Die bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien haben am 5. Dezember mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung eine Waffenruhe von 10 Tagen für sämtliche gemeinsamen Fronten schriftlich vereinbart. Der Beginn ist auf den 7. Dezember 12 Uhr mittags festgesetzt. Die zehntägige Frist soll dazu benutzt werden, die Verhandlungen über den Waffenstillstand zu Ende zu führen. Zwecks mündlicher Berichterstattung über das bisherige Ergebnis hat sich ein Teil der Mitglieder der russischen Abordnung auf einige Tage in die Heimat begeben. Die Kommissionssitzungen dauern fort.

40.

6. 12. 1917, nachm.: Besprechung zwischen Reichsleitung und
Oberster Heeresleitung (Berlin)¹⁾

Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1, Bd. II. Überschrift: „Besprechung am Donnerstag, dem 6. Dezember 1917, nachmittags 4 Uhr 30 Min. im Reichskanzlerpalais“.

Verzeichnis

der Teilnehmer an der Besprechung am Donnerstag, den 6. Dezember 1917 nachmittags 4 Uhr 30 Min. im Reichskanzlerpalais.

- 1) Der Herr Reichskanzler,
- 2) Feldmarschall *v. Hindenburg*,
- 3) Exzellenz *Ludendorff*,
- 4) „ *v. Kühlmann*,
- 5) „ *Wallraf*²⁾,
- 6) „ *Graf v. Roedern*³⁾,
- 7) „ *Freiherr v. Stein*⁴⁾,
- 8) „ *v. Capelle*⁵⁾,
- 9) „ *v. Stein* (Kr[iegs] Min[isterium])⁶⁾,
- 10) „ *v. Holtzendorff* (Adm[iral] St[ab])⁷⁾,
- 11) Oberst *v. Winterfeldt*⁸⁾,
- 12) Unterstaatssekretär *v. Radowitz*⁹⁾,
- 13) Legationssekretär *v. Prittwitz*¹⁰⁾;
außerdem:
- 14) General *v. Bartenwerffer*¹¹⁾,
- 15) *Freiherr v. Lersner*¹²⁾,
- 16) Unterstaatssekretär *v. dem Bussche*¹³⁾,

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 62 ff.

²⁾ *Max Wallraf*, Staatssekretär des Innern.

³⁾ *Siegfried Graf v. Roedern*, Staatssekretär des Reichsschatzamt.

⁴⁾ *Hans Karl Frhr. v. Stein*, Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt.

⁵⁾ *Eduard v. Capelle*, Staatssekretär des Reichsmarineamt.

⁶⁾ *Hermann v. Stein*, Generalleutnant, preußischer Kriegsminister.

⁷⁾ *Henning v. Holtzendorff*, Chef des Admiralstabes.

⁸⁾ *Detlof v. Winterfeldt*, Vertreter der O.H.L. beim Reichskanzler; vgl. auch oben S. 36, Anm. 2.

⁹⁾ *Wilhelm v. Radowitz*, Unterstaatssekretär und Chef der Reichskanzlei.

¹⁰⁾ *Friedrich Wilhelm v. Prittwitz und Gaffron*, Legationssekretär, vom Auswärtigen Amt dem Reichskanzler zugewiesen.

¹¹⁾ Generalmajor *Paul v. Bartenwerffer*, Chef der politischen Abteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres.

¹²⁾ *Kurt Frhr. v. Lersner*, Legationsrat, Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier; vgl. oben S. 19, Anm. 3.

¹³⁾ *Hilmar Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen*; vgl. oben S. 38, Anm. 1.

17) Wirkl. Legationsrat *Nadolny*¹⁴⁾,

18) Major *Wetzell*.¹⁵⁾

Protokoll

der Sitzung am 6. Dezember 1917 im Reichskanzlerpalais.

1) Einleitende Worte des Herrn Reichskanzlers. Wir wollen zunächst die litauische Frage¹⁶⁾ behandeln. Erklärung der Litauer erforderlich vor Friedensschluß.

2) Feldmarschall v. **Hindenburg**: Wir brauchen Litauen zur Sicherung unserer Grenzen. Es muß fest an uns gekettet werden. Kein selbständiger Staat, sondern Personal-Union mit Preußen. Kurland dito. Die Wünsche der Litauer gehen zu weit.

3) Exzellenz **Ludendorff**: Wir hatten vor 14 Tagen den Eindruck, daß Einigkeit herrschte über den Abschluß durch Personal-Union. Jetzt wird auf einmal anders geplant. *Isenburg* sollte damals die Option arrangieren, dann kam die litauische Deputation hier dazwischen.

4) Exzellenz **Graf Roedern**: Vereinbarung vor 14 Tagen. Es sollten Erklärungen von den Kurländern und Litauern herbeigeführt werden. Die Litauer scheinen sich nicht bis zu einem die Personal-Union wünschenden Anschluß entschlossen zu haben. Verhandlungen mit Rußland.

5) Exzellenz v. **Kühlmann**: Wenn es gelingt, die Litauer zu einer weitergehenden Erklärung zu bewegen, um so besser, sonst unentschieden. Frage der Personal-Union, staatsrechtliche Schwierigkeiten dieser Frage. Verfahren gegenüber den Russen: Selbstbestimmungsrecht. Erklärung der Fremdvölker, sie wollen nach Westen — das müssen wir sagen können, wir sind augenblicklich nicht mehr in der Lage, eine Alternative-Politik zu treiben. Wir müssen jetzt nach der Taktik „Selbstbestimmungsrecht“ verfahren. Unsere Abmachung mit den Litauern ist vage. Die Erklärung der Litauer wird verlesen. Die in der Erklärung genannten Konventionen lassen sich dehnen (besonders Militär).

Exzellenz **Ludendorff**:
Exzellenz **Graf Roedern**: } Bahnen in Litauen sind von uns gebaut.

Kriegsm[inister] v. **Stein**: Militärkonvention. Muster der Süddeutschen ist falsch.¹⁷⁾

Exzellenz **Roedern**: Hauptsache: Abtrennung Litauens vom Russischen Reiche. Alles andere findet sich nachher.

Feldmarschall v. **Hindenburg**: Man soll den Leuten keine falschen Hoffnungen machen. Kein süddeutsches Beispiel anziehen.

Kriegsm[inister] v. **Stein**: Frage der Verlegung von Truppen zum Grenzschutz

¹⁴⁾ *Rudolf Nadolny*, Referent für Ostfragen im Auswärtigen Amt.

¹⁵⁾ Hs. Zusatz. — *Wilhelm Wetzell*, Major i. G., Chef der Operationsabteilung im Generalstabe des Feldheeres.

¹⁶⁾ Vgl. hierzu u. a. *Klimas*, S. X ff., *Hellmann* in *Handwörterbuch Auslandsdeutschum*, III, S. 372 f., u. *neuerdings Basler*, S. 264 ff., bes. 287 ff.

¹⁷⁾ Zur Frage der Militärkonvention mit den süddeutschen Staaten vgl. u. a. *Laband*, *Staatsrecht*, IV, S. 3 ff., bes. 24 ff., 31 f.

Exzellenz v. **Kühlmann**: Wir müssen die Litauer zu uns herüberziehen. Sie müssen sich besser stehen.

Feldmarschall v. **Hindenburg**: Keine Armee ev. noch besser.

Exzellenz Graf **Roedern**: Das Wort „süddeutsch“ weglassen. (Im übrigen siehe oben.)

Ergebnis

der Besprechung am 6. Dezember 1917 im Reichskanzlerpalais.

I.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers wird zunächst die Litauische Frage¹⁸⁾ behandelt (vgl. die Notizen). Das Protokoll vom 1. Dezember 1917 des Präsidenten *Smetona*¹⁹⁾ und Gen.²⁰⁾ wird eingehend besprochen und die aus der anliegenden Abschrift ersichtlichen Redaktionsänderungen beschlossen. Der endgültige Text soll morgen vorgelegt werden.

II.

Es wird die Frage zur Diskussion gestellt, wie sich die deutsche Regierung in dem Falle verhalten solle, daß sich an das russische Waffenstillstandsangebot ein allgemeines Waffenstillstandsangebot der Entente anschließen sollte. O.H.L. und Marine erklären, daß der Annahme eines solchen Angebots nichts im Wege stünde, vorausgesetzt, daß der U-Bootkrieg während der Waffenruhe auf dem Lande seinen Fortgang nähme. Der Entwurf eines Vertrages wird seitens der O.H.L. vorgelegt.

Staatssekretär v. **Kühlmann** macht auf die erschwerte Situation aufmerksam, die durch die Forderung nach Fortdauer des U-Bootkrieges für unsere politische Lage nach innen und außen entstehen wird.²¹⁾ Darüber eingehende Aussprache. O.H.L. und Marine geben technische Erläuterungen und verharren auf ihrem Standpunkte.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 30 Min. abends.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr 30 Minuten vormittags.

¹⁸⁾ Vgl. hierzu neuerdings Senn, *Lithuania*, S. 18 ff.

¹⁹⁾ *Antanas Smetona* (1874—1944), Präsident des litauischen Landesrates (*Taryba*).

²⁰⁾ Abdruck des Protokolls b. *Klimas*, S. 102 f., Dok. Nr. XXVI.

²¹⁾ Vgl. hierzu *Kühlmann*, S. 479 ff.: „Für mich war der Zweck der Sitzung, dem gesamten Kabinet den Bankerott des U-Bootkrieges plastisch vor Augen zu führen, denn der U-Bootkrieg war praktisch die letzte Karte derjenigen, welche im ersten Weltkrieg den Verständigungsfrieden ablehnten und unbedingt auf einem Siegfrieden leidenschaftlich bestanden . . . ich sagte: ‚Nach den eben gehörten verantwortlichen Äußerungen des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamtes besteht keine begründete Aussicht, daß der unbeschränkte U-Bootkrieg uns den Frieden bringen kann. Ich stelle dies fest und ziehe daraus den Schluß, daß wir alles tun müssen, um durch geeignete Unterhandlungen mit unseren Gegnern die Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens anzustreben, und diesem Zweck soll der morgige gemeinsame Immediatvortrag vor Seiner Majestät dienen.‘“

41.

7. 12. 1917, vorm.: Besprechung zwischen Reichsleitung und
Oberster Heeresleitung (Berlin)¹⁾

Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1, Bd. 11 u. Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Abschrift. Überschrift:
„Besprechung am Freitag, dem 7. Dezember 1917, vormittags 10 ½ Uhr im Reichskanzlerpalais.“

- 1) Der Herr Reichskanzler,
- 2) Feldmarschall *v. Hindenburg*,
- 3) Exzellenz *Ludendorff*,
- 4) „ *v. Kühlmann*,
- 5) „ *Wallraf*,
- 6) „ *Graf v. Roedern*,
- 7) „ *Freiherr v. Stein*,
- 8) „ *v. Stein* (Kriegsminister),
- 9) Oberst *v. Winterfeldt*,
- 10) Unterstaatssekretär *v. Radowitz*,
- 11) Legationssekretär *v. Prittwitz*.

Außerdem:

- 12) General *v. Bartenwerffer*,
- 13) „ *Hoffmann*,
- 14) Unterstaatssekretär *v. dem Bussche*,
- 15) Wirkl. Legationsrat *Nadolny*,
- 16) Major *Wetzell*,
- 17) *Freiherr v. Lersner*.

Protokoll

der Sitzung am 7. Dezember 1917 im Reichskanzlerpalais.

Exzellenz **Ludendorff**: Macht gegen die ganze Sache des Protokolls der Litauer Bedenken geltend.

General **Hoffmann**: Schließt sich an.

Generalfeldmarschall **v. Hindenburg**: Desgleichen.

Diskussion über das Thema.

Der Herr **Reichskanzler**: Es ist nichts präjudiziert durch das Protokoll.

Exzellenz **Graf Roedern**: Verteidigt das Protokoll. Verweist auf das abzuschließende ewige Bündnis. Das Protokoll soll nur den Frieden mit Rußland erleichtern.

Exzellenz **Wallraf**: Zur gleichen Sache.

Exzellenz **Graf Roedern**: Zur gleichen Sache. Beispiel: Versailles.²⁾

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 66 ff.

²⁾ Hinweis offenbar auf den Vertrag von Versailles vom 23. 11. 1870 zwischen dem Norddeutschen Bund und Bayern und das Schlußprotokoll von Versailles vom 23. 11. 1870; vgl. Laband, Staatsrecht, I, S. 39.

Feldmarschall v. Hindenburg: Frage des Herrschers, Personal-Union.

Exzellenz Ludendorff: Frage der Militärkonvention.

Exzellenz Graf Roedern: Wenn die Zusagen der Litauer nicht eingehalten werden, so haben wir freie Hand. Wir brauchen die Erklärung für die Russen.

v. Stein: Ist das Protokoll ein Anerbieten oder ein Vertrag?

Exzellenz Graf Roedern: Einseitige Erklärung.

Exzellenz Wallraf: Schlägt neue Fassung von Ziffer 3 vor.

Exzellenz Ludendorff: Zur Sache.

Exzellenz v. Kühlmann: Eine Bindung von uns liegt vor. Abtrennung Litauens von Rußland ist nicht so einfach.

Feldmarschall v. Hindenburg: Will Bezug auch auf die Reichslande.

Exzellenz Graf Roedern: Dagegen.

Der Herr Reichskanzler: Frage der Personal-Union.

Exzellenz Graf Roedern: Frage der Personal-Union. Unterschied in dieser Frage zwischen Kurland und Litauen.

Exzellenz Ludendorff: Gefahr der Polonisierung in Litauen.

Exzellenz v. Kühlmann: Widerstände der Bundesregierungen gegen Personal-Union, namentlich im Falle der preußischen Lösung Elsaß-Lothringens. Gefahr der Polonisierung auch im Falle einer Statthalterei.

Exzellenz Graf Roedern: Zur Sache unter Hinweis auf Elsaß-Lothringen. Das Protokoll schafft kein Definitivum.

Wirkl. Legationsrat Nadolny: Die Verhältnisse haben sich in der letzten Zeit geändert infolge der Erklärung des Generals v. Freytag.³⁾

General Hoffmann: Zwiespalt zwischen der O.H.L. und Auswärtigem Amt war den Leuten klar. Auswärtiges Amt hätte drücken sollen.

Exzellenz v. Kühlmann: Diese Erklärung konnte die politische Leitung nicht mitmachen.

Der Herr Reichskanzler: Freiwilligkeit der Litauer muß erzielt werden.

Diskussion.

Protokoll wird weiter besprochen und laut Anlage korrigiert. Den Russen soll nur Abs. 1 der Ziffer 1 mitgeteilt werden. Verhandlung mit den Litauern über das neue Protokoll durch *Falkenhausen*⁴⁾-*Lersner-Isenburg*.

Unterstaatssekretär v. Radowitz: Verwaltungsfrage.

General Hoffmann: Freundliche Worte an die Litauer wegen Beschwerden sollen ausgesprochen werden.

Exzellenz Ludendorff: Personal-Union.

Exzellenz v. Kühlmann: Verhandlungsort für Friedensverhandlungen?

³⁾ General Hugo Frhr. v. Freytag-Loringhoven; vgl. über ihn Wheeler-Bennett, S. 107, u. Quellen 1/II, S. 56, Anm. 39.

⁴⁾ Friedrich Frhr. v. Falkenhausen, Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern (Referat über die deutsche Politik in den Ostseeprovinzen); Verwaltungschef beim Oberbefehlshaber Ost; vgl. auch Hertling, S. 39.

General **Hoffmann**: Brest Litowsk.

Major **Wetzell**: dito. Bericht über die Waffenstillstandsverhandlungen.

Diskussion über die Verpflegungslage in Rußland.

General **Hoffmann**: Eisenbahnanschluß mit Rußland schwierig. Donau und Schwarzes Meer aber möglich.

v. **Stein**: Bittet um Nachricht über die Maßnahmen betr. den Einkauf durch Ober-Ost in Rußland.

General **Hoffmann**: Die Leute haben vor dem deutschen Handel Angst. Der Jude ist die einzige Mittelsperson.

v. **Stein**: erbittet Vertreter des Militärs für Konferenz zur Belebung des Handels mit Rußland.

Feldmarschall v. **Hindenburg**: Türkei kann Getreide von Rußland erreichen.

Exzellenz Graf **Roedern**: Plädiert für Bahn-Anschluß.

General **Hoffmann**: Nicht möglich.

Schluß 1 Uhr.

Fortsetzung heute 4 Uhr nachmittags.⁵⁾

Protokoll

der Besprechung am 7. Dezember 1917, nachmittags 4 Uhr
im Reichskanzlerpalais.

Der Herr **Reichskanzler**: Stellt die Frage der Abgrenzung der Kompetenzen im östlichen Okkupationsgebiet zur Diskussion (Siehe Aufzeichnung).

Generalfeldmarschall v. **Hindenburg**: Wir sind bemüht, den Wünschen der Reichsleitung entgegenzukommen. Die Änderung in der Verwaltung darf nicht zu früh eintreten.

Exzellenz **Ludendorff**: Der Zeitpunkt der Änderung muß möglichst weit hinausgeschoben werden. Spricht über die Vertretung des A.A. bei Ober-Ost. Rückblick, Zusammenarbeiten mit Zivilbehörden. *Falkenhausen* soll unter der Militärverwaltung bleiben, nicht wie der geplante Reichskommissar direkt unter Reichskanzler stehen. Gründe dafür. Einverstanden damit, daß *Falkenhausen* die Landesräte heranzieht und zur Mitarbeit erzieht. Langsames Tempo des Übergangs der Militär- in die Zivilverwaltung.

Exzellenz **Wallraf**: Beschwerden über Ober-Ost gipfeln in Beschwerden über die Zustände in Wilna. Bittet um Informierung durch *Falkenhausen*.

Exzellenz **Ludendorff**: Mit Unterrichtung der hiesigen Stellen durch *Falkenhausen* durchaus einverstanden. Frage der Zuständigkeit: Kriegsministerium oder Reichsamt des Innern.

Die Militärverwaltung muß auf Jahre hinaus bestehen bleiben.

General **Hoffmann**: Stellung des Herrn v. *Falkenhausen*. Alle Verwaltungen sollen ihm unterstellt werden. Die Leute dort können sich nicht selbst regieren. Zivilregierung kann erst nach 10—15—20 Jahren eintreten.

⁵⁾ Darunter Vermerk: „Akten A. 41151¹⁷ i. a. Rußland Pol. I Bd. 1“.

Exzellenz Wallraf: Keine Beschwerden aus den Verwaltungen *Gößler*⁶⁾ und [*Heppe*]⁷⁾; nur aus Wilna kommen sie. Die politische Reichsleitung muß zu Worte kommen und berücksichtigt werden.

Exzellenz Ludendorff: Wir wollen nicht den Ereignissen vorausseilen. Beschreibt den geringen Entwicklungsstand der Litauer und Weißruthenen. Daß die Beschwerden aus Wilna kommen, liegt daran, daß dort die Kreise sind, die mit Berlin Verbindung haben.

General Hoffmann: Beschwerden sind in vielfach berechtigt. Wir haben zu wenig Unterorgane, daher die Mißgriffe. Grund: Personalmangel, der nicht aus dem Lande behoben werden kann.

Exzellenz Wallraf: Verkenne die Schwierigkeiten nicht. Aber warum gehen die Klagen nur gegen die Verwaltung Wilna?

Exzellenz Ludendorff: Verbindung Reichsleitung–*Falkenhausen* muß natürlich bestehen.

General Hoffmann: nimmt *Isenburg* (Wilna) in Schutz. Es ist natürlich, daß die Klagen gegen ihn gehen, denn dort sind die Verhältnisse am schwierigsten. Es wird hier eine antipolnische Politik getrieben.

Exzellenz Wallraf: Ich kenne *Isenburg* nur flüchtig. Das Urteil über *I[senburg]* ist verschieden schattiert, aber immer wird hervorgehoben, daß er nicht *suaviter in re*⁸⁾ ist. Dies nicht von Polen.

Exzellenz Ludendorff: Betont die wirtschaftliche Befähigung des *Fürsten Isenburg*. Seine Not ist allerdings manchmal sehr groß. Herr v. *Moll*⁹⁾ ist entfernt, der an vielem schuld war.

General Hoffmann: *Isenburg* hat sich durch sein Gerede viel Feinde gemacht. Aber er ist ein großer Organisator. Ich trete voll und ganz für den *Fürsten Isenburg* ein. Ober-Ost steht hinter dem Fürsten.

Generalfeldmarschall v. *Hindenburg*: *Isenburg* war der beste Verwaltungsbeamte, den ich in Ober-Ost gehabt habe.

Exzellenz Wallraf: Als Organisator ist *I[senburg]* bekannt. Vielleicht kann er jetzt seine Tonart ändern.

General Hoffmann: *I[senburg]* tut, was man ihm befiehlt. Bandenwesen in Litauen. *I[senburg]* würde als Opfer der Litauer und des Reichstages fallen.

Exzellenz Wallraf: Die Vorwürfe wegen seiner Schroftheit gehen von sachlich ruhigen Leuten aus.

⁶⁾ Über *Gößler* und seine Tätigkeit vgl. Rivas, S. 148, 424, 676. — Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 149, schreibt: „In Kurland leitete Major v. *Gößler* die Verwaltung in sehr ruhiger und objektiver Art. Er war Mitglied des Reichstages, Rittergutsbesitzer und früher Landrat. Verstand er es auf der einen Seite, die Balten in ihrer Stimmung, die seit 1905 den Letten gegenüber sehr erbittert war, nachgiebiger zu machen, so wußte er auch mit diesen Fühlung zu gewinnen und sie zur positiven Mitarbeit zu bewegen.“

⁷⁾ Im Or. irrüml. „*Hoffmann*“. — *Theodor v. Heppe* (1870—1954), vor 1914 Landrat in Frau-stadt; im Kriege Rittmeister der Landwehrkavallerie und Verwaltungschef Bialystok-Grodno 1916/17. Ab Januar 1918 Verwaltungschef Litauen als Nachfolger von *Isenburg*.

⁸⁾ Lat. = angenehm in der Sache.

⁹⁾ Rittmeister, tätig beim Chef der Militärverwaltung von Litauen; vgl. Rivas, S. 280.

Exzellenz **Ludendorff**: Wir müssen *I[senburg]* halten. Aus Prestige-Gründen. *I[senburg]* hat auch große Anhänger unter den Litauern.

General **Hoffmann**: Spricht über die Zwistigkeiten über *Isenburg*-Bischof in Kowno [*Michalkiewicz*].¹⁰⁾

Der Herr Reichskanzler: Die Streitigkeiten sind mir durch den Nuntius bekannt. *I[senburg]* gebärdet sich zu sehr als wilder Mann.

Exzellenz **Ludendorff**: *I[senburg]* war sehr beliebt bei seinen Beamten. Der Bistumsverweser muß fort.

Der Herr Reichskanzler: Ja.

Exzellenz **Ludendorff**: Wenn nicht die Grenzen festgelegt werden, so wird Rom sich nicht entscheiden (Wilna).

General **Hoffmann**: Bischofskonferenz in Warschau.

Exzellenz **Ludendorff**: Es müssen national-litauische Bistümer errichtet werden.

Der Herr Reichskanzler: Ich will mit Rom darüber sprechen.

Exzellenz **Graf Roedern**: Instruktion an *Falkenhausen* wegen Informierung der Reichsleitung.

Exzellenz **Ludendorff**: Politische Weisungen an *Falkenhausen* über O.H.L. Direkter Verkehr durch General beim Stabe der laufenden Sachen. Instruktion soll vorgelegt werden.

Exzellenz v. **Stein**: Vertretung Kriegsministerium oder Reichsamt des Innern.

Exzellenz **Graf Roedern**: Alle drei Ressorts (A[uswärtiges] A[mt], R[eichs] A[mt] d[es] I[nnern], Kr[iegs] M[inisterium]) werden beteiligt, bleiben im Reichstag.

Exzellenz v. **Kühlmann**: *Czernin* will nächsten Sonntag herkommen, um über die austro-polnische Lösung¹¹⁾ zu sprechen. Frage der Grenzberichtigung gegen Polen. Die Gegenvorschläge der österreichischen O.H.L. fehlen noch.

Exzellenz **Ludendorff**: Frage der Kreise Augustowo usw. Anschluß an Ostpreußen.

General v. **Bartenwerffer**: Livländische Ritterschaft in Riga hat darum gebeten, daß die Russen das von uns noch nicht besetzte Gebiet von Livland räumen sollen. Wir sollen dafür bei den Verhandlungen eintreten. Estländer haben gleiche Tendenz.

Exzellenz **Graf Roedern**: Esten drohen mit Anschluß an England.

Exzellenz **Ludendorff**: Wir müssen etwas für diese Völker tun.

Generalfeldmarschall v. **Hindenburg**: Der Besitz von Estland militärisch erwünscht.

¹⁰⁾ Im Or. „*Miraljewitsch*“. — Prälat *Michalkiewicz* war Verwalter der Diözese Wilna; vgl. Rivas, S. 124, 183, 304, 310, 324; Hoffmann, Aufzeichnungen, I. S. 199, spricht von *Michalkiewicz* als „einem rabiaten Stockpolen, der uns die größten Schwierigkeiten macht. Seit Monaten bemühen wir uns, den Mann los zu werden und an seine Stelle einen Litauer zu bringen . . . Nachdem *Michalkiewicz* nun neulich die Fronleichnamsprozession zu einer großpolnischen Kundgebung benutzt hat, ist *Ludendorff* die Geduld gerissen, und wir haben Befehl, den Herrn *Michalkiewicz* abzuschieben . . .“

¹¹⁾ Gewinn Polens für Österreich, d. h. Kongreßpolen sollte mit Galizien vereinigt und ein Kronland innerhalb der Monarchie werden; zur austropolnischen Lösung und ihrer Problematik im einzelnen vgl. Conze, Polnische Nation, S. 319 ff.

Exzellenz v. **Kühlmann**: Wenn wir jetzt auf Schaffung weiterer Staaten dringen, so ist das politisch weittragender Entschluß. Ein starkes Rußland wird dann später wieder gegen diese Staaten (Drang nach dem Westen) vorgehen. Macht Bedenken geltend. Schutzstaaten?

Exzellenz **Graf Roedern**: Riga? Freistaat?

Exzellenz **Ludendorff**: Riga gehört zu Kurland.¹²⁾ Vielleicht Freihafen. Die Angliederung an Estland und Livland würde ebenso leicht sein wie bei Kurland. Man solle ein Gebilde aus den 3 Staaten machen.

Exzellenz v. **Kühlmann**: Zurückverlegung der Linie bis an Peipus im Waffenstillstand möglich?

General **Hoffmann**: Die Forderung könnten wir erheben.

Exzellenz v. **Kühlmann**: Rußland wird im Falle der Loslösung Livlands und Estlands dauernd unser Feind.

General **Hoffmann**: Fremdvölkerbewegung in Rußland. Wir sollten die Russen nach Asien treiben.

Exzellenz v. **Kühlmann**: Rußland wird nicht dauernd gespalten. Später werden sich neue Koalitionen bilden.

Generalfeldmarschall v. **Hindenburg**: Wenn nun Livland und Estland sich selbständig erklären, dann müssen wir jetzt eingreifen.

Beschluß: General **Hoffmann** soll befugt sein, dem Vorschlag Dagö, Moon und Oesel zu räumen, den Vorschlag Livland und Estland zu räumen, gegenüberzustellen. Der Vertrag darf nicht daran scheitern.

Diskussion über den Bezug von Rohstoffen aus Rußland (Mangan aus Poli).

Ergebnis

der Besprechung am 7. Dezember 1917 im Reichskanzlerpalais.

I.

Fortsetzung der Beratung des Protokolls der Litauer. Es wird die aus der Anlage sich ergebende endgültige Fassung angenommen. Nur Abs. 1 der Ziffer 1 soll zunächst veröffentlicht werden.

II.

Es soll mit den deutschen Bundesregierungen in einen vertraulichen Gedankenaustausch über die Frage einer Personal-Union Litauens und Kurlands getreten werden, unter Hinweis auf die militärischen Bedenken, die ein autonomes Litauen und ein autonomes Kurland haben würden.

III.

Als Ort der Friedensverhandlungen mit Rußland wird Brest-Litowsk bestimmt. Vertreter der O.H.L. dabei: General **Hoffmann**.

¹²⁾ Riga gehörte nicht zu Kurland, sondern zu Livland. Hauptstadt von Kurland war Mitau; vgl. u. a. Das Land Ober Ost, Kartenbeilagen.

42.

6./7. 12. 1917: Besprechungen zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung
(Berlin)¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. — Überschrift: „Niederschrift über die zwischen der Reichsleitung und Obersten Heeresleitung stattgehabten Besprechungen in Berlin am 6. und 7. Dezember 1917“.

A. Teilnehmer.

1. Der Herr Reichskanzler.
2. Generalfeldmarschall *v. Hindenburg*.
3. Exzellenz *Ludendorff*.
4. Exzellenz *v. Kühlmann*.
5. Exzellenz *Wallraf*.
6. Exzellenz *Graf v. Roedern*.
7. Exzellenz *Freiherr v. Stein*.
8. Exzellenz *v. Stein* (Kr[iegs] M[inister]).
9. Unterstaatssekretär *Frhr. v. dem Bussche*.
10. Unterstaatssekretär *v. Radowitz*.
11. Generalmajor *v. Bartenwerffer*.
12. Oberst *v. Winterfeldt*.
13. Wirklicher Legationsrat *Nadolny*.
14. Major *Wetzell*.
15. Legationssekretär *v. Prittwitz*.
16. Legationssekretär *Frhr. v. Lersner*

außerdem am 6. Dezember 1917

Staatssekretär *v. Capelle*.

Admiral *v. Holtzendorff*

am 7. Dezember 1917

Generalmajor *Hoffmann*.

B. Ergebnis.

I. Litauische Frage.

1. Das im Auswärtigen Amte unterzeichnete Protokoll vom 1. Dezember 1917²⁾ des Präsidenten *Smetona* und Gen.³⁾ — s. Anlage 1 — soll die aus Anlage 2 ersichtliche neue Fassung erhalten. Exzellenz *v. Falkenhausen* soll die Vertreter des litauischen Landesrates baldmöglichst zur Annahme der neuen Fassung bewegen. Zur Orientierung von Exzellenz *v. Falkenhausen* wird der Legationssekretär *Freiherr v. Lersner* nach Kowno entsandt.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 74 ff.

²⁾ Erklärung v. 1. 12. 1917, S. 4, mit Korrekturen, zu Protokoll gegeben von den Mitgliedern des litauischen Landesrates: *Dr. Smetona*, zugleich Vorsitzender des Landesrates, *Dr. Šaulys*, *Dr. Kairys*. — Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 20 d, Nr. 1, Bd. 11, Baltische Provinzen. Litauen.

³⁾ Vgl. oben S. 60, Anm. 1.

2. Es soll sofort mit den deutschen Bundesregierungen in einen vertraulichen-Gedankenaustausch über die Personal-Union Litauens (und Kurlands) mit der Krone Preußens eingetreten werden, unter Hinweis auf die schweren militärischen Bedenken, die ein autonomes Litauen und ein autonomes Kurland unter besonderen Herrschern haben würden.

3. Der Herr Reichskanzler ist bereit, für die Beseitigung des Bistumsverwesers in Wilna *Michalkiewicz* und die Errichtung national-litauischer Bistümer beim Vatikan einzutreten.

II. Verwaltung der unter Ob[er]ost stehenden Okkupationsgebiete.

1. Es besteht Einverständnis darin, daß an Stelle der militärischen Verwaltung mit der Zeit eine zivile Verwaltung treten kann. Zunächst muß auf Jahre hinaus die Militärverwaltung — unter dem im Osten kommandierenden Oberbefehlshaber — bleiben. Die Oberste Heeresleitung erkennt an, daß die Verwaltung in allen grundsätzlichen Fragen im Einvernehmen mit der Reichsleitung erfolgen muß.

2. Exzellenz v. *Falkenhausen*, dem die Militärverwaltungen im Verwaltungsgebiet Ob[er]ost unterstellt worden sind, soll angewiesen werden, den Reichskanzler über die wichtigsten Vorgänge auf dem Gebiete der Verwaltung durch Vermittlung des Generals beim Stabe zu informieren. Der Verkehr der Verwaltung Obost in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung geht nach wie vor über Obost und die Oberste Heeresleitung an den Reichskanzler, der sonstige Verkehr mit den Reichs- und preußischen Staatsbehörden über den General beim Stabe. Die an Exzellenz von *Falkenhausen* zu erlassende Anweisung wird die Oberste Heeresleitung dem Herrn Reichskanzler übersenden.⁴⁾

III. Die Verhandlungen mit Rußland.

1. Da die Zustände in Livland und Estland durch Morden und Brandschatzen seitens der russischen Truppen eine Änderung unbedingt erfordern, soll General *Hoffmann* bei den weiteren Waffenstillstandsverhandlungen die Räumung Livlands und Estlandes mit Nachdruck fordern dürfen, doch darf dies die Verhandlungen nicht zum Scheitern bringen. Ebenso kann ein Wunsch zu Gunsten Finnlands vorgebracht werden.

2. Oberste Heeresleitung und Marineleitung erklären, daß, falls sich an das russische Waffenstillstands-Angebot ein allgemeines anschließen sollte, der Annahme eines solchen Angebots nichts im Wege stünde, vorausgesetzt, daß der U-Boot-Krieg während der Waffenruhe auf dem Lande seinen Fortgang nehme. Der Entwurf eines Vertrages ist seitens der Obersten Heeresleitung vorgelegt.

3. Falls sich an die Waffenstillstands-Verhandlungen mit Rußland Friedensverhandlungen anschließen sollten, so besteht Einverständnis darin, daß diese seitens der Reichsleitung zunächst in Brest-Litowsk geführt werden sollen. Vertreter der Obersten Heeresleitung bei diesen Verhandlungen soll General *Hoffmann* sein.

⁴⁾ Zur deutschen Politik in den baltischen Ländern vgl. neuerdings u. a. Linde, S. 28 ff., Litauen unter deutscher Herrschaft; S. 111 ff., Brest-Litowsk; Janßen, S. 167 ff.; Mann, S. 89 ff.

4. Für den Fall einer Verständigung mit Rußland soll baldmöglichst versucht werden, in irgend einer Form mit Rußland in Handelsbeziehungen zu treten. Ein Offizier der O.H.L. wird an den diesbezüglichen Besprechungen im Reichswirtschaftsamt teilnehmen.

43.

7. 12. 1917: Legationssekretär v. Bülow an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 5. Telegramm. Nr. 48. Abgeg. Brest-Litowsk 7. 12. 1917, 12.12 vorm., angek. 7. 12. 1917, 12.40 vorm.

Ob[er]ost hat folgendes Pressekommuniqué abgesandt!

„Vertreter der vier verbündeten Mächte und die zurückgebliebenen Mitglieder der Delegation hielten heute vormittag und nachmittag Kommissionssitzungen ab, in denen die Redaktion der Sitzungsprotokolle und die Vorarbeiten für die kommenden Vollsitzungen abgeschlossen wurden. Bis zum Wiederzusammentritt der beiderseitigen Abordnungen werden voraussichtlich keine amtlichen Mitteilungen mehr erscheinen.“¹⁾

Ob[er]ost glaubte abschließendes Kommuniqué erforderlich wegen Hinweises auf Fortdauer Verhandlungen in jenem vom 5. Dezember.

Bülow.²⁾

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang Nr. 28, Anm. 3.

²⁾ Dr. jur. Bernhard Wilhelm Otto Viktor Frhr. v. Bülow (1885—1936), 22. 11. 1915 Legationssekretär, ab 18. 12. 1916 in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; vgl. auch oben S. 40, Anm. 4.

44.

7. 12. 1917: Gesandter Graf v. Brockdorff-Rantzau (Kopenhagen) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 1428. Vermerk: „Ganz geheim“. Abgeg. Kopenhagen, 7. 12. 1917, 3.00 nachm., angek. 8. 12. 1917, 8.45 nachm.

Hiesige russische Gesandtschaft spielt bei dem von der diplomatischen russischen Vertretung gegen die Bolschewiki geleisteten Widerstand eine führende Rolle. Eingehender Bericht folgt.

Erfahre ganz geheim authentisch, daß hiesige russische Diplomaten Frieden für Rußland als unbedingt notwendig betrachten, gleichzeitig erwarten, daß der Friede Ende der Bolschewiki-Regierung bedeuten werde. Man rechnet entweder mit einer bürgerlichen Gegenrevolution, die die sozialistischen Bestrebungen niederschlägt, oder einem sozialistischen Koalitionsministerium.

Immerhin besteht noch eine schwache Hoffnung, daß der Krieg fortgesetzt werden könne. Um diesen Preis würde sogar England nach Mitteilung eines aus London eingetroffenen Kuriers die Bolschewiki stützen.

Die hiesigen russischen Diplomaten glauben aber nicht mehr an eine Fortsetzung des Krieges unter den Bolschewiki, halten jedoch eine Sammlung der südlichen unabhängigen Verbände der Kosaken des Don- und Kuban-Gebiets, des Kaukasus und Sibiriens um die Ukraine für möglich. Auf dieser Grundlage sollen von der russischen Diplomatie mit Unterstützung der Verbündeten Bestrebungen für eine nationale Sammlung unter Führung der Ukraine mit Anschluß und mit Front gegen Petersburg und Moskau eingeleitet werden.

Hauptträger dieser Bestrebungen sind *Nabokov*¹⁾ in London und Attaché *Loevski* in Kopenhagen. Man will auch mit dem ukrainischen Komitee in der Schweiz in Verbindung treten.

Die Verbindung mit den einzelnen Völkerverbänden soll zunächst durch Vermittlung der Vertreter der Alliierten aufgenommen werden, und zwar von Kopenhagen aus mit der Ukraine durch die Rumänen via Petersburg—Jassy—Kiew, mit dem Kaukasus über Teheran, mit Sibirien über Peking.

*Rantzau.*²⁾

¹⁾ *Konstantin Nabokov*, russischer Geschäftsträger in London; über seine Tätigkeit vgl. Warth, S. 37 f., 64, 81 ff., 117 f., 117 ff., 150.

²⁾ *Dr. jur. Ulrich Carl Christian Graf v. Brockdorff-Rantzau* (1869—1928), 1912—1918 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister zu Kopenhagen.

45.

8. 12. 1917: Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Legationsrat Frhr. v. Grünau¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Abschrift. Kopf: „Reichskanzler. Telegramm Hughes (offen)“. Vermerk: „Sofort“.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Rußland und die Möglichkeit, daß es in absehbarer Zeit zu allgemeinen Friedensverhandlungen kommt, erbitte ich von S. M. dem Kaiser besonderen Auftrag und Vollmacht, die Friedensverhandlungen einzuleiten und zu führen, sowie die Ermächtigung, meinerseits durch Untervollmacht andere geeignete Persönlichkeiten heranzuziehen.

Graf Czernin läßt mir mitteilen, daß er bei Friedensverhandlungen mit Rußland die Vertretung Österreich-Ungarns selbst zu übernehmen gedenkt. Von türkischer Seite wird gleichfalls der Minister der auswärtigen Angelegenheiten *Nessimy Bey* persönlich erscheinen. Ich beabsichtige daher, die Leitung der Verhandlungen mit Rußland deutscherseits dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu übertragen. Wegen der Zusammensetzung der deutschen Delegation im einzelnen behalte ich mir weitere Vorschläge vor.

¹⁾ *Dr. jur. Werner Ernst Otto Frhr. v. Grünau* (1874—1956), Legationsrat, 9. 8. 1914 dem Großen Hauptquartier zugeteilt, 9. 10. 1916 zum Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier (Allerhöchsten Gefolge) ernannt.

Generalfeldmarschall v. *Hindenburg* hat mich davon unterrichtet, daß nach den Intentionen S. M. des Kaisers und Königs die Oberste Heeresleitung an den Friedensverhandlungen verantwortlich mitwirken soll. Die Angelegenheit ist zum Gegenstand eines Meinungs-austausches mit dem Generalfeldmarschall und General *Ludendorff* gemacht worden. Wir sind übereingekommen, S. M. dem Kaiser den Vorschlag zu unterbreiten, Allerhöchstderselbe möge anordnen, daß die Oberste Heeresleitung zur Wahrnehmung der militärischen Interessen einen Spezialdelegierten zu den Friedensverhandlungen abordnet.

Ich würde großen Wert darauf legen, daß bei den Friedensverhandlungen General *Ludendorff* persönlich mit der Rolle des Spezialdelegierten betraut wird. General *Ludendorff* hat jedoch bei der gestrigen Verhandlung in überzeugender Weise dargelegt, daß er, solange die Kämpfe im Westen dauern, im Großen Hauptquartier nicht abkömmlich ist. Ich habe mich daher auf Wunsch der Obersten Heeresleitung damit einverstanden erklärt, daß General *Hoffmann*, der für die Verhandlungen mit Rußland besonders geeignet erscheint, vorläufig für diese als Vertreter der Obersten Heeresleitung in Aussicht genommen wird. Nach den gestrigen unverbindlichen Besprechungen mit der Obersten Heeresleitung würde der militärische Vertreter nur im Einvernehmen mit dem politischen Leiter der Abordnung aktiv in die Verhandlungen einzugreifen haben. Dagegen wäre vorzusehen, daß er das Schlußprotokoll und andere wichtigere Dokumente mitunterzeichnet.

Euer Hochwohlgeboren wollen S. M. dem Kaiser im vorstehenden Sinne Vortrag halten und mir die allerhöchste Willensmeinung telegraphisch mitteilen.

Hertling.

46.

8. 12. 1917: Flugblatt Lenins und Trockijs — „An die deutschen Soldaten“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Legationssekretär v. Bülow an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 51. Brest-Litowsk, 8. 12. 1917, 10.55 vorm., angek. 8. 12. 1917, 11.32 vorm.

Ob[er]ost meldet an O.H.L.: Nachstehendes Flugblatt in deutscher Sprache wurde von einem Unteroffizier in Gegend Dünaburg abgegeben mit dem Bemerkung, daß Tausende anderer Exemplare folgen würden:

„An die deutschen Soldaten, Brüder!“

Folgt Schilderung über die Entstehung der jetzigen russischen Regierung. Weiter wörtlich:

„Wir ergriffen alle Maßnahmen, und keine werden wir auch künftig ungenutzt lassen, um über den vollen Text unseres Friedensangebotes alle die kriegsführenden Regierungen und Völker in Kenntnis zu setzen. Zur Ergänzung des erwähnten Friedensvorschlages erachten wir es als unsere Pflicht, uns speziell an Euch zu wenden, als die Vertreter einer Nation, die an der Spitze der Koalition steht, welche gegen Rußland auf einer ausgedehnten Front den Krieg führt.“

Soldaten, Brüder! Wir ersuchen Euch, uns in diesem Kampf für den sofortigen Frieden und den Sozialismus mit Anstrengung aller Kräfte beizustehen, da dieser letztere allein dem Arbeiterstand aller Länder einen gerechten und dauerhaften Frieden sichern kann und alle die Wunden heilen, die der Menschheit der gegenwärtige und frevelhafteste aller Kriege geschlagen hat.

Brüder, deutsche Soldaten! Das große Beispiel Eueres Kameraden, *Karl Liebknecht*¹⁾, des ansehnlichsten Führers des internationalen Sozialismus, der beharrliche und langwierige Kampf, den wir gegen den Krieg mit der Herausgebung von Zeitungen und Flugblättern, mit zahlreichen Demonstrationen und Streiken geführt haben, der Kampf, für welchen Euere Regierung Hunderte und Tausende Euerer Kameraden ins Gefängnis geworfen hat, endlich der heldenmütige Aufstand Euerer Matrosen der Flotte²⁾ bürgen uns dafür, daß innerhalb breiter Massen des Arbeiterstandes Euerer Nation die Fertigkeit für einen entscheidenden Kampf für den Frieden schon gereift ist.

Brüder, leistet uns Hilfe! Wenn ihr es tut, dann kann nicht einmal der geringste Zweifel darüber bestehen, daß die Friedenssache wenigstens auf dem Kontinente Europas in — paar Tagen — die Oberhand ergreift, daß der schnellste und gerechteste Friede erwirkt wird, und der Anschluß an einen solchen Frieden seitens auch der übrigen kriegführenden Mächte am schmerzlosesten vor sich geht.

Wenn ihr uns bei unserer Aufgabe behilflich sein werdet, die Einigung der Arbeiter mit den Bauern und den allmählichen Übergang zum Sozialismus in Rußland zu bewerkstelligen, bei der Aufgabe, die für Rußland unheimliche Schwierigkeiten darbietet, dann werden Euere Organisationsfähigkeiten, Euere Erfahrungen, Euere Vorbereitung zur Bildung der Arbeitermassenorganisationen uns den Übergang zum Sozialismus unfehlbar sichern.

Eilt uns zur Hilfe! Im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung haften wir dafür, daß unsere Soldaten keinen einzigen Schritt nach vorwärts machen werden, wenn Ihr entschlossen die Friedensfahne in die Hände nehmt, und falls der Kampf für den Frieden innerhalb Eueres Landes einen Teil Euerer Streitkräfte von unserer Front abzöge.

Genug des Blutvergießens! Hoch lebe der Friede!

Hoch lebe der brüderliche Verband der Arbeiter aller Länder!

Hoch lebe die internationalistische sozialistische Revolution!

Der Vorsitzende des Volkskommissaren-Rates: *Vladimir Uljanov Lenin*.

Der Volkskommissar des Äußern: *Leo Trockij*.“

Der hier noch anwesende Sekretär *Karachan* wurde auf die Illoyalität dieser Veröffentlichung hingewiesen. Er will unseren Standpunkt sofort nach Petersburg drahten.

Bülöw.

¹⁾ Deutscher Sozialist (1871—1919), revolutionärer Marxist; über sein Eintreten für die russische Revolution vgl. neuerdings Rosenfeld, S. 11 ff.

²⁾ Zu den revolutionären Vorgängen bei der deutschen Flotte vgl. WUA, Vierte Reihe, Bd. 10, 1 u. 2, dazu Norden, S. 68 ff., Der Funke springt auf die Flotte über.

47.

9. 12. 1917: Legationssekretär v. Bülow (Brest-Litowsk) an den Reichskanzler Graf v. Hertling

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 5. Überschrift der Anlage: „Abschrift A. S. 4726. Anlage. H.Qu. Ost, den 8. 12. 1917“.

Eurer Exzellenz beehrte ich mich hier angeschlossen den Wortlaut der Bemerkungen zu übersenden, welche dem Sekretär der russischen Delegation zur Weitergabe nach Petersburg übermittelt wurden, um die dortige Regierung auf die Unzulässigkeit ihrer Frontpropaganda hinzuweisen. Diese Warnung ist zwar durch die anderweitig gemeldete Erklärung des Generals *Hoffmann* überholt, bleibt aber insofern von Interesse, als sie alle jene Punkte enthält, mit denen der hiesigen Auffassung nach sich eine Einwirkung auf Petersburg erreichen läßt.

Bülow.

[Anlage:]

Nachstehende Bemerkungen zu dem anliegenden Flugblatt wurden dem Sekretär der russischen Delegation, Herrn *Karachan*, mündlich mitgeteilt, worauf er versprach, sie nach Petersburg weiterzugeben.

1.) Das Flugblatt ist eine Einmischung in innere deutsche Angelegenheiten — Deutschland hat seit Beginn der russischen Revolution erklärt, daß es sich in Rußlands innere Angelegenheiten nicht mischt, dasselbe aber auch kategorisch für sich beansprucht.

2.) Es ist nicht loyal, daß die russische Regierung, während sie in Brest verhandelt, versucht, gegen dieselbe Regierung, mit deren Vertretern sie verhandelt, zum offenen Aufstand und zu einer Sabotage aufzureizen, die nur den unerbittlichen Gegnern Deutschlands im Westen Nutzen bringen kann.

3.) Dieses Doppelspiel legt die Vermutung nahe, daß das angebliche Streben der russischen Regierung, mit Deutschland über einen Waffenstillstand zum Frieden zu kommen, nicht aufrichtig ist.

4.) Das Flugblatt gefährdet den erfolgreichen Gang der Verhandlungen und arbeitet daher den Gegnern des Waffenstillstands und des Friedens in die Hände, die einen Bruch unserer Verhandlungen und die Fortsetzung des deutsch-russischen Kriegszustandes wünschen.

5.) Das Flugblatt läßt erkennen, daß seine Verfasser die inneren Verhältnisse Deutschlands in ganz falschem Lichte sehen. Da sie aber diese falsche Ansicht als einen der wichtigsten Faktoren in ihre politische Rechnung einstellen, besteht die Gefahr, daß diese ganze Rechnung nicht stimmt. Aus diesen Gedanken ergeben sich weitere Folgerungen, die in bezug auf die Dauer der gegenwärtigen Regierung Rußlands Besorgnis erregen und das Vertrauen zu ihrer Vertragsschlußfähigkeit bedrohen.

6.) Es wird den Russen bekannt sein, daß weite Kreise in Deutschland der russischen Regierung zunächst noch die Verhandlungsfähigkeit absprechen, weil sie noch nicht allgemein anerkannt ist. Ein derartig nicht loyales Verhalten, wie es durch das Flugblatt zum Ausdruck kommt, ist geeignet, dieser Meinung neue Anhänger zu gewinnen und dadurch die schwebenden Verhandlungen zu gefährden.

48.

9. 12. 1917: Legationssekretär v. Bülow (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 52. Abgeg. Brest-Litowsk, 9. 12. 1917, 1.45 vorm., angek. 9. 12. 1917, 2.05 vorm. Vermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 51.“¹⁾

Nachdem formulierte Warnung vor Folgen Verteilung sozialistischer Flugblätter auf Verhandlungen hiergebliebenem Sekretär russischer Delegation zur Weitergabe nach Petersburg mitgeteilt worden und General *Hoffmann* ihm scharfe Vorwürfe gemacht, ließ General ihm offiziell folgendes eröffnen:

„Wir wünschen wie Sie aufrichtig den Frieden, deshalb haben wir uns an den Verhandlungstisch gesetzt. Die unter den deutschen Soldaten verbreiteten Flugblätter sind eine illoyale Handlung gegen meine Regierung. Sie wollen die deutschen Soldaten zum Sturz der bestehenden Staatsordnung aufreizen. Das ist eine Einmischung in innere Angelegenheiten, die ich entschieden zurückweisen muß, wie wir auch wiederholt offiziell erklärten, daß wir unsererseits uns nicht in die inneren Verhältnisse Rußlands mischen werden. Falls daher in Zukunft die Verbreitung solcher Flugblätter stattfinden sollte, würde der Fortgang der Verhandlungen ernstlich gefährdet sein.“

Diese Erklärung am 8. Dezember spät nach Petersburg abgegangen.

Bülow.

¹⁾ Vgl. Nr. 46.

49.

9. 12. 1917: Legationsrat Riezler (Stockholm) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Kopf des Schreibens: „Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft“. Vermerk: „Eilt!“ Schlußvermerk: „Inhalt: Unterredung mit *Orlovskij*“.

Euer Exzellenz darf ich im Anschluß an anderweitige Meldung¹⁾ über eine längere Unterhaltung, die ich gestern mit dem nunmehr zum Vertreter der Petersburger Regierung für Skandinavien ernannten Herrn *Vazlav Vorovskij* [*P. Orlovskij*]²⁾ hatte, das nachstehende berichten:

Herr *Vazlav Vorovskij* hatte schon vor geraumer Zeit den Gedanken gefaßt, sich sofort nach Empfang seiner Vollmachten bei einem gemeinsamen Bekannten rein privatim mit mir auszusprechen. Nachdem er vorgestern seine Vollmachten erhalten hatte, fand diese Unterredung gestern in zwangloser Form statt. *Vorovskij* machte einen durchaus verständigen und gebildeten Eindruck. Er sprach ohne

¹⁾ Schreiben an das Auswärtige Amt vom 8. 12. 1917, in: Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1.

²⁾ *V. Orlovskij* (1871—1923), Pseudonym *V. V. Vorovskij*, hatte sich 1903 den Bolschewiki angeschlossen; nach der Februarrevolution Mitglied des Auslandsbüros des Z.K. seiner Partei. In einer geheimen „Agentenmeldung“ v. 31. 12. 1917 (Chef des Admiralstabes der Marine), AA. Abt. A., Geh. Akten Krieg 1914, Friedensstimmungen und Aktionen zur Vermittlung des Friedens v. 26. 12. 1917—8. 1. 1918, finden sich Angaben über seine Person. Er habe früher in München studiert, sei „sehr pazifistisch“; meine, „daß die Friedensverhandlungen in Stockholm abgehalten werden sollten“. „Er ist überzeugt, daß der Friede jetzt kommen wird, mindestens der Separatfriede mit Deutschland; sonst sei Rußland verloren“.

Rückhalt von der Lage in Rußland, der Verworfenheit der Regierungen der Entente und suchte die politischen Ideen seiner Partei mit einem leichten Unterton von Selbstironie verständlich zu machen.

Die Herrschaft seiner Partei in Rußland sieht er als gefestigt an, wenngleich sie gegenüber einer zahlreichen und erbitterten Gegnerschaft noch immer eines rücksichtslosen Terrorismus bedarf. In der Konstituierenden Versammlung würden nur drei Parteien, die Bolschewiki, die Sozialrevolutionäre³⁾ und die Kadetten⁴⁾ in Betracht kommen. Die Sozialrevolutionäre würden sich wohl spalten und zum weitaus größten Teil den Bolschewiki Gefolgschaft leisten. In der ersten Sitzung der Konstituierenden Versammlung, die am 11. Dezember, also einen Tag vor der Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen stattfinden soll, käme vermutlich die Friedensfrage zur Verhandlung. Erhalte die *Leninsche* Regierung, was wahrscheinlich sei, ein Vertrauensvotum, so könnten die Waffenstillstandsverhandlungen fortgehen; es schiene ihm allerdings möglich, daß eine Abstimmung durch schwere und erregte Debatten am ersten Tage nicht zustande käme, in welchem Falle die Frist für die Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen wohl um einige Tage verlängert werden müßte. Er meint, seine Regierung sei, um die Empfindungen Rußlands zu schonen und ihren Gegnern im Lager der Kadetten und rechten Sozialisten keine Waffen zu liefern, gezwungen, den Gedanken des allgemeinen Friedens in den Vordergrund zu stellen, die Bundesgenossen immer wieder zur Teilnahme an den Verhandlungen aufzufordern und einen diesen Rücksichten entsprechenden Verhandlungsmodus zu wählen. Auch als theoretische Vertreter des allgemeinen Friedens könnten die Bolschewiki, obwohl sie *Lloyd George*⁵⁾, *Clemenceau*⁶⁾ und *Wilson*⁷⁾ nicht viel höher als *Nikolaus II.*⁸⁾ einschätzen, nicht anders handeln. Nicht anders wäre es mit den Aufrufen an die Proletarier aller Länder, den Krieg durch internationale Revolution zu beenden. Deutschland müßte verstehen, daß ein derartiges Verfahren für die bolschewistische Regierung unvermeidlich wäre. Auf eine Bemerkung meinerseits, daß der Friede auf dem Wege über die Herren *Haase*⁹⁾ und *Ledebour*¹⁰⁾ nicht erreichbar wäre und jeder Versuch in dieser Richtung nur zu einer Blamage der durch die Sozialistenkonferenz¹¹⁾ bereits kompromittierten demokratischen Methoden der auswärtigen Politik führen müßte, erwiderte Herr *Vorovskij*, daß der Friede auf dem Weg über die deutsche sozialistische Minderheit allerdings für seine Regierung der der idealen Theorie

³⁾ „Sozialisten-Revolutionäre“, Terroristen (kleinbürgerliche Partei), bekämpften zusammen mit den Menschewiki nach 1917 die Bolschewiki.

⁴⁾ Konstitutionelle Demokraten (bürgerlich-linksliberal); Bezeichnung nach den Anfangsbuchstaben „K“ „D“. Vgl. auch oben S. 4, Anm. 16.

⁵⁾ *David Lloyd George* (1863—1945), britischer Premierminister 1916—1919.

⁶⁾ *Georges Clemenceau* (1841—1929), französischer Ministerpräsident.

⁷⁾ *Thomas Woodrow Wilson* (1856—1924), Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika 1913—1921.

⁸⁾ *Nikolaus II. Alexandrovič* (1868—1918), Kaiser von Rußland, dankte am 15. 3. 1917 ab.

⁹⁾ *Hugo Haase* (1863—1919), Mitglied des Reichstages; Vorsitzender der Unabhängigen Sozialdemokraten.

¹⁰⁾ *Georg Ledebour* (1850—1947), Mitglied des Reichstages; 1917 Mitglied der USPD.

¹¹⁾ Stockholmer Konferenz der II. Internationale April—Juni 1917; vgl. u. a. Scheidemann. Zusammenbruch S. 115 ff.

entsprechende Weg wäre; da aber die deutschen Arbeiter die Aufrufe der bolschewistischen Regierung nicht mit Arbeitseinstellungen beantworteten, würde man es eben bei den Aufrufen bewenden lassen. Er schien einzusehen, daß seine Partei nun nicht mehr als Opposition der deutschen Opposition, sondern als Repräsentantin der Staatsmacht der deutschen Regierung gegenüber trete, und gab auch zu, daß ein Versuch, nur mit Herrn *Ledebour* zu verhandeln, einem deutschen Versuch, den Frieden nur mit den Romanovs zu schließen, gleichzustellen sei. An die Möglichkeit einer Revolution in Deutschland glaubt er nicht, während er in Frankreich und Italien eine solche für möglich hält. Er hat sogar eine gewisse Bewunderung für die weitausschauende Politik Seiner Majestät des Kaisers nicht geleugnet, die durch ihr konsequentes Betonen des Verteidigungsgedankens, durch das Friedensangebot und die dauernde Friedensbereitschaft den Gegensatz zwischen den Volksmassen und den imperialistischen Regierungen, der zur russischen Revolution führen mußte, nicht hat entstehen lassen und nun den deutschen Staat ohne Angst vor revolutionären Krisen kann umbranden lassen.

Er sieht bis zur Einleitung konkreter Verhandlungen zwischen den Regierungen noch manche Schwierigkeit und Mißverständnisse voraus und ist bereit, seinerseits alles zu tun, um, wenn die Entwicklung an der Front nicht zu einem brauchbaren Verhandlungsmodus führen sollte, an der Verabredung eines für beide Regierungen gangbaren Weges mitzuhelfen. Über eine geheime telegraphische Verbindung mit seiner Regierung hofft er in einigen Tagen verfügen zu können. Er meint, seine Regierung würde wohl einer Friedensdelegation einige Mitglieder der Konstituierenden Versammlung und als unvermeidliche Dekoration einen Matrosen, einen Soldaten und einen Bauern mitgeben, und wünscht natürlich, daß aus der deutschen Delegation einige lediglich entsprechende Dekorationsstücke mitgegeben würden, ohne indes diesem Punkt eine besondere Wichtigkeit beizumessen.

*Riezler.*¹²⁾

¹²⁾ Dr. phil. *Kurt Karl Josef Siegmund Riezler* (1882—1955), 1. 4. 1915 Wirkl. Legationsrat und Vortragender Rat in der Reichskanzlei, 5. 8. 1917 im Auswärtigen Amt; ab 30. 9. 1917 Tätigkeit bei der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm.

50.

10. 12. 1917: Legationssekretär Frhr. v. Berckheim an Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 5. Telegramm. Nr. 1850. Überschrift: „Für Herrn Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche.“¹⁾ Im Anschluß an meine telefonische Meldung“. Beförderungsvermerk: „Eilt!“

General *Ludendorff* bittet Text der Vereinbarung über die Waffenruhe sowie kurze Darstellung über Verlauf der Verhandlungen in Brest (vgl. dortige Tel.

¹⁾ Dr. jur. *Hilmar Karl Ernst Gustav Wilhelm Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen* (1867—1939), 22. 1. 1916 mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines 2. Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, 1. 7. 1918 mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt beauftragt. Kühmann, S. 519, nennt ihn „einen geraden, fleißigen Beamten“.

Nr. 1959²⁾ und 1960³⁾), da sie ausschließlich militärische Dinge enthalten, nicht zu veröffentlichen. Ferner bittet der General, alle beabsichtigten Veröffentlichungen militärischen Inhalts, selbst wenn sie von General *Hoffmann* genehmigt worden sind, ihm zur endgültigen Entscheidung vorlegen zu wollen.

*Berckheim.*⁴⁾)

²⁾ Telegramm vom 8. 12. 1917, Unterstaatssekretär v. dem *Bussche-Haddenhausen* an den Legationssekretär *Frhr. v. Berckheim*: „Von Agentur *Havas* wird in der Schweiz folgendes verbreitet: ... Es wird hier für erwünscht gehalten, den Eindruck dieser Meldung dadurch abzuschwächen, daß auch deutscherseits kurze Darstellung über Verlauf Verhandlungen gegeben wird. Namentlich dürfte hervorzuheben sein, daß auch die Vollmacht russischer Vertreter nur auf Waffenstillstandsverhandlungen abgestellt war. Dabei wird es sich empfehlen, nicht die Form eines offiziellen Dementis zu wählen, sondern einen Teilnehmer an den Verhandlungen sprechen zu lassen. Entstellungen der Verhandlungen durch dort etwa vorliegende neue russische Funkprüche könnten bei dieser Gelegenheit vielleicht mit abgetan werden ...“ — Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 5. Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland.

³⁾ Telegramm vom 8. 12. 1917, Unterstaatssekretär v. dem *Bussche-Haddenhausen* an den Legationssekretär *Frhr. v. Berckheim*: „Um der öffentlichen Meinung in der Pause bis zum 12. Dezember etwas zu bieten und Eindruck der Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen zu verwischen, käme die Veröffentlichung des Textes der Vereinbarungen über die Waffenruhe vom 5. Dezember in Frage. Wahrscheinlich wird Text durch die Russen veröffentlicht und so auf dem Umwege über das neutrale Ausland hier doch bekannt werden ...“ — Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 5. Waffenstillstandsverhandlungen mit Rußland.

⁴⁾ *Philipp Christian Paul Frhr. v. Berckheim*, 10. 7. 1915 Legationssekretär, 2. 2. 1917 dem Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier aushilfsweise und kommissarisch zugeteilt.

51.

11. 12. 1917: Mitteilung General Ludendorffs an das Auswärtige Amt über das polnische Korps im russischen Heer

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Legationsrat *Frhr. v. Grünau* an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1860. Abgeg. Großes Hauptquartier 11. 12. 1917, 8.20 nachm., angek. 11. 12. 1917, 9.01 nachm.

General *Ludendorff* läßt telegraphieren:

Im russischen Heere ist ein polnisches Armeekorps gebildet worden, das heute bereits über 65000 Mann zählt und gute Manneszucht hält.¹⁾ Ich habe Oberost bereits angewiesen, daß diesem Korps, da es lediglich als Teil des feindlichen Heeres anzusehen ist, in den Bedingungen des Waffenstillstandes keinerlei Sonderstellung eingeräumt werden darf. Aus demselben Grunde muß bei einer austro-polnischen Lösung von Österreich-Ungarn gefordert werden, daß das

¹⁾ Über Entstehung und Aufgaben des unter dem polnischen General *Josef v. Dówbór-Mušnicki* stehenden Korps vgl. *Hutten-Czapski*, II, S. 475 f. — Das Korps wurde im Sommer 1918 entwaffnet. (*Hoffmann*, Aufzeichnungen, I, S. 197.)

Korps beim Friedensschluß aufgelöst wird. Euere Exzellenz bitte ich, diese Forderung den übrigen realen Sicherheiten, die wir bei einer austro-polnischen Lösung haben müssen, hinzuzufügen.

General v. Cramon²⁾ ist seitens O.H.L. entsprechend verständigt worden.

Grünau.

²⁾ August v. Cramon, Generalmajor, deutscher Militärbevollmächtigter beim k.u.k. Armeekorpskommando; veröffentlichte seine Erinnerungen u. d. T.: Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkrieg. Erinnerungen aus meiner 4jährigen Tätigkeit als bevollmächtigter deutscher General beim k.u.k. Armeekorpskommando (Berlin 1920).

52.

12. 12. 1917: Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 1864. Abgeg. Großes Hauptquartier, 12. 12. 1917, 10.00 vorm., angek. 12. 12. 1917, 10.33 vorm. Bezugsvermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 1842“.¹⁾

Seine Majestät sagte mir heute, daß nach Meldungen der Truppe und nach anderweit der O.H.L. zugegangenen Mitteilungen die russischen Truppen in Estland und Livland durch Ausschreitungen aller Art das Land heimsuchen, sodaß seitens der Bewohner um Schutz gebeten worden sei. Der Kaiser habe daher Befehl gegeben, daß bei den Waffenstillstandsverhandlungen die Räumung dieser Gebiete durch die Russen und ihre Besetzung durch kleine deutsche Abteilungen als Polizeitruppen vereinbart wird.²⁾ Der Abschluß des Waffen-

¹⁾ Telegramm Ludendorffs v. 9. 12. 1918 an Oberbefehlshaber Ost (übermittelt von Legationssekretär Frhr. v. Berckheim an das Auswärtige Amt): Weisung an General Hoffmann. Verpflegungsnot in Livland, Estland und Finnland. Unterstützung des Wunsches der Vertreter dieser Länder, der russische Höchstkommandierende möchte die russischen Truppen von dort zurückziehen. — Pol. Archiv. Der Weltkrieg 20 d. Nr. 1a.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang kritische Äußerungen von österreichischer Seite: „... Wie Herr v. Mérey heute aus Brest-Litowsk meldet, beabsichtigt deutsche Oberste Heeresleitung von den Russen bei bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen militärische Räumung Livlands und Estlands mit der Motivierung zu verlangen, daß die angeblich deutschfreundliche Bevölkerung dieser Gebiete von der russischen Soldateska neustens drangsaliert und systematisch ausgerottet werde.

General Hoffmann soll allerdings den Auftrag haben, das Zustandekommen des Waffenstillstandes nicht an dieser Frage scheitern zu lassen, jedoch instruiert sein, die Angelegenheit unter allen Umständen anzuschneiden. Die Bedenken, welche dagegen sprechen, diese Forderung wenigstens im jetzigen Zeitpunkte aufzustellen, liegen auf der Hand. Das Verlangen ist unberechtigt, da es sich nicht um deutsche, sondern um russische Staatsangehörige handelt. Es ist inopportun, da man sich deutscherseits erst vor wenigen Tagen gegen das russische Postulat gewendet hat, die Inseln in der Ostsee zu räumen. Es ist weiters gefährlich, da hiermit deutsche Aspirationen jetzt auch auf estländisches und livländisches Gebiet offen zutage treten und damit der Vorwurf gerechtfertigt wird, daß unser angeblicher Verzicht auf Annexionen ein vollkommen unaufrichtiger sei. Endlich kann nicht vergessen werden, daß wir hiermit den Russen die Möglichkeit eröffnen, auch ihrerseits Forderungen nach Räumung von Gebieten aufzustellen, die wir besetzt haben, und daß schließlich Schutz-

stillstandes dürfte jedoch hierdurch nicht in Frage gestellt werden. Ich erwiderte Seiner Majestät, daß zwischen Euerer Exzellenz und der O.H.L. bezüglich der an Rußland zu stellenden Forderung auf Räumung der bezeichneten Gebiete anläßlich der letzten Beratung in Berlin bereits eine Einigung erzielt worden sei. Der Kaiser schien jedoch Wert darauf zu legen, daß ich Euerer Exzellenz von diesem seinem Wunsche Kenntnis gebe.

Grünau.

maßnahmen zugunsten angeblich deutschfreundlicher russischer Staatsangehöriger reziproke Wünsche auf russischer Seite auslösen könnten, Schutzmaßnahmen zugunsten von Tschechen und Südslaven zu verlangen. Ganz abgesehen hiervon würde das Auftauchen dieser Forderungen den Russen und der ganzen Entente ein gefährliches Agitationsmittel gegen uns liefern. Unter diesen Umständen muß es auf alle Fälle vermieden werden, daß diese Frage im Zuge der Waffenstillstandsverhandlungen angeschnitten werde, da sie diese in gefährlicher Weise beeinträchtigen und auch den eventuellen Friedensverhandlungen präjudizieren würde . . .“; HHStA, P.A., Brester Kanzlei, Telegramm Graf Czernin v. 12. 12. 1917.

53.

12. 12. 1917, vorm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Br. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 63. Abgeg. Brest-Litowsk, 12. 12. 1917, 12.00 mitt., angek. 12. 12. 1917, 1.55 vorm. Vermerk: „Geheim“.

General *Hoffmann* hat Botschafter *v. Mérey*¹⁾ vertraulich davon unterrichtet, daß er bei den wiederbeginnenden Verhandlungen über den Waffenstillstand die Räumung von Estland und Livland verlangen will. Herr *v. Mérey* ist über diese Idee entsetzt und wollte seiner Regierung scharfen Protest empfehlen, weil er Gefährdung des Waffenstillstands und Ausschlichtung unseres Ansinnens durch die Entente voraussieht.²⁾

¹⁾ *Kajetan Mérey v. Kaposméré* (1861—1931), Sektionschef im k.u.k. Ministerium des Äußern, österreichisch-ungarischer Botschafter in Rom 1910—1915.

²⁾ Vgl. hierzu den persönlichen Bericht *Méreys* vom 12. 12. 1917: „General *von* [sic!] *Hoffmann* teilte mir mit, er müsse über ausdrücklichen Befehl der deutschen Obersten Heeresleitung, welche sich darüber mit dem k.u.k. Armeeoberkommando in Verbindung gesetzt habe, von den Russen die militärische Räumung Livlands und Estlands verlangen. Man sei nämlich deutscherseits nicht nur darüber informiert, sondern besitze auch authentische Beweise dafür, daß die ‚deutschfreundliche‘ Bevölkerung dieser Provinzen neuestens von der russischen Soldateska systematisch drangsaliert und ausgerottet werde. In langen eindringlichen Unterredungen mit den Generalen sowie mit Herrn *v. Rosenberg* habe ich gegen diese Absicht Stellung genommen. Ich wies auf das Unberechtigte und die Aussichtslosigkeit eines solchen Verlangens hin, bei dem es sich ja nicht um deutsche, sondern um russische Staatsangehörige handle. Ich betonte, daß ein solcher Wunsch doppelt inopportun sei, nachdem man vor wenigen Tagen das russische Postulat, die Deutschen mögen die Inseln in der Ostsee räumen, mit stolzer Entrüstung abgelehnt habe. Ich führte aus, man werde nicht nur das Ziel kaum erreichen sondern sich berechtigten Vorwürfen aussetzen und überdies allerlei Gefahren heraufbeschwören. Als solche sehe ich vor allem die Beeinträchtigung der Waffenstillstandsverhandlungen, ferner die Eventualität, daß uns die Russen dann reziprok zur Räumung von uns besetzter Gebiete auffordern, ja selbst einen Zusammenhang zwischen dieser Frage und jener der Behandlung der Tschechen und Südslaven bei uns konstruieren,

Auch ich möchte davon abraten, die Räumung von Livland und Estland mit den Verhandlungen über den Waffenstillstand zu verquicken:

1. Von der Räumung Livlands und Estlands oder dergleichen war unsererseits bisher nicht die Rede. Es würde sich also um eine nachträgliche Forderung handeln, die schon als solche verstimmen könnte.
2. Unsere Forderung wird doppelt peinlich wirken, da wir gleichzeitig die von Rußland sicher von neuem verlangte Räumung der Inseln im Rigaischen Meerbusen endgültig ablehnen werden.
3. Wir könnten unsere Forderung nicht mit militärischen, sondern nur mit politischen Gesichtspunkten begründen (Bedrückung und Aushungerung der fremdstämmigen Bevölkerung). Gerade wir haben aber bisher die Ausschaltung aller politischen Momente aus den rein militärischen Waffenstillstandsverhandlungen verlangt.
4. Der bisherige gute Verlauf der Verhandlungen und die wohlbegründete Aussicht auf deren günstigen Fortgang sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Russen infolge der Mäßigung unserer bisherigen Forderungen an unsere Aufrichtigkeit glauben. Eine hervorragende Rolle spielt dabei ihr persönliches Vertrauen zu General *Hoffmann*, dessen offene und aufrichtige Verhandlungsmethode sie sichtlich beeindruckt. Dieses günstige Moment würde durch so empfindliche Nachforderungen gefährdet werden. Die Russen würden daraus unerwünschte Schlüsse ziehen auf das, was ihnen bei den Friedensverhandlungen bevorsteht.

Die Aussicht, das Verlangen der O.H.L. bei den Waffenstillstandsverhandlungen durchzusetzen, dürfte äußerst gering sein. Schon das Anschneiden der Frage erscheint mir in diesem Stadium bedenklich. Dagegen glaube ich, daß die Forderung bei den Verhandlungen über den Präliminarfrieden unbedenklich und mit größerer Aussicht auf Erfolg aufgestellt werden kann. Wir könnten dann erklären, wir seien bereit, westlich der durch die Kriegsereignisse entstandenen Grenzlinie Autonomien zu bewilligen, müßten aber als Gegenleistung verlangen, daß Rußland östlich dieser Linie den dort seßhaften geschlossenen Völkern gleiches gewährt. Hiervon ausgehend, wird sich eventuell als Vorbereitung für die Autonomie auch die Räumung Estlands und Livlands erreichen lassen.

Ich habe versucht, Herrn *v. Mérey*, der sich zuerst ganz ablehnend verhielt, diesen Ausweg zu suggerieren und hoffe, daß er ihn als Kompromiß seiner Regierung vorschlagen wird.

Rosenberg.

endlich die bösesten Kommentare nicht bloß seitens unserer Feinde, sondern in ganz Europa. Das Ganze ist wieder eine echt *Ludendorff'sche* Maßlosigkeit, wobei ich bemerken möchte, daß der Stab Ober-Ost, der durch zwei Jahre *Hindenburg* und *Ludendorff* an der Spitze hatte, diesen Einflüssen ganz besonders ausgesetzt und zugänglich ist. Es zeigt sich aber weiter, daß Deutschland offenbar außer auf Kurland und Litauen auch auf Estland und Livland Absichten hat, was — wie ich den deutschen Herren gegenüber betonte — wohl auch den Russen klar werden wird. Herr *v. Rosenberg* zeigte volles Verständnis für meinen Standpunkt, aber . . . ist wieder einmal deutsche Zivilregierung sehr schwächlich gegenüber der Obersten Heeresleitung“. HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

54.

12. 12. 1917, nachm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 65. Abgeg. Brest-Litowsk, 12. 12. 1917, 12.10 nachm., angek. 12. 12. 1917, 12.35 nachm.

Russische Delegation heute Vormittag hier eingetroffen.

Als Delegierte:

- 1) *Joffe*¹⁾,
- 2) *Kamenev*²⁾,
- 3) Frau *Bizenko*³⁾.

(Der Bauer, Arbeiter, Unteroffizier und Matrose sind also fortgeblieben).

Als militärische Sachverständige:

- 1) Generalmajor *Skalon* (neu)⁴⁾,

¹⁾ *Adolf Abramovič Joffe* (1883—1927), seit 1903 in der sozialistischen Bewegung aktiv; 1906 Mitglied des Auslandsbüros des menschewistischen Z.K. 1908—1912 zus. mit *Trockij* Redakteur der Wiener *Pravda*. Eintritt in die bolschewistische Partei 1917. — Vgl. auch die Angaben des Deutschen Auslands-Sekretariats (*Erich Lilienthal*) über seine Person: „*Joffe, A. A.*, nach anderen Angaben *M. S.*, seit Anfang Juli 1917 Gemeinderat von Petersburg, Sekretär des revolutionären Militärausschusses im *Leninkabinett*, ehemaliger Führer der Menschewisten. . . . Tritt zum ersten Male bemerkenswert hervor als Führer der russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.“ Pol. Archiv, Friedenspräliminarien zu Brest-Litowsk, Personalialia, Bd. 2.

²⁾ Angaben über ihn ebenda: „*Kamenev, L. B.*, alias *Rosenfeld*, Advokat und Journalist . . . Mitherausgeber der *Pravda*, Mitglied des Büros des Petersburger Sovets und Gemeinderat von Petersburg. . . . Auf dem Sovietkongreß Ende November will er, daß Rußland Garantien verlange, damit der Feind den Waffenstillstand nicht benutze, um Truppen nach anderen Fronten zu senden. . . . In Brest-Litowsk verhandelt er besonders mit General *Hoffmann* . . .“ — Sozialdemokrat seit 1901, schloß sich 1903 den Bolschewiki an.

³⁾ Angaben über sie ebenda: „*Bizenko, M. A.* Frau, ukrainischer bzw. kaukasischer Abstammung . . . ist als Vertreterin der Bauern zu betrachten. Sie ist Mitglied des Sovets von Moskau.“

⁴⁾ Über das Schicksal des Generals *Skalon* vgl. Telegramm des Gesandten v. *Rosenberg* an das Auswärtige Amt v. 13. 12. 1917, Nr. 69: „Ob Ost telegraphiert an O.H.L.: Die russische Abordnung drahtete an Petersburg: „An *Lenin, Trockij, Krylenko*. Heute am 29. 11. [a. St.], einige Stunden nach unserer Ankunft in Brest und vor Eröffnung der gemeinsamen Konferenz, erschloß sich General *Skalon* in dem ihm zugeteilten Zimmer. Während der gemeinsamen Reise und einer Reihe gemeinsamer Sitzungen der russischen Delegation nahm General *Skalon* unmittelbaren und tätigen Anteil an der Beratung der Fragen und brachte eigenhändig einen Entwurf für einzelne Punkte des Vorschlages zu Papier, die in der Formulierung des Generals *Skalon* auch angenommen wurden. Die letzte Zusammenkunft der gesamten russischen Delegation fand gegen 3 Uhr statt. General *Skalon* war hierbei anwesend und nahm an der Ausarbeitung der endgültigen Redigierung teil, die ohne jeden Widerspruch seinerseits angenommen wurde. Bei Beratung des Aufenthaltsortes der Kontrollkommissionen für die Durchführung des Waffenstillstandes ging General *Skalon*, der für eine der Kommissionen *Kamieniec Podolsk* vorschlug und es als unbedingt notwendig bezeichnete, sich auf der Karte zu orientieren, um diese zu holen, auf sein Zimmer (es war 3 Uhr 50 Min. nachm.). Bald hierauf, 4 Uhr 2 Min., kam der der Delegation zugeteilte deutsche Offizier in das Sitzungszimmer der russischen Delegation geeilt und teilte uns mit, daß der General sich erschossen habe. Wir gingen ins Nebenzimmer und sahen, daß der General blutüberströmt am Boden

- 2) Konteradmiral *Altwater*,
- 3) Kapitän zu See *Dobrovolski*,
- 4) Oberstleutnant *Fokke*,
- 5) Generalstabshauptmann *Lipski* (neu).

Ferner ein Stenograph.

Ein weiterer Generalstabsoffizier und ein Dolmetscher werden gegen Abend erwartet.

Verhandlungen beginnen voraussichtlich heute Nachmittag.

Rosenberg.

lag. Auf dem Tisch fand sich ein Schreiben folgenden Inhalts: „*Mohilev* an *Anna Lovna Skalon*. Leb wohl du liebe reizende Annjuta, verurteile mich nicht, verzeihe, ich kann nicht mehr leben, ich segne Dich und *Nadjuša*, bis zum Grabe Dein *Volodja*.‘ Gemeinsam mit den Mitgliedern der russischen Delegation setzten die deutschen Behörden ein Protokoll auf und machten eine Photographie.“ — Pol. Archiv, Waffenstillstands-Verhandlungen in Brest-Litowsk. Kommissionsakten Brest-Litowsk/Bukarest. Handakten des Gesandten von Rosenberg, Bd. 2.

55.

Berlin, 12. 12. 1917: Reichskanzler Graf v. Hertling an Legationssekretär Frhr. v. Berckheim für Generalfeldmarschall v. Hindenburg über die Räumung Livlands und Estlands

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. (Hughes). Nr. 1981. Abschrift. Überschrift: „Für Feldmarschall von Hindenburg“.

Auf das gefällige Schreiben vom 11. 12.¹⁾ beehre ich mich zu erwidern, daß es

¹⁾ Text dieses Telegramms (Nr. 25214 P, Gr. Hauptquartier, 11. 12. 1917, zugeleitet an den Staatssekretär v. *Kühlmann* von der Politischen Abteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres) lautet: „Beifolgender Brief der *Baronin Üxküll* ist mir von Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Großherzogin *Luise von Baden* zugesandt worden ... Die Anteilnahme der Frau Großherzogin an den Vorgängen in Livland und Estland hat mich veranlaßt, Seiner Majestät dem Kaiser über den Brief der *Baronin Üxküll*, der nur die Ergänzung einer Reihe gleichgestimmter Hilferufe aus den bedrohten Gebieten bildet, Meldung zu erstatten. Auch Seiner Majestät liegt daran, daß wir uns diesen Rufen nicht verschließen und bei den Waffenstillstandsverhandlungen die Räumung Livlands und Estlands seitens der russischen Truppen durchsetzen. Ich habe daher an Obost befohlen: ‚Da sich die Nachrichten ständig mehren, daß die Zustände in Livland und Estland durch Morden und Brandschatzen seitens der russischen Truppen eine Form angenommen haben, die eine Änderung unbedingt erfordert, so bitte ich in Abänderung meines Fernschreibens 25111 P, bei den weiteren Waffenstillstandsverhandlungen mit Nachdruck auf der Forderung zu bestehen, daß die russischen Truppen aus diesen Gebieten zurückgezogen werden. Die Frage des Nachrückens unserer Truppen in die geräumten Gebiete ist nicht zu berühren. Sollten die Russen sie anschneiden, so können wir zugeben, daß wir eine Besetzung des Landes nur dann beabsichtigen, wenn die Ruhe dort nicht baldigst hergestellt wird. Für Finnland bleibt es zunächst dabei, daß die Forderung zur Räumung auch dieses Landes erhoben wird, aber die Verhandlungen in keiner Weise ungünstig beeinflussen darf.‘ Mein obengenanntes Fernschreiben Nr. 25111 hatte im Sinne der jüngsten Berliner Besprechungen (Ergebnis III, 1) den General *Hoffmann* angewiesen, ohne Gefährdung der Waffenstillstands-Verhandlungen die Räumung Livlands

meines Erachtens leicht zu einer Gefährdung der Unterhandlungen führen kann, wenn bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand unsererseits mit Nachdruck auf der Forderung bestanden wird, daß die russischen Truppen aus Livland und Estland zurückgezogen werden. Staatssekretär *v. Kühlmann* hat bei der Gelegenheit sofort Bedenken geltend gemacht und darauf hingewiesen, daß das Anschneiden dieser Frage von wesentlicher politischer Bedeutung sei. Ich teile die Ansichten des Herrn Staatssekretärs und habe unsere Verabredungen über das Vorgehen in dieser Frage dahin aufgefaßt, daß die Forderung lediglich erhoben werden soll, wenn russischerseits nochmals die Frage der Räumung der Inseln durch uns angeschnitten werden sollte, und daß keinesfalls eine Gefährdung der Verhandlungen dadurch eintreten darf. Wenn Euere Exzellenz infolge neuerer Nachrichten und auf Grund einer Anteilnahme Seiner Majestät an der Sache zu einer anderen Weisung Veranlassung zu haben glaubten, so hätte ich es mit Dank anerkannt, wenn ich, da es sich um eine Frage von hervorragender politischer Bedeutung handelt, Gelegenheit erhalten hätte, mich vor Erlaß des betreffenden Befehles dazu zu äußern.

Nach einem Telegramm des Gesandten *v. Rosenberg*²⁾ rät dieser dringend davon ab, die genannte Forderung mit den Waffenstillstandsverhandlungen überhaupt zu verquicken. Er macht, und zwar meines Erachtens mit Recht, geltend, daß es sich um eine politische Forderung handle, daß wir mit dieser Forderung nachträglich kommen, und daß wir gleichzeitig entschlossen sind, die russische Forderung auf Räumung der Inseln abzulehnen. Im Präliminar-Friedensvertrag werde sie nach seiner Ansicht größere Aussicht auf Erfolg haben, da wir dann erklären könnten, wir seien bereit, den Völkern westlich der Okkupationsgrenze Autonomie zu gewähren, wenn die Russen den Grenzvölkern östlich davon dasselbe gewähren wollten. Auf diese Weise werde sich dann auch wohl die Räumung erreichen lassen.

Herr *v. Rosenberg* hat dann auf Rückfrage seine Bedenken insoweit zurückgestellt, als er meint, ein Anschneiden der Frage außerhalb der Sitzungen ließe sich wohl verantworten, ein Vorbringen innerhalb der ordentlichen Waffenstillstandsverhandlungen als neue Forderung müsse aber vermieden werden.

Euere Exzellenz bitte ich ergebenst, hiernach die Angelegenheit nochmals zu prüfen und eventuell dem General *Hoffmann* eine zusätzliche Weisung in dem

und Estlands zu vertreten. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Seine Majestät, wie schon früher in bezug auf Litauen und Kurland, so auch für Livland und Estland es für das Beste hält, daß diesen Gebieten der Schutz des Deutschen Reiches in der Weise zuteil wird, daß sie als selbständige Staaten in Personalunion mit der Krone Preußen vereinigt werden. Von einer Kandidatur des *Herzogs von Urach* für Litauen, die ich Seiner Majestät dem Kaiser erwähnte, war Allerhöchstdemselben nichts bekannt.“ — Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 20 d. Nr. 1a, Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland, Estland, Bd. 3, vom 1. November 1917 bis 14. Dezember 1917. — Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Aufzeichnungen des aus dem Baltikum stammenden Tübinger Historikers *Johannes Haller* (Erinnerungen, II, S. 122) über seinen Besuch bei *Hindenburg* Anfang Dezember 1917 und dessen Begrüßungsworte: „... Ich freue mich, Sie kennen zu lernen; mir brauchen Sie gar nichts zu sagen, ich bin ganz Ihrer Ansicht: das baltische Land soll deutsch werden — das muß und wird kommen, aber es braucht seine Zeit.“

²⁾ Vgl. Nr. 53.

Sinne zugehen zu lassen, daß die Forderung außerhalb der Verhandlungen gestellt und jedenfalls eine Gefährdung der Unterhandlungen vermieden werden solle. Falls Euere Exzellenz hierzu einen erneuten Vortrag bei Seiner Majestät für erforderlich halten, darf ich die weitere Veranlassung hierwegen anheimstellen.

Hertling.

56.

12. 12. 1917: Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 1871. Großes Hauptquartier 12. 12. 1917, angek. 13. 12. 1917, 9.00 vorm. Bezugsvermerk: „Auf Telegramm Nr. 1981“.¹⁾

Wie nachträglich bekannt geworden, hat General *Ludendorff* am 11. abends nachstehende Instruktion an General *Hoffmann* gesandt:

„Wenn ich auch nochmals betonen möchte, daß es unsere Pflicht ist, angesichts der großen Gefahr, in der sich Livland und Estland befinden, die Räumung dieser Gebiete mit allem Nachdruck von den Russen zu fordern, so muß ich es doch andererseits als selbstverständlich voraussetzen, daß diese Forderung nicht zum Scheitern der Verhandlungen führen darf.“

Bei einem Telephongespräch des Generals *Ludendorff* mit General *Hoffmann* gestern Nachmittag hat dieser erklärt, er könne keine bindenden Instruktionen hierüber annehmen, da er nur an Ort und Stelle beurteilen könne, wie weit er zu gehen habe. Darauf habe ihm General *Ludendorff* erwidert, daß er das größte Vertrauen zu seiner Geschicklichkeit habe und ihm freie Hand lasse. Beide waren sich darüber einig, daß die Verhandlungen an dieser Frage nicht scheitern dürften. Mit Rücksicht hierauf hat General *Ludendorff* heute abend erklärt, daß er dem General *Hoffmann* keine weitere Weisung geben könne. Da hiernach General *Hoffmann* offenbar volle Freiheit des Handelns hat, wird es vielleicht Herrn *v. Rosenberg*, wenn er dies weiß, leichter werden, sich mit General *Hoffmann* zu verständigen, denn er kann sich nicht auf bindende Instruktionen des Hauptquartiers berufen.

Grünau.

¹⁾ Vgl. Nr. 55.

57.

12. 12. 1917: Gesandter Graf v. Breckdorff-Ratzau (Kopenhagen) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 1450. Abgeg. Kopenhagen, 12. 12. 1917, 12.35 vorm., angek. 13. 12. 1917, 4.15 vorm. Bezugsvermerk: „Unter Bezug auf dortiges Telegramm Nr. 937 vom 10. Dezember“.¹⁾

Erfahre zuverlässig Nachstehendes:

Orlovskij hat an seinen Kopenhagener Vertrauensmann geschrieben, er halte für

¹⁾ Telegramm uspr. des Deutschen Gesandten in Stockholm an das Auswärtige Amt v. 7. 12. 1917, weitergeleitet vom Auswärtigen Amt am 10. 12. 1917: *Orlovskij* hat Dokumente betr. seiner Ernennung zum Vertreter des Rates der Volkskommissare erhalten, dazu Vollmacht, die bisherigen russischen Gesandtschaften zu ordnen und mit allen Kriegführenden über Waffenstillstand und Frieden zu verhandeln. — Pol. Archiv, Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1.

wünschenswert, die Verhandlungen von der Front in das neutrale Ausland zu verlegen (vielleicht Stockholm). Zur Begründung führt *Orlovskij* an, daß von einem neutralen Ort aus leichter auf die Entente eingewirkt werden könne, sich an den Verhandlungen zu beteiligen und so Übergang von den Separatverhandlungen zu allgemeinen Verhandlungen zu schaffen.

Orlovskij mitteilt ferner, *Lenin* und *Trockij* wünschten, daß die Verhandlungen durch Parlamentarier geführt würden, weil dadurch der Druck der Militärs ausgeschaltet werde.

Rantzau.

58.

12. 12. 1917: Aufruf Trockijs zur Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Legationsrat Frhr. v. Grünau an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1876. Abgeg. Großes Hauptquartier, 13. 12. 1917, 6.40 nachm., angek. 13. 12. 1917, 7.35 nachm. Überschrift: „Russischer Klartext, aufgenommen in Brest-Litowsk am 12. d. M. 1.50 nachm.“

„An alle. — Zu den Friedensverhandlungen. Nach einwöchiger Unterbrechung ist die russische Abordnung wieder zur Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen nach Brest-Litowsk abgereist. Die russische Abordnung hat, sobald der Waffenstillstand abgeschlossen ist, die Vollmacht, an Friedensunterhandlungen heranzutreten. Der Waffenstillstand erhält den Charakter eines Sondervertrages, da er von unserer Seite nur von den Armeen Rußlands und Rumäniens abgeschlossen wird. Die Verantwortung für den separaten Charakter des Waffenstillstandes fällt ganz und gar denjenigen Regierungen zur Last, welche sich bis jetzt weigerten, ihre Waffenstillstands- und Friedensbedingungen bekannt zu geben, welche vor ihren und den fremden Völkern die Ziele zu verheimlichen fortfahren, in deren Namen der Krieg fortgesetzt werden soll. Keine gewaltsamen Annexionen! Das Schicksal der Völker, ihr wirtschaftliches Leben, ihre Staaten, ihre Kultur dürfen durch die Gewalt der Bajonette nicht entschieden werden. Nur der freie Wille des Volkes selbst soll seine Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staatsganzen bzw. seine staatliche Unabhängigkeit bestimmen. Alle Völker, welche sich unterdrückt fühlen oder unterdrückt zu sein glauben, müssen die Möglichkeit erhalten, sich frei vermittels Volksabstimmung über ihr ferneres Schicksal äußern zu können. Flüchtlinge müssen zur Volksabstimmung zurückgeholt, fremde Truppen entfernt werden. Dieser Grundsatz wird auf die Gebiete aller kriegführenden Länder ausgedehnt, auf das Mutterland wie auf die Kolonien. Diejenigen Bezirke, die besonders hart unter den Greueln des Krieges gelitten haben, müssen aus einem internationalen Fonds entschädigt werden, der auf dem Wege einer Auflage von den kapitalistischen Klassen aller kriegführenden Länder gebildet wird, denn auf die kapitalistischen Klassen fällt die ganze Verantwortung für diesen Krieg. Das

sind die Prinzipien, welche der Rat der Volkskommissare den Friedensverhandlungen zugrunde legt. Die Grundlagen eines ehrenhaften demokratischen Friedens der Völker können mit der notwendigen Vollständigkeit nur unter der Bedingung eines entschieden mannhaften Kampfes der arbeitenden Massen aller Länder gegen ihre Imperialisten und Annexionisten verwirklicht werden. Ein Sonderwaffenstillstand ist noch kein Sonderfriede; aber er bedeutet die Gefahr eines Sonderfriedens. Dieser Gefahr vorbeugen können nur die Völker selbst. Die arbeitende Klasse der mit Rußland verbündeten Länder ist jetzt durch die Geschichte berufen, ihre ganze Kraft in die Waagschale zu werfen, um ihre Teilnahme an den Friedensverhandlungen der wirklichen, durch die Völker Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und aller übrigen Länder bevollmächtigten Vertreter zu sichern. Als eine nicht minder hohe Pflicht des Proletariats Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei erscheint die Schaffung solcher Bedingungen, welche die tatsächliche und nicht nur in Worten gegebene Anerkennung der Grundlagen eines demokratischen Friedens durch die Vertreter dieser Länder sichern. In Verhandlungen, die jetzt geführt werden, hält sich der Rat der Volkskommissare durch keinen einzigen der alten Verträge für gebunden, in denen die beutegierigen Erpressungen der kapitalistischen Klassen festgelegt sind. Jetzt hat die Stunde geschlagen, in der die Völker selbst den Vertrag unterzeichnen sollen, der auf allgemeiner Zusammenarbeit und gegenseitiger Achtung begründet ist. Für die sozialistischen Parteien ist die Stunde gekommen, den großen Ruf, der vor siebzig Jahren verkündet wurde, zu verwirklichen: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

L. D. Trockij.“
Grünau

59.

13. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Berlin) an die Gesandtschaft in Stockholm

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 1717. Bezugsvermerk: „1) Gesandter Stockholm. Auf Telegramm Nr. 2011.“¹⁾ Für Riezler“.

Gesandter Kopenhagen meldet²⁾, er habe aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß *Orlovskij* an seinen Kopenhagener Vertrauensmann geschrieben habe, es sei wünschenswert, die Verhandlungen von der Front in das neutrale Ausland zu verlegen (vielleicht Stockholm). Zur Begründung habe *Orlovskij* angeführt, daß von einem neutralen Orte aus leichter auf die Entente eingewirkt werden könne,

¹⁾ Telegramm des Deutschen Gesandten in Stockholm an das Auswärtige Amt vom 12. 12. 1917. Darin heißt es: „Auftrag ausgeführt. *Orlovskij* hat Mitteilung sofort Petersburg weitergegeben, da er indessen immer noch keinen Chiffre erhalten hat, ist Zeitpunkt Eintreffens seiner Mitteilungen in Petersburg unsicher ... empfehlen daher analoges Vorgehen bei Waffenstillstandsverhandlungen“. — Pol. Archiv. Der Weltkrieg 2 Geh. Friedensstimmungen und Aktionen zur Vermittlung des Friedens. Bd. 53. Vom 1. Dezember 1917 bis 16. Dezember 1917.

²⁾ Vgl. Nr. 57.

sich an den Verhandlungen zu beteiligen und so Übergang von den Separatverhandlungen zu allgemeinen Verhandlungen zu schaffen.

Orlovskij habe ferner mitgeteilt, *Lenin* und *Trockij* wünschten, daß die Verhandlungen durch Parlamentarier geführt würden, weil dadurch der Druck der Militärs ausgeschaltet werde.

Wiederhole, daß Verhandlung über Präliminarfrieden in neutralem Ort für uns durchaus unerwünscht und nach Möglichkeit zu vermeiden. Ebenso interparlamentarische Konferenz. Nach vorliegenden Meldungen unseres Vertreters bei Oberost ziehen die russischen Delegierten für Präliminarfrieden ebenfalls einen Ort an Front als Verhandlungsort vor und haben keinerlei Wünsche wegen Teilnahme von Parlamentariern geäußert.

Kühlmann.

60.

13. 12. 1917: Mitteilung Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an Reichskanzler Graf v. Hertling über die Räumung Estlands und Livlands

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Legationsrat Frhr. v. Grünau an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1873. Abgeg. Großes Hauptquartier, 13. 12. 1917, 1.20 nachm., angek. 13. 12. 1917, 2.40 nachm. Vermerk: „Für den Herrn Reichskanzler. Im Anschluß an Telegramm Nr. 1871“.)

Generalfeldmarschall *v. Hindenburg* läßt Euerer Exzellenz auf Telegramm Nr. 1981²⁾ mitteilen:

„Ich kann Euerer Exzellenz versichern, daß ich dessen voll bewußt bin, daß die Waffenstillstandsverhandlungen durch unsere Forderung der Räumung Livlands und Estlands nicht gefährdet werden dürfen. Auch General *Hoffmann* ist sich darüber nicht im Zweifel und hat mich gebeten, ihm für die Art seines Vorgehens freie Hand zu lassen, da sich der zweckmäßigste Weg nur an Ort und Stelle erkennen läßt. Durch die mir vorliegenden Nachrichten der letzten Tage über die Vorgänge in Livland und Estland ist die Frage der Räumung dieser Gebiete aus einer politischen eine militärische geworden. Dem Beispiel der russischen Soldateska ist die besitzlose Bevölkerung gefolgt, so daß die Gefahr besteht, daß diese Bewegung auch auf das von uns besetzte Gebiet im Nordosten übergreift. Wir würden zu militärischen Maßnahmen genötigt werden, die die unheilvollsten Folgen für die Entwicklung an der Ostfront und die Erlangung des Friedens zeitigen würden. Daher muß ich aus militärischen Gründen Forderungen stellen, die jede Gefahr ausschließen. Unter den augenblicklichen Verhältnissen haben wir keine andere Wahl als die Forderung der Räumung der Gebiete. Ich bin überzeugt, daß unsere Absichten jetzt durchaus im Einklang stehen mit dem, was wir in Berlin besprochen haben, und hoffe auch, daß es uns zudem schon jetzt, gelegentlich der Verhandlungen über den Waffenstillstand gelingen wird, den Deutschen in Livland und Estland Hilfe zu bringen,

¹⁾ Vgl. Nr. 56.

²⁾ Vgl. Nr. 55.

ehe es zu spät ist. Ich begrüße aber doppelt freudig, daß Ew. Exzellenz der Ansicht des Gesandten *v. Rosenberg* beipflichten, daß die Autonomie der russischen Ostseeprovinzen — soweit sie noch in russischer Hand sind — jedenfalls im Präliminarfriedensvertrag zu erreichen sein wird. Ganz Deutschland wird Euerer Exzellenz dann dankbar sein.“

Grünau.

61.

13. 12. 1917: Mitteilung Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an Reichskanzler Graf v. Hertling über die Vertretung der Obersten Heeresleitung in Brest-Litowsk

Der Weltkrieg Br. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Legationsrat Frhr. v. Grünau an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1874. Abgeg. Großes Hauptquartier, 13. 12. 1917, 1.50 nachm., angek. 13. 12. 1917, 2.40 nachm. Vermerk: „Eilt! Für Herrn Reichskanzler“.

Generalfeldmarschall *v. Hindenburg* läßt Euerer Exzellenz mitteilen:

„Ich bin mit der Weisung, die Euere Exzellenz dem Freiherrn *v. Grünau* zum Vortrage bei Seiner Majestät dem Kaiser über die Führung von Friedensverhandlungen geben wollen, durchaus einverstanden, im besonderen auch damit, daß General *Hoffmann* als militärischer Vertreter solange mitwirkt, wie noch Operationen andauern. Sobald die militärischen Verhältnisse es zulassen, soll General *Ludendorff* an seine Stelle treten. Das wird bei den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden voraussichtlich erst nach Abschluß des Präliminarfriedens der Fall sein, da wir, wie Euere Exzellenz wissen, an der Westfront nicht erst zum Waffenstillstand, sondern sogleich zum Präliminarfrieden gelangen müssen, es sei denn, daß England sich mit einem Waffenstillstand zu Lande unter Fortführung des U-Boot-Krieges abfindet. Ich halte es für selbstverständlich, daß General *Hoffmann* mich fortdauernd über die Verhandlungen unterrichtet und gegebenenfalls meine Stellungnahme erbittet. Es würde daher die Unterzeichnung des Schlußprotokolls durch General *Hoffmann* nur mit meiner ausdrücklichen Zustimmung zum Protokoll möglich sein.“

Grünau.

62.

13. 12. 1917: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 70. Abgeg. Brest-Litowsk, 13. 12. 1917, 12.40 nachm., angek. 13. 12. 1917, 1.05 nachm.

Erste Sitzung dauerte heute früh von 9 bis gegen 12 Uhr.

Allgemeiner Eindruck:

Die Russen akzeptieren im wesentlichen unseren Entwurf. Stellen einige unerhebliche Ergänzungsanträge und rechnen offenbar auf Abschluß des Waffen-

stillstandes in allernächsten Tagen. Von Räumung der Inseln im Rigaischen Meerbusen war nicht mehr die Rede. Unsererseits wurde die Frage von Estland und Livland in der offiziellen Sitzung nicht angeschnitten. Als General *Hoffmann* vor der Sitzung inoffiziell und vorsichtig bei Herrn *Joffe* sondierte, ließ dieser durchblicken, daß die Delegation auf eine solche Forderung hin abreisen würde. General *Hoffmann* bittet Oberste Heeresleitung telefonisch um Entscheidung wegen weiterer Behandlung der Frage.

Nächste Sitzung heute nachmittag 5 Uhr. Vorher findet feierliche Überführung der Leiche des Generals *Skalon* zum Bahnhof statt. Ehrenkompanie Salut. Militärmusik.

Rosenberg.

63.

13. 12. 1917: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 71. Abgeg. Brest-Litowsk, 13. 12. 1917, 1.20 nachm., angek. 13. 12. 1917, 2.05 nachm.

Erörterung von Friedensfragen wurde heute vormittag russischerseits versucht. Die Russen erklärten, ihre Regierung wünsche sofort nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes in die Friedensverhandlungen einzutreten und sei damit einverstanden, daß diese Verhandlungen in Brest-Litowsk beginnen. Für den Abschluß (die Russen sagten Unterzeichnung) würde die russische Regierung einen neutralen Ort vorziehen. Gegen letzteren Wunsch wurde vorläufig nicht Einspruch erhoben, da es noch während der Präliminarien Zeit sein dürfte, unsere abweichenden Vorschläge durchzusetzen.

Auf Anfrage des Generals *Hoffmann* teilten die Russen mit, daß ihre Delegation teilweise auch für die Verhandlungen über den Frieden ausersehen sei. Daneben würden noch andere Delegierte erscheinen, und zwar, falls abkömmlich, vielleicht auch Herr *Trockij* persönlich. Die Russen versprachen, letzteren Punkt durch Rückfrage in Petersburg schleunigst zu klären.

Rosenberg.

64.

13. 12. 1917: Gesandter Frhr. Lucius v. Stuedten und Legationsrat Riezler (Stockholm) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 2022. Abgeg. Stockholm, 13. 12. 1917, 6.25 nachm., angek. 14. 12. 1917, 6.05 vorm. Vermerk: „Geheim“.

Radek, z. Z. Direktor Petersburger Telegraphenagentur¹⁾, schreibt 6. Dezember

¹⁾ *Karl Radek* (*Sobelsohn*, geb. 1885), urspr. österr. Staatsbürger, Mitglied der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk. Verf. u. a. der Schrift: „Die Friedensfrage und unsere Aufgabe“ (Stockholm 28. 11. 1917), in welcher er betonte (S. 1 f.), die Aufgabe sei „der Kampf um den allgemeinen Frieden“.

von Petersburg an *Orlovskij*: Wir sind nicht mehr zu stürzen, höchstens durch in zwei, drei Monaten zu erwartenden wirtschaftlichen Zusammenbruch, den wir wohl nicht vermeiden können. Bis dahin wird indessen internationale Revolution uns aller Schwierigkeiten entheben. Nach Abschluß Waffenstillstandes werden wir wahrscheinlich große Delegationen in neutrales Ausland senden. Annahme, daß *Radek*, der besonders fanatischer Anhänger internationaler Revolution und selbst Rolle spielen will, sich die Absichten seiner Regierung nach seinen Wünschen zurechtlegt. Immerhin wäre gut, wenn Abmachungen über Zeit und Ort direkter Verhandlungen in Waffenstillstandsvertrag hineingebracht werden.

*Riezler, Lucius.*²⁾

²⁾ *Hellmuth Ferdinand Eduard Frhr. Lucius v. Støeden* (1869—1934), seit 18. 3. 1915 Gesandter in Stockholm.

65.

13. 12. 1917: Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel) an das Auswärtige Amt

Türkei Nr. 159, Nr. 2, Bd. 18. Telegramm. Nr. 1636. Abgeg. Pera, 13. 12. 1917, 10.40 nachm., angek. 14. 12. 1917, 1.40 vorm.

Nach heutigem Ministerrat, in welchem alle türkischen Friedenswünsche besprochen wurden, telephonierte *Nessimy Bey*¹⁾, daß er und Unterstaatssekretär *Reschad Hikmed*²⁾ am 15. nach Berlin reisen würden, und bat um Paßerleichterungen. Ich hatte daher keine Gelegenheit, zu versuchen, *Nessimy Bey* die Reise auszureden. Doch nehme ich an, daß er bei Euer Exzellenz angefragt hat, ob sein Besuch jetzt genehm. Vielleicht läßt sich ein Grund finden, ihm zunächst ein Aufschieben der Reise nahezu legen.

Es ist nicht zu leugnen, daß alle türkischen Minister jetzt reichlich nervös sind. Fall von Jerusalem³⁾, Ernährungsschwierigkeiten wegen des scharf einsetzenden Winters und viele Kritik der herrschenden Korruption machen es zu einer Existenz[frage] für Ministerium *Talaat*⁴⁾, bei den Friedensverhandlungen etwas nach Hause zu bringen.

Wenn Bulgarien die ganze Dobrudscha⁵⁾ erhalten soll, und es, wie ich annahm,

¹⁾ *Achmed Nessimy Bey*, türkischer Minister des Äußern.

²⁾ *Reschad Hikmed Bey*.

³⁾ Am 8. 12. 1917 hatte der englische General *Allenby* die Stadt eingenommen.

⁴⁾ *Mehmed Talaat Pascha* (1872—1921), 1917/18 Großwesier, türkischer Ministerpräsident.

⁵⁾ *Kühlmann*, S. 551 f., schreibt über die Dobrudschafrage im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk: „... Eine besondere Bewandnis hatte es mit Rumäniens östlicher, an das Schwarze Meer grenzenden Provinz, der Dobrudscha. Der südliche Teil, der zweifellos bulgarische Nationalelemente enthielt, war Bulgarien erst durch den Bukarester Frieden entrissen worden. Der zwischen Bulgarien und Deutschland geschlossene Vertrag, in welchem *König Ferdinand* sich den Mittelmächten anschloß, stellte Bulgarien die Rückgabe dieses ursprünglich bulgarischen Teiles der Dobrudscha in Aussicht. Der nördliche Teil der Dobrudscha zwischen der Donau und dem Schwarzen Meer enthielt den

unmöglich sein wird, der Türkei im Kaukasus die Grenze von 1874⁶⁾ wiederzugewinnen, so werden die Türken jedenfalls sehr energisch auf der Wiedergabe von Westthrazien bestehen.

*Bernstorff*⁷⁾.

einzig wichtigen Zugang Rumäniens zur Schwarzmeerküste mit dem Hafen Konstanza und wurde von der Bahn Bukarest—Konstanza durchschnitten, welche eine lebenswichtige Arterie für Rumänien darstellte. Aus diesen Gründen war auch in dem Vertrage zwischen Bulgarien und den Mittelmächten der nördliche Teil der Dobrudscha nicht in die den Bulgaren versprochene Zone aufgenommen; vor allem, da Deutschland selbst den Wunsch hegte, sich durch Einflußnahme auf diese Bahnstrecke ein verkehrspolitisches Machtinstrument zu reservieren . . .“; weitere Ausführungen, insbes. über die Wünsche Bulgariens ebenda S. 552 f.

⁶⁾ D. h. vor dem Aufstand in der Herzegovina und dem russisch-türkischen Kriege von 1877/78.

⁷⁾ *Johann Heinrich Graf v. Bernstorff*, Wirkl. Geheimer Rat, 1917/18 außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter zu Konstantinopel.

66.

14. 12. 1917: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 71. Brest-Litowsk, 14. 12. 1917, angek. 14. 12. 1917, 1.20 vorm.

Die russische Delegation hat ein Telegramm aus Petersburg erhalten, wonach Herr *Trockij* wegen der Nationalversammlung unabkömmlich ist und nicht zu den Friedensverhandlungen in Brest erscheinen kann. Die Russen wollen durch erneute Rückfrage feststellen, welche Delegierten noch zu erwarten sind.

Rosenberg.

67.

14. 12. 1917: General Ludendorff an Oberbefehlshaber Ost

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Legationsrat Frhr. v. Grünau an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1882. Abgeg. Großes Hauptquartier, 14. 12. 1917, 1.00 nachm., angek. 14. 12. 1917, 3.30 nachm. Vermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 1876.“¹⁾

Zu dem russischen Funkspruch vom 12. Dezember über Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest nach einwöchiger Unterbrechung hat General *Ludendorff* an Oberost telegraphiert:

„Der Funkspruch paßt hinsichtlich der Ausführungen über die Selbstbestimmung der Völker ganz in unser Programm für die Räumung Livlands, Estlands und Finnlands. In den von uns besetzten Gebieten herrschen geordnete Verhältnisse, unter unserem Schutze haben die Völker ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt. Dagegen werden sie auf russischem Gebiet durch die Greuel der russischen Soldateska daran verhindert.“

Grünau.

¹⁾ Vgl. Nr. 58.

68.

14. 12. 1917: Telegrammwechsel zwischen Legationsrat Frhr. v. Grünau
und Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. [1.] Telegramm des Legationsrates Frhrn. v. Grünau Nr. 1879.¹⁾ Bezugsvermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 1807.“²⁾ [2.] Antworttelegramm Kühlmans Nr. 1952. Vermerke: „Hughes. Auf Telegramm Nr. 1879. Eilt!“ Hs. Konzept mit Abgangsvermerk vom 14. 12. 1917 und Zusatz: „St.S. i. m.“ [Staatssekretär in Reinschrift].

[1.]

General *Ludendorff* wäre Euer Exzellenz für baldmögliche Beantwortung diesseitigen Telegramms Nr. 1807 vom 3. d. Mts. sehr dankbar.

*Grünau.*³⁾

[2.]

Ich glaube, die in dortigem Telegramm Nr. 1807 behandelte Angelegenheit bereits bei der kürzlichen Rücksprache mit General *Ludendorff* erledigt zu haben. Sollte der General jedoch noch eine weitere Mitteilung erwarten, so stelle ich anheim, nochmals auf die Sache zurückzukommen und anzugeben, worauf sich die Mitteilung beziehen soll.

Kühlmann.

¹⁾ Aus dem Großen Hauptquartier vom 13. 12. 1917.

²⁾ Vgl. Nr. 22.

³⁾ *Werner Frhr. v. Grünau*, vgl. S. 84, Anm. 1.

69.

14. 12. 1917, vorm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 72. Brest-Litowsk 14. 12. 1917, angek. 14. 12. 1917 12.00 vorm.

Die heutige Nachmittagssitzung war fast ausschließlich von Erörterungen über die Frage der Truppenverschiebung ausgefüllt. Die Russen suchen nach einer Formulierung, die ihr Gesicht der Entente gegenüber wahrt, ohne uns materiell erhebliche Hindernisse in den Weg zu legen. Eine Einigung konnte heute nicht erzielt werden. Beide Parteien telegraphierten an ihre Obersten Heeresleitungen. Die nächste Sitzung ist auf morgen früh 9 Uhr anberaumt. Ich glaube, daß dann ein Ausweg gefunden werden wird.

Rosenberg.

70.

14. 12. 1917, nachm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 76. Abgeg. Brest-Litowsk, 14. 12. 1917, 3.55 nachm., angek. 14. 12. 1917, 4.30 nachm.

In heutiger Vormittagssitzung wurde über die Truppenverschiebungen eine Einigung erzielt, die den Russen formell entgegenkommt, uns aber materiell die notwendige Bewegungsfreiheit beläßt. Offen blieben infolge fehlender Instruktionen aus Petersburg bzw. Wien die Bestimmungen über den Waffenstillstand zur See und die Kommission in Petersburg. Nächste Sitzung heute nachmittag. Wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt, dürfte morgen oder übermorgen unterzeichnet werden.

Rosenberg.

71.

14. 12. 1917, abends: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das
Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Telegramm. Nr. 79. Abgeg. Brest-Litowsk, 14. 12. 1917, 11.40 nachm., angek. 15. 12. 1917, 12.05 vorm.

Für heute nachmittag vorgesehene Sitzung wurde auf Wunsch der Russen auf morgen früh verschoben. Sie hatten infolge Störung ihrer Fernschreibverbindung mit Petersburg die erwarteten Instruktionen noch nicht erhalten. Statt der Vollsitzung wurde eine Redaktionssitzung abgehalten, die den Text des Waffenstillstandsvertrages endgültig festlegte und im wesentlichen nur die Punkte betreffend Seestreitkräfte und Petersburger Kommission offenließ.

Trotz der Unbeholfenheit und Langsamkeit der Russen erhoffe ich Abschluß bis 16. Dezember.

Rosenberg.

72.

14. 12. 1917, abends: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das
Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Telegramm. Nr. 81. Abgeg. Brest-Litowsk, 14. 12. 1917, 11.40 nachm., angek. 15. 12. 1917, 12.05 vorm.

Drei Vertreter der ukrainischen Zentralrada¹⁾ sind in Dünaburg eingetroffen, um an den hiesigen Waffenstillstandsverhandlungen teilzunehmen. Da die russischen Delegierten annehmen, daß morgen abend der Waffenstillstand unterzeichnet wird, die Ukrainer also zu spät kommen würden, scheinen sie wenig geneigt, ihnen den Übertritt über die Fronten zu gestatten.

Rosenberg.

¹⁾ Zentralna Rada, ukrainisches Parlament, gebildet im Frühjahr 1917 aus Vertretern der verschiedensten Parteien; vgl. auch unten S. 466, Anm. 5. — Zur Entstehungsgeschichte der Zentralna Rada vgl. u. a. Krupnykyj, S. 278 ff.

73.

14. 12. 1917: Oberst v. Massow (Sofia) an das Große Hauptquartier

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Gesandter Graf v. Oberndorff an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 830. Abgeg. Sofia, 14. 12. 1917, 10.30 nachm., angek. 16. 12. 1917, 3.00 vorm. Vermerk: „Unter Bezugnahme auf Telegramm. Nr. 791¹⁾ und Nr. 795.²⁾ Vertraulich“.

Oberst v. Massow telegraphiert an Großes Hauptquartier:

„Der alte Argwohn einer zu weitgehenden Nachgiebigkeit des Oberkommandos v. Mackensen³⁾ gegenüber den Rumänen kommt hier in verstärkter Form bei der Beurteilung der Waffenstillstandsverhandlungen zu Tage. Man hält einen Unterschied zwischen den für Rumänien und für Russen zu stellenden Bedingungen für nötig und glaubt an die Möglichkeit, das rumänische Heer, da es an den Russen keinen Rückhalt mehr findet, zur Kapitulation zwingen zu können. In Verbindung hiermit beschäftigt der Gedanke, das südliche Bessarabien für Rumänien zu gewinnen, weitere Kreise.“

Oberndorff.

¹⁾ Telegramm des Deutschen Gesandten in Sofia vom 6. 12. 1917 an das Auswärtige Amt. Mißtrauen der Bulgaren gegenüber Deutschland bzw. dem General v. Mackensen wegen der deutschen Waffenstillstandsverhandlungen mit Rumänien. — Pol. Archiv. Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1.

²⁾ Telegramm des Deutschen Gesandten in Sofia vom 6. 12. 1917 an das Auswärtige Amt. Radoslawow über Gantschews Meldung von zehntägiger Waffenruhe befriedigt. Verhandlungen mit Rumänien gefordert. Mögliche Zugeständnisse Rußlands an Rumänien in Bessarabien würden Lösung der Dobrudschafrage in bulgarischem Sinne erleichtern. — Pol. Archiv. Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1.

³⁾ August v. Mackensen, preußischer Generalfeldmarschall, Militärgouverneur in Rumänien: vgl. auch oben S. 21.

74.

15. 12. 1917: Legationsrat Riezler und Gesandter Frhr. Lucius v. Støedten (Stockholm) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 2, Bd. 1. Telegramm. Nr. 2036. Abgeg. Stockholm, 15. 12. 1917, 12.30 vorm., angek. 15. 12. 1917, 1.35 vorm. Bezugsvermerk: „Antwort auf Telegramm Nr. 1717“.¹⁾

Richtig, daß Orlovskij²⁾ gern Verhandlungen Stockholm haben will, auch sich zu Freunden dahin geäußert, Gegensatz zwischen Reichstag und Heeresleitung müsse ausgenutzt werden. Parvus³⁾, der Rolle spielen will, arbeitet ebenfalls für Stockholm. Ich habe beiden Plänen nachdrücklichst entgegengearbeitet.

¹⁾ Telegramm des Auswärtigen Amtes an den Deutschen Gesandten in Stockholm vom 12. 12. 1917. Orlovskij für die Verlegung der Verhandlungen von der Front in das neutrale Ausland. Lenin und Trockij wünschen Verhandlungen durch Parlamentarier. — Pol. Archiv. Weltkrieg 2 Geh.

²⁾ V. Orlovskij (1871—1923), über ihn s. oben S. 88, Anm. 2.

³⁾ Dr. Alexander Parvus-Helphand (1867—1924), gebürtiger Russe, Mitglied der SPD, Berater der deutschen Regierung in Fragen der russischen Revolution; über ihn vgl. neuerdings Scharlau-Zeman.

Orlovskij versichert, daß er meine Argumente dagegen *Trockij* übermittelt habe. Ich habe soeben in mehrstündiger Unterredung *Orlovskij* energisch dargestellt, daß und warum Stockholm gänzlich ungeeignet; ihn ferner vor jedem Versuch, innerdeutsche Experimente zu machen, ernstlich gewarnt und gesagt, daß keine deutsche Partei einem solchen Versuch gegenüber öffentlicher Meinung nachgebe. Deutsche Regierung werde von allen Gegnern der Bolschewiki gedrängt, Frieden, den auch Nachfolger schließen müßten, nicht mit Bolschewiki zu machen, sondern diese vielmehr durch Erklärung ihrer Verhandlungsunfähigkeit in Rußland zu entwurzeln. Deutsche Regierung lehne dies ab, könne sich aber nicht dem Risiko einer Verhandlung unter praktisch aussichtslosen Formen aussetzen. *Orlovskij* gab zu, daß Bolschewiki durch deutsche Weigerung gestürzt werden könnten, bat nur in Berlin zu berücksichtigen, daß Bolschewiki an Aufmachung mit demokratischer Kontrolle und Möglichkeit der sofortigen Veröffentlichung gebunden wären und außerdem Alliierten Zutritt offen halten müßten. Ein Versuch, auf die Zusammensetzung der deutschen Delegierten einzuwirken, werde nicht gemacht werden. Auf mehrmalige Frage gab er zu, aus Petersburg keine genauen Mitteilungen über dortige Stellungnahme zu Gang und Form Verhandlungen zu haben. Ich nehme an, daß aus seinen Wünschen mehr *Parvus* und *Goldberg*⁴⁾ als seine Regierung spricht, und daß insbesondere *Trockij*, wenn kein anderer Weg eröffnet wird, in Brest unter äußerlicher Wahrung der auch für ihn notwendigen bolschewikischen Verhandlungsformen verhandeln wird. *Orlovskij* hat Berechtigung meiner Argumente zugegeben, wenn auch der *Goldbergsche* Gedanke breiter Verhandlungen der Völker zwecks Verbesserung der Bedingungen nicht ganz aus seinem Kopfe will. Er wird abermals nach Petersburg berichten, außerdem ist direkter Bote Petersburg mit nachdrücklichen Mitteilungen [an] *Trockij* unterwegs.

Riezler. Lucius.

⁴⁾ Deutscher Agent, Verbindungsmann *Erzbergers* zu den Bolschewiki in Stockholm, „der gute Beziehungen zur russischen Presse unterhält und hauptsächlich die russischen Journalisten auszufragen hätte“ (so *Erzberger* über *Goldberg* in einem Bericht vom Herbst 1916); vgl. Epstein, S. 185.

75.

16. 12. 1917: Entwurf des Waffenstillstandsvertrages¹⁾

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 86. Abgeg. Brest-Litowsk, 16. 12. 1917, 2.15 vorm., angek. 16. 12. 1917, 3.25 vorm.

Folgender Vertrag soll heute abend unterzeichnet werden:

Zwischen den bevollmächtigten Vertretern der Obersten Heeresleitungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei einerseits, Rußlands andererseits, wird zur Herbeiführung eines dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Friedens folgender Waffenstillstand abgeschlossen:

I. Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags (4. Dezember 1917, 14 Uhr russischer Zeit) und dauert bis 14. Januar 1918, 12 Uhr mittags (1. Januar

¹⁾ Abdruck des Vertragstextes in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 112 ff.

1918, 14 Uhr russischer Zeit). Die vertragsschließenden Parteien sind berechtigt, den Waffenstillstand am 21. Tage mit 7tägiger Frist zu kündigen; erfolgt dies nicht, so dauert der Waffenstillstand automatisch weiter, bis eine der Parteien ihn mit 7tägiger Frist kündigt.

II. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf alle Land- und Luftstreitkräfte der genannten Mächte auf der Landfront zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee. Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien tritt der Waffenstillstand gleichzeitig ein. Die Vertragsschließenden verpflichten sich, während des Waffenstillstandes die Anzahl der an den genannten Fronten und auf den Inseln des Moonsundes befindlichen Truppenverbände — auch hinsichtlich ihrer Gliederung und ihres Etats — nicht zu verstärken und an diesen Fronten keine Umgruppierungen zur Vorbereitung einer Offensive vorzunehmen. Ferner verpflichten sich die Vertragsschließenden, bis zum 14. Januar 1918 (1. Januar 1918 russischer Zeit) von der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee keine operativen Truppenverschiebungen durchzuführen, es sei denn, daß die Verschiebungen im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages schon eingeleitet sind. Endlich verpflichten sich die Vertragsschließenden, in den Häfen der Ostsee östlich des 15. Längengrades Ost von Greenwich und in den Häfen des Schwarzen Meeres während der Dauer des Waffenstillstandes keine Truppen zusammenzuziehen.

III. Als Demarkationslinien an der europäischen Front gelten die beiderseitigen vordersten Hindernisse der eigenen Stellungen. Diese Linien dürfen nur unter den Bedingungen der Ziffer IV überschritten werden. Dort, wo keine geschlossenen Stellungen bestehen, gilt beiderseits als Demarkationslinie die Gerade zwischen den vordersten besetzten Punkten. Der Zwischenraum zwischen den beiden Linien gilt als neutral. Ebenso sind schiffbare Flüsse, die die beiderseitigen Stellungen trennen, neutral und unbefahrbar, es sei denn, daß es sich um vereinbarte Handelsschiffahrt handelt. In den Abschnitten, wo die Stellungen weit auseinander liegen, sind alsbald durch die Waffenstillstandskommissionen (Ziffer VII) Demarkationslinien festzulegen und kenntlich zu machen.

Auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien sind die Demarkationslinien sowie der Verkehr über dieselben (Ziffer IV) nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden zu bestimmen.

IV. Zur Entwicklung und Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern der vertragsschließenden Parteien wird ein organisierter Verkehr der Truppen unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Der Verkehr ist erlaubt für Parlamentäre, für die Mitglieder der Waffenstillstandskommissionen (Ziffer VII) und deren Vertreter. Sie alle müssen dazu Ausweise von mindestens einem Korpskommando bzw. Korpskomitee besitzen.

2. In jedem Abschnitt einer russischen Division kann an etwa 2 bis 3 Stellen organisierter Verkehr stattfinden. Hierzu sind im Einvernehmen der sich gegenüberstehenden Divisionen Verkehrsstellen in der neutralen Zone zwischen den Demarkationslinien einzurichten und durch weiße Flaggen zu bezeichnen. Der Verkehr ist nur bei Tage von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zulässig. An den Verkehrsstellen dürfen sich gleichzeitig höchstens 25 Angehörige jeder Partei ohne Waffen aufhalten. Der Austausch von Nachrichten und Zeitungen ist gestattet. Offene Briefe können zur Beförderung übergeben werden. Der Verkauf und Austausch von Waren des täglichen Gebrauchs an den Verkehrsstellen ist erlaubt.

3. Die Beerdigung Gefallener in der neutralen Zone ist erlaubt. Die näheren Bestimmungen sind jedesmal durch die beiderseitigen Divisionen oder höheren Dienststellen zu vereinbaren.

4. Über die Rückkehr entlassener Heeresangehöriger des einen Landes, die jenseits der Demarkationslinie des anderen Landes beheimatet sind, kann erst bei den Friedensverhandlungen entschieden werden. Hierzu rechnen auch die Angehörigen polnischer Truppenteile.

5. Alle Personen, die — entgegen den vorstehenden Vereinbarungen 1 bis 4 — die Demarkationslinie der Gegenpartei überschreiten, werden festgehalten und erst bei Friedensschluß oder Kündigung des Waffenstillstandes zurückgegeben. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, ihre Truppen durch strengen Befehl und eingehende Belehrung auf Einhalten der Verkehrsbedingungen und die Folgen von Überschreitungen hinzuweisen.

V. Für den Seekrieg wird folgendes festgelegt:

1. Der Waffenstillstand erstreckt sich auf das ganze Schwarze Meer und auf die Ostsee östlich des 15. Längengrades Ost von Greenwich, und zwar auf alle dort befindlichen See- und Luftstreitkräfte der vertragsschließenden Parteien. Für die Frage des Waffenstillstandes im Weißen Meer und in den russischen Küstengewässern des Nördlichen Eismeres wird von der deutschen und russischen Seekriegsleitung in gegenseitigem Einvernehmen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Gegenseitige Angriffe auf Handels- und Kriegsschiffe in den genannten Gewässern sollen nach Möglichkeit schon jetzt unterbleiben. In jene besondere Vereinbarung sollen auch Bestimmungen aufgenommen werden, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Seestreitkräfte der vertragsschließenden Parteien sich auf anderen Meeren bekämpfen.

2. Angriffe von See aus und aus der Luft auf Häfen und Küsten der anderen vertragsschließenden Partei werden auf allen Meeren beiderseits unterbleiben. Auch ist das Anlaufen der von der einen Partei besetzten Häfen und Küsten durch die Seestreitkräfte der anderen Partei verboten.

3. Das Überfliegen der Häfen und Küsten der anderen vertragsschließenden Partei sowie der Demarkationslinien ist auf allen Meeren untersagt.

4. Die Demarkationslinien verlaufen:

a) Im Schwarzen Meer: Von Olinka-Leuchtturm (St. Georgsmündung)—Kap Jeros (Trapezunt).

b) In der Ostsee: Von Rogekül—Westküste Worms—Bogskaer—Svenska-Hoegarne. Die nähere Festsetzung der Linie zwischen Worms und Bogskaer wird der Waffenstillstandskommission der Ostsee (Ziffer VII, 1) übertragen mit der Maßgabe, daß den russischen Seestreitkräften bei allen Wetter- und Eisverhältnissen eine freie Fahrt nach der Ålandsee gewährleistet ist. Die russischen Seestreitkräfte werden die Demarkationslinie nicht nach Süden, die Seestreitkräfte der vier verbündeten Mächte nicht nach Norden überschreiten. Die russische Regierung übernimmt die Gewähr dafür, daß Seestreitkräfte der Entente, die sich bei Beginn des Waffenstillstandes nördlich der Demarkationslinie befinden oder später dorthin gelangen, sich ebenso verhalten wie die russischen Seestreitkräfte.

5. Der Handel und die Handelsschifffahrt in den in Ziffer 1, Absatz 1 bezeichneten Seegebieten sind frei. Die Festlegung aller Bestimmungen für den Handel sowie die Bekanntgabe der gefahrlosen Wege für die Handelsschiffe wird den Waffenstillstandskommissionen des Schwarzen Meeres und der Ostsee (Ziffer VII, 1 und 7) übertragen.

6. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, während des Waffenstillstandes im Schwarzen Meer und in der Ostsee keine Vorbereitungen zu Angriffsoperationen zur See gegeneinander vorzunehmen.

VI. Um Unruhe und Zwischenfälle an der Front zu vermeiden, dürfen Übungen mit Infanterie-Wirkung nicht näher als 5 km, mit Artillerie-Wirkung nicht näher als 15 km hinter den Fronten vorgenommen werden. Der Landminenkrieg wird vollständig ein-

gestellt. Luftstreitkräfte und Fesselballone müssen sich außerhalb einer 10 km breiten Luftzone hinter der eigenen Demarkationslinie halten. Arbeiten an den Stellungen hinter den vordersten Drahthindernissen sind erlaubt, jedoch nicht solche, die der Vorbereitung von Angriffen dienen können.

VII. Mit Beginn des Waffenstillstandes treten die nachstehenden „Waffenstillstandskommissionen“ (Vertreter jedes an dem betreffenden Frontstück beteiligten Staates) zusammen, denen alle militärischen Fragen für die Ausführung der Waffenstillstandsbestimmungen in den betreffenden Bereichen zuzuführen sind:

1. Riga für die Ostsee,
2. Dünaburg für die Front von der Ostsee bis zur Disna,
3. Brest-Litowsk für die Front von der Disna bis zum Pripet,
4. Berditschew für die Front vom Pripet bis zum Dnjestr,
5. Koloszar für die Front vom Dnjestr bis zum Schwarzen Meer. Grenzbestimmung zwischen beiden Kommissionen 5 und 6 im gegenseitigen Einvernehmen.
6. Focsani für die Front vom Dnjestr bis zum Schwarzen Meer. Grenzbestimmung zwischen beiden Kommissionen 5 und 6 im gegenseitigen Einvernehmen.
7. Odessa für das Schwarze Meer. Diesen Kommissionen werden unmittelbare und unkontrollierte Fernschreibleitungen in die Heimatländer ihrer Mitglieder zur Verfügung gestellt. Die Leitungen werden im eigenen Lande bis zur Mitte zwischen den Demarkationslinien von den betreffenden Heeresleitungen gebaut. Auch auf den russisch-türkischen Kriegsschauplätzen in Asien werden derartige Kommissionen eingerichtet nach Vereinbarung der beiderseitigen Höchstkommandierenden.

VIII. Der Vertrag über Waffenruhe vom 5. Dezember (22. November) 1917 und alle bisher für einzelne Frontstücke abgeschlossenen Vereinbarungen über Waffenruhe oder Waffenstillstand werden durch diesen Waffenstillstandsvertrag außer Kraft gesetzt.

IX. Die vertragsschließenden Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten.

X. Ausgehend von dem Grundsatz der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des neutralen Persischen Reiches, sind die türkische und die russische Oberste Heeresleitung bereit, ihre Truppen aus Persien zurückzuziehen. Sie werden alsbald mit der persischen Regierung in Verbindung treten, um die Einzelheiten der Räumung und die zur Sicherstellung jenes Grundsatzes sonst noch erforderlichen Maßnahmen zu regeln.

XI. Jede vertragsschließende Partei erhält eine Ausfertigung dieser Vereinbarung in deutscher und russischer Sprache, die von den bevollmächtigten Vertretern unterzeichnet ist.

Rosenberg.

76.

16. 12. 1917: Amtliche Mitteilung über die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Überschrift: „Abschrift W.T.B.¹⁾ Meldung 16. XII. 1917“. Amtlich: Von den bevollmächtigten Vertretern der russischen Obersten Heeresleitung einerseits und den Obersten Heeresleitungen von Deutschland,

¹⁾ Wolffs Telegraphisches Bureau AG., gegr. v. B. Wolff 1849. Zu seiner Tätigkeit vgl. u. a. Amtliche Kriegs-Depeschen. Nach Berichten des Wolff'schen Telegraphen-Bureaus, 1. 8. 1914 bis 12. 11. 1918. 8 Bände.

Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei andererseits ist am 15. Dezember 1917 in Brest-Litowsk der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet worden.²⁾ Der Waffenstillstand beginnt am 17. Dezember mittags und gilt bis zum 14. Januar 1918. Falls er nicht mit siebentägiger Frist gekündigt wird, dauert er automatisch weiter. Er erstreckt sich auf alle Land-, Luft- und Seestreitkräfte der gemeinsamen Fronten.

Nach Artikel IX des Vertrages beginnen nunmehr im Anschluß an die Unterzeichnung des Waffenstillstandes die Verhandlungen über den Frieden.

²⁾ Abdruck des Waffenstillstandsvertrages vgl. *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8172—8176.

77.

16. 12. 1917: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Telegramm. Nr. 1896. Abgeg. Großes Hauptquartier, 16. 12. 1917, 9.15 vorm., angek. 16. 12. 1917, 9.50 vorm. Vermerk: „Dringend!“.

Waffenstillstand mit Rußland¹⁾ heute nacht abgeschlossen. Nur über Waffenstillstand zur See noch keine Einigung erfolgt.

Lersner.

¹⁾ Zur Bedeutung des Waffenstillstandes vgl. das Urteil *Lloyd Georges* (Kriegsmemoiren, III, S. 86): „Der Waffenstillstand änderte die ganze militärische Lage im Westen von Grund aus zum Nachteil der Alliierten“.

II.

Die Friedensverhandlungen bis zur Weihnachtspause

(16. 12. 1917—27. 12. 1917)

78.

16. 12. 1917, vorm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Telegramm. Nr. 85. Abgeg. Brest-Litowsk, 16. 12. 1917, 1.50 vorm., angek. 16. 12. 1917, 2.45 vorm. Vermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 81.“¹⁾

Die Russen scheinen ihren Widerstand gegen das Herkommen der ukrainischen Vertreter aufzugeben, offenbar in der Hoffnung, daß diese für den Waffenstillstand zu spät eintreffen. Sie werden kaum vor morgen hier sein.

Rosenberg.

¹⁾ Vgl. Nr. 72.

79.

16. 12. 1917, vorm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 89. Abgeg. Brest-Litowsk, 16. 12. 1917, 2.00 vorm., angek. 16. 12. 1917, 2.45 vorm.

*Baron v. Öttingen*¹⁾ erschien gestern in Brest, um General *Hoffmann* die Klagen und Wünsche Livlands und Estlands vorzutragen. Heute Nachmittag reist er nach Berlin zurück, wo er durch Hauptmann v. *Hülßen*²⁾, stellvertretender Generalstab, erreichbar ist. Er wünscht Lostrennung der beiden Länder von Rußland und engste Angliederung an Deutschland. Jegliche Autonomie lehnt er ab. Ich setzte ihm auseinander, daß es ungemein schwer sein würde, für Estland und Livland etwas zu erreichen.³⁾ Wenn wir den Russen gegenüber nicht mit Begriffen wie Freiheit und Selbstbestimmung der Völker operieren dürften, sähe ich überhaupt keinen Weg, zum Ziele zu gelangen. Wir müßten uns überdies darüber klar sein, daß weder die Mehrheitsparteien noch unsere Bundesgenossen erbaut sein würden, wenn wir den Frieden durch Forderungen betr. Estland und Livland verzögerten. *Baron Öttingen* meinte, die öffentliche Meinung in Deutschland und der Reichstag bis weit in die Mehrheitsparteien hinein werde die von ihm befürwortete Lösung geradezu fordern, wenn sie über die tatsächlichen Zustände aufgeklärt würden. Er will beim Auswärtigen Amt und bei O.H.L. beantragen, daß ihm eine solche aufklärende Tätigkeit gestattet werde.

Sollten Reichstag und öffentliche Meinung wirklich für sein Programm gewonnen werden können, so würde dies unsere Stellung gegenüber den Russen und den Bundesgenossen natürlich wesentlich erleichtern.

Rosenberg.

¹⁾ Offenbar *Erich v. Öttingen*, Deutschbalte, vor 1914 Landrat auf Jensel in Livland; vgl. u. a. Claß, S. 172 f., 264, 269 f.

²⁾ *Dietrich v. Hülßen*, Chef der Sektion Politik im Stellvertretenden Generalstab zu Berlin.

³⁾ Links am Rande in gleicher Höhe Bemerkungen des Staatssekretärs v. *Kühlmann*: „Baron *Bussche*. Bitte in dieser Frage die größte Zurückhaltung zu bewahren. Sie ist im Vortrag bei S. M. zur Sprache gekommen. Protokoll wird Ihnen zugehen“.

80.

16. 12. 1917: Richtlinien General Ludendorffs für die Friedensverhandlungen mit Rußland

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7, u. Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1895. Abgeg. Großes Hauptquartier, 16. 12. 1917, 9.15 vorm., angek. 16. 12. 1917, 9.50 vorm. Vermerk: „Auf Telegramm 1952.“¹⁾)

Angelegenheit ist insofern erledigt, als General *Ludendorff* an Oberost folgende Richtlinien für die Friedensbesprechungen nach den Berliner Sitzungen vom 6. und 7. d. M.²⁾) gegeben hat:

„1. Nichteinmischung in russische Verhältnisse.

2. Keine Kriegsschädigung in Geld, nur Geldentschädigung für Unterhalt der weit über 1 Million zählenden Kriegsgefangenen. Anschluß Litauens und Kurlands einschließlich Rigas und der Inseln an Deutschland, da wir zur Volksernährung mehr Land gebrauchen. Es ist unsere Absicht, die völkischen Ansprüche der Litauer und Kurländer durch die Art ihrer Angliederung weitgehend zu achten. Es wird vorausgesetzt, daß sich England nicht auf den Ålandinseln, in Finnland, Estland oder Livland festsetzt.

3. Austausch der Kriegsgefangenen unter Berücksichtigung ihrer Notwendigkeit für die deutsche Arbeit bis zum allgemeinen Frieden. Austausch der Zivilgefangenen.

4. Selbständigkeit Polens unter Anlehnung an die Mittelmächte. Bei Regelung der Ostgrenze Polens Rückgabe besetzten Gebietes an Rußland.

5. Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker: Räumung Finnlands, Estlands, Livlands, der Moldau, Ostgaliziens und Armeniens durch Rußland.

6. Anbieten unserer guten Dienste bei Regelung der Dardanellenfrage und anderen außereuropäischen Fragen.

7. Ordnung des Verkehrswesens Rußlands mit deutscher Hilfe, finanzielle Unterstützung des Aufbaues Rußlands und enge wirtschaftliche Beziehung. Regelung der Handelsbeziehungen, Lieferung von Brotgetreide, Petroleum usw. an Deutschland für günstige Preise.

8. Die Rechtsverhältnisse der beiderseitigen Staatsangehörigen in den Hoheitsgebieten beider Parteien werden wiederhergestellt; Verluste an Privatbesitz sind, soweit sie ohne Schuld des Betroffenen erfolgten, zurückzuerstatten.

9. Falls die russischen Vertreter Besorgnis vor dem Eingreifen Japans gegen Rußland äußern sollten: Zusicherung, daß Deutschland bei Abwehr der Japaner Rußland nicht in den Rücken fallen wird.

10. Wir sind bereit, in Zukunft mit Rußland ein Bündnis einzugehen.“

Lersner.

¹⁾ Vgl. Nr. 68, dazu Nr. 22.

²⁾ Vgl. Nr. 40, 41, 42.

81.

16. 12. 1917, vorm.: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Telegramm. Nr. 1900. Abgeg. Großes Hauptquartier 16. 12. 1917, 11.15 vorm., angek. 16. 12. 1917, 11.56 vorm.

Ukrainer kommen heute nachmittag nach Brest-Litowsk. General *Hoffmann* wird versuchen, sie zum Anschluß an den Waffenstillstand zu bewegen.

Lersner.

82.

16. 12. 1917, vorm.: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 1899. Abgeg. Großes Hauptquartier, 16. 12. 1917, 11.15 vorm., angek. 16. 12. 1917, 11.56 vorm.

General *Ludendorff* bittet Euere Exzellenz¹⁾, sorgen zu wollen, daß Deutschland Vorsitz auch bei den Friedensverhandlungen in Brest führt. General *Hoffmann* habe bisher präsiidiert. Es sei daher trotz *Czernins* und seines großen Stabes Anwesenheit unbedingt das Gegebene, daß Euere Exzellenz bzw. der Vertreter die Verhandlungen leiten.

Lersner.

¹⁾ D. h. Staatssekretär v. *Kühlmann*.

83.

16. 12. 1917: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1 u. Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Telegramm. Nr. 95. Abgeg. Brest-Litowsk, 16. 12. 1917, 9.35 nachm., angek. 10.00 nachm.

Die ukrainischen Vertreter, ein Hauptmann, ein Leutnant und ein Zivilist, sind heute mittag eingetroffen. Sie waren vor einer Woche mit dem Auftrag abgereist, an den Waffenstillstandsverhandlungen konsultativ teilzunehmen und dabei die nationalen Interessen der Ukraine wahrzunehmen. Die Abgesandten wollen nun ihre Anwesenheit benutzen, um sich über den Inhalt des Waffenstillstandsvertrages zu informieren und sich mit der russischen Delegation auszusprechen. Einer von den Ukrainern sagte mir, sie ständen auf dem Standpunkt, die maximalistische Regierung möge vielleicht berechtigt sein, für „Altrußland“ namentlich für Petersburg und Moskau zu sprechen, zur Vertretung der Gesamtheit des russischen Reiches sei sie aber nicht befugt, solange ihr nicht die Nationalver-

sammlung ein entsprechendes Mandat erteile. Einwendungen gegen den gestern abgeschlossenen Waffenstillstand haben sie aber bisher nicht erhoben.

Die russische Delegation hat die Ukrainer ganz freundlich aufgenommen. Herr v. Mérey beschwört uns wegen der möglichen Rückwirkungen auf Polen und die Nationalitäten der Monarchie, mit den Ukrainern nicht zu „kokettieren“.

General *Hoffmann* vertritt den, wie mir scheint, zutreffenden Standpunkt, daß der gestern abgeschlossene Waffenstillstand für ganz Rußland gilt, und daß es eine interne Angelegenheit der Russen ist, sich darüber mit den Ukrainern auseinanderzusetzen. In Privatgesprächen mit den Ukrainern verfehlen wir nicht, unsere Sympathie mit den ukrainischen Bestrebungen, die vielen gemeinsamen Interessen und die altbewährten guten Beziehungen zu betonen.

Rosenberg.

84.

16. 12. 1917, nachm.: Legationssekretär Frhr. v. Lersner
(Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Telegramm. Nr. 1907. Abgeg. Großes Hauptquartier, 16. 12. 1917, 8.00 nachm., angek. 16. 12. 1917, 8.40 nachm. Vermerk: „Streng geheim.“

Stellte unter der Hand fest, daß Oberste Heeresleitung Abschrift aller von Brest-Litowsk nach Wien, Sofia, Konstantinopel gehenden Telegramme und Fernschreiben erhält. Halte es gleichfalls für möglich, daß auch Telegrammverkehr Euerer Exzellenz mit Herrn v. *Rosenberg* hierher mitgeteilt wird.¹⁾

Lersner.

¹⁾ Auf dieses Telegramm nimmt auch der Sachverständige des vierten Untersuchungsausschusses, Amtsgerichtsrat *Dr. Herz*, bei seinen kritischen Ausführungen über Brest-Litowsk Bezug in der Sitzung des vierten Untersuchungsausschusses am 23. 6. 1926: „... Die traditionellen Gegensätze zwischen politischer Leitung und O.H.L., der es keineswegs erwünscht war, daß die Entente den Verhandlungen beitrete, und die die Friedensresolution möglichst schnell zum alten Eisen werfen wollte, waren nicht minder scharf. Sie gingen so weit, daß die Unterhändler in Brest-Litowsk die Besorgnis hegen mußten, ihr telegraphischer Verkehr mit dem Auswärtigen Amt werde vom Militär überwacht (Telegramm *Lersner* vom 16. Dezember 1917) ...“; vgl. WUA, Vierte Reihe, 7. Bd., 1, S. 345.

85.

16. 12. 1917, nachm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 96. Abgeg. Brest-Litowsk, 16. 12. 1917, 8.10 nachm., angek. 17. 12. 1917, 8.00 vorm. Vermerk: „Für Gesandten v. Bergen.“¹⁾

Besten Dank für Brief, den ich nirgends verwerfe. Mit Ihren Punkten sehr einverstanden. Erwünscht wäre weiter, falls Ihnen dies für den Augenblick nicht

¹⁾ Dr. jur. *Carl Ludwig Diego v. Bergen* (1872—1944), Wirkl. Legationsrat mit dem Titel und Range eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers; Vortragender Rat im Auswärtigen Amt.

zu viel erscheint, auf rasche Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukrainer und Finnen, auf Räumung Finnlands, Estlands, Livlands und auf Zustimmung dazu hinzuwirken, daß Estland und Livland sich uns anschließen. Ferner müßte dem militärischen Waffenstillstand schleunigst ein wirtschaftlicher folgen, d. h. unter anderem Gewaltmaßnahmen gegen Unternehmungen, an denen deutsches Kapital (der „kleine“ deutsche Sparer) interessiert ist, müssen aufhören oder rückgängig gemacht werden. Vielleicht lassen Sie sich von Direktor *Heinemann*, Deutsche Bank, Abschrift der Notiz geben, die mir dieser am 10. Dezember schickte.

Rosenberg.

86.

17. 12. 1917, vorm.: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 7. Telegramm. Nr. 98. Abgeg. Brest-Litowsk, 17. 12. 1917, 12.30 vorm., angek. 17. 12. 1917, 1[13].10 vorm.

Nachdem die Russen fortgegangen waren, zogen General *Hoffmann* und seine Herrn nach Tisch im Kasino die ukrainischen Vertreter in ein längeres freundschaftliches Gespräch. Die auffallend jugendlichen, aber sehr wohlgezogenen und sympathischen Ukrainer sind mit politisch nicht ganz geklärten Gedanken hierher gekommen. Sie erzählten, England und Frankreich hätten diplomatische Vertreter zur ukrainischen Republik entsandt. Die Ukrainer durchschauten aber diese Absicht, daß sie dadurch nur auf seiten der Entente festgehalten werden sollten. Wenn sie, die Vertreter, an einzelnen Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages etwas auszusetzen haben sollten, so würden sie ihre Anstände bei uns gern durch die russischen Delegierten zur Sprache bringen. Sie wüßten dann aber nicht, ob die Russen ihre Anliegen richtig weitergeben würden. Als man ihnen riet, sich darüber eintretendenfalls durch Rückfragen bei uns zu vergewissern, äußerten sie Bedenken, weil sie nach außen einen Mangel an Einigkeit und Vertrauen in ihrem Verhältnis zur Petersburger Regierung nicht merken lassen wollten. Im übrigen behaupten sie, sie seien auf Einladung der maximalistischen Regierung erschienen. Letztere habe die Unabhängigkeit der ukrainischen Republik bereits anerkannt.

Die Russen scheinen gute Miene zum bösen Spiel zu machen und bei aller Korrektheit den Ukrainern gegenüber doch eine gewisse Reserve zu beobachten. Sie haben ihnen den Text der gestrigen Verträge gegeben. Die Ukrainer haben mit dem Studium begonnen und bisher keinen Anstoß genommen; vielleicht werden sie später mit dem Wunsche hervortreten, zur nachträglichen Unterzeichnung zugelassen zu werden. Sollten sie Vollmachten vorweisen können und die russischen Delegierten, was ich für wahrscheinlich halte, einverstanden sein, so würden General *Hoffmann* und ich keine Bedenken sehen. *Baron Mérey* lehnt den Gedanken vorläufig ab, wird sich aber wohl allmählich umstimmen lassen.

Militärisch erstreben die Ukrainer „Nationalisierung ihrer Front“, d. h. Austausch dort stehender russischer Regimenter gegen ukrainische Verbände von anderen Fronten.

Rosenberg.

87.

17. 12. 1917, abends: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 102. Abgeg. Brest-Litowsk, 17. 12. 1917, 9.00 nachm., angek. 17. 12. 1917, 9.15 nachm.

Die russische Delegation, die mit den Ukrainern und Berichterstattung über Waffenstillstand beschäftigt ist, drängt vorläufig nicht auf Beginn der Friedensverhandlungen. Immerhin dürfte es nicht ganz leicht sein, sie noch die ganze Woche hindurch bei guter Laune zu halten. Sehr erwünscht wäre daher, wenn spätestens Freitag alle Delegationen wirklich zur Stelle sind.

Rosenberg.

88.

17. 12. 1917, abends: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 103. Abgeg. Brest-Litowsk, 17. 12. 1917, 11.24 nachm., angek. 18. 12. 1917, 12.03 vorm. Vermerk: „Für Baron Bussche persönlich.“

Wir haben zwar die Russen zu überreden vermocht, vorläufig in Brest zu bleiben und mit den im Waffenstillstandsvertrag vorgesehenen Friedensverhandlungen hier den Anfang zu machen. Die Russen halten aber innerlich sicher daran fest, daß hier nur die „Prinzipien“ ihres demokratischen Friedens vereinbart und die eigentlichen Verhandlungen dann an einen neutralen Ort verlegt werden sollen, wo sie leichtere Fühlung mit den Völkern der Kriegführenden zu gewinnen hoffen. Sie wollen darum auch hier nichts unterzeichnen. Ebenso wie die Waffenruhe durchgesetzt wurde, obwohl die Russen vor der mündlichen Berichterstattung in Petersburg nichts unterschreiben wollten, gelang es, den Waffenstillstand ohne die vorher verlangte Festsetzung der demokratischen Friedensgrundsätze in die Scheune zu bringen. Wir können daher hoffen, daß die Russen sich schließlich trotz ihres sicher nicht geringen Widerstrebens auch bewegen lassen werden, schon hier in Brest eine allgemeine und vorsichtig formulierte Punktation über den Inhalt des künftigen Friedensvertrages zu unterschreiben. Dies wird aber, wenn überhaupt, nur dann gelingen, wenn wir sehr vorsichtig vorgehen und nur ganz allmählich und fast unbemerkt die Zügel fester anziehen. Treten wir hier

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 123 ff.; dort wird der vollständige Text wiedergegeben.

zu früh mit einem zu großen Apparat und einem zu sehr ins Einzelne gehenden Programm auf, so entsteht die Gefahr, daß die Russen stutzig und unsicher werden und entweder sich zurückhalten oder das Erscheinen von Volksvertretern verlangen, von denen sie, wie schon jetzt bemerkbar, ein Gegengewicht gegen die Vertreter der Regierung erwarten.²⁾

Rosenberg.

²⁾ Bestätigend der österreichische Botschafter in Berlin *Prinz Hohenlohe*: „... Rosenberg meldet, daß die Russen in ihrer völligen politischen Unerfahrenheit in erster Linie von dem Gefühle beseelt sind, wir wollten sie übervorteilen, wobei sie in wirtschaftlicher Beziehung empfindlicher als in politischer. Erschienen seitens der Zentralmächte große Abordnungen, bestehe die Gefahr, daß die Russen ihrerseits Parlamentarier hierzu rufen. Hierdurch könnten die Verhandlungen in uns sehr unwillkommene Bahnen gelenkt werden, um so mehr als diese Parlamentarier dann sofort verlangen würden, daß der Verhandlungsort in eine Stadt des neutralen Auslandes verlegt werde, während man es hier gerade für äußerst wichtig hält, daß vorerst ein, wenn auch noch so weitmaschiger Präliminarfriede möglichst unter Vermeidung eines großen Aufgebotes an Personal ehetunlichst in Brest abgeschlossen werde“; HHStA, PA. Brester Kanzlei, Telephondepesche *Prinz Hohenlohe*, Berlin, 18. 12. 1917.

89.

17. 12. 1917: Funkspruch Trockijs (Zarskoe Selo) über den Waffenstillstand

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Gesandter v. Rosenberg an Reichskanzler Graf v. Hertling.

Euerer Exzellenz beehrte ich mich anbei Übersetzung eines von *Trockij* unterzeichneten Funkspruchs aus Zarskoe Selo vom 17. d. M. zu übersenden, aus dem von neuem hervorgeht, daß die gegenwärtigen Machthaber Rußlands noch mehr als den Frieden eine sozialistische Revolution in ganz Europa anstreben.

Rosenberg.

[Anlage:]

An die arbeitenden, unterdrückten, verbluteten Völker
Europas!

Der Waffenstillstand ist in Brest-Litowsk unterzeichnet. An der Ostfront sind die militärischen Handlungen auf 28 Tage eingestellt. Schon diese eine Tatsache erweist sich als eine gewaltige Errungenschaft der Menschheit. Nach 42monatlichem, ununterbrochenem Gemetzel, aus dem es keinen Ausgang gab, eröffnet die Arbeiter- und Bauern-Revolution den Weg zum Frieden. Wir haben die Geheimverträge veröffentlicht¹⁾, und in den nächsten Tagen werden wir diese

¹⁾ Am 23. 11. 1917 hatte die *Ivestija* mit der Veröffentlichung der Geheimdokumente begonnen; vgl. Schultheß, 33. Jg. 1917, II, S. 767; vgl. ebenda Anhang I. Diplomatische Enthüllungen. Aus den Geheimakten des ehem. russ. Ministeriums des Auswärtigen (Veröffentlicht durch das russ. Volkskommissariat für Ausw. Angelegenheiten Nov./Dez. 1917), S. 972 ff. — Hoetzsch, *Der Krieg*, S. 642 f., urteilt am 5. 12. 1917 über die Veröffentlichung der geheimen Verträge: „... Was davon bisher bekannt geworden ist, ist zufällig zusammengewürfeltes Material, das eigentliche Verträge nicht, sondern nur darauf bezügliche diplomatische Schriftstücke enthält. Wesentliche Stücke fehlen noch und eigentlich Neues bietet diese Veröffentlichung bisher nicht. Trotzdem ist ihre Bedeutung — auf Einzelheiten ist zurückzukommen — außerordentlich groß. Sie beweist den Räubercharakter des Krieges,

Veröffentlichung fortsetzen. Wir erklärten, daß diese Verträge in keiner Hinsicht die Politik der Ratsregierung binden. Wir schlugen allen Völkern den Weg offenen Einverständnisses auf der Grundlage der Anerkennung des Rechts für alle Völker, große oder kleine, fortschrittliche oder rückständige, vor, ihr Schicksal frei zu bestimmen. Wir verheimlichten vor niemand, daß wir die gegenwärtigen kapitalistischen Regierungen eines demokratischen Friedens nicht für fähig halten. Nur der revolutionäre Kampf der arbeitenden Massen mit den jetzigen Regierungen kann Europa einem solchen Frieden näher bringen. Seine volle Verwirklichung wird erst durch eine siegreiche proletarische Revolution in allen kapitalistischen Ländern gesichert. Indem der Rat der Volkskommissare mit den jetzigen Regierungen, die auf beiden Seiten ganz von imperialistischen Tendenzen durchdrungen sind, unterhandelt, weicht er doch keine Minute vom Wege der sozialen Revolution ab. Für den wirklichen demokratischen Frieden der Völker zu kämpfen, steht erst noch bevor. Die erste Zeit dieses Kampfes fand überall, mit Ausnahme Rußlands, die alten monarchischen Regierungen an der Spitze vor, die die Verantwortung für den jetzigen Krieg tragen, und die ihren betroffenen Völkern keine Rechenschaft über das vergossene Blut und die vergeudeten Reichtümer ablegten. Wir sind gezwungen, mit diesen Regierungen, die alle im gegenwärtigen Augenblicke noch bestehen, Verhandlungen anzuknüpfen; andererseits sind die monarchischen und reaktionären Regierungen der Mittelmächte genötigt, mit den Vertretern der Ratsgewalt Verhandlungen zu führen, weil das russische Volk sie vor die Tatsache einer Bauern- und Arbeiter-Regierung in Rußland gestellt hat. In den Friedensverhandlungen setzt sich die Regierung eine doppelte Aufgabe. Erstens, die schnellmögliche Einstellung des schändlichen und verbrecherischen Gemetzels, das Europa vernichtet, herbeizuführen, zweitens mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln den arbeitenden Klassen aller Länder dabei zu helfen, die Herrschaft des Kapitals zu stürzen und die staatliche Gewalt zu dem Zweck eines demokratischen Friedens und einer sozialistischen Umgestaltung Europas und der ganzen Menschheit in die Hand zu nehmen. Der Waffenstillstand ist an der Ostfront unterzeichnet; an den anderen Fronten dauert das Gemetzel fort. Die Friedensverhandlungen werden eben erst

den die Entente gegen uns führt, und sie kompromittiert die Entente vor aller Welt — das sagt heute vielleicht noch nicht viel, wohl aber vor der Geschichte. Sie legt auch das territoriale Hauptziel der englischen Politik, die Aufteilung der asiatischen Türkei, vollkommen klar. Sie beweist, mit welcher rücksichtslosen Brutalität die Entente während der Revolution in die inneren Verhältnisse Rußlands eingriff. *Kerenskij* und auch *Tereščenko* werden durch sie nicht in dem Maße bloßgestellt, wie die Bolschewiki eigentlich wünschen müßten. Denn diese Akten ergeben nicht, daß jene eine bewußte imperialistisch-friedensfeindliche Politik getrieben haben. Sie haben ihre Zugeständnisse, die sie allerdings nach außen als Anhänger der Kriegspolitik erscheinen ließen und die schließlich ihren Sturz herbeiführten, nur aus Besorgnis vor dem Bruch mit den verbündeten Mächten, den sie bis zum äußersten scheuten, gemacht. Die Veröffentlichung wird heute sicherlich auf Schweden, vielleicht auch auf Amerika, wenn sie dort bekannt wird, wirken. Die Hauptwirkung ist und bleibt, wie auch die Absicht der Bolschewiki ist, daß sie das Bündnis sprengt. Zwischen den Regierungen Rußlands und der Entente existiert heute ein Bündnis nicht mehr, der Bruch ist vollzogen und sein Ausdruck ist die Veröffentlichung dieser diplomatischen Papiere.“ — Vgl. auch *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8063 ff. Aus den russischen Geheimpapieren, 29. 11. 1917; S. 8158 ff., Aus den russischen Geheimpapieren, 15. 12. 1917.

eröffnet. Den Sozialisten aller Länder, vor allem den Sozialisten Deutschlands, muß es klar sein, daß zwischen dem Friedensprogramm der russischen Arbeiter und Bauern und dem Programm der deutschen Kapitalisten, Gutsbesitzer und Generale ein unversöhnbarer Widerspruch besteht. Wenn nur diese beiden Programme vorhanden wären, so wäre offenbar ein Friede unmöglich, weil das russische Volk nicht deshalb die Monarchie und die Bourgeoisie des eigenen Landes stürzte, um sich vor den Monarchen und Kapitalisten anderer Länder zu beugen. Der Friede kann herbeigeführt, verwirklicht und gesichert nur in dem Falle werden, daß von seiten Deutschlands und seiner Verbündeten die entschiedene und feste Stimme des arbeitenden Volkes erschallen wird. Die deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Arbeiter müssen dem Programm des Imperialismus ihrer herrschenden Klassen das revolutionäre Programm des Übereinkommens und Zusammenwirkens der arbeitenden und ausgebeuteten Klassen aller Länder entgegenstellen. Der Waffenstillstand ist nur an einer Front geschlossen worden. Unsere Delegation hat nach langem Kampf das Einverständnis der deutschen Regierung erreicht, in den Bedingungen des Waffenstillstandes aufzunehmen, daß keine Truppen auf die anderen Fronten geworfen werden. Auf diese Weise haben die zwischen dem Schwarzen Meer und dem Baltischen Meer aufgestellten deutschen Regimenter die Möglichkeit erhalten, aus den furchtbar blutigen Träumen zu erwachen. In den Waffenstillstand ist auch die rumänische Armee hineingezogen, gegen den Willen der rumänischen Regierung. An der französischen, italienischen und den übrigen Fronten dauert der Krieg fort. Der Waffenstillstand bleibt nur ein teilweiser. Die kapitalistischen Regierungen fürchten den Frieden, denn sie werden den Völkern Abrechnung geben müssen. Sie streben danach, die Stunde des endgültigen Bankrotts zu verzögern. Sind die Völker bereit, weiterhin die verbrecherische Arbeit einer . . .²⁾ Clique in Frankreich, Großbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten geduldig zu ertragen? . . .²⁾ Sie wollen den Waffenstillstand nicht, sie kämpfen gegen den Frieden; aber Ihr, Völker Europas, Ihr, Proletarier an der Front Italiens, Englands, Belgiens und Serbiens, Ihr seid unsere Leidensgenossen im Kampf. Wollt Ihr gemeinsam mit uns den Frieden, einen ehrlichen, demokratischen Frieden des Volkes? Diejenigen, welche Euch sagen, daß der Frieden nur durch einen Sieg gesichert werden kann, belügen Euch. Erstens haben sie sich während 42 Monaten als unfähig gezeigt, Euch den Sieg zu geben, sie haben noch keinen Beweis geliefert, daß sie den Sieg geben, wenn der Krieg noch weitere Jahre dauert. Zweitens: wenn der Sieg für die eine oder andere Seite möglich wäre, dann bedeutete er nur neue Anstrengungen der Starken über die Schwächeren und würde auf diese Weise nur Samen für neue Kriege säen. Belgien, Serbien, Rumänien, Polen, die Ukraine, Griechenland, Persien, Armenien können nicht siegreiche Imperialisten einer der Koalitionen befreien, sondern sämtliche revolutionären Arbeiter aller kriegführenden und neutralen Länder. Einen anderen Weg gibt es nicht. Die regierenden und ausbeutenden Klassen haben sich in diesem Kriege mit unzähligen Verbrechen bedeckt. Diese Verbrechen schreien nach einer revolutionären Vergeltung. Die arbeitende Menschheit müßte sich von [sich] selbst und von ihrer Zukunft lossagen, wollte sie fortfahren, weiterhin de-

²⁾ So im Or.

mütig das Joch der imperialistischen Bourgeoisie, ihrer Militärs, ihrer Regierung, ihrer Diplomatie zu ertragen.

Wir, der Rat der Volkskommissare, wir, die Bevollmächtigten der russischen Arbeiter, Bauern, Soldaten, Matrosen und Witwen und Waisen, fordern Euch auf, mit uns gemeinsam für die unverzügliche Einstellung der Kriegshandlungen auf allen Fronten zu kämpfen. Mag die Nachricht über den in Brest-Litowsk unterzeichneten Waffenstillstand für alle Soldaten und Arbeiter aller kriegführenden Länder wie ein Alarmruf erschallen! — Nieder mit dem Krieg! Nieder mit den Schuldigen am Krieg! Die Regierungen, die dem Frieden widerstreben, müssen hinweggefegt werden, ebenso auch die Regierungen, die in den Friedensräten [sic!] Eroberungsziele verbergen. Die Arbeiter und Soldaten müssen die Sache des Krieges aus den verbrecherischen Händen der Bourgeoisie herausreißen und in ihre Hände nehmen. Wir haben das Recht, dies von Euch zu verlangen, denn wir haben es auch bei uns getan. Dies ist der einzige Schritt zur Rettung für Euch und für uns . . .²⁾

Eure Reihen . . .²⁾ Proletarier aller Länder unter der Flagge des Friedens und der sozialen Revolution.

Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten.

L. Trockij.

90.

18. 12. 1917: Der polnische Ministerpräsident Kucharzewski (Warschau) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2. Ausfertigung. Kopf: „Ministerpräsident des Königreiches Polen.“¹⁾
Nr. 89.“

Der an der Ostfront im gegenwärtigen Augenblicke bereits vollzogene Waffenstillstand, dem die Friedensverhandlungen ungesäumt folgen sollen, zwingt mich als Leiter der polnischen Regierung, mich an Euer Exzellenz sowie an Seine Exzellenz den k.u.k. Österreichisch-Ungarischen Minister des Äußeren *Grafen Czernin* mit dem Vorschlag zu wenden, eine Vertretung der polnischen Regierung zu den Verhandlungen zulassen zu wollen.

Durch den Akt vom 5. November 1916 und das Patent vom 12. September 1917 haben die Zentralmächte die Vorbedingungen der Entstehung eines selbständigen polnischen Staates geschaffen.²⁾ Dieser Staat besteht, besitzt im Regentschaftsrat seine höchste Staatsgewalt und seine eigene Regierung und wurde von den Zentralmächten als bestehend anerkannt.

Die Zulassung eines Vertreters der polnischen Regierung zu den Verhandlungen bildet eine Konsequenz der oben angeführten Akte. In den mit der russischen Regierung geführten Friedensverhandlungen werden die grundlegenden Angele-

¹⁾ Professor *Jan Kucharzewski*, polnischer Ministerpräsident 20. 11. 1917—27. 2. 1918; über Herkunft, Leben und Wirken vgl. *Conze, Polnische Nation*, S. 315 f.

²⁾ Vgl. hierzu a.a.O. S. 165 ff., 226 ff., 307 ff.

genheiten des polnischen Staates entschieden werden, für deren Gestaltung die polnische Regierung vor ihrer höchsten Staatsgewalt und vor ihrer Nation die Verantwortung trägt.

Euer Exzellenz haben in Ihrer im Deutschen Reichstage am 29. November d. J. gehaltenen Rede nachdrücklich den Völkern das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt, was auch von Seiner Exzellenz *Grafen Czernin* anerkannt wurde.

Dieses Prinzip wird voraussichtlich die Grundlage der Friedensverhandlungen mit Rußland bilden, welches diesen Grundsatz als einen für sich bindenden proklamiert hat.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die gegenwärtige russische Regierung gegen die Teilnahme eines Vertreters der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen keinen Einspruch erheben wird, denn sie wird darin die tatsächliche Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker erblicken.

Die Teilnahme eines Vertreters der polnischen Regierung an den gegenwärtig beginnenden Unterhandlungen würde die Verwirklichung eines von beiden kriegsführenden Parteien angenommenen Prinzips bedeuten, was sowohl den Verlauf der Verhandlungen selbst als auch deren befriedigendes Ergebnis günstig beeinflussen könnte.

Die Zulassung einer Vertretung der polnischen Regierung zu den Friedensverhandlungen zwecks Wahrung der wichtigsten Lebensinteressen unserer Nation würde den erhabenen Absichten entsprechen, welche in dem Kaiserlichen Erlaß vom 12. September 1917 zum Ausdrucke kamen.

Die Tatsache der Teilnahme einer Vertretung der polnischen Regierung an den Verhandlungen müßte auch auf die Stellung der Polen in Rußland sowie der halben Million polnischer, in der russischen Armee dienender Soldaten von entscheidendem Einfluß sein.

Ich hege die feste Überzeugung, daß Euer Exzellenz meinen Vorschlag einer wohlwollenden Prüfung unterwerfen und mir im Einvernehmen mit Seiner Exzellenz *Grafen Czernin* baldigst Ihre diesbezügliche Entscheidung mitteilen werden.³⁾ (L.S.)

Jan Kucharzewski.

³⁾ Vgl. hierzu die Ausführungen des österreichischen Botschafters *Prinz Hohenlohe*, Berlin, 22. 12. 1917: Die Polen wünschten an den Friedensverhandlungen teilzunehmen; *Kucharzewski* glaube, die Anwesenheit von Polen könnte für die Zentralmächte von Nutzen sein: die Bolschewiki würden sich eher bereit finden, Gebiete an das polnische Volk zu überlassen, wenn dieses von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch mache, als sie an die Mittelmächte abzutreten, wenn diese ihre Stellung als Sieger geltend machen würden. HHStA, P.A. Brester Kanzlei. — Am 27. 12. 1917 äußerte *Graf Czernin*, es sei ihm gelungen, bei *Kühlmann* durchzusetzen, daß ein Vertreter der polnischen Interessen mit beratender Stimme zu einem späteren Zeitpunkt der Friedensverhandlungen, wenn die Besprechung der polnischen Frage auf der Tagesordnung stünde, für eine gewisse Zeit beigezogen werden würde. HHStA, P.A. Brester Kanzlei. — Am 8. 1. 1918 betonte *Graf Czernin*, es solle *Kucharzewski* zu verstehen gegeben werden, „daß Polen es ausschließlich meiner Intervention zu verdanken hat, daß der nationale Wunsch nach Zulassung eines Vertreters des polnischen Staates bei Regelung der Grenzfrage in Erfüllung geht“. HHStA, P.A. Brester Kanzlei. — S. auch Nr. 104, 105, 217, 230.

91.

18. 12. 1917: General Hoffmann (Brest-Litowsk)
an den Chef des Generalstabes des Feldheeres

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 107. Abgeg. Brest-Litowsk, 18. 12. 1917, 10.15 vorm., angek. 18. 12. 1917, 11.12 nachm.

General *Hoffmann* drahtete an Chef des Generalstabes des Feldheeres:

Da verschiedene Mitglieder russischer Delegation gesprächsweise Andeutungen machten, daß Aufenthalt hier nicht mehr sehr lange dauern würde, fragte ich Herrn *Joffe*, was das bedeute. Ich wies im einzelnen nochmals darauf hin, welche Vorteile (— Verbindungen usw. —) Brest-Litowsk als Verhandlungsplatz gegenüber einem neutralen Ort habe. Ich erhielt daraufhin 12 Uhr nachts folgendes Schreiben:

Sehr geehrter Herr General!

Im Zusammenhang mit dem Gespräch, welches ich soeben mit Ihnen geführt, nehme ich mir die Freiheit, Ihnen im Namen der russischen Delegation mitzuteilen, daß nach Ansicht der russischen Regierung die Ausarbeitung des Friedenstraktats ausschließlich auf neutralem Boden stattfinden solle, und zwar an einem Orte, welchen wir in Gemeinschaft festsetzen könnten.¹⁾

Gleichzeitig müssen wir neuerdings unsere anfängliche Mitteilung aufrecht erhalten, daß wir bereit und bevollmächtigt sind, sofort hier in Brest-Litowsk mit den Bevollmächtigten der Verbündeten in Verhandlungen zu treten zwecks Fest-

¹⁾ Über die Anschauungen *Joffes* in diesem Zusammenhang vgl. auch den Bericht des *Grafen Czernin* an Kaiser *Karl* und die beiden Ministerpräsidenten vom 21. 12. 1917: „Ich hatte gestern meine erste Unterredung mit dem Führer der russischen Unterhändler, Herrn *Joffe*. Derselbe begann damit zu erklären, daß Rußland einen allgemeinen Frieden wollte. Ich erwiderte, daß wir diesen Standpunkt teilten und es unsere Aufgabe sein wird, Mittel und Wege zu finden, uns auf gewisse Prinzipien zu einigen, welche sodann von Rußland den Westmächten als Basis vorgeschlagen werden könnten; die Westmächte müßten sich sodann entscheiden und entweder zustimmen oder ablehnen, und frug, was Rußland im letzteren Falle machen würde. *Joffe* erwiderte, dann würde Rußland einen Separatfrieden mit uns schließen; *Clemenceau* und *Lloyd George* würden gewiß keinen Friedensvorschlag annehmen, er hoffe aber doch, daß es Rußland in einiger Zeit gelingen werde, die Revolution in ganz Europa herbeizuführen und sodann mit den befreiten Völkern Frieden zu machen. Jedenfalls stimme er mir darin bei, daß die Entente den Frieden nicht verschleppen dürfe. Übrigens hätten die russischen Unterhändler keine Vollmacht, einen Frieden zu schließen, sondern nur den Auftrag, prinzipiell zu verhandeln und das Thema zu besprechen. Man müsse sich hier auf solche prinzipiellen Besprechungen beschränken und sodann an einem neutralen Orte wirklich verhandeln, aber nicht mit den Regierungen, sondern mit den Völkern. Das wichtigste und erste Prinzip sei das des ‚Selbstbestimmungsrechtes der Völker‘, welches nicht nur für Polen, Kurland und Litauen, sondern auch für unsere Nationen gelten müsse. Ich ließ den Mann ausreden und versuchte sodann, ihm klar zu machen, daß wir von dem ‚Selbstbestimmungsrecht der Staaten‘ nicht abgehen können und erklärte ihm an verschiedenen Beispielen die völlige Undurchführbarkeit seiner Theorien. Man begegnet bei solchen Konversationen der großen Schwierigkeit, daß *Joffe* auf einem utopisch revolutionären Boden steht und konkreten praktischen Argumenten ganz unglaublich wenig zugänglich scheint. Meine erste rein private Unterredung hat bei mir den Eindruck hinterlassen, daß es sehr schwierig sein wird, die russischen Unterhändler auf ein vernünftiges Niveau herunterzudrücken . . .“ HHStA, P.A. Brester Kanzlei.

stellung derjenigen Grundlagen, in deren Grenzen sich die hauptsächlichlichen Diskussionen über den Frieden im folgenden schließen werden.

Hochachtungsvoll
gez. *A. Joffe*
Vorsitzender der russischen Delegation.
Rosenberg.

92.

**18. 12. 1917: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm. Nr. 111. Aufgeg. Brest-Litowsk, 18. 12. 1917, abgeg. 19. 12. 1917, 1.15 vorm., angek. 19. 12. 1917, 1.42 vorm. Vermerk: „Im Anschluß an Nr. 107“.¹⁾

General *Hoffmann* hat Herrn *Joffe* kurz vor dessen Abreise nach Warschau durch Major *Brinckmann*²⁾ mündlich den Empfang seines Briefes bestätigt, von der erneut ausgesprochenen Bereitwilligkeit zur Festlegung der Grundlinien des Friedens in Brest Akt genommen und die Frage, wo der endgültige Friedensvertrag auszuarbeiten ist, den beteiligten Regierungen vorbehalten; dabei hat er nochmals die technischen Schwierigkeiten einer Verlegung der Verhandlungen ins Ausland unterstreichen lassen.

Baron Mérey, den General *Hoffmann* unter Mitteilung einer Abschrift des Briefes von *Joffe* orientierte, schien mit der Behandlung der Sache einverstanden.

Rosenberg.

¹⁾ Vgl. Nr. 91.

²⁾ Ia im Stabe des Oberbefehlshabers Ost. 1914 Hauptmann im Großen Generalstabe, vgl. Rangliste 1914, S. 20, 23.

93.

18. 12. 1917: Besprechung im Großen Hauptquartier¹⁾

Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5. Masch.-Schr., Durchschl. — Zusatz links am Rande: „Zu Rk. 15728 K. J.“. Überschrift: „Ergebnis der Besprechung im Großen Hauptquartier am 18. Dezember 1917“.²⁾

I. Livland und Estland.

Der Herr Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes äußerten die Bedenken, die vom Standpunkte unseres zukünftigen Verhältnisses zu Rußland gegen eine Ausdehnung unserer Interessensphäre auf Livland und Estland beständen.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 125 ff.

²⁾ Vgl. hierzu Ludendorff, Kriegserinnerungen, S. 436, u. WUA, Vierte Reihe, 12. Bd., S. 215 ff.

Der Generalfeldmarschall legte demgegenüber die militärischen Gründe für die Sicherung der Ostgrenze dar und sprach sich für Personal-Union Estlands und Livlands einschließlich Riga und Inseln im Rigaischen Meerbusen mit Deutschland aus.

Seine Majestät äußerte sich dahin, daß das Bestreben Rußlands, an ein offenes Meer zu kommen, berechtigt sei, doch sei die Ostsee kein Weltmeer in diesem Sinne; daher solle man ihr Streben auf den Persischen Meerbusen richten und sie darin unterstützen.

Er empfiehlt den Esten und Livländern gegenüber abzuwarten, bis sie kommen, doch war er auf Anfrage des Generals *Ludendorff* einverstanden, daß man ihnen die Möglichkeit geben müsse, sich zu äußern. Man solle hierzu den Russen die Räumung vorschlagen, ohne sie zu fordern, damit die Esten und Livländer ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können.

II. Litauen und Kurland.

Nachdem der Reichskanzler erklärt hatte, gegen eine Personal-Union vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesfürsten keine Bedenken zu haben, äußerte Seine Majestät, daß er einen eigenen Herrscher für unmöglich halte, weil eine Dynastie zwischen Rußland, Polen und Deutschland hin- und herschwanken, auch dem Lande zu viel Geld kosten würde. Auch nach dem Frieden sei militärische Übergangszeit notwendig, d. h. Militärverwaltungen unter dem Oberbefehlshaber, die allmählich in eine Zivilverwaltung überzuführen seien. Seine Majestät betonte die Notwendigkeit, die fremdstämmigen Völker „mit langem Zügel“ zu regieren und ihre Eigenart sich entwickeln zu lassen. Der Gegensatz zwischen Litauen und Polen sei zu vertiefen, damit die Frage Wilna nicht zwischen Berlin und Wien, sondern zwischen Litauen und Polen ausgetragen würde.

Notwendig sei hierzu die territoriale Führung der Diözesangrenzen und die Besetzung der litauischen Bischofsstühle mit Litauern.

III. Polen.

Seine Majestät hält den österreichischen Gegenvorschlag für die Grenzführung für unannehmbar, ist mit erneuten Verhandlungen einverstanden. Er wünscht, daß dabei zum Ausdruck kommt, daß wir allein Polen befreit haben und daher mindestens Anspruch auf volle Sicherung unserer Grenze hätten.

Reichskanzler und Staatssekretär des Auswärtigen Amtes machten auf die Bedenken aufmerksam, die im preußischen Staatsministerium gegen den großen Zuwachs an polnischer Bevölkerung beständen. Auch im Reichstag seien Widerstände gegen Einverleibung größerer Landstrecken zu erwarten.

General *Ludendorff* hebt hervor, daß für jede militärische Verschlechterung der Grenze infolge der dadurch notwendig werdenden technischen Verstärkung Polen mehr an den Kriegskosten beteiligt werden muß.

94.

18. 12. 1917: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Gesandten Lucius v. Stoedten (Stockholm)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1. Telegramm (in Ziffern). Nr. 1746. Präsentatvermerk: 18. Dezember 1917 nachm. Abgangsvermerk links unten am Rande: „Nr. 31532. Tel.-Amt, 19/12. 2.10 vorm.“. Zusatz: „Für Herrn Riezler“.

Wie ich geheim erfahre, wollen hiesige Unabhängige die Bolschewiki bitten, Friedensverhandlungen in die Länge zu ziehen, da ein jetzt abgeschlossener Friede dem gegenwärtigen Regime zu Gute kommen und die Verwirklichung ihrer revolutionären Ideen in Frage stellen würde. Unabhängige haben zur Übermittlung dieser Mitteilung Boten abgesandt und anscheinend bereits über Grenze gebracht. Namen desselben habe ich nicht feststellen können. Vielleicht gelingt es Ihnen, Näheres durch vorsichtige Sondierung *Orlovskijs* zu erfahren.¹⁾

Bergen.

U[nter]St[aats]S[ekretär]
Bussche.

¹⁾ Zu diesem Telegramm äußerte sich der deutsche Gesandte in Stockholm am 24. 12. 1917: „Auch hier wurde seit einiger Zeit davon gesprochen, daß Unabhängige eine derartige Mitteilung bereits hierher gesandt haben. Nach anderer Quelle sollen sie vor mehreren Monaten Brief an hiesige Bolschewiki gesandt haben, in dem sie Unmöglichkeit einer deutschen Revolution betonten . . .“ Pol. Archiv, Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2.

95.

20. 12. 1917: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2. Telegramm. Nr. 1944. Abgeg. Großes Hauptquartier, 20. 12. 1917, 8.00 nachm., angek. 20. 12. 1917, 9.05 nachm.

O.H.L. übergibt nachstehende Meldung zuverlässigen Vertrauensmannes:

„Erfahre von Code-Sekretär amerikanischer Gesandtschaft im Haag, daß die Gesandten Amerikas und Englands in Petersburg Auftrag erhalten hätten, die jetzige Regierung von Rußland zur Forderung folgender Friedensbedingungen mit Deutschland zu bewegen:

1. daß die Verhandlungen über den wirklichen Separatfriedenschluß von den Sozialdemokraten und Vertrauensmännern der anderen Parteien der äußersten Linken geführt werden sollen,
2. daß der Friede mit dem deutschen Volk und nicht mit der jetzigen deutschen Regierung geschlossen werde,
3. daß keine deutschen Staatsbeamten zur organisatorischen Hilfe nach Rußland zugelassen werden, sondern daß ein derartiger Hilfsdienst, wo überhaupt

nötig, von privaten Persönlichkeiten links stehender Parteien geleistet werden soll.“¹⁾)

Lersner.

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang Schultheß, 33. Jg. 1917, II, S. 771 f. (2. 12. 1917, Ein Sonder-schritt des amerikanischen Militärvertreters), S. 776 f. (10. 12. 1917, Erklärungen des britischen Botschafters), u. Warth, S. 196 ff., A separate peace.

96.

22. 12. 1917: Legationsrat Frhr. v. Grünau (Hofzug)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2. Telegramm. Nr. 198. Abgeg. Hofzug, 22. 12. 1917, 8.45 nachm. angek. 22. 12. 1917, 10.50 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler“.

Seine Majestät der Kaiser hat einen Brief Ihrer Majestät erhalten, wonach Herzog *Ernst Günther*¹⁾ der Kaiserin mitgeteilt hat, daß eine Abordnung aus Estland und Livland in Berlin eingetroffen sei, um die Wünsche dieser Gebiete auf Loslösung von Rußland und Anschluß an Deutschland zum Ausdruck zu bringen. Der Kaiser beauftragte mich, dies Euer Exzellenz mitzuteilen und wies darauf hin, daß hierdurch gegebenenfalls die Voraussetzungen geschaffen würden, die eine Angliederung jener Länder an Deutschland ermöglichen. Im Sinne der letzten Kreuznacher Besprechungen erlaubte ich mir auszuführen, daß wir beim Friedensschluß mit Rußland nur solche Verhältnisse schaffen dürften, mit denen sich auch jede spätere Regierung in Rußland abfinden könne, daß wir bei aller Sympathie für die Unabhängigkeitsbestrebungen von Estland und Livland möglichst wenig eigene Verantwortung für deren künftiges Schicksal übernehmen und davon absehen sollten, unsere Grenzen zu weit gegen Petersburg vorzuschieben und Rußland vom Meere abzudrängen. Der Kaiser erwiderte, die letztere Frage werde eine befriedigende Lösung finden, da sich die Marine damit einverstanden erklärt habe, sämtliche Häfen der fraglichen Gebiete zu Frei-Häfen zu machen einschließlich Libau, wo nur die Eigenschaften als Kriegshafen dadurch nicht gestört werden dürften. Im übrigen müsse es unsere Aufgabe sein, Rußlands Streben nach dem Meer auf den persischen Golf abzulenken. Der Kaiser war schließlich damit einverstanden, die Friedensverhandlungen nicht mit der Entscheidung über das künftige Schicksal Estlands und Livlands zu belasten, falls die Russen daran Anstoß nehmen, meinte aber, wir sollten, falls diese Länder tatsächlich mit dem Wunsch der Angliederung an uns herantreten, hiervon in aller Offenheit den Russen Mitteilung machen, schon um ihnen zu zeigen, daß wir keine geheimen Abmachungen mit bisherigen Bestandteilen des Russischen Reiches betreiben, und um zu sehen, wie die Russen die Sache aufnehmen.

Grünau.

¹⁾ *Ernst Günther*, Herzog zu Schleswig-Holstein, General und erbliches Mitglied des Preußischen Herrenhauses, Bruder der Kaiserin.

**23. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2. Telegramm. Nr. 152. Abgeg. Brest-Litowsk, 23. 12. 1917, 12.40 vorm., angek. 23. 12. 1917, 1.00 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler.“

Euerer Exzellenz ist der äußere Verlauf der heutigen Sitzung aus der für die Presse bestimmten Verlautbarung des Wolffbüros bekannt, die hier von den vier Verbündeten gemeinsam abgefaßt wurde. Die russische Delegation schlug vor¹⁾, nachfolgende 6 Punkte den Friedensverhandlungen zugrunde zu legen:

1. Es wird keine gewaltsame Vereinigung von Gebieten gestattet, die während des Krieges in Besitz genommen sind. Die Truppen, die diese Gebiete besetzt halten, werden in kürzester Frist zurückgezogen.

¹⁾ Vgl. hierzu die Einleitung zu den russischen Vorschlägen (Pol. Archiv, Friedenspräliminarien zu Brest-Litowsk, Gaus 14/5. Allgemeines betr. Sitzungen, Bd. 1, Russischer Vorschlag in der 1. Sitzung der Friedens-Delegation, Brest-Litowsk, 22. 12. 1917): „Die russische Delegation geht von dem klar angesprochenen Willen der Völker des revolutionären Rußlands aus, möglichst bald den Abschluß eines demokratischen Friedens zu erreichen. Die Delegation ist der Ansicht, daß als einzige Grundlage für einen solchen, für alle in gleicher Weise annehmbaren Frieden die Grundsätze erscheinen, die in dem Friedensdekret ausgesprochen sind, das einstimmig auf dem Allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten angenommen und auf dem Allrussischen Bauernkongreß bestätigt wurde. Dieses Dekret lautet:

Für einen gerechten und demokratischen Frieden, den die überwiegende Mehrheit der durch den Krieg ausgesogenen, erschöpften und gequälten arbeitenden Klassen aller kriegführenden Länder ersehnt, ... für einen Frieden, den die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturze des Zartums in bestimmtester und nachdrücklichster Weise forderten, ... für einen solchen Frieden erachtet die Regierung den sofortigen Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne gewaltsame Besitznahme fremder Länder und ohne gewaltsame Vereinigung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen. Unter Annexionen und gewaltsamer Besitznahme fremder Länder versteht die Regierung gemäß dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der arbeitenden Klassen im besonderen jede Vereinigung einer kleinen oder schwachen Nation mit einem großen oder starken Staat, es sei denn, daß das Einverständnis und der Wunsch dieser Nation deutlich, klar und freiwillig in dieser Richtung zum Ausdruck gebracht wurde. Hierbei ist es gleichgültig, wann die gewaltsame Vereinigung erfolgte oder wie entwickelt bzw. zurückgeblieben die gewaltsam vereinigte oder gewaltsam zurückgehaltene Nation erscheint, schließlich ob die Nation in Europa oder in fernen Ländern wohnt. Die Vereinigung einer Nation gilt als Annexion, d. h. als gewaltsame Besitznahme und Vergewaltigung, wenn die Nation in den Grenzen des betreffenden Staates gewaltsam zurückgehalten wird, wenn ihr ungeachtet ihres in der Presse, in Volksversammlungen, in Partei-Resolutionen, durch Unruhen und Aufstände gegen nationale Unterdrückung ausgesprochenen Wunsches nicht das Recht zugestanden wird, nach vollem Abzuge der Truppen des Annexions- oder eines allgemein stärkeren Staates durch unbehinderte Stimmabgabe und ohne den geringsten Zwang die Frage ihrer Staatsform zu entscheiden.

Die Fortsetzung dieses Krieges mit dem Zweck, in Besitz genommene und schwache Nationalitäten unter starke und reiche Nationen zu verteilen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit und erklärt feierlich ihren Entschluß, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterschreiben, der diesen Krieg auf der Grundlage der aufgeführten, ausnahmslos für alle Völker in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Indem die russische Delegation von diesen Grundsätzen ausgeht, schlägt sie vor, nachfolgende 6 Punkte den Friedensverhandlungen zu Grunde zu legen ...“

2. Es wird in vollem Umfange die politische Selbständigkeit der Völker wiederhergestellt, die ihre Selbständigkeit in diesem Kriege verloren haben.
3. Den nationalen Gruppen, die vor dem Kriege politisch noch nicht selbständig waren, wird die Möglichkeit gewährleistet, die Frage der Zugehörigkeit zu dem einen oder anderen Staat oder ihrer staatlichen Selbständigkeit durch Referendum zu entscheiden. Dieses Referendum muß in der Weise veranstaltet werden, daß volle Unabhängigkeit bei der Stimmabgabe für die ganze Bevölkerung des betreffenden Gebietes einschließlich der Auswanderer und Flüchtlinge gewährleistet ist.
4. In bezug auf Gebiete gemischter Nationalität wird das Recht der Minderheit durch ein besonderes Gesetz geschützt, das ihr die Selbständigkeit der nationalen Kultur und — falls dies praktisch undurchführbar — autonome Verwaltung gibt.
5. Keines der kriegführenden Länder ist verpflichtet, einem anderen Lande sogenannte „Kriegskosten“ zu zahlen; bereits erhobene Kontributionen sind zurückzuzahlen. Was den Ersatz der Verluste von Privatpersonen infolge des Krieges anbetrifft, so werden sie aus einem besonderen Fonds beglichen, zu dem die Kriegführenden proportionell beitragen.
6. Koloniale Fragen werden unter Beachtung der unter 1. bis 4. dargelegten Grundsätze entschieden.²⁾

In Ergänzung dieser Punkte schlug die russische Delegation weiter vor, jede Art versteckter Bekämpfung der Freiheit schwacher Nationen durch starke als unzulässig zu bezeichnen, z. B. durch wirtschaftlichen Boykott, wirtschaftliche Vorherrschaft des einen Landes über das andere auf Grund aufgezwungener Handelsverträge, durch Sonderzollvertrag, die die Freiheit des Handels dritter Länder beschränken, durch Seeblockade, die nicht unmittelbare Kriegsziele verfolgt, usw.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die Äußerungen *Lloyd Georges* (S. 94): „Der Friedensschluß zwischen Rußland und Deutschland zog sich längere Zeit hin. Am 22. Dezember 1917 hatte *Trockij* die folgenden vernünftigen Bedingungen für einen allgemeinen Frieden vorgeschlagen:

1. Keine gewaltsame Annexion der während des Krieges besetzten Gebiete.
2. Vollständige Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Völker, die während des Krieges in Abhängigkeit geraten waren.
3. Völker, die bisher nicht unabhängig waren, sollten das Recht haben, durch Volksabstimmung zu entscheiden, ob sie einem anderen Staate angehören oder unabhängig werden wollten.
4. Sicherstellung der Rechte der Minderheiten in solchen Gebieten, in denen mehrere Nationalitäten zusammenwohnten.
5. Keine Kriegsentschädigungen, aber Rückerstattung der während des Krieges vorgenommenen Beschlagnahmungen.
6. Über Erwerbungen in den Kolonien soll nach denselben Grundsätzen entschieden werden. Ein Wirtschaftskrieg wurde von den Russen verurteilt.

Graf Czernin, der österreichische Ministerpräsident [sic!], beantwortete die russischen Vorschläge in einer Rede am 25. Dezember. Er stimmte dem Vorschlag eines allgemeinen Friedens zu, und nach seinen Worten zu urteilen, schien es, als ob er mit allem, für das wir kämpften, einverstanden sei. Nach genauerer Prüfung seiner Rede erwies sich jedoch, daß die Ausdrucksweise recht unbestimmt und zweideutig war. Keine unserer besonderen Forderungen war anerkannt, obwohl sie alle einbegriffen zu sein schienen . . .“; alliierte Überlegungen im Zusammenhang mit dem Friedensangebot der Bolschewiki vgl. ebenda S. 95 ff.

Den Russen war es offenbar in erster Linie darum zu tun, ihre weltbeglückenden Theorien zu entwickeln. Über die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung dürften sie selbst sich nur beschränkten Hoffnungen hingeben.

Morgen Vormittag wollen sich die Verbündeten über ihre Stellungnahme schlüssig werden. Nachmittags soll die nächste Sitzung stattfinden.

Freiherr v. Grünau erhielt zum Vortrag bei Seiner Majestät entsprechendes Telegramm.

Kühlmann.

98.

24. 12. 1917: Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung
über die Eröffnungssitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2. Überschrift: „Abschrift Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 402 vom 24. 12. 1917, Morgen-Ausgabe. Die erste Sitzung der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk.“

Brest-Litowsk, 22. Dezember. Staatssekretär *v. Kühlmann* ist mit seiner Begleitung gestern abend hier eingetroffen, gleichzeitig traf die bulgarische Delegation ein. Der Staatssekretär hatte Gelegenheit, noch am Abend mit den Vertretern des Vierbundes und den russischen Delegierten zusammenzutreffen.

Heute um 4 Uhr nachmittags sind in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen in feierlicher Sitzung eröffnet worden. Es hatten sich hierzu folgende Vertreter eingefunden:

Von deutscher Seite Staatssekretär *v. Kühlmann*, Gesandter *v. Rosenberg*, Legationssekretär *v. Hoesch*, General *Hoffmann*, Major *Brinckmann*,

von österreichisch-ungarischer Seite Minister des Äußern *Graf Czernin*, Botschafter *v. Mérey*, Gesandter *v. Wiesner*¹⁾, Legationsrat *Graf Colloredo*²⁾, Legationssekretär *Graf Csáky*³⁾, Feldmarschalleutnant *v. Csicseric*⁴⁾, Oberstleutnant *Pokorny*, Major *v. Glaise*⁵⁾,

von bulgarischer Seite Justizminister *Popow*, Gesandter *Kossow*, Gesandter *Stojanowitsch*, Oberst *Gantschew*, Legationsrat *Dr. Anastassow*,

von türkischer Seite Minister des Äußern *Achmed Nessimy Bey*, Botschafter Seine Hoheit *Ibrahim Hakki Pascha*, Unterstaatssekretär *Reschad Hikmed Bey*, General der Kavallerie *Zeki Pascha*,

¹⁾ *Friedrich Ritter v. Wiesner*, Gesandter; vgl. auch unten S. 327, Anm. 1.

²⁾ *Ferdinand Graf zu Colloredo-Mansfeld*, seit August 1914 im k.u.k. Ministerium des Äußern, 21. 1. 1917 Chef des Kabinetts des Ministers.

³⁾ *Emmerich Graf Csáky*, vgl. oben S. 45, Anm. 15.

⁴⁾ *Maximilian Csicseric v. Bacsány* (1865—1948), General der Infanterie; vgl. auch unten S. 233, Anm. 5.

⁵⁾ *Edmund v. Glaise-Horstenau*, später Direktor des Kriegsarchivs in Wien; im Zweiten Weltkrieg Bevollmächtigter Deutscher General in Kroatien.

von russischer Seite *A. A. Joffe, L. B. Kamenev, Frau M. A. Bizenko, M. N. Pokrovskij*⁶⁾, *L. M. Karachan, N. M. Ljubynskij, M. F. Weltmann Pavlovič, Admiral W. M. Altvater, General Samoïlov, Oberst Fokke, Oberst Zeplik, Hauptmann Lipski.*

Seine Königliche Hoheit **Prinz Leopold von Bayern** begrüßte in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber des Oberkommandos Ost die in seinem Hauptquartier erschienenen Vertreter der Mächte des Vierbundes und Rußlands mit einer Ansprache, in welcher er unter Hinweis auf den günstigen und erfolgreichen Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck gab, daß auch die nun begonnenen Verhandlungen möglichst bald zu einem die Völker beglückenden Frieden führen möchten.

Hierauf lud Seine Königliche Hoheit den ersten türkischen Vertreter, Seine Hoheit *Ibrahim Hakki Pascha*, ein, als Alterspräsident den Vorsitz zu übernehmen. *Hakki Pascha*, der sodann den Präsidentenstuhl einnahm, dankte für die ihm erwiesene Ehre, begrüßte die Delegierten und eröffnete die Verhandlungen mit den besten Wünschen für deren gedeihlichen Verlauf. Er schlug hierauf vor, daß Staatssekretär *v. Kühlmann* als erster den Vorsitz bei den Verhandlungen übernehme, welchem Antrage allseitig zugestimmt wurde.

Staatssekretär *v. Kühlmann* übernahm nun den Vorsitz und hielt folgende Ansprache:

„Es ist für das Land, das ich zu vertreten habe, und für mich eine große Ehre, gemäß dem Beschluß der Versammlung bei der heutigen ersten Beratung den Vorsitz führen zu dürfen, bei der Vertreter der verbündeten Mächte mit den Delegierten des russischen Volkes zusammentreffen, um dem Krieg ein Ende zu machen und den Zustand von Frieden und Freundschaft zwischen Rußland und den hier vertretenen Mächten wiederherzustellen.“

Nach der Lage der Verhältnisse kann nicht die Rede davon sein, ein bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitetes Friedensinstrument bei den jetzt begonnenen Beratungen herzustellen. Was mir vorschwebt, ist die Festsetzung der wichtigsten Grundsätze und Bedingungen, unter denen ein friedlicher und freundschaftlicher Verkehr, insbesondere auch auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete, möglichst bald wieder in Gang gebracht werden kann, und die Beratung der besten Mittel, durch welche die durch den Krieg geschlagenen Wunden wieder zu heilen wären. Unsere Verhandlungen werden erfüllt sein von dem Geiste verständlicher Menschenfreundlichkeit und gegenseitiger Achtung. Sie müssen Rechnung tragen einerseits dem historisch Gegebenen und Gewordenen, um nicht den festen Boden der Tatsachen unter den Füßen zu verlieren, andererseits aber auch getragen sein von jenen neuen und großen Leitgedanken, auf deren Boden die hier Versammelten zusammentreffen. Ich darf es als glückverheißenden Umstand ansehen, daß unsere Verhandlungen im Zeichen jenes Festes beginnen, welches schon seit langen Jahrhunderten der Menschheit die Verheißung: „Friede auf

⁶⁾ *Michael Nikolaevič Pokrovskij* (1868—1932), Professor, marxistischer Historiker, Politiker und wissenschaftlicher Organisator. Vorsitzender und leitender Redakteur der Publikation: „Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“; zu seiner Würdigung vgl. u. a. Reihe I, 2. Band der Serie „Die Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus“, S. X f.

Erden denen, die guten Willens sind⁷⁾, gegeben hat, und ich darf in die Verhandlungen mit dem aufrichtigen Wunsche eintreten, daß unsere Arbeiten einen raschen und gedeihlichen Fortgang nehmen möchten.“⁷⁾)

Auf Grund von Vorschlägen des Vorsitzenden wurden hierauf folgende Beschlüsse gefaßt:

Rangordnungen werden nach der alphabetischen Liste der vertretenen Mächte gelöst werden.

Im Präsidium der Vollversammlung alternieren die Ersten Bevollmächtigten der fünf Mächte.

Als Verhandlungssprachen sind zugelassen: die deutsche, die bulgarische, die russische, die türkische und die französische Sprache.

Fragen, die nur einzelne der beteiligten Mächte interessieren, können den Gegenstand von Sonderverhandlungen zwischen diesen bilden.

Die offiziellen Sitzungsberichte werden gemeinsam festgestellt werden.

Auf Einladung des Vorsitzenden entwickelte hierauf der Erste russische Vertreter in längerer Rede die Grundlagen des russischen Friedensprogramms, die sich im wesentlichen mit den bekannten Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates und der Allrussischen Bauernversammlung decken. Die Vertreter der vier verbündeten Mächte erklärten ihre Bereitwilligkeit, in eine Prüfung der russischen Ausführungen einzutreten; das Ergebnis dieser Prüfung wird den Gegenstand der nächsten Sitzung bilden.

⁷⁾ Vgl. hierzu die kritischen Bemerkungen von Victor Naumann, S. 303: „Als am 22. Dezember in Brest die Verhandlungen zwischen Deutschland, seinen Verbündeten und Rußland begannen, als Herr v. Kühlmann seine Friedensrede hielt, die so hoffnungsfroh und vertrauensvoll klang, durfte man erwarten, der große Augenblick sei von uns groß aufgefaßt worden, das Jahr 1918 werde der Welt den Frieden bringen, der nach und nach die bisher so feindlich gegenüberstehenden Völker einander aussöhnen könnte. Noch einmal schien es, als leuchte der Stern des Glückes über unserem Vaterland. Aber bald sollten wir erkennen, daß unsere Erwartungen vergebliche waren, daß die Staatsmänner, die an der Spitze unserer Geschäfte standen, wohl die Einsicht, aber nicht die Kraft besaßen, allen Widerständen zum Trotz ihren guten Friedenswillen durchzusetzen.“

99.

24. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2. Telegramm. Nr. 156. Abgeg. Brest-Litowsk, 24. 12. 1917, 1.10 nachm., angek. 24. 12. 1917, 1.30 nachm. Überschrift: „Für Herrn Reichskanzler. Ergänzung zur heutigen Wolffmeldung.“

Wir beabsichtigen, nach Maßgabe unserer Antwort an den Papst auf die Mehrzahl der russischen Vorschläge grundsätzlich einzugehen, dies Eingehen aber von der Bedingung eines sofortigen allgemeinen Friedens abhängig zu machen. Die Verbündeten sind im allgemeinen einig. Nur die Bulgaren scheinen in der Annexionsfrage Vorbehalte machen zu wollen.

Freiherr v. Grünau erhält entsprechendes Telegramm.

Kühlmann.

100.

24. 12. 1917: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2. Kopf: „Abschrift A. S. 5132, Ang. Auswärtiges Amt“. Am Rande Bleistiftnotiz: „Orig. an S. E. nach Brest 24. 12.“.

Lieber Herr v. Kühlmann,

Eben war der Abgeordnete *Stresemann*¹⁾ bei mir und teilte mir mit, daß in konservativen, namentlich alldeutschen Kreisen mit dem Hinweis gegen Sie gehetzt werde, Sie beabsichtigten gar nicht mit Rußland zu einem wirklichen Frieden zu gelangen. Man verdrehe die Worte Ihrer Ansprache, daß „nach Lage der Verhältnisse nicht die Rede davon sein könne, ein bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitetes Friedensinstrument bei den jetzt begonnenen Beratungen herzustellen“. Man behaupte, Sie wollten absichtlich nicht mit Rußland zu einem endgültigen Frieden gelangen, um nicht dadurch England etwas Unangenehmes zu tun. Herr *Stresemann* sagte mir, er würde auf diese Äußerungen kein Gewicht gelegt haben, wenn ihm nicht dieser Tage der Herr Staatssekretär des Kolonialamtes *Solf*²⁾ den Gedanken geäußert hätte, daß wir mit Rußland nicht zu einem endgültigen Frieden kommen dürften, um uns nicht den Weg zu versperren, mit England und Amerika zum Frieden zu gelangen. Ich habe Herrn *Stresemann* zu beruhigen versucht und habe ihm gesagt, daß es sich naturgemäß in Brest nur um einen Präliminarfrieden, um die Festlegung allgemeiner Grundzüge und nicht um einen ins einzelne gehenden Frieden mit Rußland handeln könne. Sie wären aber m. E. fest entschlossen, mit Rußland zu einem endgültigen, ins einzelne gehenden Frieden zu gelangen, wenn nicht inzwischen unsere anderen Gegner sich von der Erfolglosigkeit ihres Kampfes überzeugt hätten und sich infolgedessen an den Verhandlungen beteiligen würden. Ich hoffe hiermit Ihren Gedanken richtigen Ausdruck gegeben zu haben.

Indem ich Ihnen ein unter den Umständen möglichst angenehmes Weihnachtsfest wünsche, verbleibe ich mit besten Grüßen

Ihr aufrichtig ergebener
v. dem Bussche.

¹⁾ *Gustav Stresemann* (1878—1929), Mitglied des Reichstages, Nationalliberale Partei, Vorsitzender der Reichstagsfraktion dieser Partei 1917/18.

²⁾ *Wilhelm Solf* (1862—1936), seit 1911 Staatssekretär des Reichskolonialamtes.

101.

24. 12. 1917: Erklärung des Generalsekretariats der Ukrainischen Republik

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Kopf: „Generalsekretariat der Ukrainischen Volksrepublik. Staatssekretär des Äußern.“ Hs. Zusatz am Rande oben rechts: „Kopie“.

Das Generalsekretariat der Ukrainischen Volksrepublik
an
alle kriegführenden und neutralen Mächte.¹⁾

Die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik, das Generalsekretariat bringt hiermit allen kriegführenden und neutralen Staaten folgendes zur Kenntnis: Mittels des Universal N. III der Ukrainischen Zentral-Rada vom 7. November (20. November n. St) 1917²⁾ wurde die Ukrainische Volksrepublik proklamiert, und wurde durch diesen Staatsakt die völkerrechtliche Stellung der letzteren bestimmt.

Die Schaffung eines föderativen Bundes aller im gegebenen Moment auf dem Territorium des ehemaligen russischen Kaiserreiches entstandenen Republiken anstrebend, knüpft die Ukrainische Volksrepublik durch das Generalsekretariat bis zum Zeitpunkt der Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung in Rußland sowie der Regelung der völkerrechtlichen Vertretungsfrage zwischen der Ukrainischen Volksrepublik einerseits und der Bundesregierung des künftigen Staatenbundes andererseits selbständige völkerrechtliche Beziehungen an.

Das Generalsekretariat erachtet es somit für unumgänglich, alle Staaten und Völker der Welt über das Verhalten der Ukrainischen Volksrepublik gegenüber den Friedensverhandlungen, die dieser Tage in Brest-Litowsk zwischen den Vertretern des Rates der Volkskommissare einerseits und den Regierungen der gegen Rußland Krieg führenden Mächte andererseits beginnen, in Kenntnis zu setzen. Unerschütterlich daran festhaltend, daß der gegenwärtige Krieg für alle Staaten und insbesondere für die arbeitenden Klassen eines jeden Staates eines der schwersten Übel bedeutet, daß alle kriegführenden Staaten etwaigen Eroberungsabsichten entsagen und die Friedensverhandlungen unverzüglich beginnen sollten, hat die Ukrainische Zentral-Rada, das Parlament der ukrainischen Republik, es für unumgänglich befunden, gleich nach der Verkündung der Ukrainischen Republik in der Friedensfrage eine aktive Politik einzuleiten.

Die ukrainische Zentral-Rada hat also, nachdem sie in ihrem dritten Universal die Notwendigkeit eines unverzüglichen Friedensschlusses verkündet hat, es für unumgänglich erachtet, einen Waffenstillstand zu schließen; zu diesem Zwecke wurden Vertreter des Generalsekretariates an die Südwestfront sowie an die rumänische Front, die gegenwärtig in eine einzige ukrainische Front unter der Leitung der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik vereinigt sind, entsendet. Gleichzeitig hat die Ukrainische Zentral-Rada das Generalsekretariat beauftragt,

¹⁾ Vgl. Schultheß 33. Jg. 1917, II, S. 786 f., 25. 12. (Ukraine), Teilnahme an den Friedensverhandlungen; Wippermann S. 1324 ff., dazu neuerdings Reshetar.

²⁾ Vgl. u. a. Wippermann, S. 1105 f., Über das in Kiev erlassene Manifest der Rada, in welchem die ukrainische Republik ausgerufen wird.

die verbündeten Mächte von diesen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, was seiner Zeit seitens des Generalsekretariates auch vollzogen worden ist. In der Folge, als der Rat der Volkskommissare im Einverständnis mit den Regierungen der gegen Rußland Krieg führenden Staaten die Waffenstillstandsangelegenheit an allen Fronten Rußlands in die Hand genommen hat, hat das Generalsekretariat seine Vertreter nach Brest-Litowsk behufs Kontrolle und Information entsendet. Hierbei erachtet das Generalsekretariat es für notwendig, hervorzuheben, daß die Vertreter des Rates der Volkskommissare, ungeachtet dessen, daß sie über die Ankunft der Delegierten der Regierung der Ukraine zwecks Teilnahme an den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden waren, einen allgemeinen Waffenstillstand selbständig ohne jedwedes Einverständnis mit der Ukrainischen Volksrepublik gefertigt haben.

Gegenwärtig, da der Rat der Volkskommissare, gemäß dem letzten Punkt der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes, die Friedensverhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei in Brest-Litowsk beginnt, gibt das Generalsekretariat im Namen der Ukrainischen Volksrepublik folgende Erklärung ab:

1. Die gesamte Demokratie des ukrainischen Staates strebt die Beendigung des Krieges in der ganzen Welt, einen Frieden zwischen allen gegenwärtig Krieg führenden Staaten, einen allgemeinen Frieden an.
2. Der zwischen allen Mächten zu schließende Frieden muß demokratisch sein und einem jeden, auch dem kleinsten Volke in jedem Staate das volle, durch nichts beschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht sichern.
3. Für die Ermöglichung eines wahrhaften Willensausdruckes der Völker müssen entsprechende Garantien geschaffen werden.
4. Es ist demnach jedwede Annexion, d. h. jedwede gewaltsame Angliederung oder Übergabe irgendeines Landesteiles ohne Einverständnis der Bevölkerung unzulässig.
5. Ebenso unzulässig ist vom Standpunkt der Interessen der arbeitenden Klassen jedwede Kriegsentschädigung, welche Form auch immer ihnen beigegeben würde.
6. Kleinen Völkern und Staaten, die infolge des Krieges beträchtlichen Schaden oder Verwüstungen erlitten haben, muß gemäß den Regeln, die auf den Friedenskongressen ausgearbeitet werden müssen, materielle Hilfe erwiesen werden.
7. Die Ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Front hat und in den völkerrechtlichen Angelegenheiten durch ihre Regierung, welcher der Schutz der ukrainischen Volksinteressen obliegt, selbständig auftritt, muß gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilnehmen können.
8. Die Macht des Rates der Volkskommissare erstreckt sich nicht auf ganz Rußland, insbesondere auch nicht auf die Ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der aus den Verhandlungen mit den gegen Rußland Krieg führenden Mächten eventuell resultierende Frieden für die Ukraine nur dann verpflichtend werden, wenn die Bedingungen dieses Friedens durch die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik angenommen und unterzeichnet würden.

9. Es kann nur diejenige Regierung (und zwar ausschließlich eine Bundesregierung) Frieden im Namen des gesamten Rußlands schließen, die von allen Republiken und staatlich organisierten Gebieten Rußlands anerkannt sein würde. Wenn aber eine solche Regierung in der nächsten Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann diesen Frieden nur die geeinigte Vertretung jener Republiken und Gebiete schließen.

An dem Prinzip eines demokratischen allgemeinen Friedens unerschütterlich festhaltend, strebt das Generalsekretariat gleichzeitig die möglichst rasche Herbeiführung dieses allgemeinen Friedens an und legt großes Gewicht allen Versuchen, die seine Verwirklichung näher bringen können, bei. Das Generalsekretariat hält es daher für unumgänglich, auf der Konferenz in Brest-Litowsk vertreten zu sein, indem es gleichzeitig hofft, daß die endgültige Lösung der Friedensangelegenheit auf einem internationalen Kongresse erfolgen wird, zu dessen Beschickung die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik alle Kriegführenden auffordert.

Der Präsident des Generalsekretariats: *Vinničenko* mp.³⁾

Der Staatssekretär für Internationale Angelegenheiten: *Šulhin* mp.⁴⁾

Mit Original richtig.

Der Kanzleidirektor: *Losky*.

³⁾ *Volodimir K. Vinničenko*, ukrainischer Politiker und Schriftsteller, einer der Führer der ukrainischen sozialistischen Partei, Teilnehmer an der Revolution von 1905. Verfasser des III. und IV. Universals, welche die selbständige ukrainische Volksrepublik erklärten, einer der Organisatoren der Zentralrada. 1917 Ministerpräsident der ersten revolutionären ukrainischen Regierung.

⁴⁾ *Alexander Šulhin*, Mitglied der ukrainischen Sozialisten-Föderalisten.

102.

24. 12. 1917: Besprechung zwischen Minister des Äußern Graf Czernin, Staatssekretär v. Kühlmann und dem bulgarischen Justizminister Popow

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. — Überschrift: „Protokoll“.

Bei einer in Brest-Litowsk am 24. Dezember stattgehabten Besprechung zwischen

1. Seiner Exzellenz dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Herrn Grafen Czernin,
2. Seiner Exzellenz dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Kühlmann,
3. Seiner Exzellenz dem bulgarischen Justizminister, Herrn Popow¹⁾, legte der bulgarische Vertreter dar, daß Bulgarien sich dem Entwurfe einer gemeinsamen Antwort an die russische Delegation nur dann anschließen könne, wenn die darin

¹⁾ Führer der bulgarischen Delegation in Brest-Litowsk. Hoffmann, II, S. 198 urteilt: „Die bulgarische Mission wurde von Minister Popow geführt, einer unbedeutenden Persönlichkeit, mit kleinem politischen Horizont, aber vielleicht gerade deswegen von desto größerem Starrsinn ...“

ausgesprochene Verzichtserklärung auf gewaltsame Gebietserwerbungen durch einen Zusatz erläutert werde, in dem auszuführen wäre, daß die Erfüllung der territorialen Wünsche Bulgariens, die auf die Erreichung von nationalen Idealen abzielten, keine Annexionen darstellte.

Die Vertreter der Zentralmächte erwiderten hierauf Seiner Exzellenz Herrn *Popow*, daß es ihres Erachtens durchaus untunlich sei, in die gemeinsame Antwortnote einen Passus aufzunehmen, der für die gemeinsame Aktion der Verbündeten außerordentlich schädlich wäre, insbesondere aber auch den Interessen Bulgariens abträglich sein müsse, da ja durch eine derartige Einschaltung die Aufmerksamkeit der Welt in besonders hohem Maße auf die bulgarischen territorialen Absichten hingelenkt würde. Nach Ansicht der beiden Vertreter der Mittelmächte würde durch den vorgeschlagenen Text die Absicht Bulgariens, seine nationale Einheit herzustellen, keineswegs präjudiziert; denn es handele sich ja weder um gewaltsame territoriale Erwerbungen noch um fremdes Gebiet, vielmehr um die Angliederung stammverwandten Landes auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die eine Vereinigung mit dem bulgarischen Mutterlande unter allen Umständen anstrebten.

Auf den Wunsch des bulgarischen Vertreters, Seiner Exzellenz des Herrn Justizministers *Popow*, erklärten sich die Vertreter Österreich-Ungarns und Deutschlands bereit, diese Auffassung auch durch eine zu vereinbarende Note der bulgarischen Regierung amtlich bekanntzugeben.

Entwurf einer Note, in der die Mittelmächte zugleich ihre früher den Bulgaren gemachten Zusicherungen erneuern, liegt bei.

Abschrift dieses Entwurfs, der von dem Herrn Staatssekretär v. *Kühlmann* und dem Minister Grafen *Czernin* gebilligt worden ist, ist dem bulgarischen Gesandten *Kosew* eingehändigt worden.

103.

25. 12. 1917, vorm.: Staatssekretär v. *Kühlmann* (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Telegramm. Nr. 161. Abgeg. Brest-Litowsk, 25. 12. 1917, 1.00 vorm., angek. 25. 12. 1917, 1.30 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Ergänzung zur Wolffnotiz.“

Die Bulgaren haben heute in der Annexionsfrage den erwarteten Vorbehalt gemacht.¹⁾ Da die Verbündeten hierauf nicht eingehen konnten, erbat den Bulgaren neue Instruktionen aus Sofia, die angeblich bis morgen mittag hier sein sollen. Abgesehen von dem Vorsitzenden *Popow*, der ein treuer Freund des Bündnisses, aber der Situation nicht ganz gewachsen ist, scheinen sämtliche Mitglieder der bulgarischen Delegation die Berechtigung unseres Standpunktes anzuerkennen. Da sämtliche Mitglieder nach Sofia berichten, steht zu hoffen, daß die neuen Instruktionen in unserem Sinne ausfallen.

Kühlmann

¹⁾ Vgl. hierzu Nr. 102.

104.

25. 12. 1917; nachm.: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)
an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Telegramm. Nr. 171. Abgeg. Brest-Litowsk, 25. 12. 1917, 11.35 nachm., angek. 26. 12. 1917, 12.05 vorm. Überschrift: „Antwort auf Telegramm Nr. 83. Für den Herrn Reichskanzler.“¹⁾)

Die Zulassung eines polnischen Vertreters für begrenzte Zeit auf dem Friedenskongreß zur Anbringung polnischer Wünsche bei befreundeten Mächten könnte äußerstenfalls in Frage kommen und den Polen ohne bestimmte Zusage als eventuelle Möglichkeit in Aussicht gestellt werden. Von der dauernden Anwesenheit eines polnischen Vertreters muß jedoch unbedingt abgesehen werden.

Kühlmann.

¹⁾ In einem Telegramm vom 21. 12. 1917 an das Auswärtige Amt hatte Staatssekretär v. Kühlmann ausgeführt: Der polnische Ministerpräsident *Kucharzewski* betone, die polnische Nation wünsche bei der Entscheidung über ihr Schicksal in Brest-Litowsk, daß eine Vertretung aus ihren Reihen hinzugezogen werde. Die Frage könne nur durch den Reichskanzler in Verbindung mit dem Wiener Kabinett entschieden werden; Polen könne durch ein Memorandum auf dem Kongreß seinen Standpunkt bekanntgeben. Möglichkeit nach dieser Richtung hin in Berliner Besprechungen offenlassen, da unter Umständen polnische Abgeordnete für die deutsche Sache nützlich sein könnten. — Pol. Archiv. Rußland Pol. Nr. 1. — Vollst. Abdruck des Telegramms in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 161 f.

105.

25. 12. 1917: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an den
Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 2. Telegramm (Hughes). Nr. 161.

Wie mir *Lersner* telefoniert, regt sich Exzellenz *Ludendorff* über die Möglichkeit der Teilnahme von Polen an den Friedensverhandlungen in Brest auf. Er meint, daß wir anscheinend nicht genügend den Siegerstandpunkt zur Geltung brächten

Bussche.

106.

25. 12. 1917: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 175. Brest-Litowsk, 25. 12. 1917, angek. 26. 12. 1917, 4.40 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler“.

Zur Ergänzung des heutigen Wolfftelegramms folgt nachstehend Stenogramm der heutigen Sitzung.

Die Sitzung wird um 10 Uhr abends durch *Graf Czernin* eröffnet.

Graf Czernin: In der letzten Sitzung hat der Sprecher der russischen Delegierten jene Grundsätze mitgeteilt, auf Grund deren er einen Frieden für gangbar hält.¹⁾ Ich erlaube mir nun, die Antwort der 4 verbündeten Mächte auf diese Grundsätze vorzutragen. Dieselbe lautet: (folgt unsere Antwort und Zusatzklärung des *Grafen Czernin*).²⁾

¹⁾ Vgl. oben Nr. 97.

²⁾ Das in den Akten des Politischen Archivs (Friedenspraeliminarien von Brest-Litowsk. Gaus 14/5. Allgemeines betr. Sitzungen, Bd. 1) vorliegende Protokoll: „Zweite Vollsitzung der Friedensversammlung zu Brest-Litowsk am 25. Dezember 1917“ enthält die folgenden Ausführungen: „Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem hier ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen, gerechten Friedens zu erreichen.

Die Delegationen der Verbündeten sind in Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Leitsätze des russischen Vorschlages eine diskutabile Grundlage für einen solchen Frieden bilden können.

Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsschädigungen einverstanden. Wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbeirrt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche, jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegungen erfüllt sein sollen. Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltlos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen.

Dieses vorausgeschickt, ist zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen 6 Punkten das Nachfolgende zu bemerken:

Zu 1: Eine gewaltsame Aneignung von Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Über die Truppen in den zur Zeit besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

Zu 2: Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Krieg ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.

Zu 3: Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Vierbundmächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Falle von jedem Staat mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

Zu 4: Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechtes der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit er praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.

Zu 5: Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig

Herr **Joffe**: Nach Anhörung der Antwort der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei auf ihren Vorschlag stellt die russische Delegation mit Befriedigung fest, daß die von der russischen Revolution verkündeten Grundsätze eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen von den Völkern des Vierbundes übernommen und daß Absichten irgendwelcher territorialer Aneignungen und Eroberungen, desgleichen das Bestreben, die politische Selbständigkeit irgendeines Volkes zu vernichten oder zu beschränken, Deutschland und seinen Verbündeten völlig fremd sind. Indem sie die ganze gewaltige Bedeutung dieses Schrittes nach vorwärts auf dem Wege zum allgemeinen Frieden anerkennt, kann die russische Delegation indessen nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die Anerkennung des Grundsatzes eines „Friedens ohne

verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen sowie die im eigenen Gebiete durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein.

Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die anderen Kriegführenden innerhalb einer angemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen. [Vgl. auch unten Nr. 111.]

Zu 6: Von den vier verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hierzu in voller Übereinstimmung mit den russischen Vorschlägen folgendes erklärt:

Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der alsbaldigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten.

Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint, von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen zur Zeit nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussichten eines Kampfes gegen den um das vielfache überlegenen, über unbeschränkten überseeischen Nachschub verfügenden Gegner in Not und Tod treu zu ihren deutschen Freunden gehalten haben, ist ein Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willenskundgebung durch Abstimmung weit übertrifft.

Die von der russischen Delegation im Anschluß an die eben erörterten 6 Punkte vorgeschlagenen Grundsätze für den wirtschaftlichen Verkehr finden die uneingeschränkte Zustimmung der Delegationen der verbündeten Mächte, welche von jeher für die Ausschließung jedweder wirtschaftlichen Vergewaltigung eingetreten sind und die in der Wiederherstellung eines geregelten und den Interessen aller Beteiligten volle Rechnung tragenden Wirtschaftsverkehrs eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Anbahnung und den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen den derzeit kriegführenden Mächten erblicken.“ — Vgl. hierzu auch die Tagebucheinträge des *Grafen Czernin* v. 15. 12. 1917 (*Czernin*, S. 308): „Heute fand die Plenarsitzung statt, in welcher wir den Russen unsere Antwort auf ihr Friedensangebot erstatteten. Ich hatte den Vorsitz und gab die Antwort ab, worauf *Joffe* erwiderte. Das allgemeine Friedensangebot wird also gemacht und das Resultat abgewartet. Um keine Zeit zu verlieren, wird jedoch in den Rußland betreffenden Verhandlungen fortgeföhren. Damit wären wir einen großen Schritt weiter und vielleicht über das Schwerste hinüber. Man kann nicht wissen, ob nicht der gestrige Tag einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Welt bedeutet.“ — Abdruck der Zusatzklärung des *Grafen Czernin* in *Von Brest-Litowsk bis Rapallo*, S. 194 ff., u. d. T.: Erklärung der verbündeten Mächte, dargelegt vom Minister für Auswärtige Angelegenheiten Österreich-Ungarns, *Czernin*.

Annexionen“ in der Answerterklärung der Mächte des Vierbundes eine wesentliche Einschränkung in Punkt 3 enthält. Der Verzicht auf Annexionen ist nur eine logische Folge eines allgemeineren Grundsatzes, nämlich des Grundsatzes der Selbstbestimmung der Nationalitäten, dann des Rechts einer jeden Nationalität, selbständig über ihr Schicksal zu entscheiden.

Dieses Recht wird von den bestehenden Verfassungen im allgemeinen in sehr beschränktem Umfange anerkannt, wenn es überhaupt anerkannt wird. Der Hinweis auf den üblichen verfassungsmäßigen Weg als Mittel zur Verwirklichung des genannten Rechtes hebt daher tatsächlich den Grundsatz selbst auf. Während die Mächte des Vierbundes auf die Anwendung des Rechtes des Stärkeren hinsichtlich der im Laufe des gegenwärtigen Krieges okkupierten Territorien verzichten, geben sie gleichzeitig allen Gegnern eines sofortigen allgemeinen Friedens Anlaß, zu behaupten, daß nach beispiellosem Blutvergießen das Recht des Stärkeren nichtsdestoweniger in voller Unantastbarkeit innerhalb eines jeden der vertragschließenden Staaten bestehengeblieben ist.

Der Krieg, der die Frage der staatlichen Existenz der kleinen und der unterdrückten Nationen aufgeworfen hat, kann nicht beendet werden, ohne daß die verletzten Rechte dieser Nationen wiederhergestellt werden. Die russische Delegation besteht nach wie vor darauf, daß diese Nationen in dem Friedenstraktat, der einen allgemeinen Frieden unter allen Kriegsführenden festsetzt, auf Grund internationaler Vereinbarung Garantien dafür erhalten müssen, daß ihre legalen Rechte gesichert werden. Die geschichtliche Verjährung legitimiert keinesfalls die Vergewaltigung eines Volkes durch das andere. Die russische Delegation stellt mit Befriedigung die im Punkt 5 enthaltene Anerkennung des Grundsatzes „ohne Kontributionen“ fest. Indessen hält die russische Delegation es für notwendig, zu bemerken, daß die Entschädigung für den Unterhalt der Kriegsgefangenen, da dieser eine der Arten von Kriegsausgaben bedeutet, sich faktisch in eine versteckte Kontribution verwandeln kann. Indem die russische Delegation nochmals betont, daß der internationale Fonds das Ergebnis gegenseitiger Vereinbarung aller kriegführenden Mächte sein muß, besteht sie darauf, daß die Mittel dieses Fonds zum Ersatz von Schäden privater Personen, die durch die militärischen Operationen gelitten haben, Verwendung finden müssen.

Die russische Delegation sieht keinen Widerspruch mit den von ihr verkündeten Grundsätzen darin, daß die deutschen Kolonien, die von den Truppen der im Krieg mit Deutschland stehenden Mächte besetzt sind, von diesen Truppen geräumt werden und daß die in den Kolonien während des Krieges eingeführte Verwaltung beseitigt wird. Indessen weist die russische Delegation darauf hin, daß die Tatsache der Teilnahme irgendeines Volkes an militärischen Operationen es keineswegs des Rechtes auf eine offene Willensäußerung berauben kann. Die Schwierigkeiten, die bei der Durchführung dieses Grundsatzes in den Kolonien entstehen können, sind einer detaillierten Beratung in eigens zu diesem Zweck geschaffenen Kommissionen zu unterziehen.

In Beantwortung der Erklärungen Deutschlands und der ihm verbündeten Mächte über die Annehmbarkeit der grundlegenden Sätze der russischen Deklaration als Grundlage für allgemeine Friedensverhandlungen kann die russische Delegation

nicht umhin, auf der Stelle zu erklären, daß sie ihrerseits ungeachtet der oben bezeichneten Meinungsverschiedenheiten der Ansicht ist, daß die in der Deklaration der Mächte des Vierbundes enthaltene offene Erklärung über das Nichtvorhandensein irgendwelcher aggressiver Pläne auf ihrer Seite die tatsächliche Möglichkeit gibt, sofort zu Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden zwischen allen kriegführenden Mächten zu schreiten.

Daher schlägt die russische Delegation eine 10tägige Pause — nämlich von 12 Uhr Mitternacht vom 25. auf den 26. Dezember 1917 bis zum 4. Januar 1918 10 Uhr abends — zu dem Zwecke vor, damit die Völker, deren Regierungen sich den gegenwärtigen Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden noch nicht angeschlossen haben, die Möglichkeit erhalten, die Grundlagen eines solchen Friedens, die hiermit festgelegt werden, genügend kennenzulernen. Nach Ablauf der bezeichneten Frist müssen die Verhandlungen wiederaufgenommen werden, ohne Rücksicht darauf, ob und in welcher Zahl sich andere kriegführenden Mächte den Verhandlungen anschließen.

Graf Czernin: Ich darf den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation bitten, uns ihrerseits Antwort schriftlich zu überreichen. Im übrigen nehme ich Akt von der Erklärung des Herrn Delegierten, sofort in die Verhandlungen jener speziellen Punkte einzutreten, welche sowohl die russische Regierung wie die verbündeten Regierungen für alle Fälle treffen müssen.

Herr Joffe: Wir schließen uns an dem Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, sogleich zur Besprechung der Einzelheiten überzugehen, die auch während der allgemeinen Friedensverhandlungen einen Gegenstand spezieller Erörterungen bilden müssen.

Graf Czernin: Nachdem über diesen Punkt Einigung hergestellt ist, wäre ich den Herren Chefs der verschiedenen Delegationen dankbar, wenn sie ihre Meinung äußern würden, wann der Zusammentritt solcher Konferenzen genehm ist.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wenn es den Herren der russischen Delegation in ihre Dispositionen paßt, würde ich, um jeden Zeitverlust zu vermeiden, der im Hinblick auf die ungeheuere Wichtigkeit der uns obliegenden Aufgaben vermieden werden muß, vorschlagen, schon morgen vormittag in die Spezialbesprechungen einzutreten. Die Stunde der Spezialdiskussion zu bestimmen, würde ich dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation überlassen.

Herr Joffe: Wir halten es für möglich, morgen bereits um 9 Uhr morgens eine Besprechung über diese Punkte abzuhalten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wir sind bereit.

Graf Czernin: Unsere Tagesordnung ist für heute erschöpft und ich schließe die Sitzung.

Bitte Seine Majestät von dort benachrichtigen.

Kühlmann.

107.

26. 12. 1917: Generalfeldmarschall v. Hindenburg über Gebietserwerbungen und allgemeinen Frieden

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1997. Abgeg. Großes Hauptquartier, 26. 12. 1917, 12.55 nachm., angek. 26. 12. 1917, 1.12 nachm. Vermerk: „Dringend“. Überschrift: „Für Herrn Reichskanzler“.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg läßt drahten:

„General *Hoffmann* sendet mir die Erklärung, die *Graf Czernin* gestern im Namen der verbündeten Regierungen abgegeben hat.¹⁾ Ich muß meine ernstesten Bedenken zum Ausdruck bringen, daß wir ohne jede Einschränkung auf gewaltsame Gebietserwerbungen und Kriegsentschädigungen verzichtet haben. Wenn auch die Anerkennung des Grundsatzes selbst nach vielfachen Regierungserklärungen leider nicht mehr zu umgehen war, so hatte ich doch erwartet, daß Einschränkungen gemacht würden.²⁾ Wir müssen im Falle der austro-polnischen Lösung zu gewaltsamen Gebietserwerbungen schreiten, ebenso westlich Diedenhofen-Metz und bei Lüttich. Bisher waren Grenz-Berichtigungen auch stets zugelassen.

Ich werde meinen Vertreter anweisen, nach Wiederzusammentritt der Kommission nach Ablauf der zehntägigen Frist ausdrücklich diesen Standpunkt zu vertreten. Im Interesse des deutschen Vaterlandes hoffe ich, daß die Entente dem an sie ergehenden Ruf nicht folgen wird, sonst würde ein solcher Frieden für uns verhängnisvoll werden. Ich nehme auch an, daß die ganzen Abmachungen mit Rußland gegenstandslos werden, wenn die Entente nicht kommt. Ich betone nochmals, daß unsere Kriegslage nicht zu einem schleunigen Abschluß des Friedens mit Rußland drängt, nicht wir, sondern Rußland braucht den Frieden. Aus den Verhandlungen gewinnt man den Eindruck, als ob nicht wir, sondern Rußland die Fordernden wären. Dies trägt der Kriegslage in keiner Weise Rechnung.“

Staatssekretär v. *Kühlmann* erhält durch General *Hoffmann* Kenntnis des vorstehenden Telegramms.

Lersner.

¹⁾ Abdr. der Erklärung *Czernins* vom 25. 12. 1917 b. Schultheß, 33. Jg. 1917, II, S. 961 ff. — Seine Zusatzerklärung ebenda S. 962 f.: „Anknüpfend an diese Erklärung führt hierauf *Graf Czernin* aus: ‚Auf Grund dieser soeben entwickelten Prinzipien sind wir bereit, mit allen unseren Gegnern in Verhandlungen zu treten. Um aber nicht unnötig Zeit zu verlieren, sind die Verbündeten bereit, sofort in die Beratung derjenigen Spezialpunkte einzutreten, deren Durcharbeitung sowohl für die russische Regierung als für die Verbündeten auf alle Fälle notwendig erscheinen wird.‘“

²⁾ Bis hier Teilwiedergabe des Dokumentes in WUA, Vierte Reihe, 8. Bd., S. 220 f.; vgl. auch WUA, Vierte Reihe, 12. Bd., S. 119.

108.

26. 12. 1917: Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Telegramm. Nr. 869. Abgeg. Sofia, 26. 12. 1917, 5.20 nachm., angek. 26. 12. 1917, 7.06 nachm. Vermerke: „Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 571¹⁾ und Nr. 572²⁾. Geheim! Dringend!“

Kabinettschef *Dobrowitsch*³⁾ suchte mich eben im Auftrage des Königs⁴⁾ auf und sagte mir, Seine Majestät sei sehr besorgt wegen annexionslosen Friedens, der eben in Brest verhandelt würde.⁵⁾ Die Bulgarische Regierung habe gewünscht, daß die bulgarischen Delegierten wegen der bulgarischen Erwerbungen ausdrücklich Vorbehalt machten, was aber Staatssekretär *von Kühlmann* und *Graf Czernin* zur Vermeidung von Verzögerungen abgelehnt hätten; nun schienen die bulgarischen Delegierten bedingungslos unterzeichnet zu haben. Es sei aber dringend wünschenswert, daß der bulgarische Vorbehalt irgendwie festgelegt werde, womöglich in einem Protokoll, um die *Sobranje*⁶⁾ zu beruhigen, wo große Erregung und Ansturm gegen die Regierung und eventuell den König zu befürchten, wenn bekannt werde, daß auf alle Annexionen verzichtet werden solle. Der König wisse wohl, daß die russischen Bedingungen nur für den Fall allgemeinen Friedens angenommen würden, und daß wir die Zustimmung der übrigen Ententemächte für ausgeschlossen hielten, wie aber, wenn sie doch zustimmten?

Ich erwiderte, daß mir der Wortlaut unserer Antwort auf die russischen Vorschläge noch nicht bekannt sei, doch hielte ich für sicher, daß sie die bulgarischen Rechte auf eroberte Gebiete nicht beeinträchtigen könne. Bei der Dehnbarkeit der russischen Bedingungen sei der Interpretation weiter Spielraum gelassen. Die bulgarischen Erwerbungen seien ja keine gewaltsamen Eroberungen, sondern Befreiungen. Der *Sobranje* Sorge müsse jetzt sein, schleunigst zum Separatfrieden mit Rußland zu gelangen. Dann werde sich so leicht niemand praktisch unserer Interpretation widersetzen. Übrigens könne auch ich nicht glauben, daß die anderen Ententemächte die Bedingungen annehmen sollten, die z. B. Englands Rechte auf Indien, Irland und Ägypten in Frage stellten.

¹⁾ Telegramm des Staatssekretärs *v. Kühlmann* an den Deutschen Gesandten in Sofia vom 23. 12. 1917 (urspr. für den Reichskanzler): Verlauf der Sitzung vom 23. 12. 1917. Vorschlag der russischen Delegation; Punkte, die den Friedensverhandlungen zugrunde zu legen sind. — Pol. Archiv. Rußland Pol. 1.

²⁾ Telegramm des Staatssekretärs *v. Kühlmann* an den Deutschen Gesandten in Sofia (urspr. für den Reichskanzler) vom 24. 12. 1917. Ergänzung zur Wolff-Meldung vom 24. 12. 1917. Die Verbündeten beabsichtigen, auf die Mehrzahl der russischen Vorschläge einzugehen unter der Bedingung eines sofortigen allgemeinen Friedens. Die Verbündeten sind sich im allgemeinen einig, nur scheinen die Bulgaren Vorbehalte in der Annexionsfrage machen zu wollen. — Pol. Archiv. Rußland, Pol. 1.

³⁾ Chef des Geheimkabinetts des Königs *Ferdinand*; vgl. unten S. 414, Anm. 2.

⁴⁾ *Ferdinand I.* (1861—1948), König der Bulgaren 1908—1918.

⁵⁾ Vgl. auch Nr. 102, 103.

⁶⁾ Bulgarisches Parlament.

Erbitte umgehend Weisung wegen Beruhigung des Königs, *Radoslawow* und der öffentlichen Meinung. Dabei wäre meines Erachtens besonders hervorzuheben, daß wir nicht daran denken, an unseren Vertragsverpflichtungen gegen Bulgarien zu rütteln.

Oberndorff.

109.

26. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an
Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Telegramm. Nr. 182. Brest-Litowsk, 26. 12. 1917, angek. 27. 12. 1917, 2.25 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Persönlich und eilig.“

Im Laufe der Vormittagssitzung wurde fast der ganze Komplex der Wirtschaftsfragen durchgesprochen und grundsätzlich erledigt. Am Schlusse der Verhandlung brachte einer der russischen Delegierten die Gestaltung der territorialen Fragen zur Sprache. Bei der sehr heiklen Natur der Sache wurde beschlossen, sie vorerst nur im engsten Kreise mit *Graf Czernin*, *General Hoffmann*, mir und den russischen Delegierten zu behandeln.

Die mehrstündige erste Besprechung hatte folgendes Ergebnis:

Die russischen Vertreter legen den größten Wert auf eine amtliche deutsche Erklärung, in welcher der Zeitpunkt der Räumung der von Deutschland besetzten Gebiete vertragsmäßig festgelegt wird.

Von deutscher Seite und in Übereinstimmung mit dem Vertreter der Obersten Heeresleitung wurde dargelegt, daß, da selbst im Falle eines Friedensschlusses mit der heutigen russischen Regierung die Vierverbandsmächte weiter im Kriegszustande verbleiben würden, eine Zusage über den Zeitpunkt der Räumung vom Datum des Friedensschlusses mit Rußland allein an gerechnet, nicht gegeben werden könne. Ob für einen Zeitpunkt nach Abschluß des allgemeinen Friedens ein Datum für die Räumung der besetzten russischen Gebiete angegeben werden könne, darüber ist in der heutigen Sitzung etwas Abschließendes nicht mitgeteilt worden.

Ein zweites Diskussionsthema, das meines Erachtens zwar mit dem vorigen an manchen Punkten zusammentrifft, im ganzen aber sorgfältig mit ihm auseinander gehalten werden muß, ist die Frage der politischen Unabhängigkeit derjenigen Völker, die unter Ausnützung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich für ihre politische Selbständigkeit und Abtrennung vom russischen Staatsverband aussprechen. Als solche Staaten wurden genannt: Polen, Litauen, Kurland, Livland und Estland.

Deutscherseits wurde angeführt, daß von den zur Vertretung dieser Staaten verfassungsmäßig und gewohnheitsrechtlich befugten Korporationen Willensäußerungen in dem oben dargelegten Sinne vorlägen (Estland und Livland wurden nur gestreift; die eigentliche Diskussion erstreckte sich auf Polen, Litauen und Kurland).

Von russischer Seite wurde hiergegen eingewandt, daß Äußerungen des populären Willens, die sich im besetzten Gebiete vollzögen, nicht als Ausflüsse eines freien und unbeeinflussten Volkswillens gelten könnten. Die russische Delegation erklärt — vollkommend bindend — wie dies schon mehrfach von seiten der russischen Regierung öffentlich und amtlich geschehen, sie werde auch den genannten Völkern, falls in einer den demokratischen Grundsätzen entsprechenden Weise durch Einberufung einer konstituierenden Versammlung oder durch Referendum zu einem Zeitpunkte — in dem das Land von keinerlei fremden Truppen besetzt sei — der Wille zur Unabhängigkeit und zur Abtrennung von Rußland verkündet werde, das Recht der Selbstbestimmung im Sinne der Abtrennung vom russischen Reiche und der Orientierung in einem ihnen genehmen Sinne ohne weiteres zugestehen. Vorbedingung sei aber die Evakuierung durch die besetzenden Truppen. Rußland seinerseits sei bereit, sich zu binden, seine Truppen nicht nachzuschieben. In der entstehenden breiten neutralen Zone seien sie unter Umständen bereit, bei dem Mangel eigener Verwaltungen die deutsche Verwaltung zu belassen. Der Ordnungsdienst könne durch irgendeine Art Miliz oder Gendarmerie gehandhabt werden.

Deutscherseits wurde dagegen hervorgehoben, der Gedanke, als hätten jemals die deutschen Truppen im geringsten einen politischen Druck auszuüben versucht, müsse aufs energischste zurückgewiesen werden. Die Kundgebungen der genannten Völkerschaften seien vollkommen spontan und freiwillig erfolgt und entsprächen dem lebhaften Wunsche der erdrückenden Mehrheit der betreffenden Bevölkerungen. Selbst wenn man, um auf das russische Argument einzugehen, zugeben wollte, daß, um ein vollkommen freies Votum zu erhalten, eine Räumung der besetzten Gebiete durch die Besatzungstruppen erfolgte, so müsse doch dem Votum der jetzt vorhandenen verfassungsmäßigen Körper eine hohe Bedeutung und die volle Präsumtion zugebilligt werden, daß der durch sie zum Ausdruck gebrachte Volkswille der Wille der Mehrheit des Volkes sei und daß dieser Wille sowohl durch Konstituante wie Referendum nachträglich gebilligt werden würde. Von russischer Seite wurde dieser Gedanke nicht absolut abgelehnt. Die Kombination, die nach dem Ergebnis der heutigen Besprechung möglich erscheint, wäre folgende:

Falls es die militärischen Autoritäten mit den militärischen Interessen für vereinbar finden sollten, überhaupt einen Termin für die Räumung der besetzten Gebiete schon jetzt festzulegen, die russische Regierung ihrerseits sich verpflichten würde, die Manifestationen der gewohnheits- und verfassungsmäßig zur Vertretung der besprochenen Länder zuständigen Korporationen vorläufig präsumtiv als Ausdruck des Volkswillens in diesen Landesteilen anzuerkennen und die sich hieraus ergebenden Folgerungen zu ziehen. Diese Anerkennung bliebe solange eine provisorische, bis durch eine auch nach den oben angeführten Darlegungen nach Ansicht der russischen demokratischen Regierung vollkommen einwandfreie Kundgebung des Volkswillens in den betreffenden Gebieten die Tatsache der Lostrennung von Rußland und der Gewinnung internationaler Bewegungsfreiheit zur endgültigen und unwiderruflichen Anerkennung gelangen würde. Die anschließende zweite Verhandlung hat eine gewisse Annäherung der beiden Standpunkte gebracht. Nachstehend die wesentlichen Ergebnisse:

Die deutsche Oberste Heeresleitung würde unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit bereit sein, sobald der Friede mit Rußland geschlossen und die russische Armee demobil ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte Gebiet zu räumen, soweit dessen Bevölkerung nicht ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen hat, aus dem Verbande des Russischen Reiches auszuschneiden. Die Herren der russischen Delegation erklären, daß von ihrer Regierung an dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker unbedingt festgehalten wird. Die Selbständigkeit Polens sei von den sämtlichen aufeinanderfolgenden Regierungen der letzten Zeit und so auch von der jetzigen Regierung anerkannt worden. Was die heute behandelten Gebiete betreffe, nämlich Kurland, Litauen, Estland und Livland, so sei festzustellen, daß auch von dieser Seite kommende Forderungen auf Unabhängigkeit und Lostrennung anerkannt würden, falls die betreffende Willenserklärung nach der Auffassung der russischen Demokratie einen völlig freien und unbeeinflussten Akt darstelle. Die hauptsächliche und wichtigste Voraussetzung für eine solche freie Willenserklärung sei die, daß vor und während ihrer Abgabe das Land vollständig und restlos von den fremden Truppen geräumt sei. Diese Forderung einer volkstümlichen Bestätigung der bisher bereits geäußerten Wünsche nach nationaler Unabhängigkeit ist von der russischen Delegation auch hinsichtlich Polens vorgebracht worden. Die russische Delegation erklärte es auf Befragen für annehmbar, daß auch aus Estland und Livland die russischen Truppen zurückgezogen werden, um dort gleichfalls die Vorbedingungen einer absolut freien und unbeeinflussten Äußerung der Volksmeinung zu schaffen. Die russische Delegation erklärt, grundsätzlich nicht ablehnen zu wollen, daß in den besetzten Gebieten dem Votum derjenigen Vertretungskörper, denen verfassungsmäßig oder nach der Tradition die Vertretung der Bevölkerung obliegt, Bedeutung beigelegt, d. h. daß vorläufig angenommen wird, die von ihnen vertretene Anschauung entspreche dem Willen der Volksmehrheit. Aber nach Ansicht der russischen Delegation bedarf ein solches Votum der Sanktion in einwandfreier volkstümlicher Form, wie sie oben dargelegt worden ist. Es wurde bemerkt, daß z. B. die aus Wahlen hervorgegangene Munizipalität in Riga als eine zur Vertretung des Volkes geeignete Körperschaft angesehen werden kann. Voraussetzung für eine derartige Anerkennung sei, daß die Wahl dieser Körperschaft zu Anständen keinen Anlaß gibt. Bei anschließenden offiziellen Besprechungen trat als Neigung bei den Russen zutage, weiter entgegenzukommen und sich mit der Zusage zu begnügen, eine volkstümliche Bekräftigung der Lostrennungsvoten werde — nach — dem allgemeinen Frieden von uns vorgenommen werden ohne Anwesenheit von Truppen in dem Gebiet während der Abstimmung. Auf diesen Punkt hat sich die Kontroverse versteift. Ich glaube nach den heutigen Eindrücken nicht, daß eine Anerkennung der Lostrennungsvoten ohne die Zusage einer späteren Sanktion auf breiterer Basis zu erreichen ist. Wenn wir diese Zusage geben, so glaube ich, daß wir in allen wesentlichen Fragen zu einem befriedigenden Abschluß gelangen können. Ich halte es aber für sehr möglich, daß ohne irgendeine Zusage dieser Art der ganze Aufbau des Friedens zum Scheitern kommt, da die jetzige russische Regierung, um ihr Gesicht zu wahren, bei so erheblichen Verlusten an Territorium mindestens ihrer öffentlichen Meinung gegenüber in der Lage sein muß, darauf hinzuweisen, daß diese Landes-

teile tatsächlich durch den Willen der überwiegenden Menge der Bevölkerung verloren gegangen sind. Ich persönlich würde in einer solchen Zusage keine unmögliche Bedingung erblicken. Schon deshalb, weil in Polen die Entwicklung in Übereinstimmung mit unserer feierlichen Zusage sehr rasch im Sinne einer durch Volksabstimmung gewählten Kammer laufen wird und unsere Verabredung mit Litauen ohnehin die endgültige Ratifizierung des Anschlusses an Deutschland dem Votum einer konstituierenden Versammlung überträgt. Nur für Kurland fehlt es, soviel ich weiß, an derartigen Verabredungen. Da aber die russischen Delegierten nach ihren Äußerungen auch mit einer Abordnung nach Dörfern oder nach ständischen Gesichtspunkten gewählten Versammlung zur Not sich begnügen würden, so dürfte auch in Kurland die praktische Ausführung der Zusage keine übermäßigen Anstände bereiten. Die Frage bietet deswegen Schwierigkeiten, weil nach den Absichten der Obersten Heeresleitung die militärische Besetzung der okkupierten Provinzen eine lange Reihe von Jahren dauern soll und die Zusage, dieselben (wenn auch nur vorübergehend) zum Zwecke einer derartigen Manifestation zu räumen, bei der Obersten Heeresleitung auf den allergrößten Widerstand stoßen wird. Andererseits darf man sich nicht verhehlen, daß ein Scheitern der Friedensverhandlungen wegen dieses Punktes von unserer Öffentlichkeit und insbesondere der Mehrheit des Reichstages in der allerschärfsten Form verurteilt werden wird, so daß ich vom politischen Standpunkte aus die Verantwortung hierfür, soweit ich die Lage heute übersehen kann, zu übernehmen nicht imstande wäre. Euere Exzellenz bitte ich, da voraussichtlich spätestens am 28. mit der Abreise der russischen Delegation nach Petersburg zu rechnen ist, mich umgehend mit Weisung versehen zu wollen bzw. mich zu bevollmächtigen, nach eigenem Ermessen zu handeln. Zu Euerer Exzellenz ganz geheimer Information darf ich hinzufügen, daß die schon stets bei den Österreichern festgestellte Sucht nach dem Frieden um jeden Preis auch hier wieder außerordentlich stark hervortritt, und *Graf Czernin* mir heute vertraulich mitteilte, falls in dieser Frage die Verhandlungen zum Scheitern kämen, so halte er einen österreichischen Sonderfrieden mit Rußland, der aber sonst Bündnis und Waffenbrüderschaft gegenüber den Westmächten nicht beeinträchtigen würde, für ein Ereignis, mit dem man unmittelbar rechnen müßte.¹⁾

Kühlmann.

¹⁾ Vgl. hierzu Czernin, S. 311, Tagebucheintragung v. 27. 12. 1917: „Ich habe Kühl- und Hoffmann erklärt, ich würde mit ihnen bis zum Äußersten gehen, aber wenn ihre Bemühungen scheitern, so würde ich mit den Russen in separate Verhandlungen eintreten, denn Berlin wie Petersburg wollten eben beide keine unbeeinflusste Abstimmung. Österreich-Ungarn aber wolle ja nichts als endlich Frieden. Kühlmann versteht meinen Standpunkt und sagt, er würde selbst eher gehen, als es scheitern lassen. Ich solle ihm meinen Standpunkt schriftlich geben, „das werde seine Position stärken“. Ist geschehen. Er hat es dem Kaiser telegraphiert.“

110.

26. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)
an Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Telegramm. Nr. 187. Brest-Litowsk, 26. 12. 1917, aufgegg. 28. 12. 1917, 1.45 vorm., angek. 28. 12. 1917, 2.10 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler“.

Wie bereits telephonisch durch Herrn v. *Rosenberg* dem *Freiherrn v. Langwerth*¹⁾ mitgeteilt, hat mir *Graf Czernin* die von mir Euerer Exzellenz bereits gestern gemeldeten Mitteilungen mündlich und schriftlich wiederholt und mir gleichzeitig erzählt, daß der österreichisch-ungarische Militärbevollmächtigte beim Hauptquartier Ost beauftragt worden ist, gleichfalls die Entschlüsse der österreichisch-ungarischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Ich habe heute in sehr eingehenden und schwierigen Verhandlungen den ganzen strittigen Fragenkomplex mit der russischen Delegation noch einmal durchgesprochen. Als Ergebnis dieser Besprechungen ist der Verlauf der heutigen Sitzung anzusehen, über den das in offenem Telegramm folgende Sitzungsstenogramm²⁾ die nötigen Einzelheiten enthält.

Euere Exzellenz wollen aus dem Verlauf der Sitzung ersehen, daß es, wenn auch mit den größten Schwierigkeiten, gelungen ist, eine Fassung zu finden, die den Russen annehmbar war. Die noch vorhandenen Gegensätze können wohl im Wege der Kommissionsverhandlungen ausgeglichen werden. Auf alle Fälle ist die Gefahr einer österreichischen Sonderaktion vor der Vertagung hiermit als beseitigt anzusehen. Da die vorläufige Durcharbeitung des in Aussicht genommenen Verhandlungsstoffes voraussichtlich bis morgen beendet sein wird, ist Pause bis 4. Januar (Ablauf der Ultimatumsfrist) vorgesehen. Ich werde also vor Fassung weiterer entscheidender Entschlüsse Gelegenheit zum mündlichen Vortrag bei Euer Exzellenz und Seiner Majestät haben. Zeitpunkt meines Eintreffens in Berlin werde drahtlich melden. Anheimstelle Benachrichtigung Seiner Majestät über Stand der Verhandlungen.

Kühlmann.

¹⁾ Dr. jur. *Ernst Friedrich Adolf Frhr. Langwerth v. Simmern* (1865—1942), Wirkl. Geh. Legationsrat mit dem Range eines Rates I. Kl. und dem Charakter als Gesandter, Dirigent in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.

²⁾ Vgl. Nr. 106.

111.

27. 12. 1917: Grundsatzerklärung des Vierbundes
über einen allgemeinen Frieden

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Maschinenschrift, hektographiert.

Die Delegationen der verbündeten Mächte gehen von dem klar ausgesprochenen Willen ihrer Regierungen und ihrer Völker aus, möglichst bald den Abschluß eines allgemeinen gerechten Friedens zu erreichen.

Die Delegationen der Verbündeten sind in ihrer Übereinstimmung mit dem wiederholt kundgegebenen Standpunkte ihrer Regierungen der Ansicht, daß die Leitsätze des russischen Vorschlages eine diskutabile Grundlage für einen solchen Frieden bilden können.

Die Delegationen des Vierbundes sind mit einem sofortigen allgemeinen Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigungen einverstanden; wenn die russische Delegation die Fortsetzung des Krieges nur zu Eroberungszwecken verurteilt, so schließen sich die Delegationen der Verbündeten dieser Auffassung an. Die Staatsmänner der verbündeten Regierungen haben wiederholt in programmatischen Erklärungen betont, die Verbündeten würden, um Eroberungen zu machen, den Krieg nicht um einen Tag verlängern. An diesem Standpunkt haben die Regierungen der Verbündeten stets unbeirrt festgehalten. Sie erklären feierlich ihren Entschluß, unverzüglich einen Frieden zu unterschreiben, der diesen Krieg auf Grundlage der vorstehenden, ausnahmslos für alle kriegführenden Mächte in gleicher Weise gerechten Bedingungen beendet.

Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß sich sämtliche, jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müssen, wenn die Voraussetzungen der russischen Darlegungen erfüllt sein sollen. Denn es würde nicht angehen, daß die jetzt mit Rußland verhandelnden Mächte des Vierbundes sich einseitig auf diese Bedingungen festlegen, ohne die Gewähr dafür zu besitzen, daß Rußlands Bundesgenossen diese Bedingungen ehrlich und rückhaltslos auch dem Vierbunde gegenüber anerkennen und durchführen.

Dieses vorausgeschickt, ist zu den von der russischen Delegation als Verhandlungsgrundlagen vorgeschlagenen 6 Punkten¹⁾ das Nachfolgende zu bemerken²⁾:

Zu 1: Eine gewaltsame Annexion in den Gebieten, die während des Krieges besetzt worden sind, liegt nicht in den Absichten der verbündeten Regierungen. Über die Truppen in den zur Zeit besetzten Gebieten wird im Friedensvertrag Bestimmung getroffen, soweit nicht über die Zurückziehung an einigen Stellen vorher Einigkeit erzielt wird.

Zu 2: Es liegt nicht in der Absicht der Verbündeten, eines der Völker, die in diesem Kriege ihre politische Selbständigkeit verloren haben, dieser Selbständigkeit zu berauben.

Zu 3: Die Frage der staatlichen Zugehörigkeit nationaler Gruppen, die keine staatliche Selbständigkeit besitzen, kann nach dem Standpunkte der Vierbundmächte nicht zwischenstaatlich geregelt werden. Sie ist im gegebenen Falle von jedem Staate mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen.

¹⁾ Vgl. hierzu Erklärung der russischen Delegation auf der ersten Vollsitzung der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk, in: Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 167 ff.

²⁾ Vgl. auch oben Anm. 2 zu Nr. 106.

Zu 4: Desgleichen bildet nach Erklärungen von Staatsmännern des Vierbundes der Schutz des Rechtes der Minoritäten einen wesentlichen Bestandteil des verfassungsmäßigen Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auch die Regierungen der Verbündeten verschaffen diesem Grundsatz, soweit er praktisch durchführbar erscheint, überall Geltung.

Zu 5: Die verbündeten Mächte haben mehrfach die Möglichkeit betont, daß nicht nur auf den Ersatz der Kriegskosten, sondern auch auf den Ersatz der Kriegsschäden wechselseitig verzichtet werden könnte. Hiernach würden von jeder kriegführenden Macht nur die Aufwendungen für ihre in Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen sowie die im eigenen Gebiete durch völkerrechtswidrige Gewaltakte den Zivilangehörigen des Gegners zugefügten Schäden zu ersetzen sein.

Die von der russischen Regierung vorgeschlagene Schaffung eines besonderen Fonds für diese Zwecke könnte erst dann zur Erwägung gestellt werden, wenn die anderen Kriegführenden innerhalb einer gemessenen Frist sich den Friedensverhandlungen anschließen.

Zu 6: Von den vier verbündeten Mächten verfügt nur Deutschland über Kolonien. Seitens der deutschen Delegation wird hierzu in voller Übereinstimmung mit den russischen Vorschlägen folgendes erklärt:

Die Rückgabe der während des Krieges gewaltsam in Besitz genommenen Kolonialgebiete ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Forderungen, von denen unter keinen Umständen abgegangen werden kann. Ebenso entspricht die russische Forderung der alsbaldigen Räumung solcher vom Feinde besetzten Gebiete den deutschen Absichten.

Bei der Natur der deutschen Kolonialgebiete scheint, von den früher erörterten grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Formen zur Zeit nicht durchführbar. Der Umstand, daß in den deutschen Kolonien die Eingeborenen trotz der größten Beschwerden und trotz der geringen Aussichten eines Kampfes gegen den um das vielfache überlegenen, über unbeschränkten überseeischen Nachschub verfügenden Gegner in Not und Tod treu zu ihren deutschen Freunden gehalten haben, ist ein Beweis ihrer Anhänglichkeit und ihres Entschlusses, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ein Beweis, der an Ernst und Gewicht jede mögliche Willenskundgebung durch Abstimmung weit übertrifft.

Die von der russischen Delegation im Anschlusse an die eben erörterten 6 Punkte vorgeschlagenen Grundsätze für den wirtschaftlichen Verkehr finden die uneingeschränkte Zustimmung der Delegationen der verbündeten Mächte, welche von je her für die Ausschließung jedweder wirtschaftlichen Vergewaltigung eingetreten sind, und die in der Wiederherstellung eines geregelten und den Interessen aller Beteiligten volle Rechnung tragenden Wirtschaftsverkehrs eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Anbahnung und den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen den derzeit kriegführenden Mächten erblicken.

112.

27. 12. 1917: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an das Generalgouvernement Warschau und Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. 1. Telegramm (Hughes). Nr. 141 (Generalgouvernement Warschau) 2. Telegramm (in Ziffern) Nr. 113. (Staatssekretär v. Kühlmann). Bezugsvermerk zu Telegramm Nr. 113: „Antwort auf Telegramm Nr. 171“.¹⁾

[1.]

Bitte polnischen Ministerpräsidenten in Beantwortung seines an den Herrn Reichskanzler gerichteten Schreibens betreffend Zulassung eines polnischen Vertreters zu dem Friedenskongreß²⁾ aufzufordern, zunächst einmal die Wünsche, die die Polnische Regierung für den Friedensschluß mit Rußland hat, schriftlich hier einzureichen. Eine definitive Stellungnahme zu dem Gesuche des Herrn *Kucharzewski* wird sich der Herr Reichskanzler bis nach Eingang dieses Schreibens vorbehalten.

Bussche.

[2.]

Habe Polnische Regierung auffordern lassen, ihre Wünsche betreffend Friedensschluß mit Rußland zunächst schriftlich hierher einzureichen.

Bussche.

¹⁾ Vgl. Nr. 104.²⁾ Vgl. Nr. 90.

113.

27. 12. 1917: Oberst v. Winterfeldt an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Abschrift. Überschrift: „Oberst v. Winterfeldt für den Herrn Reichskanzler.“ Eingangsvermerk: 27. 12. 1917.

Euerer Exzellenz teile ich im Anschluß an die Haltung des *Grafen Czernin* in Brest mit, daß uns militärisch ein Sonderfrieden Österreich-Ungarns mit Rußland¹⁾ vollständig gleich sein kann. Andererseits scheint es mir erwünscht, daß wir mit der Ukraine verhandeln und bald zum Abschluß kommen. Sollte hierbei die Ukraine das Gouvernement Cholm²⁾ beanspruchen, so hätten wir keinen Grund, den Friedensschluß mit der Ukraine wegen Polen auch nur einen Tag hinauszuschieben.

Auch in bezug auf Ostgalizien könnten wir uns abwartend verhalten.

I. A. gez. *Ludendorff* Nr. 25910 P.

27. 5.30 Nachm. Herrn Reichskanzler in Gegenwart von Herrn U[nter]st[aa]tssekretär] v. dem *Bussche* mündlich vorgetragen.

¹⁾ Vgl. Nr. 109.²⁾ Hierzu Karte des Cholmer Gebietes.

O.H.L. legt großen Wert darauf, daß die Gesichtspunkte betr. die Verhandlungen mit der Ukraine an Exzellenz v. Kühlmann weitergegeben werden. Sie sieht voraus, daß die Polen und Österreicher das Gouvernement Cholm unbedingt für Polen beanspruchen würden, glaubt aber, daß wir ein größeres militärisches Interesse daran haben, bald mit der Ukraine zum Abschluß zu kommen, als den austro-polnischen Wünschen nachzugeben. Die ostgalizische Frage ginge lediglich Österreich und die Ukraine an, wir brauchten uns dabei nicht für eine der beiden Parteien einzusetzen.

v. Winterfeldt.

114.

27. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)
an Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Kopf des Schreibens: „Auswärtiges Amt“. Maschinenschrift mit eigenhändiger Unterschrift Kühlmanns.

Lieber *Baron Bussche!*

Besten Dank für Ihren freundlichen Brief mit den Mitteilungen über den Besuch *Stresemanns* bei Ihnen.¹⁾ Die Schlußfolgerungen, die nach Angaben *Stresemanns* gewisse Personenkreise aus meinen Worten über das Ziel unserer hiesigen Verhandlungen gezogen haben, sind so sinnlos und kindlich, daß es sich wohl kaum lohnen würde, ihnen in irgendeiner Form entgegenzutreten. Wohl aber möchte ich Ihnen zur gelegentlichen Verwertung Herrn *Stresemann* gegenüber mitteilen, daß der fragliche Passus in meiner Rede natürlich den Zweck hatte, einerseits den Russen gegenüber das bei unseren gegenwärtigen Besprechungen Anzustrebende zu umgrenzen, andererseits etwaigen allzu großen Illusionen der Heimat vorzubeugen. Ich hielt es um so mehr für nützlich, die Grenzen des hier Möglichen vor aller Welt festzulegen, als mich die Fühlungnahme mit den hiesigen russischen Vertretern und der sehr abstrakte Gedankenkreis, in dem sie sich anfangs bewegten, in der Überzeugung bestärkt hatte, daß zunächst nur ein Übereinkommen in großen Linien denkbar war.

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr aufrichtig ergebener

Kühlmann.

¹⁾ Vgl. Nr. 100.

115.

27. 12. 1917: Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Telegramm. Nr. 875. Abgeg. Sofia, 27. 12. 1917, 11.10 nachm., angek. 28. 12. 1917, 1.50 vorm. Vermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 869.¹⁾ Geheim!“

Agence Bulgare veröffentlicht heute russische Vorschläge nebst Antwort verbündeter Delegierten. Aufregung über Forderung Verzichts auf Annexionen, die

¹⁾ Vgl. Nr. 108.

führende politische Kreise ergriffen hat, bereitet *Radoslawow* Verlegenheiten. Auch die zur Mehrheit gehörenden Stambulowisten²⁾ sollen bemüht sein, die Lage gegen ihn auszunutzen, einzelne unzufriedene Radoslawisten zu ihrer Gruppe herüberzuziehen.

Radoslawow empfang mich heute zuerst mit heftigen Beschwerden über die Art, wie die bulgarischen Delegierten in Brest-Litowsk behandelt würden. Man sei mit ihnen grob und nicht wie mit Verbündeten verfahren. Von deutscher und österreichischer Seite sei man über ihren Vorbehalt mit der Drohung hinweggegangen, wenn sie nicht bedingungslos unterschrieben, werde man einfach ohne Bulgarien weiterverhandeln. Da frage es sich, ob die bulgarischen Delegierten nicht besser zurückkehrten und dergleichen.

Ich nahm *Radoslawows* Erregung nicht tragisch und suchte seine Furcht vor einem allgemein annexionslosen Frieden mit den im gestrigen Telegramm erwähnten Argumenten zu beruhigen: Artikel 3 der russischen Vorschläge könne die Engländer Irland und Ägypten, die Franzosen Tunis und Marokko kosten, ob er wirklich glaube, daß beide Mächte diesen Vorschlag innerhalb 10 Tagen annehmen würden? Auf elegische Erinnerungen an die trüben Erfahrungen des 2. Balkankrieges³⁾, die in der Befürchtung ausklangen, die neuen Staatsmänner in Berlin und Wien könnten vielleicht Bulgariens große Dienste vergessen, erwiderte ich, wir Deutsche seien schließlich keine Serben und pflegten unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Die Basis der „annexionslosen deutschen Politik“, von der er spreche, bilde der bekannte Reichstagsbeschluß.⁴⁾ Damals sei hier die gleiche Erregung entstanden, aber durch die authentische Interpretation aus Reichstagskreisen beschwichtigt worden, daß die deutschen Verpflichtungen gegen Bulgarien nicht berührt würden. Diese Interpretation schien mir doch auch für Brest-Litowsk zu gelten. Ich könne ihm nur raten, die bulgarischen Delegierten dort anzuweisen, sich vertrauensvoll an ihre deutschen Kollegen anzuschließen und keine Schwierigkeiten zu machen, dann werde alles gut ausgehen.

Radoslawow war sichtlich beruhigt, und als ich scherzend schloß, ich würde nach Berlin telegraphieren, ganz Bulgarien habe die Nerven verloren, nur der Ministerpräsident nicht, stimmte er lachend zu: „ja, weil er ein guter Deutscher ist!“

Um Wachsen der Erregung namentlich in Sobranje zu verhindern, erbitte dringend Ermächtigung, die hiesige Regierung auch im Namen der Kaiserlichen Regierung über unsere Absichten zu beruhigen.

Oberndorff.

²⁾ Anhänger von *Alexander Stambulijski*, Führer der Bauernpartei, Gegner des Kriegseintritts Bulgariens auf Seiten Deutschlands.

³⁾ 1913; Serbien, Griechenland, Rumänien und die Türkei gegen Bulgarien. Im Frieden von Bukarest (10. 8. 1913) fielen der Südteil der Dobrudscha an Rumänien, Mazedonien zum größten Teil an Serbien, Adrianopel an die Türkei; Kreta, ein Teil Mazedoniens mit Saloniki und Kavalla kamen an Griechenland.

⁴⁾ Friedensresolution des deutschen Reichstages vom 19. 7. 1917; vgl. Schultheß, 33. Jg. 1917, I, S. 707 ff., 699 f. — Text der Friedensresolution ebenda S. 692.

116.

27. 12. 1917: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Der Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros¹⁾ an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 188. Abgeg. Brest-Litowsk, 28. 12. 1917, 2.20 vorm., angek. 28. 12. 1917, 3.30 vorm. Überschrift: „Für Herrn Reichskanzler“.

Vierte Sitzung der Friedens-Versammlung zu Brest-Litowsk am 27. Dezember 1917, nachm. 4½ Uhr.

Die Sitzung wird um 5.05 Uhr durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. *Kühlmann* eröffnet.

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Meine Herren, die Sitzung zur Besprechung zwischen den russischen, österreich-ungarischen und deutschen Delegierten ist eröffnet. Will der Erste Herr russische Delegierte vielleicht uns eine Mitteilung machen?

Herr *Joffe*: Auf der gestrigen Sitzung haben wir erklärt, daß in dem Friedensvertrag als erster Punkt nicht derjenige aufgenommen wird, der über die wirtschaftlichen Verhältnisse handelt, sondern die politische Frage in bezug auf die Räumung der besetzten Territorien. Ich bitte deshalb als ersten Punkt den Punkt anzusehen, den ich eben verkünden werde.

In voller Übereinstimmung mit der offenen Erklärung der beiden vertragsschließenden Teile, daß ihnen kriegerische Pläne fern liegen und daß sie einen Frieden ohne Annexionen schließen wollen, zieht Rußland seine Truppen aus den von ihm okkupierten Teilen Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens zurück und die Mächte des Vierbundes aus Polen, Litauen, Kurland und den anderen Gebieten Rußlands.

Entsprechend den Grundsätzen der Russischen Regierung, die das Recht aller in Rußland lebender Völker ohne Ausnahme auf Selbstbestimmung bis zur Absonderung verkündet hat, wird der Bevölkerung dieser Gebiete die Möglichkeit gegeben werden, binnen kürzester genau bestimmter Frist vollkommen frei über die Frage ihrer Vereinigung mit dem einen oder anderen Reich oder über die Bildung eines selbständigen Staates zu entscheiden. Hierbei ist die Anwesenheit irgendwelcher Truppen in den abstimmenden Gebieten nicht zulässig, außer von nationalen und örtlichen Milizen. Bis zur Entscheidung dieser Frage aber liegt die Verwaltung dieser Gebiete in den Händen von in demokratischer Weise gewählten Vertretern der örtlichen Bevölkerung selbst. Die Frist der Räumung nebst den näheren Umständen und dem Beginn und Verlauf der Demobilisation des Heeres wird durch eine besondere militärische Kommission bestimmt.

Diesen Punkt schlagen wir vor, als den ersten Punkt des abzuschließenden Friedensvertrages zu nehmen.

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Ich danke dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation für die interessante und bedeutungsvolle Mitteilung des ersten Punktes, welcher nach Ansicht der russischen Delegation dem späteren Friedensvertrage einzufügen wäre. Ich gestatte mir, im Namen der deutschen Delegation

¹⁾ Konsul *Plehn*, vgl. unten S. 289, Anm. 4.

— und ich glaube, ich darf auch wohl im Namen der verbündeten österreich-ungarischen Monarchie sprechen — einen formulierten Gegenvorschlag bekannt zu geben, in welchem wir bestrebt gewesen sind, den uns aus den bisherigen Verhandlungen bekannten Anschauungen der russischen Delegationen, soweit es nach Lage der Sache tunlich war, entgegenzukommen.

Unser Entwurf würde lauten²⁾:

Brest-Litowsk, am 27. Dezember 1917.

Entwurf

Artikel 1. Rußland und Deutschland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben.

Deutschland würde (unter der Voraussetzung der zugestandenen vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen) bereit sein, sobald der Friede mit Rußland geschlossen und die Demobilisierung der russischen Streitkräfte durchgeführt ist, die jetzigen Stellungen und das besetzte russische Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus dem Artikel 2 ein anderes ergibt.

Artikel 2. Nachdem die russische Regierung entsprechend ihren Grundsätzen für alle im Verbands des Russischen Reiches lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, nimmt sie Kenntnis von dem Beschlusse, worin der Volkswille ausgedrückt ist, für Polen sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland die volle staatliche Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen und aus dem russischen Reichsverbande auszuschneiden. Die russische Regierung erkennt an, daß diese Kundgebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sind, und ist bereit, die hieraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Da in denjenigen Gebieten, auf welche die vorstehenden Bestimmungen Anwendung finden, die Frage der Räumung nicht so liegt, daß diese gemäß den Bestimmungen des Artikels 1 vorgenommen werden kann, so werden Zeitpunkt und Modalitäten der nach russischer Auffassung nötigen Bekräftigung der schon vorliegenden Lostrennungserklärungen durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, bei der irgend ein militärischer Druck in jeder Weise auszuschalten ist, der Beratung und Festsetzung durch eine besondere Kommission vorbehalten.

Dies, meine Herren, sind die formulierten Gegenvorschläge für die Fassung, die zweckmäßig in Artikel 1 und 2 zu zerlegen waren, und ich wäre dem Herrn Vorsitzenden der russischen Kommission dankbar, wenn er uns mit einer Meinungsäußerung seiner Kommission zu diesen Vorschlägen eine Mitteilung machen könnte.

Herr Joffe: Wir sind in der Tat der Meinung, daß eine wirkliche Willensäußerung des Volkes nur erfolgen kann, wenn kein Druck von militärischer Seite stattfindet, deshalb schlagen wir vor, und wir bestehen darauf, daß eine genauere Formulierung dieser Punkte erfolgt. Wir sind aber damit einverstanden, daß angesichts der Schwierigkeiten der Durchführung des Referendums und der Festsetzung eines genauen Termins die Frage der Beratung einer Kommission übergeben werden muß.

²⁾ Vgl. hierzu das Dokument: Die österreichisch-deutschen Friedensbedingungen, unterbreitet in der Sitzung der Politischen Kommission der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk, in: Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 206 ff.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich stelle fest, daß über diesen letzten Punkt, nämlich die Notwendigkeit einer Kommissionsberatung dieser an technischen Einzelheiten reichen Frage volles Einverständnis zwischen den hier vertretenen Delegationen und der russischen Delegation sich ergibt, und schlage vor, diesen Punkt, der hiermit erledigt ist, als vorläufig durchberaten anzusehen und zu einigen noch vorliegenden anderen Fragen überzugehen.

Zunächst nur eine Frage informatorischer Natur.

Ist die russische Delegation informiert, und wäre sie unter Umständen bereit, uns mitzuteilen, ob und in welcher Form die Petersburger Zentralregierung wegen des Notenwechsels, der zwischen uns am Anfang dieser Besprechung stattgefunden hat, mit den Mächten der Entente in Gedankenaustausch getreten ist?

Herr Joffe: Unmittelbar nach dem Eintreffen des Einverständnisses seitens des Vierbundes, in Friedensverhandlungen mit Rußland einzutreten, hat die russische Regierung von dieser Tatsache die alliierten Mächte in Kenntnis gesetzt. Was die weiteren Unterhandlungen betrifft, so waren sie öffentlich und durch die Presse bekannt. Außerdem könnten wir sagen, obwohl wir keine genaueren Nachrichten darüber besitzen, daß die russische Regierungserklärung und die deutsche Deklaration darauf von der russischen Regierung den alliierten Mächten wahrscheinlich mitgeteilt worden ist.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich nehme dankend von dem Gesagten Kenntnis. Ich möchte mir erlauben, im Zusammenhang mit dem Thema, was wir berührt haben, eine weitere Frage auch informatorischer Natur an die Herren der russischen Delegation zu stellen: Würde die russische Regierung unter gewissen noch näher zu erörternden Voraussetzungen bereit sein, die Besatzungstruppen aus Livland und Estland zurückzuziehen, um den dortigen Landeseinwohnern die Möglichkeit zu geben, ohne jede äußere Beeinflussung durch die Militärmacht ihren mehrfach geäußerten Wünschen nach Vereinigung mit ihren z. Zt. im besetzten Gebiet wohnenden Stammesgenossen auf breiterer demokratischer Grundlage Ausdruck geben zu können?

Herr Joffe: Von der russischen Regierung ist wiederholt das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert worden und unter der Bedingung, daß die der betreffenden Nationalität nicht angehörenden Truppen von dort fernbleiben und somit keinen Druck ausüben. Deshalb ist es außer Zweifel, daß die russische Regierung auch in bezug auf die Provinzen Livland, Kurland und Estland dieselben Prinzipien anwenden wird, die sie in ähnlichen Fällen proklamiert hat und von anderen Völkern gefordert hat. Selbstverständlich wird die russische Regierung dieselben Prinzipien dort durchführen, deren Befolgung sie auch von anderen Völkern gefordert, die diese Prinzipien anerkennen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich darf für diese Mitteilung danken und würde, wenn es den Herren der russischen Delegation angenehm ist, noch im Anschluß an diese Fragen und Antworten einige ganz kleine Bemerkungen ökonomischer Natur machen.

Ich glaube, Seine Exzellenz Graf Czernin wollte eine kleine Erklärung hierzu geben.

Minister des Äußern Graf Czernin: Ich gestatte mir den Herren der russischen Delegation ein kurzes erklärendes Wort rein technischer Art und Weise über die Teilnahme der österreichisch-ungarischen Delegation an diesen Verhandlungen zu geben. Es war in Übereinstimmung der russischen Herren und unserer Gruppe ausgemacht worden, daß diese Detail-Verhandlungen von Macht zu Macht stattfinden mögen, und zwar nach dem Alphabet der lateinischen Namen der Mächte, also beginnend mit Deutschland. Da nun einerseits die Interessen Deutschlands und Österreich-Ungarns in allen diesen Fragen so gut wie identisch sind, und da wir andererseits allen Wert darauf legen, nicht überflüssige Zeit zu verlieren, so habe ich meinen deutschen Kollegen den Vorschlag gemacht, daß die österreichisch-ungarische Delegation diesen deutschen Verhandlungen beiwohne. Ich bitte daher zur Kenntnis zu nehmen, daß alle Abmachungen, welche hier zwischen der russischen Delegation und den deutschen Herren abgeschlossen werden, auch für Österreich-Ungarn gültig sind, insofern ich nicht gegen den einen oder den anderen Punkt Einspruch erheben würde.

Staatssekretär v. Kühlmann: Dann würde ich mir erlauben, einen Vorschlag ökonomischer Natur vorzubringen, weil er mir gerade formuliert vorliegt. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, daß wir morgen im Laufe des Tages uns noch einmal in derselben Zusammensetzung wie jetzt zusammenfinden, um den Rest der Vorschläge, die neulich vorbereitet worden sind, noch durchberaten zu können. Der Vorschlag betrifft die Donau und würde in der formulierten Fassung lauten:

Die vertragschließenden Teile sind einverstanden, daß die europäische Donaukommission dauernd mit der Verwaltung des ganzen Mündungsgebietes der Donau betraut und nur aus Vertretern der Uferstaaten der Donau und des Schwarzen Meeres gebildet wird, während die Verwaltung der Donau oberhalb Braila zwischen den Uferstaaten zu regeln ist.

Ich brauche keine Antwort, ich werde es den Herren einfach zur Kenntnis übergeben.

Wenn die Herren der russischen Delegation einverstanden sind, wären, soweit wir in Betracht kommen . . .

Haben Sie noch etwas, Herr General?

General Hoffmann: Ich stelle anheim, ehe die Sitzung geschlossen wird, noch eine Frage zu beantworten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Der Herr General hat die Frage angeregt, die im Zusammenhang steht mit den vorhin besprochenen Gegenständen: Er möchte Auskunft haben, in welchem Stadium sich die Frage der Selbständigkeit Finnlands³⁾ befindet?

Herr Joffe: Bevor ich auf diese Frage antworte — ich werde das nachher genau tun — möchte ich daran erinnern, daß vom Standpunkt des Vierverbandes, wie das aus der Deklaration hervorgeht, solche Fragen Fragen sind, die das innere Leben des Staates betreffen. Dem Wesen der Frage nach beantworte ich die Frage so, daß in bezug auf Finnland Rußland dieselben Prinzipien anwenden

³⁾ Über die Unabhängigkeitserklärung Finnlands vgl. unten S. 468 u. 701, Anm. 4.

wird, die es gegenüber den anderen Nationalitäten befolgt einschließlich des Rechtes auf völlige Lostrennung von Rußland.

Staatssekretär v. Kühlmann: Hat einer der Herren noch eine Frage zu stellen? Dann würde ich im Einverständnis mit der russischen Delegation die heutige Sitzung für geschlossen erklären.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 45 Min.)

(Ohne Unterschrift).

III.

Die Politik der Mittelmächte während der Weihnachtspause

(28. 12. 1917—7. 1. 1918)

117.

28. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das
Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 197. Abgeg. Brest-Litowsk, 28. 12. 1917, 7.30 nachm., angek. 28. 12. 1917, 7.52 nachm.

Habe soeben politische Lage mit *Graf Roedern* besprochen. Selbst eintreffen voraussichtlich Berlin Sonntag, 30., da Warschau einige notwendige Besprechungen habe. Meine Wiederabreise 2. abends, da 4. Wiederaufnahme Friedensverhandlungen vorgesehen ist. —

Graf Roedern mitteilt, daß Bundesratsausschuß für 2. geplant. Wäre dankbar, wenn Sitzung früh am Vormittage stattfinden könnte.

Schwierigste Frage Friedensschlusses:

Räumung besetzter Gebiete und Volksabstimmung zur Lostrennung von Rußland kann, soweit Lage von hier aus zu übersehen, nicht ohne allerhöchste Entscheidung gelöst werden. —

Da auch *General Ludendorff* und *General Hoffmann* nach bisheriger Information am 2. Berlin anwesend, würde für 2. nachmittags Vortrag bei Seiner Majestät zweckmäßig in Aussicht zu nehmen sein.

Graf Roedern und Herr *v. Radowitz* kommen infolgedessen schon am 2. früh wieder nach Berlin zurück. —

Heutiger Vormittag brachte Sitzungen von Macht zu Macht zwischen Türken und Russen, dann zwischen uns mit Österreichern und Russen. Türken haben ihr gesamtes Friedensprogramm mit Russen durchgearbeitet und sind, wie sie mir mitteilen, bis auf einige relativ unbedeutende Punkte zu vollem Einverständnis gelangt. Räumung von gesamtem durch Russen besetzten türkischen Gebiet ist zugesagt. Türken infolgedessen sehr gehoben und dankbar für uns.

In Sitzung zwischen Russen und uns wurde gesamtes Programm der wirtschaftlichen und rechtspolitischen Fragen nach abgeänderten deutschen Entwürfen unter Zustimmung der Österreicher mit einigen Reserven, aber ohne fundamentalen Widerspruch der Russen vollkommen durchberaten. Heute abend stattfand Schlußsitzung, die rein formalen Charakter hatte.

Russische Abordnung abreist heute Nacht Petersburg zur Berichterstattung und Einholung von Instruktionen.

Kühlmann.

118.

28. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das
Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 198. Abgeg. Brest-Litowsk, 28. 12. 1917, 7.50 nachm., angek. 28. 12. 1917, 8.00 nachm. Vermerk: „Fortsetzung von Telegramm Nr. 197.“¹⁾

Gegenüber anscheinend von manchen Stellen verbreiteten Anschauungen kann ich nur betonen, daß jede unserer Maßnahmen und Demarchen bis ins kleinste

¹⁾ Vgl. Nr. 117.

mit General *Hoffmann* zusammen bearbeitet und durchgeführt worden ist und zwischen ihm und uns in jedem Stadium der Verhandlungen vollkommenes Einvernehmen und absolute Harmonie geherrscht hat.

Kühlmann.

119.

28. 12. 1917: Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 876. Abgeg. Sofia, 28. 12. 1917, 9.00 nachm. Präsentatvermerk: 29. 12. 1917 vorm. Bezugsvermerk: „Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 875“.¹)

Radoslawow hat heute unter dem Jubel des Hauses in Sobranje verkündigt, daß entsprechend einem von der russischen Delegation an die verbündeten Delegierten gerichteten Vorschlag die kriegerischen Operationen zwischen Rußland und Bulgarien beendet seien; der status quo betreffend Handelsverträge usw. werde wieder hergestellt; in der morgigen Versammlung sämtlicher Delegierten werde Bulgarien einen Vertreter in der Donaukommission zugestanden.

Die Friedenskunde ist sofort an alle Präfekten zur weiteren Verbreitung telegraphiert worden.

Auch *Radoslawow* selbst, den ich nach der Sitzung sah, zeigte sich erfreut. Er versicherte, daß ihm die Nachricht z. Zt. nach unserer gestrigen Unterredung zugegangen sei. Seine da geäußerten Besorgnisse schien er als erledigt anzusehen und vorauszusetzen, daß die Russen sich nicht weiter um bulgarische Annexionen und Desannexionen kümmern würden.

Oberndorff.

¹) Vgl. Nr. 115.

120.

29. 12. 1917: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Gesandten Graf v. Oberndorff (Sofia)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 201. Abgeg. Brest-Litowsk, 29. 12. 1917, 2.40 vorm., angek. 29. 12. 1917, 3.25 vorm. Vermerk: „Antwort auf Telegramm Nr. 189“.¹)

Ich telegraphiere an *Graf Oberndorff*:

¹) Telegramm des Auswärtigen Amtes an den Gesandten v. *Rosenberg* vom 27. 12. 1917. Erregung in bulgarischen Kreisen über einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen. Schwierigkeiten *Radoslawows*. Unterredung des Deutschen Gesandten in Sofia mit ihm. — Pol. Archiv. Rußland. Pol. 1.

„Mit Euer Hochwohlgeboren Sprache gegenüber *Radoslawow* durchaus einverstanden. *Popow* ist uns als treuer Freund des Bündnisses bekannt und wird als solcher und wegen seiner sonstigen hervorragenden Eigenschaften hier allgemein hoch geachtet. Leider läßt sich jedoch nicht verkennen, daß ihm eine gewisse Unerfahrenheit in der Technik internationaler Verhandlungen die Erfüllung seiner hiesigen Aufgaben erschwert und zuweilen die Gefahr kritischer Wendungen heraufbeschwört, die wir weniger in unserem eigenen Interesse als im Interesse einer erfolgreichen Durchsetzung der bulgarischen Wünsche bedauern. Wenn vor Abgabe unserer Antwort auf die allgemeinen russischen Friedensprinzipien vorübergehende Meinungsverschiedenheiten zwischen *Popow* und den verbündeten Delegationen entstanden sind, so ist zu beachten, daß sämtliche anderen Mitglieder der bulgarischen Delegation geschlossen die Berechtigung unseres Standpunktes anerkannten.

Der fragliche Hergang war folgender.

In einer internen Besprechung der vier verbündeten Delegationen legte *Popow* am 24. Dezember die bulgarischen Bedenken gegen den in der gemeinsamen Antwort an die Russen enthaltenen Passus über den Verzicht gewaltsamer Gebietserwerbungen dar. Er erklärte, er müsse hierzu die Reserve machen, daß Bulgariens Aspirationen nach nationaler Einheit keine Annexion darstellten. Wir entgegneten ihm, es stehe ihm selbstverständlich frei, zu Protokoll in einer besonderen Erklärung oder in jeder ihm sonst zusagenden Form einen solchen Vorbehalt zu machen. Wir glaubten jedoch, daß dadurch die gemeinsame Aktion der Verbündeten beeinträchtigt, vor allem aber das Interesse Bulgariens geschädigt würde, weil dadurch die allgemeine Aufmerksamkeit auf Bulgariens Kriegsziele gelenkt und mittelbar zugestanden würde, daß die bulgarischen Pläne auf Annexion herausliefen. Wir ständen auf dem Standpunkt, daß es sich bei Bulgariens von uns garantierten Kriegszielen keineswegs um die Befreiung und Angliederung stammverwandter Länder auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker handle. Außerdem sei unsere Zusage an Rußland nur bedingt. Sie werde hinfällig, wenn sich nicht sämtliche mit uns kriegführenden Mächte ausnahmslos und ohne Rückhalt binnen zehn Tagen zum gleichen Prinzip bekennen. Daß diese Voraussetzung eintrete, sei ausgeschlossen.

Von Drohungen unsererseits war nicht die Rede. In die im bundesfreundlichen Geiste und vertrauensvoller Herzlichkeit geführten Verhandlungen wurde erst dadurch eine momentane Schärfe hineingetragen, daß *Popow* die Forderung stellte, seine Reserve müsse in den Text der von den Verbündeten abzugebenden Antwort eingefügt werden, widrigenfalls er mit der gesamten bulgarischen Delegation sofort abreisen müsse.

Eine Einigung wurde schließlich auf folgender Basis erzielt:

1. Der Staatssekretär und *Graf Czernin* erklärten *Popow* schriftlich, daß unsere Antwort an die Russen und der Beitritt der bulgarischen Delegierten die mit Bulgarien bestehenden Verträge und Abmachungen in keiner Weise beeinträchtigen und daß bei den weiteren Verhandlungen Deutschland und Österreich-Ungarn mit dem ganzen ihnen zur Verfügung stehenden Gewicht dafür eintreten werden, daß der den Bulgaren garantierte Gebietserwerb keine gewaltsame Annexion sei.

2. Wir sind damit einverstanden, daß *Radoslawow* zur Beruhigung der öffentlichen Meinung von dieser Erklärung den ihm geeignet erscheinenden Gebrauch macht. Er kann sie, wenn unbedingte Geheimhaltung gesichert ist, den Parteiführern vertraulich mitteilen, und wenn es ihm angezeigt erscheint, auch öffentlich erklären, er habe von seinen Verbündeten unbedingte sichere Garantien erhalten, daß die den Bulgaren vertragsmäßig zugesagten Gebietserwerbungen realisiert würden. Von einer wörtlichen Verwertung unserer Erklärung möchten wir zum mindesten solange abraten, als der Friede mit Rußland nicht endgültig unterzeichnet ist.

Die *Popow* in Aussicht gestellte schriftliche Erklärung ist vom Staatssekretär und *Grafen Czernin* unterzeichnet und vom 25. Dezember datiert heute übergeben worden. Der Wortlaut folgt mit Kurier.

Euer Hochwohlgeboren sind ermächtigt, unsere Zusagen erforderlichen Falles *Radoslawow* im Namen der Kaiserlichen Regierung mündlich zu wiederholen.“

Rosenberg.

121.

29. 12. 1917: Mitteilung Generalfeldmarschalls v. Hindenburg für Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 2008. Abgeg. Großes Hauptquartier, 29. 12. 1917, 10.15 vorm., angek. 29. 12. 1917, 11.20 vorm.

Feldmarschall v. *Hindenburg* läßt drahten:

An den Herrn Reichskanzler (durch Frhr. v. *Lersner*).

„General *Hoffmann* meldet mir den Wortlaut des deutschen Gegenvorschlages auf die russische Forderung der Ziffer I eines Sonderfriedens ‚Räumung der besetzten Gebiete durchzuführen und die Gebiete dann in freier Volksabstimmung ihr Schicksal entscheiden zu lassen‘.

Ich sehe mich veranlaßt, zu dem am Schluß des Artikels 2 erwähnten ‚Volksvotum auf breiter Grundlage‘ meinen Standpunkt wie folgt festzulegen: In den Grenzgebieten, die wir zum Schutz der preußischen Ostgrenze dem Reiche einverleiben müssen, also in dem polnischen Grenzstreifen¹⁾ und dem Gebiet Suwalki-Augustow kann keine Abstimmung stattfinden. Ebensowenig in dem jetzigen Verwaltungsbezirk Bjalystok-Grodno, der den Zankapfel zwischen

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang Geiß, S. 115 ff., 125 ff., u. z. Kritik Zechlin, S. 16 ff., Das bevölkerungspolitische Dilemma der Grenzsicherung. — In der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 8. 1. 1918 erklärte der Abgeordnete *Fehrenbach*: „*Ludendorff* will 2 Millionen Polen und Litauer annektieren. Wenn einige kleine Grenzverkürzungen bei Thorn und Sosnowice nötig seien, dann würden wir das für zulässig erachten. Das würde auch bei der Sozialdemokratie wohl keine Schwierigkeiten machen. Das würden wir über uns gehen lassen. Aber von Annexionen in dem Umfange, wie sie die Alldeutschen oder auch die Oberste Heeresleitung sich ausdenken, davon kann keine Rede sein, weil das uns die Todfeindschaft der Russen eintragen würde“; vgl. Quellen I/II, S. 80 f.

Litauen und Polen bildet, und den wir ganz besonders militärisch bedürfen. Es würde dort eine Agitation beginnen, die militärisch unter keinen Umständen geduldet werden darf. Im Bezirk Bjalystok-Grodno würde die Abstimmung ohnehin ein ganz falsches Bild geben, da das weißruthenische Volk in keiner Weise dazu reif ist und ganz unter dem Einfluß der polnischen Geistlichkeit steht. Wir müssen durch den Friedensvertrag mit Rußland feste Verhältnisse schaffen und jede weitere Agitation ausschalten, sonst bekommen wir nur Stoff für neue verhängnisvolle Konflikte.

Ich bitte auch um Bestätigung meiner Ansicht, daß wir an die am 25. 12. den Russen mitgeteilten allgemeinen Bedingungen nur bis zum 4. Januar gebunden sind. Hiermit wäre allerdings unvereinbar, daß wir in einem Sonderfrieden mit Rußland uns so belasten, wie es der General *Hoffmann* hier mitteilt.

Allseitig erhalte ich Mitteilungen über die gedrückte Stimmung, die in Armee und Heimat durch die Brester Friedensabmachung hervorgerufen ist. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Stimmung nach den ganzen Verhandlungen durchaus gerechtfertigt ist.

v. Hindenburg Nr. 25932 p.“

Lersner.

122.

29. 12. 1917: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin)¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Nr. 2. Abgeg. Brest-Litowsk, 29. 12. 1917, 12.45 nachm., angek. 29. 12. 1917, 1.00 nachm. Vermerk: „Auf Telegramm vom 28. 12. d. J.“²⁾

Graf Czernin hat mir nach einer mündlichen Mitteilung folgenden als „geheim“ bezeichneten Brief am 27. Dezember geschrieben:

„Verehrter Freund!

In Fortsetzung unseres gestrigen Gespräches muß ich Ihnen pflichtmäßig mitteilen, daß ich den positiven Befehl meines Kaisers habe, die Verhandlungen mit Rußland nicht an unseren Forderungen scheitern zu lassen.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 211.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die Tagebucheintragung bei Czernin, S. 312, vom 28. 12. 1917: „Stimmung flau. Neue empörte Ausbrüche aus Kreuznach. Hingegen zu Mittag ein Telegramm *Bussches*: *Hertling* habe Kaiser *Wilhelm* Vortrag gehalten, und derselbe sei ganz zufrieden. *Kühlmann* sagt mir: Der Kaiser ist der einzige vernünftige Mensch in ganz Deutschland. Wir haben uns schließlich auf die Kommissionsformel geeinigt, d. h. es wird in Brest eine Ad-hoc-Kommission gebildet, welche den Plan der Räumung und Abstimmung im Detail ausarbeiten soll. Das ist tant bien que mal ein provisorischer Ausweg. Alles fährt nach Hause referieren, und die nächste Sitzung findet am 5. Januar 1918 statt.“

Ich würde daher im Falle des Scheiterns Ihrer Bemühungen mit den russischen Unterhändlern in Separatverhandlungen eintreten.

Mit besten Grüßen Ihr ergebener
Czernin³⁾

Über die Einzelheiten darf ich mündlich berichten, soweit sie nicht bereits aus meiner telegraphischen Berichterstattung sich ergeben.

Kühlmann.

³⁾ Vgl. hierzu das Telegramm des Grafen Czernin vom 27. 12. 1917 an Baron Müller, Wien: „Für Seine Majestät und beide Ministerpräsidenten. Gestern ist ein starker Konflikt mit der russischen Delegation entstanden, weil letztere auf der Räumung Kurlands, Litauens und Polens besteht, woselbst nach der definitiven Räumung durch ein Plebiszit das endgültige Los dieser Länder entschieden werden soll, während Deutschland nicht hierin einwilligen will. Es wird weiter verhandelt, doch hat sich die Situation sehr verschlechtert. Ich habe den deutschen Vertretern erklärt, daß es für mich ganz unmöglich ist, den Frieden mit Rußland an Eroberungsabsichten scheitern zu lassen, und daß ich, so schwer es mir würde, in diesem Falle ein separates Abkommen mit Rußland schließen müßte. Wir verhandeln weiter, doch kann ich zur Zeit nicht sagen, wie es ausgehen wird.“ HHStA, P.A., Brester Kanzlei. — Entspr. Ausführungen Baron Gautsch, K.u.K. Ministerium des kaiserl. und königl. Hauses und des Äußern (Telegramm an den Grafen Czernin) v. 31. 12. 1917: „General Hoffmann sprach gestern abends mit mir über die zwischen uns und Deutschland in der Räumungsfrage aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten und über den Gedankenaustausch, den er hierüber mit Euer Exzellenz gehabt habe. Anknüpfend daran bat mich der General, ihm ein Bild unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und der Stimmung im Hinterlande zu geben. Diesem Wunsche entsprechend schilderte ich eingehend die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten in der Ernährung, widerlegte die hier verbreitete Ansicht, daß unsere Offensive gegen Italien uns neue wichtige Hilfsquellen eröffnet habe, betonte die besonders schweren Entbehrungen, die der Krieg gerade unserer Bevölkerung auferlegt habe und das darauf entstandene große Friedensbedürfnis und erinnerte in diesem Zusammenhange daran, daß wir ebenso wie Deutschland zu wiederholten Malen erklärt hätten, einen baldigen, ehrenvollen Frieden anzustreben. Dieser Friede sei nun mit Rußland erreichbar und dürfte nach unseren wiederholt der Öffentlichkeit gegebenen Erklärungen unter keinen Umständen an übertriebenen Forderungen scheitern. Als General Hoffmann einwarf, wir dürften es trotz dieser Schwierigkeiten, die er anerkenne, nicht zum Bruche mit Deutschland kommen lassen, entgegnete ich, Euer Exzellenz hätten Deutschland die überzeugendsten Proben der loyalsten Bündnispolitik gegeben. Diese Politik auch weiter trotz mancher Gegenströmung zu ermöglichen und zu stärken, liege im eminentesten Interesse Deutschlands und die Räumungsfrage biete hierzu die beste Gelegenheit. General Hoffmann antwortete, er hege persönlich die größte Sympathie für Euer Exzellenz und wisse noch deren ‚deutschfreundliche‘ Gesinnung vollauf zu würdigen. Deshalb sei er auch uns zuliebe bei den letzten Verhandlungen weit über die ihm erteilten Weisungen hinausgegangen, was ihm eine sofortige scharfe Verwarnung seitens Ludendorffs eingetragen habe. Ich erwiderte, daß Ludendorff alle zwischen uns und Deutschland schwebenden Fragen stets nur vom rein militärischen Standpunkte beurteile. Er, General Hoffmann, habe hier durch die Unterredungen mit Euer Exzellenz auch die politische Seite und die triftigen Gründe unserer Haltung kennengelernt. Da er demnächst zu Ludendorff fahre, dessen rechte Hand er nach wie vor sei, möge er im Interesse der gemeinsamen Sache seinen ganzen schwerwiegenden Einfluß in unserem Sinne geltend machen. General Hoffmann erwiderte, er werde sehen, was sich in der Sache machen lasse.“ HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

123.

29. 12. 1917: Das Generalgouvernement Warschau an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Telegramm. Aktenzeichen: „Gen. Gouv. Kr. Nr. 2233/17 geh.“ Warschau, 29. 12. 1917, angek. 29. 12. 1917, 8.34 nachm. Vermerk: „Auf Telegramm Nr. 141“¹⁾

Ministerpräsident²⁾, der heute Wien fährt, zusagt umgehend nach seiner Rückkehr am 1. Januar Wünsche polnischer Regierung für Friedensschluß mit Rußland schriftlich einzureichen.

Gesandter v. *Ugron*³⁾ hat, wie er mitteilt, Regentschaftsrat und Ministerpräsidenten vertraulich davon in Kenntnis gesetzt, daß auf Grund Besprechung Minister *Czernin* mit Staatssekretär v. *Kühlmann* keine Bedenken bestehen, wenn im gegebenen Moment bei Besprechung der Polen betreffenden Fragen polnische Vertreter zu Friedensverhandlungen zugezogen würden. Frage sei jetzt nicht akut.

¹⁾ Staatssekretär v. *Kühlmann* an das Auswärtige Amt (weitergel. an das Generalgouvernement Warschau) vom 25. 12. 1917. Zulassung eines polnischen Vertreters auf dem Friedenskongreß könnte außerdemfalls in Frage kommen. — Pol. Archiv, Rußland, Pol. 1.

²⁾ Professor *Jan Kucharzewski*.

³⁾ *Baron Stefan Ugron*, k.u.k. Gesandter, Vertreter Österreich-Ungarns bei den deutschen Militärbehörden in Warschau.

124.

29. 12. 1917: Funkspruch Trockijs — „An alle Völker und Regierungen der verbündeten Länder“¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Legationsrat Nadolny an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 212. Abgeg. Brest-Litowsk, 29. 12. 1917, 11.40 nachm., angek. 30. 12. 1917, 12.55 vorm.

Nachstehender russischer Funkspruch ist am 29. d. M. aufgefangen worden:

„An alle Völker und Regierungen der verbündeten Länder.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zwischen der Delegation der russischen Republik und Abordnungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei sind auf [10] Tage und zwar bis zum 8. Januar unterbrochen worden, um zum letzten Male den verbündeten Ländern Gelegenheit zu geben, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen und sich dadurch vor allen Folgen eines Separatfriedens zwischen Rußland und dessen Feinden zu schützen. In Brest-Litowsk wurden zwei Programme aufgestellt, das eine stellt den Gesichtspunkt der allrussischen Kongresse der Räte der Arbeiter-, Soldaten und Bauern-Deputierten dar; das andere Programm ist durch die Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten aufgestellt worden. Das Programm der Republik der Räte ist ein Programm einer konsequenten Demokratie und bezweckt Schaffung derartiger Bedingungen, unter welchen einerseits jedes

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 212 ff.

Volk ohne Rücksicht auf seine Stärke und seinen Entwicklungszustand völlige Freiheit der nationalen Entwicklung erhalten soll, andererseits alle Völker zu einer wirtschaftlichen und kulturellen Arbeitsgemeinschaft geeinigt werden könnten. Das Programm der Regierungen der mit uns Krieg führenden Staaten kennzeichnet sich durch folgende Erklärung: „Es liegt nicht in den Absichten der verbündeten Mächte (d. h. Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien), die im Kriege besetzten Gebiete sich gewaltsam anzueignen.“

Dies bedeutet, daß die feindlichen Staaten bereit sind, nach Friedensschluß die besetzten Gebiete Belgiens, der nördlichen Departements Frankreichs, Serbiens, Montenegros, Rumäniens, Polens, Litauens und Kurlands zu räumen, damit über das weitere Schicksal der strittigen Gebiete deren Völker selbst entscheiden. Die feindlichen Regierungen sind unter dem Druck der Verhältnisse und vor allen Dingen unter dem Druck der Arbeitermassen dem Programm der Demokratie entgegengekommen. Sie haben auf neue gewaltsame Annexionen sowie auf Kriegsentschädigungen verzichtet. Bei der Verzichtleistung auf neue Eroberungen gehen die feindlichen Regierungen von der Idee aus, daß die alten Eroberungen, die alten Gewalttätigkeiten, die die Starken gegenüber den Schwachen verübt haben, verjährt und dadurch sanktioniert seien. Das bedeutet, daß das Schicksal Elsaß-Lothringens, Transsilvaniens, Bosniens, der Herzegowina einerseits und Irlands, Ägyptens, Indiens andererseits einer Prüfung nicht unterliegt.

Ein solches Programm ist sehr inkonsequent und stellt einen prinzipienlosen Kompromiß zwischen den Ansprüchen des Imperialismus und der Gegenwirkung der arbeitenden Demokratie dar; immerhin ist die Tatsache, daß dieses Programm überhaupt aufgestellt wurde, ein gewaltiger Fortschritt. Die Regierungen der feindlichen Völker haben sich bis jetzt den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen und sind einer genauen Formulierung der Gründe dafür hartnäckig ausgewichen. Man kann jetzt nicht weiter behaupten, daß der Krieg wegen Befreiung Belgiens, der nördlichen Departements Frankreichs, Serbiens und so weiter geführt wird, da Deutschland und seine Bundesgenossen sich bereit erklärt haben, im Falle eines allgemeinen Friedens diese Gebiete zu räumen; nachdem jetzt die Gegenpartei ihre Friedensbedingungen bekannt gegeben hat, ist es nicht angängig, uns mit allgemeinen Redensarten, es sei notwendig, den Krieg bis zu Ende zu führen, abzufertigen. Frankreich, Italien, Großbritannien und die Vereinigten Staaten müssen ein klares und genaues Friedensprogramm aufstellen. Fordern sie wie wir Selbstbestimmungsrecht für die Völker Elsaß-Lothringens, Galiziens, Posens, Böhmens, der südslavischen Gebiete? Bejahend-falles sollen sie sich dazu äußern, ob sie ihrerseits bereit sind, den Völkern Irlands, Ägyptens, Indiens, Indochinas, von Madagaskar das Selbstbestimmungsrecht zu verleihen, wie solches die russische Revolution gegenüber den Völkern Finnlands, der Ukraine, Weißrußlands usw. getan hat. Es ist klar, daß, wenn man das Selbstbestimmungsrecht für die Fremdvölker der feindlichen Staaten fordert, dieses Recht aber den Völkern der eigenen Staaten oder eigenen Kolonien vorenthält, dies nichts weiter bedeuten würde als eine Verteidigung des verstecktesten und zynischsten Imperialismus. Sollten die Regierungen der verbündeten Staaten Bereitwilligkeit zeigen, gemeinsam mit der russischen Revolution einen Frieden auf der Grundlage der völligen und unbedingten Anerken-

nung des Grundsatzes der Selbstbestimmung für alle Völker aller Staaten wiederherzustellen und das Selbstbestimmungsrecht den Fremdvölkern in ihren eigenen Staaten zu verleihen, so würde dadurch eine internationale Lage geschaffen werden, bei welcher das aus Kompromissen und inneren Widersprüchen bestehende Programm Deutschlands und besonders Österreich-Ungarns sich als völlig unhaltbar erweisen würde und durch den Druck der eigenen Völker überwunden würde. Bis jetzt aber haben die Regierungen der verbündeten Staaten in keiner Weise Bereitwilligkeit gezeigt, einen wirklich demokratischen Frieden zu schließen; sie konnten auch eine solche Bereitwilligkeit nicht an den Tag legen, da sie nur bestimmte Klassen vertreten; sie hegen zu dem Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung nicht weniger Mißtrauen und Feindseligkeit als die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns. Darüber macht sich das aufgeklärte Proletariat der verbündeten Staaten ebensowenig Illusionen wie wir. Bei den jetzigen Regierungen kann es sich nur darum handeln, das Programm eines imperialistischen Kompromisses, wie solches die Friedensbedingungen Deutschlands und seiner Bundesgenossen darstellen, einem anderen Programm eines imperialistischen Kompromisses seitens Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Vereinigten Staaten gegenüberzustellen. Wie ist nun das Programm dieser letzteren? Welche Ziele verfolgen sie bei ihrer Forderung, den Krieg fortzusetzen? Nachdem in Brest-Litowsk zwei Friedensprogramme aufgestellt worden sind, muß man diese Fragen klar, genau und kategorisch beantworten. Zehn Tage trennen uns von der Wiedereröffnung der Friedensverhandlungen. In diesen Verhandlungen fühlt sich Rußland an die Zustimmung seiner Verbündeten nicht gebunden. Selbst wenn die verbündeten Regierungen fortfahren sollten, den allgemeinen Frieden mit Gewalt zu verhindern, so wird die russische Delegation dennoch zur Fortsetzung der Verhandlungen erscheinen. Ein durch Rußland unterzeichneter Separatfrieden würde zweifellos einen schweren Schlag für die verbündeten Länder, vor allen Dingen für Frankreich und Italien bedeuten. Die vorauszu sehenden unvermeidlichen Folgen eines Separatfriedens müssen für die Politik Rußlands, aber auch Frankreichs, Italiens und der anderen verbündeten Länder maßgebend sein. Die Regierung der Räte hat bis jetzt mit allen Mitteln für den allgemeinen Frieden gerungen.

Kein Mensch kann die Bedeutung der bereits erzielten Erfolge in Abrede stellen.

Alles weitere wird aber von den verbündeten Völkern selbst abhängen.

Für die verbündeten Völker handelt es sich jetzt darum, die eigenen Regierungen zur Bekanntgabe ihrer Friedensbedingungen zu zwingen und auf Grundlage dieser an den Verhandlungen teilzunehmen. Die russische Revolution hat einem allgemeinen Verständigungsfrieden den Weg geebnet. Sind die verbündeten Regierungen bereit, diese Gelegenheit auszunutzen, so können unverzüglich allgemeine Verhandlungen in einem neutralen Lande eröffnet werden, unter der Voraussetzung, daß sie öffentlich geführt werden. Die russische Delegation wird nach wie vor das Programm der internationalen, sozialistischen Demokratie im Gegensatz zu den imperialistischen Programmen der feindlichen, so auch der verbündeten Länder verteidigen. Der Erfolg unseres Programmes wird davon abhängen, in welchem Maße der Wille der imperialistischen Kreise durch den Willen des revolutionären Proletariats paralytisch wird. Wenn die verbündeten

Regierungen in ihrer blinden Hartnäckigkeit, welche die zugrunde gehenden Klassen kennzeichnet, sich wiederum weigern werden, an den Verhandlungen teilzunehmen, so wird sich die Arbeiterklasse genötigt sehen, die Macht denjenigen zu entreißen, welche den Völkern keinen Frieden geben können oder es nicht wollen. In diesen zehn Tagen wird das Schicksal von Hunderttausenden von Menschenleben entschieden. Wenn an der französischen und der italienischen Front jetzt kein Waffenstillstand geschlossen wird, so wird eine neue Offensive, die ebenso sinnlos, grausam und erfolglos wie alle die vorhergehenden verlaufen würde, nur neue unzählige Opfer von beiden Seiten fordern. Die automatische Logik dieser Metzelei, die von den herrschenden Klassen entfesselt worden ist, führt zur vollständigen Ausrottung der Blüte der europäischen Nationen; aber die Völker wollen leben und alle diejenigen zur Seite werfen, die sie am Leben hindern. Indem wir uns mit einer letzten Aufforderung, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, an die Regierungen wenden, versprechen wir gleichzeitig volle Unterstützung der Arbeiterklasse eines jeden Landes, die sich gegen die Chauvinisten und gegen die Militaristen unter dem Banner Frieden, Brüderlichkeit der Völker und sozialistischer Umbau der Gesellschaft erheben wird.²⁾
Der Volkskommissar für innere Angelegenheiten. *Trockij.*“

Nadolny.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch Quellen 1/II, S. 3 ff., Bericht *Kühlmanns* in der Besprechung mit den Fraktionsführern am 1. 1. 1918 über den Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk bis Ende Dezember 1917.

125.

30. 12. 1917: Aufzeichnungen Unterstaatssekretärs Frhr. v. dem Bussche über eine Unterredung mit dem österr.-ungar. Botschafter Prinz Hohenlohe

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Maschinenschrift mit eigenhändiger Unterschrift. Überschrift: „Aufzeichnung“.

Ich habe gestern mit dem österreichischen Botschafter über die Drohung des *Grafen Czernin* gesprochen, einen Sonderfrieden abzuschließen, falls wir durch das Verharren auf unseren Wünschen die Verhandlungen in Brest-Litowsk zum Scheitern bringen sollten.

Ich las dem *Prinzen Hohenlohe* den Brief des *Grafen Czernin* an den Staatssekretär¹⁾ vor und ebenso das Telegramm des Generals *Ludendorff* an den Herrn Reichskanzler, in dem er auf das Versprechen des Kaisers *Karl* an den General *v. Cramon* hinwies, daß Österreich keinen Sonderfrieden schließen werde. Ich habe aus dem Telegramm nur den Passus fortgelassen, in dem davon die Rede ist, daß man sonst vor der deutschen Offensive gegen Italien bindende schriftliche Abmachungen mit Österreich getroffen haben würde.

Prinz Hohenlohe erklärte mir, daß ich ja seinen Chef von Bukarest her genau kenne und wüßte, daß man seinen Äußerungen nicht zu viel Gewicht beilegen dürfe. Sicherlich sei das nicht so ernst gemeint gewesen. Immerhin stände er

¹⁾ Vgl. Nr. 122.

nicht an, mir zu erklären, daß man mit so grobem Geschütz nicht ohne ganz zwingende Notwendigkeit schießen dürfe. Er werde nicht verfehlen, über seine Auffassung nach Wien zu schreiben, wolle aber vorher noch einmal mit dem Staatssekretär nach seiner Rückkehr aus Brest Rücksprache pflegen.

Ich sagte dem *Prinzen Hohenlohe*, daß namentlich unser Militär über die Drohung des *Grafen Czernin* äußerst erregt sei, und daß mir auch der Herr Reichskanzler seine Bedenken zu verstehen gegeben hätte. Ferner sagte ich dem Prinzen, daß ich absichtlich dem Kaiser von der Demarche *Czernins* keinerlei Mitteilung gemacht hätte, um nicht das vertrauensvolle Verhältnis zwischen unseren beiden Herrschern in irgendeiner Weise zu trüben. Meines Erachtens sei die Demarche des *Grafen Czernin* ganz überflüssig gewesen. Dies hätten auch die Verhandlungen in Brest gezeigt, denn wir hätten unsere Wünsche bei den Russen durchgesetzt, und es sei zu keinerlei Abbruch der Verhandlungen gekommen. Es würden wohl noch häufig Hemmungen in den Verhandlungen eintreten; man dürfe aber dann nicht gleich mit derartigen Drohungen kommen, die nicht dem Bundesverhältnis zwischen unseren beiden Ländern entsprächen.

Bussche.

126.

30. 12. 1917: General Ludendorff über die russische Verhandlungstaktik

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 4. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 2015. Abgeg. Großes Hauptquartier, 30. 12. 1917, 11.00 vorm., angek. 30. 12. 1917, 1.10 nachm. Bezugsvermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 2014“.)

General *Ludendorff* weist darauf hin, die Sprache des *Krylenko*²⁾-Armeebefehls zeuge davon, daß Russen mit einer so glatten Annahme ihrer Forderungen in Brest-Litowsk nicht gerechnet hätten.³⁾ Unter Eindruck einer solchen Sprache,

¹⁾ Legationssekretär *Frhr. v. Lersner*, Großes Hauptquartier, an das Auswärtige Amt 29. 12. 1917. Funkspruch *Krylenkos* an seine Soldaten: russischer Sieg über die „gierigen Räuber der deutschen Bourgeoisie“ in Brest-Litowsk. — Pol. Archiv. Rußland. Pol. 5 a.

²⁾ *Nikolai Vasilevič Krylenko*, Oberkommandierender der russischen Streitkräfte Winter 1917/18; vgl. oben S. 28, Anm. 2.

³⁾ Hierbei dürfte es sich um die folgenden Sätze handeln: „Armeebefehl ... Kameraden! Am 25. Dezember ist uns von den Deutschen in Brest-Litowsk die Antwort auf unseren Friedensvorschlag gegeben worden. Die Deutschen haben erklärt, die Friedensverhandlungen unseren Bedingungen entsprechend zu führen. Die Deutschen sind einverstanden, ohne Annexionen und Kontributionen Frieden zu schließen. In ihrer Antwort, die ich gleichzeitig veröffentlichte, sagen sie, daß sie zu einem allgemeinen Frieden, nicht nur zu einem Separatfrieden bereit sind; sie sind einverstanden, mit allen kriegführenden Mächten Frieden zu schließen, unter der Bedingung, daß alle während des Krieges besetzten Gebiete zurückgegeben werden, daß die Truppen, die in diese Gebiete eingerückt sind, zurückgezogen werden. Die Deutschen haben sich erklärt, alle kleinen Staaten, deren Unabhängigkeit während des Krieges entehrt worden ist, in ihren Grenzen wieder herzustellen. Die Deutschen sind einverstanden, keine Kontributionen zu fordern, und haben sich bereit erklärt, die zerstörten Ortschaften aus einem gemeinsamen, internationalen Fonds zu entschädigen ... Wir haben die Verhandlungen auf 10 Tage unterbrochen, um noch einmal und zum letzten Mal uns an die Verbündeten zu wenden, daß sie diese Friedensbedingungen annehmen ...“ (Funkspruch der Marinestation Petersburg, aufgefangen am 27. 12. 3 Uhr 40 nachm.). In: Telegramm des Gesandten *v. Rosenberg* an das Auswärtige Amt vom 28. 12. 1917, Pol. Archiv, Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3.

die ganz Charakter des Russen entspreche, werde russische Delegation an Fortführung der Verhandlungen herantreten und ihre Forderungen noch zu steigern versuchen. Bemerkenswert für Auffassung, mit der russische Vertreter zu Friedensverhandlungen gekommen seien, bleibe Äußerung Generals *Samoilov* beim Überschreiten der deutschen Linien: „Man muß Unmögliches fordern, um Mögliches zu erreichen.“ Auch russische Presse feiere Ergebnis der Brester Verhandlungen als Sieg des Maximalismus über deutschen Imperialismus.

Lersner.

127.

30. 12. 1917: Der bayerische Ministerpräsident Ritter v. Dandl (München)
an Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Ausfertigung. Kopf des Schreibens: „Der Staatsminister des Königl. Hauses und des Äußern. Nr. I 28856.“

Hochverehrtester Herr Reichskanzler!

Euer Exzellenz!

Die Bayerische Regierung hat sich bereits erlaubt, auf mündlichem Wege durch den K. Gesandten in Berlin gegenüber Euerer Exzellenz am 14. lfd. Mts. und weiterhin durch den K. Geschäftsträger am 19. lfd. Mts. im Auswärtigen Amt zum Ausdruck zu bringen, welch großen Wert sie darauf legt, bei den Friedensverhandlungen mit Rußland durch Zulassung eines bayerischen Vertreters beteiligt zu werden.

Ich verkenne nicht die Gründe und Hinderungen, welche der Zuziehung eines bayerischen Vertreters zu den bisherigen Waffenstillstands- und Vorfriedensbesprechungen in Brest-Litowsk im Wege gestanden sind. Umsomehr glaubt die Bayerische Regierung für die nunmehr bevorstehenden eigentlichen Friedensverhandlungen ihren Wunsch der Beteiligung erneut und mit Nachdruck geltend machen zu dürfen und zu sollen.

Ich darf mich hierbei auf die Besprechungen beziehen, die mein verehrter Herr Amtsvorgänger, Euere Exzellenz selbst, in den ersten Kriegsjahren mit dem damaligen Herrn Reichskanzler von *Bethmann Hollweg* geführt hat, und die den bestimmten Eindruck hinterlassen haben, daß auf Seiten der Reichsleitung die Berechtigung des bayerischen Wunsches anerkannt werde und mit seiner Berücksichtigung gerechnet werden könne.

Angesichts dessen kann ich von einer wiederholten und ausführlichen Darlegung der Gründe, die die bayerische Regierung zur Geltendmachung ihres Anliegens bewegen, hier wohl absehen und nur auf den hauptsächlichsten und — meiner Ansicht nach — ausschlaggebenden verweisen, den föderativen Grundcharakter des Reiches und die Stellung Bayerns im Reiche als dem zweitgrößten Bundesstaate, dem zudem verfassungsmäßig der Vorsitz im Bundesratsausschusse für die auswärtigen Angelegenheiten eingeräumt ist.¹⁾ Nicht unerwähnt möchte ich

¹⁾ Vgl. hierzu Laband, Staatsrecht I S. 109, Sonderrechte Bayerns; Meyer-Anschütz, Staatsrecht S. 438.

die Tatsache lassen, daß Bayern kraft des ihm zustehenden Gesandtschaftsrechtes²⁾ bis zum Ausbruche des Krieges in St. Petersburg eine diplomatische Vertretung hatte und ihm an der Wiederanknüpfung dieser Beziehungen gelegen sein muß.

Die Fragen, welche jetzt zum Austrage drängen, sind nicht nur in politischer Beziehung für die Zukunft des Reiches und das ganze Reichsgefüge auf Generationen hinaus so bedeutsam, sondern auch namentlich in wirtschaftlicher Beziehung für den gesamten deutschen Wirtschaftskörper so folgenreich, daß die bayerische Regierung es als unerläßliche Pflicht empfinden muß, sich die fortlaufende unmittelbare Kenntniss von den bevorstehenden Verhandlungen und die Möglichkeit jederzeitiger sofortiger Wahrung ihrer Interessen zu sichern. Hierzu berechtigt insbesondere auch das militärische und wirtschaftliche Maß von Leistungen, das Bayern bisher im Weltkriege erwiesen hat.

Ich glaube, daß die Aufnahme eines bayerischen Vertreters unter die Friedensunterhändler des Reiches, ohne die Geschlossenheit und die Entschlußfähigkeit der Reichsvertretung irgendwie zu beeinträchtigen, nur geeignet sein wird, auch nach außen hin einen guten Eindruck zu machen.

Ich glaube daher keine Fehlbitte zu tun, wenn ich Euere Exzellenz angelegentlich um geneigte Erklärung des Einverständnisses und der Vorsorge dahin ersuche, daß bei der Vertretung des Deutschen Reiches in den bevorstehenden Friedensverhandlungen die Beteiligung eines Vertreters Bayerns vorgesehen wird. Eine sehr geneigte Rückäußerung Euerer Exzellenz würde ich mit besonderem Danke erkennen.

Gestatten Euere Exzellenz bei diesem Anlaß den Ausdruck unwandelbarer Verehrung und Hochschätzung, mit der ich zu sein die Ehre habe,

Euerer Exzellenz
ganz ergebenster
v. Dandl.³⁾

²⁾ Begründet im Schlußprotokoll von Versailles vom 23. 11. 1870.

³⁾ *Otto Ritter v. Dandl*, bayerischer Ministerpräsident 10. 11. 1917—8. 11. 1918.

128.

31. 12. 1917: Artikel Georg Bernhards in der Vossischen Zeitung „Das Danaergeschenk“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Randbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Wohl¹⁾ denen, die die Ergebnisse der Verhandlungen von Brest-Litowsk mit freudigem Jubel begrüßen können. Der amtliche deutsche Kommentar läßt ja auch keinen Zweifel daran aufkommen, daß alles bildschön weitergehen wird. Die kleinen Differenzen, die zwischen der deutschen und russischen Auffassung

¹⁾ In gleicher Höhe am Rande Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „gräulichen Unsinn kramst Du da aus!“

bestehen, werden nach der amtlichen Auffassung leicht aus der Welt zu schaffen sein. Schon darüber kann man eine andere Auffassung haben. Wir sehen recht erhebliche Widersprüche, und wir sind leider noch gar nicht sicher, daß die Verhandlungen so schnell, wie man erst annahm, zu einem befriedigenden Ende kommen werden.

Aber darauf kommt es unseres Erachtens nicht an. Das, was uns in wachsendem Maße mit ernstester Sorge erfüllt, ist der immer deutlicher hervortretende Umstand, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk von deutscher Seite ohne jede Rücksicht auf die zukünftige weltpolitische Stellung Deutschlands geführt werden. Wir haben stets seit den Kanzlertagen *Bethmann Hollwegs* unserem Zweifel Ausdruck gegeben, ob denn die deutsche Politik ein bestimmtes Ziel vor Augen habe. Wir können ein solches Ziel nicht darin erblicken, daß man dem, der gerade schwach ist, Zugeständnisse abverlangt und sich damit begnügt, sich schließlich mit dem vertragen zu müssen, der einem stark erscheint. Wir haben hier immer, noch zu einer Zeit, als der Frieden unerreichbar und deshalb umsomehr erstrebenswert schien, gegen die Auffassung weiter Kreise der deutschen Bevölkerung scharf betont, daß es nicht allein darauf ankommt, Frieden zu machen, sondern daß es wichtiger ist, wie dieser Frieden aussieht. Uns schien stets nur ein solcher Friede annehmbar, der Dauer verspricht, und der im Laufe seiner Dauer — nicht bloß bei seinem Abschluß — Deutschland stärker macht. Ein Land ist aber nicht stark, wenn es auf der Landkarte möglichst viel Umfang hat, sondern wenn es seine Politik gestützt weiß von Freunden mit gleichem Interesse, die zu ihm als dem Mittelpunkt eines Freundschaftsbündnisses aufsehen, durch den ihr friedliches Gedeihen allein verbürgt werden kann. Solche Gesichtspunkte sind es, die eine Friedenspolitik bestimmen müssen. Den Mangel solcher Gesichtspunkte haben wir bisher beklagt. Und den vollen Beweis für die Berechtigung unserer Klage entnehmen wir leider den Verhandlungen von Brest-Litowsk.

Wir haben nach unseren beispiellosen Siegen die größte historische Aufgabe zu lösen, die es für Europa bisher gab: die Befreiung des Festlandes vom englischen Einfluß. Das und nichts anderes muß das Ergebnis dieses Krieges sein. Einer hat vor uns die Aufgabe mindestens gefühlsmäßig erkannt: der erste *Napoleon*. England selbst hatte ihm seine²⁾ Erkenntnis aufgezwungen. Wenn *Bonaparte* dieser Aufgabe nicht gewachsen war, so deshalb, weil er wohl ein genialer Stratege, aber gar kein Politiker war. Seine Aufgabe mußte scheitern, weil er, statt mit den Kontinentmächten sich zu verbünden, statt sie groß und fest zu gründen, es mit allen verdarb und bei allen Staaten Europas infolgedessen die Vorbedingungen für Allianzen mit England schuf oder bestehen ließ. Wollen wir auf demselben Fleck und aus denselben Gründen scheitern?

Wir haben militärisch gesiegt. Viel größer und gewaltiger als *Napoleon* jemals. In der Kriegsgeschichte wird der Ruhm des kleinen Korporals in Zukunft hinter dem *Hindenburgs* und *Ludendorffs* erheblich zurückbleiben. Daß diese Siege uns in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Frieden bringen, steht außer Zweifel. Den Frieden selbst werden unsere Diplomaten nicht verhindern können, aber sie verkürzen seine Dauer, und sie verhindern seine politische Auswirkung.

²⁾ Im Or.: „ihre“.

Der Friede, den wir jetzt mit Rußland schließen sollen, muß den unverrückbaren Grundstein für die Verständigung des Kontinents bilden. Zu diesem Zweck muß das Band, das uns in Zukunft mit Rußland binden soll, unlösbar, darf die Interessengemeinschaft nicht zu trüben sein. Wir wollen einmal annehmen, daß *Lenin*, *Trockij* und Genossen in die Bedingung willigen, die Erklärungen Polens, Kurlands, Litauens und gewisser Teile von Livland und Estland zugunsten eines Anschlusses an die Mittelmächte anzuerkennen. Wir kennen solche Erklärungen nicht. Vielleicht kennen sie die *Lenin* und *Trockij*. Es würde uns gar nicht wundern, wenn das russische Volk Dinge kennt, die dem deutschen Volke³⁾ bisher vorenthalten sind. Aber wir möchten heute daran erinnern, daß doch vor noch nicht allzu langer Zeit dieselben Leute erklärten, die heute mit den Bolschewisten verhandeln, man wisse ja noch nicht, wie lange diese Elemente am russischen Staatsruder sitzen würden. Wissen sie es heute? Wir wissen es nicht. Aber wir wissen eines: daß nach den Lehren der Geschichte radikale Regierungen, die Land und Kapital zu verteilen versprechen, nicht von allzu langer Dauer zu sein pflegen. Wir halten es jedenfalls für staatsklug, uns schon jetzt mit dem Gedanken zu befreunden, daß eines schönen Tages *Kerenskij* oder gar *Miljukov* die russische Regierung nach außen vertreten werden. Name ist auch hier Schall und Rauch. Für uns sind selbstverständlich die Namen *Kerenskij* und *Miljukov* nur Etiketten für die Volksströmungen, die durch die Sozialrevolutionäre oder die Kadetten vertreten werden. Wenn wir nun jetzt einen Frieden machen, den uns *Lenin* gewährt, den aber weder *Kerenskij* noch *Miljukov* anerkennen kann? Gewiß, auch wir neigen der Ansicht zu und haben sie hier stets vertreten: Wer auch immer den Frieden in Rußland schließen wird, kein Nachfolger kann ihn widerrufen. Aber kommt es denn darauf an? Wir wollen doch auf Jahrzehnte mit Rußland in Frieden leben, wir wollen das russisch-deutsche Verhältnis von nachher als Grundlage für unsere weltpolitischen Taten nehmen. Und da scheint es uns denn doch sehr wesentlich zu sein, wie die großen Volkskreise der russischen Intelligenz, der oberen Arbeitermassen, der russischen Industriellen und der russischen Handelskreise über den Friedensschluß und über die Lage denken, die durch den Frieden für sie geschaffen ist. Wie wenig man an die Stimmung besonders der russischen Wirtschaftskreise gedacht hat, dafür ist ja kennzeichnend, daß man einfach beabsichtigt, den alten deutsch-russischen Handelsvertrag fortzusetzen. Das ist sehr bequem. Aber was bequem ist, braucht deshalb noch nicht immer und überall auch nützlich zu sein. Wir hielten nie die Klagen der russischen Industrie und der russischen Landwirtschaft über unseren Handelsvertrag für berechtigt. Aber wir können deshalb doch die Tatsache nicht außer Betracht lassen, daß dieser Handelsvertrag einer der wesentlichsten Vorwände für den Krieg war. Jedoch das nur nebenbei. Das Politische ist ja im Augenblick die Hauptsache. Und da glaubt man wirklich, die russische Seele — von deren Kennern es jetzt plötzlich in Deutschland wimmelt — werde die Abtrennung all der Länder ohne Rest und klaglos verschmerzen? Bisher hat man uns immer so viel von dem nach Westen gerichteten Imperialismus des russischen Volkes erzählt. Wir aber wissen, daß wir (falls dieser Friede zustande kommt)

³⁾ „deutschen Volke“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen. Dazu Bemerkungen am Rande von derselben Hand: „*Bernhard* ist nicht das deutsche Volk!“

später einen solchen Imperialismus haben werden. Er wird sich auf Polen, auf Litauen, auf Kurland, Livland und Estland richten. Wir wollen uns doch nicht einreden, daß Rußland in den nächsten fünfzig Jahren durchaus nur von einer einheitlich denkenden, friedlich beseelten Masse bewohnt sein wird. Es wird dort wie überall Hetzer und Schürer geben, die aus kommerzieller Profitgier oder aus politischem Machtkitzel das Volk nach außen aufzustacheln suchen. Vielleicht liegt der russischen „Seele“ die Idee der Revanche ferner als die der französischen. Man wird dann eben andere Phrasen erfinden, und eine dieser Phrasen wird sicherlich in irgend einer Form das Sehnen nach der Ostsee zum Ausdruck bringen. Und wenn selbst unbeeinflußt in russischen Hirnen solche Ideen nicht entstehen würden, der Engländer wird sie ersinnen. Er wird sie in die russischen Massen werfen. Denn England wird der Bundesgenosse Rußlands auch in Zukunft sein, weil wir ihm das russische Reich in die Arme stoßen. Und das Satyrspiel: die Völker, die wir jetzt „befreien“, werden die hauptsächlichsten Herde der englischen Agitation bilden. Wie sich das Wirtschaftsleben der Litauer und der Balten gestalten wird, vermögen wir nicht zu sagen. Wir können uns leider nicht dem jetzt üblichen Optimismus darüber hingeben. Aber eines wissen wir ganz genau: ein zufriedenes Polen hat es in der Weltgeschichte noch niemals gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben. Das lassen wir uns selbst von den liebenswürdigsten polnischen Grafen nicht einreden. Die Polen werden sich nicht bloß damit begnügen, Wilna zu erstreben, sie werden das alte Polenreich, von dem sie träumen, immer wieder aufrichten wollen.

Wir haben versprochen, diesen Völkern die Freiheit zu geben. Wir haben dieses Versprechen eingelöst, wir müssen nun aber ihrer unbeeinflußten Stellungnahme überlassen, unter dem Schatten welches Baumes sie sich ihrer Freiheit freuen wollen. Unser Versprechen wollen wir selbstverständlich halten, obwohl den Polen gegenüber das Versprechen unter Bedingungen zustande gekommen ist, die sie nicht gehalten haben. Das wollen wir den Polen nicht zum Vorwurf machen, wir billigen ihnen den guten Glauben zu, aber wir wollen doch auch die Tatsache an sich nicht verschweigen. Aber wir stehen nicht an zu erklären, daß uns das Wohl und Wehe des Deutschen Reiches an erster Stelle steht und daß dann erst die Interessen aller anderen Völker uns angehen. Und vom Interesse des Deutschen Reiches aus gesehen, das die engste und freundschaftlichste Verbindung mit Rußland als wünschenswert erscheinen läßt, würden wir es lieber sehen, daß die Kurländer, die Litauer und die Polen ihre Selbständigkeit innerhalb eines föderativen Rußlands finden mögen als in irgend einer Angliederung an die Mittelmächte. Die selbständigen Nationalitäten als Randvölker des russischen Reiches bilden für uns eine dauernde Friedensgefahr, um so mehr, als das deutsche Schwert ihnen erst ein behagliches völkisches Dasein schuf, woran sie sich in der Fremde immer erinnern werden. Aber diese Randvölker als Angliederungen an die Mittelmächte werden die dauernde Ursache politischer Reibungen bilden, die niemandem anders als England zugute kommen. Und außerdem: Man hat lange so viel von militärischen Sicherungen gesprochen. Wir können diese militärische Nachfrage an sich nicht beurteilen. Wir wissen auch nicht, ob unsere militärischen Sachverständigen heute noch solche Grenzsicherungen nach Osten für notwendig halten. Aber wir meinen, daß auch die revolu-

tionärste Regierung — und vielleicht gerade diese aus Gründen ihrer Friedensliebe — ehrlich und in offenem Vertrauen verlangte Grenzregulierungen, die sie ja andererseits auch für sich geltend machen könnte, bewilligen würde. Aber wenn man solche militärischen Grenzsicherungen für notwendig hält, so werden sie uns ja nicht einmal durch die Angliederung der Randvölker an die Mittelmächte gewährleistet. In manchen Kreisen scheint man immer noch zu glauben, daß der Reichstag irgendwie mit dem Schicksal dieser Völker befaßt werden wird. Davon ist aber keine Rede. Denn auf gar keinen Fall scheint beabsichtigt, sie irgendwie deutschem Staatsgebiet einzuverleiben. Es kann sich doch höchstens um vertragsmäßige Bindungen handeln. Vertragsmäßige Bindungen, die kündbar sind. Und wo ergibt sich bei solchen vertragsmäßigen Bindungen irgendein dauernder Schutz für den Grenzbestand?

Nichts wird also erreicht mit dem, was den Unterhändlern in Brest-Litowsk anscheinend sehr erstrebenswert erscheint. Wie sich das Schicksal der neuen Nationen gestalten wird, ist unsicher. Unsicher ist ferner, wie die neustaatlichen Bildungen auf unser Verhältnis zu Rußland wirken. Wir können keinerlei politischen Plan für die Zukunft bauen, wir haben keine Sicherheit und keine Kraft für die Abwehr englischer Einflüsse auf das europäische Festland. Wir erhalten ein Geschenk, das wir nicht ablehnen, weil man es uns doch nun einmal bewilligen will. Weiß man nichts mehr bei uns von den Danaern und ihren gefährlichen Geschenken? Für eine scheinbar prunkvolle Gegenwart vergeben wir dagegen eine glänzende Zukunft.

Denn wir stehen jetzt gerade davor, die Frucht unserer Siege bis zum letzten Halm in die Scheuern zu bringen; der Westen zittert vor unseren Waffen. Er muß uns jeden Frieden bewilligen, den wir wünschen. Das Märchen, daß England so lange Krieg führen kann, wie es will — wo wir nach wenigen Monaten nichts mehr für den Krieg zu tun brauchen, als U-Boote zu bauen und sie mit Freiwilligen zu bemannen, — ist eben ein Märchen, erfunden in England und geglaubt in Deutschland. Der russische Markt, der Warenaustausch mit Japan, der Weg über Petersburg bis mitten nach China hinein steht uns offen und ermöglicht es uns, eine reiche Wirtschaft zu treiben, die unserem Export noch auf Jahre lang Genüge geben wird. Trotz aller englischer Blockade. Und ein weiteres, afrikanisches Kolonialreich winkt, wenn wir nur noch wenig ausharren, unserer Rohstoffversorgung. Aber all das nur dann, wenn wir verstehen, gefährliche Geschenke abzulehnen. All das nur dann, wenn wir unter politischen Gesichtspunkten den russischen Frieden schließen. Jeder andere Weg macht England zum Sieger.

Am 3. Januar tritt der Hauptausschuß des Reichstages zusammen. Durch ihn übernimmt der Reichstag die Mitverantwortung für das Geschick Deutschlands während der nächsten Jahrzehnte. Er frage unsere Unterhändler¹⁾ von Brest-Litowsk nach ihren Zukunftszielen, bevor er ihren Gegenwartfrieden⁴⁾ billigt.

⁴⁾ Von „Unterhändler“ bis „Gegenwartfrieden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechte Striche in gleicher Höhe rechts und links am Rande sowie Bemerkungen von derselben Hand: „er wird keine Antwort kriegen! ebenso wenig wie in unseren Feindesländern solche Fragen in den Parlamenten beantwortet werden“.

129.

31. 12. 1917: Artikel des Berliner Tageblattes über die Friedensverhandlungen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Randbemerkungen, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

T.W. Am fünften November fand in Schloß Bellevue, wo die prinzlichen Hochzeitspaare die Galakutsche zu erwarten pflegen, eine Kronratsitzung statt. Außer dem Kaiser, den Mitgliedern der Regierung, der Obersten Heeresleitung, dem Generalgouverneur von Warschau und anderen hochgestellten Persönlichkeiten nahm eine große Schar von Sachverständigen an der Sitzung teil, und zwei Tage darauf waren die Geheimnisse von Bellevue, vielleicht etwas lückenhaft, in den meisten Redaktionen, in den eleganten Hotelsälen und in den besseren Friseurstuben bekannt. Man erzählte, daß Polen an Österreich-Ungarn kommen, der Kaiser von Österreich seinem Juwelenschatz die Krone der Jagellonen hinzufügen solle, und daß der Wunsch bestände, Kurland und Litauen in irgendeiner Form dem Deutschen Reiche anzugliedern, einen Fürstensproß dort als „ersten Diener des Volkes“ hinstellen. Sofort regte sich in allen Organen der öffentlichen Meinung ein sehr entschiedener Widerspruch, und zur Beruhigung dieser Opposition wurde versichert, daß das Ergebnis der Kronratsitzung falsch geschildert, daß noch garnichts endgültig geregelt worden sei. Es war natürlich nichts endgültig geregelt worden, weil ohne die Gegenpartei nichts Endgültiges getan werden konnte, aber man hatte den Tag und das Ziel festgesetzt. Und es war gar nicht zweifelhaft, daß man entschlossen blieb, weiter auf dieses Ziel loszugehen. Als am 25. Dezember, an diesem „Unglückstag“, wie die alldeutsche Presse sagte, von Brest-Litowsk aus „der Frieden ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigungen“ verkündet wurde, waren diejenigen, die vom Fortbestehen jener Projekte überzeugt waren, ja ein wenig erstaunt. Sie vergaßen indessen nicht ganz, daß die Diplomatie, und auch die demokratisch redende, nicht gleich all' ihre Gedanken auf einmal mitzuteilen pflegt. Sehr lange hat diese Episode nicht gedauert, am 28. Dezember wurden die deutschen Vorschläge und die russischen Gegenvorschläge bekanntgegeben, mit denen man zur Realität der Dinge kommt. Es dreht sich zunächst nur noch darum, wie „für Polen sowie für Litauen, Kurland, Teile von Estland und Livland“ das Recht, „aus dem russischen Reichsverbande auszuschneiden“ und anderswo Anschluß zu suchen, gesichert werden, und wie, unter welchen Verhältnissen, der Volkswille sich zu erkennen geben soll.

Es ist sehr möglich und sogar wahrscheinlich, daß in einer freien Abstimmung das polnische Volk sich für die Verbindung mit Österreich-Ungarn aussprechen wird. Die kleinste Zahl der Stimmen wird vielleicht für ein Verbleiben bei Deutschland abgegeben werden, denn trotz allen Verfügungen und Maßregeln für die Verbesserung der Ordnung und Hygiene liebt man uns nicht. Auch im deutschen Volke ist die Neigung, mit Polen belastet zu werden, nicht enorm. Von den drei denkbaren Lösungen ist die „austro-polnische“ wohl als die zweitbeste, die „deutsch-polnische“ als die schlechteste anzusehen. Aber man muß sich klar

darüber sein, daß durch den Anschluß Polens an Österreich-Ungarn die Freundschaft, die wir mit unseren Verbündeten pflegen wollen, im Laufe der Zeit manchen Prüfungen und Schwierigkeiten ausgesetzt sein wird. Die Rührigkeit und der Ehrgeiz der Polen werden im neuen Glanz gewiß nicht geringer als in den Zeiten der Ohnmacht sein. Manche sind der Ansicht, ein noch engeres Bündnis, eine ganz feste Verkettung mit Österreich-Ungarn-Polen brächte eine Verminderung solcher Gefahr. Was über eine Häufung der Bündnispflichten *Bismarck* — damals nur in Sorge vor einer falschen Balkanpolitik — gedacht hat, liest man am besten in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ im neunundzwanzigsten Kapitel nach. Ein besonderes Streitobjekt zwischen Polen und Litauen ist, um nur eines zu erwähnen, das von Polen und Juden bewohnte Wilna, auf das kein Pole verzichten will, und das jeder Litauer für die eigentliche Hauptstadt seines Landes hält. Wie man die Grenze auch ziehen mag — die Grenznachbarn werden dort einander ohne innige Herzensneigung gegenüberstehen. Und will man, wie einige baltische Barone es wünschen, Kurland etwa so dem Deutschen Reiche anfügen, daß es mit seiner lettischen Überzahl zum Reichskörper gehört? Alle, die eine Annexion Belgiens auch deshalb bekämpft haben, weil sie die nationale Einheit geschützt wissen wollen, würden in der Vermengung mit den Völkern Kurlands, Livlands, Estlands und Litauens nicht gerade eine innere Festigung des Nationalstaates sehen. In seiner Rede bei der Immatrikulation des Kronprinzen in Bonn, am 24. April 1901, sagte *Wilhelm II.*: „Warum sank das Deutsche Reich dahin? Weil das alte Reich nicht auf streng nationaler Basis begründet war.“ Er sagte, daß „das Wesen der Nation die Abgrenzung nach außen, die Persönlichkeit eines Volkes“ sei. Sind die lettischen Wesenszüge ein Teil dieser Persönlichkeit? Aber es ist wohl anzunehmen, daß eine Angliederung, die eine Eingliederung wäre, nicht beabsichtigt ist, und daß man nur an losere Verbindungen denkt. Wenn die Bewohner der besetzten Gebiete einer derartigen Gestaltung in voller Unabhängigkeit zustimmen sollten, so würden einige der gewichtigsten Bedenken und Einwendungen fallen. Nur — könnten die Bewohner Polens nicht für den Anschluß an Österreich-Ungarn stimmen, die Bewohner Kurlands für das Verbleiben bei Rußland und die Bewohner Litauens für eine von Deutschland behütete Selbständigkeit? Aus drei Abstimmungsresultaten, die sich miteinander politisch nicht ausbalancieren lassen, kann leicht eine eigentümliche Situation entstehen. Drei Gruppen mit verschiedenartigen Interessen pflegt man am ehesten zusammenzubringen, indem man extreme Vorschläge ausscheidet, die Frage vereinfacht, die mittlere Lösung sucht. Herr *v. Kühlmann* wird sich das alles gewiß selber sagen, und es ist nur nötig und selbstverständlich, daß er, vor der Entscheidung, auch dem Deutschen Reichstag seine Absichten sagt.¹⁾

Diese Gebietsfragen sind sehr schwerwiegend, aber auch die Frage, wie in Zukunft das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland sich gestalten solle, wiegt schwer. Wir schließen einen Frieden mit der Bolschewikiregierung, mit *Lenin* und *Trockij*, die den ersten großen Versuch machen, dem kommunistischen Ideal Wirklichkeitsformen zu verleihen. Die Energie dieser Männer ist erstaunlich, und doch ist alles Menschliche nur eines Schattens Traum, und die Welt-

¹⁾ „vor der Entscheidung“ und „Absichten sagt“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „nein!“.

geschichte, die sehr in Bewegung gekommen ist, steht nicht an einem Punkt still. Staatsmännische Klugheit muß auch mit den gewaltigen, vielartigen Kräften rechnen, die heute in Rußland durch die Zeitumstände und durch die regierende Partei niedergehalten werden. Jener Herr v. Holstein²⁾, der so lange mit seinem nicht ganz normalen Tyrannengeist das Auswärtige Amt beherrschte, verhinderte jede Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich durch das Losungswort, vorher müsse das französische Parlament den Frankfurter Vertrag³⁾ anerkennen. Ein anderer Fall könnte genannt werden, wo bei der Erörterung gewisser Bündnismöglichkeiten die These aufgestellt wurde, die Zustimmung der regierenden Partei böte noch keine genügende Garantie. Solche Ansichten führen mitunter dahin, alle guten Gelegenheiten zu versäumen, aber gerade für unsere zukünftigen Beziehungen zu Rußland sind sie, wie dort die Dinge liegen, nicht ganz ohne Sinn. Lenin und Trockij täuschen sich sicherlich nicht über die Gefühle, mit denen ein Teil des russischen Volkes ihre Unternehmungen im Innern und ihre Friedensschritte verfolgt. Die Kadetten und der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre lassen sich den Frieden vielleicht nicht ungerne aufzwingen, aber sie protestieren mit lauter Heftigkeit, um hinterher sagen zu können, sie hätten diesen Friedensvertrag niemals anerkannt. Wir alle wollen, daß Deutschland ein Rußland neben sich habe, das nicht in verschärfter Feindseligkeit jedem Revancheprediger Gehör leiht, sondern auf der Grundlage der verabredeten Bestimmungen in Freundschaft und friedlichem Austausch mit uns lebt. Man wird einwenden, daß die Kadetten immer zur Entente neigen, immer den Friedensvertrag, der in Brest-Litowsk jetzt entsteht, verwerfen werden, ganz gleich, wie dieser Vertrag beschaffen sei. Das kann vielleicht zutreffen, aber ihre Proteste werden keinen Eindruck auf das Volk machen, wenn der richtige Anreiz fehlt. Darum muß wiederum gesagt werden, daß jede extreme Lösung, daß jede Annexion oder Eingliederung eines Gebietes, das bis vor die Tore von Petersburg ginge, nur schwere Schädigung brächte und daß die losen Verbindungen die besten sind. Es muß auch wiederum gesagt werden, daß am ehesten die volle Freiheit, die absolute, nach allen Seiten hin deutlich bewiesene Unabhängigkeit des Volksvotums uns gegen endlose Wirren schützen kann. Das wenigstens muß uns, muß den kommenden Generationen erspart bleiben, daß aus diesen Gebieten heraus unablässig der Klageruf dringt. Unzweideutige, unbeschränkte Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes wird den Ruf unmöglich machen: „Wir sind vergewaltigt worden, befreit uns, wir erwarten euch!“

Durch die Beschlüsse vom 25. Dezember wurde nach Proklamierung des „Friedens ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und Kriegsentschädigungen“ den Ententevölkern eine zehntägige Frist gesetzt. Wahrscheinlich hätten diese Völker unter allen Umständen auch über den vierten Januar hinaus sich dem Willen der Lloyd George und Clemenceau gebeugt, obgleich aus der Sprache des englischen Gewerkschaftskongresses und aus der Haltung der Kammerlinken im Falle Caillaux⁴⁾ sich auf bemerkenswerte Wandlungen schließen läßt. Ganz klar

²⁾ Friedrich v. Holstein (1837—1909), deutscher Diplomat.

³⁾ Frankfurter Friede 10. 5. 1871, in dem Frankreich Elsaß-Lothringen abzutreten hatte.

⁴⁾ Joseph Caillaux (1863—1944), 1913 französischer Finanzminister; wurde beschuldigt, während des Krieges Beziehungen zu Deutschland unterhalten zu haben. — Anklage gegen Caillaux, vgl. *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8374.

dürfte nicht jedem sein, warum man sofort nach dem Anbruch der „zehn Tage“ das territoriale Programm entwickelt und veröffentlicht hat. Die Entente-Prese wird vermutlich den „Pazifisten“ erklären, daß die Mittelmächte jetzt das Machtgelüste enthüllt hätten, das sich hinter ihren Tugendworten verbarg. Sie hätte das Gleiche auch dann, wenn die Veröffentlichung nach dem vierten Januar erfolgt wäre, erklärt? Gewiß, aber die Wirkung würde eine andere gewesen sein. Ein wenig befremdlich ist es auch, daß in all den Vorschlägen von Brest-Litowsk, in dem ganzen Meinungs-austausch, in den für alle Kriegführenden bestimmten Leitsätzen, kein Wort, keine Silbe über die zukünftige Gestaltung Europas, die „Gesellschaft der Nationen“, die Abrüstung und die Schiedsgerichte steht.⁵⁾ Herr v. Kühlmann und Graf Czernin haben zu diesen Fragen Reden gehalten, die einen starken Eindruck auf die Welt gemacht haben, und jetzt findet sich in den Botschaften aus Brest-Litowsk nichts von alledem. Die Bolschewiki, Vertreter einer ganz radikalen Weltanschauung, messen diesen Ideen keine Bedeutung bei. Aber den Bevollmächtigten der vier verbündeten Mächte konnte ein Hinweis auf ihre früheren ausgezeichneten Erklärungen nicht schwierig sein. Es wäre erfreulich, wenn man nicht unterlassen wollte, diese Lücke auszufüllen. Denn man darf wohl hoffen, daß der als demokratisch und gerecht bezeichnete Frieden von Brest-Litowsk eine europäische Friedenspolitik ermöglichen, den Zündstoff vermindern, den Weg zur Rüstungsbeschränkung erleichtern und ohne einen noch breiteren Waffenwall durch seine eigenen Vorzüge bestehen wird.⁶⁾

⁵⁾ Von „Gesellschaft“ bis „steht“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „weil das Quatsch ist! mit dem ernsthafte Leute sich nicht abgeben“.

⁶⁾ Von „ohne“ bis „wird“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rand senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Blech!“.

130.

1. 1. 1918: Weisungen General Ludendorffs für die Verhandlungen mit den Ukrainern

Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 5. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 1. Abgeg. Großes Hauptquartier, 1. 1. 1918, 11.00 vorm., angek. 1. 1. 1918, 1.00 vorm.

General *Ludendorff* hat an General *Hoffmann* gedrahtet:

„Nachstehend Anhaltspunkte und Weisungen für die Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine¹⁾“:

¹⁾ Zur grundsätzlichen Motivierung von Separatverhandlungen mit der Ukraine vgl. u. a. Rohrbach, *Kriegsziel* S. 18: „... Die Beschwörung der russischen Gefahr wird, wenn die Zeit dazu erfüllt ist, erfolgen durch die Scheidung des ukrainischen und des moskowitischen Rußland — oder die Gefahr wird überhaupt nicht beschworen werden können ...“ — Die am 1. 1. 1918 in Brest-Litowsk angelangte Friedensdelegation der ukrainischen Volksrepublik bestand aus vier Bevollmächtigten: *M. F. Levits'kij*, *N. M. Ljubyns'kij*, *M. N. Polosiv*, *A. A. Sev'juk*; alle waren Mitglieder der Zentralrada; vgl. *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8271.

1. Sollten die Ukrainer auch Vollmacht für Rumänien haben, so wäre zu betonen, daß wir mit Rumänien allein verhandeln müssen, da Rumänien selbständiger Staat ist.
 2. Wünschen der Ukrainer, soweit sie Österreich-Ungarn und Polen berühren, ist unsererseits entgegenzukommen.
 3. Die Ukrainer sind zu bestimmen, daß sie den Brester Waffenstillstandsvertrag anerkennen, damit nur ein Waffenstillstandsvertrag an der ganzen Front gilt und die im Brester Verträge festgelegten Waffenstillstandskommissionen in Tätigkeit treten können.
 4. Unter allen Umständen wird vielleicht die Odessaer Kommission ähnliche Wirksamkeit erhalten müssen wie die große Petersburger Kommission.
 5. Wie stellen sich die Ukrainer zu den russischen Truppenbewegungen, die nicht mit den Waffenstillstandsbedingungen vereinbar sind? Ich bitte um Mitteilung der dortigen Anschauung, ob mit den Ukrainern ebenso verhandelt werden soll wie mit der Petersburger Abordnung oder mit Ukrainern und Petersburgern zusammen. Jedenfalls empfehle ich, Vorbesprechungen mit der Ukrainer Abordnung abzuhalten und ihr nach jeder Richtung hin entgegenzukommen.
- Nr. 26071 P.“

Lersner.

131.

1. 1. 1918: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Telegramm. Nr. 9. Abgeg. Großes Hauptquartier, 1. 1. 1918, 1.30 nachm., angek. 1. 1. 1918, 4.40 nachm.

General *Ludendorff* wies mich soeben nach Empfang der *Manchester Guardian* Meldung über *Lloyd Georges* Bereitwilligkeit, zu verhandeln¹⁾, darauf hin, daß wir unter allen Umständen am 4. Januar, abends 10 Uhr, von dem Brester Anerbieten kategorisch abrücken müßten. Der General hat Meldung erhalten, daß in Petersburg Kurier der englischen und französischen Regierung eingetroffen sein soll, der wichtigste Entscheidungen bei sich habe.

General *Ludendorff* betonte, er hege allergrößte Befürchtung, daß Entente nunmehr sich an Verhandlungen beteiligen und sie durch falsches Spiel in Länge ziehen bzw. zum Scheitern bringen wolle.²⁾

Lersner.

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang *Lloyd George* III S. 14 ff., Die kriegführenden Staaten verkünden ihre Friedensbedingungen. Dazu auch *Frankfurter Zeitung*, 15. Bd., S. 8252 f., „*Lloyd George* und die Arbeiter“, London, 31. 12. 1917.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang *Schultheß* 33. Jg. 1917, II, S. 921.

132.

1. 1. 1918: General Ludendorff über die Frage eines Beitritts der Entente zu den Friedensverhandlungen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 10. Abgeg. Großes Hauptquartier, 1. 1. 1918, 1.30 nachm., angek. 1. 1. 1918, 4.20 nachm.

General *Ludendorff* läßt drahten:

„Beim Kriegs-Presseamt sind Gerüchte aus Pressekreisen bekannt geworden, daß mit Wissen des Auswärtigen Amtes augenblicklich Unterhändler in Holland tätig sind.¹⁾ Es wird hieran die Schlußfolgerung geknüpft, daß dadurch der verhängnisvolle und auch von Euerer Exzellenz nicht gewünschte Hinzutritt der Entente zu den Brester Verhandlungen gefördert wird.

Um diesen beunruhigenden und irreführenden Gerüchten entgegenzutreten zu können, bitte ich, das Kriegs-Presseamt mit Mitteilung zu versehen.“

Lersner.

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die Angaben Rosens (III S. 145 ff.) über spätere deutsche Friedensfühler im Haag im Frühjahr 1918; dazu neuerdings Ahlswede S. 187 ff.

133.

2. 1. 1918: Der bayerische Ministerpräsident Ritter v. Dandl (München) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Ausfertigung.

Euer Exzellenz

beehre ich mich in Ergänzung meines Schreibens vom 30. Dezember vorigen Jahres Nr. I 28856¹⁾, worin der Wunsch der bayerischen Regierung nach Vertretung Bayerns bei den kommenden Friedensverhandlungen zum Ausdruck gebracht war, ergebenst zur Kenntnis zu bringen, daß dieser Wunsch auch eine Stütze findet in einer Verabredung, die im Anschluß an die Versailler Übereinkunft vom 23. November 1870 zwischen Bayern und Preußen getroffen wurde und wonach „bei Friedensverträgen, welche nach einem Bundeskrieg geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter Seiner Majestät des Königs von Bayern zugezogen werden wird, welcher sich an den Verhandlungen beteiligen und durch das Bundeskanzleramt seine Instruktionen erhalten wird“.²⁾

Diese Vereinbarung gestatte ich mir in Abschrift hier ergebenst anzufügen. Sie ist von den beiden Souveränen ratifiziert (von Preußen unter dem 14. Februar 1871), aber nicht veröffentlicht worden.

¹⁾ Vgl. Nr. 127.

²⁾ Vgl. auch in diesem Zusammenhang *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8368 f., Die bayerische Vertretung in Brest-Litowsk.

Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung und Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz
ganz ergebenster
v. Dandl.

Auszug
aus dem Separatprotokolle zum Versailler Vertrag
vom 23. November 1870.

Im Anschluß an die heute geschlossene Übereinkunft wird zwischen Seiner Majestät dem Könige von Bayern und Seiner Majestät dem Könige von Preußen verabredet:

1. daß bei Friedensverträgen, welche nach einem Bundeskriege geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter Seiner Majestät des Königs von Bayern zugezogen wird, welcher sich an den Verhandlungen beteiligen und durch das Bundeskanzleramt seine Instruktionen erhalten wird.

Versailles, den 23. November 1870.

gez. *Bray-Steinburg*³⁾.

gez. *Frhr. v. Pranckh*⁴⁾.

gez. v. *Lutz*⁵⁾.

gez. v. *Bismarck*.

³⁾ *Ouo Camillus Hugo Graf v. Bray-Steinburg* (1807—1899), bayerischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen.

⁴⁾ *Siegmund Frhr. v. Pranckh* (1821—1888), bayerischer Generalleutnant und Kriegsminister.

⁵⁾ *Johann Frhr. v. Lutz* (1826—1890), bayerischer Minister der Justiz und des Kultus.

134.

2. 1. 1918: Der polnische Ministerpräsident Kucharzewski (Wien) an Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Botschafter Graf v. Wedel an Staatssekretär v. Kühlmann. Telegramm. Nr. 3. Abgeg. Wien, Deutsche Botschaft, 2. 1. 1918, 1.10 nachm., angek. 2. 1. 1918, 5.53 nachm.

Polnischer Ministerpräsident bittet mich, nachstehendes Telegramm Eurer Exzellenz zu übermitteln:

„Bedauere sehr, die Gelegenheit versäumt zu haben, mit Eurer Exzellenz Rücksprache zu pflegen. Da mir aus Warschau mitgeteilt wird, daß Euere Exzellenz mangels Einvernehmens mit Seiner Exzellenz dem Reichskanzler nicht in der Lage waren, eine definitive Antwort betreffs der Teilnahme der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen zu geben, beehre ich mich nochmals, die dringende Notwendigkeit der Teilnahme der Polnischen Regierung an den Verhandlungen in Brest-Litowsk, und zwar vom 4. Januar an, zu betonen und Eurer Exzellenz um wohlwollende Förderung dieser Angelegenheit ganz ergebenst zu bitten. — *Kucharzewski*.“

Wedel.¹⁾

¹⁾ *Dr. Botho Graf v. Wedel*, Wirkl. Geheimer Rat, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter in Wien.

135.

2. 1. 1918: Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Telegramm. Nr. 4. Abgeg. Wien, 2. 1. 1918, 2.30 nachm., angek. 2. 1. 1918, 5.50 nachm.

Graf Czernin hat nicht Zuziehung des Grafen Tarnowski¹⁾ versprochen, sondern erklärt, falls Heranziehung eines Polen sich als notwendig erweise, was er aber sehr bezweifle, so denke er daran, Botschafter Graf Tarnowski zur Beruhigung der Polen in seine Delegation aufzunehmen.²⁾

Wedel.

¹⁾ Adam Graf Tarnowski, polnischer Politiker, österr.-ungar. Gesandter in Sofia, später Botschafter in Washington, den Czernin, S. 143, als einen „der besten und fähigsten Diplomaten Österreich-Ungarns“ bezeichnet. — Vgl. hierzu auch den Text einer polnischen Pressemeldung: „Godzina Polski, Warschau, legt folgenden Artikel zur Zensur vor: Graf Tarnowski polnischer Delegierter? Aus Wien wird gemeldet: Die Anteilnahme Polens an den Friedensverhandlungen mit Rußland beschäftigt die polnischen politischen Kreise, die sich bei den Regierungskreisen um Zulassung von Vertretern der polnischen Regierung zu den Friedensverhandlungen bemühen. Auf Seiten der deutschen Regierung findet diese Sache wohlwollende Aufnahme. Auch nimmt der Reichskanzler Graf Hertling eine wohlwollende Stellung dazu ein. Wie man in wohlinformierten Kreisen hört, hat Graf Czernin versprochen, daß zu den Friedensverhandlungen Graf Adam Tarnowski hinzugerufen wird, und dies wird in dem Augenblick geschehen, wenn die Verhandlungen auf konkrete Gleise kommen, d. h. vor allem, wenn die Rede vom Territorium sein wird, d. h. von der Grenze zwischen Rußland und Polen.“ Pol. Archiv, Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 4, Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

²⁾ Der Ausschuß hat die erste, unkorrigierte Fassung des Telegramms gewählt. Die in der Originalvorlage mit Bleistift vorgenommenen Korrekturen ergeben folgenden Text: „Durch Graf Czernin ist nicht Zuziehung des Grafen Tarnowski versprochen, sondern Czernin hat erklärt, falls Heranziehung eines Polen sich als notwendig erweise, was er aber sehr bezweifle, so denke er daran, zur Beruhigung der Polen Botschafter Graf Tarnowski als Mitglied der österreichischen Delegation mit nach Brest zu nehmen“.

136.

2. 1. 1918: Artikel der Berliner Morgenpost
„Die Feinde wollen antworten“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Das fanatische Geschrei der Kriegshetzer in England, Frankreich und Italien konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vorgänge in Brest-Litowsk bei den Völkern unserer Feinde den tiefsten Eindruck gemacht haben. Der wahrhaft stürmische Gang dieser zum Frieden drängenden Verhandlungen, die Leichtigkeit, mit der man sich im Beratungszimmer der Brest-Baracke über scheinbar unlösbare Fragen einigte, hatten den unwiderleglichen Beweis erbracht, daß, wenn einmal die Vernunft über die Leidenschaft und der gute Wille über das zähe Vorurteil gesiegt haben, ein Weg auch durch die dichteste Wirrnis aus-

einanderstrebender Überzeugungen und Interessen gefunden werden kann. Brest-Litowsk ist eine Lehre und eine furchtbare Anklage zugleich für diejenigen, die sich im vierten Kriegsjahre nicht entschließen wollen, „guten Willens“ zu sein. Die gewaltige Tatsache spricht zu den Völkern unserer westlichen Feinde, daß an unserer Ostgrenze die Waffen ruhen, daß dort keine Väter, Söhne und Brüder mehr fallen, daß der Haß der Völker dort ausgelöscht ist und die Schrecken des ewigen Kampfes von dem brüderlichen Gefühl beendeter gemeinsamer Leiden abgelöst sind. Diese Tatsache spricht eine ganz andere Sprache, als die haßgetränkten Reden der Staatsmänner, die bisher für die Verlängerung des Krieges eintraten. Die Redekunst eines *Lloyd George* oder eines *Pichon*¹⁾ mochten in ihren Parlamenten noch einen Augenblickssieg erringen, die bohrende Kraft dieser Tatsachen können die besten Reden nicht aus dem Bewußtsein der Völker schaffen.

In der französischen Kammer waren es zunächst die sozialistischen Fraktionen, die offen dafür eingetreten sind, daß auch die West-Entente nach Brest-Litowsk gehe, und die englische Arbeiterschaft hat auf ihrem letzten Gewerkschaftskongreß keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie weder von einem „Krieg bis zum Ende“, noch von einem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege etwas wissen will. Ja, es gibt Stimmen in der englischen Arbeiterschaft, die *Lloyd George* drohen, die Arbeit in der Munitionserzeugung einzustellen, wenn er nicht klar und unverhüllt die neuen Kriegsziele der Entente erkläre und wenn diese Ziele nicht mit denen der französischen und englischen Arbeiterschaft übereinstimmen. Es fehlt also nicht an einem starken Druck, der von der Arbeiterbevölkerung Englands und Frankreichs auf die Regierungen dieser Länder ausgeübt wird. Wie weit im übrigen auch in der bürgerlichen Bevölkerung Frankreichs die Friedensbewegung fortgeschritten ist, läßt sich aus dem wütenden Feldzug *Clemenceaus* gegen die „Defaitisten“, allen voran *Caillaux*, schließen, in dem man in Frankreich immer einen Anhänger der Verständigung mit Deutschland gesehen hat. Für die englischen Verhältnisse wiederum spricht die außerordentliche Wirkung, die der Brief *Lord Lansdownes* geübt hat, der, mag man ihn wie immer auslegen, doch ohne Zweifel eine starke Annäherung an den Gedanken eines Verständigungsfriedens bedeutet.

Unter diesen Umständen müßte es nicht wundernehmen, wenn die russische Regierung, die die Verhandlungen in Brest-Litowsk für zehn Tage unterbrechen ließ, um die Entente nochmals zum Anschluß an die Friedensverhandlungen einzuladen, den „psychologischen Moment“ getroffen hätte. Nach der Kundgebung der Mittelmächte in der vom *Grafen Czernin* geleiteten Verhandlung in Brest-Litowsk kann niemand mehr behaupten, daß die Mittelmächte ihr Kriegsziel nicht klar und offen bekanntgegeben hätten. Es ist zudem kein Zweifel darüber offen gelassen worden, daß diese Kriegsziele unter dem Gesichtspunkte eines allgemeinen Friedens aufgestellt sind. Alle Kundgebungen der Staatsmänner der Mittelmächte in letzter Zeit haben betont, daß sie den allgemeinen Frieden anstreben. Gewiß sollte die letzte Zusammenfassung auf der Konferenz in Brest-Litowsk kein neues Friedensangebot sein. Es bedurfte eines solchen

¹⁾ *Stefan Pichon*, Senator, französischer Außenminister 1906—1911, 1913.

nicht; aber wenn sie die Wirkung ausübt, die unsere Friedensanerbietungen vor einem Jahre verfehlten, so haben wir nichts dagegen. „Zum Frieden bereit, zum Kampf entschlossen“ — wir haben uns nicht geändert.

Reuter meldet scheinbar offiziös, die britische Regierung betrachte die von Deutschland und Österreich-Ungarn gestellten Friedensbedingungen als ersten Schritt von seiten der Mittelmächte und habe die feste Absicht, eine ernste, wohlüberlegte Antwort zu geben. Bewahrheitet sich diese Nachricht, die übrigens mit der letzten Rede des Herrn *Pichon* nur schwer in Einklang zu bringen wäre, so wäre sie vielleicht als der Anfang einer Umkehr auch der Regierungskreise in England zu werten²⁾, die natürlich von jedem Freunde des Friedens begrüßt werden darf. Freilich wäre es verfehlt, große Hoffnungen daran zu knüpfen. Noch trennen uns von dem Gedankenkreise und den ausgesprochenen Absichten unserer Feinde im Westen Abgründe. Aber wir haben die Hoffnung nie aufgegeben, daß sich auch diese Abgründe einmal werden überbrücken lassen³⁾, wenn einmal der Wille besteht, eine solche Brücke zu errichten.

Am 4. Januar geht die Frist zu Ende⁴⁾, die in Brest-Litowsk den Westvölkern Europas gesetzt wurde, um zur Besinnung zu kommen. Die Frist ist vielleicht kurz bemessen, aber den Menschen, die den Frieden ersehnen, ist jeder Tag kostbar, der zur Beendigung des Blutvergießens führt. In Brest werden die Verhandlungen weitergehen, wie immer auch die Entschlüsse im Westen lauten mögen. Die große Lehre aus dem Osten aber kann in der Welt nicht mehr überhört werden.

W. M.

²⁾ Von „Anfang“ bis „werten“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „nein! das sind die Letzten, die umkehren werden!“

³⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „erst müssen sie Haue kriegen“.

⁴⁾ Von „Am“ bis „Ende“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Bemerkung am Rande von derselben Hand: „am 3ten!“

137.

3. 1. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Staatssekretär v. Kühlmann (Warschau)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Telegramm. Nr. 1. Vermerk: „Dringend!“ Zusatz oben links: „Abschrift Tel. Ausw. Amt 102“.

Herr *Schüler*¹⁾ telegraphiert aus Brest-Litowsk, daß von der Regierung in Petersburg die Mitteilung eingetroffen ist, daß sie es für notwendig hält, die weiteren Verhandlungen über den Frieden in einem neutralen Lande zu führen und hierfür Stockholm vorschlägt. Die Delegation will die Antwort auf diese Frage in Petersburg abwarten. Im übrigen bemerkt Herr *Joffe* in seinem Tele-

¹⁾ *Edmund Schüler*, Geh. Legationsrat, Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Brest-Litowsk.

gramm²⁾, daß die Fassung der Punkte 1 und 2 der deutschen Vorschläge nicht befriedigend ist und der beschränkten Formulierung widerspreche, die in Punkt 3 der Antwortdeklaration des Vierbundes enthalten ist.

Bussche.

²⁾ Vgl. Nr. 139.

138.

3. 1. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann (Warschau)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Telegramm. Nr. 5.

Seine Majestät der Kaiser, dem ich von dem Wunsche der Russen, Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, Mitteilung machte, äußerte sich sehr energisch gegen eine solche Verlegung und meinte, wir sollten in Brest einstweilen mit den Ukrainern verhandeln und mit ihnen womöglich ein Bündnis schließen.

Bussche.

139.

3. 1. 1918: Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt (Chiffrierbüro)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Telegramm. Nr. 6. Abgeg. Brest-Litowsk, 3. 1. 1918, 7.00 vorm., angek. 3. 1. 1918, 8.00 vorm.

„An General *Hoffmann* für die Herren Vertreter der deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Delegation.

Die Regierung der russischen Republik hält es für notwendig, die weiteren Verhandlungen über den Frieden auf neutralem Boden zu führen und schlägt ihrerseits vor, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen. Ihre Antwort in dieser Frage wird die Delegation in Petersburg erwarten.

Was die Stellung zu den Vorschlägen betrifft, wie sie seitens der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegationen in Punkt 1 und 2 gefaßt sind, so sind die Regierung der russischen Republik wie auch das allrussische Zentralexekutivkomitee der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in völliger Übereinstimmung mit der von unserer Delegation ausgesprochenen Meinung der Ansicht, daß diese Vorschläge dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung sogar in jener beschränkten Formulierung widersprechen, die im Punkt 3 der Antwortdeklaration des Vierbundes vom 12. Dezember v. J. gegeben ist.

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation
gez. *A. Joffe.*“

*Baron Gautsch*¹⁾ sagte gestern Abend, der Zug des *Grafen Czernin* verlasse Wien erst Donnerstag und eintrifft hier Freitag. Ich halte also für möglich, daß Österreicher in Wien werden angehalten werden. Für Beurteilung Sachlage ist auch wichtig, daß hier angekommene vier Ukrainer laut gestern Abend vorgewiesener Vollmacht nur zur Führung Verhandlungen, nicht zu Unterschrift ermächtigt sind und daß Abreise des zur Unterschrift bevollmächtigten Vorsitzenden der Ukraine bisher nicht gemeldet ist.

Schüler.

¹⁾ *Dr. Oskar Frhr. Gautsch v. Frankenthurn*, Legationssekretär im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern; über seine Tätigkeit in Brest-Litowsk, vgl. *Czernin*, S. 313.

140.

3. 1. 1918: Die russische Presse über den Verlauf der Friedensverhandlungen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 12. Abgeg. Brest-Litowsk, 4. 1. 1918, 12.45 vorm., angek. 4. 1. 1918, 1.55 vorm.

Folgender Funkspruch wurde heute hier aufgefangen:

„3. 1. 18, 6.45 nachm.“

Heute resümiert die Räte-Presse die Lage in folgender Weise: Die gewaltigen Schwierigkeiten, die vom deutschen Annexionismus auf den Weg der Friedensverhandlungen gelegt werden, sind vollständig klar. Der morgige Tag wird uns zeigen, in welchem Maße Österreich-Ungarn und die Türkei geneigt, oder richtiger gesagt, wie weit [sie] imstande sind, unter den gegebenen Verhältnissen die annexionistischen Ansprüche bis zum Ende zu unterstützen. Der morgige Tag wird uns ebenfalls zeigen, in welchem Maße die Deutsche Regierung auf denjenigen Forderungen, welche die Möglichkeit eines Friedensschlusses ausschließen, bestehen kann und darauf bestehen will. Der morgige Tag wird ferner allen und jedem zeigen, ob sich die Deutsche Regierung dazu entschließen wird, ihrer Armee zu sagen: ‚Vorwärts nach Petersburg und Moskau, um den russischen Arbeitern, Bauern und Soldaten das Programm der internationalen Demokratie, die Forderungen der Freiheit und Unabhängigkeit für die Polen, Litauer und Letten auszutreiben‘. Wir waren über das eigentliche Wesen des deutschen Imperialismus nie im Zweifel. Wir haben uns nie Illusionen über die Absichten und über den Appetit der deutschen Imperialisten gemacht. Die Lösung dieser Frage hängt nicht nur vom Willen des deutschen Imperialismus, sondern auch von der immer zunehmenden Gegenwirkung ab. Die Frage gipfelt darin, wie die jetzigen Machthaber Deutschlands diese beiden Faktoren bewerten. Einige von den Machthabern sind für einen Kompromiß, für eine Beschneidung der eigenen imperialistischen Ansprüche, die anderen dagegen wollen den Widerstand von außen und von innen mit einem Schläge überwinden. Die Kriegspartei, die auf ihrem unglaublichen Annexionismus besteht, ist bereit, jede Bewegung innerhalb des Landes, welche gegen die militaristischen Utopien *Hindenburgs* gerichtet ist, zu unterdrücken. Selbstverständlich ist auch der Standpunkt von *Kühlmann* [von] dem unsrigen unendlich weit entfernt. Aber für die Aussichten eines baldigen Friedens ist es durchaus nicht gleichgültig, welche dieser beiden Tendenzen

obsiegen wird. Die folgenden Tage werden uns eine Antwort auf diese Frage geben. Aus den verbündeten Ländern bringt uns der Telegraph nach wie vor Drohungen, Anklagen und Klagen. Wenn *Orlando*¹⁾ uns über das eigentliche Wesen des deutschen Imperialismus aufklärt, wenn *Clemenceau* uns seine hochgehenden Ideen über Interessen der Weltdemokratie suggeriert, oder wenn *Lloyd George* und *Wilson* uns nach Besiegung Deutschlands einen Völkerbund in Aussicht stellen, so lesen wir diese Dokumente der Heucheleien mit einem Gefühl, das mit Achtung nichts Gemeinsames hat. Wir, Partei der Revolution, siegreiche Partei der Arbeiter, Bauern und Soldaten, die wir die Geheimverträge veröffentlicht und uns von denselben losgesagt haben, die wir offen das Programm eines ehrlichen Friedens verkündet haben, wir haben das Recht, den deutschen Imperialismus zu brandmarken und ihn vor das Tribunal der arbeitenden Klassen aller Länder zu stellen. Wie steht es nun mit den Regierungen der verbündeten Länder und mit Herrn *Orlando*? Der Vertrag, auf Grund dessen Italien den Krieg begonnen hat, ist jetzt allen und jedem bekannt. Die habgierigen Führer der italienischen Bourgeoisie haben 9 Monate lang geschwankt, ohne eine Antwort zu finden, ob es günstiger sei, das Blut der italienischen Soldaten an die eine oder die andere Mächtegruppe zu verkaufen. Die italienische Regierung ist nach 9 Monaten langen Verhandlungen, Kombinationen, Abmachungen und Intrigen in den Krieg getreten. Der Krieg nahm einen ebenso ruhmlosen Verlauf, wie er begonnen hat. Die italienische Regierung hat am meisten Veranlassung, das Volksgericht über die in den letzten 3 Jahren begangenen Verbrechen zu fürchten. Herr *Orlando* wird es nicht wagen, diejenigen Kriegsziele namhaft zu machen, für welche er nach wie vor die italienische Armee zum Blutvergießen auffordert. *Orlando* und seine Helfershelfer handeln ebenso verbrecherisch wie die militaristische Clique Deutschlands. *Orlando* darf es nicht wagen, der Regierung der Arbeiter, Bauern und Soldaten Lektionen zu erteilen. Herr *Orlando* soll schweigen! Die französische Regierung hält es für unmöglich, jetzt an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Sie bereitet sich auf eine neue Offensive der Deutschen vor, um eine Gegenoffensive in die Wege zu leiten. Was bedeutet diese Sinnlosigkeit? Ihr liegt Angst zu Grunde. Das ist auf das wilde Chaos zurückzuführen, welches das politische Bewußtsein der Verbrecher der Dritten Republik trübt. Der Friede ist ein Gericht. Das Volk wird die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Also muß der Tag des Friedensschlusses verschoben werden. Diese Sorge überragt alle anderen. Das ist die einzige grundlegende Idee der Politik der Herren *Poincaré* und *Clemenceau*. Davon leitet sich die verbrecherische und sinnlose Spekulationspolitik auf neue Offensiven ab, die nichts außer neuem Unheil und neuen Opfern geben kann.

Lloyd George verspricht allen Völkern, einen endgültigen Sieg über die Zentralmächte nicht später als nach einem Jahr zu erringen. Er rechnet dabei auf das schlechte Gedächtnis derjenigen, die ihm glauben, und auf die Vorsicht derjenigen, die sich den Anschein geben, daß sie ihm glauben.

Gleich in den ersten Kriegsmonaten prophezeiten die Führer der englischen Bourgeoisie, daß der Sieg nicht später als nach einem Jahr erfolgen wird. Das

¹⁾ *Vittorio Emanuele Orlando* (1860—1952), italienischer Ministerpräsident Oktober 1917 bis Juni 1919.

vierte und (das fünfte?) Kriegsjahr erscheinen den gemarterten und betrogenen Völkern in einem anderen Licht als das erste Kriegsjahr. Ein ehemaliger Demagoge, Renegat des Radikalismus, jetzt der hauptimperialistische Boxer Englands — *Lloyd George* — wird sich bald davon überzeugen, daß seine eigene politische Karriere durch eine kürzere Zeitspanne als ein Jahr bemessen ist. Der Präsident der Vereinigten Staaten, *Wilson*, erteilt aus Washington im Tone eines Quäkerpredigers Lehren der höchsten Staatsmoral. Die Völker kennen aber die Gründe, aus welchen die Vereinigten Staaten in den Krieg getreten sind. Die Völker wissen, daß dieser Einmischung nicht die Sorge um Recht und Gerechtigkeit zugrunde lag, sondern die zynischen Interessen der New Yorker Börse. Die amerikanische Bourgeoisie hat sich im Laufe der ersten drei Kriegsjahre am Blute der unglücklichen Völker gemästet. Sie hat eine ungeheure Kriegsindustrie geschaffen. Diese Kriegsindustrie hat über die Staatsgewalt Oberhand gewonnen und letztere zum Eingreifen in den Krieg gezwungen. Herr *Wilson* bedient die amerikanische Kriegsindustrie genauso wie Kaiser *Wilhelm* die Kohlen- und Eisenindustrie Deutschlands bedient. Der eine redet im Stil eines Republikaner-Quäkers, der andere schwebt ganz in Wolken einer preußisch-protestantisch-absolutistischen Phraseologie. Im Grunde genommen besteht zwischen beiden kein Unterschied. Für das sozialistische Proletariat sind die Einigungsverhandlungen und ein Vertrag mit [den] jetzigen Regierungen von Berlin, Washington, London, Paris, Wien und Rom in gleicher Weise zulässig oder unzulässig. Wir führen ja Verhandlungen mit Regierungen, die heute noch am Ruder sind. Diese Verhandlungen werden wir nach einem neutralen Lande verlegen, damit dieselben in voller Öffentlichkeit vor sich gehen können. In Brest-Litowsk haben uns die Bedingungen der feindlichen Regierungen nichts Neues eröffnet. Der deutsche Annexionismus nimmt zu den Formeln der Demokratie Zuflucht in gleicher Weise wie der Annexionismus der anderen Länder. Durch diese Notwendigkeit, sich anpassen zu müssen, verrät er seine Schwäche. Für uns sind die Formeln der Demokratie kein Deckmantel, sondern Kern der Sache; das ist dasjenige Programm, für welches das russische Volk sein Blut im Kampf gegen die russischen Imperialisten vergossen hat. Wir haben diesen Kampf nicht deswegen geführt, um unser Haupt vor dem deutschen Imperialismus zu beugen. Eine mächtige Welle der Entrüstung ergriff die Volksmassen Rußlands, als sie in den deutschen Bedingungen die Schlinge erblickten, welche die Partei *Hindenburgs* um den Hals Polens, Litauens und Kurlands wirft. Diese Entrüstung fand Widerhall in Deutschland, und zwar nicht nur in der sozialistischen Presse. Das deutsche Arbeitervolk kann nicht umhin, zu begreifen, daß ein Frieden auf denjenigen Grundlagen, welche *Hindenburg* mit der Bajonettspitze zu skizzieren bestrebt ist, eine Unmöglichkeit ist. Im Kampf gegen die Pläne und Anschläge der leitenden Klassen des Zentralreiches schreiten wir Hand in Hand nicht mit den Regierungen der verbündeten Länder, sondern mit den Revolutions-Volksmassen. Sind sie für uns und mit uns? Wir zweifeln daran keinen Augenblick. Einen Tag oder eine Woche früher oder später werden sie ihre Stimme erheben. Sie werden alle die Fehler, welche die imperialistische Diplomatie in der ihr noch beschiedenen Existenzperiode verüben wird, wieder gutmachen, und sie werden grausam die Schuldigen strafen.“

Schüler.

3. 1. 1918: Artikel des Vorwärts über die deutsche Annexionspolitik im Osten

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. — Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Amtlich wird gemeldet:

Berlin, 2. Januar. Heute nachmittag empfing der Kaiser den Reichskanzler Grafen Dr. v. Hertling, den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, den Generalquartiermeister Ludendorff, den Staatssekretär Grafen Roedern und den Staatssekretär Dr. v. Kühlmann zu gemeinsamem Vortrag.

Am Vormittag schon hatte, wie die Nordd[eu]tsche Allg[emeine] Z[eit]ung meldet, eine Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Dandl stattgefunden.

Gestrige Abendblätter wußten schon von einer „Kronrats“-Sitzung zu berichten, die am selben Tage um 5 Uhr nachmittags stattfinden sollte.

Zweck einer solchen Sitzung kann nur sein, unter Vorsitz des Kaisers eine Übereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung herbeizuführen, wobei sich der Reichskanzler seiner Verantwortlichkeit vor dem Reichstag bewußt bleibt. Begreiflich ist aber der Wunsch der Öffentlichkeit, einen Blick hinter die Kulissen tun zu dürfen¹⁾, hinter denen jetzt die wichtigsten Schicksalsfragen des deutschen Volkes entschieden werden sollen. Aus den verschiedensten Gründen blickt die ganze Presse mit Sorgen auf die noch völlig ungeklärte Entwicklung der Dinge, und es findet sich kaum ein Blatt, das mit ruhigem Vertrauen dem Kommenden entgegensieht.²⁾ Bedauerlich ist, daß der sozialdemokratische Ruf nach der Einberufung des Reichstages unter solchen Umständen nicht allgemeine Unterstützung findet.

Die Regierung darf sich die Gefahr nicht verhehlen, daß der von ihr angestrebte Friedensschluß im ganzen Volke ein Gefühl tiefer Unbefriedigung hervorruft. Auf der einen Seite können ihr die unentwegten „Machtpolitiker“ nicht verzeihen, daß sie den Russen nicht die unbehandschuhte Siegerfaust entgegen-gestreckt hat, auf der anderen Seite — weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus — herrscht schwere Sorge, daß das große Ziel eines dauernden Friedens mit Rußland um höchst zweifelhafter Vorteile willen unerreicht bleiben wird. Aus alledem droht eine Zerreißung der öffentlichen Meinung und eine Isolierung der Diplomatie, die angesichts der Tatsache, daß wir uns noch im Kriege befinden, nicht unbedenklich ist.

Wenn die Regierung in den breiten Massen des Volkes eine Stütze finden will,

¹⁾ Von „Wunsch“ bis „dürfen“ von der Hand Kaiser Wilhelms II. unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande zwei senkrechte Striche und Bemerkung von derselben Hand: „nein! bestimmt nicht“.

²⁾ Von „ruhigem“ bis „entgegensieht“ von der Hand Kaiser Wilhelms II. unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande in gleicher Höhe und Bemerkung von derselben Hand: „Esel oder Schurken“.

muß sie den Mut haben, den Eroberungspolitikern ganz zu mißfallen und mit Rußland einen Frieden zu schließen, der die Gewähr der Dauer in sich schließt, also einen Frieden ohne offene und versteckte Annexionen. Sie muß auf die — auch in der deutschen Presse fast allseits preisgegebene — Fiktion verzichten, daß irgendein Votum der russischen Grenzvölker für ihre Loslösung von Rußland und ihre Anlehnung an die Mittelmächte vorliege, und ihre Absicht, diesen Völkern vollste Freiheit der Entschließung zu gewähren, gegen jede Anzweiflung sicherstellen.

Wir veröffentlichen an anderer Stelle die Erklärung des litauischen Staatsrates über die Unabhängigkeit Litauens. Der Staatsrat setzt sich aus den verschiedensten Parteien des Landes zusammen, seine Meinung ist daher gewiß beachtlich, ob sie aber nicht durch eine unbeeinflusste Volksabstimmung eine weitgehende Korrektur erfahren würde, vermag heute niemand mit Bestimmtheit zu sagen. Immer wieder dringen aus dem neutralen Ausland Nachrichten zu uns herüber, die uns die Stimmung der Bevölkerung in den baltischen Provinzen ganz anders schildern, als sie uns in den hierzulande verbreiteten Darstellungen erscheint. So veröffentlichte der ganz gewiß nicht deutschfeindliche Berner „Bund“ einen Artikel über die Zukunft Lettlands, worin gegenüber alldeutschen Forderungen gesagt wird:

Das Streben der Letten geht dahin, ein gemeinschaftliches Lettland zu bilden. Diesem Streben ist das neue Rußland sofort entgegengekommen, indem es die Vereinigung der in drei Gouvernements verstreuten Letten zugestand. Das lettische Volk will weder von einer Annexion, noch von einer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Angliederung seines Gebietes an Deutschland etwas wissen. Die Letten wünschen auch keine fremde Befreiung. Sie haben sich selbst befreit und wollen für das Wiederaufblühen und Gedeihen ihrer Heimat selbst Sorge tragen. Nur ein freies Lettland als Bundesstaat der russischen Republik kann den Letten ihre nationale Zukunft sichern.

Auch die Erklärung des litauischen Staatsrates spricht, wie man wohl bemerken möge, nur von Loslösung Litauens von Rußland, nicht aber von dem zukünftigen Verhältnis Litauens zu einem anderen Staat. Sie sagt nichts von Zollunion und Militärkonventionen. Ist es nicht denkbar, daß die Litauer ihre Meinung stark modifizieren, wenn sie es auf der einen Seite mit einem abrüstenden Rußland, auf der anderen mit einem weiterrüstenden Deutschland zu tun haben sollten?

Vielleicht führt es auch nicht allzuweit vom Wege ab, wenn man daran erinnert, daß Ungarn nach einer gestern von uns wiedergegebenen Nachricht eine selbständige Armee bekommen soll. Ebenso gilt den Polen die Bildung einer selbständigen Armee als selbstverständlich. Daß die baltischen Provinzen angesichts dieser Vorbilder auf ihre eigene Armee oder Miliz verzichten sollten, ist höchst unwahrscheinlich. Das Bestehen einer selbständigen Armee ist aber das sicherste Wahrzeichen wirklicher staatlicher Selbständigkeit, und alle Konventionen, die abgeschlossen werden, verlieren dann von ihrem Wert.

Solche Erwägungen sollten auch den realpolitischsten der „Realpolitiker“ zu denken geben. Es kann sich bald herausstellen, daß die Vorteile, die von der Loslösung der Westprovinzen Rußlands erwartet werden, nur eingebildet sind,

während der ungeheure Nachteil der dauernden Verfeindung mit Rußland als einziges handgreifliches Ergebnis übrigbliebe.

Es ist nicht „verrannte Theorie“, es ist nüchterne Schlußfolgerung aus nüchternen Tatsachen, die uns rät, mit der Parole „Frieden ohne Annexionen“ unbedingt, vollständig und ehrlich Ernst zu machen!³⁾

³⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Quatsch“.

142.

4. 1. 1918: Telegramm der russischen Delegation (St. Petersburg)
an die Vorsitzenden der Delegationen des Vierbundes

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Brest-Litowsk, 4. 1. 1918, angek. 5. 1. 1918, 12.40 vorm.

Soeben zehn Uhr abends ist hier das in Übersetzung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

„An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte.

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft ihrer Delegationen am früheren Orte der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten *Trockij* morgen nach Brest-Litowsk fahren, in der Überzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden keine Schwierigkeiten machen wird.

Die russische Delegation.“

143.

4. 1. 1918: Staatssekretär von Kühlmann an den Reichskanzler
Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. — Überschrift: „An Reichskanzler. Nr. 1“. Dazu Vermerk: „Angekommen in Berlin um 5 Uhr 50 nachm.“

Auf das von Herrn *Joffe* gezeichnete Telegramm ist nach Beratung unter den verbündeten Delegationen, die nunmehr hier vollzählig beisammen sind, nachstehende Antwort durch Fernschreiber gegeben worden:

„An Herrn *Joffe*, Smolny¹⁾ Petersburg. Es war bindend verabredet, daß die Verhandlungen spätestens am 5. Januar zwischen den Verbündeten und der russischen Delegation in Brest-Litowsk weitergeführt werden sollten. Jede Verlegung des Verhandlungsortes wird abgelehnt. Die Delegation der 4 verbündeten Mächte.“

Der russische Versuch, in letzter Stunde eine Verlegung des Verhandlungsortes zu erzwingen, kommt nicht sehr überraschend. Der Wunsch, in Stockholm unter

¹⁾ Sitz *Lenins* in Petersburg; vgl. unten S. 452, Anm. 4.

Zuziehung sozialistischer Abgeordneter aller Länder einen „demokratischen Frieden“ zu schließen, hat immer gespukt. Jedenfalls aber hat sich die russische Delegation, nachdem der Wiederezusammentritt im Laufe des 4. in Brest-Litowsk fest verabredet worden war, durch ihr Vorgehen vollkommen ins Unrecht gesetzt. Ich glaube, daß jetzt nur eine ganz entschiedene und feste Sprache zum Erfolg führen kann, und schlage deshalb vor, mich zu ermächtigen, den deutschen Kommissionen in Petersburg und Dünaburg das als Anlage folgende Telegramm in offener Sprache noch heute zu senden. Erfolgt von seiten der Russen kein Einlenken, so befürworte ich unbedingt, am 7. d. Mts. den Waffenstillstand zu kündigen und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Ich zweifle persönlich nicht daran, daß, sobald die Bolschewikeregierung sieht, daß weder die Furcht vor unseren Linksparteien noch Nervosität auf seiten unserer Bundesgenossen uns von einer energischen Wahrnehmung unserer Interessen abhält, sie einlenken wird, und halte es für sehr wohl möglich, daß diese Episode es erleichtert, zum Abschluß zu kommen. Mir scheint es sehr bezeichnend, daß das Telegramm nicht vom Außenminister *Trockij*, sondern von Herrn *Joffe* gezeichnet war.

Ukrainische Delegation mit Verhandlungsvollmacht hier eingetroffen. Herr v. *Rosenberg* und General *Hoffmann* treten in vorbereitende Besprechung mit Ukrainern ein. Wegen eventueller Kündigung des Waffenstillstandes am 7. wird sich General *Hoffmann* mit O.H.L. unmittelbar in Verbindung setzen. Erbitte baldtunlichste Weisung über Vorstehendes.

Kühlmann.

[Anlage:]

a) Graf *Mirbach*²⁾, St. Petersburg. b) Generalmajor *Weidner*³⁾, Dünaburg. Bei Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk war zwischen den Verbündeten und der russischen Delegation bindend verabredet, daß die beiderseitigen Kommissionen am 4. Januar wieder in Brest-Litowsk eintreffen sollten, um am 5. die Verhandlungen fortzusetzen. Nach Abreise von Berlin ging mir nachstehendes Telegramm zu:

„An General *Hoffmann* für die Herren Vertreter der deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Delegation. Die Regierung der russischen Republik hält es für notwendig, die weiteren Verhandlungen über den Frieden auf neutralem Boden zu führen, und schlägt ihrerseits vor, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen. Ihre Antwort in dieser Frage wird die Dele-

²⁾ *Wilhelm Graf v. Mirbach-Harff*, Gesandter, seit dem deutsch-russischen Waffenstillstand deutscher diplomatischer Vertreter in Petersburg. Vgl. hierzu Quellen I/I S. 628: *Graf v. Mirbach-Harff* übernahm die Leitung der im Zusatz zum deutsch-russischen Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dezember vorgesehenen Kommission, die die Regelung des Austausches der Zivilgefangenen und dienstuntauglichen Kriegsgefangenen vornehmen und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland innerhalb der durch den Waffenstillstand gezogenen Grenzen treffen sollte; vgl. auch ebenda I/II S. 176, Programm der Petersburger Kommission im einzelnen: „... im wesentlichen ... die Wiederherstellung des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs, ferner besonders die Anbahnung des Austausches von Zeitungen und Büchern sowie die Anknüpfung finanzieller Beziehungen ...“ (Mitteilung *Dr. C. Melchior* in der Besprechung mit den Fraktionsführern im Auswärtigen Amt am 31. I. 1918.)

³⁾ 1914 Oberst und Abteilungschef im Großen Generalstabe, vgl. Rangliste 1914 S. 17, 22.

gation in Petersburg erwarten. Was die Stellungnahme zu den Vorschlägen betrifft, wie sie seitens der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegationen in Punkt 1 und 2 gefaßt sind, so sind die Regierung der russischen Republik wie auch das allrussische Zentralexekutivkomitee der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in voller Übereinstimmung mit der von unserer Delegation ausgesprochenen Meinung der Ansicht, daß diese Vorschläge dem Prinzipie der nationalen Selbstbestimmung sogar in jener beschränkten Formulierung widersprechen, die im Punkt 3 der Antwortdeklaration des Vierbundes vom 12. Dezember d. J. gegeben ist. Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation *A. Joffe*.“

Auf dieses Telegramm ist namens der verbündeten Delegationen Nachstehendes geantwortet worden:

„An Herrn *Joffe*, Smolny Petersburg. Es war bindend verabredet, daß die Verhandlungen spätestens am 5. Januar zwischen den Verbündeten und der russischen Delegation in Brest-Litowsk weitergeführt werden sollten. Jede Verlegung des Verhandlungsortes wird abgelehnt. Die Delegationen der 4 verbündeten Mächte.“

Durch das Verhalten der russischen Delegation ist eine neue Lage geschaffen worden, insbesondere ist unter diesen Umständen auf Verlängerung des Waffenstillstandes voraussichtlich nicht zu rechnen. Möglichkeit der Kündigung am 7. d. Mts. ist ins Auge zu fassen. Euer Hochwohlgeboren bitte ich, Ihre Dispositionen so zu treffen, daß Sie alsbald nach Erhalt entsprechender Weisungen mit dem gesamten Personal abreisen können.

Kühlmann.

144.

4. 1. 1918: Richtlinien v. Kühlmanns zur Information von Parlament und Presse über den russischen Vorschlag zur Verlegung der Friedensverhandlungen nach Stockholm

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm, Nr. 20. Brest-Litowsk, 4. 1. 1918, angek. 4. 1. 1918, 7. 56 nachm.

Falls Aufklärung Parlaments oder Presse geboten erscheint, könnte diese auf folgender Richtlinie erfolgen:

Der russische Versuch, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, kommt nicht überraschend, mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß in Petersburg von verschiedenen Seiten auf einen solchen Wechsel des Verhandlungsortes hingearbeitet werde. Insbesondere dürften 2 Faktoren auf die Haltung der russischen Regierung entscheidend hingewirkt haben: Englischer Einfluß und Ratsschlag der deutschen unabhängigen Sozialisten (Mitteilung über letzteren Punkt dürfte natürlich nicht durch die Regierung, sondern auf dem Herrn Gesandten *von Bergen* bekannten Wege erfolgen). Daß englischer Einfluß im Spiel war, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß in den Petersburger Kundgebungen, in denen auch gegen die Verbündeten Rußlands eine sehr scharfe Sprache geführt

wird, der englische Premierminister *Lloyd George* unter seinen Entente-Kollegen am glimpflichsten wekommt, und daß im jüngsten Appell des Hauptvollzugsausschusses an die Arbeiter in den Ententeländern zum Auftreten gegen ihre Regierungen zwar die französischen, italienischen und serbischen, jedoch nicht die englischen Arbeiter genannt werden. Die russische Regierung und ihre mit der Führung der Friedensverhandlungen beauftragte Delegation haben sich durch ihre neuerliche Haltung durchaus ins Unrecht gesetzt. Es war mit der Delegation bindend vereinbart worden, daß die Besprechungen nach Ablauf der 10tägigen Frist in Brest-Litowsk fortgesetzt werden sollten, so daß der jetzige russische Vorschlag, der noch dazu erst nach dem den russischen Herren wohlbekannten Abreisetermin der Vierbundsdelegationen einging, als ein Bruch der getroffenen Abmachungen bezeichnet werden muß. Auch sachlich stellt die gegenwärtige Haltung einen Fall von *mala fides* dar, indem die russische Regierung sich bezüglich der in Punkt 1 und 2 des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes behandelten Territorialfragen über die unsererseits mit ihren Delegierten getroffene Vereinbarung, die Regelung der strittigen Punkte einer Kommission zu übertragen, rücksichtslos hinweggesetzt und jetzt plötzlich einen durchaus schroffen Standpunkt einnimmt. Es kann angesichts dieser Umstände nur angenommen werden, daß die russische Regierung in Überschätzung ihrer Machtstellung eine Pressure auf die Mächte des Vierbundes auszuüben versucht, um unter Bruch geschlossener Vereinbarung nachträglich ihr genehmere Verhandlungsmodalitäten und Grundlagen zu erreichen, oder, daß sie fremdem Drucke bzw. fremden Vorspiegelungen folgend, die Friedensfrage neuerdings dilatorisch behandeln will.

Kühlmann.

145.

4. I. 1918: Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Telegramm. Nr. 15. Bezugsvermerk: „Auf Telegramm Nr. I“¹⁾ Mit Vorgehen einverstanden.²⁾ Betreffend Kündigung Waffenstillstandes setze ich voraus, daß Bundesgenossen auch damit einverstanden.

Dr. Graf v. Hertling.

¹⁾ Vgl. Nr. 143.

²⁾ Vgl. hierzu auch Telegramm des österreichischen Botschafters in Berlin, *Prinz Hohenlohe*, vom 3. I. 1918: „... Reichskanzler hat russischen Vorschlag, in Stockholm die Verhandlungen fortzusetzen, entschieden abgelehnt ...“ Dazu Telegramm *Hohenlohes* vom 4. I. 1918: „... Man ist hier der Ansicht, daß dieser russische Vorschlag jedenfalls auf die Bemühungen der Entente, ein Resultat der Verhandlungen um jeden Preis zu verhindern, zurückzuführen sei. Unter deren Einfluß hat die russische Regierung, wie man hier erfährt, auch erklärt, es werde sich in den allernächsten Tagen, vielleicht schon heute, zeigen, ob Österreich-Ungarn und die Türkei Deutschland bei seinen Annexionsplänen noch weiterhin Gefolgschaft leisten wollten. Russischerseits wird daher vor allem auf eine Spaltung und Trennung in unserem Lager gerechnet. Tritt diese, entgegen den russischen Erwartungen, nicht ein, und bleiben wir fest, den Vorschlag bezüglich Stockholms abzulehnen, so hofft man hier, daß, namentlich wenn in Brest begonnen wird, mit den Ukrainern zu verhandeln, auch die Bolschewiki selbst wieder erscheinen werden.“ HHStA, P.A., Brestler Kanzlei.

146.

4. 1. 1918: Artikel des Vorwärts über die Sitzung des Hauptausschusses vom 3. 1. 1918

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. — Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Strich am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

Mit der Stange im Nebel herumfahren ist für Volksvertreter keine ideale Aufgabe. Viel anderes hat aber der Hauptausschuß des Reichstages gestern nicht¹⁾ tun können, da ihm zu einer tiefen, ins Sachliche eindringenden Beschäftigung die notwendigen Unterlagen fehlten.

Man begreift, daß die Regierung unter den obwaltenden Umständen eine gewisse Reserve beobachtet, und daß sie nicht in Berlin über alles mögliche öffentliche Reden schwingen will, während sie in Brest-Litowsk verhandelt. Das hindert aber doch nicht, daß bestimmte Ziele abgesteckt und öffentlich gezeigt werden. Und wenn das nicht beliebt wird, so sind ja noch immer die mit Werg ausgestopften Doppeltüren da, hinter deren lautloser Stille sich die wahre Absicht der Regierung den Volksvertretern enthüllen kann.

Es ist nun gestern auch vertraulich verhandelt worden, aber wir verraten kein Geheimnis, wenn wir verraten, daß in diesem geheimnisvollen Teil der Beratung auch kein Geheimnis verraten worden ist. Wie die große Masse des deutschen Volkes, so steht auch der Reichstag und sein Hauptausschuß noch immer vor dieser ungelösten Frage:

Angenommen, die Entscheidung in den russischen Westprovinzen fällt so, wie es den Wünschen der Regierung von Berlin und Wien entspricht, wie soll sich dann das Verhältnis der Mittelmächte zueinander und ihr Verhältnis zu den ehemaligen russischen Westprovinzen gestalten?

¹⁾ Von „anderes“ bis „nicht“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Rotstift unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkungen von derselben Hand: „Der müßte überhaupt nach Hause geschickt werden! oder in die Siegfriedstellung zum Buddeln.“

147.

4. 1. 1918: Bericht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Sitzung des Hauptausschusses vom 4. 1. 1918

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Überschrift: „Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 7 vom 4. 1. 1918. Abend. Erklärungen des Reichskanzlers im Hauptausschuß“. Vermerk rechts oben am Rande: „Zum Archiv gehörig“.

Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute 10 Uhr zu einer neuen Beratung zusammen. Als erster Redner sprach der Abg. Graf Westarp¹⁾ über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.²⁾

¹⁾ Kuno Graf v. Westarp (1864-1945), MdR (Konservative Partei).

²⁾ Vgl. hierzu Schulthess, 34. Jg. 1918, I (1922), S. 1 ff., 3.—11. Jan. (Reichstag, Hauptausschuß Friedensverhandlungen mit Rußland).

Er erklärte, seine politischen Freunde seien nicht durchweg mit dem Verhalten des deutschen Unterhändlers einverstanden. Das allgemeine Friedensangebot, die Erklärung, mit allen Mächten in Friedensverhandlungen eintreten zu wollen, habe sehr überrascht. Bei den Besprechungen am 20. Dezember 1917 sei von den amtlichen Stellen in keiner Weise darauf hingewiesen worden, daß ein derartiges Angebot in Brest erfolgen werde. Das Angebot sei auch im Hinblick auf unsere militärische Lage nicht nötig, ja den deutschen Interessen abträglich gewesen, da das Ausland nicht glaube, daß die Erklärung vom 25. Dezember 1917 in Brest aus idealen Erwägungen heraus erfolgt sei. Seine Freunde wünschten dringend, daß die in dieser Erklärung gestellte Frist als abgelaufen betrachtet und keinesfalls erneuert werde. Mit dem großen russischen Nachbarlande in gute und enge Beziehungen zu treten, sei auch hier der lebhafteste Wunsch seiner Freunde, und er begrüße insbesondere die heutige Nachricht, daß nun auch bevollmächtigte Vertreter der Ukraine in Brest-Litowsk erschienen seien.

Im Anschluß an diese Ausführung ergriff der Reichskanzler Graf v. Hertling das Wort zu folgender Erklärung:

Der Herr Vorredner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schlusse meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß das, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.

Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch aussprechen lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor.

Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut —, in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen (Bravo!). Inzwischen sind die Brest-Litowsk-Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln.

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden

Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen (Bravo). Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht (Lebhaftes Bravo!).

Der Ausschuß vertagte sich nach dieser Erklärung, um den Fraktionen Gelegenheit zu bieten, zunächst unter sich über die Lage zu beraten.

Nächste Sitzung Sonnabend vormittag.

148.

4. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 5. Telegramm. Nr. 23. Brest-Litowsk, 4. 1. 1918, angek. 5. 1. 1918 12.50 vorm. Vermerk: „Vertraulich“.

In heutiger unverbindlicher Vorbesprechung erklärten die Ukrainer¹⁾:

1. Zur Frage des Ortes der Verhandlungen verhielten sie sich neutral.
2. Sie seien bevollmächtigt und bereit, eventuell auch ohne die Bolschewiki selbständig für die ukrainische Republik zu verhandeln, um so schnell wie möglich den von ihnen nicht verschuldeten Krieg zu beenden.
3. Der Begriff Ukraine umfasse die russischen Gouvernements Kiev, Volhynien, Podolien, Cherson, Jaurien, Charkov, Ekaterinoslav, Černigov, Poltava. Von Bessarabien scheinen sie nur den Nordzipfel, vom Gouvernement Cholm nur die südliche Hälfte zu beanspruchen. Außerdem einige Randgebiete, über deren Zugehörigkeit Spezialkomitees entscheiden sollen.
4. Sie billigen Prinzip gegenseitiger Nichteinmischung in innere Verhältnisse, was *Graf Czernin* besonders sympathisch war.
5. Sie hielten im Gegensatz zu Bolschewiki Veröffentlichung der Verhandlungen nicht für zweckmäßig.

Wir haben die Ukrainer freundlich behandelt und uns bereit erklärt, eventuell gesondert mit ihnen zu verhandeln.

Kühlmann.

¹⁾ Die ukrainische Delegation (Delegation der Kiever Rada) bestand aus *Alexander Sevrjuk*, *Mikola Ljubynskyj*, *Vsevolod Holubovyč*. Sie war in Brest-Litowsk am 1. 1. 1918 angekommen; vgl. Reshetar S. 105 ff., dazu Allen, S. 275 ff., *Gruševskij* und *Vinničenko*: The Ukrainians at Brest-Litovsk. — Über wirtschaftliche Erwartungen, Verhältnis O.H.L.-Rada, die Initiative auf ukrainischer Seite vgl. Beyer, S. 27 ff., 31 ff., 35 ff.

149.

5. 1. 1918: Gesandter Graf v. Brockdorff-Rantzau (Kopenhagen)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 14. Abgeg. Kopenhagen, 5. 1. 1918, 1.00 vorm., angek. 5. 1. 1918, 10.27 vorm. Vermerk: „Ganz geheim“.

Herr v. *Scavenius*¹⁾ mitteilte mir soeben heute eingegangenes geheimes Telegramm des dänischen Gesandten Petersburg vom 3. Januar. Dieser meldet etwa wörtlich:

„Die Delegation der Bolschewiki ist aus Brest-Litowsk nach Petersburg zurückgekehrt. Kurz darauf wurde hier die Bedingung bekannt, und damit wurde klar, daß die Deutschen keineswegs daran denken, die besetzten Gebiete sofort zu räumen. *Trockij* hatte sich bis dahin als Sieger bei den Verhandlungen geziert. Nachdem jetzt feststeht, daß er das Volk über das Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk getäuscht hat, haben *Lenin* und er angesichts der tiefgehenden Erregung der öffentlichen Meinung begonnen, gegen Deutschland zu hetzen; sie schlagen bereits kriegerische Töne an. Übrigens ist das Ganze nur Bluff, denn da Rußland keine Armee mehr besitzt, kann ernsthaft von einer russischen Offensive nicht die Rede sein. Die Hetzereien der *Trockij* und Genossen sind ein durchsichtiges Manöver, um die Volkswut von ihrer Person abzulenken. Wichtigste Frage, die hier alle Welt am meisten interessiert, vermögen sie durch ihre Treibereien nicht zu beantworten, nämlich warum *Trockij* das Volk belogen und auch den Ententemächten gegenüber die Fiktion aufrechterhalten hat, als sei Deutschland auf die Bedingungen der Bolschewiki eingegangen.“

Der Gesandte beschränkt sich in seiner Depesche lediglich auf die Konstatierung dieser Tatsachen, ohne Vermutungen über die fernere Gestaltung der Lage zu äußern.

Rantzau.

¹⁾ *Erik Julius Scavenius*, dänischer Außenminister 1913—1920; zu seiner Würdigung vgl. V. Koppel in Dansk Leksikon, XX, S. 614 f.

150.

5. 1. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 28. Abgeg. Brest-Litowsk, 5. 1. 1918, 8.15 nachm., angek. 5. 1. 1918, 9.20 nachm.

Heute abend 7 Uhr ist folgender Funkspruch in deutschem Klartext abgesandt worden:

„An die russische Delegation, z. H. ihres Vorsitzenden, Herrn *Joffe*, Petersburg. In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leit-

sätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen allgemeinen Friedens bekannt machen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.¹⁾

Die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen:

(gez.) v. Kühlmann für Deutschland.

(gez.) Graf Czernin für Österreich-Ungarn.

(gez.) Popow für Bulgarien.

(gez.) Nessimy Bey für die Türkei.²⁾

Es war hier erwogen worden, am Schlusse des Funkspruchs ausdrücklich zu sagen, daß mit dem fruchtlosen Ablauf der zehntägigen Frist die Leitsätze vom 25. Dezember ihre Gültigkeit verloren und die vier Verbündeten insoweit volle Freiheit wiedergewonnen haben. Namentlich hätte General Hoffmann einen solchen Zusatz gern gesehen. Folgende Gründe haben uns veranlaßt, auf den Zusatz zu verzichten:

1. In der Geschichtserzählung des Absatz 1 wird bereits gesagt, daß die verbündeten Delegationen die Gültigkeit der Leitsätze vom rechtzeitigen Beitritt sämtlicher Kriegführenden abhängig gemacht haben. Im Absatz 2 wird festgestellt, daß diese Voraussetzung nicht eingetreten ist. Die daraus sich ergebende einfache Schlußfolgerung kann der Presse und dem Leser überlassen werden. Hätten wir selbst sie in einem besonderen Zusatz noch ausdrücklich unterstrichen, so würde der sowieso zu erwartende Protest der Linken unnütz verschärft worden sein.

2. Wir haben uns auch im Hinblick auf Reichstagsresolution, Antwort an Papst²⁾ und Programm des Herrn Reichskanzlers nicht ohne Einschränkung von den Leitsätzen lossagen können, vielmehr hätten wir gewundenen Vorbehalt machen müssen. Dadurch wäre die erhoffte gute Wirkung auf die Rechtsparteien wahrscheinlich in ihr Gegenteil verdreht worden.

3. Die Österreicher waren scharfe Gegner jeglichen Funkspruchs. Wir haben seit gestern abend unausgesetzt auf sie einwirken müssen, um ihren Widerstand zu überwinden. Eine schärfere Fassung wäre unter keinen Umständen durchsetzbar gewesen. Wir hätten also ohne die Österreicher marschieren müssen, was

¹⁾ Vgl. hierzu auch Nr. 131, Anm. 2.

²⁾ Vgl. oben S. XXVII, Anm. 95.

nach außen und innen einen schlechten Eindruck gemacht hätte. Die bulgarische Delegation, namentlich Oberst *Gantschew*, die aus naheliegenden Gründen eine möglichst scharfe Fassung wünschte, war übrigens hochbefriedigt und rühmte besonders, daß wir die Schlußfolgerung dem Leser überließen. Falls Euere Exzellenz der Meinung sind, daß Nachhilfe nötig und angezeigt ist, darf anheimgestellt werden, die Journalisten in der Pressesitzung darüber aufzuklären, daß und inwieweit wir jetzt die Hände frei haben.

Rosenberg.

151.

5. 1. 1918: Das Berliner Tageblatt mit Meldungen der Pravda und der Morning Post

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Überschrift: „Abschrift A. 686 pr. 6. Januar 1918. Berliner Tageblatt. 5. 1. 18“.

Schweizer Grenze, 4. Januar.

Die Petersburger *Pravda* meldet: die russische Regierung bewilligt keine Fristverlängerung an die Alliierten.

Die *Morning Post* berichtet: Die bevorstehende neue amtliche Erklärung der Alliierten über die Bedingungen, unter denen sie zu den Friedensbesprechungen bereit sind, bringt keine Änderung der bisherigen Erklärungen der Entente in der Frage der Kriegsziele.¹⁾ Infolgedessen ist der Gegensatz der Grundsätze zwischen den beiden Mächtegruppen vorläufig noch unüberbrückbar.²⁾

¹⁾ Von „Änderung“ bis „Kriegsziele“; von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Rotstift unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „Gut! Damit ist die Sache erledigt! Jetzt diktieren wir rein aus der Lage heraus nach unserem Gutdünken den Frieden.“

²⁾ Über die ablehnende Haltung der Alliierten im einzelnen vgl. WUA, Vierte Reihe, 12. Bd. S. 119.

152.

5. 1. 1918: Legationsrat v. Stockhammern (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 31. Brest-Litowsk, 5. 1. 1918, angek. 5. 1. 1918, 10.25 nachm. Vermerk: „Für Direktor Johannes“.¹⁾

Auf Brief vom 4. Januar. Verhandlungen mit Russen bevorstehend, da Kommission mit *Trockij* frühestens Sonntag, höchstwahrscheinlich aber erst Montag abend eintreffen soll. Mit Ukrainern bisher nur unverbindlich gesprochen. Wirtschaftsfragen wurden bisher nicht verhandelt, doch ihre Wichtigkeit von allen Ukrainern betont. Ukrainer sind bereit, falls wir mit Rußland nicht zustande

¹⁾ *Dr. jur. Benjamin Hermann Werner Karl Ernst Johannes* (1857—1932), ab 1. 3. 1914 Direktor der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Mitglied der deutschen Friedensdelegation zu Brest-Litowsk.

kommen, mit uns allein abzuschließen. Dann wären wirtschaftliche Abreden mit Ukrainern unmöglich. Vor Dienstag oder Mittwoch abend ist aber daran nicht zu denken. Es wäre auch, wenn Ukrainer mit uns nicht selbständig abschließen, zu versuchen, die mit Rußland zu treffenden wirtschaftlichen Abreden mit ukrainischer Hilfe zu erweitern.

*Stockhammern.*²⁾

²⁾ *Karl Edler v. Stockhammern* (1869—1928), Geh. Legationsrat, Vortragender Rat der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.

153.

5. 1. 1918: General v. Cramon (Standort des k. u. k. Armeeeoberkommendos) an Kaiser Wilhelm II. (Berlin)

Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5. Abschrift, Kopf des Schreibens: „Deutscher bevollmächtigter General beim k. u. k. Armeee-Oberkommando. J. Nr. 6481“. Standort des A.O.K.¹⁾ Überschrift: „An des Kaisers und Königs Majestät, Berlin, Schloß Bellevue“.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß ich heute in sehr langer Audienz von Seiner Apostolischen Majestät²⁾ empfangen wurde und dabei Gelegenheit hatte, Euerer Majestät Instruktion gemäß alles eingehend zum Vortrag zu bringen.

Die im Namen Euerer Majestät von mir abgegebene Erklärung, daß nach dem ganzen Vertrauensverhältnis, welches zwischen Euerer Majestät und dem Kaiser *Karl* bestünde, und nach den wiederholten Versicherungen, die der Allerhöchste Herr teils persönlich, teils schriftlich gegeben oder durch mich haben geben lassen, Euere Majestät unmöglich die Absicht eines Abgehens von der Bundestreue auch nur annehmen könnten, machte sichtlich einen tiefen Eindruck.

Seine Apostolische Majestät wurden ganz still und ernst, sprachen sich sodann aber hochbeglückt über das von Euerer Majestät erneut hiermit bekundete Freundschaftsverhältnis aus, betonten nur, daß es doch nach den vielfachen Erklärungen über den Willen zum Frieden schwer gewesen wäre, Allerhöchst ihren Völkern die Notwendigkeit begreiflich zu machen, gegebenenfalls nur dafür weiter kämpfen zu müssen, daß Deutschland Litauen und Kurland als Siegespreis erhalte.

Ich habe darauf in entsprechender Form mir zu vermerken gestattet, daß Euere Majestät dankbar dafür gewesen wären, wenn diese Bedenken vielleicht etwas früher zur Sprache gebracht worden wären, weil dann Mißverständnisse mit Leichtigkeit zu vermeiden gewesen sein würden, und habe erneut die Überzeugung gewonnen, daß der Allerhöchste Herr sich mit der ganzen Sache übereilt und sie in ihren Konsequenzen nicht hinreichend durchdacht hat.

¹⁾ Österreichisch-ungarisches Armeeeoberkommando, Sitz Baden bei Wien.

²⁾ Kaiser *Karl I.* (1887—1922), Nachfolger des Kaisers *Franz Joseph I.* ab 21. 11. 1916.

Hinsichtlich der Polenfrage scheinen Seine Apostolische Majestät die austropolnische Lösung auch nur als das geringere der polnischen Übel überhaupt anzusehen. Den Wunsch, die Frage aber in diesem Sinne gelöst zu sehen, begründeten Seine Apostolische Majestät außer mit dem Streben, durch Zuteilung von Galizien an das neu zu schaffende Königreich Polen den polnischen Einfluß auf die innere Politik Österreich-Ungarns auszuschalten, mit der Notwendigkeit, der Monarchie ein Äquivalent für den Machtzuwachs zu geben, der Deutschland durch Angliederung von Litauen und Kurland zuteil würde.

Meine Bemerkung, daß Serbien, Montenegro und schließlich auch Albanien doch einen beträchtlichen Landgewinn bedeuten würden, wurde damit beantwortet, daß man den Erwerb dieser Länder nicht wünsche, weil hiermit das slavische Element in der Monarchie einen zu großen Zuwachs erhalte.

Ich habe Euerer Majestät Befehl gemäß zum Ausdruck gebracht, daß Euere Majestät eine Lösung der Polenfrage anstrebten, die den berechtigten Wünschen beider Reiche entspräche, und daß hierüber zwischen der Obersten Heeresleitung und dem Herrn Reichskanzler noch Verhandlungen schwebten.

Es glückte mir ferner, festzustellen, daß das von Euerer Majestät nach dem Besuch der Isonzofront an Seine Apostolische Majestät gerichtete Schreiben, in dem Euere Majestät die Polenfrage gestreift hatten, angekommen ist und, wie der Kaiser *Karl* mir sagte, nur deshalb nicht beantwortet worden sei, weil es als ein Dankschreiben aufgefaßt worden wäre, das Polen nur nebenbei berührt habe.

Offenbar schien dem Allerhöchsten Herrn erst jetzt der Gedanke zu kommen, daß seine Antwort vielleicht angezeigt gewesen wäre, weil damit auch eine Besprechung der strittigen Frage in Fluß gekommen wäre.

Im großen und ganzen habe ich den Eindruck gewonnen, daß die im Namen Euerer Majestät von mir abgegebenen Erklärungen sehr gut gewirkt haben, denn Seine Apostolische Majestät äußerten zum Schluß den dringenden Wunsch, sich sobald als möglich mit Euerer Majestät über alle schwebenden Fragen eingehend auszusprechen und lassen Euere Majestät bitten, bei dieser Gelegenheit auch einer eingehenden Besprechung zwischen den beiden Auswärtigen Ämtern und den beiden Obersten Heeresleitungen zuzustimmen.

In dieser Besprechung sollten dann nach Ansicht Seiner Apostolischen Majestät alle Kriegsziele Deutschlands und Österreich-Ungarns offen und klar erörtert, auch alle weiteren Absichten über die Fortführung des Krieges, namentlich im Westen, wofür k. u. k. Truppen soweit nur irgend möglich zur Verfügung stünden, festgesetzt, auch die Ergebnisse dieser Erörterungen namentlich unterschrieben werden, damit in Zukunft alle Mißverständnisse und hiermit auch alle Quellen für Meinungsverschiedenheiten ausgeschaltet würden.

Ich darf diesen Wunsch ganz besonders zu unterstreichen und alleruntertänigst zu befürworten mir gestatten.

Hörte ich doch erst heute von der Äußerung eines uns sehr wohlwollenden und sehr deutschgesinnten österreichischen Offiziers, die dahin ging, daß Deutschland gut daran tun würde, für alle Abmachungen eine Unterschrift zu verlangen, damit Überraschungen wie die letzte in Zukunft unmöglich gemacht würden.

Allerdings wird die geplante Besprechung kaum vor Ende dieses oder Anfang nächsten Monats stattfinden können, da sie sich während der Verhandlungen in Brest-Litowsk von selbst verbietet, und Seine Apostolische Majestät am 14. Januar eine Reise zum Gegenbesuch in Sofia und Konstantinopel anzutreten beabsichtigen, die erst am 26. Januar beendet sein dürfte.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät
alleruntertänigster

v. Cramon
General à la suite.

154.

6. 1. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Legationssekretär Frhr. v. Lersner

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm (Hughes). Nr. 20. Kopf des Telegrammes: „Abschrift zu A. 628 III (Angabe)“.

In einem Telegramm an die russische Delegation in Petersburg, dessen Wortlaut W. T. B.¹⁾ Montag früh veröffentlichen wird²⁾, stellen die vier verbündeten Delegationen fest, daß die von den Kriegführenden am 25. v. M. für den Beitritt zu den Friedensverhandlungen gestellte Frist am 4. d. M. abgelaufen ist.

Wie Staatssekretär *v. Kühlmann* telegraphiert, hatte er erwogen, am Schlusse des Funkspruches ausdrücklich zu sagen, daß mit dem fruchtlosen Ablauf der zehntägigen Frist die Leitsätze vom 25. Dezember ihre Gültigkeit verloren und die vier Verbündeten insoweit volle Freiheit wiedergewonnen hätten. Die Verwirklichung dieser Absicht ist indes hauptsächlich daran gescheitert, daß die Österreicher scharfe Gegner jeglichen Funkspruches waren. Unsere Herren haben unausgesetzt auf sie einwirken müssen, um ihren Widerstand zu überwinden. Eine schärfere Fassung wäre unter keinen Umständen durchzusetzen gewesen. Wir hätten also ohne die Österreicher handeln müssen, was nach außen und innen einen schlechten Eindruck gemacht hätte. Die bulgarische Delegation, namentlich Oberst *Gantschew*, war hochbefriedigt und rühmte besonders, daß wir die Schlußfolgerung dem Leser überließen.

Bitte dem Generalfeldmarschall *v. Hindenburg* unter Darlegung des Sachverhaltes mitteilen, der Herr Reichskanzler hätte mich zu der Erklärung an ihn beauftragt, daß wir seiner Ansicht nach jetzt nach Ablauf der zehntägigen Frist völlige freie Hand nach dem Westen zu haben.

Unterstaatssekretär
v. dem Bussche-Haddenhausen.

¹⁾ Wolffs Telegraphisches Büro.

²⁾ Vgl. Nr. 150.

155.

6. 1. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Busche (Berlin) an Gesandten
v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm (Hughes offen). Nr. 52.

Nach Zeitungsmeldung aus Stockholm gibt *Denj* folgende Darstellung von Petersburger Vorgängen: Am Dienstag behandelte man im Smolny Institut das Verhältnis zu Deutschland und hielt es für notwendig, die Verhandlungen abubrechen. Den Anlaß boten Friedensverhandlungen, die angeblich zwischen Deutschland und den Westmächten begonnen hätten. Am Mittwoch beschlossen Volkskommissare ihrerseits in Verhandlungen mit der Entente zu treten.

Bussche.

156.

6. 1. 1918: General Ludendorff an General Hoffmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 45. Brest-Litowsk, 6. 1. 1918, angek. 7. 1. 1918, 2.40 vorm.

General *Ludendorff* telegraphiert 5. Januar an General *Hoffmann*:

„Das bisherige Ergebnis der wirtschaftlichen Verhandlungen mit Rußland ist unannehmbar.

Wir müssen festhalten, daß mit Friedensschluß der Handel jedenfalls auf einer für uns nicht ungünstigeren Basis erfolgt als vor dem Kriege. Zunächst müßte, da ein neuer Handelsvertrag Zeit erfordert, der vor dem Kriege gültige wieder in Kraft treten.

Für alles beschädigte, liquidierte, enteignete usw. deutsche Eigentum in Rußland ist voller Ersatz zu fordern; insbesondere gilt dies von Bergwerken usw., deren Inbetriebnahme wir für unser Wirtschaftsleben nötig haben. Nähere Richtlinien folgen baldigst. Bis dahin bitte ich feste Abmachungen hinauszuschieben.“

Rosenberg.

157.

6. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das
Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 37. Abgeg. Brest-Litowsk, 6. 1. 1918, 11.45 vorm. Vermerk: „Auf Telegramm Nr. 32 vom 5. d. Mts.“¹⁾

Die von der russischen Telegraphenagentur verbreitete angebliche Antworts-
erklärung der russischen Delegation vom 28. v. M.²⁾ ist eine freie Erfindung,

¹⁾ Der Deutsche Gesandte in Stockholm an das Auswärtige Amt 5. 1. 1918: „Nach Auffassung Herrn v. *Heidenstamm's* . . . ist plötzliche Änderung der Haltung Bolschewiki in erster Linie dem ihm völlig unbegreiflichen Interview des *Freiherrn v. Keyserlingk*, das russische Gemüter

deren Dreistigkeit alle Begriffe übersteigt. Zu den beiden Sitzungen vom 28. Dezember sind von russischer Seite überhaupt keine Erklärungen zur Territorialfrage abgegeben worden. Die Vormittagssitzung war im wesentlichen der Verlesung der vereinbarten Punkte 3—16 gewidmet, während in der Sitzung am Nachmittag sachliche Fragen überhaupt nicht behandelt, sondern nur abschließende Worte allgemeinen Inhalts gesprochen wurden. Die Territorialfragen wurden in der Sitzung vom 27. Dezember verhandelt. Alles, was von russischer Seite hierzu amtlich geäußert worden ist, enthält das an den Herrn Reichskanzler in Telegramm Nr. 188 gedrahtete Stenogramm.³⁾ Weitere Äußerungen der Russen über diese Frage sind nicht gemacht worden.

Kühlmann.

sehr erregt hätte, zuzuschreiben. Interview . . . habe *Trockij* und *Lenin* zu scharfen Tönen gezwungen. *Heidenstamm* sieht indes in Unterbrechung nur Intermezzo, das, wenn man sich kühl suchen lasse und kein Empressement zeige, Frieden nicht hindern könnte. Nach Ansicht *Heidenstamms* sind Bolschewiki gezwungen abzuschließen, ebenso alle Nachfolger, ihr Sturz sei sicher, falls sie nicht abschließen. Die stärkste Partei, Sozialrevolutionäre, ihre wahrscheinlichen Nachfolger, unterstützten Bolschewiki nur, um diese während unangenehmer Aufgabe des notwendigen Friedensschlusses zu halten . . . *Lenin* und *Trockij* hoffen außerdem ehrlich auf Möglichkeit, uns durch revolutionären Druck einschüchtern zu können. Da sie ihren Sturz voraussehen und Stellung schwach, neigen sie zu verzweifelten Experimenten, bereit je nach Lage ein Nachgeben mit Zwangslage Rußlands zu rechtfertigen oder in Schönheit auf ihren Prinzipien zu sterben, Abschluß Friedens Nachfolgern zu überlassen. Zu längerer Verzögerung des Friedens sind sie außerstande.“ — Pol. Archiv. Rußland. Pol. Nr. 1. Bd. 6.

²⁾ Vgl. auch Nr. 117 u. 124.

³⁾ Vgl. Nr. 116.

158.

6. I. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 40. Brest-Litowsk, 6. I. 1918, angek. 6. I. 1918, 5.45 nachm. Vermerk: „Mit Bezug auf Telegramm Nr. 15¹⁾ und Nr. 43²⁾“

Da die russische Delegation inzwischen ihr Erscheinen angekündigt hat, Krise also einstweilen behoben ist, sind die im Telegramm Nr. 1³⁾ unter 2a und b in Aussicht genommenen Telegramme an *Mirbach* und *Weidner* nicht abgesandt worden.

Rosenberg.

¹⁾ Vgl. Nr. 145.

²⁾ Unterstaatssekretär v. dem *Bussche-Haddenhausen* an den Gesandten v. *Rosenberg* 6. I. 1918. Abreise *Talaat Paschas*. Frage der Aufkündigung des Waffenstillstandes. — Pol. Archiv, Rußland. Pol. Nr. 1, Bd. 6.

³⁾ Vgl. Nr. 143.

6. 1. 1918: Sitzung der Delegationen des Vierbundes mit den Ukrainern

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 44, abgeg. Brest-Litowsk, 6. 1. 1918, 1.18 nachm., angek. 7. 1. 1918, 1.30 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler“.

Nachdem *Graf Czernin* und ich gestern und vorgestern in vertraulicher Form mit den ukrainischen Vertretern Fühlung genommen hatten, ist heute unter Beteiligung der Bevollmächtigten aller Vierbundmächte mit der ukrainischen Abordnung eine Vollsitzung abgehalten worden, über deren Verlauf sich aus dem nachfolgenden Stenogramm das Nähere ergibt:

Gemeinsame Sitzung der verbündeten Delegationen und der ukrainischen Delegation zu Brest-Litowsk am 6. Januar 1918, vormittags 11 Uhr.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Meine Herren, wir haben mit den Vertretern der ukrainischen Republik unverbindliche Unterhaltungen gepflogen, deren Inhalt mir wichtig und interessant genug scheint, um die Herren der ukrainischen Delegation heute zu bitten, auch im Kreise der vier Verbündeten die wesentlichsten Mitteilungen, die sie uns in einer vertraulichen und freundschaftlichen Unterhaltung gemacht haben, zu wiederholen. Sind die Herren damit einverstanden?

Herr **Sevrjuk**¹⁾: Die Herren werden sich bemühen, in erschöpfender Weise auf alle an sie gerichteten Fragen zu antworten.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Vielleicht ist einer der Herren so freundlich, uns in kurzen Grundzügen Einzelheiten, die uns bereits mitgeteilt worden sind, über die Beschlußfassung der Rada, durch welche die ukrainische Republik als selbständiges Staatswesen konstituiert worden ist, darzulegen.

Herr **Sevrjuk**: Zu Beginn der russischen Revolution schrieb das ukrainische Volk auf sein Banner die Losung des Wiederaufbaues Rußlands auf einer föderativen Grundlage. Das wurde dahin ausgelegt, daß jedes der einzelnen Völker die volle staatliche Souveränität erhalten sollte, um dann auf dem Wege eines freundlichen Übereinkommens mit den anderen Völkern Rußlands zu einer gesamten Föderation zu gelangen. Auf dieses Ziel zu bewegten sich alle Bestrebungen des höchsten parlamentarischen Organs der Ukraine, der Zentralrada. Durch das dritte Universal der Zentralrada vom 7. November a.St., 20. November n.St., wurde erklärt, daß die Ukraine die volle Souveränität hätte und nunmehr die freie Volksrepublik der Ukraine bilde. Dies wird von dem ukrainischen Volk angesehen als der konstituierende Akt, durch den die neue Rechtslage geschaffen ist. Nachdem dadurch die Ukraine die volle Souveränität erlangt hatte, wird das Ziel nicht aus dem Auge gelassen, eine Föderation Gesamtrußlands zu bilden. In der letzten Zeit hat die Regierung der ukrainischen Republik alle ihre Bemühungen in der Richtung angelegt, um zu einer föderativen Republik zu gelangen. Die Herren standen und stehen auch noch auf dem Standpunkt, daß durch die

¹⁾ *Alexander Sevrjuk* (gest. 1941), Mitglied des ukrainischen Zentralrates (Zentralrada) und der ukrainischen Partei der Sozialisten-Revolutionäre. Urspr. Historiker.

Bildung einer föderativen Regierung aus den einzelnen Republiken des früheren Rußlands dann diese neugebildete Regierung das Recht haben würde, im Namen aller der Republiken zu verhandeln, die ihr die Vollmachten dazu erteilt haben. Bisher sind alle Versuche in dieser Richtung von Erfolg noch nicht gekrönt gewesen. Daher bildet die jetzt in Petersburg entstandene Regierung, der Rat der Volkskommissare, nicht eine föderative Regierung in diesem Sinne, die von allen Teilen Rußlands anerkannt wäre. Die Herren erklären kategorisch und mit Bestimmtheit, daß der Rat der Volkskommissare über die Ukrainer keine Gewalt habe und daß seine Macht von der Ukraine nicht anerkannt wird.

Indem der Herr Delegierte jetzt zu Fragen, die die Ukraine speziell interessieren, übergeht, möchte er folgendes bemerken. Das Hauptbestreben wäre, zu einem Frieden zu gelangen, der diesen Krieg beendet, den das ukrainische Volk weder begonnen hat noch in irgend einer Weise an ihm interessiert war. In dem Wunsche, dem ukrainischen Volk den Frieden möglichst bald zu geben, der ihm ermöglicht, in der neuen staatlichen Form zu erblühen, müssen die Herren bemerken, daß der Friede, der von dem Rat der Volkskommissare abgeschlossen wird, für die Ukraine keine bindende Kraft haben kann. Es kann nur ein solcher Friede von der Ukraine anerkannt werden, der von den Vertretern der ukrainischen Republik mit unterzeichnet ist. Nachdem nunmehr die Ukraine durch das dritte Universal der Zentralrada über die volle Souveränität verfügt, auch über internationale Rechte, möchte die Ukraine jetzt in den internationalen Verhandlungen eine selbständige Stelle einnehmen. Zu diesem Zweck sind die Herren von ihrer Regierung beauftragt worden, eine Note an die Vertreter der vier verbündeten Mächte zu überreichen, die sich in dem Sinne ausspricht, daß die Ukraine in den Verhandlungen über den abzuschließenden Frieden eine selbständige Rolle spielen muß.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wann dürfen wir der Übergabe dieser Note entgegensehen?

Herr Sevrjuk: Die Herren hätten den Wunsch, die Note auf der ersten Plenarsitzung zu überreichen, die nach ihrem Eintreffen hier stattfinden wird.

Staatssekretär v. Kühlmann: Plenarversammlung, an der auch die Delegierten der Petersburger Regierung teilnehmen, nehme ich an.

Herr Sevrjuk: Die Herren hätten den Wunsch, daß auf der Plenarversammlung, auf der die Note überreicht werden soll, die Vertreter aller Parteien vertreten sind.

Staatssekretär v. Kühlmann: Es würde die Vertreter der verbündeten Regierungen interessieren, zu wissen, ob vor dieser Note, die uns eben in Aussicht gestellt worden ist, die ukrainische Republik bereits bei irgendwelchen anderen Mächten Schritte getan hat, um ihre Anerkennung als selbständiges Staatswesen durchzusetzen, und insbesondere, ob sie von sich aus schon irgendwelche Versuche gemacht hat, eine selbständige internationale diplomatische Vertretung irgendwo zu errichten.

Herr Sevrjuk: Die Note, welche die Herren die Ehre haben werden, auf der ersten Plenarversammlung zu überreichen, ist bereits von der ukrainischen Republik durch Vermittlung ihrer diplomatischen Vertreter an sämtliche Mächte

der Welt versandt worden, darunter auch an den Rat der Volkskommissare. Zur Information kann der Herr Delegierte eine Nachricht bekannt geben, die es ihm gestern gelungen ist, von seiner Regierung zu bekommen. Auf Grund dieser Note, die an alle fremden Mächte mitgeteilt worden ist, ist vor wenigen Tagen die Anerkennung der französischen Regierung eingetroffen und ein Gesandter der französischen Regierung in Kiev ernannt worden. Als dieser Gesandte ist der General *Tabouis* (?)²⁾ ernannt worden.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich darf aus der Mitteilung entnehmen, daß die ukrainische Republik ihrerseits auch schon Herren mit diplomatischen Vollmachten nach dem Auslande entsandt hat.

Herr **Sevrjuk**: Vor Erhalt einer Antwort der Mächte, an die diese Note der ukrainischen Regierung gerichtet war, hat die ukrainische Regierung keine Vertreter bei anderen Mächten ernannt.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Aber hat die ukrainische Regierung die Absicht, nachdem die Mächte sich zu dieser Note geäußert haben werden, sowohl diplomatische Vertreter zu ernennen als diplomatische Vertreter bei sich akkreditiert zu sehen?

Herr **Sevrjuk**: Wenn die heutigen Zustände in Rußland anhalten sollten und es den Bestrebungen der ukrainischen Republik nicht gelingen sollte, die Organisation auf föderativer Grundlage zu erreichen, so würde die Frage, die Euere Exzellenz gerichtet haben, in positivem Sinne beantwortet werden.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Die Frage möchte ich noch spezialisieren in bezug auf die Friedensfrage: Steht die ukrainische Delegation auf dem Standpunkt, daß sie auch berechtigt und bevollmächtigt ist, im Namen der Ukraine Frieden zu schließen, oder steht sie auf dem Standpunkt, daß sie nur zusammen mit den Herren der Petersburger Delegation Frieden schließen kann?

Herr **Sevrjuk**: Die Herren stehen auf dem Standpunkt, daß die Verhältnisse auf der russischen Seite ähnlich liegen wie auf der Seite des Vierbundes. Es sind zwei Mächte vertreten, und es müßte also diese Frage auf Plenarverhandlungen entschieden werden. Die Herren stehen auf dem Standpunkt, daß die Fragen, die die Ukraine in ihrem Verhältnis zu anderen Mächten betreffen, auf gemeinsamen Sitzungen besprochen werden müßten.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Hinsichtlich der Fragen, welche die Ukraine speziell betreffen, könnte uns die Delegation nur in ganz kurzen Umrissen die Hauptgruppen von Fragen angeben, welche nach ihrer Auffassung spezifisch ukrainische Interessen betreffen würden?

Herr **Sevrjuk**: Die Herren werden im Laufe der Friedensverhandlungen alle die Fragen genau behandeln, die dafür in Betracht kämen, nachdem für die Ukrainer das Recht anerkannt worden wäre, eine selbständige Stelle in diesen Friedensverhandlungen einzunehmen. Die Ukraine hat das Bestreben, freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten, besonders aber zu den angrenzenden Mächten

²⁾ So im Or. — Im Dezember 1917 hatte Frankreich die selbständige Ukraine anerkannt. General *Tabouis*, Chef der französischen Militärmission an der südwestlichen Front, vertrat die französischen Interessen bei der ukrainischen Regierung; vgl. Reshetar, S. 98 ff.

zu begründen und aufrecht zu erhalten. Die Herren sind der Ansicht, daß die Interessen gegenüber diesen einzelnen Mächten im Laufe der Friedensverhandlungen besonders greifbar zum Ausdruck kommen würden. Dann könnten die Herren sich ein Urteil darüber bilden, in welcher Weise es gelingen würde, die freundschaftlichen Bande zu den angrenzenden Staaten aufs beste zu regeln. Die Herren sind der Ansicht, daß, nachdem der Krieg zwischen Rußland und den Mittelmächten begonnen worden ist, daß dieser Krieg ohne den Willen des ukrainischen Volkes begonnen worden ist und in striktem Gegensatz zu allen seinen Interessen überhaupt und den wirtschaftlichen insbesondere, und jetzt geht das Bestreben der ukrainischen Republik dahin, alle Spuren des Krieges möglichst bald zu verwischen und freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ohne den Entschliebungen der verbündeten Mächte irgendwie vorgreifen zu wollen, glaube ich schon jetzt betonen zu können, daß auch die verbündeten Mächte den lebhaften Wunsch haben, zu der ukrainischen Republik in ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zu treten, um zu versuchen, die Spuren des Krieges insbesondere auf ökonomischem Gebiet so rasch als möglich zu verwischen.

Herr Sevrjuk: Die Herren nehmen an, daß ihre Bestrebungen auf günstigen Boden fallen werden, und daß sie das von ihnen erstrebte Ziel erreichen werden.

Staatssekretär v. Kühlmann: Nachdem wir mit großer Befriedigung festgestellt haben, daß die allgemeinen Ziele der ukrainischen Delegierten sich mit den allgemeinen Zielen der verbündeten Delegationen durchaus in Übereinstimmung befinden, möchte ich noch einige formale Punkte kurz den Herren zur Besprechung mitteilen.

Herr Sevrjuk: Die Herren werden bestrebt sein, dem zu entsprechen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wie den Herren aus den Protokollen bekannt geworden sein wird, haben wir mit der russischen Delegation über den Ort und den Modus der Verhandlungen eine Verabredung getroffen, und zwar ging die dahin, daß die Friedensverhandlungen hier in Brest-Litowsk so weit gefördert werden sollten, bis die ganze Materie vollkommen durchgearbeitet und zum Abschluß reif sei; dann war in unverbindlicher Weise zugesagt worden, daß aus Courtoisie gegen die russische Delegation eine formale Schlußsitzung innerhalb der russischen Linien stattfinden sollte und ebenso die Unterzeichnung des endgültigen Instrumentes innerhalb der russischen Linien. Die russische Delegation hat uns mittlerweile — nicht offiziell, sondern nur vertraulich — davon benachrichtigt, daß sie beabsichtige, Stockholm als Verhandlungsort vorzuschlagen. Die Verbündeten sind nach eingehender Beratung einstimmig der Ansicht, daß sie nicht beabsichtigen, auf diese Anregung einzugehen, vielmehr entschlossen sind, an der ursprünglichen Verabredung über Zeit und Ort der Verhandlungen festzuhalten. Für diese Haltung sind eine ganze Reihe der schwerwiegendsten Gründe maßgebend, auf die ich hier im einzelnen nicht eingehen kann. Einer der wichtigsten Gründe ist der, daß von hier aus die verschiedenen auswärtigen Minister, welche sich persönlich an den Arbeiten beteiligen, unmittelbar und ohne jede Kontrolle dauernd mit ihren Ministerien in Fühlung bleiben können. Dies würde von jedem neutralen Ort aus vollkommen unmöglich sein, und gerade

die persönliche Beteiligung der auswärtigen Minister einer großen Anzahl von verbündeten Staaten ist eine besondere Gewähr für das rasche Fortschreiten der Verhandlungen.

Ich möchte dann der ukrainischen Delegation im Namen der Verbündeten für die außerordentlich interessanten und wichtigen Mitteilungen, die sie uns heute hat zugehen lassen, unseren verbindlichsten Dank aussprechen. Wir werden sofort nach Empfang der amtlichen Note, welche uns von der Delegation heute in Aussicht gestellt worden ist, mit unseren Regierungen und untereinander in Fühlung treten und alsbald das Ergebnis der ukrainischen Delegation mitteilen.

Herr Sevrjuk: Die Herren Delegierten bitten, ihnen die Stellung einer sie stark interessierenden Frage zu gestatten. Die Ukraine hat unter dem Kriege so besonders schwer gelitten, daß die Herren Delegierten den Wunsch hätten, möglichst bald dem Lande den Frieden wiederzugeben und die dahingehenden Schritte tun zu können. Daher wäre es für die Herren von größter Wichtigkeit, in möglichst kurzer Frist die Antwort der Vertreter der Mittelmächte dahingehend zu erhalten, ob die selbständige Stellung der ukrainischen Vertreter bei den Friedensverhandlungen anerkannt würde. Die Herren sind sich dessen bewußt, daß eine solche Entscheidung erst erfolgen kann, wenn die Antwort der Vertreter der Mittelmächte auf die Note der ukrainischen Republik erfolgt sein wird. Da die Herren den Wunsch haben, eine möglichst aktive Teilnahme bereits an der ersten Plenarsitzung zu nehmen, so haben sie den Eindruck, daß der von ihnen beabsichtigte Weg der Überreichung der Note den von ihnen gewünschten Erfolg nicht haben würde. Wenn die Note erst bei der ersten Plenarversammlung bekannt wird, so werden sich die Vertreter der Mittelmächte erst danach mit ihren Regierungen ins Benehmen setzen und werden nicht so schnell eine Antwort darauf erteilen können.

Staatssekretär v. Kühlmann: Das ist vollkommen richtig.

Herr Sevrjuk: Daher hätten die Herren den Wunsch festzustellen, ob sich nicht ein Mittel finden würde, diese Note bereits derartig zu überreichen, daß schon auf der ersten Plenarsitzung die Vertreter der Mittelmächte eine amtliche Antwort auf die in dieser Note behandelten Fragen erteilen könnten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Es wird vielleicht nicht ganz leicht sein, dies zu erreichen, da ja unter Umständen schon morgen im Laufe des Nachmittags die erste Plenarsitzung stattfinden wird. Wenn aber die Herren so gut sein wollen, einfach in schriftlicher Form den Vertretern der Mittelmächte jetzt sofort nach Schluß der Sitzung den Text der Note vertraulich bekannt zu geben, dann kann ich für meinen Teil, und ich bin sicher auch im Namen der anderen Delegierten, zusagen, daß wir alles tun werden, was irgend möglich ist, um in die Lage versetzt zu werden, morgen schon im Laufe der Sitzung offiziell unsere Stellungnahme bekannt zu geben.

Herr Sevrjuk: Insofern, als der von Eurer Exzellenz ausgesprochene Wunsch auch den Wünschen der Herren Delegierten entspricht, werden sie sich bemühen, diesen Wunsch zu erfüllen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wir erwarten dann die Mitteilung der Note. Die wird in welcher Sprache erfolgen?

Herr Sevrjuk: Die Herren sind beauftragt, den Text in französischer Sprache zu überreichen. Sie haben aber auch einen deutschen Text der Note bei sich.

Staatssekretär v. Kühlmann: Danke sehr! Das wird die Bearbeitung der Note sehr erleichtern, wenn ein offizieller französischer Text da ist. Ich dachte, der Text wäre ukrainisch, und dann hätte man eine authentische Übersetzung anfertigen müssen.

Herr Sevrjuk: Die Herren dürfen wohl also annehmen, daß bis zum Zusammentritt der ersten Plenarsitzung eine Beschlußfassung der Mittelmächte stattfinden wird, so daß auf der ersten Plenarsitzung die Herren einer Antwort entgegensehen werden, die ihre Stellung regeln wird.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wir werden alles tun, was in unserer Macht liegt, um das zu ermöglichen, können aber selbstverständlich, ehe wir den Inhalt der Note kennen, uns nicht in bindender Form äußern.

Herr Sevrjuk: Die Herren haben volles Verständnis dafür und danken verbindlichst für die Schritte, die unternommen werden.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr).

160.

6. 1. 1918: Artikel Scheidemanns im Vorwärts

Rußland. Politisches Nr. 1.¹⁾

Gleichviel — ich will wenigstens über die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion auch nicht eine Minute lang irgendwelche Unklarheit aufkommen lassen. Unsere Politik war von Beginn des Krieges an bis zum heutigen Tage eine vollkommen geradlinige: Wir stehen zur Verteidigung unseres Landes und lehnen jede Eroberungsabsicht ab. Wir bekennen uns zum uneingeschränkten Selbstbestimmungsrecht der Völker. So entschieden wir uns gegen die Eroberungspolitik der Entente wehren, so entschieden bekämpfen wir auch die Eroberungspolitik im eigenen Lande.²⁾ Das will ich heute wiederum vor aller Welt klar und deutlich aussprechen.

¹⁾ Das Dokument konnte in den Akten nicht aufgefunden werden, ist jedoch im Eingangsjournal (offen) unter Nr. 769 nachgewiesen für „Rußland. Pol. 1“.

²⁾ Dazu Randbemerkung Kaiser *Wilhelms II.* in gleicher Höhe: „Wenn er sich mausig macht kommt er in die Stellung in Flandern zum Buddeln!“

161.

7. 1. 1918: Artikel der Post — „Volle Bewegungsfreiheit“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. — Unterstreichungen im Text, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Rotstift.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Die bündige Erklärung der Vertreter der Vierbundmächte, daß die den anderen kriegführenden Mächten bis zum 4. Januar gestellte Frist für die Beteiligung an den Friedensverhandlungen ungenützt verlaufen ist, kommt zur rechten Zeit angesichts der von *Lloyd George* soeben kundgegebenen ausführlichen Friedensbedingungen Englands. Diese Friedensbedingungen sind ausschließlich unter dem Gesichtspunkte eines rein englischen Friedens formuliert; sie sind eine nicht mißzuverstehende Quittung auf die Friedensentschließung des Reichstages vom 19. Juli d. J. und auf die wiederholt seitdem von unserer Seite ergangenen Friedensangebote. Man kann den Sinn der *Lloyd Georges* Erklärungen in die kurze Formel zusammenfassen: England will das behalten, worauf es im Interesse seiner Weltmachtstellung Wert zu legen hat; umgekehrt sollen die Vierbundmächte nicht nur auf alles, was ihnen ihre siegreichen Waffen erbracht haben, glatt verzichten, sondern auch darüber hinaus unbestritten ihrem Gebiet angehörige Landesteile preisgeben oder sich Eingriffe in ihre inneren staatlichen Angelegenheiten gefallen lassen. *Lloyd Georges* Friedensbedingungen sind also solche, die nur der Sieger dem Besiegten anzubieten wagen kann. Gegenüber England werden wir daher zunächst noch mit der Tat zu beweisen haben, daß wir Sieger und nicht Besiegte sind. Der Krieg im Westen wird daher auf dem Lande und zu Wasser, unter Wasser und in der Luft mit ungeschwächter Kraft und mit voller Siegeszuversicht fortzuführen sein, und zwar mit der Maßgabe, daß wir, nachdem England und die übrigen feindlichen Mächte in die in Brest-Litowsk gebotene Friedenshand nicht eingeschlagen haben, ihnen gegenüber nunmehr wieder volle Bewegungsfreiheit erhalten haben und ihnen daher nachdrücklich zu Gemüte führen können, daß sie nicht ungestraft den Krieg willkürlich verlängern dürfen.¹⁾

¹⁾ Von „daß“ bis „dürfen“ von der Hand *Kaiser Wilhelms II.* unterstrichen. Darunter Schlußbemerkung von der Hand *Kaiser Wilhelms II.*: „und unsere Bedingungen die sind: Wir nehmen, was nötig ist, und behalten, was wir brauchen!“ — Vgl. zum Inhalt des Artikels auch Nr. 154.

162.

7. 1. 1918: Artikel des Berliner Lokal-Anzeigers „Unsere Freiheit nach Westen“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. — Unterstreichungen im Text, Rand- und Schlußbemerkung von der Hand *Kaiser Wilhelms II.*

Wie wir im heutigen *Montag* mitgeteilt haben, ist von den Vertretern der vier verbündeten Mittelmächte in Brest-Litowsk am 5. Januar ein Funkspruch an die russische Delegation in Petersburg gerichtet worden, der feststellt, daß die zum Beitritt der übrigen kriegführenden Mächte offen gelassene zehntägige Frist ergebnislos verstrichen ist. Mit dem Ablauf dieser Frist ist zugleich unser indirektes Friedensangebot an die Westmächte und unsere Bindung an die dafür aufgestellten Grundsätze ihnen gegenüber erloschen. Die Mittelmächte hatten abermals der Entente einen billigen Frieden angeboten, abermals vergeblich.

Abermals haben es die Machthaber in London, Paris und Rom nicht für nötig befunden, auf dieses Angebot überhaupt eine Antwort zu erteilen. Abermals lastet die Verantwortung für das weitere Blut, das noch fließen wird, auf ihnen. Hätte man jetzt noch unbelehrt durch ihre Hartnäckigkeit daran festgehalten, ihnen einen Frieden der gedachten Art zukommen zu lassen, so würde damit eine Prämie auf die Kriegsverlängerung zur Tat geworden sein. Davon ist keine Rede und kann keine Rede sein. Wir haben den Westmächten oft genug — und viele meinen, schon [zu] oft — zu hören gegeben, daß wir auf einer Grundlage zum Frieden zurückkommen wollten, die sie in jeder Weise geschont hätte. Wer nicht hören will, muß fühlen!¹⁾ Sie werden es zu fühlen haben, daß sie in Trotz und Überheblichkeit unsere Friedensbereitschaft unbeachtet gelassen haben.²⁾

¹⁾ In Höhe von „Wer“ bis „fühlen“ senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „raus aus Flandern!“

²⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „gut!“ — Zum Inhalt des Artikels vgl. auch Nr. 154.

163.

7. 1. 1918: Legationssekretär Graf v. Zech-Burkersroda (München)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 2. Abgeg. München, 7. 1. 1918, 9.10 nachm. angek. 7. 1. 1918, 11.45 nachm. Vermerk: „Antwort auf Telegramm Nr. 1“.¹⁾

Staatsminister *v. Dandl* hat als Vertreter Bayerns auf der Friedenskonferenz den Staatsminister a. D. *Graf v. Podewils*²⁾ benannt. Er erbittet Zustimmung der Reichsleitung zu der getroffenen Wahl und erwartet bejahendenfalls weitere Weisungen wegen Reise des *Grafen v. Podewils*.

Zech.³⁾

¹⁾ Vgl. Nr. 127.

²⁾ *Klemens Graf v. Podewils-Dürnitz*, 1903—1912 bayerischer Ministerpräsident. — Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Äußerungen des k. u. k. Botschafters in Berlin *Prinz Hohenlohe* vom 21. 1. 1918 (an *Graf Czernin*): „... Die Animosität, die hier in der großen Öffentlichkeit momentan bis zu einem gewissen Grade gegen Bayern besteht, hat durch die Entsendung des *Grafen Podewils* nach Brest neue Nahrung erhalten. Preußen kann es nicht verwinden, daß *Graf Hertling* und Herr *v. Kühlmann* aus Bayern, *Dr. v. Payer* aus Württemberg stammen, die maßgebenden Stellen dermalen also mit Süddeutschen und speziell mit Bayern besetzt sind“; HHStA, P.A. Brester Kanzlei rot, Krieg 70/1, 2, 1053.

³⁾ *Dr. jur. Julius Graf v. Zech-Burkersroda* (1885—1945), ab 16. 7. 1917 Legationssekretär in München.

164.

7. 1. 1918: Aufzeichnung Legationssekretärs Jordan¹⁾ (Berlin)
über eine telephonische Mitteilung des Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Überschrift: „G[ehorsame] A[nzeige]“. Abgezeichnet Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen.

Herr v. Rosenberg telephonierte (10 Uhr vorm.):

1. Russen sind eingetroffen mit *Trockij* an der Spitze. Ihr Benehmen ist gedrückt und zurückhaltend. Mit den Ukrainern ist gestern abend noch lange gesprochen worden; sie haben Instruktionen aus Kiev eingeholt, die heute wahrscheinlich eintreffen werden. Dann wird sich zeigen, ob sie unserer Forderung, in Brest zu bleiben, entsprechen werden.

2. Die für Petersburg bestimmten Bulgaren können heute abend abreisen und sich in Wilna zur Verfügung halten, bis weitere Weisung erfolgt. Oberst *Gantschew* wünscht (nach Ansicht Herrn v. Rosenbergs mit Recht), daß Chef der Delegation nach Oberost fährt.

¹⁾ Dr. jur. Christian Walter August Jordan, ab 20. 2. 1916 Legationssekretär im Auswärtigen Amt.

165.

7. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler
Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8. Kopf des Schreibens: „Auswärtiges Amt“.

Die Russen sind heute angekommen. Es läßt sich aber nicht übersehen, wie die Dinge laufen werden.¹⁾ Sie sollen einen sehr niedergeschlagenen und gedrückten Eindruck machen, wissen offenbar noch nicht recht, was sie tun sollen, da ihnen auf der einen Seite die sichere Vernichtung droht, wenn sie nicht Frieden machen, und auf der anderen Seite die sehr wahrscheinliche, wenn sie einen Frieden machen, wie wir ihn fordern müssen.

Die Abtrennung so großer Landesteile von einer seit über hundert Jahren konsolidierten Großmacht ersten Ranges ist nach allen historischen Erfahrungen eine schwere Erschütterung. Zu glauben, daß irgendeine noch so revolutionäre Partei sich leicht dazu entschliesse oder ein noch so friedensbedürftiges Volk dies leicht verwinden könne, ist absolut falsch.

¹⁾ Am 7. Januar 1918 hatte *Lenin* seine „Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens“ abgefaßt, vgl. *Lenin, Sämtliche Werke XXII*, S. 191—199; vgl. in diesem Zusammenhang auch über die Ursachen und internen Zusammenhänge ebenda, Anhang S. 673 ff. — Über *Lenins* grundsätzliche Überlegungen zur Lage der Bolschewiki zwischen den Mittelmächten und den westlichen Alliierten, vgl. neuerdings Thompson, S. 152 bis 155.

Wegen des ersten Teiles dieses Briefes habe ich von der telegraphischen Form abgesehen, da ich es für sehr wahrscheinlich halte, daß auch unsere Ziffertelegramme bei der Obersten Heeresleitung eingeliefert und dort entziffert werden. Mit ausgezeichnetener Hochachtung

Euerer Exzellenz gehorsam ergebener

v. Kühlmann.

166.

7. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 52. Brest-Litowsk, 7. 1. 1918, angek. 7. 1. 1918, 11.45 nachm. Vermerk: „Antwort auf Telegramm Nr. 59“.¹⁾

Anheimstelle die Gedankengänge der Meldung des dänischen Gesandten Petersburg¹⁾ ohne Aufdeckung der Quelle vertraulich in der Pressesitzung, eventuell auch im Reichstagsausschuß zu verwerthen. Dabei wäre vielleicht noch folgendes anzudeuten:

1. In zahlreichen Gesprächen vor und nach unserer Antwort vom 25. Dezember auf die 6 russischen Leitsätze ist den russischen Delegierten kein Zweifel darüber gelassen worden, daß wir Kurland, Litauen, Polen zwar nicht annektieren, aber auch den Russen nicht wieder ausliefern würden. Sie waren sich daher über die konkrete Tragweite unserer prinzipiellen Antwort völlig im Klaren.
2. Die dreiste Fälschung des Protokolls vom 28. Dezember (*Joffes* angebliche Antwort auf unsere Erklärung in der Räumungsfrage²⁾) beweist, daß die Russen nicht die Betrogenen sondern die Betrüger sind.
3. Kommt in Rußland die Wahrheit an den Tag, was *Trockij* auf die Dauer nicht verhindern können, so dürften die Maximalisten erledigt sein. Sie werden dann an ihrer eigenen Unaufrichtigkeit zu Grunde gehen.

Kühlmann.

¹⁾ Vgl. Nr. 149.

²⁾ Vgl. auch Nr. 124.

167.

7. 1. 1918: Unterstaatssekretär v. dem Bussche (Berlin)
an Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm (in Ziffern). Nr. 70. Bezugsvermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 12“.¹⁾ Links unten am Rande Zusatz: „Herrn von Rosenberg“.

Presse meldet, daß *Graf Tarnowski* österreichisch-ungarischer Delegation zugeteilt ist. Unter diesen Umständen könnte es vorteilhaft sein, unsererseits einen

¹⁾ Der Deutsche Botschafter in Wien *Graf von Wedel* an das Auswärtige Amt 2. 1. 1918. *Graf Czernin* über die Aufnahme eines Polen (vielleicht des *Grafen Tarnowski*) in seine Delegation. — Pol. Archiv, Rußland Pol. 1.

preußischen Polen heranzuziehen. Eine geeignete Persönlichkeit wäre *Graf Franz Kwilecki*.²⁾ Dieser ist Schwager des Regenten *Lubomirski*³⁾, erfreut sich in Warschau auch sonst allgemeinen Vertrauens, ist Gegner austro-polnischer Lösung und warmer Befürworter einer Verständigung zwischen Deutschland und deutschen Polen. Persönlich ohne Ambition, besitzt er eine schon durch seine Körperfülle bedingte große Ruhe, wäre geeignet, ein Gegengewicht gegen Machenschaften *Tarnowski* zu bilden, ohne uns unbequem zu werden. *Kwilecki* ist augenblicklich in Berlin anwesend.

Unterstaatssekretär
v. dem *Bussche-Haddenhausen*.

²⁾ *Franz Graf v. Kwilecki*, Rittergutsbesitzer; vgl. Conze, *Polnische Nation*, S. 162.

³⁾ *Zdislaw Fürst v. Lubomirski*, Mitglied des polnischen Regenschaftsrates, Stadtpräsident von Warschau.

168.

7. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. Telegramm. Nr. 54. Brest-Litowsk, 7. 1. 1918, angek. 8. 1. 1918, 1.25 vorm. Bezugsvermerk: „Antwort auf Telegramm Nr. 70“.¹⁾

Habe mit *Graf Czernin* wiederholt Zuziehung Polen zu den Verhandlungen besprochen. Sind gemeinsam der Ansicht, daß nur zugezogen werden sollen, wenn es uns taktisch nützlich erscheint, und nur für gewisse Einzelfragen und auf ganz bestimmt bemessene kurze Zeit. Zweckmäßig wäre es zum Beispiel, die Frage des Gouvernements Cholm zum Gegenstand einer direkten Kontroverse zwischen Ukrainern und Polen zu machen. *Kwilecki* kann ja von uns in Reserve gehalten werden.

Kühlmann.

¹⁾ Vgl. Nr. 167.

²⁾ Vgl. u. a. auch späteres Telegramm *Czernins* an *Baron v. Ugron*, Warschau, 15. 1. 1918: Im Hinblick auf das offizielle Ansuchen der polnischen Regierung wegen Hinzuziehung zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk würde deutscherseits betont, daß durch die vor einigen Tagen abgegebene Erklärung *Trockijs*, er könne die gegenwärtige polnische Regierung nicht als Vertreterin des polnischen Staates anerkennen, die Berufung *Kucharzewskis* im Augenblick hierher unmöglich geworden sei. HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

IV.

**Die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen
bis zum „Faustschlag“ des Generals Hoffmann
(9. 1. 1918—12. 1. 1918)**

169.

9. 1. 1918: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 67. Abgeg. Brest-Litowsk, 9. 1. 1918, 8.00 nachm., angek. 9. 1. 1918, 9.50 nachm.

Gestern vormittag hat um 11 Uhr die anberaumte Vollsitzung unter Teilnahme sämtlicher Delegationen und der ukrainischen Vertreter stattgefunden. Nach den Erklärungen der Vierbundsvertreter baten die Russen um Unterbrechung zwecks Besprechung und Formulierung ihrer Antwort. Die ursprünglich auf 4 Uhr festgesetzte Wiederaufnahme der Sitzung mußte später auf russischen Antrag hinausgeschoben werden und findet voraussichtlich erst morgen statt.

Der Verlauf der Verhandlungen ergibt sich aus dem nachfolgenden Stenogramm, das ich unter — wörtlicher — Wiedergabe der abgegebenen Erklärungen, aber eventuell unter Kürzung der geschäftsmäßigen Zwischensätze und sachlich nichts Neues enthaltenden Anschlußerklärungen, in den morgigen Nachmittagsblättern zu veröffentlichen bitte. Um nicht Präzedenzfall zu schaffen, wäre die Aufmachung eines förmlichen Stenogrammes oder Sitzungsberichtes zu vermeiden. Verschiebung der Veröffentlichung auf Nachmittag ist gemäß Anregung Direktors *Deutmoser*¹⁾ mit Österreichern vereinbart worden, um rechtzeitige Instruierung der Presse zu ermöglichen.

Vollsitzung der Friedensversammlung zu Brest-Litowsk
am 9. Januar 1918, vormittags 11 Uhr.

Die Sitzung wird um 11.10 Uhr durch S. H. Großwesir *Talaat Pascha* eröffnet. S. H. *Talaat Pascha*: J'ouvre la séance. Je prie l'assemblée de transmettre la présidence à Son Excellence v. *Kühlmann*, si vous êtes d'accord (Staatssekretär *von Kühlmann* übernimmt den Vorsitz).

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Meine Herren! Die für die bisherigen Sitzungen maßgebenden Formalien werden, wie ich annehme, mit allgemeiner Zustimmung auch weiter als maßgebend betrachtet werden. Da in der Zusammensetzung einzelner Delegationen Veränderungen vorgekommen sind, erscheint es nicht überflüssig, am Beginn unserer Arbeiten einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte und den bisherigen Gang der Verhandlungen zu werfen.

Die gegenwärtige russische Regierung hat am 28. November 1917 durch einen „an alle“ gerichteten Funkspruch unter Mitteilung gewisser Beschlüsse ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Kriegführenden in Friedensverhandlungen einzutreten. Darauf hat der deutsche Reichskanzler Herr *Dr. Graf v. Hertling* in seiner programmatischen Antrittsrede vor der Vollversammlung des deutschen Reichstages am 29. November 1917 erklärt:

Die russische Regierung hat gestern von Zarskoe Selo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Herrn *Trockij*, und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Herrn *Lenin*, unterzeichnetes Funktelegramm an die Regierungen

¹⁾ *Erhard Eduard Deutmoser*, 15. 10. 1915 Leiter des Kriegspresseamtes, ab 4. 2. 1917 Wirkl. Geh. Legationsrat und Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes.

der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über den Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich stehe nicht an zu erklären, daß in den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutabile Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Die leitenden Staatsmänner der anderen Verbündeten gaben dem Sinne nach gleiche Erklärungen ab.

Am 3. Dezember 1917 begannen die Verhandlungen über den Waffenstillstand, die am 15. Dezember durch Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages erfolgreich zu Ende geführt worden sind.

Gemäß der Bestimmung dieses Vertrages im Artikel IX „Die vertragschließenden Parteien werden im unmittelbaren Anschluß an die Unterzeichnung dieses Waffenstillstandsvertrages in Friedensverhandlungen eintreten“ entsandten die vier verbündeten Mächte bevollmächtigte Vertreter nach Brest-Litowsk, die mit den Vertretern der russischen Regierung am 22. Dezember 1917 die Friedensverhandlungen begannen. Diese zerfielen in zwei gesonderte Teile: in eine Erörterung über die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens und in eine Besprechung derjenigen Punkte, die unter allen Umständen zwischen den Mächten des Vierbundes und der russischen Regierung zur Erörterung gestellt werden mußten. Wie von der russischen Delegation in der Sitzung vom 25. Dezember 1917 vorgeschlagen worden ist, trat eine zehntägige Unterbrechung der Verhandlungen ein, „damit“, nach der russischen Erklärung, „die Völker, deren Regierungen den geführten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden sich noch nicht angeschlossen hätten, die Möglichkeit hätten, genügend mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines solchen Friedens sich bekannt zu machen; nach Verlauf der besagten Frist mußten die Verhandlungen erneuert werden, abgesehen davon, ob und wieviele kriegführende Staaten sich den Verhandlungen anschließen.“

Die Frist ist am 4. Januar 1918 mitternachts abgelaufen. Die verbündeten Regierungen haben darauf nachstehenden gemeinsamen Beschluß durch Funk-spruch verbreitet, nachdem ihnen bekannt geworden war, daß von den Regierungen der Entente irgendwelche zweckdienlichen Mitteilungen nicht eingegangen waren:

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Viererbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt.²⁾ Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten mußten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen allgemeinen Friedens bekannt machen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

²⁾ Vgl. Nr. 106.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Wie sich aus dem Inhalte der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wesentlichste Vorbedingung, die darin gestellt wurde, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nichteintritt dieser Bedingung hat die aus dem Inhalte der Erklärung und dem Verstreichen der Frist sich ergebenden Folgen. Das Dokument ist hinfällig geworden.

Die nächste Aufgabe unserer Versammlung wäre zunächst, die Verhandlungen an dem Punkte wieder aufzunehmen, an dem sie vor Eintritt der Weihnachtspause sich befanden. Die russische Delegation hat aber durch ein von Herrn *Joffe* gezeichnetes Telegramm an General *Hoffmann* diesem mitgeteilt: „Die Regierung der russischen Republik hält es für notwendig, die weiteren Verhandlungen über den Frieden auf neutralem Boden zu führen und schlägt ihrerseits vor, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen“, und [hat] auch in einem weiteren Telegramm den Wunsch der Verlegung des Verhandlungsortes in das neutrale Ausland zu erkennen gegeben. Ich will auf die aus bisherigen Darlegungen an anderer Stelle den Herren Delegierten bekannten Gründen, die es unmöglich machen, die Verhandlungen an einem anderen Orte als Brest-Litowsk zu führen, hier nicht näher eingehen, möchte aber jetzt schon als feststehenden und unabänderlichen Beschluß der vier verbündeten Mächte aussprechen, daß sie nicht in der Lage sind, die jetzt hier angefangenen Verhandlungen über einen Präliminarfrieden an einem anderen Orte weiterzuführen. Wie schon früher in unverbindlicher Weise dargelegt, waren sie aus Courtoisie gerne bereit, die formale Schlußverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Orte vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten.

Es kann nicht unerwähnt bleiben, da ja für die Führung einer Verhandlung die Atmosphäre, in der sie sich vollzieht, von der allergrößten Wichtigkeit ist, daß seit dem Abschluß des Gedankenaustausches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugetragen hat, was geeignet schien, Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zum Abschluß eines raschen Friedens zu gelangen. Ich möchte in dieser Hinsicht verweisen auf den Ton gewisser halbamtlicher Kundgebungen der russischen Regierung gegen Regierungen der Vierbundmächte, insbesondere aber auf eine Kundgebung der Petersburger Telegraphenagentur, die im Auslande als ein halbamtliches russisches Organ angesehen wird. In dieser Kundgebung — ich will, um meine Rede nicht allzusehr zu verlängern, für den Augenblick auf die wörtliche Wiedergabe verzichten, behalte mir aber, wenn es nötig werden sollte, ihre Wiedergabe für den weiteren Verlauf der Diskussion vor — war eine angeblich in der Sitzung vom 28. Dezember 1917 durch den Vorsitzenden der russischen Delegation Herrn *Joffe* gegebene Antwort ausführlich wiedergegeben, die — wie ein Einblick in die Akten lehrt — lediglich aus der Phantasie des Erfinders entsprungen ist. Diese in allen Teilen erfundene Mittei-

lung hat erheblich dazu beigetragen, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und deren Ergebnisse zu gefährden.

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem ersprießlichen Ergebnis führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf den uns bekannten und durch die russische Delegation in beredter Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch des russischen Volkes nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der durchaus sachlichen Arbeitsmethode der russischen Abordnung gemacht haben. Soweit sich aus den vor der Arbeitspause geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedenswerkes und damit voraussichtlich die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.

Minister des Äußern Graf Czernin³⁾: Meine Herren! Ich habe den Bemerkungen meines deutschen Kollegen noch folgendes hinzuzufügen:

Die Gründe, wegen welcher wir eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land kategorisch verweigern, sind doppelter Natur: Erstens technischer Art: Sie wie wir sind von hier aus mit direkten Drähten mit unseren resp. Ihren Regierungen verbunden, und täglich findet ein Meinungsaustausch von Ihnen mit Petersburg und Kiev, von uns mit unseren Zentralen statt. Wir alle können diesen Apparat nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden.

Noch wichtiger aber als dieser Grund ist das zweite Motiv: Sie, meine Herren, haben seinerzeit an uns die Einladung für allgemeine Friedensverhandlungen ergehen lassen. Wir haben dieselbe angenommen und wir haben uns auf eine Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein zehntätiges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet, und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zwecks eines allgemeinen Friedens, sondern eines Separatfriedens zwischen Rußland und dem Vierbunde.

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr ersehnte Gelegenheit geben, störend einzugreifen. Die Regierungen Englands und Frankreichs würden vor und hinter den Kulissen alles versuchen, um das Zustandekommen dieses Separatfriedens zu verhindern. Wir weigern uns,

³⁾ Über Czernins Gedanken zu dieser Sitzung vgl. sein Telegramm an Kaiser Karl (über Baron Flotow, Wien), Brest-Litowsk, 9. 1. 1918: er habe eine lange Unterredung mit der deutschen Delegation gehabt und ihr erklärt, Österreich würde sich lieber von Deutschland trennen als den Frieden scheitern lassen. „Euer Majestät muß ich jedoch streng geheim melden, daß ich fürchte, daß wir mit Rußland allein keinen Frieden werden schließen können, da die Petersburger Delegation sich für uns wenig interessiert, und die Kiever Herren verlangen dürften, daß wir uns bei einem Frieden mit der Ukraine von Ostgalizien und der Bukowina desinteressieren, was natürlich ausgeschlossen ist. Meine Taktik, welche von Euer Majestät genehmigt ist, geht daher dahin, erst alles zu versuchen, um die Russen zu einer gewissen Nachgiebigkeit zu veranlassen. Daher werde ich in der heutigen Sitzung in äußerst ernster Weise sprechen. Sollte alles umsonst sein, werde ich versuchen, einen Frieden ohne Deutschland zu schließen. Die Lage ist zweifellos ernst, und niemand kann sagen, was die nächsten Tage bringen werden.“ HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

den westlichen Mächten diese Gelegenheit zu liefern. Aber wir wären bereit, an einem noch zu bestimmenden Orte die formale Schlußverhandlung und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen.

Was den meritorischen⁴⁾ Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem eine Übereinstimmung zwischen Ihnen und uns noch nicht erzielt ist, so haben wir uns in der letzten Plenarsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen einer ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, welche sofort ihre Arbeiten zu beginnen hätte.

Alle vier Alliierten sind völlig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mir entwickelten, mit den russischen Herren bereits bindend abgemachten Basis zu Ende zu führen.

Wenn die Herren der russischen Delegation von den gleichen Intentionen beseelt sind, so werden wir zu einem alle befriedigenden Ergebnisse gelangen; wenn nicht, dann werden die Dinge ihren notwendigen Lauf nehmen, aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.

Großwesir Talaat Pascha: Je ne veux pas répéter ce que les autres délégués ont dit. La délégation ottomane est d'accord avec les délégués alliés.

Justizminister Popow: Je suis d'accord.

General Hoffmann: Es liegt mir hier eine Anzahl Funksprüche und Aufrufe vor, unterzeichnet von den Vertretern der russischen Regierung und der russischen Obersten Heeresleitung, die teils Beschimpfungen der deutschen Heereseinrichtungen und der deutschen Obersten Heeresleitung, teils Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen enthalten. Diese Funksprüche und Aufrufe verstoßen zweifellos gegen den Geist des zwischen den beiden Armeen geschlossenen Waffenstillstandes. Im Namen der deutschen Obersten Heeresleitung lege ich gegen Form und Inhalt dieser Funksprüche und Aufrufe auf das entschiedenste Protest ein.

Feldmarschalleutnant Exzellenz v. Csicseries⁵⁾: Im Namen des k. und k. Armeekorpskommandos schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Generals an, insoweit damit auch österreichisch-ungarische Verhältnisse gemeint sind.

Oberst Gantschew: Seitens der bulgarischen Obersten Heeresleitung schließe auch ich mich dem Protest des Vertreters der deutschen Obersten Heeresleitung in bezug auf diese Funktelegramme an, die sich auch gegen die bulgarische Armee richten.

General der Kavallerie Izzet Pascha: Ich schließe mich im Namen der ottomanischen Armee dem Protest an.

Staatssekretär v. Kühlmann: Will einer der Herren der russischen Delegation das Wort ergreifen?

Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Troekij: Ich möchte eine Unterbrechung der Sitzung vorschlagen.

⁴⁾ Österr. Amtssprache = sachlich, inhaltlich.

⁵⁾ *Maximilian Csicseries v. Bacsányi*. Verf. u. a. des Werkes: Die Schlacht. Studie auf Grund des Krieges in Ostasien 1904/05. Wien 1908; vgl. auch oben S. 135, Anm. 4.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wollen wir gleich einen Termin für die Wiederaufnahme besprechen?

Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trockij: Um 4 Uhr.

Staatssekretär v. Kühlmann: Um 4 Uhr! Erfolgt Widerspruch? — So wird mit allgemeiner Zustimmung die Sitzung unterbrochen und ihre Fortsetzung auf 4 Uhr nachmittags anberaumt.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 55 Min.).

v. Kühlmann.

170.

9. 1. 1918: Aufzeichnung Legationssekretärs Jordan über die Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. — Überschrift: „Aufzeichnung“.

In der heutigen Sitzung in Brest-Litowsk hielt Staatssekretär v. Kühlmann eine längere Rede, in der 2 Punkte hervorzuheben sind:

- 1.) Es ist unabänderlicher Entschluß der Verbündeten, daß Brest-Litowsk Verhandlungsort bleibt: es besteht Bereitwilligkeit, darüber zu verhandeln, ob der formelle Abschluß der Verhandlungen an einem anderen Orte stattfinden soll.
- 2.) Verlesung des Funkspruches der Verbündeten wegen des Ablaufens der Frist.¹⁾ „Hiermit ist das Dokument erledigt“.
- 3.) Protest gegen die Protokollfälschung und hetzerischen Funksprüche.

Graf Czernin hat sich den Ausführungen in sehr prononciert Weise angeschlossen; es sei bindend erklärt worden, daß die strittigen Punkte einer Kommission überwiesen werden sollten.

Beide Redner hoffen auf guten Abschluß, schieben aber dem Gegner die Schuld zu, falls es zum Scheitern der Verhandlungen kommen sollte.

Die bulgarische und türkische Delegation schlossen sich obigen Ausführungen an.

General Hoffmann protestierte gemäßigt, aber sehr entschieden gegen die hetzerischen Flugblätter und die von den Russen betriebene Propaganda, die gegen den Geist des Waffenstillstandes verstoße. Unausgesprochen blieb das Gespenst der Kündigung des Waffenstillstandsvertrages.

Die Russen beantragten in auffallend plötzlicher Weise Vertagung der Verhandlung, anscheinend, um die Ukrainer an der Verlesung ihrer Note zu verhindern. Sie machen einen etwas bedrückten Eindruck.

Fortsetzung der Verhandlung heute nachmittag 4 Uhr.

J[ordan] 9. 1.

¹⁾ Vgl. Nr. 169.

171.

9. 1. 1918: Artikel der Berliner Börsenzeitung — „Herr v. Kühlmann“¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 6. — Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

Gegen den Staatssekretär des Auswärtigen ist ein politisches Kesseltreiben im Gange, dessen Ausgang man mit Rücksicht auf die ganze Sachlage zum mindesten als ungewiß bezeichnen muß. Die Aktion gegen Herrn v. Kühlmann ist gründlich vorbereitet worden, und die Rollen sind so ausgezeichnet verteilt, daß es dem Reichskanzler nicht ganz leicht sein dürfte, den von ihm ausgewählten Staatssekretär auf seinem Posten zu halten. Die Vorwürfe, die gegen Herrn v. Kühlmann erhoben werden, sind der verschiedensten Art. Teilweise bewegen sie sich mehr an der Oberfläche, zum Teil zeigen sich aber derartig tiefgehende und die Grundlagen unserer ganzen auswärtigen Politik erfassende Meinungsverschiedenheiten, daß die hartnäckige Bekämpfung des Staatssekretärs durchaus verständlich erscheinen muß.

Man wird es nicht allzu tragisch nehmen, daß Herrn v. Kühlmann der Vorwurf gemacht wird, er habe in Brest-Litowsk nicht seinen Instruktionen gemäß gehandelt, sondern eigenmächtig den russischen Bevollmächtigten gegenüber Zusicherungen gemacht und Abmachungen in Aussicht gestellt, zu denen er auf Grund der ihm gegebenen Weisungen nicht berechtigt gewesen sei. Denn diese Beschuldigung würde, falls sie zutreffend ist, so schwer wiegen, daß nicht anzunehmen ist, Herr v. Kühlmann wäre noch in Brest-Litowsk, wenn an ihr auch nur ein Körnchen Wahrheit sein würde. Über die Haltung, die der Staatssekretär bei den bisherigen Verhandlungen eingenommen hat, kann man sich allerdings leider nur ein recht unvollkommenes Bild machen, denn hierzu erfahren wir augenscheinlich in weiser Rücksichtnahme auf unsere Nerven, die durch die übermäßig radikalen Äußerungen der russischen Regierung beeinträchtigt werden könnten, viel zu wenig von dem, was in Petersburg eigentlich vorgeht und was man dort über die Geschehnisse in Brest-Litowsk denkt. Den deutschen Veröffentlichungen zufolge sind den Russen aber bisher nur zwei eingehende und wohl-vorbereitete Eröffnungen gemacht worden. Bei dem ununterbrochenen telegraphischen und telephonischen Verkehr, der zwischen Berlin und Brest-Litowsk besteht, kann man aber eigentlich nicht annehmen, daß diese Kundgebungen nur in Brest-Litowsk entstanden sind. Auch der Herr Reichskanzler wird ihnen von hier aus seine Zustimmung gegeben haben. Der Reichskanzler ist aber der ausschließliche Bevollmächtigte des Deutschen Kaisers für den Friedensschluß, und diese Vollmacht hat der Kaiser ihm auf Grund des Artikels 11 der Reichsverfassung erteilt.²⁾

¹⁾ Vgl. auch die Auswertung dieses Zeitungsartikels mit den Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. durch den Gutachter Oberst a. D. Schwertfeger in der Sitzung des vierten Unterausschusses am 11. 7. 1923; Schwertfeger kommt zu dem Ergebnis, Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr habe „sich seines politischen Einflusses völlig begeben“. WUA, Vierte Reihe, 1. Bd., S. 123 f.

²⁾ Von „Reichskanzler“ bis „erteilt“ von der Hand Kaiser Wilhelms II. unterstrichen; dazu rechts und links am Rande in gleicher Höhe senkrechte Striche und Bemerkung von derselben Hand: „richtig!“

Die Erklärung vom 25. Dezember, durch welche uns die Bahn für die Verhandlungen mit der russischen Revolutionsregierung geöffnet werden sollte, hat in manchen Teilen der deutschen Öffentlichkeit die größte Aufregung hervorgerufen. Man hatte den Eindruck, daß viele von einem panischen Schrecken ergriffen worden seien, der Krieg könne zu Ende gehen, und die Staaten der Entente könnten sich entschließen, uns den Gefallen zu tun, angesichts der gegenwärtigen für uns so außerordentlich günstigen militärischen Lage die Friedensverhandlungen aufzunehmen. Wir vermuten, daß Herr v. Kühlmann eine etwas bessere Kenntnis des uns feindlichen Auslandes gehabt hat und durch die Rede des Herrn Lloyd George nicht allzu sehr überrascht worden ist. Die zwischen uns und unseren Feinden bestehenden Möglichkeiten eines Friedensschlusses sind noch so tief gehende, daß die der Entente gesetzte zehntägige Frist auch vom Standpunkt des größten Kriegsfanatikers wirklich „ungefährlich“ war.³⁾ Man wird sich hierüber noch klarer werden, wenn man bedenkt, daß nach englischer Auffassung die Rede Lloyd Georges besonders auf die englische Arbeiterschaft und die Gewerkschaften berechnet gewesen ist und somit gewissermaßen das Programm der friedensfreundlichen Gruppen darstellen sollte. Auch die wohl zu erwartende neue Kriegszielerklärung des Präsidenten Wilson⁴⁾ wird kein anderes Ergebnis zur Folge haben. Wenn dennoch den deutschen leitenden Politikern bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht ausschließlich die Fragen der besetzten Gebiete, die Grenzsicherungen und die wirtschaftlichen Angelegenheiten vor Augen stehen, so wird hierbei die Erwägung ausschlaggebend sein, daß der deutsch-russische Friede vom weltpolitischen Gesichtspunkte betrachtet werden muß.⁵⁾ Und das ist wohl auch der Hauptgrund, warum gegen Herrn v. Kühlmann Sturm gelaufen wird.

Auch wenn die Friedensmöglichkeit gegenwärtig nur sehr gering ist, so muß unsere auswärtige Politik doch bei allen Maßregeln, die sie ergreift, den einmal kommenden Frieden im Auge behalten. Und wenn auch menschliche Erwägungen heute in weitesten Kreisen nicht allzu hoch im Kurse stehen, so wird sich eine für das Wohlergehen der deutschen Menschheit verantwortliche Regierung doch ununterbrochen mit der Frage beschäftigen müssen, wie sie in ehrenvoller und unseres Volkes Zukunft sichernder Weise diesen Krieg, der durchschnittlich täglich mehr als tausend deutschen Männern das Leben kostet, zu beendigen vermag. Sie wird in gewissenhafter Beobachtung ihrer Pflichten sich auch der wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen eines noch lange andauernden Krieges bewußt bleiben. Außerdem handelt es sich in Brest-Litowsk um die Vorbereitung einer neuen weltpolitischen Lage, die aus der Herstellung einer Verständigung mit Rußland sich ergeben muß, und von deren Art unendlich viel sowohl für den Verlauf des Kampfes selbst, wenn er fortgeführt werden muß,

³⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* und Bemerkung: „richtig!“

⁴⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* und Bemerkung: „ist noch schärfer!“

⁵⁾ Von „weltpolitischen“ bis „muß“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „richtig!“

abhängt, wie für den Ausgang des ganzen Krieges, der doch nicht militärischer Erfolge wegen, sondern zur Erzielung politischer Resultate⁶⁾ geführt wird. Es mag daher sein, daß der Staatssekretär des Auswärtigen diese großen politischen Ziele zum Teil höher einschätzt wie manche einzelnen Erfolge, die möglicherweise den Russen bei ihrer gegenwärtigen Schwäche und derzeitigen Uneinigkeit abgedrückt werden könnten. Vielleicht stellt er auch für den ganzen Friedensschluß ein bald wieder stark werdendes und trotz mehr oder weniger autonomer Gebiete doch nach außen hin einheitlich in Erscheinung tretendes Rußland in seine Rechnung und entfernt sich damit allerdings weit von denjenigen, die der Ansicht sind, auf das zukünftige Rußland brauche man keinerlei Rücksicht zu nehmen. Wir wissen selbstverständlich nicht, ob diese Mutmaßungen zutreffend sind, wir können uns nur vorstellen, daß ein deutscher Staatssekretär des Auswärtigen, der so oder ähnlich denkt, den Alldeutschen und ihrer ganzen Führer- und Gefolgschaft ein Greuel ist.

Immer von neuem wird in der deutschen Öffentlichkeit der Ruf nach einem Staatsmanne, der uns führen soll, laut. Und doch sind leider die bei uns herrschenden Verhältnisse sehr wenig dazu geeignet, einen Staatsmann groß werden zu lassen.⁷⁾ Ob Herr v. Kühlmann das Zeug dazu hat, wissen wir nicht. Er hat bisher keine Gelegenheit gehabt, es zu beweisen. Sollte er jetzt in Brest-Litowsk wirklich den Versuch gemacht haben, eigene schöpferische Gedanken zu entwickeln, so ist wohl dafür gesorgt worden, ihm baldigst die Flügel zu beschneiden.

Zur Führung eines Krieges bedarf ein Volk eigentlich zweier von seinem Vertrauen getragener Gewalten, der politischen und der militärischen.⁸⁾ Zu unserer jetzigen militärischen Führung herrscht nach Überwindung anfänglicher Irrtümer unbegrenztes Zutrauen. Von der politischen läßt sich etwas Ähnliches nicht behaupten. Bereits als wir in den Krieg gingen, war die Autorität unseres Auswärtigen Amtes in der Heimat keine allzu große. Trotz mancher Erfolge, man denke an unsere Bündnisse mit der Türkei und namentlich Bulgarien, hat sich hierin während des Krieges wenig geändert. Wir glauben und haben diesen Standpunkt schon seit langem vertreten, daß das Übel an der Wurzel angefaßt werden müsse und daß die ausführenden Organe unserer auswärtigen Politik baldigst von Grund aus reformiert werden sollten. Wir bedauern, daß Herr v. Kühlmann bisher zu dieser so notwendigen Arbeit noch keine Zeit gefunden hat. Durch den bei uns herrschenden Zustand ist es aber gekommen, daß das Gleichgewicht der Kräfte sich verschiebt und daß von dem an sich natürlichen Übergewicht des Auswärtigen Amtes in politischen Fragen kaum die Rede sein

⁶⁾ Von „Erzielung“ bis „Resultate“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in Höhe des ganzen Abschnittes senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „richtig!“

⁷⁾ Von „leider“ bis „lassen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „richtig! Entweder er mißfällt dem Reichstag oder Kreuznach oder beiden!“

⁸⁾ Von „politischen“ bis „militärischen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe des ganzen Abschnittes senkrechter Strich von derselben Hand und Bemerkung: „richtig!“

kann.⁹⁾ Es gehört daher ein großes Maß von Takt und persönlicher Selbstbeurteilung dazu, wenn unter solchen Umständen ein Weltkrieg zu ersprießlichem Ziele geführt werden soll. Und die Stellung des Staatssekretärs des Auswärtigen ist eine um so weniger beneidenswerte, als während des Krieges wenig Aussicht besteht, das normale Verhältnis der Dinge wieder herzustellen. Es sind viele alte Fehler, die sich rächen. Und Herr v. Kühlmann wird, wenn seine Gegner seinen Sturz richtig voraussagen, sein dornenvolles Amt ohne persönliche Kümmernisse niederlegen; wenn ihn aber des Kaisers Vertrauen weiter auf seinem Platze beläßt, es in dem Bewußtsein weiterführen, sein Bestes für das Vaterland zu tun.¹⁰⁾

⁹⁾ Von „dem“ bis „kann“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „weil von beiden Seiten der Kaiser ignoriert wird!“

¹⁰⁾ Von „wenn“ bis „tun“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „ja! richtig!“ — Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „sehr gut!“

172.

10. 1. 1918: Belgische Pressestimmen über die Kühlmann-Krise

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8. Gesandter v. Rosen (Den Haag) an Reichskanzler Graf Hertling. Kopf: „Kaiserlich Deutsche Gesandtschaft“. A. 100. 1 Anlage. Dazu Vermerk links am Rande des Anschreibens: „Inhalt: Einige Stimmen der belgischen Presse aus den letzten Tagen über Herrn v. Kühlmann“.

Euerer Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage einige Stimmen der belgischen Presse aus den letzten Tagen über Herrn v. Kühlmann zu überreichen.

Rosen¹⁾.

[Anlage.]

Die Gerüchte von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen und einer hohen militärischen Stelle²⁾ werden von der in Holland erscheinenden belgischen Tagespresse begierig aufgenommen und nach Kräften gegen Deutschland ausgenutzt. In einem „Undankbare Missionen“ überschriebenen Aufsatz sagt die Leidener *Belgique* (9. 1.):

¹⁾ *Friedrich Rosen* (1856—1935), Deutscher Gesandter im Haag 1916—1918; 1921 Reichsaußenminister im ersten Kabinett Wirth. Vgl. *Rosen*, III, S. 62 ff.

²⁾ Vgl. hierzu auch die Ausführungen des österreichischen Botschafters in Berlin, *Prinz Hohenlohe*, vom 8. 1. 1918: „Es wird hier viel von einem möglichen Rücktritt *Ludendorffs* gesprochen, der die Verantwortung seiner Stellung hauptsächlich deshalb nicht weiter tragen wolle, weil Herr v. Kühlmann die militärischen Grenzkorrekturen in Polen nicht akzeptieren wolle. Als Nachfolger *Ludendorffs* wird General *Hoffmann* genannt . . . Daß *Ludendorff* wirklich ernstlich daran denkt zurückzutreten, glaube ich nicht, er dürfte es nur im Vertrauen auf die beim Rücktritt Herrn von *Bethmann Hollwegs* geleistete Kraftprobe neuerlich versuchen wollen, den ihm unbequemen Kühlmann mit denselben Mitteln zu Fall zu bringen, d. h. den Kaiser abermals vor die Wahl zu stellen, zwischen ihm, natürlich gleichzeitig *Hindenburg*, und Kühlmann zu wählen. Auch die *Ludendorffs*che Gefolgschaft macht sich bereits wieder in der niederträchtigsten Weise in der Presse bemerkbar . . .“ HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

Es ist Tatsache, daß ein neuer und schwerer Konflikt in der deutschen Hauptstadt zwischen den Militaristen, den Freunden *Ludendorff's*, und den Anhängern *v. Kühlmanns* ausgebrochen ist.³⁾ Einzelne Zeitungen bringen Vorwürfe gegen *Hindenburg* und seinen „brillanten Sekundanten“. Auf der anderen Seite verlangt die *Vossische* den Kopf *Kühlmanns*. Mit einem Wort, es ist jetzt schon sicher, daß, wenn Brest-Litowsk sich in einen vollständigen Mißerfolg wandelt, der deutsche Unterhändler dabei um sein Portefeuille kommen wird.

Im weiteren Verlauf entschließt sich das Blatt allerdings noch zu einem kleinen Vorbehalt:

So wäre also der Fehlschlag von Brest-Litowsk vollständig, aber so weit sind wir freilich noch nicht: *v. Kühlmann* ist daran gewöhnt, ein schwieriges Spiel zu spielen, und er wird alle Mittel in Bewegung setzen, um wenigstens mit dem Schein eines Erfolges von Brest-Litowsk zurückzukommen.

Ein Leitartikel desselben Blattes vom 10. 1. trägt den Titel „Die Krisis“. Es heißt dort:

Trotz der Bemühungen der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* zur Beruhigung des Publikums verhehlt sich kein Deutscher, wie schwer diese Krisis ist, deren tatsächliche Tragweite ganz erheblich über die Bedeutung der beiden in sie hineingezogenen Männer hinausgeht.

Dazu, daß ganz Deutschland durch die Nachricht des wahrscheinlichen Rücktrittes *Ludendorff's* erschüttert wird, gehört mehr als die in dieser Notiz enthaltene Angabe eines persönlichen Zerwürfnisses zwischen ihm und *v. Kühlmann* . . . Man muß die Grundursache dieser Konflikte nicht in der üblen Laune eines leitenden Mannes, sondern recht eigentlich im Herzen oder besser noch im Magen des deutschen Volkes suchen; diese Konflikte . . . entstehen ganz einfach durch die allgemeine Abspannung, die einen immer tieferen Abgrund zwischen den Militaristen und denen, die die deutsche Weise der Kriegführung nachgerade in Erbitterung versetzt, klaffen läßt . . .

(Bei der *Michaelis* Krise⁴⁾) wurde, wie man nicht vergessen möge, auch der Name *Ludendorff's* genannt. Der Kaiser aber hielt den Augenblick für gekommen, Bayern einen Vorteil zuzuwenden, und so ging *Graf v. Hertling* als Sieger aus dem Wettbewerb hervor. Im gleichen Augenblick vertraute der Kaiser, der die geschickte Hand *v. Kühlmanns* bei gewissen sehr heiklen Angelegenheiten hatte schätzen lernen, diesem die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten an, und man spürte bald, daß in Wahrheit eher *v. Kühlmann* als *v. Hertling* Kanzler war . . .

Sicher ist, daß von diesem Augenblick an *Hindenburg* und sein „glänzender Sekundant“ nicht mehr in der Lage waren, auf militärische Weise die deutsche Politik zu kommandieren . . .

Das Aufkommen der Maximalisten bedeutete den Sieg der äußerst geschickt von Berlin aus durch *v. Kühlmann* geführten Intrigen. Inzwischen hatte der Minister des Auswärtigen verschiedene Reden in einem sehr sanften, honigsüßen Ton gehalten, bei welchen er anscheinend nur in der elsäß-lothringischen Frage jede Diskussion ablehnte

³⁾ Zum grundsätzlichen Verhältnis zwischen politischer Leitung und militärischer Führung in diesem Zusammenhang vgl. u. a. *Direnberger*, S. 26 ff., 33 ff., 45 f. u. bes. 73 ff. (Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und die Kühlmann-Krise); *Walz*, S. 5 ff., 15 ff.

⁴⁾ *Georg Michaelis* (1857—1936), Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident 14. 7.—1. 11. 1918; zu seinem Rücktritt vgl. u. a. *Schulthess*, 33. Jg. 1917, I, S. 949 ff. u. *Michaelis*, Für Staat und Volk, S. 319 ff.

(ne demeurant intractable, en apparence, que sur la question d'Alsace-Lorraine). Seit seiner Ernennung hat er wenigstens mit Worten niemals aufgehört, den deutschen Friedenswunsch zu liebkosen. Von Tag zu Tag wuchs seine Popularität, während beinahe automatisch die Beliebtheit *Hindenburgs* abnahm. Ganz logisch konnte *v. Kühlmann* sich rühmen, Petersburg bedeutend schneller als die Generäle und zwar unblutig eingenommen zu haben. Nun krönte die Nachricht des Beginns der Friedensbesprechungen die Politik des neuen Ministers, ganz Deutschland ließ einen ungeheuren Seufzer der Erleichterung vernehmen und begrüßte das Morgenrot des deutschen Friedens.

Was ist hierauf nun in Brest-Litowsk geschehen? Es scheint, daß *v. Kühlmann* im Rausche seiner Rolle zunächst die vom Kaiser erhaltenen Instruktionen überschritten hat; er mußte infolgedessen gleich darauf zu ausgesprochenen annexionistischen Bedingungen zurücktreten, und infolge dieser Gegenoffensive des Alldeutschtums kam es zum Abbruch der Vorverhandlungen.

Die hierdurch in Deutschland hervorgerufene Enttäuschung griff so tief, daß *Hindenburg* und *Ludendorff* — denn diesen maß man die Schuld an dem Bruche bei — äußerst unverblümt und sogar in den Wandelgängen des Reichstages angegriffen wurden . . .

Es ist das erste Mal seit Kriegsbeginn, daß die deutsche Oberste Heeresleitung mit solcher Heftigkeit in die Debatte gezogen wird. So hat denn auch der Gegenschlag nicht auf sich warten lassen. *Ludendorff* fühlte, daß er mit kräftigen Mitteln arbeiten müsse, und reichte für den Fall, daß ausschließlich die Ratschläge *Kühlmanns* Gehör finden sollten, sein Entlassungsgesuch ein . . .

Es handelt sich um einen brutalen Zusammenstoß der bis zum Äußersten gehenden Militärpartei mit den kriegsmüden Elementen; aber der Zusammenstoß ist heftiger denn je, und das beweist uns, daß die Ermüdung zugenommen hat.

Wenngleich wir keine genaueren Einzelheiten über den Stand des Zerwürfnisses haben, so scheint es doch, daß *Ludendorff* den Sieg davongetragen hat. Die *Norddeutsche* versichert, daß *v. Kühlmann* nicht von den ihm erteilten Weisungen abweichen werde, und das bedeutet, daß Deutschland noch nichts von seinen annexionistischen Gesichtspunkten aufgibt.

Von ähnlicher Spannung zeugen die Worte des *Echo Belge* (9. 1.):

Man muß nicht vergessen, daß *Kühlmann* um seine Stellung kämpft. Die Mißstimmung gegen ihn ist allgemein. Aus den Kommentaren der deutschen Zeitungen scheint hervorzugehen, daß *Ludendorff*, der Mann der Alldeutschen, zum Zeichen des Protestes seine Demission als zweiter Chef des Generalstabes gegeben hat . . . *Kühlmann* versucht unter allen Umständen auf dem Wege der List ein Ergebnis zu erreichen, sei es auch nur mit den Ukrainern, die an der Konferenz teilnehmen. Es fehlt ihm nicht an Geschick, und er hat für sich den gewaltigen Wunsch der Russen, zum Frieden zu kommen.

Das *Belgisch Dagblad* (9. 1.) schreibt:

Die Militärpartei, auf welche die Alldeutschen sich stützen, hat sich gegen *v. Kühlmann* gerichtet, dem sie vorwirft, daß er den Russen zu weitgehende Konzessionen mache . . . Aus dem Streite ergibt sich, daß die Militärpartei auf den Reichskanzler Druck ausüben will und den Minister des Auswärtigen zur Nachgiebigkeit zu zwingen sucht. Der Zwist beunruhigt indessen das Publikum in Deutschland, das sich bereits enttäuscht sieht.

173.

10. 1. 1918: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 78. Brest-Litowsk, 10. 1. 1918, aufgegl. 11. 1. 1918, 2.15 vorm., angekl. 11. 1. 1918, 4.15 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. An W. T. B. ergeht besonderer Bericht. — Stenogramm der Gesamtsitzung der Friedensversammlung zu Brest-Litowsk, 10. Januar 1918, vormittags 11 Uhr.“

Die Sitzung wird um 11 Uhr 13 durch den Staatssekretär *v. Kühlmann* eröffnet. Staatssekretär *v. Kühlmann*: Die gestern auf Wunsch der russischen Delegation vertagte Sitzung nimmt ihren Fortgang. Ich erteile das Wort dem Herrn Vertreter der ukrainischen Delegation.

Staatssekretär *Holubovyč*:¹⁾ Verehrte Herren und Damen! Die durch den Krieg erschöpften und gequälten Völker sehnen sich nach Frieden. In dieser Sehnsucht nach Frieden haben die Vertreter der Demokratie Großrußlands, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Angriffe seitens eines Teiles der russischen Gesellschaft und der Presse, kühn die Schützengräben der kriegführenden Mächte zu dem Zwecke überschritten, um nicht auf dem Schlachtfelde durch Blut und durch Eisen, sondern auf dem Wege freundschaftlichen Übereinkommens zwischen den Völkern den für die ganze Welt erwünschten allgemeinen Frieden zu erreichen. Nachdem mit den Friedensverhandlungen begonnen worden ist und die Prinzipien des Friedens bekanntgegeben worden sind, haben Sie, verehrte Herren, mit Recht eine Pause von zehn Tagen eintreten lassen, um dadurch den Staaten, die bisher an den Friedensverhandlungen nicht teilnahmen, die Möglichkeit zu geben, diesen beizutreten. Unser Staat, die ukrainische Volksrepublik, deren Volk stets zum Frieden geneigt war, hat als erster auf Ihren Ruf geantwortet. Nachdem durch das 3. Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November²⁾ die staatliche Stellung bestimmt war, nimmt die ukrainische Volksrepublik im gegenwärtigen Augenblick ihre internationale Existenz wieder auf, die sie vor mehr als 250 Jahren verloren hat³⁾, und tritt jetzt in vollem Umfange der ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte in internationale Beziehungen ein. Auf Grund der obigen Darstellung hält es das Generalsekretariat der Regierung der ukrainischen Volksrepublik für richtig, auf den jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen, und hat die Ehre, den Regierungen der hier vertretenen Mächte folgende Note zu überreichen:

(Folgt Verlesung der Note, deren Text im Telegramm für W. T. B. enthalten.)

¹⁾ *Vsevolod Holubovyč*, Handels- und Industrieminister, Mitglied der ukrainischen Delegation, vgl. oben, S. 206, Anm. 1. *Groener* gibt folgende Schilderung seiner Persönlichkeit (S. 392, Tagebucheintragung vom 15. 3. 1918): „... Er ist ein angenehmer Mann in jüngeren Jahren, schwarz, schwächling, bartlos, Ingenieur von Beruf, spricht sehr angenehm, blumenreich wie die Russen alle, außerordentlich vorsichtig in seinen Äußerungen. ... Er scheint mir politisch ganz schlau zu sein und behandelt uns Deutsche mit großer Zuverlässigkeit und Rücksicht, weil er eben genau weiß, daß seine Macht lediglich auf unseren Bajonettspitzen ruht.“

²⁾ Vgl. hierzu Hinweis in Nr. 101.

³⁾ 1667 wurde die Ukraine westlich des Dnjepr zu Polen geschlagen; der Rest (das Hetmanat mit Kiev) war 1654 unter die Schutzherrschaft des Zaren in Moskau gekommen.

Minister des Äußern **Graf Czernin**: Ich erlaube mir, die Herren der ukrainischen Delegation darauf aufmerksam zu machen, daß zwischen der französischen und deutschen Übersetzung ein Widerspruch besteht, und ich würde es für wichtig halten, daß die Herren eine vollkommen authentische Übersetzung entweder französisch oder deutsch anfertigen lassen.

Herr **Ljubynsjkyj**⁴⁾: in Französisch.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Also ist die jetzt hier verlesene Übersetzung als nicht authentisch zu betrachten?

Herr **Ljubynsjkyj**: Der Text der deutschen Übersetzung kann nicht als amtlich angesehen werden, da der französische Text die Originalunterschriften trägt. Wenn infolgedessen zwischen den beiden Texten ein Widerspruch festzustellen ist, so ist der französische Text entscheidend.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Meine Herren! Wir haben von den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden der ukrainischen Delegation und von dem Inhalte der uns gemachten Mitteilungen mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ich schlage vor, daß die ukrainische Note als wichtiges historisches Dokument den Akten des Kongresses einverleibt werde. Die Vertreter der verbündeten Mächte begrüßen im Sinne ihres Telegrammes vom 26. Dezember 1917⁵⁾ die in Brest-Litowsk erschienenen ukrainischen Vertreter. Die Vertreter der verbündeten Mächte behalten sich ihre endgültige Stellungnahme zu den Ausführungen der ukrainischen Delegierten vor. Ich würde dankbar sein, wenn durch Stellung einiger Fragen die Unterlagen für die Beschlußfassung der verbündeten Mächte verbreitert werden könnten. Die Lage der gegenwärtigen Beratungen kann unter Umständen durch die eben gehörten wichtigen Mitteilungen grundlegend beeinflußt werden. Bisher wurde mit den Herren Vertretern der Petersburger Regierung verhandelt über sämtliche das russische Gebiet betreffende Angelegenheiten. Ich möchte mir erlauben, an den Herrn Vorsitzenden der Delegation der Petersburger Regierung die Frage zu richten, ob er und seine Delegation auch ferner die Angelegenheiten des gesamten Rußlands hier diplomatisch zu vertreten beabsichtigen.

Herr **Trockij**: Bevor die Frage des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation gestellt worden war, wollte ich die folgende Erklärung abgeben: In Kenntnis der durch die ukrainische Delegation veröffentlichten Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik erklärt die russische Delegation ihrerseits, daß sie im vollen Einverständnis mit der grundsätzlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes⁶⁾ jeder Nation bis zur vollen Lostrennung kein Hindernis für die Teilnahme der ukrainischen Delegation an den Friedensverhandlungen finde.

⁴⁾ *Mikola Ljubynsjkyj*, zweites Mitglied der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk; Mitglied der ukrainischen Zentralrada, nach Abschluß des Brester Friedensvertrages Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ukrainischen Volksrepublik.

⁵⁾ Es dürfte sich hier wohl um die Formulierungen in Nr. 111 handeln.

⁶⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch zum Grundsätzlichen des Selbstbestimmungsrechtes von russischer Seite Lenin, Biographie, S. 348 ff., Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Beabsichtigt der Herr Erste Delegierte der Petersburger Delegation die Frage, die ich eben gestellt habe, jetzt zu beantworten, oder zieht er vor, die Antwort auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben?

Herr Trockij: Die Erklärung, die ich im Namen der russischen Delegation abgegeben habe, halte ich für ausreichend auch als Antwort auf die Frage des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann mich dem nicht vollkommen anschließen, denn soweit ich aus der Übersetzung die Antwort des Herrn ersten Delegierten verstanden habe, hat er sich einverstanden erklärt mit der Teilnahme der ukrainischen Vertreter an den Friedensverhandlungen. Es ist aber für uns von der allergrößten Bedeutung, den Charakter und die Attributionen, mit welchen die Herren ukrainischen Vertreter an unseren Beratungen teilnehmen, von vornherein vollkommen klarzustellen. Die ukrainische Delegation spricht für ein Gebiet, dessen Umfang sie uns in einer vorhergehenden Beratung im allgemeinen dargelegt hat. Dieses Gebiet umfaßt nach ihren Darlegungen z. B. das Schwarzmeergebiet. Sind nun Verhandlungen über Schwarzmeerfragen nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der Petersburger Delegation vom Vertreter der verbundenen Viermächte mit dem Herrn Vorsitzenden der Petersburger Delegation, der zugleich die Ukraine mit vertritt, oder mit dem Herrn Vertreter der ukrainischen Delegation zu führen?

Herr Trockij: Ich habe meine Antwort für genügend gehalten, weil unsere Regierung auf einem prinzipiellen Standpunkt steht, der es nicht erlaubt, die Attribute und Rechte einer anderen Delegation in der Vertretung eines Volkes zu bestimmen, das sich als selbständig erklärt oder zu erklären im Begriff ist. Was die Grenzen jenes Gebietes, in dessen Namen die ukrainischen Vertreter sprechen, anbetrifft, so kann diese Frage der Gesamtlage nach nicht als entschieden betrachtet werden, da die ukrainische Republik im Prozeß des Werdens steht. Jedenfalls können die Fragen über die Grenzen des russischen und des ukrainischen Gebietes nicht Konfliktfragen zwischen beiden Delegationen werden, da im Streitfalle diese Fragen durch allgemeine Abstimmung der Bevölkerung dieser Gebiete bestimmt würden.

Staatssekretär v. Kühlmann: Es hat mir ferngelegen, die Grenzfragen im einzelnen aufwerfen zu wollen. Ich habe dieses Beispiel nur gewählt, um an einem konkreten Beispiel zu versuchen, Klarheit darüber zu gewinnen, wie nach Anschauung des Vorsitzenden der Petersburger Delegation das Verhältnis, und zwar das internationale Verhältnis gegenüber uns, bei den Verhandlungen sich gestalten wird.

Herr Trockij: Ich bin der Ansicht, daß alle diese Fragen im Laufe der Verhandlungen sich von selbst zwischen beiden Delegationen, der russischen und der ukrainischen, durch Übereinkommen lösen werden und daß in dieser Frage keine Schwierigkeiten für die Delegationen der anderen Seite bestehen werden.

Staatssekretär v. Kühlmann: Es handelt sich ja jetzt nicht darum, Einzelfragen der späteren Friedensverhandlungen zu behandeln, sondern es handelt sich darum für uns, im Hinblick auf den sehr weitgehenden Entschluß, welchen die Vorträge der ukrainischen Delegation heute von uns erbeten haben, genauen

Einblick in die Ansichten der russischen Delegation zu bekommen. Die Frage würde sich kurz gefaßt dahin zusammenfassen:

Soll die ukrainische Delegation eine Unterabteilung der russischen Delegation darstellen, oder soll sie in diplomatischer Beziehung als Vertretung eines selbständigen Staates behandelt werden?

Herr **Trockij**: Da die ukrainische Delegation als eine selbständige Delegation hier aufgetreten ist, da in unserer Erklärung wir diese Vertretung der Ukrainer anerkannt haben, da keinerseits von irgend jemand ein anderer Vortrag und Vorschlag gemacht wurde, so betrachten wir diese Frage als erledigt.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich danke dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation für diese Darlegungen. Sie werden uns bei den Beschlüssen über die Form, in welcher die ukrainischen Vertreter an unseren Beratungen sich beteiligen können, wertvolle Fingerzeige geben.

Hat der Herr Vertreter der ukrainischen Delegation den Wunsch, noch irgend etwas zu dieser Frage zu sagen?

Staatssekretär **Holubovyč**: Wir sind dankbar für die Erklärung des Vertreters der russischen Delegation, danken für die Art, in der diese aufgenommen ist, und nehmen an, daß dadurch die selbständige Stellung, die wir bei den Friedensverhandlungen einzunehmen haben, vorbestimmt wird.

Wir bitten zu den Akten der Verhandlungen nehmen zu wollen, daß wir gewissermaßen zwei getrennte, selbständige Delegationen von derselben Partei der russischen Front, des früheren russischen Kaiserreiches bilden.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich möchte Ihre Zustimmung, meine Herren, erbitten, daß wir diese Präliminarfrage, welche den Gegenstand eingehender Beratungen zwischen den Verbündeten bilden wird, vorläufig von unseren Beratungen absetzen und dieselben da fortsetzen, wo sie auf Wunsch der russischen Delegation gestern unterbrochen worden sind. Ich nehme an, daß der Herr erste Delegierte der russischen Delegation das Wort wünscht.

Herr **Trockij**: Bevor wir an die Erörterung der Fragen, die in den Erklärungen der Delegierten gestellt sind, herantreten, betrachten wir es für notwendig, das sich in die Verhandlungen hineingeschlichene Mißverständnis zu beseitigen.⁷⁾

In der offiziellen Sitzung vom 27. Dezember 1917 hat die russische Delegation in Beantwortung der Paragraphen I und II des deutschen sowie österreichisch-ungarischen Projektes sich damit begnügt, ihre Redaktion dieser Paragraphen, durch welche das Schicksal der okkupierten Gebiete bestimmt wird, entgegenzustellen und eine kurze Erklärung des Vorsitzenden der russischen Delegation abzugeben.⁸⁾ In letzterer wurde darauf hingewiesen, daß die russische Regierung

⁷⁾ Über die Ziele der russischen Delegation bei den Friedensverhandlungen vgl. u. a. Trockij, Lenin, S. 77: „In die Friedensverhandlungen traten wir mit der Hoffnung ein, die Arbeitermassen Deutschlands und Österreich-Ungarns wie auch der Ententeländer aufzurütteln. Zu diesem Zweck war es nötig, die Verhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen, damit die europäischen Arbeiter Zeit hätten, die Tatsache der Sowjetrevolution und im besonderen ihre Friedenspolitik gehörig zu erfassen.“ — Über die Schwierigkeiten der Verhandlungen s. ebenda, S. 78 ff.

⁸⁾ Vgl. Nr. 116.

Erklärungen von privilegierten Gruppen der Bevölkerung, die unter der Herrschaft der militärischen Okkupation abgegeben werden, keinesfalls als Willenserklärungen der Völker, die diese Gebiete bewohnen, betrachten kann. Wir stellen jedenfalls fest, daß das offizielle in deutschen Zeitungen veröffentlichte Protokoll der letzten Sitzung in dem Teil, in welchem die Rede des Vorsitzenden der russischen Delegation wiedergegeben wurde, dem entspricht, was in der Sitzung am 27. Dezember 1917 stattgefunden hat.

Was nun das uns gänzlich unbekannt wirkliche oder fiktive Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur anbetrifft, auf welches sich die deutsche Presse und der Herr Staatssekretär *v. Kühlmann* berufen, so sind wir nicht in der Lage, vor Einziehung nötiger Erkundungen festzustellen, auf welche Weise und welches Telegramm als Korrektur und Ergänzung der Protokolle vom 27. Dezember aufgefaßt werden konnte. Wir stellen jedenfalls fest, daß dieses Telegramm nicht als Erklärung der russischen Regierung, sondern höchstwahrscheinlich als Beschluß [sic!], daß in allen Zitaten oder Berufungen auf dieses Telegramm, insoweit wir das zu beurteilen imstande sind, die Rede nicht ist von einer angeblichen Erklärung der russischen Delegation, sondern von einer Resolution des Zentral-Exekutivkomitees von Petrograd, einer Resolution, die nach dem Vortrage der russischen Delegation über die Friedensverhandlungen im vollen Einverständnis mit der Position unserer Delegation eingenommen worden war und die die vollständige Zurückweisung solcher Behandlung oder solcher Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker [bringt], bei dem der Wille der Völker in Wirklichkeit durch den Willen kleiner privilegierter Schichten, die unter der Kontrolle der Okkupationsgewalten stehen, ersetzt wird. — Es tut uns leid, daß dieses Mißverständnis, das in keinem Zusammenhang mit den Arbeiten unserer Delegationen steht und dessen Entstehungsquelle noch festzustellen ist, stattgefunden hat. Wir halten es aber für notwendig festzustellen, daß die Möglichkeit solcher Mißverständnisse dadurch hervorgerufen worden ist, daß nicht alle offiziellen Erklärungen der russischen Delegation zur Kenntnis der Völker der Mittelmächte gebracht werden. Zum Teil gelangen sie an die Öffentlichkeit in veränderter Form, wie dies z. B. mit der Antwort unserer Delegation auf die Deklaration vom 25. Dezember geschah, aus der in der öffentlichen deutschen Mitteilung die ganze Kritik des Paragraphen III über die Selbstbestimmung der Völker ausgefallen ist. In dieser unvollkommenen Information der Öffentlichkeit Deutschlands und Österreich-Ungarns über den Gang der Friedensverhandlungen sehen wir die wirkliche Gefahr für die erfolgreiche Weiterführung unserer Arbeiten.

Was den Protest des Herrn Generals *Hoffmann*, der von den militärischen Vertretern der drei anderen Delegationen unterstützt wurde, gegen Artikel in unserer Presse, Funksprüche, Aufrufe usw. betrifft, soviel sie die monarchistische und kapitalistische Ordnung dieser oder jener Länder der Kritik unterziehen, so halten wir es für notwendig zu erklären: weder die Bedingungen des Waffenstillstands noch der Charakter der Friedensverhandlungen begrenzen in irgendeinem Sinne und von irgendeiner Seite die Freiheit der Presse und des Wortes in keinem der vertragschließenden Länder. Jedenfalls wahren wir, die Vertreter der russischen Revolution, unsererseits für uns und für unsere Mitbürger volle

Freiheit der Propaganda ihrer republikanischen und revolutionär-sozialistischen Überzeugung. Gleichzeitig erklären wir, daß wir unsererseits keinen Grund für einen Protest in dem Umstand sehen, daß die Regierungen des Vierbundes unter den russischen Kriegsgefangenen und unter unseren Soldaten an der Front halbamtliche deutsche Schriften verbreiten, welche ganz tendenziös und von kapitalistischen Ansichten erfüllt sind, die wir als tief feindlich den Interessen der Volksmassen betrachten.

Nach diesen Vorbemerkungen können wir an den Inhalt der Deklaration, die hier gestern von den Herren Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation vorgelesen wurde, herantreten.

Fürs erste bestätigen wir, daß wir im vollen Einvernehmen mit dem vorher gefaßten Beschluß die Friedensverhandlungen weiterführen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Mächte der Entente dazu anschließen oder nicht. Indem wir die Erklärungen der Delegationen des Vierbundes zur Kenntnis nehmen, daß die Grundlagen des allgemeinen Friedens, die in ihrer Deklaration vom 25. Dezember formuliert waren, jetzt hinfällig werden, da die Länder der Entente während der zehntägigen Frist sich den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen haben, halten wir es unsererseits für notwendig, zu erklären, daß die von uns proklamierten Grundsätze des demokratischen Friedens, welche wir auch weiterhin verfechten werden, nicht hinfällig werden, weder nach Ablauf eines zehntägigen noch eines längeren Termins, da sie die einzig denkbare Grundlage des Zusammenlebens und der Mitarbeit der Völker darstellen.

Bevor wir nach einer zehntägigen Pause hierher eingetroffen sind, regten wir entsprechend den schriftlichen Erklärungen, die wir zu Händen des Herrn Generals *Hoffmann* noch vor Beginn der Friedensverhandlungen machten, telegraphisch die Frage von der Übertragung der ferneren Verhandlungen in neutrales Gebiet an. Durch diesen Vorschlag suchten wir eine solche Lösung der Frage zu erreichen, welche beide Seiten in gleich günstige Verhältnisse stellen und dadurch den normalen Verlauf der Friedensverhandlungen fördern und die möglichst baldige Abschließung des für beide so nötigen Friedens erleichtern würde. Sich vollkommen dem Gedanken des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation, daß für die Führung einer Verhandlung die Atmosphäre, in der sie sich vollzieht, von der allergrößten Wichtigkeit sei, anschließend und die Frage beiseite lassend, in welchem Maße die Atmosphäre von Brest-Litowsk der Gegenpartei den Abschluß eines von großen politischen und nicht strategischen Motiven bedingten Friedens erleichtert, halten wir es jedenfalls für zweifellos, daß das Verweilen in der Festung Brest-Litowsk im deutschen Hauptquartier Ost unter der Kontrolle deutscher Behörden alle ungünstigen Seiten einer künstlichen Isolation für unsere Delegation nach sich zieht. Diese Seiten können durch die Möglichkeit der Benutzung des direkten Drahtes zur Weitergabe von dringenden Nachrichten nicht ausgeglichen werden. Diese künstliche Isolation, welche an und für sich eine ungünstige Lage für unsere Arbeiten schafft, ruft in der öffentlichen Meinung unseres Landes Aufregung und Bedenken hervor. Elemente, die nicht nur jeglichem Chauvinismus fern, sondern im Gegenteil bestrebt sind, gut freundschaftliche Verhältnisse zwischen den jetzt kämpfenden Völkern anzubahnen,

legen dagegen Protest ein, daß die russische Delegation Verhandlungen in einer von deutschen Truppen besetzten Festung führt.

Alle diese Erwägungen fallen noch schwerer ins Gewicht, indem wir durch die früheren Verhandlungen an die Frage über das Schicksal der lebendigen Völker, der Polen, Litauer, Letten, Esten, Armenier u. a. gelangt sind und es sich gezeigt hat, daß gerade in dieser Frage tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten herrschen. Wir betrachten angesichts dessen es für uns als sehr unwünschenswert, die Friedensverhandlungen in solchen Bedingungen weiterzuführen, die die Behauptung rechtfertigen könnten, daß wir abgeschnitten von den allseitigen Informationsquellen, isoliert von der öffentlichen Meinung der Weltdemokratie, ohne Garantie, daß unsere Erklärungen und Äußerungen zur Kenntnis der Völker des Vierbundes gelangen, an der Entscheidung des Schicksales lebendiger Völker hinter ihrem Rücken teilnehmen.

Welche Ursachen sind es, die imstande waren, zu verhindern, die Friedensverhandlungen in neutrales Gebiet zu übertragen? Zur Erklärung dessen berief sich der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation offensichtlich auf die Rede, die der Herr Reichskanzler im Hauptausschuß des Reichstages über diese Frage gehalten hat. Nachdem er die technischen Schwierigkeiten, welche das Verlegen der Verhandlungen in neutrales Gebiet mit sich zieht, gestreift hat, Schwierigkeiten, welche unserer Meinung nach bei gutem Willen beider Teile sich leicht überwinden ließen, erklärte der Herr Reichskanzler:

Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.⁹⁾

Denselben Gedanken entwickelte der Herr Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation in seiner gestrigen Mitteilung.

Insoweit es notwendig ist, dieses Argument zu würdigen, halten wir es für nützlich, vorerst daran zu erinnern, daß es doch der russischen Regierung selbst voll überlassen werden sollte, sich vor jeglichen schädlichen Machinationen zu schützen. Wir haben umso mehr das Recht, dies zu erwähnen, da doch die revolutionäre russische Regierung ihre Unabhängigkeit von jeglichen diplomatischen Machenschaften, hinter denen stets das Bestreben, die arbeitenden Klassen zu knechten, versteckt ist, klar genug bewiesen hat.

Den Kampf gegen den Krieg begannen wir noch zu der Zeit, als die zarischen Truppen siegreich nach Galizien einzogen. Diesen Kampf führten wir ungeachtet

⁹⁾ Vgl. Schulthess, 34. Jg. 1918, I, S. 2: Am 4. 1. 1918 hatte der Reichskanzler erklärt: „... Die russ. Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen vorschreiben zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut —, in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würden. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, um Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden. Ich habe daher den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen.“ Vgl. auch Nr. 147.

der sich immer ändernden strategischen Situationen trotz aller Hindernisse weiter, alles Machwerk, von woher es auch stamme, bekämpfend. Zur Gewalt gelangt, vollführten wir das, was wir als Opposition versprochen. Wir haben die geheimen Verträge veröffentlicht und sie entschieden verworfen, soweit sie den Interessen der sie betreffenden Völker und der sozialistischen Moral widersprachen. Die Veröffentlichungen werden fortgesetzt. Keiner der Staaten, sei es verbündeter oder feindlicher, folgte uns leider bisher auf diesem Wege des offenen und entschlossenen Kampfes gegen die diplomatischen Machenschaften. Wir betraten den Weg der Verhandlungen über den Waffenstillstand, indem wir die Mahnungen, Drohungen und Intrigen der Missionen der uns verbündeten Regierungen ohne Beachtung ließen.¹⁰⁾ Wir folgten allein unserem sozialistischen Programm. Auf alle konterrevolutionären Machinationen, welche von seiten der diplomatischen Agenten der Entente zwecks Störung der Friedensverhandlungen ins Werk gesetzt wurden, haben wir mit scharfen Repressalien geantwortet und tun es auch weiter. Wir haben absolut keine Gründe anzunehmen, daß die Diplomatie der Entente auf neutralem Boden gegen den Frieden mit größerem Erfolge operieren könnte als in Petersburg.

Was die vom Herrn Staatssekretär bezweifelte Aufrichtigkeit unserer Friedensbestrebungen anbetrifft, so glauben wir, daß diese Frage nicht durch psychologische Hypothesen, sondern durch Tatsachen entschieden wird. Aufrichtig erstrebt den Frieden, wer bereit ist, alle notwendigen Schlußfolgerungen aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu ziehen. Unser Verhältnis dazu bewiesen wir in den Fragen Finnlands, Armeniens und der Ukraine. Die Gegenseite hat jetzt ihren Standpunkt wenigstens in der Frage der okkupierten Gebiete zu zeigen, und wenn der Herr Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation *Graf Czernin* die Befürchtung ausspricht, die Regierungen Englands und Frankreichs könnten vor wie hinter den Kulissen alles versuchen, um das Zustandekommen des Friedens zu verhindern, so halten wir es für nötig, zu erklären, daß unsere Politik überhaupt ohne Kulissen auskommt, da diese Waffe der alten Diplomatie durch das russische Volk zusammen mit vielen anderen Dingen im siegreichen Aufstande des 25. Oktober¹¹⁾ abgeschafft worden ist. Alle diese uns in der Teilnahme an englischen und französischen Intrigen bezichtigenden Verdächtigungen, die nun symmetrisch durch die Londoner und Pariser Insinuation über unsere geheime Verständigung mit Berlin ergänzt werden, lehnen wir mit der Entschiedenheit zurück, zu der uns unsere Politik das Recht gibt, die nicht durch zufällige Kombinationen, sondern durch die grundlegenden historischen Interessen der arbeitenden Massen aller Länder geleitet wird.

Wenn wir somit keinen technischen und politischen Umstand, der tatsächlich das Schicksal des Friedens mit Brest-Litowsk als Verhandlungsort vereinigen sollte, sehen, so können wir andererseits nicht an dem Argument vorbeigehen, das hier nicht bei Namen genannt wurde, das jedoch alle anderen Argumente beleuchtet und das mit genügender Deutlichkeit in der Rede des Herrn Reichskanzlers erwähnt wurde. Wir sprechen von demjenigen Teile seiner Rede, in der der Herr Reichskanzler zugleich mit dem guten Recht und des loyalen Gewissens

¹⁰⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang u. a. Buchanan, *Meine Mission* S. 257 ff.

¹¹⁾ 8. November neuen Stils.

auch auf die Machtstellung Deutschlands hinwies. Wir haben weder die Möglichkeit noch die Absicht, es zu bestreiten, daß unser Land durch die Politik der bis unlängst herrschenden Klassen geschwächt ist; aber die Weltstellung eines Landes wird ja nicht durch den augenblicklichen Stand seines technischen Apparates bestimmt, sondern auch durch ihm innewohnende Möglichkeiten, wie ja auch die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht nur nach dem heutigen Stande seiner Verpflegungsmittel beurteilt werden darf. Eine großzügige und weitblickende Politik basiert auf den Tendenzen der Entwicklung auch im Innern verborgener Möglichkeiten, die, einmal ins Leben gerufen, früher oder später ihre Lebenskraft beweisen. Ebenso wie die große Reformation des 16. und die große Revolution des 18. Jahrhunderts die schaffenden Kräfte des deutschen und des französischen Volkes zum Leben geweckt haben, so sind durch unsere große Revolution, welche sich auf einer höheren Stufe der Welttechnik und Kultur abspielt, dieselben schaffenden Kräfte unseres Volkes geweckt und entfaltet worden. Unsere Regierung hat an die Spitze ihres Programmes das Wort „Frieden“ geschrieben, gleichzeitig aber hat sie sich vor den Völkern verpflichtet, nur einen gerechten demokratischen Frieden zu unterzeichnen. Höchste Achtung zollt unser Volk den arbeitenden Massen Deutschlands, auf welche sich ja die ganze deutsche Kultur stützt. Durch Vermittlung der Parteien, die jetzt durch unsere Revolution ans Ruder gebracht wurden, hat unser Volk von längst her gelernt, den deutschen Arbeiter, seine Organisationen, die mit dem Geiste internationaler Solidarität durchdrungen sind, zu achten. Hohe Sympathie bringt unser Volk den Völkern Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens entgegen. Die schrecklichen Jahre des grausamsten und sinnlosesten aller Kriege haben die Herzen unserer Soldaten nicht gegen ihre Feinde erbittert, sondern im Gegenteil sogar ein neues Band zwischen ihnen und den Soldaten der feindlichen Armeen geknüpft, das Band des gemeinsamen Leidens und des gemeinsamen Strebens nach Frieden. Gerade deshalb haben die Tagungen der russischen Arbeiter, Bauern und Soldaten den Völkern, welche jenseits der Schützengräben leben, offenen Herzens die Hand zum Frieden geboten. Unsererseits hat sich nichts geändert. Wir erstreben wie bisher den schleunigsten Frieden, der auf der Verständigung der Völker begründet sein wird. Die Ablehnung seitens der Vertreter der deutschen, österreich-ungarischen, türkischen und bulgarischen Regierungen der Verlegung der Verhandlungen in ihrem jetzigen Stande auf neutralen Boden, was beiden Seiten die elementarste Gleichberechtigung sichern würde, kann kaum anders erklärt werden als durch Bestreben der genannten Regierungen oder einflußreicher annexionistischer Kreise, nicht den Weg der Verständigung zwischen den Völkern, sondern den Weg, der durch die Kriegskarte bestimmt wird, zu schreiten. Dieses Bestreben ist gleich gefährlich für das Russische Reich wie für das deutsche Volk, denn Kriegskarten vergehen, Völker verbleiben.

Noch vor der gestrigen Sitzung verneinten wir als offen tendenziös die Darstellung des annexionistischen Teiles der deutschen Presse, daß in Fragen vom Verhandlungsort die Stellung der Deutschen Regierung einen ultimativen Charakter trage; wir nahmen an, daß in der Frage, wo zwei Seiten zu verhandeln haben, kein Platz für Ultimatum, sondern nur für rechtschaffenes sachliches Übereinkommen sei. Wir haben uns versehen, uns stellte man ein Ultimatum: entweder

Verhandlung in Brest-Litowsk oder gar keine Verhandlung. Dieses Ultimatum, das nur in dem Sinne aufgefaßt werden konnte, daß die Regierungen oder diejenigen Elemente des Vierbundes, die eine Annexionspolitik führen, einen Abbruch der Verhandlungen aus formell technischen Gründen für günstiger gehalten hätten als einen Abbruch in der Frage des Schicksals Polens, Kurlands, Litauens und Armeniens; denn man muß eingestehen, daß ein Abbruch der Verhandlungen, hervorgerufen durch ein Ultimatum aus einem technischen Grunde, es den Volksmassen Deutschlands und dessen Bundesgenossen äußerst schwierig gemacht hätte, die Gründe des Konfliktes wirklich zu begreifen, und die Arbeit jener offiziösen annexionistischen Agitatoren erleichtert hätte, die es versuchen, dem deutschen Volke einzuprägen, als ob hinter der geraden und offenen Politik der russischen revolutionären Gewalt Engländer oder sonstige Regisseure ständen. Von diesen Ansichten ausgehend, halten wir es für notwendig, offen vor der ganzen Welt und allen, zuerst vor dem deutschen Volke, das uns gestellte Ultimatum anzunehmen. Wir bleiben in Brest-Litowsk, wir bleiben hier, um keine Möglichkeit in dem Kampfe um den Frieden unausgenützt zu lassen; wie die Handlungsweise der vier verbündeten Delegationen in der Frage vom Verhandlungsort auch sei, wir Delegierten der russischen Revolution halten es für unsere Pflicht, vor den Völkern und Armeen sich aufs neue zu bemühen, um hier im Hauptquartier klar und deutlich zu erfahren, ob schon jetzt ein Friede mit den vier verbündeten Mächten ohne Vergewaltigung der Polen, Litauer, Letten, Esten, Armenier und sonstigen Völker, denen die russische Revolution ihrerseits das volle Selbstbestimmungsrecht ohne jegliche Einschränkung, ohne jeglichen Hintergedanken gewährt, möglich sei.

Indem wir in dieser Stunde auf unseren Vorschlag über das Verlegen der Verhandlungen auf neutralen Boden verzichten, schlagen wir vor, zur Fortsetzung der Verhandlungen überzugehen. Zu diesen Auseinandersetzungen möchte ich noch den Wunsch hinzufügen, daß sie allen Völkern, mit denen das russische Volk in Freundschaft leben will, voll bekannt werden.

Staatssekretär **Holubovyč**: Ohne auf die Frage des bisherigen Mißverständnisses einzugehen, halten wir es für nötig, zu betonen, daß die Verhandlungen erst weiter gehen, wenn wir eine Antwort erhalten haben sowohl auf unsere heutigen Ausführungen wie auf die Ausführungen der russischen Delegation bezüglich der Ukrainischen Volksrepublik.

Staatssekretär **v. Kühlmann**: Ich kann mich dem Antrage des Herren ersten ukrainischen Vorsitzenden nicht anschließen. Es besteht kein Bedenken, weder auf Seiten der russischen Delegation noch auf Seiten der Delegation der vier Verbündeten, daß die Herren an unseren Beratungen teilnehmen. Diese Beratungen haben durch die unerfreulichen Zwischenfälle, deren schon wiederholt gedacht worden ist, ohnehin eine Verzögerung erfahren, welche jedenfalls die Völker nicht verstehen und nicht billigen werden. Ich stelle im Namen der vier Verbündeten den Antrag, unabhängig von der Lösung der Inzidenzpunkte, so wie es der Herr Vorsitzende der russischen Delegation eben getan hat, den Fortgang und zwar den schleunigen Fortgang der Arbeiten der Friedenskonferenz anzuregen.

Es steht aber gar nichts im Wege, daß diese Spezialfrage in Spezialerörterungen zwischen den Verbündeten und der ukrainischen und der russischen Delegation einer raschen Lösung entgegengeführt wird. Es ist nicht möglich, augenblicklich auf die sehr ausführlichen Darlegungen des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation jetzt einzugehen. Es bedarf dazu einiger Vorarbeiten und auch einer weiteren Beratung unter den Verbündeten. Ich schlage vor, die Beantwortung dieser Darlegungen zu verschieben, davon aber den Fortgang der Arbeiten nicht abhängig zu machen, und würde, wenn kein Widerspruch erfolgt, vorschlagen, daß wir uns heute Nachmittag zur weiteren Arbeit versammeln. Ich stelle dabei zur Erwägung anheim, ob wir uns wieder in Plenarform versammeln wollen oder ob zunächst eine Aussprache von Macht zu Macht zwischen der russischen und unseren Delegationen den Vorzug verdient. Ich habe aus den Erfahrungen der bisherigen Verhandlungen sprechend den Eindruck, daß die Plenarversammlungen nach vorhergehenden Vorversammlungen durch Spezialberatungen erheblich rascher und glatter verlaufen können. Will einer der Herren sich dazu äußern?

Herr L. D. Trockij: Wir stimmen dem bei, daß es gut und nützlich sei, einen Teil der Arbeiten vorerst von Macht zu Macht zu erledigen.

Herr Holubovyč: Wir können vorläufig noch keine bestimmte Antwort geben, ehe wir uns beraten haben über die für die ukrainische Delegation entstandene Sachlage.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich würde, wenn dies dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation genehm ist, vorschlagen, heute um 5 Uhr 30 Minuten eine Konversation von Macht zu Macht zwischen der russischen und deutschen Delegation im kleinen Sitzungssaal vorzunehmen. Ich würde voraussichtlich 2 bis 3 Herren mitbringen, damit der Kreis nicht zu groß wird.

Herr L. D. Trockij: Ich habe es so verstanden, daß an diesen Beratungen auch die Herren der österreichisch-ungarischen Delegation teilnehmen würden.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich bin sehr gerne bereit.

Minister des Auswärtigen Graf Czernin: Wenn mein deutscher Herr Kollege einverstanden ist, bin ich gerne bereit.

Herr L. D. Trockij: Dann muß hinzugefügt werden, daß wir auch diesen Arbeiten in den Kommissionen von Macht zu Macht formelle Bedeutung beilegen mit allen sich daraus ergebenden Folgen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich stimme vollkommen zu. Wenn niemand zum jetzt vorliegenden Beratungsstoff weitere Anträge stellt, so würde ich die Sitzung für aufgehoben erklären.

(Schluß der Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten).

Kühlmann

174.

10. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7. Telegramm. Nr. 72. Abgeg. Brest-Litowsk, 10. 1. 1918, 7.00 nachm., angek. 10. 1. 1918, 7.30 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Antwort auf Telegramme Nr. 60¹⁾ und Nr. 92²⁾“

Ich nehme an, daß sich *Graf v. Podewils* an den Friedensverhandlungen als Mitglied der bereits vorhandenen Delegationen beteiligt und nicht als besonderer Vertreter Bayerns außerhalb der Delegation stehen wird. Dies dürfte auch der Verabredung entsprechen, die seinerzeit zwischen Bayern und Preussen getroffen wurde, da nach dem Wortlaut derselben der Bevollmächtigte des Königs von Bayern vom Bundeskanzler amtlich, d. h. von Euerer Exzellenz zu instruieren ist, diese Instruktion aber naturgemäß mit der mir erteilten nur identisch sein kann.

Gelegenheit zu einer dauernden Betätigung, die der hervorragenden Stellung des *Grafen v. Podewils*, seiner staatsmännischen Vergangenheit und seinen diplomatischen Qualitäten gerecht würde, dürfte sich innerhalb des Rahmens der hiesigen Delegation kaum bieten. Auch die örtlichen Verhältnisse, namentlich die Unterkunftsnot, lassen es mir fraglich erscheinen, ob dem Grafen die ständige Anwesenheit in Brest-Litowsk zugemutet werden kann. Ich möchte daher vorschlagen, daß *Graf v. Podewils* zwar der deutschen Friedensdelegation als Bevollmächtigter des Königs von Bayern alsbald offiziell zugeteilt wird, aber hier persönlich nur dann erscheint, wenn besonders wichtige Fragen zur Verhandlung stehen. Rechtzeitige Meldung zwecks Benachrichtigung des *Grafen v. Podewils* würde ich mir vorbehalten.

Euerer Exzellenz darf ich anheimstellen, die bayerische Regierung im vorstehenden Sinne zu verständigen. Sollte *Graf v. Podewils* auf dauernde Anwesenheit Wert legen, so würde seiner alsbaldigen Abreise nach Brest-Litowsk nichts im Wege stehen.

Kühlmann.

¹⁾ Telegramm des Reichskanzlers *Grafen v. Hertling* vom 6. 1. 1918 an den Staatssekretär v. *Kühlmann* und den Legationssekretär *Grafen v. Zech* in München. Benachrichtigung, daß v. *Dandl* „bei mir den Wunsch . . . nach Vertretung Bayerns bei den kommenden Friedensverhandlungen ausgesprochen“ hat. Der Reichskanzler hat die bayerische Regierung um Ernennung ihres Vertreters gebeten. Pol. Archiv, Rußland. Politisches Nr. 1. Vgl. auch Nr. 133 u. 163.

²⁾ Gemeint ist das als Nr. 163 abgedruckte Telegramm.

175.

10. 1. 1918: Artikel des Vorwärts über den Frieden

Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5. — Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

In dem Augenblick, in dem die Verhandlungen von Brest wieder aufgenommen werden, zunächst nur um über den russischen Wunsch nach Verlegung des Ver-

handlungsortes zu beraten, hat der Präsident der Vereinigten Staaten¹⁾ im Kongreß eine Rede für den allgemeinen Frieden gehalten. Stach schon die letzte Rede *Lloyd Georges* von früheren Äußerungen der Ententeführer, zumal des heißblütigen englischen Premierministers selbst, stark ab, so gilt das noch mehr von der Rede *Wilsons*, die im Verhältnis zu seinen früheren Reden geradezu als ein Muster staatsmännischer Mäßigung²⁾ erscheint.

Die Wirkung des — trotz mancher Bedenken im einzelnen — schönen und lockenden Weltfriedensprogrammes, das *Wilson* entwickelt hat, wird in Deutschland durch zwei Umstände beeinträchtigt werden. Erstens zittert in einem großen Teil der öffentlichen Meinung noch die Erregung über frühere heftige Reden des Präsidenten nach, und zweitens wird sich sofort das Mißtrauen regen, ob nicht der idealistische Schwung der neuen Rede nur ein diplomatisches Manöver ist, ob nicht den Russen das Irrlicht eines allgemeinen Friedens entzündet werden soll, um sie noch einmal in den Blutsumpf des allgemeinen Krieges hineinzuführen.

Und wir? Gerade weil in uns der ewige Gedanke der Menschenverbrüderung wach und rege ist, weil wir den Frieden, von dem *Wilson* spricht, wirklich wollen, müssen [wir] uns hüten, Opfer eines allzu leichtfertigen Vertrauens zu werden. Wir können *Wilsons* Vorschlag nicht enthusiastisch begrüßen, ohne zu prüfen, was er bedeutet und was mit ihm beabsichtigt ist.

Wilsons Rede genügt noch nicht als Beweis dafür, daß die Entente einen Frieden, wie er in dieser Rede dargestellt ist, abzuschließen bereit ist. Die Entente hat die Frist, die ihr zum Anschluß an die Friedensverhandlungen gegeben war, verstreichen lassen, und die Rede *Lloyd Georges* enthält Punkte, über die sich wohl verhandeln läßt, von denen aber von vornherein gesagt werden muß, daß die Regierungen des Vierbundes sie nicht so, wie sie sind, annehmen können. Diese Punkte kehren in der Rede *Wilsons* abgeschwächt wieder. Die Wiedererwägung der elsäß-lothringischen Frage wird in die Formel gekleidet, diese Angelegenheit müsse „so geordnet werden, daß der Frieden im Interesse aller gesichert wird“. Das ist aber nur dann möglich, wenn auf den Versuch verzichtet wird, Teile des deutschen Volkes vom deutschen Volke abzutrennen.

Auch über die Türkei spricht sich *Wilson* ähnlich aus wie *Lloyd George*, nur daß er vorsichtigerweise die Möglichkeit offen hält, daß die nach *Lloyd George* zur Loslösung reifen Gebiete in Formen der Autonomie dem Gesamtverbande des Türkischen Reiches erhalten bleiben.

Zwischen den Reden *Wilsons* und *Lloyd Georges* besteht somit ein ähnliches Verhältnis wie zwischen den Erklärungen vom 25. und 28. Dezember. Die Rede *Wilsons* und die Erklärung vom 25. Dezember sind Bekenntnisse zu idealen Grundsätzen, die allgemeine Billigung verdienen. Aus der Rede *Lloyd Georges* und in der Erklärung vom 28. Dezember geht aber etwas hervor, was mit diesen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringen ist. Die Rede *Wilsons* und die Erklä-

¹⁾ Dazu in gleicher Höhe Randbemerkung Kaiser *Wilhelms II.*: „Ehrloser Schurke!“

²⁾ Von „Muster“ bis „Mäßigung“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Donnerwetter! So ein Schwein!“

rung vom 25. Dezember zusammengehalten, ergeben Grundlagen, auf denen sich über den allgemeinen Weltfrieden verhandeln läßt, vorausgesetzt, daß auf beiden Seiten der ehrliche Wille besteht, ihnen kein Schnippchen zu schlagen und das ideale Programm der Weltbefreiung nicht durch nationalistisch eigensüchtige Hintergedanken zu verfälschen.

Für den Sozialismus ergibt sich daraus die Aufgabe, die von den Staatsmännern verkündeten Grundsätze anzuerkennen, für ihre Durchführung zu arbeiten, diejenigen aber, die diese Grundsätze verkünden und mit ihrer Durchführung betraut sind, auf die Ehrlichkeit ihrer Absichten sorgsam zu prüfen und kein Abweichen von dem vorgezeichneten Wege zu gestatten. Es ergibt sich daraus weiter die entscheidende Frage, ob die Arbeiterklasse aller Länder reif und aktionsfähig genug ist, um aus dem Ernst zu machen, was für andere doch nur ein Spiel mit diplomatischen Worten sein könnte.

Soll die Arbeiterklasse diese Aufgabe erfüllen, so darf sie nicht hinter den Staatsmännern des eigenen Landes blind hinterherlaufen. Der Vorwurf, dies getan zu haben, wird bekanntlich auch gegen die politische Arbeiterklasse Deutschlands erhoben, wie wir glauben mit Unrecht. Wir haben nie zu einem anderen Zwecke hinter unseren Staatsmännern Posten genommen als zu dem, sie durch einen Druck in den Rücken auf den Friedensweg zu bringen.³⁾ Darin wollen wir fortfahren, und wenn die Arbeiter der anderen Länder dasselbe tun wollen, dann wird der allgemeine Weltfrieden in nicht mehr ferner Zeit erreicht werden.⁴⁾

Am 5. Januar abends haben die verbündeten Delegationen in Brest-Litowsk den Russen mitgeteilt, daß die am 25. Dezember beginnende Frist für die Entente abgelaufen sei und durchblicken lassen, daß sich die Verbündeten an die Vorschläge für einen allgemeinen Frieden, die an jenem Tage erstattet wurden, nicht mehr gebunden fühlten. Die Diskussion über einen allgemeinen Frieden war damit aber nur formell geschlossen, sachlich geht sie weiter, kann sie und soll sie an jedem Tage wieder aufgenommen werden. Wir stimmen mit den Russen vollkommen in der Auffassung überein, daß der allgemeine Frieden nicht als Lockmittel mißbraucht werden darf, um einen Teilfrieden zu verhindern, daß er aber selbstverständlich das erstrebenswerte Ziel bleibt, dem wir mit allen Kräften zusteuern müssen, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet.

Wenn die Ententeregierungen Beweise für ihre Absicht erbringen, einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volke keine Preisgabe dessen, was es vor dem Kriege besaß, und keine Treulosigkeit zumutet, dann wird die deutsche Regierung zur allgemeinen Friedenskonferenz gehen.⁵⁾ Das soll kein Zeugnis sein für die guten Absichten der Regierung, aber ein Ausdruck der lebendigen Kräfte, die in unserem Volke rege sind. Also, wenn es ernst ist mit den guten Absichten, dann keinen Tag länger!⁶⁾

³⁾ Von „einen“ bis „bringen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Das verbitten wir uns“.

⁴⁾ Von „Arbeiter“ bis „werden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung von derselben Hand: „*Henderson* hat es für England abgelehnt!“

⁵⁾ Von „dann“ bis „gehen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „nein!“

⁶⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Unverschämter Halunke!“

176.

11. 1. 1918, vorm.: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 8. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 85. Abgeg. Brest-Litowsk, 11. 1. 1918, 8.25 nachm., angek. 12. 1. 1918, 2.30 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der zur Regelung der territorialen und politischen Fragen gebildeten Kommission bestehend aus Vertretern Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands“.

Die Sitzung wird um 10.05 Uhr durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. *Kühlmann* eröffnet.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Meine Herren, wir konstituieren uns als die in der letzten vor Weihnachten stattgefundenen Sitzung vorgesehene Kommission zur Erörterung der Fragen über die von den verbündeten Heeren besetzten Gebiete. Die Frage der besetzten Gebiete hat in den Verhandlungen, die vor der Weihnachtspause geführt worden sind, wie es ihrer Wichtigkeit entspricht, einen breiten Raum eingenommen. Die beiderseitigen Auffassungen dieser Frage sind in der betreffenden Sitzung sowohl von Herrn *Joffe* im Namen der russischen Delegation als von mir im Namen der verbündeten Delegationen in formulierten Vorschlägen niedergelegt worden.¹⁾ Wir halten an diesen Vorschlägen fest, sind aber angesichts der entscheidenden Wichtigkeit dieser Fragen bereit, dieselben Punkt für Punkt in der eingehendsten Weise durchzusprechen. Ich schlage vor, als Grundlage der Besprechung zunächst den Entwurf unseres Artikels 1 zu nehmen.

Der erste Satz des ersten Punktes dürfte zu Diskussionen keinen Anlaß geben, ebensowenig der zweite.

Der dritte Satz enthält die Erklärung der prinzipiellen Bereitwilligkeit Deutschlands.

Der Artikel ist auf Deutschland abgestellt, bezieht sich aber natürlich sinngemäß auch auf die anderen Alliierten zur Räumung der jetzigen Stellungen und der besetzten russischen Gebiete unter der Voraussetzung der vollen Gegenseitigkeit gegenüber Deutschlands Bundesgenossen. Es ist hier statuiert eine Bereitwilligkeitserklärung zur Räumung.

Diese ist bedingt durch die Voraussetzung der vollen Gegenseitigkeit von russischer Seite gegen die deutschen Bundesgenossen. Endlich ist statuiert der Zeitpunkt, von dem an diese Bereitwilligkeit zur Räumung besteht. Das ist der Moment des Friedens und der Demobilisation der russischen Streitkräfte.

Ich würde den Herrn ersten Delegierten der russischen Delegation bitten, uns seine Gesichtspunkte zur Fassung des Artikels 1 mitteilen zu wollen.

Herr **Trockij**: Wir sind der Ansicht, daß der Standpunkt, der von der Gegenpartei in den Punkten 1 und 2 formuliert worden ist, unbedingt und vollständig unannehmbar für uns ist.

¹⁾ Vgl. oben Nr. 97, 106, 111.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Punkt 2 steht nicht zur Diskussion. Ich wünsche die Äußerung des Herrn Vorsitzenden zu Punkt 1.

Herr **Trockij**: Ich kann den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden nicht annehmen, da er als Partei nicht in der Lage ist, mir Vorschriften darüber zu machen, in welcher Form ich meine Gedanken äußere.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Also lehnt der Herr Erste Delegierte der russischen Delegation die Diskussion des Punktes 1 als solche ab?

Herr **Trockij**: Ich lehne es nicht ab, aber ich möchte bemerken, daß ich den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, die deutsche Formulierung zur Grundlage der Diskussion zu nehmen, nicht annehmen kann, da eine russische Formulierung besteht, die der deutschen gleich steht, und eine Einigung darüber erzielt werden müßte, welche Formulierung oder in welcher Reihenfolge die zwei Formulierungen besprochen werden sollten.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Also wenn ich den Herrn Vorsitzenden recht verstanden habe, ist er bereit, die beiden Formulierungen Punkt für Punkt durchzusprechen.

Herr **Trockij**: Nachdem festgestellt sein wird, welche der beiden Formulierungen hier zur Diskussion steht, das ist noch nicht entschieden worden.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Und welche Gründe führt der Herr Vorsitzende dafür an, daß der russische Vorschlag zuerst behandelt werde?

Herr **Trockij**: Ich möchte die Gründe wissen, die deutscherseits angeführt werden für den deutschen Vorschlag.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Weil die deutsche Formulierung erheblich ausführlicher ist. Ich habe gar keine Bedenken, die beiden Vorschläge gleichzeitig zu diskutieren, da die Materien, die durch dieselben gedeckt werden, ziemlich die gleichen sind.

Herr **Trockij**: Ich möchte der Ansicht Ausdruck geben, daß zur Grundlage jeder Diskussion vor allem Klarheit notwendig ist, und daß in diesem Fall der Eindruck erweckt werden könnte, als ob die deutsche Formulierung der Ansicht sämtlicher Anwesenden entsprochen hätte, was nicht der Fall ist und nicht der Fall sein kann, weil gesagt worden ist, daß der deutsche Vorschlag zur Grundlage der Diskussion gemacht werden sollte.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Diese Interpretation würde durchaus nicht meinen Absichten entsprechen. Ich bin ohne weiteres bereit zu sagen, die in den ersten Absätzen — wir nennen ihn Artikel 1; die russische Delegation hat im ersten Absatz ihre Gegenvorschläge untergebracht — enthaltenen Gedankengänge auf Grund beider Vorschläge zu diskutieren. Jeder Friedensvertrag der Art, wie er uns vorliegt, wird mit gewissen einleitenden Erklärungen beginnen müssen, in denen das Aufhören des Kriegszustandes und die Absicht beider Parteien ausgesprochen ist, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben. Also darüber ist, glaube ich, eine Diskussion unnötig.

Herr **Trockij**: Ich möchte mir erlauben anzuregen, daß der Satz 2 völlig aus der Diskussion weggelassen wird, da sein stark konventioneller und dekorativer Charakter nicht dem trockenen Ernst des Dokumentes entspricht.

Staatssekretär v. Kühlmann: Es ist sehr interessant festzustellen, daß der Herr Vorsitzende der russischen Delegation im Namen der Delegation erklärt, daß der Entschluß der beiden Reiche, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben, von ihm als dekorativ aufgefaßt wird. Das ist für die Absichten, mit denen die russische Delegation in diese Verhandlungen eintritt, außerordentlich kennzeichnend.

Ich darf dann an den Vorsitzenden der russischen Delegation die Frage stellen, mit welchen Substantiven oder Adjektiven er die ihm vorschwebenden künftigen Beziehungen der beiden Völker zu charakterisieren wünscht.

Herr Trockij: Ich bin der Ansicht, daß diese erwähnte Phrase die übliche bedingte Phrase ist, die von Dokument zu Dokument übernommen ist, und daß sie nicht den Sinn der Beziehungen kennzeichnen kann, die später zwischen dem russischen und dem deutschen Volke bestehen werden. Ich spreche die Hoffnung aus, daß ganz andere und tiefere Dinge die Beziehungen zwischen den beiden Völkern in der Zukunft beeinflussen werden als diejenigen, die durch diese konventionelle Phrase zum Ausdruck gebracht werden.

Graf Czernin: Ich verstehe nicht, wie man in dieser Phrase überhaupt den geringsten Anstand finden kann. Es ist doch vollständig klar:

Der Zweck eines jeden Friedens ist der, in Frieden und Freundschaft zu leben. Ob und wie das dann ausgebaut wird, ist eine andere Frage, die immer nur auf dieser Grundlage basiert sein kann.

Staatssekretär v. Kühlmann: Meine Frage, welche Formulierung für die von dem Vorsitzenden der russischen Delegation erhofften tieferen Beziehungen von ihm vorgeschlagen wird, ist bisher ohne Antwort geblieben.

Herr Trockij: Ich wäre der Ansicht, daß dieser Satz weggelassen werden könnte, da zu Beginn des Artikels ja festgestellt wird, daß der Kriegszustand nach 3½jährigem Kriege nunmehr sein Ende finden soll, und da in dem weiteren Gang des Dokumentes die Beziehungen näher präzisiert werden, auf die die späteren Beziehungen der Völker sich gründen werden. Wenn eine solche Charakteristik aufgenommen werden sollte, könnte ich sie vorschlagen. Sie würde aber einen weitgreifenden historischen Charakter haben müssen und kaum in den Rahmen des vorliegenden Dokumentes passen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wenn der Herr Vorsitzende selbst bemerkt, daß seine Fassung nicht in den Rahmen des vorliegenden Dokuments passen würde, so glaube ich nicht, daß es nötig ist, die immerhin wertvolle Zeit der Kommission mit derselben zu befassen.

Herr Trockij: Das war doch mein Vorschlag.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ihr Vorschlag sagt: „Die beiden beabsichtigen — um es zu analysieren — fortan in Frieden zusammenzuleben“.

Herr Trockij: Die beiden Staaten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Die beiden Nationen.

Herr Trockij: Hier steht: „Die beiden vertragschließenden Mächte“.

Staatssekretär v. Kühlmann: Die Nationen sind entschlossen; deshalb wundere ich mich, daß Sie so großen Widerspruch leisten.

Herr **Trockij**: Schlechte Übersetzung.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ja, für die Übersetzung sind wir nicht verantwortlich. Ist die Lesart: „die beiden Nationen“ den Herren akzeptabler?

Herr **Trockij**: Mehr noch: „die beiden Völker“.

Graf **Czernin**: „Die beiden Völker“ ist unmöglich, weil in Österreich-Ungarn sehr viele Völker leben, die alle in Frieden und Freundschaft mit Rußland zu leben hoffen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Das ist auf Deutschland und Rußland abgestellt, weil die Verträge individuell geschlossen werden und dann nur zusammengestellt werden.

Graf **Czernin**: Also müßte man vielleicht gleich sich einigen und eine korrespondierende Fassung machen, die auch für das passen würde, wo man die Fassung „beide Völker“ nicht akzeptieren könnte. Hier in meinem Entwurf steht: „Beide vertragschließenden Teile“.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Unser Entwurf für die deutsch-russischen Relationen sagt: „Beide Nationen“.

Graf **Czernin**: Ich hätte auch nichts dagegen zu sagen: „Die vertragschließenden Teile“.

Herr **Trockij**: Vielleicht ist es nicht nötig, nachdem wir die gegenseitigen Ansichten darüber gehört haben, uns sogleich mit der Redaktion dieses Punktes aufzuhalten, sondern es wäre vielleicht zweckmäßiger, gleich zur weiteren Besprechung überzugehen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich stimme zu. Die nächste Frage ist die in den beiden ersten Absätzen behandelte Frage der Räumung. Die Besetzung eines Gebietes ist ein tatsächlicher, infolge des Kriegsverlaufes eingetretener Zustand. Deutschland erklärt seine grundsätzliche Bereitwilligkeit, wie ich vorher auseinandergesetzt habe, die Räumung der besetzten Gebiete vorzunehmen. Die Gesamterklärung steht unter einer Bedingung. Diese Bedingung ist gefaßt als die Voraussetzung der vollen Gegenseitigkeit gegenüber seinen Bundesgenossen. Die Gegenseitigkeit beruht auf der einfachen Erwägung, daß auch Rußland seinerseits sich zur Räumung der bei den Bundesgenossen — bei uns hat es Gottseidank nichts besetzt — besetzten Gebiete bereit erklärt. Die russische Erklärung in ihrem Absatz I hat diesen Grundsatz implicite akzeptiert, indem sie ausdrücklich Rückziehung der russischen Truppen aus den Teilen Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens in Aussicht stellt.

Besteht bei dem ersten Delegierten der russischen Delegation der Wunsch, diese Reziprozität bei der Räumung als solche einer Diskussion zu unterwerfen?

Er besteht also nicht.

Dann wollen wir weiterschreiten zu der temporären Voraussetzung der Räumungsbereitwilligkeit. Der Moment, von dem aus diese Räumungsbereitwilligkeit in Kraft treten würde, wäre Abschluß des Friedens mit Rußland und Demobilisierung der russischen Streitkräfte, und zwar deren Durchführung. Die Begründung für diesen Zeitpunkt ist eine außerordentlich einleuchtende. Solange der Friede nicht geschlossen und die russische Armee nicht demobilisiert ist,

liegt jederzeit die Gefahr vor, daß von russischer Seite — sei es durch Änderungen der maßgebenden Kräfte, denen wir im Laufe dieses Krieges mehrfach beige-wohnt haben, sei es durch Veränderungen der Absichten der noch am Ruder befindlichen Regierung — die russische Armee ihrerseits wieder Offensivoperationen vornimmt.

Über den Zeitpunkt ist wohl auch eine Diskussion nicht nötig?

Herr Trockij: Gestatten Sie mir vorerst eine Abänderung, eine Berichtigung in den ersten Text des russischen Vorschlages zu bringen, eine Abänderung, die wohl von keiner Seite auf Widerspruch stoßen wird. In dem Text heißt es, „Rußland führt seine Truppen aus den besetzten Gebieten Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens fort.“²⁾ Der persische Geschäftsträger in Petersburg hat meine Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß Persien in diesem Zusammenhange gewissermaßen als kriegführendes Land mitaufgeführt wird. Dabei ist aber Persien mit keiner der beteiligten Parteien verbündet, so daß niemand Gott dafür danken kann, daß Persien besetzt ist und nicht sein eigenes Gebiet. Daher schlage ich vor, das Wort „Persien“ aus diesem Zusammenhange fortzulassen und zum Schlusse des Satzes zu sagen: „Rußland verpflichtet sich, in möglichst schneller Zeit seine Truppen aus den Gebieten des besetzten neutralen Persiens herauszuführen.“

Staatssekretär v. Kühlmann: Wir nehmen von dem Vorschlag Kenntnis. Eine sofortige Stellungnahme dazu ist ja wohl nicht nötig. Es ist zweifellos, daß die Bedenken des persischen Gesandten gegen die von der russischen Delegation vorgeschlagene Fassung ihre guten Gründe haben, es ist aber, wie gesagt, schwierig, sich sofort zu einer immerhin weitreichenden Frage zu äußern. Wir werden, wenn uns der russische Vorschlag schriftlich vorliegt, zu demselben Stellung nehmen.

Herr Trockij: Ich möchte hinzufügen, daß ich keinen anderen Grund zu dieser geplanten Änderung habe, als den Wunsch, das schreiende Unrecht zu betonen, das von unserer früheren Regierung gegenüber einem neutralen Lande begangen worden ist.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich begrüße diese Äußerung um so mehr, als auch auf Seiten der Zentralmächte für das alte Kulturvolk der Perser die allerlebhaftesten Sympathien bestehen, und wir nichts mehr wünschen, als daß sie in Zukunft frei von den Unterdrückungen ihrer Nachbarn ihre nationale Kultur auswirken können.

Herr Trockij: Wir werden es unsererseits lebhaft begrüßen, wenn eine ähnliche Erklärung von der mit Deutschland verbündeten Türkei abgegeben würde.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich bin nicht befugt, im Namen der Türkei zu reden; aber ich werde mich im Sinne der Anregung des Vorsitzenden der russi-

²⁾ Vgl. Nr. 116. — Persien, das im englisch-russischen Vertrag von 1907 in eine nördliche (russische) und eine südliche (englische) Interessenssphäre aufgeteilt war, hatte nach dem Ausbruch des Weltkrieges seine Neutralität erklärt; indes veranlaßte die Anwesenheit russischer und englischer Truppen auf seinem Territorium die Türken, in Aserbeidschan einzumarschieren und Täbris zu besetzen. Mit der bolschewistischen Revolution erklärte Rußland den russisch-englischen Vertrag von 1907 für ungültig, wodurch England freie Hand in Persien erhielt.

schen Delegation mit unseren türkischen Freunden unterhalten und kann, ohne der türkischen Regierung vorzugreifen, jetzt schon versprechen, daß, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation seinerseits bei seinen englischen Freunden sich für Räumung Persiens verwenden will, kein einziger türkischer Soldat auch nur eine Stunde länger auf persischem Boden bleiben wird.

Herr Trockij: Ich kann keine Verpflichtung übernehmen gegenüber denjenigen Ländern, die an den jetzigen Verhandlungen nicht mit teilnehmen, und wenn diese Frage in solch weiterem Rahmen hier aufgeworfen werden sollte, so würde man genötigt sein, auch die Frage anderer besetzter neutraler Länder anzuregen, z. B. die belgische Frage.

Staatssekretär v. Kühlmann: Eine Diskussion dieser Frage wird bedingungslos abgelehnt.

Nach dieser kleinen Abschweifung auf neutrale Gebiete kehren wir wieder zur Diskussion der Räumungsfrage zurück.

Herr Trockij: Ich hoffe, daß wir bei dieser Gelegenheit nicht die hier nicht vertretenen Regierungen mit in diese Fragen hinziehen werden.

Staatssekretär v. Kühlmann: Die Frage ist dadurch entstanden, daß der Herr Vorsitzende die hier nicht vertretene türkische Regierung in die Diskussion über die Räumung Persiens hineingezogen hat.

Herr Trockij: Das ist ein Mißverständnis. Ich meine nicht diejenigen Regierungen, die nicht in diesem Zimmer vertreten sind, sondern die Regierungen, die nicht bei den Friedensverhandlungen vertreten sind.

Staatssekretär v. Kühlmann: Da Persien überhaupt auch hier und bei den Friedensverhandlungen nicht vertreten ist, glaube ich, empfiehlt es sich, diesen Gegenstand fallen zu lassen.

Herr Trockij: Persien ist zu seinem Unglück nicht Subjekt, sondern Objekt der Verhandlungen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich weiß nicht, wie die persische Regierung zu dieser Auffassung sich stellt. Ich möchte, wie gesagt, das persische Thema verlassen.

Herr Trockij: Da hier die Frage der persischen Regierung berührt worden ist, möchte ich erwähnen, daß die persische Regierung uns ihren verbindlichen Dank ausgesprochen hat dafür, daß sie durch unseren Entschluß uns gegenüber aus einem Objekt zu einem Subjekt der Verhandlungen gemacht worden ist.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wie ich schon vorhin dargelegt habe, entspricht diese Entschließung der russischen Politik vollständig der unserigen. Zurückkehrend zu der Frage der Räumung als solche glaube ich bis jetzt festgestellt zu haben, daß keine gegensätzlichen Auffassungen bestehen hinsichtlich des Prinzips der Räumung, hinsichtlich der von uns an die Räumung geknüpften Bedingungen der Gegenseitigkeit gegenüber den Bundesgenossen und hinsichtlich des Zeitpunktes, von dem ab die Räumung stattzufinden hat.

Herr Trockij: Bezüglich des Prinzips der Räumung der besetzten Gebiete und bezüglich der Gegenseitigkeit ihrer Fortführung kann von unserer Seite kein Widerspruch erhoben werden. Eine andere Frage ist diejenige des Termins. Wir

sind der Ansicht, daß die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlauf der Demobilisierung verlaufen muß, in einer gewissen technischen Abhängigkeit, die noch einer näheren Bezeichnung bedarf. Wir verstehen die Äußerung, die der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation über die Möglichkeit einer Veränderung in der Zusammensetzung der Regierungskraft gemacht hat. Auch wir sehen unsererseits die Möglichkeit von Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung voraus, möchten aber die Ansicht aussprechen, daß dies nicht zu einer Verschärfung der Beziehungen nach den schweren Erfahrungen dieses Krieges zwischen den Völkern führen kann, sondern im Gegenteil, was zu folgern uns der Lauf der Geschichte das Recht gibt. Wir sind der Ansicht, daß das kein Hindernis bilden kann für den parallelen Verlauf der beiden eingangs erwähnten provisorischen Demobilisierung einerseits und der Räumung der besetzten Gebiete andererseits.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Der Herr russische Delegierte hätte recht — und der historische Verlauf ist auch sehr häufig der von ihm skizzierte gewesen — wenn, so wie für Rußland, auch für Deutschland der Abschluß dieses Friedens die Beendigung des Kriegszustandes bedeuten würde. Da, wie allen bekannt, dies nicht der Fall ist, so würde sich zweifellos vom militärischen Standpunkte aus gerechtfertigt haben, daß die Räumung der besetzten russischen Gebiete bis nach dem allgemeinen Frieden aufgeschoben würde. Es bedeutet ein besonderes Entgegenkommen, hervorgegangen aus dem Geiste, in welchem vor der Weihnachtspause die Verhandlungen geführt worden sind, daß Deutschland ohne jede Bezugnahme auf den allgemeinen Frieden die Räumung der russischen Gebiete, welche nach ihren Vorschlägen zu räumen sind, unmittelbar nach Abschluß der russischen Demobilisation eintreten läßt. Ich muß in folgedessen erklären, daß unsererseits an der Festsetzung dieses Zeitpunktes eine Änderung nicht eintreten kann.

Minister des Äußeren **Graf Czernin**: Ich möchte anknüpfend an diese Bemerkungen noch erwähnen, daß ich glaube, daß die ganze zukünftige Diskussion sich leichter abspielen dürfte, wenn die Herren der russischen Delegation die unzweifelhafte Logik der Tatsache zugäben, daß zwischen Rußland einerseits und den Verbündeten andererseits eine Parallele nicht gezogen werden kann, nachdem Rußland, wenn es hier zum Frieden kommt, in den Zustand des allgemeinen Friedens eingetreten sein wird, während die Zentralmächte und ihre Verbündeten unter allen Bedingungen gezwungen sein werden, den Verteidigungskrieg weiterzuführen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich halte jetzt die Diskussion der Räumungsfrage in ihren allgemeinen und theoretischen Grundsätzen durchgeführt. Es ist jetzt 11 Uhr. Würde es den Herren genehm sein, wenn ich vorschlage, eine 10 bis 15 Minuten lange Pause eintreten zu lassen und um 11 Uhr 15 Minuten unsere Besprechung fortzuführen?

Herr **Trockij**: Einverstanden. — (Pause von 11 Uhr bis 11 Uhr 15) —

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Wir wollen fortfahren in der eben unterbrochenen Besprechung. Der Inhalt des in unserem Vorschlage, Artikel 1, gefaßten Räumungsbegriffes ist, glaube ich, soweit durchgesprochen, daß eine weitere Diskussion sich erübrigt. Wir gehen jetzt über zu dem weiteren Punkte, nämlich dem,

auf welche Gebiete die in Artikel I statuierte generelle Bereitwilligkeit zur Räumung Anwendung zu finden hat. Wie aus dem Charakter der Definition der Räumung hervorgeht, erstreckt sie sich auf alle während des Krieges besetzten Gebiete, welche nicht ausdrücklich und aus besonderen Gründen von ihr ausgenommen sind. Begrifflich erstreckt sie sich selbstverständlich daher nur auf diejenigen Gebiete, welche noch Teile des Staatsgebietes derjenigen Macht sind, mit der der Friede geschlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bleiben, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Untersuchung einzutreten sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Gebietes bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiete in vollem Sinne gehörig betrachtet werden können. Die russische Regierung hat entsprechend ihren Grundsätzen für alle in Rußland lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, daß in einem Teile der von uns besetzten Gebiete in Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechtes die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto bevollmächtigten Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Rußland *derart* ausgeübt haben, daß nach unserer Auffassung diese Gebiete heute schon nicht als zum russischen Reiche in seinem ehemaligen Umfange gehörig betrachtet werden können. Bevor ich in die Diskussion der Einzelheiten eingehe, möchte ich diese allgemeine und theoretische Grundlage zur Diskussion stellen.

Herr Trockij: Wir erheben keinen Widerspruch gegen diese Art der Behandlung, nachdem sich herausgestellt hat, daß für den ersten Teil sich nur eine Meinungsverschiedenheit herausgebildet hat über den Zeitpunkt der Räumung der besetzten Gebiete. Wir halten in vollem Umfange unsere Erklärung aufrecht, daß die Völkerschaften, die das russische Gebiet bevölkern, in vollem Umfange ohne äußeren Einfluß das Recht der Selbstbestimmung haben bis zur Lostrennung von Rußland einschließlich. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich dieses Prinzip ebenso erstrecken muß auf alle diejenigen Gebiete, die der Besetzung anheimgefallen sind. Wir können jedoch die Anwendung dieses Prinzips nicht anders anerkennen als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, welche dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch, wie es ausgedrückt worden ist, tatsächlich bevollmächtigte Organe geäußert hat, denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe könnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien, weil diese Prinzipien eine rein demokratische Grundlage haben, die begründet ist in dem Willen der entsprechenden Völkerschaften. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, daß sich der Wille eines Volkes nur dann frei und ungehindert äußern kann, wenn er nicht eingeengt ist durch die Besetzung seines Gebietes durch fremde Truppen, da bei allen diesen Gebieten durch den Gang der bisherigen Ereignisse die Frage ihres Selbstbestimmungsrechtes in den Vordergrund gestellt worden ist. Wir verstehen in diesem Zusammenhange ebenso gut wie die deutschen und die österreichisch-ungarischen auch die russischen Truppen und lehnen die Möglichkeit einer Hineinführung von russischen Truppen ab nach der Entfernung Deutschlands und Österreich-Ungarns. Da die Okkupation, wie ganz

selbstverständlich ist, nicht mit den tatsächlichen Abgrenzungen der betreffenden Völkerschaften zusammenfällt, so sind wir, wie wir wiederholt betont haben, bereit, dieses Recht der Selbstbestimmung auch den Völkerschaften zuzuerkennen in den Gebietsteilen, die an die besetzten Gebiete grenzen, unter der Bedingung, daß die entsprechenden provisorischen Einrichtungen, über deren Charakter eine Einigung noch zu erzielen sein wird, anerkannt werden, daß das Gebiet des Volkes, das auf russischem Territorium jetzt zur Selbstbestimmung berufen ist, außerhalb der Okkupationsgrenze verläuft.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Eine der Bedingungen, die Sie ihrerseits stellen für die Herstellung eines analogen Zustandes für die Erklärung des Volkswillens ist, daß die ethnographische Grenze dieses Volkes außerhalb der heutigen Linie der Besetzung läuft.

Herr **Trockij**: Ich sage: die Grenze der Okkupation Litauens und Kurlands läuft nicht zusammen mit der ethnographischen Grenze der betreffenden Völkerschaften auf russischem Territorium, und es muß eine provisorische Institution geschaffen werden, genügend kompetent, um provisorisch diese nationalen Grenzen festzulegen, und das Referendum, das wir in Vorschlag bringen, sollte sich nicht nur auf die okkupierten Gebiete, sondern auf das gesamte nationale Gebiet erstrecken.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich will auf die zuletzt vom Herrn Vorredner angeschnittene Frage noch nicht eingehen, weil sie uns schon wieder etwas über den Rahmen dessen hinausführt, was ich zunächst zur Diskussion zu unterstellen beabsichtige. Wir befinden uns mitten in der Diskussion über den Kernpunkt unserer ganzen Auseinandersetzung, nämlich welche Voraussetzungen sind nötig für die Erklärung eines Volkes, es wolle in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes von der Absonderung Gebrauch machen. Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat wenigstens implicite als Quelle dieses Selbstbestimmungsrechtes den Willen des russischen Volkes proklamiert. Diese Punktation ist ohne jede Bedingung und ohne jede Zeitbefristung erfolgt und hat damit einen Rechtszustand geschaffen, von dem unter keinen Umständen behauptet werden kann, daß seine Auswirkungen sich auf die Beziehungen innerhalb des russischen Reiches beschränken, sondern von dem es ganz selbstverständlich ist, daß auch die internationalen Beziehungen in tiefgehendster Weise berührt werden. Zu den wesentlichen Teilen des Selbstbestimmungsrechtes gehört selbstverständlich auch die Möglichkeit, bis zu einem gewissen Grade die auswärtigen Beziehungen eines Volkes zu bestimmen, da dieses Recht automatisch entsteht. In dem Augenblick, in dem die Volkspersönlichkeit entstanden ist, treten wichtige internationale Fragen ein in dem Momente, in welchem der neue Staat den Willen äußert, internationale Beziehungen mit den Staaten außerhalb des russischen Reiches aufzunehmen. Wir haben diesen Vorgang in der neuesten Zeit praktisch erlebt. Wir haben z. B. die Unabhängigkeitserklärung Finnlands miterlebt. Finnland hat sofort seinen Entschluß, internationale Beziehungen aufzunehmen, diplomatisch außenstehenden Mächten mitgeteilt und die Anerkennung seiner Unabhängigkeit im weiten Umfange bereits erreicht. Hier in unserem engen Kreise ist gestern durch die bedeutungsvolle Erklärung der ukrainischen Delegation ein ähnliches Problem von unendlich größerer Bedeu-

tung und Wichtigkeit praktisch unter uns aufgetaucht. Wenn man dem Unterschied der Auffassungen zwischen dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation und den verbündeten Delegationen vollkommen auf den Grund geht, so kommt man zu dem Schlusse, daß keine Übereinstimmung besteht über den Augenblick, in welchem die unabhängige und handlungsfähige Rechtspersönlichkeit des neuen Volkes entsteht. Unsere Auffassung geht dahin, daß diese Volkspersönlichkeit entsteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen über die Grundlagen ihres Handelns abzugeben, wenn irgendein von der breiten Menge oder durch das historische Herkommen zur Vertretung und als Sprachrohr dieses Volkes geeigneter Vertretungskörper als Ausdruck des unzweifelhaften Willens der überwiegenden Mehrheit des Volkes den Entschluß kundgibt, ein selbständiges Volk zu sein und sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Mir scheint unsere Auffassung dem Charakter und der fundamentalen Wichtigkeit des Selbstbestimmungsrechtes erheblich näher zu kommen als die von dem Vertreter der russischen Delegation hier wenigstens im Umriss niedergelegte Auffassung, denn er hat uns bisher zwar gesagt, daß eine solche Aufklärung seiner Ansicht nach auf demokratischer Grundlage gegeben werden müsse, hat uns aber nicht gesagt, wie der Körper entstehen soll oder wie der Körper beschaffen sein soll, welcher in den größtenteils noch nicht organisierten, die Volkspersönlichkeit anstrebenden Völkern die Organisation des Votums auf breitester Grundlage vornehmen muß, die nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden die Voraussetzung für die Entstehung dieser Rechtspersönlichkeit bildet. Mir scheint dies eine der wesentlichsten Grund- und Vorfragen zu sein, denn die vom Herren Vorsitzenden der russischen Delegation in den Vordergrund gestellte Frage, ob und inwieweit durch die Gegenwart bewaffneter Kräfte im Abstimmungsraume Einflüsse auf den Inhalt der Abstimmung ausgeübt werden könnten, scheint mir eine Frage, die erst im Anschluß an die jetzt diskutierte überhaupt zur Erörterung gestellt werden sollte. Wenn es dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation genehm ist, würde ich vorschlagen, daß wir die jetzt angeschnittene Frage zunächst diskutieren, und die Frage werde sein: wann entsteht nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation eine solche Volkspersönlichkeit, und welches sind seiner Ansicht nach die Ausdrucksmittel einer solchen neuerstandenen Volkspersönlichkeit, um überhaupt ihren Willen zur Selbständigkeit bzw. zur Absonderung in seiner Anschauung nach gültiger Weise kundzugeben?

Herr Trockij: Formell hat der Vorsitzende der deutschen Delegation ganz recht mit seinem Hinweis auf den Widerspruch zwischen den Ansichten, wann der Augenblick eintritt, wenn auf der Weltbühne eine neue staatliche Nationalität entsteht.

Staatssekretär v. Kühlmann: Sie meinen wohl neue Staatspersönlichkeit?

Herr Trockij: Ja, Staatspersönlichkeit. Ich kann mich jedoch nicht einverstanden erklären — und das ist die Ansicht unserer Regierung, daß jedes Organ, welches von der Okkupation auf dem erwähnten Gebiete angetroffen wird und das sich als berufenes Organ der betreffenden Nationalität ausgibt, wobei gerade der Anspruch, den dieses Organ erhebt, sich vielleicht auf die Anwesenheit fremder Truppen auf seinem Gebiete stützt, tatsächlich von uns als der Ausdruck des Willens des betreffenden Volkes angesehen werden kann und muß. Soweit es sich jedenfalls um einen Staat handelt, der durch den Volkswillen gebildet wird, und

nicht um einen Staat, der durch eine Willensäußerung dieser oder jener machtvollen Großmacht von oben gebildet wird, gibt es bei jenem Organ, welches behauptet, den Willen seines Volkes auszudrücken, immer die Möglichkeit einer objektiven Nachprüfung seiner Behauptungen, und vor Erfolgen dieser Nachprüfung können Willensäußerungen dieses Organs nur als die Äußerungen ihrer privaten politischen Ansichten angesehen werden. Diese Nachprüfung kann nur erfolgen auf dem Wege der allgemeinen Befragung der ganzen Nationalität, die zur Äußerung ihres Selbstbestimmungsrechtes berufen ist, durch Abstimmung. Diese Befragung trägt die technische Bezeichnung Volksabstimmung.

Was die uns interessierenden Gebiete betrifft, so gibt es auf den Gebieten dieser Nationalitäten Organe, die weit berufener sind, den Willen des Volkes zu äußern, die aber bis jetzt nicht dazu gekommen sind oder nicht die Möglichkeit gehabt haben, weil sie sich auf die großen Massen stützen, ihrem Willen Ausdruck zu geben. So halten wir die Theorie, die der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation entwickelt hat, daß jedes Organ, das sich zuerst ausgesprochen hat über den Willen des Volkes, als im grundlegenden Widerspruche stehend mit der eigentlichen Theorie des Selbstbestimmungsrechtes, weil in dem Zeitalter, als die historisch ererbten Institutionen ihren Willen äußerten, das Recht der Selbstbestimmung der Völker noch in keiner Weise anerkannt worden war.

Was insbesondere Finnland anbetrifft, so haben wir gerade das günstigste Beispiel zur Erläuterung unseres Gedankens. Finnland war nicht okkupiert von fremden Truppen.³⁾ Der Wille des finnländischen Volkes hat sich in einer Art und Weise geäußert, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von unserer Seite konnte nicht die leiseste Einwendung dagegen erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnländischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Was die Ukraine anbetrifft, so ist dort der Prozeß einer derartigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist von ausländischen Truppen, und wir auch der Ansicht sind, daß die Ukraine wie wir keinerlei Schwierigkeiten bereiten können, daß die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, da dies eine rein technische Frage ist und nicht eine politische Frage, so sehen wir keinerlei Hindernisse dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt. Mehr als das! Die Ausführungen, die wir vorhin von dem Herren Vorsitzenden der deutschen Delegation gehört haben, machen es bei der gegenwärtigen Lage der sich selbstbestimmenden Völker unmöglich, eine klare Willensäußerung abzugeben, sind also praktisch nicht durchführbar, weil die Willensäußerung dieses oder jenes Landtages auf den Widerstand des Willens anderer Teile der Bevölkerung stoßen kann, und zwar eines Teiles der Bevölkerung, der seine eigene gesellschaftliche und politisch organisierte Willenskundgebung hat, und wir können keinen anderen Schiedsrichter in dieser Frage finden als die Äußerung des Willens der Nationalitäten in ihrer Ganzheit. Wenn wir als Beispiel annehmen — und ich führe es nur als Beispiel an — die Stadt Riga: dort ist die alte Stadtvertretung durch eine neue

³⁾ Dazu in gleicher Höhe links am Rande Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift: „Russischen! das sind fremde!“

ersetzt worden. Bei der Frage nach der Ansicht der städtischen Bevölkerung Rigas handelt es sich nun darum festzustellen, welches von diesen beiden Organen als bevollmächtigt angesehen werden kann, dem Willen der städtischen Bevölkerung Rigas Ausdruck zu geben. Wenn man berücksichtigt, daß alle Teile Rußlands in dem Augenblick, wo sie besetzt wurden, sich in einem Prozeß einer tiefgehenden Demokratisierung befanden, so würde vom Standpunkte des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation aus das Schicksal der betreffenden Gebiete davon abhängen, an welchem Datum und in welchem Stadium der Demokratisierung die feindlichen Truppen das betreffende Gebiet bei der Besetzung angetroffen hatten. Diese Stellung der Frage würde jeder prinzipiellen Grundlage entbehren und würde die zukünftigen staatlichen Beziehungen irgendwelcher Kontinuität berauben. Wir sind der Ansicht, daß, damit in den neu entstandenen Staaten der Wille des Volkes sich in einer von niemand zu bezweifelnden Weise äußern kann, es notwendig ist, ein provisorisches Organ zu schaffen, welches auf der Grundlage der in diesem Gebiete bestehenden politischen und gesellschaftlichen Organisationen und Gruppierungen den Willen genügend repräsentieren könnte und das zu seiner direkten und unmittelbaren Aufgabe haben müßte, das ganze Volk dieses betreffenden Gebietes zu befragen über seine Wünsche bezüglich der Organisierung seines Schicksals.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wenn ich gleich auf den letzten Punkt, welchen der Herr Vorredner berührt hat, eingehe, so frage ich ihn: Wer soll dieses Organ schaffen, und aus welcher Quelle soll der, der es schafft, den Auftrag und die Berechtigung schöpfen zur Schaffung solcher Organe? Wer gibt diesem Schaffer dieser Organe die Berechtigung, den Völkern die dem Herrn Vorredner als ideal vorschwebende allgemeine Abstimmung aufzuerlegen, welche vielleicht mit dem Wunsch und den Stimmungen dieses Volkes nicht übereinstimmt?

Herr Trockij: Mit großem Interesse beteilige ich mich an den Debatten über diese Fragen, die durch das lebenswürdige Entgegenkommen des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation einen immer größeren Rahmen erhalten. Ich muß sagen, daß diejenigen rechtlichen Schwierigkeiten, die hier der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation in den Vordergrund stellt, mindestens ebenso sehr ihre Berechtigung haben bei der Formulierung der Frage seinerseits. Denn kein einziger der Landtage, um dieses Beispiel anzuführen, hat von niemandem [sic!] das Recht erhalten, selbständig das politische Schicksal der von ihnen vertretenen Gebiete zu bestimmen, und der Zeitpunkt, in dem der eine oder der andere von diesen Landtagen seinen Willen zur selbständigen staatlichen Existenz geäußert hat, war das Moment des Rechtsbruches. Ich sage das nicht, um gegen derartige Rechtsbrüche Einspruch zu erheben. Von unserer Seite kann selbstverständlich die deutsche Delegation am allerwenigsten dies erwarten. Für uns ist der Teil der Frage von größtem Interesse: Wer und was das revolutionäre Recht hat, das hergekommene Band zu zerreißen, und wir sind der Ansicht, daß diejenigen gesellschaftlichen Organisationen, die die breiten Massen des Volkes vertreten, ein viel weitgehenderes revolutionäres Recht haben, die staatliche Kontinuität zu zerreißen und im Namen derjenigen Schichten der Bevölkerung, auf welche sie sich stützen, die Initiative auf sich zu nehmen, das Volk zu befragen. Wenn sich dann herausstellt, daß das Volk eine Abstim-

mung ablehnt, wird das Volk immer noch das Recht haben, die entsprechenden Vollmachten dem betreffenden Landtage zu übergeben. Ich kenne aber keine Beispiele in der Geschichte, daß das allgemeine Stimmrecht und eine Volksabstimmung ihm von außen her aufgezwungen wird und nicht seinen Wünschen entspricht, und wenn nur diese einzige Gefahr vor uns stehen würde, so glaube ich, daß diese Frage zu unserer allgemeinen großen Freude ohne jede Schwierigkeit würde gelöst werden können.

Staatssekretär v. Kühlmann: Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation scheint nach dem Ton seiner einleitenden Bemerkungen nicht damit einverstanden zu sein, daß unsere Besprechungen so sehr in die Breite gehen.

Herr Trockij: Im Gegenteil!

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich halte es bei der ungeheuren Wichtigkeit der Fragen, die wir behandeln, und bei der großen Verantwortung, welche ihre Entscheidung uns allen auferlegt, für nötig, die Fragen auch nach ihrer theoretischen Seite gründlich zu erörtern. Der Herr Vorsitzende hat die Frage, die ich gestellt habe, aus welcher Quelle diejenigen Mächte, welche den betreffenden Völkern ihre Verfassungen — denn darauf käme es in der Praxis hinaus — oktroyieren würden, die Berechtigung hierzu schöpften, mit der Antwort beantwortet, daß auch die Revolution ihre Berechtigung nicht weiter nachzuweisen brauchte. Ich glaube, daß auch der Herr Vorsitzende mit mir der Ansicht ist, daß die Revolution ihre Berechtigung aus der Macht schöpft. Auf diesen Boden will ich mich vorläufig nicht begeben, denn auf dem Boden der Macht endet die Diskussion und beginnt aber die Wirkung der Macht.⁴⁾ Der Zweck unserer Diskussion ist eben, aus der Sphäre der Macht heraus in die Sphäre der Verständigung zu kommen.

Herr Trockij: Ich bin damit vollständig einverstanden, und darauf stützt sich meine ganze Argumentierung. Mit anderen Worten, ich bin der Ansicht, daß, wenn diese oder jene in Frage kommenden Gebiete eine Einrichtung erhalten, die nicht auf ihrem tatsächlichen Willen beruht und ihnen durch Gewalt auferlegt wird, die sich [nicht] auf den von ihnen noch nicht zum Ausdruck gebrachten Willen, sondern auf Druck von außen begründet und sich herleitet von überlebten Institutionen, daß dann die betreffende Bevölkerung stets noch das Recht behalten wird, an die Revolution zu appellieren. Da ich aber gerade der Ansicht bin, daß die Aufgabe dieser Verhandlung die ist, die entsprechenden Völkerschaften zu bewahren vor der sehr schweren Aufgabe, ihre verlorenen Rechte auf revolutionärem Wege zurückzugewinnen, daher schlagen wir gerade vor, derartige Formen zu schaffen, die die Verantwortung für diese oder jene Gestalt der staatlichen Organisation der Bevölkerung selbst auferlegt.

Staatssekretär v. Kühlmann: Der Grund, warum ich auf die Quelle eingegangen bin, auf welche die von dem Herrn Vorredner vorgeschlagene neue Behörde oder Organisation ihr Mandat stützen könnte, ist einfach der, daß ich als unsere These aufstelle, daß, wo andere historisch gewordene Vertretungskörper nicht vorhanden sind, jedenfalls pro tempore die vorhandenen Vertretungskörper

⁴⁾ Dazu in gleicher Höhe links am Rande Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift: „gut!“

als Vertretungen der Völker zu präsumieren sind. Ich muß alle Vorwürfe, als seien diese Körper unter auswärtigem Druck gebildet oder als hätten sie unter auswärtigem Druck irgendwelche Beschlüsse gefaßt, als unbegründet zurückweisen, möchte aber die Zurückweisung dieser Vorwürfe im einzelnen für einen späteren Teil der Diskussion dem dazu Berufenen überlassen.

Ich möchte also zusammenfassend dahin präzisieren: Der Herr Vorredner hat vorgeschlagen: Errichtung von Vertretungskörpern, denen die Organisation und die Festsetzung derjenigen Modalitäten übertragen werden soll, unter denen von uns einstweilen rein theoretisch nach ihrer Auffassung konzedierte Volksabstimmungen oder Volkskundgebungen auf breiterer Basis übertragen werden, während wir auf dem Standpunkt stehen und stehen bleiben müssen, daß mangels anderer Vertretungskörper die vorhandenen und historisch gewordenen Vertretungskörper präsumtiv der Ausdruck des Volkswillens sind. Besonders in der einen vitalen Frage des Willens der Nation, eine Nation zu sein.

Herr **Trockij**: Um mögliche Mißverständnisse zu vermeiden, worauf mein Kollege und Freund *Kamenev* mich aufmerksam macht, halte ich es für nötig, noch einmal zu erklären, daß aus unserer ganzen Stellungnahme selbstverständlich hervorgeht: Aus der Tatsache, daß die Völkerschaften, von denen hier die Rede ist, zum russischen Reiche gehörten, machen wir keine Vorbehalte, welche die Freiheit in der Selbstbestimmung dieser Völker in der geringsten Weise einschränken könnten. Die ganze Frage beschränkt sich für uns darauf, daß diese zukünftige Selbstbestimmung für sie auch eine tatsächliche Selbstbestimmung ist, die durch keinerlei äußere Einflüsse eingeschränkt ist. Gleichzeitig möchte ich die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die Meinungsdivergenz nicht nur in der Frage der Struktur des betreffenden provisorischen Organs besteht, sondern auch insbesondere in seinen Befugnissen. Vor allem erkennt der Vorsitzende der deutschen Delegation ebenso wie wir an, daß auf den besetzten Gebieten keine bevollmächtigten Organe zum Ausdruck des Volkswillens vorhanden sind. Er sieht es für notwendig an, infolge des Fehlens derartiger Organe die bestehenden und für andere Ziele geschaffenen Organe pro tempore als bevollmächtigt zu präsumieren. Er erweitert aber im weiteren Fortgang die Vollmachten dieser Organe in einer derartigen Weise, die durch die Sachlage nicht gerechtfertigt ist. Statt vorzuschlagen, die Mithilfe dieser Organe nachzusuchen zur Feststellung und Ausarbeitung des Volkswillens, erkennt er ihre eigene materielle Äußerung bereits als Ansicht des Volkes an. Wir dagegen für die provisorischen Organe, deren Schaffung wir vorschlagen, schlagen vor — und das wird aus ihrer ganzen Lage hervorgehen — ihre Aufgabe nur darin zu sehen, daß sie einen möglichst genauen Ausdruck des Volkes organisieren können. Was die Zurückweisung der Beschuldigung anbelangt, daß die Willensäußerungen dieser Landtage unter einem äußeren Druck erfolgt sind, so will ich, ohne vorläufig wie der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation die tatsächliche Seite der Sache zu untersuchen, doch für notwendig halten, auf das eigentliche Wesen der Sache hinzuweisen, daß in keiner Weise bestritten werden kann, daß diese Organe sich auf sehr engbegrenzte Kreise der Bevölkerung stützen und daß ihre Willensäußerung zu einem Zeitpunkt erfolgte, als sich auf ihrem Gebiete ausländische Truppen befanden. Darauf beschränkt sich bei uns das ganze Wesen der Frage.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich möchte darauf hinweisen, daß bei den Besprechungen, die vor der Arbeitspause waren, auf seiten der russischen Delegation die Neigung vorhanden war, unsere Thesis, wonach die bestehenden Volksvertretungen als de facto-Vertretungen und also de facto zum Ausdruck des Volkswillens befugt präsumiert wurden, anzuerkennen, und daß dies einer der Gründe war, aus welchem ich glaubte, über den schließlichen Ausgang unserer Besprechungen ein optimistisches Urteil fassen zu können. Unsere Anschauung der Frage ist, glaube ich, durch das, was ich gesagt habe, hinreichend geklärt. Ich würde es als Ergebnis der Diskussion über diesen Punkt begrüßen, wenn auch der gegenwärtige Herr Vorsitzende der russischen Delegation sich auf den Standpunkt stellen wollte, den die Delegation früher einzunehmen geneigt schien. Sollte das wider meine Hoffnung und Erwartung nicht der Fall sein, so würde ich dankbar sein, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation seine Vorschläge uns in formulierter Weise bekannt geben wollte, in denen ausgesprochen ist, wer diese provisorischen Verwaltungskörper errichten, in welchem Verhältnis sie zu den vorhandenen Vertretungskörpern stehen sollen, und wie er den Aufgabenkreis dieser temporären Verwaltungskörper umschreiben will. Will der Herr Vorsitzende der russischen Delegation jetzt antworten oder nach der Pause?

Herr **Trockij**: Die materielle Frage?

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich hatte gebeten, die russische Delegation möchte uns, wenn sie sich nicht auf den Standpunkt zu stellen geneigt ist, den die Delegation vor der Weihnachtspause anzunehmen geneigt schien, daß sie präsumtiv die vorhandenen Verwaltungskörper als zur Erklärung des Volkswillens geeignete Instrumente zu betrachten geneigt sei, kurz formuliert mitteilen, wer nach ihren Anschauungen die neuen provisorischen Verwaltungskörper ernennen soll, wie diese provisorischen Verwaltungskörper zu den bestehenden Verwaltungskörpern sich stellen sollen und welches der genaue Umfang der neuen Verwaltungskörper sein soll.

Herr **Trockij**: Was die Frage anbetrifft, daß die russische Delegation angeblich vor der Weihnachtsunterbrechung, die hier mehrfach herangezogen wurde, als eine Unterbrechung, die angeblich einen Einfluß auf die Änderung der Ansichten der Delegation gehabt hat — jedenfalls nach meiner Meinung ohne genügenden Grund — was diese Frage anbetrifft, so bin ich der Ansicht, daß mein Kollege *Joffe*, der damalige Vorsitzende der Delegation, auf diese Frage viel besser antworten kann und wird. Bei der Rückkehr der Delegation nach Petersburg wurden zwei Vorschläge mitgebracht, deren tiefgehende Verschiedenheit, deren Widerspruch klar war.

Herr **Joffe**: Ich möchte zu dem, was der Herr Vorsitzende der russischen Delegation eben gesagt hat, hinzufügen als früherer Vorsitzender der russischen Delegation und will dies auch durch Zitate aus den Protokollen unserer Verhandlungen vor der Weihnachtspause bekräftigen, daß die russische Delegation gar keinen Zweifel darüber ließ, daß für sie völlig unannehmbar wären die Abstimmungen in den besetzten Gebieten, solange diese noch durch ausländische Truppen besetzt wären, und die Anerkennung bereits stattgefundener Abstimmungen als genügende Äußerung für den Willen der betreffenden Völker. Gerade

deswegen bestanden wir besonders darauf, daß die beiden Formulierungen zur Diskussion gestellt wurden, aus denen besonders der scharfe Widerspruch zwischen den beiden Auffassungen hervorging.

Staatssekretär v. Kühlmann: Das, was Herr *Joffe* eben dargelegt hat, deckt nicht ganz das, was ich mir darzulegen erlaubt habe. Was er sagt, ist vollkommen richtig. Ich hatte aber den Eindruck — einen Eindruck, auf den ich ausdrücklich, da er nicht protokolliert worden ist, mich nicht in maßgebender Weise berufen möchte, daß bei den Herren der russischen Delegation Geneigtheit bestand, in einer provisorischen Weise die vorhandenen Organe als präsumtive für die betreffenden Völker tätige [Sprachrohre]¹⁾ anzuerkennen.

Graf Czernin: Ich muß diese Ausführungen meines deutschen Kollegen noch dahin ergänzen, daß, wie wahrscheinlich Herr *Joffe* und Herr *Kamenev* sich erinnern werden — es ist dies allerdings niemals protokollarisch festgelegt oder als Beschluß anerkannt worden — daß in Privatgesprächen ganz zweifellos wir uns dahin verstanden haben, daß in einer solchen provisorischen Lösung ein großer Schritt zum gemeinsamen Ziel gemacht werden könnte.

Herr Joffe: Ich kann natürlich keine Verantwortung übernehmen für die Eindrücke, die die Herren Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation gewonnen haben; ich möchte nur noch einmal betonen, daß sowohl in Privatgesprächen wie in offiziellen Debatten niemand von uns auch nur den leisesten Zweifel gelassen hat, daß der Vorschlag des Punktes I und II in der deutsch-österreichisch-ungarischen Redaktion durch die russische Regierung in keinem Falle wird angenommen werden können. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir stets betonten die Notwendigkeit einer Volksabstimmung in Abwesenheit der okkupierenden Truppen. Wir haben vielleicht in Privatgesprächen darauf hinweisen können, daß als Notwendigkeit, überhaupt in den erwähnten Provinzen bereits eine Volksabstimmung durchzuführen, diese Berufung auf die bereits existierenden Organe eine gewisse Rolle spielen könnte.

Staatssekretär v. Kühlmann: Das nähert sich mehr den Eindrücken, die *Graf Czernin* und ich gehabt haben. Ich werde dann den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation bitten, auf die Fragen, die ich mir zu stellen erlaubte, zu antworten oder, wenn es ihm lieber ist, nach der Pause, die jetzt eintreten muß.

Herr Trockij: Ich möchte, ehe ich auf diese Frage antworte, nur wenige Worte sagen. Für uns alle haben die Willensäußerungen eines solchen Landtages die allergrößte politische Bedeutung, da wir durchaus nicht aus der allgemeinen Äußerung des Willens des Volkes den Teil der Bevölkerung ausschließen wollen, der auf den Landtagen vertreten ist, und wenn sogar ohne Besetzung durch feindliche Truppen ein derartiger Landtag das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch genommen hätte für Kurland oder für Litauen, so würden wir es bereits als genügend ansehen, um auf die Tagesordnung die Frage der Volksabstimmung zu stellen. In dieser Stellungnahme zu der Frage unterscheidet uns nichts von dem vor der Weihnachtspause.

Was die hier gestellten Fragen anbetrifft, so haben sie zwar auch eine gewisse Bedeutung, sind aber schließlich von untergeordneter technischer Bedeutung,

¹⁾ Im Or.: „Mundstücke“.

und wir werden sie schriftlich beantworten, sobald wir diese Antwort in genügender Weise formuliert haben. Aber es schien uns schon vorher nötig zu sein, die Voraussetzungen für die Schaffung derartiger provisorischer Organe vorher zu besprechen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Dagegen habe ich keine Bedenken. Ich möchte nur, um ganz sicher zu sein, daß ich den Herrn Vorredner richtig verstanden habe, — so wie ich ihn verstanden habe, hat er ausgeführt, daß, wenn in den besetzten Landesteilen — er hat Kurland und Litauen erwähnt — eine Besetzung nicht stattfände, er seinerseits bereit wäre, die vorhandenen Organe als provisorische Organe anzuerkennen, die auch die Befugnis haben, die weitere Volksabstimmung, die er mit Referendum charakterisiert, vorzunehmen. Ich wäre dankbar, wenn das vielleicht noch einmal ganz scharf ausgedrückt werden könnte, damit kein Mißverständnis entsteht.

Herr Trockij: Damit die Frage überhaupt gestellt werden kann nach dem staatlichen Schicksal des einen oder anderen Volkes, das einem staatlichen Gebiet angehört, dazu ist es nötig, daß aus dem Volke selbst sich genügend einflußreiche Stimmen und Strömungen ergeben, um die Änderung seines bisherigen Schicksals zu verlangen. Solche Forderungen können verschiedene Gestalt annehmen; in dem einen Falle kann es sich um Aufstände handeln, wie z. B. in Irland oder Indien, in anderen Fällen kann es sich handeln um Erklärungen von Landtagen, von Stadtvertretungen, von Semstvo⁵⁾-Verwaltungen, und wir würden die Meinungsäußerung eines Landtages betrachten als die Äußerung des Willens eines bestimmten einflußreichen Teiles der Bevölkerung, ebenso als ob in demselben Gebiet die Willensäußerungen erfolgt wären von seiten von Bauernorganisationen oder von seiten von Berufsverbänden der Arbeiter. Alle diese Äußerungen sind für uns Grund genug zur Annahme, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden ist, und daraus würde sich ergeben die Schlußfolgerung, die autoritative und endgültige Meinung des ganzen Volkes zu befragen. Dazu wäre aber unter den gegebenen Bedingungen die Schaffung eines derartigen Organs notwendig, das die tatsächliche freie Abstimmung der daran interessierten Bevölkerung auch garantieren könnte.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich glaube, wir werden die Besprechung unterbrechen müssen und würden vorschlagen, um keine Zeit zu verlieren, sie heute nachmittag um 1/26 Uhr fortzusetzen. Wir werden uns also um 1/26 Uhr hier wieder treffen. (Schluß der Sitzung 1.15 Uhr.)⁶⁾

v. Kühlmann.

⁵⁾ 1864 eingeführte, 1917 aufgehobene Form der Selbstverwaltung für Gouvernements und Kreise (Wegebau, Steuerverteilung, öffentliche Wohlfahrt).

⁶⁾ Darunter Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift: „Heiliger Krieg! Politisch völkerrechtlicher Debattierklub! Nicht aber Friedensverhandlung! W.“

177.

11. 1. 1918: Artikel der Berliner Morgenpost
 „Andrássy für eine deutsch-englische Verständigung“

Der Weltkrieg 2 Geh., Bd. 56. — Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Bern, den 10. Januar.

Die *Revue Politique Internationale* veröffentlicht in ihrer Januar-Nummer eine Antwort des Grafen Julius Andrássy an Lord Lansdowne.¹⁾ Graf Andrássy fordert England auf, die Initiative zu allgemeinen Friedensverhandlungen zu ergreifen und sich Österreich-Ungarn in der Suche nach einem europäischen Gleichgewicht anzuschließen. Graf Andrássy versichert wiederholt, daß die Doppelmonarchie der Habsburger sich glücklich schätzen würde, als ehrlicher Makler²⁾ zwischen Deutschland und den westlichen Mächten zu wirken, besonders aber als ehrlicher Makler zwischen Deutschland und England. Österreich-Ungarn wird mit unerschütterlicher Treue seinen Verbündeten zur Seite bleiben und wird seine Pflichten bis aufs äußerste erfüllen. Nichtsdestoweniger aber wird es alles in seinen Kräften Stehende zu einem Verständigungsfrieden beitragen und wird sich mit geringfügigen Grenzberichtigungen im Lovčengebiet³⁾ und an der rumänischen Karpatengrenze zufriedengeben. In der polnischen Frage tritt Graf Andrássy für das Selbstbestimmungsrecht der Polen ein und schlägt ihnen einen österreichisch-ungarisch-polnischen Trialismus unter der Habsburger Dynastie vor. Er betont, daß die polnischen Sympathien für Frankreich und England eine große Rolle in der Versöhnung zwischen den Mittelmächten und der Entente spielen werden. Im allgemeinen zollt Andrássy Lord Lansdowne großes Lob und empfiehlt Lloyd George dringend, sich diesem erstklassigen Staatsmann anzuschließen. Zum Schluß betont Graf Andrássy, daß der Wille zur Zerstörung der englischen Macht für den europäischen Frieden die größte Gefahr bedeutet, da er unzweifelhaft eine ganze Zeitepoche neuer Kriege eröffnen würde. Gegen diese furchtbare Gefahr gebe es nur ein Mittel, und das ist eine Verständigung⁴⁾ zwischen Deutschland und England. Ohne diese Verständigung wird es für die Zukunft keinen Frieden in Europa geben.⁵⁾

¹⁾ Julius Graf Andrássy d. J. (1860—1929), ungarischer Staatsmann; 24.—31. 10. 1918 österreichisch-ungarischer Minister des Äußern. — Henry Charles Keith Petty-Fitzmaurice, 5. Marquis of Lansdowne (1845—1927), englischer Staatsmann; 1915/16 Minister ohne Portefeuille, trat im November 1917 für einen Verständigungsfrieden mit Deutschland ein. — Vgl. in diesem Zusammenhang *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8051 f., Lord Lansdownes Friedensziele. London 29. 11. 1917.

²⁾ Von „Habsburger“ bis „Makler“ von der Hand Kaiser Wilhelms II. unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „weder ehrlich noch Makler! Der Himmel bewahre uns davor. Das Schwert ist besser!“

³⁾ Lovčen, 1759 m hoher Berg über der Bucht von Kotor (Montenegrinisches Karstplateau).

⁴⁾ „Verständigung“ von der Hand Kaiser Wilhelms II. unterstrichen. Dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „gibts nicht mehr! Einer muß runter! und das ist England!“

⁵⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II.: „Blech!“

178.

11. 1. 1918: Artikel der Post — „Kraftvoller Kurs“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7. — Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand der Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Aus Brest-Litowsk kommen erfreuliche Nachrichten — nicht so sehr, daß sie von positiven Ergebnissen künden, als vielmehr in dem Sinne, daß sie Klarheit und Beruhigung für die deutsche Politik verbreiten, die auf der Friedenskonferenz vertreten werden soll. Fürs erste ist freilich auch bereits ein kleiner positiver Erfolg errungen. Die klipp und klare Zusage der verbündeten Vertreter, der Vierbund werde mit Rußland nirgend anders als in Brest-Litowsk weiterverhandeln, hat die russischen Volkskommissare dazu bewogen, ihren Stockholmer Plan fallenzulassen und wieder an die Stätte der deutsch-russischen Waffenstillstandsverhandlungen zurückzukehren — ein Beweis, daß festes Auftreten und klare Entschiedenheit, wenn sie auf tatsächlicher Macht beruht und sich mit Vernunft paart, noch immer zum Ziele führt. — Es wird also weiter verhandelt in Brest-Litowsk! Und somit ist wenigstens die formale Voraussetzung für einen reibungslosen Verlauf der weiteren deutsch-russischen Aussprache gegeben. Daß diese Aussprache fortan in einem Geiste vor sich gehen wird, der die deutsche Würde wahr, dafür scheinen schon jetzt die nachdrücklichen Erklärungen des deutschen militärischen Unterhändlers zu bürgen; General *Hoffmanns* Protest gegen russische Verleumdungen des deutschen Heeres mag den Russen zeigen, wie wenig ihnen ein Benehmen nutzen wird, das nicht der sachlichen Lage an der Ostfront Rechnung trägt und die beherrschende Stellung Deutschlands anerkennt.

Vor allem aber birgt, was bisher über die neuen Verhandlungen in Brest-Litowsk veröffentlicht wurde, zwei glückliche Verheißungen. Zum ersten: der deutsche Vertreter gab ausdrücklich und unwiderruflich kund, daß die Erklärung des Vierbundes vom 25. Dezember 1917, da die in ihr gestellte Bedingung nicht erfüllt wurde, hinfällig geworden ist. Deutschland ist nicht mehr gebunden an jenes Programm eines „allgemeinen Friedens ohne gewaltsame Gebietserwerbungen und ohne Kriegsentschädigungen“! Nahen nunmehr die Regierungen, die sich bisher als Träger des Unfriedensgedankens gezeigt haben, dem Verhandlungstisch, so werden sie ein anderes Gesicht der Vierbundvertreter finden. Und weiter: da die Frist, die dem Eintritt der übrigen Ententemächte zum Brest-Litowsker Friedenswerk gestellt war, ergebnislos verlaufen ist, kann es sich bei den weiteren deutsch-russischen Unterhandlungen, wie *Graf Czernin* ausdrücklich feststellte, nur um einen Sonderfrieden zwischen dem Vierbunde und dem russischen Reiche oder seinen Unterstaaten handeln. — Mit der unmißverständlichen Herausstellung dieser beiden Tatsachen ist endlich reiner Tisch gemacht für ein klares ungetrübes Verhandlungsprogramm. Die Volkskommissare wissen nun, daß für ihre Gesamtfriedenstheorie kein Platz mehr in Brest-Litowsk ist, das deutsche Volk aber kann, so hoffen wir, besser als zuvor darüber beruhigt sein, daß keine westlichen Einflüsse mehr den Gang der deutsch-russischen Auseinandersetzungen trüben werden. Auf das innere Leben Deutschlands muß dieser Umstand be-

sonders glücklich zurückwirken. Man gewinnt den Eindruck, als sei tatsächlich alle Krisenluft in Berlin verweht; die kräftige Sprache der deutschen Unterhändler ist recht dazu angetan, die noch verbliebenen Zweifel und Bedenken zu verscheuchen. — Von deutscher Seite scheinen also der kraftvollen Vertretung eines sinngemäßen deutschen Sonderfriedensprogramms gegen Rußland keine Hindernisse mehr gestellt zu sein.

Dem künftigen sachlichen Verlauf und dem schließlichen Ergebnis der Brest-Litowsker Verhandlungen ist damit natürlich noch längst kein endgültiges Horoskop gestellt. Was von drüben kommt, wissen wir nicht. Es hatte ja fast den Anschein, als sei in der kurzen Zeit der Verständigungsunterbrechung die ideologische Vorstellungswelt der Petersburger Sozialisten und Volksbeglucker bereits wieder so üppig über alle klaren Vorstellungen vom praktisch möglichen Frieden hinweggewuchert, daß an eine vernünftige Aussprache kaum mehr zu denken sei. Der neuerliche Entschluß *Trockijs* und seiner Freunde, dennoch in Brest-Litowsk weiter zu verhandeln, läßt aber wiederum auf eine geistige Einkehr der russischen Machthaber schließen, und überdies wohnt den jüngsten Ententeerklärungen wohl kaum eine genügend große Beweiskraft inne, um den russischen Bären abermals an die englische Deichsel zu fesseln. Gleichwohl dürfen wir nicht vergessen, daß *Lenin* und *Trockij* sich niemals leichten Herzens zu einem Sondervertrag mit der deutschen „Militär-Autokratie“ entschließen und deren Interesse als berechtigt anerkennen werden; bis zum äußersten gedenken sicherlich die russischen Unterhändler ihre Theorie vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ — und sei sie noch so utopisch — zu verfechten. Möglich, daß unter diesen Umständen noch einmal in den Entschlüssen der russischen Verantwortlichen die zähe Idee des *Leninismus* über den geographisch-politisch-militärischen Tatbestand siegt; von Dauer aber — so möchte man meinen — könnte solcher Sieg nicht sein.¹⁾ Die gegenwärtige Not des russischen Volkes übertönt schließlich doch alle Lehren vom künftigen Glück der Völker. Was unseren Unterhändlern von drüben her entscheidend hilft, das ist die immer rapidere tragische Zuspitzung aller der wirtschaftlichen und sozialen Konflikte, zu denen die Schläge der deutschen Heere die Vorbedingungen geschaffen haben. Rußland muß Frieden schließen — oder noch tiefer in Anarchie und Unheil versinken! Wählen die Führer der erregten russischen Massen das letztere, so kann Deutschland warten. Der Hauptgewinn dieser Tage bleibt immer: das deutsche Volk selbst sieht klarer, wohin der Weg über Brest-Litowsk, wenn Rußland mit uns gehen will, schließlich führen soll. Dank den Männern, die diesen neuen kräftigen Kurs erzwingen!²⁾

¹⁾ Dazu in gleicher Höhe zwei senkrechte Striche am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „richtig“.

²⁾ Der letzte Satz von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Blech!“ — Darunter Schlussbemerkung des Kaisers: „Meine Instruktionen!“

11. 1. 1918: Artikel des Vorwärts — „Brest-Litowsk und Washington“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 7. — Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

In Brest-Litowsk scheinen die ersten Schwierigkeiten überwunden, doch muß man stets mit neuen Zwischenfällen rechnen. Am Mittwoch ließen die Russen die anderen reden und schwiegen. Am Donnerstag erklärte sich *Trockij* bereit, die Verhandlungen in Brest weiterzuführen. Hier bricht der vorliegende Bericht ab.

Die Weiterführung der Verhandlungen an dem Orte, an dem sie begonnen haben, ist ein Erfolg der Mittelmächte, dem die Zusage gegenübersteht, den endgültigen Abschluß des Friedens an einem anderen Orte vollziehen zu wollen. Man scheint sich also, wie das in solchen Fällen oft geschieht, auf halbem Wege entgegengekommen zu sein. Die Weigerung der Russen, in Brest weiterzuverhandeln, hatte, wie wir schon wiederholt ausführten, eigentlich den Sinn, daß sich die Russen weigerten, auf Grundlage der Vorschläge vom 29. Dezember zu verhandeln. Die Einigung über den Verhandlungsort läßt hoffen, daß sich inzwischen auch in sachlicher Beziehung eine Annäherung vollzogen hat. Werden die Verhandlungen in Brest weitergeführt, so wird ja bald die vorgesehene Spezialkommission eingesetzt werden, deren Werk voraussichtlich für Zustandekommen oder Scheitern des Friedens entscheidend sein wird.

Herr v. *Kühlmann* erklärte am Mittwoch, er halte die Schwierigkeiten materieller Art nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedenswerkes zu rechtfertigen. Über diese Schwierigkeiten hat sich *Trockij* bisher auf der Konferenz nicht ausgelassen, in Petersburg aber hat er wiederholt versichert, daß die Vorschläge vom 28. Dezember für die russische Regierung unannehmbar seien. Aufgabe der Spezialkommission wird sein, einen Modus für das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu finden, der diesen auch nach russischer Auffassung die volle Freiheit der Entschließung sichert. Nur wenn ihnen diese Freiheit gewährleistet wird, und wenn sie dann etwa aus völlig eigenem Willen ihre „Anlehnung“ an den Westen vollziehen sollten, werden die Mittelmächte ihr Wort, einen Frieden ohne gewaltsame Annexionen schließen zu wollen, eingelöst haben.

Inzwischen ist über die „Meinungsverschiedenheiten“, die hinsichtlich des Ostfriedens in hohen Regionen walten, noch mancherlei bekannt geworden. Es bestätigt sich, daß die eine Seite Teile der russischen Westprovinzen ohne Rücksicht auf nationale Zusammengehörigkeit zum Zweck der militärischen Sicherung und zur Erwerbung des polnischen Kohlendistrikts offen und einfach annectieren will, während die andere Seite, nämlich die diplomatische, auf dem Weg einer mehr oder minder anfechtbaren „Selbstbestimmung“ zu ansehnlichen „Machterweiterungen“ im Osten zu kommen hofft. Herrn v. *Kühlmann* wird dabei der geheime Hintergedanke nachgesagt, er wolle dem Geist der Ausdehnung im Osten Befriedigung schaffen, um dann im Westen einen Frieden nach dem Stande vorher schließen zu können. Herr v. *Kühlmann* wird daher aus den verschiedensten Gründen angegriffen: von den einen, weil er die zur militärischen Siche-

rung gewünschten Gebiete nicht fest genug in die deutsche Hand bringen will, von anderen, weil er einer geheimen Liebe für England verdächtig ist, von den dritten, weil sie fürchten, daß er durch Annexionen, die sich Selbstbestimmung nennen, einen dauernden Frieden mit Rußland unmöglich machen könnte.

Während so bei uns — nach der Erklärung vom 25. Dezember — der Kampf zwischen den Theoretikern der offenen und der verschleierte Annexionen geführt wird, ist sich der größte Teil der Berliner Presse einig darüber, daß die Friedensbotschaft des Präsidenten *Wilson* nichts als eine Falle sei. Dieselbe Einigkeit hat bekanntlich auch auf der Gegenseite fast immer geherrscht, wenn die Mittelmächte mit allgemeinen Friedenserklärungen herauskamen: immer hieß es dann, diese Erklärungen seien nicht aufrichtig, sie seien nichts als Heuchelei, und der zur Schau getragene Pazifismus sei nichts anderes als ein verkappter Imperialismus. So auch jetzt der größte Teil der deutschen Presse gegen *Wilson*. Merkwürdig ist nur dies: Die Blätter, die am lautesten versichern, die Friedensliebe *Wilson*s sei nicht ehrlich, behaupten zugleich auf das allerbestimmteste, daß die Entente unmittelbar vor ihrer entscheidenden Niederlage stehe. Wir erlauben uns die Frage: ist es denn wirklich ausgeschlossen, daß eine Mächtegruppe, die unmittelbar vor der entscheidenden Niederlage steht, ernstlich den Frieden will? Wenn sie aber den Frieden nicht will, und wenn *Wilson*, wie man erklärt, Deutschland verstümmeln, Österreich und die Türkei zerstückeln will — ist es dann wahrscheinlich, daß er die Lage seiner Mächtegruppe so beurteilt, wie das allgemein hier geschieht? Ernst zu nehmen ist doch immer nur der Imperialismus des Siegers, nicht der des Besiegten. Deutschland ist nicht in dem Sinne Sieger, daß es allen seinen Gegnern die Friedensbedingungen diktieren könnte. Aber ist Deutschland so besiegt, daß man ihm die Herausgabe Elsaß-Lothringens, Posens, Danzigs und was *Wilson* sonst noch versteckt gefordert haben soll, abnötigen könnte? Käme es heute oder morgen zu allgemeinen Friedensverhandlungen und die Gegner würden mit solchen Forderungen kommen, so würden ihnen die deutschen Unterhändler ins Gesicht lachen. Daß auf dieser Grundlage kein Frieden geschlossen werden kann, darüber ist sich doch das ganze deutsche Volk einig. Und gerade diejenigen, die am schärfsten jede deutsche Annexionspolitik bekämpfen, sind moralisch am stärksten verpflichtet, sich gegen jedweden fremden Annexionismus zur Wehr zu setzen.

Aber es ist lächerlich zu sagen, die Gefahr allgemeiner Friedensverhandlungen bestehe darin, daß die Gegner Annexionen auf Kosten Deutschlands fordern und am Ende gar noch durchsetzen könnten. Dagegen schützt uns nicht nur *Wilson*s Versprechen¹⁾: „Wir wollen Deutschland nicht schaden“ sondern noch viel mehr — mit *Hertling* zu sprechen — „unsere Machtstellung“.

Für einen Teil der Presse ist jedoch bei seiner Ablehnung des allgemeinen Friedens der Gedanke maßgebend, daß die erwartete weitere Verbesserung der Kriegslage eine vollständige Abkehr von der Politik des 19. Juli und des 25. Dezember gestatten könnte. Auch wir Sozialdemokraten sind für jede Verbesserung der Kriegslage, träumen aber nicht den Traum, daß man die ganze Welt mit Waffen-

¹⁾ „schützt uns“ und „Wilson's Versprechen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu rechts und links am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Ausrufungszeichen von derselben Hand.

gewalt unter den deutschen Siegeswillen beugen könnte, und fürchten, daß eine politisch falsche Ausnutzung militärischer Erfolge auf die Dauer zu Deutschlands größtem Unheil ausschlagen würde. Darum fordern wir für die Friedensstimmen des Auslandes dieselbe ernste und unvoreingenommene Beachtung, die von der liberalen Presse Englands für die Friedenserklärung der Mittelmächte vom 25. Dezember gefordert worden ist, und lehnen alle Belehrungen, die uns teils in drohendem, teils in wohlwollendem Sinne zugekommen sind, dankend ab. Heute wie gestern: Wenn es den Gegnern mit ihren Friedensabsichten ernst²⁾ ist, dann keinen Tag länger!³⁾

²⁾ „Friedensabsichten ernst“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande zwei Ausrufungszeichen von derselben Hand.

³⁾ Unter dem Artikel Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Gemeines Gesinde!“

180.

11. 1. 1918, nachm.: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 86. Abgeg. Brest-Litowsk, 12. 1. 1918, 2.30 vorm., angek. 12. 1. 1918, 8.20 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. 2. Sitzung der Kommission zur Lösung der territorialen und politischen Fragen“. Links am Rande der ersten Seite Vermerk: „Wegen Leitungsstörung unvollendet“. — Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift.

Anwesend die Vertreter Deutschlands, Österreich-Ungarns und Rußlands.

Die Sitzung wird am 11. Januar um 5 Uhr 33 Minuten vom Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. *Kühlmann*, eröffnet:

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Wir waren eben dabei zu versuchen, die gegenseitige Stellungnahme zu formulieren für diejenigen Körper, deren Aufgabe es sein sollte, eine allenfalls ins Auge zu fassende Volksvertretung auf breitester Basis vorzubereiten und durchzuführen. Wir hatten unsere Anschauungen über den Punkt dargelegt und erwarteten von dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation, daß er auch seinerseits durch eine zusammenfassende Redaktion seiner Ansichten über diesen Punkt eine Gegenüberstellung und Vergleichung der beiden Auffassungen ermögliche.

Herr *Trockij*: Die Sache liegt so, daß die Gegenparteien uns bisher auch keine bestimmt ungeschriebene Erklärung gegeben haben, wenn in diesem Zusammenhange nicht die Ansichten der einzelnen Landtage angeführt werden sollten, deren Äußerungen uns bisher auch noch nicht vorgelegen haben, zum Beispiel bezüglich des früheren Königreiches Polen ist uns bisher nicht gesagt worden, welche Organe dort geschaffen worden sind oder geschaffen werden sollen, um dem Willen der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen. Ich habe überhaupt den Eindruck, daß unsere Debatte bei einem Punkte halt gemacht hatte, und zwar bei der Frage der politischen Voraussetzungen. Ich habe gerade den Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation darauf aufmerksam gemacht, daß es für

uns unumgänglich notwendig ist, möglichst genau die politischen Voraussetzungen kennen zu lernen, unter denen die Bevölkerung befragt werden soll. Ich möchte noch einmal unseren Standpunkt, den der Vertretung der russischen Republik, betonen, daß es uns durchaus fernliegt, diese erwähnten Gebiete in dem Bestande des früheren russischen Reiches durch künstliche Mittel und Wege festzuhalten. — Wie ich schon einmal betont habe, erstrecken wir das sowohl auf die besetzten wie auf die unbesetzten Teile der in Frage kommenden Nationen. Daher haben wir das Recht, von der Gegenpartei in dieser Hinsicht zu verlangen, daß diese unsere Erklärungen nachgeprüft werden im Zusammenhang mit dem ganzen Sinn unserer Politik. Unsererseits ist darin kein Entgegenkommen gegenüber Österreich-Ungarn oder Deutschland zu erblicken. Wir sehen darin keinerlei Schaden für unser Volk und unser Land. Im Gegenteil, es ist das die Durchführung des Programmes, welches unser Volk und unser Land stärken soll. Wenn sich die Herren Vertreter der Gegenpartei der Mühe unterziehen würden, diesen unseren Standpunkt zu durchdenken, so würden auf ihrer Seite viele Zweifel und Erwägungen wegfallen. Infolge des offenbaren Widerspruches in den Erklärungen der deutschen und österreich-ungarischen Delegation vom 25. Dezember¹⁾ und in der Formulierung der Punkte I und II vom 28. Dezember²⁾ werden wir ebenso wie die öffentliche Meinung unseres Landes es in dieser Frage für unumgänglich notwendig halten, daß die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation mit derselben Klarheit und ebenso kategorisch wie wir ihren Standpunkt gegenüber den Neubildungen darlegen, die in den okkupierten Gebieten entstehen können. Wir erklären, daß wir aus der früheren Zugehörigkeit zum russischen Reiche keinerlei Folgerungen ziehen bezüglich einer staatsrechtlichen Verpflichtung dieser Gebiete der russischen Republik gegenüber. Wir verpflichten uns, weder direkt noch indirekt, diese Gebiete in irgendeiner Weise dazu zu zwingen, diese oder jene Staatsform zu wählen, ihre Selbständigkeit durch keinerlei militärische oder Zollkonvention zu verhindern, durch Konventionen, die abgeschlossen werden vor der endgültigen Konstituierung dieser Völkerschaften auf Grund des ihnen zukommenden Selbstbestimmungsrechtes, und wir würden gern sehen, wenn die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation eine klare Erklärung in dem Sinne abgeben könnten, daß bei der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung keinerlei Ansprüche erhoben werden auf die Einverleibung der genannten Gebiete in das Deutsche Reich, beziehungsweise in Österreich-Ungarn, und auch nicht auf sogenannte Grenzberichtigungen auf Kosten dieser Gebiete, und daß die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung sich hiermit verpflichten, weder direkt noch indirekt auf die Bevölkerung dieser Gebiete einen Druck dahingehend auszuüben, daß sie diese oder jene Staatsform wählen, ihre Selbständigkeit durch keinerlei militärische oder Zoll-Konventionen einzuschränken, durch Konventionen, die abgeschlossen werden vor der endgültigen Konstituierung dieser Körperschaften auf Grund des ihnen zukommenden Selbstbestimmungsrechtes. Was die praktische und augenblicklich untergeordnete Frage darüber betrifft, wie das temporäre und vorübergehende Organ gebildet werden müßte, so werden wir, wie ich

¹⁾ Vgl. Nr. 106.

²⁾ Vgl. Nr. 116.

schon ausgeführt habe, diese technische Frage genau formulieren unter Mitwirkung sachverständiger Leute, deren Eintreffen wir für morgen erwarten.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Es ist nicht möglich, zu den von dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation aufgeworfenen Fragen hier Stellung zu nehmen. Ich will nur vorläufig einzelne Punkte, die mir im Gedächtnis geblieben sind, herausgreifen. Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat vor allem geglaubt, einen Widerspruch zwischen den Erklärungen der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember und den Entwürfen vom 28. Dezember feststellen zu sollen. Ein solcher Widerspruch existiert durchaus nicht und nicht im kleinsten Punkte. Beide Dokumente, die vollkommen aus demselben Geiste und als Ausflüsse derselben Politik zu betrachten sind, sind erflossen in Ausführung der vom Herrn Reichskanzler *Grafen Hertling* in seiner programmatischen im Reichstag angekündigten Politik; diese Rede, welche wohl auch in Rußland gelesen sein dürfte, enthielt die prinzipielle Bereitschaftserklärung, auf Grund des russischen Funkspruches, in Friedensverhandlungen einzutreten, enthielt also im Kern die verbündete Deklaration vom 25. Dezember, und enthielt auch ebenso den Hinweis, daß die deutsche Politik in ihren Beziehungen zu Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ihre Beziehungen zu pflegen beabsichtige. Da die beiden Dokumente, wie gesagt, Ausfluß einer und derselben Politik sind, ist es auch vollkommen irrtümlich, einen Gegensatz zwischen ihnen konstruieren zu wollen. Die Darlegung[en] des Herrn Vorredners über die Gründe der Haltung seiner Freunde gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht sind mit Interesse zur Kenntnis genommen worden. Die Stellung der verbündeten Mächte zu den besprochenen Gebieten ist durch unsere bisherigen Darlegungen im Laufe der Debatte meiner Ansicht nach in reichem Maße beleuchtet worden. Niemand bei uns denkt im geringsten daran, durch irgendwelches Mittel auf diese Länder einen Druck auszuüben, um sie zu politischen Entschlüssen zu bewegen, welche ihren eigenen Wünschen nicht entsprechen. In dieser Beziehung ist die Politik der verbündeten Mächte in voller Übereinstimmung mit den dargelegten Grundsätzen der russischen Delegation. Hingegen teilt sie nicht den Standpunkt, als hätten diese neuen Nationen nicht das Recht, durch Verträge auf irgendwelchem Gebiete mit dritten Mächten ihre Zukunft einzurichten, wie dies nach ihrer Auffassung zweckmäßig ist. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß sie jetzt schon vollkommen berechtigt sind, diejenigen Verabredungen zu treffen, welche sie für ihre Zukunft für gut und nützlich halten. Sollten in diesen Verabredungen Verfügungen über ihre Gebiete sich finden, welche der Herr Vorsitzende als Grenzkorrekturen bezeichnet hat, so ist es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso vollkommen frei sein sollten zu tun, was ihnen beliebt, wie in den anderen. Der Hauptunterschied in der Anschauung des Herrn Vorredners und den von mir vertretenen Anschauungen besteht darin, daß er diese neuen Staaten als sozusagen noch in einem Zwischenzustande befindliche betrachtet und erst nach der Volkskundgebung auf breiter Grundlage ihre endgültige Staatwerdung zugeben will, während wir auf dem Standpunkte stehen, daß sie staatliches Leben und staatliche Handlungsfähigkeit bereits besitzen, daß dieses Staatsleben und seine Organe noch ausbaubedürftig sind, und daß nach einem genügenden Ausbau die

wichtigen im Anfang ihrer Existenz gefaßten Beschlüsse durch ein Votum auf breiter Grundlage erneut und feierlich bekräftigt werden können.

Der Herr Vorredner hat gefragt, welches Organ in Polen nach unserer Anschauung zuständig ist zur Vertretung der polnischen Interessen. Innerhalb des Rahmens, für den es zuständig ist, ist zweifellos das polnische Ministerium in Verbindung mit den anderen polnischen Behörden zur Vertretung des Landes zuständig. Gerade Polen, was der Herr Vorredner aufgegriffen hat, ist ein klares Beispiel dafür, daß, wenn man die Dinge praktisch und bona fide betrachtet, über den Willen der Bevölkerung zu einem entscheidenden politischen Schritt — in diesem Falle zur Errichtung eines selbständigen polnischen Reiches — auch ohne daß komplizierte Volksabstimmungen vorangegangen sind, praktisch ein Zweifel von niemand geltend gemacht werden kann. Polen ist gerade ein Beispiel dafür, wie unter derartigen Verhältnissen die Maschine eines bisher nicht vorhandenen eigenen Staatslebens geschaffen und ausgebaut werden kann, und wenn, wie dies zu erwarten steht, im Laufe der Zeit auch parlamentarische Vertretungskörper dort ins Leben gerufen werden, so wird Polen ein Ausdrucksmittel besitzen, um seine nationalen Wünsche zur Geltung zu bringen, von dem niemand auf der Welt behaupten kann, daß seine Beschlüsse nicht die des polnischen Volkes sind. Es würde mich interessieren, von dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation zu hören, was die Stellungnahme der jetzigen russischen Regierung gegenüber Polen ist. Denn wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, standen einzelne Mitglieder der russischen Delegation vor der Pause auf dem Standpunkt, daß die Unabhängigkeit Polens auch von der heutigen russischen Regierung bereits anerkannt sei.

Herr Trockij: Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß zwischen den prinzipiellen Erklärungen vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte vom 28. Dezember ein tiefgehender Widerspruch obwaltet, ein Widerspruch, der noch mehr vertieft wird durch die Erklärung, die der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation heute hier abgegeben hat. In der Konstatierung dieses Widerspruches stehen wir nicht einsam da. Der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation nahm Bezug auf die Rede des Herrn Reichskanzlers und hat die ganz richtige Ansicht ausgesprochen, daß wir die deutsche Presse verfolgen. Die deutsche Presse³⁾ ist sich fast in vollem Umfange darüber einig, daß zwischen den Erklärungen vom 25. Dezember und der Formulierung vom 28. Dezember tiefgreifende Widersprüche bestehen, nur mit dem Unterschiede, daß ein Teil der deutschen Presse diesen Widerspruch bedauert, ein anderer Teil sich über denselben freut, weil er in der Formulierung vom 28. Dezember einen Verzicht auf die Erklärung vom 25. Dezember erblickt. Genau ebenso war die Auffassung in der öffentlichen Meinung unseres Landes und innerhalb unserer Regierung. Ich wiederhole es: Die heute hier abgegebenen Erklärungen haben von neuem gezeigt, daß dieser Widerspruch viel tiefgehender ist als sogar die größten Pessimisten in unserem Lande annehmen. Die Behauptungen des Vorsitzenden der deutschen Delegation,

³⁾ Die Worte „deutsche Presse“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu von der gleichen Hand am Rande senkrechter Strich mit Bemerkung: „Avis an unsere Presse, was von ihrem Hetzen und Schimpfen kommt! Sie steift dem Feinde den Rücken! Zumal die Sozialistische!“

daß diese in der Entstehung begriffenen Körper und Organisationen bereits das Recht hätten, Verträge und Abkommen abzuschließen und auf Teile ihres Gebietes zu verzichten, bedeutet eine vollständige Untergrabung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker. Wenn diese staatlichen Gebilde das Recht haben, Teile ihres Gebietes abzutreten, warum sind denn die Organe dieser Völker, die das Recht haben sollten, über ihr Gebiet zu verfügen, nicht ebenfalls eingeladen worden, an diesen Verhandlungen in Brest-Litowsk teilzunehmen? Es wurde hier gesagt, daß die Geburt eines neuen Staates verbunden ist mit seinem Recht auf Selbstbestimmung und auf die Bestimmung seiner auswärtigen Beziehungen, und es ist ganz klar, daß, wenn wir jetzt bereits in diesen neuen Staaten neue staatsrechtliche Gebilde zu erblicken haben, es die erste Pflicht derjenigen wäre, die ernst und bona fide der Frage der Selbstbestimmung der Nationalitäten gegenüberstehen und der Ansicht sind, daß diese Prinzipien bereits in den erwähnten Gebieten zur Durchführung gelangt sind, vorzuschlagen, die jetzigen Verhandlungen abubrechen bis zu dem Eintreffen bevollmächtigter Vertreter dieser Gebiete. In der Tat ist dies bisher nicht geschehen und wird auch nicht der Fall sein, weil vor uns nicht Subjekte der Verhandlungen stehen sondern Objekte, über deren Teilung und Beeinflussung von oben her entschieden werden soll. Nach dem Sprachgebrauch, den wir über diese Dinge zu gebrauchen pflegen, bezeichnen wir dies nicht als Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern mit einem ganz anderen Worte. Dieses andere Wort lautet: „Annexion“. In dem jetzigen Stadium der Verhandlungen befinden wir uns in einer Situation, als ob wir dicke Gerüste um ein Haus auführen, dann aber sich herausstellt, daß ein eigentliches Gebäude gar nicht vorhanden ist. Man kann die Friedensverhandlungen auf verschiedenen Prinzipien aufbauen, auf dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes und auf dem Prinzip der Annexionen. Dieses und jenes hat beides seine Berechtigung; nur muß das eine oder das andere ernst genommen werden. Wir wollen keine Prinzipien, welche dazu da sind, um ihnen entgegengesetzte Tatsachen zu verdecken. Wir sind Revolutionäre, wir sind aber auch Realisten, und wir ziehen es vor, lieber ein offenes Gespräch über Annexion zu führen, als Gespräche, in denen die Tatsachen unter Pseudonymen erscheinen. Gerade bezüglich Polens, dessen Selbständigkeit wir am allerwenigsten von allen bestreiten können, sehen wir, wie Regierungen und Ministerien geschaffen werden auf Grund von Prinzipien, die sogar den konservativsten Anschauungen in jedem beliebigen Lande wohl kaum entsprechen würden. Wir erkennen das Recht des polnischen Volkes an, über sein Schicksal selbst zu bestimmen. Wir werden die ersten sein, welche die Wiedergutmachung der größten Verbrechen der Weltgeschichte gegenüber Polen begrüßen werden; wir können aber nicht anerkennen, daß diese oder jene territoriale Kombination des jetzigen polnischen Ministeriums, das hier nicht vertreten ist, als Willensäußerung des polnischen Volkes angesehen werden kann.

Ich glaube, daß durch diese Ausführungen die tiefgehenden Widersprüche zwischen den beiden verhandelnden Parteien in das hellste Licht gestellt sind. Wir verteidigen nicht das Gebiet Rußlands, wir treten für die freie Selbstbestimmung einzelner Völker bzw. ihres historischen Seins ein, und wir werden nie und keinesfalls anerkennen können, daß alle die Entschlüsse, die gefaßt sind oder

vielleicht in der nächsten Zukunft erst gefaßt werden sollen, unter der Kontrolle der deutschen Besatzungsbehörden durch die Vermittlung von Organen, die unter Mitwirkung oder unter dem Einfluß der Okkupationsbehörden gestanden sind oder von ihnen in willkürlicher Weise als bevollmächtigte Organe anerkannt sind, tatsächlich Äußerungen des Willens des betreffenden Volkes darstellen und ihr politisches Dasein bestimmen können.

Staatssekretär v. Kühlmann: Es wird mir nicht gut möglich sein, auf die längeren Ausführungen des Herrn Vorredners in jedem einzelnen Punkte einzugehen, ohne den Text vor mir zu haben. Der Herr Vorredner hat sich zur Begründung seiner Anschauungen auf Äußerungen der deutschen Presse bezogen. Ich beneide ihn darum, wenn es ihm gelungen ist, in irgendeiner einzelnen Frage eine Übereinstimmung in der Meinung der deutschen Presse zu entdecken. Eine falsche Meinung wird aber auch dadurch, daß sie in der Presse vertreten wird, nicht richtiger, und so wenig ich jemand das Recht abstreiten will, für seine Person zwischen den Erklärungen vom 25. und 28. Dezember einen Unterschied zu konstruieren, so nachdrücklich muß ich betonen, daß die beiden Schriftstücke Ausflüsse derselben Politik sind und irgendeinen prinzipiellen Widerspruch selbstverständlich nicht enthalten.

Der Herr Vorredner hat sich darüber beklagt, daß wir hier noch keine Vertreter der besprochenen Nationen zu den Verhandlungen haben. Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch seiner Ansicht nach diese Volksindividualitäten nunmehr geschaffen sind und das Recht der Selbstbestimmung ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben können, so bin ich meinerseits bei rückhaltloser Anerkennung dieser Voraussetzung von seiten der russischen Delegation gerne bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe. Ich sehe einer Erklärung des Herrn ersten Delegierten in dieser Beziehung mit Interesse entgegen.

Was den Aufbau unserer Vorschläge anbetrifft, so muß ich uns und ausschließlich uns das Recht vorbehalten, diese so aufzubauen, wie es unseren Prinzipien und unseren Absichten entspricht, und ich muß unbedingt daran festhalten, daß sie auch in dem Geiste aufgenommen werden, in dem sie gemacht sind.

Es hat mich interessiert, zu hören, daß von seiten der russischen Delegation Polen zwar anerkannt wird, zugleich aber dem polnischen Ministerium das Recht abgesprochen wurde, im Namen des polnischen Volkes zu sprechen. Die Kritiken des Herrn Vorredners wären selbst dann unberechtigt, wenn der bisherige Ausbau des polnischen Staates sich im tiefen Frieden vollzogen hätte. Sie sind aber doppelt unberechtigt in einem Lande, das bisher das Hinterland eines großen Krieges gewesen ist. Auch wir wollen im vollen Ernste das Prinzip des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker, für die wir besonderes Interesse haben, aufrecht erhalten. Wenn allerdings die Herren auf der Gegenseite dies so auslegen, daß diese Völker mit den Segnungen derjenigen Regierungsform beglückt werden sollen, welche sie nach ihren gestrigen Darlegungen für die einzig richtige⁴⁾

⁴⁾ Von „Völker“ bis „richtige“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen (davon die Worte „einzig richtige“ doppelt). Dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „gut!“

halten, so muß ich hier allerdings feststellen, daß wir diese Politik unter keinen Umständen mitmachen können.

Graf Czernin: Ich muß konstatieren, daß die letzten Ausführungen des Herrn Präsidenten der russischen Delegation ein deutliches Licht auf die Art und Weise geworfen haben, in welcher er uns zu beurteilen die Güte hat. Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat den Wunsch ausgesprochen, es möchten Vertreter der in Frage stehenden Länder hier erscheinen, und hat gleichzeitig diesem Wunsche die Bemerkung beigefügt, daß ein solcher Wunsch ja niemals ausführbar sei. Mein deutscher Kollege hat sofort darauf erklärt, daß er bereit sei, dieser Frage näher zu treten, weil wir gar keinen Grund haben, ein solches Ansuchen a limine abzulehnen. Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation aber gleichzeitig die in diesen Ländern bestehenden Vertretungskörper als nicht berechtigt im Namen dieser Völker zu sprechen angibt, so möchte ich doch gerne wissen, in welcher Art und Weise die Auswahl überhaupt getroffen werden soll, nachdem beispielsweise ein polnisches Plebiszit in Brest-Litowsk doch schwer möglich ist.

Herr Trockij: Ich glaube nicht, daß auf dem Gebiete, auf dem sich die zuletzt gestellten Fragen bewegen, eine Diskussion besonders fruchtbringend⁵⁾ wäre. Ich würde in Anbetracht der außerordentlich wichtigen Erklärung, die der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation abgegeben hat, darum bitten, eine Vertagung unserer Sitzung eintreten zu lassen, um der russischen Delegation es zu ermöglichen, eine Beratung unter sich abzuhalten und, wenn dies möglich wäre, sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Dann wird die Sitzung vertagt und der Wiederzusammentritt auf morgen 10 Uhr vormittags anberaumt.⁶⁾

(Schluß der Sitzung 6.42 Uhr.⁷⁾)

Kühlmann.

⁵⁾ Von „eine“ bis „fruchtbringend“, von der Hand *Kaiser Wilhelms II.* unterstrichen. Dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich mit Bemerkung „Aha“ von derselben Hand.

⁶⁾ Vgl. hierzu den Bericht *Czernins* an *Kaiser Karl* vom 11. 1. 1918: „Die Kommission hat den ganzen Tag gearbeitet, und obwohl einige schärfere Zusammenstöße zwischen dem russischen Minister des Äußern und meinem deutschen Kollegen und mir stattgefunden haben, so ist das Ergebnis des Tages doch kein direkt ungünstiges. Ich glaube und hoffe, daß der russische Minister des Äußern einen schweren taktischen Fehler begangen hat, aus welchem wir großen Vorteil ziehen können. Derselbe behauptet, Polen, Kurland und Litauen würden vergewaltigt, und sprach den Wunsch aus, es möchten Vertreter dieser drei Länder hier erscheinen, um selbst Zeugenschaft zu geben. Herr *Trockij* tat dies in der sicheren Überzeugung, daß dieses Postulat von uns abgelehnt werden würde. Der deutsche Staatssekretär stimmte dem russischen Wunsche zu, und die Russen werden dadurch in die Lage versetzt werden, das Votum der von ihnen selbst gewünschten Deputation als Grundlage für die weiteren Verhandlungen anzunehmen. Für den Augenblick ist daher keine Gefahr eines Abbruches, doch ist es selbstverständlich, daß jeder Tag neue Überraschungen und andere Situationen bringen kann.“ HHStA, P.A., Brestler Kanzlei.

⁷⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand *Kaiser Wilhelms II.*; „Id est! Polen hat Selbstbestimmungsrecht und darf sich aufbauen, wie es will. Aber die Form, die es gewählt hat (Regenten, Staatsministerium) verwirft der Bolschewik. Es darf nur auf revolutionärer, sozialistischer Grundlage auffahren! Bolschewiki wollen durchsetzen, daß alle Länder — auch die, mit welchen sie verhandeln — diese Form annehmen sollen. Daher quasseln sie so lange in der Hoffnung, bei ihren Gegnern die Sozialisten durch diesen Quatsch zu ent-

flammen, die augenblicklichen Regierungen in ihrem Sinne zu beeinflussen oder sie im Weigerungsfalle zu stürzen. *Trockij* hofft und erwartet die „Selbstbestimmung“ der Völker der Mittelmächte durch die Revolution, die nach seiner Meinung jeden Tag hier ausbrechen muß! Dann will er mit den „Völkern“, nicht „Regierungen“ Frieden schließen. Es muß ihm bald jede Hoffnung auf so etwas gründlich genommen werden.

Er liest den *Vorwärts* sehr genau!

W.“

181.

12. 1. 1918: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 87. Brest-Litowsk, 12. 1. 1918, angek. 12. 1. 1918, 9.15 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Plenarsitzung vom Sonnabend, 12. Januar 1918, 11 Uhr 30“. — Randbemerkungen und Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 40 Minuten durch den Vorsitzenden *Grafen Czernin* eröffnet.

Minister des Äußern **Graf Czernin**: Meine hochgeehrten Herren! In der Plenarsitzung am 10. d. M. hat der Herr Staatssekretär des Auswärtigen der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalstaatssekretariats der ukrainischen Volksrepublik vom 11./24. Dezember 1917, Nr. 726, übergeben.¹⁾ Diese Note enthielt unter Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünsche.

In Erwiderung hierauf beehre ich mich im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären:

Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrage vorbehalten.

Hat einer der Herren zu diesem Punkte etwas zu erwähnen?

Herr **Trockij**: Im Zusammenhang mit der Frage, die soeben in der Erklärung der Delegation des Vierbundes abgegeben wurde, erachte ich es für notwendig, zum Zwecke der Information und behufs Beseitigung möglicher Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben:

Diejenigen Konflikte, welche zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat stattgefunden haben und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben gar keinen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes, sind aber durch die Widersprüche in der Politik zwischen dem Soviet der Volkskommissare und dem Generalsekretariat entstanden. Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl auf dem Territorium der Ukraine wie auch außerhalb

¹⁾ Vgl. Nr. 101.

ihrer Grenzen. Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraine in Gestalt einer Volksrepublik anbetrifft, so kann dieser Vorgang keinen Platz für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraine keine Okkupationstruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort keine mittelalterlichen Standesorgane gibt, die das Land repräsentieren wollten, weder von oben auf Grund der Machtstellung ernannte Scheinministerien gibt, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt werden, in Betracht ziehend, daß auf dem Territorium der Ukraine überall freigewählte Sovets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten existieren und bei der Wahl aller Organe der Selbstverwaltung das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes angewandt wird, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollendung finden wird. In Anbetracht alles dieses und in Übereinstimmung mit der Erklärung in der Sitzung vom 10. Januar²⁾ sieht die russische Delegation keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen.

Minister des Äußern **Graf Czernin**: Ich darf nun den Präsidenten der russischen Delegation bitten, das Schriftstück zu den Akten der heutigen Sitzung zu geben, wenn zu diesem Punkte niemand mehr das Wort wünscht.

Staatssekretär **Holubovyč**: Die Deklaration der vier Mächte auf die Note des Generalsekretariats zur Kenntnis nehmend, betrachten wir dieselbe als genügend, um an die weiteren Friedensverhandlungen heranzutreten.

Minister des Äußern **Graf Czernin**: Nachdem dieser Punkt der Tagesordnung erschöpft ist, hat sich Herr General *Hoffmann* das Wort erbeten.

General **Hoffmann**: Aus der Antwort, die der Herr Vorsitzende der Petersburger Delegation auf meinen Protest gegeben hat, habe ich ersehen, daß er offenbar mich nicht verstanden hat, warum ich in meinem Protest gesagt habe, daß jene Funksprüche und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstoßen. Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages stehen die Worte „Zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens“. Die russische Propaganda verstößt hiergegen, weil sie nicht einem dauerhaften Frieden nachstrebt, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

Herr **Troekij**: Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß die Auslegung des Herrn General *Hoffmann* eine einseitige ist. Augenblicklich hat die gesamte deutsche Presse freien Zutritt nach Rußland. Verschiedene Organe dieser Presse und darunter gerade die offiziellen und offiziösen Organe werden in der öffentlichen Meinung russischer reaktionärer Kreise angesehen als eine direkte Unterstützung derjenigen politischen Stellen, welche sie innerhalb Rußlands einnehmen. Vielen russischen Gegenrevolutionären erscheint es auf Grund der von ihnen richtig oder falsch ausgelegten Äußerungen der deutschen Presse, daß *Nikolaus Romanov*, unser früherer Zar, aus Tobolsk nach Petrograd versetzt werden müßte, während wir seine Stellung einzunehmen hätten. Wir sind mit diesem Standpunkt ent-

²⁾ Vgl. Nr. 173.

schieden nicht einverstanden³⁾, dennoch halten wir es nicht für möglich, die Freiheit der deutschen Presse einzuschränken, auch nicht derjenigen, welche den Standpunkt des Herrn General *Hoffmann* vertreten. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Unterstützung, die unsere reaktionären Kreise erhalten in der offiziellen Erklärung und dem offiziellen Vorgehen der offiziellen deutschen Presse, weitere Nahrung dem Bürgerkriege in unserem Lande gibt für die Richtung, an deren Spitze die Anhänger des alten Regimes stehen. Dennoch halten wir es nicht für möglich, diese Frage in Zusammenhang zu bringen mit denen des Waffenstillstandsvertrages und dem Gang der Friedensverhandlungen. Nebenbei halte ich es nicht für überflüssig zu bemerken, daß ebenso wie Herr General *Hoffmann*, soweit mir bekannt ist, hier nicht nur die Berliner Regierung, sondern auch die von Dresden und München⁴⁾ vertritt, so auch wir unsere Herrschaft ausdehnen auf Moskau und einige andere russische Städte.

General Hoffmann: Ich möchte zu dem letzten Satz zunächst etwas richtig stellen. Ich vertrete keine Regierung, sondern ich vertrete die deutsche Armee.⁵⁾ Zu den allgemeinen Ausführungen des ersten Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation möchte ich folgendes bemerken. Ich muß wiederum konstatieren, daß der Herr Vorsitzende der russischen Delegation mich nicht verstanden hat. Ich habe nicht von „Presse“ gesprochen. Es ist selbstverständlich, daß weder wir noch die russische Delegation einen Einfluß darauf haben, was die Presse der beiderseitigen Länder treibt. Mein Protest richtete sich und richtet sich gegen offizielle Regierungskundgebungen und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden *Krylenko* versehen sind.⁶⁾ Ich glaube nicht, daß der Herr Vorsitzende der russischen Delegation ein Flugblatt oder eine Erklärung in dem von ihm vorhin angegebenen Sinne vorweisen kann, die unterschrieben ist durch den Oberbefehlshaber Ost oder den Staatssekretär des Äußern.

Herr Trockij: Ich bedauere sehr, wenn ich, wie Herr General *Hoffmann* wiederholt hat, seine Stellungnahme in dieser Frage nicht verstehen kann. Das erklärt sich meines Erachtens aus dem erheblichen Unterschiede zwischen den Ausgangspunkten der beiden Ansichten. Dieser Unterschied hat — ich muß es äußern — im Laufe dieses Krieges eine gerichtliche Beurteilung mir gegenüber gefunden. Das nähere hierüber ist zu finden in den Annalen der Gerichte von Leipzig oder Stuttgart, genau kann ich dieses nicht mehr sagen. Jedenfalls muß ich mit voller Klarheit und Bestimmtheit erklären, daß weder die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages noch die eventuellen Bedingungen des Friedensvertrages weder in sich enthielten noch enthalten konnten irgendwelche Beschränkungen

³⁾ Von „während“ bis „einverstanden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „Kann passieren! sehr begreiflich“.

⁴⁾ Von „die“ bis „München“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Nein! Die Namen Dresden und München sind nicht bloß Städte, sondern selbständige Reiche! Monsieur!“

⁵⁾ „deutsche Armee“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „richtig!“

⁶⁾ Zur revolutionären Propaganda *Krylenkos* vgl. u. a. Wheeler-Bennett, Brest-Litowsk, S. 94.

für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden⁷⁾ oder leitenden Kreise.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich wollte noch zu den Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation feststellen, daß die Nichteinmischung in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung ist, daß aber natürlich ein solches Prinzip nur auf dem Boden der vollsten Gegenseitigkeit stehen kann.

Herr **Trockij**: Da diejenige Partei, der ich angehöre, und die anderen Parteien, die in unserer Regierung vertreten sind, einen weitgehenden internationalen⁸⁾ Charakter haben, so würden wir es nur als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung in denselben Grenzen, in denen wir dieses tun, sich frei und offenherzig über ihre Ansichten bezüglich der inneren Verhältnisse Rußlands aussprechen würde⁹⁾, insofern als sie dies für notwendig erachten würde.

Minister des Äußern **Graf Czernin**: Damit ist das heutige Tagesprogramm erschöpft¹⁰⁾, vorausgesetzt, daß keiner der Herren etwas Weiteres vorzubringen wünscht.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 10 Min.)

Kühlmann.

⁷⁾ Von „Beschränkungen“ bis „regierenden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande zwei senkrechte Striche und Bemerkung von derselben Hand: „aber nicht mit ihrer Umsturzbetätigung in anderen Ländern!“

⁸⁾ „weitgehenden internationalen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe Bemerkung am Rande von derselben Hand: „aha!“

⁹⁾ Von „in“ bis „würde“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Na, das fehlte noch! Da könnten sie 20 Jahre in Brest zusammensitzen. Er hat ja oben schon übel vermerkt, daß es unsere Presse tut!“

¹⁰⁾ Von „heutige“ bis „erschöpft“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „recht mager!“

182.

12. 1. 1918: Generalkonsul Plehn (Brest-Litowsk) an die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Telegramm. Nr. 89. Brest-Litowsk, 12. 1. 1918, angek. 12. 1. 1918, 11.52 nachm. Überschrift: „Für W. T. B.“

Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung, welche um 11 Uhr 30 M. vormittags eröffnet wurde, gab der Vorsitzende, **Graf Czernin**, folgende Erklärung ab:

In der Plenarsitzung am 10. d. M. hat¹⁾ der Herr Staatssekretär der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik vom 11./24 Dezember 1917, Nr. 726²⁾, übergeben. Diese Note enthielt unter Punkt 7 die Erklärung, daß die

¹⁾ Vgl. Nr. 173.

²⁾ Vgl. Nr. 101.

durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt und daß sie gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünsche.

In Erwiderung hierauf beehre ich mich im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären: Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrage vorbehalten.

Herr Trockij, welcher sich hierauf das Wort erbat, führte folgendes aus:

Im Zusammenhang mit der soeben in der Erklärung der Delegationen des Vierbundes behandelten Frage, erachte ich es für notwendig, zum Beweis der Information und behufs Beseitigung möglicher Mißverständnisse folgende Erklärung abzugeben: Diejenigen Konflikte, welche sich zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat ergeben haben, und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben keinen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes. Sie sind durch die Widersprüche zwischen der Politik des Sovets der Volkskommissare und des Generalsekretariats entstanden, Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl auf dem Territorium der Ukraine wie auch außerhalb ihrer Grenzen. Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraine in Gestalt einer Volksrepublik anbetrifft, so kann dieser Vorgang keinen Raum für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraine keine Okkupationstruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Ständesorgane gibt, die das Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Machtstellung ernannte Scheinministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt werden, in Betracht ziehend, daß auf dem Territorium der Ukraine überall freigewählte Sovets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten existieren und daß bei der Wahl aller Organe der Selbstverwaltung das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes angewandt wird³⁾, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollendung finden wird. In Anbetracht des Vorstehenden und in Übereinstimmung mit der in der Sitzung vom 10. Januar abgegebenen Erklärung sieht die russische Delegation keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen.

Der ukrainische Staatssekretär Holubovyč erklärte hierauf, die Deklaration der vier verbündeten Mächte zur Kenntnis zu nehmen. Auf Grund derselben werde seine Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

³⁾ Dazu Randbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „?“ „in Estland, Livland nicht“.

General **Hoffmann**, welcher hierauf das Wort ergriff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest erschen, daß Herr *Trockij* nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Funksprüche und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstoßen. Am Kopf des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte „Zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens“. Die russische Propaganda verstoße hiergegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebe, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verwies der Vorsitzende der russischen Delegation darauf, daß die gesamte deutsche Presse in Rußland zugelassen sei, und zwar auch jene, welche den Ansichten der russischen reaktionären Kreise entspreche und die dem Standpunkte der Regierung der Volkskommissare zuwiderlaufe. Es herrsche also vollkommene Parität in dieser Sache, die mit dem Waffenstillstandsvertrage nichts zu tun habe.

General **Hoffmann** replizierte hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen offizielle Regierungskundgebungen und offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden *Krylenko* versehen sei. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Äußern betrieben keine analoge Propaganda.

Herr *Trockij* erwiderte hierauf, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkungen für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthielten oder enthalten könnten.

Staatssekretär v. **Kühlmann** stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichteinmischung in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Herr *Trockij* entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehören, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offenherzig über ihre Ansichten bezüglich der inneren Verhältnisse Rußlands ausspräche, insofern sie dies für notwendig erachten würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

*Plehn.*⁴⁾

⁴⁾ *Hans Plehn* (1869—1918), vor dem Kriege Vertreter von Wolffs Telegraphischem Büro in London; von ihm zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk entsandt. Zu seiner Würdigung vgl. O. Hoetzsch im Vorwort zu *Plehn, Bismarcks auswärtige Politik*.

sind erhebliche Weglassungen aus der Rede von *Trockij*¹⁾ vorgenommen worden. Es handelt sich dabei teilweise um solche Stellen, die vermutlich in erster Linie von der Petersburger Telegraphen-Agentur ins neutrale Ausland und hierher weiter verbreitet werden. Schon bei der Unterdrückung der früheren Meldungen der Petersburger Agentur über die Sitzung vom 27. Dezember²⁾ hat sich in derjenigen Presse, die unsere Politik angreift, ein großer Entrüstungssturm erhoben, der bis jetzt noch nicht zur Ruhe gekommen ist und namentlich von *Bernhard*³⁾ in der *Voss*⁴⁾ und von der *Täglichen Rundschau* dauernd unterhalten wird. Wir werden sicherlich eine neue verstärkte Auflage der Angriffe in kürzester Zeit erleben. Unter diesen Umständen darf ich um Richtlinien für die Behandlung der aus dem neutralen Auslande kommenden Meldungen bitten. Ich beabsichtige zunächst, den Parteiführern, denen ich gestern noch nichts gesagt habe, heute den vollen Wortlaut der *Trockijschen* Rede zugänglich zu machen. Zu diesem Zwecke wäre ich dankbar für eine Mitteilung des Wortlautes der Ausführungen *Joffes* zu Punkt III der russischen Vorschläge⁵⁾, auf die sich *Trockij* in seiner Rede bezieht, damit ich auch diese den Parteiführern vorlesen kann.

Zu erwägen ist noch, ob wir nicht nachträglich, ehe die Meldungen aus dem neutralen Auslande kommen, den vollen Wortlaut der *Trockijschen* Rede in der *Norddeutschen* veröffentlichen. Nicht zu verkennen dabei ist allerdings, daß die Rede unseren sozialistischen Parteien und den rechtsstehenden Gegnern unserer Politik Rußland gegenüber (*Bernhard* und *Hoetzsch*⁶⁾) außerordentlich wirksame Angriffswaffen liefert. Ob unsere Position den Russen gegenüber in Brest eine so feste ist, daß wir diesen Ansturm ohne Gefährdung der Verhandlungen werden aushalten können, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Veröffentlichen wir die Rede, so kämpfen wir aber wenigstens mit offenem Visier und vermeiden den doppelten Vorwurf, daß wir nicht nur den Russen gegenüber, sondern auch unserem eigenen Volke gegenüber eine Politik der Winkelzüge und des Vertuschens treiben.

Für eine möglichst umgehende Weisung wäre ich besonders dankbar, zumal schon jetzt in West-Deutschland, wo der Zensurapparat nicht so lückenlos funktioniert, wie hier, Depeschen aus England über die *Trockijsche* Rede eintreffen.

v. dem Bussche.

¹⁾ Ungekürzter Text der Ausführungen *Trockijs* in Nr. 181.

²⁾ Protokoll der Sitzung vom 27. 12. 1917 in Nr. 116.

³⁾ *Georg Bernhard*, Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*.

⁴⁾ *Vossische Zeitung*, eigentl. *Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen* (freisinnig).

⁵⁾ Vgl. Nr. 97, 106.

⁶⁾ Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Berlin; vgl. oben S. XVIII, Anm. 33. Während des Krieges schrieb er u. a. *Der Krieg und die große Politik*, 3 Bde. (1917, 1918).

184.

12. 1. 1918: Artikel des Grafen Andrassy über eine deutsch-englische Aussöhnung

Der Weltkrieg 2 Geh., Bd. 56. Botschafter Graf v. Wedel an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 27. Abgeg. Wien, 12. 1. 1918, 10.55 vorm., angek. 13. 1. 1918, 9.50 vorm.

Wie die *Neue Freie Presse* meldet, veröffentlicht Graf Julius Andrassy in der in der Schweiz erscheinenden *Revue Politique Internationale* eine Antwort an Lord Lansdowne.¹⁾ Er richtet darin an die Engländer die Aufforderung, die Initiative zu allgemeinen Verhandlungen für einen Versöhnungsfrieden zu ergreifen. Die englische Regierung sollte im Verein mit Österreich-Ungarn, das glücklich wäre, die Rolle eines ehrlichen Maklers zwischen Deutschland und den Westmächten, insbesondere England zu spielen, die Grundlagen eines neuen europäischen Gleichgewichts suchen²⁾, was leicht wäre, wenn Entente ihren intransigenten Standpunkt aufgeben wollte. Österreich-Ungarn bewahre unerschütterliche Bundestreue, wünsche dabei einen „weißen Frieden“, begnüge sich mit einigen kleinen Grenzberichtigungen, so am Lovćen und in den Karpathen.³⁾ Graf Andrassy überläßt den Polen die Bestimmung ihrer zukünftigen Regierung, schlägt aber einen österreichisch-ungarisch-polnischen Block vor, der in sich die kräftigste Friedensbürgschaft böte, da die polnischen Sympathien für Frankreich und England eine maßgebende Rolle bei einer Versöhnung zwischen Deutschland und den Westmächten spielen würden.⁴⁾ Auch die Mittelmächte sollten die Waffenruhe an der Ostfront im Interesse des Weltfriedens ausnützen, da ein Plan zur Zertrümmerung Englands gefährlich wäre und neue Kriege hervorrufen würde. Dagegen gäbe es nur die Formel der gegenseitigen Einschränkung der Rüstungen und Schaffung eines obligatorischen Schiedsgerichtes. Aber noch wichtiger als diese Formel wäre eine Aussöhnung zwischen England und Deutschland⁵⁾, ohne die keine Ruhe in Europa denkbar sei.⁶⁾

Wedel.

¹⁾ Dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Der alte Andrassy dreht sich über dem Blech im Grabe um!“

²⁾ Von „mit“ bis „suchen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Danke sehr! brauche keinen! Geht von allein! mit dem Schwert! Davor bewahre uns der Himmel! hat ja grade den Krieg entfesselt. sancta simplicitas!“

³⁾ In gleicher Höhe am Rande dazu senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „wii nicht!“

⁴⁾ Von „polnischen“ bis „würden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „Quatsch!“

⁵⁾ Von „diese“ bis „Deutschland“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „Rindsviech!“

⁶⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Der Herr sollte doch zu Dr. Binzwanger nach Constanz gehen! There is a tile off this man's roof!“ — Dr. Binzwanger: es handelt sich offenbar um den leitenden Arzt des Sanatoriums Bellevue, Kreuzlingen (Schweiz), Hauptstraße 14. In diesem Sanatorium fanden vornehmlich Kranke aus den Herrscherhäusern Aufnahme. — Engl. Zitat sinngemäß etwa: „Der Mann ist ja nicht ganz richtig im Kopf“. — Zu den Gedanken *Andrassy's* vgl. auch Nr. 177.

185.

**12. 1. 1918: Telegramm Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an
General Hoffmann**

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 9. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 93. Brest-Litowsk, 12. 1. 1918, angek. 13. 1. 1918, 2.45 vorm. Aktenvermerk am Schluß des Dokumentes: „Original i. A. Weltkrieg 20 d. Nr. 1a“.

General *Hoffmann* teilt mir folgendes Telegramm des Generalfeldmarschalls *v. Hindenburg* mit:

„Die Lage in Estland und Livland ist noch immer nicht geändert. Sie wird durch folgendes an mich gelangtes Telegramm gekennzeichnet: ‚Nach neuerdings eingelaufenen Nachrichten sind die Privatgüter den Landlosen übergeben, ist der städtische Hausbesitz verstaatlicht, das Wirtschaftsinventar konfisziert worden. Die Vorräte werden vernichtet oder eingezogen, das bare Vermögen in den Banken wird konfisziert. Da der Besitz sich vorwiegend in deutschen Händen befindet, richten sich diese Maßnahmen besonders gegen die deutsche Bevölkerung, wenn auch nationale Motive dabei keine Rolle spielen. Alle Justizbehörden sind aufgehoben, an ihre Stelle Revolutionstribunale eingeführt, welche sich nach den Gesetzen nicht zu richten brauchen. Die deutsche Bevölkerung ist dem Ruin und dem Hunger preisgegeben, ihr Leben in größter Gefahr.‘ Wenn nicht bald etwas geschieht, ist die völlige Vernichtung des Deutschtums zu erwarten. Treten wir nicht sofort für unsere schwer bedrohten Landsleute ein, wie es die Würde unseres Vaterlandes verlangt, so können wir uns nicht wundern, wenn der englische Einfluß in den baltischen Landen an Boden gewinnt. Ich bitte daher, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes erneut anheimzugeben, daß er von den Russen sofortige Maßnahmen fordert, die den Schutz der Deutschen in den Ostseeprovinzen gewährleisten. Nr. 26386 P.“

Die gewünschte Verwendung für die deutschen Elemente in Estland und Livland wird dadurch erschwert, daß es sich staatsrechtlich nicht um Reichsangehörige, sondern um russische Staatsangehörige handelt. Nach internationalen Begriffen fehlt uns eine Handhabe zu fordern, daß die in Rußland nun einmal geltenden kommunistischen Gesetze auf Russen deutscher Abstammung nicht angewandt werden dürfen. Gleichwohl werde ich nicht verfehlen, bei nächster sich bietender Gelegenheit der russischen Delegation gegenüber für die Esten und Livländer einzutreten.

v. Kühlmann

186.

**12. 1. 1918: Legationssekretär Graf v. Schwerin (Dresden) an
Reichskanzler Graf v. Hertling**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 3. Kopf des Schreibens: „Königlich Preußische Gesandtschaft Nr. 7. 1 Anlage“. Am Schluß des Schreibens Vermerk: „Inhalt: betr. Kundgebung des Königs und der sächsischen Regierung zur Gestaltung des Friedens“.

Die offizielle *Sächsische Staatszeitung* veröffentlicht an der Spitze ihrer Nummer vom 10. d. M. nachstehende Bekanntmachung:

„Seine Majestät der König hat aus einer großen Anzahl sächsischer Ortschaften telegraphische Kundgebungen erhalten, die schwere Sorgen der Bevölkerung um die Gestaltung unseres Friedens und die Zukunft unseres Vaterlandes zum Ausdruck bringen.

Seine Majestät der König ist nicht in der Lage, auf diese Kundgebungen einzeln zu antworten und hat mich beauftragt, den Absendern für den Beweis treuer vaterländischer Gesinnung und das Vertrauen zu Sr. Majestät Allerhöchst seinen Dank auszusprechen.

Seine Majestät hat die feste Zuversicht, daß seine Majestät der Kaiser, gestützt auf die ungeschwächte Kraft unseres Heeres, nur einem solchen Frieden seine Zustimmung geben wird, der die freie Entwicklung und das friedliche Gedeihen unseres deutschen Vaterlandes gegen alle ferneren Angriffe sicherstellt.

*Graf Vitzthum v. Eckstädt*¹⁾
Staatsminister.“

Dieselbe stimmt wörtlich mit dem Telegramm seiner Majestät des Königs an die Ortsgruppe Vogtland des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden überein, den ich mit Bericht vom 10. d. M. — Nr. 4 — vorzulegen nicht verfehlt habe.

Telegramme und Bekanntmachung werden von sozialdemokratischer Seite aufs schärfste verurteilt und als eine Kundgebung gegen die von der Reichsregierung verfolgte Friedensarbeit und gegen die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit gekennzeichnet. Zwei Artikel der *Dresdner Volkszeitung* füge ich gehorsamst bei.

Es ist die alte Geschichte: Jeder Pressebengel darf schreiben, was er will, wenn aber ein deutscher Monarch und sein Minister der Weisheit der sakrosankten Reichstagsmehrheit nicht voll beizupflichten scheinen, so ist dies eine „Kundgebung unerhörter Art“. Dabei wird geschickterweise verschwiegen, daß der Hinweis auf die „ungeschwächte Kraft unseres Heeres“ vollinhaltlich mit den Worten Euerer Exzellenz vom 4. d. M. „wir stützen uns auf unsere Machtstellung“ übereinstimmt²⁾: die Erwartung einer Sicherstellung der freien Entwicklung und des friedlichen Gedeihens unseres Vaterlandes wird ausgelegt als eine Förderung derjenigen Kreise, die im Annexionstaumel die unmöglichsten Kriegsforderungen aufstellten.

*Schwerin.*³⁾

¹⁾ *Christoph Graf Vitzthum v. Eckstädt*, kgl. sächsischer Minister des Innern und Äußern 1909—1918.

²⁾ Vgl. Schultheß, 34. Jg. 1918, I, S. 2 (3.—11. Jan. Reichstag Hauptausschuß, Friedensverhandlungen mit Rußland): „Wir stützen uns auf unsere Machtstellung, unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht“.

³⁾ *Eberhard Graf v. Schwerin*.

187.

12. 1. 1918: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 91. Abgeg. Brest-Litowsk, 13. 1. 1918, 1.00 vorm., angek. 13. 1. 1918, 2.45 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der zur Regelung der territorialen und politischen Fragen gebildeten Kommission bestehend aus Vertretern Deutschlands, Österreich-Ungarns, Rußlands und der Ukraine vom 12. Januar 1918“. — Randbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Vorsitzender Staatssekretär *v. Kühlmann* eröffnet um 4 Uhr 5 Minuten die Sitzung.

Staatssekretär *v. Kühlmann*: Meine Herren! Wir wollen die gestern unterbrochenen Besprechungen wieder aufnehmen. Um das Wort hat gebeten der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation, *Graf Czernin*.

Minister des Äußern *Graf Czernin*: Ich möchte, meine Herren, nur zwei kurze Worte sprechen und auf eine Anregung zurückkommen, die neulich bei Beginn der Verhandlungen bereits vom Herrn Staatssekretär gestreift worden ist. Es ist vom Herrn Staatssekretär neulich die Anregung gestellt worden, ob nicht gleichzeitig mit der hiesigen Kommission Kommissionen beraten sollten, welche in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung die Situation zu klären versuchen. Ich nehme diesen Vorschlag neuerdings auf, weil er meiner Ansicht nach gewisse große Vorteile und absolut keine Nachteile bietet. Es sind für mich nur zwei Fälle möglich: Entweder wir kommen hier zu einem Resultat, dann werden die Vorarbeiten auf diesen anderen Gebieten uns den großen Vorteil geben, daß wir rascher die Arbeiten total beendigen können, und dann werden wir alle mit diesem Vorsprung zufrieden sein, oder wir kommen zu keinem Resultat, die Verhandlungen zerschlagen sich, dann werden die Arbeiten dieser Kommissionen eben überflüssig, was kein allzu großes Unglück ist, sie werden nicht mehr und nicht weniger überflüssig wie die ganze Arbeit, die auch wir gemacht haben. Ich wäre dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation sehr dankbar um eine Antwort, ob er geneigt wäre, auf diese von mir gegebene Anregung einzugehen.

Herr *Trockij*: Ich habe schon voriges Mal gesagt, daß wir uns in vollem Umfange diesem Vorschlag anschließen, und wir erwarten am heutigen Abend das Eintreffen derjenigen Personen, die für die erwähnten Arbeiten notwendig sind. Wie ich bereits erwähnt hatte, sind wir in beschränkter Anzahl hier eingetroffen, da wir erwarteten, daß die Verhandlungen auf einen anderen Ort verlegt würden.¹⁾

Minister des Äußern *Graf Czernin*: Ich danke dem Herrn Präsidenten für die Aufklärungen, die mich befriedigt haben.

Staatssekretär *v. Kühlmann*: Ich möchte dann die Herren einladen, in der Diskussion derjenigen Punkte fortzufahren, welche uns während der beiden gestrigen Sitzungen beschäftigt haben. Über verschiedenes, z. B. über die in

¹⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II.: „Aha!“

unserem Artikel I behandelten Materien, ist durch die gestrige Diskussion Klarheit und — von einem Detailpunkt abgesehen — auch Übereinstimmung geschaffen worden. Über das Hauptthema ist in vielen Punkten Klarheit verbreitet worden; es muß über dieselben meiner Ansicht nach noch verhandelt werden, um diese Klärung fortzuführen, und es liegt in der Natur der Sache, daß sich die Diskussion vielfach auf einem anscheinend theoretischen Gebiete bewegen muß, welche aber — soweit es an mir liegt — sich niemals in das theoretisch Uferlose verlieren, sondern immer ihr praktisch-politisches Endziel im Auge behalten soll.²⁾ Unsere Diskussion hat sich gestern nachmittags hauptsächlich mit der Frage befaßt, in welchem Augenblicke die Staatspersönlichkeit eines neugebildeten Staates als entstanden gelten kann und durch welche Organe die neuentstandene Staatspersönlichkeit ihren Willen zum Sein und zu handeln der Außenwelt in international gültiger Weise mitteilen kann. Wir haben vor allem der Anschauung Ausdruck gegeben, daß die an der Westgrenze des ehemaligen russischen Reiches wohnenden Völkerschaften bereits in einer für uns maßgebenden Weise den Willen, Völker zu sein, kundgegeben haben. Auf eine vom Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation gegebene Anregung hin haben wir auch den Gedanken für vollkommen diskutierbar erklärt, ob und unter welchen Bedingungen diese neuen Staaten an den Friedensverhandlungen beteiligt werden könnten. Wir sind aber bis zur Stunde durch die russische Delegation noch nicht aufgeklärt worden, ob ihrer Ansicht nach diese Staaten als selbständige Rechtspersönlichkeiten bereits bestehen, mithin ob sie, um einen von der russischen Delegation gebrauchten Ausdruck zu wiederholen, als Subjekt an der Diskussion sich bereits beteiligen können oder ob sie bis auf weiteres nur als Objekt der Staatskunst betrachtet werden sollen. Unser Standpunkt in dieser Frage ist von mir bereits erschöpfend beleuchtet worden, ich wäre aber dankbar, wenn auch von seiten der russischen Delegation diese Frage in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise beantwortet werden könnte.

Herr **Trockij**: Ich bitte, meinem Kollegen *Kamenev* das Wort zu erteilen.

Herr **Kamenev**: Die bisher stattgehabten Debatten haben Meinungsverschiedenheiten zu Tage gefördert, welche für die Zukunft eine große Bedeutung haben könnten. Eine genaue Analyse dieser Meinungsverschiedenheiten, die wir in der letzten Arbeitspause unternommen haben, hat uns zu der Überzeugung geführt, daß zur Vermeidung jedes überflüssigen Mißverständnisses und nicht wünschenswerter Komplikationen es notwendig wäre, die Methode unserer Arbeit gewissen Änderungen zu unterziehen. Wir haben daher die Ehre, folgenden Vorschlag zu machen, der zum Zwecke hat, die gegenseitigen Meinungen genau festzulegen und zur Bestimmung des weiteren Ganges der Kommissionsverhandlungen [zu dienen]. Nachdem in zwei Sitzungen die Frage vom Geschehe der okkupierten Gebiete einer theoretischen Besprechung unterworfen wurde, hält es die russische Delegation für unumgänglich, daß beide Seiten eine schriftliche Zusammenfassung ihrer während der Diskussion entwickelten Auffassung darlegen, damit die

²⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Na? na?“ — Die Worte „mir“ und „theoretisch Uferlose“ von derselben Hand unterstrichen.

Regierungen und die öffentliche Meinung in den Besitz exakter Formulierungen gesetzt werden und sich klare Rechenschaft geben können sowohl von den grundsätzlichen Ausgangspunkten wie von den praktischen Vorschlägen der beiden Staaten. In Ausführung dessen erklärt die russische Delegation aus Anlaß des § II des deutschen Vorschlages vom 28. Dezember 1917, daß sie nicht in der Lage ist, als Ausdruck des Volkswillens der okkupierten Gebiete, die der genannte Paragraph behandelt, die Erklärungen anzuerkennen, die von dieser oder jener sozialen Gruppe oder Einrichtung gemacht worden sind, inwieweit diese Erklärungen unter dem Regime der fremden Okkupation erfolgten und von Organen ausgingen, deren Rechte nicht von der Volkswahl herrühren, und die überhaupt ihr Leben in dem Rahmen fristen, der den Plänen der militärischen Okkupationsbehörden nicht widerspricht. Die Delegation stellt fest, daß während der Okkupation nirgends weder in Polen noch Litauen noch in Kurland irgendwelche demokratisch gewählten Organe weder gebildet werden konnten³⁾ noch existieren, die mit irgendwelchem Rechte darauf Anspruch erheben könnten, als Ausdruck des Willens breiter Kreise der Bevölkerung zu gelten.

Das oben Gesagte bezieht sich auf die formelle Seite der Frage, d. h. auf die Anerkennung oder Nichtanerkennung der genannten Organe als bevollmächtigte Vertreter des Volkswillens. Was aber das Wesen der Erklärung über das Streben zur vollen staatlichen Unabhängigkeit anbetrifft, auf die sich der § II der deutschen Vorschläge bezieht, so erklärt die russische Delegation:

1) Aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereich des früheren russischen Kaiserreiches zieht die russische Regierung keine Schlüsse, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden. Die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk⁴⁾, sind zusammen mit dem Zarismus verschwunden. Die neuen Grenzen des brüderlichen Bundes der Völker, die außerhalb ihres Rahmens bleiben wollen, müssen gebildet werden durch einen freien Entschluß der entsprechenden Völker.⁵⁾

2) Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin, um in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete in dem Namen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung⁶⁾, der inneren Staatseinrichtung und internationalen Lage der

³⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Dagegen Estland, wo dieses Organ von den Bolschewikis per Bajonett gesprengt worden ist!“

⁴⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Vive la Pologne!“ — Die Worte „die Grenzen“, „Gewalttaten und Verbrechen“, „gegen das polnische Volk“ sowie von „sind“ bis „verschwunden“ von derselben Hand unterstrichen.

⁵⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rande Bemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Wie in Estland!“ — Die Worte „freien Entschluß“ von derselben Hand unterstrichen.

⁶⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rande Bemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Wenn die russische Regierung die Länder als nicht mehr zu Rußland gehörig betrachtet — zumal

genannten Gebiete⁷⁾, dann wird sich die russische Republik gesichert fühlen vor dem Hineinzerren in irgendwelche territorialen Streitigkeiten und Konflikte, wenn sie überzeugt sein wird, daß die Linie, die sie von ihren Nachbarn trennt, gebildet wurde durch den freien Willen der Völker selbst und nicht durch die Gewalt von oben, die nur für kurze Zeit diesen Willen unterdrücken könnte.⁸⁾

3) Die so verstandene Aufgabe setzt voraus die vorhergehende Verständigung Deutschlands und Österreich-Ungarns von der einen, Rußlands von der anderen Seite über vier Hauptpunkte: in bezug auf den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung berufen sein wird, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben; in bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, bei welchen die Lösung der Frage von den staatlichen Geschicken der entsprechenden Territorien und Nationen vollzogen werden soll; in bezug auf das Übergangsregime, das bis zum Moment der endgültigen staatlichen Konstituierung dieser Gebiete bestehen soll; in bezug auf die Art und Form, in der die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen kundzugeben haben wird. Die Gesamtheit der Antworten auf diese Fragen bilden die Paragraphen des Friedensvertrages, die den Paragraph II des deutschen Vorschlages vom 28. Dezember 1917 ersetzen sollen.

Die russische Delegation schlägt ihrerseits folgende Lösung dieser Fragen vor:

ad 1) Das Territorium, das Selbstbestimmungsrecht steht den Nationen und nicht ihren Teilen zu, die okkupiert worden sind, wie es der Paragraph II des deutschen Vertrages vom 28. Dezember vorsieht. Dementsprechend gibt die russische Regierung aus eigener Initiative das Recht der gleichzeitigen Selbstbestimmungen auch diesen Teilen der genannten Nationen, die außerhalb der Besetzungszone leben. Rußland verpflichtet sich, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder der anderen Staatsform zu nötigen⁹⁾, ihre Selbständigkeit durch keine Zoll- oder Militär-Konventionen zu beengen, die vor der endgültigen Konstituierung dieser Gebiete auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes dieser Nationen geschlossen würden. Die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns bestätigen ihrerseits kategorisch das Fehlen irgendwelcher Ansprüche auf die Einverleibung in das Territorium Deutschlands und Österreich-Ungarns der Gebiete des früheren russischen Kaiserreiches¹⁰⁾, die jetzt von den Heeren Deutschlands oder Österreich-Ungarns okkupiert worden sind, auf die sogenannten Grenzkorrekturen auf Kosten dieser Gebiete. Gleich-

die in Feindesgewalt sind — dann hat sie mit deren inneren freien Entwicklung nichts mehr zu tun! Das muß sie den Ländern überlassen!“ — Die Worte „Grundaufgabe“, „zwangsweise Verbleiben“, „verteidigen“, „der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung“ von derselben Hand unterstrichen.

⁷⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rande Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Das tut sie nicht! Und wie sie handelt, hat sie eben in Estland gezeigt!“

⁸⁾ Dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Siehe Estland!“ — Die Worte „nicht durch die Gewalt von oben“ von derselben Hand unterstrichen.

⁹⁾ Dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Estland!“

¹⁰⁾ Dazu Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Quatsch! Wir haben sie durch Sieg eben genommen! Weil Rußland sie verloren hat!“ Die Worte von „kategorisch“ bis „Ansprüche“ von derselben Hand unterstrichen.

zeitig verpflichten sie sich, diese Gebiete nicht, weder direkt noch indirekt, zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, ihre Unabhängigkeit nicht durch irgendwelche Zoll- oder Militärkonventionen zu beengen, die geschlossen würden vor der endgültigen Konstituierung dieser Gebiete auf Grund des politischen Selbstbestimmungsrechtes der sie bevölkernden Nationen. Die Lösung der Frage über die Geschicke der sich selbst bestimmenden Gebiete muß unter der Bedingung der vollen politischen Freiheit und des Fehlens jedes äußeren Druckes stattfinden. Deshalb soll die Abstimmung nach Rücknahme der fremden Heere und Rückkehr der Flüchtlinge und der vom Anfang des Krieges evakuierten Bevölkerung stattfinden.¹¹⁾ Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Heere wird durch eine besondere Kommission bestimmt entsprechend der Lage der Transportmittel, der Ernährung und anderer Fragen, die im Zusammenhang mit den Bedingungen des noch nicht beendigten Weltkrieges stehen. Der Schutz der Ordnung und Rechte der im Prozeß der Selbstbestimmung sich befindenden Gebiete liegt den nationalen Heeren und der lokalen Miliz ob.¹²⁾ Den Flüchtlingen und den durch die Okkupationsbehörden seit Anfang des Krieges Evakuierten wird die volle Freiheit und materielle Möglichkeit der Rückkehr gegeben.

ad 3) Vom Moment der Unterzeichnung des Friedens und der endgültigen staatlichen Konstituierung der genannten Gebiete geht ihre innere Verwaltung, die Leitung der lokalen Angelegenheiten, Finanzen usw. in die Hände eines temporären Organs über, das durch Verständigung der politischen Parteien¹³⁾, die ihre Lebensfähigkeit inmitten ihres Volkes vor und während des Krieges bewiesen haben. Die Hauptaufgabe dieser temporären Organe besteht gleichzeitig mit der Aufrechterhaltung des normalen Laufes des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens auch in der Organisation der Volksbefragung.¹⁴⁾

ad 4) Die endgültige Lösung der Frage von der Staatslage der Gebiete, um die es sich handelt, und von der Form ihrer Staatseinrichtung wird durch das allgemeine Referendum erfolgen.

Zwecks Beschleunigung der Arbeiten der Friedenskonferenz hält die russische Delegation es für außerordentlich wichtig, von der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation eine vollkommen exakte Antwort auf alle die Fragen zu erhalten, die in dieser Erklärung aufgeworfen worden sind.¹⁵⁾ Was andere klei-

¹¹⁾ Dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Blech!“

¹²⁾ Dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „gibt es nicht!“ — Die Worte „nationalen Heeren“ und „lokalen Miliz“ von derselben Hand unterstrichen.

¹³⁾ Dazu Ausrufungszeichen am Rande in gleicher Höhe und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Bolschewiki! Sozis!“ — Die Worte „politischen Parteien“, „ihre Lebensfähigkeit“ von derselben Hand unterstrichen.

¹⁴⁾ Dazu Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* in gleicher Höhe: „Wie in Estland!“ — Die Worte „Organisation der Volksbefragung“ von derselben Hand unterstrichen. Darunter weitere Randbemerkung des Kaisers: „All den Quatsch haben sie ja noch hundertmal ... [Text durch Verlöschen unleserlich].“ — Die Worte „Organisation der Volksbefragung“ von derselben Hand unterstrichen.

¹⁵⁾ Dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* in gleicher Höhe: „Unannehmbar! Wir sind die Sieger und werden in den Teilen befehlen!“ — Die Worte „exakte Antwort“ von derselben Hand unterstrichen.

nere Fragen betrifft, so könnten sie dahin behandelt werden, daß sie im Zusammenhang mit der genauen Antwort auf diese Punkte beantwortet werden.

General Hoffmann: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren.¹⁶⁾ Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande ständen und Bedingungen diktieren könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind. Das siegreiche deutsche Heer steht in ihrem Gebiet.¹⁷⁾

Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfang fordert, wie es ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet.¹⁸⁾ Ihre Regierung ist begründet lediglich auf Macht, und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden Andersdenkenden unterdrückt.¹⁹⁾ Jeder Andersdenkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois vogelfrei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erhärten.

In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember wurde der erste weißrussische Kongreß in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximalisten durch Bajonett und Maschinengewehre auseinandergejagt. Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und versuchte, die Erzwingung ihres Willens mit Waffengewalt durchzusetzen. So viel aus den mir vorliegenden Funksprüchen hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange. So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die maximalistische Regierung in der Praxis dar.²⁰⁾

Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.²¹⁾ Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsch der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben.²²⁾ Von den wichtigsten Beschlüssen der Bevölkerung möchte ich folgende hervorheben:

¹⁶⁾ Dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „bravo!“

¹⁷⁾ Dazu senkrechter Strich am Rande in gleicher Höhe und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Au Madame! dat is mal so!“

¹⁸⁾ Dazu Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* in gleicher Höhe: „richtig!“ — Die Worte von „wie“ bis „anwendet“ von der gleichen Hand unterstrichen.

¹⁹⁾ Dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* in gleicher Höhe: „siehe Estland!“ — Die Worte „auf Macht“, von „mit“ bis „unterdrückt“, „Andersdenkende“ und „Gegenrevolutionär und Bourgeois vogelfrei“ von derselben Hand unterstrichen.

²⁰⁾ Dazu senkrechte Striche am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* in gleicher Höhe: „richtig!“ — Die Worte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und „maximalistische Regierung in der Praxis“ von derselben Hand unterstrichen.

²¹⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „gut!“ — Die Worte von „Einmischung“ bis „ablehnen“ von derselben Hand unterstrichen.

²²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Anschauungen des Generals *Hoffmann* über den praktischen Sinn des Selbstbestimmungsrechtes in einer Unterredung mit dem Abgeordneten *Erzberger* am 2. I. 1918: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker könne er nur als Mittel der Loslösung der Völker von Rußland ansehen; Quellen I/II; S. 62.

Am 21. 9. 1917 erbat die kurländische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Kurlands bezeichnete, den Schutz des Deutschen Reiches.

Am 11. 12. 17 proklamierte der litauische Landesrat, der von den Litauern des In- und Anlandes als einzig bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben.

Am 27. Dezember sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diesem Antrage haben sich die Rigaer Kaufmannskammer, die große Gilde, die Vertreter der Landesbevölkerung sowie 70 Rigaer Vereine angeschlossen. Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der Ritterschaft der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Oesel, Dagoe und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgelöst.

Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen. Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtsschutzes, keine Eisenbahnen, keinen Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und in deutschem Betriebe. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder einer Miliz sind die Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.²³⁾

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich möchte hervorheben, daß es nicht möglich ist, auf die hier verlesene schriftliche Erklärung der russischen Delegation unsererseits jetzt irgendwie Stellung zu nehmen. Ich muß mir die weitere Stellungnahme in allen Punkten vorbehalten, möchte aber meiner persönlichen Ansicht darin Ausdruck geben, daß der von der russischen Delegation vorgeschlagene modus procedendi, nämlich daß die Delegationen sich gegenseitig formulierte Schriftstücke vorlegen, weder zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen wird, noch, besonders wenn die Schriftstücke dem uns heute vorgelegten entsprechen, im allergeringsten dazu beitragen wird, die Aussichten der Verhandlungen, die wir führen, in besonders rosigem Licht erscheinen zu lassen. Ich persönlich wäre der Ansicht gewesen, daß es zweckmäßiger war, in der gestern angefangenen Weise fortzufahren, bis der ganze Stoff durchgesprochen gewesen wäre, und dann nach Abschluß der gründlichen Durcharbeitung, wenn es nötig geschienen wäre, das Ergebnis der mündlichen Durcharbeitung schriftlich zu fixieren. Da aber die russische Delegation durch ihren heutigen Antrag sich auf einen anderen Boden stellt, schlage ich vor, zur Beratung unter den Bundesgenossen die Sitzung aufzuheben.

²³⁾ Diese Darlegungen des Generals *Hoffmann* sind als „Faustschlag“ von Brest-Litowsk bekannt geworden. Graf Czernin, S. 322, Tagebucheintragung v. 12. 1. 1918, urteilt: „*Hoffmann* hat seine unglückliche Rede gehalten. Seit Tagen laboriert er daran und war auf den Erfolg sehr stolz. *Kühlmann* und ich haben ihm nicht verhehlt, daß er nichts anderes damit erreicht, als das Hinterland gegen uns aufzuhetzen. Das hat einen gewissen Eindruck auf ihn gemacht, welcher jedoch durch das prompt eintreffende Lob *Ludendorffs* verwischt wurde. Die Situation ist jedenfalls verschärft, was überflüssig war.“ — Vgl. auch Quellen I/II, S. 91, Anm. 5.

Herr Trockij: Es ist selbstverständlich, daß es durchaus nicht unsere Absicht ist, die Technik der Verhandlungen zu erschweren; wenn die Gegenpartei sich auf den Standpunkt stellt, daß für das Vorbringen schriftlicher Formulierungen doch nicht der richtige Zeitpunkt ist, so würde unser heutiger Vorschlag zur Diskussion gestellt werden, und wir würden uns das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen zu unserer Deklaration als solcher oder zu einzelnen Teilen derselben zurückzukehren, ohne in irgendeiner Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behandlung der Angelegenheit aufzwingen zu wollen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen. Bei der Öffentlichkeit, in der sich unsere Verhandlungen vollziehen, würde das Vorhandensein schriftlich formulierter und ausgearbeiteter Vorschläge auf der einen Seite, denen von der anderen Seite keine entsprechende Gegenformulierung entgegengestellt wäre, durchaus unerwünscht sein. Ich muß deshalb an meiner Auffassung festhalten, daß vor irgendwelcher Stellungnahme meinerseits zu der neuen Lage eine erneute Beratung der Bundesgenossen nötig ist.

Dann beantrage ich, die Sitzung aufzuheben.²⁴⁾

(Schluß der Sitzung 5.15 Uhr.)

Kühlmann.

²⁴⁾ Dazu Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „*Hoffmann* hat sehr richtig und brillant geantwortet! So ist es und nach Meinen Befehlen wird es so bleiben! Die Bolschewiki haben sich damit abzufinden!“

188.

12. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Best-Litowsk) an
Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8. Telegramm. Nr. 8. Brest-Litowsk, 12. 1. 1918, angek. 13. 1. 1918, 1.25 vorm. Bezugsvermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 7“.¹⁾

Persönlich: Bei Durchsicht des Stenogramms scheint mir, um die ungünstigen Wirkungen der Erklärungen des Generals *Hoffmann* abzuschwächen, wohl möglich, sie so auszulegen, daß er ausgehend von den bereits erfolgten Willensäußerungen der Landesvertretung und unter Hinweis auf die von uns geschaffenen Einrichtungen, die Räumung aus verwaltungstechnischen Gründen für zur Zeit tatsächlich undurchführbar erklären wollte. Eine ausdrückliche Ablehnung der Räumung aus militärischen oder rein politischen Gründen ist nicht ausgesprochen.

Kühlmann.

¹⁾ Telegramm *Kühlmanns* an den Reichskanzler vom 12. 1. 1918. Bericht über kurze Sitzung der Deutschen, Österreicher und Russen. Anregung *Czernins*, besondere Kommissionen für Handels- und Rechtsfragen zu bilden. Zwiespalt zwischen Auswärtigem Amt und Politik der Militärs. Bestreben der Russen, die Vertreter der Mittelmächte als annexionistische Gewaltpolitiker hinzustellen. — Pol. Archiv, Rußland. Politisches Nr. 1.

V.

**Die Friedensverhandlungen bis zum Bruch
mit dem Führer der russischen Delegation Trockij
(13. 1. 1918—10. 2. 1918)**

13. I. 1918: Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10. Überschrift: „Für Direktor Deutelmoser“. — Anstreichungen im Text und am Rande, Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift und Rotstift.

Bitte darauf hinwirken, daß konservative und alldeutsche Presse möglichst wenig Aufhebens von gestriger Rede des Generals *Hoffmann* macht. Vielleicht würde so linker Presse erleichtert, gleichfalls Zurückhaltung zu üben. Eindruck innerer Zerfahrenheit und Zwiespalte zwischen politischer und militärischer Leitung¹⁾ kann hiesige Arbeit nur erschweren.

Gesamte Presse sollte darauf hinweisen, daß die russische Delegation nach der Verhandlungspause ihren Ton erheblich verschärft hat. Bezeichnend für den anmaßenden und unfriedfertigen Geist der Russen sei, daß *Trockij* den Passus des deutschen Vorschlages, wonach die Vertragsschließenden fortan in Frieden und Freundschaft leben wollen, als überflüssige dekorative²⁾ Phrase ablehnte.

In das gleiche Kapitel gehört die Form, in der *Trockij* die Anregung wegen Zuziehung polnischer, litauischer, kurländischer Vertreter vorbrachte. Während er erst Eingehen der Mittelmächte auf diese Anregung als selbstverständlich ausgeschlossen hinstellte, ließ er die Anregung unter den Tisch fallen, sobald er sah, daß die Mittelmächte darauf eingingen.³⁾

Rosenberg.

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch *Kühlmann* (Ausführungen) in der Besprechung mit den Fraktionsführern im Reichskanzlerpalais am 23. I. 1918 über das Verhältnis des Generals *Hoffmann* zur deutschen Delegation; Quellen I/II, S. 145: „... Ich kann nicht anders sagen, als daß das Zusammenarbeiten mit dem General *Hoffmann* vom 1. bis zum letzten Tage ein durchaus harmonisches und freundschaftliches gewesen ist. Es ist selbstverständlich, daß er nicht jedes Wort, das er im Laufe einer Debatte sagt, mit mir im einzelnen besprechen kann, und es ist selbstverständlich, daß der Feldsoldat manchmal im Tone etwas kerniger zugreift, als das bei uns an schwächere Kost gewöhnten Diplomaten üblich ist. Aber ich kann nicht anders sagen, als daß General *Hoffmann* während der ganzen Verhandlungen in der allerloyalsten und harmonischsten Weise mit uns zusammengearbeitet hat und auch durch seine gründliche Kenntnis der Russen und der Verhältnisse, soweit es an ihm lag, den Enderfolg zu fördern bestrebt gewesen ist“; dazu *Scheidemann*, ebenda S. 153: „... Aber wir haben doch aus den Äußerungen des Herrn Staatssekretärs bei aller Vorsicht und Zurückhaltung, die er angewandt hat, wohl entnehmen können, daß er nicht so ganz einverstanden gewesen ist mit dem, was der General *Hoffmann* gesagt hat. Der Herr Staatssekretär hat gesagt, man könne sich nicht immer über jedes Wort vorher verständigen, und der Soldat spreche eine deutlichere und andere Sprache usw. Ich bin der festen Überzeugung, daß uns das unter Umständen große Komplikationen bringen kann. Das Militär müßte aus den Verhandlungen unter allen Umständen ausscheiden. Man beruft sich sogar so oft auf den *Clausewitz'schen* Satz, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Danach ist das Militär ein Instrument zur Durchsetzung einer bestimmten Politik, und danach haben in dem Augenblick, wo die Waffen ruhen, auch die Herren Militärs zu schweigen, meine ich; dann müssen eben diejenigen in Aktion treten, die berufen sind, als diplomatische Vertreter ihres Landes zu sprechen und die Verhandlungen zu führen.“

²⁾ Von „fortan“ bis „Freundschaft“ und von „als“ bis „dekorative“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande von derselben Hand.

³⁾ Dazu Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Diesem Halunken muß gezeigt werden, daß uns gar nichts am Abschluß mit ihm liegt! Will er nicht! Raus mit ihm! Wir können warten! Es werden Andere Frieden machen! W.“

190.

13. 1. 1918: Sitzung der deutschen mit der ukrainischen Delegation

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 97. Brest-Litowsk, 13. 1. 1918, angek. 13. 1. 1918, 12.55 nachm. Überschrift: „Sofort. Baron Bussche im Original vorzulegen. Persönlich und vertraulich!“¹⁾ — Unterstreichungen im Text und Randbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

An heutiger vertraulicher Sitzung mit den Ukrainern nahm auf ukrainischen Wunsch nur Deutschland teil.

Veröffentlichung soll nicht erfolgen.

1. Die Ukrainer schnitten zunächst Cholmer Frage an; sie beanspruchen anscheinend fast das ganze Cholmer Gouvernement, jedenfalls große Teile davon bis südlich Bialystok, von wo die Grenze nach Osten umbiegen und bei Pinsk unsere Front überschreiten soll.²⁾

Staatssekretär erklärte, daß in erster Linie Österreich-Ungarn und Polen beteiligt seien, daß er jedoch gegen Diskussion der Frage nichts einzuwenden habe.³⁾

2. Die Ukrainer verlangen, daß den Stammesgenossen in Ostgalizien Möglichkeit geboten werde, ganz frei ihre Wünsche über ihre künftige Zugehörigkeit zur Monarchie, zu Polen oder zur Ukraine auszusprechen.⁴⁾

Staatssekretär wies dieses Verlangen als indiskutabel zurück, worauf die Ukrainer nichts weiter erwiderten.

3. Auf die Frage des Staatssekretärs, ob die Ukraine eventuell selbständig Frieden schließen wolle, erfolgte verklausulierte aber deutliche Bejahung für den Fall, daß annehmbare Grundlagen gefunden würden.

4. Auf Vorschlag des Staatssekretärs wurde die Bildung von drei Kommissionen⁵⁾ zur Beratung der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Friedensfrage beschlossen.

¹⁾ In gleicher Höhe Randbemerkung Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift: „Cela promet pour Czernin“.

²⁾ Einzelne Worte dieses Satzes von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen: „anscheinend fast das ganze Cholmer Gouvernement“, „bis südlich Bialystok“. Dazu Randbemerkung Kaiser *Wilhelms II.* in gleicher Höhe: „sie zeigen guten Appetit! Der 4geteilte König von Polen von neulich wird wohl bei dieser Nachricht ärztliche Hilfe beanspruchen!“

³⁾ Einzelne Worte dieses Satzes von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen: „Österreich-Ungarn“, „Polen“. Dazu Randbemerkung Kaiser *Wilhelms II.* in gleicher Höhe: „Ja! Beide werden ja hochofrennt sein!“ Daneben senkrechter Strich von derselben Hand.

⁴⁾ Dazu Randbemerkung Kaiser *Wilhelms II.* in gleicher Höhe: „Österreichs Angelegenheit!“ Daneben senkrechter Strich von derselben Hand.

⁵⁾ „drei Kommissionen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift unterstrichen; dazu Randbemerkung des Kaisers in gleicher Höhe: „was ist das? Begriff sehr dehnbar. Jedenfalls muß zielbewußt und fest aufgetreten werden und nutzloses und uferloses Debattieren eingeschränkt werden!“

Die politische Kommission unter Vorsitz des Staatssekretärs tritt heute um 6 Uhr zusammen, mit den Russen findet heute keine Sitzung statt.⁶⁾

v. Rosenberg.

⁶⁾ Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Man muß energisch mit Ukraine arbeiten und mit ihr Frieden zustandebringen! Falls mit Bolschewiki nichts erfolgt, haben wir mit Ukrainern Erfolg und das ist die Hauptsache. Es setzt den p. „unentwegten *Trockij*“ nebst Bande ins Unrecht und wird die Wut auch seiner Leute zumal der Soldateska sehr schnell gegen ihn entfesseln, die ihn entweder stürzt oder zum Frieden zwingt. Dann aber auch ist die Ukraine das Hauptversorgungszentrum Rußlands; macht das Frieden, ist der Norden und Westen machtlos; umsomehr, wenn wir mit Ukraine Sperre gegen Rußland machen! Das bringt mit Hungers Hilfe Petersburg zur Raison; und das muß doch Frieden machen. W.“

191.

13. 1. 1918: Unterstaatssekretär v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 8. Telegramm. Nr. 170. Eigenh. Konzept Bussches v. 13. 1. 1918.

S.M. der Kaiser, dem ich Telegramm Nr. 97¹⁾ vorgelegt habe, hat zu Punkt 3 und 4 bemerkt: „Jedenfalls muß zielbewußt und fest aufgetreten und nutzloses und uferloses Debattieren eingeschränkt werden.“ Ferner: „Man muß energisch mit der Ukraine arbeiten und mit ihr Frieden zustande bringen.“

v. dem Bussche.

¹⁾ Vgl. Nr. 190.

192.

13. 1. 1918: Sitzung der politischen Kommission mit den Ukrainern

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 101. Brest-Litowsk, 13. 1. 1918, angek. 13. 1. 1918, 11.15 nachm.

Erste Sitzung der politischen Kommission mit den Ukrainern hat heute abend unter Beteiligung des *Grafen Czernin* stattgefunden. Die Ukrainer bezeichnen als Ausgangspunkt der Verhandlungen Selbstbestimmungsrecht der Völker, allgemeiner demokratischer Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Als praktische Wünsche brachten sie vor:

Gouvernement Cholm und Selbstbestimmung für das Brudervolk in Galizien. Staatssekretär erwiderte: Annexionen und Kontributionen sollten in unserem Verhältnis zu Ukrainern keine Rolle spielen, die Herstellung eines dauerhaften Friedens sei unser Ziel. Zu den praktischen Wünschen äußerte sich Staatssekretär wie heute früh. *Graf Czernin* wies den Wunsch wegen der ostgalizischen Brüder als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Monarchie zurück.

Die Ukrainer legten sodann eine Karte¹⁾ vor, worin ihre Grenzwünsche eingezeichnet waren. Die Grenze verläuft von Norden nach Süden ungefähr in der Mitte zwischen Warschau und Brest-Litowsk, stellenweise noch näher an Warschau. Nördlich der Linie Pinsk—Brest-Litowsk—Biala wird ein ziemlich breiter Gebietsstreifen beansprucht, der Teile des Waldes von Bielowicze noch mit zu umfassen scheint. Wir erwiderten, was östlich des Bug und südlich der Linie Pinsk—Brest-Litowsk liege, werde von uns als unzweifelhaft ukrainisch anerkannt, nördlich Pinsk—Brest-Litowsk wohnten u. W. fast gar keine Ukrainer, wegen der westlich des Bug liegenden Gebiete müßten auch Vertreter der Polen gehört werden. Im Streitfall komme Volksabstimmung in Betracht, die natürlich erst nach Friedensschluß mit der Ukraine erfolgen könne. *Graf Czernin* betonte, daß nach seiner Meinung nicht nur ethnographische Gesichtspunkte, sondern auch historische berücksichtigt werden müßten. Wenn Polen sich für die Grenzen des alten Kongreßpolens ausspreche, sei die Frage mindestens kontrovers. Er müsse sich daher seine Stellungnahme vorbehalten.

Auf ukrainischen Wunsch wurden die Verhandlungen vertagt. Nächste Sitzung noch nicht angesetzt. Die Ukrainer suchen den Beginn der praktischen Arbeit in der wirtschaftlichen und rechtlichen Kommission hinauszuzögern, bis politische Kommission zur prinzipiellen Einigung gelangt ist.

Rosenberg.

¹⁾ Hierzu Karte: Cholmer Gebiet.

193.

13. 1. 1918: Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer (Brest-Litowsk) über die Sitzung mit den Ukrainern

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10. Überschrift: „G[e]horsame A[n]zeige“. Abgez. „B[ussche] 13. 1.“

In der Sitzung mit den Ukrainern, an der heute Nachmittag auch die Österreicher teilnahmen, wurden die territorialen Fragen besprochen.

Die Österreicher lehnten jede Diskussion über die ostgalizischen Gebiete als Einmischung in innerösterreichische Angelegenheiten strikte ab, sie erklärten, daß nicht nur die ethnographischen Grenzen maßgebend sein könnten, sondern auch den historisch gegebenen Verhältnissen Rechnung getragen werden müsse. Im übrigen behielten sie sich ihre Stellungnahme zu den territorialen Fragen völlig vor.

Die Ukrainer schlugen als Grenzen vor Nord-Süd-Linie ungefähr in der Mitte zwischen

Warschau und Brest-Litowsk.

Nördlich von Brest noch Teile des Bielowascher Waldes.

Es wurde ihnen gesagt, daß die Gebiete östlich von Brest wohl als ukrainisch angesprochen werden könnten.

Die Sitzung wurde daraufhin vertagt; eine neue Sitzung mit den Ukrainern oder mit den Russen ist bis jetzt nicht anberaunt.

Meyer. 13. 1.

194.

13. 1. 1918: Sitzung der deutschen mit der ukrainischen Delegation

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 103. Brest-Litowsk, 13. 1. 1918, angek. 14. 1. 1918, 2.05 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler, Berlin“. Links oben am Rande der ersten Seite Vermerk: „9 Exemplare an U.St.S. von Radowitz¹⁾ gegeben“. — Unterstreichungen im Text und Randbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift und Rotstift.

Heute hat keine Sitzung mit Russen stattgefunden. Vormittags wurde vertrauliche Besprechung deutscher Delegation mit Ukrainern auf ihren Wunsch abgehalten, über deren Verlauf sich näheres aus nachstehendem Stenogramm ergibt. Nachmittags trat umgebildete deutsch-österreichisch-ungarische-ukrainische Kommission zur Regelung politischer Angelegenheiten zusammen. Stenogramm über diese Sitzung, die gleichfalls vertraulichen Charakter trug, folgt später.

Allgemeine Besprechung.

Besprechung zwischen der deutschen und der ukrainischen Delegation am Sonntag, den 13. Januar 1918, vormittags 11 Uhr.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 3 Minuten durch den Staatssekretär v. Kühlmann eröffnet.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wir haben gestern mit den Herren der ukrainischen Delegation verabredet, daß wir uns heute treffen wollen und zwar zunächst zu einer Besprechung von Macht zu Macht zwischen der ukrainischen Delegation und der deutschen Delegation, und zwar sind wir dahin übereingekommen, daß die Sitzung einen vertraulichen Charakter haben soll, daß jeder den Inhalt der Sitzung seiner Regierung gegenüber verwenden kann, daß wir aber von irgendwelchen Veröffentlichungen in der Presse absehen wollen. Ist der Herr Vorsitzende der ukrainischen Delegation damit einverstanden?

Staatssekretär Holubovyč: Wir sind durchaus einverstanden mit dieser Stellung der Frage und haben es auch dahin aufgefaßt, daß die heutige Zusammenkunft dazu dienen soll, um einander genauer über die interessierenden Fragen zu informieren. Ohne den weiteren Gang der Verhandlungen dadurch vorbestimmen zu wollen, teilen wir auch die Auffassung, daß der Inhalt dieser heutigen Besprechung vertraulich ist, wobei wir uns unbedingt vorbehalten, sie in vollem Umfange unserer Regierung mitzuteilen, um von derselben nähere Informationen für den weiteren Gang der Verhandlungen zu erhalten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich bin damit einverstanden.

Staatssekretär Holubovyč: Bevor wir zum Wesen der Verhandlung vorgehen, möchte ich betonen, daß wir bei diesen Verhandlungen von unserem prinzipiellen Standpunkt bezüglich des nationalen Charakters ausgehen werden.

Staatssekretär v. Kühlmann: Will der Herr Vorsitzende uns jetzt gleich die Darlegungen geben, welche er dabei im Auge hat?

¹⁾ Wilhelm v. Radowitz, Unterstaatssekretär, Chef der Reichskanzlei November 1917 bis Oktober 1918; vgl. auch oben S. 72, Anm. 9.

Herr Sevrjuk: Wir möchten gleich die Vertreter der deutschen Delegation bekannt machen mit den Fragen, die uns in dem Augenblick interessieren. Wir wissen zwar, daß im Laufe einer einzigen Verhandlung alle Fragen nicht erschöpfend behandelt werden können, möchten aber versuchen, am heutigen Tage eine Skizze derselben zu geben.

Wie schon unser Herr Minister betont hat, bilden den Ausgangspunkt für unsere Ausführungen gewisse prinzipielle Fragen. Dieser prinzipielle Standpunkt war wiederholt von unserem Parlament, der Zentralrada, betont worden und auf denselben ist auch in unserer Note Bezug genommen worden. Infolge der Direktiven, die auch auf diese prinzipiellen Fragen aufgebaut sind, sind wir hier eingetroffen. Ich meine das Prinzip des allgemeinen demokratischen Friedens²⁾, wie es von der Zentralrada proklamiert worden ist. Wir treten ein für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Das ist der Ausgangspunkt für die Art und Weise, in welcher wir alle Fragen, die im Laufe der Friedensverhandlungen auftauchen können, verhandeln werden. Indem wir hier als selbständige Vertreter des ukrainischen Volkes erscheinen, sind wir der Ansicht, daß es zweckmäßig und richtig wäre, ausgehend von diesen prinzipiellen Fragen gerade diejenigen Probleme zu besprechen, die uns als Vertreter der Ukraine besonders angehen. Bereits in einer der früheren Sitzungen hatten wir Gelegenheit gehabt, von jenen Teilen des ukrainischen Gebietes zu sprechen, die von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen okkupiert sind. Wir sprachen damals von einem Teil unseres Gebietes, das stets zur Ukraine zu rechnen war und ein unbestreitbarer Teil des Besitzes der Ukraine ist. Bei derselben Gelegenheit erwähnten wir auch einen anderen Teil unseres besetzten Gebietes, aus welchem Anlaß ein längerer Streit sich entspann.

Staatssekretär v. Kühlmann: Streit zwischen wem?

Herr Sevrjuk: Mit unseren nordwestlichen slawischen Nachbarn. Es ist Ihnen wohl bekannt, und ich brauche hier nicht erst zu wiederholen, welche Streitigkeiten sich über diese Frage zwischen der Ukraine und dem russischen Parlament abgespielt haben. Es handelt sich dabei um das Gouvernement Cholm. Wir sind vorläufig in keiner Weise in der Lage, unsere Grenzen nach Nordwesten bestimmen zu können, wir nehmen aber an, daß es für die Vertreter Deutschlands nicht ohne Interesse sein wird, wenn wir in allgemeinen Umrissen unsere geplante Grenze nach Nordwesten kennzeichnen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Dazu müßten wir eine Karte haben, ich werde sie gleich holen lassen.

Staatssekretär Holubovyč: Während der eben entstandenen kurzen Pause möchte ich eine kleine Bemerkung machen. Ausgehend von den allgemeinen Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes möchte ich betonen, daß wir hier bevollmächtigt sind und nur die Aufgabe haben, darüber zu sprechen, was mit dem grundlegenden Recht, dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der Ukraine zusammenhängt, indem wir gleichzeitig unsere Aufmerksamkeit richten auf die

²⁾ Von „allgemeinen“ bis „Friedens“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand in gleicher Höhe: „Den Eingang spart! Er ist doch Quatsch!“

Art der Lösung der einschlägigen Fragen, wie sie Deutschland gegenüber Kurland, Estland und Livland getroffen hatten, wobei wir uns im großen und ganzen durch dieselbe praktische Methode leiten lassen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich habe den Herrn Vorredner in seiner letzten Darlegung nicht ganz klar verstanden. Wir wollen jetzt vielleicht die territorialen Darlegungen uns vortragen lassen. Es wird daher doch nötig sein, durch eine Reihe von Fragen und Antworten die verschiedenen Punkte, die noch nicht ganz klar sind, weiter zu klären.

Staatssekretär **Holubovyč**: Ich hatte gerade die Absicht, zusammen mit meinen Kameraden in der Folge diese Fragen näher zu besprechen gerade bezüglich der praktischen Methoden, die dort zur Durchführung gelangen.

Herr **Sevrjuk**: Unsere neue Grenze geht nach unserer Auffassung der Grenzlinie des neugebildeten Gouvernements Cholm entlang. Auf diesen Karten sind die Grenzlinien dieses Gouvernements noch nicht genau verzeichnet. Im allgemeinen fällt die hier verzeichnete Linie mit den Grenzen des Gouvernements zusammen, wobei möglicherweise einige kleinere Teile noch weggelassen sind. In groben Zügen können wir im allgemeinen den Verlauf unserer Grenze doch hier bezeichnen mit folgenden Namen: Entlang der Grenze des Gouvernements Cholm, Janov, Bielsk bis südlich Bialystok.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich denke, es wird am besten sein, wenn die Herren uns möglichst bald eine wenn auch rohe Kartenskizze geben.

General **Hoffmann**: Ich lasse eine Karte 1:500 000 kommen. Da können die Herren die Grenzen einzeichnen.

Herr **Sevrjuk**: Von südlich Bialystok würde diese Grenze weiter verlaufen nach Prushany zu Drohovicz. Auf dieser Linie verläuft heute die Frontlinie, so daß, was jenseits derselben sich befindet, für die deutschen Vertreter nicht solches Interesse hat.

Herr **Ljubynsjkyj**: Ich meine, daß wir vielleicht in den Debatten fortfahren können, und ich dann, wenn die anderen Karten gebracht werden, von unserer Karte aus auf die anderen die Grenzlinie übertragen kann.

Herr **Sevrjuk**: Wir hielten es gerade für notwendig, darauf hinzuweisen, da in den früheren Sitzungen bis zur Unterbrechung, soweit wir bisher die Gelegenheit gehabt haben, uns mit dem Inhalt der Protokolle bekannt zu machen, von dem Gebiet der Ukraine keine Rede gewesen ist und, wie uns Herr v. *Rosenberg* in durchaus befriedigender Weise auseinandergesetzt hat, ist dieses der Fall gewesen, weil bis dahin Vertreter der Ukraine hier noch nicht anwesend waren. Das ist in kurzen Zügen, was wir zu sagen hätten über den Verlauf der Grenze vor dem Kriege, und wie wir uns den Verlauf dieser Grenze nunmehr denken. Wir werden jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach uns nicht aufhalten bei den näheren Besprechungen über die Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes bezüglich dieser Gebiete und sind der Ansicht, daß dazu noch in der Zukunft genug Zeit vorhanden sein wird. Wir halten es nur für zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß in den Annalen unseres Parlamentes zahlreiche Dokumente vorhanden sind, die Beweis enthalten für die Bestrebungen der Bevölkerung dieser Gebiete, zur Ukraine zu gehören. Wir wissen zwar, daß dies noch

nicht als erschöpfende Kundgebung des Selbstbestimmungsrechtes dieser Bevölkerungsteile gelten kann, sind aber dennoch der Ansicht, daß sie bereits ausreichen, damit wir hier an diesem Verhandlungstische bereits Beratungen anstellen können über diese Landesteile. Das ist die Frage, die uns konkret interessiert als Vertreter der ukrainischen Volksrepublik bezüglich derjenigen Gebiete, die augenblicklich durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen besetzt sind.

Gestatten Sie mir, jetzt noch auf eine andere Frage einzugehen. Wir fühlen, daß jeder diese Frage gern an uns richten möchte, wir merken das auch aus der deutschen Presse und wir halten es nicht für überflüssig, diese Frage hier zu erwähnen. Wir halten es für notwendig, hier noch einmal zu erwähnen, daß wir auf dem Standpunkt des Friedens ohne Annexionen stehen, und mit voller Klarheit und Bestimmtheit müssen wir jeden Verdacht, der in dieser Richtung gegen uns laut wird, von uns weisen. Wir bedauern die Äußerungen in der deutschen Presse — um eine bestimmte Zeitung anzuführen, handelt es sich um den *Vorwärts*, der Bemerkungen an unsere Note knüpft und sagt, daß die Frage der Annexionen in derselben nicht klar genug zum Ausdruck gekommen ist und daß dadurch daher anscheinend *eo ipso* die Ukraine für Annexionen ist.

Nach dieser prinzipiellen Einleitung halten wir es für nötig, folgendes zu erklären. Durch das Schicksal der Geschichte ist unser Volk in zwei Teile auseinandergerissen worden. Für viele Völker ist das ein großes Leid gewesen. Ich glaube nicht, daß man das mit derselben Bestimmtheit auch für uns sagen kann. Wir halten es nicht für überflüssig zu betonen, daß die Teile des ukrainischen Volkes, die bisher zum Gebiete der österreichischen Monarchie gehörten, lange Zeit als der Ausgangspunkt unserer nationalen Wiedergeburt anzusehen waren, auf die das ukrainische Volk, das zum Territorium des früheren russischen Reiches gehörte, mit Neid blickte. Während wir national vollständig unterdrückt waren, lieferte uns das ukrainische Ostgalizien diejenige kulturelle Nahrung, die für uns dringend notwendig war. Nachdem wir daher jetzt bestimmte Formen der staatlichen Existenz erreicht haben, können wir gegenüber diesen Teilen des ukrainischen Volkes nicht gleichgültig bleiben. Wir wissen, daß die früher gezogenen Linien schon vor langer Zeit unser Volk in einzelne Teile geteilt haben. Wir haben hinlänglichen Grund zu der Annahme, daß das ukrainische Galizien in keiner Weise den Wunsch hat, unserem Reiche beizutreten, und wir erstreben dies auch nicht. Wir hätten nur den Wunsch, daß das Prinzip der Selbstbestimmung, welches wir in den Vordergrund stellen, auch auf die Bevölkerung des ukrainischen Galiziens zur Anwendung gebracht wird. Sie wissen natürlich, welche erbitterten und heftigen Kämpfe die ukrainische Bevölkerung Ostgaliziens gegen ihre Nachbarn führt, und wir können schon jetzt mit der größten Bestimmtheit sagen, daß dieses Ostgalizien in entschiedenster Weise sich gegen den Anschluß an seine langjährigen Feinde, an Polen, aussprechen wird, und daher wäre es jetzt hier für uns im Gespräch mit den Vertretern Deutschlands außerordentlich interessant, die Ansicht Deutschlands über diese Frage zu hören. Wir möchten gern hören, wie sich die Mittelmächte die Frage vorstellen, wie in dieser Richtung unsere nationalen Interessen zu sichern wären.

Zum Schluß möchte ich noch einmal wiederholen, daß wir noch einmal mit Bestimmtheit alle diejenigen Verdächtigungen von uns weisen, die gegen die Art, wie wir unsere Prinzipien vertreten, erhoben werden.

Staatssekretär **Holubovyč**: Ich möchte dazu noch hinzufügen, damit keinerlei falsche Auffassung der Worte meines Kollegen Platz greifen könnte, daß wir der Ansicht sind, daß Ostgalizien die Möglichkeit eingeräumt werden müßte, ganz frei und ganz bestimmt seine Ansicht, die uns bereits im großen und ganzen bekannt ist, auszusprechen, daß Ostgalizien die Möglichkeit gegeben werden müßte, sich frei und offen auszusprechen über seinen Wunsch, zu diesem oder zu jenem Staate zu gehören, d. h. zur Ukraine oder zum österreichisch-ungarischen Staate. Unsere persönliche Ansicht geht dahin, daß Ostgalizien durch so viele nationale und kulturelle Interessen verbunden ist, daß es gewissermaßen ein untrennbares Ganzes darstellt mit dem ukrainischen Volke.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Mir scheint, daß die ukrainische Delegation sich nicht klar ist über die Absichten und den Zweck unserer Unterhaltung.³⁾ Wir haben uns bisher mit Rußland im Kriege befunden, haben den Krieg auf Wunsch der russischen Vertretung, als welche das Bolschewiki-Ministerium uns gegenüber aufgetreten ist, zeitweilig durch Waffenstillstand unterbrochen und haben, gleichfalls auf Ansuchen der russischen Regierung, einen ernsten und aufrichtigen Versuch gemacht zu sehen, ob die Möglichkeit ist, einen Frieden abzuschließen. Während dieser Verhandlungen hat sich die ukrainische Delegation als Vertretung der selbständig gewordenen Ukraine an den Verhandlungen zu beteiligen gewünscht. Wir haben, wie den Herren bekannt, diesem Wunsche Rechnung getragen und sind bereit, nun darüber zu verhandeln, ob und in welcher Form mit der Ukraine Frieden geschlossen⁴⁾ werden kann.

Die Ukraine hat uns heute territoriale Wünsche vorgetragen, von denen die auf das Gouvernement Cholm sich beziehenden in erster Linie unseren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen und die Polen angehen, für die wir aber unter Umständen uns zu interessieren vermöchten, wenn die übrigen Vorbedingungen eines befriedigenden Friedenschlusses mit der Ukraine gegeben wären. Was die in bezug auf Galizien vorgebrachten Wünsche betrifft, so bin ich nicht beauftragt oder befugt, im Namen Österreich-Ungarns zu sprechen. Die Herren müssen sich darüber klar sein, daß jede Macht, heiße sie Rußland oder Ukraine, welche nicht die territoriale Integrität unserer Bundesgenossen als erste Voraussetzung jeder Verhandlung unbedingt annimmt, damit erklärt, daß sie nicht den Frieden, sondern die Fortsetzung des Krieges wünscht.⁵⁾ Ich habe so klar gesprochen, weil es gar keinen Zweck hat, die Zeit zu verlieren, wenn man sich über die Basen und wichtigsten Grundzüge der Verhandlung

³⁾ Von „nicht“ bis „Unterhaltung“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „richtig!“

⁴⁾ Die Worte „Frieden geschlossen“ (davon das Wort „Frieden“ zweimal) von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „richtig!“

⁵⁾ Von „territoriale“ bis „wünscht“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen, davon die Worte „sie nicht den Frieden“ und „Fortsetzung des Krieges“ doppelt. Dazu am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „gut!“

nicht klar ist. Jede territoriale Anforderung außerhalb der eben besprochenen Cholmer Grenze ist für uns vollkommen undiskutierbar.⁶⁾ Die Frage ist also, ob die Herren der ukrainischen Delegation beabsichtigen, uns praktische Vorschläge zu Friedensverhandlungen⁷⁾ zu machen. Ich bin bereit, sofort in derartige Verhandlungen einzugehen und werde Wert darauf legen, zu wissen, ob der Friedensschluß der Ukraine an den Friedensschluß der Petersburger Delegation gebunden ist oder ob die Ukraine ihr Schicksal selbständig in die Hand zu nehmen beabsichtigt.

Staatssekretär **Holubovyč**: Als Antwort auf die an mich gerichtete durchaus klare und scharfe Frage kann folgende Ausführung gelten. Die ukrainische Delegation ist hier eingetroffen, nachdem die selbständige Existenz der ukrainischen Volksrepublik proklamiert war. Soweit folglich die besprochenen Friedensgrundlagen für uns als daran interessierte Partei annehmbar erschienen, würde sich die Gelegenheit bieten, von uns aus als im Namen des unabhängigen ukrainischen Volkes zu verhandeln unabhängig von vorhergegangenen Verhandlungen oder Verabredungen mit irgendeiner anderen interessierten Seite. Ich glaube eine Antwort gegeben zu haben, die klar genug ist. Im weiteren kann die Frage praktisch sich so gestalten, und es ist möglich, daß, wenn die Bedingungen, die von der Gegenseite gestellt werden, daß nur darin eventuell eine Verzögerung eintreten könnte, um weitere Direktiven einzuholen, sei es, indem wir telegraphisch in Verbindung treten oder aber persönlich zur Einholung von Direktiven nach Hause reisen, um die Direktiven von der eigenen Regierung zu erhalten.

Staatssekretär **v. Kühlmann**: Wenn ich den Herrn Vorredner richtig verstanden habe — und ich glaube, er hat sich klar ausgedrückt —, so würde zwischen uns zu diskutieren sein ein Vertrag, welcher enthalten würde in seinem politischen Teil die Anerkennung der ukrainischen Republik, die Festlegung der von ihr beanspruchten Grenze, die Festlegung des Verfahrens, um die Grenze zu bestimmen, da, wo sie sich mit Ansprüchen anderer Völker im Gegensatz befindet, die Aussprache darüber, daß der Kriegszustand zwischen beiden Ländern beendet ist, daß die konsularischen und, wie es sich aus der Neugestaltung der Ukraine ergibt, auch diplomatischen Beziehungen aufgenommen werden, daß über die Wiederaufnahme der Rechtsbeziehungen und Handelsbeziehungen Abreden getroffen werden — kurz, daß alles getan wird, was sich aus dem Aufhören des Kriegszustandes logisch und naturnotwendig ergibt, und auch das, was nötig ist, um den friedlichen und normalen Verkehr möglichst bald wieder herzustellen. Wenn dieses Programm im ganzen den Absichten der ukrainischen Delegation entspricht, so würde ich vorschlagen, in eine Diskussion über die beste Art einzutreten, auf welche am schnellsten die vorläufige Redaktion der betreffenden Gedanken erfolgen könnte.

⁶⁾ Die Worte „vollkommen undiskutierbar“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand in gleicher Höhe: „gut!“

⁷⁾ Wort doppelt von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „richtig“.

Staatssekretär **Holubovyč**: Der Herr Staatssekretär hat uns durchaus richtig verstanden. Ich möchte nur um Aufklärung eines Punktes bitten, der vielleicht infolge der Übersetzung nicht klar war — der Herr Staatssekretär erwähnte vorhin „zwischen beiden Parteien“ — was dabei unter Parteien zu verstehen ist.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich sprach über beide Länder, weil ich im Augenblick zwischen Deutschland und der Ukraine verhandle. Bei der Art unseres Bündnisses ist es selbstverständlich, daß die Beendigung des Kriegszustandes gleichmäßig für alle vier Verbündeten eintreten muß.

Staatssekretär **Holubovyč**: Uns interessiert vor allem noch die Frage nach der wirtschaftlichen Seite dieser Verhandlungen. Ferner möchten wir eine Aufklärung haben über die Art der Verhandlungen. Werden wir diese Verhandlungen allein von uns aus mit Deutschland führen, das dann für seine anderen Bundesgenossen mit spricht, oder wird es notwendig sein, daß wir mit jedem der vier Bundesgenossen verhandeln?

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Nach dem bisher eingeschlagenen System sind die Verhandlungen mit jedem der Bundesgenossen einzeln geführt worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß die von uns vorbereiteten Vorschläge die vorhandenen Fragen so vollkommen decken, daß die Einzelverhandlungen mit den Bundesgenossen auf sehr kurze und in den meisten Fällen ziemlich formale Verhandlungen hinauslaufen werden. Was interessiert Sie besonders an den ökonomischen Fragen?

Staatssekretär **Holubovyč**: In erster Linie interessiert uns auf dem wirtschaftlichen Gebiete die Frage des Warenaustausches und seine Bedingungen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Es wird da verschiedene Möglichkeiten geben. Vor dem Kriege war unser Warenaustausch durch einen Handelsvertrag geregelt. Jetzt nach dem Kriege wird es sich in erster Linie darum handeln müssen, für eine gewisse Zeit ein provisorisches Stadium einzuführen. Es wird voraussichtlich einige Jahre dauern, bis beide Teile zur Verhandlung und zum Abschluß eines neuen Vertrages gelangt sein werden. Deswegen schiene uns das einfachste, für diese Übergangszeit den alten Handelsvertrag provisorisch wieder in Kraft zu setzen. Ich möchte aber hier in die Diskussion dieser immerhin zu den Detailfragen gehörigen Frage nicht eingehen, sondern wollte nur eben die Problemstellung und die von uns in erster Linie ins Auge gefaßte Lösung vortragen. Diese Frage bedarf natürlich einer eingehenden Diskussion.

Staatssekretär **Holubovyč**: Es war gerade auch unser Wunsch, nur ein allgemeines Bild von der wirtschaftlichen Seite der Frage zu erhalten, und es lag uns auch fern, jetzt bereits in Details zu geraten.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Unser Zweck ist, auf dem Fuße der absoluten Gleichberechtigung dem ökonomischen Gütertausch der beiden Nationen die größtmögliche Ausdehnung zu geben. Wenn die Herren also, wie ich aus der heutigen Sitzung annehme, die Absicht haben, nun wirklich rasch und mit praktischer Arbeit vorwärts zu kommen, so würde ich fragen, ob sie es für angemessen halten, daß eine Kommission sich mit dem Entwurf der politischen Friedensartikel befaßt, eine mit der rechtlichen Seite und eine mit der wirtschaftlichen Seite. Auf diese Weise würden wir am schnellsten vorwärtskom-

men und sehr bald die Punkte aussondern können, über welche eventuell die Spezialdiskussion in größerem Kreise nötig ist.

Staatssekretär **Holubovyč**: Genau so hatten wir uns die praktische Seite unserer Verhandlungen gedacht, da eine Vermischung aller Fragen aus den verschiedenen Gebieten für uns unannehmbar wäre.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich würde dann vorschlagen, daß die Arbeiten der politischen Kommission ich selbst mit einem Herrn übernehmen würde. Für die anderen Kommissionen, die wirtschaftliche und die rechtliche, würde ich je einen Herrn von uns benennen.

Staatssekretär **Holubovyč**: Von uns wird eine Verteilung für diese Kommissionen noch im Laufe des heutigen Tages erfolgen, kann aber noch nicht sofort festgestellt werden. Immerhin hätte ich ebenso wie meine anderen Kollegen den Wunsch, vor der Weiterführung der Verhandlung eine einigermaßen klare Antwort auf die eingangs von uns aufgeworfenen Fragen zu hören. Vielleicht aber hält auch der Herr Staatssekretär es für zweckmäßiger, diese Fragen den Besprechungen in der politischen Kommission vorzubehalten.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Jawohl. Es würde sich dann nur fragen, ob heute diese politische Kommission noch einmal zusammentreten soll. Kann der Herr Vorsitzende heute schon sagen, wer von seinen Herren Kollegen der politischen Kommission angehören soll?

Staatssekretär **Holubovyč**: Aller Voraussicht nach werden Herr *Ljubynsjkyj* und ich selbst an den Beratungen der politischen Kommission teilnehmen. Es ist noch nicht durchaus feststehend, wird sich aber voraussichtlich so gestalten.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Wenn es den Herren angenehm ist, können wir heute schon eine Sitzung dieser politischen Kommission abhalten.

Staatssekretär **Holubovyč**: Wir sind einverstanden.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Wir haben heute keine Sitzung mit der anderen Seite; also bin ich dafür, daß man die Zeit nicht ungenutzt läßt.

Herr *Ljubynsjkyj*: Herr Staatssekretär haben noch keine Zeit für die Sitzung angesetzt.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Mir schwebt vor $\frac{1}{2}$ 6, wenn Ihnen das passen würde.

Herr *Ljubynsjkyj*: Nach dem Essen haben wir noch etwas zu arbeiten, so daß vielleicht 6 Uhr zweckmäßig wäre.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: 6 Uhr ist uns auch recht.

General **Hoffmann**: Ich habe hier eine große Karte, in die Herr *Ljubynsjkyj* vielleicht seine Grenze einzeichnen kann.

Herr *Ljubynsjkyj*: Ich möchte fragen, ob das heute nachmittag hier in aller Ruhe geschehen kann, oder ob ich die Karte mit nach Hause nehmen darf?

General **Hoffmann**: Beide Karten sind Ihr Eigentum, und Sie können damit machen, was Sie wollen. Wir nehmen nachher eine andere Karte, um Ihre Grenze einzutragen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12.12 Uhr)

Kühlmann.

13. I. 1918: Sitzung der politischen Kommission mit den Ukrainern

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 105. Abgeg. Brest-Litowsk, 14. I. 1918, 1.00 vorm., angek. 14. I. 1918, 2.45 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-ukrainischen Kommission zur Regelung politischer Fragen. Sonntag, den 13. Januar 1918“. — Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift und Rotstift.

Staatssekretär v. Kühlmann eröffnet die Sitzung um 6.05 Uhr.

Staatssekretär v. Kühlmann: Meine Herren! Wir haben heute früh beschlossen, daß zur Besprechung der wichtigsten politischen Fragen und zur Formulierung der politischen Artikel eines eventl. zwischen uns abzuschließenden Friedens eine Sonderkommission gebildet werden soll. Auf Wunsch der ukrainischen Delegierten und auf Wunsch des Herrn Präsidenten der österreichisch-ungarischen Delegation haben wir beschlossen, auch die Herren der österreichisch-ungarischen Delegation zur Teilnahme an dieser Kommissionssitzung einzuladen.

Die ukrainischen Herren wollten im Verfolg der heute morgen gemachten Mitteilungen allgemeinen Charakters uns noch speziellere Mitteilungen über politische Punkte ihres Programms zukommen lassen.

Staatssekretär Holubovyč: Wir hatten schon heute morgen die Ehre, meine Herren, Ihnen sowohl den Ausgangspunkt unserer Theorien darzulegen als auch die besonderen Schlüsse, die wir aus denselben ziehen wollen. Prinzipiell¹⁾ war dies die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen bzgl. eines allgemeinen demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, wie es Ihnen bereits dargelegt worden war in der Note unseres Generalsekretariats. Praktisch war es die Frage über das Gebiet der ukrainischen Volksrepublik. Die erste Frage, die wir heute in der Vormittagssitzung berührten, war diejenige des Gouvernements Cholm; die zweite Frage betraf das Volk, das seiner Natur und seiner Sprache nach unser Brudervolk ist, sich aber bisher außerhalb der Grenzen des früheren russischen Reiches befand. Unsere Ansichten haben wir heute morgen eingehend genug geäußert, und wir möchten dem Wunsche Ausdruck geben, auch von der Gegenpartei in dieser Hinsicht Informationen zu erhalten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Was den Grundsatz, den der Herr Vorredner angeführt hat, betrifft, so wird der Herr Vorsitzende der ukrainischen Delegation aus unseren im Laufe der Beratung sich ergebenden Friedensvorschlägen erschen, daß die Fragen von Annexionen oder Kontributionen in dem mit der Ukraine abzuschließenden Frieden keine Rolle spielen werden. Der Frieden, den wir abzuschließen beabsichtigen, soll sowohl die Regierungen als die Völker in dauerhafter Weise einander näher bringen. Was die territorialen Angelegenheiten betrifft, so habe ich mir erlaubt, bereits heute früh darauf hinzuweisen, daß die Frage des Gouvernements Cholm eine in erster Linie die österreichischen

¹⁾ Von der Hand Kaiser Wilhelms II. unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „Principiis obsta!“

und polnischen Interessen berührende ist, und daß ich für meine Person eine Diskussion von völkischen Fragen innerhalb der Grenzen des Gebietes unserer Bundesgenossen vollkommen ablehnen muß.

Graf Czernin: Wir haben vom ersten Augenblicke an, in welchem die Regierung aus Petersburg sich an uns betreffs Friedensverhandlungen gewendet hat, niemandem im Zweifel über die Grundprinzipien gelassen, auf welchen wir bereit sind, in Verhandlungen zu treten. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir das Selbstbestimmungsrecht der Staaten und die Nichteinmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates als eine *conditio sine qua non* auffassen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dieses Prinzip nicht im geringsten im Widerspruch steht mit der Anerkennung des russischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker und wir aus dem Grunde, weil wir eben an dem Prinzip der Nichteinmischung festhalten, eine jede Ingerenz auf die internen russischen Angelegenheiten ablehnen, selbstverständlich bei Wahrung völliger Reziprozität. Ich könnte also auch bei hier stattfindenden Verhandlungen unsere internen Verhältnisse nicht zum Gegenstand der Diskussion zulassen, was ich zur Vermeidung aller Mißverständnisse sofort ausdrücklich zu betonen für nötig halte. Was die zweite Frage betrifft, die strittige Frage der polnisch-ukrainischen Gebiete, so bin ich mir nicht vollständig klar darüber, inwieweit die Diskussion heute vormittag bereits den Weg, der einzuschlagen wäre, gezeigt hat.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich halte es für zweckmäßig, wenn die Herren auf Grund der heute früh bearbeiteten Karte uns an Hand der Karte die heute früh geäußerten Wünsche vorführen.

Herr Ljubynsjkyj: Ich möchte bemerken, daß die in diese Karte eingetragene Linie nicht den Anspruch darauf erheben kann, als endgültig angesehen zu werden, daß sie aber jedenfalls diejenigen Punkte berührt, welche wir als zukünftige Grenzpunkte zu betrachten wünschen.

Graf Czernin: Haben die Herren keine Tabellen der Bevölkerungszahlen oder statistische Angaben mitgebracht? Ich habe nämlich auch welche mit und möchte sie gern damit vergleichen.

Herr Ljubynsjkyj: Leider haben wir augenblicklich derartige Tabellen nicht mit. Sie können aber in ca. 3 Tagen beschafft werden, wenn wir sie heute noch telegraphisch bestellen und mit dem Kurier mitschicken lassen.

Graf Czernin: Ich glaube, daß das sehr vorteilhaft wäre.

Herr Sevrjuk: Umsomehr, als die hier von uns eingezeichneten Gebiete nach unseren statistischen Nachrichten unzweifelhaft eine Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung aufweisen.

Herr Ljubynsjkyj: Leider weist auch diese Karte nicht die neuen Grenzen des Gouvernements Cholm auf, sondern noch die alte Einteilung der Gouvernements im Weichselbogen. Wenn auf dieser Karte bereits die neuen Grenzen eingezeichnet wären, dann wäre die Frage sehr viel leichter zu entscheiden, weil bzgl. der Gebiete, die heute nicht mehr zum Gouvernement Cholm gehören, für uns keine Streitigkeiten mehr bestehen. Was das jetzige Cholm anbetrifft, so ruft der südliche Teil desselben keinerlei Zweifel bei uns hervor. Strittig ist nur die Frage bzgl. des nördlichen Teiles des Gouvernements Cholm, des sogenannten

Podljsej [sic!].²⁾ Hier sind die Grenzen nur bis zum Verlauf der Frontlinie eingezeichnet. Dies bezeichnet nur die ethnographische Grenze, während die nähere Bestimmung darüber natürlich einer Kommissionsberatung vorbehalten bliebe.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Was sagen Sie, Herr General? Sie sind ja der Hauptbeteiligte.

General **Hoffmann**: Ich möchte eins bemerken: Die Verhältnisse im Cholmer Land sind mir nicht bekannt. Da müßte ich mir auch erst statistisches Material beschaffen, ehe ich darüber in eine Diskussion eintreten kann. Ich möchte vielmehr über die Gegenden sprechen, die ich kenne, und da möchte ich konstatieren, daß nördlich der Bahn Pinsk—Brest-Litowsk—Biala nur an einzelnen Stellen hier und hier (auf die Karte weisend) Ukrainer wohnen, also in der Nähe der Front nördlich Pinsk und hier in der Bialaer Gegend. In der ganzen Gegend der Bialowiczer Heide gibt es keinen einzigen Ukrainer.

Herr **Ljubynskyj**: Der Widerspruch entsteht vielleicht daraus, daß das nicht berücksichtigt ist, daß es auch zahlreiche Ukrainer katholischen Glaubens gibt, so daß, wenn vielleicht in diesem Zusammenhange nur das Glaubensbekenntnis in Rücksicht gezogen wird, dadurch eine abweichende Auffassung ermöglicht wird.

General **Hoffmann**: Nein, wie Herrn *Ljubynskyj* bekannt ist, habe ich ja in der ganzen Gegend ukrainische Kriegsgefangene, die mir die genauen Statistiken über die ganzen ukrainischen Verhältnisse geliefert haben.

Herr **Ljubynskyj**: Ich kann darüber nichts Genaueres sagen, da die statistischen Angaben jetzt wahrscheinlich hier viel besser gehandhabt werden, als es früher der Fall war. Ich möchte aber wiederholen, daß unlängst — es war voraussichtlich im Dezember — zwischen uns und den Polen darüber Verhandlungen stattgefunden haben und in der Rada davon die Rede war. Diese Besprechungen waren durch folgenden Fall veranlaßt: In den Archiven der Rada finden sich zahlreiche Dokumente, die von Flüchtlingen und von der lokalen Bevölkerung herrühren, die den Wunsch ausdrücken, in Zukunft zur Ukraine zu gehören. Um diese Frage zu formulieren und zu klären, hat eine Sitzung stattgefunden mit den polnischen Mitgliedern der Zentralrada, welche in dieser die polnische Bevölkerung der Ukraine vertreten, und der Beschluß, der auf dieser Versammlung gefaßt worden ist, hatte folgenden Wortlaut, daß dieses gesamte Gouvernement Cholm mit Ausnahme einiger nördlicher Teile des Podljsej [sic!] ohne Zweifel zum Gebiete der Ukraine gehört. Für diesen Beschluß stimmten auch sämtliche polnischen Mitglieder der Zentralrada ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu dieser oder jener Partei. Daher stützten sich unsere Ausführungen nicht allein auf die auf der vorliegenden Karte eingetragene Linie, sondern sie werden noch durch das eben Vorgebrachte erläutert, wofür auch der Beschluß der Zentralrada spricht, der jederzeit hier vorgelegt werden kann. Außerdem wird dadurch ja auch in keiner Weise die Möglichkeit ausgeschlossen, daß die Bevölkerung dieser Gebiete in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes ihren

²⁾ Podlachien, Podlasie, Land zwischen dem mittleren Narew und dem mittleren westlichen Bug, mit Städten wie Bialystok und Siedlce.

Willen kundgibt. Jedenfalls ist in der ganzen Geschichte der Entstehung unseres Staates noch nicht der Fall vorgekommen, daß wir gewünscht hätten, der Ukraine ein Gebiet einzuverleiben, dessen Bevölkerung sich nicht dafür erklärt hatte. Im Gegenteil, es ist sogar der Fall vorgekommen, daß die nördlichen Kreise des Gouvernements Zarinogot³⁾ (?), deren Bevölkerung zweifellos in ihrer Überzahl eine russische ist, den Wunsch geäußert hat, in die Ukraine einverleibt zu werden, und wir haben lange gezweifelt, ob wir das Prinzip, für das wir eintreten, das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationalitäten durchbrechen sollen.

Graf Czernin: Ich möchte betonen, daß, soweit Gebiete, die von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt sind, in Frage kommen, ich im Prinzip gar nichts gegen den Vorschlag der Herren habe, daß ihrem System gemäß dann schließlich die Abstimmung zwischen Polen und Ukrainern über die definitive Grenze entscheidet.

Herr Sevrjuk: Gestatten Sie noch eine kleine Bemerkung zu machen. Herr General *Hoffmann* hat darauf hingewiesen, daß nördlich der Brester Eisenbahn nach seinen Informationen wenig Ukrainer vorhanden sind. Ich möchte in dieser Hinsicht die von uns eingezeichnete Linie unseres Gebietes noch erläutern. Wir haben damit nur das Gebiet umgrenzen wollen, welches nach unserer Ansicht von Ukrainern bewohnt wird. Nach wie vor stehen wir aber vollständig auf dem Standpunkt des Rechtes der Selbstbestimmung der diese Gebietsteile bewohnenden Bevölkerung, und wenn in einer freien Abstimmung die Bevölkerung dieser Gebietsteile sich gegen einen Anschluß an die freie ukrainische Volksrepublik erklärt, so ist für uns die Lage ganz undenkbar, daß wir trotzdem auf der Einverleibung dieser Gebietsteile in die Ukraine bestehen. Wir wollen damit nur diejenigen Gebietsteile umgrenzen, innerhalb deren nach unserer Meinung zweifellos die Bevölkerung über ihre Selbstbestimmung befragt werden muß.

Staatssekretär Holubovyč: Abgesehen von denjenigen Teilen, die nach ihrer Kultur und nach statistischen Angaben zweifellos als zur Ukraine gehörig anzusehen sind.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wissen die Herren genau, wie die Grenzen des alten Kongreßpolens gelaufen sind?

Herr Ljubynsjkyj: Wenn hier die Frage des alten Kongreßpolens angeregt wird, so bietet sich für uns eine günstige Gelegenheit, unsere Gedanken zu diesem Punkte zu äußern, denn dann können wir bestimmt erklären, daß wir von dem alten Kongreßpolen den Polen nur diesen Teil der Gouvernements Cholm überhaupt streitig machen. Die anderen Teile, wie z. B. Wolhynien usw. gehörten nicht zum alten Kongreßpolen und sind in dieser Hinsicht in keiner Weise strittig. Die Lage im Gouvernement Cholm wird vollständig gekennzeichnet durch den vorhin erwähnten in der Zentralrada gefaßten Beschluß.

General Hoffmann: Nach meinem Gefühl ist nicht strittig zwischen uns alles das, was hier östlich des Bug liegt und südlich der Bahn Brest-Litowsk—Pinsk.

³⁾ So im Or.; offenbar „Černigov“.

Darüber ist ein Streit anscheinend nicht vorhanden. Wir müssen doch mal mit den Füßen auf den Boden kommen.

Darüber existiert anscheinend Übereinstimmung.

Herr **Ljubynsjkyj** (wird nicht übersetzt).

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Also das Cholmer Land bleibt strittig. Und der Vorschlag des *Grafen Czernin*?

Graf Czernin: Wir stehen prinzipiell allerdings auf dem Standpunkt, daß Cholm zum Königreich Polen gehört. Ich bedauere, daß ich weder Karten noch Material mitgebracht habe. Ich war auf diese Dinge nicht vorbereitet und kann infolgedessen meinen Standpunkt nicht genauer begründen.

Herr **Ljubynsjkyj**: Ich hatte hier schon Gelegenheit zu bemerken, daß, wenn wir uns auf den historischen Standpunkt stellen, das natürlich in einem gewissen Widerspruch zu unseren Wünschen stehen muß, weil wir durchaus auf dem ethnographischen Standpunkt stehen und, soweit uns bekannt, auch ein großer Teil der Bevölkerung Polens aus den verschiedensten Parteien sich diesem Standpunkt anschließt.

Graf Czernin: Ich möchte erwähnen, daß ich glaube, daß es unbedingt notwendig sein wird, bei Diskussion dieser Frage auch Vertreter des polnischen Staates zu hören.

Herr **Ljubynsjkyj**: Ich bin der Ansicht, daß es noch interessanter wäre, die Stimme der Bevölkerung selbst zu hören.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Das eine schließt das andere nicht aus.

Graf Czernin: Die Stimme des Volkes können wir jetzt in diesem Zimmer sehr schwer hören, und es handelt sich um eine Vorarbeit, um etwas klarer zu werden, und darum, meine ich, müssen auch Vertreter des polnischen Staates zugegen sein.

Herr **Ljubynsjkyj**: Das verstehen wir auch; aber es wäre für uns sehr betrüblich, wenn diese Stimme erst später gehört würde und als ein Mißklang ertönen würde zu dem, was wir bisher gehört haben.

General **Hoffmann**: So schnell kann die Volksabstimmung nicht stattfinden. Es kann doch hier nur beschlossen werden: es wird abgestimmt oder es wird nicht abgestimmt. Wir können doch nicht so schnell eine Abstimmung veranstalten in einem Gebiet, was Etappengebiet ist.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Nein, das geht nicht!

General **Hoffmann**: Weil rein militärisch betrachtet für die nördlichen Teile des Gouvernements Cholm, die deutsche Etappengebiete sind, das natürlich erst Platz greifen könnte, wenn wir den Frieden⁴⁾ zwischen Deutschland und der Ukraine geschlossen haben. Denn das werden mir die Herren, auch wenn sie nicht Soldaten sind, zugeben, daß es unmöglich ist, daß ich die Unruhe einer Wahl in das Kriegsgebiet hineintragen lasse.

⁴⁾ Von „wenn“ bis „Frieden“ unterstrichen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „richtig!“ mit zwei senkrechten Strichen dahinter.

Herr **Ljubynsjkyj**: Selbstverständlich stehen auch wir auf dem Standpunkt, daß eine solche Abstimmung nur stattfinden kann, wenn das betreffende Gebiet nur noch Hinterland der Front ist und nicht mehr Operationsgebiet. Er erläutert es dahin, daß er meinte, es kann ja auch Etappengebiet nach der anderen Seite sein.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Das wollte ich feststellen, das Gebiet, was die Ukrainer interessiert, würde staatlich unter Artikel I unseres Friedensentwurfes fallen.

General **Hoffmann**: Ja, soweit ich es gegeben habe, mit einem Streifen nördlich der Bahn Pinsk—Brest-Litowsk.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich wollte bemerken: Wir haben in den bisherigen Besprechungen zwei Arten von besetzten Gebieten unterschieden, die einen, welche sofort bei Friedensschluß geräumt werden können, und die anderen, welche erst unter die späteren Paragraphen fallen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das Gebiet, welches nach Mitteilung des Herrn Generals **Hoffmann** von uns als zweifellos zur ukrainischen Interessensphäre gerechnet wird, nämlich alles, was östlich vom Bug liegt und südlich einem Streifen nördlich der Bahn Pinsk—Brest-Litowsk vorgelagert ist, unter das Gebiet fallen würde, welches von den Armeen sofort nach Friedensschluß und Abschluß der Demobilisierung geräumt werden könnte.

Graf **Czernin**: Ich möchte noch betonen, daß ich glaube, daß eine klare Stellungnahme in dieser Frage, inwieweit polnisches und ukrainisches Gebiet ineinandergreifen, tatsächlich nicht zu lösen ist, ohne die Polen zu hören. Es würde dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker jedenfalls auf das Entschiedenste widersprechen, wenn über eine solche Frage, die auch die Polen in hervorragendem Maße interessiert, wir, ohne die Polen zu hören, entscheiden würden.

Herr **Ljubynsjkyj**: Ich bin auch der Ansicht, daß das alles stimmt, aber ich möchte die Frage anregen, ob eine Karte, die wir bei Herrn Hauptmann **Hey** gesehen haben, nach ethnographischen Grenzen hergestellt ist.

General **Hoffmann**: Ehe ich diese Karte zeige, möchte ich bemerken, daß für diese Karte die deutsche Regierung und das deutsche Heer nicht verantwortlich ist, sondern daß das eine Karte ist, eine Tendenzkarte, die ein ukrainischer Verein in Berlin herausgegeben hat.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Polen gibt es danach überhaupt keine mehr. Das ist alles Ukraine.

General **Hoffmann**: Das ist richtig. Hier ist die Bahn. Ich habe von vornherein gesagt: Ein kleiner Streifen nördlich der Bahn. Darüber ist gar kein Zweifel.

Herr **Ljubynsjkyj**: Wenn man auf diese Karte blickt, so stellt sich heraus, daß meine vorherigen Angaben ziemlich genau übereinstimmen mit dem, was auf dieser Karte eingezeichnet ist.

General **Hoffmann**: Nein! Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Gegend der Bialowiczer Heide hier nicht als Ukraine bezeichnet ist.

Herr Ljubynsjkyj: Ich glaube, daß ich auch auf meiner Karte dieses Gebiet nicht als ukrainisch bezeichnet habe. Ich möchte nur bemerken, daß wir durch die Betrachtung dieser Frage nicht endgültig diese Frage lösen.

General Hoffmann: Wenn man jemandem etwas abtreten soll, ist es immer besser, einen größeren Maßstab zu wählen.

Herr Ljubynsjkyj: Ich sage auch, daß, wenn auf diesen Prinzipien bestanden wird, wir sehr lange zu besprechen haben würden, aber wenn man diese ethnographischen Prinzipien bestehen läßt, dann wird es leichter gehen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Es müssen beide Seiten herangezogen werden. Das ethnographische Element spielt eine Rolle, das historische spielt aber auch eine. Das Deutsche Reich hat bei weitem nicht jeden ethnographischen Deutschen in seine Grenzen aufgenommen, also das läßt sich ganz rein niemals durchführen.

Da sitzen auch ein paar Deutsche.

Herr Ljubynsjkyj: Wir haben nicht das Mandat, darüber zu wachen, ob unsere Prinzipien auch auf fremden Gebieten durchgeführt sind, sondern unsere Aufgabe ist, hier dafür einzutreten, daß sie auf unserem Territorium zur Durchführung gelangen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich glaube jedenfalls nach diesen Diskussionen, die ja natürlich nur einen provisorischen Charakter tragen können, daß es sich doch gezeigt hat, daß über wesentliche Teile der Gebiete, auf welche die Ukraine aus ethnographischen Gründen Anspruch erhebt, Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen, und da, wo noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, eine verständige Anwendung der Prinzipien der Selbstbestimmung einen Ausweg aus vorhandenen Meinungsdivergenzen bieten kann.

Herr Holubovyč: Wir finden sowohl prinzipiell wie praktisch in dieser Art der Stellung der Frage die Möglichkeit⁵⁾ und die Grundlage zu weiteren Verhandlungen. Natürlich werden wir aber diese Frage noch viel genauer ausarbeiten müssen und noch diesbezügliche Direktiven erhalten müssen von unserer Regierung, was vorläufig nicht die Möglichkeit ausschließt, andere Fragen zu behandeln, bezüglich deren vielleicht eingehender die Rede wird sein müssen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Will der Herr Vorsitzende vielleicht kurz uns mitteilen, welche Fragen ihm dabei vorschweben?

Staatssekretär Holubovyč: Diese Fragen sind für uns noch nicht so akut, solange nicht der erste Grundsatz gelegt ist für den Fortgang weiterer Besprechungen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich denke mir rein praktisch die Fassung ungefähr so, daß § 1 des Vertrages besagen würde: Die Deutsche bzw. Österreichisch-Ungarische Regierung anerkennen die ukrainische Republik als selbständiges und unabhängiges Staatswesen. Die Grenzen dieser Republik werden in denjenigen Gegenden, welche für die Verbündeten spezielles Interesse haben, da sie in den von ihnen besetzten Gebieten liegen, wie nachstehend angegeben. Dann würden die Grenzen kommen, nicht wahr? Dann würde ein Artikel kom-

⁵⁾ Links am Rande in gleicher Höhe Vermerk in der Originalvorlage mit Bleistift: „Zeilen fehlen“.

men, der feststellte: Was das strittige Gebiet im Gouvernement Cholm betrifft, so wird unter noch festzusetzenden Bedingungen durch eine Volkskundgebung auf breiter Grundlage die Zugehörigkeit dieses Gebietes bestimmt werden.

Graf Czernin: Ich muß zu diesem Punkt etwas bemerken. Ich bin in diesem letzten Punkt nicht vollkommen einig mit meinem deutschen Kollegen. Es ist zweifellos, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch so ausgelegt werden kann, daß die historische Grundlage nicht vollständig verrückt werden kann. Wenn das alte historische Kongreßpolen in einer Majorität sich für die polnische Grenze ausspricht, so ist die Frage mindestens kontrovers und ich müßte also bitten, diese Frage einer Weiterbehandlung und Erwägung noch offen zu lassen.

Herr Ljubynsjkyj: Ich bin auch der Ansicht, daß diese Frage im Augenblick zurückgestellt werden kann, möchte aber die Ansicht aussprechen, daß, wenn die von Herrn Hauptmann Hey vorgewiesene Karte als Richtschnur dienen könnte während des Krieges, keine Hindernisse bestehen können dafür, daß sie auch bei Friedensschluß als Richtschnur dienen kann.

General Hoffmann: Ich möchte dazu bemerken, daß ich gern bereit bin, Herrn *Ljubynsjkyj* auch die von den Polen während des Krieges zu dem selben Zweck veröffentlichte Karte auf den Tisch des Hauses zu legen, und daß die ein ganz anderes Gesicht trägt (Heiterkeit).

Staatssekretär v. Kühlmann: Das war gar nicht meine Absicht, selbstverständlich, irgend etwas Abschließendes zu geben. Ich wollte den Herren nur eine Skizze vorlegen, wie ich mir ungefähr eine derartige Fassung dachte.

Staatssekretär Holubovyč: Ich bin der Ansicht, daß die bisher besprochenen Tatsachen genügenden Stoff geliefert haben zu weiteren Besprechungen, und ich möchte anregen, daß weitere Fragen vorläufig nicht aufgeworfen werden, und die vorliegende Frage heute auch nicht mehr zur weiteren Besprechung kommt. Dazu möchte ich hinzufügen, daß die Frage der Bildung besonderer Kommissionen, und zwar der Rechtskommission und der Wirtschaftskommission, die von uns heute morgen bereits im Prinzip angenommen worden ist, nunmehr auch endgültig von uns angenommen ist. Wir sind aber der Ansicht, daß diese Kommissionen im vollen Umfange ihre Arbeit erst dann aufnehmen könnten, wenn es gelingen würde, daß wir vorher bereits in den grundlegenden Zügen unseres politischen Programms wenigstens zu einer prinzipiellen Einigung gelangen würden.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich hätte es vorgezogen, daß die Kommissionen ihre Arbeiten gleich beginnen, aus dem Gesichtspunkt heraus, daß diese Arbeiten ja auf keinen Fall verloren sind und erfahrungsmäßig immer länger dauern als die politischen Arbeiten.

Herr Holubovyč: Das schließt durchaus nicht aus, daß die Bildung dieser Kommissionen und der Beginn ihrer Arbeiten in allernächster Zeit geschehen kann.

Staatssekretär v. Kühlmann: Meine Herren sind hier und haben mit diesem Spezialfall nicht zu tun; sie können also jeden Tag anfangen.

Graf Czernin: Mit meinen Herren ist dasselbe der Fall, und ich möchte die Frage stellen, ob die diesbezüglichen ukrainischen Herren bereits hier sind oder ob sie andere Hilfskräfte erwarten.

Staatssekretär Holubovyč: Die Sache liegt so, daß die Vertreter Deutschlands ziemlich zu Hause, die Österreichs auch beinahe zu Hause sind und über das ganze ihnen notwendige Material und den ganzen ihnen notwendigen Apparat verfügen. Was uns aber anbetrifft, so befinden wir uns in einer viel weniger günstigen Bedingung, als wenn wir uns irgendwo anders befinden würden, was uns ermöglichen würde, natürlich das Fortschreiten der Verhandlungen noch mehr zu beschleunigen.

Infolge der tatsächlichen und technischen Schwierigkeiten, die ich eben dargestellt habe, wird natürlich der Gang der Verhandlungen etwas verzögert werden müssen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wir haben nicht die Absicht, hier in der jetzigen Verhandlung die Dinge bis in die kleinsten Einzelheiten auszuarbeiten, das kann späteren Kommissionen vorbehalten bleiben. Was nötig ist: die Grundprinzipien auf wirtschaftlichem und juristischem Gebiet können von einigermaßen geschickten Leuten auch ohne großen Apparat in wenigen Tagen ausgearbeitet sein.

Staatssekretär Holubovyč: Wir legen viel größeren Wert auf diejenigen Prinzipien, welche unsere zukünftige Existenz bestimmen müssen, und sind daher der Ansicht, daß wir an diese Frage mit großem Ernst herantreten müssen. Dadurch erklärt es sich, daß der Gang der Verhandlungen etwas verzögert⁶⁾ wird. Jedenfalls werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel benutzen, um diese Kommissionen endgültig zusammen zu setzen, so daß dadurch die Entscheidung der Friedensfrage in keiner Weise aufgehalten wird.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich beantrage dann, die heutige Sitzung zu schließen. (Schluß der Sitzung um 7 Uhr 11 Minuten.)⁷⁾

Kühlmann.

⁶⁾ „etwas verzögert“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande von derselben Hand Fragezeichen, Ausrufungszeichen und senkrechter Strich.

⁷⁾ Darunter Schlußbemerkungen Kaiser *Wilhelms II.*: „Worte, Worte, Worte! Vom Frieden selbst keine Rede! *W.*“

14. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Telegramm. Nr. 110. Abgeg. Brest-Litowsk, 14. 1. 1918, 8.20 nachm., angek. 14. 1. 1918, 8.40 nachm. — Randbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift.

Ich fördere so rasch als tunlich Angelegenheit mit der ukrainischen Delegation. Es muß aber im Auge behalten werden, daß die Ukrainer außerordentlich hinterhältig und verschlagen sind und wir nur Schritt für Schritt mit ihnen vorgehen können. Ihre Ansprüche werden ins Unerfüllbare emporschnellen und die Verhandlungen ins Stocken geraten, wenn sie den Eindruck gewinnen, daß wir sie gegen die Petersburger gebrauchen. Mit Ukrainern sowohl als mit Bolschewiki

können Verhandlungsmethoden wie mit einem normalen politischen Gegner nicht angewandt werden.¹⁾ Ohne eingehendes Debattieren, das der Mentalität der Leute entspricht, und ohne die allergrößte Geduld ist nicht vorwärts zu kommen. Die Taktik, die sich wohl nur von hier aus beurteilen läßt²⁾, wird mit *Hoffmann* und *Rosenberg* jeweils aufs eingehendste durchberaten.

Kühlmann.

¹⁾ Von „mit“ bis „werden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen. Dazu senkrechter Strich am Rande in gleicher Höhe und Bemerkung von derselben Hand: „richtig“.

²⁾ Von „Taktik“ bis „läßt“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „natürlich! ja!“

197.

14. 1. 1918: Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow über die deutsche Verhandlungsführung in Brest-Litowsk

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Kopf: „Vertreter des Auswärtigen Amtes. Großes Hauptquartier. 2 Anlagen. pr. 14. Januar p. m.“ Darunter Vermerk: „Unter baldiger Rückerbittung dem Auswärtigen Amte gehorsamst vorgelegt. Frhr. v. Lersner“.

[Anlage 1:]

Politische Abteilung, Berlin.

Massow drahtet:

„Entnehme aus Unterhaltung mit *Radoslawow*, daß Führung diplomatischer Verhandlungen in Brest-Litowsk enttäuscht hat. Bei *Graf Czernin* habe man Klarheit und Festigkeit in Verteidigung deutscher Ansprüche nicht vorausgesetzt, wohl aber habe man unserem Bevollmächtigten mehr zugetraut. Die Enttäuschung scheint auch höheren Ortes geteilt zu werden.

Radoslawow sagte wörtlich: Deutschland hat nur einen *Hindenburg* und *Ludendorff*, aber viele Diplomaten.

Ferner sagte er: Ihre Vertreter in Brest-Litowsk scheinen nicht zu wissen, daß *Trockij* totgeschlagen wird, wenn er ohne Frieden nach Hause kommt!“

Nr. 26493 p.

[Anlage 2:]

General *Hoffmann*, Ob[er]ost.

Militärattaché drahtet:

„Entnehme aus Unterhaltung mit *Radoslawow*, daß Führung diplomatischer Verhandlungen in Brest-Litowsk enttäuscht hat. Bei *Graf Czernin* habe man Klarheit und Festigkeit in Verteidigung deutscher Ansprüche nicht vorausgesetzt, wohl aber habe man unserem Bevollmächtigten mehr zugetraut. Die Enttäuschung scheint auch höheren Ortes geteilt zu werden. *Radoslawow* sagte wörtlich: Ihre Vertreter in Brest-Litowsk scheinen nicht zu wissen, daß *Trockij* totgeschlagen wird, wenn er ohne Frieden nach Hause kommt!“ Nr. 26493 p.

gez. *Ludendorff*.

14. 1. 1918: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm, Nr. 115. Abgeg. Brest-Litowsk, 15. 1. 1918, 12.55 vorm., angek. 15. 1. 1918, 2.00 vorm. Überschrift. „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen vom 14. Januar 1918: 5 Uhr nachmittags“. — Randbemerkung, Schlußbemerkung, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Die Sitzung wird um 5 Uhr 8 Minuten durch den Staatssekretär v. Kühlmann eröffnet.

Staatssekretär v. Kühlmann: Meine Herren, wir wollen die heutige Besprechung eröffnen. Ich möchte zunächst zu den Bemerkungen, die ich in der letzten Sitzung gemacht habe, hinzufügen, daß die verbündeten Regierungen nach Überlegung und Beratung zu dem Entschlusse gekommen sind, auch ihrerseits die formulierten Vorschläge der russischen Delegationen in informierter Form mündlich zu beantworten. Ich möchte aber wiederholt darauf hinweisen, daß ich die Art, daß die Delegationen gegenwärtig mit formulierten Schriftstücken verhandeln, für eine außerordentlich zeitraubende und den Erfolg wenig fördernde halte. Wenn wir — und daran möchte ich bis zum Beweise des Gegenteils noch festhalten — hier verhandeln, um wirklich zu einem friedlichen Abschluß zu kommen, so möchte ich dringend beantragen, daß wir in Zukunft ein von dem bisherigen abweichendes Verfahren einschlagen. Ich möchte vorschlagen, daß wir, wie dies bei derartigen Verhandlungen üblich ist, die Materien durchsprechen und daß, nachdem die Materie durchbesprochen ist, von jeder Seite ein Herr nur mit der Redaktion beauftragt wird; die beiden Herren als Redaktionskomitee zusammen versuchen, wieweit sie eine gemeinsame Fassung finden können, im Einvernehmen miteinander die gegenseitigen Differenzpunkte festzulegen und schriftlich zu fixieren. Auf diese Weise können wir unter Umständen vorwärts kommen. Auf die andere Weise glaube ich, daß nur Zeitverlust entsteht.

Wir mußten die gestrige Sitzung ausfallen lassen, um Zeit zur Ausarbeitung und zur Beratung zu haben — und daß durch das Unterstreichen der beide Parteien trennenden Punkte der Verhandlungen während der Detailverhandlung die Einigung nicht erleichtert, sondern sehr erschwert wird, [ist klar].

Die materielle Antwort der Verbündeten auf die neulich uns mündlich mitgeteilten formulierten Vorschläge wird bei der bedauerlichen Behinderung des Herrn Grafen Czernin durch Unwohlsein an seiner Stelle Herr v. Wiesner vorzutragen die Freundlichkeit haben.

Gesandter v. Wiesner¹⁾: Diese Erklärung lautet: Die der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation übermittelten Vorschläge der russischen Delegation betreffend die Entwicklung der Dinge in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten Rußlands weichen dermaßen von den Ansichten der Ver-

¹⁾ Dr. Friedrich Ritter v. Wiesner, seit 1911 Hof- und Ministerialsekretär; seit 30. 12. 1913 Sektionsrat im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern; vgl. auch oben S. 135, Anm. 1.

bündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen.

Ohne des näheren auf die äußere Form dieser Vorschläge eingehen zu wollen, kann doch nicht unbemerkt bleiben, daß sie nicht den Charakter des von den Mittelmächten angestrebten Kompromisses tragen, sondern sich vielmehr als eine einseitige russische Forderung darstellen, die den Wunsch vermissen läßt, die berechtigten Wünsche der Gegenseite in Kalkulation zu ziehen.

Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob das von ihnen angestrebte Kompromiß eine Aussicht auf Verwirklichung bieten kann.

Über einen Teil der von den Verbündeten besetzten Gebiete ist in Ziffer 1 des deutschen Entwurfes gehandelt worden. Diese Materie ist durchberaten, bedarf also keiner weiteren Erörterung.

Die Frage nach den zur Zeit von den Verbündeten besetzten Gebieten, die eigenes staatliches Leben besitzen, wäre rein zeitlich in vier Stadien zu gliedern: Der Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der Beendigung der russischen Demobilisierung, der Zeitpunkt zwischen dem russischen Frieden und dem allgemeinen Frieden, der Zeitpunkt des Übergangsstadiums für die neuen Völker, endlich das definitive Stadium, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchführen.

Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte — abweichend von dem, was für Rußland der Fall ist — mit dem Abschlusse des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Friede verbunden ist, daß sie vielmehr gezwungen sind, mit anderen Gegnern den Krieg weiterzuführen.

Gegenüber der russischen Regierung erklären die verbündeten Delegationen aufs neue, daß sie der Anschauung sind, die verfassungsmäßig gebildeten zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszudrücken.

Von großer Bedeutung für die Frage der Entstehung einer Staatspersönlichkeit ist das Urteil des Obersten Gerichtshofes in Washington vom Jahre 1808, in dem ausgeführt worden ist, „daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten von Nordamerika als voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündung ihrer Unabhängigkeit ab, d. h. seit dem 4. Juli 1776 — ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Vertrage vom Jahre 1782“ (Fiore, *Droit international codifié*, p. 160).²⁾

²⁾ *Pasquale Fiore* (1837—1914), führende Autorität auf dem Gebiet des internationalen Rechts, ab 1861 Professor für Verfassungs- und internationales Recht an den Universitäten Urbino, Pisa, Turin und Neapel, veröffentlichte 1911 in Paris das Werk: *Organisation juridique de la Société internationale*. — Die betr. Stelle (S. 160) lautet: „La Cour suprême de Washington a déclaré en 1808, que les droits souverains des États-Unis de l'Amérique du Nord devaient être considérés comme pleins et entiers à partir du jour de la proclamation de leur indépendance, c'est-à-dire depuis le 4 juillet 1776, indépendamment de leur reconnaissance par l'Angleterre dans le traité de 1782“.

Die verbündeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß „die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Zarismus verschwunden sind“; ebenso davon, daß „für die russische Regierung deswegen die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, um in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung, der inneren Staatseinrichtung und internationalen Lage der Gebiete.“

In diesem Zusammenhange wäre die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnisse die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet, für die Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum Äußersten, d. h. unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches gehörten, keinerlei Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, worauf die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerungen gründen will. Stellt man sich aber, wie die russische Delegation dies tut, auf den Standpunkt, daß die Russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so sind in der Tat Umfang des Territoriums, politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, Übergangsregime und Form der Willenskundgebung die vier Punkte, über die versucht werden muß, Einigkeit zu erzielen.

Zu 1: Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht stehe Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenze für die Abgrenzung dieser Teile maßgebend sein soll. Kurland, Litauen und Polen bilden, auch historisch angesehen, völkische Einheiten.

Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand lassen.

Zu 2: Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschiede vorbei, auf den die verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen haben.

Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der

Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden.

Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Evakuierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesagt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu 3: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu 4: Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Die einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch. Auch das Votum einer auf breiter Grundlage gewählten oder ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Anschauung der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches wie z. B. der Ukraine und Finnlands nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Von dem Wunsche beseelt, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundsätze ebenso von der pflichtgemäßen Absicht durchdrungen, die eigene Wehrfähigkeit nicht schwächen zu lassen, solange der unselige Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, instand zu setzen, endgültig und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Verständigung gelangen zu wollen, und wenn es, anstatt des Versuches einseitige Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten.

Herr Trockij: Bevor ich zu der Besprechung einiger Vorbemerkungen übergehe, die die Grundlage für unsere heutige Unterhaltung bilden, halte ich es für notwendig, eine Erklärung abzugeben. In den von uns am gestrigen Tage erhaltenen deutschen Zeitungen vom 11. Januar neuen Stils ist der amtliche Bericht über

die Plenarsitzung vom 10. Januar enthalten. Im Namen der russischen Delegation protestiere ich auf das entschiedenste gegen die tendenziöse Bearbeitung, welcher der Text der Deklaration der russischen Delegation in diesem Bericht unterzogen ist. Es wird genügen, wenn ich darauf hinweise, daß aus dem Satz: unsere Regierung hat an die Spitze ihres Programms das Wort „Frieden“ geschrieben, sich aber gleichzeitig vor dem Volke verpflichtet, nur einen gerechten demokratischen Frieden zu unterzeichnen, nur die erste Hälfte des Satzes angeführt wird, um durch diese Stichprobe den ganzen Bericht zu charakterisieren. Dieser ist wenig dazu geeignet, die öffentliche Meinung Deutschlands zu informieren, weit mehr, sie irre zu führen. Da die russische Delegation der genauen Information der öffentlichen Meinung aller Länder über den wirklichen Gang der Friedensverhandlungen eine außerordentliche Bedeutung beimißt, war ich gestern genötigt, auf direktem Draht unserer Regierung vorzuschlagen, mit allen uns zugänglichen Mitteln die öffentliche Meinung Europas aufzufordern, nur dem stenographischen Berichte der Verhandlungen Glauben zu schenken, Berichte, welche unsere amtliche Presse ohne irgendwelche Veränderung oder Kürzung veröffentlicht.

Was das Wesen der Frage anbetrifft, so hoffen wir, daß die heutige Antwort jedenfalls die Zweifel über die formalen Schwierigkeiten beseitigt, Schwierigkeiten, die für uns durch die in der vorigen Sitzung gehörte Antwort des Herrn General *Hoffmann* entstanden waren. Der Herr General hat bereits zweimal meine Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß er hier nicht die deutsche Regierung, sondern die deutsche Oberste Heeresleitung vertritt. Im vorliegenden Falle will ich es mir nicht anmaßen, meine Ansichten auszusprechen über die innere Struktur des Deutschen Reiches. Ich bin der Ansicht, daß wir im vorliegenden Falle Verhandlungen mit einer Partei führen, die verkörpert wird durch die deutsche Regierung, und der Herr Staatssekretär hielt es aus einem anderen Anlaß für notwendig, darauf hinzuweisen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen, auch diejenigen, die unserer Ansicht nach als Widersprüche anzusehen sind, nur herühren aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt ist, sehen wir dies an als eine formale Erklärung, die einen Zustand bezeichnet, der allerdings selbstverständlich sein müßte. Nichtsdestoweniger, wenn ich die Bemerkung des Herrn General *Hoffmann* auf den Rahmen beschränke, der dadurch für sie bestimmt ist, halte ich es doch für notwendig, einige Punkte zu erwähnen und zu betonen, die Schwierigkeiten für beide beteiligten Seiten in diesen Verhandlungen hervorrufen könnten.

Der Herr General hat vor allem gegen den Ton unserer Erklärung Protest erhoben und bemerkt, daß dieser Ton nicht der Tatsache entspricht, daß die deutschen Truppen sich auf russischem Gebiet befinden. Wenn wir uns an die Prinzipien halten würden, die Herr General *Hoffmann* uns empfiehlt, so müßten wir in verschiedenen Sprachen verhandeln mit den Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und des neutralen Persiens. Wir sind der Ansicht, daß die Prinzipien, welche wir vertreten, uns das Recht darauf geben, mit allen Mächten in einem und demselben Ton zu verkehren.

Der Herr General hat ferner darauf hingewiesen, daß unsere Regierung sich auf

ihre Machtstellung begründet und mit Gewalt vorgeht gegen alle anders Denkenden, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeois stempelt. Vor allem begrüße ich es mit Freude, daß der Herr General so schnell meiner Aufforderung nachgekommen ist, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumischen. Ferner muß ich sagen, daß der Herr General ganz Recht hat, wenn er meint, daß unsere Regierung sich auf Macht begründet. In der ganzen Geschichte kannten wir bisher keine anderen Regierungen. Solange die Gesellschaft besteht aus kämpfenden Klassen, so lange wird sich die Macht der Regierung auf Kraft begründen und wird durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Ich muß aber auf das kategorischste protestieren gegen die Behauptung, daß unsere Regierung jeden anders Denkenden für vogelfrei erklärt. Ich wäre auch froh, wenn in Deutschland die sozialdemokratische Presse dieselbe Freiheit genießen könnte wie bei uns in Rußland die gegnerische und die gegenrevolutionäre Presse. Das, was die Regierungen anderer Länder bei unseren Handlungen abstößt, ist die Tatsache, daß wir nicht Streikende verhaften, sondern die Kapitalisten, welche die Arbeiter einer Aussperrung unterwerfen, die Tatsache, daß wir nicht die Bauern, die ihre Ansprüche auf Land erheben, erschießen, sondern diejenigen Großgrundbesitzer und Offiziere verhaften, die den Wunsch haben, die Bauern zu erschießen³⁾, und als die rumänische Regierung, was ich als Beispiel anführen möchte, versucht hat, auf unserem Gebiete Gewaltmaßregeln anzuwenden gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter, so haben wir von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften. Und wir haben die Antwort erhalten, daß dies bereits gemacht worden ist. Wir sind der Ansicht, daß die Gewalt, die wir anwenden, die Gewalt, die gestützt wird von Millionen von Arbeitern und Bauern und gegen die Minderheit gerichtet ist, welche bestrebt ist, das Volk in Knechtschaft zu erhalten, daß diese Gewalt eine geheiligte und geschichtlich fortschrittliche Gewalt ist.⁴⁾

Was die beiden Beispiele anbetrifft, die der Herr General angeführt hat, so charakterisieren diese in keiner Weise unsere Politik auf dem Gebiete der nationalen Fragen. Wir haben Erkundigungen eingezogen über den weißrussischen Kongreß. Dieser Kongreß setzte sich zusammen aus den Vertretern der weißrussischen Agrarier und hatte versucht, sich aller derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, welche das Eigentum des weißrussischen Volkes sein müssen. Und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so rührt dieser Widerstand von Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Großrussen, Weißrussen und Klein-

³⁾ Vgl. hierzu die entspr. Ausführungen in *Trockijs* Erinnerungen (Mein Leben, S. 357 f.): „... Für einige Augenblicke verwandelte sich die Konferenz in einen marxistischen Propagandaklub für Anfänger. ‚Was die Regierungen der anderen Länder an unseren Handlungen verblüfft und abstößt‘, sagte ich, ‚ist die Tatsache, daß wir nicht Streikende, sondern Kapitalisten verhaften, die die Arbeiter aussperrten; ist die Tatsache, daß wir Bauern, die Land fordern, nicht niederschießen, sondern die Gutsbesitzer und die Offiziere verhaften, welche den Versuch machen, die Bauern niederzuschießen.‘ *Hoffmanns* Gesicht verfärbte sich dunkelrot. Nach jeder solchen Episode fragte *Kühlmann* mit schadenfroher Liebenswürdigkeit den General *Hoffmann*, ob er zu dem angeschnittenen Thema sich noch äußern möchte. Der General antwortete kurz ‚Nein, genug!‘ und schaute zornig zum Fenster hinaus ...“

⁴⁾ Dazu am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „umgekehrt bei uns!“

russen vertreten waren. Ich wies schon in meiner formalen Erklärung darauf hin, daß diejenigen Konflikte, die zwischen uns und der Ukraine entstanden waren, und die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken können und uns in keiner Weise daran gehindert haben, die unabhängige Ukrainische Republik anzuerkennen.

Ich werde mir gleichzeitig erlauben, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß Herr General *Hoffmann* in seiner Rede, nachdem er endgültig die Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten abgelehnt hatte, dies damit begründet hat, daß alle diese Gebiete noch keine eigenen Verwaltungsorgane besitzen. Gerade aus dieser Tatsache leitet er die Notwendigkeit einer langdauernden Besetzung der fraglichen Gebiete her, ohne einen Termin festsetzen zu können. Der Herr Staatssekretär begründet das Recht dieser Völkerschaften zum selbständigen Eintritt in den internationalen Verkehr mit den Mittelmächten und sogar ihr Recht, Teile ihres Gebietes abzutreten, gerade damit, daß sie über hinreichende Organe verfügten für derartige internationale Handlungen. Ich möchte in diesen Ausführungen gewisse Widersprüche feststellen. Ich glaube, wenn ein Gebiet keine Organe für seine eigene Verwaltung besitzt und der Vormundschaft bedarf, so ist es vielleicht besser, wenn ein solches Gebiet noch wartet mit dem Abschluß internationaler Verträge, da Organe, die nicht genügen für die innere Verwaltung, sich auch als ungenügend herausstellen könnten für die Bestimmung internationaler Beziehungen der erwähnten Völker. Ich muß aber bemerken, daß, wenn in den philosophischen Voraussetzungen des Herrn Generals und des Herrn Staatssekretärs gewisse Widersprüche festzustellen sind, doch der Schluß, zu dem sie kommen, fast genau der gleiche ist. Aus der Anerkennung des Vorhandenseins bevollmächtigter Organe und der gleichzeitigen Anerkennung ihres Fehlens folgt ein und derselbe Schluß, welcher lautet, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen soll ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande ist, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Ich möchte der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur unsere Ansichten bestärken können über die sehr untergeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie spielt in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern. Das bezieht sich genau ebenso auf die Rechtsphilosophie des obersten amerikanischen Gerichtshofes. Wer die Geschichte der Entscheidungen dieses obersten Gerichtshofes genau gelesen hat, der weiß, daß er seine Rechtsphilosophie häufig in diesem oder jenem Sinne geändert hat, je nachdem es nötig war, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht. Ich glaube, daß bezüglich dieser Frage es viel interessanter wäre, nicht eine Parallele zu ziehen mit der Entscheidung des obersten amerikanischen Gerichtshofes, sondern mit den Ansichten und Aussprüchen derjenigen englischen Juristen, die ihr Recht begründeten und herleiteten, ihre amerikanische Kolonie in der Hand zu behalten.

Was die Form anbetrifft, in welcher wir unsere Ansichten der Gegenpartei vorgetragen haben, so ist es mir nicht ganz klar, in welcher Hinsicht der Herr Staatssekretär darin Unbequemlichkeiten erblickt. Er wies darauf hin, daß bei diesen genauen Formulierungen in den Vordergrund diejenigen Fragen gestellt

waren, die die beiden Gegenparteien voneinander trennen. Aber nach meiner Meinung führen ja gerade die Länder Krieg über die Fragen, die sie trennen, und nicht über diejenigen, die sie einigen, und gerade deswegen ist es für uns notwendig, in den Verhandlungen gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden, und sie mit aller genügenden Entschlossenheit in den Vordergrund zu stellen, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden kann. Prinzipien können natürlich als bequeme algebraische Formeln dienen: im Enderfolge kommt es doch nur auf die arithmetische Bedeutung an, und die algebraischen Formeln sind nur in dem Falle zweckmäßig, wenn sie den arithmetischen Größen entsprechen. Wir haben unsere Formel gerade deswegen vorgelegt, weil wir glaubten, daß in der Art, wie die Verhandlungen in den letzten beiden Sitzungen geführt wurden, eine Art der Formulierung gesucht wurde, welche rein äußerlich genommen, für die Gegenpartei dasjenige annehmbar machen sollte, was für sie nicht annehmbar war. In diesem Falle ist uns der Ton des Herrn General *Hoffmann* weit realer erschienen. Wir haben durchaus nicht erklärt, daß wir die deutsche Regierung durch die Prinzipien unserer Philosophie für gebunden erachten; wir wollen genau und klar wissen, welches Schicksal Polen, Litauen und Kurland erwartet.

Darin besteht die ganze Frage. Allerdings hat der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation die Frage an uns gerichtet, aus welchen Quellen wir die Berechtigung herleiten, uns für das Schicksal dieser Länder zu interessieren, da wir erklärt haben, daß ihre frühere Zugehörigkeit zu Rußland ihnen keinerlei völkerrechtliche Verpflichtung gegenüber Rußland auferlegt. Aber sein Recht, sich für das Schicksal dieser Gebiete zu interessieren, hat der Herr Staatssekretär nicht aus der nackten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretiert. Ich glaube, daß dieses Prinzip nicht weniger auch für uns in Geltung bleibt und hinreichend unser Interesse begründet an dem Schicksal derjenigen Völker, deren Ausscheidung aus dem Bestande des früheren russischen Kaiserreiches wir nicht verhindern. Wir behalten uns selbstverständlich das Recht vor, eine genaue Äußerung abzugeben über den Charakter der Erklärungen, die heute abgegeben worden sind, die in ihrer jetzigen Form für uns unannehmbar erscheinen. Denn wenn ich, ohne den Text vor Augen zu haben, dessen Inhalt richtig verstanden habe, so wird diesen uns heute interessierenden Gebieten schon jetzt das sogenannte Recht eingeräumt, vor ihrer endgültigen Staatswerdung dazu zu dienen, die Grenzen der anliegenden Staaten zu verbessern, mit ihnen militärische und andere Konventionen abzuschließen, und die zukünftige Volksabstimmung soll dann nur, wie es in dem Text heißt, diese Beschlüsse sanktionieren. Wir sind aber der Ansicht, daß nur der tatsächlich und klar ausgedrückte Wille des Volkes über alle diese Fragen entscheiden kann, und die Aufgabe der ferneren Verhandlungen auf der Grundlage der beiden hier vorgeschlagenen Formulierungen muß darin bestehen, genau zu bestimmen, auf welcher Linie das Kompromiß zu dem hier vorgelesenen Texte verläuft, das Kompromiß zwischen dem am 25. Dezember offiziell anerkannten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes und dem Recht auf Annexionen, das sich

aus dem Okkupationsrecht herleitet, wie es der Herr General *Hoffmann* hier so beredt proklamiert hat.

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Ich kann auf die Ausführungen des Herrn Vorredners nicht mit derselben Ausführlichkeit eingehen, wie sie vorgebracht worden sind, möchte aber diejenigen Punkte, die mir aus seinem Vortrage im Gedächtnis sind, herausgreifen. Mir ist die Veröffentlichung, über deren Unvollständigkeit der Herr Vorsitzende der russischen Delegation sich beklagt hat, nicht in Erinnerung. Wir haben am Anfange unserer Beratungen den Gegnern die ganz ungeheuerliche Konzession gemacht, daß kein Wort verhandelt werden sollte, was nicht stenographiert und publiziert wird; es ist dies eine Verhandlungsart, unter der noch nie, solange die Welt steht, verhandelt worden ist, und von der viele in internationalen Verhandlungen erfahrene Leute bezweifeln, ob mit ihr überhaupt eine erfolgreiche internationale Verhandlung möglich ist. Wir müssen uns jedenfalls absolut in jeder Beziehung vorbehalten, nur das, was uns bei uns zu Hause zur Publikation geeignet erscheint, zu veröffentlichen. Es könnte einmal der Fall eintreten, daß bei derartigen Friedensgesprächen der eine oder andere Delegierte der Versuchung unterliegen könnte, wie man das technisch nennt, zum Fenster hinauszusprechen, und in diesem Falle muß sich selbstverständlich jede Regierung das Recht vorbehalten, ihre Veröffentlichung so einzurichten, wie sie es für richtig hält. Was die Rede des Herrn Generals *Hoffmann* betrifft, möchte ich ausdrücklich das Recht vorbehalten, sowohl für mich als für den Herrn General *Hoffmann*, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorredner mit der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem genannten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Übrigens ist es bei der engen politischen Übereinstimmung, in der ich mich mit dem Herrn General *Hoffmann* befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der Herr Vorredner ist dann, einen Teil unserer späteren Diskussion schon vorwegnehmend, zu einer Kritik der Begründung übergegangen, welche für das Verbleiben der Truppen im besetzten Gebiet gegeben worden ist. Er hat ausgeführt, daß ein Volk, dem der technische Apparat, zum Beispiel das Eisenbahnpersonal, fehlt, nicht als befähigt erachtet werden könnte, politische Äußerungen zu haben. Wir stehen auf dem Standpunkte, der eigentlich dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation sehr sympathisch sein mußte, daß das politische Leben einer Nation so sehr das wichtigste und essentiellste ihres ganzen Wesens ist, daß sie eben gerade die Organe zur politischen Willensäußerung als erste schafft und dann allmählich und stufenweise den ganzen Apparat des staatlichen Lebens aufbaut. Das ist eben in dieser Frage der grundlegende Unterschied zwischen uns und der russischen Delegation, daß wir auf dem Vorhandenen aufbauen, ohne Bruch und gewaltsamen Übergang, in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen und es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher näher nicht bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat zu schaffen. Dies ist um so auf-

fallender, als der Herr Vorredner andererseits wieder gegen Diskussionen, die sich auf dem Gebiete der juristischen Theorie bewegen, eine auffallende Abneigung an den Tag gelegt hat, welche mich einigermaßen überrascht hat ebenso sehr wie seine geringschätzigte Beurteilung der Urteile des obersten amerikanischen Gerichtshofes. Mir erschien die Geschichte der Gründung dieser großen Republik und ein Urteil ihres obersten Gerichtshofes über einen Punkt dieser Geschichte für die Beurteilung der zwischen uns schwebenden Kontroverse immerhin nicht ohne Bedeutung. Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation die Frage aufgeworfen hat, was an dem Tone und dem Verfahren ihrer Publikation uns mißfallen hat, so wird er aus der Aufnahme des Schriftstückes haben entnehmen können, daß der darin angeschlagene Ton diktatorisch und irritierend ist. Ich nehme aber mit Befriedigung Notiz von dem Schlusse der Ausführungen des Herrn Vorredners, daß er und seine Delegation nunmehr gesonnen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Dahin ist mein Bestreben von der ersten Stunde unserer Arbeiten an gegangen, und ich war der Anschauung, daß die beiden schriftlich fixierten Darstellungen der gegenseitigen Standpunkte, wie sie vor der Weihnachtspause erfolgt waren, als Unterlage für die Diskussion genügende Formulierung geboten hatten. Jetzt schlage ich vor, uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, um über die 4 Punkte, wie sie in unserer Antwort aufgenommen worden sind, nun wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, um in wenigen Tagen mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Herr Trockij: Ich habe nicht protestiert gegen die Verkürzung meiner Rede als solche, sondern gegen die tendenziöse Verkürzung derselben, und dazu vor allem in einer Frage, die in keiner Weise angesehen werden kann, als wäre sie berechnet gewesen, als ob sie durch das offene Fenster gesprochen wäre. Ich habe erklärt, daß unsere Regierung vor allem den Frieden erstrebt, daß sie aber nur einen ehrlichen demokratischen Frieden unterzeichnen kann, und dieser zweite Teil des Satzes ist aus dem amtlichen Berichte entfernt worden. Ich glaube, daß wir jetzt zur Beratung der beiden Antworten, die hier vorgeschlagen worden sind, übergehen können, wobei ich die Ansicht äußere, daß unsere Antwort sich von der der Gegenseite durchaus nicht durch einen diktatorischen und irritierenden Ton unterscheidet, sondern durch viel größere Klarheit und Konsequenz. Der Ton kann m. E. nicht irritierend für diejenigen werden, die mit uns zusammen ein Lebensinteresse haben an der Lösung dieser Frage in ihrer ganzen Realität und Schwierigkeit. Ich muß noch einmal betonen, daß in der Frage der Zurückziehung der Truppen ich in keiner Weise der Ansicht des Herrn Vorsitzenden beitreten kann, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Das ist sogar nicht richtig in Bezug auf die afrikanischen Kolonien. Wenn heute Großbritannien alle seine Truppen aus Indien fortführen würde, dann würde dort die Grundlage, ein lebender Stoff eines Volkes zurückbleiben, das für sich ein

staatliches Leben und selbständige Existenz erstrebt, aber jedenfalls kein leerer Raum, und diejenigen Völker, die das Gebiet Polens, Litauens und Kurlands bewohnen, würden in keiner Weise in einer politisch schwierigen Lage sich befinden, wenn die Besatzungstruppen sie sich selbst überlassen würden. Wenn ich richtig verstehe, inwieweit es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so kann man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der Herr Vorredner, wie er dies schon häufig getan hat — es liegt von meiner Seite kein Vorwurf darin — hier wieder ein Stück unserer Spezialdiskussion an die Spitze gestellt hat. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit, die in unserem Texte aufgeführt worden sind, in den betreffenden Gegenden eine sehr gewichtige Rolle spielen. Ich möchte wiederholt vorschlagen, daß wir ganz langweilig und ganz geschäftsmäßig uns zunächst einmal über die 4 von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen Punkte in der von ihr vorgeschlagenen Ordnung unterhalten.

Herr Trockij: Ich schließe mich vollständig der Geschäftsmäßigkeit an, halte dagegen die Langweile nicht für einen notwendigen Bestandteil der Verhandlung.

Staatssekretär v. Kühlmann: Auch ich möchte nicht unbedingt auf letzterer bestehen.

Herr Trockij: Folglich ist hier eine vollkommene Übereinstimmung erzielt.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich nehme das als gutes Omen für die weiteren Verhandlungen und möchte vorschlagen, wenn es dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation genehm ist, die Sitzung auf morgen 10 Uhr vormittags zu vertagen.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.⁵⁾

Kühlmann.

⁵⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Kohl!“

15. 1. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Telegramm. Nr. 112. Abgeg. Brest-Litowsk, 15. 1. 1918, 12.05 vorm., angek. 15. 1. 1918, 12.30 vorm. Überschrift: „Für Freiherrn v. dem Bussche vertraulich und persönlich“.

Heute nachmittag 5 Uhr Sitzung zwischen Deutschland, Österreich und Rußland, an der die Ukrainer teilnahmen. *Graf Czernin* durch Erkältung verhindert, war durch Gesandten v. *Wiesner* vertreten.

Staatssekretär wiederholte seine Bedenken gegen die neue Verhandlungsmethode mit formulierten Erklärungen. Gesandter v. *Wiesner* verlas sodann die verein-

barte Antwort Deutschlands und Österreich-Ungarns auf den letzten russischen Vorschlag.

Trockij, der darauf das Wort ergriff, protestierte gegen die tendenziöse Kürzung seiner Rede vom 10. Januar durch den amtlichen deutschen Pressedienst.¹⁾ Sodann polemisierte er gegen die Rede des Generals *Hoffmann* vom Sonnabend. Er versuchte ironisch Gegensatz zwischen O.H.L. und kaiserlicher Regierung zu konstruieren. Am Tone der russischen Erklärung sei nichts auszusetzen. Wenn man siegreiches Vordringen der Truppen in feindliches Gebiet als maßgebend für den Ton der beiderseits abzugebenden Erklärungen ansehe, so würde Rußland den vier verbündeten Mächten gegenüber verschiedene Sprache führen müssen (Ostgalizien und Kaukasus). Was die Machtpolitik der Maximalisten anlangt, so sei in Rußland niemand vogelfrei. Er würde es nur begrüßen, wenn die sozialdemokratische Presse in Deutschland gleiche Freiheit genösse wie die bürgerliche in Rußland. In Rußland werden nicht Arbeiter und Bauern erschossen, sondern Kapitalisten und Grundbesitzer verhaftet, wenn sie sich gegen das Volk versündigten. Als Repressalien gegen einen rumänischen Übergriff seien kürzlich auf seinen Rat in Petersburg die rumänische Gesandtschaft und Militärmission mit ihrem gesamten Personal verhaftet worden. Die Gewalt, die die Maximalisten anerkannten, stütze sich auf Millionen von Bauern, Arbeitern und Soldaten und sei eine heilige, aus dem geschichtlichen Fortschritt erwachsene Gewalt. Der weißrussische Kongreß in Minsk habe sich aus Agrariern zusammengesetzt. Der Widerstand gegen ihn sei von Soldaten weißrussischer, großrussischer usw. Nationalität ausgegangen. Die Meinungsverschiedenheiten mit der Ukraine, die leider noch immer andauerten, hinderten die Maximalisten nicht, das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine anzuerkennen.

Sodann ironisierte **Trockij**, daß General *Hoffmann* die Räumung der besetzten Gebiete verweigere wegen Fehlens eigener Verwaltungsorgane, während der Staatssekretär die Selbständigkeit der Gebiete mit dem Vorhandensein solcher Organe begründe und darum die Räumung gleichfalls ablehne. Also auf entgegengesetzten Voraussetzungen aufgebaut die gleiche Schlußfolgerung. Wenn die Maximalisten genau wissen wollten, welches Schicksal den besetzten Gebieten bevorstehe, so entnehmen sie ihre Berechtigung hierzu aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Trockij behielt sich die Prüfung des deutschen Vorschlages vor, erklärte ihn aber in seiner jetzigen Form für unannehmbar.

Der Staatssekretär wies darauf hin, welch ungeheures Zugeständnis wir dem Gegner gemacht hätten, als wir uns damit einverstanden erklärten, daß er die Gesamtheit der Verhandlungen publiziere. Dies verpflichte uns nicht, ebenso zu verfahren und namentlich nicht Reden zu veröffentlichen, die nur zum Fenster hinaus gehalten würden. Was Rede *Hoffmanns* anlangt, behielt er sich und dem General das Recht vor, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Der Reichskanzler allein sei bei uns verantwortlich und erteile Instruktionen. Bei der engen politischen Übereinstimmung, in der er sich mit *Hoffmann* befände, sei es selbstverständlich, daß zwischen seiner und der Auffassung des Generals kein Zwiespalt bestehe. Zur Räumungsfrage bemerkte der Staatssekretär:

¹⁾ Vgl. Nr. 179.

Für das Leben eines Volkes sei das politische Moment so ausschlaggebend, daß Organe für die politische Meinungsäußerung zuerst entstehen. Wir wollten ohne Bruch und Gewalt vom Bestehenden ausgehen, während die Russen aus lauter Liebedienerei vor der Theorie erst einen luftleeren Raum schafften und dann in diesen den Staat hineinsetzen wollen.

Nächste Sitzung wurde auf morgen früh 10 Uhr anberaumt. Es soll dann mit der praktischen Arbeit begonnen und unter Zugrundelegung des russischen Vorschlages und unserer Antwort eine Formulierung versucht werden.

Gesamteindruck:

Die Russen wollen den Abbruch vermeiden, werden aber mit großer Zähigkeit an ihrem sachlichen Standpunkt festhalten und schwerlich auf die von der Heeresleitung gewünschte Linie zurückzudrängen sein.

Rosenberg.

200.

15. 1. 1918: Österreichische Pressestimmen über den „Faustschlag“ des Generals Hoffmann¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Botschafter Graf v. Wedel an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 31. Abgeg. Wien, 15. 1. 1918, 1.05 nachm., angek. 15. 1. 1918, 4.05 nachm.

Die heutige Nummer der *Zeit* bringt unter der Überschrift „Paktieren oder Diktieren“ folgende scharfe Entgegnung auf die Rede des Generals *Hoffmann* in Brest-Litowsk:

Das Auftreten des Generals *Hoffmann* hat lebhaftes Befremden erregt. Schon der Ton wirkte als wenig erfreuliche Überraschung, und in noch höherem Grade gilt dies von der Erklärung, die er abgab. Wir sind selbstverständlich in Österreich jederzeit bereit, für jedes deutsche Interesse und für jede deutsche Forderung, die von der amtlichen Politik Deutschlands vertreten werden, bundestreu mit einzustehen. Aber als amtliche deutsche Politik kennen wir nur jene, die vom Reichskanzler gemacht wird in Übereinstimmung mit dem bekannten Friedensprogramm der deutschen Reichstagsmehrheit. Dieser Friede, also nicht der Machtfriede, sondern der Verständigungsfriede, ist auch das immer wieder klar bezeichnete Endziel der österreichisch-ungarischen Politik. Um über einen Verständigungsfrieden zu verhandeln, sind die Diplomaten Österreich-Ungarns und Deutschlands nach Brest-Litowsk gegangen. Um über strittige Territorialfragen zu einem Ausgleich zu kommen, sitzen die Diplomaten in der dazu geschaffenen Kommission. Plötzlich aber steht hinter den Diplomaten ein General auf, schlägt mit der Faust auf den Tisch und erklärt, in die Angelegenheiten der besetzten Gebiete hätten die Russen überhaupt nichts dreinzureden. Es soll also diktieren, nicht paktieren werden. Über die Territorialfragen mitzusprechen ist noch nie einem Besiegten vom Sieger verwehrt worden. Just in Brest-Litowsk, wo man zusammengekommen ist, um einen Musterfrieden zu schließen, einen Frieden, der allen Völkerhaß auslöschen soll, just da soll den Vertretern eines Staates, der einen beträchtlichen Gebietsverlust erleiden

¹⁾ Vgl. auch Nr. 242.

soll, keine Aussprache darüber, keine „Einmischung“ in diese ihnen so nahe gehende Angelegenheit gestattet sein. Das verstehe, wer kann. Verständnis und Beifall wird General *Hoffmann* allerdings bei den Annexionisten in Deutschland finden, Verständnis und Beifall — wohl weniger erwünschten — wird er auch im Entente-Lager finden, wo man nur auf eine neue Gelegenheit lauert, den preußischen „Militarismus“ von der friedensbedürftigen Welt denunzieren zu können. Die *Times* hat ein Freudengeschrei über Deutschlands nunmehr „entlarvte Hypokrisie“ erhoben. Nun wird sie vollends ein Triumphgeheul anstimmen. Hat sich nicht im Beratungssaal zu Brest-Litowsk der Annexionshunger in Generalsuniform erhoben und mit der Faust auf den Tisch geschlagen? Hat er nicht den Grundsatz proklamiert: meine Macht ist mein Recht? So wird man im Auslande von der Sache sprechen. Wir in Österreich aber sagen: da tun wir nicht mit. Wir halten uns an die Politik, die als die unsrige und als die unserer Verbündeten von den verantwortlichen Staatsmännern feierlich vor aller Welt verkündet wurde, an die Politik, die das Verhandeln nicht ablehnt, sondern es sucht, die paktieren und nicht diktieren will. Wir beklagen es tief, daß die große Spaltung in der öffentlichen Meinung Deutschlands den deutschen Staatsmännern das Verhandeln nach außen so sehr erschwert. Noch viel schmerzlicher aber würde es uns berühren, wenn wir den Gegensatz zwischen Annexionisten und Friedensfreunden, zwischen Alldeutschen und Reichstagsmehrheit bis in die Beratungszimmer dringen sähen, wo ein mächtiger Staats- und Volkswille nur eingestaltig und nie zwiespaltig erscheinen darf.

Die *Zeit* steht seit ihrem Verkauf zwar dem Ballplatz nahe, kann aber nicht als offizielles Organ angesehen werden. Ich glaube daher nicht, daß der Artikel von der hiesigen Regierung inspiriert ist. Die übrigen Blätter enthalten sich einstweilen noch längerer Kommentare, wenn auch eine gewisse Besorgtheit über die Erklärungen des Generals *Hoffmann* durchklingt. Im Gegensatz dazu schreibt das uns nahestehende *Deutsche Volksblatt*:

Die Erklärung des Generals *Hoffmann* entspricht durchaus den tatsächlichen Verhältnissen, vor allem der Tatsache, daß die Petersburger Regierung noch weniger als eine autokratische die Mittel der Gewalt verschmäht, wenn sie sie mit Erfolg anwenden zu können vermeint, und die großen demokratischen Prinzipien der Freiheit nur dann als bestimmend aufstellt, wenn sie sich einem Stärkeren gegenüber sieht. Finnland und die Ukraine haben sich bereits als stärker erwiesen, und darum kann uns all das großsprecherische Getue in Litausch-Brest nicht in der Überzeugung erschüttern, daß man zu einem Abschlusse kommen wird, wenn unsererseits die Verhandlungen in einer der Eigenart der neuen russischen Diplomatie und der Lage der Petersburger Regierung entsprechenden Weise geführt werden. Die Lage ist klar, die Russen wissen, was wir wollen, es ist nichts Unbilliges, nichts, was die russischen Interessen verletzen würde, allein es ist unsere Pflicht, Länder, die ihren Willen bereits kundgegeben, nicht gegen diesen ihren Willen einer Gewaltherrschaft wieder auszuliefern und dadurch unsere Grenzen zu gefährden. Vor allem können die Russen aus den Erklärungen des Generals *Hoffmann* entnehmen, daß sie auf dem besten Wege sind, durch ihren in den Weihnachtsferien vollzogenen Frontwechsel in der Selbstbestimmungsfrage die bis dahin bereits erreichten Ergebnisse und damit das zu gefährden, was sie am notwendigsten brauchen: den Frieden.

Wedel.

201.

15. I. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Gesandten v. Rosenberg (Brest-Litowsk)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Telegramm. Nr. 203.

Graf Wedel drahtet: „Die Erklärungen des Generals *Hoffmann* werden auch von ungarischen Zeitungen, z. B. *Pester Lloyd* und *Pesti Naplo* verurteilt. Am Ballplatz ist man der Ansicht, daß der General übers Ziel geschossen habe.“¹⁾
Bussche.

¹⁾ Originaltelegramm des Deutschen Botschafters *Grafen v. Wedel* an das Auswärtige Amt aus Wien, 15. I. 1918. — Darin heißt es: „... Außer von hiesiger Zeitung *Zeit* wird die Erklärung des Generals *Hoffmann*, wie mir mitgeteilt wird, auch von ungarischen Zeitungen z. B. vom *Pester Lloyd* und *Pesti Naplo* verurteilt. Auch am Ballplatz wird die Erklärung als übers Ziel geschossen angesehen“. — Vgl. auch Nr. 200, 242.

202.

15. I. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Telegramm. Nr. 117. Abgeg. Brest-Litowsk, 15. I. 1918, 6.07 nachm., angek. 15. I. 1918, 7.20 nachm. Kopf des Telegrammes: „Ausw. v. 16. I. Nr. 205 (Tel. 3)“. Überschrift: „Für Freiherrn v. dem Bussche“.

Eben ließ mich *Graf Czernin*, der wegen starker Erkältung das Zimmer hütet, zu sich bitten, um mir zu sagen, daß er durch die Äußerungen der deutschen Presse, namentlich die in der Montagsausgabe des *Berliner Tageblattes* enthaltenen Mitteilungen, besonders in bezug auf die polnischen Grenzrektifikationen, sehr beunruhigt sei, umsomehr als ihm amtlich gemeldet worden ist, die deutsche O.H.L. verlange neuerdings außer den seit längerer Zeit zur Debatte stehenden polnischen Grenzrektifikationen auch die Abtretung eines Stückes von Galizien. Er fragte mich, ob ich keine Nachrichten hätte. Ich mußte dies verneinen. Ich wäre dankbar für baldige Benachrichtigung über den Stand dieser wichtigen Angelegenheit.

Die Berliner Presse ist geeignet, den Eindruck zu erwecken, als herrschte in Deutschland erhebliche Unruhe und Verwirrung. Diese wirkt hinwiederum sehr ungünstig auf die hiesigen Verhandlungen ein, da sowohl Bolschewiki als Ukrainer erheblich steifnackiger werden und mit Zähigkeit an ihren Forderungen festhalten.

Kühlmann.

203.

15. I. 1918: Aufzeichnung des Legationssekretärs Jordan über ein
Telephongespräch mit dem Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 9. Überschrift: „G[ehorsame] A[nzeige]“.

Herr v. *Rosenberg* telefonierte aus Brest (4 Uhr 40 nachm.):

Die Sitzung mit den Russen ist heute Mittag gegen 1 Uhr unterbrochen worden, um 5 Uhr nachm. soll sie fortgesetzt werden. Die Ukrainer waren nicht erschienen. Graf Czernin ist noch immer krank. Sachlich ist ein Fortschritt nicht zu verzeichnen, Theorie steht gegen Theorie. Der Herr Staatssekretär hat praktisch Formulierungen versucht, z. B. über den Zeitpunkt des populären Votums. Die Russen sind hierin der Ansicht, daß die von uns angegebene Zeitspanne zu lang sei, praktische Gegenvorschläge haben sie indessen nicht vorgebracht.

Nach der Sitzung ist Herr v. Kühlmann mit Herrn Joffe $\frac{1}{2}$ Stunde allein geblieben; Joffe hat hierbei zur Erwägung gestellt, ob nicht ein ganz kleines Redaktionskomitee zusammentreten solle, das auf russischer Seite nur aus Trockij — eventuell mit Joffe — auf deutscher Seite aus Herrn v. Kühlmann eventuell mit Czernin — bestehe. Protokolle sollten dann nicht geführt werden. Falls Trockij hierauf eingeht, scheint dies zunächst der einzig praktische Weg zu sein, um weiter zu kommen; Herrn v. Rosenberg erscheint es indessen zweifelhaft, ob Trockij diesem Vorschlage zustimmen wird; er fürchtet, daß wir auf der von den Militärs zugestandenen Basis nicht zum Abschluß gelangen werden. Die Wirkungen auf die Russen der Äußerungen des Generals Hoffmann scheinen ihm nicht glücklich zu sein.

pr. not.

Obiges Telephongespräch soll als Ersatz für privates Sitzungstelegramm dienen.
J[ordan] 15. I.

204.

15. 1. 1918, vorm.: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 118. Brest-Litowsk, 15. 1. 1918, angek. 15. 1. 1918, 9.20 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung territorialer und politischer Fragen vom 15. Januar 1918 vormittags 11 Uhr“. Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Staatssekretär v. Kühlmann: Meine Herren! Wir wollen die Besprechung wieder eröffnen, und zwar wie gestern verabredet worden ist, nunmehr in die Detailbesprechung eintreten nach Maßgabe der vier Punkte, über die wir gestern übereingekommen sind. Ich möchte in der Reihenfolge der Punkte eine Abänderung vorschlagen und den Umfang des Territoriums zurückstellen bis nach Diskussion der anderen drei Punkte, und zwar sind hierbei für mich nachstehende Gründe maßgebend: Erstens glaube ich, daß die Frage des Territoriums die relativ am wenigsten bestrittene sein wird, dann finden zwischen der ukrainischen Delegation und anderen Delegationen gewisse Gedankenaustausche statt, welche auf die Frage des Territoriums vielleicht nicht ganz ohne Einfluß sein können, und endlich aus dem rein praktischen Grunde, daß gewisses Kartenmaterial, das ich erbeten habe, noch nicht zur Stelle ist. Mein Antrag würde also dahingehen, zu

debattieren zunächst über Punkt 2, die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Lösung der Frage vom staatlichen Geschieke der Territorien und Nationen vollzogen werden soll. Ich würde dann den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation bitten, den Punkt 2 näher auszuführen.

Herr **Trockij**: Ehe ich mich äußere zu dem Vorschlage bezüglich einer neuen Reihenfolge in der Besprechung der Punkte, muß ich zu einem Vorschlag zurückkehren, den die Gegenpartei uns gemacht hat. Die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation haben auf einer der letzten Sitzungen einen Vorschlag gemacht, einige diesen Delegationen persönlich bekannte Vertreter der in Frage stehenden Gebiete mit zu den Verhandlungen heranzuziehen, und zwar Vertreter derjenigen Gebiete, die nach Ansicht der erwähnten Delegationen bereits zu staatlichen Einheiten geworden sind, da sie in genügender Weise ihrem Willen zur unabhängigen staatlichen Existenz Ausdruck gegeben haben. Wir konnten nicht sofort eine Antwort auf diese Frage erteilen, da wir uns vorher noch darüber klar werden wollten, welche Kriterien nach Ansicht der Gegenpartei als entscheidend anzusehen sind, um festzustellen, inwieweit bestimmte Organe berechtigt oder nicht berechtigt sind, darauf Anspruch zu erheben, dem Willen des Volkes Ausdruck zu geben. Diejenigen Vorschläge und Meinungsäußerungen, die wir in formulierter Form überreicht haben, hatten den Zweck, uns Material zu verschaffen, um diese Frage beurteilen zu können. Wie ich schon gestern erwähnt habe, haben die Antworten, die wir angehört haben, auf uns in formeller Hinsicht den Eindruck großer Widersprüche gemacht, die aber dem Wesen nach darauf hinauslaufen, daß den Okkupationsbehörden eine auf ihre Kraft begründete Machtstellung zuerkannt wird, das Recht, die Schicksale der okkupierten Gebiete selbständig zu lösen und nach eigenem Gutdünken diese oder jene Organe für die Entscheidung der Fragen zu benützen, unabhängig davon, wann diese Organe entstanden sind, auf welcher sozialen Grundlage, welches ihre Bestimmung war und wie ihr tatsächliches politisches Gewicht zu bewerten ist, wobei für die Tätigkeit dieser von den Okkupationsbehörden willkürlich anerkannten Organe durch dieselbe Okkupationsgewalt willkürlich Grenzen gezogen werden. Soweit aber die Regierungen der Gegenpartei wenigstens im Rahmen dieser Friedensverhandlungen der Ansicht sind, daß diese Organe die Träger des Willens der Völker sind, die bereits ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt haben — um das zu charakterisieren — so würden wir es im höchsten Grade zweckmäßig erachten, wenn Vertreter dieser Organe zu den hier stattfindenden Friedensverhandlungen gezogen würden. Die Vertreter dieser Organe hätten damit hier die Gelegenheit, ihre von uns bestrittenen Rechte nachweisen zu können, beziehungsweise ihr Anrecht auf die Vertretung ihrer Völker vor der ganzen Welt. Und wenn so auch nicht die Widersprüche beseitigt worden wären, dann doch wenigstens ihre am meisten in die Augen springenden Punkte, darin bestehend, daß die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung das Recht bestimmter von ihnen propagierter Organe vertreten, dem Willen der Völker Ausdruck zu geben, während gleichzeitig diese angeblich souveränen Organe durch das Regime der Okkupation von den Verhandlungen abgeschnitten sind, auf denen ihr Schicksal und das Schicksal der Gebiete, deren Willen sie auszudrücken sich für berufen halten, entschieden wird. Wir kommen daher dem zweimal geäußerten Wunsche der

Gegenpartei entgegen, Vertreter derjenigen Organe hierher einzuladen, auf deren Äußerungen sich die österreichisch-ungarische und die deutsche Regierung berufen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich mache darauf aufmerksam, daß ich unsere Bereitwilligkeit, Vertreter der betreffenden Völkerschaften hier an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, ausdrücklich davon abhängig gemacht habe, daß das Erscheinen dieser Vertreter hier auch von der russischen Delegation in dem Sinne ausgedeutet wird, daß die Präsumtion der Staatswerdung durch die Entsendung dieser Delegation auch von ihrer Seite akzeptiert wird. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Herr Vorsitzende der russischen Delegation in früheren Verhandlungen dargelegt hat, sie würde die Meinungsäußerungen eines Landtages betrachten als die Äußerung des Willens eines bestimmten einflußreichen Teiles der Bevölkerung. Ich glaube deshalb, daß von dem damals eingenommenen Standpunkte der russischen Delegation bis zur Anerkennung des präsumtiven Charakters, wie ich ihn eben dargelegt habe, kein allzu weiter Schritt ist. Daß ohne eine solche präsumtive Anerkennung die Zulassung von Vertretern der betreffenden Völker zu den Verhandlungen begriffsmäßig sich von selbst ausschließt, bedarf eigentlich keiner näheren Ausführung. Entweder die Herren kommen hierher als Sprecher und Vertreter ihrer Völker, und dann muß zwischen uns Übereinstimmung bestehen, daß diese Volkspersönlichkeiten wenigstens präsumtiv entstanden sind, oder aber sie kommen als Privatleute hierher und haben dann auf diesen Besprechungen nichts zu suchen. Wenn diese Voraussetzungen von dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation angenommen werden, so bin ich bereit, sofort mit den Bundesgenossen in einen Gedankenaustausch einzutreten, ob und in welcher Form die von der russischen Delegation gewünschte Entsendung der Vertreter dieser Völker hier vollzogen werden könne.

Herr **Trockij**: Es ist selbstverständlich, daß wir in der Art der Besprechung der Hinzuziehung der Vertreter dieser strittigen Organe nicht diejenige Frage entscheiden können, bzw. als entschieden ansehen können, die gerade jetzt den Hauptgegenstand der zwischen uns zu führenden Besprechungen und der zwischen uns bestehenden Widersprüche bildet. Wenn wir der Ansicht Ausdruck gegeben haben, daß die Meinungsäußerung eines Landtages nur diejenige bestimmter einflußreicher Gruppen ausdrückt, so beseitigt das nicht aus unserem Gesichtsfelde die Tatsache, daß diese auf Grund ihrer wirtschaftlichen Situation sehr einflußreichen Gruppen nach der Ansicht der deutschen Presse 3—7% der Bevölkerung umfassen. Fast genau ebenso ist auch unsere statistische Aufstellung.

Da wir aber der Meinung sind, daß der Willen des Volkes durch das Volk geäußert werden muß und nicht durch bevorzugte Gruppen der Bevölkerung, so würden wir es als einen vollständigen Verzicht auf diejenigen Prinzipien ansehen müssen, die einen wesentlichen Bestandteil unseres Programms darstellen, wenn wir direkt oder indirekt den Volksmassen in Polen, Kurland und Litauen Veranlassung geben würden, uns dessen zu beschuldigen, daß wir bereit wären, die Vertretung der höchsten privilegierten Kreise ihres Landes anzuerkennen als die Vertreter des Willens des gesamten Volkes, und da der Herr Staatssekretär darin einen Hinderungsgrund sieht, um eine provisorische Ordnung für die Teilnahme

dieser Vertreter an den Verhandlungen zu schaffen, so entfällt hiermit von selbst der früher gemachte Vorschlag.

Staatssekretär v. Kühlmann: Der vom Herrn Präsidenten der russischen Delegation gemachte Vorschlag?

Herr Trockij: Der Vorschlag, der von der Gegenpartei gemacht wurde, den wir nicht so verstanden haben, als wäre er mit der Bedingung verknüpft, daß wir vorher die Rechtmäßigkeit dieser Organe anerkennen. Ich bestreite in keiner Weise die Äußerung des Herrn Staatssekretärs, ich betone nur, daß wir es nicht dahin verstanden hatten, daß die Hinzuziehung dieser Vertreter mit der unbedingten vorherigen Anerkennung unsererseits verknüpft wäre.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann die Worte im Protokoll jetzt nicht gleich finden. Ich erinnere mich aber sehr genau, in meiner Aussprache dies vollkommen klargestellt zu haben. Ich werde gleich die betreffende Protokollstelle verlesen: „Der Herr Vorredner hat sich darüber beklagt, daß wir hier noch keine Vertreter der besprochenen Nationen zu den Verhandlungen haben. Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch seiner Ansicht nach diese Volksindividualitäten nunmehr geschaffen sind und das Recht der Selbstbestimmung ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben, so bin ich meinerseits bei rückhaltloser Anerkennung dieser Voraussetzung von seiten der russischen Delegation gerne bereit . . .“¹⁾ Wie ich eben mir auszuführen erlaubte, habe ich den Eindruck, daß wir uns etwas in einem *circulus vitiosus* befinden. Dieser Standpunkt ist von mir wiederholt dargelegt worden, daß die weite Kreise der Bevölkerung repräsentierenden Vertreterkörper als bevollmächtigt angesehen werden können, für die betreffenden Völker zu sprechen. Von seiten der russischen Delegation wird bemängelt, daß diese Vertretungskörper keine genügend breiten Schichten der Bevölkerung repräsentieren, implizite aber zugegeben, daß zur Zeit ein Organ, welches ihrer Anschauung nach diese Funktion erfüllen könnte, nicht existiert. Aus diesem Grunde wollen Sie den betreffenden Völkern die Entstehung der Volkspersönlichkeit und die Äußerung politischen Willens versagen. Dieser Streit ist gewissermaßen ein historischer; jedenfalls glaube ich, daß er durch weitere Diskussion einer Lösung nicht nähergebracht werden kann. Meiner Ansicht nach hat die Diskussion auch keine weiterführende Aufgabe als die gegenseitigen Standpunkte vollkommen aufzuklären, nach vollkommener Aufklärung zu versuchen, die beiden Standpunkte zu vereinigen und, wenn eine solche Vereinbarung sich als unmöglich erwiesen hat, die unvereinigten Ansichten sich selbst zu überlassen und zu dem nächsten Diskussionspunkte überzugehen. Wenn dann das gesamte Material durchgesprochen ist, ergibt sich klar, auf welchen Punkten Übereinstimmung erzielt werden konnte und welches die noch trennenden Punkte sind. Wenn die Angelegenheit bis zu diesem Stadium gefördert ist, haben die Unterhändler ihre Pflicht getan, und es ist die Aufgabe der maßgebenden Faktoren des Staates, die ihnen nötig scheinenden Konsequenzen zu ziehen.

Über die bisher besprochenen Fragen der Staatwerdung und der Äußerung staatlichen Willens ist Klarheit geschaffen, die Zuziehung von Delegationen ist aus den eben dargelegten Gründen nach der von mir verlesenen ausdrücklichen Er-

¹⁾ Vgl. Nr. 180.

klärung an Voraussetzungen geknüpft, welche der russischen Delegation nicht akzeptabel sind. Ich habe aber aus den Worten des Herrn Vorredners doch den Eindruck, als sei er in den verschiedenen vorliegenden Fällen nicht vollkommen über die Zusammensetzung der Vertretungskörper informiert. Wenn er der Auffassung ist, daß eine ausführlichere Information über die Zusammensetzung der betreffenden Vertretungskörper es ihm ermöglichen könnte, die von uns statuierte Präsomtion bezüglich dieser Vertretungskörper unter Umständen anzuerkennen, so würde ich meinerseits bereit sein, über die Einzelheiten der Zusammensetzung und des Mandats dieser Körperschaften der russischen Delegation Mitteilung zu machen. Hat die russische Delegation den Eindruck, daß sie unter keinen Umständen auf diesen präsomtiven Charakter einzugehen bereit ist, dann wären solche Darlegungen reiner Zeitverlust und unterbleiben besser. In diesem Falle müßte es sein Bewenden haben bei dem, was ich eben ausgesprochen habe, der Feststellung, daß die gegenseitigen Gesichtspunkte in dieser Frage sich auch durch eingehende Diskussion auf einer mittleren Linie nicht vereinigen lassen. Dieser Unterschied ist, wie ich eben betont habe, ein historischer, und der mangelnde Konsensus hierüber braucht an sich nicht naturnotwendig zum Scheitern unserer Verhandlungen zu führen, zumal da ja die verbündeten Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt haben, daß sie bereit sind, eine bestätigende Volkskundgebung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen.

Gelänge es, über die Bedingungen dieser Volkskundgebung auf breiter Basis Übereinstimmung zu erzielen, so würde die Meinungsverschiedenheit darüber, ob diese Volkskundgebung als konstituierend oder konfirmierend anzusehen ist, meiner Ansicht nach ein Scheitern unserer Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Ich würde also beantragen, diesen zweiten Gedankenkreis, nämlich den der Schaffung der Vorbedingungen für die Volkskundgebung auf breiter Grundlage, der Diskussion zu unterstellen. Der ursprüngliche russische Vorschlag, in welchem der Stand der Diskussion vor der Weihnachtspause festgehalten war, sagte darüber: „Entsprechend den Prinzipien der russischen Regierung, die für alle ohne Ausnahme in Rußland lebenden Völker ein bis zur Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, wird der Bevölkerung dieser Länder die Möglichkeit gegeben, während eines näher genau festgesetzten Zeitabschnittes vollständig frei die Frage“ — ich will gleich die kleinen stilistischen Korrekturen vornehmen, die notwendig sind — „ihres Anschlusses an den oder jenen Staat oder der Bildung eines selbständigen Staates zu entscheiden.“²⁾ Es würde sich darum handeln, diesen genau festgesetzten Zeitabschnitt nunmehr zu diskutieren.

Dieser Zeitabschnitt hätte meiner Ansicht nach zu beginnen mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland — das bedarf keiner näheren Begründung — und hätte sich soweit in die Zukunft hinein zu erstrecken, daß mit einiger Sicherheit angenommen werden kann, es werde vor Ablauf der gesteckten Frist möglich sein, diejenigen Folgen und Begleiterscheinungen des Krieges auszuschalten, welche nach den von der russischen Delegation dargelegten Ansichten geeignet erscheinen, die vollkommene Freiheit der Willenskundgebung zu beeinträchtigen. Es

²⁾ Vgl. Nr. 116.

würde sich also darum handeln, eine Frist nach Abschluß des allgemeinen Friedens zu finden, welche kurz genug ist, um Verschleppungen hintanzuhalten, und lang genug, um die von mir skizzierten notwendigen Vorbedingungen durchzuführen. Es würde also, um einen Vorschlag zur Debatte zu stellen, etwa zu bestimmen sein: „Der im russischen Entwurf vorgesehene Zeitraum läuft vom Abschluß des Friedens mit Rußland bis ein Jahr nach Abschluß des allgemeinen Friedens.“ Vielleicht hat der Herr Vorsitzende der russischen Delegation die Freundlichkeit, sich zu den geäußerten allgemeinen Gedanken und zu dem praktischen Vorschlage zu äußern.

Herr Trockij: In dem hier aus den Protokollen vorgetragenen Zitat ist keinerlei Widerspruch, wie ich es schon erwähnt hatte, mit den Äußerungen des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation festzustellen. Ich bin aber der Ansicht, daß wir das Recht hatten, diesem Vorschlag unsere eigene Auslegung zu geben: denn es war dort nicht die Rede von der präsumtiven Anerkennung der Unabhängigkeit bestimmter Völker und Gebiete. Diese präsumtive Anerkennung ist unsererseits in unserer Erklärung erfolgt in der Gestalt, daß wir aus der früheren Zugehörigkeit dieser Gebiete zu dem früheren russischen Kaiserreich keinerlei Schlüsse ziehen, welche der Bevölkerung dieser Gebiete gegenüber der russischen Republik irgendwelche Verpflichtungen auferlegen.

Um unsere Gedanken bezüglich dieser Frage zu erläutern, will ich in zwei Worten mir erlauben, ein uns ferner liegendes Beispiel anzuführen, und zwar bezüglich des schon einmal von mir in den Debatten erwähnten Indiens. Wenn dort jetzt die britische Herrschaft beseitigt würde, so würde die von uns präsumtiv anerkannte Selbständigkeit Indiens, von der wir hoffen, daß sie infolge des heldenmütigen Kampfes des indischen Volkes zur Tatsache wird, dann schon die selbständigen Organe zur Durchführung ihres Willens finden. Wir könnten aber die Anerkennung der Selbständigkeit Indiens in keiner Weise abhängig machen von der jetzt schon bestehenden Existenz von Organen in Indien, welche heute von der britischen Regierung anerkannt werden. Wir verknüpfen nicht in so mystischer Weise das Selbstbestimmungsrecht des Volkes mit einer äußerlich in staatsrechtliche Formen gekleideten Erklärung eines Organs, welches sein Recht auf die Vertretung des Volkes erst nachweisen muß. Da aber hier gerade formale Widersprüche zwischen unseren Standpunkten vorhanden sind, schließe ich mich in vollem Umfange der geäußerten Ansicht des Herrn ersten Vorsitzenden der deutschen Delegation an, daß es wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos wäre, die Debatte auf diesem Gebiet fortzusetzen. Es ist nicht zu bezweifeln, wenn die Voraussetzungen für die Volksabstimmung an derartige Vorbereitungen und Garantien geknüpft werden, welche die zukünftige Willensäußerung der beteiligten Völker als unbestreitbar hinstellen würden, dann wäre es für die praktische Lösung der Frage gleichgültig, welches Organ diese oder jene Regierung in irgendeinem vorhergehenden Zeitpunkt präsumtiv anerkannt hat. Folglich kommt es dem Wesen nach in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Willensäußerung des betreffenden Volksteils zu gewährleisten, und zur Sicherung dieser seiner Bedeutung wäre es nötig, daß es nicht nur einen konfirmierenden, sondern einen konstituierenden Charakter erhält.

Eine der wichtigsten Tatsachen, die mit dieser freien Äußerung des Willens verbunden ist, ist die Frage der Wegführung der Truppen aus den uns in diesem Zusammenhange interessierenden Gebieten. Der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation hat für die Debatte den konkreten Vorschlag gemacht, daß die Räumung dieser Gebiete beginnen soll mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland und beendet werden soll ein Jahr nach Abschluß des allgemeinen Friedens.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich habe gesagt, wir wollten debattieren zunächst die Zeit, innerhalb der diese Abstimmung oder dieses Volksvotum stattfinden soll. Die Bedingungen dieser Volkskundgebung würden erst der weiteren Debatte vorzubehalten sein. Verzeihen Sie die Unterbrechung; ich wollte das nur gleich feststellen.

Herr Trockij: Ich bin sehr dankbar für die eben gemachte Erläuterung. Es ist im Augenblick für mich schwer festzustellen, aus welchem Grunde ich zu dieser falschen Auffassung gelangt bin. Es ist möglich, daß dieses Mißverständnis durch unsere tiefe Überzeugung hervorgerufen worden ist, daß eine freie Abstimmung in diesen Gebieten nicht möglich ist, bevor sie von den besetzten Truppen geräumt sind. Jedenfalls bin ich der Ansicht, daß, um das Schicksal dieser Gebiete, welches durch die Entwicklung der Ereignisse an der Ostfront jetzt in den Vordergrund gestellt ist, untrennbar mit dem Verlauf und weiteren Gang des Krieges bis nach Abschluß des allgemeinen Friedens zu verknüpfen, auch bei der Gegenpartei keine genügenden Gründe vorliegen werden. Wenn Rußland durch einen Friedensschluß aus dem Kriege ausscheidet, so wird dadurch der friedliche Verkehr zwischen den beiden Parteien, Deutschland und Rußland, wieder ermöglicht. Natürlich ist dadurch leider die Fortsetzung des Krieges auf den anderen Fronten noch nicht ausgeschlossen. Da aber die Stellung Deutschlands gegenüber seinen anderen Gegnern durch den Abschluß eines Friedens mit Rußland jedenfalls nicht erschwert wird, so wäre es für die Bevölkerung der jetzt besetzten Gebiete nicht leicht einzusehen, warum sie während des weiteren Fortganges des Krieges durch die schwere Form des Anhaltens der Besetzung und des Übergangsregimes noch länger unter dem Krieg zu leiden hätte. Ihre ganze Existenz wäre durch eine derartige Formulierung der Frage in Zukunft noch mit einem Fragezeichen versehen. Da wir, wenn wir auch noch so optimistisch sind, in keiner Weise vorläufig die Möglichkeit haben, mit größter oder geringerer Genauigkeit den Zeitpunkt des allgemeinen Friedens zu bezeichnen, so würden wir der Ansicht sein, ohne vorläufig einen bestimmten Termin zu nennen, daß die Frage der Regelung des Geschickes der jetzt besetzten Gebiete entschieden werden muß in Abhängigkeit des Zeitpunktes, wann der Frieden an der Ostfront geschlossen wird, und der Liquidierung aller derjenigen Kriegsunternehmungen und Maßnahmen, die mit ihrem ganzen Gewichte auf den besetzten Gebieten ruhen. Wenn dies als Prinzip anerkannt würde, daß die besetzten Gebiete unabhängig von der Form, in welcher sie ihre staatliche Existenz später führen werden, nicht weiter in den Fortgang des Weltkrieges hineingezogen werden sollten, und zwar in größerem Umfange, als dies notwendig wäre für die Liquidierung der Folgen des Krieges an der Ostfront, dann würde sich der Termin aus der Erwägung aller sich daran anschließenden technischen Gesichtspunkte ergeben.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann dem Herrn Vorredner in seinen Dar-

legungen nicht beistimmen. Wir haben neulich bei der Besprechung der in unserem Artikel I formulierten Vorschläge schon dargelegt, daß von unserer Seite nach Ansicht der militärischen Sachverständigen ein großes Entgegenkommen darin liegt, daß wir uns bereit erklärt haben, die unter den Artikel I fallenden Gebiete schon nach Abschluß der russischen Demobilisation ohne Rücksicht auf den Fortgang des Weltkrieges zu räumen. Es war dies bei Diskussion des Artikels I der einzige Differenzpunkt, in dem die russische Delegation den Wunsch ausgesprochen hatte, die Räumung der Gebiete nach Artikel I solle planmäßig mit dem Fortschreiten der russischen Demobilisation stattfinden. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß in diesem Punkte eine weitere Annäherung zwischen unseren beiden Standpunkten herbeigeführt werden kann, falls wir in den anderen Punkten zu einer Übereinstimmung gelangen. Der Herr Vorredner hatte es so hingestellt, als ob mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland die Fortdauer des Krieges auf den anderen Fronten auf die Ostfront keinerlei Einfluß ausüben könnte. Es darf aber keinesfalls übersehen werden, daß solange der Krieg auf den anderen Fronten andauert, die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufflammens des Kampfes auch auf der Ostfront erheblich größer ist als nach Abschluß des allgemeinen Friedens. Ich will auf die Möglichkeiten nicht näher eingehen, aus denen ein solches Wiederaufflammen sich ergeben könnte; sie sind für jeden aufmerksamen Beobachter ohne weiteres klar. Die mangelnde Stabilität aller Verhältnisse ist durch die Geschichte des Verlaufes dieses Krieges genügend für alle dargelegt worden. Es ist also — dies möchte ich, um auch unnütze Diskussionen zu vermeiden, feststellen — für uns vollkommen ausgeschlossen, einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit Abschluß des allgemeinen Friedens rechnet. Es sind die elementarsten Forderungen der Sicherung des in diesem Feldzuge Errungenen, welche es unmöglich machen, mehr Sicherungen aufzugeben, solange der allgemeine Krieg dauert, als dies in unserem Artikel I vorgesehen ist.

Wenn ich, um auf die vorhergehende Ausführung des Herrn Vorredners einzugehen, auf Indien zurückgreifen darf, so möchte ich ihm die Frage vorlegen, ob er nicht nach Abzug der englischen Armee den Nizam von Haiderabad als präsumtiven Vertreter seines Volkes anerkennen würde, ohne daß derselbe auf eine Wahlhandlung größeren Umfanges sich berufen könnte.

Herr Troekij: Es ist natürlich, daß wir nicht bestreiten können, daß der weitere Fortgang des Krieges auch einen gewissen Einfluß ausübt auf diejenigen Gebiete, durch welche jetzt die Ostfront läuft. Ich glaube aber, daß, wenn es uns gelingt, in möglichst kurzer Zeit mit Klarheit und Bestimmtheit die Existenz der auf diesen Gebieten lebenden Völker gemäß ihrem Willen zu regeln, wir gerade dadurch in größerem Maße eine Sicherung aufführen würden gegen ein mögliches Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront, und im Gegenteil, je länger sich das jetzige Übergangsregime mit seinen für die beteiligten Völker unerträglichen Verhältnissen ausdehnt, umso eher nicht nur bei diesen Völkern die Versuchung entstehen könnte, durch neue gewaltsame Versuche das Übergangssystem durch ein endgültiges zu ersetzen. Da wir daher der Ansicht sind, daß in dieser jetzigen tragischen Epoche es notwendig ist, ganz neue Grundlagen und Bedingungen für das friedliche Zusammenleben der Völker zu schaffen, Garantien, die uns

viel größere Sicherungen bieten werden gegen alle blutigen Konflikte, weil sie begründet sein werden in dem Bewußtsein der Volksmassen, daß die neuen Grenzen gemäß ihrem eigenen Willen gezogen sind, gerade deswegen bestehen wir auf einer möglichen Abkürzung der Frist des Übergangsregimes.

Was mein Beispiel anbetrifft, zu dem der Herr Vorredner zurückgekehrt ist, so habe ich keinerlei Garantien dafür, daß nicht mit demselben Augenblick, wo die englische Regierung in Indien beseitigt wäre, auch der erwähnte Nizam verschwinden würde. Jedenfalls bis zum Eintreten dieser Tatsache, bis zur Nachprüfung, inwieweit die Lage des Nizams gesichert ist nach der Entfernung der englischen Truppen, würde ich Abstand nehmen von seiner präsumtiven Anerkennung. Ich könnte hierbei auf ein anderes vielsagenderes Beispiel hinweisen. In der französischen Kolonie Annam hat während des Verlaufes des Weltkrieges der dortige Herrscher das Banner des Aufstandes gegen die Franzosen erhoben. Als Entschuldigung für ihn kann der Umstand dienen, daß er erst 18 Jahre alt ist. Die Franzosen haben ihn abgesetzt und ihn durch einen gefügigeren ersetzt, das ist sein Onkel, der schon ein reiferes Alter erreicht hat. Ich bin der Ansicht, daß in dem Augenblick, wo die französische Herrschaft in Annam ihr Ende erreicht haben wird, die Geschichte wohl kaum diesen Onkel beauftragen wird, dem Willen der Annamiten Ausdruck zu verleihen. Ob sie vielleicht den Neffen berufen werden, das weiß ich nicht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß wir das volle Recht der Annamiten anerkennen, ihr Vaterland zu verteidigen und nicht für die Verteidigung der französischen Republik einzutreten.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich möchte mich über die Rechte und Pflichten der Annamiten in diesem Kreise nicht länger verbreiten, und ich glaube auch nicht, daß wir verpflichtet sind, die hypothetischen Fälle, die in Indien bei Zurückziehung der englischen Truppen eintreten könnten, hier einer ausführlichen Analyse zu unterziehen.

Über den Punkt, daß es wünschenswert ist, so rasch als möglich klare Verhältnisse zu schaffen und den durch den Krieg geschaffenen Zuständen ein Ende zu machen, auf welche ich die vom Herrn Vorredner benützten Adjektive nicht für anwendbar halte, die aber immerhin der Bevölkerung manches Schwere auferlegen — also in der Grundauffassung stimmen wir vollkommen überein. Aus den oben dargelegten Gründen halte ich es aber für untunlich, die militärischen Sicherungen vor Abschluß des ganzen Krieges in irgendeiner Weise zu schwächen. Die Gründe habe ich mir vorhin klarzulegen erlaubt. Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation der Anschauung ist, daß er die von mir vorgeschlagene Fassung, wobei ich den Termin eines Jahres als diskutierbar erklärte, nicht annehmen kann, so würde ich ihn bitten, seinerseits seinen Vorschlag zu formulieren, damit wir wenigstens über diesen einen Punkt durch die Arbeit dieses Vormittags volle Klarheit geschaffen haben.

Herr **Trockij**: Ich habe schon betont, daß die Meinungsverschiedenheit nicht geknüpft ist an den Termin, innerhalb dessen nach Beendigung des Weltkrieges das Übergangsregime beendet werden sollte, da wir bei dem augenblicklichen Stadium der Verhandlungen immerhin bei der Überzeugung bleiben, daß, soweit die Gegenpartei von der Voraussetzung der Anerkennung der betreffenden

Gebiete auf selbständiges Dasein ausgeht, es notwendig ist, in die Artikel des Friedensvertrages derartige Bürgschaften aufzunehmen, daß das Leben dieser Völker nicht in Zusammenhang gebracht wird mit der jetzt nicht näher bezeichneten und auch gar nicht näher zu bezeichnenden Zeitspanne bis zur Beendigung des allgemeinen Krieges. Darin sehen wir eine sehr große Gefahr. Die Aufrechterhaltung des Kriegszustandes in diesen Gebietsteilen, die eben erst zur Äußerung ihres Selbstbestimmungsrechtes aufgefordert sind, kann natürlich keine realen Garantien für friedliche Beziehungen ergeben, sowohl für diese Gebiete selbst wie für die an sie grenzenden Staaten, und ich erlaube mir doch zu bemerken, daß die Einwohner dieser Gebiete ebenso wie die von uns angeführten Bewohner der Kolonien das Recht besitzen, in dem Lande zu leben, das als ihr Land anerkannt wird, ohne gezwungen zu sein, mehr unter dem Weltkriege zu leiden, als dies durch technische Gründe verursacht wird.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich glaube, meine Herren, wir werden die Sitzung unterbrechen müssen und unsere Beratungen heute nachmittag um 5 Uhr fortsetzen müssen.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 50 Minuten).³⁾

Kühlmann.

³⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Er spricht lieber von Annam und Indien statt über Minsk und Estland, wo er alle seine quatschen Theorien über den Haufen geworfen hat!“

205.

15. I. 1918, nachm.: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10. Staatssekretär v. **Kühlmann** an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 123. Abgeg. Brest-Litowsk, 16. I. 1918, 2.00 vorm., angek. 16. I. 1918, 4.00 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen vom 15. Januar 1918 5 Uhr nachm.“ Unterstreichungen und Randbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelm II. mit Bleistift.

Die Sitzung wird um 5 Uhr 16 Minuten durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. **Kühlmann** eröffnet.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Meine Herren, wir wollen in der heute vormittag unterbrochenen Besprechung¹⁾ fortfahren. Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite, trotzdem die von uns angeführten Gründe vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsere Darlegungen in irgendwelcher Weise einzugehen. Wir wollen übergehen zum zweiten zur Diskussion stehenden Punkte, in bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter welchen die Lösung vollzogen werden soll. Die Hauptfrage bei der Beantwortung dieses Fragenkomplexes wird die sein,

¹⁾ Vgl. Nr. 204.

inwiefern die Freiheit der Abstimmung bzw. der Wahl zu der ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart von Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Diese Frage bildet einen der wichtigsten Kernpunkte der gesamten zur Besprechung stehenden Beziehungen.

Die von den verbündeten Delegationen vertretene Anschauung ist Ihnen in den Umrissen bekannt. Die verbündeten Delegationen sind von der vollkommen aufrichtigen Absicht geleitet, für die Abstimmung bzw. Wahl das höchstmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit herzustellen, welches mit den Umständen verträglich ist. Dies ist, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, zum großen Teil mit einer militärischen Frage. Der Rahmen, innerhalb dessen die Diskussion über die Frage laufen kann, ist durch militärische Notwendigkeiten gezogen, über welche hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil jetzt militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes in Gang zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß die Gegenwart dieser organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und einen politischen Druck ausüben darf. Auf der anderen Seite vertreten wir aus dieser Anschauung heraus unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstimmung in keiner Weise abträglich sein kann und deshalb ihr Vorhandensein in keiner Weise die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung beeinträchtigt. Wenn die russische Delegation geneigt ist, auf der eben von mir bezeichneten Basis in die Diskussion einzutreten, so bitte ich um Darlegung ihrer Gesichtspunkte und Anträge, um zu sehen, ob eine Annäherung oder Übereinstimmung zu erreichen ist.

Herr Trockij: Wir haben heute vor der Pause die zwischen uns bestehenden Widersprüche in der praktischen Seite dieser Frage festgestellt — in dieser Frage, die nur praktisch zu sein scheint, dargestellt. Der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation hat hier als Hauptkriterium für diese Frage dasjenige der militärischen Garantien aufgestellt. Dieses Prinzip hat selbstverständlich seine Berechtigung. Aber dieser Standpunkt verschiebt unsere ganze Debatte auf eine neue Grundlage. Darüber muß man sich vor allem klar sein, denn wenn man das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anerkennt, so treten Lagen ein, unter denen man sich wohl sagen kann: wenn ich vielleicht auch gewisse Vorteile hätte, wenn ich die Gebiete der genannten Völker in militärischer Hinsicht ausnützen kann, da ich aber ihr Recht auf selbständige Existenz anerkannt habe, so verzichte ich auf diese Vorteile. Dies ist die eine Stellungnahme. Es ist auch ein anderer Standpunkt möglich wie derjenige, den der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation heute früh formuliert hat: Die militärischen Vorteile bilden das oberste Kriterium, und nur in diesem Rahmen ist überhaupt eine Debatte möglich. Dadurch wird die ganze Frage zu einer empirischen Frage gemacht, das heißt in diesem Falle zu einer Machtfrage. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, so sind noch gewisse tatsächliche Erläuterungen notwendig, um sich ein Bild davon machen zu können, auf welchen Standpunkt sich die deutsche Delegation stellt. — So hat der Herr Vorsitzende der deutschen

Delegation heute vor der Pause ausgeführt, daß die Bevölkerung der uns hier interessierenden Gebietsteile die Zeit hätte, innerhalb eines Jahres nach Beendigung des Krieges ihrem Willen hinreichend Ausdruck zu geben. Ich habe das dahin verstanden, daß parallel mit diesem Prozesse verläuft oder ihm vorausgeht der Prozeß der Räumung der hier in Frage stehenden Gebiete. Auf dieser Grundlage ist eine Art Mißverständnis entstanden, welches noch nicht endgültig aufgeklärt worden ist. Stellt es sich der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation so vor, daß die endgültige Konstituierung der hier neu entstandenen Völker in dem Augenblick erfolgt, wo bereits die Räumung des Gebietes der in Frage kommenden Länder von den Besatzungstruppen erfolgt sein wird? Wenn die Frage so gemeint ist, dann wird meiner Meinung nach die eben an uns gerichtete Frage eine sehr einfache Lösung finden können. Wenn wir jetzt, natürlich nur als Beispiel, nur bedingt, den von dem Herrn Vorsitzenden vorgeschlagenen Termin annehmen, d. h. ein Jahr nach Beendigung des gesamten Krieges, so könnte man sich vorstellen, daß wenige Monate vor diesem Zeitpunkt bereits die völlige Räumung der genannten Gebietsteile vor sich gegangen ist, und daß unter diesen Bedingungen die Abstimmungen verlaufen, welche den neuen Ländern ihre neue staatliche Existenz geben sollen. — Ich würde den Herrn Vorsitzenden sehr bitten, auf diese Frage eine erläuternde Antwort zu geben, was den weiteren Gang der Debatte wesentlich vereinfachen würde.

Staatssekretär v. Kühlmann: Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat meine Darlegungen nicht richtig verstanden. Wenn ich diesen Morgen vorschlug als Termin ein Jahr nach Abschluß des allgemeinen Friedens, so bedeutet das, daß für die besetzende Macht die Verpflichtung vorlag, innerhalb dieses Jahres nach den zu vereinbarenden Bedingungen die Willenserklärung des Volkes herbeizuführen. Der Zeitpunkt ist gewählt nach dem Abschluß des allgemeinen Friedens, weil angenommen werden kann, daß die Aussichten für Herstellung der zu vereinbarenden Bedingungen nach Abschluß des allgemeinen Friedens günstiger sein werden. Die Bedingungen, welche nach unserer Anschauung geschaffen werden können für diese Abstimmung, habe ich eben dargelegt. Ich brauche auf die Darlegungen nicht näher einzugehen. Sie waren meiner Ansicht nach klar und erschöpfend und stellen das Maximum dessen dar, was wir nach den gegebenen Umständen für tunlich halten. Innerhalb des Rahmens, den ich vorhin genannt habe, halte ich eine Debatte für möglich. Über diesen Rahmen hinaus kann ich mir von einer Debatte über diesen Punkt praktische politische Erfolge nicht versprechen.

Herr Trockij: Ob politische Resultate erzielt werden oder nicht, jedenfalls ist es notwendig, zu versuchen, vorher genügende Klarheit zu verschaffen. Auch nach den letzten liebenswürdigen Erläuterungen des Herrn Vorsitzenden ist es mir nicht klar geworden, für welchen Zeitpunkt man den letzten Termin annehmen kann für die Räumung der besetzten Gebiete seitens der okkupierenden Truppen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wir unterhalten uns die ganze Zeit meiner Ansicht nach nicht über die Frage der endgültigen Räumung, sondern über die Frage der Herstellung derjenigen Bedingungen für die Abstimmung, welche eine nach unserem beiderseitigen Übereinkommen, falls es zustande käme, gültige Abstimmung darstellt. Ich möchte das Gebiet ganz scharf nach dieser Richtung hin

umreißen. Wir unterhalten uns darüber: Unter welchen Bedingungen kann eine Abstimmung stattfinden, welche nach unserer und Ihrer Ansicht als eine gültige und nicht durch militärischen Druck beeinflusste Abstimmung angesehen werden kann? Ich glaube, daß das vollkommen klar ist. Wir haben eben definiert, welches Maß von Gegenwart organisierter Streitkräfte wir mit einer solchen vollkommen freien, unbeeinflussten Stimmabgabe für verträglich halten, und das ist das Thema, über das ich, wenn es Ihnen genehm ist, die Diskussion fortzuführen bitte. Zunächst möchte ich zur Diskussion stellen die Frage der Sicherheit. Wir sind, wie aus unseren gestrigen Darlegungen hervorgeht, welche die österreichisch-ungarische Delegation Ihnen zur Kenntnis gebracht hat, vollkommen bereit, an die Organisierung einer Gendarmerie durch die eingeborenen Kräfte heranzugehen. Es ist aber für jeden, der in diesen Dingen die geringste Erfahrung hat, klar, daß innerhalb der Zeitspanne, innerhalb deren wir die politische Abstimmung herbeizuführen gewillt sind und verpflichtet wären, falls Sie unseren heutigen Vorschlag angenommen hätten, das Anvertrauen des Sicherheitsdienstes in diesen weiten und sehr unsicheren Gebieten an eine derartige eingeborene Gendarmerie nicht denkbar ist. Ich möchte zur Debatte stellen, welches Maß von organisierten Streitkräften nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten für die Zeit, in welcher die Abstimmung stattfindet, mit der Freiheit der Abstimmung verträglich ist.

Herr Trockij: Ich möchte den Herrn Vorsitzenden daran erinnern, daß er nicht nur als Vorsitzender der gegenwärtigen Versammlung hier anwesend ist, sondern auch als Vertreter der Gegenpartei, und daß, wenn eine Einigung über das Wesen der Frage erstrebt wird, auch eine Einigung notwendig ist über die Reihenfolge und die Ordnung der Debatte. Es wäre für mich schwierig, ohne weiteres die Fragen zu beantworten, die der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation für notwendig hält, an mich zu richten, wenn wir bei der Beleuchtung der uns interessierenden Fragen nicht die Möglichkeit hätten, alle Seiten der Frage zu beleuchten und alle für uns notwendigen Informationen zu erhalten. Innerhalb weniger Minuten hat der Herr Vorsitzende vorgeschlagen, die Frage über den Zeitpunkt der Abstimmung zu beraten und, ohne eine Antwort meinerseits abzuwarten, darauf vorgeschlagen, zu der Frage der Aufrechterhaltung der polizeilichen Ordnung in den besetzten Gebieten überzugehen. Es bleibt aber meine Überzeugung, daß die Art der Stellung der Fragen, wenn sie zur Kenntnis der beteiligten Völker und der gesamten Welt gelangt, die größten Mißverständnisse hervorrufen könnte. Gerade deswegen und im strengen Zusammenhange mit der Frage unserer Tagesordnung, der Frage der freien Abstimmung in den besetzten Gebieten, habe ich die Frage gestellt nach der endgültigen Räumung der besetzten Gebiete und der Fortführung der Truppen, weil auch hier verschiedene Lösungen möglich sind, die mehr oder minder zweckmäßig sind. Wenn ich z. B. — ich führe das nur als Beispiel an — mich in dieser Frage vor der praktischen Alternative befinden würde, die Räumung der besetzten Gebiete durch die Besatzungstruppen erfolgt zwei Jahre nach Abschluß des allgemeinen Friedens, die allgemeine Abstimmung ein Jahr nach demselben. Das ist die eine Möglichkeit. Eine andere Möglichkeit wäre: Die Räumung findet zwei Jahre nach

Abschluß des allgemeinen Friedens statt, die entscheidende Abstimmung zwei Jahre und drei Monate nach demselben; wenn ich mich vor einer derartigen Alternative befinden würde, so würde ich für die zweite Möglichkeit eintreten. Ich wollte mir gerade ein klares Bild darüber machen, welche Aussichten sich für eine derartige entscheidende Abstimmung in den besetzten Gebieten eröffnen. Selbstverständlich hat der Herr Vorsitzende das Recht, die Beantwortung dieser meiner Frage abzulehnen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich kann den Vorwurf des Herrn Vorredners, als wollte ich das Thema der Debatte ungebührlich einschränken, nicht für berechtigt halten. Ich habe genau dasselbe Interesse wie er, daß die Fragen von allen Seiten gründlich beleuchtet werden; ich stand unter dem Eindruck, daß durch die Erörterung von heute morgen die Frage des Zeitpunktes — soweit es durch Diskussion möglich war — genügend geklärt schien; wenn das nicht der Fall ist, so habe ich nichts dagegen, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation das Thema weiter erörtert. Ich kann keine Verantwortung oder Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage kommt, militärische Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen. Dies konnte der Herr Vorsitzende der russischen Delegation ohne weiteres aus meinem Vorschlage entnehmen, in welchem innerhalb einer gewissen Zeit — nach meinem Vorschlage innerhalb eines Jahres nach allgemeinem Friedensschluß — ein gewisses Minimalprogramm in bezug auf die im betreffenden Territorium vorhandenen organisierten Kreise aufgestellt war. Dieses Minimalprogramm ist in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeiten aufgestellt, und zu dessen Einhaltung bzw. Diskussion im einzelnen sind wir bereit. Mir scheint, es ergibt sich logisch daraus, daß eine Partei ein Minimalprogramm aufstellt, daß sie sich in der Unmöglichkeit befindet, viel weitergehende Vorschläge der anderen Partei in Erwägung zu ziehen. Ich muß auf meinen vorhergehenden Vorschlag zurückkommen, ohne denselben dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation im geringsten aufdrängen zu wollen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötigen organisierten Kräfte der Diskussion zu unterziehen. Ich bin aber bereit, wenn er die Frage wieder von einer anderen Seite angeht, ihm auch hier in der Diskussion zu folgen, da das gemeinsame Interesse an der Aufklärung der Frage vielleicht auf diese Weise nach seiner Ansicht mehr gefördert wird.

Herr **Trockij**: Ich glaube, daß eine größere Klarheit erzielt wird, wenn wir noch eine Zeitlang bei der eben von mir angeregten Frage verweilen. In dem formulierten Vorschlage, den die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation uns überreicht haben, in dem Teile zu Punkt 2 lesen wir folgendes: „Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich.“²⁾ Im weiteren ist dann die Rede von der Frage der Beschränkung der Truppen und der Bildung einer nationalen Gendarmerie. Vielleicht erklärt es sich aus meiner nicht genügenden Kenntnis der deutschen Sprache oder aus gewissen Mängeln unserer Übersetzung, aber ich verstand das so, daß die Beschränkung der Zahl der Truppen auf ein mögliches Minimum sich noch auf die Zeit der Fortdauer des Weltkrieges bezieht, und daß nur auf diese Periode des noch nicht beendigten

²⁾ Vgl. Nr. 198.

Weltkrieges sich die Ablehnung bezieht, die Truppen endgültig fortzuführen. Ich hatte den Eindruck, daß dieser Sinn durch die logische Struktur dieses Teiles des Schriftstückes unterstützt wird. Soweit ich jetzt verstanden habe, bezieht sich der Passus über die Herabsetzung der Truppenzahl erst auf die Zeit nach Unterzeichnung des allgemeinen Friedens, während der Zeitpunkt der endgültigen Entfernung der Truppen vorläufig ganz unbestimmt bleibt und der Herr Vorsitzende uns darüber im gegebenen Augenblicke keine Erläuterung geben kann. Ausschließlich zu dem Zwecke, um diese Frage mit aller Sorgfalt klarzustellen, habe ich meine Frage gestellt.

Staatssekretär v. Kühlmann: Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat meiner Ansicht nach die Meinung des Paragraphen, den er zitiert hat, nicht richtig interpretiert, wenn er daraus den Schluß gezogen hat, er enthalte unsererseits eine bindende Räumungsverpflichtung sofort nach Beendigung des Weltkrieges. Ich kann nur wiederholt hervorheben, daß es mir nicht möglich ist, in bindender Weise eine Verpflichtung zur Angabe des Termins für die endgültige Räumung einzugehen. Andererseits kann ich dem Vorsitzenden auch darin nicht zustimmen, als könne die Herstellung desjenigen Zustandes, welchen der vorgelesene Paragraph umreißt, unter keinen Umständen vor formaler Beendigung des Weltkrieges eintreten. Es sind sehr wohl Umstände denkbar, wenn ich auch nicht sagen kann, daß ich sie für sehr wahrscheinlich halte, daß vor formaler Beendigung des Weltkrieges die Truppen in besetzten Gebiete auf die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe notwendige Zahl herabgesetzt werden können; das ist der Grund, warum wir beantragt haben, die Frist zu stecken vom Abschluß des russischen Friedens bis 1 Jahr nach Abschluß des Weltfriedens, damit, falls wider Erwarten die Umstände es gestatten sollten, die Vorbedingungen zur entscheidenden Abstimmung oder Wahl nach der zu treffenden Abrede einzurichten, die Volksabstimmung unter Umständen auch schon vor Beendigung des Weltkrieges stattfinden könnte.

Herr Trockij: Jetzt erscheint mir die Sache bedeutend klarer. Wenn folglich die Versammlung oder die Abstimmung nach Ablauf eines Jahres nach Beendigung des Weltkrieges sich selbst in dem Sinne aussprechen würde, daß die Ordnung innerhalb des Landes durch die eigenen Kräfte in hinreichender Weise gewährleistet ist, so würde, soweit ich es richtig aufgefaßt habe, der Vorsitzende der deutschen Delegation es dennoch nicht für möglich finden, sofort zu erklären, daß der deutsche Soldat von der schwierigen Arbeit befreit würde, die Ordnung in diesen Gebieten aufrechtzuerhalten, die auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes zur selbständigen Existenz berufen sind. Eine der Folgerungen, die aus diesen Ausführungen unmittelbar hervorgeht, besteht darin, daß die Worte, die im vorliegenden Dokument enthalten sind, und welche lauten, daß die Zahl der Truppen bereits während des Krieges auf ein Minimum herabgesetzt werden kann, daß diese Worte sich auf einen Fall beziehen, der nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden wenig wahrscheinlich ist; nach diesen Erläuterungen, die diese Frage genügend klar gestellt haben, wollen wir weitergehen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte darauf erwidern, daß nach unserer Kenntnis der Umstände, wie ich vorhin dargelegt habe, es nach unserer Auffassung vollkommen ausgeschlossen ist, und auch nach der entscheidenden

Abstimmung bzw. Votum die betreffenden Gebiete dasselbe Interesse haben werden wie wir, daß innerhalb ihrer Grenzen Ruhe und Ordnung herrscht. Sie werden deshalb den vom Herrn Vorredner rein hypothetisch gekennzeichneten Beschluß verständlicherweise nicht fassen können, und ich halte mich nicht für verpflichtet, auf hypothetische Beschlüsse künftiger Länderversammlungen, welche mit den Tatsachen unmöglich übereinstimmen können, hier die Diskussion zu erstrecken. Der Paragraph, mit welchem sich der Herr Vorsitzende befaßt hat, enthält auch die Bedingung, „falls es die militärischen Umstände gestatten“. Ich würde mich mit dem Herrn Vorredner freuen, wenn die militärischen Umstände gestatten würden, sobald als möglich den darin skizzierten Zustand herbeizuführen. Eine sichere Voraussage ist bei der Unsicherheit alles dessen, was im Kriege geschieht, unmöglich.

General Hoffmann: Ich bin gern bereit, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation die Erklärung abzugeben, daß wir aus leicht verständlichen Gründen uns bemühen werden, möglichst wenig Truppen in den besetzten Gebieten zu lassen, da wir die entbehrlichen auf den anderen Kriegsschauplätzen sehr gut brauchen können.

Herr Trockij: Das habe ich nie bezweifelt. Da es sich aber jetzt nicht um die Fortsetzung des Krieges an der Ostfront handelt, da nach dem Abschluß eines Friedens an der Ostfront nicht mehr die Rede vom Kriege ist, weder gegen Rußland noch gegen die anderen neuen Staaten, die hier entstehen können, so ist es klar, daß die Frage nur aus dem Gesichtspunkt heraus betrachtet werden kann, wieviel Truppen für die Besetzung nötig sind, und es ist selbstverständlich, wie Herr General *Hoffmann* es bestätigen wird, daß nur soviel Truppen zurückbehalten werden, wie für die Besetzung nötig sind. Wir sprachen aber gerade über die Regelung, wie das Regime der Besetzung geregelt werden soll.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wir haben unseren Standpunkt eben dargelegt. Es wird sich also darum handeln, ob nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation innerhalb des von uns dargelegten Rahmens seiner Ansicht nach eine Abstimmung oder Wahl möglich ist, d. h. ob bei der Gelegenheit dieser von uns definierten und geringen organisierten Kräfte die Abstimmungs- oder Wahlmöglichkeit als frei von militärischem Druck betrachtet werden kann oder nicht.

Herr Trockij: Ich könnte jetzt nicht diese Frage in einer Gestalt beantworten, die für unsere Verhandlungen von praktisch politischer Bedeutung sein würde, und es ist klar, daß die Klarstellung aller übrigen hierher gehörigen Fragen neben derjenigen von der Räumung der Truppen uns ein annäherndes Bild davon verschaffen kann, unter welchen Bedingungen die erwähnte Abstimmung verlaufen kann.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich nehme von dieser Erklärung mit Interesse Akt, weil ich nach den allgemein gültigen Interpretationsregeln daraus schließen zu können glaube, daß auch der Herr Vorsitzende der russischen Delegation eine Möglichkeit sieht, sich unserem Standpunkt in diesen Fragen anzunähern, falls die übrigen zu besprechenden Punkte zu einer Einigung führen sollten. Andernfalls würde ich annehmen, daß er meine Fragen sofort beantwortet hätte, was

meiner Ansicht nach allerdings praktisch politische Folgen für den Fortgang unserer Unterhaltung gehabt hätte.

Welche weiteren Fragen beabsichtigt der Herr Vorsitzende der russischen Delegation jetzt zur Diskussion zu stellen?

Herr **Trockij**: Meine Antwort hatte nur zu bedeuten, daß dieser für uns von neuem klar gewordene Umstand von unserem Standpunkte aus sehr ernste Schwierigkeiten für die Bedeutung der Abstimmung bereitet, von der die Rede ist. Weder mehr noch weniger wollte ich damit sagen, und daß die Beurteilung der Frage der Abstimmung erfolgen kann nach der Klarstellung dieser oder jener Fragen, welche die Abstimmung erschweren bzw. erleichtern können. In diesem Absatz ist abgesehen von der Bildung einer nationalen Gendarmerie auch noch die Rede von der Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten. Uns erscheint, daß dieser Frage eine ernste Bedeutung beizumessen ist. Die Kriegsumstände haben sehr bedeutende Massen der bürgerlichen Bevölkerung aus dem Gleise ihrer regelmäßigen Existenz geworfen; jetzt fristet die Bevölkerung ihr Dasein in einem Zustande der Unsicherheit und Unbestimmtheit, und es ist selbstverständlich, daß die Wiederherstellung normaler Verhältnisse die ungehinderte und freie Rückkehr dieser Bevölkerungsteile zu ihrem heimischen Herde voraussetzt. Da hier die Rede ist von den unmittelbaren Opfern des Krieges, die mechanisch ihrer Heimat entrissen sind³⁾, die aber dennoch ihren inneren Zusammenhang mit ihrer Heimat aufrecht erhalten haben, was sie dadurch beweisen, daß sie den Wunsch haben, in die Heimat zurückzukehren — daß diesen Bevölkerungsteilen die Möglichkeit gegeben werden muß, an der Selbstbestimmung des Willens ihres Volkes teilzunehmen. Mit anderen Worten: Die Abstimmung kann erst stattfinden, wenn diese Flüchtlinge und Evakuierten wieder in ihrer Mehrzahl in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Die Formulierung, die in dem von der österreichisch-ungarischen und deutschen Delegation überreichten Schriftstück gemacht ist, gibt auf diese Frage eine Antwort in stark einschränkendem Sinne. Es ist hier die Rede von einer wohlwollenden Prüfung von Fall zu Fall. Diese Formulierung erscheint uns nicht genügend kategorisch oder, richtiger gesagt, wie ich schon einmal ausführte, zu sehr einschränkend und ruft die Befürchtung hervor, daß die Flüchtlinge oder Evakuierten nicht die physische und materielle Möglichkeit erhalten werden, in ihre Heimat zurückzukehren. Erläuterungen bezüglich dieser Frage seitens des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation wären zweifellos für uns sehr zweckdienlich.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Die Frage ist — dies muß ich gestehen — mir wenig vertraut. Sie hat sich bisher in den politischen Diskussionen überhaupt zum ersten Mal hier gefunden. Ich bin bereit, ohne weiteres zuzugeben, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollen, an ihre Heimstelle zurückzukehren. Es ist aber eine Verwaltungsfrage festzusetzen, ob und welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Vielleicht würde der Herr Vorsitzende der russischen Delegation uns die Antwort dieser Frage

³⁾ Von „die“ bis „sind“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande in gleicher Höhe und Randbemerkung: „durch die Russen!“ von derselben Hand.

erleichtern, wenn er uns nur in kurzen Umrissen sagen wollte, was seine Regierung an Material darüber hat, um welche Ziffern es sich ungefähr handelt, und welchen Bevölkerungsklassen die Evakuierten im großen ganzen angehören.

Herr Trockij: Ich werde mich bemühen, bis morgen dem Herrn Vorsitzenden diejenigen Daten vorzulegen, über die wir verfügen. Jedenfalls handelt es sich um Hunderttausende, die über das ganze Land verstreut sind, die aber eigene Organisationen zur gegenseitigen Unterstützung besitzen und auch von der Regierung unterstützt werden. In der Mehrzahl sind es selbstverständlich Vertreter der arbeitenden Klassen, und daher erscheint unter den augenblicklichen Umständen gerade ihr Schicksal besonders tragisch, und natürlich muß prinzipiell für sie alle die Frage in dem Sinne gelöst werden, daß sie das Recht erhalten, auf ihren heimatlichen Boden zurückzukehren. Als ich die Zahl von Hunderttausenden nannte, hatte ich nur die Zahl der Arbeitenden im Auge ohne Einrechnung ihrer Familien.⁴⁾

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich werde mich bemühen, bis zur nächsten Sitzung, bei welcher der Herr Vorsitzende der russischen Delegation uns das ihm zur Verfügung stehende Material vorlegen wird, auch meinerseits von den für Verwaltungsfragen zuständigen Behörden Material zu einer eingehenden Stellungnahme zu der hier aufgeworfenen Frage zu erhalten. Ich glaube, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation einverstanden ist, daß wir die Besprechung dieser Frage vorläufig dann zurückstellen können.

Die Zeit ist vorgeschritten. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorsitzende der russischen Delegation noch ein weiteres Thema zur Diskussion zu stellen beabsichtigt.

Herr Trockij: Ich bestehe nicht darauf.

Staatssekretär v. Kühlmann: Herr *Graf Czernin* ist durch ein Unwohlsein, was glücklicherweise leichten Charakters ist, verhindert gewesen, an unseren heutigen Beratungen teilzunehmen. Er hat mich aber gebeten, bei dem sehr wichtigen und sehr entscheidenden Charakter der Materien, die jetzt behandelt werden, ihm die Teilnahme an den nächsten Sitzungen zu ermöglichen. Ich werde mir deshalb erlauben, die Stunde der nächsten Sitzung den Herren noch mitzuteilen. Ich möchte dann die Besprechung für heute aufheben.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 46 Minuten.)

Kühlmann.

⁴⁾ Von „In der Mehrzahl“ bis „Familien“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; die Worte „Arbeitenden“ und „ohne Einrechnung ihrer Familien“ mit doppelten Unterstreichungen versehen. In gleicher Höhe am Rande zwei senkrechte Striche untereinander, dazu Randbemerkungen: „Soziis!“, „es sind aber auch viele Bauern und Bürger darunter, die zählen für *Trockij* nicht“.

206.

16. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)
an Reichskanzler Graf v. Hertling¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. Telegramm. Überschrift: „Ziffer-Telegramm aus Brest-Litowsk vom 16. Januar 1918“. Vermerk: „Persönlich“.

Die gestern vor- und nachmittag abgehaltenen ausführlichen Besprechungen mit der russischen Delegation²⁾ haben mich in den Eindrücken nur bestärkt, die ich Euer Exzellenz bereits berichtete: daß man nämlich an dem Wunsch *Trockijs*, überhaupt zu einem uns annehmbaren Frieden zu gelangen, die allerdings ernstesten Zweifel hegen muß. Es ist ja zuzugeben, daß unsere Lage dadurch wenig günstig ist, da militärischerseits grundsätzlich abgelehnt wird, eine Räumungsverpflichtung für die besetzten Gebiete auch für die Zeit nach dem Weltfrieden anzuerkennen. Dies gibt *Trockij* natürlich eine starke Waffe in die Hand.

Auf seiten der Ukrainedelegation dagegen scheint der Wille, zu einem Abschluß zu kommen, erheblich ausgesprochener. Die Herren haben auch die Beratungen der rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen nachdrücklich aufgenommen. Hier ist das Haupthindernis der ziemlich unverhüllt hervortretende Wunsch, das von Ukrainern bevölkerte Ost-Galizien in irgendeiner durchsichtigen Form von Österreich-Ungarn loszulösen und an die Ukraine anzugliedern. Dies ist natürlich eine für Österreich-Ungarn unannehmbare Forderung.

Selbst wenn man die ernstesten Zweifel an der Möglichkeit, mit den Maximalisten ins reine zu kommen, hegt, wird man doch die Verhandlungen mit ihnen fortsetzen müssen. Ich hege diese Zweifel in hohem Grade und möchte darauf hinweisen, daß die etwas optimistische Äußerung über den Stand der Verhandlungen im gestrigen Berichte auf dringende Bitte des Grafen *Czernin* zurückzuführen ist, dessen Ministerium aus innerpolitischen Gründen eine etwas günstigere Note brauchte. Im Augenblick des offiziellen Abbruchs mit den Russen würden die Ansprüche der Ukraine so sehr emporschnellen, daß auch da die Friedensaussichten so gut wie völlig verschwänden; denn die Ukrainer sind gerissen, hinterhältig und vollkommen maßlos in ihren Ansprüchen, wenn sie glauben, sich dies nach Lage der Sache leisten zu können.

Heute nachmittag ist wieder Sitzung mit den Ukrainern anberaumt. Gelänge ein einigermaßen befriedigendes Abkommen mit ihnen, so könnte man den Bolschewiki gegenüber ruhig eine schärfere Tonart anschlagen und es erforderlichenfalls auf den Bruch ankommen lassen.

Kühlmann.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 293 f.

²⁾ Vgl. Nr. 204, 205.

207.

16. 1. 1918: Mitteilung Generalfeldmarschalls v. Hindenburg
(Großes Hauptquartier) für Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 96. Abgeg. Großes Hauptquartier, 16. 1. 1918, 1.00 nachm., angek. 16. 1. 1918, 1.10 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler“. Vermerk: „Eilt!“ Zusatz links am Rande: „Infolge Störung der Leitungen vom Gr. Hauptquartier soeben durch Fernsprecher übermittelt“.

Feldmarschall v. Hindenburg läßt drahten:

„Ich erhalte folgende Meldung:

„Von vertrauenswürdiger Seite, die Beziehungen zu schwedischen sozialistischen Kreisen hat, wird mitgeteilt:

Trockij hat an *Huysmans*¹⁾, den Vorsitzenden des internationalen sozialdemokratischen Büros, geschrieben, daß an einen Sonderfrieden mit Rußland nicht zu denken sei, daß es nur darauf ankomme, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, um unterdessen die internationale Sozialdemokratie mit Herbeiführung eines allgemeinen Friedens mobil zu machen.“

Die Quelle hat gebeten, nicht genannt zu werden.

Diese Meldung bestätigt die Vermutung, daß *Trockij* in Brest nur zum Verhandlungsfenster hinausredet. Sobald Klarheit über die Absichten der Ukrainer gewonnen ist, muß diesem Vorgehen *Trockijs* durch ein Ultimatum ein Ende bereitet werden. Das Hinausschieben der Verhandlungen verschlechtert unsere militärische Lage. Diese bedingt Klarheit der Verhältnisse und eintretendenfalls Zurückgewinnung der militärischen Handlungsfreiheit im Osten. Ich erbitte Eurer Exzellenz Ansicht.“

Lersner.

¹⁾ *Camille Huysmans*, belgischer Politiker; 1905—1922 Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus. — Zur Verbindung *Trockij*—*Huysmans* vgl. den Bericht der Politischen Abteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien (*v. d. Lancken*), Brüssel, 18. 1. 1918, an das Auswärtige Amt: „Nach Informationen, die als zuverlässig angesehen werden können, ist der Antrag der russischen Friedensdelegation, die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm zu verlegen, nicht zum wenigsten auch auf die Einwirkung des Sekretärs der Internationale, des belgischen Abgeordneten *Kamiel* [sic!] *Huysmans* zurückzuführen. Er unterhält überhaupt rege Beziehungen nach Rußland und hat sich zu diesem Zwecke seit längerem eifrig bemüht, die russische Sprache zu erlernen ...“ Politisches Archiv, Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12, Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

208.

16. 1. 1918: Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer (Brest-Litowsk)
über die Sitzung der Delegationen des Vierbundes

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10. Überschrift: „G[ehorsame] A[nzeige]“. Hs.

Heute Vormittag in der Sitzung mit den Verbündeten referierte der Herr Staatssekretär in längerer Rede über den Verlauf der bisherigen Sitzungen mit den

Russen und die dabei erörterten politischen Fragen. Die Verhandlungen mit den Ukrainern wurden nicht berührt, ebensowenig wirtschaftliche Fragen angeschnitten. Eine Diskussion schloß sich an die Rede des Staatssekretärs nicht an. Heute nachmittag findet in der Wohnung *Czernins*, der immer noch leidend ist, eine Sitzung mit den Ukrainern in ganz kleinem Gremium statt.

Mey[er]. 16. I.

209.

16. I. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10. Telegramm. Nr. 130. Brest-Litowsk, 16. I. 1918, angek. 17. I. 1918, 12.30 vorm. Überschrift: „Für Baron Bussche“. Darunter Vermerk: „Vertraulich und persönlich“.

In heutiger Sitzung mit den Ukrainern stellte *Graf Czernin* für den Fall einer Einigung über den übrigen Inhalt des Friedensvertrages in Aussicht:

1. Das besetzte Gebiet östlich des Bug fällt an die Ukraine, westlich des Bug, im Gouvernement Cholm, soll Volksabstimmung stattfinden. Voraussetzung für diese Regelung sei Einigung zwischen Ukraine und Polen.

2. Als Krönung des Friedenswerkes will *Graf Czernin* den Ukrainern Zusagen wegen ihrer Stammesgenossen in Ostgalizien geben, die den ukrainischen Wünschen voraussichtlich entsprechen würden; gemeint, aber nicht ausdrücklich gesagt, war wohl eine Art Autonomie.

Morgen will *Graf Czernin* den Ukrainern seine eigenen Wünsche mitteilen. Wie er andeutete, beziehen sich diese namentlich auf die polnischen Minoritäten in der Ukraine.

Auf Anregung des Staatssekretärs wurde beschlossen, daß die rechtliche und wirtschaftliche Kommission nunmehr ernsthaft mit der Arbeit beginnen solle. Nächste politische Sitzung nachmittag 5 Uhr.

Gesamteindruck:

Die Ukrainer sind praktische Leute und behandeln völkerbeglückende Theorien als Mittel, aber nicht als Selbstzweck. Wenn sie bei einem Abschluß mit uns auf ihren Vorteil kommen, werden sie sich um das Selbstbestimmungsrecht und andere schöne Prinzipien wenig kümmern. Ihre Verschlagenheit und zähe Bauernschlauheit wird uns aber das Spiel nicht leicht machen.

Rosenberg.

210.

16. I. 1918: Artikel der Frankfurter Zeitung über die Richtung der deutschen Friedenspolitik

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10. — Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Randbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Wir werden den Verdacht nicht los, daß man sich in Berlin in Sachen des Streits um die Richtung der deutschen Friedenspolitik mit der be-

kannten „dilatorischen“ Behandlungsweise begnügen werde. Der Aufmarsch und ein Teil des Gefechtes hat sich bei vollkommenster Öffentlichkeit abgespielt — der Friedensvertrag, oder besser: die Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen der Reichsregierung und ihren Gegnern müssen gleichfalls veröffentlicht werden. Der Reichstag wird dieses Abkommen zu prüfen haben. Die Parteien der Mehrheit würden ihrer Pflicht nicht genügen, wenn sie sich mit den Phrasen begnügten, wie wir sie von der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* hörten, oder mit allgemeinen Redewendungen, wie sie *Frhr. v. dem Bussche* im Hauptausschuß gebrauchte. Es mag beachtenswerte praktische Gründe dafür geben, daß die angekündigte politische Debatte um einige Tage verschoben wurde, aber ein längerer Aufschub ist unmöglich — niemand weiß, wann die nächste Krise beginnen wird.¹⁾ Wir erwarten vom Reichstag — und wir glauben bei diesem Verlangen Millionen von Deutschen hinter uns zu wissen — daß er sich klipp und klar, und zwar so, daß die Öffentlichkeit Zeuge ist, erklären lasse, wie die Krise entstanden ist, was ihr Kernpunkt sei, und wie weit die neue Einigkeit in den obersten Regionen reiche. Die politische Richtung der Reichspolitik muß erneut festgelegt und in ihren Einzelzielen präzisiert werden, die Rede des englischen Ministerpräsidenten und die Vorschläge *Wilson*s bieten äußere Anknüpfungspunkte.²⁾ Es muß in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, ob sich alle Instanzen, auf die es heute ankommt, formell und innerlich der deutschen Reichsregierung anschließen, oder in welchen Punkten sie sich von ihr unterscheiden. Jede andere „Lösung“ ist völlig wertlos.

Frhr. v. dem Bussche hat offiziell im Namen des Reichskanzlers die Erklärung abgegeben, „daß neue Instruktionen an Herrn v. *Kühlmann* nicht ergangen seien, daß also die umlaufenden Gerüchte keine sachliche Unterlage hätten“. Diese Feststellung ist zunächst wertvoll, insofern sie beweist, daß die Politik *Hertlings* und *Kühlmanns* gegenüber Rußland keinerlei Ergänzung oder Umstellung zugunsten einer stärkeren Betonung der „militärischen Sicherungen“ bedurft hat. Wenn also in alldeutschen und ähnlich gerichteten Blättern behauptet wird, Herr v. *Kühlmann* habe das Verständnis für das vaterländisch-militärische Interesse erst aufgedrängt werden müssen und diese Absicht sei das eigentliche Motiv der großen Offensive gewesen, so ist dies eine grobe, aber für harmlose Gemüter wahrscheinlich recht verführerische Fälschung. Worin besteht denn eigentlich die östliche Politik der Reichsregierung? Sie findet die Maximalisten als einzige überhaupt in Betracht kommende Partner für Friedensverhandlungen; entsprechend dieser Lage und dem eigenen festen Willen, einen Frieden von Dauer, einen Frieden von Volk zu Volk schaffen, hat sie die Formel der russischen Revolution als geeignete Grundlage erklärt.³⁾ Herr v. *Kühlmann*

¹⁾ Von „niemand“ bis „wird“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande in gleicher Höhe und Bemerkung von derselben Hand: „Hängt von Ludendorff ab!“

²⁾ Von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu rechts und links am Rande senkrechter Strich und Bemerkungen von derselben Hand: „unerhört, Donnerwetter!“

³⁾ Zu diesen Zeilen in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „feste, gut militärische Grenzen müssen wir trotz alle dem Gerede haben! Estland, Livland, Kurland müssen deutsch werden!“

muß demgemäß Vergewaltigungen russischer Völker vermeiden und das Prinzip der Selbstbestimmung gelten lassen. Es hat sich gezeigt, daß man über dieses Prinzip durchaus verschiedener Meinung sein kann — Herr *Trockij* denkt als Sozialist und Kommunist, Herr *v. Kühlmann* dagegen kann über eine ehrlich demokratische Auslegung nicht hinausgehen. Es ist selbstverständlich, daß die Demokratie, die auf glänzende Siege zurückblickt, und deren Zukunft gesichert ist, nicht den geringsten Anlaß hat, bei den hierdurch entstandenen Differenzen dem Ultra-Sozialismus, dessen Lebensdauer durchaus zweifelhaft erscheint, das Feld zu räumen.

211.

16. 1. 1918: Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt

Österreich. Nr. 70, Bd. 52. Telegramm. Nr. 37. Abgeg. Wien, 16. 1. 1918, 6.00 nachm., angek. 17. 1. 1918, 10.15 vorm.

Heute fanden Arbeiterdemonstrationen in den Straßen Wiens statt.¹⁾ Auch in Budapest werden solche erwartet. Die Sozialisten drohen mit Generalstreik unter Beteiligung der Eisenbahner und verlangen Teilnahme an den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Streikende Arbeiter werden in Niederösterreich auf eine Viertel Million geschätzt. Die Zahl nimmt ständig zu. Die meisten Werke, darunter die hiesigen Krupp-Werke, stehen still. Die Veranlassung des Streiks ist die nicht gewährte Herabsetzung der Mehlquote. Der eigentliche Grund aber ist der Verlauf der Verhandlungen in Brest.

Wedel.

¹⁾ Zur Streikbewegung in Österreich in ihrem ursächlichen Zusammenhang mit den Verhandlungen in Brest-Litowsk vgl. u. a. Äußerungen von österreichischer Seite: *Graf Czernin* an Kaiser *Karl* (über *Baron Flotow*, Wien), 15. 1. 1918: „Ich erhalte soeben einen Brief des Statthalters *Grafen Coudenhove*, welcher alle meine Euer Majestät immer wiederholten Befürchtungen rechtfertigt und konstatiert, daß wir in der Ernährungsfrage unmittelbar vor der Katastrophe stehen“; Telegramm *Baron Müller*, Wien, 18. 1. 1918: „... Doch glaube ich annehmen zu können, daß es zu einem andauernden allgemeinen Generalstreik, wodurch die Zustände ad absurdum geführt werden sollen, nicht kommen wird, aber daß wir, insbesondere wenn in den Friedensverhandlungen Stockungen eintreten sollten, mit ähnlichen kleineren und größeren Ausständen rechnen können, die als Ansporn für ein forciertes Zustandekommen des Friedens dienen sollen“; Telegramm *Baron Müller*, 19. 1. 1918: die Streikbewegung hätte nicht einen so großen Umfang angenommen, wenn nicht die Ernährungsverhältnisse auf einen als unerträglich empfundenen Tiefstand gesunken wären. — Generaloberst *Arz v. Straußenburg* betont, die wahre Ursache des Streiks liege in den politischen Umständen, dem unruhigen und schleppenden Verlauf der Brester Beratungen; „das spätere Kommen der Russen, die Rede des G[e]n[erals] *Hoffmann* über die Angelegenheiten in den besetzten Gebieten hat die Arbeitermassen unruhig gemacht. Die Konsequenzen dieser Bewegung für die Armee im Felde und die ganze Kriegführung können die allerbedenklichsten werden“. HHStA, P.A., Brester Kanzlei. — Zur Aufstandsbewegung in Wien vgl. *Opočensky*, S. 70 ff., 85 ff.; *Lorenz*, S. 431.

212.

17. 1. 1918: Botschafter Graf v. Wedel (Wien)
an Reichskanzler Graf v. Hertling

Österreich. Nr. 70, Bd. 52. Kopf des Schreibens: „Wien, den 17. Januar 1918 (Botschaft)“. Nr. 15.

Die russischen Unterhändler in Brest-Litowsk sind weniger Vertreter Rußlands als der Revolution. Man hat hier den Eindruck, daß sie eine Verschleppung der Verhandlungen gern sehen, um Gelegenheit zu haben, ihre Ideen und Methoden in der Welt zu propagieren. Diese Propaganda ist hier und nach meinen Nachrichten noch mehr in Ungarn auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Furcht vor der Revolutionsgefahr wuchs in leitenden Kreisen mit jedem Tage und hat in dieser Woche etwa denselben Grad erreicht wie im vergangenen Frühjahr. In ihrer Ängstlichkeit hat die Regierung nichts getan, um die Wirkung der Bolschewiki-Propaganda aufzuhalten. Man konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, daß sie das Teufel-an-die-Wand-malen gar nicht ungern sah, um auf Berlin zu wirken. Plötzlich aber ist ihr die Bewegung infolge einer Verkürzung der Mehrlation über den Kopf gewachsen. Unvermittelt und ganz überraschend setzten die Streikbewegungen in Niederösterreich ein und gestern kam es in den Straßen Wiens zu lärmenden Straßenkundgebungen mit vereinzelt Ausschreitungen. Nun ist die Angst vor dem angedrohten Generalstreik groß, und man hofft auf Mehlsendungen aus Deutschland, um beruhigen zu können und Zeit zu gewinnen. Das allein wird aber nicht genügen, denn die Bewegung hat eine politische Ursache, die Mehllage war nur die äußere Veranlassung.

Wenn hier eine starke Persönlichkeit das Steuer in der Hand hielte, etwa ein Mann wie *Graf Tisza*¹⁾, so wäre kein Grund zur Sorge gegeben, aber bei dieser schwachen Regierung muß man auf böse Dinge gefaßt sein, wenn die Verhandlungen in Brest nicht eine andere Wendung nehmen. Seit einem Jahr hält man dem Volk den Friedensapfel vor die Lippen, kein Wunder, daß es schließlich, Tantalus-Qualen erleidend, die Geduld verliert. Und in einer so kritischen Zeit läßt die Zensur den geh. beigefügten Aufruf der gestrigen *Arbeiterzeitung* durchgehen, der nichts anderes bedeutet als die Aufforderung zur Revolution. Am Ballplatz ist die Empörung gegen den Ministerpräsidenten *v. Seidler* groß. Das Organ des Ballplatzes, das *Fremdenblatt*, bringt heute sogar einen sehr scharfen Artikel gegen den österreichischen Premierminister. Der Artikel soll auf deutsch-österreichische Kreise zurückzuführen sein und am Ballplatz nicht vorgelesen haben. Die Redaktion kannte aber wohl die dortige Stimmung gegen Herrn *v. Seidler*, um den Angriff wagen zu können. *Graf Czernin* hat in letzter Zeit scharfe Auseinandersetzungen mit dem Ministerpräsidenten gehabt, dem er schwächliches Nachgeben vorwirft. Er selbst hat ja längst eingesehen, daß eine allzu häufige Friedensbetonung verfehlt war und in letzter Zeit für seine Person stärkere Töne, aber nicht die Unterstützung der österreichischen Regierung gefunden. Man weiß nicht, welche Richtung an Allerhöchster Stelle gebilligt wird,

¹⁾ *Stefan Graf Tisza* (1861—1918), ungarischer Staatsmann; 1903—1905 u. 1913 ungarischer Ministerpräsident. Setzte sich 1914/18 für erhöhte Kriegsanstrengungen Ungarns ein.

die des laissez aller und schwächlichen Nachgebens *Seidlers* oder die festere Haltung des *Grafen Czernin*, der uns ja auch nicht gerade als starker Mann erscheint, der aber wohl auch nicht anders kann, als der inneren Lage und der schwankenden Stimmung bei Hofe Rechnung zu tragen.

Deutschland hatte sich in den letzten Monaten hier ein schönes Kapital an bundestreuer Gesinnung gesammelt, welches leider in den letzten zwei Wochen zum großen Teil verzehrt worden ist. Wenn es hier schlecht geht, ist ja an sich schon immer Neigung vorhanden, uns die Schuld zuzuschreiben. Dazu kommt, daß man hier den Eindruck gewonnen hat, namentlich aus der Erklärung des Generals *Hoffmann*, daß die allgemeine Richtung die Oberhand gewonnen hat. Es ist bezeichnend, daß gestern in den sozialistischen Versammlungen, in mehreren Stadtbezirken, wie mir von Augenzeugen gemeldet wurde, der Ruf „Pfui *Hoffmann!*“ laut erscholl.

Ich halte es für meine Pflicht, auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Wir können die Menschen hier nicht ändern, müssen mit Kaiser *Karl* und seinen Beamten rechnen, wie sie sind. Wir müssen aber auch mit dem österreichischen Volke rechnen. Einen Krieg, der über den Rahmen des Verteidigungskrieges hinausgeht, lehnt das österreichische Volk ab. „Wir kämpfen nicht für deutsche Eroberungen.“ Das ist der Sinn der Bewegungen.

Heute ist die Situation noch zu retten, da bei der nachgiebigen, zu Konzessionen geneigten Natur unseres Bundesgenossen noch Hoffnung besteht, die Bewegung einzurenken, denn die Tschechen halten wohl zurück, weil ihnen nicht sicher ist, daß die Sozialisten in Niederösterreich fest bleiben. Bleiben sie fest, so ist der nachfolgende Streik in ganz Böhmen und Mähren mit Sicherheit zu erwarten und wir stehen einer sehr ernsten Lage gegenüber.²⁾

Wedel.

²⁾ Weiteres Schreiben *Wedels* entspr. Inhalts vom 18. 1. 1918 vgl. Archivalische Forschungen 4/III (Nr. 322), S. 935, Der Deutsche Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt. — Vgl. auch Nr. 227.

213.

17. 1. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Kaiser Wilhelm II.

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 10. Masch. Schr. mit eigenh. Unterschrift Bussches. Kopf des Schreibens: „Auswärtiges Amt“. Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text und Strich am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Euerer Majestät beehre ich mich alleruntertänigst zu melden:

In der heutigen Besprechung des Herrn Staatssekretärs mit Herrn *Trockij* teilte dieser mit, daß er nach Durchberatung der noch zu erledigenden politischen Fragen und nach genauer Kenntnisaufnahme der Auffassungen der Zentralmächte

auf ungefähr 7 Tage nach St. Petersburg reisen müsse¹⁾), um seiner Regierung, dem A- und S-Rate, sowie der demnächst zusammentretenden Konstituante umgehenden Bericht über den Gang und das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen zu erstatten. Herr *Trockij* fügte sua sponte hinzu, daß er seine Abreise nicht als einen Abbruch der Verhandlungen auffasse, sondern lediglich als eine Unterbrechung zwecks einer informatorischen Reise nach Petersburg; er schlug vor, bis zu seiner Rückkunft die Beratungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Kommissionen möglichst zu fördern; sein Bureau sowie die anderen Herren der russischen Delegation würden in Brest verbleiben. In der Unterredung betonte Herr *Trockij* nochmals, daß die Hauptschwierigkeit für eine Einigung in der Räumungsfrage zu suchen sei; er habe dem Verlaufe der vorgestrigen Sitzung entnommen, daß die Deutschen zu einer Räumung der besetzten Gebiete überhaupt nicht bereit seien²⁾); diese Auffassung habe ihn befremdet und bestürzt.

Herr *Trockij* wird in der morgigen Sitzung der politischen Kommission nach erfolgter Durchberatung des politischen Stoffes — möglicherweise also erst morgen nachmittag — eine Erklärung dahin abgeben, daß er zur Informierung seiner Regierung auf ca. 7 Tage nach Petersburg fahren werde, seine Abreise aber in keiner Weise als ein Abbruch der Verhandlungen aufzufassen sei.

Der Herr Staatssekretär und Herr General *Hoffmann* sind übereingekommen, die Erklärungen des Herrn *Trockij* über Zweck und Ziel seiner Reise zu akzeptieren und ihm vor seiner Abreise oder im Zusammenhang damit keine ultimativen Forderungen zu stellen.

Ob der Herr Staatssekretär in Brest bleiben wird, ist noch nicht entschieden und hängt von dem Verlaufe der Verhandlungen mit den Ukrainern ab; voraussichtlich wird er in Brest bleiben.

Heute nachmittag 5 Uhr Fortsetzung der gestrigen Besprechung mit den Ukrainern; desgleichen findet heute nachmittag eine Fortsetzung der Verhandlungen der deutsch-russischen Kommission für Rechtsfragen³⁾ statt, die bereits gestern unter Herrn Direktor *Kriege*⁴⁾ zum ersten Male getagt hatte.

Morgen früh 10 Uhr 30 Sitzung der politischen Kommission mit den Russen.

Alleruntertänigst
Bussche.

¹⁾ „reisen müsse“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Randbemerkungen von derselben Hand: „ein wahrer Segen! wahrscheinlich haben die vier Schüsse auf *Lenin* ihm gezeigt, daß seine Macht ein plötzliches Ende haben kann. Vorher wird er wohl die hochfahrenden Ziele einschränken, um den Frieden für die Bolschewiken zu retten!“

²⁾ Von „besetzten“ bis „seien“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Bemerkungen am Rande in gleicher Höhe von derselben Hand: „nein! wir bleiben!“

³⁾ Von „deutsch-russischen“ bis „Rechtsfragen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Bemerkung am Rande von derselben Hand: „aber“.

⁴⁾ Von „Herrn Direktor *Kriege*“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen. — Dr. jur. *Johannes Daniel Jakob Kriege* (1859—1937), seit 15. 9. 1911 Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt; 30. 10. 1916 Wirkl. Geh. Rat.

214.

17. 1. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Telegramm. Nr. 147. Abgeg. Brest-Litowsk, 17. 1. 1918, angek. 18. 1. 1918, 2.40 vorm. Überschrift: „Vertraulich. Nur für Unterstaatssekretär und Herrn Reichskanzler.“

Heute wirtschaftliche Verhandlungen mit Ukraine begonnen. Ukraine ließ Willen erkennen, mit uns bzw. Österreich-Ungarn zu wirtschaftlichem Arrangement zu kommen. Ukraine stellte vier Gesichtspunkte für künftige Wirtschaftspolitik der Ukraine auf.

1. Unveränderte Übernahme aller Grundsätze des deutsch-russischen Handelsvertrages sei mit Rücksicht auf die Interessen der Ukraine nicht möglich.
2. Schutzzollpolitik solle durch Vereinbarung zollfreier Kontingente ersetzt werden.
3. Meistbegünstigung solle durch Gegenseitigkeitsklausel mit der Bedingung ersetzt werden, daß dritte Staaten weitergehende Begünstigungen nicht erhalten sollen.
4. Der Außenhandel solle unter staatlicher Kontrolle und durch staatlich kontrollierte Zentralstelle erfolgen.

In Diskussion bemerkte Ukraine, daß zu unterscheiden sei:

- a) ein Handelsprovisorium vom Tage der Unterzeichnung des Friedens bis 1. Januar 1920, bei dem die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse verschiedene Modifikationen der obigen 4 Grundprinzipien verursachen würden.
- b) ein daran anschließender Handelsvertrag für längere Dauer.

Dabei gaben Ukrainer schon jetzt zu erkennen, daß die obigen 4 Grundsätze nicht auf alle Verhältnisse des deutsch-ukrainischen Handelsvertrages ausnahmslos Anwendung finden würden, daß vielmehr gewisse Ausnahmen möglich seien. Monopolisierung Aus- und Einfuhrhandels sei nur für gewisse Massenartikel, nicht für alle Waren notwendig, andere Waren unterliegen Regeln freien Verkehrs. Ferner wollen Ukrainer nicht nur bei Handelsprovisorium, sondern auch grundsätzlich anerkennen, daß innere Regelung der Form des Handelsvertrages jedem Vertragsteil nach eigener Gesetzgebung vorbehalten bleibt.

Unsererseits wurde bemerkt, daß wir im allgemeinen, vorbehaltlich der Detailbesprechung glaubten, daß unüberwindbare Schwierigkeiten, zu einem Einverständnis sowohl für Übergangszeit wie auch für später zu kommen, nicht vorliegen. Die Ukrainer stimmten dem zu, und es wurde, da die Ukraine zunächst Verständigung mit Kiev herbeiführen will, zunächst weitere Beratung auf übermorgen vereinbart, in der materielle Besprechung der ukrainischen vier Grundsätze erfolgen soll.

Rosenberg.

215.

17. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)
an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Telegramm. Nr. 12. Abgeg. Brest-Litowsk, 17. 1. 1918, 11.40 nachm., angek. 18. 1. 1918, 12.30 vorm. Vermerk: „Persönlich“.

Gestern ausführliche technische Besprechungen zwischen Direktor *Kriege* und Mitgliedern russischer Delegation über Rechts- und rechtspolitische Fragen. Da diese Besprechungen in kleinerem Kreise und ohne den unendlich erschwerenden Apparat vor sich gehen, äußern sich beiderseitige Vertreter freier. Direktor *Krieges* Eindrücke bestätigen die meinen, wonach den insbesondere von *Radek* stark beeinflußten Bolschewisten die Propaganda für die Revolution höher steht als selbst Interesse an Herrschaft der eigenen Partei. Auch *Kriege* hat bisher den Eindruck gewonnen, daß es Bolschewisten mehr um einen zur revolutionären Propaganda brauchbaren Abbruch zu tun ist als um Frieden auf mittlerer Linie. Da die Verhandlungen der letzten Tage größtenteils in der Kommission stattgefunden hatten, wurde es für zweckmäßig erachtet, gestern vormittag eine Vollversammlung der Verbündeten einzuberufen, in der ich ausführlich den bisherigen Gang der Verhandlungen und die Leitsätze der deutschen Politik darlegte. Die Verbündeten — an ihrer Spitze *Talaat Pascha* — bestätigten mir ihre vollständige Übereinstimmung mit den dargelegten Gesichtspunkten. Es liegt natürlich eine große Erschwerung unserer Stellung darin, daß die deutschen Ziele in Rußland eben nur für uns Interesse haben, für die Verbündeten aber gar keine. Trotzdem ist es mir, glaube ich, gelungen, unsere Bundesgenossen von der Mäßigung und Richtigkeit der deutschen Politik zu überzeugen.

Offizielle Sitzung mit Ukrainer-Abordnung stattfand wegen Erkrankung des *Grafen Czernin* in dessen Wohnung. Ukrainer, in erster Linie landhungrig, verlangen das zwischen Ukraine und Polen von jeher strittige Gouvernement Cholm und Garantien für Ukrainer in Ostgalizien. *Graf Czernin*, unter dem Druck der von mir anderweit berichteten Schwierigkeiten (Streiks, Ernährungslage u. dgl.) zu ziemlich weitgehendem Nachgeben bereit, hat für Ostgalizien bei Zustandekommen Vertragswerkes befriedigende Zusicherungen in Aussicht gestellt, will auch in Cholm auf Kosten der polnischen Wünsche entgegenkommen, hält es aber für dringend notwendig, baldtunlichst polnischen Ministerpräsidenten hierher kommen zu lassen, damit dieser Ukrainern gegenüber für polnische Interessen eintrete und Odium für Bevorzugung der Ukrainer mehr auf polnische Vertreter als Mittelmächte falle. Ebenso hält *Graf Czernin* es für notwendig, daß wir unsererseits die Zusicherung geben, daß die deutsche Politik an der austropolnischen Lösung, wie sie in den Berliner Besprechungen in Aussicht genommen, festhält und ihrerseits dazu beitragen will, diese zu verwirklichen. Er befürchtet nämlich, es möchte das Odium für Preisgabe von Cholm von den Polen in erster Linie auf Österreich geworfen und dadurch die österreichischen Sympathien in Polen soweit geschwächt werden, daß ein Anschluß Polens an Österreich nur mehr möglich sei, falls Deutschland bona fide mitwirke.

Der Graf ist, wie ich schon lange berichtet habe, durch die sich als halbamtlich

gebende Auslassung der *Kölnischen Zeitung* beunruhigt, wonach die austropolnische Lösung fallengelassen sei, und wird sich zur Opferung Cholms, die für die Erreichung unserer gemeinsamen Zwecke mit den Ukrainern mir unbedingt notwendig erscheint, nur entschließen, wenn wir ihm in beiden obengenannten Fragen entgegenkommen. Euerer Exzellenz Meinung drahtlich erbitte.

Angesichts der wenig günstigen Aussichten unserer Verhandlungen mit Bolschewiki müssen wir meiner Ansicht nach darauf bedacht sein, den Eindruck zu erwecken und zu stärken, daß wir bona fide alles in unserer Macht Stehende getan haben, um zum Frieden zu gelangen. Ich habe unsere Stellung nach allen Seiten hin durchdacht: Der schwächste Punkt ist die Räumungsfrage, in der ich aber ein Nachgeben der militärischen Stellen, besonders bei der jetzigen Konstellation, für so gut wie ausgeschlossen halte. Mir scheint aber erwähnenswert, ob man nicht anbieten soll, vor und während der Wahlhandlung durch eine neutrale Kommission darüber wachen zu lassen, daß nicht durch Gegenwart gewisser Besatzungstruppen ein politischer Einfluß auf die Wahlhandlung ausgeübt werde.

Ich will versuchen, den Gedanken — vorläufig unverbindlich — mit General *Hoffmann* zu erörtern und bitte gleichfalls um Euerer Exzellenz Weisung in diesem Punkte. Mir scheint, daß durch eine derartige Formel die Ehrlichkeit unserer Absichten in ein sehr helles Licht gerückt würde.

Kühlmann.

216.

17. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Telegramm. Nr. 137. Abgeg. Brest-Litowsk, 17. 1. 1918, 8.00 nachm., angek. 17. 1. 1918, 11.40 nachm. Bezugsvermerk: „Auf Telegramm Nr. 209“.¹⁾

Bin in voller Übereinstimmung mit General *Hoffmann* der Ansicht, daß Stellung eines Ultimatums an Russen, bevor wir mit Ukrainern einigermaßen in Ordnung sind, schwerer politischer Fehler wäre, wie sich ja aus meiner eingehenden telegraphischen Berichterstattung an Reichskanzler ergibt.

Über Stellungnahme Ukraine dürfte schon in den nächsten Tagen Klarheit erzielt werden.

Kühlmann.

¹⁾ Telegramm *Lersners* vom 16. 1. 1918 aus dem Großen Hauptquartier an das Auswärtige Amt, von diesem weitergeleitet an *Kühlmann*. *Hindenburg* über die Lage: *Trockijs* Schreiben an *Huysmans* über einen Sonderfrieden mit Rußland. Russische Absicht, die Verhandlungen nur in die Länge zu ziehen. Ultimatum ev. angebracht, da eine Hinauszögerung der Verhandlungen die militärische Lage Deutschlands verschlechtert. — Pol. Archiv, Rußland. Pol. Nr. 1, Bd. 11.

217.

17. 1. 1918: Telegramm des polnischen Ministerpräsidenten Kucharzewski (Warschau) an Reichskanzler Graf v. Hertling und Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Regierungskommissar in Warschau, Graf v. Lerchenfeld-Koefering, an die Reichskanzlei. Telegramm. Überschrift: „Reichskanzlei Berlin“.

Der polnische Ministerpräsident bittet um Übermittlung folgenden Telegrammes an den Herrn Reichskanzler und den Herrn Staatssekretär des Äußern: „Die polnische Regierung verleiht dem allgemeinen Willen der polnischen Nation Ausdruck, in dem sie das Folgende erklärt: Ohne Teilnahme der Vertreter der meist interessierten polnischen Nation wird sich das zukünftige friedliche Zusammenleben der Völker, dessen Grundlagen von den gegenwärtig in Brest geführten Friedensverhandlungen festgelegt werden, nicht erzielen lassen. Der von beiden Parteien einhellig anerkannte Grundsatz der Freiheit der Völker und ihres Selbstbestimmungsrechtes würde seines inneren Gehaltes verlustig gehen, wenn gleichzeitig eine Nation mit ruhmreicher staatlicher Überlieferung und reicher Kultur, die ihren eigenen Staat mit einer nationalen obersten Staatsgewalt an der Spitze besitzt, von der Teilnahme an der Bestimmung ihrer Geschichte ausgeschlossen würde. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen hat mit einer über jeden Zweifel erhabenen Offensichtlichkeit die Notwendigkeit einer amtlichen Teilnahme der Vertreter der polnischen Regierung erwiesen. Die Frage der Grenzen des polnischen Staates, die Liquidation der durch die Kriegsereignisse geschaffenen Verhältnisse, die Schaffung einer Basis zu einer rechnermäßigen Auseinandersetzung mit Rußland, endlich eine Reihe von Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Natur lassen sich ohne Teilnahme einer vollberechtigten polnischen Vertretung nicht lösen. Die Teilnahme der Polen an den Friedensverhandlungen, eine logische Folge des ganzen, im Einverständnis mit den Zentralmächten geführten Wiederaufbaues des polnischen Staates, wird den Beweis der Aufrichtigkeit der Absichten dieser Mächte liefern und dadurch zu einem wichtigen Faktor des allgemeinen Friedens werden. Aus diesen Gründen habe ich die Ehre, mich an Euer Exzellenz mit dem nachdrücklichen Vorschlag zu wenden, eine Vertretung der polnischen Regierung zu den in Brest geführten Verhandlungen baldmöglichst zuzulassen.¹⁾

gez. Kucharzewski.“

Deutscher Regierungskommissar.²⁾

¹⁾ Vgl. auch Nr. 230.

²⁾ Hugo Graf v. Lerchenfeld-Koefering, Major d. Res., Kommissar.

218.

18. 1. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Telegramm. Nr. 152. Abgeg. Brest-Litowsk, 18. 1. 1918, 3.00 nachm., angek. 18. 1. 1918, 4.00 nachm. Überschrift: „Sofort im Original Freiherrn v. dem Bussche vorzulegen. Vertraulich und persönlich!“

Heute Vormittag 1/211 nahm die deutsch-österreichisch—russische Kommission

über die politischen und territorialen Fragen ihre Besprechungen wieder auf.¹⁾ Auf Anfrage des Staatssekretärs erwiderte *Trockij*, die erforderlichen Ausweise für die Flüchtlinge, deren Rückkehr nach Kurland, Litauen und Polen russischerseits gewünscht werde, würden durch die Zentralorgane der in Rußland bereits vorhandenen landsmannschaftlichen Organisationen beschafft werden können. Der Staatssekretär wiederholte, daß die Verbündeten mit der Rückwanderung im Prinzip einverstanden seien, daß aber im Einzelnen die Verwaltungsbehörden der betreffenden Länder gehört werden müßten. Er regte an, eventuell die Petersburger Kommission mit der weiteren Bearbeitung der Frage zu betrauen.

Sodann wurde der nächste Punkt der russischen Erklärungen zur Debatte gestellt: Art und Form der Willenskundgebung. Der Staatssekretär erklärte, ein Referendum erscheine den Verbündeten weniger geeignet, und befürwortete statt dessen die bereits vorhandenen Volksvertretungen auf breiter Basis zu erweitern und auszubauen. Demgegenüber hielt *Trockij* daran fest, daß ein Referendum die beste Ausdrucksform für den Volkswillen darstelle, zumal die betreffende Bevölkerung außerordentlich tüchtig, intelligent und hochentwickelt sei. — Jede andere Form werde sie als aufgezwungen empfinden.

Sodann wurde zum nächsten Punkt, Umfang des Territoriums, übergegangen. General *Hoffmann* legte eine Karte vor, worin die Ostgrenze Kurlands und Litauens eingezeichnet war. Nördlich von Dünaburg ist sie mit unserer gegenwärtigen Frontlinie identisch, südlich von Dünaburg verläuft sie etwas weiter westlich.

Der General bemerkte, daß die Grenzlinie südlich Brest-Litowsk nicht zur Diskussion stehe, da hierüber mit der ukrainischen Delegation verhandelt werde.

Trockij machte zunächst in einer höchst gewundenen Erklärung Vorbehalte dagegen, daß wir über die ukrainische Grenze mit den Ukrainern selbständig verhandeln. Der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukrainer sei noch nicht so weit gediehen, daß die Abgrenzung des russischen vom ukrainischen Gebiet schon als durchgeführt angesehen werden könne. Auf seine Frage nach den für die Einzeichnung unserer Linie nördlich Brest maßgebenden Kriterien teilte General *Hoffmann* mit, bei Litauen seien ethnographische Gesichtspunkte bestimmend gewesen, bei Kurland, wo die Linie das Lettenland durchschneide, sei im allgemeinen die Linie gewählt worden, die aus militärischen Gründen gehalten werden müsse, um den dahinter liegenden Völkern den ruhigen Ausbau ihres Staatswesens und die ungestörte Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu ermöglichen. Er erinnerte daran, daß Rußland ja nach früheren Erklärungen der russischen Delegation beabsichtige, auch den Völkern östlich der Linie Gelegenheit zu geben, ohne jeden Druck über ihr Schicksal selber zu entscheiden, was besonders im Interesse des schwer geprüften lettischen Volkes lebhaft zu begrüßen sei.

Trockij fragte, ob der General in der Grenzfrage auch die Ansicht der Deutschen Regierung vertrete. Der Staatssekretär erwiderte, er behalte sich für den weiteren Verlauf der Diskussion ergänzende Erklärungen vor, brauche aber nicht darauf

¹⁾ Vgl. Nr. 219.

hinzuweisen, daß zwischen den Anschauungen der Reichsleitung und der O.H.L. in diesen Fragen selbstverständlich irgendeine Divergenz nicht bestehen könne. Darauf beantragte *Trockij* Unterbrechung der Sitzung zwecks näherer Prüfung der „markanten“ Einzeichnung. Es wurde beschlossen, daß der Termin der nächsten Verhandlung (voraussichtlich heute nachmittag oder morgen) von den Russen anberaumt werden soll.

Vorher bat der Staatssekretär noch auf einige in früheren Sitzungen berührte Fragen zurückkommen zu dürfen.

1). Wie liegen die staatlichen Dinge im Kaukasus? Stehen die dortigen Truppen noch unter dem direkten Einfluß von Petersburg?

Trockij erwiderte, die Truppen im Kaukasus ständen im vollen Umfange unter dem Befehl von Vorgesetzten, die dem Rat der Volkskommissare unbedingt ergeben seien.

2). Betrachtet die russische Regierung die Ålandsfrage²⁾ auch heute noch als eine international zu regelnde Angelegenheit, oder sieht sie die Finnische Republik als zur Vertretung dieser Frage berufen an?

Trockij entgegnete, die Unabhängigkeit Finnlands habe nach russischer Auffassung an der Beurteilung der Frage nichts geändert.

Ist die russische Regierung bereit, das Verbot der Befestigung mit uns vertraglich zu erneuern? Es ständen in der Angelegenheit individuelle Rechte Deutschlands auf dem Spiel, auf deren Sicherstellung Deutschland unbedingt bestehen müsse. Vielleicht könne Schweden herangezogen werden, dessen Wünsche sich unseres Wissens in dieser Richtung bewegen.

Trockij behielt sich seine Antwort vor.

Rosenberg.

²⁾ Ålandinseln. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Finland zugesprochene Gruppe von 6550 Inseln und Schären im Süden des Bottnischen Meerbusens zwischen Finnland und Schweden. Rußland, dem die Ålandinseln vorher gehörten, hatte sich im Pariser Frieden vom 30. 3. 1856 verpflichten müssen, sie in Zukunft nicht zu befestigen, auch keinerlei Land- oder Seestreitkräfte auf ihnen zu unterhalten; vgl. Fleischmann; Schoppen, S. 674 ff.; Erikson.

18. 1. 1918, vorm.: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 156. Abgeg. Brest-Litowsk, 18. 1. 1918, 8.10 nachm., angek. 18. 1. 1918, 9.50 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen von Freitag, den 18. Januar 1918, vormittags, 10 ½ Uhr“. Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Randbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 43 Minuten durch den Staatssekretär v. Kühlmann eröffnet.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich eröffne die heutigen Besprechungen der Kommission, die gemäß den vor der Weihnachtspause getroffenen Verabredungen

zusammengetreten ist, und muß im voraus um Entschuldigung bitten, wenn ich mich infolge einer Erkältung nur sehr schwer verständlich machen kann. Wir haben die letzten Besprechungen beschlossen mit den Erörterungen über die Modalitäten, unter denen Ausgewanderte in die Gebiete zurückkehren können, um dort an der geplanten Abstimmung teilzunehmen. Ich weiß nicht, ob nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation dieser Punkt als durch die gegenseitigen Erklärungen erledigt betrachtet werden kann.

Herr Trockij: Wenn die Gegenpartei zu ihren neulichen Erklärungen nichts weiter hinzuzufügen hat, so werden wir diese Erklärungen zur Kenntnis nehmen, wenn sie auch durchaus nicht mit dem übereinstimmen, wie wir uns die Sache gedacht hatten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte einige Ergänzungen der Informationen noch beantragen in bezug auf diesen Punkt. Glaubt der Herr Vorsitzende der russischen Delegation, daß es möglich sein wird, die Ausweise und Nachweise darüber, daß die betreffenden Individuen wirklich bona fide Emigranten waren oder früher da gelebt und gearbeitet haben, in den einzelnen Fällen wahrscheinlich beschaffen zu können?

Herr Trockij: Diese Flüchtlinge und Evakuierten sind augenblicklich in Rußland in sogenannten Landsmannschaften zusammengefaßt. Diese Verbände stehen miteinander in Verbindung und haben ihre Vertretungen. Diese Zentralorgane der landsmannschaftlichen Organisationen werden zweifellos die Möglichkeit haben, genaue Nachrichten über die einzelnen zu geben, da eine genaue Registrierung der einzelnen durchgeführt ist.

Staatssekretär v. Kühlmann: Die Frage der Rückwanderung wird ja nicht zu den unmittelbaren aktuellen Fragen gehören, da ja voraussichtlich geraume Zeit verlaufen wird, bis die Prüfung der Frage im einzelnen durchgeführt sein kann. Wie ich neulich erklärt habe, sind wir im Prinzip mit dem Gedanken der Rückwanderung einverstanden. Man könnte, was die praktische Ausführung betrifft, daran denken, durch eine Erweiterung der Kommission, welche sich mit dem Austausch der Zivilgefangenen, der Kriegsgefangenen beschäftigen würde, auch die mit der Rückwanderung zusammenhängenden Fragen systematisch miteinander prüfen zu lassen. Weiteres erscheint mir im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen über diesen Punkt nicht zu sagen zu sein. Auf alle Fälle müssen die Verwaltungsbehörden der Länder, in welche die Rückwanderer zurückkehren wollen, bei dieser Angelegenheit selbstverständlich gehört werden. Von unserer Seite ist also zu diesem Punkte nichts mehr vorzubringen.

Nach der Reihenfolge der Punkte, welche nach dem russischen Vorschlage die Grundlage der Beratung bilden sollten, würden wir jetzt kommen zu der Art und Form, in der die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen kundzugeben haben wird. Nach den bisherigen russischen Vorschlägen scheint man in erster Linie an ein Referendum gedacht zu haben. Uns erscheint nach der Lage und dem gegenwärtigen Entwicklungszustand der Majorität der Länder, um die es sich handelt, das Referendum nicht als die geeignete¹⁾ Form der Kund-

¹⁾ Von „Referendum“ bis „geeignete“ unterstrichen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*; dazu in gleicher Höhe am Rande von derselben Hand senkrechter Strich und Bemerkung: „Dann kommen die Letten obenauf“.

gebung des Volkswillens. Wir würden es vorziehen, getreu dem Prinzip, an dem wir in unserem Vorschlage durchaus festgehalten haben, nämlich an dem Vorhandenen festzuhalten und dasselbe auszubauen, die vorhandenen Vertretungskörper durch Wahlen auf breiter Basis, welche zu diskutieren wäre, so zu ergänzen und zu erweitern, daß sie vollkommen als Vertretung des Gesamtvolkes angesprochen werden können. In Einzelschlüsse will ich zunächst nicht eingehen und möchte zunächst vom Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation hören, ob die russische Delegation auf diesen Modus einzugehen geneigt wäre oder ob sie ihrerseits an dem Gedanken des Referendums starr festhalten will.

Herr Trockij: Wir bleiben bei unserer Ansicht, daß in einer Frage, wo es sich um das Schicksal eines neu entstehenden Volkes handelt, das Referendum diejenige Art ist, um am zutreffendsten dem Willen des Volkes Ausdruck zu geben. Wir glauben nicht, daß die Bevölkerung der in Frage stehenden Gebiete auf einer solchen Stufe steht, wie es der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation gesagt hat, daß ein Referendum für diese Gebiete als unzweckmäßig anzusehen wäre. Die Bevölkerung aller der uns hier interessierenden Gebiete ist außerordentlich arbeitsfähig, intelligent und hochentwickelt. Daher wird sich die Bevölkerung gegenüber einer Art der Entscheidung, wie sie nicht aus seinem [sic!] eigenen Willen hervorgegangen ist, nicht anders verhalten können als zu etwas, was ihr von außen her aufgezwungen wird. Außerdem sind wir der Ansicht, daß nach den Erfahrungen des jetzigen Krieges die besten Garantien gegen neue blutige Konflikte in dem Bewußtsein der Völker selbst liegen. So haben wir z. B. die Äußerung eines bekannten Vertreters Kurlands gelesen, der sich dahin geäußert hat, daß, wenn Deutschland nicht das Protektorat über Kurland übernimmt, dieses sich genötigt sehen würde, sich unter den Schutz oder das Protektorat Englands zu stellen. Eine derartige prinzipienlose Äußerung, welche nur geeignet ist, die Beziehungen zwischen den Ländern zu vergiften, ist immer nur die Ansicht eines einzelnen Politikers, die großen Massen denken niemals so. Aus diesem Grunde halten wir das Referendum für die zweckmäßigste Art der Befragung des Volkswillens. Was die andere Frage betrifft, das bereits Vorhandene weiter auszubauen und nicht wieder zu zerbrechen, so sind wir der Ansicht, daß gerade der Krieg diejenige geschichtliche Methode ist, die Vorhandenes zerbricht. Wir haben in Riga das Beispiel gehabt, wie eine neugewählte Stadtvertretung beseitigt und an ihrer Stelle eine alte wieder eingesetzt wurde, deren Existenz bereits aufgehört hatte. Wir sehen also, daß die Gegenpartei sich nicht so streng an das Prinzip hält, das zu nehmen, was sie an Ort und Stelle vorfindet, sondern sie macht dies mit Auswahl, und die Frage ist nur, in welcher Weise diese oder jene Wahl den Interessen der breiten Massen entspricht. In denjenigen Gegenden, aus denen der Krieg zehntausende und hunderttausende von Flüchtlingen vertrieben hat, wo die Staatsangehörigkeit geändert wird, wo ausländische Truppen sich befinden, wird ein Referendum nicht als die größte Neuerung empfunden werden, jedenfalls nicht als eine Neuerung, die der Bevölkerung aufgezwungen wird.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich bin ohne weiteres bereit, das zu glauben, was der Herr Vorredner über die natürliche Begabung der Bevölkerung gesagt hat,

um die es sich hier handelt. Aber der Herr Vorredner wird nicht leugnen wollen, daß seine Vorgänger in der russischen Regierung weder für die Schulbildung noch die politische Bildung dieses Volkes auch nur die elementarsten Grundlagen gelegt haben. Ich kann auch nicht zugeben, daß das, was ich über unser Bestreben gesagt habe, an das historisch Gewordene allmählich weiterzubauen, durch die Einwendung des Herrn Vorredners irgendwie entkräftet worden ist. Ich bin über die Einzelheiten der Vorgänge in Riga nicht genügend unterrichtet, um in eine detaillierte Diskussion darüber einzutreten, welche von beiden Stadtvertretungen mit mehr Recht als die historische angesehen werden kann. Der Herr Vorredner stützt sich, wie dies ja in seinem politischen Glaubensbekenntnis entspricht, immer nur auf ein Argument, ob eine vorhandene Form absolut die Massen repräsentiert oder nicht. Dies hat aber gerade bei den historisch gewordenen Körperschaften sehr häufig eben sich so entwickelt, daß durch eine repräsentative Vertretung auch die Interessen der Massen in gewissenhaftester Weise wahrgenommen worden sind. Die Entwicklung ist überall im Sinne einer zunehmenden Demokratisierung im ... Gange und auch unser Bestreben geht dahin, in den fraglichen Gebieten den breiten Schichten des Volkes einen immer zunehmenden Einfluß²⁾ auf die Geschicke der Verwaltung und der Politik einzuräumen. Nur wollen wir, daß dieser Übergangspunkt sich unter Aufrechterhaltung der Ordnung und in verständigem Tempo vollzieht. Soweit es von uns abhängt, wünschen wir nicht, daß diese vom Kriege heimgesuchten Gegenden auch noch der Segnungen der Revolution³⁾ teilhaftig werden. Ich glaube, wir können nach Darlegung des gegenteiligen Standpunktes diesen Gegenstand verlassen, ich hatte — offen gestanden — erwartet, daß die Gegenseite sich nicht in so absoluter Weise, wie sie es getan, auf dem Referendum als dem einzigen Hilfsmittel festlegen würde; nachdem sie dies aber getan hat, glaube ich, daß die Diskussion unseres Standpunktes im einzelnen unfruchtbar sein würde. Von den zur Beratung gestellten Punkten ist der über Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung berufen sein wird, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben, nach gemeinschaftlichem Übereinkommen vorläufig zurückgestellt worden. Wenn sich der Herr Vorsitzende der russischen Delegation einverstanden erklärt, so könnten wir zur Besprechung dieses Punktes übergehen. Ich würde dann den General *Hoffmann* bitten, an der Hand der Karte eine kurze Darlegung unseres Standpunktes in dieser Beziehung zu geben.

General Hoffmann: Ich muß zunächst vorausschicken, daß ich jetzt nur sprechen kann über die Gebiete nördlich von Brest-Litowsk bis nach der Ostsee, weil bezüglich der südlichen Gebiete zur Zeit Verhandlungen stattfinden mit den Herren Vertretern der ukrainischen Delegation, die zu einem Abschlusse noch nicht gekommen sind. Die blaue Linie, die hier nördlich Brest-Litowsk beginnt, gibt dasjenige an, was nach unserer Ansicht nicht unter die Ziffer 1 unseres

²⁾ „zunehmenden Einfluß“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen. Dazu in gleicher Höhe am Rande von derselben Hand senkrechter Strich und Bemerkung: „Na Na! Vorsicht! Das kann zu weit gehen!“

³⁾ Von „Kriege“ bis „Revolution“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande von derselben Hand senkrechter Strich und Bemerkung: „was anzunehmen“.

Vertrages fällt, nämlich jene Gebiete, die, mit der russischen Demobilisierung beginnend, von unseren Truppen geräumt werden sollen. Ich lege die Karte auf den Tisch des Hauses.

Herr Trockij: Erstens muß ich eine formale kurze Erklärung abgeben bezüglich der Gebiete, die südlich von Brest-Litowsk⁴⁾ liegen. Wie ich schon zweimal bemerkt habe, und zwar bei Gelegenheit der Anerkennung der ukrainischen Delegation, ist der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine noch nicht so weit gediehen, daß die Frage der Abgrenzung zwischen uns und der neuen Republik bereits als durchgeführt angesehen werden könnte. Ich habe schon damals bemerkt, daß dies keine Schwierigkeiten in den Verhandlungen ergeben wird, da nach unseren Prinzipien die Grenzen bestimmt werden durch den Willen der breiten Massen der Bevölkerungen, die daran interessiert sind, und in jedem Einzelfalle würde es einer Einigung zwischen uns und der ukrainischen Delegation bedürfen. Dies bezieht sich natürlich auch in vollem Umfange auf die Gebiete südlich von Brest-Litowsk. Was die Linie anbetrifft, die auf der vorliegenden Karte eingezeichnet ist, so wären wir sehr dankbar, wenn wir erfahren könnten, welche Prinzipien⁵⁾ und welche Kriterien bei der Einzeichnung dieser Linie maßgebend gewesen sind.

General Hoffmann: Die Linie gibt, soweit gewisse Nationalitäten gänzlich in unserem Besitze, d. h. von unseren Truppen besetzt sind, nach unseren Begriffen die Grenze davon wieder, das heißt, um ein Beispiel zu nehmen, die Abgrenzung der litauischen Bevölkerung. Weiter nördlich kann diese Linie eine Nationalitäten-Abgrenzung nicht geben, weil, wie es ja dem Vorsitzenden der russischen Delegation bekannt ist, die von uns gehaltene Linie quer durch das Volk der Letten liegt. Diese Linie gibt deshalb im allgemeinen nur die Linie, die aus militärischen Gründen gehalten werden muß, um den dahinter wohnenden Völkern Gelegenheit zu geben, in Ruhe ihr Staatswesen auszubauen und von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen. Nach den Erklärungen, die der Herr Vorsitzende der russischen Delegation uns früher gegeben hat, besteht seitens der russischen Regierung die Absicht, auch den auf der anderen Seite dieser Linie wohnenden Volksteilen Gelegenheit zu geben, ohne jeden Druck von ihrer Seite sich darüber auszusprechen, wie sie sich ihre politische Zukunft denken, was ich vor allen Dingen für dringend wünschenswert halten würde für das lettische Volk. Ebenso hat der Herr Vorsitzende der russischen Delegation seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, daß auch das estnische Volk diese Gelegenheit haben sollte.

Herr Trockij: Ich nehme an, nachdem der Vertreter der Obersten Heeresleitung die Prinzipien dargelegt hat, welche für die hier eingezeichnete Linie maßgebend waren, und da der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation uns keinerlei ergänzende Erklärung in dieser Frage abgegeben hat, daß die hier

⁴⁾ Von „die“ bis „Brest-Litowsk“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen, „südlich“ zweimal unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Also gerade die, über die nicht diskutiert werden soll!“

⁵⁾ Von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Dieses verfluchte Wort kehrt fast auf jeder Seite wieder!“

abgegebene Erklärung des Herrn Vertreters der Obersten Heeresleitung auch als die erschöpfende Ansicht der deutschen Regierung anzusehen ist.⁶⁾

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich bin bereit, im Laufe der Detaildiskussion weitere Ergänzungen der vom Herrn General *Hoffmann* gegebenen allgemeinen Grundlinien zu geben, brauche aber wohl nicht erneut darauf hinzuweisen, daß zwischen den Anschauungen der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung in diesen Fragen irgend eine Divergenz nicht bestehen kann.⁷⁾

Herr **Trockij**: Nach Anhörung der Ausführungen des Herrn Vertreters der Obersten Heeresleitung und nach den ergänzenden Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation würde ich es für zweckmäßig halten, eine Unterbrechung der Sitzung eintreten zu lassen, damit die russische Delegation Gelegenheit nehmen kann, sich nähere Kenntnis zu schaffen über diese so markant eingezeichnete Linie.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich glaube, es wird allgemeine Übereinstimmung darüber herrschen, dem Wunsch der russischen Delegation, sich über diese Linie zu beraten, zuzustimmen. Wenn aber der Herr Vorsitzende der russischen Delegation einverstanden ist, möchte ich noch einige Fragen an ihn richten, die zum Teil Materien betreffen, die schon in einer Versammlung vor Weihnachten besprochen worden sind. Das erste betrifft die Angelegenheit des Kaukasus. Ist der Herr Vorsitzende in der Lage — natürlich kann er ja auch die Antwort verweigern — uns mitzuteilen, wie augenblicklich die staatlichen Dinge im Kaukasus stehen und insbesondere, ob die gegenüber unseren türkischen Verbündeten stehenden Truppen unter dem direkten Einflusse der Petersburger Regierung sind oder nicht?

Herr **Trockij**: Trotzdem diese Frage direkt die türkische Delegation angeht, die hier nicht vertreten ist, so habe ich nichtsdestoweniger keinen Grund, diese Frage zurückzuweisen, soweit sie Bezug hat auf Fragen, die hier zur Verhandlung stehen. Die Kaukasus-Armee steht in vollem Umfange unter dem Befehl von Vorgesetzten, die dem Rate der Volkskommissare unbedingt ergeben sind. Das wurde mir kürzlich vor etwa zwei Wochen bestätigt auf dem allgemeinen Kongreß der Delegierten der kaukasischen Front.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Die zweite Frage, die ich stellen wollte, betrifft die uns als Mitunterzeichner des alten Vertrages in hohem Grade interessierende Frage der Ålandsinseln. Da würde vor allen Dingen die Vorfrage zu lösen sein, ob die die Ålandsinseln betreffenden Fragen nach wie vor von den Vertretern der Volkskommissare international behandelt werden, oder ob die jetzt von mehreren Großmächten anerkannte finnische Republik international als zur Vertretung der die Ålandsinseln betreffenden Fragen betrachtet werden kann.

Herr **Trockij**: Die erfolgte Proklamierung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands hat bisher keinerlei Veränderung in der Frage der Ålandsinseln hervorgerufen.

⁶⁾ Von „der“ bis „ist“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande Bemerkung von derselben Hand: „Das konnte einfach mit ja beantwortet werden!“

⁷⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich und Randbemerkung Kaiser *Wilhelms II.*: „sehr schön, aber weitschweifig“.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich hatte schon vor der Weihnachtspause die Ehre, an die russische Delegation die Frage zu richten, ob sie gesonnen sei, mit uns die Bestimmungen zu erneuern, durch welche die Neutralisation dieser Inseln und das Verbot, sie zu militärischen oder maritimen Zwecken zu benutzen, im internationalen Sinne zu regeln wäre. Es ist damals von seiten der russischen Delegation darauf hingewiesen worden, daß der Ålands-Vertrag eine Reihe von Unterschriften trüge, und daß sie deshalb vorziehen würde, die Angelegenheit wieder zum Gegenstand eines internationalen Meinungsaustausches zu machen. Ich möchte darauf hinweisen, daß uns aus diesem Vertrage, dessen Unterschriften, wie dem Herrn Vorredner ja sehr wohl bekannt ist, aus einer rein historischen Konstellation zu erklären sind, nämlich der des Krim-Krieges, für Deutschland individuelle Rechte erwachsen, individuelle Rechte, welche angesichts unserer Stellung in der Ostsee für uns von der allergrößten Bedeutung sind, und deren ausdrückliche Anerkennung im Friedensvertrage eine unbedingte deutsche Forderung darstellen würde. Rußland würde dadurch nichts aufgeben, was es vor dem Kriege besessen hatte, wenn man nicht annehmen will, daß die vertragswidrige Befestigung der Inseln während des Krieges und der Versuch der zaristischen Regierung, der durch die heutige russische Regierung aufgedeckt worden ist, die vertragswidrige Befestigung zu einem dauernden Rechte zu erheben, irgend ein neues Recht in dieser Frage geschaffen hätte.

Herr Trockij: Da die Frage der Ålandsinseln einen neuen Zusammenhang erhält mit der auf dieser Karte zu unserer Beurteilung und der der ganzen Welt eingezeichneten Linie, so behalten wir uns vor, auf alle diese Fragen im Zusammenhange zu antworten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich habe das letztmal hervorgehoben, daß wir es, wenn die russische Regierung keine Bedenken dagegen hätte, selbst im Interesse der Aufrechterhaltung der Harmonie unter den der Ostsee anwohnenden Völkern wünschen würden, wenn bei der Erneuerung der betreffenden Stipulationen die Anwohner der Ostsee, insbesondere das durch seine geographische Lage eminent interessierte Schweden, zur Mitberatung und Mitunterzeichnung der neuen Stipulationen herangezogen werden könnten. Schweden ist zwar an unseren Beratungen nicht vertreten, wir haben aber die begründete Überzeugung, daß die Wünsche des schwedischen Volkes sich in dieser Richtung bewegen. Wünschen Sie sich dazu zu äußern?

Herr Trockij: Ich habe eben eine formale Antwort erteilt, die sich meiner Ansicht nach auch auf diese Fragen erstreckt.

Staatssekretär v. Kühlmann: Das waren die beiden Fragen, die ich in Ergänzung des heutigen Besprechungsmaterials noch vorzubringen gedachte. Es würde sich nun noch erübrigen, die Zeit für die Besprechung festzusetzen, in welcher die russische Delegation nach Beratung ihre Antwort auf unsere heutigen Mitteilungen geben will.

Herr Trockij: Wenn die Gegenpartei nichts dagegen einzuwenden hat, so möchten wir es bei der befolgten Praxis lassen, daß wir der Gegenpartei mitteilen, wann wir so weit sind, unsere Erklärungen zu diesem Punkt abgeben zu können, und Zeit und Stunde dann festsetzen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Kann die Gegenpartei nicht ungefähr sagen, wann dies voraussichtlich sein wird?

Herr **Trockij**: Heute oder morgen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich habe keine Bedenken.

Graf Czernin: Ich möchte mir erlauben, noch eine Frage an Herrn *Trockij* zu stellen. Das von österreichisch-ungarischen Truppen zur Zeit besetzte Gebiet — ich habe die Karte nicht mit — schließt an ungefähr nördlich Lublin. Nun bin ich bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß ein ausschlaggebendes Gespräch hierüber mit den Herren der ukrainischen Delegation zu führen wäre, und auch die Herren der ukrainischen Delegation scheinen diesen Standpunkt zu teilen. Ich würde daher für die Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation über diese Frage dankbar sein.

Herr **Trockij**: Unsere Ansicht habe ich bereits ausgesprochen, daß bezüglich aller der Gebiete über die Grenzfragen eine vorherige Einigung nötig ist zwischen der russischen und der ukrainischen Delegation. Soweit es sich dabei um Gebiete handelt, die zweifellos zur Ukraine gehören, so werden diese Fragen formal ohne jede Schwierigkeit gelöst werden, aber von unserem Standpunkte aus bleibt die Notwendigkeit einer vorherigen Einigung zwischen den beiden Delegationen vollständig aufrecht, da wir sonst nicht in der Lage wären, Kriterien aufzustellen für die Trennung der strittigen Gebiete von den nichtstrittigen.

Graf Czernin: Würde der Herr Vorsitzende die Güte haben, bei einer der nächsten Sitzungen mir auf der Karte zu zeigen, welche Gebiete er in seinem Verhältnisse zur Ukraine als strittig und welche er als geklärt bezeichnet?

Herr **Trockij**: Ich wiederhole noch einmal, daß in dem Stadium, in welchem sich die Frage der Selbstbestimmung der Ukraine augenblicklich befindet, einer Situation, die weder von uns noch dem Willen der ukrainischen Delegation abhängt, sondern durch das Moment der Selbstbestimmung der ukrainischen Republik bestimmt wird, ich nicht nach meiner persönlichen Ansicht derartige Angaben erteilen könnte. In dieser Hinsicht ist erst eine Einigung zwischen unserer Delegation und der ukrainischen Delegation notwendig. Und wenn der eine oder andere Gebietsteil uns mehr oder weniger strittig erscheinen würde, so wäre es für uns notwendig, erst einen Modus auszuarbeiten, wie diese Gebiete gegenüber der anderen Seite, nämlich Deutschland und Österreich-Ungarn, stehen sollen, während die Bestimmung der Grenzen einem späteren Zeitraum vorbehalten werden müßte zwischen uns und der ukrainischen Republik.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Wenn weitere Fragen nicht gestellt werden, würde ich eine Vertagung der Sitzung beantragen bis zu dem Zeitpunkte, wo uns die russische Delegation ihre Antwort erteilen will.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 52 Minuten.)

Kühlmann.

220.

18. I. 1918: Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer (Brest-Litowsk) über die Sitzung der Kommission für Gebietsfragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Überschrift: „G[ehorsame] A[nzeige]“.

In der Sitzung der politischen Kommission heute vormittag wurde zunächst die Diskussion über das Referendum fortgesetzt. Der Herr Staatssekretär gab dann ein Resumé über die territorialen Fragen und General *Hoffmann* überreichte mit einer kurzen Rede den Russen eine Karte, in der die neue russische Westgrenze unter Abtrennung von Kurland, Litauen und Polen eingezeichnet war. Die Russen nahmen die Karte zur Kenntnis und behielten sich die Antwort vor. Der Herr Staatssekretär stellte an die Russen die bereits vor Weihnachten einmal gestellten Fragen betr. die Ålandinseln, worauf sich die Russen auch die Antwort vorbehielten.

In der Sitzung heute nachmittag resümierte Herr *Trockij* die sich aus der Karte ergebenden Folgerungen und erklärte, es sei ja jetzt ganz klar, daß die Gebiete nicht kraft des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, sondern kraft des Rechtes militärischer Eroberung von Rußland abgetrennt werden sollten mit dem Zwecke, die entstehenden Völker in einer den Zentralmächten genehmen Weise zu entwickeln. Die Verhandlungen wären viel schneller gegangen, wenn man sich von Anfang an auf diesen Standpunkt gestellt haben würde und nicht den Versuch gemacht hätte, diese Tatsache durch Reden über das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verschleiern. Herr *Trockij* konstatierte den tiefen Unterschied, der zwischen dem jetzigen Standpunkte und der Erklärung vom 25. Dezember bestehe. Der Herr Staatssekretär antwortete Herrn *Trockij* und bestritt, daß ein Unterschied in der jetzigen Stellungnahme und der vom 25. Dezember bestehe; er stellte im übrigen die völlige Übereinstimmung zwischen Herrn General *Hoffmann* und ihm fest, die gemäß ihren verschiedenen Berufen Modifikationen in der Art der Äußerungen mit sich bringe. Herr *Trockij* erwiderte, daß er die offene freie Sprache des Soldaten der verklausulierten des Diplomaten vorziehe.

Herr *Trockij* beantragte daraufhin Vertagung, da er zwecks Stellungnahme zu der Haltung der Zentralmächte und zur Erledigung dringender politischer Geschäfte nach Petersburg fahren müsse; er beantrage die Sitzungen der wirtschaftlichen und rechtlichen Kommissionen unter dem Vorsitz von Herrn *Joffe* fortzusetzen und die nächste Sitzung der politischen Kommission auf den 29. Januar 11 Uhr vormittag anzuberaumen.

gez. Meyer.

221.

18. I. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Telegramm. Nr. 157. Abgeg. Brest-Litowsk, 18. I. 1918, 11.55 nachm., angek. 19. I. 1918, 7.00 vorm. Vermerk: „Persönlich“.

Heute vormittag Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 295 f.

Kommission, in der General *Hoffmann* Karten vorlegte, auf der beabsichtigte neue Grenzlinie eingetragen ist. Auf Wunsch russischer Kommission wurde Sitzung unterbrochen und heute nachmittag zu Ende geführt.

Trockij zusammenfaßte in längerer Rede Ergebnis bisheriger politischer Verhandlungen dahin, daß er so viel als möglich deutsche Bestrebungen als verschleierte Annexionen hinstellen versuchte und Deutschlands Tätigkeit als auf Gewalt und nicht auf den Grundsätzen des 25. Dezember beruhend hinstellte. Ich trat diesen Darlegungen mit entschiedener Feststellung entgegen. Gegenseitiger Ton war aber weniger scharf als bei vorhergehenden Debatten.

Trockij mitteilte, daß er „wegen politischer Pflichten“ heute abend nach Petersburg reisen müsse. Die russische Delegation werde unter dem Vorsitz des Herrn *Joffe* weiterarbeiten.

Die nächste Sitzung der politischen Kommission wurde anberaumt in Brest-Litowsk am 29. Januar 11 Uhr vormittags.

Es wird nötig sein, in Presse und Parlament darauf hinzuwirken, daß Abreise *Trockij* nicht als Bruch aufgefaßt wird und daraus Nervosität entsteht. Wie mehrfach dargelegt, fällt russische Politik dilatorischer Behandlung mit unseren eigenen Interessen zusammen. Nach Ansicht General *Hoffmanns* werden auch unsere militärischen Interessen dadurch durchaus nicht beeinträchtigt.²⁾

Graf Czernin ist den Ukrainern gegenüber zu weitgehenden Konzessionen bereit. Unsere Delegationen werden in den nächsten Tagen versuchen, Vertrag mit den Ukrainern mit Nachdruck zu fördern. *Graf Czernin* hat sich etwas beruhigen lassen; ich möchte aber zur Wiederherstellung besseren und vertrauensvolleren Verhältnisses nochmals dringend befürworten, in Nahrungsmittelfragen irgendwie entgegenzukommen — selbst wenn es nur eine Kleinigkeit ist: ut aliquid fecisse videatur.

Sobald Arbeitslage es mir gestattet, beabsichtige ich nach Berlin zu kommen, um mündlich zu berichten. Mitteilung des Unentschiedenen darf ich mir vorbehalten.

Kühlmann.

²⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Antworttelegramm des Reichskanzlers an *Kühlmann* vom 19. 1. 1918: „Nach der bisherigen Stellungnahme der O.H.L. mußte ich annehmen, daß ihr eine Verzögerung der Verhandlungen in Brest-Litowsk unseren militärischen Interessen abträglich erschiene. Stimmt die abweichende von Euer Exzellenz gemeldete Auffassung *Hoffmanns* mit den augenblicklichen Intentionen des Generals *Ludendorff* überein? *Graf v. Hertling*“. Darunter Vermerk: „Abgesandt 19. 1. 1918, 12 Uhr mittags. *Bfussche*]. 19. 1.“.

18. 1. 1918: Besprechung der Mehrheitsparteien mit Staatssekretär Graf Roedern

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche an Gesandten v. Rosenberg. Telegramm. Nr. 253. Überschrift: „Gesandten v. Rosenberg für Staatssekretär Brest“. Abgedruckt in: Quellen I/II S. 121 f.

*Graf Roedern*¹⁾ empfing heute in meinem Beisein Mehrheitsparteien, unter denen Besorgnis herrscht, die Verhandlungen in Brest könnten in einer Art und Weise abge-

brochen werden, daß wir als die am Bruch Schuldigen daständen. Diese Besorgnis ist namentlich unter den Sozialdemokraten groß. Zwei Punkte sind es, auf die sich ihre Wünsche richten, um zwischen russischer und deutscher Auffassung Brücke zu schlagen und Bruch zu vermeiden. 1) Ausbau der Landesräte. 2) Die Räumungsfrage.

Sie meinen, daß wir, wenn wir in diesen Punkten entgegenkommen, so wie sie es wünschen, ein Bruch uns nicht zur Last gelegt werden könne.

Zu 1) schlagen sie vor, daß die Landesräte etwas mehr ausgebaut und auf breitere Grundlage gestellt werden durch Heranziehung anderer Bevölkerungsklassen.

Zu 2) formulierte *Erzberger*²⁾ die Vorschläge wie folgt:

„Nachdem der Landesrat von Litauen und Kurland die Unabhängigkeit seines Staates erklärt hat und er als unabhängiger Staat von Deutschland und Rußland anerkannt worden ist, könnte von deutscher Seite vorgeschlagen werden, daß die militärische Räumung der Gebiete mindestens innerhalb 3 Monate nach der Demobilisierung der russischen Streitkräfte vor sich gehe. Daraus erwächst keine Gefahr für Deutschland; denn Litauen und Kurland haben erklärt, daß sie eine Militärkonvention mit Deutschland abschließen wollen. Diese Militärkonvention muß alsbald ausgearbeitet werden.

Sie enthält einen allgemeinen dauernden Teil und Übergangsbestimmungen. In den Übergangsbestimmungen ist Platz für jede militärische Sicherheit. Deutschland kann durch Verständigung mit dem Landesrat leicht erreichen, in welchem Umfang für eine gewisse nicht allzu lange Zeit deutsche Garnison in beiden Ländern bleiben soll. Die Garnisonen würden mindestens noch so lange liegen, bis eigene Heere in diesen Ländern gebildet sind.

Dann würde der dauernde Teil der Militärkonvention in Kraft treten, Deutschland hätte also für eine geraume Zeit nach dem allgemeinen Frieden vollständige Garantie in diesen Gebieten. Durch eine solche Regelung würde völkerrechtlich Deutschland die Gebiete alsbald nach der russischen Demobilisierung räumen können. Es würde aber dann dort bleiben kraft des deutsch-litauischen, deutsch-kurländischen Militär-Abkommens.

Die Fragen würden also aus dem deutsch-russischen Gegensatz völkerrechtlich vollkommen ausscheiden und würden übergeführt werden in das deutsch-litauische Vertragsverhältnis. Rußland hätte durch eine solche Lösung erreicht, daß die Okkupation des Landes aufhört, daß die militärische Verwaltung als solche verschwindet. Deutschland seinerseits erzielt den notwendigen Schutz für seine Grenzen und erhält die Garantien für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den neu sich bildenden Staaten. Alle berechtigten Wünsche sind hierdurch erfüllt.“³⁾

Die Abgeordneten baten, dies Euer Exzellenz mitzuteilen.

Der Herr Reichskanzler, der vermutlich Dienstag im Hauptausschuß sprechen wird, würde es, sofern Ew. Exzellenz glauben abkommen zu können, mit Dank begrüßen, wenn Sie vielleicht morgen herreisen könnten, um S. Majestät, ihm und den Parteiführern zu berichten. Herr *v. Rosenberg* könnte wohl inzwischen Verhandlungen leiten.

B[ussche] 18. I.

¹⁾ Staatssekretär, vgl. oben, S. 72, Anm. 3.

²⁾ *Matthias Erzberger* (1875—1921), 1903—1918 MdR (Zentrumspartei).

³⁾ Vgl. Abdruck in Quellen I/II, S. 121 f.; dazu: Besprechung der Abgeordneten *Trimborn, Erzberger, Fischbeck, David* und *Ebert* mit Staatssekretär *Graf Roedern* und Unterstaatssekretär *v. dem Bussche-Haddenhausen* 18. I. 1918 (ebenda, S. 116 ff., Nachlaß *Erzberger*).

223.

18. 1. 1918, nachm.: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 161. Abgeg. Brest-Litowsk, 19. 1. 1918, 2.10 vorm., angek. 19. 1. 1918, 3.25 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler, Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen vom Freitag, den 18. Januar 1918 nachmittags 5 ½ Uhr“. Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Randbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Die Sitzung wird um 5 Uhr 45 Minuten durch den Staatssekretär v. Kühlmann eröffnet.

Staatssekretär v. Kühlmann: Meine Herren, wir setzen die Besprechungen der Spezialkommission fort, die heute morgen stattgefunden haben.

Herr Trockij: Die Namhaftmachung der territorialen Ansprüche seitens der österreichisch-ungarischen und der deutschen Delegation in der heutigen Vormittagssitzung beschließt in gewissem Sinne die grundlegenden politischen Verhandlungen. Die Stellungnahme der Gegenpartei in den politisch-territorialen Fragen ist jetzt für uns in ihren konkreten Umrissen durchaus klar und ist folgendermaßen zu kennzeichnen: Deutschland und Österreich-Ungarn trennen von dem früheren Besitz des russischen Kaiserreiches ein Gebiet, das in seiner Ausdehnung 150 000 Quadratwerst¹⁾ übersteigt, mit einer Grenze, die das frühere Königreich Polen und Litauen umfaßt, erhebliche Teile, die von Weißrussen und Ukrainern bewohnt sind, durchschneidet, ferner das Gebiet, das von Letten bewohnt ist, indem es das lettische Volk in zwei Teile teilt, und trennt die von Esten bewohnten Inseln der Ostsee von dem estnischen Teil des Festlandes. Innerhalb dieses bezeichneten Gebietes erhalten Deutschland und Österreich-Ungarn das Regime der Besetzung aufrecht, nicht nur nach dem Friedensschluß mit Rußland, sondern auch nach Abschluß des allgemeinen Friedens, wobei die beiden genannten Großmächte es ablehnen, in irgendwelche Erläuterungen einzutreten, nicht nur bezüglich eines Termins für die Räumung der besetzten Gebiete, sondern es überhaupt ablehnen, sich durch irgendwelche Verpflichtungen zu binden im Sinne der Zurückziehung ihrer Truppen aus diesen besetzten Gebieten. Folglich bleibt das innere Leben dieser Gebietsteile für einen unbestimmten geschichtlichen Zeitraum in der Hand der besetzenden Mächte, und die Entwicklung der hier lebenden Völker wird in dem Rahmen zu erfolgen haben²⁾, den die genannten Mächte mit ihren Interessen für vereinbar halten werden. Unter diesen Bedingungen sind irgendwelche Garantien für eine Willensäußerung der Polen, Litauer und Letten von vollständig illusorischem Charakter, und praktisch kommt es darauf hinaus, daß die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns die Gestaltung der Schicksale dieser Völker in

¹⁾ Werst = russ. Längenmaß, 1,067 km.

²⁾ Dazu in gleicher Höhe zwei senkrechte Striche am Rande und Bemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II.: „allerdings ja, wir sind aber die Sieger!“

ihre Hand nehmen.³⁾ Wir halten es für unsere politische Pflicht, diese Tatsache offen zu konstatieren.

In dem Stadium, in dem sich augenblicklich die Verhandlungen befinden, halte ich es nach aller bisher geleisteten Arbeit nicht mehr für notwendig, diese Bedingungen einer prinzipiellen Kritik zu unterwerfen und nachzuweisen, daß sie sich auf einem ganz anderen Gebiete bewegen als die Erklärungen vom 25. Dezember vorigen Jahres und daß ein dauerhafter und sicherer Friede nur möglich ist bei richtiger Durchführung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker.

Infolge des erreichten Abschlusses der Arbeit der politischen Kommission schlage ich vor, eine Pause in den Arbeiten unserer politischen Kommission eintreten zu lassen, um den Regierungsorganen der russischen Republik die Möglichkeit zu geben, bezüglich der uns vorgeschlagenen Friedensbedingungen ihre endgültige Entscheidung zu treffen. Diese Pause müßte nach meinem Dafürhalten sich auf etwa 8 bis 9 Tage erstrecken, und ich würde meinerseits vorschlagen, die nächste Sitzung dieser Kommission auf den 29. Januar vormittags 11 Uhr anzusetzen.

Infolge der Vorwürfe eines Teiles der deutschen öffentlichen Meinung in der Richtung, daß die russische Delegation angeblich den Gang der Verhandlungen verschleppt, halte ich es für notwendig, sofort hier zu erklären, daß eine Klarheit zweifellos viel schneller erzielt worden wäre, wenn die Bedingungen der Gegenpartei von Anfang an nicht auf die ihnen fremde Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker festgestellt worden wären, sondern so, wie sie heute vom Herrn General *Hoffmann* aufgestellt worden sind, d. h. auf der Grundlage des Rechtes der militärischen Okkupation und ferner⁴⁾, wie der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation ausgeführt hat, zu dem Zwecke, diese Gebiete vor dem Eindringen der Revolution in dieselben zu bewahren. Gleichzeitig beehre ich mich, dem Herrn Vorsitzenden und den Mitgliedern beider Delegationen zur Kenntnis zu geben, daß ich jetzt gezwungen bin, im Zusammenhange mit den auf mich entfallenden politischen Pflichten eine Reise nach Petrograd zu unternehmen⁵⁾, wobei für diese Zeit meiner Abwesenheit der Vorsitz in der russischen Delegation und sämtliche daraus sich ergebenden Befugnisse auf Herrn *Joffe* übergehen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich brauche nicht besonders zu betonen, daß ich mich der Darstellung, welche der Vorsitzende der russischen Delegation von unseren Absichten während der jetzt zu Ende gehenden Verhandlung der Sonderkommission gegeben hat, nicht anschließen kann. Er hat, wenn auch in sehr provisorischer Weise, über die heute früh der Kommission vorgelegte Linie

³⁾ Von „praktisch“ bis „nehmen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen, dazu in gleicher Höhe am Rande zwei senkrechte Striche und Randbemerkung von derselben Hand: „ja stimmt“.

⁴⁾ Von „heute“ bis „ferner“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe zwei senkrechte Striche und Bemerkungen von derselben Hand: „sehr wahr! so ist es!“

⁵⁾ In gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „bon voyage!“

uns einige kritische Gesichtspunkte mitgeteilt, aus denen mir besonders anfechtbar scheint die Feststellung, daß eine größere Anzahl Ukrainer, den ethnographischen Verhältnissen zuwider, in diese Linie eingeschlossen bleibe. Wie heute früh schon bemerkt worden ist, findet gerade mit den Vertretern der Ukraine ein Meinungs austausch über völkische Fragen statt, und nachdem der Herr Vorsitzende der russischen Delegation heute morgen ausgeführt hat, daß zwischen seiner und der ukrainischen Regierung derartige interne Grenzfragen niemals irgendwelche Schwierigkeiten schaffen können, so darf ich hoffen, daß, falls diese Gespräche zu einem beide Teile befriedigenden Abschlusse gelangen, die eiderseitigen Wünsche und Ansprüche auch mit den ethnographischen Verhältnissen in Übereinstimmung zu bringen sein würden. Für die Abgrenzung Litauens sind, soweit dies überhaupt möglich, die ethnographischen Grenzen im ganzen festgehalten, und dasselbe gilt für Kurland.

Wir können dem Herrn Vorredner nicht auf dem Boden folgen, daß er sich von der historisch provinziellen Einteilung vollkommen entfernen will. Ich stehe aber keinen Augenblick an zu erklären, daß, wenn sich in Zukunft eine befriedigende Gestaltung des ganzen Lettenlandes erreichen^{*)} lassen sollte, wir unsererseits an der Lösung dieser Aufgabe gern mitarbeiten würden. Der Herr Vorredner hat, wie dies ja schon im Laufe der Debatte hervorgetreten ist, das Hauptgewicht auf das Vorhandensein von organisierten Streitkräften in den betreffenden Gebieten gelegt und an der Fiktion festgehalten, daß eine solche in Gegenwart organisierter Kräfte selbst in der minimalen Zahl, welche wir durch unsere Definition umschrieben hatten, die Freiheit der politischen Kundgebung absolut verhindern würde. Desgleichen hat er meiner Ansicht nach unsere Stellungnahme in bezug auf diese Länder nach Abschluß des allgemeinen Friedens unrichtig dargestellt.

So sehr der Herr Vorredner sich dagegen gesträubt hat zuzugeben, daß in diesen Staaten bereits ein staatliches Leben, ein staatlicher Wille entstanden sei, so wenig kann er von seinem Standpunkte aus daran zweifeln, daß dies staatliche Wesen wenigstens nach Vollendung der in Aussicht genommenen allgemeinen Abstimmung oder Parlamentswahlen vorhanden sein würde, und dann würde logischerweise nach unserer Auffassung die Diskussion über die Okkupation mit diesen Staaten stattzufinden haben. Der Herr Vorredner hat mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß zwischen den Interessen der besprochenen Staaten und denen der beiden hier vertretenen Reiche eine gewisse Parallelität bestehe. Wir haben dargelegt, daß wir die betreffenden Garantien durchaus nicht für illusorisch halten, da unsere Absicht ist, im engen Einvernehmen mit diesen Völkern in möglichst raschem Aufbau der Selbstverwaltung, der inneren Sicherheit und der vorhandenen Einrichtungen diese zu einem nationalen Dasein zu führen, in welchem sie ihr Volkstum und ihre ökonomische Blüte vollkommen frei entwickeln können. Ich glaube auch und hege die feste Überzeugung, daß auf diesem Boden die Basis eines dauerhaften und festen Friedens gefunden werden könne, eines Friedens, der sowohl die Interessen dieser Völker wie die Interessen

*) Von „eine“ bis „erreichen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande in gleicher Höhe und Bemerkung von derselben Hand: „d. h. Estland auch noch zu uns!“

der Verbündeten und die Interessen Rußlands deckt. Ob dieser Friede zustande kommen wird, wird von dem Abschluß der hiesigen Beratungen abhängen.

Wenn der Herr Vorredner aufs neue versucht hat, zwischen den Darlegungen des Herrn Generals *Hoffmann* und den meinigen einen prinzipiellen Gegensatz zu konstruieren, so kann ich nur wiederholen, daß ein derartiger Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Die Grundlagen, auf denen die deutsche Delegation und der General *Hoffmann* hier verhandelt haben, stellen das Ergebnis langer gemeinsamer Arbeit aller Reichsstellen dar, und wenn es auch selbstverständlich ist, daß der Soldat sich kräftiger ausdrückt⁷⁾, als wir Diplomaten dies in Verhandlungen zu tun pflegen, so folgt daraus absolut nicht, daß in den grundlegenden Anschauungen irgendein Unterschied herrscht. Wenn die russische Delegation das wahre und richtige Bild dessen gewinnen will, was Deutschlands Wille in diesen Verhandlungen ist, so muß sie alle von unserer Seite gemachten Äußerungen als ein großes, wohldurchdachtes Ganzes nehmen.⁸⁾ Ich nehme Akt von der Mitteilung des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation, daß er eine Pause von etwa 8 Tagen aus inneren Gründen für notwendig hält. Ich gestehe, daß es mir und den Verbündeten lieber gewesen wäre, wenn die Verhandlungen in einem Zuge zu Ende hätten geführt werden können.⁹⁾

Wenn ich noch mit einem Wort auf die Einzelheiten dieser Unterbrechung und der geplanten Reise des Herrn Vorsitzenden eingehe, so geschieht es deshalb, weil nach unserer vorigen Arbeitspause Zwischenfälle und Mißverständnisse eingetreten sind, die eine weitgehende Beunruhigung hervorgerufen und zum mindesten dem Erfolg unserer Beratungen nicht günstig gewesen sind. Ich entnehme aus der Ansetzung des 29. Januar, an welchem um elf Uhr die Kommission wieder zusammentreten soll, daß der jetzige Herr Vorsitzende der russischen Delegation beabsichtigt, um diese Zeit wieder bei uns zu sein, und aus der Mitteilung, die ich durchaus begrüße, daß während seiner Abwesenheit Herr *Joffe* der Präsident der russischen Delegation sein soll. Daß die russische Delegation die Arbeitspause der Kommission benutzen wird, um die zahlreichen, auf allen Gebieten noch ausstehenden Fragen mit den Verbündeten derartig durchzuarbeiten und vorzubereiten, daß für den Fall der Einigung über die politischen Fragen, auf welche ich die Hoffnung nicht aufgeben möchte, bevor ich nicht durch die Tatsachen vollkommen widerlegt werde, die Arbeit abgeschlossen vorliegt und wir dann wirklich sofort zur Zeichnung schreiten können.

Herr Trockij: Nicht um irgend etwas Wesentliches zu dem bereits Gesagten noch hinzuzufügen, möchte ich nur einige Bemerkungen knüpfen, um die Mißverständnisse aus dem Wege zu schaffen, die hier entstanden sind, zum Teil durch Ungenauigkeiten in der Übersetzung, womit ich aber dem Übersetzer keine Vorwürfe machen will, dem ich im Gegenteil hohe Anerkennung dafür ausspreche,

⁷⁾ Von „der“ bis „ausdrückt“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „dem Himmel sei Dank!“

⁸⁾ Von „großes“ bis „nehmen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe: „aber sehr umständlich und unklar“.

⁹⁾ Dazu Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Als Sieger stehen wir da! Wir haben das Baltikum und behalten es! Und behalten uns vor, ihm eine freiheitliche Institution zu verleihen! Das hätte vollkommen genügt, dem Halunken von *Trockij* zu sagen!“

daß er exakt übersetzt, wenn man in Betracht zieht, daß er nicht den Text vor Augen hat, sondern nur nach dem Gehör übersetzen muß.

Aus meinen Ausführungen schloß der Herr Vorredner auf eine gewisse Parallelität zwischen den Interessen der besetzten Gebiete und den Interessen der Mittelmächte. Ich nehme an, daß die Interessen aller arbeitenden Massen gleich und gleichartig sind, aber ich habe nicht gesprochen von einer besonderen Parallelität der Interessen der beiden okkupierenden Mächte und der besetzten Gebiete und konnte auch davon gar nicht sprechen. Ich habe nur in meinen Ausführungen betont, daß die besetzten Gebiete in Zukunft eine Entwicklung annehmen werden in dem Rahmen, den die Mittelmächte für ihre Interessen entsprechend ansehen werden.¹⁰⁾ Ferner habe ich auch nicht beabsichtigt, irgendwelche Unterschiede zu konstruieren zwischen den Äußerungen des Herrn Generals *Hoffmann* und des Herrn Staatssekretärs. Im Gegenteil, ich habe nur versucht festzustellen und wollte nur den für meine Auffassung unzweifelhaften Unterschied feststellen zwischen den jetzigen Äußerungen des Herrn Generals *Hoffmann* und des Herrn Staatssekretärs einerseits und den Prinzipien, die in der Erklärung vom 25. Dezember bekanntgegeben worden sind, andererseits. Und wenn ich sogar hierher gekommen wäre mit falschen Vorstellungen über irgendwelche Zwiespältigkeiten auf diesen Gebieten, so hätte der Gang der Verhandlungen natürlich mit voller Klarheit eine derartige falsche Annahme meinerseits zerstreuen können. Der Herr Vorsitzende hat gesagt, daß ein Soldat sich dort kräftiger ausdrückt, wo Diplomaten vorsichtiger und ausweichend sprechen. Damit hat er zu erkennen gegeben, daß das, was als Abweichung bezeichnet wird, mehr in der Sprechart zu erblicken ist. Da wir Mitglieder der russischen Delegation nach unserer ganzen Vergangenheit nicht zur diplomatischen Schule gehören und viel eher als Soldaten der Revolution zu bezeichnen sind, so muß ich offen eingestehen, daß uns persönlich die offenen und klaren Ausführungen auf allen Gebieten am liebsten sind.¹¹⁾ Jedenfalls ist die Klarheit erreicht, die notwendig ist für die Fassung so schwerwiegender Entschlüsse.

Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden an bezüglich der Ausnutzung der Pause, die in den Arbeiten unserer Spezialkommission entsteht.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte nur mit ganz wenigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Vorredners zurückkommen. Zwischen dem Geiste der Ausführungen des 25. Dezember und dem, was später von uns hier ausgeführt worden ist, besteht, wie ich mir früher darzulegen erlaubt habe, kein Widerspruch. Wir beabsichtigen, soweit es an uns liegt, diejenigen Nationen, über die wir uns hier so eingehend unterhalten haben, in einem derartigen Rahmen bei ihrer Entwicklung zu unterstützen, daß die Interessen der Verbündeten und die Interessen der Nationen in gleicher Weise auf ihre Kosten kommen werden.¹²⁾

¹⁰⁾ Von „Entwicklung“ bis „werden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe Bemerkungen von derselben Hand: „ja natürlich.“

¹¹⁾ Von „klaren“ bis „sind“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen, davon die Worte „am liebsten sind“ zweimal; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „mir auch!“

¹²⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Wortklauberei!“

Was die Äußerungen des Herrn Generals *Hoffmann*, die unserer Verbündeten und meine eigenen betrifft, so stelle ich mit Befriedigung fest, daß der Herr Vorredner nach seinen eigenen Worten über die Absichten der Verbündeten und die Absichten Deutschlands im vollsten Sinne Klarheit gewonnen hat. Klarheit zu schaffen ist die höchste Aufgabe, welche diplomatische Gespräche sich stellen können.¹³⁾ Aus der gewonnenen Klarheit die nötigen Schlüsse zu ziehen, wird unsere nächste Aufgabe sein.¹⁴⁾

Wenn von keiner Seite mehr das Wort verlangt ist, würde ich die nächste Sitzung dieser Kommission anberaumen für den 29. Januar elf Uhr vormittags im Kasino 3.

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 30 Minuten.)¹⁵⁾

Kühlmann.

¹³⁾ Von „diplomatische“ bis „können“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Wenn Generäle dabei sind!“

¹⁴⁾ Vgl. hierzu die Gedanken *Czernins* (Telegramm vom 19. 1. 1918 für die beiden Ministerpräsidenten und den Minister des Innern *Graf Toggenburg*): „Die Taktik der russischen Delegation wird immer klarer und geht dahin, die Verhandlungen zu verschleppen und dadurch in unserem Hinterlande Unruhen zu erzeugen. Es ist für mich zweifellos, daß die Bolschewiki geheime Fäden zu unseren Sozialisten haben.“ HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

¹⁵⁾ Darunter Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Wir wären weiter schon, wenn obige Klarheit schneller herbeigeführt würde. Es muß glatt gesagt werden — wie es jetzt erst nach 4 Wochen geschehen ist — 1) das Baltikum ist von uns erobert und besetzt! 2) Rußland kriegt es nicht wieder. 3) Da sehr viele Deutsche darinnen sind, wird es unter die Einflußsphäre Deutschlands kommen. 4) Freiheitliche Institutionen werden den einzelnen Teilen des Baltikums gegeben, sobald Ruhe und Ordnung eingetreten sind; auch in Rußland an den Grenzen. Die russische Truppe hat schon dafür entschieden, daß das Baltikum kein Hindernis zum Frieden sei, falls es an uns abgetreten würde. Also nehmen wir es erst 'mal fest in die Hand und machen dann damit, was wir für gut befinden, ohne uns von Maximalisten Vorschriften machen zu lassen über Volksabstimmungen pp., die sie bei sich verbieten und verhindern! W.“

224.

19. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Telegramm. Nr. 14. Abgeg. Brest-Litowsk, 19. 1. 1918, 3.00 nachm., angek. 19. 1. 1918, 4.55 nachm.

Hoffe Eintreffen Berlin Montag, den 21. vormittag ermöglichen zu können.

Für Verhandlungen Hauptausschuß¹⁾ wäre es, da die wichtigsten Teile unseres Programms auf militärischen Forderungen beruhen, sehr erwünscht, wenn Vertreter O.H.L. deren Standpunkt unmittelbar darlegen könnte. Vielleicht käme Herr v. *Winterfeldt*²⁾ in Frage. An sich wäre geeignetsten General *Hoffmann*,

¹⁾ Vgl. hierzu *Kühlmanns* Besprechung mit den Fraktionsführern im Reichskanzlerpalais am 23. 1. 1918, Quellen I/II, S. 135 ff., 144 f.

²⁾ Oberst, vgl. oben S. 36, Anm. 2.

aber sein Kommen Berlin jetzt unter den Euer Exzellenz bekannten Umständen m. E. unmöglich.

Lasse Antwort auf den von *Erzberger* in der Besprechung bei *Graf Roedern* gemachten Vorschlag sachlich ausarbeiten und werde ihn drahten. Vorschlag scheinbar sachlich unbrauchbar. Wir sind in Konzessionen bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was nach Forderung O.H.L. noch vertretbar war.

Kühlmann.

225.

19. 1. 1918, vorm.: Besprechung der deutschen und österr.-ungar. Vertreter mit der ukrainischen Delegation

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm.¹⁾ Nr. 167. Abgeg. Brest-Litowsk, 19. 1. 1918, 8.10 nachm., angek. 19. 1. 1918, 9.00 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm einer vertraulichen Besprechung über politische Fragen zwischen der deutschen, österreichisch-ungarischen und ukrainischen Delegation (Sonnabend, den 19. Januar 1918, vormittags 11 Uhr)“. Links am Rande in gleicher Höhe Vermerk von der Hand Kaiser Wilhelms II.: „20./I. 18 W.I.“ Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Randbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Die Sitzung wird um elf Uhr 21 Minuten durch den Minister des Äußern *Grafen Czernin* eröffnet.

Graf Czernin: Wir haben uns hier zusammengefunden, um zu besprechen, ob wir eine Klarheit darüber erhalten können, auf welcher Basis unsere Verhandlungen zu führen sind oder nicht. Da ich glaube, die Absichten der Herren zu kennen, so bin ich bereit, jene Konzessionen zu erklären²⁾, die wir bereit sind unter ganz bestimmten Gegenbedingungen zu machen. Diese Konzessionen von uns aus wären doppelte:

1. Die Einwilligung dazu, daß Cholmer Kreis der zukünftigen Ukrainischen Republik angehöre³⁾;
2. ein Passus, welcher ungefähr so zu lauten hätte:

„Die beiden vertragschließenden Teile — das wären also auf der einen Seite die Ukraine, auf der anderen Seite die Zentralmächte — sind beseelt von dem Wunsche, in dauerndem freundschaftlichen Verhältnisse zu leben, weshalb Österreich der innerhalb seiner Grenzen wohnenden ukrainischen Bevölkerung, die Ukraine aber den in ihren Grenzen verbleibenden polnischen Minoritäten die volle freie, nationale und kulturelle Entwicklung gewährt.“

¹⁾ Vgl. auch Nr. 228.

²⁾ Von „jene“ bis „erklären“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von gleicher Hand: „na endlich! Das tut er, weil es zu Hause dreckig steht!“

³⁾ In gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „qu'en diront les Polonais?“

Ich füge dem hinzu, daß diese freie, nationale und kulturelle Entwicklung so gedacht ist, daß die Ukrainer Ostgaliziens eine eigene Provinz innerhalb Österreichs bilden würden. Diese Konzessionen, die ich meinerseits als sehr weitgehend erachte, würden aber selbstverständlich nur unter ganz bestimmten Gegenbedingungen in Kraft treten und diese wären folgende:

„1. Abschluß des definitiven oder provisorischen Friedensvertrages zwischen den Zentralmächten und der Ukraine bis längstens 30. d. M.

2. Nach Abschluß hat sofort ein beide vertragschließende Teile befriedigender intensiver Warenaustausch zu beginnen; die näheren Details hierüber werden sofort von den Vertretungen der Regierungen ausgearbeitet werden.

3. Sollte vor dem 30. nur ein Präliminarfriede abgeschlossen werden, so wird die sofortige Einleitung von definitiven Friedensverhandlungen festgestellt, welche längstens bis zum 15. Februar abgeschlossen werden müssen. Die Demobilisierung der ukrainischen Armee hat unbedingt mit erstem Februar zu beginnen.“

Ich möchte dem noch folgendes hinzufügen: Wenn wir uns hier auf dieser Basis einigen, dann stelle ich mir den weiteren unmittelbaren Vorgang folgendermaßen vor:

Es wird wahrscheinlich notwendig sein, daß sowohl die Herren der ukrainischen Delegation als auch wir auf einen kurzen Aufenthalt nach Hause fahren, um unserer Regierung zu berichten. Ich stelle mir vor, daß vor dieser Abreise entweder eine Art Präliminarien paraphiert würde, oder, was den Zweck auch erreichen würde, daß wir in einer morgen oder übermorgen abzuhaltenden Plenarsitzung eine prinzipielle Einigung konstatieren; die Form wäre zu besprechen.

Staatssekretär **Holubovyč**: Bevor ich auf die eigentliche Frage eingehe, möchte ich zwei noch nicht ganz klargestellte Fragen stellen. Die erste Frage ist die: Was ist unter einem Teile des Gouvernements Cholm zu verstehen? Um welchen Teil handelt es sich hierbei, und welches sind seine konkreten Grenzen? Und die zweite Frage wäre:

Was bedeutet, genau genommen, der Ausdruck „Ostgalizien“? Denn die ukrainische Bevölkerung erstreckt sich nicht nur auf Ostgalizien, sondern auch auf die Bukowina und auf das ugaristische Rußland⁴⁾, das ist noch ein kleiner Teil jenseits der Karpaten. Zu diesen beiden Fragen würde ich einige Erläuterungen erbitten.

Graf Czernin: Ich kann ganz kurz darauf antworten. Was die Cholmer Frage anbelangt, so ist es ein Mißverständnis, daß ich gesagt hätte, ein Teil des Cholmer Kreises; ich habe jedenfalls sagen wollen: „der Cholmer Kreis“.⁵⁾ Das wäre — die Herren haben wohl die Karte — hier der gelbe Teil. Im wesentlichen schwebt uns das vor: wenn nicht von irgendeiner Seite noch Einwendungen kommen, so bin ich bereit, die Grenze auf Grund dieser Karte genau zu fixieren.

⁴⁾ Karpato-Ukraine. Ugorskaja (Vengerskaja) Rus'; über Einzelheiten vgl. Enciklopedičeskij Slovar, XXXIV, S. 557 ff., und Bonkalo, S. 218.

⁵⁾ Von „der“ bis „Kreis“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande in gleicher Höhe und Bemerkung von derselben Hand: „Mir ist darüber Karte vorzulegen.“

Staatssekretär **Holubovyč**: Wir bitten darum. Sollen wir darunter das verstehen, was hier auf dieser Karte in gelber Farbe eingezeichnet ist oder nur ein Teil davon?

Graf Czernin: Was meinen Sie (zu Exzellenz v. *Kühlmann* gewendet)? Hatten wir uns auf das Ganze geeinigt? Wenn wir uns einigen werden, glaube ich, können wir das zugeben; wohlgemerkt, das gilt aber nur, wenn wir uns einig werden.

General **Hoffmann**: Was die frühere russische Regierung bereits abgetrennt hatte von dem Generalgouvernement Cholm, das ist das, was in Frage kommt.

Graf Czernin: Ich meine, damit bei den Herren kein Mißverständnis entsteht, es gilt das alles überhaupt nur, wenn wir einig werden. In diesem Falle gilt das gelbe.

Staatssekretär **Holubovyč**: Durch einen mißverständenen Ausdruck ist das Mißverständnis entstanden. Ferner handelt es sich noch um den Teil, der nördlich Brest-Litowsk liegt, der hier in dieser Karte nicht eingezeichnet ist.

General **Hoffmann**: Den habe ich bereits gestern den Herren gezeigt. Hier ist Janow, da würde die Linie dann hier herüber gehen (an der Karte demonstrierend). Ich hatte ja nur bestimmt, dies ist rein polnisches Gebiet. Ich hatte nur gesagt: Richtung Pruzana. Da hatte ich keine Bedenken und dann die Grenze in der Weise herüberlaufen zu lassen. Ob das hier herumgehen würde, das muß im einzelnen untersucht werden. Von seiten Euerer Exzellenz (zu Exzellenz v. *Kühlmann* gewendet) ist dagegen kein Bedenken. Im einzelnen müßte das natürlich festgelegt werden; das kann jetzt nur ganz oberflächlich gesagt werden.

Staatssekretär **Holubovyč**: Wir sind auch der Ansicht, daß die Grenze etwa so zu verlaufen hat.

Graf Czernin: Ist der Punkt erledigt?

Staatssekretär **Holubovyč**: Ja, jetzt kommt die zweite Frage.

Graf Czernin: Die zweite Frage: Was die ungarische Ukraine anbelangt, ist eine Einbeziehung in diesen Kompromiß vollständig ausgeschlossen, und zwar deshalb, weil durch die ganzen Siedlungsverhältnisse die Sache gar nicht durchführbar ist. Bei dem, was Österreich anlangt, so kann ich jetzt auswendig die Grenzen Ostgaliziens nicht genau angeben. Es sind das die Grenzen, wo eben die erdrückende Majorität der ukrainischen Bevölkerung aufhört zu leben. Natürlich wäre ich aber bereit, die Grenzen, wenn ich sie selber weiß, genau zu fixieren, und es würde sich aus technischen und sachlichen Gründen von selbst ergeben, daß der nördliche Teil der Bukowina, welcher ebenfalls von Ukrainern bewohnt wird, dann eben damit zusammengeschlossen wird. Das ist die Antwort.

Staatssekretär **Holubovyč**: Damit wäre die Frage aufgeklärt. Was diejenigen Fragen anbetrifft, die der Herr Minister uns heute zur Entscheidung vorgelegt hat, so sind sie für uns von so weittragender Bedeutung, daß wir sofort auf sie eine Antwort zu erteilen nicht imstande sind. Wir werden aber sofort nach der jetzigen Sitzung in eine Beratung dieser Fragen eintreten und bei der nächsten Zusammenkunft imstande sein, in diesem oder jenem Sinne zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Graf Czernin: Ich möchte nur bemerken, daß ich sehr gern morgen nach Wien fahren möchte und daher anfragen, ob diese nächste Sitzung noch heute abend stattfinden kann.

Staatssekretär Holubovyč: Wir nehmen an, daß das möglich sein wird.

Graf Czernin: Um wieviel Uhr?

Staatssekretär Holubovyč: Vielleicht um 5 Uhr, wie das bisher üblich war, da unsere Gegenwart bei der wirtschaftlichen Besprechung nicht notwendig ist.

Graf Czernin: Das ist mir recht.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte dann die ukrainische Delegation fragen, ob sie über eine Frage, die ich ihnen schon vor längerer Zeit vorgelegt habe, nämlich über das Verhältnis zu Rumänien, und zwar das politische Verhältnis zu Rumänien, irgendwelche Mitteilungen oder Aufklärungen bekommen kann.

Herr Sevrjuk: Ganz bestimmt und klar können wir im Augenblick auf diese Frage nicht antworten. Wir haben nur die Nachricht erhalten, daß unsere Regierung eine Abordnung nach Rumänien entsandt hat, um eine Einigung in dem von uns angegebenen Sinne herbeizuführen, und wir nehmen an, daß wir nach unserer Rückkehr nach Kiev erschöpfende Antwort werden erteilen können auf alle uns vom Herrn Staatssekretär gestellten Fragen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Zeitungsnachrichten zufolge soll der König von Rumänien von Revolutionären — es ist aber nicht ganz klar, ob von Bolschewiki — verhaftet und abtransportiert worden sein. Haben Sie etwas darüber gehört?

General Hoffmann: Es liegt ein offener Funkspruch vor; danach soll die Petersburger Regierung jetzt befohlen haben, den König von Rumänien zu verhaften.

Staatssekretär Holubovyč: Wir haben zwar noch nichts Positives darüber gehört; aber nach indirekten Nachrichten, über die wir verfügen, zweifeln wir nicht daran, daß dies der Fall ist. Jedenfalls möchten wir den Wunsch aussprechen, vom Herrn Staatssekretär schärfer umrissene, konkretere Fragen bezüglich Rumäniens zu bekommen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Die kann ich Ihnen sofort geben. Besteht irgendein Bundesverhältnis zwischen der Ukraine und Rumänien? Wie ist die Ukraine bei der rumänischen Regierung, und wie ist die rumänische Regierung bei der Ukraine diplomatisch vertreten? Besteht zwischen der Ukraine und Rumänien irgendwelche Abmachung wirtschaftlicher oder militärischer Natur? Hat Rumänien und durch welches Organ seine Streitkräfte dem ukrainischen Oberbefehlshaber unterstellt, oder behält die rumänische Armee ihr eigenes unabhängiges Oberkommando, und wie denkt sich die ukrainische Regierung das Verhältnis, wenn zwischen uns und der Ukraine Frieden geschlossen werden sollte und Rumänien sich diesem Frieden nicht sofort anschließt? Ist dann die Ukraine entschlossen, Rumänien gegenüber die Pflichten der Neutralität in vollem Umfange uns gegenüber anzuerkennen, oder besteht nach Ansicht der ukrainischen Regierung ein Spezialverhältnis zwischen ihr und Rumänien, was ihr die Einhaltung der völkerrechtlichen Neutralität uns gegenüber unmöglich machen würde? Diese Fragen sind für uns von großer Bedeutung, da sie ja mit für uns die Aufklärung bringen werden, ob der Friedensschluß mit der Ukraine auf der ganzen ukrainischen Front für uns tatsächlich die Waffenruhe herbei-

führen wird; oder ob wir unabhängig davon Maßregeln gegen Rumänien, die rumänische Armee ins Auge fassen müssen.

Graf Czernin: Ich möchte noch eine Frage hinzufügen: Was ist mit der sogenannten moldauischen Republik — das ist also Bessarabien — und in welchem Verhältnis steht die zur Ukraine und zu Rumänien?

Staatssekretär **Holubovyč:** Soweit diese Fragen für uns nicht ganz klar gestellt sind, können wir in diesem Augenblick keine Antwort darauf erteilen.

Staatssekretär **v. Kühlmann:** Ich wollte sie nur stellen, damit der Wunsch der ukrainischen Delegation nach größter Präzisierung der Punkte, die für uns wichtig sind, erfüllt wird.

Staatssekretär **Holubovyč:** Ich bin sehr dankbar für die Art der Fragestellung seitens des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation, da sie für uns die Klarheit bedeutend erleichtern wird. Sowie wir genügende Auskunft erhalten haben, werden wir eine Antwort auf diese Fragen erteilen, soweit durch diese Antwort nicht unsere Souveränitätsrechte verletzt werden. Wir hoffen jedenfalls, die Mehrzahl und möglichst alle Sie hier interessierenden Fragen beantworten zu können.

Graf Czernin: Ich möchte wissen, ob diese Fragen voraussichtlich heute nachmittag beantwortet werden können, weil sie in Kontakt stehen und mit zu unserer Information in der Sache dienen.

Staatssekretär **Holubovyč:** Auf die Fragen des Herrn Vorsitzenden der österreichischen Delegation werden wir in der heutigen Nachmittagsitzung eine, wenn auch vielleicht nicht vollständig erschöpfende, so doch genügend klare Antwort geben können.

Graf Czernin: Nein, das habe ich nicht gefragt. Ich habe gefragt, ob wir auf die Fragen S. E. des Herrn Staatssekretärs eine Antwort bekommen würden. Das andere haben wir ja schon gewußt.

Staatssekretär **Holubovyč:** Eine Antwort auf die Fragen des Herrn Staatssekretärs noch heute zu erteilen, würde für uns sehr schwierig, eigentlich so gut wie unmöglich sein.

Staatssekretär **v. Kühlmann:** Das habe ich auch gar nicht erwartet.

Graf Czernin: Ich möchte noch eines erwähnend hinzufügen, was ich neulich gesagt habe, was die Form der eventuellen Abmachung betrifft. Die diesbezüglichen eventuellen Abmachungen zwischen uns und der Ukraine müssen zwei Bedingungen entsprechen. Sie müssen erstens absolut klar sein und absolute Garantien geben, und sie können zweitens zum Teile nicht in einem Friedensvertrag niedergelegt werden, sondern in einem Geheimvertrage, und sie sind drittens, wie ich dies neulich schon gesagt habe, aufgebaut auf dem Prinzip der Reziprozität bzgl. der polnischen Minoritäten in der Ukraine.

Staatssekretär **Holubovyč:** Ich kann nur den zweiten Punkt hier beantworten. Für uns sind Geheimverträge in dem Sinne, wie sie allgemein verstanden werden, unannehmbar. In diesem Falle ist aber vielleicht der Vorschlag für uns annehmbar in einer besonderen Form des Vertrages, der nicht veröffentlicht wird.

Graf Czernin: Das ist das, was ich meine.

Staatssekretär **v. Kühlmann:** Ich möchte hinzufügen, damit die Herren auch

über unsere Haltung genügende Klarheit haben, daß ich der Ansicht bin, daß das, was heute der Herr Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation der ukrainischen Delegation geboten hat, das absolute Maximum dessen ist, zu dem die verbündeten Völker sich entschließen werden, und fernerhin, daß das Zustandekommen einer, wenn auch rudimentären, aber ausreichenden Verabredung über die Handelspunkte für uns eine *conditio sine qua non* für das Zustandekommen des Vertrages ist. Da ich voraussichtlich auch in den aller-nächsten Tagen zu Beratungen mit meiner Regierung nach Hause gehen muß, so würde ich den Herren der ukrainischen Delegation empfehlen, die Arbeiten, und zwar in einer faßbaren, greifbaren Form fertigzustellen, um unseren Regierungen bereits etwas Formuliertes vorlegen zu können.

Staatssekretär **Holubovyč**: Wir nehmen diese Bemerkungen zur Kenntnis und werden eine Antwort darauf auf der nächsten Sitzung erteilen.

Herr **Levits'kij**⁶⁾: Dürfen wir darum bitten, daß diese Karte uns bis zur nächsten Sitzung überlassen wird?

General **Hoffmann**: Bitte sehr.

Staatssekretär **Holubovyč**: Ich habe noch eine Bitte. Ich möchte bitten, daß uns je ein Exemplar sämtlicher stenographischer Berichte überlassen wird, und zwar möglichst unterschrieben und beglaubigt, da wir nicht im Besitz von Originalen sind. Wenn es auf Schwierigkeiten stoßen würde, diese zu beglaubigen, so würde es uns genügen, wenn irgend eine amtliche Unterschrift auf diesen Stenogrammen wäre. Ich möchte nur bemerken, daß der Teil der Protokolle, der auf Grund der Verabredungen zwischen uns nicht zu veröffentlichen ist, selbstverständlich nicht in die Öffentlichkeit gelangen wird. Mögen die Verhandlungen in dieser oder jener Weise enden, so werden jedenfalls alle Verabredungen bezüglich dieser Protokolle aufs genaueste innegehalten werden.

Graf **Czernin**: Ich möchte dazu folgendes bemerken. Wenn die Verhandlungen zu keinem Resultate führen, sind ja die Protokolle gegenstandslos; führen sie zu einem Resultat, dann nehme ich als selbstverständlich an, daß wir uns über die Art und Weise der Verwertung erst verständigen.

Staatssekretär **Holubovyč**: Das ist schon eine Zukunftsfrage.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Haben Sie etwas dagegen, daß die Protokolle den Herren gegeben werden?

Graf **Czernin**: Nein.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Sie werden meiner Ansicht nach zweckmäßig für die Richtigkeit nur von dem betreffenden Protokollführer unterschrieben.

Staatssekretär **Holubovyč**: Das genügt uns. Es ist mir nur wichtig, diese Protokolle zu haben für die Berichte, die ich meiner Regierung zu Hause erstatten muß, um so mehr, als wir bereits im Besitz der Protokolle sind, aber nur beglaubigte Exemplare haben möchten.

Graf **Czernin**: Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 12.03 Uhr.

Kühlmann.

⁶⁾ *Mikola Levits'kij*, Mitglied der ukrainischen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk; Sozialdemokrat, ehem. Hauptmann der zaristischen Armee.

226.

19. 1. 1918: Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer (Brest-Litowsk) über die Sitzung mit der ukrainischen Delegation

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 11. Überschrift: „G[ehorsame] A[nzeige]“. Hs. Abgeg. Bussche, 20. 1. 1918.

In der heutigen Sitzung mit den Ukrainern erklärte *Graf Czernin*, daß:

1. Österreich mit der Einbeziehung des gesamten Gouvernements Cholm in die zukünftige ukrainische Republik einverstanden sei,
2. Österreich bereit sei, der innerhalb Österreichs befindlichen nationalen ukrainischen Minderheit volle kulturelle und nationale Entwicklung zu gewähren; er sei bereit, die ukrainischen Landesteile innerhalb Österreichs zu einer eigenen Provinz zusammenzufassen, andererseits aber
3. erwarte, daß den polnischen Minoritäten innerhalb des ukrainischen Gebietes dieselben Garantien für ihr nationales Leben gewährt würden.

Graf Czernin sprach die Erwartung aus, nun aber schleunigst zu definitiven Abmachungen zu gelangen und nannte den 30. Januar als Termin, bis zu dem er hoffe, eine Abmachung unterzeichnen zu können.

Die Ukrainer nahmen die Vorschläge zur Kenntnis und wollen ihrer Regierung berichten.

Mey[er] 19. 1.

227.

19. 1. 1918: Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Telegramm. Nr. 52. Abgeg. Wien, 19. 1. 1918, 5.00 nachm., angek. 19. 1. 1918, 8.30 nachm. Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Für Mehlsendung dankt Ministerpräsident¹⁾ sehr, die ihm große Hilfe bringe.²⁾ Herr *Wekerle*³⁾, der heute in Wien weilt, hat gleichfalls Sendung zugesagt, wenngleich nicht in voll befriedigendem Umfang. Im Lande, auch innerhalb der tschechischen Gebiete, wird Militär aufgeboten, so daß Minister hofft, über kritische Zeit in den nächsten Wochen hinwegzukommen.

Ausstand noch im Wachsen, hat auch auf Steiermark sich ausgedehnt. Aus Böhmen, namentlich auch aus Kohlenrevier Carwin in Schlesien, liegen Streikdrohungen vor, es ist aber noch kein Streik eingetreten. Sozialistenführer haben

¹⁾ Österreichischer Ministerpräsident *Frhr. Seidler v. Feuchtenegg*, vgl. oben S. 35, Anm. 2.

²⁾ Über die allgemeinen Verhältnisse vgl. in diesem Zusammenhang den Bericht des Generals *Landwehr*, S. 151 f., 160 ff.: „Das kurzfristige Mehldarlehen bestand darin, daß sich die deutsche Reichsgetreidestelle verpflichtete, dem G.E.A. 4500 t Weizenmehl zur Verfügung zu stellen“ (S. 152).

³⁾ *Alexander Wekerle*, ungarischer Ministerpräsident 20. 8. 1917 — 23. 10. 1918.

neuerlich von *Graf Czernin* Erklärung verlangt, die aber nur seine bisherigen eigenen Erklärungen wiederholt. Die Forderung der Teilnahme an Friedensverhandlungen haben sie dafür zurückgestellt. Damit hofft Ministerpräsident den Streik in Wien bis Montag zu beendigen.

Er war aber weniger optimistisch als gestern und erklärte, es sei die bedenklichste Krise, in der sich Österreich-Ungarn seit Kriegsbeginn befunden habe. Im allgemeinen wird die Lage ernster angesehen, als sie der stets optimistische Ministerpräsident ansieht.⁴⁾

Wedel.

⁴⁾ Darunter Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Entente-Arbeit! Auf den Zauber hat der p. *Trockij* immer gewartet, deshalb hat er alles hingeschleppt! Revolution sollte in den imperial[istischen] Mittelmächten die Throne stürzen und dann von ‚Volk‘ zu ‚Volk‘ der demokratische Frieden geschlossen werden. Unter ‚Volk‘ natürlich nur sozialrevolutionäre Arbeitermassen verstanden!“ — Vgl. auch Nr. 212, 263.

228.

19. I. 1918, nachm.: Besprechung der deutschen und österr.-ungar. Vertreter mit der ukrainischen Delegation

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Staatssekretär v. *Kühlmann* an das Auswärtige Amt. Telegramm.¹⁾ Nr. 173. Abgeg. Brest-Litowsk, 20. I. 1918, 12.02 vorm., angek. 20. I. 1918, 1.45 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm einer vertraulichen Besprechung politischer Fragen zwischen der deutschen, österreichisch-ungarischen und ukrainischen Delegation, Samstag, 19. Januar 1918, 5 Uhr nachmittags.“ Oben rechts Vermerk von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „20. I. 18. W. I.“ Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Randbemerkungen, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift.

Die Sitzung wird um 5 Uhr 17 vom Vorsitzenden, Staatssekretär v. *Kühlmann*, eröffnet.

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Wollen wir die heute vormittag unterbrochenen Besprechungen weiterführen? Ich nehme an, daß nach dem Verlaufe derselben der Herr Vorsitzende der ukrainischen Delegation das Wort zu ergreifen wünscht.

Herr *Sevrjuk*: Im Auftrage des Herrn Vorsitzenden der ukrainischen Delegation habe ich die Ehre, folgende Gedanken bekanntzugeben über die Besprechung des heutigen Vormittags. Die Vertreter der Mittelmächte haben ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, uns in den beiden Fragen, die uns vom Anfang an hier am meisten interessierten, der Frage des Gouvernements Cholm und bezüglich der österreichischen ukrainischen Gebiete entgegenzukommen. Zu unserer Freude können wir feststellen, daß anscheinend in diesem Punkte zwischen beiden Parteien eine prinzipielle Einigung möglich ist. Ich werde jetzt auf die Vorschläge des Herrn *Grafen Czernin* eingehen, die uns gemacht worden sind im Sinne von Kompensationen. Die erste Frage ist diejenige der Sicherung der Rechte der polnischen Minderheit im ukrainischen Gebiete. Ich erlaube mir die Bemerkung, daß die juristische Stellung der Polen in der Ukraine

¹⁾ Vgl. auch Nr. 225.

und diejenige der Ukrainer in Österreich etwas verschieden ist. Während die ukrainische Bevölkerung Österreichs an sich eine Minderheit bildet, aber auf ihrem Gebiete eine kompakte Masse darstellt, bilden die Polen auf unserem Gebiet an keiner einzigen Stelle eine kompakte Mehrheit. Daher ist die Sicherstellung der Rechte der Polen in der Ukraine nicht analog mit derjenigen der Ukrainer auf österreichischem Gebiete. Das ist die juristische Seite der Frage. In tatsächlicher Hinsicht steht die Sache mit der polnischen Frage in der Ukraine folgendermaßen: Die Polen genießen in der Ukraine ebenso wie alle anderen Minderheiten im vollen Umfang die politischen, kulturellen und nationalen Rechte. Die Polen haben auf Grund der ukrainischen Verfassung in unserer Regierung ihr eigenes Ministerium im Generalsekretariat. Dieses polnische Ministerium verwaltet die Angelegenheiten der Polen auf ukrainischem Gebiete. Außerdem konstatieren wir mit Freude, daß in unserem Staate als in dem ersten auf der ganzen Welt die persönliche nationale Autonomie statuiert ist. In alle Angelegenheiten, die einen nationalen Charakter tragen und nicht einen allgemeinen staatlichen Charakter, wird sich die ukrainische Regierung in keiner Weise einmischen. Alle diese Angelegenheiten verwaltet der polnische Minister und der ihm zur Seite stehende Rat der Vertreter der polnischen Gesellschaft in der Ukraine. Dies ist die tatsächliche Lage der Polen in der Ukraine, und wir würden es nicht für tunlich halten, im Friedensvertrage besonders die Sicherstellung der Rechte der polnischen Minderheit festzustellen, da durch unsere Verfassung die Rechte sämtlicher nationaler Minderheiten in gleicher Weise gewährleistet werden. Da wir andererseits annehmen, daß eine solche Erklärung eine bestimmte politische Bedeutung erhalten kann, sind wir bereit, in irgendeiner Sitzung oder einer Plenarsitzung in feierlicher Form alles hier Angeführte zu bestätigen und zu erklären. Wir sehen vorläufig keine andere Form für eine derartige Erklärung vor, bestätigen aber, daß wir es nicht ablehnen, in dieser Form diese feierliche Erklärung zu wiederholen.

Was die andere Frage betrifft, nämlich die Unterschrift des Friedensvertrages bis zum 30. Januar d. J. so halten wir es für notwendig, über diese Frage folgendes zu erklären:

Ohne jeden Hintergedanken waren wir bis jetzt bestrebt und sind es auch heute noch, zu einem möglichst baldigen Friedensschlusse zu gelangen. In dieser Hinsicht unternehmen wir dauernd alle Schritte, um die Beendigung der Friedensverhandlungen herbeizuführen. Und während wir hier in der politischen Kommission über politische Fragen verhandeln, tagt gleichzeitig die wirtschaftliche Kommission, um auch ihre Arbeiten zu fördern, und gerade in dieser wirtschaftlichen Kommission geben wir heute konkrete Erklärungen ab, die zum Ziele haben, den Gang der Friedensverhandlungen zu beschleunigen. Wir möchten aber bemerken, daß die Vorausbestimmung eines bestimmten Tages für die Unterschreibung des Friedensvertrages nicht nur von der einen Partei abhängt. Da wir es überhaupt für schwierig halten, im voraus einen bestimmten Tag für die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu bestimmen, so möchten wir über das Datum des 30. Januar folgendes erklären:

Wenn wir sogar annehmen, daß wir vor der bevorstehenden Pause, am morgigen Tage unsere Verhandlungen beendigen würden und daß wir nach Kiev reisen und nach einem Aufenthalt dort von nur 2—3 Tagen wieder hierher zurückkommen, so können wir doch frühestens am 30. Januar wieder hier eintreffen. Wir halten es ferner für notwendig, zur Beruhigung der öffentlichen Meinung sowohl in unserem Lande wie in Ihrem Lande in irgendeiner Form zu fixieren, daß die Friedensverhandlungen günstig fortschreiten und daß ein Ende zu erblicken ist, umsomehr als eine prinzipielle Einigung über eine Reihe von Fragen bereits vorauszusehen ist. Daher hätten wir nichts dagegen einzuwenden, wenn vor unserer Abreise nach Kiev, das heißt vielleicht morgen, wir die Möglichkeit hätten, auf einer öffentlichen oder einer Plenarsitzung in öffentlichen Erklärungen der prinzipiellen Punkte unsere Haltung zu fixieren.

Was den nächsten Punkt der uns gemachten Vorschläge anbetrifft, d. h. die möglichst schleunige Wiederaufnahme des Warenaustausches, so möchten wir konstatieren, daß dieser Wunsch in vollem Umfange mit dem unserigen zusammenfällt. Auch unser Wunsch ist, daß möglichst bald nach Unterzeichnung des Friedensvertrages und nach der Einigung über die Form des Handelsverkehrs unverzüglich mit einem so intensiven Warenaustausch zu beginnen, wie dies für beide Teile notwendig ist. Es bleibt noch die Frage zu beantworten bezüglich des 15. Februar und der Demobilisierung unserer Armee bis zum 1. Februar. Der für den 15. Februar in Aussicht genommene Termin steht in Abhängigkeit von dem erstbesprochenen Termin mit dem 30. Januar, und es ist wohl nicht mehr notwendig, noch näher darauf einzugehen. Was die Demobilisierung unseres Heeres zum 1. Februar anbetrifft, so erklären wir hierzu, daß wir bestrebt sind, uns möglichst bald von den Lasten der Kriegszeit zu befreien und unbedingt sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages unsere Truppen von der Front zurücknehmen werden. Es ist aber für uns schwierig, in bestimmter und klarer Form die Frage der Demobilisierung unserer Truppen zu beantworten, weil wir uns erlauben müssen, in gewissem Sinne nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages unsere Stellung in mancher Hinsicht mit derjenigen der Mittelmächte zu vergleichen.

Zu unserem Bedauern können wir nicht erwarten, daß nach Unterzeichnung des Friedensvertrages auf dem Gebiete der Ukraine jede Möglichkeit von bewaffneten Zusammenstößen ausgeschlossen ist. Der Gang der Geschichte hat uns augenblicklich in eine vielleicht vorübergehende feindliche Stellung zur russischen Regierung gebracht, und solange diejenigen russischen Truppen, die gegen uns operieren, nicht vollständig demobilisiert worden sind oder wenigstens in ihrer Aktion gegen uns nicht lahmgelegt sind, können wir nicht auf unsere Selbstverteidigung verzichten. Ich betonte, daß wir auf diese Frage eine bestimmte klare Antwort noch nicht erteilen, sondern möchte nur die Aufmerksamkeit der hier vertretenen Mächte auf diese unsere Stellung lenken. Ich glaube, daß wir auf alle heute früh gerichteten Fragen eine Antwort hiermit erteilt haben.

Graf Czernin: Es ist natürlich nicht möglich, aus dem Stegreif auf ein so ausführliches Dokument in allen Details sofort zu erwidern. Trotzdem möchte ich gleich auf einige Punkte, wo sich mir eine Antwort aufdrängt, erwidern. Was den ersten vom Herrn Vorredner berührten Punkt anbelangt, wo das Verhältnis

bei uns und das der Polen in der ukrainischen Republik verglichen oder besser gesagt als schwer vergleichbar hingestellt wird, so gebe ich gern zu, daß die Verhältnisse nicht vollkommen identisch sind. Es ist schwer zu sagen, wo der Begriff einer kompakten Mehrheit an der daselbst befindlichen Minorität scheitert oder nicht, ich meine, wie stark die Minorität sein muß, um die Majorität zu erschüttern oder nicht. Ich weise nur darauf hin, daß in dem meinem heutigen Projekte zugrunde gelegten Kronlande, der österreichischen Ukraine, sich sehr zahlreiche polnische Minoritäten ebenfalls befinden werden, ohne daß dies den Charakter eines ukrainischen Kronlandes definitiv beeinflussen kann. Ich glaube nach den späteren Ausführungen des Herrn Vorredners, daß wir uns über diese Frage werden verständigen können, wenn wir einmal versuchen, im Detail jene Punkte festzulegen, die der Herr Vorredner hier bezüglich der Behandlung der Polen in der russischen Ukraine entwickelt hat.

Was nun die zweite Frage, das Datum des Abschlusses, anbelangt, so würdige ich vollkommen die Gründe, die die Herren anzuführen die Güte hatten. Wir kommen uns auch bedeutend näher, wenn wir auf das Motiv zurückkommen, welches uns zu diesem Vorschlage bewogen hat. Wir wollen dem von vielen Seiten gegen uns erhobenen Vorwurf, daß hier die Verhandlungen verschleppt würden und auf der Gegenseite nicht überall der gute Wille wäre, zu einem Abkommen zu kommen, entgentreten. Ich glaube, daß der vom Herrn Vorredner vorgeschlagene Weg einer Erklärung in der morgigen Plenarversammlung akzeptabel erscheint. Nur muß ich dabei auf einen Punkt ganz ausdrücklich aufmerksam machen. Diese sehr weitgehenden Vorschläge, die ich den Herren gemacht habe, verpflichte ich mich, bei der österreichischen Regierung zu vertreten, und ich glaube, daß mein Eintreten nicht ohne Erfolg sein wird, ebenso wie wir von den Herren erwarten, daß sie bei ihrer Regierung den gleichen Standpunkt vertreten. Ich kann aber der österreichischen Regierung nicht vorgreifen, und eine Veröffentlichung dieser Details ist nicht möglich, bevor ich mich nicht mit der kompetenten österreichischen Regierung in Verbindung gesetzt habe. Ich glaube also, daß wir uns einigen müßten auf Phrasen allgemeiner Natur, welche wir morgen austauschen würden, und welche den Zweck erfüllen würden, die Öffentlichkeit sowohl der Ukraine wie bei uns über den günstigen, dem Abschluß nahen Fortgang der Verhandlungen aufzuklären, ohne dabei in den Fehler zu verfallen, durch eine vorzeitige Preisgabe der Details der Sache zu schaden. Was den Punkt des Warenaustausches anbelangt, so nehmen wir die Ausführungen des Herrn Vorredners mit Befriedigung zur Kenntnis, und ich wiederhole, was der Herr Staatssekretär heute bereits gesagt hat, daß der Punkt über den Warenaustausch selbstverständlich ein integrierender Bestandteil des Friedensvertrages werden wird. Was schließlich die Frage der Demobilisierung anbelangt, so sehen wir vollkommen ein, daß die Ukraine, solange sie gegen einen anderen Gegner Krieg führt, nicht demobilisieren kann. Ich wollte nun in diesem Punkte sagen: der Punkt ist nicht richtig ausgedrückt. Ich wollte damit sagen, daß wir uns gegenseitig die militärischen Sicherheiten bieten müssen zwischen uns auch an der Front, wenn der Krieg beendet ist. Ich glaube, daß diese rein militärischen Fragen von den Militärs der beiden Seiten zu bereinigen sein werden.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich schließe mich dem, was der Herr Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation eben ausgeführt hat, vollinhaltlich an.

Auch ich glaube, daß es für die Förderung unserer Arbeit und für die Aufklärung der öffentlichen Meinung in unseren Ländern außerordentlich nützlich sein wird, wenn wir morgen eine Sitzung abhalten, in welcher wir die sorgfältig gefaßten, vorher verabredeten Erklärungen über das bisherige Ergebnis unserer Verhandlungen austauschen. Ich würde beantragen, zu dieser Sitzung auch die hier nicht vertretenen Verbündeten hinzuzuziehen, da ja der Friedensschluß mit der Ukraine mit allen vier Verbündeten, wenn auch in separaten Dokumenten, so doch gleichzeitig und gemeinsam zu erfolgen hätte. Ich glaube aber nicht, daß zwischen unseren Bundesgenossen und der Ukraine irgendwelche Fragen schweben, welche auf den baldigen Abschluß des Friedens in der hier besprochenen Weise nachteilig einwirken könnten.

Was den Zeitpunkt betrifft, bis zu dem unsere gemeinsam gegebenen Zusagen uns der ukrainischen Delegation gegenüber binden, so scheint mir nach den Darlegungen allerdings der 30. d. M. etwas kurz gegriffen zu sein.²⁾ Ich wäre aber für den Abschluß des Präliminar- oder Vorfriedensabkommens nicht geneigt, denselben über einen gewissen Zeitpunkt — ich nenne rein provisorisch etwa den 8. Februar — hinaus zu verlängern³⁾; denn ich möchte, daß die Herren der ukrainischen Delegation sich darüber klar seien, daß unsere jetzigen Anerbietungen ein außerordentlich weites Entgegenkommen darstellen, als deren wichtige Gegenleistung von der anderen Seite eine wirkliche Klärung und Bereinigung unseres Verhältnisses zu der Ukraine zu leisten wäre.⁴⁾ Der Anblick der Welt, besonders in der jetzigen Zeit, verändert sich oft sehr rasch, und es scheint mir auch im Interesse der Ukraine, von der gegenwärtigen Lage für den baldigen Abschluß eines Friedens Gebrauch zu machen. Unsere Bauern haben ein Sprichwort: man müsse das Heu machen, wenn die Sonne scheint, und wenn ich die internationale Lage richtig auffasse, so will mir die gegenwärtige Weltlage für die Interessen der Ukraine außerordentlich günstig erscheinen. Ich hoffe, daß auch die wirtschaftlichen Besprechungen, die heute geführt werden, über die vorläufigen und provisorischen Fragen soweit Einigung ergeben, daß wir auch darüber in der morgigen Sitzung in allgemeiner Form Erklärungen austauschen können.

Um einen praktischen Vorschlag zu machen, möchte ich anregen, ob es sich nicht empfehlen würde, daß jede der drei hier vertretenen Delegationen einen der Herren zur Redaktion abordnet und daß diese Herren heute und im Laufe des morgigen Vormittags ihre Redaktionen vergleichen, damit wir morgen möglichst bald nach dem Mittagessen die besprochene Sitzung abhalten können. Da in unserem Parlament eine Debatte über die äußere Politik bevorsteht, werde ich voraussichtlich morgen im Laufe des späteren Nachmittags abreisen müssen, und es würde mir wertvoll sein, vorher die Sitzung zu Ende gebracht zu haben.

²⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Hätte eigentlich an meinem Geburtstag unterschrieben werden müssen! Darauf hatte ich im stillen gehofft“. — Geburtstag Kaiser *Wilhelms II.*: 27. 1. 1859.

³⁾ Von „hinaus“ bis „verlängern“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „richtig!“

⁴⁾ Von „wirkliche“ bis „wäre“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung „ja“ von derselben Hand.

Staatssekretär **Holubovyč**: Ich will hier keine Sprichwörter austauschen, weil es auch ein anderes Sprichwort gibt: je länger du fährst, um so weiter kommst du.⁵⁾ Ich muß nur noch einmal das wiederholen, wovon schon oft die Rede war. Das Bestreben, zum Frieden zu gelangen und einen Frieden möglichst bald abzuschließen, ist bei uns schon lange vorhanden. Daher liegt es gar nicht in unserem Interesse, die Verhandlungen zu verschleppen. Ich bin aber gegen jede streng fixierten Daten, weil es erstens schwer ist, diese Daten fest in Rechnung zu stellen, zweitens, weil diese Art der Fragestellung schon eine Art zwingenden, ich möchte sagen ultimativen Charakter trägt. Außerdem ist zu betonen, daß eine schnelle Beendigung der Verhandlungen ebenso sehr von unserem guten Willen und unseren Bedingungen wie von dem guten Willen und den Bedingungen der Gegenseite abhängt. Soweit von der Gegenwart gesprochen werden kann⁶⁾, sind bereits verschiedene Spuren der Einigung zu sehen, und nur im Rahmen dieser können wir über die Zukunft sprechen. Es gibt aber Fragen wirtschaftlichen Charakters, und es ist noch nicht genügend klar gestellt, wie sich diejenigen Prinzipien gestalten werden, die, wenn auch nur vorübergehend, den Verträgen zugrunde gelegt werden sollen. Das sind die Gründe, weswegen man nicht sagen kann: am 30. Januar oder 8. Februar, aber das, was bereits bisher erreicht ist, zeugt dafür, daß diese angeführten Daten von der Wirklichkeit nicht viel Unterschied haben.

Graf Czernin: Ich möchte mir darauf folgendes zu bemerken erlauben:

Wir wollen uns nicht um einen Tag streiten, sondern wir wollen eine Form finden, die diesen offenbar allseitig guten Willen, keine Verschleppungen zu machen, zum Ausdruck bringt, und ich würde unverbindlich, falls der Herr Vorsitzende der ukrainischen Delegation und mein deutscher Kollege einverstanden sind, z. B. folgende Fassung vorschlagen, welche in der morgigen Plenarsitzung einen Teil der abzugebenden Erklärungen bilden würde:

„Falls die Regierungen den Abmachungen zustimmen, wäre sofort nach Rückkehr der Vertretungen nach Brest-Litowsk der Präliminarfriede zu entwerfen und zu unterzeichnen, welchem der definitive Friedensschluß auf dem Fuß zu folgen hätte.“⁷⁾

Staatssekretär **v. Kühlmann**: Ich möchte zu diesem Punkt einige Worte sagen. Ich bin überzeugt, daß mein österreichisch-ungarischer Kollege damit einverstanden wäre, wenn wir uns auf derselben von ihm vorgeschlagenen Basis dahin einigten, daß der zu unterzeichnende Friede sofort ein definitiver Friede sein soll, welcher aber nur die allerwichtigsten Punkte enthalten würde. Die Einzelheiten würden dann der späteren Ausarbeitung in Kommissionen überlassen bleiben. Vielleicht will der Herr Vorsitzende der ukrainischen Delegation uns seine Ansicht über diesen Punkt mitteilen.

⁵⁾ Von „je“ bis „du“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande in gleicher Höhe und Bemerkung von derselben Hand: „bei uns nicht! hört an der Westgrenze auf! Rußland hat keine Grenzen!“

⁶⁾ In gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*; dazu Bemerkung von derselben Hand: „nur!“

⁷⁾ Von „Brest-Litowsk“ bis „hätte“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe zwei senkrechte Striche am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „nein! definitiv“.

Graf Czernin: Ich möchte nur hinzufügen, daß ich nicht nur vollständig einverstanden bin, sondern daß ich eigentlich das mit dem Ausdruck Präliminarfriede gemeint habe.⁸⁾

Staatssekretär v. Kühlmann: Wenn ich hinzufügen darf, um ganz klar zu sein: Der Präliminarfriede ist juristisch ein *factum de contrahendo*. Er enthält die Verpflichtung, einen Frieden abzuschließen⁹⁾, während der definitive Friede den Abschluß des Friedens als solchen ausspricht.

Staatssekretär Holubovyč: Wir sind im allgemeinen mit dieser Stellung der Frage einverstanden.

Graf Czernin: Daraufhin würde ich vorschlagen, daß wir jetzt versuchen das zusammenzustellen, was in der morgigen Plenarsitzung an beiderseitigen Erklärungen abzugeben wäre, und ich glaube, es sollten auch die Chefs der Delegationen noch solange hierbleiben, bis die Prinzipien klargestellt sind, und die Ausarbeitung vornehmen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Später als morgen Nachmittag 5 Uhr kann ich nicht bleiben, das ist ausgeschlossen.

Graf Czernin: Nein, ich meine jetzt hier.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich würde vorschlagen, daß die Formulierung den Mitgliedern der Delegationen überlassen bleibt. Ich würde Herrn *v. Rosenberg* mit dieser Aufgabe betrauen.

Graf Czernin: So kann man es auch machen. Die Herren sind sich nicht klar, was wir eigentlich wollen.

Gesandter v. Wiesner: Was wir in der öffentlichen Sitzung sagen können, stimmt nicht ganz genau mit dem [überein], was hier vereinbart ist.

Staatssekretär v. Kühlmann: Wir haben bei der ganzen Sache von uns aus an der Geheimhaltung oder an der Formulierung derjenigen Fragen, die uns hier am meisten interessieren, ein sehr geringes Interesse. Also würde die Hauptredaktionsarbeit auf Sie (zum *Grafen Czernin*) entfallen.

Graf Czernin: Ich würde von mir aus Herrn *v. Wiesner* bestimmen, und ich würde noch hier bleiben, um dem Anfang der Redaktionsarbeit beizuwohnen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Sehr schön, das stelle ich vollkommen anheim.

Graf Czernin: Wer von den Herren der ukrainischen Delegation würde hierzu delegiert werden?

Staatssekretär v. Kühlmann: Wenn es nötig ist, können sich die Chefs morgen vormittag nochmals sehr gut vereinigen und die Fragen, soweit sie sich aus dieser Redaktionsarbeit ergeben haben, durchsprechen.

Staatssekretär Holubovyč: Ich möchte vorher noch klarstellen, wann diese Redaktionskommissionen zusammentreten sollten, da ein sofortiger Zusammentritt

⁸⁾ Von „eigentlich“ bis „habe“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von derselben Hand: „au! au?“

⁹⁾ Von „Verpflichtung“ bis „abzuschließen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „der ist nötig, wenn mal England kommt, mit den Briten abzuschließen an Stelle eines Waffenstillstandes!“

für uns untunlich¹⁰⁾ wäre. Vielleicht könnte eine bestimmte Unterbrechung angesetzt werden, nach der wir dann wieder zusammentreten könnten.

Gesandter v. Rosenberg: Ich stehe jederzeit zur Verfügung — in einer halben Stunde, wenn es Herrn v. Wiesner paßt.

Staatssekretär v. Kühlmann: Welche Stunde schlagen die ukrainischen Herren vor?

Staatssekretär Holubovyč: Außerdem möchten wir noch wissen, ob es eine allgemeine deklarative Erklärung sein wird oder ob die Erklärung in einzelnen Teilen erfolgen soll.

Staatssekretär v. Kühlmann: Nein, ein Austausch von Erklärungen, die aber verabredet sein müssen.

Graf Czernin: Ich denke über die Sache so, daß ich morgen wohl den Vorsitz habe, daß ich den Herren der ukrainischen Delegation abgemachte Ansprachen übergebe und sie dieselben beantworten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Das kann auch in Form eines Frage- und Antwortspiels geschehen.

Gesandter v. Wiesner: Da ist vielleicht besser eine Konstatierung des Ergebnisses der bisherigen Verhandlungen, die Exzellenz Czernin zusammenfaßt und darauf soll . . .

Staatssekretär v. Kühlmann: Jede Seite gibt so, wie ich es auffasse, eine Erklärung ab.

Staatssekretär Holubovyč: Vielleicht wäre es dann am praktischsten, wenn am heutigen Tage noch die Mittelmächte eine derartige Deklaration ausarbeiten und sie uns zur Kenntnisnahme zuschicken, worauf wir dann unsere Antwort verfassen und gleichfalls zur Kenntnis bringen würden. Ich glaube, daß nach den Besprechungen des heutigen Tages große Unterschiede in unseren Deklarationen nicht enthalten und Abweichungen höchstens in den Motiven und in der prinzipiellen Stellungnahme vorhanden sein könnten.

Graf Czernin: Ich bin ganz einverstanden.

Ich denke, daß gewisse wichtige Details klar sind, daß aber gewisse Details nicht in diese morgigen Erklärungen kommen können, und würde vorschlagen, daß wir uns selbstverständlich die Erklärungen gegenseitig zeigen.

Staatssekretär Holubovyč: Vielleicht wäre es sogar noch zweckmäßiger, das schon früher zu machen, damit man die gegenseitigen Erklärungen noch vorher besprechen kann.

General Hoffmann: Es ist unbedingt notwendig, daß wir heute abend noch damit zustande kommen.¹¹⁾ Wenn wir heute abend damit fertig werden, kann die allgemeine Sitzung morgen um 12 Uhr sein, und morgen vormittag kann das ausgetauscht werden. Denn wenn von den beiderseitigen Herren der Kommission

¹⁰⁾ Von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande in gleicher Höhe und Bemerkung von derselben Hand: „Himmelsternsakra!“

¹¹⁾ Von „heute“ bis „kommen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich von derselben Hand und Bemerkung: „na also!“

verlangt wird: Ihr dürft nicht eher nach Hause gehen als bis ihr fertig seid, dann kommt es auch zum Abschluß.¹²⁾

Graf Czernin: Ich würde vorschlagen, daß wir die Erklärung der Mittelmächte den Herren heute abend zum Essen mitbringen. Dann könnten die Herren vielleicht, wenn es ihnen recht ist, ihre Antwort aufsetzen, und wir könnten evtl. heute abend die Sachen noch einmal hier vergleichen.

Staatssekretär **Holubovyč:** Ich kann schwer sagen, ob das möglich sein wird, aber wenn wir heute abend noch fertig werden, können wir ja zusammen kommen. Privatim möchte ich hinzufügen, daß es in aller Interesse ist, wenn das möglichst schnell geht.

Graf Czernin: Ich machte darauf aufmerksam, daß ich möglicherweise morgen nachmittag — ich kann die Stunde noch nicht sagen — bereits abfahren muß. Ich würde deshalb großes Interesse daran haben, wenn die Sitzung um 12 Uhr sein könnte.

Staatssekretär **Holubovyč:** Ich kann nur meine eben geäußerten Worte noch einmal wiederholen. Wir haben auch den Wunsch, morgen abend abzureisen, und möchten möglichst frühzeitig mit der Sache fertig werden.

Staatssekretär v. **Kühlmann:** Dann wollen wir die Arbeit der Herren nicht länger aufhalten.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 5.15 Uhr).¹³⁾

Kühlmann.

¹²⁾ Von „nicht“ bis „Abschluß“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „bravo! Stimme der Vernunft!“

¹³⁾ Darunter Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.:* „Das reinste Kämmerchenvermietenspiel! Bitte nach Ihnen! Wenn doch die Herren Umstandsbarone sich immer wieder klar werden und vorhalten wollten, daß Millionen von Soldatenleben, von Frauen- und Kindersorgen von ihren Entschlüssen abhängen, und so lange sie nicht zu Stuhle kommen, dauernd in Gefahr schweben und in ewiger Spannung gehalten werden, die sich mal Luft machen muß!“

20. 1. 1918: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Telegramm. Nr. 110. Abgeg. Großes Hauptquartier, 20.1.1918, 10.10 vorm., angek. 20. 1. 1918, 1.40 nachm.

Für 21. 1. hat Rat der Volkskommissare dritten allrussischen Arbeiter- und Bauernkongreß nach Petersburg einberufen als Gegengewicht gegen Konstituante. Klartext der O.H.L. erklärt, dieser Kongreß habe allein Recht, Willen der Arbeitermassen russischer Republik auszudrücken. Konstituante müsse Willen des Volkes anerkennen und sich fügen. Sie müsse ferner Dekrete der Volkskommissare über: Friede, Land, Sozialisierung der Banken, Abschaffung der Gerichte, Demokratisierung der Armee widerspruchslos billigen. Jeder Protest

dagegen sowie gegen Kongreß als Ausdruck höchsten Volkswillens werde als Verrat betrachtet. In Bolschewiki-Presse werden deutsche Friedensbedingungen abgelehnt und als Imperialismus bezeichnet. Seit einigen Tagen Stimmen für Fortsetzung des Krieges und Bildung sozialistischer Armee. Gleiche Propaganda wird an ganzer Front betrieben. Nachrichten über Scheitern der Friedensverhandlungen verbreitet. Beabsichtigte Bildung revolutionärer Armee aus Roter Garde und Freiwilligen für „heiligen Krieg für Sozialismus“ erneut bestätigt.

In Front wird an Möglichkeit einer Weiterführung Krieges nicht geglaubt. Desorganisation in Armee zugegeben. Äußerung eines Offiziers: „*Lenin* und *Trockij* haben sich verrechnet. Friedensangebot haben sie in Hoffnung gemacht, daß russische Revolution sich auf ganzen europäischen Kontinent verbreitet. Russische Armee ist demoralisiert, Feind aber noch stark wie früher. Jetzt Rußland gezwungen zum Frieden um jeden Preis, auch mit Annexionen und Kontributionen“. Hinterland dürfte für Weiterführung Krieges kaum zu haben sein. Bolschewikfeindliche Presse behauptet, Drohungen der Maximalisten mit Fortsetzung des Krieges seien Bluff. Armee nicht imstande, nachdem sie von Bolschewikis selbst desorganisiert sei.

2 Klartexte weisen auf zunehmende Desorganisation Eisenbahnwesens hin. Auf zahlreichen Strecken wird vom 20. Januar bis 2. Februar Personenverkehr eingestellt.

Kommandeur der polnischen Truppen¹⁾ erließ nach Moskauer *Gazetta Polska* vom 29. 12. Korpsbefehl, der polnischen Truppen jede Einmischung in russische Partekämpfe verbietet, aber auch jede Einmischung in Angelegenheiten der polnischen Truppen zurückweist. Zur Abwehr der Russen dürfte zu Waffen gegriffen werden. Kämpfe zwischen Maximalisten-Truppen und Ukrainern dauern an.

An Front waren rumänische Offiziere zum Teil entgegenkommender und bedauerten Fortgang der Friedensverhandlungen ohne Rücksicht auf Rumänien.

Lersner.

¹⁾ General *Josef v. Dowbór-Mušnicki*; vgl. über ihn *Hutten-Czapski* S. 475 ff.

230.

20. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an den polnischen Ministerpräsidenten Kucharzewski

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 177. Abgeg. Brest-Litowsk, 20. 1. 1918, 11.25 vorm., angek. 20. 1. 1918, 1.45 nachm. Überschrift: „Für Herrn v. Radowitz. Antwort auf Telegramm vom 18. Januar.“

Ich telegraphiere an Herrn *Kucharzewski*:

„Der Herr Reichskanzler hat das Telegramm Euerer Exzellenz vom 17. d. M.¹⁾“

¹⁾ Vgl. Nr. 90, 104, 105, 217.

an mich weitergeleitet. Euerer Exzellenz beehre ich mich hierauf zugleich im Namen des Reichskanzlers folgendes zu erwidern:

Der Wunsch, daß Vertreter der polnischen Regierung zu den in Brest-Litowsk geführten Verhandlungen zugelassen werden möchten, begegnet meinem vollsten Verständnis. Wie Euerer Exzellenz den Verhandlungsberichten entnommen haben werden, haben denn auch die Vertreter Deutschlands und Österreich-Ungarns der russischen Delegation den Vorschlag gemacht, zwecks Vertretung der Wünsche des selbständigen polnischen Staates Bevollmächtigte einer nationalen obersten Staatsgewalt zu den Friedensverhandlungen hinzuzuziehen. Zu unserem lebhaften Bedauern hat eine Einigung über diesen Vorschlag nicht erzielt werden können, da die russische Delegation weder die Selbständigkeit des polnischen Staates noch die Rechtmäßigkeit seiner gegenwärtigen Regierung anerkennen wollte. Zur Zeit ist infolge der Abreise des ersten russischen Bevollmächtigten, Herrn *Trockij*, eine Pause in den politischen Beratungen eingetreten. Ich werde nicht verfehlen, nach Wiedereröffnung der politischen Verhandlungen bei der russischen Delegation auf den Wunsch der polnischen Regierung zurückzukommen.“

Kühlmann.

231.

20. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Telegramm. Nr. 180. Brest-Litowsk, 20. 1. 1918, angek. 20. 1. 1918, 6.45 nachm. Überschrift: „Antwort auf Telegramm Nr. 272“.¹)

Habe den Eindruck, daß seit der Besprechung in Bellevue am 2. Januar²) Verhältnis zwischen General *Hoffmann* und Oberster Heeresleitung so erschwert

¹) Telegramm Auswärtiges Amt v. 19. 1. 1918 an *Kühlmann*. Oberst v. *Winterfeldt* als Vertreter der O.H.L. für das Hauptprogramm (die deutschen militärischen Forderungen) vorgeschlagen. — Pol. Archiv, Rußland, Pol. 1.

²) Über die Besprechung in Bellevue vom 2. 1. 1918 vgl. u. a. Schwertfeger WUA, Vierte Reihe, 2. Bd., Die Verhandlungen von Brest-Litowsk S. 47 f., der hier den Bericht *Ludendorffs* wiedergibt: „... daß in Rücksicht auf einen Schlag im Westen ein baldiger Friede im Osten erforderlich sei; nur wenn dieser in greifbare Nähe gerückt wäre, könne der Abtransport, wie nötig, erfolgen. Aus militärischen Gründen müsse jedem Verschleppungsversuch entgegengetreten werden. Wir wären stark genug, ihn zu verhindern. Besondere Weisungen erhielt *Kühlmann* nach dieser Richtung hin jedoch nicht. Darauf wurde wieder einmal der polnische Grenzstreifen behandelt; *Graf Czernin* hatte seine Anwesenheit in Brest benutzt, um von Staatssekretär v. *Kühlmann* eine Verschmälerung des Grenzstreifens gegen den Beschluß vom 18. Dezember zu erreichen. Dieser muß wohl hierauf eingegangen sein und hatte auch die Zustimmung des Generals *Hoffmann* gefunden, der daraufhin zum Vortrag zu Seiner Majestät dem Kaiser befohlen war. Unter Berufung auf General *Hoffmann* schloß sich Seine Majestät der Ansicht des Staatssekretärs v. *Kühlmann* an. Der Kaiser hatte naturgemäß die Entscheidung. Die Begründung schmerzte mich indes; ich hatte geglaubt, daß der Generalfeldmarschall und ich die verantwortlichen militärischen Berater Seiner Majestät wären, auch sah ich in der starken Verschmälerung eine Gefahr für die Provinzen Ost- und Westpreußen. Ich hielt es für meine Pflicht, nochmals meinen Standpunkt zu betonen, und gewann dabei das Gefühl, daß ich das Mißfallen des Kaisers erregt habe.“

worden ist, daß sein Kommen Berlin und eine politische Bestätigung dort ihm und mir zur Zeit nicht tunlich erscheint.

Kühlmann.

232.

20. 1. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Die Hemmungen in Brest-Litowsk“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

Herr *Trockij* hat sich auf den Weg nach Petersburg gemacht, um dort nach dem Rechten zu sehen und bei den Verhandlungen der Versammlung, die dem neuen Rußland die neue Staatsform geben soll, mitraten zu können.¹⁾ Das neugeborene oder wiedergeborene Rußland erlebt jetzt seine Tauffeier, die ihm seine Stellung in der Staatenfamilie schaffen soll; und wenn wir für den Täufling einen Wunsch haben dürfen, dann ist es der, daß Herrn *Trockijs* Arbeit in der Verfassungsgebenden Versammlung schnellere Entschlüsse zeigen möge, als es im Brest-Litowsker Verhandlungssaal bisher der Fall war. Er ist seiner Methode, die Verhandlungen von sachlichen Erwägungen und positiven Ergebnissen fernzuhalten, bis zum letzten Tage seiner Anwesenheit treu geblieben.

Der Schritt, der am Freitag in der Richtung auf das Endziel gemacht worden ist, ist nicht groß, und auch dieser kleine Fortschritt ist wieder dem Entgegenkommen der Mittelmächte zu danken, ihrer Bereitwilligkeit, in allen Ehre und Interessen nicht unmittelbar berührenden Fragen nicht halsstarrig zu sein. Das Schicksal derer, die während des Krieges den Schauplatz der Kämpfe verlassen haben, ist gesichert. Wie auch die staatliche Zukunft der besetzten Länder sein wird, für die Rückkehr der Bewohner soll gesorgt werden. Daß mit dieser kein Mißbrauch getrieben wird, daß auf diese Weise keine deutschfeindlichen Elemente in diese Grenzländer gebracht werden, das ist eine Sorge, über die man sich noch näher unterhalten muß.²⁾

Bei den übrigen Punkten der Tagesordnung aber vereitelte Herr *Trockij* durch sein Beharren auf den sattsam bekannten Theorien die Verständigung. Die deutschen Vertreter wiesen bei der Frage, in welcher Form die besetzten Länder über ihre Zukunft abstimmen sollten, darauf hin, daß eine unmittelbare Abstimmung aller doch nur möglich oder angebracht sei, wenn in den betreffenden

¹⁾ Von „Versammlung“ bis „können“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „schon erledigt!“

²⁾ Dazu in Höhe des ganzen Abschnittes Randbemerkung Kaiser *Wilhelms II.*: „Herr *Trockij* hat mit Vorbedacht und Absicht die Verhandlungen verschleppt in der Hoffnung, in Wien und Berlin werde es zur Revolution kommen bis dahin, und er werde mit *Haase*, *Scheidemann* pp. verhandeln können, statt mit Baronen und Grafen, die ja eine Imperialisten-Regierung vertreten, die für ihn nicht existiert. Das wird nicht anders werden als bis ihm klar gemacht wird, daß wir die Länder haben, behalten als Sieger, und mit ihnen machen werden, was uns paßt. Er hat uns gar keine Vorschriften darüber zu machen!“

Ländern ein nationaler Gesamtwille bereits vorhanden sei. Das ist gewiß ein einleuchtender Grund. Herr *Trockij* bestand aber auf seinem Schein, auf dem Referendum, und die Versammlung mußte den Punkt verlassen. Als man sich dann weiter über die territorialen Abgrenzungen in der Zukunft unterhielt und dabei von dem nach dem bisherigen Verlauf der Dinge und der Verhandlungen ganz selbstverständlichen Standpunkt ausging, daß man mit zwei Parteien, den Bolschewisten und den Ukrainern, zu tun habe, erklärte Herr *Trockij*, der ukrainischen Delegation könne eine einseitige und selbständige Behandlung der territorialen Fragen nicht zugestanden werden. Das heißt also mit anderen Worten: den Völkern, die ihre Unabhängigkeit erreichen wollen, wird theoretisch allerlei eingeräumt, sobald aber die erste praktische Frage auftaucht, die ihre Zukunft betrifft, dann wird das Machtwort gesprochen. Man sieht, daß Herr *Trockij* seine Natur den anderen Völkern des russischen Reiches gegenüber ebensowenig verleugnet wie uns gegenüber. Daß Finnland, dem man doch ebenfalls die Selbständigkeit zuerkannt hat, nun auch folgerichtig sich mit dem Schicksal der Ålandsinseln zu befassen habe, und daß für denjenigen, dem eine dauernde Beruhigung in der Ostsee am Herzen liegt, auch die Teilnahme Schwedens an den Verhandlungen über die Zukunft dieser Inselgruppe nur erwünscht sein kann, das leuchtet jedem ein, der überhaupt von einem Verständigungsfrieden etwas erhofft.

Was in den nächsten zehn Tagen bis zur Rückkehr *Trockijs* in Brest-Litowsk geschehen soll, ist noch einigermaßen unklar. Herr *Trockij* hat vorgeschlagen, die Beratungen der politischen Kommission bis zum 29. d. Mts. zu vertagen. Die Vertreter der Mittelmächte nahmen diese Erklärung zur Kenntnis und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß nach Rückkehr *Trockijs* eine Einigung zu erzielen sein werde. Wenn daraus hier und da geschlossen wird, daß die Verhandlungen damit zehn Tage ausgesetzt worden sind, daß eine neue Stockung eingetreten ist, so ist dieser Schluß unseres Erachtens nicht zwingend. Unsere Vertreter haben die Erklärung des Herrn *Trockij*, daß er eine notwendige Reise machen müsse, und seinen Wunsch, mit den weiteren Verhandlungen auf ihn zu warten, nur zur Kenntnis genommen. Das Weitere bleibt also den Vereinbarungen überlassen, die jetzt von den Vertretern der Mittelmächte und den zurückgebliebenen Russen getroffen werden.

K. R.

233.

20. 1. 1918: Artikel der Berliner Morgenpost — „Der trotzig Trockij.
Brest-Litowsker Schwierigkeiten“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Während nach den an anderer Stelle mitgeteilten Nachrichten aus Brest-Litowsk die Unterhandlungen mit den Ukrainern so günstig vonstatten gehen, daß in Kürze mit einem befriedigenden Abschluß gerechnet werden kann, ist in den

Verhandlungen mit den Russen wieder einmal eine Stockung eingetreten: die Nachmittagsitzung vom 15. Januar wurde geschlossen, ohne daß ein neuer Verhandlungstermin anberaumt worden wäre, und es ist auch weiterhin ein Termin für die Fortsetzung der Beratungen noch nicht vereinbart worden. Wie es heißt, ist Herr *Trockij* zur Berichterstattung und zur Einholung weiterer Informationen nach Petersburg gereist, und so wird es wohl noch einige Tage dauern, bis die Friedensarbeit in Brest-Litowsk wieder aufgenommen werden kann.

Hoffentlich mit besserem Erfolge wie bisher. An dieser Hoffnung halten wir fest trotzdem es uns Herr *Trockij* bitter schwer gemacht hat. Wer sich nur an die Reden hält, die er in Petersburg von sich gegeben hat, und an die Kundgebungen seiner bolschewistischen Ministerkollegen, in denen vom deutschen Kaiser als von einem *Nero*, von den deutschen Generalen als von Bluthunden und von den deutschen Diplomaten als von betreten Schergen eines grausamen Tyrannen ständig die Rede ist, der mag freilich daran zweifeln, daß die Bolschewiki-Regierung den Frieden will, und er kann wohl zu der Auffassung gelangen, daß es den derzeitigen russischen Machthabern lediglich darum zu tun ist, durch Reden zum Fenster hinaus für ihre revolutionären Weltverbesserungspläne zu wirken. Aber man darf doch nicht vergessen, daß für die Herrschaften auch der Knüppel beim Hunde liegt. Die russische Front ist in voller Auflösung. Die Soldaten wollen nicht mehr kämpfen, neunundneunzig Hundertstel des russischen Volkes wollen den Frieden um jeden Preis, und die Herren *Trockij* und Genossen wissen, daß es um ihre Herrschaft geschehen ist — zum mindesten um ihre Herrschaft, wenn nicht um mehr —, falls sie aus Brest zurückkehren, ohne den Frieden mitzubringen. Und diese Erkenntnis wird sie am Ende doch wohl veranlassen, endlich einmal mit dem Reden ins Blaue hinein aufzuhören und ernstlich an die Leistung praktischer Friedensarbeit zu denken. Einstweilen sind sie aber noch nicht so weit, und wenn in den letzten Berichten aus Brest von einer gewissen Annäherung der deutschen und russischen Auffassung die Rede war — wir konnten davon nichts entdecken, soweit wir auch spähten und blickten.

Man wolle uns nicht mißverstehen: nicht als ob wir wirklich das, was die Mittelmächte wollen, und das, was die Russen wollen, an sich für unvereinbar miteinander hielten. Im Gegenteil! Wir haben wiederholt förmlich und feierlich versichert, daß wir nicht die Absicht haben, uns die jetzt von uns besetzten Gebiete einzuverleiben, daß wir auch nicht daran denken, sie zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, daß wir schließlich den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art vollkommen freie Hand lassen wollen. Wir verlangen nur von den Russen die Anerkennung, daß Kurland, Litauen und Polen jetzt schon als freie Staatspersönlichkeiten anzusehen sind und daß Rußland in die staatliche Gebahrung dieser Gebiete nichts mehr hineinzureden hat. Wir sind auch nach wie vor damit einverstanden, daß unsere Ansicht von der jetzt schon bestehenden Eigenschaft Kurlands, Litauens und Polens als unabhängige Staaten durch einen auf breiter Basis herbeizuführenden Volksbeschluß bestätigt werde, und geben den Russen alle nur denkbaren Garantien dafür, daß dieser Volksbeschluß wirklich frei, unabhängig und gänzlich unbeeinflusst durch unsere im Okkupationsgebiet stehenden

Truppen erfolgen soll. Die Russen sind grundsätzlich bereit, die westlichen Randvölker aus dem russischen Staatsverband zu entlassen, aber sie wollen die Entstehung ihrer Staatspersönlichkeit abhängig gemacht wissen von einem Volksvotum, das erst nach der völligen Räumung jener Gebiete¹⁾ durch die Truppen der Mittelmächte erfolgen soll.²⁾ — Das ist die ganze Differenz, um die es sich handelt!

Für Menschen von gradlinigem, natürlichem Denken ist es völlig unfaßbar, daß um dieser Differenz willen der Kriegszustand zwischen den Mittelmächten und Rußland fortbestehen soll. Aber *Trockij* ist eben kein Mensch von gradlinigem und natürlichem Denken, sondern er ist der Typus jener auch hier in Berlin nur allzu gut bekannten russischen Studenten³⁾, die bei einer Tasse Kaffee und einer schlechten Zigarette tage- und nächtelang in den Cafes herumsitzen und, unfähig zu irgendeiner praktischen Arbeit, über allerhand Weltverbesserungspläne diskutieren. Mit großem dialektischen Geschick zwar und großem Aufwand von Verstandesarbeit, aber ohne jeden greifbaren Nutzen. Auch in der russischen Romanliteratur findet man solche Typen, so besonders bei *Turgenev*⁴⁾, und die bitteren Urteile, die der große russische Romancier über diese Vertreter der russischen Intelligenz gefällt hat, haben ihm die bittere Feindschaft dieser Kreise eingetragen. Aber sie sind dennoch durchaus zutreffend. Diese russische Intelligenz ist immer schon das Unglück Rußlands gewesen und wird es vermutlich auch bleiben, denn weltfremd und der blutleeren Abstraktion zugewendet, wird sie zu praktischer Lebensarbeit unfähig bleiben.

Herr *Trockij* will nicht, er will justament nicht! Und wenn man glaubt, daß er sich in der Debatte verfangen hat und nicht mehr weiter kann, so bricht er doch, da er auf geradem Wege nicht mehr vorwärts kann, nach der Seite hin aus, und die Debattiererei geht weiter, ins Aschgraue, ins Endlose, ins Hoffnungslose. Hier einige Beispiele zur Kennzeichnung der *Trockijschen* Art:

Er sagt: „Wenn Ihr der Meinung seid, daß die von Euch besetzten Gebiete bereits selbständige Staatspersönlichkeiten darstellen, warum zieht Ihr alsdann nicht Vertreter jener Landesteile zu den Beratungen zu?“ Darauf *Kühlmann*: „Aber mit Vergnügen! Wir haben's bisher nur darum nicht getan, weil Ihr jene Gebiete als selbständige Staaten nicht anerkennen wollt.“ Nun schweigt Herr *Trockij* und kommt auf den heiklen Punkt nicht mehr zurück. Er weiß wohl, warum. Inzwischen aber muß er wohl von seinen Kollegen darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß es nicht angeht, die von ihm angeschnittene Frage einfach auf sich beruhen zu lassen. Er regt also wiederum die Zuziehung von Vertretern der besetzten Landesteile zu den Beratungen an. *Kühlmann*

1) Von „abhängig“ bis „Gebiete“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „das sich für Rußland ausspricht“.

2) In gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „worauf sofort die Russen wieder hereinkommen!“

3) Von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande Bemerkung von derselben Hand: „Juden! vor allem!“

4) *Ivan Sergeevič Turgenev* (1818—1883), Verfasser u. a. des Romans „Väter und Söhne“ (1862).

erklärt sich wiederum damit einverstanden, aber nur unter der Voraussetzung, daß auch von russischer Seite jene Vertreter als Repräsentanten selbständiger Staaten angesehen werden, sintemalen sie als Privatpersonen am Verhandlungstisch nichts zu suchen hätten. Nun, und da will Herr *Trockij* auf einmal nicht mehr.

Weiter: Herr *Trockij* wird darauf aufmerksam gemacht, daß ja auch die freie Staatspersönlichkeit der großen amerikanischen Republik entstanden sei mit dem Moment ihrer Unabhängigkeitserklärung und daß alle souveränen Rechte der amerikanischen Union von der Unabhängigkeitserklärung abzuleiten seien, nicht etwa von der Tatsache, daß sie sich späterhin erst jene Organe geschaffen habe, die eine freie Staatspersönlichkeit zu ihrem staatlichen Leben benötigt. Dieses Beispiel aber macht Herrn *Trockij* wenig Skrupel und Zweifel, sondern schnell kommt er darum herum, indem er mit schöner Unbefangenheit erklärt, daß die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung von Völkerschicksalen eine ganz untergeordnete Rolle spiele.

Und als Herr *Trockij* schließlich darauf hingewiesen wird, daß ja auch seine und seiner Ministerkollegen Macht bisher durch kein staatliches Organ anerkannt worden sei, da erwidert er mit unerschütterlicher Ruhe: „Ja, gewiß, jede Regierungsgewalt ist Macht, auch wir gebrauchen unsere Macht. Aaaaber — Wir gebrauchen unsere Macht anständig, und Ihr gebraucht sie eben unanständig.“ — Bums!⁵⁾

Das ist die Art, in der Herr *Trockij* debattiert. Manchen gefällt sie, weil sie darin die Verkörperung feinsten diplomatischer Kunst sehen. Wir sehen darin etwas anderes: eine ungeheure Verbohrtheit, gemischt mit einer ebenso ungeheueren Dreistigkeit.⁶⁾ Jedenfalls gehören eiserne Nerven dazu, um mit Herrn *Trockij* ruhig und gelassen zu diskutieren, und wir stehen nicht an, Herrn *v. Kühlmann* unsere Bewunderung auszusprechen wegen der Engelsgeduld, die er am Verhandlungstisch von Brest-Litowsk betätigt. Er weiß eben, daß es um das kostbare Gut des Friedens geht. Will sich nicht endlich auch Herr *Trockij* mit diesem Bewußtsein erfüllen? Es wäre die höchste Zeit. Ins Endlose in der bisher von ihm beliebten Weise weiter zu verhandeln, kann am Ende niemandem zugemutet werden. Verlaufen aber die Verhandlungen durch seine Schuld im Sand und Sumpf, dann wird man zuerst in Rußland mit ihm abrechnen, und zwar gründlich.⁷⁾

⁵⁾ Dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* am Rande und Bemerkung: „sehr gut“.

⁶⁾ Von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „richtig“.

⁷⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „*Trockij* hat nur vor der absoluten Tatsache Respekt! d. h. wir haben das Baltikum, wir geben es nicht wieder heraus, und es bekommt freiheitliche Institutionen, hat aber sich uns anzugliedern!“

234.

20. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Gesandten Graf v. Oberndorff (Sofia)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 184. Brest-Litowsk, 20. 1. 1918, aufgegl. 21. 1. 1918, 12.20 vorm., angek. 21. 1. 1918, 12.50 vorm. Vermerk: „Zur vertraulichen Information“.

Ich telegraphiere an Grafen v. Oberndorff:

„Herr *Popow* fortfährt durch völliges Mißverstehen der Lage immer wieder Schwierigkeiten zu bereiten. Jetzt, da die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit der Ukraine etwas näher gerückt scheint, hat er sich in den Kopf gesetzt, die Ukrainer müssen im Friedensschluß sämtliche von Bulgarien beanspruchten neuen Grenzen anerkennen.

Das Verhältnis zwischen Bulgarien, Griechenland, Serbien und Rumänien geht die Ukrainer absolut nichts an, und statt zufrieden zu sein darüber, daß die Russen endlich einmal in die Balkanverhältnisse nicht mehr hineinzureden haben, will nun Herr *Popow* — nur weil er behauptet, etwas Derartiges wäre in Bulgarien populär — der ukrainischen Delegation, die nebenbei bemerkt aus sehr gerissenen Elementen besteht, Gelegenheit geben, wieder in die ganzen Balkanverhältnisse hineinzureden und das alte russische Spiel zu erneuern.

Wir haben versucht, ihm klar zu machen, daß ein Friede mit Rußland oder der Ukraine, in welchem das Wort Serbien nicht vorkommt, ein großer diplomatischer Erfolg für Bulgarien sein würde, ein Erfolg, den man noch vor einem Jahr nicht für möglich gehalten hätte. Die Lage würde dann ebenso sein, wie wenn Deutschland und England Frieden schlossen, ohne von Belgien zu sprechen. Im einen Fall wäre Serbien, im anderen Belgien von seinem traditionellen Beschützer verraten.

Leider besteht die Besorgnis, daß Herr *Popow* dies alles nicht einsieht und wenn nicht in amtlichen, so doch in privaten Gesprächen offen oder andeutungsweise solange von den neuen bulgarischen Grenzen redet, bis die hellhörigen Ukrainer die willkommene Gelegenheit zu weiteren Erpressungen merken und ihrerseits Forderungen zu Gunsten Serbiens, Rumäniens etc. stellen. Es liegt auf der Hand, daß hierdurch Bulgariens taktische Position erheblich verschlechtert und unsere Arbeit zugunsten der bulgarischen Ansprüche erschwert werden würde.

Ich stelle Euer Hochgeboren anheim, ob und an welchen Stellen Sie das Unzweckmäßige und Gefährliche der *Popowschen* Absichten zur Sprache bringen wollen.“

Kühlmann.

235.

21. 1. 1918: Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Telegramm. Nr. 44. Abgeg. Sofia, 21. 1. 1918, 6.10 nachm., angek. 21. 1. 1918, 8.37 nachm. Überschrift: „Antwort auf Telegramm Nr. 2“.¹⁾ Darunter Vermerk: „Aus dem Felde. Geheim“.

Ich habe zunächst einen freundschaftlichen Besuch bei *Dobrowitsch*²⁾ benutzt, um auf *Popow* zu kommen. Da ich das Terrain schon vorbereitet fand, drückte ich mich unter Darlegung unserer Besorgnisse sehr offen aus. Wir schätzten zwar *Popow* persönlich hoch, er habe aber keine Ahnung von internationalen Verhandlungen und suche in Brest-Litowsk Sobranje-Politik zu treiben. *Dobrowitsch* stimmte mir lebhaft zu und meinte, es treffe sich gut, daß *Popow* nächster Tage hierher komme; dann solle man ihn nicht mehr fortlassen.

Ich ging dann zu *Radoslawow*, der ebenfalls durch *Popows* Mitdelegation schon vorbereitet schien und mir sofort erklärte, er werde *Popow*, den er dieser Tage hier erwarte, nicht mehr nach Brest-Litowsk lassen. *Popow* werde zu seinen unklugen Gesprächen mit den Ukrainern wahrscheinlich durch den Dobrudschaner *Markow* gedrängt. Übrigens habe nicht er [*Radoslawow*] *Popow* herausgesucht. Dieser sei vielmehr der Kandidat des Palais gewesen (?).

Es scheint noch nicht sicher, aber sehr möglich, daß *Radoslawow* selbst an Stelle *Popows* nach Brest-Litowsk geht.³⁾

Oberndorff.

¹⁾ Vgl. Nr. 234.

²⁾ Chef des Geheimkabinetts des Königs *Ferdinand* von Bulgarien 1908, 1913, vgl. auch oben S. 149, Anm. 3.

³⁾ Vgl. auch Nr. 260.

236.

21. 1. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Telegramm. Nr. 189. Abgeg. Brest-Litowsk, 21. 1. 1918, 5.50 nachm., angek. 21.1.1918, 6.10 nachm.

Wie aus der Presse bekannt, hat sich in Charkov eine neue ukrainische Rada gebildet, die im Gegensatz zur Kiever Rada steht und es mit den Bolschewisten hält.

Zwei Mitglieder dieser Rada sind nun hier erschienen, sie bilden keine Sondergruppe, sondern betrachten sich als ukrainische Mitglieder der russischen Delegation.

Rosenberg.

237.

22. 1. 1918: Schreiben des Vorsitzenden der russischen Delegation Joffe (Brest-Litowsk) mit Beilage: Erklärung und Vollmachten der Delegierten der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 196. Abgeg. Brest-Litowsk, 22. 1. 1918, 1.10 vorm., angek. 22. 1. 1918, 2.15 vorm. Überschrift: „Im Anschluß an Nr. 189“¹⁾

Herr *Joffe* hat mir heute abend das in Übersetzung folgende Schreiben²⁾ geschickt: „Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation 21. Januar 1918. Brest-Litowsk.

An den Herrn Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation.

Herr Minister!

Indem ich anbei eine Kopie einer von mir erhaltenen Erklärung der Delegierten der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik *W. M. Šachrai* und *E. G. Medvedev*³⁾ und ihrer Mandate übersende, habe ich die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß die russische Delegation in voller Übereinstimmung mit dem von ihr wiederholt anerkannten Recht auf freie Selbstbestimmung aller Völker — darunter natürlich auch des ukrainischen — keinerlei Hindernisse für die Teilnahme der Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik an den Friedensverhandlungen erblickt und sie, entsprechend dem von ihnen geäußerten Wunsche, mit in den Bestand der russischen Friedensdelegation aufnimmt als bevollmächtigte Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik. Indem ich dies zu Ihrer Kenntnis bringe, bitte ich Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung entgegenzunehmen.

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation

A. Joffe.“

Dem Schreiben waren die nachstehend in Übersetzung wiedergegebenen Anlagen beigelegt:

„1. An den Herrn Vorsitzenden der Friedensdelegation der russischen Republik.

Erklärung.

Wir, die Vertreter der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik, Volkskommissar für militärische Angelegenheiten *W. M. Šachrai* und der Vorsitzende des allukrainischen Zentral-Exekutivkomitees der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten *E. G. Medvedev*, die wir nach Brest-Litowsk zur Führung von Friedensverhandlungen mit den Vertretern Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei in voller Übereinstimmung mit

¹⁾ Vgl. Nr. 236.

²⁾ Abdruck dieses Schreibens mit sämtlichen Beilagen bei Czernin, Anhang, S. 398—400.

³⁾ Hoffmann II S. 212, schreibt: „Nach der Rückkehr aller Beteiligten in den ersten Februartagen versuchte *Trockij* noch ein letztes Mittel, den ukrainischen Sonderfrieden zu hintertreiben. Er brachte zwei Ukrainer mit, *Medvedev* und *Šachrai*, deren Auftraggeber aber nicht die Zentral-Rada war, sondern eine neue bolschewistische Gegenregierung, die sich in Charkow gebildet hatte. Die Vertreter der Zentral-Rada protestierten gegen den Schachzug . . .“

den Vertretern der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen föderativen Republik delegiert worden sind, als welche der Rat der Volkskommissare anzusehen ist, erklären hiermit folgendes:

Das Generalsekretariat der ukrainischen Zentralrada kann keinesfalls als Vertreter des ganzen ukrainischen Volkes anerkannt werden. Im Namen der ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern erklären wir kategorisch, daß alle Beschlüsse, die das Generalsekretariat ohne Einigung mit uns gefaßt hat, vom ukrainischen Volke nicht anerkannt werden, nicht durchgeführt werden können und keinesfalls in die Tat umgesetzt werden können.

In voller Übereinstimmung mit dem Rate der Volkskommissare, folglich auch mit der Delegation der russischen Arbeiter- und Bauernregierung werden wir in Zukunft die Friedensverhandlungen mit den Delegationen des Vierbundes zusammen mit der russischen Friedensdelegation führen.

Dabei bringen wir folgende Resolution zu Ihrer Kenntnis, Herr Vorsitzender, welche von dem Zentralexekutivkomitee der allukrainischen Räte der Arbeiter-Soldaten- und Bauerndeputierten am 30. Dezember 1917/12. Januar 1918 angenommen worden ist:

Das Zentralexekutivkomitee hat beschlossen, zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen den Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees Genossen *Medvedev* und die Volkssekretäre *Satonskij*⁴⁾ und *Šachrai* zu delegieren, die damit beauftragt sind: kategorisch zu erklären, daß alle Versuche der ukrainischen Zentralrada, im Namen des ukrainischen Volks aufzutreten, als eigenmächtige Schritte der Bourgeoisiegruppen der ukrainischen Bevölkerung gegen den Willen und die Interessen der arbeitenden Klassen der Ukraina anzusehen sind und daß keinerlei Beschlüsse, die die Zentralrada gefaßt hat, weder von der ukrainischen Sovetregierung noch von dem ukrainischen Volke anerkannt werden; daß die ukrainische Arbeiter- und Bauernregierung den Rat der Volkskommissare als Organ der allrussischen Sovjetregierung für berechtigt ansieht, im Namen der ganzen russischen Föderation aufzutreten, und daß die Delegation der ukrainischen Arbeiter- und Bauernregierung, die zu dem Zwecke entsandt worden ist, um die eigenmächtigen Schritte der ukrainischen Zentralrada aufzudecken, zusammen mit der allrussischen Delegation und in voller Übereinstimmung mit dieser auftreten wird.

Zusatz: Das von dem Volkssekretariat der ukrainischen Arbeiter- und Bauernrepublik am 30. Dezember 1917 erteilte Mandat. —

Anmerkung: Der Volkssekretär für Volksaufklärung *Vladimir Petrovič Satonskij*⁴⁾ ist unterwegs erkrankt und daher nicht gleichzeitig mit uns eingetroffen.

Januar 1918. Der Vorsitzende des Zentral-Exekutivkomitees der allukrainischen Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten. *E. Medvedev*.

Der Volkssekretär für militärische Angelegenheiten. *Šachrai*.

Mit dem Original übereinstimmend:

Der Sekretär der Friedensdelegation: *Leo Karachan*.

2. Auf Beschluß des Zentral-Exekutiv-Komitees der Räte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten der Ukraine bevollmächtigt das Volkssekretariat der

⁴⁾ Vgl. die vorige Anm.

ukrainischen Republik im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine hierdurch den Vorsitzenden des Zentral-Exekutiv-Komitees der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten der Ukraine *Efim Gregorevič Medvedev*, den Volkssekretär für militärische Angelegenheiten *Vasili Matveevič Šachrai* und den Volkssekretär für Volksaufklärung *Vladimir Petrovič Satonskij* im Namen der ukrainischen Volksrepublik an den Verhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens über die Friedensbedingungen zwischen den genannten Staaten und der russischen föderativen Republik teilzunehmen.

Zu diesem Zwecke wird den genannten Bevollmächtigten *Efim Gregorevič Medvedev*, *Vasili Matveevič Šachrai* und *Vladimir Petrovič Satonskij* das Recht eingeräumt, in allen Fällen, wo sie dies für notwendig halten werden, Erklärungen abzugeben und Schriftstücke zu unterzeichnen im Namen der Arbeiter- und Bauern-Regierung der ukrainischen Republik.

Alle ihre Handlungen sind die Bevollmächtigten der ukrainischen Arbeiter- und Bauern-Regierung verpflichtet, in Übereinstimmung zu bringen mit den Handlungen der Bevollmächtigten der Arbeiter- und Bauern-Regierung der russischen föderativen Republik, als welche der Rat der Volkskommissare anzusehen ist. Im Namen der Arbeiter- und Bauern-Regierung der ukrainischen Volksrepublik — die Volkssekretäre für internationale Angelegenheiten, für innere Angelegenheiten, für militärische Angelegenheiten i. V., für Justiz, für Verpflegung, für Arbeit.

Der Geschäftsführer des Volkssekretariats.

Charkov, den 30. Dezember 1917/12. Januar 1918.

Mit der Kopie übereinstimmend:

Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation:

A. Joffe.“

Gleiche Schreiben sind bei den verbündeten Delegationen eingegangen.

Rosenberg.

238.

22. 1. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Telegramm. Nr. 197. Abgeg. Brest-Litowsk, 22. 1. 1918, 2.00 vorm., angek. 22. 1. 1918, 2.45 vorm. Bezugsvermerk: „Im Anschluß an Nr. 196.“¹⁾

Falls Euere Exzellenz²⁾ mir nicht andere Weisung erteilen, möchte ich *Joffes* Schreiben wegen der Ukrainer etwa wie folgt beantworten:

„Herr Präsident!

Ich habe die Ehre gehabt, Ihr Schreiben vom 21. d. M.³⁾ und die ihm beigefügten Abschriften einer Erklärung der Delegierten der Arbeiter- und Bauernregierung der ukrainischen Republik Herrn *V. M. Šachrai* und Herrn *E. G. Medvedev* und

¹⁾ Vgl. Nr. 237.

²⁾ Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes *Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen*.

³⁾ Vgl. Nr. 237.

ihrer Mandate zu erhalten. Aus ihren Mitteilungen habe ich ersehen, daß die russische Delegation keinerlei Hindernisse für die Teilnahme der genannten Herren an den Friedensverhandlungen erblickt und sie entsprechend dem von ihnen geäußerten Wunsche mit in den Bestand der russischen Friedensdelegation aufnimmt.

Indem ich usw.“.

Das Auftauchen der neuen Ukrainer erscheint mir für uns nicht unvorteilhaft, weil es die Beschlüsse der Regierung in Kiev beeinflussen könnte. Ich möchte daher befürworten, in der Antwort an *Joffe* in keiner Weise gegen die Aufnahme der beiden Ukrainer in die russische Delegation Stellung zu nehmen und dadurch in Kiev Unsicherheit zu erwecken, wie weit wir uns mit den neuen Vertretern einzulassen gedenken. Andererseits dürfte es sich nicht empfehlen, sie ausdrücklich als Vertreter der Ukrainer anzuerkennen, damit wir uns das Spiel mit Kiev nicht verderben, sondern in jeder Beziehung freie Hand behalten.

Euerer Exzellenz wäre ich für telephonischen oder telegraphischen Bescheid dankbar; *Joffes* Schreiben und unsere Antwort dürften zu veröffentlichen sein.

Rosenberg.

239.

**22. 1. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Gesandten v. Rosenberg (Brest-Litowsk)**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Telegramm. Nr. 290. Bezugsvermerk: „Auf Telegramm 196¹⁾, 197“.²⁾

Mit der von Euer Hochwohlgeboren vorgeschlagenen Antwort an Herrn *Joffe* bin ich einverstanden.

Bussche.

¹⁾ Vgl. Nr. 237.

²⁾ Vgl. Nr. 238.

240.

**22. 1. 1918: Der Vorsitzende der russischen Delegation *Joffe* (Brest-Litowsk)
an Staatssekretär v. Kühlmann (Berlin)**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 198. Abgeg. Brest-Litowsk, 22. 1. 1918, angek. 22. 1. 1918, 10.40 vorm.

Herr *Joffe* hat soeben folgendes Schreiben übersandt:

„Staatssekretär v. Kühlmann, Vorsitzender der deutschen Friedensdelegation. Berlin. Auswärtiges Amt.

Der in den Zeitungen der Zentralmächte veröffentlichte offizielle Bericht über die letzte Plenarsitzung der Friedenskonferenz vorenthält die Abschlußerklärung des Volkskommissars *Trockij*, daß auch nach den zweiwöchentlichen Verhandlungen die Zentralmächte in allen entscheidenden Punkten an Forderungen festhalten, die zu den am 25. Dezember anerkannten Prinzipien¹⁾ in unüberbrückbarem Widerstand stehen. Die russische Delegation hat schon einmal gegen das

¹⁾ Vgl. Nr. 106, 111.

tendenziöse Kurzmachen der Berichte der Presse der Zentralmächte protestiert, und sie hat auf die Gefahr hingewiesen, die in dieser Desorientierung der öffentlichen Meinung liegt. Die Presseäußerungen über die jetzige Lage beweisen, daß die Vorenthaltung wichtiger Erklärungen die öffentliche Meinung vollkommen irreführt. Wir halten es für unsere Pflicht, dagegen nochmals Protest zu erheben, und werden ihn in der russischen und ausländischen Presse veröffentlichen. Vorsitzender der russischen Friedensdelegation *Joffe*.“

Rosenberg.

241.

23. 1. 1918: Artikel der Kölnischen Zeitung — „Am Ende der Geduld“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

Der Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk hat manche Erscheinungen mit sich gebracht, die mit dem eigentlichen Zweck der Zusammenkunft in keiner Verbindung standen. Die russische Abordnung, an ihrer Spitze Herr *Trockij*, benutzte die Gelegenheit nicht so sehr zu fördernder Aussprache als zu Reden zum Fenster hinaus, die ihre Weltauffassung urbi et orbi darlegten. Man konnte glauben, den Redeübungen eines völkerrechtlichen Seminars beizuwohnen, wenn man nicht sagen will, daß es nur ein sogenannter Debattierklub gewesen sei. Mit vollster Schärfe mußte den Russen bedeutet werden, daß sie nicht die Gebärde des Siegers annehmen dürfen, ein Erfolg dieser Mahnung ist jedoch nur in sehr geringem Maß zu verspüren gewesen. Wir haben schon vor Wochen darauf hingewiesen, daß die Bolschewiken es überhaupt nur den vernichtenden Schlägen unseres guten Schwertes verdanken, daß die Macht des zaristischen Absolutismus zusammenbrach, und ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, sich ans Ruder zu bringen. Ihre eigene Kraft hätte sie nicht dazu befähigt. Wenn sie die Massen im Heer und Volk hinter sich sehen wollten, mußten sie diesen etwas geben, und das war der Friede. Denn darüber konnte kein Zweifel mehr bestehen, die Soldaten an der Front wie die Heimat wollten dem Blutvergießen ein Ende gesetzt wissen, weil sie sich keinen Erfolg von weiteren Kämpfen versprachen. Die logische Folge wäre gewesen, daß die Bolschewiken ihre ganze Arbeit dafür eingesetzt hätten, zum Frieden zu gelangen. Ohne Verständigung mit den siegreichen Mittelmächten konnte dies Ziel nicht erreicht werden, und statt dessen hörte man, als der Wunsch nach Friedensverhandlungen von den Mittelmächten erfüllt war, nichts von ernsthaften Erörterungen, sondern nur von theoretischen Weltbeglückungsträumen. Tag auf Tag verging, ohne daß wirkliche Fortschritte gemacht wurden, und wenn *Trockijs* Deklamationen gründlich widerlegt waren, zeigte sich sein Vorrat an Haarspaltereien keineswegs erschöpft. Er wettete gegen die Vergewaltigung der Völker der von uns besetzten russischen Gebiete und übte gleichzeitig im Innern mit der größten Rücksichtslosigkeit eine Herrschaft aus, die auch nicht im entferntesten gewillt war, andere Ansichten überhaupt zu Worte kommen zu lassen. Er gab sich wie ein Weltbezwinger nach dem Muster des ersten *Napoleons*.

Im schroffsten Widerspruch zu diesen Kathedervorträgen mit praktischer Anwendung des Gegenteils stand nun die Verfassung, in welcher sich das russische Heer im Machtbereich der Bolschewiken, d. h. im Raum von der Ostsee bis nach der Gegend von Rovno befand. Die Friedenssehnsucht nahm immer stärkere Gestalt an. Nicht nur die alten Jahrgänge wurden entlassen, in einzelnen Frontteilen auch ein großer Teil der jüngeren, und überall kehrten Tausende von einzelnen Soldaten der Front den Rücken, um nach Hause zu ziehen. Bei der großen Aufteilung, die das Programm der Regierung darstellte, wollten vor allem die Bauern zugegen sein. Sie verließen die Stellungen, in denen das schwere Geschütz einfach ohne seine Bewachung stehen blieb, so daß jetzt etwa 200 Kilometer ganz ohne russische Truppen sind. Den Einfluß der Vorgesetzten hatten die Bolschewiken planmäßig untergraben, und von einer Führung kann keine Rede mehr sein. Vergebens haben Werber des Verbandes versucht, mit Geldspenden und landesüblichen Mitteln die Leute bei den Fahnen zu halten und ihnen die Überzeugung einzufloßen, daß sie weiterkämpfen müßten. Die englischen und französischen Offiziere fühlten sich ihres Lebens nicht mehr sicher und flüchteten zu den Rumänen, deren Gegensatz zu den Russen an verschiedenen Stellen sich in förmlichen Gefechten kundtat. Aus den Äußerungen der Soldaten ging hervor, daß die Haltung unserer Truppen auf sie den tiefsten Eindruck gemacht hat, und daß sie alles andere zu tun gedachten, nur nicht die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen.

Fällt damit der militärische Machtfaktor aus, so haben die letzten Wochen immer deutlichere Zeichen des politischen Zersetzungsprozesses gezeigt. Die Selbständigkeit der Ukrainer mußte von den Bolschewiken anerkannt werden, indem sie in das Erscheinen und Verhandeln von Vertretern der Ukraine willigten. Finnland ist tatsächlich ebenfalls losgelöst, *Kaledin* mit seinen Kosaken ein offener Feind; auf Sibirien und den Kaukasus rechnen, dürfte ein schwerer Fehler sein, und im eigenen Bereich muß der Widerstand der übrigen Parteien gewaltsam niedergehalten werden. Das Schicksal der Verfassungsgebenden Versammlung in Petersburg läßt keinen Zweifel mehr darüber, daß die Bolschewiken sich als Konvent fühlen und durchsetzen wollen. Ihre bewaffnete Macht ist zusammengesetzt aus der Roten Garde und der von jeher revolutionär durchseuchten Flotte, besonders den Marineteilen der Ostsee. Sie ermöglichen ihnen die Sprengung der Verfassungsgebenden Versammlung. Aber auf einen kleinen Raum erstreckt sich doch nur die wirkliche überlegene Macht der Bolschewiken. Je weiter sie sich von Petersburg entfernen, desto stärker werden die ihnen feindlichen Strömungen, die vorläufig noch nicht einheitlich zusammengefaßt sind. Mißlingt die Friedensarbeit in Brest-Litowsk, so ist den Bolschewiken das stärkste Werbemittel entzogen, ohne daß jemand anders daran die Schuld trägt als sie selbst. Die klugen, wenn auch doktrinär verrannten Männer, die an der Spitze der Maximalisten stehen, müssen bei Verhältnissen, wie sie vorliegen, ihre Hoffnungen auf irgendeinen anderen Faktor gesetzt haben, und man dürfte sich nicht täuschen, wenn man ihn in falschen Vorstellungen von den inneren Zuständen Deutschlands und Österreich-Ungarns sucht. Die Russen drängten auf Öffentlichkeit der Verhandlungen nicht so sehr, weil sie die Geheimdiplomatie

grundsätzlich zu bekämpfen behaupten, als weil sie davon eine Wirkung auf die internationale Arbeiterschaft erwarteten. Darin lag der Grund für die Reden zum Fenster hinaus, mit denen sie den tätigen Anteil ihrer angeblichen Gesinnungsgenossen in den Zentralreichen zu erzielen hofften. Die Enttäuschung kam bald, der Aufstand in einzelnen großen Städten Österreich-Ungarns brach nach kurzer Dauer zusammen, und keine der Erwartungen, die man daran geknüpft hatte, ging in Erfüllung. Militärisch machtlos, ohne die erhoffte Unterstützung bei den Gesinnungsgenossen in den Kaiserreichen, haben die Bolschewiken es in der Hand, ob sie sich im eigenen Land durch schnellen Abschluß des Friedens neue Stützen für ihre bedrohte Herrschaft sichern wollen. Dazu gehört allerdings eine völlige Änderung in dem Verhandlungsverfahren, das sie bisher beliebten. Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die zeitverbrauchenden Quertreibereien erschöpft¹⁾, wir haben es nicht nötig, lange Programmreden zu lesen. Wollen die Bolschewiken sich nicht davon überzeugen, daß tatsächliche Arbeit ihnen am meisten dient, so müssen sie die Folgen tragen. Das mögen sie sich überlegen.²⁾

- ¹⁾ „Quertreibereien erschöpft“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu rechts und links am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „meine auch!“
- ²⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Mit der Ukraine Frieden und Bündnis gegen die Bolschewiken und dann in Petersburg Ordnung gemacht und russ[ische] Eisenbahnen in die Hand! In Petersburg erwartet man uns sehnsüchtig, um wieder Ordnung durch uns zu erhalten“.

242.

23. I. 1918: Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt

Österreich. Nr. 70, Bd. 52. Telegramm. Nr. 67. Abgeg. Wien, 23. I. 1918, 4.20 nachm., angek. 23. I. 1918, 5.20 nachm. Überschrift: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 66“.¹⁾

Einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Stimmung hier [und]²⁾ in Ungarn hat die Erklärung des Generals *Hoffmann*³⁾ ausgeübt, der eine Bedeutung beige-

¹⁾ Telegramm des deutschen Botschafters in Wien *Graf v. Wedel* an das Auswärtige Amt v. 23. I. 1918 mit der folgenden Mitteilung: „Die jüngste Streikbewegung, der sich in Österreich allein etwa 600 000 Arbeiter angeschlossen hatten, ist der größte und ernsteste Ausstand, den man hier erlebt hat. Die äußere Veranlassung war die Kürzung der Mehlquote um die Hälfte, die von der Bevölkerung als unberechtigt und unbegründet empfunden wurde . . . Die eigentliche Ursache der Streiks, wie immer mehr zutage trat, war aber politischer Natur und bestand in einer wachsenden Enttäuschung über die Friedensaussichten. Einen großen Teil der Schuld daran trägt die hiesige Presse, die seit fast einem Jahr sich in optimistischen Äußerungen über den Frieden ergeht und auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk anfangs in rosigstem Lichte erscheinen ließ, als sei Friede in kürzester Zeit zu erwarten. Danach trug der schleppende Gang der Verhandlungen und die scharfen Auseinandersetzungen zu der wachsenden Erregung bei . . . Wie aus den bei den Ansammlungen und in den Versammlungen ausgestoßenen Rufen hervorgeht, trug sie teilweise einen stark antideutschen Charakter, da die Meinung weit verbreitet ist, daß nur die deutschen Bestrebungen den Frieden verhindern . . .“ — Pol. Archiv; Österreich Nr. 70, Bd. 52, Allgemeines.

²⁾ Im Or. „mit uns“.

³⁾ Vgl. Nr. 187.

messen wird, die ihr nicht annähernd zukommt, und die bis in die höchsten Kreise hinein Erregung hervorgerufen hat. Der Grund liegt darin, daß geglaubt wird, auch die Westmächte würden die Verhandlungen schon begonnen haben, wenn sie nicht immer wieder über scharfe Töne aus Deutschland erschreckten und diese außerdem zur Propaganda für Erhaltung des Kriegswillens ausgenutzt würden. Man sucht diese Schlüsse aus feindlichen Reden und Zeitungen, die man hier nicht für Bluff, sondern für Wiedergabe der wirklichen Überzeugung hält.⁴⁾ Wenn auch Hoffnung zur allmählichen Überwindung der Streikbewegung vorhanden ist, so bleibt die Lage nach dem Urteil aller politischen Kreise, auch derjenigen, die wie Fürst *Fürstenberg* von Ängstlichkeit und Nervosität frei sind, sehr ernst, da latente Opposition und der Wille bestehen bleibt, durch Druckmittel den Frieden zu erzwingen. Die breiten Schichten der deutsch-österreichischen Bevölkerung sehen darin keine Untreue gegen den Staat, weil sie eine Gefahr für Österreich-Ungarn nicht mehr erkennen, während slavische Nationalitäten eine Zertrümmerung der Monarchie anstreben und direkt auf Revolution abzielen.

Aufklärung deutscher Massen sehr schwierig, zumal sozialistische Führer es nicht wagen, sich in Arbeiterkreise zu begeben.

Spitzen der Regierung sind aber entschlossen, durchzuhalten und Maßregeln zu ergreifen, um im Falle Wiederholung besser vorbereitet zu sein. Dieses Mal traf sie die Bewegung völlig unerwartet.

Wedel.

⁴⁾ Vgl. auch Nr. 200, 201.

243.

23. 1. 1918: Funksprüche Lenins und Trockijs

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 208. Abgeg. Brest-Litowsk, 23. 1. 1918, angek. 23. 1. 1918, 6.39 nachm.

Folgende Funksprüche wurden heute hier aufgefangen: 23. 1. 18 10.00 vorm.

1) An alle Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten, an das ganze Ausland. Vom Rate der Volkskommissare ist der Bürger *Georgij Vasilevič Čičerin* zum Gehilfen des Kommissars für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare: *Lenin (V. Uljanov)*.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten: *Trockij*.

2) An Alle und an das Ausland, die österreichisch-ungarische Regierung und die Friedensverhandlungen.

Die Staatsmänner Österreichs beruhigen die erregten Arbeiter mit der Versicherung, daß die Zentralmächte keineswegs Annexionen machen wollen, sondern einen demokratischen Frieden erstreben. Diese Mitteilung kann in Rußland das höchste Erstaunen hervorrufen. Die in Brest-Litowsk vorgeschlagenen Friedensbedingungen stellen die ungeheuerlichsten Annexionen dar.

Es handelt sich um die Besitzergreifung von Polen, Litauen, Kurland, von Riga, das von Livland abgetrennt ist, und von den Moonsund-Inseln, wobei diese letzteren in ein Gibraltar der Ostsee verwandelt werden sollen, um Rußland wirtschaftlich und politisch zu erdrosseln. Ein solches Programm aufzustellen und gleichzeitig von einem demokratischen Frieden zu sprechen, das übersteigt selbst die für Diplomaten zulässigen Grenzen der Heuchelei! Allerdings spielt die Regierung Österreich-Ungarns in dieser Politik eine mehr leidende als aktive Rolle; bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk hat sich die Rolle des österreichischen Vertreters darauf beschränkt, daß er sich untertänigst allen annexionsistischen Erklärungen des Generals *Hoffmann* und des Staatssekretärs *Kühlmann* anschloß. Das hindert aber die österreichischen Sozialpatrioten nicht, den österreichischen Arbeitern Märchen von den Verdiensten des *Grafen Czernin* um die Erreichung des Friedens aufzutischen. Glücklicherweise verlieren die österreichischen Arbeiter, ebenso wie die Arbeiter der anderen Länder, immer mehr den Glauben an dieses sozialpatriotische Märchen.

Schüler.

244.

23. I. 1918: Russische Funksprüche über deutsch-ukrainische Separatverhandlungen und angebliche Annexionspläne der Mittelmächte

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 211. Brest-Litowsk, 23. I. 1918, 10.00 nachm., angek. 23. I. 1918, 10.35 nachm.

In dem folgenden hier aufgefangenen Funkspruch ist wohl im wesentlichen die maximalistische Beweisführung zusammengefaßt, die den Wert des bevorstehenden Friedens mit der Ukraine durch Hinweis auf Schwäche der Rada herabzusetzen, zugleich bezüglich der Verhandlungen mit Bolschewiki sich darauf zu stützen sucht, daß die Völker Deutschlands und Österreichs über angebliche Annexionspolitik ihrer Regierungen im unklaren gehalten werden.

Text: 23. I. 18.

Die verbündeten Gesandtschaften und Missionen haben mit allen Mitteln die ukrainische Rada gegen die Ratsmacht unterstützt. Es gab in Kiev und am Don keine Intrigen und Verschwörungen, an denen nicht die diplomatischen und militärischen Agenten der Verbündeten beteiligt gewesen wären. Die Kiever Rada benutzte die Dienste der Ententeländer dazu, um bei der ersten Möglichkeit heimliche Verhandlungen mit Österreich-Deutschland anzufangen. Es stellte sich heraus, daß die verbündeten Verschwörer danach betrogen und verraten waren, nachdem sie die Rada die Kunst des Betrügens und des Verrates gelehrt hatten. Dagegen haben die deutschen Imperialisten sich verrechnet. Sie strebten danach, mit der Rada einig zu werden, um die Hände gegen Rußland frei zu bekommen, aber der Rada gelang es inzwischen, sich vollständig mit ihrer verräterischen Bourgeoisie-Politik zugrunde zu richten. In der Ukraine entstand eine Ratsmacht, die immer mehr Herrin der Lage wird. Ekaterinoslav, Charkov, Poltava, Cernigov, Odessa, Nikolaev, Rostov und eine Reihe anderer Zentren

des Südens befinden sich in den Händen der Ratsmacht. In Kiev selbst tritt die ukrainische Garnison immer energischer gegen die Rada auf. Somit wird im Zeitpunkte des Unterschreibens des Friedensvertrages zwischen den Zentralmächten und der Rada als einzige Basis der Regierung des Herrn *Vinničenko*¹⁾ Brest-Litowsk übrig bleiben.

23. Januar 1918.

An Alle. Die Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns sind betrogen. Das Spiel, das die Regierungen der zentralen Kaiserreiche gegenüber ihren eigenen Völkern spielen, erscheint vollständig unwahrscheinlich. Die Annexionisten haben genügende Macht, um die wankelmütigen Diplomaten der Schule *Hertling—Kühlmann* ihrem Willen gefügig zu machen. Aber die Regierung, die den Willen der Annexionisten geschaffen hat, hat schon nicht mehr den Mut, dem Volke das eigene Programm zu zeigen. Herr *Kühlmann* hat erklärt, daß die Zentralmächte die besetzten Gebiete vor dem Abschluß des allgemeinen Friedens militärisch nicht räumen werden. Hieraus zog die ganze Welt und vor allem das deutsche Volk die Schlußfolgerung, daß nach Abschluß des allgemeinen Friedens Deutschland und Österreich gewillt sind, Polen, Litauen, Kurland, Riga und die Inseln zu räumen. Tatsächlich ist es aber anders. Die österreichisch-deutsche Abordnung lehnte es ab, irgend welche Verpflichtungen bezüglich der Räumung der besetzten Gebiete einzugehen. Es handelt sich also um eine unglaubliche Annexion. Dies wurde in Brest-Litowsk mit voller Klarheit festgestellt, das weiß jetzt die ganze Welt, mit Ausnahme der Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns. Ihnen ist der wichtigste Teil der Verhandlungen verheimlicht worden. Die deutsche Regierung wagt es nicht, ihren Völkern die Forderungen mitzuteilen, welche sie in Brest-Litowsk Rußland gestellt hat. Die Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns sind von ihren Regierungen vor der ganzen Welt betrogen worden.

Schüler.

¹⁾ Vgl. oben S. 141, Anm. 3.

245.

24. 1. 1918: Das Petersburger Telegrammbüro über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Legationsrat Riezler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 155. Abgeg. Stockholm, 24. 1. 1918, 6.20 nachm., angek. 24. 1. 1918, 11.59 nachm.

Petersburger Telegrammbüro verbreitet folgende Auslassung:

„Allgemeine Meinung des revolutionären Rußland hat eine klare Auffassung des bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk herrschenden Geistes. Das Ziel des deutschen Imperialismus offenbarte sich in positiver Klarheit. Es handelt sich um die Annexion fast aller der Gebiete, welche zur Zeit von den österreichischen und deutschen Truppen besetzt sind. Die Deutschen verweigern eine jede Garantie für die Ausräumung Polens, Litauens, Rigas und der Inseln. Unter solchen Verhältnissen erscheint das Wort ‚freies Selbstbestimmungsrecht‘ wie

ein Hohn gegen die deutschen und österreichischen Imperialisten, welche am 25. Dezember das Prinzip eines demokratischen Friedens anerkannten. Vor Augen dieselben Ziele wie die Herren *Wilson* und *Lloyd George* und andere Imperialisten, die ihre demokratischen Programme aufstellen, um damit die Menschheit unter die hohe Kontrolle der Großkapitalisten zu retten, unter dem Druck der deutschen Volksmassen, welche einen Frieden wünschen, sprach sich der deutsche Reichstag im Juli 1917 für einen Frieden ohne Annexionen aus. Der neue Reichskanzler *Hertling* erkannte dieses Programm an, wenigstens behauptete die offizielle Regierungslegende so. *Kühlmann* vertraute man die Aufgabe, die Verhandlungen im Programm ‚ohne Annexionen‘ zu führen, an. Wie vorauszunehmen [sic!] war, faßte er seine Aufgabe folgendermaßen auf, eine solche diplomatische Formel zu finden, welche entsprechend dem ‚Zeitgeist‘ die Annexionen unter einer demokratischen Verkleidung verbergen könnte. Alles dieses liegt in der Ordnung der Dinge und bedarf keiner näheren Erklärung. Ist es wirklich möglich, daß sie glaubten, mit Hilfe einiger bürokratischer Sophismen vor den Augen der gesamten Welt die Annexionen auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker transfigurieren zu können? Ist es möglich, daß *Kühlmann* so einfältig war? Gegenwärtig ist die gesamte deutsche Presse auf Grund des schreienden Gegensatzes zwischen den Prinzipien vom 25. Dezember¹⁾ und der entblößten Raublust in Bedrängnis. Eine Partei freut sich über das Aufgeben der Prinzipien, eine andere Partei klagt über die unmäßigen Forderungen; aber alle stellen den ungeheuren Gegensatz zwischen beiden fest. Rechnete *Kühlmann* damit, daß die russischen Delegierten diesen Widerspruch nicht merken würden? Aber es ist wenig glaubhaft, daß *Kühlmann* selbst den russischen Delegierten Vertrauen zu seinen preußischen Sophismen einzuimpfen glaubte. Im Gegenteil hatte er zu befürchten, daß diese Sophismen ins rechte Licht gestellt werden würden und daß die Forderungen der annexionistischen deutschen Behörden in ihrer ganzen schrecklichen Nacktheit den Völkern vor die Augen treten würden. Worauf hoffte *Kühlmann*? Denn es ist klar, daß er damit rechnete, daß die russischen Vertreter ihm helfen würden, den interessierten Völkern die wirkliche Bedeutung des Inhaltes des deutschen Friedensprogrammes zu verbergen. Der Friede ist eine unbedingte Notwendigkeit für Rußland, so ratiocinierten die deutschen Annexionisten, und folglich werden die russischen Vertreter dem Frieden eine solche Form zu geben versuchen, die die demokratische Würde des russischen Volkes nicht beeinträchtigen könnte. Mit dieser stummen Unterstützung rechnend, erkannte *Kühlmann* das Prinzip vom 25. Dezember an. Gerade diese Hauptvoraussetzung der deutschen Diplomatie war falsch. Die russische Delegation kam, um zu konstatieren, ob das deutsche Friedensprogramm wirklich und nicht verbal sei, und um den Völkern, welche einen ehrlichen Frieden wünschten, den wirklichen Inhalt dieses Programmes bekannt zu geben. Die Revolution kann in Betrügerei und Lügen nicht leben. In diesem Augenblick ist die russische Revolution nicht imstande, die Annexionisten zurückzuschlagen, aber sie wird sich nie so weit erniedrigen, Schwarz für Weiß anzusehen, und wird die brutalen Forderungen der Annexionisten nicht durch ein Feigenblatt der Demokratie schützen. Die Bedeutung der Verhandlungen in

¹⁾ Vgl. Nr. 106, 111.

Brest-Litowsk ist die, daß sie den deutschen Imperialismus der falschen Kleidungsstücke beraubte, die dieser augenblicklich aus der Kleiderkammer der Demokratie geliehen hatte, und daß sie den Annexionismus der Junker und Kapitalisten in dessen ganzer grausamer Wirklichkeit [entlarvt] hat. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk sind klar, man kann nichts mehr von den Verhandlungen verlangen.“

Riezler.

246.

24. 1. 1918: Artikel Kamenevs in der Ivestija

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Überschrift: „Auszug aus einem Telegramm aus Petersburg vom 24. 1. 1918 an Kriegsministerium, Berlin“. Vermerk am Schluß des Telegrammes: „Ergeht an III b Front, K M u. NO Obost. gez. Hasse Nr. 106“.

Ivestija bringen einen Artikel Kamenevs über die deutschen Friedensbedingungen und das Programm des revolutionären Proletariats in Rußland.

1. Die Ziele der russischen Friedenskommission:

a) Mit einer Tat, nicht wie bisher mit Worten, an die Lösung der Friedensfrage heranzugehen.

b) Die deutschen Friedensbedingungen klar festzustellen.

Beide Aufgaben erfüllt. Die Verhandlungen haben die ganze Welt „erschüttert“ und die Verbündeten zur Stellungnahme gezwungen. Die Arbeit der russischen Delegation in Brest wird von dem Proletariat der ganzen Welt weit mehr anerkannt als Besprechungen nach Art der Stockholmer Konferenz.

2. Die russischen Friedensbedingungen: Wir fordern die Räumung der besetzten Gebiete durch die deutschen Truppen nicht deshalb, weil wir das Recht Rußlands auf diese Gebiete anerkennen und die alten Grenzen des zaristischen Rußlands wieder herstellen wollen, sondern nur deswegen, weil diese Länder selbst über ihr Schicksal entscheiden sollen. Die offene Absage Deutschlands gibt einen mächtigen Anstoß für die Revolutionierung des deutschen Soldaten, der jetzt weiß, daß er nur für die Interessen der Kapitalisten kämpft.

247.

25. 1. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Telegramm. Nr. 217. Abgeg. Brest-Litowsk, 25. 1. 1918, 4.50 nachm., angek. 25. 1. 1918, 5.50 nachm. Überschrift: „Ganz geheim. Für den Herrn Reichskanzler“.

Auf dem Eurer Exzellenz bekannten sicheren Wege erfahren wir:

1. Montag stattfand in Petersburg eine Sitzung der verantwortlichen Arbeiterdeputierten, wo über die Brester Friedensverhandlungen beraten wurde.¹⁾ Ein

¹⁾ Vgl. hierzu Lenins Stellungnahme (die Unterzeichnung des Friedens „auf jede Weise“ hinauszuzögern), Reden über Krieg und Frieden in der Sitzung des ZK der SDAPR (B) 24. (11.) Januar 1918. Protokollarische Aufzeichnungen. Lenin, Sämtliche Werke, XXII, S. 200—203; über das Ergebnis der Verhandlungen ebenda, S. 674 f.

Teil der Deputierten war für die Annahme der deutschen Bedingungen, ein Teil für den Revolutionskrieg. Als dann später die Nachricht über die Streiks in Österreich eintraf, schlug die Stimmung zu Gunsten der kriegerischen Richtung um.

2. Die Verpflegungsverhältnisse in Petersburg sind sehr schlecht. Vorräte sind nur für wenige Tage vorhanden, „mehrere Waggon Mehl“ sollen unterwegs sein.

3. Die hiesigen Russen sind fest überzeugt, daß die innere Entwicklung in Deutschland und Österreich-Ungarn ihnen zu Hilfe kommen wird. Dem Streik in Österreich und der Bewegung der Tschechen wird große Bedeutung beigegeben. Das Verbot des *Vorwärts* und des *Berliner Tageblattes* sowie die Erklärungen *Eberts* und *Scheidemanns* im Hauptausschuß²⁾ werden hoffnungsfroh kommentiert. Die Russen stehen unter dem Eindruck, daß man in Berlin „den Kopf verloren habe und die Hände der deutschen Regierung gebunden seien“.

4. Die Russen sind sich über die Desorganisation und Kampfunfähigkeit ihrer Armeen völlig im klaren, rechnen aber für den Fall des Abbruches der Verhandlungen auf Unruhen bei uns und in Österreich, die auch unsere Stoßkraft lähmen würden. Eventuell wollen die Russen Truppen ins Innere des Landes zurückziehen und hinter sich alles rücksichtslos zerstören. Über die Frage, ob sich die maximalistische Regierung in einem solchen Falle halten könnte, herrschen verschiedene Meinungen. *Joffe* bejaht die Frage im Vertrauen auf die neue Gefolgschaft der Arbeiter.

5. *Trockij* hat für die während seiner Abwesenheit zu führenden Kommissionsverhandlungen genaue Direktiven zurückgelassen. Die russischen Delegierten sollen den Eindruck vermeiden, daß sie nicht nach einer Einigung streben. Die Besprechungen sollen so geführt werden, „als ob die Russen auf den Frieden ausgehen“. *Kamenev* meinte hierzu, die Deutschen werden den höchsten Trumpf in der Hand haben, wenn sie sagen könnten, daß die Russen den Frieden gar nicht haben wollten.

Rosenberg.

¹⁾ Hauptausschuß, Haushaltsausschuß (Budgetkommission) des deutschen Reichstages.

248.

25. 1. 1918: Rede des Grafen Czernin im österreichischen Abgeordnetenhaus

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Botschafter Graf v. Wedel an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 79. Abgeg. Wien, 25. 1. 1918, 5.00 nachm., angek. 25. 1. 1918, 6.03 nachm.

In heutiger Sitzung¹⁾ hat *Graf Czernin* wieder das Wort ergriffen und folgendes geantwortet²⁾:

¹⁾ der österreichischen Delegation.

²⁾ Vgl. hierzu den Text der Rede *Czernins* vom 25. 1. 1918 bei Schultheß, 34. Jg. 1918, II, S. 10 f.: „Das Verhältnis des von mir ungemein hochgeschätzten und als General ganz zweifellos hervorragenden Herrn zu mir läßt sich ungefähr so präzisieren, daß weder ich ihm, noch er mir vorschreiben kann, was wir sprechen. Gegen seine Rede zu polemisieren hätte ich völlig unrichtig gefunden, denn die ganze Rede entfesselte einen Sturm im Wasserglase. In

„Gegen die Rede des Generals *Hoffmann* zu polemisieren, hätte ich vollständig unrichtig gefunden. Als ich in Brest von der Aufregung gehört habe, welche diese Rede hervorgerufen hat, habe ich darüber aufrichtig gesagt herzlich gelacht. Dort hat sich kein Mensch darüber aufgeregt, auch nicht Herr *Trockij*, der gestern von Herrn Dr. *Ellenbogen*³⁾ mit Nachsicht der Taxe in den Adelsstand erhoben worden ist. Also Herr von *Trockij* hat dem General geantwortet, wenn er ihm sage, daß Rußland von den Deutschen besetzt ist, so gebe er darauf die Antwort, daß der Kaukasus und die Türkei von den Russen besetzt seien. Das eine sei das andere wert. Er habe trotzdem einige tadelnde Bemerkungen vorgebracht, denen, wie ich glaube, doch gewisse mißverständliche Auffassungen zu Grunde liegen. Auf diese Punkte möchte ich zurückkommen. Der Herr Delegierte und, wie ich glaube, ebenso auch der Herr Delegierte Dr. *Ellenbogen*, haben die Rede des Herrn Generals *Hoffmann* zur Sprache gebracht. Die Herren haben mir, wenn ich sie richtig verstanden habe, den Vorwurf gemacht, diese Rede nicht verhindert zu haben, oder wenn ich sie [nicht] hätte verhindern können, nicht gegen sie aufgetreten sei. Ich darf darauf erwidern, daß das Verhältnis des von mir wirklich ganz ungemein hochgeschätzten und als General ganz zweifellos hervorragenden Herrn zu mir sich ungefähr präzisieren läßt, daß weder ich ihm, noch er mir vorschreiben kann, was wir sprechen. Der Herr General hat mich nicht gefragt, und ich habe ihn nicht gefragt; ich habe ihm auch nicht zu raten und zu sagen, ob das richtig ist oder nicht, was er sagen soll. An dieser Rede, man mag sie mehr oder weniger schön finden, sterben wird niemand daran, weder Herr *Trockij* noch General *Hoffmann*, noch der Friede. Ich füge dem hinzu, daß ich eigentlich gar nicht daran gedacht hatte, daß gerade die Herren in diesem Parlament so streng sind gegen starke Worte. Ich glaube, das Wiener Parlament bietet ein Beispiel, daß kräftige Worte möglich sind, ohne daß man daran stirbt. Denn wenn man daran sterben würde, dann würde es schon viele Leichen im Parlament geben.“

Die Rede ist zur Zeit noch nicht beendet.⁴⁾

Wedel.

Brest hat sich kein Mensch darüber aufgeregt, auch nicht *Trockij*, der darauf antwortete, wenn *Hoffmann* sage, daß Rußland von den Deutschen besetzt sei, so gebe er ihm darauf die Antwort, daß der Kaukasus und die Türkei von den Russen besetzt seien. Das eine sei des andern wert.“

³⁾ Sozialistischer Abgeordneter, Führer der österreichischen Sozialdemokratie.

⁴⁾ Schluß der Rede *Czernins* vgl. Schultheß, 34. Jg. 1918, II, S. 10 f.: „Was die internen Angelegenheiten Deutschlands anbelangen, so lehne ich eine Diskussion über dieses Thema ab. Ich mache nur auf einen großen Unterschied in der Kriegszielfrage aufmerksam, den ich bereits wiederholt hervorgehoben habe. Deutschland besteht nicht nur aus dem Deutschen Reich auf dem europäischen Kontinent, sondern dazu gehören noch seine großen Kolonien, die zurückzubekommen es das Recht hat. Sie gehören zu seinem Besitzstand, und es ist selbstverständlich, daß es die Pfänder, die es besitzt, nicht aus der Hand geben kann, bevor es nicht die Garantien erhält, daß es seinen Besitzstand wiederbekommt. Darin ist Deutschland in einer anderen Lage als wir. Wir haben das Glück, überall, außer in einem Teile Ostgaliziens, auf feindlichem Boden zu stehen. Wir brauchen die Faustpfänder in dieser Hinsicht weniger dringend.“ Hinsichtlich seiner Antwort an *Wilson* erklärte der Minister, er habe diese Rede nicht nur gehalten, damit sie der Ausschuß höre, sondern auch *Wilson*. *Wilson* habe hiervon bereits zur selben Stunde Kenntnis gehabt, wo er (*Cz.*) im Ausschuß gesprochen habe.“

25. 1. 1918: General Hoffmann an Generalfeldmarschall v. Hindenburg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 12. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 219. Abgeg. Brest-Litowsk, 25. 1. 1918, 5.55 nachm., angek. 25. 1. 1918, 7.30 nachm.

General Hoffmann telegraphiert an Chef des Generalstabes des Feldheeres¹⁾:

„Aus hier vorliegenden Nachrichten geht hervor, daß unter den bolschewistischen führenden Männern zwei Strömungen gegeneinander arbeiten: die eine für, die andere gegen einen Friedensschluß zu den Bedingungen der Mittelmächte.

Erstere Männer erkennen die Unmöglichkeit einer Fortsetzung des Krieges bei der Zerrüttung der russischen Armee und des öffentlichen Lebens. Letztere glauben, daß in Deutschland und Österreich-Ungarn die Arbeitermassen bei einem Abbruch der Verhandlungen eine Revolution herbeiführen werden. Diese letztere Strömung hat in letzter Zeit offenbar Oberwasser bekommen durch deutsche Zeitungs-Stimmen, die unausgesetzt einen Verständigungsfrieden mit Rußland predigen (vgl. *Vossische* vom 23. 1. Leitartikel, Morgenausgabe), durch die Angriffe der Linksblätter gegen „unsere Unterhändler“ in Brest und besonders durch die österreichischen Streiks mit den Zeitungskomentaren in der Links-Presse beider Länder.

Es ist völlig klar, daß es den bolschewistischen Führern lediglich auf internationale Revolutions-Propaganda ankommt. Das Schicksal Rußlands ist erst zweite Frage. Wenn sie hoffen, mit einem Abbruch der Verhandlungen der internationalen Revolution zu dienen, werden sie abbrechen, auch wenn wir zu einem völligen Verzicht-Frieden bereit wären. Wird ihnen diese Hoffnung genommen, dann werden sie Frieden schließen müssen, um sich in Rußland halten zu können. Deshalb ist die Haltung der Links-Presse für den Ausgang der Verhandlungen von fast ausschlaggebender Bedeutung. Der von Major Brinckmann²⁾ in Ferngesprächen mit Major Nicolai³⁾ wiederholt angeregte Presse-Feldzug gegen die Bolschewisten ist nicht in Gang gekommen. Wenn es gelänge, daß jede Zeitungs-Nummer der Links-Presse einen Artikel gegen die Bolschewisten brächte, würde dem Friedensschluß mehr gedient werden als durch irgendwelche anderen Mittel. Am meisten würde wirken ein Artikel im *Vorwärts* und im *Berliner Tageblatt*, daß die breiten Massen in Deutschland immer mehr zur Überzeugung gekommen sind: Bolschewiki-Regierung will keinen ehrlichen Frieden, zieht nur Verhandlungen in die Länge, macht Phrasen, reitet Prinzipien, die sie selbst nicht befolgt. *Trockijs* Auftreten und Auflösung der Konstituante der Beweis dafür. Deutscher Arbeiter will nicht in Deutschland ähnliche Zustände wie jetzt in Rußland. Allein die Tatsache, daß der genügend bekannte *Radek* in russischer Friedens-Abordnung sitzt, beweist deren Übelwollen.

Sehr erwünscht wären ferner Artikel der Links-Presse, die den russischen Vorwurf der Annexions-Politik abweisen und die anarchischen Zustände in

¹⁾ Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

²⁾ Friedrich Brinckmann, Major und Ia im Stabe Oberost; zu seiner Beurteilung vgl. Hoffmann, II, S. 155. Vgl. auch oben S. 129, Anm. 2.

³⁾ Walter Nicolai, Leiter der Abteilung Presse und innere Abwehr in der O.H.L.

Rußland unter der Bolschewiki-Regierung ausführlich schildern. Deutscher Soldat wird weiter kämpfen, wenn er erkennt, daß russischer Wille zu ehrlichem Frieden fehlt und nur Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse bezweckt wird. Alle Kundgebungen für Frieden schaden jetzt der Friedenssache und damit dem deutschen Arbeiter mehr als alles andere.“ —

Vorstehendes Telegramm scheint mir sowohl in der Beurteilung der Lage als hinsichtlich der Anregungen für die Presse beachtenswert.

Rosenberg.

250.

25. 1. 1918, nachm.: Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Telegramm. Nr. 218. Abgeg. Brest-Litowsk, 25. 1. 1918, 5.40 nachm., angek. 25. 1. 1918, 7.30 nachm.

Herr *Joffe* hat durch Vermittlung des *Grafen Czáky* an *Graf Czernin* ein Telegramm gerichtet, worin er bittet, ihm die Möglichkeit zu geben, während der Verhandlungspause für einige Tage nach Wien zu kommen, um dort mit den Vertretern der österreichischen Arbeiter zu verhandeln und so den für beide Teile gleich notwendigen demokratischen Frieden herbeizuführen. Die russische Delegation beklage ebenso wie *Victor Adler*¹⁾ das Fehlen von Volksvertretern bei den Brester Verhandlungen und habe den Eindruck, daß die österreichischen Genossen nicht genügend über den Gang der Verhandlungen unterrichtet seien. *Graf Czernin* hat den Antrag ablehnen lassen.

Natürlich kam es *Joffe* nur darauf an, neues demagogisches Agitationsmaterial in die Hand zu bekommen.

Rosenberg.

¹⁾ *Victor Adler* (1852—1918), österreichischer Sozialist, Begründer der *Arbeiterzeitung* und deren Hauptschriftleiter bis 1918.

251.

25. 1. 1918, nachm.: Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Telegramm. Nr. 221. Abgeg. Brest-Litowsk, 25. 1. 1918, 6.45 nachm., angek. 25. 1. 1918, 7.30 nachm. Überschrift: „Auf Nr. 308“¹⁾)

Persönlich würde ich keine Bedenken sehen, wenn gelegentlich die Judenfrage bei der russischen Delegation zur Sprache gebracht würde. Die Russen werden

¹⁾ Telegramm des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes *Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen* an den Gesandten v. *Rosenberg* v. 25. 1. 1918: „Von hervorragender jüdischer Seite ... ist hier der Vorschlag gemacht worden, bei den Friedensverhandlungen mit Rußland Zusicherungen in bezug auf die Behandlung der Juden in Rußland zu erlangen. Wegen des Eindrucks, den das Anschneiden dieser für uns auch in handelspolitischer Beziehung wichtigen Frage auf die ganze Judenheit machen würde, erscheint dieser Vorschlag sehr beachtenswert. Erbitte Äußerung“. Pol. Archiv. Der Weltkrieg 14 a. Verwaltung russ. Gebiete. Vom 1. Januar 1918 bis 31. März 1918.

voraussichtlich erwidern, daß das neue Regime keine Unterschiede kenne und die freiheitlichen Grundsätze der Maximalisten die Juden gegen jede schlechte Behandlung sicherstellten. Auf Abmachungen mit uns dürften sie sich nicht einlassen. Dagegen dürfte für den Eindruck auf die Judenheit schon die Anregung unsererseits genügen, falls sie in den Stenogrammen und Sitzungsberichten für die Presse sichtbar wird. Hierzu ist erforderlich, daß die Frage nicht in vertraulichen Gesprächen sondern in öffentlicher Sitzung angeschnitten wird. Ich werde die Angelegenheit im Auge behalten und dem Herrn Staatssekretär nach seiner Rückkehr hierher Meldung erstatten.

Rosenberg.

252.

25. 1. 1918, abends: Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Telegramm. Nr. 220. Abgeg. Brest-Litowsk, 25. 1. 1918, 10.45 nachm., angek. 25. 1. 1918, 11.05 nachm. Überschrift: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 217¹⁾ und Nr. 219“.²⁾)

Die Erfahrungen unserer Vertreter in der Wirtschafts- und in der Rechtskommission scheinen mir zu bestätigen, daß die russischen Delegierten sich nach den mit Telegramm Nr. 217 gemeldeten Direktiven *Trockijs* richten. Es wird viel hin und her geredet, wobei die Prinzipien einen breiten Raum einnehmen. In Nebenpunkten geben die Russen nach, um guten Willen zu markieren, alle wichtigeren Fragen werden künstlich offen gehalten, so daß alles in allem bisher die praktischen Fortschritte gering sind. Drohen die Verhandlungen ein zu schnelles Tempo anzunehmen, so beantragen die Russen unter irgendeinem Vorwand Vertagung bereits anberaumter Sitzungen (Herr Direktor *Kriege* ist anderer Meinung und hält die bisher erzielten Ergebnisse für ziemlich beträchtlich).

Immerhin bestärkt sich bei uns der Eindruck, daß es den Russen weniger um den Frieden als um die Revolutionierung bei Freund und Feind zu tun ist. Selbstverständlich würden sie den Frieden mitnehmen, wenn er auf der von ihnen vorgeschlagenen Basis zu erreichen wäre. Selbst dann aber würden sie ihn nicht in erster Linie um des Friedens willen schließen, sondern um ihrer Anhängerschaft und der Welt den Beweis zu liefern, daß die maximalistischen Ideen des revolutionären Rußlands über den Imperialismus der kapitalistischen Mittelmächte triumphiert haben. Tatsache und Inhalt des Friedens würde ihnen als revolutionäres Propagandamittel dienen.

Den Frieden, den wir wollen, werden uns die Maximalisten freilich nicht konzederieren. Ebenso wenig denken sie daran, das Odium des Abbruches auf sich zu nehmen. Sie werden die Verhandlungen weiter hinzuziehen suchen und jede

¹⁾ Vgl. Nr. 247.

²⁾ Vgl. Nr. 249.

Gelegenheit benutzen, um revolutionäre Reden zu halten und unsere Gegen-erklärungen demagogisch auszuschlachten. Dies alles in der Hoffnung, daß die Völker bei uns und unseren Bundesgenossen schließlich die Geduld verlieren und sich gegen ihre unfähigen Regierungen und gegen die herrschenden annexionistischen Klassen erheben werden.

Ich glaube hiernach nicht, daß wir ohne Ultimatum durchkommen. Der Erfolg des Ultimatums wird davon abhängen, wie sich in den nächsten 8 Tagen in Deutschland und Österreich-Ungarn die Arbeiter und die Sozialisten und die öffentliche Meinung benehmen. Das Ultimatum wird angenommen oder abgelehnt werden, je nachdem die Russen aus dem Verhalten der Arbeiter, aus Äußerungen der Parlamentarier und aus der Presse den Eindruck gewinnen, daß die Völker bei Kündigung des Waffenstillstandes und Wiederaufnahme der Feindseligkeiten den Regierungen Gefolgschaft leisten oder verweigern werden.

Dringend erwünscht wäre, wenn sich die genannten Faktoren der entscheidenden Bedeutung der nächsten Woche sowie ihrer eigenen schweren Verantwortung bewußt würden und ihr Verhalten danach einrichteten. In der Presse und im Parlament sollte die Verschleppungstaktik der Russen, der Gegensatz zwischen ihren Reden und Taten, die Trostlosigkeit, Willkür und Unsicherheit der inneren Zustände Rußlands immer wieder nachdrücklich beleuchtet werden. Der Landesrat in Litauen sei immer noch mehr zur Vertretung Litauens befugt als die Bolschewiki berechtigt seien, für Rußland zu sprechen. Daneben sollte namentlich von der Linkspresse betont werden, daß das deutsche Volk nicht gesonnen sei, sich an der Nase herumführen zu lassen, daß seine Unterhändler in Brest Geduld und Entgegenkommen bis zur äußersten Grenze des Vertretbaren bewiesen und daß die Russen die Verantwortung und die Folgen zu tragen hätten, wenn es trotz alledem nicht zur Einigung kommt.

Rosenberg.

253.

25. 1. 1918: Chef des Admiralstabes an Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Kopf des Schreibens: „Der Chef des Admiralstabes der Marine. 2276 B II“. Überschrift: „Ganz geheim! Ohne Anschreiben“.

Erfahre soeben aus zuverlässiger Quelle:

1. England hat von Archangelsk aus die Besetzung der Murman-Küste verfügt, um dort deutsche Handelsaufsicht zu vereiteln. Russische Regierung hat Forderung auf Räumung gestellt und soll mit Waffengewalt gedroht haben.
2. Schlimme Vorgänge in letzter Zeit haben im Zentralkomitee Unsicherheit verursacht. Die Ansichten sollen geteilt sein, *Trockij* soll vom Komitee Erteilung von Anweisungen an ihn für baldigen Abschluß eines Friedens um jeden Preis durchgesetzt haben.

Keyserlingk.¹⁾

¹⁾ Konteradmiral *Walter Frhr. v. Keyserlingk*, Chef der Operationsabteilung des Admiralstabes.

254.

26. 1. 1918: Aktennotiz über die Denkschrift v. Hindenburgs vom 7. 1. 1918
und die Stellungnahme v. Hertlings

Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 13. Überschrift: „Allgemeine Notiz zu AS 348 pr. 26. Januar 1918“. Am Schluß Vermerk: „Urschriftlich in den Akten Deutschland 107“. ¹⁾

Denkschrift des Generalfeldmarschalls v. *Hindenburg* vom 7. Januar 1918 für S. M. über die allgemeine politische Lage und die Kriegsziele ²⁾ gibt dem Reichskanzler Veranlassung, in einer Antwort-Denkschrift an S. M. seine verfassungsrechtliche Stellung gegenüber der Obersten Heeresleitung zu wahren und die Politik des Auswärtigen Amtes bei Lösung der Kriegsziele und bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk zu verteidigen. ³⁾

- ¹⁾ Immediatbericht zu der Denkschrift des Generalfeldmarschalls v. *Hindenburg* über seine Verantwortlichkeit hinsichtlich der deutschen Forderungen beim Friedensschluß. — Pol. Archiv Deutschland 107, und Rußland, Pol. 1.
- ²⁾ Abdruck der Denkschrift *Hindenburgs* vom 7. 1. 1918 in: Urkunden der O.H.L. S. 452 ff., und WUA, Vierte Reihe, 2. Bd., Gutachten des Sachverständigen Oberst a. D. *Schwertfeger*, S. 123 ff., u. neuerdings in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 254 ff.
- ³⁾ Abdruck der von *Kühlmann* entworfenen Antwort-Denkschrift des Reichskanzlers Grafen v. *Hertling* vom 12. 1. 1918, deren Argumente sich der Kaiser bei seiner Entscheidung zu eigen machte, in: Urkunden der O.H.L. S. 455 f. und *Kühlmann* S. 539 ff. — Dazu Antwort *Hindenburgs* vom 14. 1. 1918, Stellungnahme Kaiser *Wilhelms II.* mit „Anlage zum Schreiben Seiner Majestät“, „Aktenvermerk zu den obigen Ausführungen“ und „Anlage zur Denkschrift des Reichskanzlers über Verantwortlichkeit“, in: Urkunden der O.H.L. S. 456—468; dazu *Ludendorff*, Kriegserinnerungen S. 439 f., und WUA, Vierte Reihe, 8. Bd., S. 265 ff.

255.

26. 1. 1918: General Ludendorff an Legationssekretär Frhr. v. Lersner

Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 13. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 144. Abgeg. Großes Hauptquartier, 26. 1. 1918, 9.55 vorm., angek. 26. 1. 1918, 12.32 nachm. Überschrift: „Bemerkung für Zentralbüro: Bitte Nachstehendes auch Herrn Direktor Deutelmöser vorlegen“.

General *Ludendorff* schreibt mir mit Bitte Euerer Exzellenz Kenntnis zu geben: Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, der 23. 1. zusammentrat, erteilte *Trockij* neue Vollmachten für Fortführung Brester Besprechungen. Nach *Pravda* wird *Trockij* 27. 1. Brest eintreffen. Er hat nach maximalistischen Pressestimmen geäußert, Brester Unterhandlungen würden kein anderes Resultat ergeben als das bisher erreichte. In Presse und Klartexten wird in schärfster, mitunter unverschämter Form Unterhandlungstaktik Delegierter der Zentralmächte und deutsche Berichterstattung herabgesetzt. *Pravda* meint: „Ohne Unterstützung durch revolutionäre Bewegung des Proletariats Europas werden wir schwer mit Imperialismus kämpfen können.“ Deutscher Annexionismus ist nach *Isvestija*

entlarvt; Arbeit russischer Friedensdelegation werde von Proletariat ganzer Welt mehr anerkannt als Besprechungen der Stockholmer Konferenz.¹⁾

Offene Absage der Forderung, besetztes Gebiet zu räumen, gebe „mächtigen Anstoß für Revolutionierung des deutschen Soldaten, der jetzt weiß, daß er nur für Interessen der Kapitalisten kämpft.“

Armija i Flot feiert Nachricht über revolutionäre Unruhen bei den Zentralmächten als Anfang internationaler Revolution. Brest habe Proletariat Augen geöffnet. Deutschland, England und übriges Europa werde Beispiel Österreich-Ungarns bald folgen. Krieg sei damit erledigt. „Arbeiter wissen jetzt, daß man mit *Czernin* und *Kühlmann* nur mit Gewehr in Hand sprechen darf.“ Maximalistenführer hat bei Eröffnung der Werbebüros für neu zu bildende sozialistische Garde erklärt, „vornehmste Aufgabe der Maximalisten sei nicht Friedensschluß, sondern Entfaltung der Weltrevolution. Friedensschluß müsse dazu Mittel, Weltrevolution Zweck sein.“

Dies beweist, daß es Maximalisten weniger darauf ankommt, Rußland Frieden zu geben, der für sie nur Mittel zum Zweck ist. Sie wollen vielmehr „Weltrevolution“ herbeiführen und scheuen vor keinem Mittel zurück. Verhetzung des Proletariats gegen Regierungen der Mittelmächte, Aufreizung der Soldaten zum Aufruhr lassen Gesinnung der Maximalisten deutlich erkennen. Auch unter unseren Kriegsgefangenen ist maximalistische Agitation sehr tätig. In Klartext „An Alle“ wird folgende „Resolution der Kriegsgefangenen österreich-ungarischer und deutscher Nationalität“ auf Versammlung vom 22. 1. verbreitet:

„Wir Kriegsgefangene protestieren, nachdem wir Bericht des Kameraden *Bushek* angehört haben, auf daß es alle Völker hören, gegen weitere Führung blutigen brudermordenden Weltschlachtens und geben einstimmig kund, daß es ausschließlich von Feinden arbeitenden Volkes, dem Kapital, geführt wird. Deshalb verlangen wir schnellste Beendigung dieses Schlachtens. Wir Kriegsgefangene begrüßen russische Arbeiter, Bauern und Soldaten als Vorhut der Weltrevolution, welche durch mächtigen Stoß sich gegen Allerweltfeind des arbeitenden Volkes erhoben und demokratischen gerechten Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grundlage Selbstbestimmungsrechtes der Völker ausgerufen haben; wir versprechen unsererseits vollste Unterstützung. Wir begrüßen demokratische Organe russischer Revolution in Gestalt der Sovets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernabgeordneten und Regierung der Volkskommissare. Es lebe russische Revolution! Es lebe demokratischer Frieden! Es lebe dritte Internationale! Es lebe internationale Solidarität der Arbeiter und Bauern!“

Nach Frontaussagen beabsichtigen Kadetten²⁾, „weiße Garde“ zu bilden. Unterhändler berichten über Abnahme Einflusses der Volkskommissare. Arbeiter hätten Unordnung satt. Unhaltbarkeit der Zustände werde allmählich sämtlichen Ständen klar. Hauptfordernis sei Friede nach außen.

Lersner.

¹⁾ Vgl. oben S. 89, Anm. 11; Hahlweg, Diktatfrieden S. 19 ff.

²⁾ Abkürzung für: Konstitutionelle Demokraten, vgl. auch oben S. 4, Anm. 16.

256.

26. 1. 1918: Änderungsvorschläge General Ludendorffs zu dem Entwurf eines deutschen Ultimatum

Rußland, Politisches Nr. 1, Bd. 13. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 226. Abgeg. Brest-Litowsk, 26. 1. 1918, 12.05 nachm., angek. 26. 1. 1918, 12.46 nachm. Vermerk: „Sehr dringend!“

General *Ludendorff*, dem General *Hoffmann* die hier ausgearbeitete Fassung für ein eventuelles Ultimatum an die Russen mitgeteilt hatte, antwortete dem General wie folgt:

„Zu I. Frage der Räumung.

Es fehlt der Zeitpunkt, wann Rußland aus Livland und Estland herauszugehen hat. Ich halte es hierzu für angebracht, in Ziffer 3 hinter ‚Zug um Zug‘ einzuschalten: ‚sowie Livland und Estland unverzüglich‘.

Zu II. Die Ziffern 4 und 5 sind überflüssig, da Ziffer 6 von einer Bestätigung durch eine auf breiter Grundlage anzugebende Willensäußerung der Bevölkerungen spricht. Im einzelnen bemerke ich: Zu Ziffer II, 4: Ich halte es für im hohen Maße bedenklich, die bisherige Willensäußerung der Bevölkerung Litauens und Kurlands als nicht unter völlig normalen Bedingungen erfolgt zu bezeichnen. Ebenso bedenklich ist die Bildung einer Kommission, in der russische und österreichisch-ungarische Vertreter sitzen.

Zu II, 5: Die Notwendigkeit, auch Truppen wegen der Sicherheit nach außen zurücklassen zu können, ist nicht ausgesprochen.

Ich schlage folgende Fassung des Ultimatum vor:

„I. Zur Frage der Räumung. Ziffern 1 und 2 unverändert. Ziffer 3. Voraussetzung für die Räumung ist, daß die russischen Truppen ihrerseits die von ihnen zur Zeit noch besetzt gehaltenen Gebiete der verbündeten Mächte Zug um Zug, sowie Livland und Estland unverzüglich räumen. Ziffer 4 unverändert.

Ziffer II. Zur Frage der Selbstbestimmung.

1. Die verbündeten Mächte haben den Bevölkerungen der von ihrem Heere besetzten Gebiete grundsätzlich das Recht zuerkannt, frei zu bestimmen, ob sie selbständige Staatswesen bilden wollen oder nicht.

2. Wie bisher Ziffer 3.3. Die verbündeten Mächte behalten sich vor, mit den staatlich organisierten Bevölkerungen der besetzten Gebiete, die sich für selbständig erklärt haben, diejenigen Verträge abzuschließen, die ihnen im gemeinsamen Interesse zu liegen scheinen. Sie sind aber damit einverstanden, daß diese Verträge später der Bestätigung durch eine auf breiter Grundlage abzugebende Willensäußerung der Bevölkerungen unterstellt werden.

Die Delegationen u.s.w. Wie bisher.“

Ich kann nur dringend befürworten, das Ultimatum den Russen nach ihrer Rückkehr unverzüglich vorzulegen, sobald sich herausstellt, daß sie ihre bisherige Verschleppungstaktik weiter zu verfolgen trachten. Der Herr Reichskanzler hat unserer Bitte, mit Rücksicht auf die militärischen Absichten im Westen, bald

klare Verhältnisse an der Ostfront zu schaffen, Unterstützung zugesagt. Die Russen werden das Ultimatum annehmen; dafür spricht auch die Meldung des Admirals *v. Keyserlingk*, daß *Trockij* vom Zentralkomitee die Erteilung von Weisungen an ihn für baldigen Abschluß eines Friedens um jeden Preis durchgesetzt habe, nachdem schlimme Vorgänge in letzter Zeit im Zentralkomitee Unsicherheit verursacht hätten.

Nr. 26823 P.“

Rosenberg.

257.

26. 1. 1918: Aufzeichnung Direktors Deutmoser über eine Besprechung mit dem Abg. Ebert

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Überschrift: „Aufzeichnung“. Eigenh. Niederschrift (Tinte) Deutmosers.

Auftragsgemäß habe ich heute mit dem Abgeordneten *Ebert*¹⁾ die Telegramme aus Brest-Litowsk Nr. 143²⁾ und Nr. 220³⁾ besprochen und daran die Frage geknüpft, ob nicht von sozialdemokratischer Seite schon während der Ausschußsitzung etwas im Sinne der beiden Telegramme geschehen könnte.

Herr *Ebert* zeigte sich dieser Anregung im Prinzip nicht abgeneigt. Er hob jedoch hervor, daß er sich eine wirklich durchgreifend wirkende Aktion nur denken könne, wenn seitens unserer Regierung erklärt werde, daß die Volkskundgebungen in den besetzten russischen Randstaaten schon jetzt auf eine breitere Grundlage gestellt werden sollten. Es sei sonst unmöglich, den deutschen Arbeitern die Überzeugung nahezubringen, daß die Bolschewisten tatsächlich im Unrecht seien. Dagegen würde die Arbeiterschaft sofort zu dieser Überzeugung gelangen, wenn die oben erwähnte Voraussetzung gegeben wäre; man könnte dann mit Recht erklären, daß der von uns anerkannte Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes auch ganz loyal zur Anwendung käme.

Sichere die Regierung dieses Verfahren zu, so sei für ihn kein Zweifel darüber möglich, daß die gesamte Arbeiterschaft geschlossen hinter der von uns verfolgten Politik stehen würde. Die Bolschewisten könnten dann tun, was sie wollten; selbst die Verhandlungen abbrechen. Die Sozialdemokratie würde in dem Bewußtsein, daß wir im vollen Rechte seien, fest zu unseren Bedingungen stehen.

Deutmoser.

¹⁾ *Friedrich Ebert* (1871—1925), seit 1913 Parteivorsitzender der SPD, ab 1916 Fraktionsvorsitzender der SPD neben *Scheidemann* und *Molkenbuhr*.

²⁾ Telegramm vom 20. 1. 1918: „Bericht über die ernste Lage der Balten in den besetzten Teilen Estlands und Livlands.“ Im Eingangs-Journal (offen) Notiz: „gelöscht auf IIIc 2602.“

³⁾ Vgl. Nr. 252.

258.

26. 1. 1918: Entwurf einer Resolution des Abg. Erzberger

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Randnotiz von der Hand des Staatssekretärs v. Kühlmann mit Bleistift: „z. d. A.“

Der¹⁾ Ausschuß wolle beschließen:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Der Reichstag billigt die Stellungnahme des Staatssekretärs Freiherr v. Kühlmann, des deutschen Friedensunterhändlers in Brest-Litowsk.
2. Der Reichstag, die nach dem freiesten und demokratischsten Wahlrecht der Welt berufene Volksvertretung, erkennt die in den okkupierten Gebieten während des Kriegszustandes geschaffenen Volksvertretungskörper in ihrer jetzigen oder, soweit es noch nicht geschehen ist, durch Einbeziehung sämtlicher Parteien zu verändernden Zusammensetzung als tatsächlichen vorläufigen Ausdruck des Volkswillens an.
3. Eine auf breiter demokratischer Grundlage nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gewählte Nationalversammlung in diesen Gebieten hat über sämtliche Maßnahmen der vorläufigen Volksvertretung endgültig zu entscheiden.²⁾

¹⁾ Das vorliegende Dokument ist offenbar ein im Auswärtigen Amt entstandener Entwurf.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch Kühlmann vor den Fraktionsführern am 23. 1. 1918 im Reichskanzlerpalais, Quellen I/II, S. 135 ff.

259.

26. 1. 1918: Gesandter von Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Telegramm. Nr. 231. Abgeg. Brest-Litowsk, 26. 1. 1918, angek. 26. 1. 1918, 12.00 nachm. Bezugsvermerk: „Auf Telegramm Nr. 319“.¹⁾

Herr *Levits'kij* sagte heute Herrn v. *Stockhammern*, die Delegierten aus Kiev würden Sonntag oder Montag abreisen und 2 bis 3 Tage später hier eintreffen. Alle politischen und wirtschaftlichen Fragen seien von einer Kommission in Kiev beraten worden. Die Delegierten kämen mit Vollmacht zurück.²⁾

¹⁾ Telegramm, Berlin, 25. 1. 1918: Sofortige Benachrichtigung erbeten, sowie etwas über die Rückkehr ukrainischer Rada-Vertreter nach Brest-Litowsk feststeht — Erwähnung von *Trockijs* Reiseplänen.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die Ausführungen im Telegramm des österreichischen Botschafters in Berlin, *Prinz Hohenlohe*, an *Graf Czernin* vom 27. 1. 1918: „. . . Herr v. Kühlmann hat ein Telegramm erhalten, wonach die ukrainischen Abgeordneten der Zentralrada nach Brest zurückkehren, erwartet sich daher den baldigsten Abschluß eines Friedens mit der Ukraine und knüpft hieran die Erwartung, daß auch Herr *Trockij* unter diesem Drucke seinerseits Frieden wird schließen müssen. Erfüllen sich diese vielleicht allzu optimistischen Auffassungen des Staatssekretärs, so wäre uns der Abschluß eines Separatfriedens erspart, in dem ich nicht umhin kann, eine schwere Gefahr zu erblicken . . .“ HHStA, P.A., Brester Kanzlei.

Aus Dünaburg verlautet, daß dort *Trockij* und Begleitung auf der Durchreise nach Brest morgen oder übermorgen erwartet würden. Herr *Joffe* versichert, *Trockij* werde bestimmt zu der verabredeten Sitzung am 29. Januar pünktlich erscheinen. Ich habe den Eindruck, daß er wirklich dieser Überzeugung ist. *Graf Czáky* teilt mir mit, daß *Graf Czernin*, wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt, morgen nachmittag abreisen und Montag nachmittag in Brest eintreffen wird.

Rosenberg.

260.

26. 1. 1918: Gesandter Graf v. Oberndorff (Sofia) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Telegramm. Nr. 40. Abgeg. Sofia, 26. 1. 1918, 11.40 nachm., angek. 27. 1. 1918, 2.55 vorm. Vermerk: „Streng vertraulich!“

Radoslawow bestätigte mir heute, daß *Popow* nicht nach Brest-Litowsk zurückkehre.¹⁾ Voraussichtlich werde er, *Radoslawow*, dafür nächster Tage hinfahren. König *Ferdinand* sei äußerst aufgebracht über die Haltung *Popows* und wünscht diesen sogar aus dem Ministerium zu entfernen.

Oberndorff.

¹⁾ Vgl. Nr. 234, 235.

261.

27. 1. 1918: Bericht des Legationssekretärs Dr. Meyer

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Überschrift: „G[ehorsame] A[nzeige]“. Hs.

Nach einer bei Oberost eingegangenen telegraphischen Meldung des Grafen *Keyserlingk* aus Petersburg¹⁾ vom 27ten hat Herr *Trockij* dort eine Rede gehalten, in der er ausführte, Rußland könne zwar nicht mehr kämpfen, aber einen deutschen Frieden werde er nicht unterschreiben.

Mey[er]. 21. 1.

¹⁾ *Frhr. v. Keyserlingk*, Angehöriger der deutschen Kommission in Petersburg. Von ihm liegen Berichte vor über russische Zustände: u. a. vom 21. 1. 1918; Militärpolitischer Bericht Nr. 7 vom 4. 2. 1918; Nr. 10 vom 9. 2. 1918; Nr. 11 vom 14. 2. 1918 (Zusammenfassender Bericht über die allgemeine Lage). Pol. Archiv, Rußland Nr. 61.

262.

28. 1. 1918: Entwurf einer Erklärung des Vierbundes zur Frage der Räumung und Selbstbestimmung der besetzten Gebiete

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Gesandter v. Rosenberg an Reichskanzler Graf v. Hertling. Überschrift: „Bericht Nr. 16. Im Anschluß an Telegramm Nr. 226.“¹⁾ 1 Anlage.

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei ein weiteres Exemplar des Entwurfes einer Erklärung der Verbündeten zur Frage der Räumung und der Selbstbestimmung der besetzten Gebiete zu übersenden.

Rosenberg.

¹⁾ Vgl. Nr. 256.

[Anlage:]

Die Delegationen der vier verbündeten Mächte haben die Erklärungen, die von der russischen Delegation gegenüber der deutschen und der österreichisch-ungarischen Delegation in den Fragen der Räumung der besetzten Gebiete und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker abgegeben worden sind, einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und sind zu der Überzeugung gelangt, daß es nunmehr an der Zeit ist, das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen in einer bestimmten, namens der verbündeten Mächte abgegebenen Erklärung zusammenzufassen. Sie geben daher der russischen Delegation davon Kenntnis, daß sie über nachstehende Punkte einig sind:

I. Zur Lage der Räumung.

1. Die verbündeten Mächte erklären sich der russischen Regierung gegenüber grundsätzlich bereit, die bestehenden russischen Gebiete zu räumen.
2. Als russische Gebiete in diesem Sinne gelten die zu dem bisherigen russischen Reiche gehörenden Gebiete, soweit deren Bevölkerungen nicht den Willen der Lostrennung von diesem Reiche bekundet haben.
3. Voraussetzung für die Räumung ist, daß die russischen Truppen ihrerseits die von ihnen zur Zeit noch besetzt gehaltenen Gebiete der verbündeten Mächte Zug um Zug räumen.
4. Der Zeitpunkt für die Zurückziehung der verbündeten Truppen aus den besetzten russischen Gebieten tritt ein, sobald der Frieden zwischen den verbündeten Mächten und Rußland geschlossen und das russische Heer demobilisiert ist; dabei würden die Verbündeten auf russischen Wunsch bereit sein, die Räumung nach Maßgabe der fortschreitenden russischen Demobilisierung auf den einzelnen Frontabschnitten vorzunehmen.

II. Zur Frage der Selbstbestimmung.

1. Die verbündeten Mächte erkennen den Bevölkerungen der von ihren Heeren besetzten Gebiete grundsätzlich das Recht zu, frei zu bestimmen, ob sie selbständige Staatswesen bilden wollen oder nicht.²⁾
2. Gegenstand der Vereinbarung kann das Recht der Selbstbestimmung nur innerhalb der besetzten Gebiete sein, da die verbündeten Mächte eine Einmischung in die Verhältnisse nicht besetzter russischer Gebiete von der Hand weisen.³⁾
3. Als berechtigt zur Selbstbestimmung betrachten die verbündeten Mächte jede Volksgemeinschaft der besetzten Gebiete, die durch unzweideutige Willensäußerung ihrer zur Zeit bestehenden Vertretung den Entschluß zu einem von

²⁾ Dazu am Rande in gleicher Höhe Bemerkung des Generals *Hoffmann*: „Vorschlag: ‚haben zuerkannt‘. *Hoffmann*.“

³⁾ Dazu am Rande in gleicher Höhe Bemerkung des Generals *Hoffmann*: „Bin für Weglassung dieses Paragraphen. *Hoffmann*.“

dem bisherigen Zustand abweichenden staatlichen Dasein kundgegeben haben. Solche Kundgebungen liegen für Polen, Litauen, Kurland sowie für Teile von Livland und Estland vor.

4. Da eine derartige Willensäußerung zur Zeit nicht unter völlig normalen Bedingungen erfolgen kann, sind die verbündeten Mächte bereit, sie nach Friedensschluß und nach Eintritt geregelter Verhältnisse auf breiter volkstümlicher Grundlage wiederholen zu lassen, wobei auch die Mitwirkung⁴⁾ der zurückkehrenden Flüchtlinge vorzusehen sein würde.⁵⁾ Die Vorbereitung und Durchführung der neuen Willensäußerung würde in ihren Einzelheiten durch eine aus Vertretern der vertragschließenden Teile gebildete Kommission bestimmt werden.⁶⁾

5. Die verbündeten Mächte sagen zu, auf die von der Bevölkerung der besetzten Gebiete abzugebende Willensäußerung keinerlei militärischen Druck auszuüben; sie werden daher, um auch den Schein einer solchen Einflußnahme zu vermeiden, ihre Truppen aus diesen Gebieten zurückziehen, soweit dies mit der ihnen obliegenden Verantwortung für eine geordnete Verwaltung vereinbar ist, d. h. soweit die Truppen nicht zur Wahrung der (öffentlichen?) Ordnung und Sicherheit sowie zur Aufrechterhaltung der technischen Betriebe unbedingt erforderlich sind.

6. Die verbündeten Mächte behalten sich vor, mit den staatlich organisierten Bevölkerungen der besetzten Gebiete, die sich für selbständig erklärt haben, diejenigen Verträge abzuschließen, die ihnen im gemeinsamen Interesse zu liegen scheinen. Sie sind aber damit einverstanden, daß auch diese Verträge später der Bestätigung durch eine auf breiter Grundlage abzugebende Willensäußerung der Bevölkerungen unterstellt werden.

Die Delegationen der vier Mächte fordern die russische Delegation auf, ihnen zu Händen des Vorsitzenden der deutschen Delegation binnen drei Tagen die Annahme dieser Grundlagen für die weitere Verhandlung zu erklären. Sollte eine solche Annahme nicht erfolgen, so würden die verbündeten Delegationen zu ihrem Bedauern die Verhandlungen als gescheitert betrachten und die russische Delegation für die unausbleiblichen Folgen des Abbruches verantwortlich machen.

⁴⁾ Dahinter, gestrichen: „der gesamten eingesessenen männlichen Bevölkerung mit Einschluß“.

⁵⁾ Dahinter, gestrichen: „(soweit sie des Lesens und Schreibens kundig ist und ein gewisses Alter erreicht hat)“.

Dazu am Rande in gleicher Höhe Fragezeichen und Bemerkung darunter: „Bin für Aufnahme des gestrichenen Satzes (—). Hoffmann.“

⁶⁾ Von „die“ bis „werden“ von General Hoffmann eingeklammert; dazu in gleicher Höhe Randbemerkung: „Bin für Streichung (—). Hoffmann.“ Darüber: Fragezeichen.

⁷⁾ Von General Hoffmann eingeklammert; dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von ihm: „Bin für Streichung dieses Wortes. Hoffmann.“

263.

28. 1. 1918: Generaloberst Arz v. Straußenburg an General v. Cramon

Österreich. Nr. 70, Bd. 52. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 159. Abgeg. Großes Hauptquartier, 28. 1. 1918, 10.15 vorm., angek. 28. 1. 1918, 12.05 nachm.

General *Ludendorff* übersendet mir die Abschrift eines Schreibens des Generals *v. Arz*¹⁾ an Herrn *v. Cramon* mit Bitte um weitere Veranlassung:

„Euer Hochwohlgeboren dürfte es bekannt sein, daß die Streiks in den Industriebezirken in der Nähe Wiens an Ausdehnung zugenommen haben. Den Deckmantel ihrer Veranlassung bildet die Kürzung der Mehlquote, zu der Österreich leider gezwungen war. Die wahre Ursache liegt — auch nach Meinung vieler Zentralstellen des Hinterlandes — in dem schleppenden und unruhigen Verlauf der Friedensverhandlungen in Brest.²⁾“

Ich habe den Minister des Äußern ersucht, die Mitteilungen an die Presse über die Friedensverhandlungen in entsprechendere Form zu kleiden und bitte, dasselbe durch die deutsche O.H.L. beim deutschen Auswärtigen Amt veranlassen zu wollen.

Mit dem Auftreten der unruhigen Arbeitermassen im Hinterlande zugunsten eines sofortigen allgemeinen Friedens muß ich rechnen; nur ein glatter Verlauf der Brester Verhandlungen könnte die Bewegung glätten.“

Lersner.

¹⁾ *Arthur Frhr. Arz v. Straußenburg* (1857—1935), österreichisch-ungarischer Generaloberst, Generalstabschef der Bewaffneten Macht Österreich-Ungarns 3. 2. 1917 bis Kriegsende.

²⁾ Vgl. auch Nr. 212, 227.

264.

29. 1. 1918: Resolutionen des 3. allrussischen Kongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. Der Admiralstab an das Auswärtige Amt. Überschrift: „Abschrift zu 2786 B II v. 31. 1. 1918. Telegramm aus Libau 29. 1.“

1. Russischer Klartext aufgenommen von E.-Stelle Ost am 29. 1. 18 um 1 Uhr 30 Minuten nachmittags. An Alle. Aus Petersburg. Resolution 3. allrussische Versammlung der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. An Alle im Ausland. Die allrussische Versammlung der Räte der Bauern- und Soldatendeputierten bestätigt und billigt alle Erklärungen und Schritte der Sovet-Regierung, welche auf Erreichung des allgemeinen Friedens gerichtet sind. Die allrussische Versammlung konstatiert, daß die Bedingungen, die von der österreichisch-deutschen Delegation vorgeschlagen wurden, nicht nur die Prinzipien der Demokratie mit Füßen treten, sondern auch die Grundlagen völlig verleugnen, welche von den Delegationen

¹⁾ Abdruck des Dokuments bei teilweise verändertem Wortlaut in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 327 f.; das Dokument ist dort datiert vom 27. 1. 1918.

der Zentralmächte in der Deklaration vom 12. (25.) Dezember anerkannt worden sind. Die Zentralmächte haben die Polen, Litauer, die Hälfte der Letten, einen Teil der Ukrainer, Weißrussen und Esten in ihrer Gewalt, und indem sie dieselben ihres Rechtes auf tatsächliche Selbstbestimmung berauben, halten sie in ihrer Mitte die Herrschaft der privilegierten, besitzenden oberen Schichten aufrecht. — Auf diese Weise ist die militärische Okkupation, welche die Zentralmächte nach Abschluß des allgemeinen Friedens aufzuheben beabsichtigen, direkt gegen die Verwirklichung des demokratischen Friedens auf den Grundlagen, die durch die russische Revolution verkündet worden sind, gerichtet.

2. Aufgenommen von E.-Stelle Ost am 29. 1. 18 (3 Uhr nachmittags). Anfang fehlt.²⁾ Gegen den annexionistischen Frieden, der in Deutschland revolutionäre Bewegungen hervorruft. Die allrussische Versammlung betrachtet es als beste Garantie gegen den imperialistischen Frieden, der gegründet ist (Störung) auf Gewalt und gegen maskierte Kontributionen, wenn sie aufs neue vor dem Angesicht der ganzen Welt das Streben des russischen Volkes für sofortige Beendigung des Krieges verkündet. Die allrussische Versammlung beauftragt ihre Delegation, die Prinzipien des Friedens auf den Grundlagen des Programms der russischen Revolution zu verteidigen, diese Resolution wurde angenommen von allen gegen 6 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen.

3. An Alle und ins Ausland. Nach einer auf der gestrigen Sitzung der Versammlung der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und der Bauerndeputierten mitgeteilten Nachricht ist das Generalsekretariat mit *Viničenko* an der Spitze zurückgetreten. Die Krisis in der Rada unter dem Einfluß der Erfolge der Räte und als Resultat der Politik in Brest ist unzweifelhaft. Das neue Sekretariat besteht aus linken (Störung) ukrainischen (Störung) und Bolschewiki. —

²⁾ In dem in der Aktenpublikation „Von Brest-Litowsk bis Rapallo“ abgedruckten Dokument, das auf die russische Fassung („Der Dritte Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten“, Petersburg 1918) zurückgeht, lautet dieser Abschnitt (S. 328): „Der Gesamtrussische Kongreß ist fest davon überzeugt, daß diese annexionistische Politik (konterrevolutionäre Maßnahmen) nicht imstande sein wird, die werktätigen Massen Rußlands von den werktätigen Massen Deutschlands und Österreich-Ungarns zu trennen. In dem machtvollen Protest der Arbeiter Wiens, Niederösterreichs und Ungarns gegen den annexionistischen Frieden, in der erwachenden revolutionären Bewegung des Proletariats in Deutschland sieht der Gesamtrussische Kongreß die beste Garantie gegen einen imperialistischen Frieden, der auf Versklavung, Gewalt und verschleierte Kontributionen beruht.“

29. 1. 1918: Artikel der Kölnischen Zeitung — „Der Worte sind genug gewechselt“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. — Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Staatssekretär *v. Kühlmann* und *Graf Czernin* sind, nachdem sie den erwähnten Vertretern ihrer Völker Rechenschaft über den Stand der Verhandlungen abgelegt haben, nach Brest-Litowsk zurückgekehrt. Sie haben, unbeschadet aller Kritik im einzelnen, die Zustimmung der Mehrheit erlangt und können sich auch

weiterhin auf das Vertrauen der weitesten Volksschichten stützen. Herr *Trockij*, der nach einer in der letzten Nacht aus Petersburg eingelaufenen Meldung ebenfalls die Rückreise nach dem Verhandlungsort angetreten hat, kann dasselbe von sich nicht behaupten. Die auf breitester Grundlage gewählte Verfassunggebende Versammlung, zu deren Eröffnung er selbst nach der Neva geeilt war, hat sich, trotzdem überall im Sitzungssaale die Bajonette der maximalistischen Matrosen drohten, mit großer Mehrheit gegen „die Art und Weise, in der die Friedensverhandlungen von den Sovets geführt wurden“, ausgesprochen und ist nach dieser mutigen Ausübung des „Selbstbestimmungsrechtes“ durch Anwendung rohester Gewalt, die der nachträgliche Erlaß vergebens zu beschönigen sucht, aufgelöst worden. Wird der beredte Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten aus dieser beschämenden Tatsache die Folgerungen ziehen oder wird er aufs neue versuchen, die Verhandlungen durch endlose Reden in die Länge zu ziehen? Im deutschen Volke sieht man dem weiteren Verlauf der Verhandlungen mit Ruhe entgegen. Staatssekretär *v. Kühlmann* kann sicher sein, alle besonnenen Schichten, die sich nicht von den durchsichtigen Schlagworten der Bolschewiki blenden lassen, hinter sich zu haben, wenn er dieser Verschleppungstaktik der russischen Radikalen gegenüber, die durch ihr illoyales Verhalten, durch ihre Versuche, nicht nur das deutsche Volk, an und hinter der Front, sondern auch unsere Kriegsgefangenen in Rußland gegen die deutsche Regierung aufzuhetzen, den Waffenstillstandsvertrag längst im Geiste gebrochen haben, eine entschiedene Haltung bewahrt, wenn er insbesondere mit dem Herrn *Trockij*, dessen salbungsvolle Reden in schreiendem Gegensatz zu dem brutalen Verhalten seiner Partei gegen die verfassungsmäßige Vertretung seines eigenen Volkes stehen, einmal deutsch redet, zumal da dieser Herr unsere Sprache völlig beherrscht.¹⁾

Die russischen Unterhändler müssen, wenn es ihnen mit ihrer Absicht, Frieden zu schließen, ernst ist, ehrlich versuchen, auch unserem Standpunkt gerecht zu werden, so schwer es ihnen auch bei dem uferlosen Subjektivismus fallen mag, der ein stechendes Merkmal des russischen Wesens ist und sich insbesondere aus dem geistigen Werdegang der russischen Intelligenz erklärt. Sie müssen einsehen, daß ihre eigene und unsere Lage grundverschieden ist. Sie selbst sind nach einem Friedensschlusse mit dem Kriege fertig, wir dagegen haben noch entscheidende Kämpfe mit drei europäischen Großmächten und den Vereinigten Staaten von Amerika auszufechten. Wir können die mit deutschem Blut errungenen Hauptpfänder nicht aus der Hand geben²⁾, solange in Rußland noch alles drunter und drüber geht, und die über den Frieden verhandelnde Petersburger Regierung noch keinen festen Fuß im eigenen Lande gefaßt hat. Staatssekretär *v. Kühlmann* hat, was außerordentlich wichtig ist, im Hauptausschuß des Reichstages die klare Zusage erteilt, daß die Abstimmung über die zukünftige Staatsform in

¹⁾ Von „einmal“ bis „beherrscht“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „es ist höchste Zeit!“

²⁾ Von „errungenen“ bis „geben“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „werden noch einige dazu nehmen!“

den besetzten Gebieten schon in nächster Zeit auf breiter Grundlage, ganz unabhängig vom Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk erfolgen könne.³⁾ Herr *Trockij* und diejenigen russischen Unterhändler, die auf seinem Standpunkt stehen, müssen sich jetzt klar werden, daß die Verhandlungen in der Form, die er bisher beliebt hat, nicht weitergehen können. Es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn er durch die Teilausstände in Deutschland ermutigt würde, seine Verschleppungstaktik fortzusetzen. Auch wenn diese einen noch größeren Umfang annehmen sollten, wird es ihm nicht gelingen, die chaotischen Zustände, die in Rußland herrschen, aufs deutsche Volk zu übertragen, noch viel weniger auf die deutsche Front im Osten, die unerschüttert da steht, deren Manneszucht auch auf die russischen Unterhändler selbst einen tiefen Eindruck gemacht hat. Seine Verhandlungsweise ist eine gefährliche Phantasterei und Taktik, wie ihm auch eine unbefangene Stimme, das führende Blatt der dänischen Sozialdemokratie, warnend zugerufen hat. Wenn er trotzdem diesen Weg, der nicht zum Frieden mit uns führen kann, weitergeht, so muß er damit rechnen, daß er über kurz oder lang einer klaren Anfrage gegenübersteht, welcher er nicht ausweichen kann und die ihm im Hinblick auf die verworrene politische Lage seines Landes und den unsicheren Machtstand seiner Partei sehr peinlich sein muß. Auch die deutsche Geduld, die wir bisher im Bewußtsein deutscher Kraft geübt haben, hat ihre Grenzen.

³⁾ In Höhe des Satzes am Rande senkrechter Strich und Bemerkungen von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Alles hinfällig, sobald es wieder losgeht! Dann rede ich bloß noch als Sieger und befehle!“

266.

29. 1. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung
„Die Verhandlungen der Bolschewiki“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. — Randbemerkung, Strich am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Rotstift.

Zum Wiederbeginn der Verhandlungen in Brest-Litowsk hat, wie wir heute morgen mitgeteilt haben, der Kopenhagener *Sozialdemokraten* den Mahnruf an *Trockij* gerichtet, die Friedensverhandlungen nicht unnötig in die Länge zu ziehen und so den Friedenschluß selbst auf die lange Bank zu schieben. Ähnliches ist in der deutschen Presse aller Schattierungen in der letzten Zeit ja oft genug zum Ausdruck gebracht worden. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen hatte bei jedem unbefangenen Beobachter gezeigt, daß es *Trockij* und denen, die mit ihm am selben Strange ziehen, nicht so sehr darum zu tun ist, den Gedanken des Verständigungsfriedens in die Wirklichkeit umzusetzen, als eine schwungvolle Propaganda für ihre revolutionären Ideen aus dem Sitzungssaal heraus zu treiben.¹⁾ Ja, man konnte oft den Eindruck nicht loswerden, daß die russische Delegation, seit *Trockij* an ihrer Spitze steht, sogar einen Ab-

¹⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rande rechts und links senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* „bei Anderen!“

bruch der Verhandlungen hingenommen hätte, sofern ihr dadurch nur Agitationsstoff geliefert würde.

Sooft auch den Russen wegen der von ihnen eingeschlagenen Taktik Vorhaltungen gemacht wurden, haben sie wenig Wert darauf gelegt, die Welt von ihrer Absicht, zu einem schnellen und gedeihlichen Ende zu kommen, zu überzeugen. *Trockij* hat im Gegenteil seinem Redefluß keine Beschränkung auferlegt und den Verhandlungsgang selbst durch Wünsche technischer Art erschwert. So ließ er, wie wohl noch erinnerlich, am 12. Januar durch *Kamenev* den Antrag stellen, „beide Seiten sollten in einer schriftlichen Zusammenfassung ihre während der Diskussion entwickelte Auffassung darlegen“. Zwar hat *Trockij* dem Staatssekretär *v. Kühlmann* auf dessen Vorhaltungen hin erklärt, es sei durchaus nicht seine Absicht, die Technik der Verhandlungen zu erschweren, die Tatsache selbst jedoch, daß die Verhandlungen durch eine derartige schriftliche Fixierung keineswegs erleichtert werden, hat auch er nicht bestreiten können. Wenn wirklich die Regierungen und die öffentliche Meinung durch derartige Schriftstücke von den Grundgedanken der in Brest-Litowsk vertretenen Auffassung in Kenntnis gesetzt werden sollten, so entspräche das Ergebnis kaum der Menge der aufgewandten Arbeit. Es liegt auf der Hand, daß der Austausch schriftlich niedergelegter Anschauungen nur neue Auseinandersetzungen über Form und Inhalt dieser Schriftstücke herbeiführen und den Hauptzweck der Beratungen zu Brest-Litowsk, die Herbeiführung eines Friedens, behindern würde.

In ihrer Erklärung lassen die Russen fast in jedem Satz das Bestreben erkennen, an der Meinung der Gegenpartei vorbeizureden oder sie überhaupt als unausgesprochen zu behandeln. Mit Hartnäckigkeit klammern sie sich an ihre eigene Auffassung der Dinge, ohne sich zu bemühen, auch der anderen Meinung Rechnung zu tragen. Wird ihnen diese Taktik vorgehalten, so entspinnt sich darüber eine längere Auseinandersetzung, und der Kernzweck der Beratungen wird abermals umgangen. Die Russen gehen offenkundig in ihrer Taktik von der Erkenntnis aus, daß, wenn sie sich einmal mit dem Gedanken der anderen Partei befaßten, ihnen die Möglichkeit abgeschnitten wäre, Agitationsreden zum Fenster hinaus zu halten. Deshalb klammern sie sich an die Form. So soll nach ihren Wünschen jedes Wort stenographiert werden, ohne Rücksicht darauf, ob der Sache selbst damit gedient ist oder nicht. Sie gehen aber noch weiter. Haben sie doch durchgesetzt, daß sogar einzelne vertrauliche Vorbesprechungen stenographisch aufgenommen und, ohne daß die Redner die Möglichkeit gehabt hätten, ihr Stenogramm einer Durchsicht zu unterziehen, veröffentlicht und überallhin verbreitet werden. So ist denn dem russischen Agitationswillen so weit Genüge getan, daß *Trockij* bei der Beratung über den Zeitpunkt der Räumung der besetzten Gebiete und die Entstehung der neuen Staaten zur Einleitung eine stundenlange Rede halten konnte, in der er lediglich allgemeine Theorien entwickelte. Sie überall verbreitet zu sehen, ist der unausgesprochene Zweck solcher Reden, die den Boden der Tatsachen verlassen haben und wolkenferne Ziele entwickeln.

Diese wenigen Proben maximalistischer Verhandlungsmethoden dürften hinlänglich gezeigt haben, daß das Bestreben *Trockij's* und seiner Kollegen darauf ausgeht, durch taktische Vorteile ihre Bewegungsfreiheit zu erweitern, um Agitationsmaterial für die Gewinnung der Öffentlichkeit in Rußland und über die

Grenzen Rußlands hinaus zu gewinnen. Die nächsten Tage werden also in erster Linie zu erweisen haben, ob die Maximalisten ihre Verhandlungsmethode endlich dem ehrlichen Friedenswillen angepaßt oder aber weiter auf die Agitation eingestellt haben. Daß die letztere nicht zum Ziele führen kann, soll ihnen nicht verschwiegen werden.²⁾

W. Kl.

²⁾ Von „Ziele“ bis „verschwiegen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen. — Darunter Schlußbemerkung von derselben Hand: „es wird bald anders werden!“

267.

30. 1. 1918: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 254. Brest-Litowsk, 30. 1. 1918, aufgeg. 31. 1. 1918, 4.00 vorm., angek. 31. 1. 1918, 4.30 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der 7. Vollsitzung der Friedensversammlung (Besprechung über politische Fragen). Mittwoch, den 30. Januar 1918 mittags 12 Uhr“.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 7 Min. durch Seine Hoheit den Großwesir *Talaat Pascha* eröffnet.

Seine Hoheit Großwesir *Talaat Pascha*: Meine Herren, nachdem die verschiedenen Delegationen wieder in Brest-Litowsk eingetroffen sind, heiße ich Sie hier willkommen.

In der Zwischenzeit haben einige Veränderungen in der Zusammensetzung der Delegationen stattgefunden. Ich möchte an Seine Exzellenz den Herrn Staatssekretär v. *Kühlmann* die Bitte richten, die Veränderungen in seiner Delegation bekannt zu geben.

Staatssekretär v. *Kühlmann*: In der Zusammensetzung der deutschen Delegation ist insofern eine Veränderung eingetreten, als die Königl. Bayerische Staatsregierung, fußend auf einem ihr vertragsmäßig zustehenden Rechte, im Einverständnis mit Seiner Majestät dem Kaiser und dem Herrn Reichskanzler den Königl. Bayerischen Staatsminister Herrn *Grafen v. Podewils* als ihren Vertreter zu den Verhandlungen nach Brest-Litowsk entsandt hat. Staatsminister *Graf Podewils* wird also von nun an ein Mitglied der deutschen Delegation sein.

Herr *Trockij*: Auch in der Zusammensetzung der russischen Delegation sind Veränderungen vorgenommen worden. Die eine Änderung hat einen rein persönlichen Charakter. An den weiteren Verhandlungen wird der Volkskommissar für Staatseigentum, Herr *Karelin*¹⁾, teilnehmen. Die andere Veränderung hat einen staatsrechtlichen und politischen Charakter; sie betrifft die Teilnahme von 2 Mitgliedern der ukrainischen Volksrepublik an unserer Delegation. Wir hatten bereits die Ehre, dies brieflich mitzuteilen.

Die Regierung der Räte der Arbeiter-, Soldaten und Bauern-Deputierten der ukrainischen Volksrepublik hat 3 Mitglieder zur Teilnahme an den Friedens-

¹⁾ Einer der Führer der Sozialisten-Revolutionäre, vgl. u. a. Chamberlin II, S. 51; s. auch unten S. 552, Anm. 1.

verhandlungen entsandt, von denen das eine Mitglied, der Volkskommissar und Volksstaatssekretär für Volksbildung, Herr *Satonskij*, in Petersburg zurückgeblieben ist, wo er in die Regierung des Rates der Volkskommissare eingetreten ist. Die beiden anderen, und zwar der Vorsitzende des Exekutiv-Ausschusses, Herr *Medvedev*, und der Volksstaatssekretär für militärische Angelegenheiten, Herr *Šachrai*, befinden sich hier im Bestande unserer Delegation. Diese Tatsache, die von größter Bedeutung ist für den weiteren Gang der Verhandlungen, gibt ein Bild von der Lage, die in der Ukraine als Resultat der vorhergehenden Ereignisse entstanden ist. Da die Gegenpartei ein praktisches Interesse daran hat, aufs genaueste unterrichtet zu sein über die Zustände in der Ukraine, so halte ich es für notwendig, folgende kurze Erklärung abzugeben:

Die Ukraine macht dieselben politischen Umwälzungen durch wie das nördliche Rußland, nur mit gewissen Unterschieden in der zeitlichen Folge. Die Kiever Rada gleicht in ihrer sozialen Zusammensetzung und in ihren politischen Anschauungen in vielen Punkten der früheren russischen Regierung *Kerenskij's*. Die ukrainischen Räte der Soldaten-, Bauern- und Arbeiter-Deputierten führen in der ganzen Ukraine einen entschiedenen Kampf gegen die Kiever Rada, wobei in vielen Teilen der Ukraine diese Kämpfe zu einem entscheidenden Siege der Räte geführt haben, die in vollständiger Übereinstimmung mit dem Rate der Volkskommissare auftreten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das ganze Kohlenbecken des Donez-Reviere, die ganze metallurgische Gegend von Eka-terinoslav und die Gouvernements Charkov und Poltava sich in der Gewalt der ukrainischen Sovets befinden. In den anderen Teilen der Ukraine charakterisiert sich dieser Kampf als stets wachsende Macht der Sovets und als stetiger Rückgang des Einflusses der Kiever Rada. Am Tage unserer Abreise aus Petersburg wurde uns auf direktem Drahte aus Kiev gemeldet, daß das Kiever Generalsekretariat, welches hier durch eine Delegation unter dem Vorsitz des Herrn *Holubovyč* vertreten war, seinen Rücktritt eingereicht hat. Wir wissen bisher noch nicht, welche Lösung diese Krisis der Kiever Regierung bisher gefunden hat und welchen Einfluß sie auf die Delegation des Herrn *Holubovyč* ausüben wird. Aber aus dem Dargelegten geht jedenfalls klar hervor, daß ein mit der Delegation des Kiever Sekretariats abgeschlossener Friede unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls bereits als ein Frieden mit der ukrainischen Republik angesehen werden kann. In seiner Rede im Hauptausschuß des Reichstages²⁾ hat der Herr Staatssekretär es so dargestellt, daß wir die ukrainische

²⁾ Vgl. hierzu die Ausführungen *Kühlmann's* im Hauptausschuß des Reichstages vom 23. 1. 1918: „... Wenn ich zu den Bemerkungen des Herrn Abg. *Ledebour* übergehen kann, so hat er von der Stellung der ukr[ainischen] Rada und der dipl[omatischen] Stellung ihrer Abordnung in Brest-Litowsk ein Bild entworfen, das unrichtig ist. Er sprach von einer russ[ischen] Föderation und davon, daß infolge dieser Föderation die Abg[eordneten] der ukr[ainischen] Rada nur sozusagen als Unterabteilung der Delegation der Bolschewiki in Petersburg auftreten können. Dies entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Die Republik der ukrainischen Rada in Kiev ist sowohl von den Bolschewisten als von uns als selbständige Republik anerkannt worden. Die ukr[ainische] Delegation hat uns sowohl mündlich wie schriftlich dargelegt, daß die spätere Schaffung der Föderation der russ[ischen] Volksrepubliken zu ihren Programmpunkten zähle, daß sie aber, solange nicht durch freie Vereinbarung dieser souveränen Republiken untereinander die Föderation geschaffen sei, selbst sich vollkommen berechtigt halte, ebenso souverän und unabhängig wie

Delegation solange anerkannt haben, als wir annehmen konnten, daß sie für uns die Rolle eines Hilfstrupps spielen würde. Jetzt aber, wo wir unseren Fehler eingesehen hätten, verweigerten wir die Anerkennung. Das ist leider eine zu subjektive Darstellung des Vorganges. Schon in der ersten Sitzung, in welcher die Frage der ukrainischen Delegation angeschnitten wurde, erklärte ich auf eine entsprechende Frage des Herrn Staatssekretärs v. Kühlmann hin, daß der Prozeß des Selbstbestimmungsrechtes der Ukraine noch im Werden begriffen wäre, und es wäre hier notwendig, nicht mit juristisch bestätigten, sondern mit sich verändernden Formen zu rechnen. So habe ich z. B. auch erklärt, daß, da die Ukraine sich noch nicht territorial abgegrenzt hätte, bezügl. der Abgrenzung der Ukraine Bestimmungen in dem Friedensvertrage darüber keine Geltung haben könnten, solange diese Grenzlinien nicht von dem Rate der Volkskommissare bestätigt sind. Jetzt, wo in Petersburg der allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten tagt, auf dem auch die machtvollen ukrainischen Sovets vertreten sind, und wo einmütig föderative Grundlagen für die russische Republik geschaffen werden, entspricht die Teilnahme von Vertretern des ukrainischen Volkssekretariats durchaus den Zuständen, die in der russischen Republik herrschen. Wenn die Delegation des Herrn Holubovyč nach wie vor ein Mandat des Kiever Sekretariats hat, so erheben wir auch weiter keinen Einspruch gegen ihre fernere Teilnahme an den Friedensverhandlungen. Aber es kann nicht weniger als je bezweifelt werden, daß nur solche Abkommen mit der Ukraine tatsächlich anerkannt und ins Leben durchgeführt werden können, die formell bestätigt werden durch die Regierung der föderativen Republik Rußlands unter Teilnahme der zu unserer Delegation gehörigen Vertreter des ukrainischen Volkssekretariats.

Herr Levits'kij: Als Mitglied der ukrainischen Delegation habe ich die Ehre, folgende Erklärung abzugeben:

Vor der Abreise unserer Delegation wurde unter den Mitgliedern der Delegation verabredet, daß bis zum Wiedereintreffen der ganzen Delegation einzelne hier zurückgebliebene Mitglieder in politischen Fragen nicht auftreten sollten. Daher ist die Stellungnahme unserer Delegation gegenüber der hier abgegebenen Erklärung des Vertreters des Rates der Volkskommissare, ferner auch die Frage der Teilnahme an der russischen Delegation seitens von Vertretern der Stadt Charkov noch vorbehalten bis zum Wiedereintreffen unserer Delegation.

Staatssekretär v. Kühlmann: Auch ich möchte im Namen der verbündeten Delegationen die materielle Diskussion der Darlegungen, welche der Herr Vorsitzende der russischen Delegation uns gegeben hat, aufschieben bis nach dem

die diplomatische Vertretung irgendeines anderen souveränen Staates für das Gebiet der ukr[ainischen] Rada in Kiev international tätig zu sein. Auch auf seiten der bolschewikischen Abordnung sind von Anfang an, solange sie hoffte, daß die ukr[ainische] Radaabordnung als diplomatische Hilfstruppe für sie eintreten würde, Schwierigkeiten dagegen nicht erhoben worden. Als die Herren aber sahen, daß die Ukrainer ihre eigenen Wege gingen und national-ukr[ainische] Ziele verfolgten, ist allerdings ein Umschwung eingetreten.“ Schultheß, 34. Jg. 1918, I, S. 43. — S. auch *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8405, Staatssekretär v. Kühlmann über die Friedensverhandlungen 25. 1. 1918 in der Fortsetzung der Beratung des Hauptauschusses.

Eintreffen der vollzähligen Delegation der Kiever Rada. Daß wir bei den Friedensverhandlungen nicht mit gefestigten und fließenden Verhältnissen zu rechnen haben würden, war den Vertretern der Mittelmächte von Anfang an vollkommen klar, sie haben von Anfang an eine bedeutende Erschwerung des ganzen Friedenswerkes bewirkt. Die Hergänge bei der Anerkennung der Delegation der Kiever Rada sind *publici juris* und können jederzeit aus dem Protokoll ersehen werden. Jedenfalls lege ich Wert darauf festzustellen, daß, wenn auch der Herr Vorsitzende der russischen Delegation die eben von ihm wiederholten Ausdrücke gebraucht hat, er doch mit keinem Worte angedeutet hat, daß neben der ukrainischen Vertretung unter dem Vorsitze des Herrn *Holubovyč* noch eine andere Körperschaft vorhanden sei, welche gleichfalls die Forderung aufstellt, maßgeblich im Namen der Ukraine zu sprechen. Erst durch die schriftliche, während der Pause an uns ergangene Mitteilung ist uns diese Forderung von der Gegenseite gestellt worden. Nach den früheren von dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation uns gemachten Mitteilungen beruhen die heute in Rußland bestehenden Regierungen auf der Macht, und es würde deshalb eine reine Tatfrage sein, welche der beiden Körperschaften, die beide jetzt gleichmäßig behaupten, im Namen der ukrainischen Volksrepublik zu sprechen, tatsächlich in dem dortigen Gebiete die Übermacht hat. Ich will aber, wie schon vorhin gesagt, selbst auf die tatsächlichen Fragen nicht eingehen, bis die Herren aus Kiev hier eingetroffen sind. Daß die von der Kiever Vertretung hier eingenommene Haltung auch auf die Haltung der russischen Delegation zu dieser nicht ohne Einfluß geblieben ist, ist allerdings ein subjektiver Eindruck, den ich gehabt habe. Wenn aber der Herr Vorsitzende der russischen Delegation mich, wie er es getan hat, versichert, daß dies nicht der Fall sei, so bin ich ohne weiteres bereit, da er diese Vorgänge ja genauer kennen muß, meine subjektive Auffassung entsprechend zu modifizieren. Die Lage scheint mir kurz die zu sein, daß das Bestehen einer freien ukrainischen Volksrepublik von keiner Seite in Frage gestellt wird, daß aber zwei konkurrierende Körperschaften behaupten, berechtigt zu sein, international eine freie ukrainische Volksrepublik zu vertreten. Bei der Wichtigkeit der Frage werden die verbündeten Delegationen dieselben mit Interesse und Gründlichkeit prüfen.

Herr Trockij: Wir sind ebenfalls der Ansicht, daß während der Fortdauer des Weltkrieges, der so viele Zustände verändert und erschüttert hat, zu rechnen ist mit den sich verändernden und im Flusse befindlichen Tatsachen. Der Herr Staatssekretär hat vollkommen recht, wenn er daran erinnert, daß ich im Augenblick der Beratung der Frage der ukrainischen Delegation in keiner Weise erwähnt habe, daß auf ukrainischem Gebiete noch eine zweite Körperschaft besteht, welche Anspruch darauf erhebt, das ukrainische Volk zu vertreten. Wir waren damals der Ansicht, daß die Frage, inwiefern die Delegation der Kiever Rada das Recht hätte, für die Interessen der ukrainischen Republik einzutreten, am zweckmäßigsten entschieden werden müßte durch die Äußerung der Ansicht der arbeitenden Klassen des ukrainischen Volkes, und solange die Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten keinen Anspruch darauf erhoben hatten, ihre eigenen Vertreter zu den hiesigen Friedensverhandlungen zu entsenden, lag für uns keine Veranlassung vor, diese Frage hier mit in die Debatte

zu ziehen. Ich muß hier diejenigen Bemerkungen betonen, die der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation gemacht hat und welche er, wenn die Zeitungen es richtig wiedergegeben haben, ebenfalls im Hauptausschuß des Reichstages gemacht hat, daß ich angeblich zweimal gesagt hätte, daß die in Rußland existierende Regierung sich ausschließlich auf die Macht stütze. Ich muß dazu bemerken, daß diejenigen Regierungen, die sich ausschließlich auf die Macht stützen, dieses niemals eingestehen. Sie berufen sich auf Traditionen, auf ererbte Einrichtungen und auf andere unabwägbare Umstände. Ich habe festgestellt, daß unsere Regierung, wie alle Regierungen in den Klassenstaaten, sich auch auf die Macht stützt, nur daß wir die Macht ausüben im Interesse derjenigen Klassen, die wir vertreten. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Frage, welche von den beiden Organisationen das Recht haben wird, endgültig über die Wünsche und Rechte der ukrainischen Republik zu sprechen, durch den praktischen Fortgang des Kampfes und des Wettstreites zwischen diesen beiden Organisationen entschieden wird. Für uns ist maßgebend daran, welche von diesen beiden Organisationen die fortschrittlichen Tendenzen vertritt, die durch die Revolution gedeckt worden sind, und wenn ich von der subjektiven Vorstellung bei dem Herrn Staatssekretär sprach, so habe ich nicht damit gesagt, daß wir uns gleich verhalten gegenüber der Regierung der Kiever Rada und den hier bei uns vertretenen Räten des Zentral-Exekutiv Ausschusses der ukrainischen Räte. Wir haben schon vor Beginn der hiesigen Verhandlungen und während des ganzen Verlaufes derselben immer in vollem Umfange auf der Seite der Charkover Regierung gestanden. Aber hier war die Frage nicht so gestellt worden, für wen sich unsere Sympathien ausgesprochen haben und wen wir unterstützen wollen, sondern nur so, ob wir etwas einzuwenden hätten gegen die Teilnahme der Delegation der Kiever Rada an den hiesigen Verhandlungen oder nicht. Aus der deutschen Presse könnte der Herr Staatssekretär feststellen, daß schon, bevor die Frage der Teilnahme der Delegation der Kiever Rada zur Besprechung stand, wir unsere politischen Beziehungen zu ihr definiert hatten, und ich sage, daß, wenn das Kiever Generalsekretariat seine Existenz noch fortsetzt und die Mandate seiner Delegation aufrecht erhält, so behalten wir auch weiter gegenüber dieser Delegation dieselbe Stellung bei, wie wir es bisher getan haben.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich habe schon hervorgehoben, daß ich es nicht für zweckmäßig halte, materiell jetzt schon vor der Ankunft der Kiever Delegation auf die Fragen einzugehen. Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation darauf hingewiesen hat, daß er seinerzeit nicht geäußert habe, die Regierung der Räte basiere nur auf Macht, so habe ich allerdings in Erinnerung, daß er die Basierung der Räte auf Macht geäußert hat. Ob er sie auf Macht, nur auf Macht oder auch auf Macht basiert, wird sich durch eine Untersuchung des Protokolls sehr leicht feststellen lassen.³⁾ Ich möchte heute auf die Frage nicht eingehen. Es würde aber jedenfalls einen sehr interessanten Diskussionsgegenstand bilden, auf welche anderen Fundamente, wenn der Herr Vorsitzende auch auf Macht baut, die Regierung der Räte sonst noch aufgebaut wird. Diese

³⁾ Vgl. Nr. 198, Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen vom 14. I. 1918.

Diskussion würde aber, wie gesagt, den Rahmen der heutigen Vollsitzung, die einen mehr formalen Charakter tragen sollte, überschreiten.

Minister des Auswärtigen **Graf Czernin**: Ich möchte diesem interessanten Meinungs austausch nur noch das hinzufügen, daß ich vollständig die Ansicht meines deutschen Kollegen teile, daß wir in den Bereinigungen der Ukrainerfrage das Eintreffen der Herren aus Kiev abwarten müssen. Da ich es bedauerlich finde, die Zeit unnütz verstreichen zu lassen, so möchte ich die Frage anregen, ob nicht in der Erwartung der Bereinigung dieser Frage die bereits eingesetzte Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehmen sollte.

Herr **Trockij**: Ich habe natürlich nichts dagegen einzuwenden, daß in den Protokollen Nachforschungen angestellt werden, ich möchte nur, daß diejenigen Erklärungen, die hier abgegeben werden, auf Grund ihres inneren Sinnes und ihrer inneren Logik beurteilt werden. Ich habe auch nichts dagegen einzuwenden, wenn hier die für die Diskussion interessante Frage aufgeworfen wird, worauf sich die russische Regierung außer Kraft noch stützt, diese Frage, die von dem Herrn Staatssekretär angeregt war, und ich bin meinerseits bereit, diese Frage noch mehr zu erweitern und sie auf andere Regierungen auszudehnen; meinerseits bin ich bereit, diejenigen Erläuterungen abzugeben, welche den Vertretern der Gegenpartei eine Vorstellung davon geben könnten, welche Volksströmungen, Leidenschaften und Kräfte, die durch den Krieg entfesselt worden sind, den alten Regierungen ihre Kraft fortnehmen und diese neuen Regierungen übergeben. Ich konstatiere mit Befriedigung, daß auch in dieser Frage der Herr Vorsitzende der österreichischen Delegation die Wünsche des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation unterstützt, und ich schließe mich dem Wunsche des Herrn Vorsitzenden der österreichischen Delegation an, daß die Arbeiten der sogenannten Territorialkommission möglichst bald wieder beginnen sollen. Ich halte es bloß für notwendig, daß hier die Episode liquidiert wird, über die wir auf Anregung des Herrn Staatssekretärs gesprochen haben, und die seinerzeit die Aufmerksamkeit weiter Kreise der öffentlichen Meinung auf sich gelenkt hat. In einer der Sitzungen vor der letzten Pause hat unsere Delegation kategorisch festgestellt, daß der deutsche amtliche Bericht im Gegensatz zu dem Inhalt des uns unbekanntem Telegramms, welches der Petersburger Telegraphenagentur zugeschrieben wurde, daß der deutsche amtliche Bericht den Inhalt der Rede des Vorsitzenden der Delegation, Herrn *Joffe*, vollständig richtig dargestellt hat. Diese Erklärung meinerseits ist in offenbar verstümmelter Weise von Brest nach Berlin gemeldet worden in dem Sinne, als hätte ich zugegeben, daß das Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur gefälscht war. Ich habe jetzt in Petersburg eine Untersuchung vornehmen lassen, die festgestellt hat, daß die Petersburger Telegraphenagentur ein solches Telegramm überhaupt nicht abgeschickt hat. Wie dieses Mißverständnis oder Fälschung entstanden ist, in Stockholm oder in Berlin, das habe ich nicht die Möglichkeit nachzuprüfen und überlasse es den daran interessierten Stellen, dies festzustellen, aber ich lehne mit aller Entschiedenheit die Insinuation an die Adresse von Organen der russischen Regierung ab, daß sie in politischer Absicht falsche Berichte verbreitet hätte. Die Verstümmelung von Berichten gehört nicht zur Praxis der russischen Regierung. Ich wage nicht, darauf zu bestehen, daß diese meine Erklärung zur Kenntnis der

öffentlichen Meinung in Deutschland gebracht wird, da frühere Erfahrungen eine begründete Hoffnung in diese Richtung nicht mehr zulassen.

Seine Hoheit Talaat Pascha: Es wünscht niemand mehr das Wort. Dann schlage ich der Versammlung vor, die heutige Sitzung zu schließen und, wie schon von anderer Seite empfohlen wurde, die Beratungen der Territorialkommission wieder aufzunehmen. Die Versammlung ist damit einverstanden, ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 58 Minuten)

Kühlmann.

268.

31. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Telegramm. Nr. 267. Abgeg. Brest-Litowsk, 31. 1. 1918, 00.00 nachm., angek. 5.40 nachm. Überschrift: „Antwort auf Telegramm Nr. 350“.¹⁾

Aus verschiedenen Bemerkungen Seiner Majestät des Kaisers entnehme ich, daß die Keyserlingksche Meldung großen Eindruck gemacht hat. Ich empfehle, gelegentlich gesprächsweise durch Freiherrn v. Grünau auf die dort wenig zuverlässige Quelle hinzuweisen. Nach Meldung Mirbachs²⁾ bezeichnet nämlich Freiherr v. Keyserlingk³⁾ als seinen Gewährsmann einen Journalisten, der sich angeblich täglich Instruktionen aus Smolny⁴⁾ holt.

Kühlmann.

¹⁾ Siehe Nr. 253.

²⁾ Wilhelm Graf v. Mirbach-Harff (1871—1918).

³⁾ Über ihn vgl. oben S. 438, Anm. 1.

⁴⁾ Smolny-Institut, ehem. Schule für vornehme junge Damen, in einer nördlichen Vorstadt Petersburgs; Sitz Lenins.

269.

31. 1. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Telegramm (Hughes). Nr. 411.

Jüngste Pressenachrichten aus Petersburg bestätigen immer mehr Plan der Russen, weder Handelsvertrag noch überhaupt Frieden zu schließen, in Hoffnung auf deutsche und österreichische Revolution. Kamenev hat auf Sovetversammlung geäußert, daß Weltkrieg in Kampf Proletariats gegen Bürgertum übergehe. Arbeitende Klassen der Mittelmächte hätten zu wählen zwischen Krieg mit Rußland und Frieden mit Hoffmann oder Friede mit Rußland und Krieg mit Hoffmann. Alle Redner auf Kongreß betonten Unannehmbarkeit deutscher Bedingungen. Andere Meldung Petersburger Agentur sagt direkt, daß Kampf für Frieden nicht mehr am grünen Tisch, sondern wahrscheinlich auf den Straßen von Wien und Berlin ausgetragen würde.

Es wird für Verbreitung letzterer Meldung gesorgt.

Bussche.

270.

31. 1. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 13. Telegramm. Nr. 268. Abgeg. Brest-Litowsk. 31. 1. 1918, 6.35 nachm., angek. 31. 1. 1918, 7.06 nachm. Überschrift: „Auf Telegramm Nr. 389“.¹⁾

Bitte *Grünau* instruieren, daß er bei sich bietender Gelegenheit an Allerhöchster Stelle wiederholt auf die durchschlagenden Gründe hinweist, die auch für uns zur Zeit ein hinhaltendes Verhandlungsverfahren als durchaus nötig erscheinen lassen.

Kühlmann.

¹⁾ *Frhr. v. Grünau*, Großes Hauptquartier, an das Auswärtige Amt 30. 1. 1918: Verschleppungstaktik der Russen. Bemerkungen Kaiser *Wilhelms II.* dazu. Auf russisches Ansuchen wird die Sitzung der politischen Kommission vertagt. — Pol. Archiv. Rußland. Pol. 1.

271.

31. 1. 1918: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 278. Brest-Litowsk, 31. 1. 1918, angek. 1. 2. 1918, 2.45 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen vom 31. Januar 1918, nachmittags 5 ½ Uhr“. Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Randbemerkungen, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift.

Die Sitzung wird um 5 Uhr 44 Minuten durch den Minister des Äußern *Grafen Czernin* eröffnet.

Graf Czernin: Ich eröffne die Sitzung.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erbittet sich der Herr Staatssekretär zu einer Erklärung das Wort:

Staatssekretär v. **Kühlmann:** Ich habe die Protokolle, von denen gestern in der Vollsitzung die Rede war, einsehen lassen, und wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation keine geschäftsordnungsmäßigen Bedenken hat, würde ich, um diesen Zwischenfall zum Abschluß zu bringen, die betreffende Protokollstelle verlesen lassen.

Herr **Trockij:** Ich habe absolut nichts dagegen.

Staatssekretär v. **Kühlmann:** Ich bitte um die Verlesung.

Legationssekretär v. **Hoesch**¹⁾: Es handelt sich um das Sitzungsprotokoll vom 14. Januar. Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation antwortet auf eine

¹⁾ Dr. jur. *Leopold Gustav Alexander v. Hoesch* (1881—1936), Legationssekretär in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Kühlmann, S. 520, urteilt über ihn: „*Hoesch* war eine für den diplomatischen Dienst ungewöhnlich befähigte Persönlichkeit; jung, körperlich gewandt, sprachenkundig, stellte er seinen Mann sowohl in der diplomatischen Arbeit wie im Salon. Leistungsfähig und unermüdlich tätig, hat er mir in aufopfernder Weise immer eine Menge weniger wichtiger Einzelheiten abgenommen und war in Stunden der Erholung ein angenehmer Gesellschafter und treuer Freund.“

Rede des Generals *Hoffmann*. Da heißt es mitten in seinen Darlegungen: „Ferner muß ich sagen, daß der Herr General ganz recht hat, wenn er meint, daß unsere Regierung sich auf Macht begründet. In der ganzen Geschichte kannten wir bisher keine anderen Regierungen. Solange die Gesellschaft besteht aus kämpfenden Klassen, solange wird sich die Macht der Regierung auf Kraft begründen und wird durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten.“²⁾

Herr *Trockij*: Ich bin der Ansicht, daß dieses Zitat in vollem Umfang meine Worte bestätigt. Ich möchte nicht die Debatte über diese Frage erweitern und auf das Gebiet der Rechtsphilosophie übergehen; aber ich könnte mich auf *Hegel* berufen, wie er uns dahin unterrichtete, wie die Rechtsidee materialisiert wird und dadurch zur Gewalt wird, und in diesem Sinne ist jeder Staat organisierte Kraft. Die Frage ist nur die, welche Idee in diesem Staate materialisiert wird. Wenn der Herr Staatssekretär sagen will, daß die Ideen, die in den Einrichtungen der russischen Republik verkörpert werden, von ihm abgelehnt werden, so lasse ich dies gerne zu.

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Ich beabsichtige nicht, hier über die Ideen zu debattieren, auf denen der heutige russische Staat, soweit er durch den Rat der Volkskommissare vertreten ist, aufgebaut ist, und werde auch nicht auf die Debatten über die *Hegelsche* Staatsauffassung eingehen, legte nur Wert darauf, die betreffende Protokollstelle hier vorgelesen zu haben, weil ich aus dieser Stelle das herausgelesen habe und in dieser Stelle auch irgend welche Einschränkungen, von denen gestern die Rede war, als ob die jetzige Gesellschaftsordnung in Rußland sich auf Kraft gründe und nebenbei noch auf etwas anderes, nicht habe finden können.

Herr *Trockij*: Ich konstatiere, daß das eben verlesene Zitat aus dem Protokoll kategorisch die Ausführungen widerlegt, die der Herr Staatssekretär vor dem Hauptausschuß des Reichstages gemacht hat.³⁾ Um seine Behauptungen stützen zu können, hat der Herr Staatssekretär das Wort „ausschließlich“ hinzufügen müssen: ausschließlich auf Kraft, und gerade deswegen habe ich diese Stelle dahin ausgelegt, daß unsere Macht sich auch auf Kraft stützt und nicht ausschließlich⁴⁾ auf Kraft. Ich glaube nicht, daß der Herr Staatssekretär leugnen kann, daß das deutsche Reich sich auf Kraft stützt; aber er wird sich kaum damit einverstanden erklären, zuzugeben, daß es sich nur auf Kraft stützt. Sonst habe ich nichts mehr hinzuzufügen.

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Ich glaube, daß Debatten über die Auslegung von Protokollen die Diskussion hier nicht fördern können. Ich habe meinerseits auch nichts hinzuzufügen.

²⁾ Vgl. Nr. 183.

³⁾ Im Hauptausschuß des Reichstages hatte *Kühlmann* am 25. 1. 1918 u. a. ausgeführt: „Wir wollen die Sache beim Namen nennen. *Trockij* hat mir gegenüber zweimal in der Diskussion offen kundgegeben: Unsere Regierung hat keine andere Grundlage als die Macht. Die Bolschewiki stützten sich einfach auf die brutale Macht, ihr Argument sind Kanonen und Maschinengewehre. Die Bolschewiki predigen sehr schön, aber praktisch sieht es anders aus“; vgl. Schultheß, 34. Jg., 1918, I, S. 45.

⁴⁾ „nicht ausschließlich“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „nur! und ganz ausschließlich!“

Herr Trockij: In den heutigen Zeitungen oder, genauer gesagt, in den Zeitungen, die heute in unsere Hände gelangt sind, ist ein Telegramm enthalten, welches, wenn ihm Glauben geschenkt wird, auf den Gang unserer Verhandlungen in schlimmster Weise einwirken kann. Unter Berufung auf die Petersburger Telegraphen-Agentur wird darin der Schlußpassus einer Rede angeführt, welche ich vor dem dritten Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten in Petersburg gehalten habe. Ich habe tatsächlich dort einen Bericht erstattet über den Gang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und habe dort tatsächlich meinen persönlichen Standpunkt und den Standpunkt unserer Delegation und unserer Regierung zum Ausdruck gebracht, wie ich ihn auch wiederholt hier dargelegt habe. In dem Telegramm ist aber davon die Rede, daß ich angeblich gesagt habe, die russische Delegation würde keinen Sonderfrieden abschließen. Diese Nachricht ist erfunden und genau das Gegenteil von dem, was ich gesagt habe.⁵⁾ Von seiten einer unbedeutenden Gruppe, die auf diesem Kongreß die Opposition bildete, wurde an mich das Verlangen gerichtet, ich möchte erklären bzw. versprechen, daß unsere Delegation einen Sonderfrieden nicht unterzeichnen würde. Ich habe darauf geantwortet — ich habe zwar keinen stenographischen Bericht bei der Hand, aber ich übernehme die volle Bürgschaft dafür, daß der Sinn dessen, was ich gesagt habe, in vollem Umfang richtig dargestellt wird — wir haben unsererseits alles dazu getan, um alle kriegsführenden Mächte zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen hinzuzuziehen. Wenn jetzt Verhandlungen nur über einen Sonderfrieden gepflogen werden, so fällt die Verantwortung dafür in vollem Umfange auf diejenigen Regierungen, die den Wünschen nach Friedensverhandlungen nicht entgegengekommen sind. Wenn ich mich verpflichtet hätte, keinen Sonderfrieden zu unterzeichnen, so würde das gleichbedeutend damit sein, daß ich die Verpflichtung dafür übernahm, daß das russische Volk weiterkämpft, solange es den amerikanischen, englischen und anderen Imperialisten genehm ist. Es würde bedeuten, daß wir nur die trügerische Politik der früheren Regierung fortsetzen. Ich lehne es kategorisch ab, ein derartiges Versprechen abzugeben. Wir fahren jetzt wieder nach Brest-Litowsk zurück und werden dort eintreten für einen ehrlichen, demokratischen Frieden⁶⁾ und werden einen solchen Frieden auch unterzeichnen, wenn unser politisches Gewissen uns sagt, daß dieser Friede nicht im Widerspruch steht zu den Interessen unseres Volkes und der anderen Völker.

Graf Czernin: Wenn in österreichisch-ungarischen oder reichsdeutschen Zeitungen falsche Reproduktionen von Reden oder andere unwahre Nachrichten enthalten sind, so trifft dies weder die österreichisch-ungarische noch die deutsche Regierung. Soweit Österreich-Ungarn in Betracht kommt — ich weiß nicht, ob die Nachricht auch in österreichisch-ungarischen Blättern war — bin ich bereit, die Angelegenheit zu untersuchen und, wenn es möglich ist, festzustellen, ob und wo eine Fälschung stattgefunden hat.

⁵⁾ In gleicher Höhe am Rande zwei senkrechte Striche von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* und Randbemerkung dazu: „Ausflucht! um Zeit zu gewinnen und weiteres Hinschleppen zu erlauben, Angst vor Ultimatum, das ihm gestellt werden wird und muß.“

⁶⁾ Von „ehrlichen“ bis „Frieden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Blech! gibt es nicht!“

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich glaube, nachdem der Herr Vorsitzende der russischen Delegation dieser Angelegenheit so großes Interesse entgegenbringt, daß die verbündeten Delegationen es dankbar begrüßen würden, wenn zu den Akten der Konferenz ein authentischer Text der vom Herrn Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten gehaltenen Rede niedergelegt werden könnte. Woher die Mitteilung stammt, ist nach diesem kurzen Auszug nicht festzustellen. Ich werde aber auch meinerseits Nachforschungen anstellen lassen.

Herr Trockij: Ich habe nicht von einer Fälschung gesprochen, weil es sich hier möglicherweise um ein Mißverständnis⁷⁾ handelt, ebenso wie ich bezüglich des ersten Telegramms, von dem hier seinerzeit die Rede war, nicht die Frage der Fälschung aufgeworfen habe, bis ich eine Untersuchung darüber angestellt hatte. Was das von mir an den Tag gelegte Interesse betrifft, so glaube ich, daß es ein großes und allgemeines Interesse ist bei aller Gegensätzlichkeit der Ansichten, daß die Debatten hier nicht erschwert werden durch offenbar falsche Nachrichten, die das Chaos nur vergrößern könnten und den Verhandlungen große Schwierigkeiten bereiten könnten. Wenn der Herr Staatssekretär vorgeschlagen hätte, daß die Protokolle der Reden der verantwortlichen Vertreter der Mächte vor ihren gesetzgebenden Körpern bekannt gegeben werden, zu den Akten hinzugefügt werden, so würde ich natürlich nichts dagegen einzuwenden haben und keinerlei Ausnahme für meine Reden verlangen.

Graf Czernin: Ich bin ebenfalls der Meinung des Herrn Volkskommissars, daß es nicht nötig ist, die hiesigen Verhandlungen noch durch die Phantasien von Journalisten zu komplizieren. Eben deshalb werde ich versuchen, soweit das von uns vertretene Reich in Betracht kommt, die Quelle dieser Nachrichten zu erforschen. Damit, glaube ich, können wir in die Tagesordnung der heutigen Besprechung eingehen. Bisher wurde in der Kommission, welche den Namen Kommission für territoriale Angelegenheiten trägt, die Frage jener Gebiete besprochen, welche von reichsdeutschen Truppen besetzt sind. Ich habe im vollen Einverständnis mit meinem Nachbarn zur Rechten vorgeschlagen, daß wir heute versuchen, eine gewisse Klarheit in dieser Beziehung in jenes Gebiet zu bringen, welches von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt ist. Das von österreichisch-ungarischen Truppen besetzte und verwaltete Gebiet ist auf dieser Karte durch den hier eingezeichneten gelben Strich abgegrenzt und ersichtlich gemacht. Bevor wir jedoch in die Details dieser Frage eingehen, möchte ich ersuchen, daß eine vollständige Klarheit über die diesbezüglichen Kompetenzfragen erreicht werde. Es ist den Herren der russischen Delegation bekannt, daß die Herren der ukrainischen Delegation auf dem Standpunkt stehen, daß sie über diese Fragen selbständig und allein zu verhandeln und zu beschließen hätten. Ich würde also vorher den Herrn Präsidenten der russischen Delegation ersuchen, seinen diesbezüglichen Standpunkt bezüglich der Kompetenz klarzulegen und besprechen zu lassen.

Herr Trockij: Im Namen unserer Delegation und der russischen Regierung erhebe ich hier mit aller Energie Einspruch dagegen, daß die Delegation der Kiever Rada sich auf den Standpunkt stellt, daß sie territoriale Fragen einseitig

⁷⁾ „ein Mißverständnis“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Hund!“

und selbständig lösen kann. Gleichzeitig konstatiere ich, daß in der ersten Sitzung, in welcher ich im Namen unserer Delegation erklärt habe in Gegenwart der Kiever Rada, daß in allen territorialen Fragen eine vorherige Einigung notwendig sei zwischen unserer Delegation und derjenigen der Kiever Rada, die in derselben Sitzung anwesenden Vertreter der Kiever Rada gegen diese meine Ausführungen keinerlei Einwendungen erhoben haben. Es ist mir nicht bekannt, wann und in welcher Sitzung die Vertreter der Kiever Rada erklärt haben, daß sie berechtigt seien, selbständig territoriale Fragen zu lösen. Unser damaliger Standpunkt wird heute noch mehr unterstützt durch die Teilnahme von zwei Vertretern des Exekutiv-Ausschusses der ukrainischen Republik im Bestande unserer Delegation. Dies ist die formale Seite der Frage. Was die materielle Seite betrifft, so bin ich der Ansicht, auf Grund verschiedener Nachrichten, die uns zur Verfügung stehen, insbesondere auf Grund eines Telegrammes, welches wir eben erhalten haben, daß die Frage einer Teilnahme der Delegation der Kiever Rada an den hiesigen Verhandlungen mehr als eine Frage der Vergangenheit anzusehen ist, denn als eine Frage der Gegenwart und der Zukunft.

Minister des Äußern Graf Czernin: Ich glaube, daß in diesen Anschauungen zwischen den anwesenden Herren der ukrainischen und der Petersburger Delegation ein entschiedener Widerspruch besteht. Die Herren der russischen Delegation werden mir gewiß Recht geben, wenn ich sage, daß es jedenfalls notwendig ist, diese Frage klarzustellen. Ich würde daher in diesem Belange vorschlagen, daß wir baldmöglichst eine Generalsitzung abhalten, wo diese in erster Linie zwischen Petersburg und Kiev liegende Frage bereinigt wird. Ich möchte nur zu meiner Aufklärung um eine Erklärung nach dieser Hinsicht bitten. Wenn, wie ich mich erinnere, in den ersten Sitzungen die Frage der territorialen Kompetenz zwischen Petersburg und Kiev besprochen worden ist, so habe ich das so aufgefaßt, daß es sich um jene Grenze handeln wird, bei welcher ein Konflikt zwischen den Ukrainern und dem von Petersburg aus verwalteten Rußland entstehen könnte. Ich hatte aber nicht verstanden, daß die Grenze der Ukraine, welche an Polen anschließen wird, Gegenstand besonderer Beratungen mit Petersburg sein muß, weil es unter allen Umständen nicht wahrscheinlich ist, daß das von Petersburg regierte Rußland zwischen Polen und die Ukraine sich hineinschieben wird. Die Frage, die ich mir zu stellen erlaube, geht also dahin, ob der Standpunkt des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation ein prinzipieller ist und sich dahin zusammenfassen läßt, daß die Ukraine über die Angelegenheiten des selbständigen ukrainischen Staates überhaupt nicht allein urteilen kann, oder ob die territorialen Fragen, in diesem Falle die ganzen territorialen Fragen, stets die Übereinstimmung mit Petersburg voraussetzen.

Herr Trockij: Ich werde mir erlauben, daran zu erinnern, daß der Herr Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation in einer der Sitzungen vor der Pause die Frage an mich gerichtet hat, ob ich sagen könnte, wo die strittigen und wo die nicht strittigen Grenzen der Ukraine verlaufen. Ich antwortete darauf, daß, solange die Grenzen zwischen der ukrainischen Republik und der russischen Republik nicht durch beiderseitiges Einvernehmen gezogen sind, alle territo-

rialen Fragen nach vorherigem Einvernehmen gelöst werden müßten. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Ukraine als vollständig freie, von Rußland unabhängige Republik bestehe und weiterbestehen würde, sie nach der erfolgten Abgrenzung alle Fragen ihres staatlichen Seins, also auch territoriale Fragen, selbständig würde lösen können. Aber diejenige ukrainische Regierung, welche im Bestande unserer Delegation mitvertreten ist, und welche eine Erklärung abgeben wird auf der nächsten Plenarversammlung, auf der diese Frage zur Behandlung kommen wird, aber die Vertretung stehe auf dem Standpunkte, daß die Ukraine einen Teil der föderativen Republik Rußlands bilde, wie dies auf dem letzten allrussischen Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt worden ist, und insofern ist es notwendig, daß diese Entscheidung der Frage nicht nur erfolgt auf der augenblicklichen tatsächlichen Grundlage, und wenn vorher eine Einigung zwischen uns und der ukrainischen Delegation notwendig war, ausgehend von der tatsächlichen Lage der Dinge, so ist dies jetzt noch notwendiger geworden infolge des Beschlusses des föderativen Aufbaues unserer Republik.

Minister des Äußern **Graf Czernin**: Ich danke dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation für seine Ausführungen und glaube, daß damit die Frage tatsächlich in ein Stadium getreten ist, wo ohne die Herren der ukrainischen Delegation nicht weiter gesprochen werden kann. Ich behalte mir daher diesbezügliche Vorschläge noch vor.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat von einem Telegramm gesprochen, dessen Inhalt er große Wichtigkeit beimißt. Es würde sicher für die Kommission interessant sein, wenn er uns von dem Inhalte dieses Telegramms Mitteilung machen könnte.

Herr **Trockij**: Der Inhalt des Telegramms ist der, daß der ausschlaggebende Teil der Kiever Garnison auf Seite der ukrainischen Sovetregierung übergegangen ist und daß die Frage der weiteren Existenz der Rada nach ganz kurzen Zeiteinheiten bemessen ist.

Minister des Äußern **Graf Czernin**: Ich würde vorschlagen, daß wir morgen, vielleicht um einhalb sechs Uhr nachmittags eine Plenarsitzung abhalten, bei welcher diese Frage der Kompetenz, die hier angeregt wurde, zwischen den Herren der ukrainischen Delegation und der Petersburger Delegation weiter besprochen wird, und schließe die Sitzung.

Herr **Trockij**: Darf ich mir noch eine Frage erlauben? Ich habe aus der Presse erfahren, daß der Herr Staatssekretär an den polnischen Ministerpräsidenten Herrn *Kucharzewski* einen Brief gerichtet hat, in welchem er mitteilt, er würde die Frage anregen, daß ein Vertreter dieses Ministeriums zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen aufgefordert werde. Ist zu erwarten, daß diese Frage auf einer der nächsten Sitzungen angeschnitten wird?

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Wir werden diese Frage zu einem Zeitpunkt, der uns dazu geeignet erscheint, zur Diskussion stellen. Mein grundsätzlicher Standpunkt zu dieser Frage ist ja in früheren Sitzungen bereits dargelegt.

Herr **Trockij**: Ich wollte nur, ohne irgendwie den Herrn Staatssekretär in der Wahl des ihm geeignet erscheinenden Augenblickes einengen zu wollen, mögliche

Mißverständnisse über den Punkt beseitigen, als ob von unserer Seite irgendwelche Schwierigkeiten dafür obwalten, diese Frage hier in den Vordergrund zu stellen, im Gegenteil, wir haben ein Interesse daran, daß diese Frage möglichst bald verhandelt werde, da die Beleuchtung unserer Stellungnahme, wie sie in dem erwähnten Briefe vorgenommen worden ist, in entschiedenem Widerspruche steht zu unserem tatsächlichen Standpunkt.

Staatssekretär v. Kühlmann: Die gegensätzlichen gegenseitigen Standpunkte ergeben sich aus den Protokollen, und wenn bei der seinerzeitigen Debatte über den Gegenstand, wie es die heutigen Äußerungen des Herrn Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten anzudeuten scheinen, in der Auffassung der russischen Delegation über die Staatspersönlichkeit der besprochenen Gebiete eine Änderung eingetreten sein sollte, so würde ich dies nur mit Freude begrüßen können als einen großen Schritt zu dem von uns so sehr gewünschten Einvernehmen. Ich hoffe, daß es uns möglich sein werde, die Frage in nächster Zeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Trockij: Ich habe vorläufig nichts gesagt über eine Änderung unseres Standpunktes, ich wollte nur bemerken, daß unser Standpunkt eine Veränderung erfahren hat in der Darlegung des Herrn Staatssekretärs.

Minister des Äußern Graf Czernin: Ich möchte dem nur hinzufügen, daß ich auch meinerseits eine Entsendung der betreffenden in Frage stehenden Herren unter bestimmten Voraussetzungen auf das wärmste begrüßen könnte.

Ich schließe die Sitzung und schlage für morgen 1/26 Uhr eine Plenarsitzung vor. (Schluß der Sitzung 6 Uhr 32 Minuten).

Kühlmann.⁸⁾

⁸⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Kohl! Das muß bald aufhören!“

272.

1. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)
an Reichskanzler Graf v. Hertling¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. Telegramm. Nr. 19. Abgeg. Berlin, 1. 12. 1918, angek. 1. 2. 1918, 7.35. Herkunftsvermerk: „ss. adfelde fk. 1/2 6—30 N.“ Überschrift: „Persönlich“.

Seitdem die Bolschewiki-Regierung in Petersburg erkannte, daß es zwischen den Zentralmächten einerseits und den Finnen und Ukrainern andererseits zum Abschluß eines Friedens kommen könnte, konzentrierte sie alle ihre Anstrengungen darauf, die selbständigen Regierungen beider Staaten durch List und Gewalt zu stürzen. In Finnland scheint ihnen dies — wenigstens im Südteil — gelungen. Aus Kiev wollte *Trockij* gestern abend eine Mitteilung bekommen haben, wonach der größte Teil der Garnison zu den Bolschewiki übergetreten sei. Wie Herr *Trockij* triumphierend verkündete, würde die Existenz der Rada-

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 345 f.

Regierung nur mehr nach Stunden zu bemessen sein. Die hiesigen Ukrainevertreter sind noch ohne authentische Nachrichten über die Vorgänge. Falls ein Hilferuf der ukrainischen Rada-Regierung an uns erginge, wäre die Frage ernstlich zu prüfen, ob diesem Folge geleistet werden könnte oder nicht. Teils hat eine solche Einmischung in die inneren Verhältnisse eines in chaotischer Gärung begriffenen Reiches große Gefahren — insbesondere auch die, daß durch das Bündnis mit dem immer noch als Landfeind geltenden Deutschland die Rada in Rußland vollständig den Boden unter den Füßen verlieren könnte — andernfalls würde der bei dem bewiesenen schlechten Willen kaum zu vermeidende Abbruch mit den Bolschewiki bei uns und insbesondere in Österreich leichter ertragen, wenn man auf ein Bundesverhältnis zu den Ukrainern hinweisen könnte.

Das Mißliche der gegenwärtigen Lage ist, daß die Verhältnisse im Innern Rußlands vollkommen undurchsichtig sind und sich ziemlich verschieben und weitreichende Beschlüsse ohne einigermaßen zuverlässige tatsächliche Unterlagen gefaßt werden müssen.

In der internationalen Lage kennzeichnet sich insofern auch schon wieder eine Verschiebung ab, als bisher die Entente aus der Auffassung heraus, daß die Bolschewiki auf alle Fälle den Sonderfrieden mit Deutschland anstreben, der Ukraine ihre Unterstützung zuwandten, während jetzt, wo der Abschluß der Bolschewiki mit uns wahrscheinlicher aussieht und die Ukrainer sich stark an uns annähern, nun die Petersburger Regierung wieder Anlehnung bei der Entente sucht — ein Streben, das insbesondere auch von Amerika begünstigt wird. *Wilson* will, abweichend von *Lloyd George*, die Bolschewiki nicht fallen lassen. Die diplomatische Mission des Herrn *Kamenev* an die Kabinette der Entente dürfte als wichtiger Fingerzeig in dieser Richtung dienen.²⁾

Ich neige in Übereinstimmung mit den Österreichern und den Türken zur Auffassung, daß man auf alle Fälle jetzt mit den Ukrainern, selbst wenn die Macht der Rada vorübergehend stark abgeschwächt sein sollte, ein Übereinkommen abschließen soll. Für die Österreicher ist etwas derartiges . . .³⁾ nötig, für die Türken und unsere . . .³⁾ voraussichtlich nützlich. Man darf sich aber über den realen Wert eines solchen Abschlusses bei der offenbar schwer erschütterten Stellung der Rada keine großen Illusionen machen.

Kühlmann.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang Warth S. 158 ff. (*The Allies and Bolshevism*), S. 196 ff. (*A Separate Peace*); Kennan I S. 85 ff.; dazu Buchanan, *Meine Mission*, S. 252 f., 257 ff.

³⁾ So im Or.

273.

1. 2. 1918: General Hoffmann (Brest-Litowsk)
an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. Masch. Schr. m. eigenh. Unterschrift Hoffmanns.

Feldmarschall v. *Hindenburg* ersucht mich für Abfassung eines Ultimatums nochmals nachstehende Wünsche entschieden zu vertreten:

Zu I, 3: Zusatz betreffend Räumung von Livland und Estland bildet letzten Versuch, Reste des dortigen Deutschtums zu retten.

Zu II, 1: „haben zuerkannt“.

Zu II, 4: Begründung „da eine derartige Willensmeinung z. Zt. nicht unter völlig normalen Bedingungen erfolgen kann“ ist nicht nötig.

Feldmarschall *v. Hindenburg* wiederholt nochmals seine schweren Bedenken gegen eine zweite Willensäußerung.

Zu II, 5: Hinweis, daß auch die Sicherheit nach außen die Zurücklassung von Truppen fordert, ist unbedingt erforderlich.

Dem Herrn Gesandten *v. Rosenberg* zum Vortrag bei Seiner Exzellenz dem Herrn Reichskanzler.

Hoffmann
Generalmajor.

274.

1. 2. 1918: Artikel der Berliner Morgenpost „Berlin—Brest-Litowsk. Friedensverhandlungen und Streiks“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. Randbemerkung, Strich am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

[...] Aber auch die Regierung trifft schwerer Vorwurf. In unserem Leitartikel „Nur immer den Kopf in den Sand“ schrieben wir am Dienstag, den 22. Januar:

Statt daß nun von Regierung wegen alles getan wird, um im Publikum keinen Zweifel aufkommen zu lassen an der Entschlossenheit der Regierung, daß sie nach wie vor im Sinne ihrer wiederholt im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen gewillt ist, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um die uns durch königliche Zusage verheißene Wahlreform durchzuführen — statt dessen verbietet man davon zu reden, daß bei uns ein Feuer brennt und daß es bei uns Leute gibt, die in verbrecherischem Leichtsinne mit diesem Feuer spielen. Wie beruhigend müßte angesichts des Treibens der großagrarischen und der schwerindustriellen Reaktion im Abgeordnetenhaus eine Regierungserklärung in dem hier angedeuteten Sinne wirken, wie sehr würde sie den Hetzern und Schürern das Wasser abgraben, das ihnen die *Heydebrand*¹⁾ und Genossen stromweise auf ihre Mühlen liefern! Statt dessen aber schweigt man und zwingt auch jene zum Schweigen, die in ihrer tiefen Besorgnis um das Schicksal unseres Volkes und unseres Vaterlandes ihre warnenden Stimmen erheben möchten.

Es ist so gekommen, wie wir's damals der Regierung warnend vorausgesagt hatten. Und nun? Will man von Regierung wegen nicht jetzt endlich sagen, wie es mit der Wahlrechtsreform werden soll? Will man nicht jetzt endlich den dicken Trennungsstrich ziehen zwischen Regierung und Vaterlandspartei, der zur Vermeidung schweren Schadens schon längst hätte gezogen werden sollen?²⁾

¹⁾ *Ernst v. Heydebrand und der Lasa* (1851—1924), Deutschkonservativer Politiker (Reichstagsabgeordneter seit 1903), Gegner einer Änderung des Dreiklassenwahlrechts.

²⁾ In gleicher Höhe dieser Sätze rechts und links am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „aha!“

Man lasse sich nicht durch das reaktionäre Gezeter von der Erpresserpolitik schrecken, und man lasse sich auch nicht durch Rücksichten auf das Regierungsprestige zu einer unfruchtbaren Justamentpolitik drängen. Sondern man werbe um das Vertrauen des Volkes, und man wird sehen, wie leicht es zu gewinnen ist. Will man dies tun — wie es das Wohl des Vaterlandes gebietet, daß man es tue — so tue man's bald. Heute noch!

R. C.

275.

1. 2. 1918: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm: Nr. 284. Abgeg. Brest-Litowsk, 2. 2. 1918, 4.30 vorm., angek. 2. 2. 1918, 6.55 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der achten Vollsitzung der Friedensversammlung. Freitag, den 1. Februar, nachmittags 5 ½ Uhr.“

Die Sitzung wird um 5 Uhr 41 Minuten durch den bulgarischen Militärbevollmächtigten Oberst *Gantschew* eröffnet.

Oberst *Gantschew*: Ich möchte gleich mitteilen, daß in der Zusammensetzung der bulgarischen Kommission eine Veränderung eingetreten ist, indem an Stelle des Herrn Justizministers *Popow* der Ministerpräsident *Dr. Radoslawow* kommt. Das Wort hat der Herr Vorsitzende der Delegation der ukrainischen Volksrepublik.

Herr *Sevrjuk*: Gestatten Sie, daß ich zu Anfang auf einige persönliche Veränderungen in unserer Delegation hinweise. Nachdem der Vorsitzende der Delegation, Herr *Holubovyč*, nicht mehr hier eingetroffen ist, übernehme ich den Vorsitz der ukrainischen Delegation. Nach dieser kurzen Einleitung gestatten Sie mir das Wort zu ergreifen zu längeren Ausführungen bezüglich der Sitzungen, die nach der Pause stattgefunden haben.

Meine Herren! Durch die Note der Regierung der Ukraine, des Generalsekretariats, vom 7./20. Dezember 1917 hat die ukrainische Delegation die Stellung der ukrainischen Republik auf der Friedenskonferenz auseinandergesetzt, indem sie darauf hinwies, daß durch einen Akt der ukrainischen Zentralrada vom 7. November a. St. durch das III. Universal die ukrainische Volksrepublik proklamiert worden und dadurch ihre internationale Stellung bestimmt ist.¹⁾ Diese internationale Stellung ist sowohl durch den Rat der Volkskommissare als auch durch die Vertreter der vier verbündeten Mächte anerkannt worden, ferner ebenso seitens der französischen Republik und Großbritanniens, welche ihre diplomatischen Vertreter bei der Regierung der ukrainischen Volksrepublik ernannt und dorthin entsendet haben. Als Beweis dafür dienen sowohl die Protokolle der Friedenskonferenz als auch die diplomatischen Akten, welche in der Tagespresse erschienen sind. Was insbesondere die Anerkennung der Ukraine als unabhängiger Staat seitens der Regierung der Volkskommissare anbetrifft, so geht diese hervor aus den Erklärungen des Vorsitzenden der russischen Dele-

¹⁾ Vgl. hierzu den Hinweis in Nr. 101.

gation, Herrn *Trockij*, die er in der Sitzung vom 10. Januar d. J. abgegeben hat. Damals hat er wörtlich folgendes gesagt: „Nachdem die russische Delegation die von der ukrainischen Delegation verlesene Note des Generalsekretariats angehört hat, erklärt sie in voller Übereinstimmung mit der Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung seitens der Nation bis zur völligen Los-trennung, daß ihrerseits keine Einwendungen erhoben werden gegen die Teil-nahme der ukrainischen Delegation an den Verhandlungen.“²⁾

Da in der erwähnten Note des Generalsekretariats gesagt wurde, daß „die ukrainische Volksrepublik, vertreten durch das Generalsekretariat, von nun an den Weg selbständiger internationaler Beziehungen beschreitet“, so bildete auch die oben angeführte Erklärung bezüglich dieser Note eine volle Anerkennung der Selbständigkeit der ukrainischen Volksrepublik seitens der Regierung der Volkskommissare, ferner des Rechtes der Delegation ihrer Regierung, des Gene-ralsekretariats, selbständig in internationale Beziehungen einzutreten. Auf die Frage des Staatssekretärs *v. Kühlmann* in derselben Sitzung, ob der Vorsitzende der russischen Delegation die ukrainische Delegation als einen Teil der russischen Delegation ansehe, oder ob die ukrainische Delegation als Vertretung eines selbständigen Staates anzusehen wäre, erklärte Herr *Trockij* in seiner Antwort: „Da die ukrainische Delegation hier als vollständig selbständige Delegation auf-getreten ist, und da wir vorgeschlagen haben, ihre Teilnahme an den Verhand-lungen anzuerkennen, ohne irgend welche Beschränkungen lautwerden zu lassen, da ferner von keiner Seite, wenn ich mich nicht irre, vorgeschlagen wurde, die ukrainische Delegation zu einem Teile der russischen Delegation zu machen, so scheint mir, daß diese Frage von selbst hinfällig ist.“

In der Kommissionssitzung vom 14. Januar sagte der Vorsitzende der russischen Delegation, Herr *Trockij*: „Ich habe schon in einer unserer Erklärungen darauf hingewiesen, daß diejenigen Konflikte, welche wir mit der ukrainischen Rada hatten, und welche leider noch nicht beseitigt sind, in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken können und uns in keiner Weise daran hindern können, die unabhängige ukrainische Republik anzuerkennen.“³⁾

Abgesehen von dieser Anerkennung der Unabhängigkeit der ukrainischen Volks-republik durch die Regierung der Volkskommissare wurde sie auch von den vier verbündeten Mächten anerkannt. Der ganze Gang der Verhandlungen bis zur letzten Unterbrechung weist darauf hin, daß die ukrainische Delegation stets als die Delegation eines unabhängigen Staates angesehen wurde. Diese unbedingte Anerkennung der Unabhängigkeit der ukrainischen Volksrepublik durch die Regierung der Volkskommissare hielt bis zur letzten Unterbrechung an. Nach der Unterbrechung versuchte in der Sitzung vom 31. Januar der Vorsitzende der russischen Delegation, Herr *Trockij*, unter Bezugnahme auf irgendein von ihm erhaltenes Telegramm, daß angeblich die Mehrheit der Kiever Garnison sich gegen die Regierung der ukrainischen Zentralrada erhoben hätte, die Be-rechtigung der ukrainischen Delegation zu leugnen; als anderen Beweisgrund

²⁾ Vgl. Nr. 173.

³⁾ Vgl. Nr. 198.

für die angeblich mangelnde Berechtigung unserer Delegation hat er sich in der Sitzung vom 30. Januar auf das Vorhandensein von Vertretern des Exekutiv-ausschusses in Charkov berufen, wobei er wörtlich folgendes sagte: „Im Augenblicke der Besprechung der Frage bezüglich der Kiever Delegation habe ich nichts über das Vorhandensein einer anderen Organisation innerhalb der Grenzen der ukrainischen Volksrepublik gesagt, welche Anspruch auf staatliche Macht erhebt. Wir waren damals der Ansicht, daß die Frage, in welcher Weise die Delegation der ukrainischen Rada mit Erfolg die Interessen der ukrainischen Republik vertreten könnte, am allerbesten gelöst werden kann durch die autoritativen Organe der arbeitenden Massen der Ukraine selbst, und solange der Rat der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten der Ukraine nicht die Frage angeregt hatte, daß eine Vertretung seinerseits hier in Brest-Litowsk notwendig wäre, hatten wir keinerlei Ursache, hier in unseren Debatten diese Frage anzuschneiden.“

Wir halten es für notwendig zu konstatieren, daß die von Herrn *Trockij* in derselben Sitzung gehaltene erste Rede in vollständigem Widerspruch zu allen seinen früheren Erklärungen steht. Wenn früher Herr *Trockij* die Unabhängigkeit der ukrainischen Volksrepublik anerkannte und keinen Einspruch erhob gegen die Note des ukrainischen Generalsekretariats, in der es hieß, daß die Macht des Rates der Volkskommissare sich nicht auf die Ukraine erstreckt, so weist jetzt der Vorsitzende der russischen Delegation darauf hin, daß keinerlei Einwendungen der Ukraine mit den Zentralmächten möglich ist ohne die Sanktion des Rates der Volkskommissare usw. Diese Erklärung des Vorsitzenden der russischen Delegation ebenso wie einige Tatsachen staatsrechtlichen Charakters im Leben der Ukraine, von denen wir noch die Ehre haben werden zu sprechen, zwingen uns, folgende Erklärung abzugeben:

Wir sind durchaus einer Ansicht mit Herrn *Trockij*, daß in dem staatlichen Leben der Ukraine Veränderungen vorgekommen sind, aber ganz anderer Natur als diejenigen, auf welche Herr *Trockij* hinwies. Das Wesen dieser Veränderungen steht im Zusammenhange mit dem IV. Universal der ukrainischen Zentralrada vom 24. Januar d. J. In diesem heißt es: „Von nun ab bildet die ukrainische Volksrepublik einen selbständigen, von niemand abhängigen freien und souveränen Staat des ukrainischen Volkes.“

Aus diesen Worten des Universals geht durchaus nicht hervor, daß vor seiner Publizierung die ukrainische Volksrepublik von irgend jemandem abhängig war, es wird dadurch nur der Verzicht auf diejenigen Formen der Föderation zum Ausdruck gebracht, auf welche das III. Universal hinwies. Wie aus der von uns am 10. Januar verlesenen Note des Generalsekretariats hervorgeht, war die Regierung der ukrainischen Volksrepublik bestrebt, einen Bund aller Republiken zu schaffen, welche zu jenem Zeitpunkt auf dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreiches entstanden waren, ferner eine zukünftige gemeinsame föderative Regierung in Rußland zu bilden und die internationale Vertretung zwischen der Regierung der ukrainischen Volksrepublik und der föderativen Regierung der zukünftigen Föderation zu verteilen. Da bis zum Erlasse des vierten Universals trotz aller Versuche der ukrainischen Regierung ein derartiges gemeinsames föderatives Organ nicht zustande gekommen ist und da aus der augenblicklichen

Lage hervorgeht, daß ein solches auch nicht zustande kommen kann, so hat die ukrainische Zentralrada die Politik der Bildung einer föderativen Regierung, wie sie sie vorher verstand, fallen lassen und hat durch das vierte Universal die Ukraine zum ganz selbständigen und von niemandem abhängigen Staate proklamiert. Infolgedessen hat die ukrainische Rada in demselben Universal bezüglich der internationalen Beziehungen erklärt, daß wir mit allen angrenzenden Staaten in Frieden und Freundschaft leben wollen, daß aber kein einziger von ihnen sich in das Leben der selbständigen ukrainischen Republik einmischen darf. Folglich hat das vierte Universal in klarer Weise sowohl die internationale rechtliche Stellung der ukrainischen Volksrepublik als auch ihre Politik gegenüber ihren Nachbarn bestimmt.

Was nun die oben angeführten Argumente des Vorsitzenden der russischen Delegation, Herrn *Trockij*, anbetrifft, so entbehren diese jeder Bedeutung. Die Berufung darauf, daß in der ukrainischen Volksrepublik der Exekutivausschuß in Charkov besser die Interessen der arbeitenden Massen wiedergibt, ist zwar außerordentlich leicht zu widerlegen, betrifft aber das Gebiet der inneren Beziehungen, welche nicht der internationalen Kontrolle unterliegen. Noch weniger überzeugend ist die Berufung des Herrn *Trockij* darauf, daß die ukrainische Delegation der Berechtigung entbehrt, weil sie nicht vom Exekutivausschuß in Charkov anerkannt ist; auf Grund dieses Argumentes müßte die russische Delegation in erster Linie ihre Vollmachten niederlegen, da in ihr weder Vertreter der Moldau noch der Krimtataren, noch der Donkosaken, noch der kaukasischen Völkerstämme, noch Sibiriens vertreten sind, welche ebenfalls nicht die Regierung des Rates der Volkskommissare anerkennen.

In einer so hohen Versammlung, wie es die Friedenskonferenz ist, ist das Mittel des Herrn *Trockij* offenbar unzulässig, die staatlichen Rechte der ukrainischen Zentralrada auf Grund irgendeines Telegramms zu bestreiten, welches er aus Petersburg erhalten hat. Mit durchaus analogem Rechte könnten wir uns auf einen Funkspruch beziehen, der in der zweiten Hälfte Januar neuen Stils in den Kiever Zeitungen abgedruckt worden ist, daß einige Regimenter in Petersburg sich zur Verteidigung der konstituierenden Versammlung gegen die Regierung der Volkskommissare erhoben haben und daß dort auf den Straßen Kämpfe stattfanden mit ungünstigem Ausgange für die bestehende Regierung. Dem Beispiele des Herrn *Trockij* folgend, könnten wir auf Grund dieses Telegramms verlangen, daß die Delegation des Rates der Volkskommissare nicht mehr anerkannt würde, wir tun dies aber nicht, da wir dies als eine russische Frage und nicht als eine ukrainische ansehen, die uns daher auf Grund des Prinzips der Nichteinmischung gar nichts angeht. Was den Inhalt des Telegramms betrifft, so halten wir es jetzt sowohl aus diesem Anlasse wie mit Rücksicht auf andere ähnliche Telegramme, die Herr *Trockij* vorbringen kann, für überflüssig, in eine Besprechung einzutreten. Und auch in Zukunft werden wir dies nicht tun.

Um jetzt aber neuen möglichen falschen Auslegungen von irgendwelcher Seite vorzubeugen und ferner für die Zukunft seitens der russischen Delegation Erklärungen zu vermeiden, die zueinander in Widerspruch stehen, schlagen wir, indem wir den hier vertretenen Mächten die Note unserer Regierung mit der Bekanntgabe der Proklamierung der ukrainischen Volksrepublik zum selbstän-

digen Staate überreichen, vor, formell die ukrainische Republik als einen durchaus selbständigen und von niemandem abhängigen Staat anzuerkennen und damit endgültig sowohl ihre internationale Stellung als auch die Berechtigung der Delegation ihrer gesetzmäßigen Regierung festzustellen.

Oberst Gantschew: Ich erteile das Wort dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation.

Herr Trockij: Ehe ich davon Gebrauch mache, daß mir das Wort erteilt worden ist, fordere ich den Vertreter des ukrainischen Exekutivausschusses auf, seine Erklärungen zu verlesen.

Herr Medvedev: Verehrte Versammlung! Die große russische Revolution hat das Joch des zarischen Regimes, die nationale Knechtung, das Herrschen der Junker und Kapitalisten abgeschüttelt. Sie gab den Bauern Boden, hat den Arbeitern die Leitung der Unternehmungen überwiesen und schuf auch den dritten Kongreß der Sovets, die große russische Föderation der Arbeiter- und Bauernrepublik, den freien Bund freier Völker, die Republik der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. In Brest-Litowsk sprach bis jetzt im Namen der ukrainischen Volksrepublik die Delegation der Kiever Rada. Die ukrainischen Sovets, die einzige Gewalt, die das arbeitende Volk unseres Landes anerkennt⁴⁾, waren hier nicht vertreten. Der ukrainische Exekutivausschuß, das souveräne Organ des ukrainischen Volkes, hat von Anfang an die Kiever Rada nicht für berechtigt gehalten, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen.⁵⁾ Im Bewußtsein seiner [sic!] Schwäche und seiner Abgerissenheit von den arbeitenden Massen unseres Landes hat die Kiever Delegation hinter dem Rücken des ukrainischen Volkes Verhandlungen geführt, geheim in vier Wänden abgesondert von der russischen Delegation. Als die Kunde von diesen Verhandlungen an das ukrainische Volk gelangte, hat sie lauten Protest bei den arbeitenden Massen hervorgerufen und die Grundfesten der Gewalt der Kiever Rada erschüttert. Das ukrainische Volk will schnellen Frieden. Aber diesen Frieden will es zusammen mit der ganzen russischen föderativen Republik und brüderlich Hand in Hand mit ihrem ganzen arbeitenden Volke schließen. Sehr irren diejenigen, welche annehmen, daß die Ukrainer an Rußland nur durch die Ketten des Zarismus gekettet waren. Diese

⁴⁾ D. h. das Volkssekretariat und das Zentralexekutivkomitee der ukrainischen Räte, gewählt auf dem I. Allrussischen Rätekongreß der Arbeiter, Soldaten und Bauern in Charkov am 24. 12. 1917; vgl. im einzelnen und über die Stellung des Volkssekretariats zur Kiever Rada Lenin, Sämtliche Werke XXII, Anhang S. 665 f.

⁵⁾ Die Kiever Rada, im April 1917 auf dem Kongreß der ukrainischen nationalen Organisation in Kiev ins Leben gerufen, stellte das Führungsgremium der nationalen ukrainischen Bewegung vom November 1917 bis Anfang Februar 1918 dar; März bis Ende April 1918 oberstes Machtorgan der „Ukrainischen Volksrepublik“. Seit Mitte November 1917 hatte die Rada eine sovjetfeindliche Haltung beobachtet, am 20. 11. 1917 das sog. III. Universal angenommen und die Unabhängigkeit der (von der Kiever Rada und ihrem Exekutivorgan, dem Generalsekretariat repräsentierten) „Ukrainischen Volksrepublik“ ausgerufen. Am 8. 2. 1918 wurde Kiev von sovjetischen Truppen besetzt, ab 12. 2. 1918 Sitz des Zentralexekutivkomitees der Ukraine; über die Entwicklung im einzelnen, insbesondere den Konflikt mit der Regierung in Petersburg vgl. Lenin, Sämtliche Werke XXII, S. 665 f. — S. auch in diesem Zusammenhang ebenda, S. 122—124, Manifest an das ukrainische Volk und ultimative Forderungen an die ukrainische Rada (16. 12. 1917); S. 148 f. Resolution des Rates der Volkskommissare zum Bericht *Prosjans* über die Verhandlungen mit der Rada 1. Januar 1918.

Ketten sind zersprungen, aber enge ökonomische und Kulturbände sind ganz geblieben zwischen diesen Brudervölkern, und nur jetzt werden sie erstarken, auf der freien Verständigung dieser Völker befestigt. Wir halten es für unsere Pflicht, die Völker Österreich-Ungarns und Deutschlands darauf hinzuweisen, daß alle Versuche, die Ukraine Rußland gegenüberzustellen und darauf das Friedenswerk zu bauen, falsch begründet sind und daher von vornherein scheitern müssen. Die Kiever Rada hat den Weg dieser Politik beschritten, und aus ihrem Schicksal kann sich jeder weitblickende Staatsmann überzeugen, daß das Bestreben, mit einzelnen Teilen der russischen föderativen Republik Frieden zu schließen, falsch in seinen Urfesten ist. Wer keinen vorübergehenden Erfolg, sondern feste friedliche Beziehungen auf lange Jahre erzielen will, der muß über den allgemeinen Frieden mit allen Völkern Rußlands, die durch ökonomische und kulturelle Bände vereinigt sind und im föderativen Staatenbund stehen, verhandeln.

Wir, die Beauftragten des Volkssekretariats bei dem ukrainischen Exekutiv-ausschuß, hierher entsandt in den Bestand der russischen Delegation, erklären: Das Volkssekretariat ist bestrebt, solche Bedingungen zu schaffen, unter denen das ganze ukrainische Volk, welches in der Ukraine, in Galizien, in der Bukowina und in Ungarn wohnt, ungehindert durch die Staatsgrenzen, die es jetzt in Teile trennen, als ein Ganzes leben könnte. Die Frage über die weitere staatliche Lage der Ukraine in der Reihe anderer Völker soll durch freie Abstimmung des ganzen vereinigten ukrainischen Volkes entschieden werden. Uns ist der Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung in dieser Frage bekannt, die es nicht zulassen wird, die allukrainische Frage auf diesen Friedensverhandlungen zu besprechen, aber wir sind fest überzeugt, daß der weitere Gang der demokratischen Entwicklung in nächster Zukunft dem vielgeprüften ukrainischen Volk Einheit und Freiheit sichern wird, welches es im brüderlichen Zusammensein mit den Nachbarvölkern genießen wird.

Was die jetzigen Friedensverhandlungen betrifft, so steht das Volkssekretariat der ukrainischen Republik ganz auf jenen Grundsätzen des demokratischen Friedens, die durch die russische Revolution propagiert und von den ukrainischen Sovets bestätigt wurden: Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, der den Völkern das Recht der Selbstbestimmung sichert.

Was die okkupierten Gebiete anbetrifft, so teilen wir ganz den Standpunkt, den die russische Delegation hier vertreten hat, nämlich den, daß die interessierten Völker selbst ihr Schicksal durch Volksabstimmung entscheiden sollen, daß aber vorher die fremden Truppen aus den Gebieten zurückgezogen werden müssen.

Zum Schluß erklären wir nochmals auf das entschiedenste, daß das ukrainische Volk irgendwelche Übereinkommen und Verträge mit der Kiever Rada nicht anerkennen wird und daß dieselben nicht zum Leben gelangen, wenn sie nicht durch die Delegation der föderativen russischen Republik, in deren Bestand wir gehören, anerkannt und gutgeheißen werden.

Herr Trockij: Es ist in keiner Weise zu bestreiten, daß wir hier seinerzeit erklärt haben, daß die Konflikte, die zwischen der Kiever Rada und uns obwalten und auch jetzt noch anhalten, in keiner Weise einen Einfluß darauf ausüben können, daß wir die Ukraine als unabhängigen Staat anerkennen, aber von vornherein

muß die Vermischung der Begriffe abgewiesen werden, welche besteht in der Identifizierung der Anerkennung der Selbständigkeit oder Unabhängigkeit eines Staates im Zusammenhang mit der Anerkennung dieser oder jener Regierung. Niemand wird hier die Unabhängigkeit der russischen Republik bezweifeln. Es ist aber bekannt, daß eine ganze Reihe von Regierungen bisher noch nicht die Regierung des Rates der Volkskommissare anerkannt hat. Finnland ist von einer ganzen Reihe von Regierungen als unabhängiger Staat anerkannt worden. Aber die letzten Nachrichten, die zu uns gelangt sind, geben uns bekannt, daß diejenige Regierung Finnlands, die die Anerkennung der Unabhängigkeit entgegengenommen hat, gestürzt ist und ersetzt ist durch eine Arbeiter- und Bauernregierung.⁶⁾ Die finnländische Regierung hat unmittelbar nach der Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands die Forderung aufgestellt, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Wir sehen unsererseits keinerlei Hindernis für eine derartige Teilnahme, und soweit wir informiert sind, liegt auf Seite der Mächte des Vierbundes auch kein Hindernis dafür vor, und es ist selbstverständlich, daß die Änderung in der finnländischen Regierung keinerlei Änderung vornimmt in der internationalen Rechtsstellung Finnlands. In dem Augenblick, als die Frage über die Anerkennung der Delegation der Kiever Rada hier vor uns praktisch wurde, hatte der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine bei weitem noch nicht endgültige Formen angenommen, und das hat darin seinen besten Ausdruck gefunden, daß die Vertreter des Vierbundes eine sofortige Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine abgelehnt haben und sich vorbehalten haben, ihre endgültige Stellungnahme in dieser Frage in Verbindung zu bringen mit der Ausarbeitung und Unterzeichnung des Friedensvertrages. In welchem Maße die internationale rechtliche Stellung der Ukraine noch im Werden begriffen ist, geht auch daraus hervor, daß wir heute aus dem Munde des Vorsitzenden der ukrainischen Delegation eine außerordentlich wichtige prinzipielle Änderung des Standpunktes der Kiever Rada erfahren haben in der Frage der internationalen rechtlichen Stellung der Ukraine. Die Kiever Rada lehnt eine Beteiligung an der föderativen russischen Republik ab, und das erfolgt in dem Augenblicke, nachdem auf dem dritten Kongreß der Sovets unter Teilnahme von Vertretern des ukrainischen Volkes der russische Staat als föderative Republik anerkannt worden ist unter Teilnahme der ukrainischen Republik an derselben.

Unter den zahlreichen Zitaten aus meinen Äußerungen, auf welche sich der Vorsitzende der Kiever Rada beruft, fehlt ein Zitat, welches von entscheidender Bedeutung für die Lösung dieser Frage ist. Ich habe schon damals, ohne einen Protest seitens der Delegation der Kiever Rada hervorzurufen, darauf hingewiesen, daß gerade infolge der vorläufig noch ungeklärten Situation in der Ukraine insbesondere bezüglich ihrer Grenzen in allen strittigen Fragen eine vorhergehende Einigung der beiden hier vertretenen Delegationen notwendig ist. Diese Erklärung setzte auch eine negative Seite voraus, das heißt, daß jedes Einvernehmen zwischen der Kiever Rada und den Mittelmächten, welches kraft der noch nicht erfolgten Abgrenzung zwischen diesen beiden Staaten Widerspruch

⁶⁾ Am 28. 1. 1918 hatten die finnischen Kommunisten Helsinki in Besitz genommen, sie begannen sich in Südfinnland auszubreiten.

hervorrufft, von Seiten der russischen Delegation dadurch ihre Kraft verliert und von selbst hinfällig ist. Jede Bezugnahme auf innere Vorgänge in der Ukraine kann natürlich keinerlei entscheidende juristische Bedeutung haben. Das sind wir bereit anzuerkennen. Aber gerade infolge des Fehlens einer juristischen Abgeschlossenheit aller uns hier interessierenden Fragen müssen wir unbedingt alle diese Widersprüche von ihrer materiellen Seite betrachten. Nur dazu habe ich mir erlaubt, Bezug zu nehmen auf die Nachrichten über die Kämpfe zwischen den beiden Organisationen, die in der Ukraine um die Macht ringen. Die Frage, die jetzt vor uns steht, ist eine rein historische. Die Mittelmächte haben ebenso wie die anderen Mächte ein Interesse daran, ihr Verhältnis zur Ukraine in materieller Hinsicht präzisieren zu können, und sie haben ein Interesse daran, daß sie nicht fiktive Größen für tatsächliche ansehen. Gerade deswegen halte ich es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß in manchen Kreisen vielleicht diese separatistischen Tendenzen im heutigen revolutionären Rußland überschätzt werden. In den Randgebieten des früheren russischen Reiches sind gerade jetzt diejenigen Klassen, Gruppen und Schichten die Träger der separatistischen Gedanken, welche unter dem alten Regime gerade in hartnäckiger Weise für den Zentralismus eintraten. In diesem Separatismus ist keine langandauernde geschichtliche Tendenz zu erblicken. Es ist nur eine vorübergehende Verteidigungswaffe in der Hand derjenigen Gruppen, die für sich selbst Befürchtungen haben von seiten der revolutionären Macht in Rußland. Je mehr sich die Macht der Sovets im ganzen Lande festigt, verlegen die besitzenden Klassen ihre separatistischen Tendenzen immer mehr und mehr auf die Randgebiete.

Und um diese Frage näher zu beleuchten, hat die Tatsache eine sehr große Bedeutung, daß die lebhaftesten separatistischen Tendenzen augenblicklich in den höheren Gutsbesitzerkreisen des Kosakentums zu bemerken sind, das heißt gerade bei denjenigen Gruppen, die früher die Träger eines eisernen Zentralismus waren. Und wenn wir nur einen Augenblick den Gedanken an den Sieg dieser Gruppen im jetzigen Rußland zulassen würden, so ist für jeden real denkenden Politiker durchaus klar, daß sie sofort wieder zu Trägern der Zentralisation werden. Deswegen sage ich, daß für diejenigen Regierungen, welche den Wunsch haben, mit Tatsachen und nicht mit fiktiven Größen zu rechnen, es natürlich notwendig ist, den einen oder anderen Schluß zu ziehen, entsprechend ihren Interessen an den Beziehungen mit der russischen Republik, nicht auf Grund dieser oder jener juristischen Formulierungen, welche man versucht, in künstlicher Weise aus der einen oder anderen Äußerung in diesen Verhandlungen herauszulesen, sondern aus den realen Beziehungen, wie sie im jetzigen Rußland entstehen. Ich glaube natürlich nicht, daß die Vertreter der Mittelmächte hier die Rolle eines Schiedsrichters übernehmen können über die jetzigen Verhältnisse in Rußland und in der Ukraine. Es war nur meine Pflicht, in gewissenhafter Weise hier die tatsächliche Lage der Dinge darzutun. Und ich bleibe im Namen meiner Regierung nach wie vor auf dem Standpunkte stehen, den ich hier in dem Augenblicke formuliert habe, als diese Frage zuerst auftauchte. Solange die Delegation der Kiever Rada ihre Vollmachten beibehält, erheben wir keinen Einspruch gegen ihre selbständige Teilnahme an den Verhandlungen. Aber jetzt,

wo in dem Bestande unserer Delegation auch Vertreter des ukrainischen Exekutivausschusses eingetreten sind, müssen wir mit doppelter Energie wiederholen, daß nur derartige Abkommen mit der Kiever Rada die Anerkennung finden können, welche auch von unserer Seite anerkannt werden.

Oberst Gantschew: Das Wort hat das Mitglied der ukrainischen Volksrepublik Herr *Ljubynsjkyj*.

Herr Ljubynsjkyj: Nach den Erklärungen, welche der Vorsitzende des Charkover Exekutivausschusses, Herr *Medvedev*, abgegeben hat, und nach den Erklärungen, die der Vorsitzende der russischen Delegation, Herr *Trockij*, abgegeben hat, halte ich es für notwendig, folgendes auszuführen:

· Verehrte Herren!

Die Mitglieder der ukrainischen Friedensdelegation haben stets auf dem prinzipiellen Standpunkt gestanden, daß die in Brest versammelten Vertreter derjenigen Staaten, die einen Friedensschluß anstreben, sich nicht über innere Angelegenheiten ihrer Gegner auszusprechen haben und daß innere Kämpfe und Vorgänge innerhalb der Staaten keinesfalls während der offiziellen Verhandlungen zur Kenntnis der Gegenpartei zu bringen wären. Wir hatten mehrfach die Gelegenheit, mit entschiedenem Protest aufzutreten gegen Äußerungen des Herrn *Trockij*, der die Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern des früheren Rußlands und den auf seinem Gebiete entstandenen neuen Reichen wiederholt falsch dargestellt hat. Aber infolge der oben angeführten prinzipiellen Standpunkte haben wir in vornehmer Weise darauf verzichtet, öffentlich diese Fragen anzusprechen, da wir nicht den Wunsch hatten, durch unsere Äußerungen die Autorität der russischen Delegation herabzusetzen. Nachdem aber jetzt durch das vierte Universal der Zentralrada die vollständige Unabhängigkeit unserer Republik proklamiert worden ist, nachdem unsere Republik auch von befreundeten und anderen Mächten anerkannt worden ist, hören diese Fragen auf, innere Fragen für uns zu sein, und unsere verantwortungsvolle Mission gegenüber unserem Volke nötigt uns jetzt, mit entschiedenem Protest gegen falsche Behauptungen aufzutreten, die in unserer Abwesenheit von Herrn *Trockij* gemacht worden sind. Trotzdem wir nach wie vor unsere vorhin erwähnten prinzipiellen Standpunkte wahren, können wir es uns jetzt doch nicht versagen, unsere Ansichten über die inneren Verhältnisse Rußlands auszusprechen, nicht nur, um uns hier zu rechtfertigen gegenüber den hier Anwesenden, sondern auch gegenüber der öffentlichen Meinung der hier vertretenen Völker, deren Ansichten uns nicht weniger wertvoll sind als Herrn *Trockij*.

Im Jahre 1917 hat Rußland, dieses Land, das von so vielen verschiedenen Völkern bewohnt wird, die ihre verschiedenen politischen Aufgaben haben, Völkern, die in den verschiedensten historischen Bedingungen aufgewachsen sind, die auch jetzt noch anhaltende Revolution erlebt, welche in dem Fahrwasser der nationalen und sozialen Errungenschaften ging. An dem souveränen Steuerrade dieser Republik sind im Laufe dieses Jahres verschiedene Regierungen gewesen. Das Jahr hat begonnen unter dem Szepter eines Kaisers, und nachdem es die Stadien einer kadettischen und einer sozial-kadettischen Regierung durchlaufen hatte, endigte das Jahr genau mit denselben Schießereien auf den Straßen Petersburgs und mit eifrigen Vorbereitungen der bolschewistischen Regierung zur Vertreibung der

konstituierenden Versammlung, welche auf den einzig annehmbaren Grundlagen einberufen war. Nur in einer einzigen Beziehung sind alle diese verschiedenen Regierungen durchaus solidarisch geblieben:

Das war in ihren kapitalistischen Bestrebungen und in ihrem gierigen Wunsch, die neu entstehenden Völker zu erdrosseln und alles unter ihre mächtige Hand zu bekommen. Die bolschewistische Regierung geht in Übereinstimmung mit den Ideen ihrer Partei entschieden auseinander mit den föderativen Idealen, welche die Führer der nicht herrschenden Völker beseelen. Aber im Andenken an ihre Vorgänger an den Thronen, welche nicht durch die gemeinsamen Anstrengungen der sozialen, sondern auch der nationalen Revolution gestürzt worden sind, hat die Regierung der Bolschewiki das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker proklamiert, nur zu dem Zweck, umso entschiedener dieses Prinzip in seiner praktischen Durchführung zu bekämpfen.

Die lauten Erklärungen der Bolschewiki über die vollkommene Freiheit der Völker Rußlands sind nur grob demagogische Mittel. Die Regierung der Bolschewiki, welche die konstituierende Versammlung auseinandergejagt hat und sich nur auf die Bajonette der Söldner der Roten Garde stützt, wird sich nie dazu entschließen, in Rußland selbst die hochgerechten Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes durchzuführen; denn sie weiß sehr wohl, daß nicht nur die zahlreichen Republiken, die Ukraine, das Dongebiet, der Kaukasus und andere sie nicht als ihre Regierung anerkennen werden, sondern daß auch das russische Volk selbst ihr gern dieses Recht versagen wird, und nur aus Furcht vor der Entwicklung der nationalen Revolution haben die Bolschewiki mit der ihnen angeborenen Demagogie sowohl in Rußland selbst wie hier auf der Friedenskonferenz das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes aufgestellt. Zur Bekämpfung der Durchführung dieses Prinzips in der Praxis nehmen sie ihre Zuflucht nicht nur zu den Söldnerscharen der Roten Garde, sondern schreiten noch zu schlimmeren und unzulässigeren Mitteln: sie schließen Zeitungen, jagen politische Versammlungen auseinander, verhaften und erschießen Politiker und greifen schließlich zu vollständig falschen und tendenziösen Insinuationen, indem sie versuchen, die Autorität der Regierung in den Augen der einen oder anderen jungen Republik zu untergraben. Bekannte Sozialisten und alte Revolutionäre werden von ihnen beschuldigt, als wären sie Bourgeois und Gegenrevolutionäre. Darauf erklärt die Regierung der Bolschewiki den heiligen Krieg der Republik, indem sie die Vertreibung der Bourgeoisregierung verlangt, mit der augenblicklich die sozialistische Regierung der Bolschewiki keine Verhandlungen pflegen will, selbst über die Beendigung des brudermordenden Krieges.

So führt die Regierung der Bolschewiki anstatt des Prinzips des Selbstbestimmungsrechtes das Prinzip der Anarchie und der Zerrüttung durch, da sie weiß, daß es leichter ist, zu zerstören als neu zu schaffen und im Andenken an das alte französische Sprichwort: verleumde, verleumde — es wird schon etwas haften bleiben.

Der Kampf der Petersburger Regierung gegen die Regierung der ukrainischen Republik und die durch die Zeilen durchblickende Unaufrichtigkeit der Anerkennung der Berechtigung unserer Delegation hat schon früher bei uns nicht unbegründete Verdachtsmomente hervorgerufen. Wir waren überzeugt davon, daß Herr *Trochij* sehr bald versuchen würde, sich von den durchaus klaren und

unzweideutigen Worten loszusagen, welche unsere Delegation als bevollmächtigte Vertretung unserer Republik anerkannten. Unsere Erwartungen haben sich bewahrheitet. Am Tage unserer Abreise nach Kiev, um unsere endgültige Instruktion einzuholen, ist eine neue Delegation auf Anforderung und unter gültiger Mitwirkung der Bolschewiki über Petersburg und Dünaburg hier eingetroffen, welche das Ziel hatte, unsere Autorität in den Augen der arbeitenden Massen Europas zu untergraben. Um die Rechte und den Charakter dieser Delegation genauer zu begründen und zu umschreiben, müssen wir näher auf diesen Punkt eingehen.

Das durch gemeinsame Ideale und gemeinsame nationale Bestrebungen geeinte ukrainische Volk, das zu ruhigen und geordneten Formen des staatlichen Lebens inkliniert, hat sich vom ersten Augenblick an mit Eifer der schon lange erwarteten Möglichkeit des staatlichen Aufbaues gewidmet. Die ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern haben unter dem Schutze der aus ihren Reihen hervorgegangenen ukrainischen Intelligenz es nicht nur verstanden, sich selbst zu organisieren, sondern sie haben auch noch alle Bevölkerungsgruppen nicht-ukrainischer Herkunft, welche auf ukrainischem Boden leben, mit dazu herangezogen. Als Resultat dieser Arbeit, die durch die langjährige Arbeit der ukrainischen Politiker vorbereitet war, und als Produkt der ukrainischen revolutionären Schaffenskraft ist die ukrainische Rada entstanden, welche sich aus den Vertretern der ukrainischen Soldaten, Bauern und Arbeitern zusammensetzt.

Die ukrainische Rada hat durch den Erlaß ihrer Universale dem ukrainischen Volke seinen Weg gewiesen. Die ukrainische Rada, die schon im Juli v. J. die erste ukrainische Regierung, das Generalsekretariat gewählt hat, hat damit die erste Regierung in Rußland gebildet, die ausschließlich aus Sozialisten zusammengesetzt ist. So hat das ukrainische Volk Schritt für Schritt durch eigene Arbeit seinen eigenen Staat geschaffen, und zur Einmischung in unsere inneren Verhältnisse hatte die Petersburger Regierung keinerlei Veranlassung und keinerlei Grund. Aber die Sache liegt so, daß auf das Gebiet der Ukraine und auf die an dieses anschließenden Fronten schon unter dem zarischen Regime vorzugsweise Soldaten hingeschickt wurden, die nicht ukrainischer Abstammung waren, und es ist während der Revolution nicht gelungen, die Ukraine von diesen zugezogenen und ihr fremden Elementen zu befreien. Während die ukrainischen Soldaten von allen Kriegsschauplätzen und von allen Fronten ihre Delegierten auf die Frontkongresse nach Kiev schickten und sich alle um die ukrainische Militärrada in Kiev organisiert haben, welche einen Teil der ukrainischen Zentralrada bildete, haben die nicht ukrainischen Soldaten in einigen Städten der Ukraine ihre Soldatenräte gegründet, die keinerlei Einfluß haben auf das Leben der um sie liegenden Gebiete. Manchmal allerdings nehmen an diesen Sovets auch Vertreter der Arbeiter der betreffenden Städte teil. In dem Wunsche, sich unter diesem oder jenem Vorwande in das innere Leben der Ukrainer einzumischen, haben die Petersburger Bolschewiki angefangen von der ukrainischen Regierung zu verlangen, daß die ganze Regierungsgewalt in der Ukraine gerade diesen Soldatenräten übergeben würde ohne jede Berücksichtigung der von ihnen auf der Friedenskonferenz aufgestellten Forderung der Fortführung fremder Truppen aus besetzten Gebieten, welche die Durchführung

des Selbstbestimmungsrechtes erschweren. Natürlich konnte die ukrainische Regierung diese Forderung nicht erfüllen.

Der zweite Anlaß zur Einmischung in das innere Leben unserer Republik bildete die Forderung der Petersburger Bolschewiki, Neuwahlen der Zentralrada zu veranstalten. Indem ich beiseite lasse, daß eine derartige Forderung eine offenbare Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes ist, ist diese Forderung auch deswegen undurchführbar, weil die Vorschriften über die Vertretung in der Rada jeden Augenblick den Wählern das Recht geben, ihren Vertreter in der Rada abzu-berufen und ihn durch einen anderen zu ersetzen. Als die Wahlen zur konstituierenden Versammlung ganz Rußlands, die Ende November v. J. stattfanden, auf dem ganzen Gebiet der Ukraine einen glänzenden Sieg der ukrainischen Zentralrada und den Sieg der darin organisierten Parteien erwiesen hatten, da von den ukrainischen Kandidaten auf den Wahllisten über 75% gewählt worden sind, und von den anderen Parteien, die Vertretung in der Zentralrada haben, etwa 15% gewählt worden sind, und die Bolschewiki sogar weniger als 10% erzielt haben, so hat die Petersburger Regierung beschlossen, zum letzten und endgültigen Mittel zu greifen. Zum Beispiel sind im Gouvernement Kiev auf Grund unserer Wählerlisten 20 von unseren Kandidaten von 22 vorgeschlagenen gewählt worden. Im Gouvernement Podolien von 19 18, in Wolhynien von 10 9, in Poltawa von 17 14 usw. Ich nehme an, daß das genügt. Das sind die Massen, auf welche sich die ukrainische Zentralrada stützt, und in deren Namen wir hierher gekommen sind, um hier zu sprechen. Jetzt hat die Petersburger Regierung beschlossen, zum letzten Mittel zu greifen. Sie hat am 3. Dezember in Kiev unter dem schweigenden Einverständnis der Zentralrada den ukrainischen Kongreß der Bauern und Soldaten einberufen. Auf dem Kongreß trafen über 2000 Delegierte ein, und entgegen den Hoffnungen der Einberufer begannen sie ihre Sitzungen mit lauten Ovationen der Kiever Zentralrada für Herrn Professor *Gruševskij*⁷⁾ und haben mit überwältigender Mehrheit ihr volles Vertrauen der Zentralrada ausgesprochen. Nach diesem Vorgange ist eine kleine Gruppe von Bolschewiki, etwa 80 Mann, von diesem Kongreß entflohen und ist nach Charkov übergesiedelt und hat sich dort zur neuen Regierung der ukrainischen Volksrepublik erklärt. Die Volkskommissare haben dorthin unorganisierte Banden der Roten Garde geschickt, um die Bevölkerung des Gouvernements Charkov auszuplündern und die Charkover Regierung vor den Bewohnern des Gouvernements Charkov zu schützen. So ist die Charkover Regierung entstanden, und das sind die Kräfte, auf die sie sich stützt. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß sie nicht nur nicht berufen ist, die ukrainische Republik zu vertreten, sondern kaum als Vertretung der Stadt Charkov angesehen werden kann. Auf die anderen Bemerkungen des Herrn *Trockij*, die wörtlich oder nur so zwischen den Zeilen erfolgt sind, halte ich es nicht für nötig zu antworten. Unsere Zukunft, unsere Geschichte, unsere Nachkommen und die breiten Massen des arbeitenden Volkes, die auf beiden Seiten der Frontlinie stehen, werden selber darüber entscheiden, wer von uns das Recht hat, und wer die Schuld hat, wer Sozialist ist und wer Gegenrevolutionär, wer schafft und wer das Geschaffene zerstört.

⁷⁾ M. S. *Gruševskij*, ukrainischer Historiker, einer der Führer der ukrainischen nationalen Bewegung, 1917/18 Vorsitzender der ukrainischen (Kiever) Rada.

Oberst Gantschew: Hat der Herr Vorsitzende der russischen Delegation Mitteilungen zu machen?

Herr Trockij: Ich halte es für nötig, dem Herrn Vorsitzenden zu danken, daß er dem Herrn Vorredner die Möglichkeit gegeben hat, hier frei und ganz offen zu sprechen, wie das der hohen Versammlung entspricht, daß der Herr Vorsitzende, wie das der Würde dieser Versammlung entspricht, es nicht für möglich hielt, in irgendeiner Weise das Wort des Herrn Redners zu beschränken, geradeso, wie in der Übersetzung der Herr Dolmetscher bei voller Genauigkeit seiner Übersetzung doch verschiedene Milderungen vornahm.

Oberst Gantschew: Bis jetzt haben alle Redner die volle Freiheit ihrer Erklärungen gehabt, so daß jetzt auch der Vorsitzende der Sitzung den Redner nicht beschränken konnte.

Herr Trockij: Das ist ganz richtig.

Oberst Gantschew: Das Wort hat der Herr Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation Exzellenz *Graf Czernin*.

Graf Czernin: Im Namen der Delegation der vier verbündeten Mächte beehre ich mich, zu der abgegebenen Erklärung der ukrainischen Delegation folgendes auszuführen: Wie bekannt, hat der Vorsitzende der ukrainischen Delegation, Staatssekretär *Holubovyč*, in der Plenarsitzung vom 10. Januar 1918 erklärt, die ukrainische Volksrepublik nehme, fußend auf dem III. Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November 1917, „ihre internationale Existenz wieder auf“ und trete „im vollen Umfange der ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte in internationale Beziehungen ein“.⁸⁾ Mit Rücksicht hierauf halte es die Regierung der ukrainischen Volksrepublik für richtig, „auf den jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen“. Hierauf habe ich in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 namens der vier verbündeten Mächte folgende Erklärung abgegeben: „Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an.“

Im Hinblick auf die veränderte Stellung, welche der Vorsitzende der russischen Delegation in der Plenarsitzung vom 30. Januar in dieser Frage eingenommen hat, wonach nur solche Abkommen mit der Ukraine anerkannt und aktiviert werden könnten, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland formell bestätigt seien, geben die Delegationen der vier verbündeten Mächte angesichts des eben dargelegten Standpunktes der Delegation des Kiever Volksministeriums folgende Erklärung ab:

Wir haben keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbständigen Delegation und als einer bevollmächtigten Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen oder einzuschränken. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon jetzt als unabhängigen, freien, souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.

⁸⁾ Vgl. Nr. 173.

Oberst Gantschew: Das Wort hat der Vorsitzende der russischen Delegation, Herr Trockij.

Herr Trockij: Ich muß nochmals unterstreichen, daß die Berufung auf eine Änderung unseres Standpunktes nicht richtig ist. Ich habe schon zweimal die Stelle, die diese Frage betrifft, aus meiner Erklärung zitiert, und diese Stelle erlaubt nicht, irgendwelche Auslegungen vorzunehmen, und jedenfalls ganz abgesehen von der Position, die die verbündeten vier Mächte jetzt der Ukraine gegenüber eingenommen haben, können die daran interessierten Staaten doch nicht umhin, anzuerkennen, daß es ihnen schwer fallen wird, die geographischen Grenzen anzugeben, die die eben von ihnen anerkannte Republik hat. Da aber bei Friedensverhandlungen die Grenzen eines Staates keine gleichgültigen Fragen bilden, so bleibt die Behauptung, die ich früher abgegeben habe, logisch aufrecht erhalten, auf Grund der Logik der Tatsachen behält sie ihre ganze Kraft.

Oberst Gantschew: Hat noch einer der Herren Mitteilungen zu machen oder Fragen zu stellen?

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte die Frage an den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation richten, ob auch die Mitteilung des ukrainischen Mitgliedes der Delegation, die verlesen worden ist, als amtliche Mitteilung der russischen Regierung zu betrachten ist.

Herr Trockij: In allen denjenigen Teilen, die direkt die Frage der Friedensverhandlungen behandeln, und in den Stellen, in deren Bereich sie von vollem Einverständnis zwischen der russischen Delegation und ihnen spricht, tragen wir für sie natürlich volle Verantwortung. Ich glaube, daß diese Deklaration auch nur in diesen Grenzen behandelt werden darf.

Oberst Gantschew: Hat noch einer der Herren Mitteilungen oder Fragen? Wenn niemand das Wort wünscht, so schlage ich vor, die heutige Sitzung zu schließen. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 32 Minuten.

Kühlmann.

276.

2. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. Telegramm. Nr. 22. Abgeg. Brest-Litowsk, 2. 2. 1918, angek. 3. 2. 1918, 1.00 vorm. Vermerk: „Persönlich!“

Gestern Abend sehr bewegte Vollsitzung, deren Protokoll Euer Exzellenz¹⁾ bereits zugegangen.²⁾ Heftiger Zusammenprall zwischen ukrainischer Abordnung der Kiever Rada und Ukrainern aus Charkov. Kiever enthüllte wahres Bild bolschewistischer Regierung, das voraussichtlich in Öffentlichkeit bedeutenden Eindruck machen wird. Habe Anweisung für entsprechende Presseverwertung gegeben.

¹⁾ Reichskanzler Graf v. Hertling.

²⁾ Vgl. Nr. 275.

Im Hinblick auf den in Ausarbeitung befindlichen Friedensvertrag mit Ukraine wurde die von *Graf Czernin* vorgeschlagene Erklärung der Verbündeten beschlossen. Ich lasse absichtlich in den ukrainischen Fragen *Graf Czernin* mehr in den Vordergrund treten: einmal, weil ukrainische Lösung Österreich schwere Opfer auferlegt und ich auch den Anschein vermeiden möchte, als hätten wir hierzu durch unseren Druck beigetragen; dann auch, weil stärkeres Hervortreten österreichisch-ungarischer Vertreter günstig auf öffentliche Meinung Donau-Monarchie einwirkt. Dort vorherrschen Verdacht, daß wir österreichische Politik hinter uns herschleppen.

Ukrainischer Vertrag würde nach bisherigen Grundzügen enthalten: Anerkennung ukrainischer Volksrepublik; Festsetzung ihrer Grenzen, wobei sie im strittigen Gebiet des Gouvernements Cholm Zugeständnisse auf Kosten Polens erlangen; Getreidelieferungsvertrag für etwa 1 000 000 Waggons bis Juni; vorläufig geheim zu haltende Zusage Österreichs für Ausgestaltung ukrainischer Landesteile in Galizien.

General *Ludendorff* hat mitteilen lassen, daß er am 4. Berlin eintrifft. *Graf Czernin* und ich eintreffen dort 4. mittags. Ich freue mich sehr, daß Euer Exzellenz den Sitzungen werden beiwohnen können.

Kühlmann.

277.

**2. 2. 1918: Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. Telegramm. Nr. 15. Abgeg. Großes Hauptquartier, 2. 2. 1918, 11.15 nachm., angek. 3. 2. 1918, 1.00 vorm. Vermerk: „Dringend! Aktennotiz am Schluß: „Original in Akten Österreich 70“.

Seine Majestät hat soeben die Meldung erhalten, daß beim österreichisch-ungarischen Kreuzergeschwader nebst Torpedoflotte in Cattaro Meuterei ausgebrochen ist. Die Besatzung des Flaggschiffes hat Geschwaderchef und alle Offiziere verhaftet, die übrigen Schiffe folgten dem Beispiel, sie verlangen sofortigen Friedensschluß und Dienstentlassung der Meuterer. Drei Linienschiffe von Pola sind nach Cattaro entsandt, um Ordnung zu schaffen, Landtruppen sind requiriert.¹⁾ Unsere U-Boote haben Cattaro verlassen, um sich außer Schußweite der meuternden Schiffe zu begeben. Man hofft, daß das Wohnschiff folgen kann. Unter dem Eindruck dieser Nachricht befahl mir Seine Majestät, Euer Exzellenz zu bitten, daß auf schleunigsten Abschluß mit der radistischen Ukraine hingewirkt und *Trockij* ein kurzes Ultimatum zur Annahme unserer Bedingungen gestellt wird. Ich konnte Seiner Majestät über die Vorgänge in der

¹⁾ Über Entstehung und Verlauf der Meuterei in der Kriegsflotte vgl. Opočensky S. 90 ff. und neuerdings Plaschka S. 15—192.— Am 1. 2. 1918 hatte die in der Bocca di Cattaro ankernde, aus etwa 40 Einheiten mit 6000 Matrosen bestehende fünfte Flottendivision den Gehorsam verweigert. Der Zentralrat der Meuterer forderte u. a. sofortige Einleitung allgemeiner Friedensverhandlungen, politische Unabhängigkeit von Deutschland, Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, Demokratisierung der Regierung.

gestrigen Sitzung in Brest — Auseinandersetzung des Radavretreters mit *Trockij* und unsere Anerkennung der radistischen Ukraine — kurze vorläufige Meldung erstatten und benutzte die Gelegenheit, um nochmals Gründe für die Temporisierung der Verhandlungen darzulegen. Der Kaiser sagte aber, daß die Lage durch österreichische Ereignisse gänzlich verändert und keine Zeit mehr zu verlieren sei, da die Gefahr des Zusammenbruches in Österreich, wenn wir es jetzt nicht mit fortreißen, zu groß sein und von der Sprunghaftigkeit des jungen Kaisers die unangenehmsten Überraschungen zu befürchten seien. Auch könnten wir unmöglich länger zusehen, wie *Trockijs* Propaganda bei uns die Köpfe verwirrt. Der Kaiser sprach die Hoffnung aus, daß es nach der Absage der radistischen Ukraine an Rußland gelingen werde, ein Einvernehmen mit der Ukraine dahingehend herzustellen, daß wir als Freunde und zum Schutze der Rada einrücken können und auf dieser Grundlage unverzüglich die Situation *Trockij* gegenüber klären.

Exzellenz v. Kühlmann gleichlautend informiert.

Grünau.

278.

3. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)
an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 14. Telegramm. Nr. 25. Abgeg. Brest-Litowsk, 3. 2. 1918, 3.25 nachm., angek. 3. 2. 1918, 5.00 nachm. Vermerk: „Persönlich!“

Der ganze gestrige Tag verlief in Verhandlungen mit den Ukrainern hauptsächlich über wirtschaftliche und politische Fragen. Bei der Bockbeinigheit und dem theoretisierenden Formalismus der Herren waren die erzielten Fortschritte gering, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet fehlen alle grundlegenden Begriffe.

General *Ludendorff* plant Duma Ultimatum und eventuell Offensive gegen Rumänien. Nachdem Rumänien bereits offiziell im Kriege mit den Bolschewiki ist¹⁾ und auch wir voraussichtlich sehr bald uns wieder mit ihnen im Kriegszustand befinden werden, würde es uns in eine politisch unmögliche Lage bringen, wenn wir im Norden gegen die Bolschewiken fechten würden, im Süden aber als ihre de facto Verbündeten gegen die Rumänen.

Ich bitte Euer Exzellenz bei der O.H.L. dringend dahin vorstellig zu werden, daß vor den Berliner Besprechungen in der rumänischen Frage nichts Entscheidendes geschieht.

Graf *Czernin* trifft mit General *Hoffmann* und mir den 4. mittags in Berlin ein und steht den ganzen Nachmittag des 4. und den ganzen 5. zu Besprechungen zur Verfügung.

Kühlmann.

¹⁾ Vgl. unten S. 535, Anm. 4.

279.

**3. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. Telegramm. Nr. 303. Abgeg. Brest-Litowsk, 3. 2. 1918, 6.20 nachm., angek. 3. 2. 1918, 6.50 nachm.

Ich habe dem Freiherrn v. Grünau auf sein Telegramm 20¹⁾ folgendes geantwortet: Graf Czernin hat analoge Meldung empfangen. Am Frieden mit den Ukrainern wird mit Hochdruck gearbeitet. Abschluß in wenigen Tagen zu erhoffen. Die vorhandenen Schwierigkeiten liegen bei Österreich, da ja auch politische Opfer für Abschluß des Vertrages fast ausschließlich auf österreichisches Konto entfallen.

Graf Czernin ist der Ansicht, daß, falls meuternde Besatzung²⁾ ohne größeren Kampf zur Vernunft gebracht werden könne, Zwischenfall auf Öffentlichkeit keinen ungünstigen Einfluß haben werde. Dagegen würde er Notwendigkeit bewaffneter Niederkämpfung von Teilen der Flotte für verhängnisvoll halten. Auch ich schätze die von der Sprunghaftigkeit des jungen Monarchen zu befürchtende Gefahr sehr hoch ein, gerade deshalb aber können wir mit Trockij erst Fraktur reden, wenn wir mit Ukrainern abgeschlossen. Wiedereröffnung der Feindseligkeiten gegen Bolschewisten ohne vorherige Vereinbarung mit der Rada würde die Gefahr eines Abspringens Österreichs in unmittelbare Nähe rücken. Begleite heute Grafen Czernin nach Berlin, wo er sich mit Kanzler und General Ludendorff aussprechen will. Bis Mitte der Woche hoffe ich — von neuen, unvorhergesehenen Ereignissen abgesehen — Abschluß mit der Rada. Abbruch der Verhandlungen mit den Bolschewiken dürfte dann nur Frage kürzester Zeit sein.

Kühlmann.

¹⁾ Frhr. v. Grünau, Großes Hauptquartier, an das Auswärtige Amt 4. 2. 1918 (für Staatssekretär v. Kühlmann). Der Kaiser hat sich zu den Ausführungen v. Kühlmans zustimmend geäußert. — Pol. Archiv. Österreich 70.

²⁾ Vgl. Nr. 277.

280.

3. 2. 1918: Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. Telegramm. Nr. 304. Abgeg. Brest-Litowsk, 3. 2. 1918, angek. 3. 2. 1918, 11.30 nachm.

Kurz nach 5 Uhr nachmittags erfolgter Abreise Staatssekretärs ist ein Schreiben Trockijs hier eingegangen, das in Übersetzung folgendermaßen lautet:

„Hiermit beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß zufolge einer Mitteilung, die ich von dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare erhalten habe, die Kiever Rada endgültig gestürzt ist und daß sich in der Ukraine die ganze Macht

vollständig und ungeteilt in den Händen der ukrainischen Sovets befindet, die in unserer Delegation vertreten sind.¹⁾

Mit vollkommener Hochachtung

*L. Trockij.*⁴⁴

Habe Staatssekretär durch Legationssekretär *Prinz Öttingen*²⁾ bei Durchreise durch Warschau von Inhalt Schreibens unterrichtet. Ansichten darüber, ob *Trockijs* Mitteilungen der Wahrheit entsprechen oder nur Bluff vorliegt, sind geteilt. Jedenfalls wird versucht, die Ukrainer zu veranlassen, zwecks Feststellung der Wahrheit in Kiev drahtlos anzufragen. Drahtverbindung nach Kiev wegen Witterung unterbrochen.

Schüler.

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die Schilderung *Trockijs* (Mein Leben, S. 363): „... Am 7. [sic!] Februar teilte ich den Delegationen der Zentralmächte als Radiotelegramm *Lenins* mit, daß die Sovettruppen am 29. Januar in Kiev eingerückt seien; daß die von allen verlassene Regierung der Rada sich versteckt halte; daß das Zentralexekutivkomitee der ukrainischen Sovets sich als höchste Macht im Lande proklamiert habe und nach Kiev übersiedelt sei; daß die ukrainische Regierung die föderative Verbindung und die völlige Einheit mit Rußland auf dem Gebiete der Innen- und der Außenpolitik beschlossen habe. In der nächsten Sitzung sagte ich zu *Kühlmann* und *Czernin*, daß sie mit der Delegation einer Regierung verhandeln, deren gesamtes Territorium sich auf die Grenzen von Brest-Litowsk beschränke (nach dem Vertrag sollte diese Stadt an die Ukraine abgetreten werden) . . .“; über Auftreten und Verhalten der Kiever Rada bzw. ihrer Vertreter vgl. ebenda S. 361 f.

²⁾ *Eugen Prinz zu Oettingen-Wallerstein*, Legationssekretär, 26. 9. 1917 — 1. 12. 1918 Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Generalgouvernement Warschau.

281.

3. 2. 1918: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. Staatssekretär v. *Kühlmann* an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 309. Abgeg. Brest-Litowsk, 4. 2. 1918, 1.25 mitt., angek. 2.00 mitt. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission für die Regelung der politischen und territorialen Fragen von Sonntag, den 3. Februar 1918, vormittags 11 ½ Uhr.“

Die Sitzung wird um 11 Uhr 50 Minuten durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. *Kühlmann* eröffnet.

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung der Kommission. Wenn, wie ich annehmen darf, von keiner Seite dagegen Bedenken erhoben werden, so möchte ich eine Frage, welche der Herr Vorsitzende der russischen Delegation in der Vollversammlung vorgebracht hat, hier beantworten. Dies betrifft die Einladung bzw. Zulassung der Vertreter der westlichen Randstaaten, mit denen wir uns hier beschäftigt haben, zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Ich kann auf diese Frage des Herrn Vorsitzenden der russischen Kommission, welche er an uns gerichtet hat, erwidern, daß unser Standpunkt in dieser Angelegenheit vollkommen unverändert geblieben ist, wie er sich aus früheren Darlegungen ergibt. Mir scheint, daß auch der bisher von der russischen Delegation eingenommene Standpunkt aus den Protokollen klar hervorgeht.

Falls aber der Herr Vorsitzende der russischen Delegation den Wunsch hat, weitere Darlegungen in dieser Beziehung zu geben, so bin ich gerne bereit, ihm jetzt in der Kommission hierzu Gelegenheit zu geben.

Herr **Trockij**: Ich habe aus dem Briefe des Herrn Staatssekretärs an den polnischen Ministerpräsidenten Herrn *Kucharzewski*, der kürzlich veröffentlicht worden ist, die Angelegenheit so verstanden, als wenn der Herr Staatssekretär dem Herrn polnischen Ministerpräsidenten mitgeteilt hätte, daß er die Initiative in dieser Frage auf sich nehmen würde, sowie die Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder aufgenommen würden. Vielleicht hat die Presse diesen Brief nicht ganz richtig wiedergegeben. Die Zeitungen sind überhaupt jetzt in dieser Kriegszeit nicht mehr genau. Da ich aber danach keinerlei Dementi gesehen habe, so erlaube ich mir anzunehmen, daß die Sache gerade so liegt. So glaube ich, daß diejenigen Beweggründe, welche dort angegeben waren für die Nichtzulassung einer Delegation des polnischen Ministeriums zu diesen Verhandlungen mit Bezugnahme auf den Standpunkt unserer Delegation nicht begründet sind. Ich halte es für notwendig, vor allem folgende Tatsachen festzustellen: Weder die deutsche noch die österreichisch-ungarische Delegation hat von sich aus die Frage angeregt, eine Abordnung der polnischen Regierung als der Regierung eines selbständigen Staates zu den Verhandlungen hier hinzuzuziehen. Die Frage tauchte erst auf, als die russische Delegation die Gegenseite auf die Widersprüche in ihrer Stellungnahme hinwies, daß die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation zwar in ihren Worten die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkennen, aber nicht die Frage angeregt haben, eine Vertretung Polens hier bei den Besprechungen über das Schicksal Polens heranzuziehen. Erst auf unsere Anregung hin hat die Gegenpartei hier erklärt, daß sie, wenn wir einen derartigen Antrag stellen würden, diese Frage einer wohlwollenden Betrachtung unterziehen würde. Folglich ist es sehr wichtig, hier noch einmal zu unterstreichen, daß die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation zu diesen Verhandlungen erschienen sind, ohne daß ihre Regierungen vorher eine klare Entscheidung darüber getroffen hätten, ob eine Vertretung Polens hinzuzuziehen wäre, während es notwendigerweise aus ihrer Stellungnahme hätte folgen müssen, wenn sie sich gegenüber dem polnischen Ministerium verhalten hätte wie gegenüber der Regierung eines selbständigen Staates. Unsererseits erkennen wir in vollem Umfange die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates an im Gegensatz zu den Behauptungen der Gegenpartei in diesem Briefe. Aber wir können nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß diese Selbständigkeit nur eine scheinbare ist, solange Polen unter dem Regime der Besetzung steht. Gerade deswegen, weil wir die Selbständigkeit des polnischen Volkes und seines Staates anerkennen, können wir, ohne die Selbständigkeit des polnischen Staates anzutasten, doch nicht diejenigen Vertreter, die durch den Willen der besetzenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen. Wir könnten sie als präsumtiv anerkennen, als bevollmächtigt, um an diesen Verhandlungen selbständig teilzunehmen. Nur eine derartige Vertretung Polens, welche die Sanktion unbezweifelbarer und autoritativer Organe des polnischen Volkes erhalten hätte . . .¹⁾

¹⁾ So im Or.

wenn wir in Betracht ziehen, daß das polnische Volk reiche politische Erfahrungen hat und daß seine nationalen und sozialen Bestrebungen eine feste Begründung in starken und festen politischen Parteien gefunden haben. So sprechen wir die Überzeugung aus, daß die provisorische Vertretung des freien und unabhängigen Polens zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen sofort geschaffen werden könnte durch die freie Vereinbarung der polnischen politischen Parteien, die sich auf die breiten Massen und speziell auf die arbeitenden Klassen stützen. Wir sind unsererseits bereit, eine derartige Vertretung in vollem Umfange und ohne jede Beschränkung anzuerkennen. Insofern als die polnische Rada, die durch den Wunsch der besetzenden Zentralmächte gebildet worden ist, ihren Wunsch ausdrückt, auf den hiesigen Verhandlungen vertreten zu sein, so nehmen wir an, daß die Delegationen der Mittelmächte, die anscheinend diesem Wunsche entgegengehen, die Delegationen, die uns mitgeteilt haben, daß das polnische Ministerium seine Tätigkeit in einem Rahmen entwickelt, der ihm von den besetzenden Mächten vorgeschrieben ist — so nehmen wir an, daß die Regierungen der Mittelmächte auch einen derartigen Rahmen schaffen könnten für eine Beteiligung der Vertretung des polnischen Staates bei diesen Verhandlungen, was nur der tatsächlichen Lage der Dinge entsprechen würde. — Ich erlaube mir daran zu erinnern, als hier die Frage auftauchte, die Delegation der ukrainischen Rada anzuerkennen, da haben wir nicht von der Gegenpartei verlangt, daß sie die ukrainische Republik und ihre Regierung vor dem Abschluß des Friedensvertrages anerkenne. Wir hielten es für notwendig, da alle Verhältnisse noch nicht zum Stillstand gekommen sind, daß die Beziehungen sich klarstellen im Laufe der Verhandlungen selbst. — Wir würden unsererseits nur eine derartige Beteiligung der polnischen Rada an den Verhandlungen begrüßen, die ihr die Möglichkeit geben würde, offen und vor den Augen des ganzen polnischen Volkes sich über diejenigen Fragen auszusprechen, wie z. B. die Fragen der Räumung des polnischen Gebietes von den besetzenden Truppen und der Grenzberichtigungen auf Kosten des polnischen Volkes. Die Erklärungen und Forderungen des Ministeriums des Herrn *Kucharzewski* würden hier dann eine vollkommene und allseitige Beurteilung finden können, da im Bestande unserer Delegation auch Vertreter der arbeitenden Klassen Polens sind. Zum Schlusse möchte ich noch einmal aufmerksam machen auf das öfter in unseren Verhandlungen auftauchende logische Mißverständnis, als wenn das Verhalten gegenüber dieser oder jener Regierung mitbestimmend ist für das Verhalten gegenüber dem Volke und dem Staate; wenn wir auf Grund der uns vorliegenden Taten die Regierung des Herrn *Kucharzewski* nicht als die bevollmächtigte Regierung des polnischen Volkes ansehen, so bedeutet das durchaus nicht, daß wir nicht die Unabhängigkeit des polnischen Staates und des polnischen Volkes anerkennen; so ist es mir bisher noch nicht bekannt, daß die deutsche Regierung schon die Zeit gehabt hätte, die neue finnische Regierung anzuerkennen. Aber ich nehme an, daß auch diese neue Regierung kein Hindernis dafür sein kann, daß die deutsche Regierung die Unabhängigkeit der finnländischen Republik auch weiter anerkenne.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Für die Darlegungen, welche der Herr Vorsitzende der russischen Delegation uns eben mitgeteilt hat, wird es zweckmäßig sein,

in Kürze auf die früheren Besprechungen dieser Frage einzugehen; soweit ich die früheren Äußerungen hier gegenwärtig habe, habe ich am 11. Januar erklärt²⁾:

Der Herr Vorredner hat sich darüber beklagt, daß wir hier noch keine Vertreter der besprochenen Nationen zu den Verhandlungen haben. Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch seiner Ansicht nach diese Volksindividualitäten nunmehr geschaffen sind und das Recht der Selbstbestimmung ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben können, so bin ich meinerseits bei rückhaltloser Anerkennung dieser Voraussetzung von seiten der russischen Delegation gerne bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.

Die Frage ist wieder zur Verhandlung gekommen am 15. Januar.^{2a)} Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat hierbei bemerkt:

Die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation haben auf einer der letzten Sitzungen einen Vorschlag gemacht, einige diesen Delegationen persönlich bekannte Vertreter der in Frage stehenden Gebiete mit zu den Verhandlungen heranzuziehen, und zwar Vertreter derjenigen Gebiete, die nach Ansicht der erwähnten Delegationen bereits zu staatlichen Einheiten geworden sind, da sie in genügender Weise ihrem Willen zur unabhängigen staatlichen Existenz Ausdruck gegeben haben. Wir konnten nicht sofort eine Antwort auf diese Frage erteilen, da wir uns vorher noch darüber klar werden wollten, welche Kriterien nach Ansicht der Gegenpartei als entscheidend anzusehen sind, um festzustellen, inwieweit bestimmte Organe berechtigt oder nicht berechtigt sind, darauf Anspruch zu erheben, dem Willen des Volkes Ausdruck zu geben; diejenigen Vorschläge und Meinungsäußerungen, die wir in formulierter Form überreicht haben, hatten den Zweck, uns Material zu verschaffen, um diese Frage beurteilen zu können. Wie ich schon gestern erwähnt habe, haben die Antworten, die wir angehört haben, auf uns in formeller Hinsicht den Eindruck großer Widersprüche gemacht, die aber dem Wesen nach darauf hinauslaufen, daß den Okkupationsbehörden eine auf ihre Kraft begründete Macht zuerkannt wird, das Recht, die Schicksale der okkupierten Gebiete selbständig zu lösen und nach eigenem Gutdünken diese oder jene Organe für die Entscheidung der Frage zu benutzen, unabhängig davon, wann diese Organe entstanden sind, auf welcher sozialen Grundlage, welches ihre Bestimmung war und wie ihr tatsächliches politisches Gewicht zu bewerten ist, wobei für die Tätigkeit dieser von den Okkupationsbehörden willkürlich anerkannten Organe durch dieselbe Okkupationsgewalt willkürlich Grenzen gezogen werden; soweit aber die Regierungen der Gegenpartei wenigstens im Rahmen dieser Friedensverhandlungen der Ansicht sind, daß diese Organe die Träger des Willens der Völker sind, die bereits ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt haben — um das zu charakterisieren — so würden wir es für im höchsten Grade zweckmäßig erachten, wenn Vertreter dieser Organe zu den hier stattfindenden Friedensverhandlungen zugezogen würden. Die Vertreter dieser Organe hätten damit hier die Gelegenheit, ihre von uns bestrittenen Rechte nachweisen zu können bzw. ihr Anrecht auf die Vertretung ihrer Völker vor der ganzen Welt. Und wenn so auch nicht die Widersprüche beseitigt worden wären, dann doch wenigstens seine [sic!] am meisten in die

²⁾ Vgl. Nr. 180.

^{2a)} Vgl. Nr. 204.

Augen springenden Punkte, darin bestehend, daß die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung das Recht bestimmter von ihnen protegiertes Organe vertreten, dem Willen der Völker Ausdruck zu geben, während gleichzeitig diese angeblich souveränen Organe durch das Regime der Okkupation von den Verhandlungen abgeschnitten sind, auf denen ihr Schicksal und das Schicksal der Gebiete, deren Willen sie auszudrücken sich für berufen halten, entschieden wird. Wir kommen daher dem zweimal geäußerten Wunsche der Gegenpartei entgegen, Vertreter derjenigen Organe hierher einzuladen, auf deren Äußerungen sich die österreichisch-ungarische und die deutsche Regierung berufen.

Darauf habe ich erwidert:

Ich mache darauf aufmerksam, daß ich unsere Bereitwilligkeit, Vertreter der betreffenden Völkerschaften hier an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, ausdrücklich davon abhängig gemacht habe, daß das Erscheinen dieser Vertreter hier auch von der russischen Delegation in dem Sinne ausgedeutet wird, daß die Präsümption der Staatwerdung durch die Entsendung dieser Delegationen auch von ihrer Seite akzeptiert wird. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Herr Vorsitzende der russischen Delegation in früheren Verhandlungen dargelegt hat, sie würde die Meinungsäußerung eines Landtages betrachten als die Äußerung des Willens eines bestimmten einflußreichen Teiles der Bevölkerung. Ich glaube deshalb, daß von dem damals eingenommenen Standpunkte der russischen Delegation bis zur Anerkennung des präsumtiven Charakters, wie ich ihn eben dargelegt habe, kein allzuweiter Schritt ist; daß ohne eine solche präsumtive Anerkennung die Zulassung von Vertretern der betreffenden Völker zu den Verhandlungen begriffsmäßig sich von selbst ausschließt, bedarf eigentlich keiner näheren Ausführung. Entweder die Herren kommen hierher als Sprecher und Vertreter ihrer Völker, und dann muß zwischen uns Übereinstimmung bestehen, daß diese Volkspersönlichkeiten wenigstens präsumtiv entstanden sind, oder aber sie kommen als Privatleute hierher und haben dann auf diesen Besprechungen nichts zu suchen. Wenn diese Voraussetzungen von dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation angenommen werden, so bin ich bereit, sofort mit den Bundesgenossen in einen Gedankenaustausch darüber einzutreten, ob und in welcher Form die von der russischen Delegation nunmehr gewünschte Entsendung der Vertreter dieser Völker hier vollzogen werden könne.

Ich glaube, daß diese Protokollstellen genügen, um die gegenseitige Stellungnahme in der Vergangenheit zu kennzeichnen.

Ich weiß nicht, warum der Herr Vorsitzende der russischen Delegation von den westlichen Randvölkern heute die Polen besonders ausgesondert hat. Wir haben bisher die Angelegenheit der Polen, Litauer und Kurländer zusammen debattiert. Der Herr Vorredner hat, darin glaube ich einen gewissen Fortschritt erkennen zu können, die Selbständigkeit des polnischen Staates in vollem Umfange anerkannt. Hingegen hat er, wenn ich ihn, was ohne Vorlage des Wortlautes des Protokolls schwierig ist, recht verstanden habe, das heutige polnische Ministerium nicht als Vertretung des polnischen Volkes anerkannt. Es ist mir ohne Beratung mit den verbündeten Regierungen nicht möglich, mich jetzt schon schlüssig darüber zu äußern, ob eine gesonderte Behandlung Polens und des polnischen Ministeriums tunlich erscheinen wird, da Fragen zur Beratung stehen können, bei

welchen auch die Vertretung der anderen westlichen Randvölker zur Wahrung ihrer eigenen Interessen notwendig erscheinen könnte. Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation auch für diese Staatengebiete die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden wir, glaube ich, auf dem langsamen und mühsamen Wege der Verhandlungen einen erheblichen Schritt vorwärts gekommen sein.

Ich werde gemäß den früher gegebenen Zusagen mit den Bundesgenossen über die heute angeregte Frage in einen Gedankenaustausch eintreten. Was die Anerkennung der neuen finnländischen Regierung betrifft, so sind mir wenigstens genügende Unterlagen über die faktischen Vorschläge in Finnland noch nicht zugegangen. Hingegen sind mir von zuverlässiger finnischer Seite zahlreiche Klagen darüber zugegangen, daß die russische Armee in die inneren Kämpfe eingegriffen hat und daß die mehrfach geäußerten Wünsche auf Zurückziehung russischer Truppen von finnischem Territorium von der russischen Regierung nicht in befriedigender Weise beantwortet worden sind. Die Stellungnahme zu den durch die Ereignisse in Finnland geschaffenen Zustände muß durchaus vorbehalten werden.

Graf Czernin: Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation mit einer kurzen Bemerkung erwidern. Ich kann mich der von ihm gezogenen Konklusion nicht anschließen. Der Herr Vorsitzende macht eine ganz selbstverständliche und richtige Unterscheidung zwischen Staaten und deren Regierungen. In dem vorliegenden Falle erkennt er die Selbständigkeit des polnischen Staates an, anerkennt jedoch nicht das Recht der bestehenden Regierung, den Staat zu vertreten. Ich habe nicht die Erinnerung, als ob in den diesbezüglichen Gesprächen die Selbständigkeit des polnischen Staates mit der gleichen Prägnanz anerkannt worden wäre. Aber wenn dies jetzt geschehen ist, so spreche ich meine Befriedigung darüber aus, weil es offenbar eine Annäherung der beiden Standpunkte involviert. Ich kann jedoch nicht zugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung berechtigt sei, den polnischen Staat zu vertreten oder nicht, dem Schiedsspruche der russischen Delegation unterliege.

Ich glaube, daß internationale Verhandlungen auf diese Art überhaupt nicht möglich wären. Denn schließlich könnte ein jeder Vertreter Einspruch gegen die Legitimität der Kompaziszenten erheben, je nachdem, ob er mehr oder weniger an die Berechtigung seiner Existenz glaubt und Vertrauen in deren Dauerhaftigkeit [sic!]. Zur Sache selbst kann ich nur wiederholen, was ich bereits einmal zu sagen die Ehre hatte, daß, falls die russische Delegation die Berechtigung der polnischen Regierung als vollwertigen Kompaziszenten auf den Verhandlungen teilzunehmen, anerkennt, dies meinerseits und mit Befriedigung begrüßt werden könnte.

Herr Trockij: Vor allem muß ich einige tatsächliche Bemerkungen zu der Frage machen, die hier im Zusammenhange mit der Besprechung der polnischen Frage aufgetaucht ist, und zwar über Finnland. Bei dem Herrn Staatssekretär haben sich uns unbekannte Persönlichkeiten oder Organisationen darüber beschwert, daß wir unsere Truppen aus Finnland noch nicht hinausgeführt haben. Vor allem darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Anerkennung Finnlands unsererseits erfolgte nach Beendigung des Krieges, wobei Truppenteile, die an diesem Kriege teilnahmen, sich auch noch auf finnländischem Boden befanden. Als der finnische Senat sich an uns wendete mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands, hatte er selbst den Gedanken geäußert, daß die Fortfüh-

rung der Truppen nicht später zu erfolgen habe als nach Abschluß des Krieges; das hieße, daß, wenn wir aus militärischen Rücksichten es für möglich halten würden, sie schon früher wegzuführen, wir dies früher tun würden. Wir waren mit diesem Vorschlag durchaus einverstanden, und wir haben eine Kommission auf gleicher Grundlage gebildet zur Herbeiführung dieses Einvernehmens und zur praktischen Durchführung der Räumung des finnischen Gebietes. Auf diesem Gebiete haben bei uns bisher keinerlei Konflikte stattgefunden und konnten auch keine stattfinden infolge der Kürze der Zeit. Als in Finnland die Revolution der Arbeitermassen begann, eine Revolution, der ein großer Teil unserer Truppen durchaus freundlich gesinnt war, hat die finnische Sozialdemokratie sich an diese Truppen gewendet mit dem Wunsche, daß sich die russischen Truppen nicht in die Kämpfe, die sich in Finnland abspielten, einmischen möchten. Wir sind diesem Wunsche durchaus beigetreten, und ich habe dem Ausdruck gegeben in einem Telegramm an die Adresse des Herrn *Svinhufvud*.³⁾ Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß in der Atmosphäre der Revolution auch Zusammenstöße stattgefunden haben zwischen den Abteilungen der russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürgerarmee. Ich leugne aber ganz kategorisch, daß die Zusammenstöße irgendwelche Entscheidung oder überhaupt irgendwelchen Einfluß auf den Gang der inneren Kämpfe in Finnland hätten haben können. Gleichzeitig konstatiere ich, daß sowohl die deutsche als auch die österreichisch-ungarische Regierung seinerzeit sofort die Regierung des Herrn *Svinhufvud* anerkannt haben, nachdem wir die Unabhängigkeit Finnlands anerkannt hatten. Wenn mein Eindruck mich nicht trügt, so trifft die neue finnische Regierung nicht auf eine derartige Bereitwilligkeit der deutschen Regierung. Ich erlaube mir aber doch darauf hinzuweisen, daß dies eine Arbeiterregierung der finnischen Arbeiter und Bauern ist, und daß diese Regierung nach unserer Meinung genügend Recht hat, im Namen Finnlands zu sprechen.

Was die Frage der Heranziehung polnischer Vertreter betrifft, so steht diese Frage wegen des Briefes des Herrn Staatssekretärs an den polnischen Ministerpräsidenten⁴⁾, den ich vorhin erwähnt habe, isoliert da, ein Brief, den ich hier erwähnt hatte, auf den aber der Herr Staatssekretär es nicht für notwendig hielt, einzugehen. Hier wird wieder die Frage an uns gerichtet, ob wir die Unabhängigkeit Polens anerkennen oder nicht. Was soll mit dieser Frage ausgedrückt werden? Es ist klar, daß diese Frage eine Zweideutigkeit in sich enthält. Erkennen wir die Unabhängigkeit Irlands an? Wir, unsere Regierung, die Regierung Rußlands, erkennt diese Unabhängigkeit an. Aber noch ist Irland von englischen Truppen besetzt. Wir erkennen bei jedem Menschen das Anrecht auf Nahrung an, das Recht, seinen Hunger zu stillen. Aber das zwingt uns nicht dazu, jeden Hungrigen als satt anzusehen. Wir erkennen in vollem Umfange und unbeschränkt das Recht des polnischen Volkes an, selbständig und unabhängig zu existieren, aber wir wollen nicht die Augen davor verschließen, daß dieser polnische Staat jetzt von fremden Truppen besetzt ist und daß die sogenannte polnische Regierung sich nur innerhalb der Grenzen bewegen darf, die ihr von oben her gesteckt werden. Natürlich können

³⁾ Per *Evind Svinhufvud* (1861—1944), finnischer Staatsmann, Abgeordneter 1907, 1918; vorübergehend Reichsverweser von Finnland. Zu seiner Würdigung vgl. u. a. Raikönen.

⁴⁾ *Jan Kucharzewski*, vgl. über ihn oben S. 126, Anm. 1.

feine juristische Konstruktionen geschaffen werden, welche dazu dienen, um sich selbst nicht darüber Rechenschaft zu geben oder andere daran zu hindern, sich Rechenschaft zu geben, was in der Tat vorgeht. Man sagt uns: Entweder ist die polnische Regierung souverän und anerkannt, dann nimmt sie teil an den Verhandlungen, oder sie ist keine Regierung, dann hat sie hier nichts zu suchen. Ich will es so ausdrücken: Entweder ist der polnische Staat ein Staat — dann muß er geographische Grenzen haben. Wenn das polnische Königreich ein Königreich ist, dann muß es einen König haben. Wenn der Staat weder Grenzen noch einen König hat, dann ist es kein Staat und kein Königreich. Ich bin aber der Ansicht, daß wir es hier zu tun haben mit noch nicht endgültig gestalteten Verhältnissen und daß wir nicht aus juristischen Formulierungen Schlingen für uns selbst machen dürfen, welche nur die Lösung der realen Fragen erschweren können. In einem vor mir liegenden Artikel des Professors *Niemeyer* aus Kiel⁵⁾ wird in einem anderen Zusammenhange folgender außerordentlich wertvoller Gedanke geäußert: „Wie man dieses rechtliche Verhältnis technisch konstruieren will, ist von um so untergeordneter Bedeutung, je unterentwickelter und je unsicherer bis heute die diplomatisch-juristische Technik überhaupt und insbesondere auf dem Gebiete der Staatsverträge ist; die politische Natur der Sache muß hier entscheiden, die juristische Technik sich ihr unterordnen.“

Ich bin der Ansicht, daß das eine genaue und durchaus richtige Beurteilung der Sachlage ist, und insbesondere nachdem wir gesehen haben, mit welcher Freiheit der Herr Staatssekretär mit der ihm eigenen Sachkenntnis und dem ihm eigenen Wissen die Formulierungen gab für die Kiever Rada, so glauben wir, daß er auch in seinem reichen Wissen und in seinem Vorrate an juristischen Kenntnissen auch eine Formulierung dafür finden würde, um die Teilnahme derjenigen Regierung zu sichern, die er anerkannt [hat], ohne uns hier in diesem vorbereitenden Stadium vor ein Ultimatum zu stellen, welches nur gelöst werden kann durch die Entscheidung der ganzen Frage selbst. Das bezieht sich auch durchaus auf diejenigen Äußerungen, die wir die Ehre hatten, von dem Herrn Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation anzuhören. Wir wollen durchaus nicht als Schiedsrichter in dieser Frage auftreten, und gerade deswegen haben wir den einfachsten Weg für die Nachprüfung der Berechtigung vorgeschlagen, und zwar man solle sich an die leitenden Zentren der wichtigsten politischen polnischen Parteien wenden; wenn schon ein Schiedsrichter eine historische Notwendigkeit bildet, dann ist dieser Schiedsrichter jedenfalls der sicherste und bevollmächtigte. Natürlich gehen wir nicht aus von den schwankenden Betrachtungen über die längere oder kürzere Existenz einer Regierung, wie sich der Herr Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation ausgedrückt hat. Im Vertrauen auf die Vorkehrung wollen wir hier annehmen, daß alle hier vertretenen Regierungen und alle solche Regierungen, die noch an den Verhandlungen teilnehmen werden, lang dauernde sind, aber wir haben hier Zweifel an der Tatsache der Anerkennung dieser Regierungen selbst, und wie der Herr Professor *Niemeyer* ausgezeichnet ausdrückt, entscheiden hier nicht mehr oder minder geschickte Syllogismen, sondern hier entscheidet die Natur der politischen Tatsachen selbst, und wenn es jetzt nicht bereits

⁵⁾ *Theodor Niemeyer* (1857—1939), Völkerrechtslehrer; seit 1893 Professor an der Universität Kiel, 1917 Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht.

zu spät wäre — die Sitzung hat etwas spät angefangen, und ich fürchte, daß es zu lange dauern würde — würde ich jetzt bitten, das Wort zu geben dem Vertreter des Volkskommissars für nationale Angelegenheiten unserer Delegation, dem Herrn *Bobiński*.⁶⁾

Graf Czernin: Ich möchte mich auf eine kurze Bemerkung beschränken. Der Vorsitzende hat erklärt, wir möchten uns gegenseitig keine Schlingen legen. Ich möchte das etwas anders ausdrücken und sagen, daß wir hier nicht versammelt sind, um einen geistigen Ringkampf auszuführen, sondern um zu versuchen, ob und wie weit wir uns über gewisse Gesichtspunkte verstehen können, und da möchte ich dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation zuerst sagen, daß er meiner Ansicht nach offene Türen einrennt, wenn er sich gegen einen Vorwurf verteidigt, der ihm gemacht worden wäre dadurch, daß er einen Unterschied zwischen Staat und Regierung konstruiert hat. Daß das nicht identische Begriffe sind, ist vollständig klar. Ich behaupte nur, daß es für Vertreter eines fremden Staates schwer ist, zu konstatieren, ob und inwieweit zwischen diesen Staaten und ihren Regierungen Harmonie besteht oder nicht, und ob diese fremde Regierung zu bestehen berechtigt ist oder nicht; wir kämen, wenn wir dieses Gespräch fortsetzen würden, auf das bereits hier mehrmals berührte Gebiet der Macht- und anderer Fragen, was uns meiner Ansicht nach allzuweit von der eigentlichen Verhandlung abführen würde. Der polnische Staat ist ein in der Entwicklung begriffener Staat, der durch die Zentralmächte selbständig gemacht worden ist. Daß dieser Entwicklungszustand noch nicht abgeschlossen ist, ist vollständig klar, und das äußert sich in verschiedener Beziehung. Beispielsweise auch, wie Herr *Trockij* sehr richtig bemerkt hat, in bezug auf seine Grenzen, die noch nicht feststehen. Aber auch die russische Republik ist ein neues Gebilde, und soviel ich wenigstens weiß, stehen auch deren Grenzen noch nicht genau fest. Dieser Umstand hindert uns nicht, mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu verhandeln, und wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation den Vorwurf zu erheben scheint, daß wir die neue finnische Regierung nicht anzuerkennen scheinen, so konstatiere ich erstens, daß mir absolut nichts bekannt ist, daß diese Anerkennung nicht beabsichtigt sein würde, und weise ferner darauf hin, daß wir, glaube ich, durch das Faktum der hiesigen Verhandlungen beweisen, daß wir sehr gern bereit sind, mit Regierungen zu verhandeln, die wir für ziemlich radikal halten.

Staatssekretär v. Kühlmann: Die zweite Erklärung des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation hat das bestätigt, was ich vorhin mir auszuführen erlaubte, daß es nämlich schwer ist, ohne den Wortlaut so weitreichender Erklärungen vor sich zu haben, sich ein sicheres Urteil über das Gesagte zu bilden; da ein Widerspruch in den Erklärungen eines so geschulten Dialektikers, wie es der Herr Vorredner ist, wahrscheinlich ausgeschlossen ist, so liegt offenbar ein Mißverständnis von meiner Seite vor. Ich hatte den Eindruck, als wollte er in seiner ersten Erklärung rückhaltslos und in vollem Umfange die bestehende Selbständigkeit des polnischen Staates anerkennen, und wollte schon in Übereinstimmung mit meinem österreichisch-ungarischen Kollegen anfangen, über diesen Anschein des Fortschrittes auf dem Wege der Verständigung mich zu freuen. Danu hat aber

⁶⁾ *Stanislaw Bobiński*, führender polnischer Kommunist; über ihn und sein Wirken vgl. neuerdings *Istoriya Polši*, III, S. 12, 19, 21, 29, 64.

der Herr Vorsitzende in einer zweiten Erklärung ausgeführt, daß Polen mangels fester Grenzen und mangels eines Königs weder ein Staat noch ein Königreich sei, und ich glaube, daß selbst der treffliche Professor *Niemeyer*, dessen Ausführungen wir alle nach Gebühr schätzen, uns keiner übermäßigen Haarspalterei zeihen könne, wenn wir es schwierig finden, wie man in vollem Umfange die Selbstständigkeit eines Staates anerkennen solle, der gar kein Staat ist; wenn auch vollkommen zugegeben ist, daß übertrieben künstliche Konstruktionen in der Diplomatie schädlich wirken können, so glaube ich andererseits, daß man sich vollständig in den Wolken verliert, wenn man den Boden einer soliden juristischen Konstruktion der Diplomatie unter den Füßen verliert. Über die finnische Frage muß ich mir, wie ich schon vorhin ausgeführt habe, die volle Freiheit der Entschließung vorbehalten. Ich muß nur feststellen, daß, soweit ich bis jetzt unterrichtet bin, ein eventueller Antrag der sogenannten neuen Regierung zur Anerkennung mir nicht zugekommen ist. Ich bedauere, daß es die vorgerückte Zeit jetzt nicht erlaubt, die vom Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation in Aussicht gestellten Darlegungen eines Mitgliedes seiner Delegation jetzt anzuhören. Es wird sich aber zweifellos in der nächsten Sitzung hierzu Gelegenheit bieten.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, würde ich beantragen, in Anbetracht der vorgerückten Zeit die Sitzung zu vertagen.

Herr *Trockij*: Ich möchte nur, daß wir gleich hier über die Zeit für die nächste Sitzung verabreden.

Staatssekretär v. *Kühlmann*: Ich habe dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation mitgeteilt, daß ich durch unabwendbare Verhältnisse verhindert sein werde, Sitzungen am 4., 5. und 6. abzuhalten. Ich bin am 7. zu jeder Stunde zu einer Sitzung bereit. Vielleicht um 11 Uhr am 7.? — Die Zeit, welche durch meine unaufschiebbare Abwesenheit für unsere Kommissionssitzungen nicht verwendbar ist, würde, soweit ich die Absichten unserer Bundesgenossen kenne, durch Verhandlungen von Macht zu Macht zwischen ihnen und der russischen Delegation auszufüllen sein. Auch könnten die rechtliche- und die Handelskommission ihre Arbeiten bis dahin soweit abgeschlossen haben, daß sich eine Übersicht über die bisher vorliegenden Ergebnisse gewinnen läßt. Wenn niemand mehr eine Wortmeldung einreicht, würde ich die Vertagung der Sitzung beantragen. — Die Sitzung ist vertagt.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 5 Minuten).

Kühlmann.

4. 2. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung „Zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. — Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk zeigen immer noch, wie scharf die Gegensätze zwischen den Bolschewiki und den Ukrainern sind. Allgemein bekannt ist

die Entwicklung, die die Selbständigkeitsbestrebungen der Ukrainer seit dem Ausbruch der russischen Revolution genommen haben. Die Ukrainer stellten sich zunächst auf den Standpunkt, daß die vollkommene Autonomie innerhalb eines föderalistischen Rußlands zu erstreben sei. Je mehr es ihnen unmöglich wurde, angesichts der terroristischen Art, wie die Bolschewiki ihre Ideen von der Freiheit und Selbstbestimmung der kleinen Nationalitäten auslegen, ihr staatliches Ideal in die Wirklichkeit umzusetzen, um so mehr wurden die Ukrainer auf den Weg gedrängt, an dessen Ende sie jetzt angekommen sind. Die Endetappe dieses Wegs wird durch die Mobilmachung der bolschewistischen Horden in Charkov und in den Ostgebieten der Ukraine gegen die ukrainische Armee einerseits und durch die in Kiev stattgefundenen Ereignisse andererseits bezeichnet.

Herr *Trockij* hat in der vorletzten Sitzung der Friedenskonferenz behauptet, daß die Kiever Garnison zu den Bolschewiki übergegangen sei. Dies ist indessen nach den letzten Nachrichten nicht der Fall. Es scheint vielmehr wahrscheinlich, daß in Kiev in dem durch die Bolschewiki organisierten Aufstande lediglich drei Regimenter zu den Bolschewiken übergegangen sind, und zwar die Regimenter *Ševčenskij, Vogdanov, Georgiev*. Im übrigen wissen wir über einen gänzlichen Umschwung der Lage in Kiev nichts. Selbst wenn aber ein Umschwung dort stattgefunden hätte, so wäre er von geringerer Bedeutung angesichts der Lage an der ukrainischen Front. Während die nordrussische Armee so gut wie vollkommen erledigt ist und keinerlei Wert als Angriffswaffe mehr besitzt, ist die ukrainische Armee in verhältnismäßig guter Ordnung. Die Soldatenräte spielen bei ihr eine untergeordnete Rolle, sie haben es nicht fertig gebracht, die Disziplin der Armee vollständig zu untergraben. Die Ukrainer haben daher den Russen gegenüber nach wie vor eine kräftige Waffe in der Hand.

Das Vorgehen der Maximalisten hat aber eine andere Folge gehabt, die von viel weittragenderer Bedeutung ist. In dem 4. Universal vom 24. Januar d. J. hat die ukrainische Rada bereits folgendes erklärt: „Von nun ab bildet die Ukrainische Volksrepublik einen selbständigen, von niemand abhängigen, freien und souveränen Staat des ukrainischen Volkes.“ Mit diesem Beschluß haben die Ukrainer endgültig auf die Idee eines Föderativstaates verzichtet. In der letzten Sitzung ist hieraus von unseren Delegierten durch die Anerkennung der Souveränität der Ukraine die entscheidende Folgerung gezogen worden. Die verbündeten Mächte befinden sich somit jetzt in Brest-Litowsk zwei vollkommen selbständigen Staatsgebilden gegenüber.

Diese Entwicklung bringt für unsere Diplomaten in Brest-Litowsk und für unsere deutsche Öffentlichkeit einen ganzen Komplex von wichtigen Fragen für die Zukunft mit sich. Auch unsere deutsche Öffentlichkeit und unsere Politiker werden sich die Frage vorlegen müssen: was bedeutet für Deutschland der Abschluß eines Friedens mit Nordrußland, und was bedeutet für uns der Abschluß eines Friedens mit der Ukraine?

Die deutsche Öffentlichkeit hat sich aus Anlaß des Verhaltens der großrussischen Delegierten in Brest-Litowsk, denen es mehr auf ein Hinausreden zum Fenster angekommen ist als auf wirklich praktische Arbeit, und angesichts der Auslassungen der Petersburger Telegraphen-Agentur, die Herr *Trockij* jetzt vergeblich

durch Ablehnungen aus der Welt zu schaffen versucht, immer dringender die Frage vorgelegt, ob überhaupt ein ernsthafter Friedenswille auf Seiten der Bolschewiki vorliegt. Deutsche Zeitungen haben bereits von einem Doppelspiel der Maximalisten gesprochen. Wir haben gesehen, wie die Maximalisten durch ihre langen Reden vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, das sie in der Wirklichkeit nicht angewandt haben, in Brest Obstruktion zu machen versuchten. Das deutsche Volk muß daher mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Taktik der Bolschewiki beibehalten wird, und es wird sich zu fragen haben, ob und welchen Wert Deutschland überhaupt auf den Friedensschluß mit Nordrußland¹⁾ legen muß. Alle Nachrichten, die wir aus Nordrußland erhalten, gehen übereinstimmend dahin, daß das bolschewistische Regiment es dahin gebracht hat, Nordrußland einem vollkommenen Ruin zu überliefern. Dieser Ruin erstreckt sich nicht bloß auf das politische, sondern auch auf das ökonomische Gebiet. Die Produktion der Industrie und die Produktion der Landwirtschaft fängt an, in Nordrußland stillzustehen. Der Gutsbesitzer ist von seiner Scholle vertrieben, und der Bauer fragt sich, ob es noch einen Zweck hat, das Land, das ihm morgen wieder abgenommen werden kann, zu pflügen und zu besäen. Jeder Sovet in jeder Stadt und in jedem Dorfe regiert seinen Kreis nach eigenem Gutdünken und betreibt mit Erfolg die Auflösung alles Bestehenden. Der Hunger wütet in den Städten, die Preise sind unerschwinglich. Der Terror des maximalistischen Regiments schlägt jede individuelle Initiative zu Boden, und man wartet auf den großen Krach, der alles Bestehende in Atome auflösen wird. Deutschland kann dieser Entwicklung mit vollkommener Ruhe entgegensehen. Wir haben keinerlei Interesse daran, es zu bedauern, wenn es die geringe Friedensliebe des Herrn *Trockij* dahin bringt, daß die Verhandlungen mit Nordrußland nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen. Wir haben von Nordrußland bei dem Friedensschluß weder etwas zu erwarten noch etwas zu fürchten. Nichts nötigt uns, mit den Bolschewiki, von deren Weltanschauung wir durch Weltenräume getrennt sind, weiter über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und ähnliche Probleme zu sprechen.²⁾ Die verbündeten Mächte sind durchaus in der Lage, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen in den Gebieten, die sie militärisch in Besitz genommen haben, selbständig zum Heile dieser Nationen, ohne auf bolschewistische Redensarten weiter zu achten, durchzuführen.³⁾ Wir wollen bis zum äußersten gehen, um unseren Friedenswillen zu dokumentieren, doch wünschen wir nicht, von dem Herrn *Trockij* und dem Herrn *Radek*, der sich in seinen Funkgesprächen das Vergnügen leistet, in unflätigen Schimpfworten über die Politiker des deutschen Volkes zu sprechen, mit denen sie jetzt in Verhandlungen begriffen sind, an der Nase herumgeführt zu werden. Das verbietet uns die Achtung vor uns selbst.

¹⁾ Von „langen Reden“ bis „Nordrußland“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande des ganzen Satzes senkrechter Strich und Bemerkung (in Höhe der Worte „mit Nordrußland“) von derselben Hand: „keinen!“

²⁾ Von „getrennt“ bis „sprechen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstreichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „existiert für mich nicht mehr!“

³⁾ Von „selbständig“ bis „durchführen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „richtig.“

Soviel über den Frieden mit Nordrußland. Was die Ukraine anlangt, so bedarf es keines Wortes darüber, daß uns ein Frieden mit der Ukraine wertvoller wäre als ein Frieden mit Nordrußland. Die Ukraine ist ein Land mit natürlichen Bodenschätzen und einer verhältnismäßig hoch entwickelten Industrie. Und es könnte sich bei einem Friedensschlusse eine gegenseitige befriedigende Ergänzung wirtschaftlicher Güter entwickeln, an der die Ukraine sicherlich genau ebenso interessiert ist als wir. Die Ukraine ist durch soziale Umwälzungen nicht in dem hohen Maße innerlich zerrüttet, wie es Nordrußland ist. Eine vorübergehende Schwächung an ihrer Ostgrenze hat verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung. Die Zentralmächte haben es in der Hand, die territorialen Aspirationen der Ukrainer, denen sie bereits jetzt Wohlwollen entgegengebracht haben, bis zum gewissen Grade zu befriedigen oder ihnen Hindernisse entgegenzusetzen.

Bis jetzt haben sich in Kiev zwei große Parteien gegenübergestellt: die Föderalisten auf der einen Seite, die von den Engländern und Franzosen unterstützt worden sind, und die Samostiniki, die für die Selbständigkeit der Ukraine eingetreten sind, und die den Mittelmächten freundlich gegenüberstanden. Wir möchten annehmen, daß das letzte Universal nur dadurch erklärt werden kann, daß die Samostiniki die Oberherrschaft⁴⁾ gewonnen haben. Die Ukrainer sollten aus der letzten Rede des russischen Oberkommandierenden *Krylenko* erkennen, daß die Entente auch mit ihnen nur ein Doppelspiel treibt. *Krylenko* hat festgestellt, daß im selben Moment, wo die Idee der Bildung eines revolutionären Heeres in die Tat umgesetzt werden sollte, französische und englische Geldanerbietungen an die Bolschewisten gemacht worden sind. Die Waffen, die England und Frankreich hiermit haben schmieden helfen wollen, sind mit gegen die Ukrainer bestimmt gewesen. Das sollte man sich in Kiev merken. Auch die Ukrainer sollten der Entente nur als Kanonenfutter gegen die Mittelmächte dienen. Es ist anzunehmen, daß man in der Ukraine dieses Streben Englands und Frankreichs gehörig zu schätzen wissen wird. Eine richtige Erkenntnis dieser Sachlage wird dazu führen, daß die Ukraine auch schon, um aus ihrer gegenwärtigen ungewissen Lage im Innern herauszukommen, auf baldigen Abschluß mit den Mittelmächten dringen wird.

Die Mittelmächte ihrerseits werden gewiß alles tun, um derartigen Wünschen entgegenzukommen, um so mehr, als die ganze gegenwärtige ungeklärte Lage im südwestlichen Rußland und in Rumänien nach der einen oder der anderen Richtung hin in kurzer Zeit zu einer Klärung kommen muß, denn die gegenwärtigen Truppenverschiebungen in Südwestrußland, in Rumänien und in Bessarabien entsprechen nicht dem Geiste der Waffenstillstandsverträge.

Die Zeit zum Handeln und zum Beraten ist nicht mehr allzulang.⁵⁾ Die Mittelmächte müssen Wert darauf legen, daß die Fragen in kurzer Zeit geklärt werden. Wenn man auf der Gegenseite geglaubt hat, bei den Mittelmächten würden sich so starke innere Hemmungen entwickeln, daß man ungestört an der Verschlep-

⁴⁾ Von „Samostiniki“ bis „Oberherrschaft“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande Bemerkung von derselben Hand: „Samenstinker behält sich leichter.“

⁵⁾ Von „Handeln“ bis „allzulang“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Aus!“

pungstaktik festhalten könnte, so wird die Fehlerhaftigkeit dieser Rechnung unterdessen klar geworden sein.

Unsere Unterhändler haben die Hände frei.⁶⁾

Sie werden von dieser Freiheit keinen Gebrauch machen, der den Wünschen unseres Volkes auf Abschluß eines Friedens der Versöhnung und des gegenseitigen Ausgleiches mit den Staaten des früheren russischen Reiches widerspricht.⁷⁾

O. T.

⁶⁾ Von „Unsere“ bis „frei“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe Bemerkung von derselben Hand: „Gut!“

⁷⁾ Letzter Abschnitt von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* eingeklammert, dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von derselben Hand: „Das Ende ist schlapp und hätte fortbleiben sollen.“

283.

6. 2. 1918: Besprechung der Reichsleitung mit Graf Czernin und General Ludendorff (Berlin)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. Reichskanzler Graf v. Hertling an Legationsrat Frhr. v. Grünau. Telegramm. Zusatz: „Durch Fernschreiber des Auswärtigen Amtes“. Überschrift: „Zum Vortrage bei Seiner Majestät“. Aktenvermerk: „Orig. i. A. Weltkrieg 15 geh.“

Gestern fand unter meinem Vorsitz eine Besprechung zwischen den deutschen Ressortchefs unter Zuziehung des Generals *Ludendorff* und dem Grafen *Czernin*, einem Vertreter der österreichisch-ungarischen Obersten Heeresleitung und einigen österreichisch-ungarischen Ressortbeamten statt.

Über das Vorgehen in Brest-Litowsk herrschte Übereinstimmung, daß zunächst mit allem Nachdruck der Friede mit der Ukraine herbeizuführen ist, dann aber die Verhandlungen mit *Trockij* mit positivem oder negativem Erfolg zum Abschluß gebracht werden müssen. Den Unterhändlern bleibt überlassen, ob sie dies in Form eines Ultimatum oder in anderer Weise tun wollen. Jedenfalls muß ein Abschluß erreicht werden, da auch aus militärischen Gründen Klarheit notwendig ist. General *Ludendorff* stellte im Falle des Abbruchs mit *Trockij* eine baldige militärische Aktion in Aussicht. Bezüglich der Verteilung der bei einem Friedensschluß mit der Ukraine von da zu erwartenden Lebensmittelzufuhren wurde Einigkeit zwischen uns und den Österreichern erzielt.

Graf v. Hertling.

284.

7. 2. 1918: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. Staatssekretär v. Kühlmann an Reichskanzler Graf v. Hertling. Telegramm. Nr. 328. Brest-Litowsk, 7. 2. 1918. Angek. 8. 2. 1918, 4.50 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen von Donnerstag, den 7. Februar 1918, vormittags 11 Uhr.“

Die Sitzung wird um 11 Uhr 30 Minuten durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. *Kühlmann* eröffnet.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich eröffne die Sitzung der territorialen Kommission. Zunächst möchte ich auf eine Angelegenheit eingehen, welche uns schon mehrfach hier beschäftigt hat. Es handelt sich um Telegramme der Petersburger Telegraphenagentur, welche der Herr Vorsitzende der russischen Delegation als Fälschungen bezeichnet hat, und da aus den Darlegungen des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation immerhin die Insinuation herausgelesen werden konnte, als sei unter Umständen die Fälschung bei uns in Deutschland vorgekommen, habe ich es mir besonders angelegen sein lassen, der Angelegenheit soweit als irgend möglich nachzugehen.

Bei weitem die wichtigste und politisch folgenreichste der betreffenden Falschmeldungen war die über die Sitzung am 28. Dezember¹⁾ in Brest-Litowsk. Wie ich feststellen habe lassen, ist diese Meldung durch *Ritzaus* Bureau in Kopenhagen²⁾ verbreitet worden. Das bei *Ritzau* vorliegende Originaltelegramm ist aus Petersburg datiert und trägt die Unterschrift: „*Vestnik*“ wie alle anderen Telegramme der Petersburger Telegraphenagentur. Ich muß also die weiteren Nachforschungen, wer für die Absendung des Telegramms aus Petersburg verantwortlich ist, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation überlassen.

Eine weitere Meldung, die gleichfalls politisches Aufsehen erregt hat und vom Herrn Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten als unrichtig bezeichnet worden ist, bezog sich auf eine von ihm am 3. Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrates gehaltene Rede. Zu uns war die Meldung gekommen durch eine Wiedergabe der dänischen Zeitung *Berlingske Tidende* vom 31. v. M. Die beiden wichtigsten Sätze in dem Berichte lauteten: „Imperialisten behaupten fälschlicherweise, daß wir Sonderverhandlungen führen wollten“ — und in einem späteren Absatz: „Die russische Delegation will von ihren Forderungen nicht Abstand nehmen und will keinen Separatfrieden schließen.“

Das *Wolff Büro* hat am 29. Januar abends aus Stockholm diese Mitteilung in französischer Sprache als Meldung der Petersburger Telegraphenagentur erhalten, und aus Stockholm wird mitgeteilt, daß der französische, an *Wolff* weitergegebene Text dort als Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur eingegangen sei. Wenn also eine Fälschung vorliegt, so muß auch diese zwischen Petersburg und Stockholm begangen worden sein, und auch in diesem Falle möchte ich dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation anheimstellen, jedenfalls festzustellen, daß von seiten des *Wolffschen Telegraphenbureaus* und der deutschen Presse in dieser Angelegenheit mit voller bona fide vorgegangen worden ist. Es scheint mir im eigenen Interesse der russischen Politik zu liegen, auch ihrerseits klarzustellen, wie und wo diese politisch immerhin bedeutenden Fälschungen vorgekommen sind.

Herr **Trockij**: Ich schließe mich voll und ganz der Ansicht des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation an, daß es absolut unmöglich ist, diese Frage ohne endgültige Aufklärung zu lassen. Bezüglich des ersten Telegramms habe ich bis zu dem Augenblick nicht von Fälschung gesprochen, bis mir alle Originale der Telegramme vorgelegt wurden, die von der Petersburger Telegraphenagentur

¹⁾ Vgl. Nr. 117.

²⁾ Dansk Telegrammbureau, gegr. 1. 2. 1866 von E. N. Ritzau.

über den ersten Verhandlungsabschnitt hier abgeschickt worden sind. Ich nahm erst an, daß vielleicht auch hier ein Mißverständnis von seiten der Petersburger Telegraphenagentur vorliegen könnte. Nachdem ich aber die Originaltelegramme durchgesehen hatte, habe ich mich davon überzeugt, daß eine solche Erklärung nicht vorhanden sein konnte. — Was das zweite Telegramm betrifft, so waren wir hier während der letzten Periode unserer hiesigen Verhandlungen fast gänzlich von der telegraphischen Verbindung mit Petersburg abgeschnitten. Als diese Frage hier zuerst angeregt wurde, habe ich bemerkt, daß ich solange nicht von einer Fälschung sprechen könnte, bis ich hätte feststellen können, welches Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur in diesem Sinne ausgelegt oder so übersetzt werden könne. Ich muß aber gleich bemerken, daß bezüglich dieser selben Rede in der deutschen Presse ein telegraphischer Bericht enthalten war, der allerdings nicht in allen Zeitungen abgedruckt worden war, und wo der Schluß in vollständiger Übereinstimmung mit dem Sinne meiner Rede war, daß die Verbandsimperialisten kein Recht haben, uns zu beschuldigen, daß wir Separatfriedensverhandlungen pflegen, da wir unsererseits alles getan haben, um sie zur Teilnahme an diesen Verhandlungen heranzuziehen, und daß wir keine Verpflichtung ihnen gegenüber dafür übernehmen können, daß wir so lange im Kriegszustand bleiben werden, wie es den Regierenden in London und New York gefallen wird, daß wir unsere Hände als vollständig frei ansehen zum Abschlusse eines Sonderfriedens.

Ich bemerke, daß ein derartiger Bericht auch in deutschen Zeitungen erschienen ist. Meinerseits werde ich, wie ich schon im Anfange bemerkt, sowie die technischen Möglichkeiten vorhanden sein werden, alles dazu unternehmen, um in kürzester Zeit diese beiden Mißverständnisse oder Fälschungen in vollem Umfange aufzuklären, und werde die Herren Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation davon in Kenntnis setzen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Wir wollen dann zu dem in der letzten Beratung unterbrochenen Gegenstand zurückkehren. Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation wollte, wenn ich mich recht erinnere, uns noch weitere Darlegungen zu dem besprochenen Punkte geben, nämlich dem einer eventuellen Vertretung Polens bei den Friedensverhandlungen.

Ich mußte damals wegen der vorgeschrittenen Stunde diese Darlegungen auf eine spätere Sitzung verschieben.

Herr **Trockij**: Ich hatte damals gebeten, das Wort zu erteilen dem Mitgliede unserer Delegation, dem Sachverständigen für politische Angelegenheiten, Herrn *Bobiński*. Jetzt erneuere ich diese Bitte, halte es aber für meine Pflicht, wenn die Herren Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation nichts dagegen haben, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, da die sehr gut organisierte Campagne in der deutschen und österreichisch-ungarischen Presse, welche in der Hauptsache zur Grundlage gegen uns den Vorwurf hat, daß wir die Friedensverhandlungen verschleppen³⁾, vollständig falsch den tatsächlichen Gang und den Sinn der Verhandlungen beleuchtet.

³⁾ In seinen Erinnerungen (Mein Leben, S. 354) gibt *Trockij* zu: „... Die Verschleppung der Verhandlungen lag auch in unserem Interesse. Zu diesem Zweck war ich ja eigentlich nach Brest gefahren...“

Ich halte es für notwendig, vor allem mit aller Energie die Tatsache zu betonen, daß die grundlegenden Bedingungen Deutschlands und Österreich-Ungarns uns erst am letzten Tage vor der letzten Unterbrechung bekannt geworden sind, daß infolge der ungeheuren Bedeutung dieser Bedingungen, deren Inhalt wir erst im Laufe sehr komplizierter theoretischer Verhandlungen erfahren haben, wir diese Pause beantragt hatten, um unserer Regierung die Möglichkeit zu geben, diese schwierige Frage der Bedingungen zu prüfen. Nach der Pause ging der Gang unserer Verhandlungen in einem Tempo, welches niemand von den Beteiligten als ein sehr intensives bezeichnen kann; aber in diesem Falle lag die Initiative keinesfalls auf unserer Seite, folglich bin ich der Ansicht und halte es auch für notwendig, das hier zu erklären, daß alle gegenteiligen Beschuldigungen durchaus falsch in ihrer Grundlage sind, daß soweit die Verhandlungen durch ihren theoretischen Charakter verschleppt wurden, die Verantwortung dafür nicht auf uns fällt, und gerade der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation hat in einer Antwort an mich in einer der ersten Sitzungen die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß infolge der Wichtigkeit dieser Fragen es notwendig wäre, sie erst theoretisch zu beleuchten.

In ihrer praktischen Bedeutung sind diese Bedingungen — ich wiederhole es — am letzten Tage vor der Unterbrechung vor uns aufgetaucht; daher lehne ich hier vor dem Angesicht der beiden vereinigten Delegationen und vor der öffentlichen Meinung der beiden beteiligten Länder mit voller Entschiedenheit jede Verantwortung für eine Verschleppung der Verhandlungen ab.

Wenn die Herren Vorsitzenden der deutschen und der österreichisch-ungarischen Delegation nichts dagegen haben, so bitte ich, Herrn *Bobiński* das Wort zu geben.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich habe diese vom Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation als wohlorganisiert bezeichnete Campagne in der deutschen Presse nicht verfolgt. Dank der öffentlichen Diplomatie, welche auf Wunsch der russischen Delegation im Laufe dieser Besprechungen durchaus befolgt worden ist, hat die deutsche Presse sich aus den veröffentlichten Verhandlungsberichten ihr eigenes Urteil bilden können. Die deutsche Publizistik ist Manns genug, um sich unabhängig ein Urteil zu bilden, und wenn das Urteil, zu dem die deutsche Presse gelangt ist, der russischen Delegation nicht gefällt, so steht es der russischen Presse ihrerseits vollkommen frei, diejenigen Ansichten zu verfechten, die sie für richtig hält. Ich muß jedenfalls jede Insinuation, als wären die Vorsitzenden verantwortlich, auf das Nachdrücklichste zurückweisen. Da es sich bei unseren Verhandlungen um Gedanken handelte, welche größtenteils neu sind und für welche weder in der internationalen Theorie noch Praxis Vorbilder vorliegen, war es unbedingt notwendig, auch von der theoretischen Seite diese Fragen zu beleuchten. Wie ich mir schon früher einmal erlaubt habe, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation darzulegen, geschah diese Beleuchtung durchaus nicht aus Freude an der Theorie als solcher, sondern diese theoretischen Auseinandersetzungen hatten, wie dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation ja keinesfalls entgangen ist, sehr weitreichende praktische Bedeutungen, und wenn unsere Unterhaltungen dazu geführt hätten, daß wir über diese theoretischen Punkte Einigung erzielen konnten, so wären wir, wie dem Herrn Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten ja wohl bekannt ist, einer befriedigenden Lösung

unserer Aufgabe hier sehr nahegekommen. Im übrigen ist ja die in der Praxis entstandene Geschäftsordnung unserer Kommissionssitzungen derartig, daß es den Vorsitzenden der drei hier vertretenen Delegationen jederzeit tunlich ist, jeden ihnen erwünscht erscheinenden Gegenstand auf die Tagesordnung der Besprechung setzen zu lassen. Ich kann mich wenigstens keines Falles erinnern, in welchem in dieser Beziehung die Freiheit des Wortes im geringsten eingeschränkt worden ist. Ich muß also in Anspruch nehmen, daß für Inhalt und Form der Beratungen die Vorsitzenden der drei hier vertretenen Delegationen bis zu einem gewissen Grade gemeinsam verantwortlich sind. Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Wichtigkeit unserer Vorschläge ihm ein gründliches Studium nötig erscheinen ließ. Seine Anregung trifft vollkommen zusammen mit der bei mir bestehenden Ansicht, für eine der allernächsten Sitzungen zur Beratung zu stellen einen zusammenfassenden Überblick über den Stand unserer Verhandlungen. Bei diesem Anlaß können wir dann das eben vom Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation angeschlagene Thema in einer seinen Intentionen entsprechenden Weise diskutieren. Der Herr Vorsitzende der österreich-ungarischen Delegation hat das Wort.

Minister des Äußern Graf Czernin: Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation sprach von einer geschickt geleiteten Campagne gegen die russische Delegation, welche beweisen will, daß russischerseits eine Verschleppungstaktik eingeschlagen werde. Der Vorsitzende der russischen Delegation schließt aus tatsächlichen Vorgängen auf eine ganz falsche Voraussetzung. Ich wäre sehr froh, wenn ich den Einfluß auf unsere Presse hätte, den der Herr Vorsitzende mir zuzuschreiben scheint. Aber der Herr Vorsitzende überschätzt meinen Einfluß in ganz außerordentlichem Maße und auch, wie es scheint, die Mittel, die mir diesbezüglich zur Verfügung stehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß, seitdem ich im Amte bin, nicht eine einzige Zeitung in Österreich oder Ungarn unterdrückt worden wäre, wie dies immerhin in manchen Ländern manchmal vorkommt. Auch eine sonstige Einflußnahme steht mir nicht zu, und die heftigen Angriffe, welchen meine Wenigkeit von rechtsseitigen und linksseitigen Blättern ausgesetzt ist, geben den Beweis für diese These. Daß die österreichische und ungarische Presse in ihrer Majorität zu der Ansicht gekommen ist, daß tatsächlich russischerseits der Wunsch, zu einem Abschluß zu kommen, nicht besteht, ist richtig. Der Hauptgrund hierfür liegt aber nicht in einer Einflußnahme der Regierung, sondern in der Haltung der russischen Presse und in jenen liebenswürdigen Funkgesprächen, welche an unsere Adresse in die Welt hinausgegeben werden. In allen diesen Enunziationen steht entweder ausdrücklich oder zwischen den Zeilen, daß es nicht ratsam sei, mit den jetzigen Regierungen der Mittelmächte abzuschließen, weil große Veränderungen bevorständen, welche abgewartet werden müßten. Ich konstatiere also der Wahrheit gemäß, daß diese Anschauungen der Verschleppungstaktik unserer Presse von den Organen des Herrn Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten eingegeben werden.

Herr Trockij: Ich würde nicht weiter die Zeit mit Debatten über diese Frage in Anspruch nehmen, wenn nicht die Befürchtung vorläge, daß eine schlechte Information über diese Frage eventuell unsere Verhandlungen über andere Fragen fruchtlos machen könnte. Vor allem lehnt der Herr Vorsitzende der deut-

schen Delegation zu Unrecht die angebliche Anschuldigung der Verschleppung der Verhandlungen ab. Ich sprach von den Beschuldigungen, die gegen uns erhoben werden, und erklärte diese aus dem Gang der Verhandlungen selbst. Ich hatte durchaus nicht die Absicht, damit zu sagen, daß die deutsche oder österreichisch-ungarische Delegation versuchte, künstlich eine Verzögerung der Verhandlungen hervorzurufen. Aber wenn wir jetzt einen Blick zurückwerfen auf den bisherigen Gang der Verhandlungen, so erlaube ich mir doch die Bemerkung, daß die Methode, welche, wie ganz richtig bemerkt wurde, auf Anregung der beiden Vorsitzenden der Delegationen der Gegenpartei⁴⁾ eingeschlagen wurde, daß diese Methode selbst zur Verschleppung der Verhandlungen beitrug. Was die Presse angeht, so muß ich ganz offen eingestehen, daß wir tatsächlich während der Zeit der Revolution eine ganze Reihe von Zeitungen unterdrückt haben, nicht weil sie von rechts her — von links her haben wir keine Gegner mehr — das Benehmen des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten kritisiert hatten, sondern deswegen, weil sie z. B. die Junker und Offiziere aufforderten, auf die Arbeiter und Soldaten zu schießen, und ähnliche Ansichten und Äußerungen veröffentlichten. Ich muß zu unserer Entschuldigung anführen, daß bei uns keine Vorzensur vorhanden ist, die doch immerhin in einigen Staaten besteht. Was die Artikel in unserer Presse anbetrifft, so muß man sich natürlich vor Augen halten, daß hier zwei Parteien über den Frieden verhandeln, die in politischer Hinsicht einander diametral entgegengesetzt sind. Wir sind gerne bereit zu bedauern, daß die österreichische und deutsche Presse an unsere Adresse vorzeitig solche Komplimente machte. Dies war durchaus nicht notwendig für den Gang der Friedensverhandlungen.

Vor uns steht eine praktische Frage, welche nach ihrem Wesen bestimmt wird durch die Kombination der geschichtlichen Bedingungen, welche nur zu ihrem geringsten Teile durch den freien Willen der beiden Parteien bestimmt werden. Ich habe hier schon einmal die Ehre gehabt zu bemerken, daß uns in jeder Hinsicht die offene und freie Sprache des Soldaten in allen Fragen, die wir hier behandeln, lieber ist⁵⁾, und daß wir von Anfang an bei diesen Verhandlungen nicht versucht haben, vor der Gegenpartei und vor der öffentlichen Meinung der ganzen Welt zu verbergen, wer wir sind. Aber vollständig falsch und von Grund aus irrtümlich ist die Behauptung, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß vor einer eingetretenen Umwälzung bei den Mittelmächten ein Friede nicht geschlossen werden darf. Ein solcher Beschluß lag bei uns nicht vor. Eine solche Politik haben wir nicht verfolgt. Und gerade ausgehend von unseren internationalen revolutionären Aufgaben hatten wir den Weg dieser Politik nicht beschritten. Ob wir Recht haben oder nicht, aber wir haben in allen unseren Reden und Entschlüssen zum Ausdruck gebracht, daß der Abschluß des Friedens zum Ausgangs-

⁴⁾ In der Abschrift im Werk des Zweiten Unterausschusses folgt hier (wie in der Originalvorlage) ein neues Blatt mit dem Vermerk: „Abschrift A 5814. Fortsetzung.“

⁵⁾ *Trockij* (Mein Leben, S. 357) schreibt hierzu: „Ohne jegliche Sympathie für diplomatische List legte der General einige Male seinen Soldatenstiefel auf den Tisch, um den herum sich die Debatten entwickelten. Wir unsererseits zweifelten keinen Augenblick daran, daß gerade der Stiefel des Generals *Hoffmann* die einzige ernste Realität bei diesen Verhandlungen darstellte.“

punkte gewaltiger Erschütterungen in allen Ländern der Welt werden würde. Wir glauben, ob wir recht haben oder nicht, daß die großen Massen, wenn sie aus den Schützengräben nach Hause kommen, in allen Ländern einen Blick zurückwerfen und das Fazit ziehen würden aus den Erfahrungen dieses Krieges. Gerade deshalb haben wir vom Beginn des Krieges an in allen Ländern unermüdlich für den Frieden gekämpft, und wenn die Gegenpartei es für notwendig hält, natürlich nicht aus sentimental, sondern aus politischen Gründen, mit uns Verhandlungen anzuknüpfen, so halte ich es für notwendig, in vollem Umfange sie zu informieren über die Fragen, die der Herr Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation berührt hat, und gerade deswegen habe ich es für notwendig gehalten, das Wort hier zu ergreifen. Was das Urteil anbetrifft, welches die deutsche und die österreichisch-ungarische Presse gefaßt hat, so ist leider dies Urteil auf nicht vollkommene Information begründet, und die Bedingungen der Gegenpartei, welche uns entscheidend erscheinen, sind bisher weder in der deutschen noch in der österreichisch-ungarischen Presse veröffentlicht worden.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich werde dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation nicht auf dem Wege folgen, den er eingeschlagen hat. Ich habe es von Anfang an grundsätzlich abgelehnt, mich mit ihm über Fragen der Weltanschauungen oder der politischen Organisation zu unterhalten; derartige Unterhaltungen hätten bei der fundamentalen Verschiedenheit der gegenseitigen Standpunkte in höchstem Grade und mit Recht den Vorwurf verdient, daß durch leere und aussichtslose Redereien die Zeit verdorben würde. Ich bin dem Herrn Vorsitzenden aber immerhin für die Feststellung dankbar, daß er den Umsturz der bestehenden Zustände in den Mittelmächten nicht zur unmittelbaren Voraussetzung der Friedensverhandlungen machen will. Was er über die Vorzensur bemerkt hatte, trifft, wie er ja weiß, auch auf Deutschland zu, wo eine solche nicht existiert, und daß Angriffe auf die auswärtige Politik und deren Träger nicht zum Verbote deutscher Zeitungen führen, kann einem so gründlichen Kenner der deutschen Zeitungen, wie es der Herr Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten ist, nicht entgangen sein.

Graf Czernin: Ich will nur noch zwei Worte sagen. Wenn wir uns darüber streiten, wer die Verhandlungen verschleppt, dann glaube ich, müssen wir uns momentan alle drei anklagen, denn die jetzige Konversation dient nicht dazu, uns einem definitiven Resultate näher zu bringen. Ich muß aber doch folgende zwei Bemerkungen noch machen: Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation konstatieren kann, daß er von links nicht mehr angegriffen werden kann, weil es keine linke Seite bei ihm mehr gibt, so kann ich ihn darum nur beneiden. Es ist gewiß viel bequemer, wenn man nur von einer Seite angeschossen wird. Ich würde aber nicht unbedingt die Verantwortung dafür übernehmen, daß auch in Rußland nicht noch eine linke Seite entstehen kann. Eine nach links gehende Bewegung, die mit der Richtung des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation nicht einverstanden ist, ist meiner Ansicht nach immer noch denkbar, aber das ist nicht meine Sache.

Aber wenn der Herr Vorsitzende von der Zensur spricht, so muß ich hier doch einen Irrtum richtig stellen. Gewiß gibt es bei uns eine Vorzensur, eine sehr wohlthätige Anstalt deshalb, weil sie die Zeitungen vor Unterdrückung schützt. Aber

die Zensur kann immer nur ein negatives Resultat haben, sie kann niemals aus naheliegenden Gründen eine Zeitung veranlassen, in positivem Sinne das und jenes zu behaupten. Wenn also unsere Presse der russischen Delegation eine Verschleppungstaktik vorwirft, also etwas Aktives macht, so hat das mit der Zensur gar nichts zu tun. Im übrigen sage ich dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation sehr gern, daß ich stets den Eindruck gehabt habe, daß er vollkommen ehrlich und aufrichtig spricht, und nehme daher zur Kenntnis, daß er erklärt, daß er die Revolution und die Umwälzung bei uns nicht als unmittelbare Voraussetzung eines Friedensschlusses annimmt. Ich kann aber nicht umhin zu erklären, daß einige dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation nahe-stehende Organe durch ihre Denunziationen den Glauben an die Ehrlichkeit dieses Ausspruches zu erschüttern versuchten.

Herr Trockij: Ich möchte nur bemerken, daß bei Verhandlungen, und solange solche geführt werden, stets auf allen Seiten bei den Beteiligten der gute Wille präsumiert werden muß, und daß ich also die Bemerkung des Herrn Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation nur als die Feststellung einer selbstverständlichen Tatsache ansehe. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, so möchte ich bitten, in der Frage, über die wir das vorige Mal gesprochen haben, das Wort einzuräumen dem Mitgliede unserer Delegation — jetzt oder nach einer Unterbrechung.

Herr Bobiński: Um meinen Vortrag hier nicht auseinanderzureißen und nicht einzelne Teile zum Vortrag zu bringen, werde ich jetzt das im ganzen verlesen und nachher einen von uns mitgebrachten authentischen deutschen Text dazu verlesen. In der bisherigen Diskussion über Polen wurde hier bisher die Stimme der direkt interessierten Seite, des arbeitenden Volkes Polens, nicht erhoben. Diese Stimme erheben wir hiermit, ich und Genosse *Radek*, die polnischen Mitglieder der russischen Delegation, nicht nur als Vertreter von 2 Millionen des Volkes aus dem sogenannten Königreich Polen, die durch den Krieg nach Rußland verjagt wurden, sondern gleichzeitig als Vertreter des polnischen Proletariats im Königreich Polen. Unseren Standpunkt legen wir in folgender schriftlicher Erklärung dar: Neben Belgien und Serbien ist Polen das meist vom Kriege geprüfte und zerstörte Land: Polen ist nicht nur physisch, sondern auch ökonomisch für viele Jahre ruiniert. Ungefähr 2 Millionen Polen hat der Krieg nach Rußland versprengt, Hunderttausende polnischer Arbeiter wurden nach Deutschland zwangsweise verschleppt, ohne die Soldaten Galiziens, Schlesiens und des Posenschen zu zählen. Seine Bevölkerung wurde so genötigt, für drei fremde „Vaterländer“ gegen seine Nationsgenossen zu kämpfen und alles das, damit sein Schicksal in den jetzigen Friedensverhandlungen ohne seine Vertreter und gegen seinen Willen entschieden wird.

Wir, die Vertreter der Bevölkerung des sogenannten Kongreßpolens, die in den Friedensverhandlungen als ein Teil der Gesamtdelegation der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik Anteil nehmen, wir wenden in erster Linie die Aufmerksamkeit darauf, daß hier in diesen Friedensverhandlungen die Vertreter der Millionen der städtischen und ländlichen Arbeitermassen Polens, die auf ihrem Rücken alle Schrecken und Entbehrungen dieses Krieges zu ertragen hatten, und deren Schicksal hier entschieden wird, fehlen. Die arbeitenden Massen Polens, d. h.

fast das ganze polnische Volk empfindet es als höchste Ungerechtigkeit, daß es keine Möglichkeit hat, hier selbst seine Interessen und die Interessen seines Landes zu verteidigen. Deshalb ist die erste Forderung des arbeitenden Volkes Polens, daß seine unmittelbaren Vertreter zu diesen Friedensverhandlungen zugelassen werden.

Solange aber diese unmittelbaren Vertreter Polens zu unserem Bedauern hier abwesend sind, erachten wir Vertreter des Willens von 2 Millionen der Bevölkerung Polens, die der Krieg nach Rußland gejagt hat und die als einziger Teil der polnischen Bevölkerung dank der russischen Revolution die Möglichkeit haben, frei über ihre Sorgen und Bestrebungen zu sprechen, es als unerläßlich, die wirklichen Wünsche der Volksmassen Polens hier zu verkünden.

Wir haben das Recht dafür um so mehr, da wir gleichzeitig die Vertreter der Sozialdemokratie Polens und Litauens sind, d. h. der Richtung, die seit 25 Jahren in der Arbeiterbewegung Polens die führende Rolle spielte und wie der Arbeiterkongreß vom 29. Dezember des vergangenen Jahres in Warschau bewiesen hat, auch jetzt die überwiegende Mehrheit der Arbeiter hinter sich hat. Wir erklären, daß ähnlich wie in Kongreßpolen die arbeitenden Massen Galiziens und besonders des preußischen Teiles Schlesiens und des Posenschen, all die Hunderttausende Soldaten, die in den Schützengräben waren und starben, alle die stellen laut und überall die Forderung nach

1. der Befreiung von jeder nationalen Unterdrückung,
2. nach Vernichtung aller staatlich-polizeilicher Schlagbäume zwischen den drei Teilen desselben Landes und
3. nach der Freiheit, selbständig über die Geschicke ihres Landes zu verfügen.

Und obwohl wir erachten, daß die Forderungen des Volkes Galiziens, Schlesiens und des Posenschen übereinstimmen mit denen, die wir den Zentralmächten stellen, nichtsdestoweniger erachten wir, daß die endgültige Formulierung dieser Forderungen durch die Vertreter des Arbeitervolkes dieser Gebiete unmittelbar gemacht werden muß.

Was das sogenannte Königreich Polen anbetrifft, so sind die Forderungen aller Volksschichten Polens so klar und übereinstimmend, daß über sie keine Zweifel bestehen können. Sie lauten:

1. Sofortige Entfernung aller Armeen aus Polen, Räumung Polens von all den Regierungsorganen und Institutionen, die von den Okkupationsmächten hineingepflanzt worden sind, denn nur dann kann die Bevölkerung frei ihren Willen verkünden.
2. Was die Willensverkündung der polnischen Bevölkerung anbetrifft, so besteht die wichtigste Forderung des arbeitenden Volkes Polens darin, daß diese Willensäußerung unter vollster politischer Presse-, Versammlungs-, Vereins- usw. Freiheit und ohne jeglichen Druck seitens ihrer mächtigen Nachbarn stattfindet.
3. Die Willensverkündung der Volksmassen Polens wird nur nach der Rückkehr der durch den Krieg verjagten Flüchtlinge und der gewaltsam nach Deutschland und Rußland verschleppten Arbeiter gesetzkräftig werden.

4. Der Wiederaufbau der verwüsteten Teile Polens muß auf Kosten des internationalen Fonds, der durch die Besteuerung der kapitalistischen Klassen aller Länder gebildet wird, erfolgen.

5. Die Grenzfragen sollen durch Abstimmung und Vereinbarung mit der benachbarten, an der Sache selbst interessierten Bevölkerung gelöst werden.

Als die wichtigste aller dieser Forderungen erachten die arbeitenden Massen, wie nebenbei alle anderen Volksgruppen Polens, die Forderung der Entfernung der Okkupationsarmee und aller der Organe und Institutionen, die die Okkupationsgewalt eingeführt hat, die der Willensäußerung des Volkes vorausgehen soll. Ohne Verwirklichung dieser einfachen Forderung in ihrem vollen Umfange können wir uns einen demokratischen und dauernden Frieden, einen Frieden, der nicht auf Grund der nackten Gewalt der Sieger geschlossen wird, gar nicht vorstellen.

Diese Forderung wurde klar aufgestellt von dem Kongreß der Flüchtlinge im November 1917, durch den Kongreß aller Arbeiterorganisationen in Warschau Ende 1917, in mehreren legalen und illegalen Aufrufen, Versammlungen und Reden aller Vertreter, aller Bevölkerungsschichten Polens. Unter dieser Losung demonstrierte die Arbeiterschaft Warschaus durch den Massenstreik vom Ende Januar.

Wenn die Zentralmächte im Gegensatz zu dieser klar ausgesprochenen Forderung sich auf die Notwendigkeit der Ordnungshaltung in Polen berufen, so erklären wir hiermit:

Die polnischen Volksmassen und besonders die Arbeitermassen Polens sind voll- auf befähigt, die Ordnung in ihrem Lande aufrecht zu erhalten. Außerdem stellt dieses Argument, wie auch der Hinweis der deutschen Delegation auf ihren Wunsch, die Volksrevolution von Polen fernzuhalten, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens seitens der Zentralmächte dar, die wir wie überhaupt jede andere Bevormundung seitens unserer Nachbarn ablehnen. Die deutsche Vertretung kann in Polen keine einzige ernste Gruppe auffinden und aufweisen, die es wagen dürfte, öffentlich einen anderen Standpunkt zu verfechten. Weiter erklären die Vertreter Deutschlands, daß Polen schon über sich bestimmt habe. Zu diesem Punkte erklären wir folgendes:

Die Bevölkerung Polens, besonders die Arbeiterklasse Polens wurde nicht ein einziges Mal darüber befragt. Noch mehr: Die Okkupationsmächte haben ein Regime eingeführt, daß eine freie Willensäußerung vollkommen unmöglich macht. Nur deswegen weiß die deutsche Demokratie nicht, was für eine Art von Ordnung in Polen unter der Okkupation herrscht. Hunderttausende polnischer Arbeiter, diese Vorhut der Demokratie, wurden aus dem Königreich Polen nach Deutschland in einer Weise verschleppt, die aus den Darlegungen der Abgeordneten *v. Trampczynski*⁶⁾ und *Korfanty*⁷⁾ im deutschen Reichstag bekannt wurde, ohne daß die deutsche Regierung diese Darstellung irgendwie widerlegt hat.

⁶⁾ *Adalbert v. Trampczynski*, MdR 1912—1918, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses 1910—1918 (Pole).

⁷⁾ *Wojciech Korfanty* (1873—1938), Führer der polnischen Fraktion im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag.

Die übrigen, die in Polen geblieben sind, wurden der Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit beraubt. Die Wahlagitation zum Stadtrat wurde mit allen Mitteln behindert, die Arbeiterführer wurden nach deutschen Konzentrationslagern verschickt, der Presse wurde es verboten, sich über das Verhältnis zu Deutschland und zu Rußland frei zu äußern. Die Streiks hat der Lodzer Polizeidirektor in einem der deutschen Presse gut bekannten Ukas mit Todesstrafe bedroht. Die Demonstrationen wurden vom Militär mit Waffen in der Hand gesprengt. Verfolgt wurden nicht nur die Arbeiter und Leute, die mit dem revolutionären Rußland sympathisieren, sondern auch sogar Anhänger der Zentralmächte, insoweit sie in konkreten Fragen ihre eigene Meinung zu haben wagten, wie das die Verhaftung *Pilsudskis*⁸⁾, des Schöpfers der Legionen und der Legionäre, die bis zum heutigen Tage in den deutschen Konzentrationslagern schmachten, beweist.

Die wahre Stimme Polens, besonders der polnischen Arbeiterklasse, konnte bis jetzt nicht frei zum Ausdruck gelangen. Nichtsdestoweniger müßte die wahre Stimme Polens der deutschen Öffentlichkeit wohlbekannt sein, schon aus den Reichstagsreden von *Trampczynski* und *Korfanty*. Sogar der preußische Minister *v. Loebell*⁹⁾ mußte die Unzufriedenheit der polnischen Bevölkerung mit der Politik Deutschlands in Polen öffentlich feststellen. Eins aber unterliegt keinem Zweifel, nämlich die Tatsache, daß die ganze Bevölkerung Polens und insbesondere das polnische Proletariat, dem deutschen Zukunftsplan für Polen wie der Okkupation gegenüber sich mehr als ablehnend verhält.

Kühlmann.

⁸⁾ *Józef Pilsudski* (1867—1935), polnischer Staatspräsident November 1918—Dezember 1922. *Pilsudski* war im Juli 1917 verhaftet und in Magdeburg interniert worden.

⁹⁾ *Friedrich Wilhelm v. Loebell*, preußischer Innenminister 1914—5. 8. 1917. Verfasser einer Denkschrift über Kriegsziele v. 29. 10. 1914; vgl. WUA, Vierte Reihe, 12. Bd., S. 187 ff.

285.

7. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. Telegramm. Nr. 25. Brest-Litowsk, 7. 2. 1918. Angek. 3. 2. 1918, 3.15 nachm. Vermerk: „Persönlich“.

Heutige Kommissionssitzung zwischen Österreichern, Russen und uns²⁾ brachten sachlich keine besonderen Ergebnisse, gaben sowohl *Graf Czernin* wie mir aber Gelegenheit, *Trockij* gegenüber in der Sprache deutlicher und drohender zu werden. Besonders als *Trockij* durch ein Mitglied seiner Delegation (einen angeblichen Vertreter der polnischen Sozialdemokratie)³⁾ eine lange Schmähschrift verlesen ließ, die an frecher und demagogischer Derbheit alles bisher von den Russen geleistete bei weitem in den Schatten stellte, nahm ich Veranlassung, ihm aufs deutlichste die Meinung zu sagen.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 375 f.

²⁾ Vgl. Nr. 284.

³⁾ *Bobinski*, vgl. Nr. 284.

Die Arbeiten mit den Ukrainern sind während meiner Abwesenheit mit dem größten Eifer gefördert worden, so daß — von unvorhergesehenen Zwischenfällen abgesehen — ein endgültiger Abschluß für den morgigen Tag nicht ausgeschlossen erscheint. Die Abmachungen, insbesondere auf handelspolitischem Gebiet, befriedigen unsere Sachverständigen. Sobald dieser Vertrag unter Dach ist, werden wir mit den Bolschewiken deutlicher reden. Ihr heutiges unqualifiziertes Verhalten bietet hierzu eine ausgezeichnete Handhabe.

Die Österreicher waren, wie ich höre, mit dem Ergebnis ihrer Berliner Besprechungen zufrieden. Dies bestärkt mich in der Überzeugung, daß bei geschickter Behandlung die austro-polnische Frage und mit ihr mitteleuropäische Lösung doch noch unter Dach gebracht werden kann. Seine Majestät haben in dieser Hinsicht sehr scharf ausgesprochene Absichten. Die dafür angeführten Gründe sind meiner Ansicht nach durchschlagend fixiert.

In der Presse wäre durch erneute Hinweise auf das unglaubliche Benehmen der russischen Delegation der Wunsch, dieser Komödie endlich ein Ende zu bereiten, immer stärker zum Ausdruck zu bringen.

Kühlmann.

286.

**7. 2. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung
„Die neue Verhandlungsphase in Brest“**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. — Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Heute sind unsere und die österreichisch-ungarischen Unterhändler wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Mit Spannung, aber mit ruhiger Erwartung sieht das deutsche Volk auf den Wiederbeginn der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Unsere Diplomaten haben bis jetzt die äußerste Geduld und das äußerste Maß von Entgegenkommen Herrn *Trockij* entgegengebracht.¹⁾ Sie wollten den Russen Gelegenheit geben, durch einen Frieden der Versöhnung und der Verständigung im Wege des Kompromisses zu einer für beide Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Die bisherigen Verhandlungen in Brest-Litowsk und der begleitende Chorus der russischen Funksprüche und der russischen Presse zeigen nicht, daß die Russen dieses Entgegenkommen und diese Geduld zu würdigen verstanden hatten.²⁾ Im Gegenteil, die öffentliche Meinung in Deutschland hat den Eindruck gehabt, daß Herr *Trockij* durch dieses weite Entgegenkommen, vielleicht in falscher Einschätzung der tatsächlichen Lage, noch in seinen Ideen des Hinschleppens der Verhandlungen zum Zwecke der Revolutionierung von Westeuropa bestärkt worden ist. Ein Gipfelpunkt der Entstellung ist es aber, wenn

¹⁾ In gleicher Höhe rechts und links am Rande senkrechter Strich; dazu Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Das muß nun aufhören!“

²⁾ Dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „richtig, die russ[ischen] Juden! Außer *Lenin* sind die ganzen Leiter und Führer allerorten der Bolschewiki ausschließlich Juden! von Entente-Juden unterstützt!“

Herr *Trockij* jetzt, wie ein heute durchgelaufener offener russischer Funkspruch angibt, aus Brest-Litowsk nach Petersburg telegraphiert hat: „daß die Deutschen die Verhandlungen verschleppen“.

Das Organ der Mehrheitssozialisten in Leipzig, die *Freie Presse*, schreibt im Anschluß an einen Artikel der *Pravda*: „Die Bolschewisten sollten sich lieber ernsthaft um einen vernünftigen Frieden bemühen, als auf die internationale Revolution zu lauern und zu spekulieren.³⁾ Die Völker wollen Frieden, nicht Phrasen, und niemand in Deutschland sehnt sich nach der Beglückung durch *Trockijs* Rote Garde.“ In diesen Worten sieht Herr *Trockij* die Meinung des überwiegenden Teiles des deutschen Volkes vollkommen klar ausgedrückt. Wir hoffen, daß er sich dieses Rezept zunutze macht und jetzt zu ernsthaften Friedensbemühungen in Brest übergeht.⁴⁾

Keine gemachten Kundgebungen bolschewistischer Letten, wie sie jetzt in russischen Funksprüchen verbreitet werden, und keine weiteren Phrasen können die Mittelmächte bei ihrem festen und unabänderlichen Entschlusse wankend machen, sich auf eine Räumung der Westgebiete Rußlands in der von Herrn *Trockij* gewünschten Art und Weise nicht einzulassen.⁵⁾ In diesem Entschlusse bestärken die Mittelmächte die Gefahren, die von einem revolutionierten und von Hunger und Seuche durchwüteten Rußland für diese Randgebiete und für Westeuropa drohen, wenn ein fester Damm fehlen würde. In der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sind die Verbündeten den Russen außerordentlich weit entgegengekommen. Weitere Kompromisse scheinen nicht mehr denkbar. Auch in den Fragen der Grenzen der von Rußland befreiten Gebiete dürfte der Standpunkt der Verbündeten größeres Entgegenkommen nicht mehr möglich⁶⁾ machen. Mit Groß-Rußland steht daher die Frage so, ob Herr *Trockij* seinerseits dem gerechten und entgegenkommenden Standpunkt der Verbündeten Rechnung tragen will oder nicht.

Mit der Ukraine schreiten die Verhandlungen in gutem Tempo weiter fort. Gelingt es, einen Abschluß mit der Ukraine zustande zu bringen, so kann die Entwicklung der Friedensverhandlungen mit Herrn *Trockij* uns gleichgültig sein. Verscherzt sich Herr *Trockij* durch mangelnden Friedenswillen seinerseits die letzte Möglichkeit, die ihm für einen Frieden und damit für eine Erlösung des unter dem Kriege zusammengebrochenen Rußland gegeben ist, so werden nicht die Mittelmächte, sondern *Trockijs* eigene Partei und das aus tausend Wunden blutende Rußland die Rechnung zu bezahlen haben.

³⁾ Von „als“ bis „spekulieren“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe rechts und links senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „Das ist Internat[ionales] Judentum, zu dessen Heil die Christen sich gegenseitig totschlagen müssen“.

⁴⁾ Dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „er denkt nicht daran“.

⁵⁾ Von „Art“ bis „einzulassen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „sondern vorzugehen und das Balt[ikum] ganz zu befreien!“

⁶⁾ Von „größeres“ bis „möglich“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von derselben Hand: „nein“.

287.

7. 2. 1918: Generalfeldmarschall v. Hindenburg an Oberbefehlshaber Ost

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 1, Bd. 15. Telegramm. Nr. 339. Abgeg. Brest-Litowsk, 9. 2. 1918, 1.00 nachm., angek. 9. 2. 1918, 1.40 nachm.

Feldmarschall v. *Hindenburg* hat 7. 2. an Ob[er]ost folgendes gedrahtet: „Bei dem gestrigen Vortrag geruhten Seine Majestät der Kaiser sich dahin auszusprechen, daß er die feste Absicht hat, den Deutschen in den bisher nicht besetzten Teilen Livlands und Estlands den von ihnen erbetenen Schutz zuteil werden zu lassen. Mit den Operationen, die hierfür in Aussicht genommen sind, wird daher als feststehend zu rechnen sein.

General *Hoffmann* erhält hiermit zugleich den Auftrag, die Räumung von Livland und Estland seitens der russischen Truppen oder den Bruch mit *Trockij* zu erwirken.

gez. v. *Hindenburg* Ia p. 27231.“

Kühlmann.

288.

8. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. Telegramm. Nr. 27. Abgeg. Brest-Litowsk, 8. 2. 1918, 6.10 nachm., angek. 8. 2. 1918, 6.30 nachm. Vermerke: „Dringend! Persönlich!“

Verhandlungen mit Ukrainern sind soweit gefördert, daß Unterzeichnung heute noch oder morgen im Laufe Vormittags erfolgen kann.¹⁾ Falls nicht ganz unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, sind Chefs verbündeter Delegationen entschlossen, zu zeichnen.²⁾

Im Verhältnis zu Bolschewisten sind seit gestern wichtige Entwicklungen zu verzeichnen. *Graf Czernin* teilte mir mit, daß er Brief Kaiser *Karls*³⁾ empfangen und es deshalb für ihn unbedingt notwendig sei, vor Abbruch mit *Trockij* Versuch

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang Borschak S. 33—62, 63—84.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang Grebing S. 296. Am 6. 2. 1918 hatte *Czernin* in Berlin zugestanden, daß der Friedensschluß mit der Ukraine „in Anbetracht des in Österreich-Ungarn und Deutschland herrschenden Mangels an Nahrungsmitteln“ erfolgen sollte: „bei Zuteilung des Cholmer Kreises an die Ukraine und Schaffung einer ukrainischen Provinz Ostgalizien“; über die Hintergründe der österreichischen Zustimmung vgl. ebenda S. 296. — *Kühlmann* über die Bedeutung des Separatfriedens mit der Ukraine in der Besprechung mit den Fraktionsführern im Reichskanzlerpalais am 18. 2. 1918: „... Der Friedensschluß mit der Ukraine ist zweifellos diplomatisch ein wertvolles Instrument . . . Die Ukraine ist, wie ich den Herren hier nicht zu erzählen brauche, wirtschaftlich bei weitem der wichtigste Teil . . .“; vgl. Quellen 1/II, S. 255.

³⁾ Über Kaiser *Karls* Politik der Friedens- und Verständigungsbereitschaft zur Zeit der Verhandlungen von Brest-Litowsk vgl. Lorenz S. 419 ff.

Friedensregelung zu machen, da er sonst Abbruch weder seinem Kaiser noch österreichischer Öffentlichkeit gegenüber rechtfertigen könne. Er erbittet meine Zustimmung zu einem derartigen Versuch. Ich konnte ihm nach gesamt Sachlage Zustimmung nicht verweigern. Er setzte sich mit *Trockij* in Verbindung, und Exzellenz *Gratz*⁴⁾ übernahm in unverbindlicher Weise den Versuch einer Vermittlung zwischen dem deutschen und russischen Standpunkt.

Trockij, der ununterbrochen die verzweifeltsten Versuche macht, uns von Unterzeichnung Abkommen mit Ukrainern abzuhalten, ist offenbar durch bevorstehenden Friedensschluß mit der Ukraine und unsere jetzt klar hervorgetretene Absicht, zu brechen und den Krieg weiterzuführen, stark beeindruckt. Vielleicht sprechen auch Meldungen und Motive mit, die uns nicht zugänglich sind. Er zeigte Exzellenz *Gratz* gegenüber jedenfalls für den deutschen Standpunkt soviel Entgegenkommen, daß, falls es ehrlich gemeint ist und nicht wieder eine der Finten dieses geriebenen Taktikers vorliegt, ein Abschluß auch mit der Petersburger Regierung in den Bereich des unmittelbar Möglichen gerückt wäre.

In der politisch wichtigsten Frage — der der territorialen Abtretungen — habe ich die nachstehende Formel, die auch mit unseren Juristen durchgesprochen ist und von ihnen für vollkommen befriedigend erklärt wird, *Trockij* in Vorschlag bringen lassen:

Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages:

Die Gebiete zwischen den Grenzen deutscher und österreichisch-ungarischer Linie, die — einzurücken Ortschaften — verläuft, werden der Territorialoberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen; aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Reiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen.

Künftiges Schicksal dieser Gebiete wird im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Österreich-Ungarn mit ihnen treffen werden.

Er wird voraussichtlich wegen Riga und der Inseln Schwierigkeiten machen, nach *Gratz's* Eindruck aber die Verhandlungen daran nicht scheitern lassen.

Das Verfahren würde voraussichtlich sein, daß morgen im Laufe des Tages eine Sitzung stattfindet, in der — wenn auch nicht in scharfer ultimativer Form, aber vollkommen deutlich — ausgesprochen wird, daß wir innerhalb 24 Stunden in allen wesentlichen Punkten befriedigende Erklärungen der Russen haben müssen, da wir sonst nicht in der Lage wären, weiter zu verhandeln.

Wenn ein Frieden in dem in den unverbindlichen Vorbesprechungen mit *Trockij* umschriebenen Rahmen abgeschlossen werden könnte, müßte ich im Hinblick auf die gesamte Lage pflichtgemäß Euerer Exzellenz und Seiner Majestät den unbedingten Rat erteilen, einen derartigen Frieden zu unterschreiben. Denn unsere politische Gesamtlage würde dadurch eine so große Entlastung erfahren, daß ich die Verantwortung für eine Ablehnung weder vor meiner Überzeugung noch vor der Öffentlichkeit übernehmen könnte.

⁴⁾ Dr. Gustav Gratz (1875—1964), Sektionschef im k.u.k. Ministerium des Äußern, zeitweilig auch ungarischer Reichstagsabgeordneter, Gesandter, Finanz- und Außenminister; Wirtschaftsfachmann.

Ich betone dies so nachdrücklich, weil ich voraussehe, daß von militärischer Seite einem derartigen Friedensschluß Hindernisse in den Weg gelegt werden. Man hat in diesen Kreisen sich psychologisch bereits wieder auf den Krieg eingestellt. Der Gedanke der Befreiung von Estland und Livland und einer bewaffneten Unterstützung an Finnland ist (vom Standpunkt des deutschen Gefühls aus mit Recht) in diesen Kreisen sehr populär. Es versteht sich von selbst, daß wir auf eine deutsche Besetzung Estlands und Livlands im Falle eines sofortigen Friedensschlusses mit *Trockij* verzichten müssen. Ebenso kann eine offene bewaffnete Unterstützung Finnlands dann nicht mehr in Frage kommen. Begehen Bolschewiken die Torheit, mit uns abzubrechen, so wird, ob wir es wollen oder nicht, unser Kampf gegen sie den Charakter einer Intervention zugunsten der konservativen Interessen Rußlands gegen die radikalen Tendenzen der Linksparteien annehmen — ähnlich den Koalitionskriegen der Verbündeten gegen die französische Revolution. Dies würde vielen Menschen bei uns sehr willkommen sein, andernteils aber (in erster Linie bei Österreich und in zweiter Linie bei uns) von links her eine Opposition erregen, deren Effekt ich für gefährlich hielte. Der Freiheitskampf der Finnländer ist mir außerordentlich sympathisch. Ich wäre auch einverstanden, ihn unter der Hand mit allen Mitteln zu unterstützen. Bei Abwägung unseres Verhaltens aber muß ich die deutschen Interessen ganz ausschließlich in den Vordergrund stellen, abgesehen davon, daß es vollkommen unmöglich ist, für irgendwelche Kriegsziele, die weiter gesteckt sind als die jetzt[igen], Österreich noch mit zu bekommen.⁵⁾

Feldmarschall v. *Hindenburg* hat an General *Hoffmann* ein Telegramm gerichtet, von dem ich annehme, daß Euere Exzellenz Abschrift haben, wonach Seine Majestät der Kaiser befohlen hätte, es solle die Räumung von Estland und Livland verlangt werden. Ich habe General *Hoffmann* gesagt, ich könne bei den jetzt veränderten Umständen dem Vorbringen dieser Forderung im Augenblick nicht zustimmen. Denn diese Forderung würde die Verhandlungen mit Sicherheit zum Scheitern bringen und daraufhin das Abspringen Österreichs so gut wie unmittelbar zur Folge haben. Meinen, von Euerer Exzellenz gebilligten Standpunkt in der Frage Estlands und Livlands habe ich beim Vortrage bei Seiner Majestät in Kreuznach am 18. Dezember dargelegt.⁶⁾ Ich glaube, daß unsere territorialen Erwerbungen in dem bisher angestrebten Umfange ganz nahe an die Grenze dessen herangehen, was für Rußland im Hinblick auf die Sicherheit Petersburgs auf die Länge der Zeit äußerstenfalls noch als erträglich erscheinen kann. Würden wir Estland und Livland besetzen, so würde durch die geschickte Agitation des baltischen Adels eine übermächtige Strömung dafür entstehen, daß wir dauernd in diesen Ländern bleiben. Diese Politik könnte ich wegen der sicheren zukünftigen Gefährdung unserer Beziehungen zu Rußland nicht mitmachen. Gelänge es uns aber, jetzt die Räumung dieser Provinzen durch russische Truppen wirklich zu erzielen (was ich für unmöglich halte), so wäre das deutsche Element womöglich noch ärger daran als bisher; denn, so übel die russischen Truppen sind, so ist doch die Hauptgeißel des Landes das

⁵⁾ Im Original „bekannt“; handschriftlich verbessert in „bekommt“.

⁶⁾ Vgl. hierzu Wheeler-Bennett, *Brest-Litovsk*, S. 107 ff.

in Form von angeblicher „Roter Garde“ zusammengerottete einheimische Proletariat, und dessen Schreckenregiment würde nach Abzug der russischen Truppen voraussichtlich noch weit gefährlicher sein als das jetzige. In den zu großem Teil von russischen Truppen geräumten türkisch-armenischen Provinzen sind ähnliche Zustände bereits eingetreten.

Euere Exzellenz möchte ich angesichts der ganz eminenten Wichtigkeit der Frage bitten, falls, wie ich annehme, Euere Exzellenz diese Ansichten teilen, sie baldtunlich durch *Freiherrn v. Grünau* an allerhöchster Stelle zum Vortrag bringen zu lassen, da aus den oben angeführten Gründen von militärischer Seite voraussichtlich gegen die Möglichkeit eines Friedens mit *Trockij* bei Seiner Majestät Stimmung gemacht werden wird. Die Ergebnisse entwickeln sich hier mit großer Schnelligkeit. Ich werde von wichtigeren Vorgängen Eurer Exzellenz sofort Mitteilung machen.

Kühlmann.

289.

9. 2. 1918: Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 15. Telegramm. Nr. 34. Abgeg. Großes Hauptquartier, 9. 2. 1918, 3.30 nachm., angek. 9. 2. 1918, 6.50 nachm.

Seine Majestät der Kaiser hat nachstehendes Telegramm von Feldmarschall *Hindenburg* erhalten:

„Nachdem Euer Majestät allerhöchst sich beim Vortrag am 6. 2. dahin auszusprechen geruht hatten, daß Euer Majestät die feste Absicht hätten, den Deutschen in den bisher nicht besetzten Teilen Livlands und Estlands den von ihnen erbetenen Schutz zuteil werden zu lassen, hatte ich General *Hoffmann* den Auftrag erteilt, die Räumung von Livland und Estland seitens der russischen Truppen oder den Bruch mit *Trockij* zu erwirken.

General *Hoffmann* drahtet gestern abend:

„Aus Einzelverhandlungen besteht Eindruck, daß *Trockij* vielleicht doch zum Abschluß unter bisher geforderten Bedingungen bereit sein könnte. Habe Staatssekretär gegenüber Forderung bezüglich Livland und Estland betont. Staatssekretär erklärte mir, seine Stellungnahme von Anfrage bei Reichskanzler abhängig machen zu müssen, da seine diesbezüglichen Instruktionen auf Vortrag bei Seiner Majestät in Kreuznach beruhen.“

Die Instruktion, die Euer Majestät dem Staatssekretär in Kreuznach am 18. 12. zu geben geruht hatten, ging dahin, den Russen die Räumung vorzuschlagen, ohne sie zu fordern.

Da die Lage in Livland und Estland infolge der Gewalttaten der Bolschewiki sich verändert hat, Herr v. *Kühlmann* sich aber noch an Euer Majestät Instruktion gebunden glaubt, so darf ich Euer Majestät alleruntertänigst bitten, dem Staatssekretär zu befehlen, daß er die Räumung von Livland und Estland nun-

mehr unverzüglich fordert oder mit *Trockij* bricht, wie es die militärische Lage dringend gebietet, nachdem der Friede mit den Ukrainern nunmehr unterzeichnet ist. Ebenso verlangt die militärische Lage, daß die Rumänen, wenn sie morgen in Focsani wieder eintreffen, oder auch, wenn sie nicht erscheinen sollten, vor die klare Frage gestellt werden, ob sie den Frieden zu den festgesetzten Bedingungen schließen wollen oder nicht, und daß in letzterem Falle der Waffenstillstand sofort gekündigt wird. Euer Majestät bitte ich alleruntertänigst, dem Reichskanzler und mir entsprechende Befehle zugehen zu lassen.“

Zu einem Glückwunschtelegramm an Exzellenz v. *Kühlmann* hat Majestät folgenden Zusatz gemacht¹⁾: „*Trockij* gegenüber ist — sofort — das Postulat zu stellen, Friedensschluß auf — meine — Bedingungen unter gleichzeitiger Räumung Liv- und Estlands — sogleich —, oder sofortiger Abbruch der Verhandlungen und Kündigung des Waffenstillstandes. *Hoffmann* mitteilen. Seine Exzellenz Feldmarschall v. *Hindenburg* hat gleiches Verlangen an mich gestellt.“

Exzellenz v. *Kühlmann* entsprechend verständigt.

Darf Euere Exzellenz um umgehende Stellungnahme bitten.

Grünau.

¹⁾ Vgl. Nr. 292 u. 294, Anm. 1 u. 2.

290.

9. 2. 1918: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Staatssekretär v. *Kühlmann* an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 351. Brest-Litowsk, 9. 2. 1918, angek. 10. 2. 1918, 10.10 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen vom 9. Februar, nachmittags 5 Uhr.“

Die Sitzung wird um 5 Uhr 30 Minuten durch den Vorsitzenden, Exzellenz v. *Kühlmann*, eröffnet.

Exzellenz v. *Kühlmann*: Meine Herren, ich eröffne die verabredete Sitzung der Kommission. Wie das letzte Mal ausgesprochen worden ist, sind die Vertreter der verbündeten Delegationen zu der Ansicht gekommen, daß wir an einem Zeitpunkt angelangt sind, in welchem es notwendig ist, uns zusammenfassend über den Stand der hiesigen Friedensverhandlungen Rechenschaft abzulegen. Diese Verhandlungen sind, wie allen bekannt, durch zweimalige Pausen unterbrochen worden. Der Hauptgegenstand unserer Verhandlungen lag auf politischem Gebiet. Die Standpunkte der beiden Delegationen sind vor der Weihnachtspause in provisorischen Formulierungen niedergelegt worden. Der Inhalt dieser beiderseitigen Formulierungen ist dann mit größter Ausführlichkeit zur Debatte gestellt worden, und im Laufe der Debatten hat sich die Gelegenheit ergeben, die gegenseitigen Standpunkte in weiteren ausführlichen formulierten Erklärungen einander gegenüber zu stellen. Ich möchte es mir heute, wo es sich um eine Zusammenfassung handelt, ersparen, noch einmal die sehr eingehenden Dis-

kussionen Ihnen vorzuführen. Bisher muß ich zu meinem Bedauern bemerken, daß eine erhebliche Annäherung der gegenseitigen Standpunkte auch durch die sehr eingehenden Debatten nicht erzielt worden ist. Da es mir heute darauf ankommt, zu resümieren, will ich vorläufig auch keine Betrachtung darüber anstellen, ob unter Umständen welche von beiden Parteien für den bisherigen Mangel an Erfolg der Verhandlungen verantwortlich gemacht werden könnte. Ich persönlich habe nicht den Eindruck, als ob eine weitere Diskussion auf der bisher von beiden Parteien eingenommenen Grundlage einen günstigeren Erfolg versprechen könnte, als bisher unsere Verhandlungen gehabt haben. Es ergibt sich ohne weiteres aus dem Wesen unserer gegenseitigen Lage, daß eine unbeschränkte Ausdehnung von Verhandlungen, welche Aussicht auf Erfolg nicht versprechen, nicht ins Auge gefaßt werden könnte. Ich möchte hier aber getreu dem Grundsatz, an dem ich während der ganzen Verhandlungen festgehalten habe, doch unbedingt an der Hoffnung festhalten, daß die Betrachtung der uns beschäftigenden Prinzipien von breiterer Grundlage aus doch zu einem ersprießlichen Resultat führen könnte. Ich möchte aber keinen Zweifel darüber lassen, daß die Verhältnisse in dieser Beziehung für uns notwendig erscheinen.

Wenn ich heute hiermit die Gesamtheit der politischen Diskussion aufs neue zur Besprechung stelle, so möchte ich im vornherein vorausschicken, daß ich in der Diskussion, soweit es irgend tunlich ist, auf jede Polemik vollkommen verzichten, sondern die Diskussion nur in einem Geiste führen werde, zu finden, wo ein Weg der Verständigung zwischen unseren beiderseitigen Standpunkten etwa noch vorhanden ist.

Ohne die Absicht, diese Fragen heute zur unmittelbaren Diskussion zu stellen, sondern nur um in einer zusammenfassenden Übersicht die Vollständigkeit nicht vermissen zu lassen, möchte ich bemerken, daß die rechtspolitischen Fragen zwischen den Spezialkommissionen bereits eine eingehende Erörterung gefunden haben, so daß im Falle der Möglichkeit einer Einigung über die politischen Fragen ein Abschluß auf diesem Gebiete Schwierigkeiten oder Verzögerungen erster Art hoffentlich nicht bieten würde. Auf dem Gebiete der Handelsfragen ist die Diskussion noch nicht in demselben Maße fortgeschritten. Aber auch hier glaube ich, daß innerhalb der Zeit, die uns zur Verfügung stehen würde, bei befriedigender Lösung der Hauptfragen eine für beide Seiten genügende Lösung gefunden werden könnte.

Graf Czernin: Seit Wochen üben wir einen unfruchtbaren Streit darüber, ob gewisse territoriale Veränderungen, die auf Grund der im Kriege geschaffenen Verhältnisse eintreten sollen, als ein Ausfluß des bereits zum Ausdruck gebrachten Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu betrachten sind oder nicht. Auch ein noch so langes Hinausziehen dieser in ihrem Wesen theoretischen Erörterung bietet wenig Aussicht auf eine Einigung. Ich möchte aber die Frage aufwerfen, ob eine solche Einigung vom Standpunkt des Zustandekommens eines Friedens auch wirklich unbedingt nötig ist. Bei dem ganzen Streite handelt es sich doch eigentlich mehr nur darum, wie die Veränderungen, welche eintreten sollen, qualifiziert werden. Davon aber braucht der Friedensschluß nicht abzuhängen. Es scheint mir auf Grund der bisherigen Diskussion trotz dieser Differenz in der Auslegung des Charakters der in Rede stehenden territorialen Veränderungen

keineswegs festzustehen, daß sich bezüglich dieser Veränderungen selbst eine Einigung nicht erzielen lassen wird.

Um welche Veränderungen es sich handelt, ist aus den Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs v. *Kühlmann* vom 27. Dezember 1917 bekannt.¹⁾ Es handelt sich um Kurland und Litauen und um Teile von Livland und Estland, ferner um Polen. Lassen wir die Frage offen, wie die geplanten Veränderungen aufzufassen sind, und trachten wir, ohne diese Streitfrage zu berühren, festzustellen, ob die Gestaltung dieser Veränderungen tatsächlich dem Abschluß eines Friedens Hindernisse in den Weg legen würde oder nicht.

Herr *Trockij*: Auch uns schien es notwendig, den bisherigen Gang unserer Arbeiten und Verhandlungen gleich nach der letzten Pause festzustellen, die von uns hervorgerufen worden ist. Ich meine damit nicht die letzte Unterbrechung, die durch die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation hervorgerufen worden ist. Die Friedensverhandlungen hatten zum Ausgange unsere prinzipielle Erklärung vom 23. Dezember vorigen Jahres²⁾ und die Antwort der Mittelmächte vom 25. Dezember.³⁾ Durch diese beiden Erklärungen sind die Friedensverhandlungen formell auf die Grundlage des Rechtes der Selbstbestimmung der Völker gestellt worden. Nach einer kurzen Pause, die sich nur nach Stunden berechnen ließ, als es schon schien, daß das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes den Schlüssel bilden könnte für die Lösung der durch den Krieg hervorgerufenen territorialen und nationalen Fragen, stellte es sich heraus, nach dem Austausch der formulierten Erklärungen vom 27. Dezember⁴⁾, daß die Berufung auf dies Prinzip nur noch mehr die schon an sich schwierigen Fragen erschwert hat, da vom Standpunkt der einen Partei aus, und zwar von unserem Standpunkt aus die Anwendung, welche die Gegenpartei für dieses Prinzip traf, für uns gleichbedeutend war mit seiner Ablehnung. Infolgedessen haben die weiteren Verhandlungen formell einen akademischen Charakter erhalten, der in praktischer Hinsicht hoffnungslos ist, da die Gegenpartei versuchte, auf dem Wege komplizierter logischer Operationen gerade diejenigen Schlüsse zu ziehen, die ihr von vornherein notwendig erschienen auf Grund der Kriegskarte. Die Frage nach dem Schicksal der besetzten Gebiete, die den Mittelpunkt dieser Debatten bildete, lief nach einer Reihe von Sitzungen auf die frühere Räumung der besetzten Gebiete hinaus, und in diesem wichtigen Punkte gelang es infolge des oben erwähnten Charakters der Debatten erst allmählich und mit großer Schwierigkeit, eine gewisse Klarheit herbeizuführen. An der ursprünglichen Formulierung der Gegenpartei, wie wir sie aufgefaßt haben — und wir haben uns bemüht, sie bona fide aufzufassen — daß für die deutsche und österreichisch-ungarische Regierung von einer Räumung der besetzten Gebiete vor Beendigung des gesamten Weltkrieges aus strategischen Rücksichten keine Rede sein könne, hat unsere Delegation den Schluß gezogen, daß die Gegenpartei die Absicht habe, die Räumung der besetzten Gebiete nach dem Abschluß des allgemeinen Friedens durchzuführen, d. h. nachdem die oben erwähnten strategischen Rücksichten

¹⁾ Vgl. Nr. 116.

²⁾ Vgl. Nr. 106, Anm. 1.

³⁾ Vgl. Nr. 106.

⁴⁾ Vgl. Nr. 111, 116.

beseitigt worden waren. Diese Schlußfolgerung, die wir gezogen hatten, hat sich aber schließlich als falsch herausgestellt. Die deutschen und die österreichisch-ungarischen Delegationen haben sich entschieden geweigert, irgendwelche Verpflichtungen einzugehen bezüglich einer Räumung der besetzten Gebiete, abgesehen von dem schmalen Streifen, für den die Absicht besteht, ihn Rußland wiederzugeben. Erst in diesem Stadium der Verhandlungen ist die notwendige Klarheit herbeigeführt worden, als Herr General *Hoffmann* im Namen der beiden Delegationen uns die Grenzlinie vorgelegt hat, welche in Zukunft Rußland von seinen westlichen Nachbarn trennen sollte, das heißt tatsächlich von Deutschland und Österreich-Ungarn, da in den besetzten Gebieten für unbestimmte Zeit und unbeschränkt durch irgendwelche Bedingungen die Besatzungstruppen verbleiben sollten. Wir haben schon in den früheren Debatten erklärt, daß, wenn die neue Grenze Rußlands auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes gezogen werden soll, dann die beste Garantie gegen die Möglichkeit neuer kriegerischer Zusammenstöße gegeben würde, da an der Aufrechterhaltung dieser Grenze die an dieser Grenze entlang wohnenden Völker in höchstem Maße interessiert wären. Aber die deutschen Bedingungen, ebenso wie die ganze Politik, welche diese Bedingungen diktiert, schließen vollständig diesen demokratischen Charakter aus gegen die Möglichkeit kriegerischer Zusammenstöße zwischen Rußland einerseits und Deutschland andererseits. Die von der Gegenpartei geplante neue Grenzföhrung ist in erster Linie durch militärische und strategische Rücksichten diktiert und muß gerade aus diesem Gesichtswinkel heraus beurteilt werden. Die Abtrennung nicht nur Polens und Litauens, sondern auch Lettlands und Estlands von Rußland, wenn dies der Wille der Bevölkerung dieser Gebiete wäre, würde für die russische Republik keinerlei Gefahr bieten, im Gegenteil wären freundschaftliche Beziehungen zu diesen neuen Staaten, die aus freiem Willen den Weg freier Existenz beschritten hätten, garantiert durch die Bedingungen ihrer Entstehung und ihrer Existenz. Bei einer solchen Stellung dieser Frage hätte die Frage des strategischen Charakters der neuen Grenze für uns keine wesentliche Bedeutung. In ganz anderem Lichte erscheint die neue Grenze, welche die Gegenpartei ziehen will, da Deutschland und Österreich-Ungarn ihre Truppen in den besetzten Gebieten belassen und sich vorbehalten, unter dem Regime der Besetzung diese Gebiete durch militärische Konventionen, Eisenbahnkonventionen und Vereinbarungen anderer Art zu binden. So können wir diese neue Grenze praktisch nicht ansehen als eine Grenze gegenüber Polen, Litauen, Kurland usw., sondern als eine Grenze gegen Deutschland und Österreich-Ungarn. Da aber diese beiden Staaten solche sind, die eine Politik der militärischen Expansion föhren, was am allerklarsten hervorgeht aus ihrem Verhalten gegenüber den besetzten Gebieten, so ersteht vor uns selbstverständlich eine neue Frage: was wird der russischen Republik für die Zukunft vorbereitet, d. h. der Selbständigkeit und der Unabhängigkeit ihres Volkes? Was planen gegen diese die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung mit der neuen Grenze, die sie ziehen wollen? Mit anderen Worten, welche politisch-strategischen Rücksichten diktiert der Gegenpartei diese Absichten? Um diese neue Frage klarzustellen vom Standpunkte der leitenden militärischen Institutionen der Republik aus, möchte ich das Wort überlassen unseren militärischen Beiräten. Aber hier steht vor uns eine neue Schwierigkeit. Sie betrifft den uns nicht näher bezeichneten Teil der Grenze, welche südlich von Brest-Litowsk

verlaufen soll. Die Gegenpartei ging von der Ansicht aus, daß die Führung dieser Grenzlinien bestimmt werden sollte durch eine Einigung mit der Delegation der Kiever Rada. Wir haben seinerzeit erklärt, daß unabhängig von der damals noch nicht klargestellten staatlichen Stellung der Ukraine keine Rede davon sein könnte von einer einseitigen Bestimmung der Grenze seitens der Delegation der Kiever Rada ohne eine vorherige Verständigung mit der Delegation der Volkskommissare. Danach erfolgte die staatsrechtliche Bestimmung des Charakters der Ukrainischen Volksrepublik. Sie ist als Bestandteil in die föderative russische Republik eingetreten. Die Delegationen der Mittelmächte haben entgegen der von ihnen zuerst abgegebenen Erklärung, daß sie sich ihre Stellungnahme der endgültigen Anerkennung der internationalen Stellung der Ukraine bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages vorbehalten, sich beeilt, die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine gerade in dem Augenblick anzuerkennen, wo die Ukraine formell in den Bestand der russischen Föderation eingetreten ist. Danach sind Ereignisse eingetreten, die von entscheidendem Einfluß hätten sein müssen für die separaten Verhandlungen der Mittelmächte mit der Delegation der Kiever Rada. Die Rada ist gestürzt unter dem Druck der Sovets der Ukraine, wobei ihr Sturz, der schon an sich unvermeidlich war, durch den Umstand beschleunigt worden ist, daß die Rada in ihrem Kampf um die Macht den Versuch gemacht hat, unter Mitwirkung der Mittelmächte mit Gewalt das ukrainische Volk aus dem Bestande der föderativen russischen Republik loszureißen. Wir haben der Gegenpartei offiziell den Sturz der Kiever Rada mitgeteilt. Dennoch sind die Verhandlungen mit einer nicht existierenden Regierung fortgesetzt worden. Wir haben der österreichisch-ungarischen Delegation vorgeschlagen, zwar in einem Privatgespräch, aber doch vollständig formell, einen Vertreter in die Ukraine zu entsenden, damit er die Möglichkeit hätte, sich davon zu überzeugen, daß die Kiever Rada nicht existiert, und daß die Verhandlungen mit ihrer Delegation gar keinen praktischen Sinn haben können. Wir hielten es aber für selbstverständlich, daß, soweit die Delegationen der Mittelmächte eine Nachprüfung dieser Tatsachen nötig hatten, sie jedenfalls die Unterzeichnung eines Friedensvertrages hätten aufschieben müssen bis zur Rückkehr der von ihnen bevollmächtigten Personen. Es wurde uns aber mitgeteilt, daß eine Unterzeichnung des Vertrages keinen Aufschub erleiden könne; während daher Verhandlungen mit der Regierung der föderativen russischen Republik geführt wurden, haben die Regierungen der Mittelmächte sich nicht nur beeilt, am 1. Februar entgegen ihrer anfänglichen Erklärung, die Unabhängigkeit der ukrainischen Republik anzuerkennen, als sie sich eben zu einem Bestandteil des föderativen Rußlands erklärt hatte, sondern haben sich auch jetzt, soweit wir darüber informiert sind, damit beeilt, einen Vertrag zu unterzeichnen mit einer Regierung, die gar nicht mehr existiert, wie wir es der Gegenpartei kategorisch erklärt haben. Diese Handlungsweise kann nicht anders als Zweifel hervorrufen, daß die Mittelmächte zu einer Verständigung mit der Regierung des föderativen Rußlands gelangen wollen, und zwar zu friedlichen Beziehungen, die wir jetzt nicht weniger erstreben als zu Beginn unserer Verhandlungen.

Noch mehr als das! Die ganze Handlungsweise der Gegenpartei in dieser Frage ruft den Eindruck hervor, als ob die Mittelmächte durch die Anerkennung der Rada in der Person der Rada sich einen Stützpunkt hätten schaffen wollen für die

Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine und Rußlands. Selbstverständlich kann es nicht zwei Friedensverträge geben, die ein und dasselbe Gebiet behandeln. Wir erklären daher, daß der vielleicht unterzeichnete Vertrag mit der Kiever Rada keinerlei Kraft haben kann für das ukrainische Volk und für die Regierung von ganz Rußland. Die Delegation des Rates der Volkskommissare, zu der offiziell Vertreter des ukrainischen Volksekretariates gehören, ist die einzige bevollmächtigte und gesetzliche Vertretung der russischen Republik. Nur derjenige Friedensvertrag wird in Kraft sein für die russische föderative Republik und für ihre einzelnen Bestandteile, der, wie wir es hoffen, von unserer Delegation unterschrieben werden wird. Bezüglich der Grenzen bedeutet dies, daß wir nur diese Frage in ihrem ganzen Umfange behandeln können mit Aussicht auf praktischen Erfolg in dieser Frage. Daher möchten wir die Gegenpartei bitten, auf unseren Karten die Führung der Grenzlinie zu ergänzen, die uns von Herrn General *Hoffmann* überreicht worden ist.

Exzellenz v. Kühlmann: Wenn ich auf die ausführlichen Darlegungen des Herrn Vorredners eingehe, so tue ich dies, wie ich im Eingang meiner heutigen Bemerkungen ausgeführt habe, unter sorgfältiger Vermeidung jeder polemischen Absicht. Von diesem Gesichtspunkt aus werde ich auch auf die historische Übersicht über die gepflogenen Verhandlungen weiter nicht eingehen. Dieselben sind *publici juris*, und es steht jedermann frei, sich ein eigenes Urteil über diese zu bilden. Der Herr Vorredner ist dann ausführlich auf die Grenzfragen eingegangen. Ich möchte eine materielle Diskussion dieser Grenzfragen augenblicklich nicht vornehmen, bevor ich Gewissheit habe, ob ein Vorschlag, den ich der Gegenpartei zu machen beabsichtige, Aussicht auf Annahme hat. Schon der Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß eine derartige Grenzlinie der Besprechung durch Sachverständige bedarf. Ich würde daher in Vorschlag bringen, daß die Frage der Grenzziehung einer kleinen Unterkommission überwiesen werde, bestehend aus einem diplomatischen Mitglied und Sachverständigen für die militärische und maritime Seite der Frage. Ich füge zur Information der Gegenseite zu, daß ich nicht die Absicht habe, selbst dieser Subkommission anzugehören, sondern einen meiner diplomatischen Mitarbeiter in dieselbe zu delegieren. Diese Subkommission könnte am Schluß der heutigen Sitzung gebildet werden und hätte in der für morgen einzuberufenden Sitzung unserer Kommission über das Ergebnis ihrer Besprechungen zu berichten. Es ergibt sich aus der Wichtigkeit und der grundlegenden Bedeutung der von dieser Subkommission zu behandelnden Frage ohne weiteres, daß der Bericht der Kommission für das weitere Schicksal unserer Verhandlungen von ausschlaggebender Bedeutung sein wird. Wenn ich mit einigen Worten auf die bei der Grenzziehung maßgebenden allgemeinen Gesichtspunkte eingehen darf, so geschieht dies deshalb, weil in der Kommission, wie schon angedeutet, in erster Linie die technische Seite der Frage zur Besprechung kommen soll. Bei Ziehung der Grenzlinie, wie sie von uns der russischen Delegation vorgelegt worden ist, sind in erster Linie völkische Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Es ist der Versuch gemacht worden, für Polen, Kurland und Litauen diejenigen Grenzen zu finden, welche der geschichtlichen Abgrenzung und der ethnographischen Lage am besten entsprechen. Daß bei einer Grenze, welche die Landesgrenze bilden soll, auch strategische Gesichtspunkte miterwogen werden müssen, versteht sich, meiner Ansicht nach, nach allen Lehren der Geschichte von selbst.

Wenn der Herr Vorredner die Frage aufgeworfen hat, welche Pläne den verbündeten Zentralmächten im Hinblick auf Rußland bei Ziehung dieser Grenze vorgeschwebt haben, so brauche ich ihn nur auf die dauernden Grundlagen der deutschen Politik hinzuweisen, welche in der Pflege eines guten und freundschaftlichen Verhältnisses zu unserem großen östlichen Nachbarn gleichmäßig bestanden haben bis zu dem Augenblicke, bis zu welchem durch Vorgänge, die der russischen Delegation ebenso gut oder besser bekannt sind wie der unserigen, dem deutschen Volke der Kampf mit seinem östlichen Nachbarn aufgezwungen worden ist. Unsere Politik auch dem neuorganisierten Rußland gegenüber wird immer die eines freundschaftlichen Verhältnisses und der Vermeidung der Einmischung in seine inneren Verhältnisse sein, sobald dieser Krieg einen befriedigenden Abschluß gefunden haben wird. Das ist alles, was ich für den Augenblick über die Grenzfrage bemerken möchte. Die Beratungen in der Unterkommission und der morgen vorzulegende Bericht werden in dieser Beziehung volle Klarheit schaffen.

Was die Ausführungen des Herrn Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten über das Verhältnis zu den Mittelmächten und der ukrainischen Volksrepublik anbelangt, so ist hierüber nur das zu sagen, daß die uns zugegangenen Nachrichten, an deren Authentizität für uns kein Zweifel besteht, mit den vom Herrn Vorredner uns mitgeteilten Nachrichten in diametralem Widerspruch stehen. Wir müssen selbst die besten Richter darüber sein, welche Staaten wir anzuerkennen für gut befinden und welche nicht. Die Haltung der verbündeten Mittelmächte in dieser Frage ergibt sich klar aus denjenigen hier öffentlich abgegebenen Erklärungen, sodaß eine weitere Erläuterung derselben mir nicht nötig erscheint. Die Mittelmächte haben in der Tat mit den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik, die sie ihrerseits anerkannt haben, einen Friedensvertrag abgeschlossen, der das heutige Datum trägt. Die Konsequenzen hieraus ergeben sich für die Mittelmächte ohne weiteres, und ich kann vorläufig, solange die Dinge so stehen, wie sie sind, keine Förderung der praktischen Verhandlungen davon erwarten, welches unsere gegenseitigen Auffassungen der staatsrechtlichen Verhältnisse der Ukraine und ihrer rechtmäßigen Vertreter sind.

Zum Schluß meiner Darlegungen möchte ich kurz auf ein Gebiet eingehen, welches der Herr Vorredner gleichfalls ausführlich behandelt hat, nämlich das zukünftige Ergehen der Völker in den besprochenen Gebieten. Ich beziehe mich hierbei auf die bei den hiesigen Verhandlungen von Vertretern der Mittelmächte abgegebenen sehr ausführlichen Erklärungen, sowie auf die Darlegungen, welche über diese Frage von Staatsmännern Deutschlands und der verbündeten österreichisch-ungarischen Monarchie vor ihren Volksvertretungen abgegeben worden sind. Trotz der von uns vertretenen und festgehaltenen Auffassung, wonach das Selbstbestimmungsrecht bereits ausgeübt worden ist, sind wir, wie mit Zustimmung des Deutschen Reichstages, des auf Grundlage des demokratischen Wahlrechtes gewählten Parlamentes, erklärt worden ist, bereit, den planmäßigen Ausbau der bestehenden Vertretungskörper unter entsprechenden Formen zu verbreitern, so daß sie als tatsächlicher Träger des Volkswillens angesprochen werden können, und eine Kundgebung auf breiter volkstümlicher Grundlage zu ermöglichen. Die Bestimmung des Zeitpunktes und die Form dieser Kundgebung würde zweckmäßig im Einvernehmen mit den derzeitigen Volksvertretungen der betreffenden Gebiete festgesetzt werden.

Minister des Äußern Graf Czernin: Was vorerst die Frage der Existenz der Rada anbelangt, so hat der Herr Vorredner bereits erklärt, daß wir diesbezüglich andere Informationen besitzen als der Herr Vorsitzende der russischen Delegation. Aber ich möchte auch selbst versuchen, durch einige Worte etwas mehr Klarheit in die von dem Herrn Vorsitzenden aufgeworfenen Fragen zu bringen. Wir haben die Regierung der ukrainischen Rada anerkannt, sie ist daher für uns als existierend zu betrachten. Ihr Verhältnis zur Petersburger Regierung ist eine Frage, die uns nichts angeht. Ein unfreundlicher Akt gegen die russische Regierung ist in dem Friedensschlusse mit der Ukraine nicht gelegen. Wir haben mit der Ukraine kein Bündnis, sondern einen Friedensvertrag unterzeichnet. Die Ukraine ist also für uns durch diesen Vertrag nicht zu einem verbündeten, sondern zu einem neutralen Staat geworden. Kämen wir auch mit der russischen Regierung zu einem Friedensschlusse, so wird Rußland für uns ebenso zum neutralen Staat werden. Unsere Beziehungen zur Ukraine und unsere Beziehungen zu Rußland werden in diesem Falle dieselben sein. Ein Unterschied zwischen den beiden würde für uns nur dann bestehen, wenn wir zu keinem Frieden mit dem russischen Rate der Volkskommissare kämen. Denn in diesem Falle hätten wir die ukrainischen als neutrale, die dem Einflusse des Rates der Volkskommissare unterstehenden Gebiete aber bis auf weiteres als feindliche zu betrachten. Das wollen wir eben vermeiden, indem wir unter entsprechenden Bedingungen zu einem Frieden mit Rußland bereit sind. Würden wir dem Wunsche Herrn Trockijs willfahren und die Rada ignorieren, so würde dies eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands bedeuten, die wir zu vermeiden trachten. Es wäre dies eine Anerkennung dessen, daß die Regierung des Rates der Volkskommissare die unbestrittene Herrschaft im ganzen ehemaligen russischen Kaiserreich ausübt. Es ist aber bekannt, daß gewisse Teile dieses Reiches die Herrschaft des Rates der Volkskommissare nicht anerkennen wollen. Es kann uns nicht zustehen, in diesem Streite, den Rußland innerhalb seiner Grenzen austragen muß, den Schiedsrichter spielen zu wollen. Das wäre unsererseits eine Einmischung. Wir verlangen aber auch nicht, daß der Herr Vorsitzende der russischen Kommission durch seine Unterschrift die gegenteilige Auffassung bekräftige und erkläre, daß die Autorität des Rates der Volkskommissare nicht im ganzen ehemaligen russischen Kaiserreiche bestehe. Die ganze Schwierigkeit läßt sich umgehen, wenn wir einen eventuellen Vertrag abschließen für die dem Einfluß der Petersburger Regierung unterstehenden Gebiete. Wieweit dies reicht, das zu beurteilen, sind wir weder berechtigt, noch sind wir dazu imstande. Wir geben zu, daß es kein idealer Zustand ist, daß wir einen Vertrag schließen müssen, ohne von vornherein bestimmt zu wissen, für welches genau umgrenzte Gebiet er gilt. Dieser Zustand aber ist für uns jedenfalls peinlicher als für die Regierung der russischen Republik. Trotzdem sind wir aber auch unter diesen Verhältnissen dazu bereit, um die Sache des Friedens zu fördern.

Was die Frage des Herrn Vorsitzenden nach dem zukünftigen Schicksal der von uns besetzten Gebiete anbelangt, so verweise ich meinerseits auf eine diesbezügliche öffentlich abgegebene Erklärung in der letzten österreichischen Delegations-sitzung, welche den Herren vielleicht bekannt ist, und welcher ich nichts hinzuzufügen habe, nachdem sich in meinem diesbezüglichen Standpunkt nicht geändert hat. —

Herr **Trockij**: Ich habe leider keine Antwort erhalten auf eine praktische Frage, die ich gestellt hatte. Insoweit jetzt vor uns die Frage der Besprechung der neuen Grenzen von einem neuen, bisher nicht entwickelten Standpunkte aus, und zwar von der militärisch-strategischen Seite auftaucht, müssen wir die Möglichkeit haben, diese neuen Grenzen in ihrem vollen Umfange beurteilen zu können. Sogar wenn wir bedingt auf den Standpunkt des Herrn *Grafen Czernin* uns stellen würden, was wir materiell gar nicht tun können, so bleibt auch dann natürlich die Möglichkeit, daß nach einer oder zwei Wochen die Gegenpartei wird anerkennen müssen, daß die Macht des Rates der Volkskommissare sich auch auf das Gebiet ausdehnt, in dessen Namen eine Regierung spricht, deren einziges Gebiet Brest-Litowsk bildet, und von diesem Standpunkte aus ist es uns natürlich nicht gleichgültig, wie die Grenze verläuft zwischen dem ukrainischen Teile der föderativen russischen Republik und der österreichisch-ungarischen Monarchie. Daher ist es für uns notwendig, eine Vorstellung erhalten zu können von der Grenze ihres gesamten Verlaufes.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Die Grenzfrage kann ich im ganzen dahin beantworten, daß auch hier bei Ziehung der Grenze gesucht worden ist, zwischen der ethnographischen Volksverteilung und den historisch entstandenen Grenzlinien einen verständigen Mittelweg zu finden. Da es sich um eine Angelegenheit der Verbündeten handelt, und die uns vorgelegte positive Frage noch nicht Gegenstand der Beratung der Verbündeten gewesen ist, so kann ich eine kategorische Antwort in der Form, wie sie der Herr Vorsitzende der russischen Delegation wünscht, jetzt nicht geben, bin aber gerne bereit, dahin zu wirken, in der von mir vorgeschlagenen Unterkommission die entsprechenden Mitteilungen machen zu lassen.

Minister des Äußeren **Graf Czernin**: Ich möchte hier noch hinzufügen, daß ich ganz auf dem Standpunkte des Herrn Vorredners stehe, daß wir, bevor wir die Frage konkret beantworten, wir mit unseren Verbündeten Fühlung nehmen müssen, daß ich aber kein vernünftiges Argument sehe, um nach dieser Fühlungnahme die Frage des Herrn Vorsitzenden nicht zu beantworten.

Herr **Trockij**: Nachdem hier konstatiert worden ist, daß es keine vernünftigen Rücksichten geben kann, welche uns daran hindern könnten, die Grenze kennen zu lernen, welche für den Teil Rußlands geplant ist, der dank der Entschlossenheit und der Tatkraft der ukrainischen Arbeiter und Bauern unter der Gewalt der ukrainischen Sovets steht, nehme ich an, daß für die Zusammenstellung einer militärtechnischen Kommission, welche von der Kenntnis der neuen geplanten Grenzen in ihrem vollen Umfange ausgehen wird, keinerlei prinzipielle Einwendungen erhoben werden können.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich wäre dem Herrn Vorsitzenden dankbar, wenn er im einzelnen auf meinen Kommissionsvorschlag eingehen wollte, dann könnten wir uns nach der heutigen Sitzung sofort gegenseitig die Kommissare mitteilen.

Herr **Trockij**: Für eine konkrete Antwort auf die von mir gestellte Frage müßte ich mich erst mit unserer Delegation besprechen, was wohl selbstverständlich nicht viel Zeit in Anspruch nehmen würde.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich nehme also mit Bestimmtheit an, daß ich die Antwort des Herrn Vorsitzenden noch im Laufe des heutigen Abends erhalten kann, denn, wie ich mir vorhin zu bemerken erlaubte, es ist für mich unbedingt

nötig, in der für morgen abend anzusetzenden Sitzung in dieser Frage klar zu sehen. Die Herren würden auf diese Weise den ganzen morgigen Tag zur Beratung haben, unsere Vorschläge sind seit langem bekannt. Alle hierauf bezüglichen Momente haben eingehende Erwägung finden können, und ich glaube, man kann mit vollem Rechte sagen, daß die möglichen Argumente nach allen Seiten abgewogen worden sind und es sich jetzt darum handelt, Entschlüsse zu fassen. Von diesem Gesichtspunkte der Beschleunigung unserer Verhandlungen aus habe ich einen Teil der heute von uns gemachten Vorschläge in eine Formel gefaßt, welche unter Umständen den zweiten Artikel des zwischen uns zu vereinbarenden Friedens bilden könnte. Ich lese die Formel im Zusammenhange vor:

Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten. Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Österreich-Ungarns, in einer Linie, die . . . verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Das künftige Schicksal dieser Gebiete wird in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden, und zwar nach Maßgabe der Vereinbarung, die Deutschland oder Österreich-Ungarn mit ihnen treffen werden.

Darf ich dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation den Entwurf dieser Formel übergeben? Ich möchte im Zusammenhange damit noch sagen, daß der wesentliche Inhalt unseres ersten Vorschlages in Art. 1, den wir z. Z. diskutiert haben, eine Diskussion, bei welcher unüberwindliche Schwierigkeiten damals nicht zutage getreten sind, für uns eine *conditio sine qua non* eines Friedensschlusses ist. Ich darf den zugrunde liegenden Gedanken dahin präzisieren, daß die Räumung gewisser Gebiete unsererseits zugesagt wurde, unter der Bedingung, daß die Räumung der Gebiete unserer Verbündeten gleichzeitig stattfindet. Wir haben damals als Zeitpunkt, von welchem an für uns Räumungsverpflichtung beginnen würde, das Ende der russischen Demobilisierung in Aussicht genommen. Ich stehe aber nicht an zu erklären, daß wir im Hinblick auf diesen Zeitpunkt zu Konzessionen bereit wären, wiederhole aber, was ich eben vorhin gesagt habe, daß ein Friedensschluß, in welchem die diplomatische Zusicherung der Räumung der verbundenen Gebiete durch die Truppen der Petersburger Regierung nicht enthalten ist, für uns nicht in Frage käme. Nach früheren Mitteilungen des Herrn Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten glaube ich nicht daran zweifeln zu sollen, daß die in den besetzten türkischen Gebieten, an die ich in erster Linie denke, stehenden Truppen dem Befehl der Petersburger Regierung unterstehen.

Ich möchte einen zweiten Punkt erwähnen, den ich schon mehrfach hier zum Gegenstande der Diskussion gemacht habe, nämlich den künftigen Zustand der Ålandinseln, und bin veranlaßt, gleichfalls zu erklären, daß der Friedensschluß uns als Minimum das an Rechten wieder einräumen muß, was wir vertragsmäßig bei Kriegsausbruch genossen haben. Ich möchte aber nicht unterlassen, auch bei dieser Gelegenheit auf die lebhaften Wünsche des schwedischen Volkes hinzuweisen, welches aus geographischen und ethnographischen Gründen an diesen Inseln ein vitales Interesse hat.

Herr Trockij: Was die Räumung der türkischen Gebiete anbetrifft, so haben wir

genügend schwerwiegende Gründe in unserer prinzipiellen Stellungnahme, um die Räumung des armenischen Gebietes nicht anzusehen als Gegenstück zur Räumung des einen oder anderen Teiles des russischen Gebietes. Ebenso wie wir jetzt unsere Truppen aus Persien herausführen, ebenso werden wir sie auch herausführen, und das hat bereits begonnen, aus Armenien, und es ist selbstverständlich, daß wir das in der klarsten und bestimmtesten Form in dem Vertrage mit der Türkei zum Ausdruck bringen werden, wenn wir zu einem Friedensvertrage mit ihr gelangen werden. Was die Frage der Ålandinseln betrifft, so ist mir nicht ganz klar, von welchem Minimum der Rechte der Herr Staatssekretär gesprochen hat. Wenn er die Verpflichtung Rußlands im Auge hatte, keine Befestigungswerke auf diesen Inseln aufzuführen, so ist unabhängig von der materiellen Seite dieser Frage die Begründung in der Rede des Herrn Staatssekretärs nicht ganz richtig. Soweit sich die Frage hier um die Rechte Deutschlands drehen kann, so hat, soweit mir bekannt ist, die Deutsche Regierung gerade auf diese Rechte verzichtet. Natürlich sind vielleicht die Daten, über die wir dabei verfügten, nicht richtig. Der Herr Staatssekretär kann auf Grund seiner Kenntnisse uns verbessern. Aber uns stehen Dokumente zur Verfügung, die dafür sprechen, daß im Jahre 1907 Herr v. Schoen⁵⁾ seitens Deutschlands und Herr Gubastov im Namen der zarischen Regierung ein Protokoll unterzeichnet haben, das nicht veröffentlicht werden sollte, in dem Herr Schoen erklärte, daß seine Regierung diejenigen Maßnahmen, die Rußland für die Befestigung der Ålandinseln treffen würde, nicht als eine Verletzung der Pariser Konvention⁶⁾ betrachten würde⁷⁾. Bevor ich auf die materielle Seite dieser

5) *Wilhelm Frhr. v. Schoen*, deutscher Botschafter in Petersburg 1905—1907, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes 1907—1910.

6) In der dritten Konvention des Pariser Friedens von 1856 hatte Rußland sich verpflichtet, auf den Ålandinseln keine Befestigungen anzulegen.

7) Vgl. hierzu den Text des russisch-deutschen Geheimabkommens über die Ostsee vom 16./29. Oktober 1907, in Schultheß, 34. Jg. 1918, II, S. 759: „Die beiden Kaiserlichen Regierungen Rußlands und Deutschlands, im Bewußtsein der bestehenden Gemeinsamkeit der Interessen ihrer Politik in den an die Ostsee grenzenden Ländern und erfüllt von dem Wunsche, durch ein Übereinkommen die jahrhundertelangen Bande traditioneller Freundschaft und die gutnachbarlichen Gefühle, die ihre Staaten verbinden, zu festigen, erklären durch das gegenwärtige Protokoll, daß ihre gemeinsame Politik in diesem Gebiet die Erhaltung des status quo in demselben zum Zweck hat. Ausgehend von diesem Grundsatz ihrer Politik, haben beide Kaiserlichen Regierungen beschlossen, die Rechte Seiner Majestät des Kaisers aller Reußen und Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen auf ihre festländischen Besitzungen, gleichwie auf die im bezeichneten Gebiet belegenen Inseln in voller Unantastbarkeit zu erhalten. Die anderen beiden Staaten, die an die Ostsee grenzen, d. h. Dänemark und Schweden, können mit beiden Kaiserreichen besondere Verträge abschließen, die ihre territoriale Unantastbarkeit anerkennen und die auf diese Weise die allgemeine Erhaltung des gegenwärtigen status quo im Becken der Ostsee festigen würden. Selbstverständlich wird die Kaiserlich deutsche Regierung die zugunsten Rußlands beabsichtigte Aufhebung der Konvention vom 30. März 1856, die in Paris zwischen Rußland, Frankreich und Großbritannien bezüglich der Ålandinseln abgeschlossen worden ist, als den oben dargelegten Grundsätzen de facto nicht widersprechend betrachten. Beide Kaiserlichen Regierungen sind übereingekommen, das gegenwärtige Protokoll bis zu dem Zeitpunkt geheim zu halten, an dem sie nach gegenseitiger Übereinkunft es für nötig befinden werden, dasselbe offiziell allen oder nur einigen Regierungen bekanntzugeben. Zur Bekräftigung dessen haben die Unterzeichneten auf Grund ihrer Vollmacht das gegenwärtige Protokoll unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt. Ausgefertigt in zwei Exemplaren in St. Petersburg am 16./29. Oktober 1907. *Gubastov. Jagow.*“ — Über die Ålandinseln vgl. auch S. 373, Anm. 2.

Frage eingehe, bin ich jedenfalls der Ansicht, daß sie in der militärischen Kommission von der technischen Seite besprochen werden muß.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Gemäß dem Prinzip, das ich am Eingange meiner heutigen Ausführungen gestellt habe, will ich mich auf eine Diskussion der Tragweite des vom Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation zitierten Protokolls nicht einlassen, sondern nur präzisieren, was ich vorhin gesagt habe, daß der Friedensschluß uns als Minimum das an Rechten wiedergeben muß, was wir bei Ausbruch des Krieges auf den betreffenden Inseln besessen haben. Das ist eine prinzipielle Forderung, und wenn wir nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation vor dem Kriege keine Rechte dort besessen haben, muß ihm die Erfüllung eines so harmlosen Wunsches doppelt leicht fallen. Ich habe den Ausdruck „Minimum“ gebraucht zur Bezeichnung dessen, was ich im Interesse voller Klarheit als eine absolute Forderung unsererseits ansehe. Wenn er mich fragt, an welches Maximum ich dabei gedacht habe, so war es die Maßregel, auf welche ich schon früher mehrfach angespielt habe, unter Beteiligung der der Ostsee anliegenden Völkerschaften diese Inseln im breitesten Sinne zu neutralisieren.

Um ganz klar zu sein: das erste war eine Forderung, das zweite eine Anregung. Ich muß zu meinem Bedauern darauf hinweisen, daß im Hinblick auf Verpflichtungen, welche die Herren anderwärts abberufen, wir die heutige Sitzung schließen müssen. Es ist, soweit ich übersehen kann, der vorliegende Beratungsstoff durchbesprochen worden, und ich würde also nach den Verabredungen noch im Laufe des heutigen Tages einer gefälligen Mitteilung des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation über die Bildung einer Subkommission zur Besprechung der Grenzfrage entgegensehen und würde für alle Fälle vorschlagen, daß wir morgen um 1/2 6 Uhr uns wieder hier vereinigen, um das Ergebnis zu besprechen. Um keine Zeit zu verlieren, will ich meinerseits gleich bekannt geben, daß ich in diese Kommission, wenn sie gebildet werden sollte, Herrn Gesandten v. **Rosenberg** delegieren würde, Herr General **Hoffmann** würde teilnehmen und ein Vertreter der Marine.

Graf Czernin: Von meiner Seite würden die Herren Sektionschef **Dr. Gratz**, Feldmarschalleutnant **Csicserics** und Herr Kapitän **Wolff** kommen.

Staatssekretär v. **Kühlmann**: Ich erkläre die Sitzung für aufgehoben.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr 15 Minuten.)

Kühlmann.

291.

9. 2. 1918: Deklaration des Kommissars für litauische Angelegenheiten Mickevičius

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Überschrift: „Deklaration des Vertreters des Kommissariates für litauische Angelegenheiten.“¹⁾

Es wurde hier wiederholt von den Herrn Vorsitzenden der Delegationen der Mittelmächte erklärt, daß die Bevölkerung Litauens ebenso wie die Bevölkerung

¹⁾ Zu dem Originaldokument findet sich folgender Aktenvermerk mit Bleistift von der Hand des Gesandten v. **Rosenberg** vom 12. 2. 1918: „Anbei die 3 gestern von *Trockij* überwiesenen

Polens und Kurlands sich schon selbst bestimmt hat im Sinne einer Unabhängigkeit Litauens; dabei wurde auf ein gesetzmäßig entstandenes Organ der neuen Staatenbildung hingewiesen, das angeblich bevollmächtigt sei, den Willen der breiten Massen der Bevölkerung Litauens zum Ausdruck zu bringen. Um welches Organ es sich dabei handelt, haben wir aus einer Rede des Herrn Generals *Hoffmann* erfahren, welcher auf der Sitzung am 12. Januar u. a. folgendes sagte:

„Der litauische Landtag, welcher von den Litauern sowohl innerhalb des Landes als auch im Auslande als das einzige bevollmächtigte Organ des litauischen Volkes anerkannt wird, hat am 11. Dezember 1917 den Wunsch der vollständigen Abtrennung von allen staatlichen Banden proklamiert, die jemals mit anderen Staaten bestanden hatten.“

Aus diesem Anlaß halte ich für notwendig, folgendes zu erklären:

Der litauische Landrat besteht aus 20 Mitgliedern, die in der sogenannten litauischen Konferenz in Wilna (18. bis 22. September)² gewählt worden sind, unter denen sich kein einziger Arbeiter befindet. Diese Konferenz ist willkürlich gebildet worden. Auf Einladung einer usurpatorischen Organisationskommission, und nicht auf der Grundlage richtiger demokratischer Wahlen, ganz ohne aktive Beteiligung der breiten litauischen Massen, ohne Rede- und Versammlungsfreiheit. Sie arbeitete bei verschlossenen Türen. Die Okkupationsbehörden haben sogar verboten, Berichte über ihre Tätigkeit zu veröffentlichen und haben nicht erlaubt, die Beschlüsse der Konferenz zu drucken. Das geschah deswegen, weil auf der Konferenz seitens der Bauern und anderer Teilnehmer die entschiedensten Proteste gegen die Okkupationsbehörden verteilt wurden und der Wunsch ausgesprochen wurde, unter allen Umständen von ihnen befreit zu werden. Und es wurde auch auf dieser Konferenz beschlossen, daß sie keine juristische Bedeutung haben wird und nicht als bevollmächtigtes Organ zur Festsetzung des Charakters der Beziehungen zu den Nachbarn angesehen wird, da sie nicht von der Bevölkerung gewählt war. Zur Festsetzung der Beziehungen zu den Nachbarn, so lesen wir in der Resolution der Konferenz, „muß eine konstituierende Versammlung Litauens einberufen werden, die auf demokratischer Grundlage durch die ganze Bevölkerung gewählt wird.“

Es ist klar, daß weder der jetzige litauische Landrat, noch ein nach der Absicht der Okkupationsbehörden erweiterter Landrat das Recht hat, sich zum „einzigen bevollmächtigten Organ des litauischen Volkes“ zu erklären und seine Beziehungen zu den Nachbarreichen zu bestimmen. Gegen derartige Anmaßungen hat

Memoranden mit deutscher Übersetzung. Soweit ich weiß, sind die russischen Exemplare die von *Trockij* übergebenen Originalausfertigungen. Am Schlusse stehen zwar allerlei klangvolle Firmen, aber — mit einer Ausnahme — keine Unterschriften. Es kann sich also um eine willkürlich zurechtgemachte Sache handeln, mit der man uns dupieren und mystifizieren will. Abschriften der deutschen Übersetzung habe ich zurückbehalten. Bemerkenswert ist das Angebot der Räumung von Livland auf S. 3 des lettischen Protestes. R 12. 2.“ — Es liegen vor: lettischer Aufruf: 1 russisches, 1 deutsches Exemplar; 1 Exemplar Protest gegen die Annexion der Inseln im Moonsund, russische und deutsche Fassung; Deklaration des Vertreters des Kommissariats für litauische Angelegenheiten, in russischer und in deutscher Sprache.

²) Vgl. hierzu in einzelnen Quellen I/II, S. 8 f., Anm. 25.

sich die erdrückende Mehrheit der Konferenz ausgesprochen. Dies geschah hauptsächlich unter dem Druck der Arbeiter und Bauern, welche keinesfalls als bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes ein Organ ansehen können, welches unter direkter Mitwirkung der Okkupationsbehörden geschaffen worden ist. Am Tage vor der Konferenz wurde in Wilna folgende Resolution gefaßt: „Die am 16. September im Arbeiterklub versammelten Vertreter der jüdischen, polnischen, litauischen und weißrussischen demokratischen und sozialistischen Kreise haben beschlossen zu fordern, daß die Frage bezüglich der Zukunft Litauens, ihrer Regierung und der Festsetzung der gegenseitigen Beziehungen mit den benachbarten Reichen oder Völkern nur von der konstituierenden Versammlung entschieden werden könne, welche von dem gesamten litauisch-weißrussischen Gebiet frei gewählt worden wäre. Infolgedessen protestiert die Versammlung entschieden gegen eine Usurpierung der souveränen Rechte der Landesvertretung, von welcher Seite auch diese Anschläge ausgehen würden.“ Der litauische Landrat sowie die rechten bürgerlichen litauischen Gruppen, die die angeblich bereits erfolgte Selbstbestimmung der Bevölkerung Litauens erklärt haben und die ohne jede Befragung der Bevölkerung im Namen des ganzen Volkes sprechen, usurpieren hiermit seine souveräne Gewalt.

Dagegen protestieren auf das Allerentschiedenste die litauischen Arbeiter und Bauern in Litauen und Lettland, die Flüchtlinge in Rußland, die Emigranten in Amerika und die dort frei ihre Ansichten äußernden sozialdemokratischen und sozialistischen Organisationen. In ihren zahlreichen Resolutionen erklären sie, daß das litauische arbeitende Volk nicht ein Häuflein von Vertretern der litauischen Bourgeoisie und Agrarier bevollmächtigt hat, in seinem Namen zu sprechen.

Die Erklärung des litauischen Landrates und der reaktionären bürgerlichen Gruppen bilden ihrerseits den Versuch einer Einigung mit der deutschen Regierung, wie zu Beginn des Krieges diese selben Elemente zugunsten ihrer Klasseninteressen ein Abkommen mit der zarischen Regierung gegen ihre eigenen arbeitenden Massen getroffen haben. Bei der Herrschaft der Militärdiktatur, bei der vollen Unterdrückung der Freiheit der Rede, der Versammlung und der Presse kann keine Rede sein von einer staatlichen Selbstbestimmung der Völker. Dabei herrscht in Litauen unbestreitbar die Militärdiktatur. Fast jede gesellschaftliche Selbstverwaltungstätigkeit ist dort lahm gelegt. Die Freiheit des Verkehrs ist vernichtet. Sogar die Mitglieder des Litauischen Landrates versuchen vergebens dieses Recht zu erhalten. Der Landrat selbst ist vollständig rechtlos. Im Laufe von 2 Jahren wurde im besetzten Litauen nicht eine einzige Zeitung in litauischer Sprache zugelassen, abgesehen allein vom *Dabartis*³⁾, der von der deutschen Regierung subsidiert wird. Die Arbeiterorganisationen sind unterdrückt, die Versammlungen werden verboten. Haussuchungen und Verhaftungen finden massenhaft statt. Hunderttausende von Einwohnern sind durch die Schrecken des Krieges gezwungen worden, ihre Heimat zu verlassen, zehntausende standen bisher in Rußland unter den Waffen, andere sind zwangsweise nach Deutschland zu Zwangsarbeiten weggeführt oder in Lager für Zivilinternierte untergebracht worden. Die übriggebliebene arbeitende Bevölkerung fristet unter dem Druck von Requisitionen

³⁾ *Gegenwart*, hrsg. von dem preußischen Litauer Rittmeister d. R. u. Landtagsabgeordneten Dr. Steputat.

das Dasein von Bettlern. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, von einer Selbstbestimmung der Bevölkerung Litauens zu sprechen. Die Lage wird dadurch noch mehr kompliziert, daß die deutsche Regierung auch sogar nach Abschluß des allgemeinen Friedens nicht verspricht, innerhalb einer bestimmten Frist ihre Truppen aus Litauen fortzuführen, die Okkupationsbehörden wieder aufzuheben und die volle Regierungsgewalt der lokalen Bevölkerung zu überlassen.

„Alle diese Gebiete (Litauen, Kurland, Riga, die Inseln)“, erklärt Herr General *Hoffmann* zur Begründung der Politik der deutschen Regierung, „verfügen nicht über Organe der Verwaltung, haben keine Gerichte und keine Organe des gerichtlichen Schutzes, sie haben keine Eisenbahnen, keinen Telegraph, keine Post. Das alles gehört Deutschland und wird von Deutschland verwaltet. Ebenso werden diese Völker in nächster Zukunft nicht fähig sein, eigene Truppen oder eine eigene Miliz aufzustellen, da ihnen die entsprechenden Organe fehlen, welche das alles organisieren könnten.“

Daher „muß die Oberste Heeresleitung die Räumung Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaer Meerbusen ablehnen.“

Diese Beurteilung der Sachlage hat zur Voraussetzung, daß das litauische Volk noch nicht aus dem Zustande der ursprünglichen Barbarei herausgekommen ist und als ob Litauen vor der deutschen Okkupation weder Eisenbahnen noch Post und Telegraph kannte. Dabei verlangt die Aufrechterhaltung dieser technischen Betriebe keinesfalls das Regime der militärischen Okkupation, in der das litauische Volk — in Anbetracht dessen, daß die Okkupation durch keinen Termin begrenzt wird — nur eine Form der verdeckten Annexion erblickt.

Gegen eine solche Lösung der Frage des Schicksals Litauens protestieren auf das Allerenergischste nicht nur die litauischen revolutionären Sozialdemokraten (Bolschewiki), die sozialdemokratische Partei Litauens, die Nationalsozialisten Litauens, der litauische Militärbund, die Arbeiter und die armen Bauern Litauens, der zweite allrussische Kongreß der Flüchtlinge, sondern auch die Mehrheit der bürgerlichen Organisationen, die Unabhängigkeit Litauens erstreben, mit Ausnahme der wenig zahlreichen klerikalen und Gutsbesitzerkreise, die bestrebt sind, sich gegen den Einfluß der Arbeiter- und Bauernrevolution zu schützen. Alle einflußreichen Parteien erkennen an, daß die Bevölkerung Litauens reif genug ist, um die Verwaltung des Landes in ihre Hände zu nehmen und ihr Schicksal ohne fremde Vormundschaft zu entscheiden.

Das entscheidende Wort über das Schicksal Litauens dürfen nach Ansicht der litauischen Arbeiterdemokratie nicht die Vertreter der deutschen Regierung oder der Regierung der russischen Republik haben und nicht diejenigen bürgerlichen Gruppen, die früher den Zarismus unterstützten und jetzt ein Bündnis mit der deutschen Regierung erstreben; das entscheidende Wort gehört auch nicht den Organisationen der litauischen Konferenz in Wilna und dem litauischen Landrat, sondern der demokratischen Bevölkerung Litauens, in erster Linie den Arbeitern und den Bauern ohne Unterschied der Nationalität.

Damit diese sich frei selbst bestimmen können, halten wir diejenigen Bedingungen für unbedingt notwendig, welche die russische Delegation in den Vordergrund gestellt hat:

1. Die sofortige Fortführung der deutschen Truppen und der Gendarmerie aus dem besetzten Litauen nach dem Friedensschluß mit Rußland und die Beseitigung aller von den „Okkupationsbehörden eingesetzten Organisationen“;
2. Übertragung der vollständigen Gewalt auf die lokale Bevölkerung;
3. die Garantie der vollen Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlungen und der Koalition für die arbeitenden Massen;
4. die sofortige Zurückführung in die Heimat aller gewaltsam Vertriebenen, Evakuierten oder aus dem Kriegsgebiet geflohenen Einwohner Litauens;
5. das Recht der Rückkehr aller Auswanderer aus Litauen und die Einräumung ihnen gegenüber derselben Rechte, wie sie die ganze Bevölkerung Litauens hat;
6. die Wiederherstellung der Gebiete, die am meisten durch den Krieg gelitten haben, auf Kosten des Internationalen Fonds, der durch eine Steuer für die reichen Klassen aller kriegführenden Länder gebildet werden soll;
7. die Rückkehr nach Litauen aller allgemein staatlichen, administrativen, gesellschaftlichen und anderen Behörden und Organisationen, die während des Krieges aus Litauen evakuiert worden sind, ferner aller Fabriken und Werkstätten, und zwar auf Kosten des Staates, der sie evakuiert hat.

Nur unter diesen Bedingungen kann die arbeitende Bevölkerung Litauens sich selbst bestimmen.

Brest-Litowsk, den 9. Februar 1918.

Der Kommissar für litauische Angelegenheiten.
(gez.) *W. Mickevičius-Kapsukas*.⁴⁾

⁴⁾ *Vincas Mickevičius* (1880—1935), 1905 litauischer Sozialdemokrat (Pseudonym Kapsukas); Chef des Kommissariates für litauische Angelegenheiten. Vgl. Senn, Bolschewistische Politik S. 93 ff.; Ders., Lithuania S. 31 f. — Über die Fortschritte der Bolschewiki in Litauen und die Ausbreitung ihrer Parteiorganisationen vgl. neuerdings Basler S. 285 f.

292.

9. 2. 1918: Telegramme Kaiser Wilhelms II. an Staatssekretär v. Kühlmann und General Hoffmann¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Staatssekretär v. Kühlmann an Reichskanzler Graf v. Hertling. Telegramm. Nr. 30. Abgeg. Brest-Litowsk, 10. 2. 1918, 2.50 nachm., angek. 10. 2. 1918, 2.30 nachm.

Folgende zwei Worttelegramme Seiner Majestät sind heute hier eingegangen:

1) „General *Hoffmann* und Exzellenz v. *Kühlmann*, Brest-Litowsk.

Heute hat die Bolschewiki-Regierung im Klartext-Funkspruch sich direkt an Mein Heer gewandt und es zum Aufstand und Ungehorsam gegen seinen Obersten Kriegsherrn direkt aufgefordert. Einen solchen Zustand der Dinge können weder Ich noch Seine Exzellenz der Feldmarschall v. *Hindenburg* länger mit ansehen oder dulden! Es muß schleunigst ein Ende gemacht werden! *Trockij* hat bis morgen 10ten abends 8 Uhr (Meldung um diese Zeit hier in Homburg darüber)

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 390 f.

den Frieden kurzweg unterzeichnet nach unseren Bedingungen unter sofortiger Aufgabe des Baltikums bis zur Linie Narva—Pleskau—Dünaburg inklusive ohne Selbstbestimmungsrecht pp. unter Anerkennung der Entschädigung aller im Baltikum Betroffenen. Im Weigerungsfalle oder bei Hinschleppungs- und Verzögerungsversuchen und sonstigen Ausflüchten werden um 8 Uhr am 10ten abends die Verhandlungen abgebrochen, der Waffenstillstand gekündigt; Oberost geht dann gegen vorgeschriebene Linie vor.

gez. *Wilhelm I. R.*“

2) „Staatssekretär v. *Kühlmann*, Brest-Litowsk.

Euerer Exzellenz und General *Hoffmann* sende ich meine herzlichen Glückwünsche zu dem erfolgreichen Abschluß der Friedensverhandlungen mit der ukrainischen Volksrepublik.²⁾ Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern spreche ich für Ihre mühevollen Arbeit meine vollste Anerkennung und meinen wärmsten kaiserlichen Dank aus.

Trockij gegenüber ist sofort das Postulat zu stellen, Friedensschluß auf meine Bedingungen unter gleichzeitiger Räumung Liv- und Estlands sogleich, oder sofortiger Abbruch der Verhandlungen und Kündigung des Waffenstillstandes. *Hoffmann* mitteilen, Seine Exzellenz Feldmarschall v. *Hindenburg* hat gleiches Verlangen an mich gestellt.

gez. *Wilhelm I. R.*“

Kühlmann.

²⁾ Vgl. Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik andererseits. 9. Februar 1918. In: Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 376 ff.

293.

9. 2. 1918: General Hoffmann (Brest-Litowsk) an die Oberste Heeresleitung

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Legationssekretär Frhr. v. Berckheim an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 239. Abgeg. Großes Hauptquartier, 10. 2. 1918.

General *Hoffmann* sandte nachstehendes Telegramm über heutige (9. 2.) Brester Verhandlungen an O.H.L.:

„5,0 nachm. Kommissionssitzung mit den Russen:

Zum Beginn der Sitzung gab Staatssekretär zusammenfassend Rückblick über bisherige Verhandlungen. Betonte, daß Verhältnisse für Mittelmächte zur Entscheidung drängten, erklärt sich aber bereit, unter ausdrücklicher Ablehnung jeglicher Polemik, Gesamtheit der Fragen erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Trockij erklärt, daß Petersburg und ukr[ainisches] Volk Frieden der Mittelmächte mit Kiever Rada niemals anerkennen könnten, zumal letztere nicht mehr

regierungsberechtigt. Bezeichnet unsere Politik als militärische Expansionspolitik. Bittet um ergänzende Erklärungen über Verlauf der neuen Grenze von Brest nach Süden.

Staatssekretär erklärt, die Grenzfragen sollen in besonderer Unterkommission besprochen werden (unsererseits Gesandter v. Rosenberg, Kapitän z. See Horn und ich), deren Bericht bis zur nächsten Sitzung 10. 2. nachmittag vorzuliegen hätte. Verliest sodann neue Formel für Artikel 2: „Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten.

Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Österreich-Ungarns und einer Linie, die . . .¹⁾ verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen; aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Reiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Das künftige Schicksal dieser Gebiete wird im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Österreich-Ungarn mit ihnen treffen werden.“

Artikel 1 als *conditio sine qua non* ausdrücklich bezeichnet (Räumung Armeniens betont).“

Berckheim.

¹⁾ So im Or.

294.

**10. 2. 1918, vorm.: Legationsrat Frhr. von Grünau (Homburg)
an das Auswärtige Amt**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Telegramm. Nr. 33. Abgeg. Homburg, 10. 2. 1918, 12.10 vorm., angek. 10. 2. 1918, 2.25 vorm. Überschrift: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 37“. ¹⁾

Ich habe Exzellenz v. Kühlmann telegraphiert:

„Ganz geheim!

Die Stimmung des Kaisers ist schon seit einigen Tagen derartig erregt, daß ich außer den verschiedenen Explosionen, für die ich Blitzableiter bin, einen großen Krach befürchte. Der Kaiser wird von der O.H.L. gedrängt, natürlich schüren auch die Kaiserin und Herren der Umgebung das Feuer durch stark betonte Entrüstung über *Trockij*, unsere Langmut und das Unglück der Balten. Es müßte schleunigst etwas geschehen, das beruhigend wirken kann, eventuell eine motivierte Stellung der Vertrauensfrage.

Der Funkspruch *Trockijs* zur Revolutionierung unserer Armee hat hier dem Faß den Boden ausgeschlagen. Auf Österreich ist keine Rücksicht zu nehmen, da Kaiser *Karl* sich mit dem rumänischen König eingelassen hat, ohne sich mit uns

¹⁾ *Frhr. v. Grünau*, Großes Hauptquartier an das Auswärtige Amt 9. 2. 1918 — Pol. Archiv Rußland Pol. Nr. 1, Bd. 16 — inhaltlich übereinstimmend mit dem in Nr. 292 unter 1) abgedruckten Aktenstück. Es trägt den Zusatz: „Seine Majestät hat gleichlautendes Telegramm an Exzellenz v. Kühlmann und General *Hoffmann* zusammen abgesandt und Feldmarschall v. *Hindenburg* entsprechend verständigt.“

zu verständigen, und da es überall unsere Unterstützung auch mit Nahrungsmitteln in Anspruch nimmt, ohne ein Wort des Dankes; es hat jetzt den Frieden mit seinem Nachbarn, was im Norden passiert, geht es nichts an. Dies zur Charakterisierung der Stimmung, wie sie sich im Laufe des ersten Friedenstages entwickelt hat“.²⁾

Dortiges Telegramm Nr. 39 konnte wegen verspäteten Eintreffens noch nicht verwertet werden.

Grünau.

²⁾ Vgl. hierzu die Aufzeichnungen v. Müllers vom 10. 2. 1918, S. 351: „Großer Zustand! Se. Majestät hat seinen Glückwunsch an Kühlmann und General Hoffmann zu dem Abschluß mit der Ukraine mit dem Befehl zu einem ganz maßlosen Ultimatum an Trockij verbunden (u. a. Räumung des ganzen Gebietes bis zum Peipus-See). Kühlmann hat erklärt, das mache er nicht mit, Grünau solle das dem Kaiser vortragen. Das ist die Frucht der Isolierung des Kaisers in Homburg und seine Umgebung mit lauter Scharfmachern. Der Vortrag Grünaus hat zum Einlenken geführt. Gottseidank! Aber wie lange wird es dauern bis zur nächsten Krise?“ — Vgl. ferner Nr. 295.

295.

Brest-Litowsk, 10. 2. 1918: Staatssekretär von Kühlmann an den Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Telegramm. Nr. 29. Brest-Litowsk, 10. 2. 1918. Vermerk: „Vom 9. Februar. Persönlich.“¹⁾

Seine Majestät hat zwei Telegramme hierher gegeben²⁾, deren Wortlaut, da im Klartext eingegangen, gleichzeitig in Klartext an Euer Exzellenz abgeht. Die hiesige Lage ist Euer Exzellenz aus meinem Telegramm 1334 vom 8. Februar bekannt.³⁾ Die Situation hat sich bisher vollkommen in der von mir vorausgesehenen Linie entwickelt. In der heutigen Kommissionssitzung, deren Stenogramm Euer Exzellenz auf dem üblichen Wege zugeht, hat sich ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür ergeben, daß Trockij — wenn auch unter Protesten — unseren Forderungen nachgeben wird sowohl in territorialen Fragen als in den anderen wesentlichen politischen. Auf alle Fälle erfährt die Lage eine vollständige Klärung durch die morgen Sonntag den 10. stattfindende Sitzung⁴⁾, in der von russischer Seite endgültig die Erklärungen über Annahme unserer wesentlichen Bedingungen erfolgen werden. Erfolgt diese Annahme nicht, so tritt Bruch innerhalb 24 Stunden ein mit Kündigung des Waffenstillstandes usw. Nimmt aber Trockij unsere Bedingungen an, so kann ich die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß wegen der Frage der Räumung Estlands und Livlands es zum Bruch kommt. Die gewichtigen Gründe für meine Haltung (Sprennung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn und Entfesselung innerpolitischer

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 388 ff.

²⁾ Vgl. oben Nr. 292.

³⁾ Vgl. oben Nr. 288.

⁴⁾ Vgl. unten Nr. 301.

Konflikte in Deutschland) sind Euer Exzellenz aus meinem vorigen Telegramm bekannt. Ich bin bereit, die Räumung der beiden Gebiete zu verlangen, aber nicht bereit, diese Forderung in ein Ultimatum aufzunehmen oder an der Weigerung der Russen den Frieden scheitern zu lassen, wenn unsere anderen Forderungen konzidiert werden sollten. Die von Seiner Majestät im Telegramm vom 9. gestellten Bedingungen (Unterzeichnung des Friedens bis zum 10. abends 8 Uhr und Aufgabe des Baltikums bis zur Linie Narva—Dünaburg ohne Selbstbestimmungsrecht und Entschädigung aller im Baltikum Betroffenen)⁵⁾ lassen sich meiner Ansicht nach weder politisch noch völkerrechtlich vertreten. Es ist auch vollkommen ausgeschlossen, unsere Bundesgenossen für deren Vertretung zu gewinnen.

Verzögerungsversuche wesentlicher Art haben bisher bei den Russen nicht vorgelegen. Aus den Euer Exzellenz dargelegten Gründen, d. h. weil der vorherige Friedensschluß mit der Ukraine notwendig war, bevor wir zu einer energischeren Tonart mit den Bolschewiken übergehen konnten, ist in letzter Zeit mit den Russen auch von unserer Seite in hinhaltender Weise verhandelt worden. Ich vermag die Verantwortung für die Sprengung unserer Allianzen, die mit Stellung der von Seiner Majestät befohlenen Bedingungen verbunden ist, nicht zu übernehmen und gebe die Euer Exzellenz im vorstehenden dargelegten Erwägungen durch *Freiherrn v. Grünau* direkt zum Vortrag bei Seiner Majestät.

Ich bedauere, daß ich aus politischen Gründen nicht in der Lage bin, die Allerhöchsten Weisungen auszuführen und bitte Euer Exzellenz, bei Seiner Majestät die hieraus sich ergebenden Konsequenzen unmittelbar zum Vortrag bringen zu wollen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß von seiten der Obersten Heeresleitung in den letzten Tagen alles getan worden ist, um eine Entscheidung im Sinne des Krieges gegen die Bolschewiken bei Seiner Majestät zu extrahieren, die meines Erachtens angesichts der politischen Lage jetzt nicht angebracht ist. Eine m. E. nach befriedigende Lösung — sei es im Sinne eines Friedens, sei es im Sinne eines mit Wahrung des Bundesverhältnisses erträglichen Abbruchs — kann innerhalb 48 Stunden, spätestens 60 Stunden erreichbar werden. Ein Abgehen von der vor langer Zeit vorbereiteten und durchgeführten Linie der diplomatischen Aktion vermag ich weder zu verantworten noch mitzumachen.

Kühlmann.

⁵⁾ Vgl. Nr. 289, 292 u. Nr. 294, Anm. 1 u. 2.

296.

10. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. (Staatssekretär v. Kühlmann an Reichskanzler Graf v. Hertling) Telegramm. Nr. 31. Abgeg. Brest-Litowsk, 10. 2. 1918, 12.20 vorm., angek. 10. 2. 1918, 12.55 vorm. Überschrift: „An den Herrn Reichskanzler persönlich.“

Ich habe eben an *Freiherrn v. Grünau* das Nachstehende durch Fernschreiben gegeben:

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 391 f.

„Ich habe die in den beiden kaiserlichen Telegrammen vom gestrigen [Tag] enthaltenen Weisungen mit *Graf Czernin* besprochen und hierbei zu meinem lebhaften Bedauern meine Befürchtung bestätigt gefunden, daß Österreich-Ungarn auf Grund der vorliegenden Weisungen, die bisher unserem gemeinsamen Vorgehen zugrunde gelegen haben, ein deutsches Vorgehen gemäß dem zweiten an mich und General *Hoffmann* gerichteten Allerhöchsten Telegramm nicht mitmachen, sondern voraussichtlich für sich fortfahren würde zu versuchen, auch mit *Trockij* auf der bisherigen Basis zum Frieden zu gelangen.

Dies würde meines Erachtens die Sprengung des Bündnisses zur Folge haben. *Graf Czernin* hat mir amtlich seine Stellungnahme auf Mitteilung der kaiserlichen Weisungen wie folgt mitgeteilt:

„Die mir soeben von Eurer Exzellenz mitgeteilten Befehle Seiner Majestät Kaiser *Wilhelms* mit dem heute ablaufenden Ultimatum an Petersburg sind nicht im Einklang mit den mir von meinem Kaiserlichen Herrn gegebenen Befehlen; da ich bis heute abend von meinem Kaiser, welcher sich in Siebenbürgen an der Front befindet, keine Instruktionen erlangen kann, bin ich leider außerstande, mich diesem Schritte selbständig anzuschließen. So wie ich die Situation einschätze, dürfte mein Kaiserlicher Herr nicht in der Lage sein, seine Politik diesen veränderten Richtlinien anzupassen.“²⁾

Nach den mir bekannten Befehlen und Intentionen Seiner Majestät, nach denen die Pflege unseres Bundesverhältnisses zu Österreich im Rahmen der Wahrung der deutschen Interessen mir zur strengsten Pflicht gemacht ist, halte ich es für unbedingt nötig, daß Seine Majestät sofort über die Wirkung einer wörtlichen Ausführung der gestern erteilten Allerhöchsten Weisungen Vortrag gehalten werde. Ich bitte Sie, hierbei Seiner Majestät meine alleruntertänigste Bitte vorzutragen, Seine Majestät möge befehlen, daß die in den beiden gestrigen Telegrammen enthaltenen Befehle nur als allgemeine Direktiven zu betrachten seien, mit der Maßgabe, daß durch Ausführung derselben unter den obwaltenden Umständen weder vitale deutsche Interessen, noch insbesondere unser Verhältnis zu den Bundesgenossen zerstört würden. Ich bitte, mir sofort die Allerhöchste Willensmeinung durch Fernschreiber zu übermitteln. Die heutige Sitzung³⁾

²⁾ Vgl. hierzu die Äußerungen *Czernins* vom 13. 2. 1918 (Telegramm an *Graf Demblin*, Hofzug, „Statissime. Streng geheim. Für Seine Majestät“): „Der Staatssekretär v. *Kühlmann* hat soeben beiliegendes Telegramm [vgl. Nr. 292] Kaiser *Wilhelms* erhalten . . . Da dieses Ultimatum unwiderruflich den Abbruch mit Petersburg und den von mir erhofften Frieden mit Petersburg zerschlägt, so habe ich *Kühlmann* Folgendes geantwortet: ‚Die mir von Sr. Majestät erteilten Instruktionen stimmen nicht mit den Befehlen Kaiser *Wilhelms* überein. Ich habe nicht die Möglichkeit, bis heute Abend andere Instruktionen Euer Majestät einzuholen und weigere mich, selbständig von den Instruktionen Euer Majestät abzugehen. Wenn der Befehl Kaiser *Wilhelms* ausgeführt wird, so erkläre ich offiziell und feierlich, daß ich mir freie Hand vorbehalte, den Schritt nicht mitmachen werde und auf eigene Faust mit Petersburg weiter verhandeln werde.‘ Herr v. *Kühlmann* war sehr unter dem Eindrucke dieser Erklärung und setzt sich telegraphisch mit Kaiser *Wilhelm* in Verbindung, um eine Rückgängigmachung seines Befehles zu erhalten. Sowie die Situation geklärt ist, werde ich telegraphisch berichten.“ HHSStA, P.A., Brester Kanzlei.

³⁾ Vgl. Nr. 301.

stattfindet um 1/26 Uhr. Es wäre für die Regelung meiner Sprache nötig, vor ihrem Beginn die Allerhöchsten Meinungen in Händen zu haben.

Ich bitte Seiner Majestät keinen Zweifel zu lassen, daß die Vertretung einer von der bisher hier verfolgten abweichenden Politik für mich unmöglich ist. Einreichung eines motivierten Gesuches darf ich mir gegebenenfalls vorbehalten.“

Kühlmann.

297.

10. 2. 1918, nachm.: Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier)
an Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Legationsrat Frhr. v. Grünau an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 39. Abgeg. Großes Hauptquartier, 10. 2. 1918, 2.15 nachm., angek. 10. 2. 1918, 4.10 nachm.

Ich habe als Ergebnis meines Vortrages bei Seiner Majestät an Exzellenz v. Kühlmann gedrahtet:

„Seine Majestät will das Ergebnis der heutigen Verhandlungen, die sich auf der von Euerer Exzellenz skizzierten Linie unverändert bewegen sollen, abwarten und hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Forderung der Räumung des von uns nicht besetzten Teiles von Livland und von Estland durch die Russen nicht in die Form eines Ultimatums gekleidet wird.

Seine Majestät läßt aber Euerer Exzellenz dringend bitten, mit allem Nachdruck auf Verständigung mit Rußland darüber hinzuarbeiten, daß in den fraglichen Gebieten die Voraussetzungen geschaffen und sichergestellt werden, unter denen sie von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machend sich als selbständige Staaten konstituieren können, was bisher von den Russen verhindert worden sei. Seine Majestät weist darauf hin, daß der von Euerer Exzellenz von der Räumung durch russische Truppen befürchtete Zustand der anarchistischen Betätigung des Pöbels schon jetzt besteht, da nach allen Meldungen reguläre russische Truppen sich in jenen Gebieten nicht mehr aufhalten und daß bei ganz gleichartigen Verhältnissen im Kaukasus die türkischen Truppen zum Schutze der eingeborenen Bevölkerung nachgerückt sind. Um die Bevölkerungsteile, die sich an den Kaiser um Schutz ihres Lebens und Eigentums gewandt haben, tatsächlich zu schützen und damit einem berechtigten Wunsche der Armee und weiter Kreise des deutschen Volkes Rechnung zu tragen, empfiehlt Seine Majestät eine umgehende Vereinbarung zu erzielen, wonach wir berechtigt sein sollen, den Liv- und Estländern bei der Errichtung einer Polizeitruppe in jeder Beziehung behilflich zu sein.

Seine Majestät verlangen, daß den Versuchen *Trockijs*, durch Funksprüche die deutschen Truppen zur Revolution anzureizen, mit allem Nachdruck entgegengetreten wird.“

Auf Befehl Seiner Majestät habe ich der O.H.L. durch Herrn v. *Berckheim*¹⁾ entsprechende Mitteilung gemacht.
Grünau.

¹⁾ *Philipp Christian Paul Frhr. v. Berckheim*, Legationssekretär; 2. 2. 1917 dem Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier aushilfsweise und kommissarisch zugeteilt. Vgl. auch Zeman S. 122 f.

298.

10. 2. 1918, abends: Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier)
an Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Legationsrat Frhr. v. Grünau an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 42. Abgeg. Großes Hauptquartier, 10. 2. 1918, 10.20 nachm., angek. 10. 2. 1918, 11.35 nachm.

Ich habe an Exzellenz v. *Kühlmann* gedrahtet:

„Seine Majestät hat meinen Vortrag über heutiges Sitzungsergebnis gut aufgenommen. Auf den gleich darauf einlaufenden Antrag der O.H.L. wegen Kündigung des Waffenstillstandes hat Seine Majestät entschieden, daß zunächst nichts geschieht, bis neue Vorschläge des Herrn Reichskanzlers auf Grund der Berichterstattung Eurer Exzellenz vorliegen. Seine Majestät bittet, daß bei der Berichterstattung auch die Beurteilung der Lage durch General *Hoffmann* vom militärischen Standpunkt aus zu erkennen gegeben wird.“

Grünau.

299.

10. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler
Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Telegramm. Nr. 32. Abgeg. Brest-Litowsk, 10. 2. 1918, angek. 11. 2. 1918, 3.25 vorm. Überschrift: „Persönlich!“

Trockij hat in der heutigen Sitzung, deren Stenogramm Eurer Exzellenz auf dem üblichen Wege zugehen wird¹⁾, die aus dem Stenogramm ersichtliche Erklärung abgegeben. Die hierdurch geschaffene, zweifellos neuartige Lage ist im Laufe des Abends in einer internen Sitzung der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation besprochen worden. Diese Beratung, in der die wichtigeren Mitglieder beider Delegationen das Wort ergriffen, habe ich zum Schlusse zusammengefaßt in folgende stenographisch fixierte Ausführungen:

Ich glaube, daß die heutige Diskussion in hohem Grade eine Klärung der doch trotz mancher hier angeführter Präzedenzfälle vollkommen neuen Lage gebracht hat. Von den vier theoretischen Möglichkeiten, die als vorhanden uns geschildert worden sind, kommen praktisch nur zwei in Betracht, die eine, die

¹⁾ Vgl. Nr. 301.

vom Herrn General *Hoffmann* empfohlene, zu sagen, das Verfahren ist vollkommen ungenügend, wir kündigen den Waffenstillstand und führen Krieg. Dann die zweite: Wir lassen den Kriegszustand bestehen, kündigen den Waffenstillstand nicht, und, um diesen Punkt gleich vorwegzunehmen, ich persönlich neige *prima facie* zu keinerlei Note auf die bolschewistische Mitteilung. Eine Note, in der Akt genommen wird, ist unnötig, denn in feierlicher Sitzung ist uns die Note übergeben worden, die Übernahme ist im Protokoll vermerkt worden, wir haben sogar auch in der Sitzung gewisse ergänzende Erklärungen erbeten, z. T. auch erhalten, und von bolschewistischer Seite ist nicht die leiseste Andeutung erfolgt, daß sie irgendeine Antwort der Mittelmächte auf diese Note erwartet. Also daß wir von der Note Kenntnis genommen haben, ergibt sich aus dem ganzen Vorgang, und ich möchte Exzellenz *Kriege*²⁾ darin beistimmen, daß in der Diplomatie alles, was nicht unbedingt nötig ist, zu unterlassen ist. Dann möchte ich nun unter Ausscheidung alles anderen die beiden Hauptmöglichkeiten kurz durchsprechen und zuerst durchsprechen, daß wir den Waffenstillstand kündigen und wieder in den Kriegszustand übergehen. Nach dem bekannten Wort von *Clausewitz* ist der Krieg die Fortsetzung der Politik³⁾, und wir müssen uns fragen: welche Politik würde mit diesem Kriege fortgesetzt? Man könnte sagen, es wird die Politik fortgesetzt, die von uns aufgestellten und hier spezifizierten Forderungen nun auch wirklich schwarz auf weiß von der bolschewistischen Regierung anerkannt zu bekommen. Ich bezweifle sehr, ob der Krieg, wie er nach Lage der Sache geführt werden kann, als taugliches Mittel zur Erreichung dieses Zweckes angesehen werden kann. Wir können, ein gutes Gelingen und einen glatten Fortgang der Operationen vorausgesetzt — ich meine nicht wegen feindlicher Gegenwirkung, sondern wegen der natürlichen Schwierigkeiten — in einer Reihe von Monaten bis in die Gegend von Petersburg vordringen, aber ich glaube, es ist richtig, was vorhin angeführt worden ist, es steht gar nichts im Wege, daß die revolutionäre Regierung, die wahrscheinlich bis dahin die Bolschewiki ersetzt haben wird, sich nach einer anderen Stadt oder schließlich auch nach dem Ural begibt. Wie einmal ein Herr es sehr richtig ausgeführt hat, können wir mit der Feder der Unterschrift in der Linken und dem Schwert in der Rechten bei der Größe Rußlands außerordentlich lange Feldzüge führen, ohne den eigentlichen Zweck unseres Vorgehens zu erreichen, nämlich die Leute an den Tisch zu zwingen und zur Unterschrift zu nötigen. Das Maß des militärischen Druckes, der auf die Leute ausgeübt werden kann, das Maximalmaß, wie ich fast sagen darf, ist meiner Ansicht nach schon jetzt erreicht. Ein höheres Ziel als die Vernichtung der militärischen Kräfte des Gegners kann die Kriegführung begriffsmäßig eigentlich nicht in sich schließen. Wir haben ja die Fälle gesehen an kleinen Ländern, z. B. an Serbien, das auch nach der Besetzung des ganzen Staatsgebietes eine im Auslande sitzende Regierung mit einer z. T. minimalen Armee fortfährt, sich

²⁾ *Johannes Kriege*, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt 1911—1920, Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Brest-Litowsk; vgl. oben S. 367, Anm. 4; zur Würdigung *Krieges* vgl. auch Kühlmann, S. 520.

³⁾ Berühmte Formulierung im Werk „Vom Kriege“ in mehrfachen Variationen; vgl. „Vom Kriege“ (17 1966), u. a. Erstes Buch, I. Kapitel, Pkt. 25: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln . . . eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln“ (S. 108).

als Regierung dieses Landes zu gerieren, und daß kein Maß des militärischen Druckes (das der Steigerung nicht mehr fähig ist, da alles zu okkupierende Territorium bereit okkupiert ist) die Leute dazu führt, einen Frieden zu unterzeichnen. Ich glaube also, das Mittel des Krieges, um die Unterzeichnung des von uns beantragten und erstrebten Friedensvertrages herbeizuführen, kann hierzu nicht als tauglich angesehen werden.

Es ist darauf hingewiesen worden, meiner Ansicht nach mit Recht, daß eine offensive Fortführung des Krieges im gegenwärtigen Moment innerpolitisch bei uns auf sehr große Schwierigkeiten stoßen würde. Es würde in der Tat nicht leicht sein, den Volksmassen klar zu machen, daß wir eben wegen Nichtvollziehung dieser Formalität — denn die Russen haben uns nota bene keinerlei Protest entgegengestellt, sie haben nicht gesagt, daß sie irgend etwas nicht anerkennen; sie haben nur nicht gesagt, daß sie etwas anerkennen — einen weiteren, große Opfer an Menschen und Geld kostenden Feldzug — denn jeder Feldzug kostet sehr viele Verluste — führen sollen. So, wie unsere Gesamtlage ist, gehen unsere Beschlüsse dahin, unsere Hauptstoßkraft nach dem Westen zu verlegen, wenigstens für die unmittelbar vorliegende Zeit, für die nächsten Monate, um dort große militärische Wirkungen auszulösen. Ich möchte mich nicht auf das Gebiet der Strategie wagen, da ich darin Laie bin, aber soweit hängt die große Strategie und die Politik doch zusammen, daß ich aussprechen kann, daß ich es für einen erheblichen Vorteil halten würde, wenn wir die durch die Demobilisierung der russischen Armee und die vorhandene Erklärung geschaffene Lage benutzen könnten, um alles hier wegzuziehen, was wir nicht als Grenzschutz und Grenzkordon notwendig brauchen; denn mehr als ein Grenzschutz wird gegenüber der Bolschewikiarmee, die sowieso schon in voller Auflösung war, bei der aber nach der morgen offiziell in Rußland erfolgenden Erklärung, daß der Krieg aus ist, überhaupt kein Mensch mehr bleiben wird, die Leute sich einfach in Nichts auflösen werden, nicht notwendig sein.

So hoch ich an sich den Abschluß eines formalen Friedens eingeschätzt haben würde, wobei ich noch sagen muß, daß selbst die Unterzeichnung eines Friedens durch die Bolschewiki immerhin nur eine labile Garantie gewesen wäre, so lag bei den chaotischen Zuständen in Rußland doch immer wieder die Möglichkeit vor, daß eine reaktionäre, eventuell sogar eine ultrareaktionäre Regierung der Großfürsten herankäme und den Versuch machte, durch Umstoßung eines sozialistischen Friedens nochmals das Glück der Waffen zu versuchen, vielleicht im Bunde mit den Bundesgenossen; also eine absolute Garantie, daß wir mit wirklich friedlichen Zuständen im Osten rechnen könnten, hätten wir nicht, solange der Weltkrieg andauerte, es ist bei unseren Beratungen auch wiederholt hervorgehoben worden, und deswegen würde, selbst wenn die Unterzeichnung jetzt gelungen wäre, die Erhaltung einer Truppe in dem Umfange, wie er für Kordonaufgaben und Grenzschutz notwendig ist, auf alle Fälle bis zur Beendigung des Weltkrieges notwendig geworden sein.

Nach allem, was hier vorgetragen ist, und was mit neuen eigenen Erwägungen, die ich vor unserer Besprechung angestellt habe, übereinstimmt, möchte ich vorbehaltlich meiner amtlichen Stellungnahme mich auch der Ansicht anschließen, daß ein Hinnehmen des de-facto-Zustandes ohne jede amtliche Erklärung von

unserer Seite an die Bolschewiki und Nichtkündigung des bestehenden Waffenstillstandes für uns die vorteilhaftesten Verhältnisse schafft.

In den besetzten Gebieten haben wir vollkommen freie Hand zu tun, was uns geeignet erscheint, um Zustände zu schaffen, die eben doch so stark verankert und eventuell auch schon eingelegt sind, daß ein Umstoßen derselben nicht mehr in das Gebiet der praktischen Politik gehört. Außerdem, wer soll uns in Osteuropa mit Gewalt aus den einmal eingenommenen Stellungen hinauswerfen? Die Russen werden es in absehbarer Zeit weder können noch wollen, und unsere westlichen Gegner haben keinerlei Möglichkeit, hier herüber zu kommen.

Was die Beziehungen zu Finnland und zur Ukraine betrifft, so haben wir, wie hervorgehoben worden ist, da vollkommen freie Hand. Beide sind von uns anerkannte selbständige Staaten, und unsere Beziehungen zu ihnen können wir ohne jede Rücksicht auf die Bolschewiki, mit denen wir notabene in Kriegszustand bleiben, so regeln, wie es uns paßt, und ich glaube, daß auch die allenfalls nötige Detachierung deutscher Kräfte nach der Ukraine, die für die Heranschaffung von Getreide und Futtermitteln nötig sein könnte, innerhalb dieses Rahmens bei einigermaßen geschickter Behandlung sich ganz leicht vollziehen ließe.

Was diese Entsendung an sich anbetrifft, so geben mir meine Gespräche mit Leuten, die das Land kennen, den Eindruck, daß wir in dieser Beziehung mit der alleräußersten Vorsicht verfahren müssen, denn zweifellos ist in den breiten Massen des russischen Volkes die Empfindung, daß der Deutsche der Landesfeind ist, durch diesen dreijährigen Krieg sehr tief eingewurzelt, und ich glaube, daß es für die junge und, wie wir ja alle wissen, nicht auf sehr starken Füßen stehende Republik ein äußerst gefährliches Danaergeschenk wäre, wenn wir ihr unsere Hilfe in irgendwelcher Beziehung aufdrängen würden.

Ich möchte dringend raten, im Rahmen des Möglichen vorläufig durch liberale Behandlung der Kriegsgefangenen-Frage und dergleichen eine ganz allmähliche Infiltration nicht einheimischer Elemente und Einflüsse in das Land vorzubereiten. Das muß sich aber entwickeln, wir sehen über diese Dinge noch verhältnismäßig sehr unklar. Jedenfalls könnte ich eine Fortsetzung des Krieges zu dem Zweck, der Ukraine freundschaftlichen bewaffneten Beistand zu leisten, im gegenwärtigen Stadium absolut nicht befürworten, denn ich bezweifle, wie gesagt, sehr, ob dieser freundliche Beistand für die Ukraine nicht ein Danaergeschenk wäre.

Der Herr General hat mit vollem Recht auf die Verseuchung durch bolschewistische Druckschriften hingewiesen. Ich glaube, daß auch eine vollkommen erfolgreich durchgeführte Kampagne im nördlichen Rußland in dieser Beziehung uns absolut nicht schützen würde. Rußland hat immer den Weg über das neutrale Skandinavien, und machen wir uns klar, meine Herren, diese ganze Verseuchung ist überhaupt nur deswegen gefährlich, weil diese Menschen bei uns doch eine ganze Anzahl Gesinnungsgenossen haben, welche ebenso bolschewistische Flugschriften herstellen lassen. Es werden in Berlin, wie jeder Kenner weiß, hunderttausende derartiger Flugschriften hergestellt und würden auch hergestellt, wenn wir in der Lage wären, den ganzen Bolschewiki-Pestherd mit einer gläsernen undurchdringlichen Mauer zu umgeben. Ich glaube im Gegenteil, daß wir bei der Stimmung, wie sie nun mal im Innern herrscht, einer solchen Ver-

suchung durch eine erneute aktive Kriegführung gegen Rußland durch den Agitationsboden, den diese Kriegführung unseren Linksozialisten geben würde, einer solchen Agitation mehr und gefährlicheren Vorschub leisten würden, als wenn wir den Weg einschlagen, der von der überwiegenden Majorität der Redner heute abend empfohlen worden ist. Insbesondere scheint mir aber, worauf auch Exzellenz v. Koerner richtig hingewiesen hat, daß die Beibehaltung des Kriegszustandes auf unserer Seite eine recht enge, ich will nicht sagen hermetische Abschließung gegen die Einwirkungen, welche über die Front kommen, gestattet, und ich glaube, daß auch in dieser Hinsicht der Schwebezustand, der im ersten Moment für unser Gefühl etwas Befremdliches hat, für unsere praktischen Maßnahmen nicht ungünstig ist. Erscheint uns, wenn wir die Truppen oder einen Teil der Truppen im Westen wieder entbehren können, oder aus irgendwelchen anderen Gründen eine Wiederaufnahme der Operationen gegen die Bolschewiki wünschenswert, so wird es meiner Ansicht nach dann das gegebene Verfahren sein, durch entsprechendes Vorgehen unsererseits, sei es in der Ukraine, sei es in Finnland, die Bolschewiki ihrerseits zu veranlassen, uns aufs neue den Krieg zu erklären. Wie wir gesehen haben, sind sie ja mit Kriegserklärungen an Rumänien⁴⁾, die Ukraine⁵⁾ usw. sehr schnell bei der Hand, wenn man ihre Interessen verletzt.

Ich möchte also, wenn ich die Sachlage, soweit es bei der Kürze der Zeit möglich ist, nach allen Seiten überblicke, mich dahin aussprechen, daß aus politischen Gründen, außerpolitischen und innerpolitischen, eine Beibehaltung des Zustandes, wie er heute abend skizziert worden ist, von allen möglichen Übeln relativ das kleinste ist.⁶⁾

⁴⁾ Am 15. 1. 1918 richtete der Rat der Volkskommissare wegen „feindlicher Handlungen der rumänischen Behörden gegen russische Soldaten“ ein auf 24 Stunden befristetes Ultimatum an die rumänische Regierung zwecks Abstellung der Beschwerden; 28. 1. 1918 Abbruch der sovetrussischen Beziehungen zu Rumänien unter gleichzeitiger Verfügung des Rates der Volkskommissare, die Kriegshandlungen gegen dieses Land zu eröffnen (vgl. Schultheß, 34. Jg. 1918, II, S. 407, 413).

⁵⁾ Am 18. 1. 1918 brach der sovetrussische Rat der Volkskommissare die Verhandlungen mit der ukrainischen Rada ab. „Am 29. verbreitet *Reuter* eine Erklärung des maximalistischen Volksbeauftragten für nationale Angelegenheiten, worin der ‚unbarmherzige Kampf‘ mit der Rada bis zum Siege der ukrainischen Sovets proklamiert wird“ (Schultheß, 34. Jg. 1918, II, S. 407 f.).

⁶⁾ Anders *Ludendorff*, der zugleich *Kühlmann* vorwirft, sich in seinen Ansichten gewandelt zu haben: „... Handeln wir, so stärken wir unsere Machtstellung der Entente gegenüber, festigen unsere Stellung in Litauen und Kurland, verbessern unsere militärische Lage durch Inbesitznahme von Dünaburg und von Teilen des Baltikums, vielleicht versetzen wir den Bolschewiki den Todesstoß, bessern damit unsere Verhältnisse im Innern und zu den besseren Schichten Rußlands und können starke Kräfte im Osten freimachen, unsere ganze militärische und sittliche Kraft zu dem großen Schlage einsetzen, den Seine Majestät jetzt im Westen befohlen hat. Ich hatte Herrn v. *Kühlmann* vor einigen Tagen gesprochen; er war der Ansicht, wir müssen sofort mit der Offensive im Osten beginnen; ich weiß nicht, was seinen Sinneswechsel herbeigeführt hat. Ich erkläre nochmals pflichtmäßig, daß ein Nichthandeln im Westen eine für mich militärisch nicht erträgliche Lage schafft, und ich bitte Euer Majestät alleruntertänigst, nachdem der Reichskanzler den Waffenstillstand als nicht mehr bestehend anerkannt hat und damit die Kriegführung wieder frei geworden ist, die Kriegführung nicht durch politische Fesseln beengen zu lassen, sondern sie wieder freizugeben, wie es zu Kriegsbeginn und vor Abschluß des Waffenstillstandes war . . .“; vgl. Urkunden der O.H.L. S. 472, Aufzeichnung für die Besprechung in Homburg am 13. Februar 1918.

Mit unbedeutenden Abweichungen wird dieser Standpunkt von allen Mitgliedern unserer Delegation und von sämtlichen Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Delegation einschließlich des *Grafen Czernin* geteilt. Nur General *Hoffmann* vertrat die Ansicht, man müsse sofort zur Kündigung des Waffenstillstandes schreiten und durch militärische Operationen die Bolschewiken zum Abschluß eines regulären Friedens zwingen. Schwierigkeiten sehe ich bei Vertretung unseres Standpunktes an Allerhöchster Stelle, vor allem wegen der estnischen bzw. livländischen Frage voraus. Ich sehe keinen möglichen Weg, um ohne Wiederaufnahme des Krieges bei der jetzt entstandenen Sachlage in diesen Provinzen zu intervenieren.

Meine Stellungnahme zur Wiederaufnahme des Krieges ergibt sich aus den obigen Darlegungen.

Euerer Exzellenz darf ich für die freundlichen Glückwünsche zum Abschluß des ukrainischen Friedens und für die Stellungnahme in der heute entschiedenen Frage meinen aufrichtigen und gehorsamen Dank aussprechen.

Kühlmann.

300.

10. 2. 1918: Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Kaiser Wilhelm II.

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Telegramm. Nr. 504. Hs. Konzept. Abgangsvermerk 10. 2. 1918. Überschrift: „Seiner Majestät.“

Staatssekretär *v. Kühlmann* meldet mir eben telephonisch aus Brest-Litowsk, *Trockij* habe in heutiger Nachmittags-Sitzung schriftlich mitgeteilt: „Rußland erklärt den Kriegszustand mit seinen vier Gegnern für beendet und erteile sofortigen Befehl zur Demobilisierung aller Truppen an allen Fronten, einen wirklichen Frieden könne die jetzige russische Regierung aber mit ihren Gegnern nicht schließen.“ Staatssekretär *v. Kühlmann* stellt Vorschläge über unser weiteres Verhalten in Aussicht und bittet, bevor diese vorliegen, keinen Befehl zur Kündigung des Waffenstillstandes und Abberufung der Kommission aus Petersburg¹⁾ zu erteilen. Ich darf meinerseits diese Bitte des Herrn Staatssekretärs alleruntertänigst unterstützen und bitte mir gnädigst gestatten zu wollen, nach Eingang des Berichtes des Herrn Staatssekretärs Euerer Majestät vortragen zu dürfen.

Alleruntertänigst
Graf v. Hertling.

¹⁾ Vgl. oben S. 201, Anm. 2.

301.

10. 2. 1918: Sitzung der Kommission für politische und territoriale Fragen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 365. Brest-Litowsk, 11. 2. 1918, angek. 11. 2. 1918, 7.15. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler.“ Stenogramm der Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Angelegenheiten von Sonntag, den 10. Februar 1918, nachmittags 5½ Uhr.

Die Sitzung wird um 5 Uhr 58 Min. durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann eröffnet.

Exzellenz v. Kühlmann: Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat den Antrag gestellt, drei Memoranden über nationale Fragen zu Protokoll übergeben zu dürfen. Ich stelle fest, daß diese Memoranden den Delegationen der verbündeten Mächte vollkommen unbekannt sind und daß sie ihre Stellungnahme zu denselben sich in weitestem Umfange vorbehalten müssen. Wenn aber der Herr Vorsitzende der russischen Delegation auf seinen Antrag, den er mit dem Bedürfnis der Zeitersparung und dem Umfang der betreffenden Memoranden begründet, besteht, so sind die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen übereingekommen, dagegen keinen formellen Protest einzulegen.

Ich möchte, bevor wir in die eigentliche Tagesordnung eintreten, einige Inzidenzpunkte vorher erledigen. Ich erteile das Wort dem Herrn General Hoffmann.

General Hoffmann: Ich habe folgendes zu erklären: Nach hier vorliegenden Nachrichten werden in Finnland nicht, wie mehrfach von seiten der russischen Regierung erklärt wurde, die russischen Truppen zurückgezogen, sondern im Gegenteil tatsächlich verstärkt. Derartige große Truppenverschiebungen entsprechen nicht dem Geist des hier geschlossenen Waffenstillstandes, ich muß deshalb gegen diese Truppenverschiebungen protestieren.

Herr Trockij: Soweit mir bekannt ist, ist seit der Zeit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages die Zahl der russischen Truppen in Finnland außerordentlich vermindert worden. Ich übernehme es, dies dem Herrn General Hoffmann zu beweisen. Ich bin zwar nicht genügend vertraut mit militärischen Gesichtspunkten, ich glaube aber doch, daß in Finnland unsere Truppen nicht deutschen Truppen gegenüberstehen.

Exzellenz v. Kühlmann: Ich habe einen weiteren Punkt auftragsgemäß zur Sprache zu bringen. Nach einer mir aus Petersburg zugegangenen Meldung hat das russische Oberkommando zur Verbreitung unter den deutschen Truppen einen Befehl veröffentlicht, in welchem die russischen Soldaten angewiesen werden, deutsche Truppen anzuleiten zum Vorgehen gegen ihre Feinde, Generale und Offiziere. Ich ersuche den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation um eine Erklärung, ob dieser Befehl zu seiner Kenntnis gekommen ist, und wie die russische Regierung sich zum Erlaß eines solchen Befehls durch das russische Oberkommando stellt.

Herr Trockij: Ich weiß absolut nichts von diesem Befehl, ich weiß gar nicht, ob ein solcher Befehl existiert, und kann natürlich meinen Standpunkt darüber nur klarstellen, wenn ich diesen Befehl kennengelernt habe. Andererseits habe ich in

den in russischer Sprache erscheinenden Zeitungen, welche durch die entsprechenden Behörden Deutschlands herausgegeben werden zur Verbreitung zwischen den Kriegsgefangenen und den Truppen an unserer Front, gerade heute Gelegenheit gehabt, eine sehr erbitterte Kampagne feststellen zu können gegen die in Rußland existierende Regierung, wobei dort alle diejenigen lügenhaften Meldungen verbreitet werden, die in der letzten Zeit die deutsche Presse erfüllten, z. B. über die Verhaftung unseres Oberbefehlshabers *Krylenko*, dann Nachrichten bezüglich dessen, daß die Mehrzahl der russischen Städte gegen die Regierung der Sovets sich erhoben hat und andere Nachrichten desselben Kalibers.

Exzellenz v. Kühlmann: Ich will nunmehr zu dem eigentlichen Gegenstande der heutigen Tagesordnung übergehen und möchte, soweit die verbündeten Delegationen in Frage kommen, an dem schon gestern mitgeteilten Leitsatze festhalten, daß wir angesichts des Ernstes der heutigen Beratung auf jede polemische Führung der Beratung von vornherein verzichten, sondern uns streng auf diejenigen Punkte beschränken, von denen eine wirkliche Förderung unserer Beratungen erwartet werden kann. Ich würde, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation einverstanden ist, den Herrn Vorsitzenden der gestern zur Prüfung der territorialen Fragen beschlossenen Subkommission bitten, uns über das Ergebnis der Beratungen der Subkommission, wie verabredet worden ist, Bericht zu erstatten.

Exzellenz Dr. Gratz: Das Subkomitee hat heute seine Beratungen geschlossen, ohne daß ein Einvernehmen erzielt worden wäre.

Exzellenz v. Kühlmann: Das Subkomitee ist gestern von uns auf Grund gemeinsamer Beratungen eingesetzt worden und sollte — dies, vermute ich, ist auch die Ansicht des Herrn Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten — die Frage in erster Linie vom Gesichtspunkte der technischen Ausführungen der dazu delegierten Mitglieder prüfen. Ich glaube nicht, daß es unsere Absicht gewesen ist, dieses technische Komitee mit einer endgültigen Entschließung in dieser Frage zu betrauen, und ich möchte daher an den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation die Frage richten, ob er uns noch irgendwelche Mitteilungen zu machen hat, welche zur befriedigenden Lösung der Frage beitragen könnten.

Herr Trockij: Die Aufgabe dieser Subkommission, wie wir sie verstanden haben, war es, uns eine Antwort auf die Frage zu geben, in welchem Maße die neue Grenze, welche von der Gegenpartei vorgeschlagen wird, geeignet ist, wenn auch nur in minimaler Weise das Recht der Selbstbestimmung des russischen Volkes zu sichern.

Wir haben den Bericht unserer Vertreter in dieser Kommission angehört, und wir sind der Ansicht, daß nach den langen Verhandlungen und der Betrachtung aller dieser Fragen von allen notwendigen Gesichtspunkten aus die Entscheidungsstunde gekommen ist. Die Völker erwarten mit Ungeduld das Ergebnis der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die Völker fragen sich: Wird diese beispiellose Selbstvernichtung der Menschheit ein Ende haben, welche durch den Machtwillen und die Habsucht der herrschenden Klassen aller Länder hervorgerufen ist? Dieser Krieg hat schon längst aufgehört, ein Verteidigungskrieg für beide Parteien zu sein, wenn er dies jemals gewesen ist. Wenn England sich der

afrikanischen Kolonien, Bagdads und Jerusalems bemächtigt, so ist das kein Verteidigungskrieg, und wenn Deutschland Belgien, Serbien, Rumänien, Polen und Litauen besetzt und die Inseln im Moonsund in seine Hand nimmt, so ist das kein Verteidigungskrieg. Das ist ein Kampf um die Teilung der Welt — das ist jetzt klarer, als es jemals gewesen ist; und an diesem rein imperialistischen Kriege, wo die Wünsche der besitzenden Klassen bestimmt und ganz offen mit dem Blute der Völker bezahlt werden, wollen wir keinen Teil mehr haben. Unser Verhältnis zu den imperialistischen Regierungen beider Parteien ist dasselbe, und wir sind nicht mehr gewillt, das Blut unserer Soldaten zu vergießen für die Interessen der einen Partei gegen die andere.

In Erwartung der, wie wir hoffen, baldigen Stunde, wo die unterdrückten Völker aller Länder ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen werden, wie es das arbeitende Volk Rußlands gemacht hat, führen wir unser Heer und unser Volk aus dem Kriege heraus. Unser ackerbautreibender Soldat muß auf sein Land zurückkehren, um schon in diesem Frühjahr friedlich sein Land zu bestellen, das die Revolution aus den Händen der Gutsbesitzer in die der Bauern gegeben hat. Unser arbeitender Soldat muß wieder in die Werkstatt zurückkehren, um dort nicht die Waffen der Vernichtung, sondern die Waffen des Schaffens herzustellen und zusammen mit dem Ackerbauer die neue sozialistische Wirtschaft aufzubauen.

Wir gehen aus dem Kriege heraus, wir benachrichtigen davon alle Völker und ihre Regierungen, wir geben den Befehl zur vollständigen Demobilisierung aller Armeen, die jetzt den Armeen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei gegenüberstehen. Wir erwarten und glauben fest daran, daß die anderen Völker bald unserem Beispiel folgen werden. Gleichzeitig erklären wir, daß die Bedingungen, die uns von den Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns vorgeschlagen worden sind, von Grund aus den Interessen aller Völker widersprechen.

Diese Bedingungen werden von den arbeitenden Massen aller Länder abgelehnt, darunter auch von denen Österreich-Ungarns und Deutschlands. Die Völker Polens, der Ukraine, Estlands, Kurlands und Litauens sehen diese Bedingungen als eine Vergewaltigung ihrer Wünsche an. Gegenüber dem russischen Volke bedeuten diese Bedingungen eine dauernde Bedrohung. Die Volksmassen der ganzen Welt, die von politischem Gefühl oder moralischem Instinkt geleitet werden, lehnen diese Bedingungen ab in der Erwartung des Tages, wo die Arbeitermassen aller Länder ihre eigenen Normen aufstellen werden für das friedliche Zusammenleben und das freundschaftliche Zusammenarbeiten aller Völker.

Wir lehnen es ab, diejenigen Bedingungen zu sanktionieren, welche der deutsche und der österreichisch-ungarische Imperialismus mit dem Schwerte auf dem Leben der lebendigen Völker aufschreibt. Unter diese Bedingungen können wir nicht die Unterschrift der russischen Revolution setzen; unter diese Bedingungen, welche das Unglück, die Unterdrückung und das Elend in die Millionen menschlicher Existenzen tragen. Die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns wollen Länder und Völker beherrschen auf Grund der militärischen Eroberungen. Mögen sie ihre Sache offen führen. Wir können nicht die Gewalt sanktionieren. Wir gehen aus dem Kriege heraus, sehen uns aber genötigt, auf die Unterzeichnung eines Friedens-Vertrages zu verzichten.

Im Zusammenhang mit dieser Erklärung übergebe ich den verbündeten Delegationen folgende geschriebene und unterschriebene Erklärung:

Im Namen des Rates der Volks-Kommissare der Regierung der russischen Republik bringen wir den Regierungen und den Völkern der mit uns Krieg führenden verbündeten und der anderen Länder zur Kenntnis, daß, indem wir auf die Unterzeichnung eines annexionistischen Vertrages verzichten, Rußland seinerseits den Kriegszustand mit Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei für beendet erklärt. Gleichzeitig wird den russischen Armeen der Befehl der Demobilisierung an allen Fronten übergeben.¹⁾

¹⁾ Vgl. hierzu auch den Bericht des österreichischen Gesandten *Baron Wiesner* aus Brest-Litowsk v. 11. 2. 1918 (Außenministerium Wien f. Herrn v. *Praznovszky*): „Den Kernpunkt der in Brest mit der russischen Delegation verhandelten Fragen bildete die Räumungsfrage im Zusammenhang mit der Entschliebung der einzelnen früher russischen Völker über ihre staatliche Zukunft. Beide Teile waren einig darüber, daß diesen Völkern das Recht einzuräumen sei, ihre staatliche Zukunft selbst zu bestimmen. Der Streit ging nur um die Form, wie dieser Entschluß zustandezukommen habe. Hierbei nahmen die Zentralmächte einen durchaus demokratischen und freiheitlichen Standpunkt ein, nämlich die Entscheidung auf breiter Grundlage ergänzten Vertretungskörpern dieser Länder zu überweisen, während *Trockij* ein schrankenloses, in keiner Weise definiertes Plebiszit verlangte, das nach erfolgter Räumung stattfinden sollte, das demnach nicht nur unter dem bekannten bolschewistischen Terror, sondern auch nach unkontrollierbarem Zuzug aller möglicher landfremder Elemente stattgefunden hätte. Der Standpunkt der Mittelmächte in dieser Frage war jener der modernen Demokratie, der *Trockijs* jener der terroristischen Revolution. Ohne nun die Verhandlungen über diesen eigentlichen Kernpunkt der Streitfrage fortzuführen, hat *Trockij* das Streitthema auf das territoriale Gebiet hinübergespielt, das in diesem Meinungskampfe eine nebensächliche Bedeutung hatte, wenn er nicht, wie jetzt allerdings feststeht, Zentralist wäre und die Absicht hätte, Großrußland zusammenzuhalten und als bolschewistischen Einheitsstaat von Petersburg aus zu regieren. Nach seinen ursprünglichen Erklärungen hätte ja die Territorialfrage eigentlich keine erste Bedeutung gehabt, da er auch nicht besetzte Gebiete freigeben und ihnen das Selbstbestimmungsrecht einräumen wollte. Jetzt hat er, ohne dieses Widerspruchs zu achten, die territoriale Frage zur Hauptfrage gestempelt. Er wird nun zweifellos versuchen, der Welt klarzumachen, daß ein Friedensvertrag an unseren territorialen Forderungen gescheitert sei. Aber auch das kann ihm nicht gelingen, denn er hat sich in einem Zeitpunkte von den Friedensverhandlungen zurückgezogen, in welchem das Thema der Grenze, bis zu welcher geräumt werden sollte, keineswegs endgültig durchgesprochen und erschöpft war. Daß wir an den bekanntgegebenen Linien festhalten und etwaige russische Wünsche zur strategischen Sicherung Rußlands nicht berücksichtigen würden, kann er nicht sagen. So stellt sich denn sein Vorgehen als eine vorzeitige Flucht vor den Verhandlungen über die prinzipiellen Abstimmungs- und Räumungsfragen und über die in zweiter Linie stehende und jetzt von ihm in den Vordergrund gestellte Grenzlinienfrage dar. Daß seine Flucht jetzt so plötzlich und unvermittelt kam, ist eine Frucht unserer klaren und wohl-durchdachten Politik in der ukrainischen Frage. Durch die Anerkennung der Ukraine als selbständigen Staat und durch den Friedensschluß mit ihr haben wir dem bolschewistischen Zentralismus das Rückgrat gebrochen. *Trockij* mußte sich nun aus wesentlich parteipolitischen Gründen irgendwie und rasch entschließen. Ein Friedensschluß auf der von uns vorgeschlagenen vernünftigen Linie, welche unter Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Ukraine, Polens und der übrigen bereits selbständig gewordenen Völker Rußlands erfolgt wäre, dürfte ihm als totaler Rückzug unmöglich erschienen sein: ein glatter Abbruch der Verhandlungen hätte zum Wiederausbruche der Feindseligkeiten geführt, welche den Bolschewismus gleichfalls sofort hinweggefegt hätten. So hat er aus parteipolitischen Gründen den mittleren Weg gewählt, der weder den Krieg noch den Frieden bedeutet. Durch die Erklärung, den Krieg seinerseits für beendet anzusehen, und durch die angebliche Demobilisierungsorder (deren Durchführung abzuwarten sein wird) will *Trockij* den Schein erwecken, als ob er, vergewaltigt, einen ehrenvollen Frieden nicht erlangen könne und sich, da er den Krieg

Exzellenz v. **Kühlmann**: Es ist für die verbündeten Delegationen ohne vorhergehende Beratung nicht möglich, zu der bedeutungsvollen Erklärung des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation Stellung zu nehmen. Ich möchte aber, damit wir für unsere Beratungen über die Absichten der Regierung der russischen Volkskommissare ein klares Bild gewinnen, an den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation einige Fragen richten, welche über die Absichten der russischen Regierung weiteres Licht zu verbreiten geeignet scheinen.

Soweit ich bei dem einfachen Vorlesen die Erklärung des Herrn Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten verstanden habe, ist der wesentliche Inhalt seiner Mitteilung der, daß die russische Regierung beabsichtigt, sofort einen Befehl zur vollständigen Demobilisierung der russischen Armee auszufertigen, daß sie es aber andererseits ablehnt, irgendwelche vertragsmäßige Verabredung mit den gegenwärtigen Gegnern zu treffen.

Wenn ich unseren gegenwärtigen Zustand analysiere, so stehen wir zunächst, die beiden hier verbündeten Staaten und die hier nicht vertretenen Bundesgenossen, mit der russischen Regierung im Kriege. Die aktiven Operationen des immer noch weiter bestehenden Kriegszustandes sind durch den augenblicklich noch in Kraft befindlichen Waffenstillstands-Vertrag eingestellt, würden aber beim Wegfall des Waffenstillstands-Vertrages automatisch wiederaufleben, so daß der Kriegszustand wieder eingetreten wäre. Soweit mich mein Gedächtnis nicht trügt, bezeichnet der abgeschlossene Waffenstillstand den Abschluß des Friedens zwischen den beiden Teilen als den eigentlichen Zweck seines Daseins. Würde also mangels Abschluß eines Friedens der eigentliche Daseinszweck des Waffenstillstandsvertrages verschwinden, so würde nach Ablauf der vorgesehenen Frist der Kriegszustand als solcher wieder zwischen beiden Völkern in Kraft treten. Die Tatsache, daß die eine von beiden Parteien ihre Armeen demobilisiert, würde weder tatsächlich noch rechtlich an diesem Kriegszustande irgend etwas ändern. Wenn ich auch, ohne auf irgendwelche Feinheiten oder Spitzfindigkeiten mich einlassen zu wollen, den Unterschied zwischen dem Friedenszustand und dem Kriegszustand zusammenfassend charakterisieren soll, so würde ich als die wesentlichen Kennzeichen des Friedenszustandes erklären das Bestehen internationaler Beziehungen, wie das unter Staaten üblich ist, das Bestehen von Rechtsbeziehungen und das Bestehen von Handelsbeziehungen. Ich will mich, wie gesagt, auf das Allerwesentlichste beschränken. Ich würde also den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation um eine Meinungsäußerung darüber bitten, ob die russische Regierung beabsichtigt, erstens zu erklären, daß der Kriegszustand zwischen beiden Völkern ein Ende erreicht hat, zweitens, wo nach der Außenwelt hin die Grenzen des Reiches laufen — denn dies ist für die Wiederaufnahme der diplomatischen, konsularischen, Rechts- und Handelsbeziehungen

nicht weiterzuführen vermöge, auf Gnade und Ungnade erbe. Dies könnte er in Wahrheit nur dann behaupten, wenn wir in der Grenzfrage ultimatim aufgetreten und in der Abstimmungsfrage jede Ingerenz der breiten Massen der Bevölkerung abgelehnt hätten, das heißt, wenn der Abbruch der Verhandlungen von uns ausgegangen und verschuldet wäre“. HHStA, P.A. Brester Kanzlei.

eine notwendige Voraussetzung, endlich, ob die Regierung der Volkskommissare gewillt ist, die rechtlichen und Handelsbeziehungen genau in demselben Umfange wieder aufzunehmen, wie sich dies aus dem Aufhören des Kriegszustandes und dem Eintreten des Friedenszustandes natürlich ergeben würde.

Dies sind die Fragen, welche ich dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation vorzulegen beabsichtigte, weil die Beantwortung dieser Fragen für unsere Beurteilung des Problems, ob wir mit Rußland im Kriege oder Frieden leben, wesentlich ist.

Herr Trockij: Ich kann nicht viel zu dem hinzufügen, was ich in dieser Erklärung gesagt habe. Die russische Regierung sagt in dieser schriftlichen Erklärung, daß sie ihrerseits den Kriegszustand für beendet erklärt, und daß zur Durchführung dieses Beschlusses die russische Regierung den Befehl zur Demobilisierung aller Armeen an sämtlichen jetzigen Fronten erteilt. Was die praktischen Schwierigkeiten betrifft, die sich aus der jetzt entstandenen Lage ergeben, so kann ich keinerlei juristische Formel für sie vorschlagen; denn dieses Fehlen der notwendigen juristischen Formel wird nicht durch zufällige Mißverständnisse begründet, sondern ergibt sich, wie der ganze Gang der Friedensverhandlungen gezeigt hat, daraus, daß in Anbetracht des großen Unterschiedes zwischen den Ausgangspunkten wir keine Formel haben finden können, welche die Beziehungen zwischen unserem Lande und den Mittelmächten charakterisieren könnte. Wenn ich den Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation richtig verstanden habe, so hat er gewissermaßen sagen wollen, als würde er wenigstens in der Theorie die Möglichkeit zulassen, daß das Suchen nach einer Formel für die tatsächliche Lage zwischen uns auch weiter noch mit Unterstützung von Geschützen und Gewehren stattfinden kann. Ich glaube das nicht. Wie sehr auch in diesem Kriege der Begriff des Verteidigungskrieges gemißbraucht worden ist, welche Gewalt auch dem Gedanken der Verteidigung des Vaterlandes angetan worden ist, kein einziger ehrlicher Mensch in der ganzen Welt wird sagen können, daß die Fortsetzung von Kriegshandlungen seitens Deutschlands und Österreich-Ungarns unter diesen Bedingungen als Verteidigung ihres Vaterlandes anzusehen wäre. Ich glaube fest daran, daß das deutsche Volk und die Völker Österreich-Ungarns dies nicht zulassen werden, und wenn diese grundlegende Tatsache geschaffen und bekräftigt wird, so werden die praktischen Schwierigkeiten auf diesem oder jenem Wege gelöst werden. Das Dokument, welches wir übergeben haben, läßt keinerlei Zweifel über unsere Absichten in dieser Beziehung zu. Wir erklären unsererseits den Kriegszustand für beendet, und wir lassen unsere Soldaten zur friedlichen Arbeit zurückkehren.²⁾

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Argumente *Trockijs* in seinen Aufzeichnungen über *Lenin* (*Trockij, Lenin*, S. 84 f.): „Der Beschluß, den Frieden nicht zu unterzeichnen, entsprang keineswegs, wie man jetzt bisweilen schreibt, der abstrakten Erwägung, daß eine Verständigung zwischen uns und den Imperialisten grundsätzlich unmöglich wäre. Es genügt, in der Broschüre des Genossen *Ovsjannikov* über die Frage nachzulesen, um zu der Überzeugung zu gelangen, daß die Anhänger der sondierenden Formel weder Krieg noch Frieden die Frage, ob wir als revolutionäre Partei berechtigt seien, unter gewissen Verhältnissen einen Schmachfrieden zu unterzeichnen, in bejahendem Sinne beantwortet hätten. Wir haben in der Tat gesagt: Wenn es auch nur fünfundzwanzig Chancen gegen hundert gibt, daß der Hohenzoller nicht wagen oder nicht imstande sein würde, mit uns Krieg zu führen, dann

Exzellenz v. Kühlmann: Ich nehme von den Darlegungen des Herrn Vorsitzenden Kenntnis und glaube, daß es zweckmäßig sein wird, die neugeschaffene Sachlage vor weiteren Entschließungen zum Gegenstande der Beratung unter den Bundesgenossen zu machen.

Da die Arbeiten der Spezialkommission, welche wir gebildet haben und welcher unsere Sitzungen galten, durch die heutige Sitzung als beendet angesehen werden können, würde ich vorschlagen, morgen eine allgemeine Sitzung einzuberufen, um die Stellungnahme der Bundesgenossen zu den heutigen Mitteilungen der russischen Delegation bekanntzugeben.

Herr Trockij: Was uns betrifft, so haben wir jetzt alle Vollmachten erschöpft, die wir bisher hatten und aus Petrograd haben erhalten können. Wir halten es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle Mitteilungen, welche die verbündeten Delegationen uns machen werden, werden wir im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und darauf die entsprechende Antwort erteilen.

Exzellenz v. Kühlmann: Ich wollte dann den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation noch fragen, auf welchem Wege dieser Gedankenaustausch erfolgen soll.

Herr Trockij: Wir haben von hier aus eine direkte Drahtverbindung mit Petersburg gehabt, vor der Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen haben wir uns durch Funksprüche verständigt, und außerdem sitzen jetzt in Petersburg Vertretungen der vier verbündeten Mächte, die mit ihren Regierungen verkehren können. Auf diesem Wege können wir zu einer Vereinbarung gelangen, auf welchem technischen Wege wir eine Antwort auf diejenigen praktischen Fragen, die an uns gerichtet werden, werden erteilen können.

Exzellenz v. Kühlmann: Ich nehme von der Antwort Kenntnis und schließe die heutige Sitzung der Kommissionsverhandlungen, indem ich weitere Beschlüßfassungen und Mitteilungen vorbehalte.³⁾

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 50 Minuten.)

Kühlmann.

muß dieser Versuch, trotz des Risikos, unternommen werden.“ — S. auch ebenda S. 79 ff. Weitere Überlegungen *Trockijs* zur Frage des Abbruchs der Friedensverhandlungen vgl. *Trockij*, Mein Leben, S. 364 ff., Der Frieden. — Eine neuere, ablehnende Bewertung des Verhaltens *Trockijs* von sowjetischer Seite in der Geschichte der K.P., S. 341 f.: „... Am 28. Januar wies *W. I. Lenin* in einem speziellen Telegramm, das auch von *J. W. Stalin* unterzeichnet war, nochmals auf die Notwendigkeit hin, den Friedensvertrag abzuschließen. *Trockij* setzte sich jedoch über die Direktive des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare hinweg. Entgegen der nachdrücklichen Forderung *W. I. Lenins* erklärte er am 28. Januar (am 10. Februar neuen Stils) den deutschen Vertretern, daß es die Sovetregierung ablehne, den Friedensvertrag zu den von Deutschland gestellten Bedingungen zu unterzeichnen. Zugleich gab *Trockij* die Erklärung ab, daß das Sovetland die Kriegshandlungen gegen Deutschland einstelle und seine Armee demobilisiere. Das war ein verräterischer Schritt, der für die Sovetrepublik verhängnisvolle Folgen haben sollte.“

³⁾ Vgl. unten Nr. 303, 313.

302.

11. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Telegramm. Nr. 367. Abgeg. Brest-Litowsk, 11. 2. 1918, 6. 10. vorm., angek. 11. 2. 1918, 6.35 vorm.

In der Sitzung vom 9. Februar¹⁾ hatte bekanntlich die deutsch-österreichisch-russische Kommission für politische und territoriale Fragen die Einsetzung einer Unterkommission beschlossen, die eine Einigung über die künftige Westgrenze Rußlands versuchen und heute abend der Kommission Bericht erstatten sollte. Die Unterkommission hielt im Laufe des Tages zwei Sitzungen ab, wo die Russen ihre Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Grenzführung vortrugen, so dann wir unsere Gegengründe geltend machten und schließlich festgestellt wurde, daß eine Einigung nicht erzielt worden sei.

In der Nachmittagsitzung der Unterkommission schilderte der deutsche Vertreter, Gesandter *v. Rosenberg*, in meinem Auftrage die steigende Sorge, Beunruhigung und Entrüstung, die in Deutschland durch die fortgesetzt einlaufenden Meldungen von Gewalttaten schlimmster Art gegen die Bevölkerung Livlands und Estlands, insbesondere gegen die dort lebenden deutschen Stammesgenossen hervorgerufen würden. Er stellte die Forderung, daß die russische Regierung vor Friedensschluß ohne Verzug Livland und Estland räumen und alles tun solle, um die Bevölkerung jener Gebiete, namentlich unsere deutschen Stammesgenossen, vor Schaden an Leben, Gesundheit und Eigentum zu bewahren.

Der russische Vertreter erwiderte, seine Regierung werde nach ihren wiederholt dargelegten Grundsätzen der Ausübung des freien Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung Livlands und Estlands keinerlei Hindernisse in den Weg legen. Er bezweifle, daß diese Bevölkerung sich für die Lostrennung von Rußland und den Anschluß an Deutschland entscheiden werde. Zu den Schandtaten der russischen Truppen könne er sich erst äußern, wenn ihm das von uns vorliegende Material mitgeteilt würde.

Kühlmann.

¹⁾ Vgl. Nr. 290.

VI.

Die Kündigung des Waffenstillstandes und der deutsche Vormarsch gegen Rußland (11. 2. 1918—28. 2. 1918)

303.

11. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Brest-Litowsk) an Reichskanzler Graf v. Hertling

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Telegramm. Nr. 33. Vermerk: „Persönlich!“

Wie ich gehört habe, steht auch die O.H.L. auf dem gestern von General *Hoffmann* verfochtenen Standpunkte, daß der Waffenstillstand zu kündigen und der Krieg mit den Bolschewiken wieder aufzunehmen sei. Mit welcher Energie dieser Standpunkt zur Geltung gebracht wird, läßt sich z. Z. nicht übersehen. Die Anschauungen des Offizierkorps sind nach den geführten Gesprächen über die Zweckmäßigkeit weiteren kriegerischen Vorgehens anscheinend sehr geteilt.

Das Hauptargument für die kriegerischen Thesen ist: Es müßten klare Verhältnisse geschaffen werden. Dies widerlegt sich von selbst; denn gegenüber einem in gärender Zersetzung begriffenen Rußland vermöchte auch die Unterschrift *Trockijs*, wenn sie sich mit dem Säbel erzwingen ließe, wirklich klare Verhältnisse nicht zu schaffen.

Der zweite Beweggrund ist militärisch und lautet: Die Oberste Heeresleitung müsse imstande sein, alles an Kraft nach dem Westen abzuziehen, was sie für die Offensive brauche.¹⁾ Dieses Argument ist erst recht nicht stichhaltig; denn es leuchtet auch dem Laien ein, daß es bei Fortdauer des jetzigen Zustandes, bei dem alte und im Westen kaum noch brauchbare Truppen hier die Grenzsicherung übernehmen können, viel mehr nach dem Westen abtransportiert werden kann, als wenn hier ein neuer Feldzug durchgeführt wird, dessen Dauer und Verbrauch an Menschen und Material auch der gewiegteste Feldherr nicht mit Sicherheit voraussagen kann.

Wie schon gestern angedeutet, wird das Hauptargument für die Fortsetzung des Krieges auf rein politischem Gebiet gesucht werden mit dem Beweggrund, es müsse Estland und Livland geholfen werden. Dieses Argument appelliert sehr stark an die ritterliche Gesinnung Seiner Majestät. Durch verwandschaftliche Beziehungen verstärkt, sind kräftige Sympathien für diese bedauernswerten Provinzen sowohl in der unmittelbaren Umgebung Seiner Majestät als auch in der Obersten Heeresleitung wirksam. Ein anderes Mittel als das, den Krieg zu erneuern und diese Provinzen zu protegieren, gibt es nicht, will man ihnen helfen. Dabei ist noch zu bedenken, daß in diesem Kriege der nach Absicht der Bolschewiken als revolutionärer Guerillakrieg geführt würde, eine weitere weitgehende Verwüstung der betreffenden Länder sich nicht vermeiden ließe, und die russische Revolution läßt klar erkennen, wessen Interessen für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, und würde wahrscheinlich, bevor unsere Truppen zur Stelle sein können, gegen das deutsch-baltische Element einen schonungslosen Vernichtungskrieg führen.

Sobald Euer Exzellenz über die einzuschlagende Politik endgültige Beschlüsse gefaßt haben, wäre ich dankbar, wenn die Presse sofort mit den nötigen Weisungen versehen werden könnte. Ein Teil der Presse wird voraussichtlich Fort-

¹⁾ So Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 436 ff.

setzung des Krieges mit Rußland befürworten. Ich glaube aber nicht, daß diese Thesis in auch nur einigermaßen weiteren Kreisen Anklang finden wird. — . . .²⁾ wäre es wichtig, nach getroffener Entscheidung die Presse möglichst bald entsprechend anzuleiten. Das Bedürfnis nach Direktiven wird bei der Neuartigkeit der Lage voraussichtlich besonders stark sein.

Kühlmann.

¹⁾ So im Or.

304.

11. 2. 1918: Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Kaiser Wilhelm II.

Der Weltkrieg Nr. 2 f. Nr. 1, Bd. 10. Telegramm. Abschrift. Vermerk: „Durch Fernschreiber des Auswärtigen Amtes.“ Überschrift: „An Seine Majestät den Kaiser und König.“ Abgangsvermerk: 11. 2. 1918.¹⁾

Nach meiner Auffassung liegt in der Erklärung von *Trockij* und in dem Abbruch der Verhandlungen durch ihn unzweifelhaft eine tatsächliche Kündigung des Waffenstillstandes. Wir brauchen daher unsererseits den Waffenstillstand nicht zu kündigen, sondern können uns mit der Veröffentlichung folgender Erklärung begnügen:

Wir stellen fest, daß *Trockij* durch seine Erklärung vom 10. d. M.²⁾ und den Abbruch der Verhandlungen sowie durch seine Weigerung, weitere Erklärungen der Mittelmächte entgegenzunehmen, den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung wäre somit als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Wir behalten uns demgemäß unsererseits nach Ablauf der Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vor.

Hiernach bleiben unsere weiteren Beschlüsse vorbehalten, worüber ich Euer Majestät baldigst Vortrag halten zu dürfen bitte.

Alleruntertänigst
Graf v. Hertling.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 397.

²⁾ Vgl. Nr. 301.

305.

11. 2. 1918: Legationssekretär Frhr. v. Berckheim (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Telegramm. Nr. 258. Abgeg. Großes Hauptquartier, 11. 2. 1918, 1.00 nachm., angek. 11. 2. 1918, 2.21 nachm. Vermerk: „Dringend!“

General *Hoffmann* drahtete soeben an O.H.L.:

„*Trockij* mit 3 Mitgliedern heute früh nach Petersburg abgereist. Gros der russischen Delegation wird hier festgehalten, bis Allerhöchste Entscheidung über unsere Petersburger Kommission getroffen. Im Falle deren Rückberufung ist Austausch an der Grenze beabsichtigt.“

Berckheim.

306.

11. 2. 1918: Deklaration der Vertreter des lettischen Volkes¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Überschrift: „Deklaration der Vertreter des lettischen Volkes.“²⁾

Wir, die bevollmächtigten Vertreter des lettischen Volkes und überhaupt des ganzen Gebietes Lettlands, das von deutschen Truppen nicht besetzt ist, erheben hiermit kategorischen Protest gegen die Erklärung der österreichisch-deutschen Friedensdelegation bezüglich des Wunsches der Bevölkerung Kurlands und der Stadt Riga, von Rußland abgetrennt zu werden.

Alle Parteien lettischer Nationalität ohne Ausnahme verlangen einmütig die Einheit des lettischen Volkes und sprechen sich gegen seine Teilung aus.

Der Hauptteil der 2 Millionen lettischer Bevölkerung lebt in Livland mit der Hauptstadt Riga. Ferner wohnten vor dem Kriege etwa 500 000 Letten in Kurland, von denen nach Abzug der Flüchtlinge und der zum Kriegsdienst Einberufenen höchstens 200 000 an Ort und Stelle verblieben sind. Schließlich werden 3 Kreise des Gouvernements Witebsk von etwa 400 000 Letten bewohnt. Die Selbstbestimmung des lettischen Volkes muß aufgefaßt werden als der gemeinsame Wille dieser Teile mit Einschluß der ganzen Bevölkerung, welche freiwillig oder zwangsweise infolge der Umstände der Kriegszeit ihr Vaterland verlassen haben.

Herr Staatssekretär *v. Kühlmann* hat in der Sitzung am 12. Januar d. J. erklärt: „Die Völker, die an den Grenzen des früheren russischen Reiches leben, haben bereits in einer für uns maßgebenden Form ihren Willen geäußert, Nationen zu bilden.“ Und Herr General *Hoffmann* hat dies mit den Worten formuliert: „Die Völker der von uns besetzten Gebiete haben klar und unzweideutig ihren Wunsch geäußert, von Rußland abgetrennt zu werden.“

Darauf müssen wir antworten, daß unter den lettischen Parteien es keine einzige gibt, welche in ihrem Programm als Ziel die Selbstständigkeit Lettlands oder seiner Abtrennung von Rußland aufgestellt hätte. Jedenfalls hat das lettische Volk bis jetzt noch nicht „sich selbst bestimmt“.

Herr General *Hoffmann* hat als Bestätigung der Willensäußerung des lettischen Volkes bezüglich seiner Selbstbestimmung die Bitte um Schutz angeführt, die an Deutschland gerichtet wurde und vom kurländischen Landtag, „der sich als Vertreter der ganzen Bevölkerung Kurlands bezeichnete“, zum Ausdruck gebracht wurde, und eine ebensolche Bitte um Schutz seitens der Stadtvertretung der Stadt Riga, der Rigaer Kaufmannschaft, der Großen Gilde³⁾, der ländlichen

¹⁾ Abdruck des Dokuments mit geringen stilistischen Abweichungen und ungenauer Datierung in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 284 f.

²⁾ Lt. Aktenvermerk von *Trockij* übergeben; liegt auch in russischer Sprache vor; vgl. Nr. 292, Anm. 1.

³⁾ Große oder St.Marien-Gilde: Gilde der in Riga ansässigen Fernhandelskaufleute; ihre Mitglieder waren erbliche Ehrenbürger der Stadt Riga.

Bevölkerung und von 70 Vereinen, ferner seitens der Ritterschaft und der Landgemeinden der Inseln Oesel, Dagö und Moon als von Teilen des estnischen Volkes.

Wir müssen konstatieren, daß in Riga und auf den Inseln Oesel usw. während ihrer Besetzung durch die deutschen Truppen auf Grund der Gesetze vom Jahre 1917 eine neue demokratische Selbstverwaltung bestand auf Grund der gesetzlichen Wahlen, an denen tatsächlich auch die dortige deutsche Bevölkerung teilnahm. Nach einer grundlegenden Bestimmung des internationalen Rechts konnten diese Gesetze bezüglich der Selbstverwaltung während des Krieges nicht abgeändert werden. Aber statt die neue Stadtvertretung der Stadt Riga zu befragen, haben die deutschen Militärbehörden die alte, abgesetzte und ungesetzliche Selbstverwaltung wieder eingesetzt. In der Stadt selbst war weniger als die Hälfte der normalen Einwohnerzahl zurückgeblieben. Die Presse ist unterdrückt, und eine Versammlungsfreiheit besteht nicht. Unter solchen Bedingungen der militärischen Besetzung kann natürlich von einer freien Willensäußerung nicht die Rede sein, ganz abgesehen davon, daß eine Bitte um Schutz nicht mit einem Entschluß bezüglich der Selbstbestimmung identifiziert werden kann. Die während der Okkupation und nicht auf der Grundlage demokratischer Wahlen gebildete Berufsvertretung des besetzten Teiles und nicht ganz Kurlands, die „sich selbst als Vertretung der ganzen Bevölkerung bezeichnet“, bringt in Wahrheit nicht die Ansichten der ganzen lettischen Bevölkerung Kurlands und der Stadt Riga zum Ausdruck.

Bei den städtischen Wahlen erhielt die sozialdemokratische Partei Lettlands die größte Anzahl von Stimmen (49 Sitze von 120). Bei den allgemeinen Wahlen zum Semstworat Livlands im August 1917 vereinigte sie zwei Drittel, bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung sogar 80% aller Stimmen auf sich. Schließlich bringen die lettischen Flüchtlinge aus Kurland ihren Willen durch die Vermittlung ihrer Moskauer Organisation zum Ausdruck, daher können wir im Namen der ganzen Bevölkerung Lettlands sprechen. Was die deutsche Bevölkerung anbetrifft, so hat sie bei den demokratischen Wahlen in der Stadt Riga nur ein Sechstel aller Stimmen erhalten und bildet in ganz Lettland nicht mehr als 7% der gesamten Bevölkerung.

Und so erklären wir im Namen der ungeheuren Mehrheit der lettischen Bevölkerung:

- 1) Wir verlangen die unbedingte Einheitlichkeit und die ungetrennte Existenz der lettischen Nationalität und
- 2) wir protestieren in der aller kategorischsten Form gegen die Behauptung der österreichisch-deutschen Delegation, daß die Bevölkerung Lettlands oder eines Teiles desselben (Kurland und Riga) angeblich den Wunsch geäußert hat, von Rußland abgetrennt zu werden. Wir verlangen, daß sowohl die deutschen wie die russischen Truppen aus Lettland weggeführt werden, um danach der gesamten Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich frei selbst zu bestimmen, wobei wir finden, daß die Vertreter Deutschlands und Österreich-Ungarns nichts gegen einen derartigen Versuch einwenden können, wenn

sie tatsächlich glauben, daß die Mehrheit der Bevölkerung wünscht, von Rußland abgetrennt zu werden oder sogar dem Deutschen Reiche beizutreten.

Die russische Regierung hat sich bereit erklärt, die Forderung der unverzüglichen Fortführung der Truppen zu erfüllen, und dasselbe verlangen wir von Deutschland.

Das ist die Forderung des lettischen Proletariats und von 80% der gesamten Bevölkerung ganz Lettlands; was die Zweifel der deutsch-österreichischen Delegation bezüglich der vorgeschlagenen Frage der Selbstbestimmung wegen der Abstimmung der analphabetischen Massen der Bevölkerung anbetrifft, so können wir darauf nur eins antworten:

Unter der lettischen Bevölkerung gibt es keine Analphabeten. Auf Grund der obigen Ausführungen schließen wir uns vollständig der Deklaration der Delegation des Rates der Volkskommissare der russischen Republik an.

Im Namen des Zentralkomitees der Sozialdemokratie Lettlands.

*P. Stučka.*⁴⁾

Im Namen des Rates der Arbeiter, Landlosen- und Soldaten-Deputierten Lettlands: der Vorsitzende des „Iskolat“ *Fr. Rosin.*

Im Namen der Moskauer Organisation der kurländischen Flüchtlinge *P. Dauge.*

Im Namen der vereinigten lettischen Schützenregimenter (Iskolastrel)

K. Peterson.

⁴⁾ *P. I. Stučka*, den Bolschewiki ergebener lettischer Revolutionär; vgl. Geschichte der K.P. S. 333. — Über die bolschewistische Revolution in Lettland vgl. in diesem Zusammenhang *Istorija Akademija Nauk, Istorija Latvijskoi SSR*, S. 383 ff.; *Sovetskaja Latvija v period inostranoj voennoj intervencii i grazdanskoi vojny.*

307.

11. 2. 1918: Russischer Funkspruch über die Beendigung des Kriegszustandes

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm Nr. 379. Abgeg. Brest-Litowsk, 12.2. 1918, 3.00 nachm., angek. 12, 2. 1918, 4.21 nachm.

Folgender Funkspruch wurde aufgefangen:

„11. 2. 10,0 Nm. Durch Funkspruch und alle Leitungen:

Befehl.

An den Höchstkommmandierenden O.H.L. An die Oberkommmandierenden der Westfront, der Nordfront, der Südwest-Front, der rumänischen Front und der Kaukasus-Front.

Kameraden: Die Friedensverhandlungen sind abgeschlossen, die deutschen Kapitalisten, Bankiers und Gutsbesitzer haben unter stillschweigender Mitwirkung

der englischen und französischen Bourgeoisie unseren Genossen den Mitgliedern der Friedens-Delegation in Brest Bedingungen gestellt, welche die russische Revolution nicht unterzeichnen kann.

Die Regierungen Deutschlands und Österreichs wollen die Länder und Völker beherrschen, welche sie durch Waffengewalt an sich gebracht haben. Die russische Volksgewalt der Arbeiter und Bauern kann sich damit nicht einverstanden erklären.

Wir können einen Frieden nicht unterzeichnen, der Kummer, Unterdrückung und Leiden für Millionen ebensolcher Bauern und Arbeiter mit sich bringt. Aber wir können, wollen und werden auch nicht den von Kaisern und Kapitalisten angezettelten Krieg im Bunde mit Kaisern und Kapitalisten weiterführen. Wir wollen und werden nicht gegen ebensolche deutsche und österreichische Arbeiter und Bauern Krieg führen. Wir unterschreiben nicht einen Frieden der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Mögen jetzt die deutschen und österreichischen Soldaten wissen, wer sie jetzt in den Krieg jagt und wofür es geschieht; mögen sie es wissen, daß wir uns weigern, mit ihnen Krieg zu führen. Unsere Delegation hat daher in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit vor dem russischen Volke und den geknechteten Arbeitern und Bauern der anderen Länder am 10. Februar dieses Jahres folgendes erklärt:

Im Namen des Rates der Volkskommissare bringt die Regierung der föderativen russischen Republik hierdurch zur Kenntnis der Regierungen der mit uns Krieg führenden Völker und der neutralen Länder, daß sie es ablehnt, einen annexionistischen Vertrag zu unterzeichnen. Rußland erklärt seinerseits den Kriegszustand mit Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien für beendet.

Den russischen Truppen wird gleichzeitig mit diesem der Befehl zur vollständigen Demobilisierung an allen Fronten gegeben.

Brest-Litowsk, den 10. Februar 1918.

Der Vorsitzende der russischen Friedens-Delegation, Volks-Kommissar für auswärtige Angelegenheiten: *L. Trockij*.

Die Mitglieder der Delegation: *A. Bizenko*.

Der Volks-Kommissar für Staatseigentum *V. Karelin*¹⁾, *A. Joffe*, *M. Pokrovskij*.²⁾

Der Vorsitzende des all-ukrainischen Vollzugs-Ausschusses: *W. Medvedev*.

Der Volks-Sekretär für Militär-Angelegenheiten der ukrainischen Republik: *Šachrai*.

Der Sekretär der Delegation: *L. Karachan*.

Zum Zusammenhang hiermit befehle ich, sofort Maßregeln zu ergreifen, um den Truppen bekannt zu geben, daß der Krieg mit Deutschland, Österreich, der

¹⁾ *V. A. Karelin*, linker Sozialrevolutionär, Mitglied des 2., 3. und 4. Allrussischen Zentral-exekutivkomitees; 25. 12. 1917—15. 3. 1918 Volkskommissar für den Besitz der Russischen Sovetrepublik.

²⁾ *M. N. Pokrovskij* (1868—1933), marxistischer Historiker, seit 1905 Bolschewik; vgl. auch oben S. 136, Anm. 6.

Türkei und Bulgarien von diesem Augenblick an als beendet gilt; es dürfen keinerlei kriegerische Handlungen mehr stattfinden. Hierdurch wird gleichzeitig der Beginn der allgemeinen Demobilisierung erklärt, der Demobilisierung an der ganzen Front.

Allen Stäben der Fronten und der Armee befehle ich, Maßregeln zu ergreifen, um die Truppen aus der vordersten Linie zurückzuführen und sie auf der Linie der Reserve zu konzentrieren zwecks weiteren Abtransportes gemäß dem allgemeinen Demobilisierungs-Plan für die Rückbeförderung ins innere Rußland. Zur Sicherung der Grenzlinie sind provisorische Truppenteile aus Soldaten der letzten Jahresklassen auszusondern.

Die Kameraden Soldaten bitte ich, Ruhe zu bewahren, geduldig den Zeitpunkt des Abtransportes ihres Jahrganges und Truppenteils abzuwarten und alle Kräfte anzuspannen, um das Artillerie- und anderes Material, das Milliarden des Volksvermögens kostet, in die Depots zu schaffen. Seid dessen eingedenk, daß nur bei einer planmäßig durchgeführten Demobilisierung alle nach Hause fahren können, ohne den Bahnverkehr lahmzulegen und ohne die Lebensmittelzufuhr für die zeitweilig Zurückbleibenden zu unterbinden. Am 14. Februar werden die Jahrgänge 1908 und 1909 entlassen, der Zeitpunkt für die Entlassung der übrigen Jahrgänge wird später bekannt gegeben. Allen gewählten Soldaten-Organisationen und allen Kommando-Behörden wird befohlen, alle Maßregeln zu einer durchaus planmäßig durchgeführten Demobilisierung zu ergreifen.

Am 11. Februar 4 Uhr nachmittags.

Der Höchstkommmandierende: *N. V. Krylenko.*“

I.A. Schüler.

308.

12. 2. 1918: Aufzeichnung Unterstaatssekretärs Frhr. v. dem Bussche über die Frage: Krieg oder Frieden

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Überschrift: „Aufzeichnung“. Konzept. Abgez. Bussche 12. 2. 1918; dazu Abschr. in Masch. Schr.

Der Friedenswunsch bestimmt in sichtlich zunehmendem Maße die Haltung der breiten Schichten unseres Volkes gegenüber Krieg und Regierung. Die Sozialdemokratie war bisher nur dadurch bei der Stange zu halten, daß sie einigermaßen die Überzeugung erhielt, die Politik der Regierung gehe nicht auf Herbeiführung eines Eroberungsfriedens, sondern eines Friedens der Versöhnung und des Ausgleiches.

Die jüngst vergangenen Wochen zeigen, wie große Gefahren vorhanden sind, wenn sich in den Arbeitermassen der Gedanke festsetzt, daß die Regierung nur im geringsten den Weg zum Frieden versperrt oder auf ihm auch nur Hindernisse aufhäuft.

Der letzte Streik¹⁾ — mit dem hier in Berlin auch Handwerker, die kleinen Gewerbetreibenden usw. sympathisierten — hatte zur Entstehungsursache, wenn man von dem schleppenden Gang der Wahlreform²⁾ und den Ernährungsschwierigkeiten absieht, das immer wachsende Friedensbedürfnis breiter Volksschichten und das Mißtrauen gegen die Friedenspolitik der Regierung. Durch das von den Massen als Schwenkung ausgelegte und nicht verstandene anscheinende Verlassen der ursprünglichen Verhandlungsgrundlagen in Brest-Litowsk hatte sich in den Arbeitermassen und namentlich unter den radikalen der Gedanke festgesetzt, wir erstrebten Annexionen um jeden Preis.

Dieser Gedanke nahm den Massen das moralische Gleichgewicht, und die von den extremen Gruppen und vom Auslande her geschürte Agitation fand fruchtbaren und gut vorbereiteten Boden.

Die feste Haltung der Regierung hat zwar den Streik zum Verlöschen gebracht, man kann aber keineswegs von einer Ruhe der Arbeitermassen sprechen. Der Zustand ist nach wie vor labil. Bei jedem äußeren Anlaß, der den Agitatoren Stoff zu erneuten Behauptungen über mangelnden Friedenswillen der Regierung geben würde, ist ein Wiederaufleben des Streiks und dann in größerem Umfange wie jetzt zu erwarten.

Die Masse und auch die Sozialdemokratische Partei hat es nie verstanden, welches Interesse wir daran haben, im Osten durch Gestaltung der staatlichen Verhältnisse in unserem Sinne einen Damm gegen eine neue Kriegswelle vom Osten her aufzurichten. Ihr wäre der Abschluß eines Friedens mit derjenigen Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker willkommen gewesen, wie die Russen sie auffassen.

Trockij bietet mit seiner Erklärung, daß der Krieg de facto beendet ist, die tatsächliche Möglichkeit, den Kriegszustand im Osten zu liquidieren, und gibt uns außerdem die praktische Handhabe, in den von uns besetzten Kriegsgebieten diejenigen Sicherungsmaßregeln durchzuführen, die wir für unsere Zukunft brauchen.

Schon die Durchführung dieser Maßnahmen wird von den Arbeitermassen abgelehnt, es wird aber der Versuch gemacht werden können, die Sozialdemokratie für eine Mitarbeit oder wenigstens für eine schweigende Duldung zu gewinnen, wenn sie einsehen, daß die Russen selbst uns freie Hand lassen.

Ein Wiederaufnehmen des Krieges würde von den Arbeitern nicht verstanden werden, denn Kriegsziele, die noch unter den Begriff des Verteidigungskrieges zu bringen wären, gibt es nach Ansicht der Sozialdemokratie für uns im Osten nicht mehr. Die baltische Frage liegt der großen Mehrheit unseres Volkes zu fern, als daß sie eine Ausdehnung des Krieges um ihretwillen gutheißen könnte.

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang Norden S. 87 ff.; Revolutionäre Ereignisse S. 143 ff.; dazu auch *Scheidemann* in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 5. 2. 1918 (Quellen 1/II S. 193): „... Die Lebensmittelfrage, die Unklarheit in den Friedenszielen, die Verschleppung der Wahlreform seien die tiefsten Gründe des Demonstrationstreiks. Die sozialdemokratische Fraktion sei über die Pläne nicht unterrichtet gewesen, welche von den Unabhängigen Sozialdemokraten ausgingen.“

²⁾ Vgl. dazu die Darstellung von Patemann.

Wir würden also zweifellos mit einem mangelnden Verständnis bei einem großen Teile des Volkes bei einer Weiterführung des Krieges im Osten zu rechnen haben; dieses mangelnde Verständnis würde bei den Arbeitermassen in erneuter heftigster Opposition und in dem Herbeiführen eines neuen Massenstreiks zum Ausdruck kommen.

Für die beabsichtigte große Offensive im Westen brauchen wir aber eine durchaus geschlossene Stimmung im Volke und absolute Ruhe im Innern.

Schon jetzt wird unter dem Eindruck gewisser Arbeiter-Kundgebungen in England bei den Arbeitermassen versucht, Stimmung gegen die Offensive im Westen zu machen. Als Motiv wird angeführt, daß wir ohnehin zum Frieden kommen würden, zumal doch wahrscheinlich ein den Krieg abschließender Erfolg nicht erzielt werden würde. Gehen wir inzwischen im Osten weiter vor, so wird das dem kleinen, aber rührigen Teil der Öffentlichkeit, der offen für eine Annexion des ganzen Baltikums eintritt, neue Nahrung geben. Die Annexions-Tendenzen auch nach Westen hin werden ganz offen proklamiert werden. Der Arbeiter wird stutzig werden und daraus den Schluß ziehen, daß auch die Offensive im Westen nur zum Zwecke großer Annexionen beabsichtigt ist.

Für die Entwicklung im Innern würden hiernach große Gefahren entstehen, wenn wir ohne Bedürfnis den Kriegszustand im Osten jetzt wieder aufleben lassen.

Bussche.

309.

12. 2. 1918: Aufzeichnung über die Auswirkung von Trockijs Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes auf den Waffenstillstandsvertrag

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Überschrift: „Die Wirkung der Erklärung Trockijs über die Beendigung des Kriegszustandes auf das deutsch-russische Waffenstillstands-Abkommen.“ Links am Rande des Dokumentes Bleistiftnotiz von unbekannter Hand: „Aus dem Nachlaß des Staatssekretärs v. Kühlmann. 21. 7. 18.“

Der Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland ist ein zweiseitiges völkerrechtliches Verhältnis zwischen den beiden Reichen, das entweder durch völlige Vernichtung des einen Gegners oder durch einen Vertrag zwischen beiden Gegnern, nicht aber durch einseitige Willenserklärung des einen der beiden Gegner beendet werden kann. Der Wegfall der früheren russischen Regierung und die Auflösung des bisherigen russischen Reiches in eine Anzahl mehr oder weniger selbständiger staatlicher Gemeinwesen ist der Debellierung Rußlands nicht gleichzustellen; vielmehr besteht der Kriegszustand zwischen Deutschland und den einzelnen Bestandteilen des ehemaligen Rußlands fort. Die Erklärung *Trockijs*, daß der Kriegszustand zwischen Deutschland und Rußland beendet sei und daß das russische Heer demobilisiert werde, würde auch ohne formellen Friedensschluß eine vertragsmäßige Endigung des Krieges zur Folge haben, wenn sie von deutscher Seite angenommen und durch eine entsprechende Erklärung erwidert wäre; eine solche Annahme und Erwidrung ist aber nicht

erfolgt. Der Kriegszustand zwischen Deutschland und den von den Bolschewiki regierten Teilen Rußlands ist daher vom Standpunkt des Völkerrechts nach wie vor als bestehend anzunehmen.

Dieser Kriegszustand ist nun aber seit dem 15. Dezember 1917 modifiziert durch den deutsch-russischen Waffenstillstandsvertrag. Danach sind beide Teile gebunden, die Feindseligkeiten nur unter den in dem Abkommen vorgesehenen Bedingungen wieder zu eröffnen. Der Umstand, daß eine der beiden Parteien einseitig die Absicht ausgesprochen hat, die Feindseligkeiten endgültig einzustellen und sich durch Demobilisierung des Heeres in die Unmöglichkeit der Wiederaufnahme zu versetzen, entbindet selbstverständlich die andere Partei nicht von ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen. Vielmehr würde der Waffenstillstand nur dadurch hinfällig werden, daß Deutschland auch seinerseits den Kriegszustand für beendet erklärte und dadurch die für den Eintritt des Friedenszustandes erforderliche Willenseinigung zwischen den bisherigen Kriegsparteien herstellte. Eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten von deutscher Seite würde ohne eine solche Erklärung den Bruch des Waffenstillstandsvertrages, nach Abgabe der Erklärung den Beginn eines neuen Krieges bedeuten.

Hieraus folgt, daß nach der Erklärung *Trockijs* Deutschland die Feindseligkeiten nur wiederaufnehmen kann, nachdem es den Waffenstillstand gemäß Ziffer I des Vertrages vom 15. Dezember 1917 ausdrücklich gekündigt hat.

310.

12. 2. 1918: Aufrufe *Trockijs* und des russischen Oberbefehlshabers im Westen zur Beendigung des Kriegszustandes

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 384. Abgeg. Brest-Litowsk, 12. 2. 1918, angek. 12. 2. 1918, 7.10 nachm.

Folgender Funkspruch wurde aufgefangen:

„12. 2. 9,41 Vm.

Der Friede ist geschlossen. Heute Nacht ist in Petersburg folgendes Telegramm aus Brest-Litowsk eingetroffen:

Gemäß der von der Delegation abgegebenen Erklärung geben sie sofort in dieser Nacht den Befehl, den Kriegszustand mit Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien zu beenden und die Demobilisierung an allen Fronten vorzunehmen.

Trockij.

Befehl des Oberkommandierenden der Armee der West- und Südwest-Front.

Kameraden! Der Friede mit Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei ist geschlossen. Es lebe das friedliche Leben des arbeitenden Volkes! Einen äußeren Feind gibt es nicht mehr. Schonungsloser Kampf mit den inneren Feinden, mit allen Feinden der großen russischen sozialistischen Republik! Kameraden Soldaten! Es wird die Demobilisierung der Armee bekanntgegeben. Sie ist tatsächlich schon bis jetzt im Gange gewesen, aber nun erklären wir sie offen und werden unsere Energie zur Entlassung der Armee verdoppeln. Eine

wichtige Aufgabe steht uns bevor: Das viele Milliarden betragende Volksvermögen zu bergen; daher muß jeder von uns folgendes im Auge haben: Alle, die sich der Interessen des Proletariats, des Sozialismus und der Revolution bewußt sind, sind verpflichtet, die Demobilisierung bis zum letzten Augenblick konsequent durchzuführen und das Eigentum der Armee zu schützen, um es dem Volke, der Roten Armee zu übergeben. Daher wollen wir uns folgendes zum Gesetz machen:

- 1) Die Demobilisierung der Armee wird schnell vor sich gehen, wobei volle Ruhe und Ordnung bewahrt werden muß. Der heutige Zustand unserer Eisenbahnen erfordert, daß wir sparsam mit ihnen umgehen. Kein selbständiges Vorgehen, keine Besitzergreifung von rollendem Material, keine Widersetzlichkeiten gegen das Beamtenpersonal! Alles wird ordnungsgemäß vor sich gehen.
- 2) Zur Durchführung der Demobilisation sind bei den Truppenteilen besondere Organe mit den Komitees und Räten an der Spitze zu bilden; die Heranziehung bezahlter Arbeitskräfte ist in weitgehendstem Maße erforderlich, worauf ich schon in meinem vorigen Befehl hingewiesen habe.
- 3) Parallel mit der Demobilisierung muß die Organisierung der Roten Armee gehen: mehr Agitation, mehr praktisches Handeln in dieser Richtung!
- 4) Die Komitees, die Räte und die Verwaltungsorgane der Truppenteile müssen bis zur letzten Minute auf ihrem Posten bleiben. Kameraden! Die Erfüllung dieser Bedingungen wird uns ermöglichen, die Folgen des Krieges endgültig zu liquidieren und zu einer gesunden Form des Schutzes von Volk, Land und Revolution gegen ihre Feinde überzugehen.

11. Februar 1918.

*Mjasnikov.*¹⁾

I.A. Schüler.

¹⁾ A. F. Mjasnikov (*Mjasnikian*), bewährter bolschewistischer Funktionär; über ihn und seine Tätigkeit vgl. Bonč-Brujewič, Petrograd S. 276; Geschichte der K.P. S. 333.

311.

12. 2. 1918: Der Verwaltungschef Warschau, Prinz v. Oettingen, an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 16. Telegramm. Nr. 2. Abgeg. Warschau, 12. 2. 1918, 11.05 vorm., angek. 12. 2. 1918, 12.58 nachm.

Ministerium *Kucharzewski* hat gestern abend nach Bekanntgabe des Wortlauts ukrainischen Friedensvertrages die Demission dem Regentschaftsrat eingebracht.¹⁾ Annahme derselben wahrscheinlich. Regentschaftsrat beabsichtigt, in

¹⁾ Vgl. dazu Hutten-Czapski II S. 455 f.: „Ein Blitz aus heiterem Himmel konnte in Polen nicht mehr überraschen als die Losreißung von Cholm. Sie stand in krassem Widerspruch zu den öffentlichen Erklärungen *Hertlings* vom November 1917 sowie *Czernins* von Dezember 1917 und Januar 1918 über die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts Polens.“ *Kucharzewski* sei nichts anderes übrig geblieben, als mit dem ganzen Kabinett zurückzutreten. — Vgl. auch *Frankfurter Zeitung*, Bd. 15, S. 8522 f.; Quellen I/II S. 261 ff.

irgendeiner Form zum Friedensschluß Stellung zu nehmen. Näheres darüber noch unbekannt.

Verwaltungschef Warschau.
Oettingen.²⁾

¹⁾ Prinz zu Oettingen-Wallerstein; über ihn vgl. oben S. 479, Anm. 2.

312.

13. 2. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. Radowitz (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Telegramm. Großes Hauptquartier, 13. 2. 1918, angek. 13. 2. 1918, 8.45 vorm. Überschrift: „Für Direktor Deutemoser.“ Vermerk: „Dringend!“

In der heutigen Besprechung unter Vorsitz Seiner Majestät¹⁾ wurde Einigung dahin erzielt:

1) Daß nach unserer Auffassung durch die Erklärung *Trockijs* vom 10. Februar der Waffenstillstand als tatsächlich gekündigt anzusehen ist und daß daher, da *Trockij* seine Erklärung am 10. Februar abgegeben hat, der Waffenstillstand am 17. Februar abläuft.

2) Nach Ablauf des Waffenstillstandes sollen militärische Operationen vorgenommen werden, welche die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in den an die von uns besetzten Gebiete anschließenden Gebieten zunächst in Livland zum Zwecke haben. Diese Operationen sind auch deshalb notwendig, um die bolschewistischen Truppen daran zu hindern, daß sie ihren Feldzug gegen die Ukraine fortsetzen und dadurch das Hinausbringen von Getreide und Lebensmitteln unmöglich machen.²⁾

Es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß sofort unsere öffentliche Meinung entsprechend vorbereitet wird, und zwar in der Weise, daß zunächst nur ganz im allgemeinen darauf vorbereitet wird, daß durch die einseitige Erklärung *Trockijs* der Kriegszustand mit Rußland für uns noch nicht beendet ist und daß daher die Wiederaufnahme militärischer Operationen vollständig im Rahmen der uns völkerrechtlich zustehenden Befugnisse ist. Es kann auch darauf hingewiesen werden, daß die Operationen dazu dienen müssen, unsere Grenzlinien so zu sichern, daß sie mit geringeren Truppenmengen gehalten werden können,

¹⁾ Vgl. hierzu Niederschrift über eine Besprechung zwischen Kaiser Wilhelm II. und Vertretern der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung in Homburg. In: Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 403 ff.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang entspr. Argumentierungen *Ludendorffs* (Urkunden der O.H.L.) S. 470 ff., Aufzeichnungen für die Besprechung in Homburg am 13. Februar 1918: „... Handeln wir nicht, bleiben die Verhältnisse unklar, unsere Truppen im Osten gefesselt, und wir nehmen auch noch folgendes in Kauf: 1. Wir überlassen dem bolschewistischen Großrussen, sich gegen die Ukraine zu wenden. Er hat die Unabhängigkeit der Ukraine nicht anerkannt, in seiner letzten Äußerung spricht er im Namen der föderativen russischen Republik. Wir gefährden unseren Friedensvertrag mit der Ukraine und damit die Versorgung, die Österreich-Ungarn und wir gebrauchen, ... Estland und Livland, zu Tode gehetzt, geben wir englischem Einfluß preis, treiben es sogar in Englands Arme. Ein neuer Ententefreund kann entstehen ...“

wodurch Truppen für den Westen freiwerden. Die Veröffentlichung wegen des Ablaufes des Waffenstillstandes kann noch nicht erfolgen, weil wir erst heute der Kommission in Petersburg³⁾ den Befehl zur sofortigen Abreise gegeben haben und für deren Sicherheit fürchten müssen, wenn die Wahrscheinlichkeit der Wiederaufnahme militärischer Operationen in Rußland vorzeitig bekannt wird. Diese Veröffentlichung wird erfolgen, sobald wir Nachricht haben, daß *Graf Mirbach* mit der Kommission abgereist ist. Bitte sofort sich mit Kriegspresseamt und den übrigen Pressestellen in Verbindung zu setzen und mit ihnen auf der oben skizzierten Grundlage den Plan für systematische Bearbeitung der Presse festzulegen. Es ist natürlich von größter Wichtigkeit, daß auch die linksstehende Presse sich mit unseren Anschauungen vertraut macht, was wohl am besten durch den Hinweis darauf möglich sein wird, daß die militärischen Operationen in erster Linie der Sicherung unserer aus dem Vertrag mit der Ukraine sich ergebenden Vorteile dienen sollen.

Bitte auch *Freiherrn v. dem Bussche* sofort Kenntnis von diesem Telegramm zu geben.

v. Radowitz.

³⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch Bericht W.T.B. 26. 12. 1917 (Schultheß, 33. Jg. 1917 I, S. 1046): „Heute abend begibt sich unter der Leitung des Gesandten *Grafen Mirbach* die im Zusatz zum deutsch-russischen Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dez. vorgesehene Kommission nach Petersburg, die die Regelung des Austausches von Zivilgefangenen und dienstuntauglichen Kriegsgefangenen in Angriff nehmen und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern innerhalb der durch den Waffenstillstand gezogenen Grenzen treffen soll. Der Kommission gehören an: Geheimrat *Eckardt* und Generalkonsul *Biermann* vom Auswärtigen Amt, vier Herren des Kriegsministeriums unter Leitung der Obersten v. *Fransecky* und *Gießler*, Major v. *Velsen* von der Obersten Heeresleitung mit zwei Begleitern, Geheimrat *Schenck* vom Reichspostamt und Herr *Landschhoff* vom Roten Kreuz. Die Abordnung ist von Hilfspersonal begleitet. — Die Kommission trifft am 29. Dez. in Petersburg ein.“

313.

13. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Telegramm. Nr. 54. Abgeg. Großes Hauptquartier, 13. 2. 1918, 9.10 nachm., angek. 13. 2. 1918, 9.30 nachm.

Drahtete Auswärtiges Amt in Brest-Litowsk:

Nach Ergebnis heutiger Beratung hat Reichskanzler beschlossen, weiterem militärischen Vorgehen gegen Rußland zuzustimmen. Zur Begründung soll unter anderem Wunsch der Ukraine dienen, daß wir dazu beitragen, in Rußland Ruhe und Ordnung herzustellen. Es ist nicht direktes Eingreifen in Ukraine beabsichtigt, vielmehr soll bekannte Operation im Norden Ukraine vom Druck der Bolschewiki entlasten. Bitte zu versuchen, von Ukrainern Erklärung zu extrahieren und Berlin zu übermitteln, welche für angegebene Zwecke verwertbar ist.

Kühlmann.

314.

14. 2. 1918: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Telegramm. Nr. 272. Abgeg. Großes Hauptquartier, 14. 2. 1918, 11.20 vorm., angek. 14. 2. 1918, 4.30 nachm.¹⁾

Krylenko veröffentlicht am 11. 2. im Klartext Wortlaut der Erklärung russischer Brester Delegation über Abbruch der Friedensverhandlungen. Für „russische Revolution“ sei es nicht möglich, Frieden mit Bedingungen zu unterzeichnen, die von deutschen Kapitalisten, Bankiers und Grundbesitzern, unterstützt durch stillschweigende Beihilfe englischer und französischer Bourgeoisie, gestellt seien, deutsche und österreichische Soldaten sollten jetzt wissen, von wem und wofür sie in den Krieg geschickt würden und daß russische Maximalisten sich weigerten, mit ihnen Krieg zu führen. Es folgt dann Erklärung über Beendigung des Kriegszustandes und Demobilmachung aller russischen Streitkräfte. Erklärung von *Trockij* und Mitgliedern russischer Delegation unterzeichnet. *Krylenko* fügt dieser Erklärung hinzu, Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland, Österreich, Türkei und Bulgarien sei bekanntzugeben. „Keinerlei Kriegshandlungen können stattfinden.“ Fronttruppen sollen aus vorderer Linie in der Linie der Reserven zur Abbeförderung der Truppen konzentriert, Front durch zeitweilige Kommandos jüngster Jahrgänge besetzt werden. Zusatz schließt mit Aufforderung an Soldaten, planmäßige Demobilmachung nicht zu stören.

Station Bobruisk (z. Z. wohl im Besitz der Polen) richtet am 11. 2., 11,20 nachm. an Warschau folgenden Spruch in deutschem Klartext: „Heute kam Radio, daß der Frieden geschlossen ist. Später bekamen wir Radio aus Mogilev mit der Bitte zu schweigen über den Frieden von *Krylenko* und *Trockij*. Wir bitten um Auskunft.“

Trotz Verbots der russischen Obersten Heeresleitung erging vom Oberbefehlshaber der Westfront am 12. 2. vorm. ein Klartext an Alle mit der Mitteilung „des abgeschlossenen Friedens“ und Anweisungen für die Demobilmachung. Erwähnenswert daraus ist:

- a) es wird zugegeben, daß Demobilmachung schon im Gange war, daß sie jetzt aber öffentlich bekannt gegeben werde;
- b) Aufforderung zur Bergung des viele Milliarden betragenden Volksgutes (wohl Waffen, Ausrüstung pp.);
- c) gleichzeitig mit Demobilmachung müsse Organisation der „Roten Garde“ gefördert werden.

Lersner.

¹⁾ Vgl. Nr. 307, 310.

315.

**15. 2. 1918: Russischer Funkspruch über Ergebnis und Folgen
der Verhandlungen in Brest-Litowsk**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 404. Abgeg. Brest-Litowsk, 15. 2. 1918, 10.10 nachm., angek. 15. 2. 1918, 10.30 nachm.

Folgender Funkspruch betreffend das Ergebnis der Brest-Litowsker Verhandlungen sowie die möglichen Folgen wurde hier soeben aufgefangen:

„15. 2. 1918, 3.45 nachm.

Gestern, am 14. Februar, hat der Vorsitzende der Friedensabordnung, *Trockij*, auf der Sitzung des allrussischen zentralen Vollzugsausschusses der Räte den Bericht über den Gang und die Ereignisse der Verhandlungen in Brest-Litowsk gegeben. Nicht nur die Vertreter der Parteien der Regierungsmehrheit, sondern auch der Oppositionsgruppen erkannten an, daß die vom Rate der Volkskommissare in der Frage über Krieg und Frieden gefaßte Entscheidung die einzig richtige und ein würdiger Ausgang aus der entstandenen internationalen Lage ist. Die Redner der Mehrheit und der Opposition stellten die Frage auf, ob und inwieweit eine Offensive Deutschlands gegen Rußland wahrscheinlich ist. Fast alle sprachen sich in dem Sinne aus, daß eine Offensive wenig wahrscheinlich ist. Sie warnten aber vor zu großem Optimismus in dieser Richtung, da die hasardistischen, annexionistischen Cliquen von Deutschland den Versuch machen könnten, die Deutsche Regierung auf den Weg einer neuen Offensive zu stoßen. Es versteht sich von selbst, daß es in diesem Falle die elementare Pflicht aller Bürger wäre, nach Meinung aller zu Worte gekommener Redner die Revolution entschieden und heldenhaft zu verteidigen. Gleichzeitig hiermit sprachen alle Redner die Überzeugung aus, daß die breiten Volksmassen von Deutschland und Österreich-Ungarn ein neues Blutvergießen an der früheren Ostfront nicht zulassen werden, da Rußland von seiner Seite aus den Kriegszustand als aufgehoben erklärt hat und eine Offensive seitens der deutschen Annexionisten den Charakter eines offenen räuberischen Überfalles erhalten würde. Der Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten unterstrich in seinem Schlußworte, daß Rußland nicht mehr formell, sondern auch tatsächlich aus dem Kriege ausgetreten ist. Es verwirft jegliche Verständigung mit seinen früheren Verbündeten in bezug auf den fortdauernden Krieg und bewahrt . . .¹⁾ der revolutionären Politik in bezug auf beide Seiten. Zum Schluß wurde die Resolution angenommen, die die Politik der Brest-Litowsker Abordnung des Rates der Volkskommissare vollständig gutheißt.“

Schüler.

¹⁾ So im Or.

316.

16. 2. 1918: Erklärung der deutschen Regierung
zur Kündigung des Waffenstillstandsvertrages¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Staatssekretär v. Kühlmann an das Auswärtige Amt. Überschrift: „Deutschland erklärt Rußland den Waffenstillstand für gekündigt.“ Absender: Staatssekretär v. Kühlmann. Links am Rande des Dokumentes Vermerk: „Vom Kanzler genehmigt. z.d.A. 16. 2.“ Telegramme gleichen Inhalts an den Oberbefehlshaber Ost, Legationssekretär Frhr. v. Berckheim (Großes Hauptquartier), die Deutschen Botschafter in Wien und Pera (Konstantinopel), den Deutschen Gesandten in Sofia.

In seiner bekannten Erklärung vom 10. Februar hat Herr *Trockij* zwar für Rußland die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilmachung verkündet, zugleich aber die Unterzeichnung eines Friedensvertrages abgelehnt. Er hat sich geweigert, an einer ihm vorgeschlagenen Vollsitzung, in der ihm die Entschließungen des Vierbundes mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen und hat die Verhandlungen abgebrochen.

Durch die einseitige russische Erklärung ist selbstverständlich der Kriegszustand nicht beseitigt und der Friedenszustand nicht an seine Stelle gesetzt worden. Vielmehr hat die Weigerung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Herstellung des Friedens unmöglich gemacht. Gerade zur Herbeiführung eines Friedens aber war der Waffenstillstandsvertrag vom 15. Dezember 1917, wie der Vertrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorhebt, abgeschlossen worden. Mit dem Verzicht auf den Frieden hat daher das bolschewistische Rußland auch auf die Fortdauer des Waffenstillstandes verzichtet. Dieser Verzicht ist der Kündigung gleichzusetzen.

Die Kaiserliche Regierung stellt hiernach fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand tatsächlich gekündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorgesehenen 7tägigen Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.²⁾

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 152.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang *Lenins* Argumente für ein alsbaldiges Friedensangebot an Deutschland in: Lenin, Sämtliche Werke, XXII, S. 270 f., Äußerungen *Lenins* in der Sitzung des ZK der SDAPR (B) 18. Februar (Tagessitzung). Protokollarische Aufzeichnungen; S. 272—274, Rede in der Sitzung des ZK der SDAPR (B) 18. Februar (Abendsitzung). Protokollarische Aufzeichnung; S. 275, Äußerungen *Lenins* in der Sitzung des ZK der SDAPR (B) 18. Februar 1918. Protokollarische Aufzeichnungen; s. auch unten, Dokumente und Materialien, S. 623, Abstimmung im ZK der SDAPR (B) am 17. Februar 1918 (abends), u. S. 680 ff. — Man faßte einstimmig (bei 3 Stimmenthaltungen) folgenden Beschluß: „Wenn die deutsche Offensive zur Tatsache wird, in Deutschland und Österreich aber kein revolutionärer Aufschwung eintritt, so schließen wir Frieden.“ — *Lenin* erklärte u. a. am 18. 2. 1918: „... Ich schlage vor zu erklären, daß wir den Frieden unterzeichnen, den uns gestern die Deutschen angeboten haben. Und wenn sie außerdem fordern, daß wir uns nicht in die Angelegenheiten der Ukraine, Finnlands, Livlands und Estlands einmischen, so muß man auch das unbedingt annehmen. Unsere Soldaten taugen absolut nichts. Die Deutschen wollen Brot. Sie werden es nehmen und zurückkehren, sobald sie die Existenz der Sovetmacht unmöglich gemacht haben werden. Wenn wir die Demobilisierung für eingestellt erklären, so bedeutet das unseren Sturz“ (Lenin, Sämtliche Werke, XXII, S. 274). — *Trockij*, Lenin,

S. 87, urteilt: „*Lenins* Brest-Litowsker Taktik richtig zu verstehen und zu würdigen, ist in jedem Falle nur möglich, wenn man sie mit seiner Oktobertaktik in Verbindung bringt. Gegen den Oktober und für Brest einzutreten, bedeutete in beiden Fällen im Grunde genommen, sich zum Sprachrohr der gleichen Kapitulationsstimmung zu machen. Das Wesentliche daran aber ist, daß *Lenin* bei der Brest-Litowsker Kapitulation dieselbe unerschöpfliche revolutionäre Energie entwickelte, die der Partei im Oktober den Sieg gebracht hatte. Gerade diese natürliche, organische Verbindung von Oktober und Brest, von gigantischem Schwung und mutiger Vorsicht, von Drängen und Augenmaß, liefert den Maßstab für *Lenins* Methode und Kraft.“

317.

16. 2. 1918: Funkspruch des Rates der Volkskommissare

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 408. Brest-Litowsk, 16. 2. 1918. Angek. 16. 2. 1918, 11.20 nachm.

Folgender Funkspruch wurde aufgefangen:

Die Regierung der Volkskommissare hat das Verhalten ihrer Delegation in Brest-Litowsk vollkommen gebilligt, der Befehl zur Demobilisierung der Armee an allen Fronten wird gegenwärtig außerordentlich energisch durchgeführt. Die Volksmassen in Rußland lehnen selbst den Gedanken an die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Krieges ab. In Petersburg wird eine große Versammlung von deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen beobachtet, die größtenteils ohne die erforderliche Erlaubnis selbst eingetroffen sind. In dem Verständnis dafür, daß sie durch die Hoffnung auf den Frieden dahin gelockt worden sind, hält es die Regierung der Republik nicht für möglich, Repressalien gegen sie zu ergreifen und hat beschlossen, sie in kürzester Zeit in die Heimat abzuschicken. Somit werden die sich in Petersburg aufhaltenden Kriegsgefangenen im Laufe der nächsten Tage registriert und zur ehemaligen Frontlinie geschafft werden.

Schüler.

318.

16. 2. 1918: Legationssekretär Frhr. v. Berekheim (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt mit russischen Stimmen zur Lage

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Telegramm. Nr. 899. Abgeg. Großes Hauptquartier, 16. 2. 1918, 11.30 vorm., angek. 16. 2. 1918, 1.20 nachm.

In 2 Klartexten wendet sich Zarskoe Selo an deutsche Arbeiter und Soldaten. Schuld an Scheitern Friedens wird annexionistischer Politik imperialistischer Mittelmächte zugeschoben. Russische Revolution habe diesen Frieden zurückgewiesen, aber durch Demobilmachung russischen Heeres Beweis erbracht, daß Frieden sehnlichster Wunsch Rußlands sei. „Schmach und Schande denjenigen, die bereit sind, Hand gegen russische Revolution zu erheben.“ Deutsche Arbeiter sollten Reihen enger schließen zum gemeinsamen Kampf gegen Kapitalismus. —

Deutschen Soldaten wird zugerufen: Rußland vertraue darauf, daß sie keinen Schritt gegen russisches Volk unternehmen und sich nicht zu Henkern russischer Revolution erniedrigen. Mit ihnen habe Rußland durch Demobilmachung Frieden geschlossen und würde später, wenn deutsche Soldaten die „blutigen Raubtiere“ gestürzt hätten, gemeinsam „Bedingungen ausarbeiten, die allen Völkern ersehnte Freiheit garantieren“. — Weiter wird gefordert, daß deutsche Soldaten nicht mehr gegen Westmächte kämpfen, dafür aber den „Feind im eigenen Lande“ ihre Macht fühlen lassen. — Spruch schließt mit Worten: „Keinen Schuß mehr gegen das Proletariat. Auf zum Kampf gegen Junker und Kapitalisten. Es lebe der völkerversöhnende Sozialismus.“ In Front ist allgemein Nachricht verbreitet, zum Teil angeblich dienstlich bekannt gegeben, es sei Frieden geschlossen. Freude darüber groß. Unsererseits geäußerte gegenteilige Meinung wird nicht geglaubt oder entgegnet, auf formellen Abschluß Friedens lege man keinen Wert. Hauptsache sei, daß man bald nach Hause käme.

Offenbar liegt absichtliche Verbreitung dieser Nachrichten vor, um einmal Soldaten für Maximalisten zu gewinnen und für Fall einer Kündigung des Waffenstillstandes Stimmung gegen uns zu machen.

Pressestimmen über Brester Abbruch:

Ivestija (maximalistisch): „Würfel gefallen: Unsere weitere Teilnahme am Kriege wäre nur für Kapitalisten Englands, Frankreichs sowie der Zentralmächte vorteilhaft gewesen. Hätte man nur Verhandlungen abgebrochen, ohne gleichzeitig Beendigung des Krieges zu erklären, so hätten Imperialisten Schuld an Fortsetzung des Krieges auf uns abwälzen können. Nunmehr ist aber ihr Spiel mit patriotischen Gefühlen verloren, Taktik unserer Delegation ist Appell an die Arbeitermassen. Neuer Feldzug gegen Rußland für Austrodeutsche psychologisch unmöglich.“

Rote Armee und Flotte (Militärwochenblatt): „Was wird deutsche Regierung uns antworten? Möglich, daß sie unsere Lage ausnutzt und Truppen in Rußland einrücken läßt. Wir haben das vorausgesehen, wissen aber bestimmt, daß russische Arbeiter sich an Unterdrückung russischer Revolution nicht beteiligen werden.“

Novaja Shisn (rechtssozialrevol[utionär] *Gorki*)¹⁾: Der Weigerung, Vertrag zu unterzeichnen, ist zuzustimmen, im übrigen ist aber Ausgang in Brest unbefriedigend. Deutschland ist noch stark genug, um in unser Land einzudringen. Völlig wehrloses Rußland muß daher neue Armee organisieren. Am gefährlichsten ist augenblicklich ukrainische Frage. Wenn Deutschland, wie verlautet, Separatfrieden mit Rada geschlossen hat, wird Lage für uns sehr schwierig. Getreidereiche Ukraine ist für Zentralmächte besonders wichtig.

Naš Vek (Kadettenblatt)²⁾: Weigerung der Unterschrift ist anzuerkennen. Dagegen versetzt uns Erklärung der Kriegsbeendigung und Demobilmachung in ganz unmögliche Lage. Es ist durchaus möglich, daß Völker der Zentralmächte Befehle der Imperialisten gehorsam ausführen. Wie wird dann die Lage unseres

¹⁾ *Maxim Gorki* (1848—1936), marxistischer Schriftsteller, der sich 1917 den Bolschewiki anschloß.

²⁾ Konstitutionelle Demokraten, vgl. oben S. 4, Anm. 16.

wehrlosen Landes ?? Soll Rote Garde diese Aufgabe lösen ?? Wie wird es bei einseitiger Kriegsbeendigung mit Aufnahme der Post-, Handels- und Eisenbahnbeziehungen ? Auf diese und andere Fragen gibt uns Brest keine Antwort. Unsere äußere Lage hat sich durch Ablehnung des Separatfriedens gebessert. Es ist nötig, die inneren Kräfte Rußlands zu einigen und zu stärken.

Černov (Führer rechter Sozialrevolutionäre)³⁾ schreibt über Maximalismus: „Sozialistischer Despotismus zerstört zwar produktive Großkapitalien, aber nicht Kapitalismus an sich. Unternehmungsgeist der Kapitalisten ist lahmgelegt. An Stelle gesunden Erwerbes ist wilde Spekulation kleiner Leute getreten. Jeder nimmt, was er erreichen kann, arbeitet nicht mehr, sondern handelt mit seinem Raube. Spielwut hat ungeheuer zugenommen. Schutz der Rätewacht durch bewaffnetes Proletariat bedeutet nur Erhaltung der Anarchie, unter der jeder im Trüben fischt.“ Zentralauschuß der Räte bereitet Einberufung internationaler Konferenz linker Internationalisten vor. Programm:

- 1.) Vereinbarung über den revolutionären Kampf gegen die Regierungen für sofortigen Frieden.
- 2.) Unterstützung russischer revolutionärer Rätewacht.

Pressenachrichten: Weiße Garde in Stärke von 5—10000 Mann hat Nikolaistadt (Nordwestküste Finnlands) überfallen und besetzt; dagegen soll Rote Garde nördlich Tammerfors die Weiße Garde geschlagen haben.

Nach Pressenachrichten hat Rada angeblich sofortige Demobilisierung und Räumung ukrainischer Gebietsteile von russischen Truppen angeordnet.

Aussagen Zivilgefangener über politische Parteien im Kaukasus:

- 1.) Republikanische Regierungspartei (Tiflis) gemäßigt. Anhang unter Grusiniern;
- 2.) Bolschewiki, hauptsächlich in Bakuer Industriegebiet;
- 3.) Tataren, türkenfreundlich, armenierfeindlich, bolschewistisch gesinnt;
- 4.) Armenier, türken- und tatarfeindlich, antibolschewistisch, von Franzosen und Engländern militärisch organisiert, zum Teil an der Front verwendet.

Oberkommando Tiflis steht unter englisch-französischem Einfluß, übt starken Druck auf Tifliser Regierung aus.

Berckheim.

³⁾ V. M. Černov, führendes Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre; 18. 1. 1918 zum Vorsitzenden der Konstituierenden Versammlung gewählt.

16. 2. 1918: Botschafter Graf v. Wedel (Wien) an das Auswärtige Amt mit österreichischen Pressestimmen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Kopf des Schreibens: „Kaiserlich Deutsche Botschaft in Wien Nr. 64.“ Vermerk: „1 Durchdruck. Mit kgl. Feldjäger“.

Die ersten Nachrichten über die Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland haben die hiesige Öffentlichkeit unvorbereitet getroffen und

daher zunächst eine begreifliche Nervosität hervorgerufen. Die hiesige Presse¹⁾ hat dagegen diesem anfangs auffallenden Gefühl nicht nachgegeben und würdigt besonders auf Grund der Veröffentlichung über die letzten Verhandlungen in Brest-Litowsk sowie der bedrohlichen Nachrichten über die unsicheren Verhältnisse in Rußland und die hinterhältigen Absichten der russischen Regierung im allgemeinen vollkommen die Beweggründe, die die Kaiserliche Regierung zu ihrer Stellungnahme veranlassen. Den ihr von der Kaiserlichen Botschaft unter der Hand gegebenen Direktiven zeigte sich die hiesige Presse dabei sehr zugänglich. Besonders überzeugend hat der Hinweis auf die mögliche Gefährdung der Ukraine durch die Bolschewiki gewirkt, wodurch die so sehr ersehnte und notwendige Aushilfe der Monarchie mit Lebensmitteln in Frage gestellt werden könnte. Wenn daher die Blätter auch mit Befriedigung zur Kenntnis nahmen, daß die Stellung der Monarchie zu Rußland durch Deutschlands Auffassung und Haltung nicht beeinflußt werde, halten sie es doch für gerechtfertigt, daß auch Österreich-Ungarn unter Umständen zur Unterstützung der Ukraine gegen die Petersburger Regierung wieder militärisch einschreiten würde.

Die *Reichspost* gibt unter der Überschrift: „Die Verteidigung des Brotfriedens“ eine Darstellung der politischen und militärischen Lage der Mittelmächte gegen Osten, welche sich darin unterscheidet, daß die Monarchie fast nur an die Ukraine grenze, mit welcher tatsächlich Frieden bestehe, während Deutschland das Gebiet der Petersburger Kommunistenrepublik vor sich habe und infolgedessen durch die dortigen Vorgänge in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen sei. Es frage sich nun, welcher Zustand an Stelle des am 17. Februar ablaufenden Waffenstillstandes zu treten habe, da es durch *Trockijs* Verhalten zu keinem Friedensabschluß gekommen sei. Die Frage sei für Deutschland von unmittelbarer Aktualität, für das nichtangrenzende Österreich-Ungarn nur mittelbar als Verbündeter Deutschlands von Bedeutung. Welcher Lage sehe Deutschland sich gegenüber, welche Entschlüsse müsse es fassen?

In Estland, knapp vor der deutschen Front, sind gegen Tausende von Deutschen furchtbare Massakere vorgekommen. *Trockijs* Regierung trägt bewußt Revolution in Randgebiete Deutschlands, um soziale Revolution nach dem Westen zu exportieren. Kommissionsverhandlungen in Petersburg stocken infolge methodischer Verschleppung durch *Trockij* und *Lenin*. Petersburger Regierung sammelt eine rote Armee, mit der sie jederzeit wieder losschlagen kann, sie demobilisiert also nicht, sondern benützt angebliche Demobilisation, um aus Armee alle nicht gefügigen Elemente auszuschneiden. Revolutionsheer soll Ausrottungskrieg gegen Esten, Finnländer und Deutsche weiter führen, Ukraine bedrohen, um Brotfrieden der Mittelmächte mit Ukraine unmöglich zu machen. Deutschland zieht daraus die Folgerung, daß es an seiner Front zu handeln habe.

Wiewohl Österreich-Ungarn keinen Augenblick zögern würde, sowohl zum Schutz des mit der Ukraine geschlossenen Friedens wie zur Wahrung seiner großen wirtschaftlichen Interessen der ukrainischen Rada jede notwendige Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen, so könne es sich doch bei der augenblicklichen Sachlage darauf beschränken, die Vorgänge jenseits unserer Grenzen aufmerksam zu verfolgen.

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang allgemein Kock.

Die Mittelmächte werden die Wege der Petersburger Schreckensmänner, die überall hin, nur nicht zum Frieden führen, energisch durchkreuzen. Sie wollen und brauchen einen „keimfreien“ sicheren Frieden und klare Verhältnisse im Osten, und diese herbeizuführen, bzw. wo sie schon bestehen, mit allen Mitteln zu sichern, sind sowohl Österreich-Ungarn wie Deutschland in gleicher Weise fest entschlossen. Und wenn Deutschland sich schon in der nächsten Zeit zu militärischen Maßnahmen gegen die Bolschewiken genötigt sehen sollte, so handelt es hierbei als Verteidiger des abgeschlossenen Brotfriedens mit völliger Zustimmung Österreich-Ungarns.

Das *Deutsche Volksblatt* schreibt bei gleichzeitiger Polemik gegen die *Arbeiterzeitung* über den „ehrlichen *Trockij*“:

Eine erbärmlichere Figur als dieser *Trockij*, dieser durch und durch verlogene Bursche, hat dieser Krieg nicht beschert. Lug und Trug, infamer Verrat und schamlose Doppelzüngigkeit, das hat sich als Inhalt der *Trockij*'schen öffentlichen Diplomatie herausgestellt. Sowohl im eigenen Interesse als auch aus Gründen der Menschlichkeit könnte sich Deutschland gezwungen sehen, neuerlich im Osten einzugreifen, um der Blutwirtschaft der Bolschewiki ein Ende zu machen, falls man von Petersburg versuchen sollte, sie gegen Westen auszudehnen. Für Österreich-Ungarn würde dieser Fall nur dann eintreten, wenn die Bolschewiki es unternehmen würden, die uns benachbarte Ukraine zu überfallen und dadurch den zwischen ihr und uns geschlossenen Friedensvertrag zu vernichten. Aus dieser Verschiedenheit der geographischen Lage ergibt es sich, daß Deutschland unmittelbarer als wir an den weiteren Ereignissen im Osten beteiligt ist, mithin auch die Möglichkeit eines Eingreifens von deutscher Seite näher im Bereiche der Möglichkeit liegt.

Österreichische Volkszeitung:

Man hat den Eindruck, die Herren Bolschewiki wollen die Deutschen an der Nase herumziehen. *Lenin* und *Trockij* haben keine Zeit, die ihrem eigenen Volke und den Mittelmächten gegebenen Versprechungen einzulösen, aber anscheinend genügend Zeit, eine zweite Armee aus der blutgetränkten russischen Erde stampfen zu wollen.

Das *Neue Wiener Tageblatt* sagt:

Aus dem Verhandlungsbericht erfährt man, daß Herr v. *Kühlmann* dem russischen Führer rund heraus gesagt hat, daß der Waffenstillstand nur zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen geschlossen werden sollte und rechtlich und tatsächlich erlöschen würde, wenn der durch den Waffenstillstand angestrebte Zweck nicht erreicht würde. Auch das ließ Herrn *Trockij* kühl.

Was Deutschland zu unternehmen gedenkt, ist noch nicht bekannt. Für Österreich-Ungarn, das keine direkte Grenzberührung mehr mit Rußland hat, liegt keine unmittelbare Veranlassung vor, besondere Beschlüsse im gegenwärtigen Augenblick zu fassen.

Die *Neue Freie Presse* erfährt von informierter Seite, daß die Monarchie durch die Frage des Verhältnisses der Mittelmächte zu Rußland nach Ablauf des Waffenstillstandes weniger berührt wird, da sie mit Rußland keine gemeinsame Grenze

mehr besitzt und in den Gebieten, wo ein Konflikt in Betracht käme, keine Truppen hat.

Etwas anderes wäre es, wenn die Ukraine bedroht werden sollte, und wenn die Bolschewiki versuchen würden, die Ausführung des Friedensvertrages mit der Ukraine zu verhindern.

Das Wichtigste sei jedoch, daß die Monarchie auch in dieser Frage wie in allen anderen in vollem Einvernehmen mit dem verbündeten Deutschen Reiche vorgehe, und daß auch, wenn Deutschland weitere Operationen einleiten sollte, sie sich in Übereinstimmung mit der deutschen Regierung befinde.

Das Blatt schreibt zu der Krise zwischen Deutschland und Rußland, daß diese aus den verschiedenen Auslegungen des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes entstanden sei, und schließt: *Trockij* wollte die alten Grenzen, der Staatssekretär für die Randvölker neue Grenzen, und beide konnten auf das Selbstbestimmungsrecht hinweisen, auf den Kautschukbegriff, der sich nach allen Seiten dehnen läßt. Rußland will eine Politik der freien Hand und Deutschland auch. Die Kommission, die in Petersburg über den gegenseitigen Verkehr unterhandeln sollte, wird abberufen. Völkerrechtlich wäre das Krieg, politisch und militärisch würde sich wenig ändern. Die deutschen Truppen konnten die Randländer ohnehin nicht räumen, weil Metzelen, eine Bartholomäusnacht zu fürchten waren. Die armen Gefangenen, die schon hoffen durften, sind zu bedauern. Aber der Friede geht dennoch an.

Das *Neue Wiener Journal* erkennt an, daß *Lenin* und *Trockij* die Schuldigen seien, sagt aber mit Bezug auf angebliche Unterströmungen in der deutschen Politik, gegen die *Graf Hertling* und *Dr. v. Kühlmann* nach Kräften ankämpften, daß die angriffslustigen Alldeutschen sich keinen besseren Verbündeten hätten wünschen können als die gegenwärtigen Machthaber in Petersburg.

Die Zeit ist mit der deutschen Auffassung der Sachlage nicht einverstanden, um so mehr befriedigt ist sie mit der Stellungnahme der k. u. k. Regierung, für welche die Notwendigkeit weiterer militärischer Grenzvorkehrungen gegen Rußland entfallt. Allerdings müsse sie die wertvollen Errungenschaften in der Ukraine auch durch militärische Hilfeleistung zu verteidigen wissen. Das Blatt weist auf die friedensbringende Aussprache zwischen *Wilson* und *Czernin*²⁾ hin und sagt zum Schluß: Die österreichisch-ungarische Politik hat bisher keinen Schritt vom klaren Friedenswege getan, keinen Schritt, der in Amerika als übelwollend, als imperialistisch, als autokratisch oder gewaltsüchtig mißdeutet werden könnte. Seitens der Monarchie sind also die Voraussetzungen eines erfolgversprechenden Verhandeln nie gestört worden. Möchten sie doch auch von anderer Seite ungestört bleiben.

Die *Arbeiterzeitung*, bei der Billigung unserer Politik oder eine Beeinflussung von vornherein ausgeschlossen ist, läßt dies schon in ihren Überschriften zu den Rußland betreffenden Nachrichten erkennen, z. B. „Sie wollen die Kommission zurückberufen“, „Meldungen, um einen Einmarsch zu rechtfertigen“, „Neuer Krieg gegen Rußland?“ In diesem Artikel sagt das Blatt: Deutsche Zeitungs-

²⁾ Vgl. hierzu neuerdings Lorenz, S. 435 ff., *Wilson, Czernin und Clemenceau* — Auflösungserscheinungen in der Monarchie.

schreiber, die das Volk mit allem erschrecken wollen, wissen natürlich sehr gut, daß die russische Armee völlig kampfunfähig ist und die Rote Armee nur zu inneren Kämpfen Verwendung finden soll. Eine Erneuerung des Krieges würde den Abschluß des allgemeinen Friedens gefährden. Die Zerstückelung Rußlands würde das Kräfteverhältnis auf dem Festlande wesentlich zugunsten Deutschlands verschieben. England und Amerika würden dem erst dann zustimmen, wenn sie besiegt zu Boden liegen. Wer also nicht das Mittel angeben kann, England und vor allem Amerika auf die Knie zu zwingen, wird den Plan der völligen Zerstückelung Rußlands kaum für durchführbar ansehen.

Der Einmarsch in ein Land, das völlig wehrlos ist, wird dem deutschen Volke wenig Sympathien in der Welt erobern. Der englische Imperialismus wird wieder Gelegenheit haben, die moralischen Kräfte gegen Deutschland zu mobilisieren. Die Erneuerung des Krieges mit Rußland wird auch die Stimmung der deutschen Arbeiterschaft beeinflussen.

Gegen Deutschland ist eine Koalition aller Mächte der Welt vereinigt. Diese Koalition zu sprengen, müßte die wichtigste Aufgabe der deutschen Reichspolitik sein. Deutschland muß sich also entweder mit den Westmächten oder mit Rußland zu versöhnen suchen. Aber ein Freundschaftsbund mit Frankreich und England wird noch lange nicht erreichbar sein.

Trotz aller dieser Gefahren scheint die deutsche Regierung den Plan der deutschen Imperialisten angenommen zu haben. Aber eins wird allen in Österreich klar sein: Wenn sich Deutschland zu einem neuen Kriege gegen Rußland entschließt, so kann, darf und wird Österreich dabei nicht mittun! Das scheint auch die Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung zu sein, und die beunruhigten Völker Österreichs verlangen vom Grafen Czernin eine dementsprechende Erklärung sowie über die Wiederaufnahme des diplomatischen und wirtschaftlichen Verkehrs und den Austausch der Kriegsgefangenen. Überdies aber muß alles unterlassen werden, was uns, sei es auch gegen unseren Willen, doch wieder in den Krieg gegen Rußland hineinzerren würde.

Wedel.

320.

16. 2. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung „Deutschland und die Bolschewiki“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. — Randbemerkung, Unterstreichung im Text von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

Staatssekretär v. Kühlmann ist bei der letzten Sitzung der Friedensdelegation in Brest-Litowsk in eine Analyse desjenigen Zustandes eingetreten, der nach den Trockijschen Erklärungen zwischen den Mittelmächten und den Bolschewiken besteht. Er hat festgestellt, daß durch die russischen Erklärungen der Kriegszustand zwischen den beiden Ländern rechtlich nach wie vor vorhanden ist. Hieran könne auch die Tatsache, daß eine der beiden Parteien demobilisiere, nichts ändern.

Über die Art und Weise, wie die russische Demobilmachung durchgeführt wird, haben wir inzwischen Telegramme erhalten. Diese Telegramme lassen erkennen, daß auch diese Maßregel der russischen Regierung, genau wie ihr Verhalten auf der Friedenskonferenz, einen zwiespältigen Charakter trägt. Es wird demobil gemacht, zu gleicher Zeit aber die Bildung einer Roten Armee angeordnet.

Worauf letzten Endes die Russen herauswollen, haben wir deutlich aus den Verhandlungen in Brest-Litowsk gesehen. *Krylenkos* Funkspruch an die deutsche Armee, der offen zu einer Revolutionierung auffordert, und das Vorgehen der Bolschewiken gegen die Fremdvölker sprechen eine deutliche Sprache.

In Finnland ist der von den Maximalisten inszenierte Bürgerkrieg in vollem Gange. Russische Zeitungen melden, daß in Tammerfors eine große Schlacht zwischen den russischen Soldaten und den Finnländern stattgefunden hätte, nachdem die Russen große Truppenmassen nach Finnland gebracht haben. Die schwedische Regierung hat, wie wir schwedischen Blättern entnehmen, durch ihren Gesandten in Petersburg bei der russischen Regierung Vorstellungen erhoben und gebeten, die russischen Truppen aus Finnland baldmöglichst zurückzuziehen. General *Hoffmann* hat bei der letzten Sitzung in Brest-Litowsk ebenfalls deutscherseits gegen die russischen Truppentransporte nach Finnland energischen Protest eingelegt. Wir hören, daß die hiesigen Bevollmächtigten der finnischen Regierung Schritte getan haben, um die deutsche Regierung für die schwere Notlage, in der sich ihr Land gegenwärtig befindet, zu interessieren.

Über die Greuelthaten der Russen in Estland und Livland gehen täglich beglaubigte Nachrichten durch die deutsche Presse. Der estländische Landtag hatte bekanntlich schon im September die Unabhängigkeit Estlands erklärt. Vertreter des estländischen Kleingrundbesitzes, estnische Bauern, sind durch die deutschen Linien nach Danzig gekommen und auf dem Wege nach Berlin, um Estlands Wünsche um Schutz vor der Vergewaltigung und Plünderung der Russen der deutschen Regierung vorzutragen. Gegen das schmachvolle Vorgehen der Maximalisten in Livland und Estland hat der Gesandte *v. Rosenberg* als deutscher Vertreter bei einer Kommissionsberatung vom 10. Februar in Brest-Litowsk bereits nachdrücklichst Verwahrung eingelegt. Der russische Vertreter hat erwidert, er könne sich zu den Schandtaten der russischen Truppen erst äußern, wenn ihm das Material im einzelnen vorliege. Die Zustände werden inzwischen von Tag zu Tag schlimmer.

Die Selbständigkeit der Ukraine hat von den Bolschewiken eine verschiedene Beurteilung erfahren, je nachdem die Bolschewiken mehr oder weniger Aussicht hatten, diese Selbständigkeit zu vernichten. Am Anfang der Verhandlungen in Brest-Litowsk hat Herr *Trockij* die Selbständigkeit der Ukraine und das Recht der ukrainischen Vertreter, selbständig zu verhandeln, ohne weiteres anerkannt. Später ist es den bolschewikischen Horden gelungen, in der Ukraine Fortschritte zu machen, und je größer diese Fortschritte waren, je mehr die Ukraine von bolschewikischen Truppen überflutet worden ist, um so mehr war Herr *Trockij* geneigt, die von ihm früher anerkannten Rechte zu bezweifeln. In den Schlußsitzungen in Brest hat er sein offenes Mißvergnügen mit dem Friedensschluß zwischen den Mittelmächten und der Ukraine zum Ausdruck gebracht. *Graf*

Czernin hat sehr richtig betont, daß dieser Friedensschluß an sich keinen unfreundlichen Akt gegenüber Rußland darstelle, daß der Vierbund mit der Ukraine keinen Bundes-, sondern einen Friedensvertrag unterzeichnet habe. *Graf Czernin* hat aber zugleich gesagt, daß ein gewisser Unterschied dann eintreten würde, wenn der Vierbund mit Rußland nicht zum Frieden kommen würde, und die ukrainischen Gebiete als neutral, die maximalistischen aber als feindliche betrachtet werden müßten. Heute bringt das *Berliner Tageblatt* eine Drahtung seines Korrespondenten aus Wien, worin angedeutet wird, daß Hilfe für die Ukraine seitens der Verbündeten unter Umständen schon aus dem Gesichtspunkte notwendig werden könnte, um den Warenaustausch mit der Ukraine¹⁾ gegen Überfälle sicher zu stellen. *Graf Czernin* hat den Frieden mit der Ukraine in erster Linie als „Brotfrieden“ charakterisiert. Wenn jetzt durch maximalistische Zerstörung des ganzen Landes und Hineintragen der alles zerstörenden Revolution in die Ukraine die Mittelmächte um diejenigen Vorteile gebracht werden, die ihnen der Friedensschluß mit der Ukraine geben sollte, so wird in der Tat eine Lage geschaffen, die ernsthafter Erwägung²⁾ bedarf.

O. T.

¹⁾ Dahinter, verdruckt in der Originalvorlage (so auch im Werk des zweiten Unterausschusses): „geben sollte, so wird in der Tat eine Lage geschaffen, Plätze“.

²⁾ „ernsthafte Erwägung“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von derselben Hand: „Donnerwetter! Unsinn! Taten! Erwogen ist genug worden! und 2 Monate damit verloren! Die Tausenden von armen Deutschen das Leben gekostet!“

321.

17. 2. 1918: Funkspruch Trockijs an die deutsche Regierung über die Erneuerung des Kriegszustandes

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 416. Brest-Litowsk, 17. 2. 1918, angek. 17. 2. 1918, 6.25 nachm.

Folgende Mitteilung *Trockijs* an die Kaiserliche Regierung wurde hier soeben aufgenommen:

„17. 2. 1918. 1.42 nachm.

An die Regierung des Deutschen Kaiserreiches, Berlin.

Heute am 17. Februar haben wir auf der direkten Leitung aus Brest-Litowsk von General *Samoilov*¹⁾ die Mitteilung erhalten, daß vom 18. Februar um 12 Uhr mittags zwischen Deutschland und Rußland der Kriegszustand erneuert werde. Die Regierung der Russischen Republik nimmt an, daß das erhaltene Telegramm nicht von den Personen ausgeht, von denen es unterschrieben worden ist, sondern einen provokatorischen Charakter hat, da, falls man sogar die Aufhebung des Waffenstillstandes seitens Deutschlands voraussetzt, die Anzeige hiervon laut

¹⁾ Militärexperte, umgekommen 1918; über ihn und sein Wirken vgl. Wheeler-Bennett, Brest-Litovsk S. 112 f., 238 f.

den Bestimmungen des Waffenstillstandes 7 Tage vorher und nicht 2 Tage vorher gemacht werden muß.

Wir bitten um Aufklärung des Mißverständnisses durch Funkentelegraphie.

Der Volks-Kommissar für die Auswärtigen Angelegenheiten *L. Trockij*.“

O.H.L. ist unterrichtet.

Schüler.

322.

18. 2. 1918: Entwurf Staatssekretärs v. Kühlmann für einen Funkspruch an die russische Regierung

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 17. Staatssekretär v. Kühlmann an Legationssekretär Frhr. v. Lersner und Legationsrat Schüler. Telegramm (Hughes). Absendervermerke: „I. v. Lersner, Gr. H.Qu. Nr. 219. 2. Schüler, Brest-Litowsk. Nr. 671.“ Am Schluß des Textes Telegramm-Entwurf an den Legationssekretär Frhr. v. Lersner: „Telegramm Hughes. Auf Telegramm Nr. 416.) Ich telegraphiere an Herrn v. Lersner: inser. Wortlaut des Telegramms I. Kühlmann.“

Schlage vor, folgenden Funkspruch abzusenden:

„An die Regierung des Rates der Volks-Kommissare in Petersburg:

Die funkentelegraphische Anfrage des Volks-Kommissars *Trockij* vom 17. Februar geht insofern von irrigen Voraussetzungen aus, als zur Wiederherstellung des Kriegszustandes mit Rußland deutscherseits eine vorherige ausdrückliche Kündigung des Waffenstillstandes mit siebentägiger Frist verlangt wird. Für eine Kündigung durch Deutschland war kein Raum mehr, nachdem dem Waffenstillstands-Vertrag bereits russischerseits durch die Erklärungen des Volks-Kommissars *Trockij* in der Sitzung vom 10. Februar der Boden entzogen worden war. Staatssekretär v. Kühlmann hat in dieser Sitzung auf die Worte des Herrn *Trockij* wörtlich folgendes gesagt: ‚Würde mangels Abschlusses des Friedens der eigentliche Daseinszweck des Waffenstillstands-Vertrages verschwinden, so würde nach Ablauf der vorgesehenen Frist der Kriegszustand als solcher wieder zwischen beiden Völkern in Kraft treten.‘

Herr *Trockij* hat abgelehnt, darauf irgendwelche weiteren Erklärungen abzugeben oder entgegenzunehmen. Die im Waffenstillstands-Vertrage vorgesehene siebentägige Frist ist somit durch die russischen Erklärungen am 10. Februar in Lauf gesetzt worden und gestern abgelaufen. Da die russische Regierung sich geweigert hat, einen Frieden mit Deutschland zu schließen, hat Deutschland nunmehr die Hände frei und muß sich vorbehalten, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die ihm notwendig erscheinen.

Die Deutsche Oberste Heeres-Leitung.

Name des Generals *Hoffmann*.“

Kühlmann.

¹⁾ Vgl. Nr. 321.

323.

18. 2. 1918: Trockij an Minister des Äußern Graf Czernin

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 427. Brest-Litowsk, 19. 2. 1918. Angek. 19. 2. 1918, 10.35 vorm.

Gestern abend wurde folgender Funkspruch an den Grafen Czernin hier aufgefangen:

„18/2. 1918, 9.14 Nm. Nr. 11

An den Minister des Auswärtigen, Grafen Czernin — Wien.

Da die Deutsche Regierung die Feindseligkeiten wieder aufgenommen hat, sogar ohne die siebentägige Kündigung, so beehre ich mich hiermit bei Ihnen anzufragen, ob auch die österreichisch-ungarische Regierung sich für mit Rußland im Kriegszustand befindlich hält. Wenn nicht, hält es dann die österreichisch-ungarische Regierung für möglich, zur praktischen Verwirklichung der in Petersburg ausgearbeiteten Abmachungen zu schreiten?

Der Volkskommissar für auswärtigen Angelegenheiten: *L. Trockij.*“

Schüler.

324.

19. 2. 1918: Funkspruch Lenins und Trockijs an die deutsche Regierung¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Telegramm. Abgeg. Königswusterhausen, 19. 2. 1918, 8.10 vorm., angek. 19. 2. 1918, 10.10 vorm. Vermerk: „Kz. 11395. B 910/17 Ganz geheim!“

Am 19. 2. 8.10 Vm. ging von Petersburg folgender Funkspruch ein:

„An die Regierung des Deutschen Reiches.

Die Regierung der Volkskommissare protestiert gegen die Wiederaufnahme der Kriegsoperationen gegen russische Sovetrepublik. Der Kriegszustand wurde als beendet erklärt, die Demobilisation der Armeen an allen Fronten wurde begonnen. Die Bauern- und Arbeiterregierung erwartete diesen Schritt schon aus dem Grunde nicht, weil von keinem der in den Friedensverhandlungen vertretenen Gegnern eine Kündigung des Waffenstillstandes 7 Tage vorher, wie sich beide Parteien in dem Vertrag vom 2. (15.) Dezember 1917²⁾ verpflichtet hatten, erfolgt ist. In dieser geschaffenen Lage sieht sich der Sovet der Volkskommissare genötigt, den Frieden nach den in Brest-Litowsk durch die Abordnungen des Vierbundes aufgestellten Bedingungen zu unterschreiben. Der Sovet der Volkskommissare bestimmt: Die Antwort auf die durch den Vierbund gestellten Friedensbedingungen erfolgt unverzüglich. Sovet der Volkskommissare.

¹⁾ Abdruck des Dokuments mit geringfügigen stilistischen Abweichungen in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 416.

²⁾ Vgl. Nr. 75.

Der Vorsitzende des Sovets der Volkskommissare *Uljanov Lenin*.³⁾

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten *Trockij*.“

³⁾ Vgl. hierzu den Entwurf *Lenins*, abgefaßt in der Nacht vom 18. zum 19. Februar 1918, in: *Lenin, Sämtliche Werke XXII S. 276*: Ursprünglicher Entwurf eines Funkspruches an die Regierung des Deutschen Reichs. — *Lenins* Entwurf entspricht im wesentlichen dem tatsächlich abgegangenen Funkspruch vom 19. 2. 1918 (s. Nr. 323); über *Lenins* Entwurf des Funkspruchs vgl. ebenda S. 681.

325.

19. 2. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Botschafter Graf v. Wedel (Wien)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Telegramm (offen Hughes). Beförderungsvermerk: „Dringend.“ Absendevermerk am Schluß des Textes: „Wien Nr. 211.“

Heute früh ging von Petersburg folgender Funkspruch ein¹⁾:

An die Regierung des Deutschen Reiches.

Die Regierung der Volkskommissare protestiert gegen die Wiederaufnahme der Kriegsoptionen gegen russische Sovetrepublik. Der Kriegszustand wurde als beendet erklärt, die Demobilisation der Armeen an allen Fronten wurde begonnen. Die Bauern- und Arbeiterregierung erwartete diesen Schritt schon aus dem Grunde nicht, weil von keinem der in den Friedensverhandlungen vertretenen Gegnern eine Kündigung des Waffenstillstandes 7 Tage vorher, wie sich beide Parteien in dem Vertrag vom 2. (15.) Dezember 1917 verpflichtet hatten, erfolgt ist. In dieser geschaffenen Lage sieht sich der Sovet der Volkskommissare genötigt, den Frieden nach den in Brest-Litowsk durch die Abordnung des Vierbundes aufgestellten Bedingungen zu unterschreiben. Der Sovet der Volkskommissare bestimmt: Die Antwort auf die durch den Vierbund gestellten Friedensbedingungen erfolgt unverzüglich. Sovet der Volkskommissare

Der Vorsitzende des Sovets der Volkskommissare: *Uljanov Lenin*.

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten: *Trockij*.

Wir werden uns wegen der den Russen zu erteilenden Antwort und wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit ohne Verzug mit Wien in Verbindung setzen und bitten *Graf Czernin*, vor Stellungnahme unsere Vorschläge abzuwarten. Der russische Funkspruch wird hier vorläufig nicht veröffentlicht, auch jede Erwähnung der Angelegenheit in der Presse einstweilen verhindert, um möglichst gleichzeitig mit dem Funkspruch auch unsere Antwort veröffentlichen zu können. Wir wären dankbar, wenn *Graf Czernin* für dortige Pressebehandlung gleiche Instruktionen geben würde. Drahtantwort.

v. dem Bussche.

¹⁾ Vgl. Nr. 324.

326.

**19. 2. 1918: Verbalnote der österr.-ungar. Botschaft in Berlin
an die deutsche Regierung**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Kopf des Schreibens: „K. u. K. Österreichisch-ungarische Botschaft. Nr. 129. pol.“ Überschrift: „Notiz.“

Graf Czernin hat soeben telephonisch anher mitteilen lassen, daß er dem Wunsche der deutschen Regierung entsprechend in Angelegenheit der russischen Funkprüche nichts veranlassen wird, ohne sich vorher mit Berlin ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Er sieht daher vor allem der umgehenden Mitteilung der Auffassung der kaiserl[ich] deutschen Regierung sowie ihren bezüglichlichen Vorschlägen entgegen.

Graf Czernin muß es seinerseits als unerläßlich bezeichnen, daß die eventuellen Abmachungen mit der russischen Regierung die völlige Sicherung der Getreidelieferungen aus der Ukraine in sich schließen.

Für alle Fälle läßt *Graf Czernin* im Nachstehenden den speziell an ihn gerichteten Funkspruch Herrn *Trockijs* textuell folgen:

„Da die deutsche Regierung den Krieg gegen Rußland erneuert hat, sogar ohne 7tägige vorhergehende Benachrichtigung, so habe ich hiermit die Ehre anzufragen, ob sich die österreichisch-ungarische Regierung ebenfalls im Kriegszustande mit Rußland betrachtet. Falls nicht, ob dann die k. u. k. Regierung es für möglich hält, in praktische Abmachungen einzutreten.“

Graf Czernin erwartet eine gegenständliche Rückäußerung im Laufe des heutigen Nachmittags.

327.

**19. 2. 1918: Funkspruch des Generals Hoffmann (Brest-Litowsk)
an den Rat der Volkskommissare¹⁾**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Anzeige des Legationssekretärs Dr. Meyer. Überschrift: „G[ehorsame] A[nzeige].“ Abgezeichnet Unterstaatssekretär v. dem Bussche-Haddenhausen 21. 2. 1918.

Telephonisch von Geheimrat *Schüler*, Brest-Litowsk, übermittelt 1.20 nachm. General *Hoffmann* hat folgenden Funkspruch abgegeben:

„An den Rat der Volkskommissare in Petersburg.

Der Funkspruch Zarskoe Selo an Königswusterhausen vom 19. Februar, 8.12 vorm., unterzeichnet *Uljanov Lenin, L. Trockij*²⁾, ist an die Kaiserliche Regierung übermittelt worden. Der Funkspruch kann jedoch als ein offizielles Dokument übermittlelt werden, weil authentische Unterschriften fehlen. Ich bin deshalb beauftragt, den Rat der Volkskommissare zu ersuchen, den Funkspruch schriftlich zu bestätigen. Diese Bestätigung wird nach Dünaburg zu Händen des dortigen deutschen Befehlshabers erbeten.

gez. *Hoffmann*.“

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 417.

²⁾ Vgl. Nr. 324.

328.

19. 2. 1918: Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Telegramm. Nr. 487. Abgeg. Brest-Litowsk, 19. 2. 1918, 3.05 nachm., angek. 19. 2. 1918, 3.50 nachm.

Ljubynsjkyj, mit dem ich das Friedensangebot *Trockijs* besprach, warnte davor, die Antwort so zu fassen, daß sie den Volkskommissaren eine Handhabe geben könnte, den Versuch zu machen, nochmals bei den Massen Rückhalt für Widerstand zu suchen. Man solle nicht so sehr die Wiederherstellung der inneren Ordnung Rußlands als die Hilfe, wie sie die Fremdvölker Finnlands, Estlands, Livlands, Ukraine gegen Vergewaltigung erbeten hätten, in den Vordergrund stellen und selbst hierbei mehr unsere militärischen Interessen betonen, die es zum Beispiel erwünscht machten, die russischen Truppen demobilisiert und aus den Gebieten der Fremdvölker entfernt zu sehen. Die Befreiung von Bevormundung durch Petersburg würde in ganz Rußland populär sein, Versuch, politische innere Gestaltung Rußlands zu beeinflussen, aber nicht. *Ljubynsjkyj* bat, auch einen Druck dahin auszuüben, daß Großrußland einen ausdrücklichen Friedensvertrag mit Rada-Regierung abschließt und somit durch diesen Akt Anerkennung der Rada ausspricht.

Schüler.

329.

19. 2. 1918: Funkspruch des russischen Oberkommandierenden Krylenko:
„An Alle“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Funkspruch-Großstation Königswusterhausen an das Auswärtige Amt. Telegramm. Abgeg. Königswusterhausen, 19. 2. 1918, 3.39 nachm., angek. 19. 2. 1918, 4.48 nachm. Überschrift „sehr dringend! Ganz Geheim!“

Funkspruch aus Petersburg an Alle: (aufgenommen von 3.26 bis 3.39)

An alle Fronten:

Durch den Sovet der Volkskommissare ist den Deutschen sofortige Friedensunterzeichnung angeboten.

Ich befehle, daß bei allen vorkommenden Zusammenstößen mit Deutschen Unterhändler zu den Soldaten abzuordnen sind mit dem Vorschlage, nicht zu kämpfen; im Falle sich die Deutschen weigern, ist möglichster Widerstand zu leisten.

Der Oberkommandierende.
Krylenko.

330.

19. 2. 1918: Bedingungen des Oberbefehlshabers Ost für die Regierung der Volkskommissare¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 428. Brest-Litowsk, 19. 2. 1918, angek. 19. 2. 1918, 10.10 vorm.

Oberost hat soeben an O.H.L. folgende Bedingungen vorgeschlagen, die der russischen Regierung zu stellen wären:

„1.) Sofortiger Friedensschluß der Regierung der Volkskommissare mit Ukraine und Finnland, Räumung beider Länder durch Truppen und Rote Garde, ferner Anerkennung unseres Friedens mit Ukraine und auf meinen Vorschlag auch Anerkennung der Zentral-Rada und ihrer Regierung.

2.) Sofortige Räumung Livlands und Estlands durch russische Truppen und Rote Garden.

Freilassung aller wegen politischer Betätigung verhafteten Landeseinwohner. Zustimmung, daß Livland und Estland zwecks Polizeischutz von deutschen Truppen besetzt wird. Hier möchte ich Zusatz vorschlagen:

„Bis eine den Interessen des Landes und seiner Geschichte entsprechende eigene Regierung gebildet ist.“

3.) Einstellung aller Propaganda gegen die verbündeten Regierungen und ihrer Staatseinrichtungen. Zur Zeit findet noch telephonische Unterhaltung mit O.H.L. darüber statt, ob besondere Bedingungen wegen Zurückführung unserer Kriegsgefangenen, Erleichterungen für zu diesem Zwecke zu bildende Kommissionen und ebenso für Zurückführung der deutschen Reichsangehörigen zu fordern wären. Fraglich wäre auch, ob Desinteressement bezüglich Gebietes südlich des Kaukasus zu fordern wäre.“

Schüler.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 418 f.

331.

19. 2. 1918: Schriftliche Begründung Legationsrats Nadolny für die Mitunterzeichnung des Friedensvertrages durch General Hoffmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Hs.

Die Herren Abgeordneten Gröber¹⁾ und Dove²⁾ haben an dem Friedensvertrag formell bemängelt, daß er auch von dem General Hoffmann und zwar als Vertreter der Obersten Heeresleitung unterzeichnet ist. Diese Unterschrift erklärt sich folgendermaßen.

¹⁾ Adolf Gröber (1854—1919), MdR (Zentrum), Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages 20. 8. 1918.

²⁾ Heinrich Dove, MdR (Fortschrittliche Volkspartei) 1903—1918; Vizepräsident des Reichstages.

General *Hoffmann* war von Seiner Majestät dem Kaiser als militärisches Mitglied der deutschen Delegation ernannt und hatte dort die militärtechnischen und militärpolitischen Fragen mitzubearbeiten. Dieselbe Stellung hatten bei den Friedenskonferenzen im Haag die vom Kaiser ernannten Delegierten der Armee und der Marine, die im Schlußprotokoll der Konferenz ausdrücklich als Militär- und Marinedelegierte aufgeführt sind. Bevollmächtigter — „plénipotentiaire“ im diplomatischen Sinne — war General *Hoffmann* ebensowenig wie diese Delegierten im Haag; vielmehr stand er unter der politischen Leitung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes als des einzig bevollmächtigten deutschen Delegierten.

Wenn er gleichwohl den Friedensvertrag mit unterzeichnet hat, so hängt dies damit zusammen, daß die Friedensverhandlungen in dem von der deutschen Obersten Heeresleitung abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich als eine Verpflichtung der vertragschließenden Parteien bezeichnet waren, sich mithin als eine unmittelbare Folge und Ausführung dieses Vertrages darstellten. Die Unterschrift des Generals *Hoffmann* beurkundet also, daß, soweit die Ukraine in Frage kommt, der Friedensvertrag die Erfüllung dieser gegenseitigen Zusage bedeutet, der Waffenstillstandsvertrag demnach insoweit als erledigt anzusehen ist.

332.

19. 2. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an die Botschafter in Wien und Konstantinopel und den Gesandten in Sofia
mit Entwurf des beabsichtigten Ultimatus

Rußland. Politisches, Nr. 1, Bd. 18. Telegramm (offen Hughes). Am Schluß des Textes Absendervermerk: „1. Wien Nr. 216. 2. Sofia Nr. 112. 3. Konstantinopel Nr. 270.“

Da scheinbar amtliche Funksprüche aus Petersburg von Herrn *Trockij* nachträglich mehrfach als Fälschungen hingestellt worden sind, haben wir die Sovet-Regierung durch Radio zunächst um schriftliche Bestätigung ihrer Mitteilung von heute früh ersucht. Sobald diese Bestätigung eingegangen ist, beabsichtigen wir ein Ultimatum etwa folgenden Inhalts zu stellen:

1. Rußland abschließt endgültigen Frieden in der in Brest-Litowsk als Artikel I vorgesehenen Fassung.
2. Für besetzte Gebiete annimmt Rußland Vorschläge Deutschlands und Österreich-Ungarns in Sitzung politischer Kommission vom 9. Februar 1918 in Verbindung mit der den russischen Vertretern mitgeteilten Karte.
3. Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landesbehörden und Landestruppen Ordnung und Sicherheit gewährleisten. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landeseinwohner sind sofort freizulassen.
4. Rußland schließt sofort Frieden mit Ukrainischer Volksrepublik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um alsbald ordnungsgemäße Rückgabe ostanatolischer Provinzen an Türkei sicherzustellen und anerkennt Abschaffung türkischer Kapitulationen.

6. Deutsch-russischer Handelsvertrag von 1904¹⁾ tritt wie in Artikel VII, Ziffer II A Friedens mit Ukraine wieder in Kraft unter Wegfall in Artikel II, Ziffer 3 Abs. 3 Handelsvertrages vorgesehener besonderer Vergünstigungen für asiatische Länder; ferner wird ganzer erster Teil Schlußprotokolles wiederhergestellt. Dazu kommen: Sicherung Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze; alsbaldige Verhandlung über Abschluß neuen Handelsvertrages; Sicherung der Meistbegünstigung bis mindestens Ende 1925 auch für den Fall Kündigung des Provisoriums; endlich Bestimmungen entsprechend Artikel VII, Ziffer III, Ziffer IV A, Abs. 1 und Ziffer V Friedens mit Ukraine.²⁾

7. Rechtspolitische Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage der Beschlüsse erster Lesung deutsch-russischer Rechtskommission; soweit Beschlüsse noch nicht gefaßt sind, also insbesondere Ersatz für Zivilschäden, auf Grundlage deutscher Vorschläge, Ersatz der Aufwendungen für Kriegsgefangene auf Grundlage russischen Vorschlages.

8. Vorstehende Bedingungen sind in achtundvierzig Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß.“

Leichte Abänderungen müssen vorbehalten bleiben, da Befehle Seiner Majestät nicht vorliegen.

Bitte sofort Zustimmung dortiger Regierung feststellen und drahten.

v. d. Bussche.

¹⁾ Vgl. unten S. 582, Anm. 3.

²⁾ Vgl. unten S. 588, Anm. 4.

19. 2. 1918: Artikel des Vorwärts — „Zur außenpolitischen Lage“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Randbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

... Wer sich nur einigermaßen über die Rohstoffnot Deutschlands nach dem Kriege klar ist, der weiß, daß diese wichtige Frage, die zur Frage von Leben und Tod für uns zu werden vermag, nicht durch die Loslösung russischer Randländer gelöst werden kann, sondern eher dadurch, weil sie uns der russischen Rücken- deckung beraubt, gehindert wird. Nur wenn wir es fertig bringen, daß das Angelsachsentum seine Stellung zu uns von Grund auf ändert und das deutsche Volk und seine weltwirtschaftliche Arbeit als gleichberechtigten Partner anerkennt, können wir hoffen, die nach dem Kriege beginnende Generalprobe glücklich zu bestehen.¹⁾ Eine andere Stellung Englands zu uns, die allmählich auch zu

¹⁾ Dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Esel! Mein Schwert hat schon den Bolschewiki den besten Weg gelehrt!“

einer Verständigung zu führen vermöchte, die mehr wäre als die für den Kriegsschluß notwendige formale Verständigung, ist aber nur auf dem Umweg einer deutsch-russischen Freundschaft erreichbar, die die einzig mögliche Grundlage für die Beseitigung europäischer Gegensätze überhaupt ist. Nie wird Großbritannien die aus seiner überlegenen Machtstellung fließenden Vorteile aufgeben, wenn ihre Ausnützung ihm nicht durch die Einigung des festländischen Europas faktisch unmöglich gemacht wird. Nur so kann die den Frieden der Welt dauernd gefährdende Übermacht des britischen Imperialismus (hinter der weltpolitisch obendrein die Vereinigten Staaten stehen) ein Ende gemacht werden. Es ist der einzige Weg, der die Friedenssehnsucht der Völker zur Erfüllung zu führen vermag.

334.

20. 2. 1918: Bericht eines Gewährsmannes über die politische Lage in Sovetrußland

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche an Legationsrat Frhr. v. Grünau. Telegramm Nr. 93. Abgangsvermerk: „SS v. Berlin Ausw. Nr. 956 20/II 1.50 n.“ Überschrift: „Freiherr von Grünau im Allerhöchsten Gefolge.“

Zuverlässiger Gewährsmann¹⁾ schildert augenblickliche Petersburger Verhältnisse folgendermaßen:

„*Lenin* ist völlig unpopulär, fährt meist im Panzerautomobil und ist stärker bewacht als jemals der Zar, hält sich fast ständig im Smolny-Institut auf, von wo er Dekrete aussendet, um die sich niemand kümmert. Man rechnet damit, daß in allernächster Zeit Bolschewiki-Regierung gestürzt wird. *Lenin* und *Trockij* sowie die übrigen Führer der Bewegung würden es dann zweifellos verstehen, sich mit den nötigen Geldmitteln zur Fortsetzung der Propaganda zu versehen und sich in Sicherheit zu bringen. Da die Sozialrevolutionäre trotz der großen Zahl ihrer Anhänger allein nicht das genügende Vertrauen besitzen, um eine Regierung unter Ausschluß der linken sozialdemokratischen Kreise zu bilden, dürfte eine aus Sozialrevolutionären und Kadetten gemischte Regierung folgen. Eine solche Regierung würde nicht daran denken, sofort auf einen „schlechten Frieden“ einzugehen. Man kalkuliert vielmehr folgendermaßen: einen „schlechten Frieden“ könne man immer noch früh genug haben. Stellt sich die neue Regierung auf den Boden der Treue zur Entente, so wird man durch Teilnahme an allgemeiner Friedenskonferenz vielleicht immer noch bessere Bedingungen erreichen können als die, mit denen *Trockij* heute nach Hause kommen müsse. Man erblickt bei dieser Berechnung in den inneren Verhältnissen keine Gefahr, da sie sich nicht mehr verschlimmern können. Die „Rote Armee“ hält Gewährsmann für Bluff; es werde niemals gelingen, die roten Gardisten, die nur von Raub und Mord gelebt haben, an eine straffe Disziplin zu gewöhnen.

Man erwartet angeblich noch in dieser Woche deutsche Flottenaktion gegen

¹⁾ In den Akten des Politischen Archivs a.a.O. genannt: *Dvoreckij Kirdetsov*, einer der ehemaligen Vertrauensleute des früheren russischen Gesandten in Kopenhagen, *Baron Buxhöveden*.

Petersburg; Großfürst *Paul Alexandrovič*²⁾ soll nach deren Gelingen zum konstitutionellen Zaren proklamiert werden. Es stände außer Zweifel, wenn alsdann geordnete Zustände kämen, daß, sofern nicht vorher mit den Zentralmächten abgeschlossene Wirtschaftsverträge dies verhinderten, die gesamten inzwischen selbständig gewordenen Randgebiete einschließlich der Ukraine sich automatisch wieder nach Rußland zurück orientieren würden.“

Bussche.

²⁾ Jüngster Sohn des Zaren *Alexander II.*

335.

20. 2. 1918: Bedingungen General Ludendorffs für einen Frieden mit Sovetrußland¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Legationssekretär Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 342. Großes Hauptquartier, 20. 2. 1918. Überschrift: „Telephonische Übermittlung.“ Beförderungsvermerk: „sehr dringend.“

Nach langen Sitzungen, in denen ich General *Ludendorff* von erheblich weitergehenden Forderungen abbringen konnte, hat der General Friedensbedingungen aufgestellt:

„1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben.

2. Rußland nimmt die in der politischen Kommission vom 9. 2. 18²⁾ mitgeteilte Linie und zwar: östlich Dagö, Moon und Ösel; östlich Riga; westlich Dünaburg; Driswjaty; westlich Widsy; östlich Swenzjany; östlich Lida; Lauf des Njemen bis zur Einmündung in Selwjanka; halbwegs Wolkowysk—Slonim; westlich Prushany; nördlich Brest-Litowsk (Näheres siehe Karte) als russische Grenze an. Sie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlegen.

Die Gebiete, die westlich dieser Linie liegen und zum russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Reiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen.

Deutschland ist bereit, sobald der Friede mit Rußland geschlossen und die russische Demobilisierung durchgeführt (siehe auch Ziffer 6) sowie Ruhe und Ordnung in Rußland hergestellt ist, das östlich der obengenannten Linie gelegene Gebiet zu räumen.

3. Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 420 ff.

²⁾ Vgl. Nr. 290, 302.

4. Rußland schließt sofort Frieden mit Ukrainischer Volksrepublik (und gegebenenfalls Finnland). Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt. Rußland erkennt die Selbständigkeit dieser beiden Staaten sowie ihrer Friedensschlüsse mit dem Deutschen Reich an.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um alsbald ordnungsmäßige Rückgabe ostanatolischer Provinzen an Türkei sicher zu stellen und anerkennt Abschaffung türkischer Kapitulation.

6. a) Die völlige Demobilmachung des russischen Heeres einschließlich der bolschewistischen Neubildungen ist unverzüglich durchzuführen.

b) Russische Kriegsschiffe in Ostsee, Eismeer und Schwarzem Meer sind im Liegeplatz bei Friedensschluß festzulegen, haben Munition, Handwaffen und Torpedos von Bord zu geben und die Besatzung auf ein Fünftel des Friedenssetats zu reduzieren. Diese Beschränkungen hören auf bei allgemeinem Friedensschluß. Russische Kriegsschiffe, die sich obigen Anforderungen nicht fügen, werden von beiden Vertragsschließenden als Rebellen angesehen und behandelt.

c) In der Ostsee wird die Handelsschiffahrt östlich vom 15. Grad Ost-Länge von Greenwich wieder aufgenommen. Im Schwarzen Meer wird die Handelsschiffahrt allgemein wieder aufgenommen. Einzelheiten werden durch besondere Kommissionen geregelt. Minen-Räumen im Schwarzen Meer hat sofort zu beginnen, in der Ostsee, sobald die Verhältnisse dies zulassen.

d) Die Sperrgebiete werden in voller Ausdehnung von Rußland als berechnigte deutsche Kriegsmaßnahme anerkannt. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.

e) Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereich in den zu b) angegebenen Meeren sind wie die russischen Kriegsschiffe zu behandeln.

7. Deutsch-russischer Handelsvertrag von 1904³⁾ tritt wie in Artikel VII, Ziffer 2 a Friedens mit Ukraine⁴⁾ wieder in Kraft unter Wegfall in Artikel II, Ziffer 3, Absatz 3 Handelsvertrags vorgesehener besonderer Vergünstigungen

³⁾ Unterzeichnet am 28. 7. 1904; der Handelsvertrag wurde damals nicht veröffentlicht. Vgl. u. a. Schultheß, 20. Jg. 1904, S. 116.

⁴⁾ Abdr. des Friedensvertrages mit der Ukraine vom 9. 2. 1918 u. a. Schultheß, 34. Jg. 1918. II, S. 676 ff. — Schultheß, S. 677 f. enthält folgende Angaben über den Inhalt Art. VII: „Für die Zeit bis zum 31. Juli d. J. verpflichten sich die vertragschließenden Teile, einander ihre Überschüsse an landwirtschaftlichen und industriellen Produkten zu liefern. Die Warenmengen und ihre Preise werden von einer Kommission festgestellt, die sofort nach Unterzeichnung des Friedens zusammentritt. Der Austausch wird teils durch die staatlichen oder vom Staate kontrollierten Zentralstellen, teils im freien Verkehr erfolgen. Bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages, jedenfalls aber bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Abschluß des allgemeinen Friedens wird der gegenseitige Warenverkehr durch ein provisorisches Übereinkommen geregelt, das vom 30. Juni 1919 an sechsmonatlich kündbar ist. Dieses Provisorium setzt die gegenseitigen Vertragszölle, die bis zum Ausbruch des Krieges im Verkehr zwischen Deutschland bzw. Österreich-Ungarn und Rußland galten, für den Verkehr mit der Ukraine in Kraft. Es enthält ferner alle wichtigen Bestimmungen des früheren deutsch-russ., bzw. österr.-ung.-russ. Handels- und Schiffahrtsvertrages, soweit sie auf die Ukraine Anwendung finden können. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bulgarien, bzw. der Türkei und der Ukraine sollen sich bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages nach dem Rechte der meistbegünstigten Nation regeln.“ — Vgl. auch John, S. 81 f.

für asiatische Länder; ferner wird später erster Teil Schlußprotokolls wiederhergestellt. Dazu kommen: Sicherung Ausfuhrfreiheit für Erze; alsbaldige Verhandlung über Abschluß neuen Handelsvertrages; Sicherung der Meistbegünstigung bis mindestens 1925 auch für den Fall Kündigung des Provisoriums; endlich Bestimmungen entsprechend Artikel 7, Ziffer 3, Ziffer IV A, Absatz 1, und Ziffer V Friedens mit Ukraine.⁵⁾

8. Rechtspolitische Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage der Beschlüsse erster Lesung deutsch-russischer Rechtskommission⁶⁾; soweit Beschlüsse noch nicht endgültig gefaßt sind, also insbesondere Ersatz von Zivilschäden auf Grundlage besonderer Vorschläge, Ersatz der Aufwendungen für Kriegsgefangene auf Grundlage russischen Vorschlages.

9. Rußland läßt durch Deutschland zu bestimmende Kommissionen zum Schutze und zur Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene, Staatsangehörige und Rückwanderer in Rußland zu und verpflichtet sich, diese Kommissionen mit allen Mitteln zu unterstützen.

10. Rußland verpflichtet sich, jegliche Agitation und Propaganda gegen die vier verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen, auch in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten, einzustellen.

11. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer 2 Wochen ratifiziert sein muß.“

General *Ludendorff* nimmt dabei an, daß in den vorstehenden Artikeln die Abtretung des gesamten russischen Staatseigentums einschließlich aller Rechte und Gerechtsamen des russischen Staates und der russischen Krone in den besetzten Gebieten, desgleichen aller Staats- und Privatbahnen daselbst an das Deutsche Reich ausbedungen ist, ferner daß die Fragen der Prisen, Embargo-Schiffe, der zu Unrecht im neutralen Hoheitsgebiet versenkten oder weggenommenen Handelsschiffe sowie die Wiederaufnahme des Seehandels in dem beim Auswärtigen Amt bekannten Sinne des Admiralstabes der Marine geregelt werden.

Euere Exzellenz darf ich gehorsamst bitten, dem Vorstehenden baldmöglichst zuzustimmen.

Lersner.

⁵⁾ Vgl. oben Anm. 3, 4.

⁶⁾ Liegt in den Akten des Pol. Archivs vor, in: Rußland, Politisches Nr. 1. Anlage zu Bd. 12. Deutsch-russische Rechtskommission. Ergebnisse der ersten Lesung festgestellt durch das Redaktionskomitee. Msch. Schr., hektogr. Inhalt: Friedens-Präliminarien zwischen Deutschland und Rußland (32 S.); Erste Sitzung der deutsch-russischen Rechtskommission. Sonntag, den 20. Januar 1918, nachm. 5 Uhr (24 S.); Zweite Sitzung der deutsch-russischen Rechtskommission. Montag, den 21. Januar 1918, nachm. 6 Uhr (13 S.); Dritte Sitzung der deutsch-russischen Rechtskommission. Mittwoch, den 23. Januar 1918, vorm. 11 Uhr (28 S.); Vierte Sitzung der deutsch-russischen Rechtskommission. Mittwoch, den 23. Januar 1918, nachm. 5½ Uhr (22 S.); Fünfte Sitzung der deutsch-russischen Rechtskommission. Donnerstag, den 24. Januar 1918, nachm. 5 Uhr (27 S.); Sechste Sitzung der deutsch-russischen Rechtskommission. Freitag, den 25. Januar 1918, nachm. 5 Uhr (17 S.).

336.

20. 2. 1918: Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Telegramm. Nr. 85. Abgeg. Großes Hauptquartier, 20. 2. 1918, 7.50 nachm., angek. 20. 2. 1918, 8.10 nachm. Überschrift: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 81“¹⁾

Mit Rücksicht auf für morgen angesetzte Fahrt seiner Majestät nach Kreuznach habe ich doch noch Telegramm Nr. 88²⁾ zum Vortrag gebracht unter dem Vorbehalt, daß bezüglich einiger nicht so wesentlicher Punkte der Meinungsaustausch mit der O.H.L. noch nicht abgeschlossen sei.

Seine Majestät hat sich im Prinzip mit dem vorliegenden Vorschlag einverstanden erklärt, würde aber auch gern die Propagandafragen in das Ultimatum mit aufnehmen.

Grünau.

¹⁾ Legationsrat Frhr. v. Grünau, Großes Hauptquartier, an das Auswärtige Amt 20. 2. 1918: „... Möchte Vortrag erst halten, wenn dortige Stellungnahme zu Ergänzungsvorschlägen der O.H.L. erfolgt ist, die nach Kreuznacher Mitteilung zu erwarten sind. Dann könnte zugleich Entscheidung herbeigeführt werden. Wie ich Stimmung Seiner Majestät beurteile, würde großer Wert darauf gelegt werden, Forderung der Einstellung aller Propaganda in Ultimatum aufzunehmen und eine Entschuldigungs-Erklärung für versuchte Revolutionierung der Armee zu extrahieren.“ — Pol. Archiv. Rußland Pol. Nr. 1, Bd. 18.

²⁾ Staatssekretär v. Kühlmann an Legationsrat Frhr. v. Grünau 19. 2. 1918: „Ich möchte vorschlagen, folgende Mitteilung an die Petersburger Regierung zu richten, sobald die von General Hoffmann geforderte schriftliche Bestätigung des russischen Funkspruches von heute morgen eingegangen ist. ... Im vorstehenden Entwurf sind die wesentlichen Punkte der von Ob.Ost der O.H.L. vorgeschlagenen Bedingungen berücksichtigt. Fortgelassen sind die Forderungen 1. wegen Friedensschluß mit Finnland, da unseres Wissens die Regierung der Volkskommissare sich formell nicht im Kriege mit Finnland befindet, 2. wegen Anerkennung unseres Friedens mit Ukraine sowie Anerkennung der Zentralrada und ihrer Regierung, da der geforderte sofortige Friedensschluß mit der Ukrainischen Volksrepublik jene Anerkennungen einschließt, 3. wegen Einstellung aller Propaganda gegen die verbündeten Regierungen und ihre Staatseinrichtungen. Diese Forderung wird, um das Ultimatum nicht allzu sehr zu belasten, besser den Verhandlungen bei Unterzeichnung des Friedens vorbehalten bleiben.“ Pol. Archiv, Rußland. Pol. Nr. 1, Bd. 18.

337.

20. 2. 1918: Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Telegramm. Nr. 444. Abgeg. Brest-Litowsk, 20. 2. 1918, 9.45 vorm., angek. 20. 2. 1918, 10.10 vorm. Überschrift: „Geheim“. Vermerk: „Eilt sehr“.

In der Nacht ist hier Funkspruch *Trockijs* eingetroffen, der den Funkspruch vom 19. Februar¹⁾ wiederholt, ferner die Antwort General Hoffmanns²⁾ wiederholt und alsdann mitteilt, daß Kurier mit schriftlicher Wiederholung von Petersburg nach Dünaburg unterwegs.

Schüler.

¹⁾ Vgl. Nr. 324.

²⁾ Vgl. Nr. 327.

338.

**20. 2. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an die Botschafter in Wien und Konstantinopel und den Gesandten in Sofia**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Telegramm (offen Hughes). Absendevermerk: „1. Wien Nr. 222. 2. Sofia Nr. 115. 3. Konstantinopel Nr. 273.“

Zur schleunigen Verwertung bei dortiger Regierung.

Da der gestrige Funkspruch der Russen in der Friedensfrage¹⁾ — vermutlich durch Meldungen aus dem neutralen Ausland — trotz unserer Bemühungen um Geheimhaltung weiteren Kreisen bekanntgeworden war, konnte er dem zur Beratung russischer Fragen versammelten Reichstag nicht länger verschwiegen werden. Ich habe daher der heutigen Vollversammlung seinen wesentlichen Inhalt kurz mitgeteilt.

v. dem Bussche.

¹⁾ Vgl. Nr. 324.

339.

**21. 2. 1918: Abänderungsvorschläge Reichskanzlers Graf v. Hertling
zu den von General Ludendorff formulierten Friedensbedingungen**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Reichskanzler Graf v. Hertling an Legationssekretär Frhr. v. Lersner. Telegramm (offen Hughes). Nr. 248. Konzept, Abgangsvermerk: 21. 2. 1918. Bezugsvermerk: „Auf Nr. 342“.¹⁾

Mit den von General *Ludendorff* formulierten Friedensbedingungen bin ich im allgemeinen einverstanden, doch muß ich auf folgende Abänderungen Wert legen.

1. Für Art. 2 Absatz 1 schlage ich folgende Fassung vor:

Rußland nimmt die Linie, die in der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Karte eingezeichnet ist, als russische Grenze an. Sie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlegen.

Auf diese Weise wird die Aufzählung der einzelnen Grenzpunkte vermieden, die von unseren Linksparteien als zu weitgehend voraussichtlich stark kritisiert werden würde.

2. Dem Art. 2 Abs. 2 ist am Schluß nachstehender Satz anzuhängen:

Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

3. Für Art. 2 Abs. 3 wird folgende Fassung vorgeschlagen:

Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede mit Rußland geschlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das östlich der oben genannten Linie gelegene Gebiet zu räumen.

¹⁾ Vgl. Nr. 335.

4. Im Artikel 4 wird Streichung des dritten Satzes empfohlen, da die Selbständigkeit beider Staaten von Rußland bereits anerkannt ist, außerdem wird die Ukrainische Volksrepublik selbst dafür sorgen, daß Rußland in dem Frieden mit ihr den ukrainischen Frieden mit uns anerkennt. Mit Finnland haben wir überhaupt noch keinen Frieden. Ob und wann er zustandekommen wird, steht dahin.

5. Im Artikel 6a wird befürwortet, statt einschließlich der bolschewistischen Neubildungen zu sagen: einschließlich der neugebildeten Heeresteile.

6. Wegen der maritimen Bestimmungen unter 6b bis e verhandeln wir mit Admiralstab. Die mit diesem zu vereinbarende Fassung würde in das Ultimatum aufzunehmen sein.

7. Im Artikel 7 sind einige unwesentliche Auslassungen enthalten, die wohl nur auf die mehrfache telegraphische Übermittlung zurückzuführen sind. Wir betrachten daher den von uns ursprünglich vorgeschlagenen Text als maßgebend.

8. Im Absatz 1 muß das Wort „endgültig“ besser gestrichen werden.

9. Für Absatz 2 ist hier eine redaktionell etwas geänderte Fassung in Arbeit, die sachlich auf dasselbe hinausläuft.

10. Wir würden die Streichung des Artikels 10 vorziehen, da er den Eindruck erwecken könnte, als fühlten wir uns ohnmächtig, uns selbst gegen die russische Agitation zu schützen, da jedoch die Oberste Heeresleitung besonderen Wert auf diesen Artikel legt, will ich meine Bedenken zurücktreten lassen. Ich bitte jedoch, statt „jegliche Agitation“ zu setzen: „jegliche amtlichen oder amtlich unterstützten Agitationen“.

Was die Abtretung des russischen Staatseigentums, der Staats- und Privatbahnen u.s.w. in den besetzten Gebieten anlangt, so ist über die Behandlung dieser Frage mit dem Reichsschatzamt volle Einigung erzielt worden. Die Frage der Prisen usw. werden im engsten Einvernehmen mit dem Admiralstab geregelt.²⁾

(Reichskanzler i. m.)³⁾

¹⁾ Endgültige Fassung vgl. Nr. 343.

²⁾ = in mundo; Reinschrift, die dem Reichskanzler zur Unterfertigung vorgelegt werden soll; vgl. Meyer, S. 39.

340.

21. 2. 1918, vorm.: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Telegramm. Nr. 343. Abgeg. Großes Hauptquartier, 21. 2. 1918, 8.30 vorm., angek. 21. 2. 1918, 9.20 vorm. Überschrift: „Dringend!“ Vermerk: „Im Anschluß an Telegramm 342“.¹⁾

General *Ludendorff* schreibt mir heute nacht:

„Auf Grund persönlichen Berichts eines aus Petersburg zurückgekehrten Offiziers bitte ich, Ziffer 10 der Friedensbedingungen mit Großrußland¹⁾ dahin zu er-

¹⁾ Vgl. Nr. 335.

weitem, daß die Russische Regierung jegliche Agitation und Propaganda gegen ihr nicht genehme Staats- und Heereseinrichtungen auch in Finnland und der Ukraine einzustellen sich verpflichtet muß.“

Marine hatte auch noch weitere Wünsche, deren Annahme ich jedoch verweigert habe.

Erbitte gehorsamst baldige Entscheidung über mein Telegramm 342.²⁾

Lersner.

²⁾ Vgl. Nr. 335.

341.

21. 2. 1918, nachm.: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Telegramm. Nr. 352. Abgeg. Großes Hauptquartier, 21. 2. 1918, 8.00 nachm., angek. 21. 2. 1918, 8.45 nachm. Überschrift: „Auf Telegramm 248“.¹⁾ Vermerk: „Dringend“.

General *Ludendorff* ist mit allem einverstanden, er bittet nur unter Ziffer 5 im Artikel 6a zu setzen „einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile“.²⁾

Herr Staatssekretär hat Kenntnis.

Lersner.

¹⁾ Vgl. Nr. 339.

²⁾ Vgl. Nr. 339.

342.

21. 2. 1918: Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Telegramm. Nr. 454. Abgeg. Brest-Litowsk, 21. 2. 1918, 11.15 vorm., angek. 21. 2. 1918, 11.55 vorm.

Die Kuriere der Volkskommissare sind gestern abend in Dünaburg eingetroffen. Ob[er]ost hat hierüber an O.H.L. folgendes gemeldet:

„Am 20. 2. 9 Uhr abends trafen in Dünaburg 3 russische Kuriere (ein Zivilist, 2 Soldaten) ein mit folgendem Schreiben: oben links: Der Rat der Volkskommissare. Petrograd, den 19. Februar 1918. Nr. 497.

An die Regierung des Deutschen Reiches, Berlin.

Der Rat der Volkskommissare protestiert dagegen, daß die Deutsche Regierung Truppen gegen die russische Räte-Republik in Marsch gesetzt hat, die den Kriegszustand für beendet erklärt und die Demobilisierung der Armee auf allen Fronten begonnen hat. Die Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands konnte einen solchen Schritt schon deswegen nicht erwarten, weil keine der beiden sich im Waffenstillstand befindlichen Parteien, weder direkt, noch indirekt, den

Waffenstillstand 7 Tage vorher gekündigt hatte, wozu sich beide Parteien nach dem Vertrage vom 2ten (15ten) Dezember 1917 verpflichtet hatten.

Der Rat der Volkskommissare sieht sich daher gezwungen, unter den gegebenen Umständen seine Bereitwilligkeit zu erklären, den Frieden zu den Bedingungen zu unterzeichnen, wie sie von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk vorgeschlagen sind.

Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der Deutschen Regierung vorgeschlagenen genauen Friedensbedingungen unverzüglich gegeben werden wird.

Der Rat der Volkskommissare.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare *V. Uljanov (Lenin)*.

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten *L. Trockij*.

Unten links: (Stempel).

Die Verwaltung der Angelegenheiten der Bauern- und Arbeiterregierung der Republik Rußland.“

Die Meldung des Oberkommandos A A D¹⁾ Dünaburg, die dieser Meldung von Ob[er]ost an O.H.L. zugrunde liegt, hat aber eine bisher nicht an O.H.L. weitergegebene Fortsetzung, die mir deswegen wichtig erscheint, weil hieraus hervorgeht, daß die Kuriere zur Empfangnahme einer Antwort, also unserer Friedensbedingungen, ausdrücklich ermächtigt sind. Diese Fortsetzung lautet:

„Die Kuriere haben folgenden Ausweis oben links:

Der Höchstkommmandierende, den 20. Februar 1918 Nr. 213.

Petrograd. Mandat. Der Vorzeiger dieses, das Mitglied des militärrevolutionären Stabes beim Hauptquartier, der Genosse *Turčan*, wird hiermit von mir auf Befehl des Rates der Volkskommissare bevollmächtigt, im Namen der Regierung der russischen Republik dem Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in der Stadt Dünaburg eine offizielle Urkunde auszuhändigen und die Antwort zwecks Weitergabe an die russische Regierung entgegenzunehmen. Über die Aushändigung der erwähnten Urkunde hat er eine entsprechende Empfangsbescheinigung zu empfangen. Die Richtigkeit dieser Vollmacht wird durch persönliche Unterschrift und Beidrückung eines Stempels bestätigt.

Der Höchstkommmandierende. *N. Krylenko*.

Unten links: Stempel:

Im Namen der Republik der Räte der Höchstkommmandierende und Volkskommissar für Heeres- und Marineangelegenheiten. Die Kuriere befinden sich bei der Kommandantur Dünaburg.

Berichtigung: Einsetze vor: Die Kuriere haben folgenden Ausweis: Schreiben in Maschinenschrift. Namensunterschrift handschriftlich. Oberkdo. AAD.“

Schüler.

¹⁾ Armee-Abteilung D; Zusammensetzung und Operationen vgl. Der Weltkrieg 1914—1918, 13. Bd., S. 367 f.

343.

21. 2. 1918: Ultimatum der deutschen Regierung an die russische Regierung

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 18. Masch. Schr., hektografiert. Überschrift: „Antwort der Deutschen Regierung¹⁾ auf das Schreiben der russischen Regierung vom 19. Februar 1918.“²⁾ Übersandt dem Gesandten v. Rosenberg, dem Legationsrat Frhr. v. Grünau, dem Legationssekretär Frhr. v. Lersner, dem deutschen Botschafter in Wien. — Dazu Entwurf in Maschinenschrift mit zahlreichen hs. Korrekturen und Ergänzungen.

Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wiederaufzunehmen und Frieden zu schließen³⁾:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben.

2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linie liegen und zum Russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen; die Linie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlegen. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum Russischen Reiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das östlich der obengenannten Linie gelegene Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 3 etwas anderes ergibt.

3. Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.

4. Rußland schließt sofort Frieden mit Ukrainischer Volksrepublik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen, und erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitulationen an.

6. a. Die völlige Demobilmachung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile ist unverzüglich durchzuführen.

¹⁾ Ein weiteres Exemplar dieses Dokuments in den Wiener Akten, HHSTA, P.A. Brester Kanzlei; Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 425 ff.

²⁾ Vgl. Nr. 324.

³⁾ Die deutschen Bedingungen langten in Petersburg am 23. 2. 10.30 vorm. ein; über ihren Inhalt und die Aufnahme bei den Bolschewiki vgl. Lenin, Sämtliche Werke XXII, S. 683 f.

b. Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Eismeer sind entweder in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß zu belassen oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereich sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.

c. Die Handelsschiffahrt im Schwarzen Meere und in der Ostsee wird wieder aufgenommen, wie es im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen war; das Minenräumen dafür hat sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt wie in Artikel VII, Ziffer II A des Friedens mit der Ukraine wieder in Kraft unter Wegfall der in Artikel II, Ziffer 3, Absatz 3 des Handelsvertrages vorgesehenen besonderen Vergünstigungen für asiatische Länder; ferner wird der ganze erste Teil des Schlußprotokolls wiederhergestellt. Dazu kommen: Sicherung der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze; alsbaldige Verhandlung über Abschluß eines neuen Handelsvertrages; Sicherung der Meistbegünstigung bis mindestens Ende 1925 auch für den Fall der Kündigung des Provisoriums; endlich Bestimmungen entsprechend Artikel VII, Ziffer III, Ziffer IV A, Absatz 1 und Ziffer V des Friedens mit der Ukraine.

8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage der Beschlüsse erster Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission. Soweit Beschlüsse noch nicht gefaßt sind, also insbesondere Ersatz von Zivilschäden auf Grundlage der deutschen Vorschläge, Ersatz der Aufwendungen für Kriegsgefangene auf Grundlage des russischen Vorschlages. Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher Kriegsgefangenen, Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.

9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amtlich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die vier verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen, auch in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß.⁴⁾

Berlin, den 21. Februar 1918.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

v. Kühlmann.

⁴⁾ *Lenin* urteilte über das deutsche Ultimatum: „Die Antwort der Deutschen stellt uns, wie die Leser sehen, noch schwerere Friedensbedingungen als in Brest-Litowsk. Und nichtsdestoweniger bin ich absolut überzeugt davon, daß nur die völlige Berausung an revolutionären Phrasen imstande ist, irgend jemand zur Ablehnung dieser Bedingungen zu treiben . . . Die Friedensbedingungen, die uns die Vertreter des deutschen Imperialismus angeboten haben, sind unerhört schwere, unendlich drückende, räuberische Bedingungen. Die deutschen Imperialisten machen sich die Schwäche Rußlands zunutze und setzen uns das Knie auf die Brust. Und in dieser Situation muß ich, um euch nicht die bittere Wahrheit vorzuent-

halten, von der ich tief überzeugt bin, sagen, daß wir keinen anderen Ausweg haben, als diese Bedingungen zu unterzeichnen. Jeder andere Vorschlag ist eine freiwillige oder unfreiwillige Heraufbeschwörung noch größerer Übel ... Es ist ungeheuer, unglaublich schwer, einen unglücklichen, unendlich schweren, unendlich erniedrigenden Frieden zu unterzeichnen ... Aber es ist nicht erlaubt, in Verzweiflung zu geraten, es ist unzulässig, zu vergessen, daß die Geschichte Beispiele noch größerer Demütigungen, noch unglücklichere, schwerere Friedensbedingungen kennt. Und trotzdem haben es die von brutalen, grausamen Siegern erdrückten Völker verstanden, sich wieder zu erholen und zu erheben ... Die Friedensbedingungen sind unerträglich schwer. Trotzdem wird sich die Geschichte durchsetzen. Die unaufhörlich heranreifende sozialistische Revolution in den anderen Ländern wird uns zu Hilfe kommen ...“; diese und weitere Ausführungen *Lenins* vgl. Lenin, Sämtliche Werke, XXII S. 295 f., Krieg oder Frieden? (23. 2. 1918); S. 297—299, Äußerungen *Lenins* in der Sitzung des ZK der SDAPR (B) 23. Februar 1918. Protokollarische Aufzeichnungen; S. 300, Rede in der gemeinsamen Sitzung der Fraktionen der Bolschewiki und der linken Sozialrevolutionäre im Allrussischen Zentralexekutivkomitee 23. Februar 1918; S. 301—305, Rede in der Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees 23. Februar 1918; S. 306—309, Äußerungen *Lenins* in der Sitzung der ZK der SDAPR (B) 24. Februar 1918. Protokollarische Aufzeichnungen; S. 310 f., Ein unglücklicher Frieden (24. 2. 1918); S. 312, Zur Geschichte des unglücklichen Friedens (24. 2. 1918); über die Annahme der deutschen Friedensbedingungen durch die Bolschewiki s. ebenda S. 684 f. — Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Beurteilung durch *Stalin*: „Im Auftrag des Rates der Volkskommissare, Volkskommissar *Stalin*, am 22. Februar, erhielten wir von der deutschen Regierung schwere, man kann sagen, bestialische Friedensbedingungen, wobei die Deutschen die Annahme dieser Bedingungen binnen achtundvierzig Stunden fordern. Gleichzeitig rücken deutsche Truppen gegen Reval und Pskov vor und bedrohen Petrograd; unsere Truppen aber geben endgültig den Widerstand auf ... Überhaupt muß man sagen, die Bedingungen sind unglaublich brutal. Uns scheint, der Punkt über die Ukraine bedeutet nicht die Wiederherstellung der Macht *Vinničenkos*, die an und für sich für die Deutschen keinen Wert hat, sondern einen sehr realen Druck auf uns, der bezwecken soll, daß wir in die Annahme des Vertrages der alten Rada mit Österreich-Ungarn einwilligen, denn die Deutschen brauchen nicht *Vinničenko*, sondern einen Austausch ihrer Fertigwaren gegen Getreide und Erz. Die gegenwärtige Lage beurteilen wir in Verbindung mit der Offensive der Deutschen und der Flucht unserer Truppen folgendermaßen: Nach dem Sturz unserer Imperialisten sind wir durch das langsame Tempo der revolutionären Bewegung im Westen, durch die fehlende Standhaftigkeit unserer Truppen und die unerhörte Raubgier der deutschen Imperialisten zeitweilig in die Klauen des ausländischen Imperialismus geraten. Gegen ihn müssen wir schon jetzt die Kräfte zur Organisation eines vaterländischen Krieges sammeln, wobei wir auf die Entfesselung der revolutionären Kräfte im Westen hoffen, die unserer Meinung nach unausbleiblich ist. Für die Vorbereitung ist eine minimale Atempause notwendig, die selbst ein brutaler Frieden geben könnte. Auf keinen Fall dürfen wir uns Illusionen machen ... Von diesen Erwägungen hat sich auch das Allrussische Zentralexekutivkomitee der Sovets leiten lassen, als es heute nacht um drei Uhr beschloß, zu diesen bestialischen Bedingungen Frieden zu schließen, und den Rat der Volkskommissare beauftragte, eine Delegation nach Brest zu schicken — was heute geschehen ist. Das ZEK ist zu dem Schluß gekommen, daß nur unter diesen Bedingungen die Sovetmacht behauptet werden kann ...“; vgl. *Stalin*, Werke IV S. 36 ff., Fernspruch über die direkte Leitung an das Volkssekretariat der ukrainischen Sovetrepublik, Petrograd, 24. 2. 1918.

344.

21. 2. 1918: Aufruf des Rates der Volkskommissare an das russische Volk

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 460. Brest-Litowsk, 21. 2. 1918. Angek. 21. 2. 1918, 6.25 nachm.

Heute aufgefangen folgender Funkspruch der Volkskommissare an das russische Volk betr. ihre Friedensbereitschaft auch unter schwersten Bedingungen.

„21. 2. 18. 8.00 vorm.

An die ganze arbeitende Bevölkerung von ganz Rußland!

Arbeiter, Soldaten und Bauern!

Die Ratsgewalt war von dem Volke unter das Banner des Kampfes für den Frieden gestellt. Wir, der Rat der Volkskommissare, wandten uns mit dem Vorschlage allgemeiner Friedensverhandlungen an alle kriegführenden Länder. Die verbündeten Regierungen wiesen unseren Vorschlag ab, unterstützten gegen uns *Duchonin, Kaledin, Alekseev*¹⁾, die Kiever Rada und die rumänische Regierung und waren bestrebt, unseren Kampf für den Frieden in Ketten zu schmieden. Die deutsche und österreichische Regierung traten zwar in die Verhandlungen ein, aber der Frieden, den sie uns anboten, war auf Eroberung und Gewalttat gegründet. Die durch die russische Revolution erweckte Arbeiterklasse Deutschlands und Österreichs hat es noch nicht verstanden, mit ihren Imperialisten fertig zu werden. Wir, der Rat der Volkskommissare, glauben, daß das revolutionäre Rußland eben nicht imstande ist, die Last eines neuen Krieges auf seine wunden Schultern zu nehmen. Ohne den annexionistischen Friedensvertrag zu unterzeichnen, haben wir erklärt, daß wir unsere Armee demobilisieren und den Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklären. Dieses bedeutete, daß dem deutschen Volke von unserer Seite keine Gefahr mehr droht. Der Vormarsch Deutschlands ist unter diesen Umständen als nichts anderes anzusehen als wie ein offener und sichtbarer Raubüberfall; dieses hat jedoch die deutschen Befehlshaber nicht zurückgehalten. Sie haben die Entwicklung unserer Demobilisierung abgewartet, sogar ohne eine siebentägige Kündigung, wie in den Friedensverhandlungen vorgesehen war, haben die Regierungen der Hohenzollern und Habsburger ihre Truppen in das revolutionäre Rußland einmarschieren lassen. Die aufgelösten Reste unserer Truppen haben sich fast ohne Widerstand vor dem organisierten Drucke des Feindes zurückgezogen. Die feindlichen Truppen gehen nach Besetzung von Dünaburg, Wenden und Luck vor, indem sie die wichtigsten Verbindungswege abzuschneiden und durch Hunger das Wichtigste der Revolution zu erdrosseln drohen. Mit der Stimmung unserer erschöpften Armee rechnend, ebenso mit dem Zustande des ganzen Landes und insbesondere mit ihren Verpflegungs- und Transportmitteln, hat der Rat der Volkskommissare einen neuen Versuch gemacht, den Vormarsch der Truppen der Hohenzollern aufzuhalten, indem er das Einverständnis ausdrückte, die uns gestellten Friedensbedingungen zu unterschreiben.

Soldaten, Arbeiter, Bauern! Wir haben diesen für uns schwersten Schritt gemacht um den Preis der großen Verzichtleistung, um die Revolution vor dem Untergange zu retten. Die Bourgeoisie begrüßt einerseits die Ankunft der deut-

¹⁾ *Michael Alekseev* (1857—1918), russischer General, 1918 Kommandant einer weißgardistischen Armee gegen die Bolschewiki.

schen Generäle zum Gericht über die Revolution und unternimmt andererseits eine wilde Hetze gegen die Ratsgewalt. In diesem Sinne berichten auch die Zeitungen der Verständigungsparteien, sie stellen die Sache so dar, als ob wir die Fahnen freiwillig vor den Hohenzollern gesenkt haben. Aber ihr, Kameraden, Arbeiter, Soldaten und Bauern, kennt die Lage des Landes und der Front ebenso wie wir. Da sich aber die deutsche arbeitende Klasse in dieser drohenden Stunde als unentschlossen und nicht stark genug erwiesen hat, um die verbrecherische Hand des eigenen Militarismus aufzuhalten, so blieb uns keine andere Wahl übrig, als die Bedingungen des deutschen Imperialismus anzunehmen bis zu dem Zeitpunkt, wo die europäische Revolution sie abändern wird. Vorläufig wissen wir jedoch noch nicht, was für eine Antwort die deutsche Regierung geben wird. Sie beeilt sich nicht, zu antworten, indem sie sich anscheinend bemüht, soviel wie möglich sich der wichtigsten Punkte auf unserem Gebiete zu bemächtigen. Wir sind augenblicklich tief davon überzeugt, daß die deutschen Arbeiterklassen sich gegen den Versuch ihrer regierenden Klassen, die Revolution zu ersticken, erheben werden, aber wir können nicht mit Bestimmtheit voraussehen, wann dieses eintreten wird. Wir erwarten die Unterbreitung der deutschen Bedingungen und sind zu den allergrößten Opfern bereit, um unserem erschöpften Volke die Möglichkeit zu geben, sich mit den schrecklichen Folgen des Krieges abzufinden und den Weg der sozialistischen Entwicklung des Landes zu betreten. Doch zu gleicher Zeit halten wir es als unumgänglich notwendig, Euch, Arbeiter, Soldaten und Bauern, darauf aufmerksam zu machen, daß die deutschen Imperialisten vor nichts zurückschrecken in ihrem Bestreben, die Ratsmacht zu stürzen, das Land den Bauern zu nehmen, die Macht der Gutsbesitzer, Bankiers und Monarchie wieder aufzubauen. Wir wollen den Frieden. Wir sind bereit, auch einen schweren Frieden anzunehmen, wir müssen aber bereit sein, wenn die deutsche Gegenrevolution ...²⁾ um die Schlinge um unseren Hals zu ziehen. Der Rat der Volkskommissare ruft alle Ortsräte und Armeeeorganisationen auf, zur Wiederherstellung der Armee alle Kräfte anzuspannen. Alle verderbten Elemente, Huligane³⁾, Marodeure, Feiglinge müssen unbarmherzig aus den Reihen der Armee vertrieben werden und beim Versuch des Widerstandes vom Erdboden verschwinden. Alle Arbeiter und Bauern, die keine produzierende Tätigkeit haben, selbstbewußte Kämpfer der Revolution, müssen unverzüglich in die Reihen der Roten Garde eintreten. Es ist unbedingt erforderlich, alle Kräfte anzuspannen zur Verbesserung der Transporte und Verbesserung der Verpflegung. Die Bourgeoisie, welche zu Zeiten des Zaren und *Kerenskij's* sich von den Lasten des Krieges ferngehalten hat, muß herangezogen werden zur Erfüllung ihrer Pflicht mit den energischsten und entscheidendsten Mitteln. Man muß in der Armee und im ganzen Lande die strengste Disziplin einführen. In Petersburg wie auch in allen anderen Zentren der Revolution ist es unumgänglich nötig, die Ordnung mit eiserner Hand aufrechtzuerhalten.

²⁾ So im Or.

³⁾ Nach *Frankfurter Zeitung*, 14. Bd., S. 7607 (F. Wertheimer, Die Besetzung Rigas) „... zivile Marodeure, hier landläufig Hooligans genannt ...“

Arbeiter, Bauern und Soldaten! Mögen unsere Feinde wissen, daß wir bereit sind, die Niederringung [sic!] der Revolution bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

Der Rat der Volkskommissare, 21. Februar 1918, 2 Uhr nachts.⁴⁾

Schüler.

⁴⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die von *Lenin* verfaßte Ergänzung zu dem Dekret des Rates der Volkskommissare „Das sozialistische Vaterland in Gefahr“, in: *Lenin, Sämtliche Werke* XXII S. 289 f.; über den Zweck des Aufrufes vgl. ebenda S. 682. — Weitere Äußerungen *Lenins* zum Verhalten gegenüber den Deutschen a.a.O., S. 277—288, Die revolutionäre Phrase (21. 2. 1918); S. 291—294, Über die Krätze (22. 2. 1918). — Zur Lage sowie zur Frage einer Verbindung der Bolschewiki mit den westlichen Alliierten ebenda S. 682 f.

345.

21. 2. 1918: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Telegramm. Nr. 353. Abgeg. Großes Hauptquartier, 21. 2. 1918, 8.00 nachm., angek. 21. 2. 1918, 8.45 nachm.

General *Ludendorff* bittet, wenn es zu Verhandlungen in Brest kommt, daß Gesandter *v. Rosenberg* folgendes Russen gegenüber mündlich besonders vertritt:

- 1) Womöglich augenblickliche Freilassung aller in Est- und Livland Verhafteten.
- 2) Sofortige Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen. Deutschland wird gleiche Zahl russischer Kriegsgefangener zurücksenden.
- 3) Möglichste Erleichterung für Rückwanderung deutscher Bauern und Kolonisten aus Rußland.
- 4) Enthaltung der bolschewistischen Agitation in Finnland und Ukraine.

Ferner hatte Seine Majestät Auslieferung einer möglichst großen Zahl russischer Torpedoboote gewünscht.

Lersner.

346.

21. 2. 1918: Artikel der Kölnischen Zeitung — „Sozialistische Torheit“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. — Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Wien, 19. Februar (Telegramm). Im Gegensatz zu den übrigen Blättern, die dem deutschen Vorgehen gegen Rußland durchaus zustimmen, übt die sozialistische *Arbeiterzeitung* daran scharfe Kritik und schreibt den neuen Krieg gegen Rußland der deutschen Eroberungssucht zu. Im Abgeordnetenhaus bringen die Sozialisten eine Anfrage ein, worin die Fortsetzung der Friedensverhandlung mit Rußland, die grundsätzliche Zustimmung zu *Wilson's*

Friedensprogramm, die sofortige Entlassung der älteren Landsturmlaute gefordert und obendrein verlangt wird, daß keine österreichisch-ungarischen Truppen in der Ukraine gegen Rußland verwandt werden.

Wohl selten ist politische Unvernunft so schnell vor aller Welt ad absurdum geführt worden wie in diesem Falle des Begehrens nach Friedensverhandlungen mit Rußland¹⁾: kaum schicken sich die deutschen Truppen zum Vormarsch nach Osten an, als auch schon die sonst so fanatisch zähen und spröden Herren *Lenin* und *Trockij* entgegen ihrer bisherigen hinterhältigen Stellungnahme sich schleunigst zum Friedensschluß bereit erklären. Das ist der beste Beweis dafür, welche Mittel zum Ziel führen und welche nicht.²⁾ Dieser Fall kennzeichnet aber auch in wünschenswerter Deutlichkeit die politische Unreife derer, die sich nicht gescheut haben, mitten in diesem Kriege eine derart taktlose und undankbare Haltung einzunehmen, die mit kleinlicher Beschränktheit das Parteisüppchen am Feuer des Weltbrandes glaubt kochen zu dürfen. Die logische Folge der letzten Forderung müßte sein, daß man denjenigen, die nichts zur Sicherung der Ukraine beitragen wollen, auch nichts von dem zukommen läßt, was in der Ukraine errungen wird³⁾: die Lebensmittel zur Aufbesserung unserer Ernährung. Vielleicht würde dann das werktätige Arbeitervolk seinen falschen Aposteln gründlich heimleuchten und ihnen beibringen, worauf es heute ankommt.

¹⁾ Dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „für Ausw[ärtiges] Amt.“

²⁾ Von „welche“ bis „nicht“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „Wenn man in der Welt etwas will decidiren, dann will es die Feder allein nicht machen, so sie nicht von der Schärfe des Schwertes souteniret wird! *Fr[ie]dr[ich] Wilh[elm] I.*“

³⁾ Von „daß“ bis „wird“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „gut!“

347.

22. 2. 1918: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Telegramm. Nr. 356. Abgeg. Großes Hauptquartier, 22. 2. 1918, 11.00 vorm., angek. 22. 2. 1918, 12.20 vorm.

General *Ludendorff* las mir entrüstet Spruch des Rates der Volkskommissare¹⁾ vor, in dem folgende Sätze enthalten sind:

„Räteregierung beugt sich nicht freiwillig vor den Hohenzollern, sondern angesichts der Lage und Not im eigenen Land und auf Grund des Versagens des deutschen Proletariats.

Sie sieht sich gezwungen, die deutschen Bedingungen auch unter den größten Opfern für Rußland anzunehmen, bis sie von der europäischen Revolution geändert und rückgängig gemacht werden.“

Herr Staatssekretär hat Kenntnis.

Lersner.

¹⁾ Vgl. Nr. 344.

348.

22. 2. 1918: Funkspruch des Volkskommissars für Verpflegung Curupa:

„An Alle“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Die deutsche Vertretung in Brest-Litowsk an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 474. Brest-Litowsk, 23. 2. 1918, angek. 23. 2. 1918, 1.45 nachm.

Folgender Funkspruch wurde gestern hier aufgefangen:

„22. 2. [19]18.

An Alle:

Der Vertreter des Pressebüros hat den Genossen *Trockij* um Aufklärung über die gegenwärtige Lage gebeten.

Wir werden beschuldigt, den Kurs unserer Politik in den letzten Tagen öfter geändert zu haben. Diese Beschuldigungen gehen von Leuten aus, die niemals den Sinn und das Ziel unserer Handlungen begreifen werden, oder von solchen, die einen Vorteil davon haben, sich zu verstellen, als verstünden sie uns nicht. Wir versprochen, alles, was möglich ist, zur Erreichung eines allgemeinen Friedens zu tun; wenn ein solcher nicht zustande käme, einen Separatfrieden zu schließen, und wenn wir keinen Separatfrieden erreichen, zu kämpfen bis zum Ende, die Kräfte und die Mittel des Landes zu diesem Zwecke mobil zu machen. Dieses Programm setzen wir jetzt in die Tat um. Wir weigerten uns in Brest, den Friedensvertrag zu unterschreiben, und gleichzeitig erklärten wir, daß wir aus dem Kriege ausscheiden. Wir erließen den Befehl zur Demobilisation der Armee. Darauf hat Deutschland auf die schändlichste Weise die Waffenstillstandsbedingungen verletzt und die räuberischen Überfälle an mehreren Stellen der Front begonnen ohne vorhergehende Kündigung. Ich schickte an *Graf Czernin* eine Anfrage, ob auch Österreich-Ungarn sich mit der russischen Republik im Kriegszustande befindlich hält. Eine Antwort haben wir nicht erhalten, doch zeugen die letzten, allem Anschein nach unbestreitbaren Nachrichten davon, daß Österreich-Ungarn sich an dem Kriege nicht beteiligt. Die deutsche Presse greift die Wiener Regierung scharf an und weist darauf hin, daß gerade Österreich-Ungarn in erster Linie an der Zertrümmerung der maximalistischen Regierung interessiert sei, da anders der mit der ehemaligen Kiever Rada abgeschlossene Frieden nur auf dem Papier bestehen bleibt. Aus Stockholm wird uns mitgeteilt, daß in dieser Hinsicht die Beziehungen zwischen Berlin und Wien äußerst gespannt seien. Und so hat Deutschland den Vormarsch begonnen. Als offizieller Grund des Vormarsches erscheint unsere Absage, den Frieden zu unterzeichnen. Es versteht sich aber von selbst, daß die Deutschen um einiger Unterschriften willen unter dem Dokument über den Frieden den Krieg nicht wiederbegonnen haben würden: Ihre Absichten sind andere, und diese werden in der Rede *Leopolds von Bayern* formuliert:

Die Zertrümmerung der russischen Revolution, die Wiederaufrichtung der Bourgeoisie, die Wiederherstellung der Agrarier- und Monarchie-Ordnung; sie zweifeln nicht, daß die Bourgeois-Parteien Rußlands in diesem ihrem Unternehmen die natürlichen Bundesgenossen sind, und sie hoffen, daß sie bei der letzten Abrechnung die erwünschte Billigung von seiten der Bourgeoisie aller

Länder erhalten werden. Es versteht sich, daß, wenn zu unserer Verfügung eine kampffähige Armee stände, wir verpflichtet wären, den Krieg gegen Deutschland zu eröffnen und diesen zusammen mit dem zur Revolution erwachenden Proletariat Deutschlands zu führen. Aber eine Armee haben wir nicht erhalten. Sie war schon vor dem Oktoberaufstand vollständig desorganisiert und erschöpft. Wenn sie im Verlauf der letzten 4 Monate überhaupt noch in den Schützengräben blieb, dann geschah es nur deshalb, weil wir in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen eröffnet haben: Die Masse im Schützengraben sah darin einen gewissen Ausgang. Die politische ukrainische Nationalisierung der Armee, die sich unter offener Mitwirkung und hinter den Kulissen und unter Aufhetzung durch die verbündeten Militärmissionen und Gesandtschaften vollzog, gab der Front den Rest. Mit dieser harten Tatsache mußten wir bei allen unseren Entscheidungen rechnen. Alle Vertreter der verbündeten Gesandtschaften, mit denen ich Gelegenheit hatte zusammenzukommen, während der Brester Verhandlungen und danach, erklärten mir, daß unter ihnen kein Zweifel darüber herrscht, daß wenn an Stelle der Maximalisten irgendeine andere Partei gewesen wäre, diese schon längst einen Separatfrieden geschlossen hätte und dazu noch unter den entwürdigendsten Bedingungen. Wenn überhaupt noch irgendeine Partei geeignet ist, dem deutschen Imperialismus Widerstand zu leisten, so ist das unsere Partei. Das ist, ich wiederhole es, Überzeugung selbst der verbündeten Gesandtschaften. Im Verlauf von 2½ Monaten haben wir die deutsche Regierung in Unkenntnis über den Ausgang der Verhandlungen gehalten, indem wir uns auf die moralische Kraft der Revolution stützten.

Wir haben die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt. Damit haben wir über den Kopf der deutschen Militärzensur und der offiziellen Fälscher weg zur Kenntnis der arbeitenden Massen Deutschlands gebracht, daß der uns vorgeschlagene Frieden ein annexionistischer und räuberischer ist. Unsere Weigerung, diesen Frieden zu unterzeichnen, ist ein Beweis der unermesslichen agitatorischen Tätigkeit, deren Folgen in der allernächsten Zeit in Erscheinung treten werden. Der deutsche Militarismus hat sich aber im Innern als stark genug oder gemein genug erwiesen, um den Angriff aufzunehmen. Wir haben erklärt, daß wir gezwungen sind, unsere Einwilligung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu geben. Das ist ohne Zweifel eine Demütigung. Jedoch nicht größer und nicht geringer als diejenige Demütigung, die die Streikenden über sich ergehen lassen müssen, wenn sie auf die Bedingungen der Kapitalisten einzugehen gezwungen werden. Unser offenes Einverständnis, diese Demütigung über uns ergehen zu lassen, welche durch alle vorausgegangenen Ereignisse des Krieges und der Revolution vorbestimmt war, unsere offene Erklärung zwingt die deutsche Regierung, ebenso offen zu erklären, was sie will, d. h. unsere Unterschriften oder die Vernichtung der Macht der Arbeiter, Bauern und Soldaten in Rußland. Diese Antwort wird den Arbeitermassen Deutschlands und seinen Soldaten bekannt werden. Die letzten Ereignisse umfassen nur wenige Tage. Wir werden erfahren, welchen Eindruck die Ereignisse in Deutschland hervorgerufen haben nach der gewaltigen Streikbewegung im Januar, jedoch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der räuberische Angriff Deutschlands nicht ohne Folgen für ihren augenblicklichen Machthaber vorübergehen wird. Wir

unsererseits haben alles getan, was wir konnten. Wir lehnten es ab, den Vertrag zu unterzeichnen, und forderten dadurch die deutsche arbeitende Klasse auf, uns sofort zu unterstützen. Doch das von den Führern seiner Partei irreführende und eingeschlaferte deutsche Proletariat erwies sich als noch nicht hinreichend stark und entschlossen, um uns diese Unterstützung zu leisten. Es zwingt uns dadurch, den letzten Versuch zu machen, für unser Land einen Frieden zu erkämpfen unter den Bedingungen, die sich aus dem heutigen Stärkeverhältnis ergeben. Wir haben dieses Einverständnis, den Frieden zu unterzeichnen, welcher in der allernächsten Zeit durch die Revolution verändert (und aufgehoben) werden wird, vollkommen offen gegeben. Wir haben bis jetzt trotz der verbrecherischen Lügen der Bourgeoisiepresse von den Deutschen keine Antwort erhalten. Dieser Umstand bestätigt vollkommen unsere Annahme, daß die Deutschen jetzt keinen Frieden anstreben, sondern ein gegenrevolutionäres Zusammenarbeiten mit der russischen Bourgeoisie zwecks Unterdrückung der Revolution der Arbeiter und Bauern. Hierauf beruht auch ihre ganze Politik. Die Enthüllung dieser Absichten schafft für die auswärtige Politik der Räteregierung neue Richtlinien. Wir sind heute weniger denn je bereit, die Errungenschaften der Revolution preiszugeben. Unsere erste und wichtigste Aufgabe ist, den Block der deutschen Militaristen mit der russischen Gegenrevolution zu sprengen. Wir werden den Block der ...¹⁾ mit denselben Mitteln sprengen, wie wir die Kiever Rada und die *Kaledinsche* Verschwörung gesprengt haben²⁾, d. h. mit Waffengewalt, stärksten Repressalien und revolutionärem Terror. Die österreichisch-ungarische Regierung hat die Überzeugung gewonnen, daß im Gebiet der Ukraine (keine) andere Regierung als die Regierung der Räte besteht. Die deutsche Regierung wird sich überzeugen, daß, wenn sie den Frieden mit Rußland haben will, sie ihn mit der Ratsregierung schließen muß; eine andere Regierung besteht nicht. Sie wird mit allen dem Volke zur Verfügung stehenden Mitteln die Errungenschaften verteidigen, denn das Volk fühlt und erkennt, daß die Geschichte es vor die Frage: Leben oder Tod gestellt hat. Alle Erscheinungen einer Panik werden alsbald verschwinden. Die bewußten Desorganisatoren und Demoralisatoren werden mit eiserner Faust unterdrückt ...¹⁾ es geht zu gleicher Zeit um die Rettung der russischen Revolution wie um die Rettung ...¹⁾ des deutschen arbeitenden Volkes. Die Geschichte unterwirft gegenwärtig das deutsche Proletariat einer ungeheueren Prüfung. Wir zweifeln nicht daran, daß es die Prüfung besteht. Durch unseren ...¹⁾ Widerstand ...¹⁾ Druck des deutschen Militarismus ...¹⁾ rufen wir die ganzen unbewaffneten und bewaffneten Massen um Unterstützung an. Wir wissen und sind überzeugt (?), daß dieser Ruf erhört wird. Um den deutschen Weißgardisten Widerstand leisten zu können, muß die Rote Armee, die sich vorbereitet, den Vergewaltigern einen standhaften und gemeinsamen Widerstand zu leisten, mit Brot versehen werden. Ferner ist es erforderlich, in Petrograd Getreidevorräte für den Fall einer Belagerung zu schaffen. Schickt in revolutionärer Einigkeit Brot nach den hungernden Gouvernements des Nordens und Petrograd, gebt ihnen die Möglichkeit, die ruhmreichen Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Zerstört die

¹⁾ Fehlt in der Originalvorlage.

²⁾ Hetman *Alexej Maximovič Kaledin*, Chef der gegenrevolutionären Don-Regierung, beging nach seiner Niederlage Selbstmord 13. 2. 1918; vgl. u. a. Chamberlin I S. 377 ff.

Pläne der deutschen Imperialisten, gebt dem roten Petersburg Brot. Es hat die letzte Stunde für alle zum entscheidenden Kampf für die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes geschlagen. Sendet Brot ab, bewacht Bahnen (Wege) strengstens.

Der Volkskommissar für Verpflegung:
*Curupa.*³⁾

³⁾ A. Curupa (1870—1928), alter Bolschewik, seit 1898 in der Arbeiterbewegung aktiv. Teilnehmer an der Oktoberrevolution 1917, danach Volkskommissar für Ernährungswesen.

349.

23. 2. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung „Die Hoffnungen der Bolschewisten“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. — Unterstreichungen im Text, Randbemerkung, Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

Nach zuverlässigen Meldungen aus Rußland kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die bolschewistische Regierung ohne weiteres bereit gewesen wäre, die deutschen Friedensbedingungen in Brest-Litowsk zu unterzeichnen, wenn sie nicht die Hoffnung gehegt hätte, daß die Streikbewegung in Deutschland und Österreich-Ungarn zur Revolution führen und damit sowohl uns wie unsere Verbündeten zwingen würde, auf die Erlangung alles dessen zu verzichten, was wir zur Sicherung des Vaterlandes gegen künftige Angriffe, zur Behauptung unserer Freiheit und zur Festlegung unseres der Volksgesamtheit zugutkommenen wirtschaftlichen Wohlstandes nötig haben.

Ein Funkspruch des Rates der Volkskommissare vom 21. d. M. bestätigt diese Tatsache nochmals mit größter Eindringlichkeit. Er liefert zugleich den Beweis dafür, daß es der bolschewistischen Regierung auch im gegenwärtigen Augenblick, wo sie sich zur Annahme der in Brest-Litowsk gestellten Bedingungen bereit erklärt hat, noch genau so wenig um einen dauernden Frieden und um die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und uns zu tun ist, wie während der durch ihre Schuld gescheiterten Verhandlungen. In dem Funkspruch heißt es wörtlich:

Da sich die deutsche arbeitende Klasse in dieser drohenden Stunde als unentschlossen und nicht stark genug erwiesen hat, um die verbrecherische Hand des eigenen Militarismus aufzuhalten, so blieb uns keine andere Wahl übrig, als die Bedingungen des deutschen Imperialismus anzunehmen, bis zu dem Zeitpunkt, wo die europäische Revolution sie abändern wird.¹⁾

Auch diese Kundgebung spricht dafür, daß wir uns bei dem Friedensschluß mit Rußland bestimmte und sichere Bürgschaften für die Erfüllung aller Verpflichtungen²⁾ geben lassen müssen, die Rußland vertragsmäßig eingehen wird.³⁾

¹⁾ Vgl. Nr. 344.

²⁾ Von „bestimmte“ bis „Verpflichtungen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe rechts und links am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „unbedingt!“

³⁾ Dazu Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Sie müssen diktiert werden! ohne Verhandlung! Dafür ist Mein Heer nochmal marschiert!“

350.

24. 2. 1918: Funkspruch des Rates der Volkskommissare
an die deutsche Regierung¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Der Admiralstab an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 482. Abgeg. Berlin, 24. 2. 1918, 8.25 vorm. Zusatz: „(aus Königswusterhausen, 24. 2. 6 Uhr 38 Min. VM.)“ Vermerke: „Sehr dringend!“ „Ganz geheim!“ „Russischer Klartext Abg. Zeit 6.21–6.38 vorm.“

„Petersburg an Alle:

An die Deutsche Regierung in Berlin:

Nach dem angenommenen Beschluß der Deputierten des zentralen ausführenden Komitees der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Sovets vom 23. Februar 4 Uhr 30 Min. vorm. wurde beschlossen, die durch Deutsche Regierung aufgestellten Friedensbedingungen anzunehmen und eine Abordnung nach Brest-Litowsk zu entsenden.

Der Vorsitzende des Sovets der Volkskommissare *VI. Uljanov Lenin*, der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten *L. Trockij*.

Die Abordnung fährt nach Brest-Litowsk am 24. Februar 20 Uhr.

Der Sekretär des Sovets der Volkskommissare *N. Gorbunov*.“

Admiralstab Kz 12887.

¹⁾ Abdruck des Dokuments mit geringfügigen stilistischen Änderungen aus der *Ivestija* v. 26. 2. 1918 in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 436.

351.

24. 2. 1918: Russische Funksprüche an die deutsche Regierung
und die Oberste Heeresleitung

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 489. Abgeg. Brest-Litowsk, 24. 2. 1918, 5.45 nachm., angek. 24. 2. 1918, 6.07 nachm. Überschrift: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 482“¹⁾

Folgende Funksprüche gingen hier ein:

1) 24. 2. 1918 12.06 nachm.

„An die deutsche ?²⁾ Regierung. Unser Parlamentär ist heute, am 24. Februar,

¹⁾ Legationsrat *Schüler* an das Auswärtige Amt 24. 2. 1918: „Heute morgen ist hier folgende Antwort der russischen Regierung aufgenommen worden: 24./II. 1918, 6.22 vorm. An Alle! An die Deutsche Regierung, Berlin: Gemäß der am 23. Februar 4 Uhr 30 Min. vorm. vom Zentral-Vollzugs-Ausschuß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten gefällten Entscheidung hat der Rat der Volks-Kommissare beschlossen, die von der Deutschen Regierung gestellten Friedensbedingungen anzunehmen und eine Delegation nach Brest-Litowsk zu entsenden. Vorsitzender des Rates der Volks-Kommissare: *VI. Uljanov Lenin*. Volks-Kommissar für auswärtige Angelegenheiten: *L. Trockij*. Die Delegation reist am 24. Februar 20 Uhr nach Brest-Litowsk ab. Sekretär des Rates der Volks-Kommissare: *N. Gorbunov*.“ — Pol. Archiv, Rußland. Pol. Nr. 1, Bd. 19; vgl. Nr. 350.

²⁾ Fragezeichen im Or.

11 Uhr vorm. in Richtung Pskov, Reča, Dünaburg abgereist, um der deutschen Regierung durch das Oberkommando in Dünaburg die offizielle Antwort der russischen Regierung auf die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Friedensbedingungen zu überreichen, welche Antwort nach Berlin schon heute um 6.32 vorm. durch Funkspruch aus Zarskoe Selo mitgeteilt worden ist.

Der Schriftführer des Rates der Volkskommissare: *N. Gorbunov.*“

2) 24. 2. 1918 12.29 vorm.

„An die deutsche Oberste Heeresleitung, Großes Hauptquartier, an die deutsche Regierung Berlin.

In der Annahme, daß mit dem Augenblick, wo der Rat der Volkskommissare sein Einverständnis mit der Annahme der von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Bedingungen für den Friedensschluß erklärt hat, jede Veranlassung zur Fortdauer der Feindseligkeiten wegfällt, bitte ich hierdurch um Antwort, ob auch die deutsche Oberste Heeresleitung der Ansicht ist, daß von dem Augenblicke an, wo die deutsche Regierung die erwähnte Antwort des Rates der Volkskommissare erhält, dadurch schon der Waffenstillstand zu denselben Bedingungen eintritt, wie sie bis zum 18. Februar, dem Tage der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten durch die deutsche Oberste Heeresleitung, bestanden haben.

Nr. 95. Der Höchstkommmandierende: *Krylenko.*“

Schüler.

352.

24. 2. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Telegramm (in Ziffern). Nr. 1. Konzept von der Hand Bussches. Am Schluß des Textes Absendevermerk „Horstmann¹⁾ für Staatssekretär Bukarest Nr. 1“.

Oberste Heeresleitung mitteilt, daß die Operationen gegen Rußland bis zur Unterzeichnung des Friedens fortgesetzt werden sollen. Mir scheint dies durchaus das Richtige. Die Russen werden aber vielleicht andere Hoffnungen hegen und dürften, sobald sie unsere Absichten erfahren, mit doppeltem Eifer auf schnelle Unterzeichnung drängen. Sollte dann, infolge von Umständen, die an uns liegen, nicht binnen der von Deutschland selbst vorgeschlagenen dreitägigen Frist unterzeichnet werden können, würden wir in eine schiefe Lage kommen und womöglich den Schein der Illoyalität erwecken. Auch aus diesem Grunde scheint es mir dringend erwünscht, daß E. E. und *Graf Czernin* spätestens Donnerstag früh in Brest-Litowsk eintreffen.

Gesandter *v. Rosenberg* wird versuchen, die Verträge bis dahin so vorzubereiten, daß die Unterzeichnung innerhalb weniger Stunden erfolgen kann.

stellv. Staatssekretär.²⁾

¹⁾ *Dr. iur. Alfred Carl Horstmann*, Legationsrat; November 1918 Leiter der Politischen Abteilung der Militärverwaltung in Rumänien.

²⁾ *Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen.*

353.

24. 2. 1918: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Telegramm. Nr. 380. Abgeg. Großes Hauptquartier, 24. 2. 1918, 10.15 nachm., angek. 24. 2. 1918, 10.55 nachm. Beförderungsvermerk: „Dringend!“

Oberste Heeresleitung hat Funkspruch *Krylenkos* erhalten, wonach er erwartet, daß wir Vormarsch nunmehr sofort einstellen und alter Waffenstillstand wieder auflebt.

General *v. Bartenwerffer*¹⁾ und ich haben folgende Antwort entworfen, zu der ich Euerer Exzellenz Zustimmung gehorsamst erbitte:

„Die deutsche Oberste Heeresleitung erwidert auf den Funkspruch von Zarskoe Selo an Warschau vom 24. II. 1918, daß der alte Waffenstillstand erloschen ist und nicht mehr ins Leben treten kann. Nach Ziffer 10 der deutschen Friedensbedingungen vom 21. II. muß der Frieden binnen drei Tagen nach Ankunft der russischen Bevollmächtigten in Brest-Litowsk unterzeichnet sein. Die bis zu diesem Zeitpunkt laufenden Heeresbewegungen halten sich durchaus im Rahmen der deutschen, dem Schutz Finnlands, Estlands, Livlands und der Ukraine dienenden Friedensbedingungen. Sie richten sich nicht gegen die Petersburger Regierung und das russische Volk.

Für die deutsche Oberste Heeresleitung

Generalmajor *Hoffmann*.“

Einverständnis Generals *Ludendorff* wird O.H.L. einholen. Erbitte gehorsamste Weisung, ob ich darauf hinwirken soll, daß unsere im weiteren Vormarsch erreichten Ziele in unseren Heeresberichten noch genannt werden sollen oder nicht.

Lersner.

¹⁾ Generalmajor *Paul v. Bartenwerffer*, Chef der Politischen Abteilung der O.H.L., vgl. auch oben S. 72, Anm. 11.

354.

24. 2. 1918: General Ludendorff an General Hoffmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 486. Abgeg. Brest-Litowsk, 24. 2. 1918, 2.00 nachm., angek. 24. 2. 1918, 2.35 nachm.

General *Ludendorff* hat an General *Hoffmann* heute folgendes gedrahtet: „*Zekki*¹⁾“ übergibt folgendes Telegramm *Enver Paschas*:²⁾

¹⁾ *Zekki Pascha*, General der Infanterie, Vertreter der Türkei bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk; vgl. auch oben S. 56, Anm. 2.

²⁾ *Enver Pascha* (1881—1922), türkischer Staatsmann und General; Anhänger Deutschlands, der 1914 als Kriegsminister den Anschluß der Türkei an Deutschland herbeiführte.

„Außer den bereits in Brest-Litowsk bei den Friedensverhandlungen vorgebrachten Bedingungen der Türkei sind bei Wiederaufnahme der Verhandlungen folgende Forderungen hinzuzusetzen resp. aufzustellen:

1) Rückgabe der im Friedensschlusse mit Rußland im Jahre 1878³⁾ verlorenen türkischen Provinzen Erdahan, Kars und Batum, welche hauptsächlich von Türken und Mohammedanern bewohnt sind und deren Abtretung derzeit von den Russen unter Vorwand zum Teil als Kriegsentschädigung erzwungen wurden⁴⁾, ferner auch Zurückziehung der russischen Truppen sowie Zivilverwaltung und dafür Einsetzung türkischer Verwaltung und Gendarmerie.

2) Anerkennung der Selbständigkeit der mohammedanischen Bevölkerung im Kaukasus jenseits der ursprünglichen Grenze von 1878 und zwar in dem Sinne des Selbstbestimmungsrechtes, wie es von den Russen in Brest-Litowsk angestrebt und in einigen russischen Ländern bereits verwirklicht wurde.⁵⁾

Ich bitte, diese Forderungen bei Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest mit zu vertreten.⁵⁾

Nr. 28035 P.

Im Auftrage Ludendorff.“
Schüler.

³⁾ Im Berliner Vertrag (Artikel 58) vom 13. 7. 1878; zur Vorgeschichte und zu den Abtretungen der Gebiete im einzelnen vgl. Jäschke, S. 199 ff. — Die russisch-türkische Grenze wurde damals wie folgt festgelegt: „Grenze von San Stefano bis zu einem Punkt nordwestlich von Chorda und südlich von Artwin — gerade Linie zum Flusse Tschoruch, den sie überquert — östlich von Aschmischen — südlich von Nariman zur Grenze von San Stefano, wobei die Stadt Olti an Rußland fällt — östlich über Tebrenek (russisch) — Talweg des Pennek Tschai bis Barduz (russisch) — in südlicher Richtung an Jeniköj (russisch) vorbei — westlich von Kara Urgan — Medschingert — gerade Linie zum Gipfel des Kassa Dag — Wasserscheide zwischen dem Araxes und dem Murad Su bis zur alten russisch-türkischen Grenze“ (Jäschke S. 199 f.). Diese Grenze wurde durch den Frieden von Konstantinopel vom 8. 2. 1879 bestätigt.

⁴⁾ In Artikel 19 des Vorfriedens von San Stefano 3. 3. 1878 hatte Zar *Alexander II.* die Gebiete von Ardahan, Kars, Batum, Bayazid und bis zum Soganlugh als Ersatz für den größten Teil der Kriegsentschädigung von 1410 Millionen Rubel von den Türken angenommen. — Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Darstellung von türkischer Seite (*Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, 57. Jg., Nr. 130 v. 12. 3. 1918, „Kars, Erdahan, Batum. Eine Unterredung mit dem türkischen Botschafter *Hakki Pascha*“: „... Was die Geschichte betrifft, so kann die Stellung dieser drei Distrikte auf keinen Fall zu Zweideutigkeiten Anlaß geben. Die Gebiete von Kars, Erdahan und Batum sind von den Osmanen von zwei zur Zeit ihrer Eroberungszüge verschwundenen Kaiserreichen erworben worden: vom Kaiserreich Uzuk-Hassans, der die großen türkischen Stämme von Kara und Kuyunlu beherrscht, und vom griechischen Kaiserreich Trapezunt. Die Wiederherstellung dieser beiden verschwundenen Staaten kann in keinem Staatsprogramm vorhanden sein, und die Türkei hat daher über diese Eroberung keinerlei Rechenschaft abzulegen. Vier Jahrhunderte lang haben diese Distrikte der Türkei gehört, und nie ist dieser Besitz angefochten worden. Selbst Rußland, das, um sich auf Kosten der Türkei zu vergrößern, jeden Grund suchte, um mit ihr Krieg zu führen, hat für alle seine Kriegserklärungen niemals einen Grund in diesen drei Distrikten gefunden. Um aus seinen Siegen der Jahre 1877 und 1878 Nutzen zu ziehen, legte Rußland der Türkei eine schwere Kriegsentschädigung auf, die diese nicht bezahlen konnte. Es hat uns dadurch gezwungen, ihm diese Länder als Kompensationen abzutreten. Selbstverständlich sind die Völker dieser Gebiete, die so verkauft worden sind, niemals um ihr Einverständnis gefragt worden ...“.

⁵⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang über die O.H.L. und die politischen Forderungen der Türkei Mühlmann S. 190 ff., 194 f.

355.

25. 2. 1918: Gesandter Graf v. Brockdorff-Rantzau (Kopenhagen)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Telegramm. Nr. 172. Abgeg. Kopenhagen, 25. 2. 1918, 11.10 vorm., angek. 25. 2. 1918, 4.30 nachm. Überschrift: „Antwort auf Telegramm Nr. 141¹⁾ vom 23. II. Sofort.“ Beförderungsvermerk: „Dringend!“

Angesichts der Entwicklung, die die Dinge nach den Verhandlungen in Brest-Litowsk genommen haben, und im Hinblick darauf, daß, nachdem die Wiederaufnahme der militärischen Aktion im Osten unbedingt erforderlich geworden, nunmehr unsere Verhandlungsbasis mit Rußland gründlich verändert ist, da eine freundschaftliche Verständigung, wie wir sie mit unserem östlichen Nachbar angestrebt hatten, ausgeschlossen erscheint, wir ihm vielmehr als Sieger den Frieden diktieren müssen, halte ich es für unbedingt geboten, in die Friedensbedingungen, die wir *Trockij* und *Lenin* stellen, auch weitgehende wirtschaftliche Forderungen bezüglich eines Handelsvertrages aufzunehmen und uns auch sonst vertragsmäßig alle nur irgend möglichen materiellen Sicherheiten zu schaffen (zu vergl. diesseitiger Bericht Nr. 47 vom 19. Februar).²⁾ *Rantzau.*

¹⁾ Der deutsche Gesandte in Stockholm an das Auswärtige Amt 22. 2. 1918 (weitergeleitet an den deutschen Gesandten in Kopenhagen): Auch bei einer nichtbolschewistischen Regierung müßte der Waffenstillstand mit dem Abschluß des Friedens verquickt werden. Einfluß auf den Vertrag mit der Ukraine. Vorschlag, mit den Bolschewiki abzuschließen, jedoch freie Hand für die Ukraine und Finnland zu behalten. — Pol. Archiv, Rußland. Pol. Nr. 1.

²⁾ Es handelt sich um *Brockdorff-Rantzau's* Bericht: „Der Feldzug in die Ukraine und seine politische Bedeutung“ vom 19. 2. 1918. Darin heißt es: „... Da wir nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zu weiteren Kriegsoperationen gegen Rußland schreiten, ist mit einer Erbitterung in der großrussischen Bevölkerung gegen uns zu rechnen. Wir sind daher genötigt, uns materielle Sicherheiten zu schaffen, um unsere Interessen auch nach dem Kriege in Rußland wahrnehmen zu können. Der zukünftige Friede wird aller Voraussicht nach, so wie sich die Dinge entwickelt haben, ein Friede sein, der von uns, den Siegern, diktiert wird ... Ob das Regime der Bolschewiki so nahe vor dem Zusammenbruch steht, wie der Vertrauensmann des ehemaligen hiesigen russischen Gesandten gemeldet hat, erscheint mir zweifelhaft. Seine Mitteilungen machen den Eindruck, als seien sie nicht unbeeinflußt von den Wünschen, die auf seiten der Anhänger des alten Regimes, zu denen der Vertrauensmann selbst gehört, gehegt werden. Eine deutsche Aktion zur See würde nach meinen Informationen kaum auf starken militärischen Widerstand stoßen. Die Disziplin innerhalb der russischen Ostseeflotte ist, wie mir Herr v. *Scavenius* streng vertraulich mitteilte, vollkommen untergraben. Die Matrosen haben, abgesehen von den Ingenieuren, fast sämtliche Offiziere abgesetzt und auf einer großen Anzahl von Schiffen öffentliche Verkäufe veranstaltet, bei denen das Inventar der Schiffe, vor allem die Metallgegenstände, unter anderem auch Geschützteile, verauktioniert worden sind ... Die Vernichtung der russischen Ostseeflotte, deren Mannschaft bisher eine der sichersten Stützen der Bolschewiki gebildet hat, würde es diesen aber unmöglich machen, sich weiter in St. Petersburg zu halten; sie wären damit allerdings voraussichtlich noch nicht völlig abgetan, es ist vielmehr anzunehmen, daß sie alsdann ihre Hauptmacht nach dem Süden verschieben und versuchen würden, die Ukraine, die allein außerstande ist, sich ihrer zu erwehren, unter ihre Herrschaft zu bringen. Ein Feldzug nach der Ukraine bliebe also auch nach der Verjagung der Bolschewiki aus St. Petersburg keineswegs erspart. Ich bin ohne Kenntnis von den Absichten unserer obersten politischen und militärischen Leitung, ich habe aber geglaubt, in aller Ehrerbietung auch von hier aus die schwerwiegenden politischen Erwägungen berühren zu dürfen, die dafür sprechen, daß wir eine Aktion in der Ukraine unseren Bundesgenossen nicht allein überlassen.“ — Pol. Archiv. Die Ukraine Nr. 1. Allgemeine Angelegenheiten. Bd. 2. Vom 19. Februar 1918 bis 4. März 1918.

356.

25. 2. 1918 vorm.: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19. Telegramm. Nr. 385. Abgeg. Großes Hauptquartier, 25. 2. 1918, 12.45 nachm., angek. 25. 2. 1918, 2[14].35 nachm.

Kurz vor Empfang der deutschen Bedingungen erläßt Zarskoe Selo im Klartext einige wütende Aufrufe:

Russische Friedensbereitschaft als Erniedrigung empfunden und russische Regierung mit Streikendem verglichen, der auf Bedingungen der Kapitalisten eingehen muß. Der Frieden wird jedoch in kürzester Zeit durch Revolution abgeändert werden.

Deutsche Regierung will anscheinend keinen Frieden, sondern im Verein mit russischer Bourgeoisie Erdrosselung der Revolution. Wenn Deutschland aber Frieden haben will, müsse es sich überzeugen, daß es ihn nur mit Sovetmacht abschließen kann; andere Regierung gäbe es nicht und wird es nicht geben. Erste und schärfste Aufgabe der Bolschewiki ist, deutschen Militarismus an Verbindung mit russischer Bourgeoisie zu verhindern, wie man bereits Kiever Rada und *Kaledin* getrennt habe. Man beabsichtigt dabei „Anwendung grausamster Repressalien und revolutionären Terrors“.¹⁾

Drohung mit noch schärferen Maßnahmen zur Aufwiegelung deutscher Arbeiterschaft, falls Rußland keinen Frieden erhalte.

Umfangreiche Verschwörungen der Bourgeoisie, Bankiers und Großfürsten in allen russischen Städten aufgedeckt. Mit Hilfe der anrückenden Deutschen hat man Schlag gegen sozialistische Räterepublik führen wollen. Schärfste Mittel revolutionären Terrors und sofortige standrechtliche Erschießung aller Feinde der Bolschewiki angeordnet.

Erneut wird Aufruf zur Verproviantierung der nordischen Gouvernements und Petersburgs erlassen. Petersburg könne belagert werden und Errungenschaften der Revolution dann gefährdet. —

Frontmeldungen: Bevölkerung deutschfreundlich, zeigt Freude über Abmarsch russischer Truppen. Sie ist politisch vollkommen passiv, hält seit unserem Einzug Ruhe und Ordnung wie zu zaristischer Zeit. Land in einigen besetzten Teilen unter Bauern verteilt.

Zuverlässige Quelle meldet: Wegen starker Opposition mußte Beschluß, daß alle Arbeiter-Vereinigungen in finnische Rote Garde eintreten müssen, aufgehoben werden.

Aussagen rumänischer Offiziere: England und Frankreich haben Sympathie für Rumänien verloren. Erbitterung über rumänische Friedensabsichten bei Entente groß. Bei Rumänien Ansicht, daß Fortführung des Kampfes jetzt nur in fremdem Interesse liege. Empörung über französische Militärkommission, die schwunghaften Handel mit russischen Pferden und Waffen treibe und diese an Rumänien um das Doppelte verkaufe. Während bisher bei jedem Regimentsstab 1 franzö-

¹⁾ Vgl. Nr. 348.

sicher Offizier war, soll sich nun nur einer noch bei jedem Divisionsstabe aufhalten. Ganze Armee hoffe, daß *Averescu*²⁾ Frieden bringen werde. Kürzlich sei Offiziers-Abordnung bei ihm gewesen und habe Protest gegen Fortführung des Krieges erhoben. *Averescu* soll ihr in wohlwollender Weise Versprechungen gemacht haben. Bei *Mihalea*³⁾ äußerten Offiziere, daß Ukrainefrieden großer diplomatischer Erfolg Deutschlands, insbesondere *Kühlmanns* sei.

Rumänische Truppen sollen Dnjestr überschritten haben, um Depots zu sichern. Offizier gab offen zu, daß Sicherung nur Vorwand sei, selbstverständlich sei Annexion Bessarabiens beabsichtigt. Bessarabische Bevölkerung wünsche keine Verbindung oder Vereinigung mit Königreich Rumänien, da sie alsdann nur russische Gutsherren gegen rumänische Bojaren austausche. Ihr Plan sei Schaffung einer gemeinsamen Republik und Aufteilung der Güter.

Die Rumänen in Hände gefallene russische Beute soll sehr groß sein. In *Bender*⁴⁾ 800 Geschütze erbeutet. Ebenso größere Depots und Munitionsvorräte. Ganze rumänische Armee könnte damit ausgerüstet werden.

Lersner.

²⁾ *Alexandru Averescu* (1859—1938), rumänischer Marschall und Staatsmann.

³⁾ Wohl *Mihaileni*.

⁴⁾ *Bendrey* (*Bender*). Kreisstadt im russischen Gouvernement Bessarabien am Dnjestr.

357.

25. 2. 1918: Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt mit russischem Funkspruch

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 502. Brest-Litowsk, 25. 2. 1918, angek. 25. 2. 1918, 10.30 nachm.

Soeben ist hier folgender Funkspruch eingegangen:

„25. 2. 18, 5.24 nachm. An Alle. — Berlin, Dünaburg, Wien, Sofia, Konstantinopel.

In den Petersburger (Presse) Organen des Rates ist am 25. folgendes veröffentlicht worden: Die deutsche Regierung schlug in Antwort auf das Einverständnis des Rates der Volkskommissare, die Friedensverhandlungen mit dem Vierbunde wieder aufzunehmen, neue Friedensbedingungen vor mit der Forderung, das Recht der Deutschen auf Kurland, Livland, Estland und Dünaburg anzuerkennen. Dieser Vorschlag war Berlin, den 21. Februar¹⁾ datiert und verlangte von der Regierung der russischen föderativen Republik eine Antwort binnen 48 Stunden, wobei nicht angegeben war, von welchem Zeitpunkt ab der Termin für die Antwort zu rechnen wäre. Der Vorschlag der deutschen Regierung wurde unserem Parlamentär in einem versiegelten Paket in Dünaburg am 22. Februar ausgehändigt und gelangte am 23. Februar 10.30 morgens in die Hände des Rates der Volkskommissare. Am 24. Februar um 4.30 morgens wurde von dem höchsten Organ der Regierung Rußlands, dem Zentralvollzugsausschuß der Räte, ein

¹⁾ Vgl. auch Nr. 343.

Entschluß über die Annahme der von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Friedensbedingungen gefaßt. Dieser Beschluß wurde sofort vom Rate der Volkskommissare an die deutsche Regierung in Berlin übermittelt, und er wurde am 24. Februar 7.32 morgens in Berlin empfangen. Darauf wurde am 24. vom Höchstkommmandierenden *Krylenko* an das Hauptquartier der Obersten Heeresleitung der deutschen Armeen folgende Erklärung gesandt: In der Annahme, daß von dem Augenblick an, wo der Rat der Volkskommissare sein Einverständnis erklärt hat, die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Bedingungen des Friedensschlusses anzunehmen, jeder Grund zur Fortsetzung kriegerischer Tätigkeit fortfällt, bitte ich um Antwort, ob auch die deutsche Oberste Heeresleitung der Ansicht ist, daß von dem Augenblick an, wo die deutsche Regierung die erwähnte Antwort des Rates der Volkskommissare erhält, dadurch schon der Waffenstillstand zu denselben Bedingungen eintritt, wie sie bis zum 18. Februar, dem Tage der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten durch die deutsche Oberste Heeresleitung, bestanden haben. Der Höchstkommmandierende: *Krylenko*.

Diese Meldung wurde vom Hauptquartier der Obersten Heeresleitung der deutschen Armeen am 24. Februar 1.35 mittags empfangen. Nichtsdestoweniger ist eine Antwort von der deutschen Regierung und Heeresleitung bisher weder vom Höchstkommmandierenden *Krylenko* noch vom Rate der Volkskommissare empfangen worden, während jedoch deutsche Truppen den Angriff fortsetzen. Man muß die (Frage?) stellen: Ist die deutsche Regierung und die Oberste Heeresleitung der deutschen Armeen gewillt, auf die Einverständniserklärung des Rates der Volkskommissare, die vorgeschlagenen Friedensbedingungen zu unterzeichnen, und auf den Vorschlag des Höchstkommmandierenden *Krylenko*, die kriegerischen Handlungen einzustellen, eine Antwort zu geben? Vorsitzender des Rates der Volkskommissare: *V. Uljanov Lenin*.²⁾ Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten: *L. Trockij*.“

Die Frage ist inzwischen teilweise durch die heute Abend durch Funkspruch hier abgegangene folgende Antwort erledigt: „Zarskoe Selo. Antwort auf Funkspruch Nr. 95³⁾ vom 24. 2. unterzeichnet: der Höchstkommmandierende *Krylenko*. Die deutsche Oberste Heeresleitung erwidert auf den Funkspruch von Zarskoe Selo an Warschau vom 24. 2. 18, daß der alte Waffenstillstand erloschen ist und nicht mehr ins Leben treten kann.⁴⁾ Nach Ziffer 10 der deutschen Friedensbedingungen vom 21. 2. muß der Friede binnen 3 Tagen nach Ankunft der russischen Bevollmächtigten in Brest-Litowsk unterzeichnet werden. Die bis zu diesem Zeitpunkt

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die Argumente *Lenins* vom 25. 2. 1918, in Sämtliche Werke XXII S. 313—317: Eine harte aber notwendige Lehre: „... Vom Standpunkt der Verteidigung des Vaterlandes ist es ein Verbrechen, einen militärischen Kampf mit einem unendlich stärkeren und vorbereiteteren Feind aufzunehmen, wenn man absolut keine Armee besitzt. Wir sind vom Standpunkt der Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet, den schwersten, drückendsten, räuberischsten, schändlichsten Frieden zu unterzeichnen, nicht, um vor dem Imperialismus zu ‚kapitulieren‘, sondern um zu lernen und sich auf einen ernsthaften, gründlichen Kampf gegen ihn vorzubereiten.“ Entspr. Gedanken auch *Lenin*, Sämtliche Werke XXII S. 318—321: Die Stellung des ZK der SDAPR (B) zur Frage des annexionistischen Separatfriedens.

³⁾ Vgl. Nr. 351.

⁴⁾ Vgl. Nr. 353 u. Nr. 358.

laufenden Heeresbewegungen werden durchaus im Rahmen der deutschen, dem Schutze Finnlands, Estlands, Livlands und der Ukraine dienenden Friedensbedingungen durchgeführt werden

Für die deutsche Oberste Heeresleitung
Generalmajor *Hoffmann*.“

Weiterer Funkspruch an den Rat der Volkskommissare als Antwort auf den Zusatz *Lenins* und *Trockijs* wird gegenwärtig vorbereitet und folgt hier in kurzer Frist.
Schüler.

358.

25. 2. 1918, nachm.: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 390. Abgeg. Großes Hauptquartier, 25. 2. 1918, 5.30 nachm., angek. 25. 2. 1918, 8.05 nachm. Überschrift: „Im Anschluß an Telegramm 380.“

General *Ludendorff* hat nach telephonischer Rücksprache auf seinen Vorschlag verzichtet, sich aber nicht für den von mir vorgeschlagenen letzten Satz entscheiden wollen.

Die inzwischen abgegangene Antwort an *Krylenko* lautet daher:

„Die Deutsche Oberste Heeresleitung erwidert auf den Funkspruch von Zarskoe Selo an Warschau vom 24. 2. 18, daß der alte Waffenstillstand erloschen ist und nicht mehr ins Leben treten kann. Nach Ziffer 10 der deutschen Friedensbedingungen vom 21. 1. muß der Friede binnen drei Tagen nach Ankunft der russischen Bevollmächtigten in Brest-Litowsk unterzeichnet sein. Die bis zu diesem Zeitpunkt laufenden Heeresbewegungen werden durchaus im Rahmen der deutschen, dem Schutz Finnlands, Estlands, Livlands und der Ukraine dienenden Friedensbedingungen durchgeführt werden.¹⁾“
gez. *Hoffmann*.“

Lersner.

¹⁾ Vgl. Nr. 353.

359.

25. 2. 1918, abends: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 392. Abgeg. Großes Hauptquartier, 25. 2. 1918, 7.30 nachm., angek. 25. 2. 1918, 8.05 nachm. Vermerk: „Dringend!“

O.H.L. empfiehlt im russischen Friedensvertrag auch Anerkennung der Unabhängigkeit Persiens und Afghanistans zu verlangen.¹⁾

Lersner.

¹⁾ Aufnahme dieser Empfehlung in den Entwurf des Friedensvertrages unter Artikel VII; vgl. Nr. 374.

360.

25. 2. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest)
an das Auswärtige Amt¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 18. Bukarest, 25. 2., aufgegl. 26. 2. 1918, 3.00 vorm., angek. [27. 2. 1918], 2.35 vorm. Überschrift: „Unter Bezug auf Telegramm Nr. 1.“²⁾

Fortsetzung militärischer Operationen gegen Rußland bis zur Unterzeichnung des Friedens politisch ohne Bedenken. Ich teile Ansicht, daß durch unsere Schuld eine Überschreitung der dreitägigen Frist nicht eintreten darf.

Angesichts der sehr schwierigen hiesigen politischen Lage halte ich es aber ebenso wie *Graf Czernin* für unzulässig, im gegenwärtigen Augenblick zur Unterzeichnung nach Brest abzureisen. Gesandter *v. Rosenberg* soll den Friedensvertrag, den die Russen zu unterzeichnen hätten, eventuell paraphieren, wobei Einverständnis darüber hergestellt werden müßte, daß mit dieser Paraphierung die nötige Bindung bereits geschaffen wird. Das Vertragsexemplar würde dann von mir sofort nach Eintreffen, voraussichtlich hier, unterfertigt werden. Exzellenz *Kriege*, der heute abend mit Exzellenz *v. Koerner*³⁾ nach Brest abreist, hat entsprechende Weisungen. Herr *Kriege* hat von mir auch Weisungen über die Fassung erhalten, die unseren im dortigen Telegramm Nr. 87⁴⁾ behandelten Vereinbarungen mit Rußland über die Ålandinseln sowie über Persien und Afghanistan zu geben wären. Herrn *v. Rosenberg* bitte ich, Besprechung dieser Punkte bis zum Eintreffen von Exzellenz *Kriege* aufzuschieben. Mit den Finnländern wäre über die Ålandfrage zunächst nicht eher zu sprechen, bis die Fassung unserer diesbezüglichen Vereinbarung mit den Russen im Vertrag endgültig festgelegt ist. Gesandter *v. Rosenberg* erhält von hier aus gleichlautende Mitteilung.

Kühlmann.

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 437 f.

²⁾ Vgl. Nr. 352.

³⁾ Vgl. zu seiner Würdigung Kühlmann S. 520.

⁴⁾ Telegramm *Rosenbergs* an *Kühlmann* vom 24. 2. 1918. Es soll versucht werden, die Bestimmungen des Ultimatums hinsichtlich Finnlands, der Ålandinseln, Persiens und Afghanistans durchzusetzen.

361.

25. 2. 1918: Vollmacht für den Gesandten v. Rosenberg zur Führung der Friedensverhandlungen und zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 19.

Vollmacht.

Auf Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, Königs von Preußen, bevollmächtigt der unterzeichnete Kanzler des Deutschen Reiches, *Dr. Georg Graf v. Hertling*, hierdurch

den Außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister,
Herrn *Frederic Hans v. Rosenberg*,

im Namen des Reiches gemeinschaftlich mit den Bevollmächtigten Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens Verhandlungen über den Frieden mit den Bevollmächtigten des Russischen Reiches zu führen und die Friedenspräliminarien vorbehaltlich der Ratifikation durch Seine Majestät den Kaiser und König abzuschließen.

(L. S.)

Hertling.

362.

25. 2. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — „Tatsachen“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. — Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

Die Haltung des Herrn *Trockij* bei der letzten Friedenssitzung in Brest-Litowsk ist vielerlei Kommentaren unterworfen gewesen. In einem großen Teil der deutschen Öffentlichkeit ist sie so aufgefaßt worden, wie sie in Wahrheit zu bewerten war: als Abbruch der Verhandlungen russischerseits in der Hoffnung auf eine allgemeine europäische Revolution. Die späteren Funksprüche des Herrn *Trockij* haben diese Beobachtung bestätigt. Herr *Holzmann*, der diplomatische Vertreter der Bolschewiki in der Schweiz, hat, wie die *Internationale Korrespondenz* berichtet, wörtlich erklärt, in Brest habe man nur uneigentlich mit den Vertretern des Imperialismus verhandelt, in Wirklichkeit jedoch für die Revolution gearbeitet.¹⁾

Diese Hoffnungen des Herrn *Trockij* sind inzwischen verflogen. Für den Fall, daß sich seine Hoffnungen nicht erfüllen, wollte er wenigstens mit einer schönen Geste von Brest-Litowsk scheiden, die der Welt seinen Friedenswillen klar dokumentieren sollte. Er gab daher die Order zur Demobilisierung der russischen Armee.

Offenbar hoffte er, daß er in der Lage sein würde, wenn er durch die Gewalt der Tatsachen zur Annahme der deutschen Friedensbedingungen gezwungen würde, unter Berufung auf seinen Befehl in der Öffentlichkeit in Rußland und in Europa über Vergewaltigung des russischen Volkes mit Recht sich zu beklagen. Er wird jetzt sagen, daß Deutschland ihn mit seiner Fortsetzung des Krieges in die von ihm angeordnete Demobilisierung hineingestoßen habe. Es muß ganz klar gesagt werden, daß dies nicht den Tatsachen entspricht; denn die russische Demobilmachung ist nicht von *Trockij* angeordnet worden, sondern von selbst gegen den Willen der russischen Machthaber in Gang gekommen. *Trockij* hat den Befehl nur erlassen, um die tatsächliche Auflösung der russischen Armee als seinen eigenen Friedensakt hinzustellen. Er war nicht bona fide, als er davon sprach, daß der Krieg durch ihn beendet sei. Die Demobilisierung hatte schon wochenlang vorher begonnen.

¹⁾ Von „Wirklichkeit“ bis „gearbeitet“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Im Verein mit den Sozialisten in Berlin!“

Das wußten unsere Unterhändler, sie wußten, daß die Gräben vor unserer Front fast leer waren, wie sich jetzt auch bei unserem militärischen Vormarsch herausgestellt hat.

Gleichwohl haben unsere Unterhändler in weitestgehender Nachgiebigkeit²⁾ auf einen rechtlichen Frieden hingearbeitet. *Trockij* hat den Frieden nicht gewollt. Er spricht nicht die Wahrheit, wenn er die Öffentlichkeit glauben machen will, die Demobilisierung sei infolge seiner Erklärung des Endes des Kriegszustandes erfolgt.

Diese Tatsachen müssen für die Beurteilung des russischen Verhaltens angesichts der jetzigen Lage immer wieder aufs neue hervorgehoben werden.

²⁾ „weitestgehender Nachgiebigkeit“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „viel zu viel! weiß der Deibel!“

363.

26. 2. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 505. Abgeg. Brest-Litowsk, 26. 2. 1918, 1.00 vorm., angek. 26. 2. 1918, 1.29 nachm.

Die Ukrainer beanspruchen ganze russische Schwarzmeerküste bis Suchum-Kale und widersprechen Aufnahme Schwarzen Meeres in russischen Friedensvertrag. Deutsche und österreichisch-ungarische Delegationen sind daher über folgende Fassung einig:

1) „Rußland wird seine Kriegsschiffe entweder in russische Häfen überführen und dort“ usw. (die Worte „im Schwarzen Meer, in der Ostsee und im Eismeer“ hinter „Kriegsschiffe“ fallen weg).

2) „In der Ostsee und, soweit die russische Macht reicht, im Schwarzen Meer wird sofort mit der Wegräumung der Minen begonnen“ usw. (Die Worte „soweit die russische Macht reicht“ sind eingeschoben).

Bitte sofort feststellen, ob Admiralstab einverstanden oder welche Bedenken dort bestehen. Wir befürchten bei Beibehaltung bisheriger Fassung schwere Verstimmung der Ukrainer.

Rosenberg.

364.

26. 2. 1918, vorm.: Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest)
an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 24. Bukarest, 26. 2. 1918, aufgeg. 26. 2. 1918, 3.20 vorm., angek. 27. 2. 1918, 3.10 vorm. Überschrift: „Unter Bezugnahme auf dortiges Telegramm 4¹⁾ vom 25. 2. und sonstige Vorgänge.“

Ich telegraphiere an Herrn v. *Rosenberg*:

„Wie Ihnen bekannt sein wird, treten die Türken neuerdings mit sehr weitgehenden territorialen Forderungen gegenüber Rußland hervor. Sie verlangen

¹⁾ Legationsrat *Schüler* an das Auswärtige Amt 24. 2. 1918 (weitergeleitet an Staatssekretär v. *Kühlmann*) mit Telegramm *Ludendorffs* an *Hoffmann*; vgl. Nr. 354.

unter anderem Rückgabe der im Friedensschluß mit Rußland im Jahre 1878 verlorenen türkischen Provinzen Erdahan, Kars und Batum²⁾ sowie Anerkennung der Selbständigkeit der mohammedanischen Bevölkerung im Kaukasus jenseits der ursprünglichen Grenze von 1878.

Ich halte diese Forderungen, insbesondere die auf Abtretung Batums, für sehr bedenklich, da vitale russische Interessen dadurch berührt werden und bei ihrer Realisierung ein späterer russisch-türkischer Gegensatz unvermeidlich erscheint.

Trotzdem erscheint es untunlich, jetzt gegen diese Ansprüche Stellung zu nehmen. Sie wollen aber bei Wahrung einer durchaus wohlwollenden Haltung den Türken gegenüber davon absehen, sich mit den fraglichen Wünschen zu identifizieren.“

Kühlmann.

²⁾ Vgl. oben S. 603, Anm. 4.

365.

26. 2. 1918, abends: Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest)
an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 23. Abgeg. Bukarest, 26. 2. 1918, 11.25 nachm. Präsentatvermerk: 27. 2. 1918 vorm.

Ich telegraphiere an Herrn v. Rosenberg:

„Ich billige im Prinzip die Ihnen vom Unterstaatssekretär gegebene Instruktion, von den Russen die Unterstützung Finnlands mit Lebensmitteln zu verlangen, ersuche Sie jedoch, diese Frage bei der allgemein bekannten schlechten Verpflegungslage Rußlands unter keinen Umständen zu einer *conditio sine qua non* zu machen und nicht an unserem Postulat festzuhalten, wenn eine Verzögerung des Vertragsabschlusses dadurch entstehen könnte.“

Kühlmann.

366.

26. 2. 1918: Artikel des Wiener Fremdenblattes
über die Friedensverhandlungen mit Rußland

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. — Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Graf Hertling hat gestern im deutschen Reichstage eine hochbedeutsame und erfreuliche Mitteilung gemacht. Rußland nimmt die von Deutschland gestellten

Friedensbedingungen an, und die russischen Delegierten befinden sich bereits auf dem Wege nach Brest-Litowsk, wohin auch die deutschen Bevollmächtigten sich begeben haben. Der Reichskanzler fügte hinzu, daß wohl noch über Einzelheiten gestritten werden kann, aber daß der Friedensschluß in kürzester Frist erfolgen müsse.¹⁾ So ist denn Herr *Trockij* rasch bekehrt worden²⁾, und der Friede im Osten hat einen gewaltigen Schritt nach vorwärts getan. Und diesmal wird es den russischen Unterhändlern nicht mehr möglich sein, durch Winkelzüge eine unklare Situation zu schaffen, denn die Friedensbedingungen Deutschlands erfolgten, wie *Graf Hertling* bekanntgab, in der Form eines Ultimatums, und die Petersburger Regierung hat diese Bedingungen voll und ganz angenommen.³⁾ Dazu kommt noch, daß die deutschen Truppen in ihrem unwiderstehlichen Vormarsch gestern Dorpat, den Mittelpunkt des geistigen deutschen Lebens in den Ostseeprovinzen, Reval, die den finnischen Meerbusen beherrschende Festung, und Pskov, welches bereits an der Grenze des Petersburger Generalgouvernements liegt, eingenommen haben. In der Ukraine haben die deutschen Soldaten Zytomir, den Sitz der Rada erreicht, und sie stehen in Fühlung mit den ukrainischen Truppen. Dieser überzeugenden Macht der Tatsachen hat sich auch Herr *Trockij* nicht zu verschließen vermocht.⁴⁾ Sein Friedenswille ist diesmal wirklich erwacht. Und die neuerlichen Verhandlungen in Brest-Litowsk werden gewiß ein endgültiges Resultat ergeben. Der Friede mit der Ukraine wird gesichert werden, und den bedrängten Bevölkerungen Estlands, Livlands und Litauens wird Rettung gebracht.

1) Von „kürzester“ bis „müsse“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „ist erfolgt!“

2) Von „denn“ bis „worden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „Nein!“

3) Von „Petersburger“ bis „angenommen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Der Sieger mit blankem Schwert diktiert nach altbewährter Methode, der Besiegte unterschreibt!“

4) Von „hat“ bis „vermocht“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „doch!“

367.

27. 2. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm (Hughes). Nr. 712.

Der Herr Reichskanzler wünscht, daß Euer pp. sich nicht auf öffentliche Verhandlungen mit *Trockij* einlassen oder Reden aus dem Fenster hinaus dulden.

Frhr. v. dem Bussche.

368.

**27. 2. 1918: Entwurf des Friedensvertrages
zwischen Sovetrußland und den Mittelmächten**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 518. Abgeg. Brest-Litowsk, 27. 2. 1918, 7.40 nachm., angek. 27. 2. 1918, 9.00 nachm. Überschrift: „Ganz geheim! Zur vorläufigen Information.“

Folgendes ist der mit der österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Abordnung durchgesprochene Entwurf zum Friedensvertrag (Hauptvertrag).

Die Bulgaren haben in der Sitzung soeben keine Einwendungen erhoben, sich jedoch vorbehalten, etwa bis morgen früh noch Anträge zu stellen.

Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits.

Da Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits übereingekommen sind, den Kriegszustand zu beenden und die Friedensverhandlungen möglichst rasch zum Ziele zu führen, wurden zu Bevollmächtigten ernannt von der Kaiserlich Deutschen Regierung: von der K. und K. gemeinsamen Österreichisch-Ungarischen Regierung: von der Königlich Bulgarischen Regierung: von der Kaiserlich Osmanischen Regierung: von der Russischen Regierung:

Die Bevollmächtigten sind in Brest-Litowsk zu den Friedensverhandlungen zusammengetreten und haben sich nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel I.

Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits erklären, daß der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Sie sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Artikel II.

Die vertragschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles unterlassen. Diese Verpflichtung gilt, soweit sie Rußland obliegt, auch für die von den Mächten des Vierbundes besetzten Gebiete.

Artikel III.

Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragschließenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Rußland gehört haben, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen; die vereinbarte Linie ergibt sich aus der diesem Friedensvertrag als wesentlichen Bestandteil beigefügten Karte (Anlage 1). Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen.

Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen.

Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Artikel IV.

Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demo-

bilmachung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der in Artikel III Abs. 1 bezeichneten Linie zu räumen, soweit nicht Artikel VI anders bestimmt.

Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um die alsbaldige Räumung der ostanatolischen Provinzen und ihre ordnungsmäßige Rückgabe an die Türkei sicher zu stellen.

Die Bezirke Erdahan, Kars und Batum werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen geräumt. Rußland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei durchzuführen.

Artikel V.

Rußland wird die völlige Demobilisierung seines Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile unverzüglich durchführen.

Ferner wird Rußland seine Kriegsschiffe entweder in russische Häfen überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß belassen oder sofort desarmieren. Kriegsschiffe der mit den Mächten des Vierbundes im Kriegszustand verbleibenden Staaten werden, soweit sie sich im russischen Machtbereich befinden, wie russische Kriegsschiffe behandelt werden.

Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen; in der Ostsee und, soweit die russische Macht reicht, im Schwarzen Meere wird sofort mit der Wegräumung der Minen begonnen. Die Handelsschifffahrt in diesen Seegebieten ist frei und wird sofort wieder aufgenommen. Zur Festlegung der näheren Bestimmungen, namentlich zur Bekanntgabe der gefahrlosen Wege für die Handelsschiffe, werden gemischte Kommissionen eingesetzt. Die Schifffahrtswege sind dauernd von treibenden Minen freizuhalten.

Artikel VI.

Rußland verpflichtet sich, sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Mächten des Vierbundes anzuerkennen. Das ukrainische Gebiet wird unverzüglich von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen der ukrainischen Volksrepublik ein.

Estland und Livland werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Die Ostgrenze von Estland läuft im allgemeinen dem Narvafusse entlang. Die Ostgrenze von Livland verläuft im allgemeinen durch den Peipussee und Pskov'schen See bis zu dessen Südweststrecke, dann über den Lubanschen See in Richtung Livenhof an der Düna. Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Rußland wird alle verhafteten oder verschleppten Bewohner Estlands und Livlands sofort freilassen und gewährleistet die sichere Rücksendung aller verschleppten Estländer und Livländer.

Auch Finnland und die Ålandinseln werden alsbald von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde, die finnischen Häfen von der russischen Flotte und den russischen Seestreitkräften geräumt. Solange das Eis die Überführung der Kriegsschiffe in russische Häfen ausschließt, werden auf den Kriegsschiffen nur schwache Kommandos zurückbleiben. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen Finnlands ein.

Die vertragsschließenden Teile werden darauf hinwirken, daß die auf der Spitzbergenkonferenz¹⁾ vom Jahre 1914 in Aussicht genommene internationale Organisation des Spitzbergenarchipels unter Gleichstellung Deutschlands und Rußlands durchgeführt wird; sie werden die norwegische Regierung bitten, die Spitzbergenkonferenz tunlichst bald nach Abschluß des allgemeinen Friedens wieder einzuberufen.

Artikel VII.

Die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden in ihre Heimat entlassen. Die Regelung der hiermit zusammenhängenden Fragen erfolgt durch die in Artikel XI vorgesehenen Einzelverträge.

Artikel VIII.

Die vertragsschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, das heißt der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung, sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, das heißt derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller in Feindesland vorgenommenen Regulationen entstanden sind.

Artikel IX.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragsschließenden Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages wieder aufgenommen. Wegen Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.

Artikel X.

Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland sind die in den Anlagen 2 bis 5 enthaltenen Bestimmungen maßgebend, und zwar Anlage 2 für die deutsch-russischen, Anlage 3 für die österreichisch-ungarisch-russischen, Anlage 4 für die bulgarisch-russischen, Anlage 5 für die türkisch-russischen Beziehungen.

Artikel XI.

Die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, der Austausch der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten, die Amnestiefrage sowie die Frage der Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handelsschiffe werden in Einzelverträgen mit Rußland geregelt, welche einen wesentlichen Bestandteil des gegenwärtigen Friedensvertrages bilden und, soweit tunlich, gleichzeitig mit diesem in Kraft treten.

Artikel XII.

Die in diesem Friedensvertrag getroffenen Vereinbarungen bilden ein unteilbares Ganzes.

Artikel XIII.

Bei der Auslegung dieses Vertrages sind für die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland der deutsche und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland der deutsche, der ungarische und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Bulgarien und Rußland der bulgarische und der russische Text und für die Beziehungen zwischen der Türkei und Rußland der türkische und der russische Text maßgebend.

¹⁾ Internationale Spitzbergen-Konferenz 16. 6.—30. 7. 1914 in Kristiania, auf der u. a. deutsch-russische Gegensätze zutage traten; bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sollten diese Gegensätze behoben werden; vgl. im einzelnen: Wörterbuch des Völkerrechts III S. 301. — 1920 wurde diese Inselgruppe Norwegen zugesprochen.

Artikel XIV.

Der gegenwärtige Friedensvertrag wird ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Die russische Regierung verpflichtet sich, den Austausch der Ratifikationsurkunden auf Wunsch einer der Mächte des Vierbundes innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen.

Der Friedensvertrag tritt, soweit nicht seine Artikel, seine Anlagen oder die Zusatzverträge anders bestimmen, mit seiner Ratifikation in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Brest-Litowsk am...

Rosenberg.

369.

27. 2. 1918: Legationsrat Schüler (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 521. Abgeg. Brest-Litowsk, 27. 2. 1918, 11.30 nachm., angek. 27. 2. 1918, 11.45 nachm.

Russische Abordnung eintrifft Donnerstag nachmittag gegen 2 Uhr Brest. Sie besteht aus *Sokoľnikov* als Leiter; *Petrovskij*¹⁾, Minister des Innern, *Čičerin*²⁾ und *Karachan* als dessen Gehilfen, *Joffe*, *Alekseev*, Gehilfe Ministers für Landwirtschaft, *Altwater* vom Admiralstab, *Danilov*, *Andaski*³⁾ und *Lipski* vom Generalstab und *Tereterkovič*, ferner 9 Sekretären, Stenographen und Schreibern. Mit Beziehung auf Telegramm Nr. 702⁴⁾: *Trockij* ist nicht dabei.

Schüler.

¹⁾ *G. I. Petrovskij*, altes Mitglied der Bolschewiki, Vorsitzender der bolschewistischen Fraktion in der IV. Duma, 1915 nach Sibirien verbannt; nach der Oktoberrevolution Volkskommissar für Inneres.

²⁾ *Georgij Vasilevič Čičerin* (1872—1936), ab 31. 1. 1918 stellvertretender Außenkommissar; 9. 3. 1918 Leiter der sovjetischen Außenpolitik; vgl. in diesem Zusammenhang seine Darlegungen vom 14. 3. 1918: *Doklad o Brest-Litovskom mirnom dogovore na IV čezvyčajnom vcerossijskom s-ezde sovetov*, S. 25 ff., in: *Čičerin, Staty i reči*.

³⁾ *Anadogski*, vgl. Nr. 377.

⁴⁾ In den Akten unter dieser Nr. nicht aufzufinden. Möglicherweise ist Telegramm Nr. 712 gemeint (Unterstaatssekretär v. dem *Bussche-Haddenhausen* an den Gesandten v. *Rosenberg* 27. 2. 1918; Pol. Archiv, Rußland Pol Nr. 1, Bd. 20): „Der Herr Reichskanzler wünscht, daß Euer pp. sich nicht auf öffentliche Verhandlungen mit *Trockij* einlassen oder Reden aus dem Fenster hinaus dulden.“

370.

27. 2. 1918: Artikel der Frankfurter Zeitung
über die deutschen Friedensbedingungen für Rußland

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. — Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages hat der Unterstaatssekretär *Frhr. v. dem Bussche* die Friedensbedingungen mitgeteilt, welche die Deutsche

Regierung für den Abschluß eines Friedens mit Rußland gestellt und die russische Regierung angenommen hat. Der erneute deutsche Vormarsch hatte die Herren *Lenin* und *Trockij* veranlaßt, zu erklären, daß die russische Regierung nun zur Unterzeichnung der von den Unterhändlern der Mittelmächte in Brest-Litowsk angebotenen Bedingungen bereit sei. Es lag von vornherein auf der Hand, daß diese Bedingungen jetzt nicht unverändert die Grundlage des Friedens sein könnten. Man konnte annehmen, daß der Friedensschluß mit der Ukraine, die Vorgänge in Livland, Estland und Finnland sowie die Tatsache des deutschen Vormarsches auf die Gestaltung der Friedensbedingungen irgendwie einwirken würden. Das ist nun auch geschehen, und die bolschewistischen Revolutionäre haben mit dem Frieden dieselbe trübe Erfahrung machen müssen, wie der sagenhafte König der römischen Vorzeit mit den Sibyllinischen Büchern: Die Bücher und der Friede sind durch die Ablehnung teurer geworden. Vor einem Monat hätte Herr *Trockij* einen Frieden schließen können, der in Anbetracht der ganzen Lage, aber auch seinem Inhalte nach für Rußland wirklich ein Verständigungsfriede gewesen wäre. Der jetzt angebotene, den die Petersburger Regierung anzunehmen bereit ist, geht in seinem Inhalt über die Bedingungen von Brest-Litowsk ein Stück hinaus, und die Sprache, in der die Bedingungen gestellt werden, die kurze Befristung und der kategorische Ton drücken aus, daß hier ein Sieger mit einem Besiegten spricht.¹⁾ Es ist eine gewollt unverbindliche Form, die sehr absticht von dem Ton, in dem Herr *v. Kühlmann* in Brest-Litowsk mit unendlicher Langmut die Verhandlungen geführt hat.

Man wird ohne weiteres erkennen, daß das Verhalten der Bolschewisten selbst die Ursache dieser Veränderung gewesen ist. Nachdem man in Berlin erkannt hat, daß es den Petersburger Machthabern nicht so sehr um den Frieden, als vielmehr darum zu tun war, in allen Ländern, vor allem auch in den Staaten Mitteleuropas, eine revolutionäre Bewegung zu entfachen, hat man sich entschlossen, durch die Anwendung militärischer und politischer Machtmittel die Petersburger Revolutionäre zu einem Frieden zu zwingen. Der neue Friede, wie er jetzt vorgeschlagen und dem Anschein nach von Rußland angenommen wird, ist für dieses Zwang und Notwendigkeit, und er ist insofern ganz aufrichtig, als er es auch in der Form nicht verleugnet. Beim ersten Lesen erscheint auch der Inhalt in diesem Lichte. Bei einer genaueren Prüfung findet man, daß der Unterschied gegenüber den Bedingungen von Brest-Litowsk doch nicht so bedeutend ist, daß er sich nicht durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse rechtfertigen ließe. Weder die Räumung von Ostanatolien, die im Prinzip schon in Brest-Litowsk zugestanden war, noch die Räumung Finnlands von russischen Truppen, die eine Folge der Anerkennung der finnischen Republik ist, noch die Räumung Livlands und Estlands, die in der Hauptsache doch nur den durch den deutschen Vormarsch eingetretenen tatsächlichen Zustand festlegt, bedeuten für die bolschewistische Regierung Bedingungen, die nach den früheren Erklärungen ihrer Vertreter als schwere Opfer betrachtet werden müßten. Auch das Verlangen der Anerkennung Finnlands und der vollständigen Demobilisierung

¹⁾ Von „kategorische“ bis „spricht“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „wie es Rechtens ist!“

enthält Dinge, die Herr *Trockij* früher schon einmal zugestanden hat. Sind es wirklich Opfer, dann liegt dies zum Teil doch wohl daran, daß die Bolschewisten in ihren Erklärungen sich nicht immer gleich geblieben sind oder mit ihren Worten andere Begriffe verbanden, als der allgemeine Sprachgebrauch europäischer Völker voraussetzen läßt.²⁾ Man wird also im ganzen nicht sagen können, daß den Bolschewisten ein Unrecht geschieht. Dennoch drängen sich dem, der sich von romantischen Sentimentalitäten und dem Dunst gewisser Schlagworte fern hält, einige Bedenken auf, die geltend zu machen eine Pflicht der Stunde ist.

Es soll hier nicht von dem Schicksal Kurlands, Litauens und Polens gesprochen werden. Das ist zum Teil schon geschehen, und es wird darüber an anderer Stelle noch mehr zu sagen sein. Rußland wird diese Gebiete abtreten, und die Vertretungen der Bevölkerung sollen, wie *Graf Hertling* am Montag versichert hat, selbst bestimmen, welches ihre Verfassung und der politische Zustand ihres Landes sein wird. Die Aufgabe des Reichstages wird es sein, darüber zu wachen, daß wirkliche Vertretungen der Völker in jenen Gebieten geschaffen werden. Die Fragen, die in Brest-Litowsk so langwierige Verhandlungen bedingten, über die Form der Volksabstimmung und die Räumung dieser Gebiete werden also anscheinend keinen Gegenstand mehr bilden, auf den Rußland einzuwirken in der Lage wäre. Anders aber liegt es mit Estland und Livland. Diese Länder sind jetzt zum großen Teil von deutschen Truppen besetzt. Die Friedensbedingungen verlangen die unverzügliche Räumung dieser Länder — wie auch Finnlands und der Ukraine — von russischen Truppen und Roter Garde. Deutschland erklärt, daß sie von deutscher Polizeimacht so lange besetzt gehalten werden sollen, „bis die Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung wiederhergestellt ist.“ Der Reichskanzler hat am Tage vorher mit Nachdruck erklärt, daß wir „nicht daran denken“, uns dort festzusetzen. An diese unzweideutige und bindende Erklärung wird man sich zu halten haben, und sie wird auch einen festen Riegel bilden müssen gegen die in annexionistischen Kreisen unverkennbar vorhandene Neigung, jene beiden Provinzen nicht nur von Rußland loszutrennen, sondern auch in mehr oder weniger verschleierte Form an Deutschland anzuschließen.³⁾ Eine solche Politik würden wir, wie wir schon mehrfach ausgesprochen haben, für abenteuerlich und für eine gefährliche Belastung unserer Zukunft halten. Diese Länder sind ursprünglich eine deutsche Kolonie, in der aber das Deutschtum nicht genügend in die Tiefen⁴⁾ des Volkes drang. Mit dem Erstarken des russischen Reiches, das mit der Zeit der größten Schwächung Deutschlands ungefähr zusammentraf, fielen sie ganz folgerichtig nach dem Gesetz der politischen

²⁾ Von „Worten“ bis „läßt“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu rechts und links am Rande in gleicher Höhe senkrechte Striche, Ausrufungszeichen und Bemerkung von derselben Hand: „d. h. zu deutsch ‚gelogen‘ haben.“

³⁾ Von „auch“ bis „anzuschließen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkungen von derselben Hand: „ja, das werden sie! Wird unter allen Umständen geschehen!“

⁴⁾ Von „aber“ bis „Tiefen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „Blech!“

Anziehungskraft an Rußland⁵⁾, das sie als Pforte zur Ostsee dringend notwendig hatte.⁶⁾ Diese Notwendigkeit besteht für Rußland auch heute noch fort.⁷⁾ Würden wir Estland und Livland politisch und wirtschaftlich von Rußland trennen, so würde das ungefähr die Erneuerung des „Grabens“ sein, mit dem *Gustav Adolf*⁸⁾ im Frieden von Stolbova⁹⁾ Rußland von der Ostsee abgesperrt zu haben glaubte und der dann die Ursache jahrhundertelanger Kriege zwischen Schweden und Rußland gewesen ist, bis er wieder beseitigt war. Eine Absperrung Rußlands von der Ostsee ließe sich nur durchführen, solange Rußland ein ohnmächtiger Staat¹⁰⁾ ist, sobald es zu Kräften kommt, müssen wir gewärtig sein, einen solchen Zustand des Zwanges durch stete Kriegsbereitschaft verteidigen zu müssen. Deswegen muß unbedingt und nachdrücklich verlangt werden, daß entsprechend dem Worte des *Grafen Hertling* die Bevölkerungen Livlands und Estlands sich absolut frei entscheiden können, ob sie selbständig bleiben oder sich wieder an ihr natürliches Hinterland Rußland¹¹⁾ anschließen wollen. Ein föderativ konstituiertes Rußland wird für die deutsche Politik der Zukunft eine große Erleichterung sein, aber eine künstliche Lostrennungs- und Zerstückelungspolitik könnte nur Haß und Wiederherstellungswünsche wecken.¹²⁾

Überhaupt sollte jeder Friede, den wir schließen, so gemacht werden, daß er Bestand haben kann und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen ermöglicht.¹³⁾ Der Kanzler hat das vorgestern als unser Ziel hingestellt. Dieser Grundsatz ist absolut richtig. Gerade darum aber steigen uns Bedenken auf. Wir müssen daran denken, daß nach den Bolschewiki möglicherweise eine andere Regierung kommt, die in Fragen der nationalen Ehre vermutlich empfindlicher sein wird als diese Revolutionäre. Das darf kein Grund für uns sein, auf Notwendiges zu verzichten. Denn die oberste Pflicht des Staates ist die Selbstbehauptung, und man wird den Altruismus nur immer in gewissen Grenzen

⁵⁾ Von „Anziehungskraft“ bis „Rußland“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „durch Eroberung erst Peters des Großen!“

⁶⁾ Dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Quatsch!“

⁷⁾ Von „diese“ bis „fort“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „nein.“

⁸⁾ *Gustav II. Adolf*, König von Schweden 1611—1632.

⁹⁾ Dorf im russischen Gouvernement Petersburg; am 27. 2. 1617 wurde dort der Frieden zwischen Schweden und Rußland abgeschlossen.

¹⁰⁾ Von „ein“ bis „Staat“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von derselben Hand: „das wird er länger noch bleiben.“

¹¹⁾ Von „ob“ bis „Rußland“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Donnerwetter!! Judenthalunke! Deutschland!“

¹²⁾ Von „nur“ bis „wecken“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „Blech.“

¹³⁾ Von „freundschaftlicher“ bis „ermöglicht“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „das liegt in jedem Friedensinstrument, aber die Psyche des Menschen macht das unmöglich!“

auch auf die Beziehungen der Völker anwenden können.¹⁴⁾ Aber politisch klug ist es, durch einen Frieden nicht Zustände zu schaffen, die sich schwer aufrecht-erhalten lassen oder andere, die möglicherweise zu unübersehbaren Verwicklungen führen.¹⁵⁾ Wenn also beispielsweise bestimmt ist, daß Rußland nicht nur seine Truppen, sondern auch die Roten Garden aus den genannten Ländern herauszieht, so ist dabei zu bedenken, daß diese Roten Garden meistens gar keine Russen, sondern landesangehörige Revolutionäre sind. Es wird also vielleicht für Rußland nicht ganz leicht sein, diese Bedingungen zu erfüllen, und die Nichterfüllung wiederum könnte zu allerlei Weiterungen führen. Auch die Fortsetzung des Handelsvertrages von 1904, der in Rußland stets wie eine Niederlage empfunden worden ist, hat etwas Mißliches. Nur, wenn man sie als einen vorübergehenden Notstand ansieht, dem neue Verträge folgen sollen, wird man sich mit ihr abfinden.

Die östlichen Fragen werden für unsere künftige Politik ein ganz besonders schwieriges Gebiet sein. Es wird sehr viel staatsmännischer Weisheit und Kunst bedürfen, um aus ihnen nicht ewig neue Gefahren für den Frieden und die Stetigkeit unserer Entwicklung herauswachsen zu lassen. Wir haben auf einige dieser Gefahren hingewiesen. Dennoch glauben wir, daß guter Wille und eine verständige Politik von beiden Seiten die Möglichkeit finden wird, um die Interessen Deutschlands mit denen der Oststaaten zu vereinbaren. Hört Rußland auf, nach Westen hin eine imperialistische Politik zu machen, dann ist nicht einzusehen, weshalb mit ihm nicht wieder freundschaftliche Beziehungen sollten geknüpft werden können. Nur darf man ihm nichts vorenthalten, was es zum Leben braucht, und ihm nicht eine Revanchepolitik aufdrängen. Wir hoffen, das wird trotz des ersten Eindruckes dieses Vertrages nicht geschehen, und wir meinen vielmehr, daß er mit dazu beitragen wird, bald den allgemeinen Frieden aufbauen zu helfen.¹⁶⁾

¹⁴⁾ Dazu am Rande in gleicher Höhe Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Dasselbe gilt auch für Elsaß-Lothringen.“

¹⁵⁾ Von „Aber“ bis „führen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „Danach müßten wir Elsaß-Lothringen autonom erklären oder herausgeben.“

¹⁶⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Ein ganz unerhörter Artikel, dem muß aufs Schärfste Widerspruch erhoben werden! Der Esel ahnt ja garnicht, was das heißt, Liv- oder Estl[and-]Deutsche zwingen, sich an Rußland, ihre Mörder und Vergewaltiger, wieder anzuschließen! Das ist ein verfluchter antigerman[ischer] internat[ionaler] Judenlummel! und heimlicher Freund *Trockijs!*“

371.

27. 2. 1918: Artikel des Berliner Tageblattes über die deutschen Friedensbedingungen für Rußland

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. — Unterstreichungen im Text, Randbemerkungen von der Hans Kaiser *Wilhelms II.* mit Rotstift.

T.W. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Herr v. dem *Bussche-Haddenhausen*, hat gestern — da „von verschiedenen Seiten der Wunsch ge-

äußert“ worden sei — dem Reichstag den Wortlaut des an Rußland gerichteten Ultimatums und die darin ausgesprochenen Friedensbedingungen mitgeteilt. Selbst die schwer zu befriedigenden Kraftpolitiker werden an diesem Ultimatumstil nichts aussetzen können: „Vorstehende Bedingungen sind in acht- und vierzig Stunden anzunehmen — russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß.“ Diese Methode hat sich, wie nicht zu bestreiten ist, im gegenwärtigen Augenblick als sehr wirksam erwiesen.¹⁾ *Trockij* und *Joffe* sind bereits nach Brest-Litowsk unterwegs. Sie werden dort alles unterzeichnen, auch den Artikel I, wonach Rußland mit Deutschland „fortan in Frieden und Freundschaft“ zu leben gedenkt.

Über das zukünftige Schicksal der Ukraine, die ja schon besondere Abmachungen mit den Verbündeten hat, ist in dem Ultimatum nichts gesagt, und es heißt dort nur, daß Rußland sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik schließen müsse, und daß die Ukraine und Finnland ohne Verzug von russischen Truppen und Roter Garde zu räumen seien. Livland und Estland sollen gleichfalls unverzüglich von den Russen geräumt und „von deutscher Polizeimacht besetzt“ werden, „bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist.“ *Graf Hertling* hat vorgestern in seiner Rede erklärt, Deutschland denke nicht daran, sich in diesen Ländern festzusetzen²⁾, sondern wünsche nur „mit den dort entstehenden staatlichen Gebilden“ einen „freundnachbarlichen“ Verkehr. Der aufmerksame Leser entnimmt daraus vor allem die Tatsache, daß auch dort neue „staatliche Gebilde“ entstehen sollen. Für den Rest der besetzten Ostgebiete, für Kurland, die Gegend von Riga, die Inseln im Rigaischen Busen, Litauen und Polen ist in dem Ultimatum wenigstens eines klar ausgedrückt: sie sollen nicht mehr an Rußland zurück. Sie werden „der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen“ und Rußland leistet „auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete“ Verzicht.

1) Von „Diese“ bis „erwiesen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „ist immer die beste!“

2) Von „Deutschland“ bis „festzusetzen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „hoffentlich auf anderem Wege doch! Aufgeben werden wir es niemals!“

28. 2. 1918: Legationssekretär Frhr. v. Lersner (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 411. Abgeg. Großes Hauptquartier, 28. 2. 1918, 11.45 vorm., angek. 28. 2. 1918, 1.40 nachm.

Zarskoe Selo funkt, russische Friedensdelegation nach Brest unterwegs, trotzdem setzen deutsche Heere Vormarsch fort. Ziel Deutscher Regierung sei also

nicht Friede mit Rußland, sondern „Erdrosselung der Arbeiter- und Bauernrevolution“. Aufgabe der Revolution sei zähester Widerstand, wo Feind sich zeige. Deutsche Truppen seien nur schwach. Stärke Rußlands beruhe auf seiner Ausdehnung. Überall sei Räteregierung befestigt; Deutsche werden nicht imstande sein, ganz Rußland zu erobern und Rätewacht zu brechen. Ihr Unternehmen sei Abenteuer, das, je länger es dauere, um so eher durch Revolution in Deutschland beendet werden würde.¹⁾

Resolution des Sevastopoler Sovets hält neue Forderungen Deutschlands für unannehmbar. Sie seien bestimmt, russische Revolution zu ersticken. Trotzdem wird Entschluß der Volks-Kommissare, Bedingungen anzuerkennen, als „taktisch richtig“ bezeichnet.

In dringendem Klartext wird vom Kommissar für Verpflegungs-Angelegenheiten inständigst gebeten, Petersburg und nördliche Gouvernements mit Brot zu versehen, da sonst die Errungenschaften der Revolution verloren seien. —

Zuverlässige militärische Quelle:

Stimmung in Nord-Finnland sehr zuversichtlich. Krieg allgemein als Befreiungskrieg von Rußland, nicht als Bürgerkrieg aufgefaßt. Deutsche Hilfe für Südfinnland erwartet, schwedisches Vorgehen auf Åland in ganz Finnland scharf verurteilt. —

General *Mannerheim*²⁾ steht mit seiner deutlich geäußerten Meinung, daß deutsches militärisches Eingreifen in Südfinnland nicht erwünscht sei, fast allein auch im Haupt-Quartier. Seine Deutschfreundlichkeit ist gering, doch ist er dankbar für Waffenlieferungen und indirekte Unterstützung durch Vormarsch in Ostseeprovinzen. *Mannerheim* äußerte ernsthaft Absicht, falls Deutschland Petersburg nicht nehme, mit seinem Bauernheer Stadt zu besetzen.

An führenden Stellen sollen nur finnländische Offiziere verwendet werden. Schwedische Offiziere nur Hilfskräfte, die nach 6 Monaten entlassen werden sollen. Insgesamt bisher 24 aktive schwedische Offiziere in finnischem Dienst.

Bildung von 20 finnischen Bataillonen zu je 3 Kompagnien beabsichtigt. Weiße Garde aus zusammengelaufenen Bauern gebildet. Bewaffnung verschieden, russische Gewehre, Jagdgewehre, Führung durch Offiziere soll erst organisiert werden.

An Artillerie nur geringe Anzahl erbeuteter russischer Geschütze vorhanden, großer Munitionsmangel.

Nach verlässlicher Nachricht vom 27. 2. ist auf Åland Friedensvertrag abgeschlossen, nach dessen Wortlaut die Rote Garde sich nicht mehr in innere Angelegenheiten einmischen darf und Weiße Garde nach Schweden (?) trans-

¹⁾ Vgl. hierzu *Lenins* Ausführungen vom 28. 2. 1918, in: *Lenin, Sämtliche Werke XXII* S. 322—331: Seltsames und Ungeheuerliches: „... Niemals wird irgendeine ausländische Eroberung eine politische Volkseinrichtung (die Sovetmacht aber ist nicht nur eine politische Einrichtung, sondern eine Einrichtung, die viel, viel höher steht als alles, was die Geschichte bisher gekannt hat) ‚zu etwas rein Formalem‘ machen können. Im Gegenteil. Eine ausländische Eroberung wird die Sympathien des Volkes für die Sovetmacht nur stärken ...“

²⁾ *Carl Gustaf Frhr. v. Mannerheim* (1867—1951), finnischer Feldmarschall und Staatsmann, organisierte und leitete Frühjahr 1918 den Kampf der Finnen gegen die Bolschewiki.

portiert wird. Die in Mariahamn zurückgebliebenen Artilleristen sollen nach Abo abtransportiert werden.

Zuverlässig:

Von Reval sind v. *Dellingshausen*³⁾ und 250 Balten nach Petersburg abtransportiert, um nach Ostsibirien verschleppt zu werden. Von Dorpat und anderen Städten größere Anzahl Balten über Pleskau abtransportiert, verhaftete Frauen alle freigelassen worden, *Baron Zoega Manteuffel*⁴⁾ bittet dringend alles aufzubieten, um Verschleppte zu retten.

Bei Pskov vormarschierende deutsche Truppen überall von Bevölkerung freudig begrüßt. Vor Reshitza (an Bahn Dünaburg—Pskov) und Tjusyn (ca. 100 km nordöstlich Dünaburg) kamen Stadtverordnete mit Salz und Brot entgegen. In Reshitza wurde Führer vormarschierender Truppe von Bevölkerung aus Auto gehoben und auf Händen durch Stadt getragen. Brief der Deutsch-Baltin *Baronin Hahn* übergeben, in dem sie Ermordung ihres Gatten, Dieners und russischer Offiziere durch rückflutende Maximalisten-Bande mittels Handgranaten und Gewehrschüssen mitteilt. —

Litauische Abgeordnete sagen aus, Litauer seien in 2 Lager gespalten: maximalistische Minderheit: Führer *Aisikos*⁵⁾ und *Soetetis*⁶⁾; rechte Mehrheit Lösung von Rußland anstrebt: Führer *Elisan*⁶⁾ und Vorsitzender des Komitees der rechten Litauer Partei Oberleutnant *Skirpa*.⁷⁾ —

Front-Meldung:

Polen sehen in uns nicht Freunde, sondern Hersteller der Sicherheit und Ordnung.

Einmarsch der Deutschen wird in Ukraine freudig begrüßt. Nach weiteren Rückläufer-Aussagen ersehnt in Ukraine Intelligenz und Bauernschaft Einmarsch der Deutschen, um Ordnung zu bekommen. Viele deutsche Kolonisten wollen wegen Unordnung und erlittener Unbill Anwesen in Rußland verkaufen und nach Deutschland übersiedeln. —

Nach Überläufer-Aussagen soll Berditschev durch Verrat tschechisch-slowakischer Truppen den Bolschewiki übergeben sein.

Ukrainer in Lucker Gegend zurückhaltend, freuen sich zwar über hergestellte Sicherheit, lehnen jedoch Zugehörigkeit zu den angeblich in Österreich sitzenden Führern der Ukraine, die nach ihrer Meinung Einmarsch veranlaßt haben, ab. Am 21. 2. wurden in Biala gedruckte Aufrufe auf Straßen verteilt, fanden reißenden Absatz.

Klartext von Zarskoe Selo an Wien, Berlin, Brest und russische Friedensdelegation in Brest meldet, daß maximalistische Delegation der Ukrainer Volks-

³⁾ *Eduard v. Dellingshausen*, letzter Ritterschaftshauptmann von Estland.

⁴⁾ Vielleicht *Hans v. Manteuffel*, Kommandant des Stoßtruppes der Baltischen Landeswehr, gefallen in Riga 22. 5. 1919.

⁵⁾ Name verstümmelt, wahrscheinl. *Eidukevičius*; vgl. Lietuvos TSR istorijos III S. 297.

⁶⁾ Name verstümmelt, nicht zu identifizieren.

⁷⁾ Letzter litauischer Gesandter in Berlin vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

republik sich von Kiev nach Brest-Litowsk begibt, um den mit Kiever Rada geschlossenen Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Rumänische Offiziere erklärten, mit uns in Freundschaft leben zu wollen. Bei Offizieren gedrückte Stimmung, da Friedensbedingungen zu hart und völligen Niederbruch Rumäniens zur Folge haben würden. Fortsetzung des Krieges sei wegen Hungersnot jedoch ebenso wenig wünschenswert, deshalb hoffe man von jetzigen Verhandlungen Erfolg.

Bekanntgewordene Rückreise Generals *Averescu* erzeuge Bedenken. Unser Vormarsch in Ukraine ängstlich verfolgt, da Gefahr bestände, daß Odessa von uns besetzt und Rumänen eingeschlossen würden.

Dobrudscha könne nie an Bulgarien abgetreten werden; Bessarabien sei kein Ersatz für Dobrudscha; lieber werde Rumänien bis zur Vernichtung kämpfen. Rumänen hätten Akkerman⁸⁾ besetzt und seien im Vormarsch auf Odessa.

Haß gegen Bulgarien, das Rumänien seine Selbständigkeit zu verdanken habe, groß. Ministerpräsident der bessarabischen Republik Moldau⁹⁾ *Ciuhureanu* und Minister des Äußern *Pelivanu* beschwerten sich im Klartext vom 27. 2. darüber, daß österreichische Truppen 24. 2. in Gegend von Novosielica (ca. 27 km süd-östlich Czernowitz) Gebiet der Republik betreten haben. Sie protestieren energisch gegen Übertretung souveräner Rechte und fordern, daß Truppen sofort aus freier Republik zurückgezogen werden.

Nach Klartext vom 27. 2. ist Novoöerkask (nordöstlich Rostov am Don) von Revolutionstruppen genommen: „die Junker fliehen.“

Russisches Kriegsmarine-Komitee fragt im Klartext vom 26. 2. beim Hauptkommissar der Schwarzmeer-Flotte in Sevastopol an, ob jetzt geschlossener Friede auch für Kaukasus gilt, und bittet um Mitteilung der Friedensbedingungen.

Presse-Telegramm.

Japanischer Ministerpräsident kündigte in vertraulichen Minister-Beratungen bevorstehendes Eingreifen Japans gegen Rußland an. *Lersner.*

⁸⁾ Akkerman, Akjerman, Stadt in Rußland (Bessarabien) an der Mündung des Dnjestr.

⁹⁾ 1918 dem rumänischen Staatsgebiet gegen den Protest Sovetrußlands einverleibt.

373.

28. 2. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 524. Abgeg. Brest-Litowsk, 28. 2. 1918, 3.00 nachm., angek. 28. 2. 1918, 4.15 nachm.

Ich telegraphiere an *Grafen v. Bernstorff*:

Hakki Pascha erscheint soeben 11 Uhr, um mir zu sagen, daß er von *Halil Bey*¹⁾ heute nacht die Weisung erhalten habe, darauf zu dringen, daß in dem Friedens-

¹⁾ Stellvertretender türkischer Minister des Auswärtigen, vgl. unten S. 700.

vertrag mit Rußland die Anerkennung der Selbständigkeit der mohammedanischen Bevölkerung im Kaukasus auch jenseits der ursprünglichen Grenze von 1878 im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gefordert wird. Ich habe *Hakki Pascha* erwidert, so sehr es uns am Herzen liege, allen Wünschen unseres türkischen Bundesgenossen soweit wie irgend möglich entgegenzukommen, scheint mir die nachträgliche Berücksichtigung dieser Anregung zu meinem aufrichtigen Bedauern unmöglich. Als wir seinerzeit dem Großwesir den Inhalt des geplanten Ultimatums mitgeteilt hatten, habe dieser sich mit allem einverstanden erklärt. Später habe dann *Nessimy Bey*²⁾ infolge eines Beschlusses des türkischen Ministerrates noch besondere Wünsche vorgebracht; diese seien erst nach Absendung des Ultimatums verspätet zu unserer Kenntnis gelangt. Wir hätten damals gleich erklärt, daß die nachträgliche Aufnahme des durch unser Ultimatum nicht gedeckten Punktes betreffend Erdahan, Kars und Batum in unsere Forderungen an Rußland leider nicht möglich sein werde. Trotzdem haben wir in den hier unter den Bundesgenossen vereinbarten Friedensentwurf einen Artikel über diese drei Bezirke aufgenommen. Der Artikel lautet wie folgt:

„Die Bezirke Erdahan, Kars und Batum werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen geräumt. Rußland wird sich in die neue Ordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die neue Ordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.“

Nach schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, auch Österreich-Ungarn für die Annahme dieser Forderung zu gewinnen. Bulgarien hat gleichfalls zugestimmt. Ich glaube, daß die Österreicher, denen unser Vertragsentwurf sowieso schon zu schwer belastet erscheint, eine Verschärfung der türkischen Forderungen nicht mitmachen.

Dazu kommt, daß die verfügbare Zeit schon aus technischen Gründen beim besten Willen nicht mehr ausreicht. Die Russen treffen um 2 Uhr ein, spätestens um 5 Uhr muß die erste Vollsitzung stattfinden, da wir nach unserem Ultimatum innerhalb von drei Tagen unterzeichnen müssen.

Ob die Russen auch nur die Bestimmung über Erdahan, Kars und Batum annehmen werden, ist keineswegs sicher. Wir sind entschlossen, unser Bestes zu tun, und ich persönlich würde es schon als einen großen Erfolg betrachten, wenn die Durchsetzung dieser Bestimmung gelingt. Wenn wir jetzt noch weiter gehen und für den vagen Begriff des ganzen Kaukasus die Unabhängigkeit fordern, so wird meines Erachtens der Bogen überspannt. Es würde dann die Gefahr entstehen, daß wir in der Hoffnung, noch mehr zu bekommen, schließlich gar nichts erhalten.

Euer Exzellenz darf ich anheimstellen, vorstehendes bei *Halil Bey* vertraulich zu verwerten. *Hakki Pascha* telegraphiert dem Minister in ähnlichem Sinne.

Bukarest ist verständigt.

Rosenberg.

²⁾ Vgl. oben S. 104, Anm. 1.

374.

28. 2. 1918, abends: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Telegramm. Nr. 530. Abgeg. Brest-Litowsk, 28. 2. 1918, 11.13 nachm., angek. 1. 3. 1918, 12.30 nachm.

Der mit den Verbündeten nunmehr endgültig vereinbarte Entwurf des Friedensvertrages weist gegenüber den mit Telegramm Nr. 518¹⁾ mitgeteilten Wortlaut folgende Änderungen auf:

Artikel VI letzter Absatz betreffend Spitzbergen fällt fort und wird in den deutsch-russischen Zusatzvertrag übernommen. Statt dessen erhält der Artikel VI folgenden Schlußabsatz: „Finnland und die Åland-Inseln werden unverzüglich von den russischen Truppen und der Roten Garde geräumt werden. Die auf den Åland-Inseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen. Über die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland und Rußland zu treffen: es besteht Einverständnis darüber, daß hierzu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzugezogen werden können.“

Als Artikel VII folgt dann:

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit Persiens und Afghanistans zu achten.

Die früheren Artikel VII, VIII, IX, X und XI werden mit VIII, IX, X, XI und XII bezeichnet.

Der frühere Artikel XII (lautend: „Die in diesem Friedensvertrag getroffenen Vereinbarungen bilden ein unteilbares Ganzes“) fällt fort.

Die Fassung der Bestimmungen über Persien und Åland-Inseln beruht auf ausdrücklichen mir durch Exzellenz *Kriege* übermittelten Instruktionen des Herrn Staatssekretärs.

Rosenberg.

¹⁾ Vgl. Nr. 368.

375.

28. 2. 1918, abends: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an das Auswärtige Amt¹⁾

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Telegramm. Nr. 531. Abgeg. Brest-Litowsk, 28. 2. 1918, 11.45 nachm., angek. 1. 3. 1918, 12.30 vorm.

Die russische Delegation ist heute nachmittag um ½ 3 Uhr eingetroffen. Der Vorsitzende *Sokol'nikov*, der schon an der ersten Phase der Waffenstillstands-

¹⁾ Abdruck des Dokuments in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 446 ff.

verhandlungen teilnahm²⁾, erbat für heute abend eine interne Vorbesprechung mit den Vorsitzenden der vier verbündeten Delegationen, um die Tagesordnung für morgen zu vereinbaren. Die Besprechung fand von ½ 6 bis gegen 7 unter meinem Vorsitz statt; zugegen waren nur die fünf Vorsitzenden und je ein Sekretär.

Es wurde vereinbart, daß die erste Vollsitzung morgen früh 11 Uhr stattfinden soll. Auf meine Anregung, dann sofort drei Kommissionen für politische, wirtschaftliche, rechtliche Fragen einzusetzen und die Vollsitzung ohne Verzug als politische Kommission weiter arbeiten zu lassen, will *Sokol'nikov* erst morgen endgültig antworten.

Ich schlug vor, den morgigen Beratungen den von uns vorbereiteten Vertragsentwurf zugrunde zu legen. *Sokol'nikov* bat um Zugrundelegung des Ultimatums. Einigung wurde darin erzielt, daß das Ultimatum Punkt für Punkt durchgesprochen und dabei jedes Mal die entsprechenden Artikel unseres Entwurfes vorgebracht werden sollen. Mit Nachdruck betonte ich, daß jede Diskussion des bereits angenommenen Ultimatums ausgeschlossen sei. Diese Auffassung wurde von *Sokol'nikov* als richtig bestätigt. Auch meiner Mahnung, von Anfang an auf größte Zeitersparnis bedacht zu sein, stimmte *Sokol'nikov* zu.

Sokol'nikov verlas und übergab sodann eine Erklärung, worin gegen die angebliche Verletzung des Waffenstillstandes durch Deutschland protestiert und gefordert wurde, mit Wiederbeginn der Friedensverhandlungen sofort die Feindseligkeiten einzustellen. Gegen den Vorwurf einer Verletzung des Waffenstillstandes habe ich unter Darlegung unseres Standpunktes und unter Berufung auf die Erklärungen des Herrn Staatssekretärs in der Sitzung vom 10. Februar nachdrücklichst Verwahrung eingelegt. Ferner erklärte ich, daß nach den Enttäuschungen, die wir bisher mit den Russen erlebt hätten, die einmal wiederaufgenommenen Feindseligkeiten erst mit Eintritt des Friedens eingestellt werden könnten. Auf eine weitere Bemerkung in der Erklärung *Sokol'nikovs*, unser Ultimatum enthalte gegen früher verschärfte Bedingungen, wurde entgegnet, das sei nur natürlich, unsere frühere Offerte sei mit dem Abbruch der Verhandlungen vom 10. Februar abgelehnt worden und erloschen, die neue Offerte müsse sich den neuen Verhältnissen anpassen.

Jede Gelegenheit wurde benutzt, um den Russen klar zu machen, daß unter allen Umständen binnen dreimal 24 Stunden unterzeichnet werden müsse und daß andernfalls die Verhandlungen als gescheitert angesehen und abgebrochen werden müßten. Auf Anfrage wurde erklärt, daß die dreitägige Frist mit dem Beginn der ersten offiziellen Verhandlung, also morgen früh 11 Uhr, in Gang gesetzt werde. Ich ersuchte *Sokol'nikov*, angesichts der großen Verantwortung, die uns die Notwendigkeit, in drei Tagen fertig zu werden, auferlege, während der Verhandlungen von allen theoretischen Erörterungen, rückblickenden Rekrimationen und programmatischen Erklärungen Abstand zu nehmen. Ferner regte ich an, von einer Veröffentlichung der Verhandlungen im einzelnen abzu- sehen. *Sokol'nikov* beschränkte sich darauf zu erwidern, er müsse seiner Regierung berichten und es dieser überlassen, ob und was sie veröffentlichen wolle.

²⁾ Vgl. Nr. 23.

Nach der Sitzung fragten die Russen, auf welchem Wege sie mit ihrer Regierung verkehren sollten. Gemäß einer vorher mit General *Hoffmann* getroffenen Verabredung antwortete ich, Kuriere könnten sie jederzeit senden (sie brauchen bis Petersburg drei bis vier Tage, das Tempo ihrer Reise haben wir in der Hand). Der früher verfügbare Hughes-Apparat sei bereits abgebaut worden, seine Wiedereinrichtung würde zu lange dauern. Für einen aufs streng Sachliche beschränkten amtlichen Verkehr mit ihrer Regierung stellen wir ihnen unsere Funkstation zur Verfügung.

Da alles, was sie funken wollen, uns zur Beförderung übergeben werden muß, können wir Zensur üben und das uns nicht Genehme von der Beförderung ausschließen. Nach der ersten, nicht zur Sache gehörenden Rede in der morgigen formellen Sitzung werde ich den Russen erklären, solche Reden seien zwecklos, wir würden dafür sorgen, daß kein Wort davon in die Presse der vier Verbündeten gelangt. Gleichlautend Bukarest.

Rosenberg

376.

28. 2. 1918: Erklärung der russischen Delegation in Brest-Litowsk

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 533. Abgeg. Brest-Litowsk, 28. 2. 1918, 11.30 nachm., angek. 1. 3. 1918, 12.30 vorm. Überschrift: „Im Anschluß an Telegramm 531.“¹⁾

Die mir heute von der russischen Delegation übergebene Erklärung lautet in Übersetzung:

„Der Vorsitzende der russischen Friedensdelegation. Brest-Litowsk, den 28. Februar 1918.

An den Herrn Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation.

Als die deutschen Truppen unter Verletzung des für beide Teile gegenseitig bindenden Waffenstillstandsvertrages vom 15. Dezember v. J. ihren Vormarsch gegen das seine Armeen demobilisierende und folglich wehrlose Rußland antraten, wandte sich die Arbeiter- und Bauernregierung der russischen Republik durch Funkspruch an die deutsche Regierung mit der Erklärung ihres Einverständnisses, die deutschen Vorschläge anzunehmen. Als Antwort darauf ging eine ultimative Erklärung mit neuen Forderungen Deutschlands ein, über deren Annahme die russische Regierung in der vorgesehenen Frist, d. h. am 24. d. M., die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt hat.

Die russische Delegation hält es für notwendig, festzustellen, daß auf den formellen Vorschlag des russischen Oberbefehlshabers, für die Zeit der Führung der Friedensverhandlungen und der Unterzeichnung des Friedensvertrages einen Waffenstillstand abzuschließen, die offizielle Erklärung des Generals *König*²⁾, des

¹⁾ Vgl. Nr. 375.

²⁾ *Frhr. v. König*, General der Kavallerie, Kommandierender General, Chef des Generalkommandos z.B.V. 56, gehörig zur Armee-Abteilung D, vgl. Der Weltkrieg 1914—1918, 13. Bd., S. 367.

Befehlshabers der deutschen Truppen in Dünaburg, erfolgt ist, daß die Antwort auf diesen Vorschlag der russischen Friedensdelegation erteilt werden wird.

Indem die russische Delegation entschieden Protest dagegen erhebt, daß der Vormarsch der deutschen Truppen nicht mit dem Augenblick der Annahme der deutschen Bedingungen seitens Rußlands eingestellt worden ist, verlangt sie die sofortige Einstellung der Angriffsoperationen gegen Rußland, da sie der Ansicht ist, daß, wenn diese bisher nicht eingestellt sind, sie jedenfalls im Augenblick der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen eingestellt werden müssen, die auf der Grundlage des bereits angenommenen Ultimatums geführt werden.

Der Vorsitzende: *G. Sokoľnikov.*

Der Sekretär: *L. Karachan.*“

Rosenberg.

VII.

Die Unterzeichnung und Ratifizierung des Friedensvertrages

von Brest-Litowsk

(1. 3. 1918—28. 8. 1918)

377.

1. 3. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 20. Telegramm. Nr. 534. Abgeg. Brest-Litowsk, 1. 3. 1918, 12.05 vorm., angek. 1. 3. 1918, 12.30 vorm.

Aus Gesprächen, die der deutsche Begleitoffizier während der Fahrt nach Brest mit Teilnehmern der russischen Delegation hatte, geht hervor, daß zwischen *Lenin* und *Trockij* ein scharfer Gegensatz wegen unseres Ultimatums besteht.

Lenin ist für Annahme, *Trockij* dagegen. *Lenin* hat im Vollzugsausschuß des A[rbeiter]-, S[oldaten]- u[nd] B[auern] Rates durchgesetzt, daß 129 gegen 85 bei 26 Stimmenthaltungen (letztere innerlich gegen Annahme) seinen Standpunkt annahmen. Sowohl *Trockij* wie *Joffe* lehnten aus diesem Grunde den Vorsitz der Friedensdelegation ab. Abgang *Trockijs* soll nicht ausgeschlossen sein. Die linken Sozialrevolutionäre waren geschlossen gegen Annahme.

Die Delegation hat vier bevollmächtigte Mitglieder (*Sokol'nikov*, *Čičerin*, *Petrovskij*¹⁾, Volkskommissar des Innern *Karachan*).

Die drei ersten sollen für Annahme des Ultimatums sein, *Karachan* innerlich mehr zum Standpunkt *Trockijs* neigen. *Joffe* ist wegen seiner Lokal- und Personal-Kenntnis als Sachverständiger mitgekommen. Der Sachverständige *Alekseev* ist linker S[ozial]R[evolutionär].

Von den neuen militärischen Sachverständigen war General *Danilov* Generalquartiermeister im zarischen Hauptquartier, über General *Anadogski* (nicht *Andaski*) ist Näheres nicht bekannt. Rosenberg.

¹⁾ Vgl. oben S. 617, Anm. 1.

378.

1. 3. 1918: Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin)
an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Telegramm (Hughes). Bezugsvermerk: „Auf Telegramm Nr. 530“.¹⁾

1. Die Formulierung über die Ålandinseln²⁾ erweckt zu stark den Eindruck, daß die Inseln russisches Territorium sind. Dies ist jedoch nicht der Fall, sie gehören vielmehr zu Finnland. Ich bitte daher, um den Eindruck abzuschwächen, in den Schlußabsatz des Artikels VI die Worte „ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland und Rußland zu treffen“ folgendermaßen zu fassen: „ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Rußland und Finnland zu treffen“.

2. Nachdem hinsichtlich Persiens und Afghanistans der Absatz 2 betreffend die Vertretung der Unabhängigkeit dieser Staaten bei anderen Nationen fort-

¹⁾ Vgl. Nr. 374.

²⁾ Ebenda.

gefallen und lediglich die Verpflichtung der Parteien zu ihrer Respektierung übrig geblieben ist, wird es sich empfehlen, wenigstens die Tatsache der Unabhängigkeit dieser Länder als objektiv bestehend ausdrücklich voranzustellen, wie dies auch im Waffenstillstandsvertrag hinsichtlich Persiens geschehen ist. Ich bitte also den Artikel VII folgendermaßen zu fassen: „Von der Tatsache ausgehend, daß Persien und Afghanistan freie und unabhängige Staaten sind, verpflichten sich die vertragschließenden Teile, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit dieser Staaten zu achten.“

Reichskanzler.

Hertling.

379.

1. 3. 1918, vorm.: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 536. Brest-Litowsk, 1. 3. 1918, angek. 2. 3. 1918, 12.40 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Verhandlungen der deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen, türkischen und russischen Delegationen am 1. März vormittags“.

Gesandter v. *Rosenberg* eröffnet die Verhandlungen 11 Uhr 5 Minuten vormittags.

Rosenberg: Ich eröffne die Sitzung. Die Vertreter der vier verbündeten Mächte begrüßen die russische Delegation und hoffen, daß die gemeinsame Arbeit zu einem guten Ende führen wird.

Für die große Arbeit stehen nur 3 Tage zur Verfügung. Straffste Zusammenfassung aller Kräfte und sparsamstes Haushalten mit der Zeit werden nötig sein, wenn das Werk rechtzeitig vollendet und damit der Krieg im Osten beendet werden soll. Ich kann daher nur dringend bitten, alle irgendwie entbehrlichen Reden zu vermeiden und stets daran zu denken, daß jede hier in unfruchtbaren Reden vergeudete Stunde draußen mit kostbarem Blute bezahlt werden muß. Die einmal wieder aufgenommenen Feindseligkeiten können erst eingestellt werden, wenn der Friedensvertrag unterzeichnet ist. Nicht zum Reden und Debattieren, sondern zum Handeln, zur Unterzeichnung des Friedens sind wir hier versammelt.

Die Delegationen der vier Verbündeten haben die Wartezeit benutzt, um für die abzuschließenden Verträge Formulierungen vorzunehmen, Formulierungen, die auf den am 21. Februar von Berlin vorgeschlagenen und von Petersburg angenommenen Grundlagen aufgebaut sind und sich im übrigen an die früheren Brester Besprechungen anlehnen.

Die Anordnung des Stoffes denken wir uns so, daß ein politischer Hauptvertrag mit Rußland von allen vier Verbündeten abzuschließen ist, daß die wirtschaftlichen Abmachungen in getrennte Anlagen verwiesen und die rechtlichen Fragen in gleichfalls getrennten Zusatzverträgen geregelt werden. Dieser Anordnung folgend und angesichts des Zwanges, jede Minute zu sparen, schlage ich vor,

drei Kommissionen einzusetzen, eine politische, eine wirtschaftliche und eine rechtliche. Je formloser und zwangloser diese Kommissionen oder Gruppen von Abgeordneten ihre Arbeit verrichten werden, desto besser dürfte es für den Erfolg sein.

Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation einverstanden ist, schlage ich ferner vor, die heutige Versammlung sofort als politische Kommission weiterzulegen und die Zusammensetzung sowie den Arbeitsplan der Kommissionen im einzelnen am Schlusse der Sitzung in formloser Aussprache festzusetzen.

Sokol'nikov: Im Namen der russischen Delegation habe ich die Ehre für die Begrüßungsworte zu danken, die hier an uns gerichtet worden sind. Die russische Delegation hält es auch ihrerseits für notwendig, die hier bevorstehende Arbeit in möglichst kurzer Zeit zu erledigen.¹⁾

Die russische Delegation erblickt ihre Aufgabe darin, diejenigen Bedingungen anzunehmen, die mit den Waffen in der Hand Deutschland der russischen Regierung diktiert hat.

Die russische Delegation nimmt den Vorschlag an, die Sitzung gleich fortzusetzen, lehnt es aber ab, Kommissionen zu bilden. Die russische Delegation hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Arbeiten zur Annahme des Friedensvertrages zweckmäßiger in einer Vollsitzung durchgeführt werden müssen.

v. Rosenberg: Der Vorsitzende der russischen Delegation sprach von den Bedingungen, die Deutschland der russischen Regierung mit den Waffen in der Hand diktiert. Die russische Regierung hat es in der Hand, aus freiem Entschluß diejenige Lösung zu wählen, die ihrem eigensten Interesse entspricht; sie kann die von uns vorgeschlagenen Bedingungen annehmen oder sich für die Fortsetzung des Krieges entscheiden.

Die Ablehnung des Vorschlages, Kommissionen zu bilden, bedauere ich, bestehe aber auf dem Vorschlage nicht. Glaubt der Herr Vorsitzende der russischen Delegation, ohne Kommissionen auskommen und die dreitägige Frist einhalten zu können, so soll auch dies uns recht sein.

Ich habe hier vor mir liegen die noch nicht ganz fertiggestellten Entwürfe für die wirtschaftlichen Anlagen und den rechtlichen Zusatzvertrag. Ein flüchtiger Blick lehrt bereits, wie gewaltig der Umfang dieser Arbeiten ist. Ich bin aber einverstanden, daß der Vorschlag der Kommissionsbildung zurückgestellt und zunächst der von der russischen Delegation vorgezogene Weg probiert wird.

Das Einverständnis der russischen Delegation vorausgesetzt, treten wir jetzt in die sachliche Arbeit der politischen Kommission ein.

Einem gestern in informeller Sitzung geäußerten Wunsche der russischen Delegation entsprechend möchte ich den Versuch unternehmen, unserer Besprechung die am 21. Februar 1918 von Deutschland vorgeschlagenen Bedingungen²⁾ zugrunde zu legen.

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Kommentare *Sokol'nikovs* in seiner 1920 erschienenen Schrift: *Mir* S. 3—31 (u. a. über das deutsche Ultimatum).

²⁾ Vgl. Nr. 343.

Die Antwort der deutschen Regierung auf das Schreiben der russischen Regierung vom 19. Februar 1919 lautet: Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen . . . aus bis Punkt I zu Ende.

Sokol'nikov: Ich schlage vor, daß der Text hier nicht übersetzt wird, da der Inhalt uns bekannt ist.

v. Rosenberg: Wir begrüßen diesen Vorschlag. Dieser Punkt, aus der Sprache eines mit telegraphischer Kürze abgefaßten Dokumentes in die Sprache eines Vertrages übertragen, würde nach unseren Vorschlägen wie folgt lauten:

(Artikel I des Entwurfes). Hat die russische Delegation jetzt hierzu etwas zu bemerken, und wird diese Fassung angenommen?

Sokol'nikov: Wir würden vorschlagen, erst den ganzen Text vorzutragen.

v. Rosenberg: Der zweite Punkt unseres Vorschlages vom 21. Februar beschäftigt sich mit den Gebieten, die westlich einer bestimmten Linie liegen. Diesen Punkt möchten wir in den Artikel III des Friedensvertrages verweisen, während wir in dem Artikel II den Punkt 9 des Vorschlages vom 21. Februar verwerten wollen, der von der amtlich unterstützten Agitation und Propaganda spricht. Der Einfachheit halber verlese ich zunächst den Artikel II (gemäß Entwurf). Der Artikel III des Friedensvertrages, der dem Punkte 2 der Bedingungen entspricht, lautet: (gemäß Entwurf). Ich darf hier einschalten, daß die von uns gegebene russische Übersetzung lediglich den Zweck hat, den Herren die Arbeit zu erleichtern, ohne authentische Bedeutung zu besitzen. Maßgebend ist der deutsche Text.

Sokol'nikov: Wir nehmen dies zur Kenntnis.

v. Rosenberg: Der Absatz 2 des Punktes 2 der Bedingungen ist in den Artikel IV unseres Entwurfes verwiesen. In diesem Punkt IV muß auch aufgenommen werden der Punkt 5, Satz 1 der Bedingungen, wo es sich um die ostanatolischen Provinzen handelt. Der Artikel IV würde lauten: „Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der in Artikel III Absatz 1 bezeichneten Linie zu räumen, soweit nicht Artikel VI anders bestimmt. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um die alsbaldige Räumung der ostanatolischen Provinzen und ihre ordnungsmäßige Rückgabe an die Türkei sicherzustellen.“

Dies ist der letzte Absatz: „der ostanatolischen Provinzen“ ist die wörtliche Wiedergabe des Punktes 5 der Bedingungen. Die Herren werden gesehen haben, daß wir in Punkt 5 der Bedingungen nicht von den im gegenwärtigen Kriege besetzten Provinzen, sondern von den ostanatolischen Provinzen gesprochen haben. Der Grund dafür ist der, daß wir auch für die Provinzen Erdahan, Kars und Batum etwas tun wollten, die 1878 von der Türkei an die zaristische Regierung abgetreten werden mußten.³⁾ Denn gerade damals, als der Wortlaut unserer Bedingungen festgestellt wurde, ertönten sowohl nach Konstantinopel wie nach Berlin flehende Hilferufe der mohammedanischen Bevölkerung dieser drei Bezirke; sie baten um Hilfe gegen die Gewalttaten und Grausamkeiten, denen sie sich von Truppenkörpern ausgesetzt sahen, die russische waren oder sich als

³⁾ Im Frieden von St. Stefano und im Berliner Vertrag. S. unten S. 668, Anm. 5, 6.

russische ausgaben; und sie richteten die dringende Bitte an die deutsche und an die türkische Regierung, daß ihnen die Wiedervereinigung mit der Türkei gestattet werden möchte. Die türkische Regierung war seinerzeit gezwungen worden, diese Bezirke dem zaristischen Rußland abzutreten, weil die Türkei sich nicht in der Lage sah, eine schwere, ihr auferlegte Kriegsentschädigung zu zahlen. Die mohammedanische Bevölkerung fühlt sich noch heute als zur Türkei gehörig und empfindet den Vorgang von 1878 als einen Verkauf von Völkern für Geld. Es hätte für uns nahe gelegen, in den Friedensvertrag bei den Worten „Räumung und Rückgabe der ostanatolischen Provinzen“ einzufügen „einschließlich der Bezirke Erdahan, Kars und Batum“. Wir haben hiervon abgesehen, um auch nicht den Schein annexionistischer Hintergedanken zu erwecken. Der dritte Absatz des von uns ausgearbeiteten Friedensvertrages beschränkt sich daher auf folgende Sätze, die unsere Minimalforderungen darstellen: „Die Bezirke Erdahan, Kars und Batum werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen geräumt. Rußland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.“

Satz 1, die Forderung der Räumung, verfolgt den Zweck, die Bevölkerung gegen weitere Verfolgungen nach Möglichkeit sicherzustellen. Satz 2 will der Bevölkerung im Einklang mit dem von der russischen Regierung selbst verkündeten Prinzip der Selbstbestimmung der Völker Gelegenheit geben, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden. Punkt 3 der Bedingungen beschäftigt sich mit Livland und Estland. Im Interesse eines organischen Aufbaues des Vertrages verweisen wir diesen Punkt auf den Artikel VI, während Artikel V des Vertrages zunächst die Bestimmungen von Punkt 6 der Bedingungen über die Demobilmachung wiedergibt. Artikel V des Vertrages würde lauten: (gemäß Entwurf). Punkt 3 und 4 der Bedingungen befinden sich im Artikel VI des Vertrages zusammengefaßt. Da ein erheblicher Teil der Ukraine im Verlaufe der hinter uns liegenden kriegserischen Operationen, ein weiterer Teil in Durchführung der jetzt im Gange befindlichen freundschaftlichen Hilfsaktion besetzt worden ist, wird in diesem Artikel auch der Punkt 9 der Bedingungen, betreffend die Agitation und Propaganda, zum Vorschein kommen müssen. Dasselbe gilt für Finnland, mit dem wir in freundschaftlichen Beziehungen leben. Artikel VI unserer Fassung würde lauten (Absatz 1 bis 3 gemäß Entwurf). Es folgt noch ein weiterer letzter Absatz, der an die Brester Besprechungen vor dem Abbruch anknüpft: Die auf den Åland-Inseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen. Über die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland und Rußland, Finnland und Schweden zu treffen; es besteht Einverständnis darüber, daß hierzu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein würden. — Ich sehe eben, daß sich im letzten Absatz dieses Artikels in der eilig hergestellten Reinschrift ein Schreibfehler eingeschlichen zu haben scheint. Ich kann im Augenblick nicht feststellen, welche von den beiden mir vorliegenden Fassungen die richtige ist. Um die Sache nicht aufzuhalten, darf ich vielleicht trotzdem die nicht ganz

vollkommenen Abschriften Ihnen überreichen. Es ist unwesentlich, wir können das bis zur nächsten Besprechung vertagen. In Artikel VII dachten wir eine Bestimmung aufzunehmen, die sich bereits in dem Waffenstillstandsvertrag findet. Es handelt sich um Persien. Im Waffenstillstandsvertrag war gesagt worden: „Ausgehend von dem Grundsatz der Freiheit und Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des neutralen persischen Reiches sind die türkische und die russische Oberste Heeresleitung bereit, ihre Truppen aus Persien zurückzuziehen. Sie werden alsbald mit der persischen Regierung in Verbindung treten, um die Einzelheiten der Räumung und die zur Sicherstellung jenes Grundsatzes sonst noch erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“ Wir schlagen vor, diese für Persien geltende Bestimmung in den Friedensvertrag hinüber zu retten und gleichzeitig auf Afghanistan auszudehnen, das in einer ähnlichen Lage ist wie Persien. Die Fassung würde zu lauten haben: „Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit Persiens und Afghanistans zu achten.“ Die Aufnahme der Bestimmung selbst erscheint uns wesentlich und von größter Wichtigkeit. Was die Fassung anlangt, so wären wir bereit, evtl. zu erwägen, diese Fassung mehr der Formulierung des Waffenstillstandsvertrages anzupassen. Indem ich mir Vorschläge nach dieser Richtung vorbehalte, darf ich vorläufig die von mir verlesene Fassung überreichen. Artikel VIII würde sich mit den Kriegsgefangenen zu beschäftigen haben und lauten (gemäß Entwurf). Mit diesem Artikel VIII haben wir bereits die im Punkte 18 der Bedingungen behandelte Materie angeschnitten. Die Detailregelung zu diesem Punkte der Bedingungen wird in dem Zusatzvertrage erfolgen. Der Artikel IX würde nach unseren Vorschlägen dem Verzicht auf Kriegskosten und Kriegsschadensersatz zu widmen sein (gemäß Entwurf). In Artikel X wäre die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen festzustellen. Er lautet: (gemäß Entwurf). Artikel XI würde feststellen, daß die Detailausführung von Punkt 7 der Bedingungen, wirtschaftliche Beziehungen, in vier verschiedenen Anlagen zu erfolgen hat. Artikel XI würde lauten (gemäß Entwurf). Artikel XII des Vertrages würde in Ausführung von Punkt 8 der Bedingungen feststellen, daß die rechtspolitischen Angelegenheiten in Einzelverträgen zu regeln sind. Der Artikel würde lauten (gemäß Entwurf). Ich darf hierzu bemerken, daß der sehr wichtige Punkt 5 der Bedingungen, der sich mit der Abschaffung der türkischen Kapitulationen beschäftigt, nicht in dem Friedensvertrag, sondern an besonderer Stelle zu erledigen sein wird. Die gleichzeitige Unterzeichnung des hierfür vorgesehenen Dokuments würde natürlich Bedingung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages überhaupt sein. Artikel XIII des Friedensvertrages beschäftigt sich mit der Sprachenfrage und lautet (gemäß Entwurf). Der Artikel XIV trifft Bestimmungen über die Ratifikation (gemäß Entwurf). Die Einleitung und der Schluß des Vertrages bewegen sich in den üblichen Formen. Der Verlesung wert sind wohl nur die einleitenden vier Zeilen, die wir uns etwa so denken: „Da Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits übereingekommen sind, den Kriegszustand zu beenden und die Friedensverhandlungen möglichst rasch zum Ziele zu führen, wurden zu Bevollmächtigten ernannt etc.“ Der Text der Nebenverträge ist, soweit ich orientiert bin, annähernd festgestellt. Ich bin im einzelnen über den gegen-

wärtigen Stand der Arbeiten nicht unterrichtet und würde es für nützlich halten, wenn in dieser Beziehung einzelne Mitglieder der vier verbündeten Delegationen, die besonders an diesen Fragen interessiert sind, sich mit den entsprechenden Mitgliedern der russischen Delegation direkt in Verbindung setzen. Die gegenseitige Vorlegung der Vollmachten wird vielleicht heute nachmittag oder morgen früh erfolgen können. Ich höre soeben, daß, soweit Deutschland in Betracht kommt, die wirtschaftliche Anlage fertiggestellt ist. Vielleicht hat S. E. Herr v. Koerner die Güte, uns etwas darüber zu sagen.

Exzellenz v. Koerner: In Ziffer 7 der am 21. Februar der russischen Regierung gestellten Bedingungen ist als Grundlage der Wiederherstellung der handelspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Handelsvertrag von 1894/1904⁴⁾ bezeichnet worden. Eben dort ist angegeben worden, daß die Ausnahmen, die im alten Verträge bestanden, die Beziehungen zwischen Rußland und den asiatischen Ländern in Wegfall kommen sollen, daß ferner die Sicherheit der Ausführfreiheit für Erze hergestellt werden, daß für alle Fälle die Meistbegünstigung zwischen Rußland und den Vierbundstaaten bis 1925 gesichert sein soll, und endlich, daß, ebenso wie das in dem Friedensvertrag mit der Ukraine geschehen ist, ein Vorbehalt festgelegt werden soll bezüglich besonderer Begünstigungen, welche Deutschland und Österreich-Ungarn sich gegenseitig gewähren, und ähnlicher Begünstigungen zwischen den mit diesen beiden Ländern in Zollbegünstigungsverhältnissen stehenden dritten Ländern. Weiter ist ebenso wie im ukrainischen Vertrag eine Kündigungsbestimmung für die provisorische Wiederinstandsetzung des alten Vertrages in Aussicht genommen und endlich eine Bestimmung aufgenommen, welche die Freigabe der in neutralen Ländern lagernden Waren betrifft, auf denen die Beschränkung liegt, daß sie nicht in das Gebiet des anderen Teiles übergeführt werden dürfen. Auf Grund dieser Bedingungen ist eine spezielle Ausarbeitung gemacht worden, welche ich hier überreiche. Es finden sich noch einzelne Abweichungen, die ich aber jetzt nicht speziell behandeln möchte. Ich würde das einer späteren Behandlung vorbehalten, nachdem die russische Delegation von den Vorschlägen Kenntnis genommen hat. Ich möchte dazu noch bemerken, daß wir für die russische Übersetzung Vorarbeiten gemacht haben, welche der russischen Delegation das Studium unseres Vorschlages erleichtern werden. Wir sind bereit, diese Vorarbeiten der russischen Delegation zur Verfügung zu stellen. Es wird dann wohl erwünscht sein, daß der von der russischen Delegation mit diesem Auftrage Versehene sich mit unserem Dolmetscher in Verbindung setzt.

v. Rosenberg: Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation einverstanden ist, würde ich zunächst noch Seine Exzellenz Herrn *Kriege* bitten, seine Erklärungen über den Handelsvertrag abzugeben.

Sokol'nikov: Das entspricht unseren Wünschen.

Exzellenz Kriege: In Punkt 8 der deutschen Antwort auf das Schreiben der russischen Regierung vom 19. Februar 1918²⁾ ist ausgeführt worden, daß die

⁴⁾ Annahme des Handelsvertrages von 1894 16. 3., Ratifikation 20. 3. 1894; vgl. Schultheß, 10. Jg. 1894, S. 29, 44, 54, 68 f., 75—99. — Handelsvertrag von 1904 s. oben S. 582, Anm. 3.

rechtspolitischen Angelegenheiten auf Grundlage der Beschlüsse der ersten Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission geregelt werden sollen; soweit die in der Rechtskommission gemachten Vorschläge der deutschen und der russischen Delegation auseinandergingen, soll die Regelung auf Grund der deutschen Vorschläge erfolgen; — die Beschlüsse der Kommission ebenso wie die auseinandergelassenen deutschen und russischen Vorschläge sind in einem Schriftstücke zusammengestellt, das sich betitelt:

„Deutsch-russische Rechtskommission. Ergebnisse der ersten Lesung, festgestellt durch das Redaktionskomitee.“⁵⁾)

Dieses Redaktionskomitee war aus deutschen und russischen Mitgliedern zusammengesetzt, die von ihm hergestellte Fassung ist von den beiderseitigen Mitgliedern genehmigt worden, von dem Schriftstücke ist der russischen Delegation seinerzeit eine größere Anzahl von Abdrücken mitgeteilt worden.

Auf dieser Grundlage ist von der deutschen Delegation nunmehr ein deutsch-russischer Staatsvertrag ausgearbeitet worden.

Dieser Staatsvertrag hält sich gemäß den von der russischen Regierung angenommenen deutschen Bedingungen an das erwähnte Schriftstück. Soweit er davon abweicht, handelt es sich um redaktionelle Verbesserungen oder um kleinere Zusätze, die zum besseren Verständnis des Sinnes dienen.

Ich habe die Ehre, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation je zwei Abdrücke dieses Entwurfes eines deutsch-russischen Zusatzvertrages zu überreichen.

Es wird in wenigen Minuten noch ein kleiner Nachtrag folgen, der eine Einarbeitung des letzten Satzes des Punktes 3 der deutschen Antwort enthält.

Dieser letzte Satz besagt:

„Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher Kriegsgefangener, Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.“ Es wird sich empfehlen, diesen Punkt ebenfalls in den Zusatzvertrag aufzunehmen.

Was die russische Fassung des Zusatzvertrages betrifft, so liegt eine Vorarbeit seitens der russischen Delegation insofern vor, als das erwähnte Dokument „Ergebnisse der ersten Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission“ seinerzeit in das Russische übertragen worden ist; es wird sich, ebenso wie bei den handelspolitischen Arbeiten, empfehlen, daß sich der russische Übersetzer mit dem deutschen Übersetzer wegen der endgültigen Fassung in Verbindung setzt.

Exzellenz v. Mérey: Ich habe die Ehre zu erklären, daß auch die österreichisch-ungarische Delegation die in Artikel XI des Entwurfes zum Friedensvertrage vorgesehene Anlage 3, welche die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zu regeln bestimmt ist, in Form eines Vorschlages ausgearbeitet hat.

Ich habe die Ehre, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation diesen Vorschlag zu überreichen, das Mitglied der österreichisch-ungarischen Delegation,

⁵⁾ Vgl. oben S. 583, Anm. 6.

Herr Konsul *Wildner*⁶⁾, wird die Ehre haben, mit einigen Worten die Grundsätze dieses Vorschlages auseinanderzusetzen.

Wildner: Die Anlage 3 faßt einige wesentliche Punkte allgemeiner Natur zusammen, die im wesentlichen den Bestimmungen des deutschen Entwurfes gleich sind. Eine abweichende Bestimmung ist vorgesehen für den Fall, daß eine Änderung der Zollverhältnisse innerhalb eines oder beider der vertragschließenden Teile eintritt.

Für diesen Fall soll vorgesehen werden, daß die Meistbegünstigung auch für die einzelnen Staaten weiter Anwendung findet.

Wir haben es weiter für notwendig gefunden, falls die russische Seite damit einverstanden sein sollte, daß die Bestimmungen des Notenwechsels vom 15. Februar 1906, betreffend die Behandlung von Geflügel und tierischen Rohstoffen, auch während der Dauer des Provisoriums Anwendung finden.

In der Unterlage sind jene Bestimmungen des österreichisch-ungarisch-russischen Handelsvertrages vom 15. Februar 1906⁷⁾ zusammengefaßt, die während der Dauer des Provisoriums Anwendung finden sollen. Desgleichen sind in dieser Unterlage jene Änderungen und Ergänzungen vermerkt, welche die Bestimmungen des Handelsvertrages infolge der geänderten Verhältnisse erfahren mußten.

v. Mérey: Ich habe ferner die Ehre zu erklären, daß die österreichisch-ungarische Delegation auch für den durch den Artikel XIII des Entwurfes des Friedensvertrages vorgesehenen Einzelvertrag Österreich-Ungarns mit Rußland über die rechtspolitischen Fragen Vorschläge ausgearbeitet hat. Diese Vorschläge sind mit Ausnahme einiger Einzelheiten bereits fertiggestellt, und ich werde die Ehre haben, dieselben in der heutigen Nachmittagssitzung der russischen Delegation zu überreichen.

Ich behalte mir vor, anlässlich der Übergabe dieser Vorschläge ihren Inhalt kurz zu skizzieren. Für den Moment beschränke ich mich darauf zu bemerken, daß sich diese Vorschläge im Wesen an die deutscherseits gemachten Vorschläge anlehnen.

v. Rosenberg: Der Herr Vorsitzende der bulgarischen Delegation hat das Wort: **Exzellenz Toschew:** Im Namen der bulgarischen Delegation habe ich die Ehre zu erklären, daß spätestens bis morgen Mittag es mir möglich sein wird, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation die Projekte für den Rechts- und Handelsvertrag, die in der bestimmten Frist zwischen Bulgarien und Rußland geschlossen sein müssen, zu überreichen.

Hinzufügen muß ich noch, daß die genannten Entwürfe sich inhaltlich nicht von denen unserer Verbündeten unterscheiden, da sie auf dem politischen Vertrag begründet sind. Selbstverständlich enthalten diese Entwürfe auch manche

⁶⁾ *Heinrich Wildner* (1879—1957), Konsul seit 9. 12. 1911; 1911—1914 Leiter des österreichisch-ungarischen Konsulats in Belgrad; später Gesandter.

⁷⁾ Über den österreichisch-ungarisch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 15. 2. 1906 und den Zusammenhang seiner Bestimmungen mit den Friedensverträgen der Mittelmächte mit der Ukraine und mit Rußland 1918 vgl. Gratz-Schüller (1928), S. 123 f.,

Bestimmungen, welche speziell Bulgarien und Rußland in ihren wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen interessieren.

v. Rosenberg: Ich bitte nun Seine Hoheit *Hakki Pascha*, das Wort zu nehmen.

Eine Aufzeichnung *Hakki Paschas* über seine Erklärung besagt:

Hakki Pascha a d'abord fait une historique des négociations antérieures de la délégation ottomane avec celle russe. Il a dit la délégation turque avait été amenée à donner déjà deux projets de traité à la délégation russe, conformément aux idées alors courantes pour la forme des actes à conclure à Brest-Litowsk. Une première idée avait été de signer des traités de paix séparés entre chacun des alliés et la Russie et de réunir l'ensemble par un acte final qui on aurait fait un traité unique. Les traités devaient seulement contenir les questions essentielles et les détails devaient être réglés par des traités à négocier plus tard. La délégation turque a alors donné un premier projet d'après ce système à la délégation présidée par Monsieur *Joffe*. Après l'arrivée de Monsieur *Trockij* l'idée de réunir toutes les questions à résoudre dans un même traité ayant prévalu un second projet plus détaillé que le premier a été remis à Monsieur *Trockij*. Le système définitivement adopté par la conférence quant à la forme des actes à conclure est un troisième qui consiste à réunir dans un traité collectif toutes matières communes, le système commercial pour chacun des alliés et la Russie devant former un acte à part qui formera annexe au traité collectif. En outre chacun des alliés signera avec la Russie un traité additionnel pour y traiter des questions référées par le traité collectif et de celles d'un intérêt spécial. La délégation ottomane a été donc amenée à reviser les deux projets antérieurs et a en éliminer tout sujet déjà reproduit dans le traité collectif. Il a donc l'honneur de remettre à la délégation russe deux textes, dont l'un se rapportant à la matière commerciale et devant former l'annexe 5 du traité collectif, est une forme très modifiée du texte qui avait été proposé dans le temps à Messieurs *Joffe* et *Trockij* et qui, croit-il, était déjà agréé par ces messieurs. Et le traité juridique et additionnel *Hakki Pascha* en présentant le traité additionnel a donné de courtes explications sur les articles dont la grande partie, a-t-il dit, ayant été déjà discutée et presque approuvée par les deux délégations. Les articles 1, 2 et 3 ne sont que les développements nécessaires des articles du traité collectif sur l'évacuation et la démobilisation, sont en partie extraits de la convention d'armistice entre les armées du Caucase et ont été déjà discutés par les deux délégations. L'article 4 est le développement de l'article du traité additionnel et se trouvait dans les projets antérieurs. L'article 5 non plus n'est pas nouveau et se trouve exactement dans les projets de traités juridiques allemand et austro-hongroise. L'article 6 concerne les traités, l'ultimatum a résolu cette question. Il avait déjà à deux reprises lu avec les délégations *Joffe* et *Trockij* et n'avait jamais rencontré une opposition. L'article 7 concerne le rétablissement des relations postales et télégraphiques. Il était plus long dans les projets entérieurs, desquels on a depuis supprimé les détails. L'article 8 concerne la Perse. Il est presque tel quel dans les deux premiers projets les deux délégations l'ont déjà admis; la forme, afin d'éviter répétition du traité collectif, a été un peu modifié au commerce, il reproduit aussi une clause de la convention d'armistice des armées du Caucase. Les articles 9, 10 et 12 concernent les droits des particuliers; ils ne sont pas tout

à fait dans leurs formes des deux projets antérieures et ont été un peu modifiés avec des renvois aux clauses du traité additionnel proposé par l'Allemagne. L'article 11 concerne le droit d'émigration des musulmans russes. L'article 13 concerne les prisonniers de guerre, l'article 14 nouveau est un renvoi au traité allemand additionnel. L'article 15 concerne les ratifications. *Hakki Pascha* après avoir ainsi expliqué les articles a dit que l'annexe 5 commercial doit naturellement être rédigé dans les langues dans lesquelles le traité collectif est à rédiger; mais qu'il proposerait pour le traité additionnel la signature en une seule langue, la langue française, vu qu'on n'a pas réellement le temps matériel de faire des traductions russe et turque, traductions que les parties sont dans l'impossibilité de vérifier réciproquement. Sur la demande de *Hakki Pascha* le chef de la délégation russe a déclaré admettre cette façon de procéder.

Gesandter v. Rosenberg: Es bleibt noch übrig, die in Artikel III des Friedensvertragsentwurfes erwähnte Karte zu übergeben. Die Karte ist hier im Saale zur Entnahme durch die russische Delegation bereitgelegt.

Ich darf hiermit die Übergabe der Karte als vollzogen ansehen. Es ist die Stunde vorgeschritten; es fragt sich, wann wir unsere Verhandlungen fortsetzen können.

Sokol'nikov: Ich würde vorschlagen, die Fortsetzung unserer Sitzung auf heute nachmittag um fünf Uhr anzuberaumen, wenn keine gegenteiligen Vorschläge von der deutschen Delegation vorgebracht werden.

v. Rosenberg: Die verbündeten Delegationen möchten sich in dieser Beziehung ganz nach den Wünschen der russischen Delegation richten, halten sich aber für verpflichtet, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die dreimal 24 Stunden unter allen Umständen eingehalten werden müssen.

Ich darf die russische Delegation bitten, sich bis heute nachmittag noch einmal zu überlegen, ob nicht in der Form der Bildung von Kommissionen oder in irgendeiner anderen praktischeren, vielleicht noch leichteren Form ein Weg gefunden werden kann, um die Arbeiten zu fördern. Wenn von keiner Seite Widerspruch eingelegt wird, würde ich die nächste Sitzung für heute nachmittag fünf Uhr anberaumen.

Herr Sokol'nikov: Ich möchte bemerken, daß wir heute nachmittag eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der einzelnen Delegationen vorschlagen wollen, um darüber einig zu werden und zu besprechen, in welcher Weise die Arbeiten auf das Beste gefördert werden könnten, und ich möchte noch einmal betonen, daß die russische Delegation nicht minder wünscht als die Delegationen der vier verbündeten Mächte, daß die hier begonnene Arbeit zu einem möglichst schnellen Ende geführt werde.

Gesandter v. Rosenberg: Ich schließe die Sitzung.
(Schluß der Sitzung 1 Uhr 11 Minuten).

Rosenberg.

380.

1. 3. 1918: Besprechung der Vorsitzenden der Delegationen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 538. Abgeg. Brest-Litowsk, 1. 3. 1918, angek. 2. 3. 1918, 1.50 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Besprechung der Vorsitzenden der Delegationen 1. März 1918, nachmittags 5 Uhr 40 Minuten.“

v. Rosenberg: Ich bitte den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation, wenn es ihm genehm ist, uns seine Vorschläge auseinanderzusetzen.

Sokol'nikov: Die russische Delegation hat folgendes zu erklären: Der Friede, der jetzt abgeschlossen werden soll, ist nicht die Frucht einer Verständigung zwischen den beiden Parteien; das ist ein Friede, der, wie ich es heute früh bezeichnet habe, uns mit den Waffen in der Hand diktiert wird. Wir haben keine Möglichkeit, die Bedingungen dieses Friedens zu besprechen. Die dreitägige Frist gibt, wie es für jedermann klar ist, keinerlei Möglichkeit einer tatsächlichen Beratung und Besprechung derjenigen Bedingungen, die uns vorgeschlagen werden. Zu gleicher Zeit stellt die Deutsche Regierung die Angriffsoperationen gegen Rußland nicht ein. Daher erfolgt dieser Friedensschluß unter Umständen, die noch nie dagewesen sind, in einer Atmosphäre der Gewalt, wie die Geschichte sie noch nicht kennt. Die russische Delegation hält es daher für den einzig würdigen Ausgang aus dieser Lage, da Rußland schon früher seine Armeen demobilisiert und die Einstellung des Krieges proklamiert hat, die Bedingungen anzunehmen in der Form, wie sie uns vorgeschlagen werden.

Die russische Delegation ist der Ansicht, daß die Klarstellung aller Fragen, die mit dem Friedensvertrage zusammenhängen, die in Zukunft zu erfolgen hätte, auf diplomatischem Wege wird erfolgen können und durch Vermittlung von Spezialkommissionen, die unvermeidlich werden, erledigt werden muß. Daher beabsichtigt die russische Delegation nicht, den Augenblick der Unterzeichnung des Friedensvertrages in die Länge zu ziehen, und ist ihrerseits bereit, entsprechend den ihr erteilten Vollmachten die Friedensbedingungen anzunehmen und ihre Unterschrift darunterzusetzen, sowie die praktische Möglichkeit dafür vorliegen wird. Ihrerseits würde die russische Delegation befriedigt sein, wenn diese Unterzeichnung möglichst schon morgen stattfinden könnte.

Ich schlage vor, uns jetzt auszusprechen über den Hergang der Friedensunterzeichnung und den Zeitpunkt für dieselbe festzusetzen.

v. Rosenberg: Was die vier verbündeten Mächte gegen die Auffassung, als wollten sie hier einen Frieden diktieren, geltend zu machen haben, habe ich schon heute früh angedeutet. Die Gründe, warum wir nicht in der Lage sind, unsere militärischen Operationen vor der Unterzeichnung des Friedens einzustellen, wurden in unserer gestrigen Besprechung dargelegt. Ich möchte jetzt auf beide Punkte nicht näher eingehen. Wenn aber der Herr Vorsitzende der russischen Delegation von einer Atmosphäre der Gewalt, von einem Gewaltfrieden spricht, so möchte ich in dem aufrichtigen Bestreben, mich so kurz wie möglich zu fassen, einige Worte erwidern.

Wir haben im Dezember und Januar uns ehrlich bemüht, einen Frieden zustandezubringen. Wir haben nicht auf die Rechte gepocht, die uns die Eroberung feindlicher Gebiete hätten einräumen können. Hätten wir das tun wollen, so hätten wir die durch die kriegerischen Operationen entstandene Grenze einfach als künftige Reichsgrenze fordern können. In dem Wunsche, den Idealen des neuen Rußland entgegenzukommen, haben wir hierauf verzichtet. Ein unseliges Verhängnis war es, daß die russische Delegation an die Ehrlichkeit der Absichten, die wir mit den Völkern westlich dieser Linie verfolgten, nicht glauben wollte. Inzwischen haben sich die Verhältnisse und unsere Forderungen verändert. Die Forderungen sind größer geworden; aber auch heute noch sind sie weit davon entfernt, eine rücksichtslose Ausnutzung der Machtverhältnisse darzustellen. Eine schwere Aufgabe und ein schwerer Entschluß ist der russischen Delegation auferlegt; aber wenn die russische Delegation nur die drei Tage im Auge hat, die jetzt zur Verfügung stehen, so ergibt sich ein falsches Bild. Annähernd 6 Wochen hat der Waffenstillstand gedauert, bis am 10. Februar die Verhandlungen abgebrochen wurden. Nicht 3 Tage, sondern 6 Wochen plus 3 Tage standen der russischen Regierung zur Verfügung, um sich über die Annahme oder Ablehnung unserer Forderungen schlüssig zu werden. Die Besprechungen des Januar und Februar haben gerade auf den Gebieten, wo die Materie kompliziert ist, zu weitgehenden Ergebnissen bereits geführt. Es sind zum Teil dieselben Herren, die damals mit den Mitgliedern der verbündeten Delegationen die Fragen durchstudiert haben, die jetzt wieder zur Stelle sind. Es handelt sich jetzt weniger um eine Frage des Studiums wie um eine Frage des Entschlusses, und vom Standpunkte der vier verbündeten Delegationen begrüße ich es, daß die russische Delegation diesen Entschluß zu fassen gewillt ist. Ich hoffe, den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation richtig verstanden zu haben, wenn er unter den Verträgen, deren Unterzeichnung er schon für morgen erhofft, auch die wirtschaftlichen und rechtlichen Bestimmungen meint, die wir ihm vorgeschlagen haben; denn ein wesentlicher Bestandteil der von Berlin gestellten und von Petersburg angenommenen Bedingungen war es, daß der Friede, der binnen drei Tagen geschlossen werden sollte, auch diese Fragen regelt. Es bleibt selbst bei Annahme dieser rechtlichen und wirtschaftlichen Bestimmungen noch eine große Reihe in unseren Vorschlägen selbst erwähnten Fragen übrig, deren Regelung Spezialkommissionen vorbehalten bleiben muß. Wir werden alles, was in unserer Kraft steht, tun, um der technischen Schwierigkeiten Herr zu werden und bis morgen abend oder übermorgen früh mit der Bereitstellung der Vertragsdokumente fertig zu sein.

Exzellenz v. Mérey: Ich lege Wert darauf, wenn auch nur mit kurzen Worten, auch im Namen Österreich-Ungarns auf die Erklärung des Herrn Präsidenten der russischen Delegation zu erwidern. Ich beginne damit zu konstatieren, daß ich mich den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation in allen wesentlichen Punkten anschließe. Ich möchte aber nicht unterlassen, auch im Namen Österreich-Ungarns zu betonen, daß der Friede, der hier unterzeichnet werden soll, auch nach unserer Auffassung durchaus nicht als ein Gewaltfriede, als ein Rußland diktiert, aufgezwungener Friede betrachtet werden soll. Österreich-Ungarn ist vom Beginne der Verhandlungen an seinem Prinzip, den

Frieden mit Rußland ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigungen abzuschließen, treu geblieben. Österreich-Ungarn hat, ebenso wie seine drei Verbündeten, die ehrliche Absicht gehabt, einen Verständigungsfrieden mit Rußland zu schließen.

Wie schon der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation des näheren ausgeführt hat, hätte die Zeit von mehr als 6 Wochen zum einverständlichen Abschluß eines derartigen Friedens reichlich genügt. Aber selbst wenn der Abschluß des Friedens in dieser Form aus Gründen, die ich nicht wieder näher erörtern will, nicht zustande gekommen ist, so ist doch die Zeit, die bei den früheren Verhandlungen verstrichen ist, und an welche sich jetzt noch die dreitägige Ultimatsfrist anschließt, für die Verhandlungen gewiß nicht als gegenstandslos und verloren zu betrachten. Sowohl die wesentlichen politischen Fragen wie auch ein großer Teil der wirtschaftlichen und rechtspolitischen Fragen sind in diesen 6 Wochen wesentlich durchberaten und gefördert worden, so daß mit gutem Willen und einer gewissen Anstrengung die jetzigen drei Tage hinreichen würden, das Material durchzuberaten und darüber einig zu werden.

Ich möchte mit diesen Ausführungen nur aus voller Überzeugung den Schluß ableiten, daß es ein weiter und von uns nicht geteilter Sprung ist, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation nunmehr aus der Tatsache, daß nur 3 Tage für die Perfektionierung des Friedensvertrages zur Verfügung stehen, die meines Erachtens der Situation nicht entsprechende Konklusion zieht, daß die russische Delegation sich in das Meritum¹⁾ der Friedensvorschläge der Mächte des Vierbundes nicht einlassen und den Frieden sozusagen blind in allen seinen Bestandteilen unterzeichnen müsse.

Für den Moment beschränke ich mich auf diese Ausführungen.

Exzellenz Tschew schließt sich (in französischer Rede) den Ausführungen der Vorredner in vollem Umfange an, weist ebenfalls die Vorwürfe zurück und führt aus, das Ganze sei die Folge der kurzsichtigen Politik Rußlands.

v. Rosenberg: Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation nicht das Wort erbittet, würde ich mir erlauben, einen Vorschlag zu machen.

Sokol'nikov: Ich möchte auf die hier gemachten Erklärungen der Vorsitzenden der vier verbündeten Delegationen kurz antworten. Die drei Tage, die uns für die Unterzeichnung des Friedens als Frist gestellt sind, können in keiner Weise für die Durchberatung der uns gemachten Vorschläge von uns ausgenutzt werden. Da — ich muß es wiederholen — diese Verhandlungen in einer Atmosphäre der bewaffneten Gewalt geführt werden, und da unser Vorschlag, die militärischen Operationen für die Zeit der Friedensverhandlungen zum Stehen zu bringen, von der Gegenseite abgelehnt worden ist, daher — ich wiederhole es — halten wir es für notwendig und sehen es als den einzig würdigen Ausweg aus dieser Lage an, die Bedingungen zu unterzeichnen, die uns vorgeschlagen werden, um vor den Augen aller Völker, vor den Augen der Arbeiter und Bauern Rußlands, ebenso wie vor den Augen der Arbeiter, Bauern und Soldaten der anderen Länder offen und ehrlich die Wahrheit zu sagen über den Frieden, den wir zu schließen gezwungen sind, indem wir so alles, was hier geschieht, dem Urteile dieser aller

¹⁾ Österr. Amtssprache, das Sachliche, Inhaltliche; vgl. auch oben S. 233, Anm. 4.

überlassen, in der Überzeugung, daß ihr Urteil zu unseren Gunsten ausfallen wird. Gleichzeitig schlage ich vor, für die jetzige Beratung den Meinungs-austausch über diese Frage als beendet anzusehen, da der Standpunkt der Gegenpartei mit genügender Klarheit dargelegt worden ist, und beantrage zu der Beratung des Vorschlages, den ich gemacht habe, überzugehen, nämlich die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit dem morgigen Tage zu beendigen.

v. Rosenberg: Zur Rechtfertigung der Tatsache, daß wir nur eine dreitägige, übrigens von der russischen Regierung angenommene Frist gestellt haben, und zur Rechtfertigung der weiteren Tatsache, daß wir die einmal Mitte Dezember bewilligte Einstellung der Feindseligkeiten nicht nochmals zu gewähren in der Lage sind, habe ich meinen Ausführungen von vorhin nichts hinzuzufügen.

Zu den Punkten unserer Bedingungen vom 21. Februar gehörte auch der Punkt, daß Agitationen und Propaganda gegen die anderen Parteien nicht mehr getrieben werden sollten. Ich hoffe, daß der Herr Vorsitzende der russischen Delegation mit den Worten, die wir eben gehört haben, den Feldzug der Agitation und Propaganda nicht wieder eröffnen will. Um das schwer zu erreichende Ziel, schon morgen oder morgen nacht oder in den ersten Stunden des übermorgigen Tages zur Unterzeichnung schreiten zu können, um dieses Ziel zu erreichen, möchte ich vorschlagen, daß die Spezialisten der einzelnen Delegationen in völlig formloser und zwangloser Weise sich gegenseitig in Fühlung halten.

Was die deutsche Delegation anbelangt, so würde ich für die rechtlichen Fragen Herrn Ministerialdirektor *Kriege* benennen, für die wirtschaftlichen Fragen Exzellenz *v. Koerner*; für die politischen Fragen möchte ich mich selbst zur Verfügung halten. Bei den engen Verhältnissen unseres hiesigen Aufenthaltsortes kann im Laufe weniger Stunden ein großes Stück Arbeit geleistet werden. Bevor ich die Herren Vorsitzenden der verbündeten Delegationen bitte, auch ihrerseits Herren zu benennen, möchte ich den Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation ersuchen, ob er uns für diese drei Kategorien von Fragen hier die russische Delegation nennen kann und will, an die sich die Spezialisten der verbündeten Delegationen wenden können. Ohne dem Entschluß des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation vorgreifen zu wollen, möchte ich annehmen und es für zweckmäßig halten, daß die Mitglieder der russischen Delegation, an die sich die deutschen Spezialisten zu wenden haben, sich gleichzeitig auch den österreichisch-ungarischen, türkischen, bulgarischen Spezialisten zur Verfügung stellten; denn die Fragen, die zu behandeln sind, sind einander ähnlich und greifen ineinander über.

Sokol'nikov: Bezüglich der Anspielung des Vorsitzenden der deutschen Delegation, daß er in meinen Worten eine Agitation gegen die deutsche Regierung erblickt hat, möchte ich bemerken, daß ich in keiner Weise voraussetzen kann, daß er unsere Bereitwilligkeit, den Frieden anzunehmen, den die deutsche Regierung uns vorgeschlagen hat, als Mittel einer Agitation gegen die Deutsche Regierung ansieht. Bezüglich der Frage der Beratung der Spezialisten möchte ich eine Frage stellen: denn für mich ist der Zweck nicht ganz klar, den diese Besprechungen haben sollen. Ich habe den Eindruck, daß die Arbeit, die uns bevorstehen würde, hauptsächlich eine Übersetzungsarbeit wäre. Aber ich würde es für möglich

halten, daß der Text der Verträge, der als authentisch anerkannt würde, in deutscher Sprache gefaßt würde, mit dem Vorbehalt, daß zum Beispiel der türkisch-russische Vertrag in französischer Sprache abgefaßt werden könnte. Mich bringt dazu die Rücksicht, daß es wünschenswert wäre, in russischer Sprache einen vollständig genauen Text zu haben, da wir in der Zeit, die uns zu Gebote steht, und bei den Kräften, über die wir jetzt hier verfügen, leider nicht die Möglichkeit haben, diesen sofort herzustellen. Daher möchte ich, wenn dieses nicht auf Widerspruch stößt, vorschlagen, daß der russische Text am Tage der Ratifikation vorgelegt würde oder an einem Tage zwischen dem Tage der Unterzeichnung und dem für die Ratifikation bestimmten Termin. Wenn dieser Vorschlag abgelehnt wird, so wird der russische Text, der von unserer Seite vorgelegt würde, zu unserem Bedauern nicht als völlig befriedigend angesehen werden können.

v. Rosenberg: Ich stimme mit dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation völlig darin überein, daß nicht die Tatsache, daß Rußland sich entschließt, den von uns vorgeschlagenen Frieden anzunehmen, als Agitation oder Propaganda gegen unsere Regierung ausgenutzt werden kann. Nicht der Entschluß, sondern die Begründung, die der Herr Vorsitzende der russischen Delegation dafür gab, sind zu einer solchen agitatorischen Wirkung geeignet. Was die Sprachenfrage anlangt, so bitte ich, mich einen Augenblick mit den Herren Vorsitzenden der Delegationen unterhalten zu dürfen.

Hierauf wurden die Besprechungen unterbrochen.

Rosenberg.

381.

1. 3. 1918: Besprechung der Vorsitzenden der Delegationen (Fortsetzung)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 543. Abgeg. Brest-Litowsk, 1. 3. 1918, 11,50 nachm., angek. 2. 3. 1918, 3.15 vorm. Überschrift: „Sofort im Original Freiherrn v. dem Bussche vorzulegen“.

Der Schluß des Stenogramms über die heutige Nachmittagsbesprechung der Vorsitzenden lautet wie folgt:

Herr Sokol'nikov: Ich möchte noch folgende Erklärung abgeben und zwar als private Bemerkung.

Es wurde uns heute früh ein Text vorgelegt, der die Frage der Åland-Inseln behandelt. Es wurde dabei gleich bemerkt, daß darin einige Ungenauigkeiten enthalten wären und zwar, daß in dem Text noch Finnland und Schweden erwähnt werden sollten. Jetzt wird mir ein Text vorgelegt, in dem nur Finnland hinzugefügt ist. Ich möchte gleich darauf hinweisen, daß dieser Umstand einige Fragen verursacht, da bezüglich der Åland-Inseln augenblicklich Verhandlungen gepflogen werden zwischen Rußland, Finnland und Schweden. Daher meine ich, daß der Ausschluß Schwedens, der in diesem zweiten Texte vorgenommen worden ist, weniger wünschenswert ist als die Fassung, die uns heute früh vorgelegt worden ist, in der Schweden mit enthalten war.

Gesandter v. Rosenberg: Ich glaube nicht, daß den Instruktionen meiner Regierung, auf denen dieser Vorschlag aufgebaut ist, irgendwelche besondere gewichtigen Gründe zugrunde liegen. Keinesfalls sind irgendwelche unfreundliche Absichten gegen Schweden im Spiele. Ich werde noch heute abend an meine Regierung telegraphieren, daß die Anregung des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation dahingeht, auch Schweden ausdrücklich zu erwähnen, während bisher Schweden mehr indirekt in den letzten Worten dieses Absatzes eine Rolle spielt. Bei der Freundschaftlichkeit unserer Beziehungen zu Schweden und im Hinblick darauf, daß ja gerade das schwedische Interesse von Herrn Staatssekretär v. Kühlmann in den Verhandlungen des Januar und Februar wiederholt betont worden ist, möchte ich unmaßgeblich annehmen, daß dem von der russischen Delegation geltend gemachten Gesichtspunkte mit Freuden Rechnung getragen werden wird. Ich werde mir erlauben, die definitive Antwort auch morgen früh zu geben.

Herr Sokol'nikov: Ich möchte noch einmal betonen, daß diese Bemerkung von mir rein privat erfolgt ist und nur hervorgerufen worden ist durch die Nichtübereinstimmung der beiden Texte.

Gesandter v. Rosenberg: Ich werde diesem Umstande bei meiner Berichterstattung Rechnung tragen.

Zur Vorgeschichte dieses Zwischenfalles darf ich folgendes bemerken: In den Verhandlungen des heutigen Vormittags mußte die Ålandfrage früher zur Sprache gebracht werden als das Telegramm Eurer Exzellenz Nr. 530.¹⁾ Da ich nicht wußte, wie die zu erwartende Instruktion ausfallen würde, legte ich der russischen Delegation einen deutschen Entwurf vor, wo auch Finnland und Schweden erwähnt wurden, und eine russische Übersetzung, in der nur von Deutschland und Rußland die Rede war. Ich fügte mündlich hinzu, daß sich bei der Vervielfältigung offenbar ein Schreibfehler eingeschlichen habe. Ich könne in der Eile nicht feststellen, welcher von den beiden Texten maßgebend sei, und behielt mir deswegen eine Äußerung bis nachmittags vor. Inzwischen erreichte mich Eurer Exzellenz Telegramm Nr. 530, und ich übergab den Russen in einer Verhandlungspause nachmittags einen abgeänderten Entwurf, in dem Schweden nicht genannt wurde. Als Sokol'nikov die Nichterwähnung Schwedens zur Sprache brachte, habe ich mich in meiner Antwort bemüht, diese Tatsache als ganz harmlos hinzustellen und in einem für Schweden möglichst freundlichen Sinne zu erläutern. Ich möchte befürworten, mich zu der Erklärung zu ermächtigen, daß wir selbstverständlich gerne bereit seien, Schweden in dem Entwurf besonders zu nennen. Geschieht dies, so wird der Zwischenfall, wie ich hoffe, ziemlich unbemerkt vorübergehen, anderenfalls ist zu befürchten, daß die Russen ihn propagandistisch gegen uns ausschlachten. Bitte mich, wenn irgend möglich, bis morgen vormittag 11 Uhr telephonisch und telegraphisch wissen zu lassen, welches Vorgehen Euere Exzellenz befehlen. Die Fassung des Telegramms Nr. 530 für Persien und Afghanistan²⁾ dürfte von den Russen angenommen werden.

Rosenberg.

¹⁾ Vgl. Nr. 374; 378.

²⁾ Vgl. Nr. 374.

382.

**1. 3. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk)
an Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest)**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 535. Abgeg. Brest-Litowsk, 1. 3. 1918, 8.00 nachm., angek. 1. 3. 1918, 9.00 nachm.

Ich telegraphiere an den Herrn Staatssekretär:

„Heute habe ich eine unterm 27. Februar ausgestellte Vollmacht des Herrn Reichskanzlers erhalten, worin auf Befehl Seiner Majestät ich, General *Hoffmann* und Kapitän zur See *Horn* bevollmächtigt werden, die Verhandlungen mit Rußland zu führen und den Friedensvertrag abzuschließen. General *Hoffmann*, der durch Oberste Heeresleitung bereits informiert war, besteht darauf, nunmehr als Bevollmächtigter des Reiches unter allen Umständen alsbald zu zeichnen. Ebenso wird zweifellos Kapitän *Horn* verfahren. Ich werde nur dann zeichnen, wenn es Exzellenz *Kriege* nicht gelingt, die Russen dazu zu überreden, daß sie sich mit meiner Paraphe begnügen. Exzellenz *v. Mérey* wird sich hinsichtlich seiner Person meinem Verfahren anschließen.

Im Hinblick auf die neue Wendung kann ich nur nochmals dringend der Hoffnung Ausdruck geben, daß es Euerer Exzellenz und dem *Grafen Czernin* möglich sein wird, persönlich zur Unterzeichnung zu erscheinen, denn erstens ist es nicht sicher, ob die Russen sich mit unserer Paraphe begnügen werden, zweitens wäre es immerhin eigenartig, wenn so wichtige politische und rechtliche Verträge wie der Kollektivvertrag und der juristische Zusatzvertrag auf seiten der beiden Mittelmächte einzig und allein von zwei deutschen Militärs unterzeichnet wären. Die Frage der Zeichnungsbefugnis für den österreichisch-ungarischen militärischen Vertreter ist nämlich noch nicht geklärt.

Möglicherweise werden wir schon Sonntag abend zeichnen müssen. Da die Reise Bukarest nach Brest etwa 46 Stunden beansprucht, müßten Euere Exzellenz und *Graf Czernin* hiernach spätestens heute noch von Bukarest abreisen.“

Rosenberg.

383.

1. 3. 1918: Funkspruch Lenins — „An Alle“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Die Kriegszentrale des Admiralstabes an das Auswärtige Amt. Telegramm. Abgeg. Königswusterhausen, 1. 3. 1918, 7.37 nachm., angek. 1. 3. 1918, 11.15 nachm. Vermerk: „Ganz geheim!“

Russischer Klartext von Petersburg an Alle.

Aufgenommen von 7.30—7.37 N. An Alle:

„An alle Sovets, allen, allen.

Am 1. März a. St.¹⁾ 16. Februar 8 Uhr abend wurde von uns folgendes Telegramm

¹⁾ = alten Stils.

empfangen: Petrograd Smolny Sovet der Volkskommissare. Sendet uns einen Zug nach Toročno (bei Pskov) mit genügender Bedeckung. Über das letztere setzt Euch mit *Krylenko* in Verbindung.

Unterschrift *Karachan*.²⁾

Dieses Telegramm bedeutet höchstwahrscheinlich, daß die Friedensverhandlungen durch die Deutschen abgebrochen sind. Man muß mit dem sofortigen Vormarsch der Deutschen rechnen auf Petersburg und überhaupt auf allen Fronten rechnen. Alles muß alarmiert werden sowie die Verteidigungsmaßnahmen müssen verstärkt werden. Der Vorsitzende des Sovets der Volkskommissare. *Lenin*. Fu Gr St Kwh.“

Durch Admiralstab Kz 14632.

²⁾ Vgl. Nr. 391 (Anm. 1).

384.

1. 3. 1918: nachm.: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 537. Abgeg. Brest-Litowsk, 2. 3. 1918, 3.00 vorm., angek. 2. 3. 1918, 3.40 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der 2. Sitzung vom 1. März, nachmittags 5 Uhr.“¹⁾

Die Sitzung wird um 5 Uhr 17 Min. nachm. eröffnet.

v. Rosenberg: Ich eröffne die Sitzung. Wird das Wort von dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation erbeten? Sonst würde ich dem Herrn Vorsitzenden der österreichischen Delegation Gelegenheit geben, sich zu den vorliegenden Fragen zu äußern.

Sokol'nikov: Wir bitten den Herrn Vertreter Österreich-Ungarns, uns die Erklärungen abzugeben, die in der heutigen Vormittagssitzung in Aussicht gestellt worden sind.

v. Mérey: Ich bin in der Lage, darauf hinzuweisen, daß die österreichisch-ungarischen Vorschläge zu dem in Artikel 12 des Entwurfes des Friedensvertrages vorgesehenen Zusatzvertrag über die rechtspolitischen Fragen in wenigen Minuten, vielleicht längstens in einer halben Stunde, fertiggestellt sein werden, und daß ich dann die Ehre haben werde, diese Vorschläge dem Herrn Präsidenten der russischen Delegation zu überreichen.

Wie ich schon vormittags zu erwähnen in der Lage war, lehnt sich der österreichisch-ungarische Entwurf des Zusatzvertrages in seinem wesentlichen Inhalt an den von der deutschen Delegation der russischen Delegation überreichten Vorschlag an. Die darin behandelten Materialien sind dieselben, und die Abweichungen, welche z. B. ausgedrückt sind auf die staatsrechtliche Struktur der Monarchie, nur einen formalen Charakter aufweisen und nur in ganz wenigen Punkten in sachlicher Beziehung von den deutschen Vorschlägen differieren, werden aus dem zu übergebenden Entwurf ersichtlich sein. Ich möchte hierzu noch

¹⁾ Vgl. Nr. 379.

erwähnen, daß an den Verhandlungen, welche hier vor mehreren Wochen zwischen Mitgliedern der deutschen Delegation und dem russischen Delegierten Herrn *Joffe* stattgefunden haben und die rechtspolitischen Fragen betrafen, auch ein Mitglied der österreichisch-ungarischen Delegation teilgenommen hat. Ich darf somit annehmen, daß der hauptsächlichliche Inhalt unserer Vorschläge dem Herrn *Joffe* bereits bekannt ist. Selbstverständlich behält sich die österreichisch-ungarische Delegation vor, der russischen Delegation alle etwa noch gewünschten Aufklärungen hinsichtlich des Inhaltes des Zusatzvertrages zu erteilen, sobald dessen Behandlung auf die Tagesordnung gelangen wird.

v. Rosenberg: Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat uns heute früh einen Vorschlag in Aussicht gestellt, wie etwa die Arbeiten beschleunigt und gefördert werden könnten. Er sprach von einer Aussprache unter den Vorsitzenden der Delegationen. Ich darf dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation zur Erwägung stellen, ob er uns jetzt diesen Vorschlag unterbreiten will.

Sokol'nikov: Ich habe heute früh im Namen der russischen Delegation vorgeschlagen, die Frage der Beschleunigung unserer Arbeiten auf einer Besprechung der Chefs der Delegationen vorzunehmen. Ich möchte vorschlagen, daß diese Zusammenkunft der Vorsitzenden der Delegationen im Anschluß an die jetzige Plenarsitzung stattfindet. Ich würde aber vorschlagen, der russischen Delegation, bevor wir diese Sitzung beendigen, alle diejenigen Teile der Verträge zwischen Rußland und den Mächten des Vierbundes mitzuteilen, die uns noch nicht mitgeteilt worden sind.

v. Rosenberg: Soweit ich orientiert bin, sind die Verträge, die Deutschland interessieren, der russischen Delegation heute vormittag bereits mitgeteilt worden. Das gleiche gilt von den Verträgen, die die Türkei mit Rußland abzuschließen wünscht.

Die österreichisch-ungarische Delegation hat ihren Standpunkt eben entwickelt; es handelt sich noch um einen Rest, der nachzuliefern ist, der in einer halben Stunde vielleicht schon zur Verfügung stehen wird.

Die Verträge, die von der bulgarischen Delegation vorgelegt werden sollen, stimmen in ihren wesentlichen Punkten mit den deutschen Vertragsentwürfen überein und enthalten nur die Abweichungen, die sich aus der Natur der Sache ergeben. Ich würde es bedauern, wenn wir von den wenigen Stunden, die uns überhaupt zur Verfügung stehen, auch nur eine halbe Stunde verlieren würden, indem wir auf den von österreichisch-ungarischer Seite noch ausstehenden Entwurf warten. Ich stelle daher dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation zur Erwägung, ob sich nicht die fünf Vorsitzenden der Delegationen alsbald zu der von der russischen Delegation vorgeschlagenen internen Besprechung zurückziehen wollen. Wir würden dann, wenn sich die Notwendigkeit oder Nützlichkeit ergibt, die Besprechungen der Vollversammlung in einer Stunde fortsetzen können. Wir könnten uns hier sofort in das Nebenzimmer zurückziehen und würden die übrigen Herren Teilnehmer dieser Versammlung durch das Telephon rechtzeitig benachrichtigen können.

Sokol'nikov: Ich nehme den Vorschlag an, sofort diese Besprechung der fünf Vor-

sitzenden der Delegationen abzuhalten, ohne die Frage gleich entscheiden zu wollen, auf wie lange Zeit die Plenarsitzung überhaupt unterbrochen werden soll.
v. Rosenberg: Der Vorschlag wird angenommen. Der Zeitpunkt des Wiederzusammentritts der Vollversammlung bleibt vorbehalten.

Wenn von niemand mehr das Wort erbeten wird, schließe ich die Sitzung.
 (Schluß der Sitzung 5 Uhr 33 Minuten.)

Rosenberg.

385.

1. 3. 1918: Russische Funksprüche zur Lage

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 539. Abgeg. Brest-Litowsk, 2. 3. 1918, 4.10 vorm., angek. 2. 3. 1918, 4.50 vorm.

Folgende Funksprüche wurden hier aufgefangen:

„1. 3. 18. 1.25 nachm.

An alle Führer der revolutionären Abteilungen.

Befehl des Ausschusses für die revolutionäre Verteidigung.

Als Resultat der an der Front sich abspielenden Ereignisse zeigt sich ein großer Andrang von Soldaten, die vor dem Feinde fliehen und die Eisenbahnen versperren. Nach Meldung der Eisenbahnagenten bemächtigen sich die Soldaten der Züge, zerstören die Zusammenstellungen, rauben die Güter, indem sie alle, die sich zur Wehr stellen, mit den Waffen bedrohen. Allen Führern der bewaffneten Abteilungen sowie allen Kommissaren und Stationsvorstehern wird befohlen: Wer über bewaffnete Kräfte verfügt, hat die Fliehenden anzuhalten und zu entwaffnen, die abgenommenen Waffen an die nächsten Depots abzuliefern. Diejenigen, welche in die Reihen der Roten Armee nicht einzutreten wünschen, sind unbedingt, ohne Petersburg zu berühren, an die nächsten Bezirkskommandos zwecks Weiterbeförderung in die Gouvernements abzuschicken. Bei denen, die sich nicht fügen wollen, ihre Gewehre nicht abgeben oder drohende Haltung annehmen, ist die bewaffnete Macht anzuwenden, sie sind auf der Stelle zu erschießen.

Die Mitglieder des Ausschusses:

V. Krylenko, K. Premeev, Ja. Sverdlov¹⁾,

M. Bonč-Bruevič, G. Blagonravov, Sekretär: Gusev.²⁾

„An Alle. An alle Räte der Abgeordneten.

Heute am 1. März ist folgender Funkpruch der russischen Friedensabordnung in Brest an *Lenin*, Petersburg, Smolny, eingetroffen.

¹⁾ *J. Sverdlov* (1865—1919), hervorragender Funktionär der bolschewistischen Partei, fähiger Organisator, aktiver Teilnehmer an der Oktoberrevolution. Mitglied des ZK.

²⁾ *S. Gusev*, alter Bolschewik, bedeutender Funktionär der bolschewistischen Partei; während der Oktoberrevolution Sekretär des Petrograder Revolutionären Militärkomitees. 1918—1922 Mitglied des Revolutionären Kriegsrates der 2. und 5. Armee.

Petersburg, Smolny. An *Lenin*.

Wir sind am 28. (Februar) 3.00 nachmittags in Brest angekommen. Heute fand die Beratung über die Tagesordnung der Sitzung für den nächsten Tag statt. Auf unsere Forderung, die Kampfhandlungen einzustellen in Anbetracht des Einverständnisses mit dem Ultimatum und unserer Ankunft, antwortete der Feind, daß die Kampfhandlungen erst von dem Moment eingestellt werden, wo die Friedensbedingungen unterzeichnet sind. Die dreitägige Frist wird von der ersten Sitzung am 1. März 11.00 Uhr vormittags ab gerechnet. *Karachan.*“

Rosenberg.

386.

2. 3. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21. Telegramm (Hughes in Ziffern). Nr. 742. Bezugsvermerk: „Auf Telegramm Nr. 535“.¹⁾

Unterzeichnung des Vertrages lediglich durch die beiden Militärs nicht opportun. Falls Staatssekretäre nicht rechtzeitig erscheinen und unterzeichnen, dann bitte Ihrerseits unterzeichnen.

Unterstaatssekretär *Bussche*.

¹⁾ Vgl. Nr. 382.

387.

2. 3. 1918: Funkspruch der russischen Delegation an den Sovet der Volkskommissare

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a. Der Admiralstab an das Auswärtige Amt. Telegramm. Kz. 14996. Abgeg. Berlin, 2. 3. 1918, 11.55 nachm., angek. 3. 3. 1918, 12.45 vorm. Vermerk: „Funkspruch aus Fsr. an Petersburg (aufgenommen von 7.50—8.01 Nm)“.

„Petersburg an den Sovet der Volkskommissare.

Gestern erklärte die russische Abordnung, daß sie die Beratung der vorgeschlagenen Friedensbedingungen ablehnt, da die kriegerischen Maßnahmen gegen Rußland fortgesetzt werden ohne Rücksicht auf die wiederaufgenommene Arbeit der Friedenskonferenz und die Forderung der russischen Abordnung, den Vormarsch einzustellen, abgelehnt wurde.

Unter diesen Umständen erscheint der ganze Friedensvertrag als ein Ultimatum, das von Deutschland durch direkte kriegerische Zwangsmaßnahmen unterstützt wird.

Die russische Abordnung unterzeichnet zwar am Sonntag, dem 3. März ohne Beratung die ihr diktierten Bedingungen, erachtet es jedoch für ihre Pflicht, den

Arbeitern und Bauern Rußlands sowie der ganzen Welt die Wahrheit hierüber zu sagen, um ihrem Gerichte diese Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Rußland und Deutschland mit dessen Verbündeten zu überlassen.

*Sokol'nikov, Petrovskij, Karachan, Čičerin.*¹⁾
Admiralstab.

¹⁾ In der Abschrift im Werk des Zweiten Unterausschusses: „*Tschigerin*“; so auch in der Originalvorlage.

388.

3. 3. 1918: Befehl des Oberbefehlshabers Ost über die Einstellung der militärischen Operationen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 564. Brest-Litowsk, 3. 3. 1918. Angek. 3. 3. 1918, 2.25 vorm. Vermerk: „Geheim!“

Wegen Einstellung der Feindseligkeiten ist heute hier folgender Befehl ergangen; der Wortlaut ist umgestellt: „Armeeabteilung D. Am 3. 3. nachmittags wird voraussichtlich der Friede mit den Großrussen unterzeichnet werden. Am 3. 3. 1 Uhr nachmittags sind die auf großrussischem Gebiet eingeleiteten Operationen einzustellen. Besetzt bleibt das von unseren Truppen gewonnene Gebiet. Hiervon unberührt sind die zur Unterstützung der Ukraine und die in Livland und Estland zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit eingeleiteten Bewegungen fortzuführen. In Estland sind die Truppen bis an den Narovaabschnitt heranzuführen. Zu besetzen ist Narva. Zu melden ist die nunmehr beabsichtigte Truppeneinteilung. Geht an 8. Armee, Armeeabteilung D und *Gronau*¹⁾, Heeresgruppen *Linsingen*²⁾ und *Eichhorn*.³⁾

gez. *Leopold Prinz von Bayern.*“

Schüler.

- ¹⁾ General der Artillerie v. *Gronau*; Oberbefehlshaber der Armee-Abteilung Gronau (drei Divisionen).
²⁾ Generaloberst v. *Linsingen*, Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe; vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Bd. 13, 375 ff., 381.
³⁾ Generalfeldmarschall v. *Eichhorn*, Oberbefehlshaber der 10. Armee, seit 5. 3. 1918 einer Heeresgruppe; vgl. ebenda S. 365 ff.

389.

3. 3. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 559. Abgeg. Brest-Litowsk, 3. 3. 1918, 12.40 vorm., angek. 3. 3. 1918, 12.45 vorm. Überschrift: „Vertraulich“.

Auf ausdrücklichen Wunsch des türkischen Botschafters telegraphiere ich an *Graf Bernstorff*:

Hakki Pascha erzählte mir heute, daß *Halil Bey* weiter auf Berücksichtigung seines Wunsches wegen der mohammedanischen Bevölkerung im Kaukasus dringe.¹⁾ Ich habe ihm geantwortet, daß ich froh bin, wenn die Bestimmung über Erdahan, Kars und Batum, wie zu hoffen, durchgesetzt werden könnte. Aus einem Funkspruch der russischen Delegation nach Petersburg von gestern nacht gehe hervor, daß diese Forderung bei den Russen besonders schweren Anstoß erregt habe. Die betreffende Stelle lautet wörtlich: „Als besonders ernste Verschlechterung der Bedingungen vom 21. Februar erscheint die Lostrennung von Rußland der Kreise Erdahan, Kars und Batum unter dem Scheine der Selbstbestimmung.“ Eine geringe weitere Verschärfung unserer Forderung hätte die Russen zum Abbruch verleiten können. Daß jetzt nachträglich unsere in Bausch und Bogen angenommenen Entwürfe nicht mit neuen Forderungen belastet werden könnten, liege auf der Hand.

Hakki Pascha sah dies völlig ein.

Rosenberg.

¹⁾ Vgl. Nr. 373.

390.

3. 3. 1918: Text des Friedensvertrages — Politischer Hauptvertrag

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21a. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 565. Best-Litowsk, 3. 3. 1918, angek. 3. 3. 1918, 2.44 nachm.

Der politische Hauptvertrag, der heute unterzeichnet werden soll, lautet:

Friedensvertrag¹⁾

zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits.

Da Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits übereingekommen sind, den Kriegszustand zu beenden und die Friedensverhandlungen möglichst rasch zum Ziele zu führen, wurden zu Bevollmächtigten ernannt:

von der Kaiserlich Deutschen Regierung:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Kaiserlich Wirklicher Geheimer Rat Herr *Richard v. Kühlmann*, der Kaiserliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Herr *Dr. v. Rosenberg*, der Königlich Preußische Generalmajor *Hoffmann*, Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers Ost, der Kapitän zur See *Horn*.

Von der K. u. K. Gemeinsamen Österreichisch-Ungarischen Regierung:

Der Minister des Kais. und Kön. Hauses und des Äußern, Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät Geheimer Rat, *Ottokar Graf Czernin v. und zu Chudenitz*, der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät Geheimer Rat Herr *Kajetan Mérey v. Kaposméré*, der General der Infanterie, Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät Geheimer Rat Herr *Maximilian Csicseries v. Bacsány*.

¹⁾ Abdr. des Friedensvertrages vgl. u. a. Reichs-Gesetzblatt, Jg. 1918, Nr. 77, S. 479—654. Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits. — Neuerdings veröffentlicht in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 455 ff.

Von der Königlich Bulgarischen Regierung:

Der Königliche außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister in Wien, *Andrea Toschew*, der Oberst im Generalstabe Königlich Bulgarischer Militärbevollmächtigter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und Flügeladjutant Seiner Majestät des Königs der Bulgaren, *Peter Gantschew*, der Königlich Bulgarische erste Legationssekretär *Dr. Theodor Anastassow*.

Von der Kaiserlich Osmanischen Regierung:

Seine Hoheit *Ibrahim Hakki Pascha*, ehemaliger Großwesir, Mitglied des Ottomanischen Senates, bevollmächtigter Botschafter Seiner Majestät des Sultans in Berlin, Seine Exzellenz, General der Kavallerie Generaladjutant Seiner Majestät des Sultans bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, *Zekki Pascha*.

Von der Russischen föderativen Sovet-Republik:

Grigori Jakovlevič Sokol'nikov, Mitglied des Zentrallexekutivausschusses der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, *Lev Michailovič Karachan*, Mitglied des Zentrallexekutivausschusses der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, *Georgi Vasilievič Čičerin*, Gehilfe des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, *Grigori Ivanovič Petrovskij*, Volkskommissar für innere Angelegenheiten.

Die Bevollmächtigten sind in Brest-Litowsk zu den Friedensverhandlungen zusammengetreten und haben sich nach Vorlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgende Bestimmungen geeinigt:

Artikel I.

Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits erklären, daß der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Sie sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.

Artikel II.

Die vertragschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heeresinstitutionen des anderen Teiles unterlassen. Die Verpflichtung gilt, soweit sie Rußland obliegt, auch für die von den Mächten des Vierbundes besetzten Gebiete.

Artikel III.

Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragsschließenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Rußland gehört haben, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen; die vereinbarte Linie ergibt sich aus der diesem Friedensvertrag als wesentlicher Bestandteil beigefügten Karte (Anlage 1). Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen. Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Artikel IV.

Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilmachung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der in Artikel III Absatz 1 bezeichneten Linie zu räumen, soweit nicht Artikel VI anders bestimmt. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um die alsbaldige Räumung der ostanatolischen Provinzen und ihre ordnungsmäßige Rückgabe an die Türkei sicher zu stellen. Die Bezirke Erdahan, Kars und Batum werden gleichfalls ohne Verzug von den rus-

sischen Truppen geräumt. Rußland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei durchzuführen.

Artikel V.

Rußland wird die völlige Demobilmachung seines Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile unverzüglich durchführen.

Ferner wird Rußland seine Kriegsschiffe entweder in russische Häfen überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß belassen oder sofort desarmieren. Kriegsschiffe der mit den Mächten des Vierbundes im Kriegszustand verbleibenden Staaten werden, soweit sie sich im russischen Machtbereich befinden, wie russische Kriegsschiffe behandelt werden. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen. In der Ostsee und, soweit die russische Macht reicht, im Schwarzen Meer wird sofort mit der Wegräumung der Minen begonnen. Die Handelsschiffahrt in diesen Seegebieten ist frei und wird sofort wiederaufgenommen. Zur Festlegung der näheren Bestimmungen, namentlich zur Bekanntgabe der gefahrlosen Wege für die Handelsschiffe, werden gemischte Kommissionen eingesetzt. Die Schiffsfahrtswege sind dauernd von treibenden Minen freizuhalten.

Artikel VI.

Rußland verpflichtet sich, sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Mächten des Vierbundes anzuerkennen. Das ukrainische Gebiet wird unverzüglich von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen der ukrainischen Volksrepublik ein. Estland und Livland werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde geräumt. Die Ostgrenze von Estland läuft im allgemeinen dem Narva-Flusse entlang. Die Ostgrenze von Livland verläuft im allgemeinen durch den Peipus-See und Pskovschen See bis zu dessen Südwestecke, dann über den Lubanschen See in Richtung Livenhof an der Düna. Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Rußland wird alle verhafteten oder verschleppten Bewohner Estlands und Livlands sofort freilassen und gewährleistet die sichere Rücksendung aller verschleppten Estländer und Livländer.

Auch Finnland und die Åland-Inseln werden alsbald von den russischen Truppen und der russischen Roten Garde, die finnischen Häfen von der russischen Flotte und den russischen Seestreitkräften geräumt. Solange das Eis die Überführung der Kriegsschiffe in russische Häfen ausschließt, werden auf den Kriegsschiffen nur schwache Kommandos zurückbleiben. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen Finnlands ein. Die auf den Åland-Inseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen. Über die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu treffen; es besteht Einverständnis darüber, daß hierzu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein würden.

Artikel VII.

Von der Tatsache ausgehend, daß Persien und Afghanistan freie und unabhängige Staaten sind, verpflichten sich die vertragsschließenden Teile, die politische und wirt-

schaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit dieser Staaten zu achten.

Artikel VIII.

Die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden in ihre Heimat entlassen. Die Regelung der hiermit zusammenhängenden Fragen erfolgt durch die im Artikel XII vorgesehenen Einzelverträge.

Artikel IX.

Die vertragschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, das heißt, der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, das heißt, derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.

Artikel X.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages wiederaufgenommen. Wegen Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.

Artikel XI.

Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland sind die in den Anlagen 2 bis 5 enthaltenen Bestimmungen maßgebend und zwar Anlage 2 für die deutsch-russischen, Anlage 3 für die österreichisch-ungarisch-russischen, Anlage 4 für die bulgarisch-russischen, Anlage 5 für die türkisch-russischen Beziehungen.

Artikel XII.

Die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, der Austausch der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten, die Amnestiefrage sowie die Frage der Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handelsschiffe werden in Einzelverträgen mit Rußland geregelt, welche einen wesentlichen Bestandteil des gegenwärtigen Friedensvertrages bilden und, soweit tunlich, gleichzeitig mit diesem in Kraft treten.

Artikel XIII.

Bei der Auslegung dieses Vertrages sind für die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland der deutsche und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland der deutsche, der ungarische und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Bulgarien und Rußland der bulgarische und der russische Text und für die Beziehungen zwischen der Türkei und Rußland der türkische und der russische Text maßgebend.

Artikel XIV.

Der gegenwärtige Friedensvertrag wird ratifiziert werden. Die Ratifizierungsurkunden sollen möglichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Die russische Regierung verpflichtet sich, den Austausch der Ratifikationsurkunden auf Wunsch einer der Mächte des Vierbundes innerhalb von 2 Wochen vorzunehmen.

Der Friedensvertrag tritt, soweit nicht seine Artikel, seine Anlagen oder die Zusatzverträge anders bestimmen, mit seiner Ratifikation in Kraft.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Brest-Litowsk am 3. März 1918. — (Folgen Unterschriften).

Baron Grünau erhält gleiches Telegramm mit einigen erläuternden Bemerkungen zum Vortrag bei Seiner Majestät.

Rosenberg

391.

3. 3. 1918, vorm.: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 569. Abgeg. Brest-Litowsk, 3. 3. 1918, 7.50 nachm., angek. 3. 3. 1918, 10.00 nachm. Überschrift: „Stenogramm der Sitzung der deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen, türkischen und russischen Delegation vom 3. März 1918 vormittags 11 Uhr.“

Zunächst findet eine vertrauliche Besprechung der Vorsitzenden der Delegationen statt.

Im Anschluß hieran eröffnet 11 Uhr 58 der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation Exzellenz Botschafter v. Mérey die Verhandlungen der Plenarsitzung.

Exzellenz v. Mérey: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Nachdem die Vorbereitungen für die Unterzeichnung des zwischen den vier verbündeten Mächten und Rußland abzuschließenden Friedensvertrages und der damit zusammenhängenden Verträge getroffen worden sind, bilden den Gegenstand der heutigen Plenarsitzung die Vorlegung der Vollmachten der Bevollmächtigten der fünf Mächte sowie die Unterzeichnung der Vertragsinstrumente. Ich erlaube mir somit, den ersten dieser beiden Punkte mit dem Ersuchen an die deutsche Kommission einzuleiten, ihre Vollmachten vorzuweisen (Die Bevollmächtigten der deutschen Delegation überreichen ihre Vollmachten).

v. Rosenberg: Die Vollmacht des Staatssekretärs v. Kühlmann befindet sich in Bukarest und wird vorgelegt werden, wenn seine Unterschrift nachgeholt wird.

Exzellenz v. Mérey: Ich darf wohl konstatieren, daß die Erklärung des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation zur Kenntnis genommen wird, und daß somit die Vollmachten der Kaiserlich Deutschen Delegation als entsprechend befunden wurden. Die Reihe gelangt nunmehr an die österreichisch-ungarische Delegation, und ich habe die Ehre, in deren Namen die für mich ausgestellte Kaiserliche Vollmacht vorzuweisen.

Ich darf hierzu ferner bemerken, daß, ebenso wie der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation bezüglich der Vollmacht für den Kaiserlich Deutschen Staatssekretär v. Kühlmann auszuführen in der Lage war, auch ich festzustellen habe, daß die Vollmacht für den österreichisch-ungarischen Minister des Äußern, Grafen Czernin, sich in Bukarest befindet und daher für die dort erfolgende Unterzeichnung des Grafen Czernin gilt.

Bezüglich der Vollmacht des österreichisch-ungarischen militärischen Delegierten darf ich mich vielleicht auf die soeben in der internen Besprechung zwischen den fünf Präsidenten der Delegationen gemachten Mitteilungen berufen und die Entscheidung der Frage, ob Seine Exzellenz der Herr General v. Csicseric zu unterzeichnen haben wird oder nicht, der für heute nachmittag vorgesehenen Fortsetzung der heutigen Sitzung vorbehalten.

Ich erlaube mir somit, nur die für mich ausgestellte Kaiserliche Vollmacht auszuweisen.

Ich darf somit feststellen, daß die Vollmachten der österreichisch-ungarischen

Delegation als entsprechend befunden worden sind, und nun die bulgarische Delegation einladen, ihre Vollmachten vorzuweisen.

Ich darf konstatieren, daß die Vollmachten der bulgarischen Delegation als entsprechend befunden worden sind, und die russische Delegation ersuchen, ihre Vollmachten vorzuweisen.

Ich kann konstatieren, daß die Vollmachten der russischen Delegation als entsprechend befunden worden sind, und habe die ottomanische Delegation aufzufordern, die Vollmachten vorzuweisen.

Ich darf feststellen, daß die Vollmachten der Kaiserlich Ottomanischen Delegation gleichfalls als entsprechend befunden worden sind und daß damit der erste Teil der heutigen Tagesordnung erledigt ist.

Bevor wir zur Unterzeichnung der Verträge schreiten, habe ich die Ehre, die Anfrage zu stellen, ob einer der Herren Vorsitzenden der Delegationen noch eine Mitteilung oder Erklärung zu machen wünscht.

Sokol'nikov: Im Namen der russischen Delegation habe ich zwei Erklärungen abzugeben.

Die erste Erklärung! Erklärung der russischen Friedensdelegation bezüglich der Veränderung des § 5 des deutschen Ultimatums vom 21. Februar. Im Ultimatum vom 21. Februar hat die deutsche Regierung Rußland gegenüber in § 5 folgende Forderung erhoben: Rußland wird alles, was in seinen Kräften steht, tun, um sofort die rechtmäßige Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen. Indessen enthalten die Bedingungen des Friedensvertrages, die uns in Brest-Litowsk vorgelegt worden sind, neben dieser Forderung eine neue Forderung, welche durch die Formulierung des Ultimatums vom 21. Februar durchaus ausgeschlossen ist. Abgesehen von der Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei stellt der Friedensvertrag die Abtrennung der Bezirke von Erdahan, Kars und Batum von Rußland fest und bildet für sie ein Regime türkischen Protektorats. Aus dem Texte des Friedensvertrages geht jedoch zweifellos hervor, daß der Friedensvertrag nicht auf die Bezirke von Erdahan, Kars und Batum die Forderung der Rückgabe an die Türkei aus dem [sic!] welche im Ultimatum vom 21. Februar bezüglich der ostanatolischen Provinzen formuliert war. Aus der Tatsache der Ernennung zweier verschiedener Kommissionen, welche die Aufgabe haben, einerseits die Grenzen der drei genannten Gebiete gegenüber Rußland und andererseits die Bestimmung der Grenzen gegenüber der Türkei festzulegen, geht in gleicher Weise zweifellos hervor, daß der Friedensvertrag neue Forderungen aufstellt, welche im Ultimatum vom 21. Februar vollständig fehlten.¹⁾ Dabei muß bemerkt werden, daß die Hochfläche von Kars alle Wege

¹⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Schreiben *Karachans* [2. 3. 1918] an *Lenin* und *Trockij*, Petrograd, Smolny-Institut: „Wie vorausgesetzt, ist eine Beratung der Friedensbedingungen völlig zwecklos, da solche, im Vergleich zum Ultimatum vom 21. Februar, sich verschlechtern haben und den Charakter eines Ultimatums tragen. Angesichts dieser Tatsache und zugleich wegen der Weigerung der Deutschen, die Kriegshandlungen bis zur Unterzeichnung des Vertrages einzustellen, haben wir uns entschlossen, den Vertrag zu unterzeichnen, ohne in seine Beratung einzutreten, und nach Unterzeichnung abzureisen, weshalb wir einen Zug angefordert haben. Wir rechnen damit, morgen zu unterzeichnen und abzureisen. Als besonders ernste Verschlechterung der Bedingungen vom 21. Februar erscheint die Lostrennung von Rußland der Kreise Erdahan, Kars und Batum unter dem Schein der Selbstbestimmung.“ Pol. Archiv, Handakten Rosenberg.

vom vorderen armenischen Kriegsschauplatz beherrscht, die nach dem Kaukasus führen, besonders die Festung Kars verspermt den kürzesten operativen Weg Erzerum—Tiflis. Wenn wir folglich die Hochfläche von Kars verlieren, bleibt die Richtung auf Tiflis für einen Einmarsch des Gegners vollständig schutzlos, um so mehr als außer dem kürzesten Wege über Kars auch noch die einzigen Umgehungswege, die über Erdahan führen, in die Hand des Gegners geraten. Schließlich wird der Verlust von Batum dem Gegner erlauben, nach der Landung von Truppen in diesem Hafen schnell in die Täler der Flüsse Rion und Kura einzudringen und von Westen auf Tiflis vorzurücken. So hat der Übergang der Gebiete von Batum und Kars in die Hände der Türkei eine entscheidende Bedeutung im Sinne der Vernichtung der Verteidigungsfähigkeit des südlichen Kaukasus und ist entscheidend für den Fall des politischen Verwaltungszentrums des ganzen Kaukasus für Tiflis. Gleichzeitig muß bemerkt werden, daß Rußland damit den einzigen ausgebauten Hafenplatz für Kriegsschiffe im südlichen Teile der Schwarzen-Meerküste verliert, wodurch in erheblichem Maße seine Verteidigungsfähigkeit geschwächt wird. Gleichzeitig muß bemerkt werden, daß die Ansprüche des Ottomanischen Reiches auf die genannten Gebiete anscheinend gänzlich unbegründet sind; diese Gebiete sind im Laufe des gegenwärtigen Krieges niemals in die Gewalt der Türkei übergegangen, und als Ergebnis der Kämpfe befinden sich die türkischen Truppen in erheblicher Entfernung von ihnen.

Die Einführung des türkischen Protektorates über diese Gebiete ist ohne jede Übereinstimmung mit dem Willen der lokalen Bevölkerung erfolgt, für die inzwischen die Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands das volle Recht auf nationale Selbstbestimmung anerkannt hat. Vergewaltigung der lokalen Bevölkerung, Eroberung von Gebieten und Vorbehalt zu neuen Eroberungen, so kennzeichnen sich die neuen Forderungen, welche von Deutschland und seinen Verbündeten nach dem 21. Februar neu formuliert worden sind.

Indem die russische Delegation es für ihre Pflicht hält, den wahren Charakter und den vollen Sinn dieser neuen Annexion festzustellen, die in den Friedensvertrag hineingetragen worden sind, erhebt sie den allerentschiedensten Protest gegen die Abweichungen von den Friedensbedingungen, wie sie von der deutschen Regierung selbst im Ultimatum vom 21. Februar formuliert worden waren. Die russische Delegation setzt ihre Unterschrift unter den Text, der von den Bedingungen abweicht, die Rußland am 21. Februar vorgeschlagen worden sind, und zwar nur deswegen, weil die Atmosphäre der unerhörten Gewalt, d. h. des sich während der Arbeiten der Friedenskonferenz fortsetzenden Vormarsches der deutschen Truppen sie der Möglichkeit beraubt, eine Erfüllung ihrer gerechtesten Forderungen zu erlangen.

Die zweite Erklärung der russischen Friedensdelegation!

Die Arbeiter- und Bauernregierung der russischen Republik, die durch den Vormarsch der deutschen Truppen nach Rußland, welches die Beendigung des Krieges proklamiert und seine Armeen demobilisiert hat, gezwungen war, das Ultimatum der deutschen Regierung anzunehmen, hat dies am 24. Februar erklärt und unsere Delegation angewiesen, daß wir diese uns zwangsweise aufgedrungenen Bedingungen unterzeichnen.

Die bis jetzt in Brest-Litowsk platzgehabten Verhandlungen zwischen Deutschland und seinen Verbündeten einerseits und Rußland andererseits haben augenscheinlich genau und klar für jedermann gezeigt, daß der von den deutschen Vertretern als Verständigungsfriede bezeichnete in Wirklichkeit ein ausgesprochen annexionistischer und imperialistischer Friede ist. Jetzt aber haben sich die Brester Bedingungen wesentlich erschwert.

Der Friede, der jetzt in Brest-Litowsk abgeschlossen wird, ist kein Friede, der auf der freien Verständigung Rußlands, Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei aufgebaut ist. Es ist ein Friede, welchen das revolutionäre Rußland gezwungen ist, zähneknirschend anzunehmen. Es ist ein Friede, welcher unter dem Vorwand der Befreiung der russischen Randgebiete sie in Wirklichkeit in deutsche Provinzen verwandelt und sie ihres Rechts auf die freie Selbstbestimmung, die ihnen von der Regierung des revolutionären Rußlands anerkannt wurde, beraubt; es ist ein Friede, der unter dem Vorwand der Wiedereinführung der Ordnung den herrschenden Klassen in diesem Gebiete bewaffneten Beistand gegen die Arbeitermassen leistet und dazu beiträgt, die letzteren wieder mit dem Joch zu belasten, von welchem sie die russische Revolution befreit hat. Dies ist ein Friede, welcher den Boden in die Hände der Junker zurückgibt und die Arbeiter wieder in die Knechtschaft der Fabrikanten und der Unternehmer treibt; es ist ein Friede, welcher dem arbeitenden Volke Rußlands auf lange Zeit den alten Handelsvertrag, der 1904 im Interesse der deutschen Agrarier abgeschlossen war, in noch schwererer Form aufbürdet und gleichzeitig der deutschen und österreichisch-ungarischen Bourgeoisie die Zinsen für die Schulden der zaristischen Regierung, von welcher sich das revolutionäre Rußland losgesagt hat, sichert.

Zum Schluß, um noch klarer den Klassencharakter des deutschen bewaffneten Vormarsches zu unterstreichen, versucht das deutsche Ultimatum, der russischen Revolution den Mund zu knebeln, indem es jegliche Agitation gegen die Regierungen der vier Verbündeten und ihrer Heereseinrichtungen untersagt. — Damit ist es aber nicht abgemacht. Immer wieder unter dem Vorwand der Wiederherstellung der Ordnung besetzt Deutschland durch Waffengewalt Gebiete, welche von einer rein russischen Bevölkerung bewohnt sind, schafft dort den Okkupationszustand und läßt das alte Regime, welches vor der Revolution herrschte, wieder aufleben. Für die Ukraine und Finnland fordert Deutschland die Nichteinmischung des revolutionären Rußlands. Gleichzeitig aber tritt es dort aktiv zur Unterstützung der der Revolution feindseligen Kräfte gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern auf. Im offenbaren Widerspruch mit den Bedingungen, welche seine Regierung im Ultimatum vom 21. Februar aufgestellt hat, erzwingt Deutschland im Kaukasus zugunsten der Türkei die Abtretung der Gebiete Erdahan, Kars und Batum, welche im Laufe dieses Krieges niemals von türkischen Truppen erobert wurden, und dies ganz ohne Einvernehmen mit dem wirklichen Willen der Bevölkerung dieser Gebiete. Ganz offene und gewaltsame Annexionen, das Ansichreißen der wichtigsten strategischen Punkte, was nur eines zum Ziele haben kann, nämlich die Vorbereitung einer neuen Offensive gegen Rußland, den Schutz der kapitalistischen Interessen gegen die Arbeiter- und Bauernrevolution, das sind die wahren Ziele, welche der Vormarsch der deutschen Truppen, die am 18. Februar ohne Einhaltung der siebentägigen Kündigungsfrist, welche im Waffen-

stillstandsvertrag vom 15. Dezember 1917 zwischen Rußland und Deutschland vorgesehen war, erstrebt. Dieser Vormarsch wurde nicht eingestellt trotz der Erklärung des Rates der Volkskommissare, daß er die Bedingungen des deutschen Ultimatums vom 21. Februar annimmt. Dieser Vormarsch wurde nicht eingestellt trotz der Wiederaufnahme der Arbeiten der Friedenskonferenz in Brest-Litowsk und trotz des offiziellen Protestes, den die russische Delegation eingelegt hat. Eben dadurch werden sämtliche Friedensbedingungen, welche Deutschland und seine Verbündeten jetzt stellen, zu einem Ultimatum, das Rußland gestellt wird und das von den Verfassern dieses Friedensvertrages durch Drohung einer direkten bewaffneten Gewaltanwendung unterstützt wird. Unter diesen Umständen bleibt Rußland keine Wahl übrig. Durch die Demobilisierung der russischen Armeen hat die russische Revolution ihr Schicksal in die Hände des deutschen Volkes gelegt. Die russische Delegation hat seinerzeit in Brest-Litowsk offen erklärt, kein ehrlicher Mann könne glauben, daß ein Krieg gegen Rußland jetzt ein Verteidigungskrieg sein kann. Deutschland hat die Offensive ergriffen mit dem Losungswort der Wiederherstellung der Ordnung. In Wirklichkeit aber, um die russische Arbeiter- und Bauernrevolution im Interesse des Weltimperialismus zu ersticken, ist es dem deutschen Militarismus für den Augenblick gelungen, seine Truppen gegen die Arbeiter- und Bauernmassen der russischen sozialistischen Republik zu werfen. Das deutsche Proletariat hat sich noch nicht als stark genug erwiesen, diesen Vormarsch zu verhindern. Wir zweifeln aber auch nicht einen Augenblick, daß dieser Triumph des Imperialismus und Militarismus über die internationale Revolution des Proletariats nur ein vorübergehender sein wird.

Aber unter den jetzigen Bedingungen ist die Sovetregierung der russischen Republik, welche auf ihre eigenen Kräfte angewiesen ist, nicht imstande, dem bewaffneten Vormarsch des deutschen Imperialismus zu trotzen; sie ist gezwungen, die ihr gestellten Forderungen anzunehmen, um das revolutionäre Rußland zu retten.

Wir sind von unserer Regierung bevollmächtigt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, indem wir ungeachtet unseres Protestes gezwungen sind, die Verhandlungen in ganz unerhörten Bedingungen des Fortschreitens der Feindseligkeiten weiterzuführen, der Feindseligkeiten, die keinen Widerstand russischerseits finden, wollen wir nicht die russischen Arbeiter und Bauern, die aus dem Kriege herausgetreten sind, wieder und wieder dem Erschießen preisgeben. Laut erklären wir vor den Arbeitern und Bauern und Soldaten Rußlands und Deutschlands, vor den arbeitenden und geknechteten Klassen der ganzen Welt, daß wir gezwungen sind, das uns von der heute stärkeren Seite diktierte Ultimatum anzunehmen. Wir unterzeichnen jetzt den ultimativ uns vorgeschriebenen Friedensvertrag, lehnen es jedoch ab, in Verhandlungen über ihn einzutreten.

Exzellenz Mérey: Die russische Delegation hat soeben zwei Erklärungen abgegeben. Es sei mir gestattet, zunächst im Namen der österreichisch-ungarischen Delegation auf diese beiden Erklärungen zu antworten.

Die erste Erklärung betrifft den Umstand, daß die von den vier verbündeten Mächten Rußland vorgeschlagenen Friedensbedingungen in einigen wenigen Punkten und speziell hinsichtlich der Bezirke von Erdahan, Kars und Batum über den Rahmen des Ultimatums hinausgehen.

Die zweite Erklärung der russischen Delegation führt die Lage Rußlands beim gegenwärtigen Friedensschluß aus und versucht festzustellen, daß Rußland den heute zu unterzeichnenden Frieden mit den vier verbündeten Mächten nicht als einen Verständigungsfrieden betrachtet, sondern als einen ihm unter der Gewalt der Waffen aufgezwungenen, und daß sich Rußland gezwungen sieht, diesen Frieden zu unterzeichnen.

Ich möchte mir im Namen der österreichisch-ungarischen Delegation erlauben, zunächst eine generelle Bemerkung zu diesen beiden Erklärungen der russischen Delegation zu machen.

Ich darf vor allem im Namen der österreichisch-ungarischen Delegation — und ich glaube hiermit auch die Empfindungen der Delegationen der mit Österreich-Ungarn verbündeten Mächte auszusprechen — dem aufrichtigen Bedauern Ausdruck geben, daß der Herr Vorsitzende der russischen Delegation es für nötig befunden hat, heute so scharfe Töne bei Abgabe dieser Erklärungen anzuschlagen. Wir hätten gewünscht und gehofft, daß an dem heutigen Tage, welcher der Unterzeichnung des Friedens zwischen den vier verbündeten Mächten und Rußland gewidmet ist, dem Geiste dieses Friedenswerkes entsprechend nur friedliche und versöhnliche Töne angeschlagen werden.

Dies vorausgeschickt, möchte ich mir nunmehr erlauben, auf die beiden Erklärungen der russischen Delegation einzugehen.

Diese Erklärungen haben zunächst einen ideellen Zusammenhang. Beiden ist der Gedanke gemeinsam, daß die russische Delegation bei ihrer gegenwärtigen Ankunft in Brest-Litowsk seitens der vier verbündeten Mächte sich Vorschlägen gegenübergesehen hat, welche zum Teil den Rahmen des Ultimatums überschreiten. In dieser Beziehung habe ich die Ehre festzustellen, daß für die hiesigen Verhandlungen eine dreitägige Frist gesetzt worden ist, daß der größte Teil der übrigen Vertragsbestimmungen bereits in den früheren Verhandlungen zur Diskussion gelangt war, und daß diese dreitägige Frist gewiß genügt hätte, in eine sachliche Erörterung und Verhandlung der fraglichen Punkte einzutreten. Der russischen Delegation wäre es somit freigestanden, über diese Punkte in eine Erörterung einzutreten; es wäre ihr, was ich prinzipiell feststellen möchte, freigestanden, diese Punkte nicht anzunehmen. Die russische Delegation hat es vorgezogen, jede Erörterung der gesamten Vorschläge und aller ihrer Punkte abzulehnen, die Vorschläge, so wie sie gemacht waren, en bloc anzunehmen. Die russische Delegation hat damit auf eine Diskussion über diesen Punkt verzichtet, und sie hat durch ihre eben erwähnte Erklärung es sich selbst zuzuschreiben, wenn hinsichtlich der in Rede stehenden Punkte die Situation dieselbe ist wie hinsichtlich der im Ultimatum enthaltenen Bedingungen.

Was das Meritum der ersten Erklärung der russischen Delegation anlangt, nämlich die Abtrennung der Bezirke von Erdahan, Kars und Batum von Rußland und die hieraus entstehenden Folgen, so wird der Herr Vorsitzende der Delegation der Türkei sich vorbehalten, auf diesen Gegenstand näher einzugehen.

Hinsichtlich der zweiten Erklärung der russischen Delegation darf ich gleichfalls — und dies nicht zum ersten Male — bemerken, daß der Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland, welcher auf Vorschlag der russischen Regierung und

hier meines Erinnerns am 23. Dezember v. J. erfolgt ist, eine, wie wir sehen, mehr als eine zweimonatige Frist für diese Verhandlungen ermöglicht hat. Eine Reihe von Wochen hindurch war der Waffenstillstand zwischen Rußland und den vier verbündeten Mächten in Kraft. Diese Frist hätte reichlich genügt, um das ganze Friedenswerk einvernehmlich und gründlich durchzusprechen und zu verhandeln. Es ist nicht Schuld der vier verbündeten Regierungen, wenn der Gang der Dinge ein anderer war. Ich muß daher im Namen der österreichisch-ungarischen Delegation — und ich darf voraussetzen auch im Namen der Delegationen der mit Österreich-Ungarn verbündeten Mächte — jede Verantwortung für den Eintritt der von dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation geschilderten Situation ablehnen, Verwahrung gegen die von dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation den vier verbündeten Mächten zugeschleuderten Vorwürfe der Vergewaltigung einlegen und diese Verantwortung ausschließlich der Russischen Regierung zuschreiben. Hinsichtlich der meritorischen Antwort auf die von der russischen Delegation in diesem Punkt erörterten militärischen Vorgänge hat sich die Kaiserlich Deutsche Delegation vorbehalten, der russischen Delegation zu antworten. Insoweit die österreichisch-ungarische Delegation in Betracht kommt, beschränke ich mich vorläufig auf diese Erwiderung.

Ich erlaube mir nunmehr, das Wort dem Herrn Vorsitzenden der türkischen Delegation zu der Erörterung der ersten Erklärung der russischen Delegation zu erteilen.

(Fortsetzung folgt).

Rosenberg.

392.

3. 3. 1918 vorm.: Sitzung der Friedenskonferenz (1. Fortsetzung)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Abgeg. Brest-Litowsk, 4. 3. 1918, 2.05 nachm., angek. 4. 3. 1918, 2.10 nachm. Überschrift: „1. Fortsetzung von Telegramm Nr. 569¹⁾ für den Herrn Reichskanzler (Stenogramm der Sitzung vom 3. 3. vorm.).“

Hakki Pascha: Meine Herren, die Erklärung der russischen Delegation, welche die Räumung der drei Bezirke Erdahan, Kars und Batum betrifft, enthält Begründungen von verschiedenem Charakter, auf die zu erwidern ich mir gestatten werde.

Der erste Punkt, den der Herr Präsident der russischen Delegation erwähnt hat, enthielt einen Passus aus dem Ultimatum. Hierauf will ich nicht ausführlich erwidern, weil in der ersten Sitzung der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation die einzelnen Punkte des Ultimatus interpretiert hat, genügend ausgeführt und begründet hat, welches der Sinn des Ultimatus sei, wenn nicht von der Räumung der okkupierten Provinzen die Rede war, sondern von den türkischen ostanatolischen Provinzen im allgemeinen. Dieser Punkt geht alle

¹⁾ Vgl. Nr. 391.

vier Mächte an und ist schon vor drei Tagen durch den Herrn Präsidenten der deutschen Delegation genügend begründet worden.²⁾

Der zweite Punkt betrifft Kars und stützt sich in erster Linie auf militärische Gesichtspunkte. Der Herr Präsident der russischen Delegation hat gesagt, daß, wenn man Kars abtreten muß, die Verteidigung der Stadt Tiflis sehr gefährdet wird. Ich werde mir gestatten auszuführen, daß die Türkei diese drei Bezirke vier Jahrhunderte lang besessen hat und daß diese Bezirke nicht von Rußland erobert worden sind³⁾; sie sind teils von dieser in Erzerum herrschenden türkischen Regierung und teils von dem ehemaligen griechischen Reiche erobert. Als die Türkei diese drei Provinzen erobert hatte, gab es in nördlicher Richtung auf eine Entfernung von etwa 2000 km kaum einen einzigen Russen. Das Plateau von Kars hat niemals Rußland gehört; aber Rußland hat sich von sehr weit her ausbreitend fünf oder sechs mohammedanische Gebietsteile gewaltsam annektierend, bis es das Karsplateau erreichte und es ebenfalls im Jahre 1878 gewaltsam annektierte. Als die Türkei vor mehreren Jahrhunderten in diesen Gebieten der Nachbar Persiens und Georgiens und anderer Staaten wurde und als sie für mehr als ein halbes Jahrhundert mit Rußland Nachbarschaft hielt, hat das Karsplateau niemals einen Ausgangspunkt für einen Angriff gegen Rußland oder die anderen Staaten abgegeben, sondern es bildete für die Türkei eine Verteidigungslinie gegen Rußland.

Was Batum anlangt, so hat der Herr Präsident der russischen Delegation gesagt, daß der Verlust von Batum den Bezirk von Tiflis schädige und daß dies ein Ausgangspunkt von Angriffen gegen Tiflis wäre. Er hat über die Möglichkeit geredet, daß die Türken voraus die Flüsse Rion und Kura nehmen und ganz Kaukasien erobern können. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, daß die Türkei vier Jahrhunderte lang Batum besessen hat, ohne daß es jemals für sie der Ausgangspunkt eines Angriffes gegen den Kaukasus gewesen wäre; und es ist sehr bemerkenswert, daß in der langen Zeit, während deren die Türkei Batum in ihrer Hand gehabt hat, sie nicht einmal das in der Nähe gelegene kleine Königreich Georgien angegriffen hat. Übrigens hat Rußland während genügend langer Zeit ohne Batum existiert; und da es den Hafen von Poti⁴⁾ hat, hat der Handel von Tiflis und der Seeverkehr ohne jede Schwierigkeit stattfinden können.

Ich bitte zu entschuldigen, daß ich diese Einzelheiten erwähne, die etwas außerhalb des Rahmens unserer Erörterung stehen; aber ich habe die Bemerkungen des Herrn Präsidenten der russischen Delegation diese Punkte betreffend nicht mit Schweigen übergehen können.

Einen dritten Punkt muß ich noch hervorheben. Der Herr Präsident der russischen Delegation hat erwähnt, daß die Türken während des Krieges, der glücklicherweise jetzt endet, diese drei Bezirke nicht mit Waffengewalt erobert haben. Ich will nicht die Bedeutung und das Für und Wider der bewaffneten und unbewaffneten Besitznahme erörtern. Die Diplomaten der alten Art würden

²⁾ Vgl. Nr. 379.

³⁾ Vgl. Nr. 354, Anm. 4.

⁴⁾ Festung in Transkaukasien in Nähe des Schwarzen Meeres, westl. von Kutais.

dem eine gewisse Bedeutung beimessen, aber nach den Grundsätzen, die in Rußland in Geltung sind, kann jedenfalls die Besitznahme durch die Waffen von keiner Bedeutung sein. Bei dieser Gelegenheit will ich noch eines über Batum sagen. Während des Krieges 1878/79 war Batum der Sitz eines türkischen Armeekorps und die Operationsbasis der osmanischen Flotte. Batum ist mehrfach durch russische Kräfte angegriffen worden, ist aber nicht mit Waffengewalt genommen worden. Als wir mit Rußland Waffenstillstand schlossen, war Batum in den Händen der Türkei, und Batum ist zuerst durch den Frieden von San Stefano⁵⁾ und hernach durch den Berliner Vertrag abgetreten worden⁶⁾; es wurde abgetreten in dem Teil des Vertrages, der sich auf die Kriegsentschädigung bezieht. Eine Kriegsentschädigung, die nach den russischen Prinzipien und gemäß unserer jetzigen Versammlung nicht mehr zulässig ist. Batum war durch Rußland nicht mit Waffen erobert, sondern wurde für eine ungerechte Schuld gekauft.

Noch eine Bemerkung möchte ich mir gestatten. Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat gesprochen, als ob der von uns vorgeschlagene Friedensvertrag eine Annexion durch die Türkei festsetze. Ein Blick in den Vertrag lehrt, daß tatsächlich verlangt wird, daß die Bevölkerung der drei Bezirke das Recht habe, über ihr Schicksal zu entscheiden; sie können verlangen, autonom unabhängig zu sein oder sich der Türkei anzuschließen. Das ist ihre Sache. Aber was die Fürsorge anlangt, die für diese Bevölkerung zu treffen wäre, so frage ich nur, welche Regierung dazu berechtigt ist: die Türkei, die vier Jahrhunderte lang dieses Gebiet besessen hat, gegen die in diesen drei Bezirken niemals Erhebungen stattgefunden haben, die Türkei, die sowohl durch Abstammung als auch durch Nationalität der Mehrheit der Bevölkerung dieser Gebiete nahe verwandt ist — oder Rußland, das die drei Bezirke nur 59 Jahre gewaltsam annektiert hat, das sie erworben hat für eine Schuld, die nach den Äußerungen, die wir heute haben, nicht mehr zulässig ist, und das nicht der gleichen Rasse wie diese Bevölkerung ist. Mir scheint, daß, wenn die Bevölkerung sich an jemand wenden muß, es sich in ihrem eigenen Interesse nur um die Türkei handeln kann; und mehr besagt der Vertrag nicht.

Ich bitte die russische Delegation, in dem, was ich sage, keine abfällige Kritik Rußlands sehen zu wollen. Wenn in der Vergangenheit Rußland uns Unrecht zugefügt hat, so wissen wir, daß es nicht dasselbe Rußland ist, das wir heute vor uns sehen; alles, worum wir bitten, ist das Unrecht wieder gut zu machen, das frühere Regierungen anderen zugefügt haben, Regierungen, die von der jetzigen ihrerseits angegriffen worden und vernichtet worden sind. Wir machen hier Geschichte und üben Gerechtigkeit aus. Es gibt hier weder Sieger noch Besiegte, wir sind alle Sieger. Wir alle haben dieselbe Regierung besiegt, die ihrem eigenen Volke sowie anderen Nationen so viel Unrecht zugefügt hat. Deshalb hoffe ich, daß dieser Friedensvertrag ein wahres Friedenswerk sein wird. Er wird nicht Erbitterung hervorrufen und wird nicht für die Zukunft Gefühlen von Rache und Haß Platz lassen.

⁵⁾ Im Frieden von San Stefano 3. 3. 1878 zwischen Rußland und der Türkei traten die Türken u. a. einen Teil Armeniens mit Erdahan, Kars und Batum sowie Bajesid an die Russen ab.

⁶⁾ Im Berliner Frieden v. 13. 7. 1878 wurden Rußland Kars, Erdahan und Batum zugesprochen.

Exzellenz Toschew: Wir⁷⁾ sind heute zusammengekommen, um einen dauernden Frieden zu schließen und nicht, um den Keim für neue Kriege zu pflanzen. Wir, die Vertreter der vier verbündeten Mächte, haben uns in diesem Falle von denselben Prinzipien der Selbstbestimmung der Völker leiten lassen, welche auch die Führer der russischen Revolution selbst proklamiert haben. Jedoch die Sprache und die soeben abgegebenen Erklärungen des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation lösen eine Atmosphäre aus, die keineswegs mit den in Frage stehenden Prinzipien harmoniert.

(Fortsetzung folgt.)

Rosenberg.

⁷⁾ Text der Ausführungen Toschews identisch mit denen in Nr. 393, S. 671.

393.

3. 3. 1918, vorm.: Sitzung der Friedenskonferenz (2. Fortsetzung)

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Brest-Litowsk, 4. 3. 1918, angek. 4. 3. 1918, 12.10 nachm. Überschrift: „2. Fortsetzung von Telegramm Nr. 569.¹⁾ Für den Herrn Reichskanzler. (Stenogramm der Sitzung vom 3. März vormittags)“

Exzellenz Mérey: Das Wort hat der militärische Bevollmächtigte der deutschen Delegation erbeten. Ich habe die Ehre, ihm dasselbe zu erteilen.

Generalmajor Hoffmann: Ich muß zu zwei Punkten eine kurze Erklärung machen. Der eine betrifft den Vorwurf, den der Herr Vorsitzende der russischen Delegation uns macht, die Kündigungsfrist des Waffenstillstandes nicht innegehalten zu haben. Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation das Protokoll der letzten Sitzung vor Abbruch der Friedensverhandlungen gelesen hat, so muß er wissen, daß der Herr Staatssekretär v. Kühlmann dem Herrn Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten klipp und klar die Frage vorgelegt hat, ob er sich bewußt sei, daß mit dem einseitigen Abbruch der Friedensverhandlungen automatisch der Waffenstillstandsvertrag außer Kraft gesetzt werde. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Herr Trockij, hat gegen diese Frage und gegen den Inhalt dieser Frage nicht protestiert. Ich möchte also hervorheben, daß wir die Frist des Waffenstillstandes auf die Minute innegehalten haben. Wir haben die Feindseligkeiten am 18. Februar mittags 12 Uhr 1 Minute eröffnet.

Der zweite Punkt betrifft die Frage der russischen Demobilmachung. In den russischen Funksprüchen und in der russischen Presse ist wiederholt darauf hingewiesen worden, und auch hier in dem Proteste des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation wird diese Frage gestreift, daß die russische Demobilmachung erst angeordnet worden sei und erst begonnen habe infolge des am 10. d. M. gegebenen Befehls.

Das entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. In Wirklichkeit hatte die russische Demobilmachung schon seit langen Wochen begonnen; de facto war das russische Heer schon am 10. d. M. demobil.

¹⁾ Vgl. Nr. 391.

Uns war seit Wochen die Stärke der russischen Truppenteile bekannt; uns war seit Wochen bekannt, wieviel Kilometer der russischen Stellung nicht mehr von russischen Truppen besetzt waren. Ich stelle allerdings dahin, ob diese Räumung der Stellungen und die russische Demobilmachung auf Befehl erfolgt war. Ich kann aber nicht daran zweifeln, daß der russischen Regierung diese tatsächlichen Verhältnisse ebensogut bekannt waren, wie sie mir bekannt waren.

Exzellenz Mérey: Der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation wünscht zu sprechen.

v. Rosenberg: Ich habe den Ausführungen der Herren Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation und der kaiserlich ottomanischen Delegation sowie den ergänzenden Worten des militärischen Bevollmächtigten der deutschen Delegation nur wenig hinzuzufügen.

Zuerst einige Worte über die erste russische Erklärung. Wie der Unterschied zu erklären ist, der sich, rein äußerlich betrachtet, zwischen unseren Bedingungen vom 21. Februar und dem Artikel IV unseres Friedensentwurfes befindet, habe ich mich in der vorgestrigen Vollversammlung ausführlich verbreitet. Ich nehme auf die damaligen Ausführungen Bezug. Die materiellen Ausführungen des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation fallen in ihren wesentlichen Punkten in sich selbst zusammen, da der Artikel IV, Abs. 3, wie der Herr Vorsitzende der ottomanischen Delegation bereits ausgeführt hat, nicht von einem türkischen Protektorat oder einer Einverleibung in die Türkei spricht, sondern von dem Rechte der Bevölkerung, ihre staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse selbständig zu regeln. Die Besorgnisse für Tiflis und den südlichen Kaukasus, von denen der Herr Vorsitzende der russischen Delegation sprach, scheinen mir deshalb nicht begründet, weil unser Entwurf ausdrücklich vorsieht, daß die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten durchzuführen ist, diese Nachbarstaaten also Gelegenheit erhalten werden, ihre Wünsche und Interessen zur Geltung zu bringen.

Zur zweiten russischen Erklärung habe ich folgendes zu bemerken. Der Friede wird Rußland nicht aufgezwungen. In der freien Entschließung der russischen Regierung steht es, unsere Bedingungen anzunehmen oder den Krieg fortzusetzen. Bei dieser Entscheidung soll sie sich ausschließlich von russischen Interessen leiten lassen. Wir haben im Dezember und Januar ehrlich einen Frieden der Verständigung gewollt. Aber zu einer Verständigung gehören zwei Parteien, die die Verständigung wünschen, und den guten Willen hierzu haben wir auf der russischen Seite vermißt. Ein imperialistischer und kapitalistischer Friede ist das, was wir heute vorschlagen, nicht. Weder Annexionen noch Kontributionen werden von uns gefordert. Die russische Regierung hat nicht das Recht, die Aufrichtigkeit der von uns verkündeten Absichten mit der Bevölkerung der Randgebiete in Zweifel zu ziehen. Sie hat hierzu um so weniger das Recht, als während der kurzen Zeit, da sie am Ruder ist, zwischen ihren Worten und ihren Taten scharfe Widersprüche festzustellen waren.

Mit Unrecht nimmt die russische Regierung daran Anstoß, wenn wir der Ukraine und Finnland die von diesen beiden Staaten erbetene Hilfe gewähren oder gewähren sollten. Beide Staaten haben uns um Hilfe gebeten, und es gehört zu

den wichtigsten Funktionen der Freiheit und der Selbstbestimmung eines Volkes, dort Hilfe zu suchen, wo es ihm gut scheint.

Warum wir uns jetzt nicht wieder zur Einstellung der Feindseligkeiten vor der Unterzeichnung der Verträge entschließen konnten, habe ich in einer intimen Sitzung der Vorsitzenden der Delegationen vorgestern auseinandergesetzt.

Sechs Wochen war der Waffenstillstand in Geltung, fast zwei Monate sogar, und diese Frist zur ruhigen sachgemäßen Durchberatung des Friedenswerkes ist von der russischen Regierung und Delegation nicht benutzt worden. Es kann uns nicht verdacht werden, wenn wir wenig Neigung dazu verspüren, nach diesen Enttäuschungen und schlechten Erfahrungen das Experiment zu wiederholen.

Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation hat in seiner zweiten Erklärung wiederholt vom deutschen Arbeiter gesprochen. Wer glaubt, daß der deutsche Arbeiter für sein Verhalten nach innen und außen Verhaltensmaßregeln und Instruktionen vom Auslande bezieht, der kennt den deutschen Arbeiter nicht. Der deutsche Arbeiter ist derselbe Mann, der draußen im Schützengraben seit vier Jahren mit grenzenloser Hingebung das Vaterland verteidigt. Was er an der Einrichtung des deutschen Hauses, an der bestehenden Ordnung der öffentlichen Dinge auszusetzen hat, das macht er im eigenen Hause mit den eigenen Volksgenossen ab. Wer glaubt, daß er dazu Ratschläge von draußen braucht, der beleidigt den deutschen Arbeiter.

In den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation — und hiermit möchte ich schließen — trat die Besorgnis zutage, wir hätten die Absicht, die gegenrevolutionären Strömungen in Rußland gegen die gegenwärtige Regierung zu fördern. Diese Absicht liegt der deutschen Regierung und, wie ich weiß — ich kann hier im Namen der Verbündeten sprechen —, auch den verbündeten Regierungen fern. Mag jeder auf seine Façon selig werden. Wenn wir eine Agitation und Propaganda nicht wünschen, so hat das nicht die Bedeutung, daß es Rußland nicht freistehen soll, innerhalb seiner eigenen Grenzpfähle seinen Idealen zu leben und ihnen zur Verwirklichung zu verhelfen. Wären diese Ideale stark und gesund genug, so würden sie sich auch ohne organisierten Export durchsetzen müssen.

Exzellenz Mérey: Wünscht noch jemand zu den Erklärungen der russischen Delegation zu sprechen?

Der Herr Vorsitzende der bulgarischen Delegation hat das Wort.

Exzellenz Toschew: Wir sind heute zusammgekommen, um einen dauernden Frieden zu schließen und nicht, um den Keim für neue Kriege zu pflanzen. Wir, die Vertreter der vier verbündeten Mächte, haben uns in diesem Falle von denselben Prinzipien der Selbstbestimmung der Völker leiten lassen, welche auch die Führer der russischen Revolution selbst proklamiert haben. Jedoch die Sprache und die soeben abgegebenen Erklärungen des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation lösen eine Atmosphäre aus, die keineswegs mit den in Frage stehenden Prinzipien harmoniert.²⁾

²⁾ Vgl. Nr. 392, Anm. 7.

Exzellenz Mérey: Wünscht noch jemand zu diesem Thema das Wort?

Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation.

Herr Sokol'nikov: Die russische Delegation hat ihren Standpunkt gekennzeichnet und hat die beiden Erklärungen abgegeben, die sie für nötig hielt. Die russische Delegation hält es nicht für notwendig, in eine langwierige Debatte bezüglich der von ihr abgegebenen Erklärungen einzutreten. Ich möchte nur antworten, daß, wenn man sich hier auf unsere eigenen Prinzipien beruft, auf die Prinzipien des revolutionären Rußlands, auf die Prinzipien der neuen Diplomatie, so können wir nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß ein Kennzeichen der Politik der mit uns vertragschließenden Parteien die nur rein in Worten erfolgende Anerkennung dieser Prinzipien ist und die Verbindung der Prinzipien dieser neuen Diplomatie mit der alten Politik der Eroberung und der Annexionen.

Ich möchte mit wenigen Worten zu der Frage der Innehaltung der Kündigungsfrist des Waffenstillstandes zurückkehren, der hier vom Herrn militärischen Vertreter berührt worden ist. Herr v. Kühlmann hat keine Kündigung des Waffenstillstandsvertrages vorgenommen, weil diese Kündigung den Hinweis hätte enthalten müssen, daß Deutschland nach Ablauf von sieben Tagen die kriegerischen Operationen gegen Rußland wiederaufnehmen würde. Aber der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation hat uns vor zwei Tagen darauf hingewiesen, daß er die Kündigung des Waffenstillstandes nicht in den Worten des Herrn v. Kühlmann erblickt, sondern in den Erklärungen des Vertreters Rußlands, Herrn Trockij. Das kann nicht richtig sein, allein schon deswegen, weil die Kündigung des Waffenstillstandsvertrages die Warnung hätte enthalten müssen, daß die Operationen nach sieben Tagen wieder aufgenommen würden. Eine solche Erklärung ist nicht abgegeben worden, weder seitens des Herrn v. Kühlmann noch seitens des Volkskommissars Trockij. Durch die Erklärungen des Vorsitzenden der russischen Delegation, Trockij, wurde festgestellt, daß Rußland die kriegerischen Operationen einstellt. Folglich kann die Erklärung Trockijs nicht als eine Kündigung des Waffenstillstandsvertrages angesehen werden, und die konditionelle Form der Erklärung des Herrn v. Kühlmann kann auch nicht als eine formelle Kündigung angesehen werden, wie sie im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen war. Ich halte es für notwendig, in diesem Punkte die historische Wahrheit festzustellen, trotzdem ich nicht glaube, daß wir in diesem Augenblicke diesen juristischen Streit werden entscheiden können.

Exzellenz Mérey: Der Herr Vorsitzende der deutschen Delegation wünscht zu sprechen, ich erteile ihm das Wort.

v. Rosenberg: In der Tat habe ich in unserer ersten Besprechung der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Worte und Handlungen des Herrn Trockij dem Waffenstillstandsvertrag den Boden entzogen haben und einer Kündigung gleichzuechten sind. Nicht die Erklärung des Herrn Trockij, daß er den Kriegszustand als beendet erklärt, hatte ich dabei im Auge, sondern seine Weigerung, einen Frieden abzuschließen, und damit den Daseinszweck des Waffenstillstandes zu erfüllen, seine Weigerung, weitere Erklärungen anzunehmen oder abzugeben, und der von ihm bewirkte und durchgeführte einseitige Abbruch der Verhandlungen. In der Antwort des Staatssekretärs v. Kühlmann ist eindeutig und ausdrücklich gesagt worden, wenn der Daseinszweck des Waffenstillstandes erlischt, tritt der nur

vorübergehend eingestellte Kriegszustand als solcher ohne weiteres wieder in Kraft. Ich habe das Protokoll nicht hier und kann daher nicht wörtlich zitieren; über den Sinn der Erklärung des Staatssekretärs kann aber kein Zweifel bestehen.

Exzellenz Mérey: Wünscht noch jemand das Wort?

Der militärische Bevollmächtigte der deutschen Delegation, General Hoffmann: Ich möchte zu den Erklärungen des Herrn Ministers nur hinzusetzen, daß mir ein Schema für eine Form für die Kündigung des Waffenstillstandes nicht bekannt ist und daß meiner Meinung nach die Wendung, die der Herr Minister v. Kühlmann gebrauchte, „daß der unterbrochene Kriegszustand wieder eintritt“, nicht mißverständlich sein konnte.

Exzellenz Mérey: Wünscht noch jemand zu dem Gegenstande das Wort zu ergreifen?

Der Herr Vorsitzende der russischen Delegation Sokol'nikov: Ich möchte feststellen, daß im Waffenstillstandsvertrag kategorisch gesagt wird, daß der Waffenstillstand automatisch weiterläuft bis zu einer besonderen Kündigung, in der enthalten ist, daß die kriegerischen Operationen nach Ablauf von sieben Tagen wiederaufgenommen werden; folglich konnte der Waffenstillstandsvertrag nicht automatisch außer Kraft treten, da in ihm gesagt wird, daß er automatisch fortbesteht.

Was die Form anbetrifft, in welcher die Warnung ausgesprochen werden konnte, daß die kriegerischen Operationen wiederaufgenommen werden, so möchte ich daran erinnern, daß, wenn eine derartige Formel am 10. Februar nicht gefunden werden konnte, sie doch am 17. Februar gefunden worden ist, und zwar 24 Stunden vor Wiederaufnahme der kriegerischen Operationen.

Exzellenz Mérey: Wünscht niemand mehr zu diesem Punkte das Wort zu ergreifen? Es ist nicht der Fall.

Damit ist auch dieser Teil der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung erledigt.

Nachdem es nahezu zwei Uhr ist, erlaube ich mir vorzuschlagen, die Sitzung für zwei Stunden zu unterbrechen und um vier Uhr wieder fortzusetzen. Wird dieser Vorschlag allgemein angenommen? Dies ist der Fall. Wir setzen somit die Sitzung um vier Uhr nachmittags wieder fort, ich erkläre die Sitzung bis vier Uhr verschoben (Schluß der Sitzung 2 Uhr nachmittags).

Rosenberg.

3. 3. 1918, nachm.: Sitzung der Friedenskonferenz

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 575. Abgeg. Brest-Litowsk, 3. 3. 1918, 11.00 nachm., angek. 3. 3. 1918, 11.25 nachm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler. Stenogramm der Plenarsitzung der deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen, türkischen und russischen Delegation vom 3. März 1918 nachmittags 4 Uhr.“

(Vor Beginn der Sitzung findet eine kurze vertrauliche Besprechung der Vorsitzenden der Delegationen statt. Darauf eröffnet der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation, Exzellenz Mérey, um 4 Uhr 30 Min. die Sitzung.)

Exzellenz Mérey: Die vor zwei Stunden unterbrochene Sitzung wird hiermit fortgesetzt.

Wir gelangen zum dritten und letzten Punkt der Tagesordnung dieser Sitzung, nämlich zur Unterzeichnung der Vertragsinstrumente. Es werden der eigentliche Friedensvertrag und ferner die ihm beigeschlossenen Annexe betreffend die Regelung der wirtschaftlichen Fragen und der Zusatzvertrag rechtspolitischer Natur zu unterzeichnen sein.

Auf Grund der zwischen den Vorsitzenden der fünf Delegationen getroffenen Vereinbarungen wird mit Ausnahme des rechtspolitischen Vertrages, für den besondere Vorkehrungen zu treffen sind, und des wirtschaftlichen Annexes, somit der eigentliche Friedensvertrag von jeder Delegation nur einmal für alle fünf Sprachen anzufertigen sein.

Ich werde mir jetzt erlauben, die Exemplare des Friedensvertrages zur Unterzeichnung zirkulieren zu lassen.

Das erste Recht zur Unterzeichnung steht nach dem Alphabet der deutschen Delegation zu.

(Beginn der Unterschriften 4 Uhr 35 Min. 5 Uhr 50 Min. ist die letzte Unterschrift gegeben.)

Exzellenz Mérey: Die Unterzeichnung der Verträge ist vollzogen.

Als nächste Folge hiervon kann ich mitteilen, daß in diesem Augenblicke die militärischen Operationen auf russischem Gebiete eingestellt werden.

Ich glaube der Zustimmung aller fünf Delegationen sicher zu sein, wenn ich mir erlaube, noch eine gemeinsame Dankeschuld abzustatten. Die Herstellung der Verträge und der zum Teile sehr umfangreichen Annexe und Zusatzverträge hat eine bedeutende Arbeit vorgestellt, und es ist nur der Mitwirkung einer Anzahl von Delegierten sämtlicher Delegationen zu danken, daß die sämtlichen Instrumente tadellos und rechtzeitig fertiggestellt werden konnten. Ich möchte sämtlichen dabei beteiligten Herren unseren gemeinsamen Dank hiermit aussprechen. Desgleichen möchte ich einer weiteren Dankeschuld gerecht werden gegenüber den Herren Dolmetschern, welche uns bei der Diskussion unterstützt haben.

Ich möchte den feierlichen Akt, welchen wir soeben vollzogen haben, nicht vorübergehen lassen, ohne der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der abgeschlossene Friede es den Völkern unserer Mächte und Rußlands, welche sich durch mehr als 3½ Jahre im Kriege gegenüberstanden, ermöglichen wird, doch allmählich wieder die früheren freundschaftlichen Beziehungen aufzunehmen.

Es erübrigt sich nur noch die Frage, ob noch jemand das Wort zu ergreifen wünscht. Es ist nicht der Fall.

Ich erkläre somit die Friedensverhandlungen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Rußland und der Türkei für beendet und die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 5 Uhr 55 Minuten.)

Rosenberg.

395.

3. 3. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Brest-Litowsk) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21 a. Telegramm. Nr. 566. Abgeg. Brest-Litowsk, 3. 3. 1918, 5.00 nachm., angek. 3. 3. 1918, 5.05 nachm. Vermerk: „Dringend!“

Soeben 5.00 Uhr nachmittags ist zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei und der russischen Republik der Friede unterzeichnet worden.¹⁾

General *Hoffmann*, Kapitän zur See *Horn* und ich haben Seiner Majestät in einem gemeinsamen Telegramm Meldung erstattet.

Abdrücke der Anlagen des Hauptvertrages und Abdrücke des Zusatzvertrages werden morgen mit Kurier nach Berlin und Bukarest abgehen.

Gleichlautend Bukarest.

Rosenberg.

¹⁾ Über russische Empfindungen nach Abschluß des Vertrages vgl. u. a. die Aufzeichnungen von Bruce Lockhart, S. 242 f.: „... I saw *Chicherin* on his return from Brest. He was dejected and therefore friendly. He informed me that the German terms had raised a feeling of resentment in Russia similar to that in France after 1870, and now was the most favourable moment for a demonstration of Allied sympathy. The peace was a dictated peace which Russia would break as soon as she was strong enough. This indeed was the attitude of every Commissar with whom I came into contact.“ — *Lenin* schrieb am 5. 3. 1918: „... Preußen und Deutschland haben mehrmals mit dem Eroberer zehnfach schwerere und erniedrigendere (als unsere) Friedensverträge abgeschlossen, mußten sogar eine ausländische Polizei dulden, mußten sogar die Verpflichtung übernehmen, ihre Truppen zur Unterstützung der Eroberungszüge *Napoleons I.* herzugeben. In seinen Verträgen mit Preußen peinigte und zerstückelte *Napoleon I.* Deutschland zehnmal mehr als *Hindenburg* und *Wilhelm* uns jetzt. Und nichtsdestoweniger fanden sich in Preußen Männer, die nicht schwadronierten, sondern die ‚aller-schändlichsten‘ Friedensverträge unterzeichneten, sie unterzeichneten, weil sie keine Armee hatten, zehnfach drückendere und erniedrigendere Bedingungen unterzeichneten, sich aber dann trotzdem zum Aufstand und Krieg erhoben ... Die Geschichte kennt mehrere solcher Friedensverträge und Kriege. Mehrere Fälle von Atempause ...“; vgl. *Lenin*, Sämtliche Werke XXII S. 339, Eine ernste Lehre und eine ernste Verantwortung.

396.

3. 3. 1918: Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin)
an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21 a. Telegramm. Nr. 756. Abgeg. Berlin, 3. 3. 1918, 10.45.

Euer Hochwohlgeboren und der deutschen Friedensdelegation spreche ich anläßlich des glücklich vollzogenen Friedensschlusses mit Rußland meine aufrichtigsten Glückwünsche und meinen Dank für Ihre treue Mitarbeit aus.

Graf v. Hertling.

397.

3. 3. 1918: Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin)
an Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21 a. Telegramm. Nr. 58. Abgeg. Berlin, 3. 3. 1918, 10.45.

Euer Exzellenz spreche ich anläßlich des glücklich vollzogenen Friedensschlusses mit Rußland meine aufrichtigsten Glückwünsche aus und bitte Sie gleichzeitig meinen Dank entgegenzunehmen für das erfolgreiche Zustandebringen dieses großen Friedenswerkes, das Deutschland und seinen Verbündeten eine glückliche Zukunft sichern und zum Segen gereichen möge.

Graf v. Hertling.

398.

3. 3. 1918: Reichskanzler Graf v. Hertling (Berlin) an Minister des Äußern
Graf Czernin

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 21 a. Telegramm. Abgeg. Berlin, 3. 3. 1918, 10.45.

Euer Exzellenz bitte ich meine aufrichtigsten Glückwünsche entgegennehmen zu wollen anläßlich des glücklich vollzogenen Friedensschlusses mit Rußland.

Möge dieses in gemeinsamer Arbeit geschaffene große Friedenswerk für Österreich-Ungarn, Deutschland und ihren treuen Verbündeten zum Segen gereichen und unsere treuen verbündeten Länder einer gesicherten Zukunft und einer Zeit friedlichen Aufschwunges entgegenführen.

Graf v. Hertling.

399.

3. 3. 1918: Glückwunschtelegramm Kaiser Wilhelms II. an Reichskanzler
Graf v. Hertling zum Friedensschluß mit Rußland

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Meldung des Wolffschen Telegraphischen Büros. Überschrift: „Wolffs Telegraphisches Büro. Nr. 646 vom 4. 3. 1918. Nacht A. Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. März.“

Seine Majestät der Kaiser und König haben aus Anlaß des Friedensschlusses mit Rußland an den Reichskanzler *Grafen v. Hertling* folgendes Telegramm gesandt: Großes Hauptquartier, 3. März 1918.

Das deutsche Schwert hat, geführt von großen Heerführern, den Frieden mit Rußland gebracht. Mit tiefer Dankbarkeit gegen Gott, der mit uns gewesen ist, erfüllt Mich stolze Freude über die Taten Meiner Armee, über die zähe Ausdauer Meines Volkes. Daß deutsches Blut und deutsche Kultur hat gerettet werden können, ist Mir eine besondere Befriedigung. Empfangen auch Sie für Ihre treue starke Mitwirkung am großen Werke Meinen warmen Dank.

Wilhelm I. R.

400.

**3. 3. 1918: Funkspruch des allrussischen Vollzugs-Ausschusses
an die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 577. Brest-Litowsk, 4. 3. 1918, angek. 4. 3. 1918, 5.10 nachm.

Folgender Funkspruch wurde gestern hier aufgefangen:

„3. 3. 1.25 nachmittags.

An die Räte der Abgeordneten der Arbeiter, Soldaten, Bauern und Kosaken:

Der zentrale Vollzugs-Ausschuß hat mit 116 Stimmen gegen 35 bei 26 Stimmenthaltungen beschlossen, die unerhört schweren Friedensbedingungen anzunehmen, die uns die Deutsche Regierung in Form eines Ultimatum vorgelegt hat und die uns zwingt, noch schwerere Friedens-Bedingungen anzunehmen.¹⁾ Innerhalb zweier Wochen muß der Friedens-Vertrag von beiden Seiten bestätigt sein. Die Abstimmung im Vollzugs-Ausschuß, die Meinungsäußerungen der örtlichen Räte, die telegraphische Anfrage des zentralen Vollzugsausschusses haben gezeigt, daß inmitten der Räte ernstliche Meinungsverschiedenheiten über diese Grundfrage unserer ganzen Revolution herrschen; ein Teil der Genossen besteht auf der Notwendigkeit, den Frieden sofort zu unterschreiben, um den Preis schwerer Zugeständnisse Ruhe zu erhalten, die sowohl das russische wie das internationale Proletariat benutzen wird, um seine Kräfte zu stärken und den entscheidenden Kampf gegen den Imperialismus unter für die Arbeiterklasse günstigeren Bedingungen aufzunehmen. Der andere Teil der Genossen schlägt vor, den Frieden nicht zu unterschreiben und sofort zum Aufstand gegen den deutschen Imperialismus aufzufordern, indem man in den Friedensbedingungen den Zusammenbruch der russischen und der internationalen Revolution erblickt. Unter solchen Bedingungen hält es der zentrale Vollzugs-Ausschuß für erforderlich, einen außerordentlichen Kongreß der Räte der Arbeiter, Soldaten, Bauern und Kosaken zur Entscheidung der angegebenen Frage einzuberufen. Der Kongreß ist für den 12. März nach der Stadt Moskau bestimmt worden. Wegen aller Rückfragen hat man sich an den Moskauer Rat der Abgeordneten, Organisationsbureau des Zentralen Ausschusses zur Einberufung des Kongresses zu wenden. Norm der Vertretung wie beim 2. und 3. Kongreß der Räte der Arbeiter- und Soldaten-Abgeordneten und wie beim außerordentlichen und beim 2. Kongreß der Bauern-Abgeordneten.

Der allrussische Vollzugs-Ausschuß
Petersburg, 2. 3. 1918.“

Rosenberg.

¹⁾ Über die Rolle *Lenins* beim Zustandekommen dieses Beschlusses vgl. neuerdings Geschichte der K.P. S. 343—346.

401.

4. 3. 1918: Meldung von Wolff's Telegraphischem Büro über Einstellung der militärischen Operationen

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Überschrift: „Wolff's Telegraphisches Büro. Nr. 646. Vom 4. 3. 1918. Nacht A. Berlin, amtlich. 3. 3. 1918 abends.“

Infolge der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rußland sind die militärischen Bewegungen in Groß-Rußland eingestellt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

402.

4. 3. 1918: Funkspruch Lenins und Trockijs über die Unterzeichnung des Friedensvertrages

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 578. Brest-Litowsk, 4. 3. 1918, angek. 4. 3. 1918, 3.10 nachm. Bezugsvermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 577.“¹⁾ Vermerk am Schluß des Textes: „Gleichlautend nach Bukarest“ [Staatssekretär v. Kühlmann].

Die Petersburger Regierung funkt unter dem 4. März 8 Uhr 12 früh wie folgt: (Heute um 7 Uhr morgens) ist die amtliche Meldung eingegangen, daß unsere Delegation gestern, den 3. März, um 5 Uhr nachmittags den Friedensvertrag mit Deutschland und seinen Verbündeten unterzeichnet hat. Die Abordnung befindet sich zur Zeit auf dem Wege nach Petersburg. Der Wortlaut des Friedensvertrages wird unmittelbar nach Rückkehr der Delegation veröffentlicht. Die Ratifikation und endgültige Bestätigung des Friedensvertrages ist für den 17. März festgesetzt und hängt ab von der Annahme durch den allrussischen Kongreß der Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und Kosaken-Räte, welcher gemäß Entscheidung des Zentral-Vollzugausschusses am 12. März in Moskau zusammentreten wird.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare: *V. I. Uljanov (Lenin)*.

L. Trockij.

Schüler.

¹⁾ Vgl. Nr. 400.

403.

4. 3. 1918: Funkspruch des russischen Oberkommandierenden Krylenko

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Legationsrat Schüler an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 588. Brest-Litowsk, 4. 3. 1918, angek. 4. 3. 1918, 9.30 nachm. Bezugsvermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 578.“¹⁾

Folgender Funkspruch über Einstellung der russischen Feindseligkeiten wurde aufgefangen:

¹⁾ Vgl. Nr. 402.

„4/3 18. 1. 01 nachm.

3. An den Feldstab in Orel.

4. An den Feldstab in Mohilev.

5. An die Abteilungsführer an der Linie Narva, Belaja, Strugi, Dno, Pskov, Vitebsk, Orša, Mogilev, Charkov, Odessa.

Befehl!

Heute um 7 Uhr früh habe ich die offizielle Nachricht erhalten, daß unsere Abordnung gestern, am 3. März, um 5 Uhr nachm. den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet hat.²⁾ Im Zusammenhang damit befehle ich, umgehend nach Empfang dieses Befehls die Kampfhandlungen einzustellen und in den jetzt besetzten Stellungen zu bleiben.

Der Höchstkommmandierende. *Krylenko.*“

Schüler.

²⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang das Urteil *Radeks* vom 3. September 1918: „... nur nachdem der deutsche Imperialismus der Räterepublik den Revolver auf die Brust gesetzt hatte, nur dann unterschrieben wir den Frieden, den unsere Vertreter angesichts der ganzen Welt einen räuberischen Frieden genannt haben ... Als wir den Brester Frieden geschlossen haben, war es uns klar, daß er uns keine Garantie biete, daß man uns später nicht erwürgen werde, wir wußten, daß es nur von der objektiven Entwicklung der Ereignisse abhängt, ob das Räterußland erwürgt sein werde oder nicht, ob es im Kampfe von den Kugeln des deutschen Imperialismus oder von den Bajonetten unserer früheren Verbündeten fallen werde...“; vgl. Radek, Die internationale Lage, S. 2 f.

4. 3. 1918: Artikel des Vorwärts über den Frieden mit Sovetrußland

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. — Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

Der Frieden mit Rußland ist Tatsache, die Tinte sitzt auf dem Papier. Wie inbrünstig haben wir uns seit Jahren nach dem Augenblick gesehnt, in dem wir unseren Lesern das Zustandekommen des Friedens oder selbst nur eines Stückes Friedens statt der ewigen Ausbreitung des Weltenbrandes würden berichten können. Unsere Sehnsucht hatte diesen Tag verklärt, mit tausend Reizen und Jubeltönen ausgeschmückt, aber es zeigt sich wieder einmal, daß ersehnte Dinge, sobald sie eintreffen, sehr viel prosaischer und nüchterner aussehen, als man sie sich vorgestellt hat.

Gewiß, es ist ein befreiendes Gefühl, daß das große Morden rings um uns nun wenigstens auf einer Seite sein Ende gefunden hat. Die Feindseligkeiten im Osten sind eingestellt. Daß der russische Frieden den rumänischen automatisch nach sich ziehen wird, kann nach den letzten Meldungen kaum bezweifelt wer-

den. Rumänien hat Erneuerung des von uns gekündigten Waffenstillstandes zum Zweck des Friedensschlusses erbeten, und damit hat der Osten von nun ab Ruhe.

Aber die Tatsache des Friedens erspart nicht eine Betrachtung seines Inhaltes. Dieser Frieden gleicht nicht dem, den wir ersehnt haben. Starke Zweifel tauchen auf, ob er ein Frieden der Völkerversöhnung¹⁾ und damit ein Frieden der Dauer sein wird.

Mit dem bisherigen Begriff „Rußland“ räumt dieser Frieden auf. Rußland wird fortan nach Westen etwa die Grenzen des alten moskowitzischen Reiches haben. Rings um diesen Reststaat entsteht ein Kranz neuer Staatenbildungen, geschnitten aus einem Gebiet, das der doppelten Fläche des Deutschen Reiches entspricht; — über 50 Millionen Menschen werden von Rußland abgetrennt. Eine der gewaltigsten Umwälzungen, die jemals die Weltgeschichte gesehen hat.

Möglich gewesen ist diese Zerteilung eines der bisher gewaltigsten Reiche, weil seine Machthaber es vorher in völlige militärische Ohnmacht versetzt hatten. Dieses Riesenreich ist unter der Herrschaft der Bolschewiki in einen geradezu grotesken Zustand absoluter Wehrlosigkeit herabgesunken.

Die Bolschewiki werden es jetzt wahrscheinlich nicht an Anklagen gegen die deutsche Arbeiterschaft fehlen lassen, daß sie ihnen im entscheidenden Augenblick nicht genügend tatkräftig beigeprungen sei. Aber wir müssen erwidern, daß die Bolschewiki es dem deutschen Imperialismus denn doch gar zu leicht gemacht haben. Wer sein Geld, anstatt es im Geldschrank zu verschließen, auf die Straße streut, der darf, wenn es ihm abhanden kommt, nicht der Polizei den Vorwurf mangelhafter Wachsamkeit machen. Und wer sein Land, anstatt es mit glühender Seele zu verteidigen, gelassen dem fremden Einmarsch öffnet, der kann sich nicht wundern, daß die leichte Beute die Position der Beute gierigen unendlich stärkt.

Es gibt eben eine gewisse Logik der Tatsachen, gegen die selbst die stärksten Ideen machtlos sind. Wer will die Hebung des allgemeinen Gefühls für Ehrlichkeit damit beginnen, daß er die Geldschränke abschafft und alles Geld offen liegen läßt? So töricht aber haben die Bolschewiki gehandelt. Sie haben die Propaganda des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen damit begonnen, daß sie die Landesverteidigung abgeschafft haben.²⁾

Aber es ist nutzlos, dem Vergangenen nachzutruern. Wir hätten es gewiß für klüger und weitsichtiger gehalten, wenn die Deutsche Regierung die — gewiß nur vorübergehende — Ohnmacht des russischen Volkes nicht bis zum letzten ausgenutzt und diesem nicht einen Frieden angezwungen hätte, mit dem in

¹⁾ Von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „gibts nicht! Quatsch!“

²⁾ Von „daß“ bis „haben“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „das wollen unsere Sozen auch!“

historischer Parallele eigentlich nur der Frieden steht, den das zerschmetterte Rußland 1807 zu Tilsit³⁾ schließen mußte.

Alles Schelten und Tadeln befreit uns nicht von der Zukunftssorge: Was kann jetzt noch geschehen, damit dieser Frieden nicht nur ein weltgeschichtliches Interimistikum wird, sondern ein dauernder, beständiger Frieden bleibt?

Wir legten dar, daß dieser Friede eine der bedeutendsten weltgeschichtlichen Umwälzungen bedeutet. Ob die Aufteilung Rußlands nach ethnographischen Gesichtspunkten im Zuge der allgemeinen Entwicklung liegt, ob nicht stärkere Faktoren immer wieder auf den Zusammenschluß dieser Gebiete — trotz aller Unterschiede der Rasse und der Religion ihrer Bewohner — zu einem einheitlichen Reich hindrängen werden, das vermag mit absoluter Sicherheit heute niemand zu entscheiden. Vielleicht bedeutet der Zerfall Rußlands die Vorbedingung zu seiner Wiedervereinigung auf höherer Stufe.

Jedenfalls würde und könnte ein Frieden, der den Notwendigkeiten der Entwicklung im Wege steht, niemals von Dauer bleiben. Mit noch so starren Tatsachen läßt sich die Weltgeschichte nicht verriegeln. Und aus dieser Erkenntnis wächst die Forderung, den Frieden so auszubauen, daß alle Entwicklungsmöglichkeiten sich ohne brutale Gewalt in dem künftigen Zustand durchsetzen können.

Das ist heute noch möglich. Die von Rußland abgetrennten Gebiete werden weder von Deutschland noch Österreich-Ungarn annektiert, die sollen eigene Staaten bilden. Hier liegt in dem „Wie“ alle Zukunftshoffnung und Zukunftsgefahr umschlossen.

Errichtet man unabhängige Vasallenstaaten ohne eigenes Leben, hält man die abgetrennten Völker im Zustand der Unterworfenheit, dann ist die Entwicklung unterbunden, dann scheint die Gefahr späterer Revanchekriege unvermeidlich. Aber gibt man den von Rußland Losgelösten wirkliche Freiheit, wirkliches Selbstbestimmungsrecht, so daß diese Völker in jeder Situation frei nach ihren Interessen entscheiden können, dann hat auch die Entwicklung genügend Spielraum, ihren Weg ohne blutigen Konflikt zu nehmen. Auch den Frieden sichern „nicht Roß, nicht Reise“.

Hier ist die Richtung vorgezeichnet, in der die deutsche Sozialdemokratie zu arbeiten hat: sie muß den Kampf aufnehmen dagegen, daß Deutschland die neuen Nachbarstaaten bevormundet oder in irgendeiner Form als Unterworfenen behandelt. Sie muß aus diesem Frieden, der wohl die Abtrennung großer Völker von Rußland, aber noch nicht ihr künftiges Geschick entscheidet, herausholen, was sich nur irgendwie an Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht herausholen läßt. Sie muß mit aller Macht für diejenige Staatsform der

³⁾ 7. 7. 1807 Friede von Tilsit zwischen Frankreich und Rußland; Bestimmungen des Friedens vgl. u. a. Fournier, II, S. 193 f. — Offenbar ist hier der Frieden zu Tilsit zwischen Frankreich und Preußen vom 9. 7. 1807 gemeint. — Lenin erklärte am 5. 3. 1918: „... Wir haben einen Tilsiter Frieden geschlossen. Wir gehen auch unserem Sieg, unserer Befreiung entgegen, genauso wie die Deutschen nach dem Frieden von Tilsit 1807—1810 ihre Befreiung von Napoleon in den Jahren 1813/14 erlangt haben ...“ Vgl. Lenin, Sämtliche Werke XXII S. 339 f.

polnischen, ukrainischen, lettischen, litauischen usw. Lande kämpfen, die der natürlichen Entwicklung keine Dämme entgegensetzt, sondern ihr freie Bahn schafft. Für das wirkliche Selbstbestimmungsrecht jener Völker eintretend, kämpft die deutsche Arbeiterschaft um die Sicherung und Aufrechterhaltung des am 3. März 1918 geschlossenen Friedens.⁴⁾

⁴⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Der tiefe Sinn hiervon ist, daß die sozialistischen Landesverräter sich darüber ärgern, daß der Friede wie gewöhnlich vom Sieger dem Besiegten diktiert wird! Daß alles Übelwollen der Internationale, Volksverbrüderung, Weltdemokratie pp. durch die Sonne des deutschen Heeres zerstreut sind **Gott** gab uns den Sieg, den wir mit unserem blanken Schwert erzwungen haben! Der Deutsche Kaiser zerschmetterte die bolschewistischen Revolutionierungspläne gegen Europas Fürstenthronen — auch die seiner Feinde — und verhinderte einen von Stockholm aus der Hand *Scheidemanns* uns gebrachten ‚Demokratischen‘ Frieden! Es ist ein verdammt ‚Kaiserlicher Frieden‘, hinc illae lacrimae!“

405.

5. 3. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung „Der Friede mit Rußland“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23. — Randbemerkungen, Unterstreichungen im Text, Striche am Rande von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* mit Bleistift.

Immer zahlreicher flattern im ersten Frühlingswinde die Fahnen, die die Kunde vom Frieden im Osten hinaustragen. Nach dem langen Winter, nach den schweren Kriegsjahren wagt sich die Freude über dieses Ereignis nur zögernd hervor. Und doch stehen wir heute vor einer weltgeschichtlichen Tatsache, vor einem Erfolge, den sich das deutsche Volk durch keine Unkenrufe schmälern lassen darf, dem es sich mit ungemischten Gefühlen hingeben soll. Was der Friede von Brest-Litowsk für uns militärisch, politisch, wirtschaftlich und moralisch an Kräftezuwachs und was er für unsere Siegeszuversicht bedeutet, das wird die nächste Zeit wohl auch denen beweisen, die heute noch kleingläubig sind.

Militärisch bedeutet der Friedensvertrag mit Rußland für uns das Ende des Zweifrontenkrieges. Der glorreiche Feldzug im Osten, den wir unter den erschwerendsten Umständen geführt haben, nämlich nur mit der halben Kraft und gegen den volkreichsten und menschenstärksten Militärstaat der Welt, ist in einer Kette von Erfolgen, deren letzte Glieder bis in die letzten Tage hinein geleuchtet haben, zu Ende geführt und jetzt gekrönt worden durch einen Friedensschluß, der ebenfalls nur unter den schwierigsten Verhältnissen zustande kommen konnte. Die politische Bedeutung des Ereignisses aber liegt darin, daß der Ring von Feinden, den eine jahrzehntelang betriebene Politik um uns gelegt hatte, und der dann vor vier Jahren seine ganzen Kräfte auf uns losließ, gesprengt ist, daß wir nicht mehr mit den sämtlichen Mitgliedern der Entente im Krieg liegen, sondern ein Land dazu bestimmen konnten, fortan in Friede und Freundschaft mit uns zu leben. Auch der wirtschaftliche Kriegsplan ist unseren Feinden durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk zerstört. Hatten sie den Gedanken an eine wirksame Blockade unter dem Druck der wirtschaftlichen Gegenoffensive durch unsere U-Boote noch nicht aufgegeben, so müssen

sie jetzt die Hoffnungen endgültig begraben. Und sollten sie wirklich den Versuch machen, die Blockade zu erweitern und auch das russische Reich hinein-zuziehen, so wird die Autarkie, das Vermögen, alles Nötige aus dem eigenen Boden und der eigenen Kraft zu gewinnen, das schon die Mittelmächte über alle Schwierigkeiten hinweggebracht hat, jetzt vollends jeden Aushungerungsplan vereiteln. Moralisch aber bedeutet der Friedensvertrag mit Rußland eine gewaltige Stärkung unseres Vertrauens in unsere Sache und auf unseren Erfolg. Vor uns liegt damit der erste offenkundige und aktenmäßige Beweis, daß wir nicht zu besiegen sind und daß wir uns durchsetzen werden. Den Feinden aber bestätigt er den Fehlschlag ihrer Hoffnungen; was wir moralisch gewinnen, büßen sie ein.

Den Frieden des Schwertes und des Siegers hätten wir schon vor Wochen und vor Monaten mit Rußland haben können. Wir wußten, daß unter den Einwirkungen der inneren Zersetzung die militärische Widerstandskraft des östlichen Nachbarreichs gebrochen war und daß es nur des Stoßes bedurfte, um das Gleitende zu Fall zu bringen. Unsere Heere hätten jederzeit den Druck ausüben können, den sie in den letzten Tagen angewandt haben und der Rußland zu jedem Frieden geneigt gemacht hätte, der uns beliebte. Aber die Bedeutung des Friedensvertrages mit Rußland, wie er tatsächlich zustande gekommen ist, liegt darin, daß die deutsche Regierung trotz aller Überlegenheit nur auf einen Frieden hinarbeitete und ein Kriegsende erstrebte, wie es von der Mehrheit des deutschen Volkes gewünscht worden war und gewünscht wird, einen Frieden, wie ihn sich die Russen selbst in ihrem historischen Funkspruch erbeten hatten, einen Frieden der Verständigung und Versöhnung.¹⁾ Wenn die letzten Szenen des russischen Dramas dieses Ziel in den Augen der Beurteiler etwas verdunkelt haben, wenn sich auf russischer Seite Stimmen erheben, die von einem Frieden der Gewalt reden, von einem Kriegsende unter dem Druck der deutschen Waffen — Stimmen, die durch das Echo der betrübten Lohgerber im Westen und der allzeit bereiten Anwälte im eigenen Land verstärkt werden —, so wird eine objektive Darstellung des Verlaufes der Friedensverhandlungen solche Ausstreuungen leicht widerlegen.

Sie finden ja nur äußerlich eine Stütze darin, daß den Russen in letzter Stunde ein kurz befristetes Ultimatum gestellt worden ist, zu dessen Annahme sie sich entschließen mußten. Aber dieses Ultimatum war nur der Schlußpunkt hinter einer langen Reihe; es war der Niederschlag der sechswöchigen Verhandlungen von Brest-Litowsk, in denen in eingehendster, beinahe zu eingehender Aussprache die politischen und territorialen Fragen ausgiebig erörtert und alle die handels- und rechtspolitischen Einzelheiten festgelegt worden sind, die jetzt den Inhalt des Friedensvertrages ausmachen. Der Frieden ist den Russen nicht etwa einseitig diktiert und von ihnen nicht binnen drei Tagen angenommen worden; seine Einzelheiten sind vielmehr so gründlich hin und her gewälzt worden, daß gerade der Leiter der großrussischen Vertretung schließlich einen Vorschlag des deutschen Unterhändlers, die Einzelheiten nochmals in Kommissionen durchzusprechen, mit Rücksicht auf die ausführliche vorangegangene

¹⁾ In gleicher Höhe rechts und links am Rande senkrechte Striche von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* und Bemerkung von derselben Hand: „Frieden ist Frieden! basta! Für mich persönlich ist das elender Quatsch.“

Behandlung ablehnen zu müssen glaubte. Auch ohne den letzten Akt, ohne Ultimatum und ohne den raschen Siegeszug hätten die Russen einen solchen Frieden haben können, wie sie ihn jetzt unterzeichnet haben. Nur die Tatsache, daß die erste russische Abordnung die Verhandlungen nur mit halbem Herzen führte und den Abschluß verschleppte, weil sie von der großen Weltrevolution die Rettung aus allen Verlegenheiten erwartete, veranlaßte Deutschland, das sich in dem gewaltigen Kriege, den es nach der anderen Seite noch weiter führen muß, den Luxus eines dilatorischen Verfahrens nicht gestatten durfte, auf einen schleunigen Abschluß der hinlänglich geklärten Verhandlungen drängen.

In einzelnen Bestimmungen unterscheidet sich der unterzeichnete Vertrag von dem vorgesehenen Entwurf. So bringt der letzte Abschnitt des Artikels IV Einzelheiten über die Räumung südkaukasischer Bezirke, die vorher nicht zur Diskussion stand. Auch der dritte und der letzte Abschnitt des Artikels VI, die von Finnland und den Ålandinseln handeln und deren Räumung verlangen, ist nachträglich eingefügt. Dasselbe gilt vom Inhalt des Artikels VII, worin die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Persiens und Afghanistans festgestellt wird. Alle diese Einzelheiten fügen sich aber voll und ganz in das allgemeine Programm des Friedensschlusses ein. So bieten die 14 Artikel des Friedensvertrages nichts, was nicht mit dem ausgesprochenen, als Richtschnur der gegenwärtigen russischen Regierung aufgestellten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu vereinbaren wäre.

Der Satz des privaten Rechts, daß dem Wollenden kein Unrecht geschieht, bildet auch nach dieser Richtung eine Rechtfertigung des Vertragsinhalts. Ein Krieg, der eine so entschiedene Überlegenheit der einen Seite bewiesen hat, ist wohl noch nie mit einem Frieden abgeschlossen worden, bei dem von einer Vergewaltigung des Unterlegenen so wenig die Rede sein kann wie in diesem Falle. Der Vertrag wird beherrscht von der Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht. Er erhärtet die Erklärungen des Grafen Hertling, daß Deutschland nicht daran denkt, sich in Estland und Livland festzusetzen²⁾; dort wird es nur vorübergehend eine Polizeiaufsicht ausüben. Aber auch westlich von der Linie, von der im Artikel III die Rede ist und die noch nicht näher zu bestimmen ist, wird das künftige Schicksal der Völker nur im Benehmen mit der Bevölkerung dieser Gebiete bestimmt werden.

Diese Zugeständnisse des Siegers³⁾ geben dem Vertrage seine Kraft gegenüber jeder russischen Regierung, auch wenn die bolschewistische eines Tages einer anderen Platz machen müßte. Die Hoffnung, daß wir „fortan in Friede und Freundschaft mit Rußland leben“ werden, basiert weniger darauf, daß Rußland in absehbarer Zeit nicht die Kraft zu militärischen Aktionen aufbringen wird, als vielmehr auf dem Vertrauen, daß ein Rußland, das erst einmal die Segnungen des Friedens wieder kennengelernt hat und aus dem Frieden die Kraft zum Neuaufbau zieht, sich von diesem Wege nicht mehr abbringen läßt.

K. R.

²⁾ Dazu in gleicher Höhe am Rande zwei senkrechte Striche, Ausrufungszeichen und Bemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Na warten wir es ab!“

³⁾ „Zugeständnisse des Siegers“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „Nanu?!“

406.

**5. 3. 1918: Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel)
an das Auswärtige Amt**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 22. Telegramm. Nr. 306. Abgeg. Konstantinopel, 5. 3. 1918, 6.00 nachm., angek. 6. 3. 1918, 12.15 vorm.

Seine Majestät der Sultan tat heute den für hiesige Verhältnisse sehr ungewöhnlichen Schritt, mich durch einen Adjutanten ersuchen zu lassen, Höchstdenselben zu besuchen. Bei Audienz waren zugegen *Enver Pascha* und *Halil Bey*, welche abwechselnd dolmetschten. Seine Majestät sagte, er habe zwar unserem Allergütigsten Herrn ein Glückwunsch-Telegramm geschickt, er hätte aber auch mir Glückwünsche zum Frieden mit Rußland aussprechen wollen sowie Höchstdenselben seine Dankbarkeit für unsere Mitwirkung bei Wiedergewinnung von Kars und Batum.¹⁾

In der weiteren Unterredung sagte Seine Majestät, er freue sich, daß sich jetzt zwischen der Türkei und Rußland ein Pufferstaat befinde und daß dadurch die türkische Grenze gesichert sein werde. Der Sultan vertraue auf das ihm bei dem hiesigen Allerhöchsten Besuch von Seiner Majestät dem Kaiser und König gegebene Versprechen, daß die Türkei auch eine gesicherte europäische Grenze erhalten werde.

Bei meinen Antworten wies ich darauf hin, daß die verschiedenen Interessen unserer Bundesgenossen ausgeglichen werden müßten, was bei allseitig gutem Willen gewiß zu erreichen sei. Besonderen Eindruck machte es auf den Sultan, so daß der hohe Herr ganz lebhaft wurde, als ich Seiner Majestät sagte, es käme darauf an, alle Grenzen auf der Balkanhalbinsel so zu gestalten, daß fernere Balkankriege ausgeschlossen seien.

Diese ungewöhnliche Audienz zeigt, wie tief der Eindruck ist, der hier durch die endgültige Besiegung des russischen Erbfeindes hervorgerufen wurde. Überall herrscht freudige Stimmung.

Bernstorff.

¹⁾ Vgl. hierzu Mühlmann S. 194 ff., Die Kaukasusfrage.

407.

**6. 3. 1918: Regierungsrat Schwarzkopf (Großes Hauptquartier)
an Unterstaatssekretär Frhr. v. Radowitz**

Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5. Telegramm. Beförderungsvermerk: „Sofort“.¹⁾

In Bestätigung telephonischer Mitteilung von heute früh: General *Ludendorff* hat *Grafen Stirum*²⁾ gebeten, Euer Hochwohlgeboren gegenüber besonders zum

¹⁾ Abdruck des Dokuments mit verkürztem Text in Von Brest-Litowsk bis Rapallo, S. 515.

²⁾ *Jules Menno Graf Limburg-Stirum*, Landrat a. D., Vertreter des Auswärtigen Amtes und des Reichskanzlers im Großen Hauptquartier.

Ausdruck zu bringen, daß er im Gegensatz zu seiner Auffassung über unser Verhalten in bezug auf Litauen, Kurland, Estland, Livland, wo wir in gewissem Sinne die Herren bleiben müßten, in bezug auf Finnland und Ukraine den Gedanken weit von sich wies, als wollten wir dort dauernd bleiben. Dort müßten wir mit der größten Vorsicht handeln, um Vertrauen zu erwerben und gar kein Mißtrauen aufkommen zu lassen über unsere Absichten. In diesem Sinne seien seine Instruktionen erteilt. Er stehe ganz auf dem Standpunkt des Telegrammes des Herrn Reichskanzlers an den Vorsitzenden der Rada.

408.

7. 3. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin)
an Gesandten v. Rosenberg

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23. Telegramm (Hughes). Nr. 97 a. Am Schluß des Textes Aktenvermerk: „J. Nr. 4710. z. Fernschr. 7. 3. 1 Uhr 5 Min. pm“.

Bekanntlich protestieren Russen sehr gegen Vergewaltigung beim Friedensschluß in Brest und behaupten, sie hätten Verträge unterschrieben, ohne Inhalt genau zu kennen und ohne sie prüfen zu können.¹⁾ Nach *Simons*²⁾ ist das absolut nicht der Fall, jedenfalls sei rechtspolitische Abmachung in Einzelbesprechungen genau durchberaten, und Russen seien sich wohl bewußt, was sie unterzeichneten. Da *Simons'* Ausführungen auf Sozialdemokraten großen Eindruck machten, die vom Vertrag, den sie als Gewaltakt ansehen, wenig erbaut sind, würde es wichtig sein, von Ihnen und *Koerner* möglichst eingehende Schilderungen für Reichstag zu erhalten, aus denen hervorgeht, daß Russen en pleine connaissance de cause zeichneten.

Bussche.

¹⁾ So noch *Trockij* in seinen Erinnerungen (Mein Leben, S. 375): „Am 3. März unterschrieb unsere Delegation den Friedensvertrag ungelesen.“

²⁾ *Dr. iur. h. c. Walter Simons* (1861—1937), Wirkl. Geh. Legationsrat (mit dem Rang der Räte I. Kl.) in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes.

409.

7. 3. 1918: Gesandter v. Rosenberg (Bukarest) an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23. Telegramm. Nr. 74. Abgeg. Bukarest, 7. 3. 1918, 6.09 nachm., angek. 7. 3. 1918, 10.15 nachm. Bezugsvermerk: „Auf Nr. 105“.¹⁾

Wie haltlos die russische Behauptung ist, ergibt sich schon daraus, daß der politische Vertrag sich ja im wesentlichen mit unserem Ultimatum deckt. Wer das Ultimatum studiert und angenommen hatte, kannte daher auch den wesentlichen Inhalt unseres Friedensvertrages. Die kleinen Abweichungen und Ergänzungen, die der Friedensvertrag aufweist, sind unwesentlich. Überdies wieder-

¹⁾ Unterstaatssekretär *Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen* an Gesandten *v. Rosenberg*, 6. 3. 1918, abgedruckt als Nr. 408.

holen sie, wie zum Beispiel die Bestimmung über Persien und Afghanistan, Dinge, die den Russen aus den früheren Verhandlungen genau bekannt waren, teils sogar schon beim Waffenstillstand eine Rolle spielten. Aus dem Rahmen des Ultimatums heraus fällt nur der Artikel über Erdahan, Kars und Batum. Dies mag eine Überraschung für die Russen gewesen sein. Bedeutung und Motive des Zusatzes sind aber den Russen, wie das Stenogramm vom 1. März zeigt, so genau erklärt worden, daß sie auch dieserhalb Unkenntnis oder dergleichen nicht vorschützen können. Am Beginn der Vollsitzung vom 1. März wurde den Russen unser politischer Hauptentwurf

1. von mir deutsch vorgelesen,
2. vom Dolmetscher ins Russische übersetzt,
3. von mir Punkt für Punkt erklärt und mit dem Ultimatum verglichen, bei jeder Abweichung wurde Grund und Tragweite eingehend auseinandergesetzt,
4. in deutscher Sprache schriftlich überreicht,
5. eine russische Übersetzung beigelegt. Die ganze Operation dauerte mehrere Stunden, meines Wissens bis etwa 2 Uhr. Nach mehrstündiger Pause, die reichlich genügt hätte, um die wenigen Artikel des Hauptvertrages aufs sorgfältigste zu studieren, wurde die Sitzung nachmittags fortgesetzt. Gegen Abend erklärten die Russen, daß sie unsere Verträge in Bausch und Bogen annehmen müßten. Die Unterzeichnung erfolgte erst am 3. März nachmittags 5 Uhr. Wenn die Russen die Zwischenzeit nicht zum Durcharbeiten der Verträge, namentlich der wirtschaftlichen Anlage, benutzt haben, so ist das ihre eigene Schuld. Gelegentlich zwangsloser Aussprachen, die im Laufe des 2. März stattfanden, ergab sich denn auch, daß die Russen jedenfalls den politischen Vertrag ganz genau gelesen hatten, denn sie rügten, wie ich schon von Budapest telegraphierte, angebliche Unstimmigkeiten zwischen dem deutschen Text und der russischen Übersetzung. Übrigens haben die Russen (soviel ich weiß am 1. März abends) durch unsere Vermittlung einen Funkspruch nach Petersburg geschickt, wo sie über die Verschärfung unserer im Ultimatum gestellten Forderungen namentlich über Erdahan, Kars und Batum Beschwerde führten. Auch dieser Funkspruch beweist, daß sie über den Inhalt des Entwurfes nicht im unklaren waren. Was Herr *Simons* über die rechtspolitischen Abmachungen sagt, ist absolut richtig und dürfte auch von Exzellenz *Kriege*, dem ich Telegramm Nr. 105 vorlege, bestätigt werden. Wegen der wirtschaftlichen Anlage spreche noch mit Exzellenz v. *Koerner*. Dieserhalb folgt weiteres Telegramm.

Rosenberg.

410.

**7. 3. 1918: Legationsrat Frhr. v. Grünau (Großes Hauptquartier)
an das Auswärtige Amt**

Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5. Telegramm. Nr. 114. Abgeg. Großes Hauptquartier, 7. 3. 1918, 12.15 vorm., angek. 7. 3. 1918, 1.40 vorm. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler“.

Seine Majestät der Kaiser war am 6. d. Mts. in Kreuznach und sagte mir nach der Rückkehr, daß beim Feldmarschall und auch sonst in der Armee die Wen-

derung, die Euere Exzellenz in der letzten Rede bezüglich Livlands und Estlands gebraucht hätten, verstimmt habe.¹⁾ Es hätten sich in diesen Gebieten Bandenkämpfe entwickelt, und die Armee würde dort noch auf längere Zeit Arbeit haben. Die Armee, die jetzt solche Anstrengungen hinter sich habe, würde es nicht verstehen, wenn man sich gegenüber Livland und Estland desinteressiere, und er, der Kaiser, müsse als Oberster Kriegsherr mit der Stimmung der Armee rechnen. Auch die Livländer seien enttäuscht, wie sich aus einem Briefe des *Prinzen Adalbert* ergebe, von dem ich Abschrift vorlegen werde.

Ich erlaubte mir, darauf hinzuweisen, daß Euere Exzellenz mit dem gewählten Ausdruck den militärischen Notwendigkeiten nicht vorgreifen und nur hinsichtlich des endgültigen Schicksals dieser Gebiete eine Annexion ausschließen wollten, und daß sich Euere Exzellenz damit völlig im Rahmen der im Dezember festgestellten Kriegsziele bewegten, die bei Kurland eine engere Verbindung mit dem Reich, bei den entfernteren Gebieten aber eine erheblich losere Anlehnung anstrebten.

Der Kaiser sagte schließlich, die Form sei ihm gleichgültig, aber man dürfte die Gebiete nicht ihrem Schicksal überlassen, ihm scheinete das Verhältnis der englischen Kronkolonien²⁾ ein brauchbares Muster zu sein.

Grünau.

¹⁾ Es handelt sich um die Rede des Reichskanzlers vor dem Reichstag vom 25. 2. 1918. Darin heißt es: „... Unser Kriegsziel ist von Anfang an die Verteidigung des Vaterlandes gewesen, die Aufrechterhaltung unserer territorialen Integrität ... Es gilt, Ruhe und Ordnung im Interesse der friedliebenden Bevölkerung zu schaffen, wir denken nicht daran, uns etwa in Estland oder Livland festzusetzen, sondern haben nur den Wunsch, mit den dort entstehenden staatlichen Gebilden nach dem Kriege in gutem, freundnachbarlichen Verhältnisse zu leben. Über Kurland und Litauen brauche ich heute nichts zu sagen; es gilt, den Bevölkerungen jener Länder Organe ihrer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu schaffen oder die schon im Aufbau begriffenen zu stärken ...“; vgl. Schultheß, 34. Jg. 1918, I, S. 88.

²⁾ D. h. abhängige Reichsteile, Kolonien ohne Selbstbestimmung; vgl. u. a. Wörterbuch des Völkerrechts III S. 493.

411.

7. 3. 1918: Artikel der Germania — „Der Friedensschluß und die Neutralen“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23. — Unterstreichungen im Text, Striche am Rande, Randbemerkungen, Schlußbemerkung von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Rotstift.

Wir können uns jetzt schon ein ungefähres Bild machen, wie sich unsere Feinde und die Neutralen mit den neuen in Brest besiegelten Tatsachen abzufinden gedenken. Allzu freundlich ist das Echo unseres Friedensschlusses in den neutralen Blättern nicht. In Skandinavien und Holland ist es sogar vorwiegend unfreundlich. In der Schweiz ist das Urteil geteilt, obwohl in letzter Zeit von dort die Mittelmächte um ukrainisches Brot angegangen worden waren, weil Herr *Wilson* mit seinen vertraglichen Lieferungsverpflichtungen gegenüber der Schweiz so stark im Rückstand geblieben ist, daß man dort mit einer schweren Krisis in der

Verpflegungsfrage zu rechnen beginnt. Auch für die Holländer hat Amerika den Brotkorb höher gehängt, wiewohl es zusammen mit England holländische Schiffe in den Transportdienst für die Entente in dem Augenblick gepreßt hat, wo die Mittelmächte daran gehen, den letzten entscheidenden Schlag gegen ihre Feinde zu führen. Und eben erst lesen wir, daß die norwegische Regierung durch ihren Londoner Gesandten bei der britischen Regierung wegen der Aufbringung der „Düsseldorf“ energischen Protest eingelegt hat, da die Aufbringung auf zweifellos norwegischem Seegebiet stattgefunden hat. Es ist dies nicht der erste flagrante Rechtsbruch Englands gegenüber Norwegen, und es wird aller Voraussetzung nach nicht der letzte sein. Nichtsdestoweniger führen die norwegischen Blätter über die deutschen Friedensbedingungen eine Sprache, die uns in der Meinung bestärkt, daß man in Norwegen vorwiegend deutschfeindliche Interessen vertritt. Das gleiche ist in Dänemark der Fall. In die dortige bürgerliche Presse ist durch den deutschen Protest wegen der durchaus unbegründeten Internierung der deutschen Prisenbesatzung vom Dampfer „Igotz Mendi“ — dem bei Skagen gestrandeten Begleitschiff des Hilfskreuzers „Wolf“ — obendrein ein verschärfter Ton hineingetragen worden. Dazu kommt die neue Ålandsfrage, für die sich die dänische Presse mit einem Eifer einsetzt, als hätte nicht Finnland, sondern Dänemark Ansprüche auf den Besitz der Inselgruppe vorzutragen. Wir sind es im Laufe des Krieges ja gewöhnt worden, von Dänemark und Norwegen zahlreiche Unfreundlichkeiten, oft ohne lauten Widerspruch äußern zu können, in schwieriger Lage hinzunehmen. Man wird uns aber nicht verdenken, daß wir jetzt, wo sich die Lage zu unseren Gunsten radikal geändert hat, nicht geneigt sein können, neue Proben wahrhaft deutscher michelhafter Geduld gegenüber Nationen an den Tag zu legen, die uns in dem dreieinhalbjährigen Kampf um unser Dasein so wenig Zeichen von Wohlwollen und so zahlreiche krasse Beweise unneutralen Verhaltens zu unserem Schaden gegeben haben. Könnte man es uns verdenken, wenn wir jetzt andere Seiten aufziehen werden? Doch wir sind weit davon entfernt, eine Änderung in unserer Haltung gegenüber den skandinavischen Reichen eintreten zu lassen oder sie gar etwa unseren Machtzuwachs fühlen zu lassen. Wir wollen von ihnen nichts weiter, als daß sie ihren Neutralitätspflichten ohne Rücksicht auf etwaige Interessenkonflikte nachkommen und den durch Brest-Litowsk gegebenen Stand der Dinge anerkennen. Wenn die Organe der öffentlichen Meinung in den nordischen Reichen sich trotzdem nicht enthalten können, ihren deutschunfreundlichen Empfindungen auch jetzt neuen Ausdruck zu geben, so kann uns das in der Verfolgung der deutschen Interessen nicht einen Augenblick irre machen, auf alle Fälle aber den Interessen der Nordländer in naher Zukunft nicht unerheblichen Schaden auf wirtschaftlichem Gebiet bringen.

Es scheint, als ob wir zu Schweden dadurch, daß wir ihm räumlich jetzt nähergerückt sind, in ein neues Verhältnis kommen, das sich hoffentlich in Zukunft etwas freundlicher gestalten wird, als es in dem Augenblick der Fall ist, wo die Ålandfrage dort die Gemüter ganz unnötigerweise erhitzt hat. Für denjenigen aber, der in der letzten Zeit die Hoffnungen und Entwürfe der Entente in der Richtung auf Skandinavien und Finnland nicht genau verfolgt hat, wird der Standpunkt, den heute die politische Welt in Stockholm, Kopenhagen und Christiania einnimmt, einigermaßen überraschend gekommen sein. In London

und Paris träumte man nämlich seit etlichen Wochen von einem nordischen Bund, der für die Entente die Brücke zu einem neuen Rußland und zuletzt zu den reichen Industriequellen der Ukraine bilden sollte. Die *Times* und *Temps* haben uns dieses Ziel schon in der Zeit enthüllt, wo es noch ungewiß war, auf welche Seite sich Finnland und die Ukraine legen würden. Die Rechnung lautete einfach: im Bunde mit den Nordreichen, Finnland, Polen und der Ukraine würde dem neuen Mitteleuropa ein starkes Gegengewicht durch die Entente entgegengesetzt werden. Londoner und Pariser Blätter rühmten sich, daß der Gedanke auch in Stockholm rasch Anklang gefunden hätte. Nun ist auch diese Rechnung durch die Friedensurkunden in Brest-Litowsk zerrissen worden, und man ist nicht bloß an der Themse und Seine um eine große Hoffnung ärmer geworden. Daher die Tränen, die man jetzt im geteilten Weh in Kopenhagen, Christiania und Stockholm vergießt. Schweden tat just vor einem Jahre, als ob es befreit aufatmete, nachdem ihm mit dem Ende des Zarismus der jahrzehntelange Alpdruck von der Brust genommen war. Das Natürliche wäre nach der Beseitigung der Bedrohung von russischer Seite her ein Anschluß an das stammverwandte Deutschland gewesen. Aber wir müssen uns endgültig mit der Tatsache abfinden, daß auch Schweden gleich allen übrigen neutralen Ländern sich schwer an den sogenannten Siegerstandpunkt¹⁾ gewöhnen kann. Gleich nach Ausbruch des Weltkrieges war es unseres Wissens die deutschfeindliche *Neue Zürcher Zeitung*, die dieses Wortgebilde in die erregte Debatte geworfen hatte. In der Schweiz wie in Holland hätte man es schon damals am liebsten gesehen, und man würde es auch heute noch am liebsten dort sehen, wenn keine der kriegführenden Parteien Sieger bliebe.²⁾ Dieser Standpunkt wurde bis vor einigen Monaten auch in Skandinavien geteilt, bis man ihn beim Auftauchen des französisch-englischen Planes wegen eines nordischen Bundes der oben gedachten Art aufgab. Mit Herzkrämpfen sah man dort daher der weiteren Entwicklung der Dinge im Osten entgegen. Jetzt, wo sich das Blättlein gewendet hat, gibt es betrübte Lohgerbermienen. Es wird einige Zeit vergehen müssen, bevor sich die öffentliche Meinung der Dänen, Norweger und Schweden ins Unabänderliche finden wird.³⁾ Bis dahin wollen wir in deutscher Gemütsruhe und im Bewußtsein unseres wohl erworbenen Rechts sowie unserer neuen Stellung⁴⁾ selbst böse gemeine Ausfälle allzu hitziger Verfechter der Entente-Ideale in den nordischen Reichen nicht allzu tragisch nehmen. Denn die Zeit heilt Wunden.⁵⁾ S.

1) Von „schwer“ bis „Siegerstandpunkt“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung von derselben Hand: „stimmt!“

2) Von „keine“ bis „bliebe“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe links am Rande senkrechter Strich und Bemerkung „unsere Bolschewiki auch nicht!“; rechts am Rande „richtig“ von derselben Hand.

3) Von „Unabänderliche“ bis „wird“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu senkrechter Strich am Rande bis zum Schluß des Abschnittes und Bemerkungen von derselben Hand: „richtig, auch für die Herren [?] Gesandten dortselbst!“

4) Die Worte „wohl erworbenen Rechts“ und „neuen Stellung“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen. Dazu am Rande senkrechter Strich und Bemerkung „Siegerstellung“ von derselben Hand.

5) Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „sehr gut! Wir sind die Sieger mit Gottes Hilfe und werden Gehör zu erzwingen wissen. Nach der Regel, die bei *Marx* die Deutschen in ihrer Dummheit stets außer acht lassen!“

412.

9. 3. 1918: Staatssekretär v. Kühlmann (Bukarest)
an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5. Telegramm. Nr. 32. Abgeg. Bukarest, 9. 3. 1918, 3.55 nachm., angek. 9. 3. 1918, 5.40 nachm. Bezugsvermerk: Antwort auf Telegramm Nr. 100¹⁾. Überschrift: „Für den Herrn Reichskanzler“.

Es war schon bei den Homburger Besprechungen²⁾ vorauszusehen, daß nach der Besetzung Estlands und Livlands von militärischer und baltischer Seite alles versucht werden würde, Deutschland für eine „Anschlußpolitik“ auch diesen Ländern gegenüber zu gewinnen. Euere Exzellenz wissen, daß ich ein Gegner dieser Bestrebungen bin. Eine vollkommene Abschnürung Rußlands von der Ostsee und dauernde Bedrohung seiner Hauptstadt aus nächster Nähe sind ein Zustand, der mit absoluter Sicherheit einen dauernden deutsch-russischen Gegensatz schaffen und zu einem künftigen Kriege führen muß.

Kühlmann.

¹⁾ Legationsrat *Frhr. v. Grünau*, Großes Hauptquartier, 7. 3. 1918 an das Auswärtige Amt. (Gleicher Text wie Nr. 410.) — Pol. Archiv. Der Weltkrieg 15 Geh. Bd. 5. Material zu den Friedensverhandlungen.

²⁾ Am 13. 2. 1918 im Großen Hauptquartier; über Verlauf und Ergebnis der Besprechungen vgl. u. a. Kühlmann S. 546 ff.; Wheeler-Bennett S. 230 ff.

413.

10. 3. 1918: Artikel der Münchner Allgemeinen Zeitung
„Die Unzufriedenen“

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24. — Randbemerkungen, Striche am Rande, Unterstreichungen im Text, Schlußbemerkungen von der Hand Kaiser Wilhelms II. mit Bleistift.

In der vorgesehenen Frist von drei Tagen nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen ist am Sonntag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr in Brest-Litowsk der Friede zwischen dem Vierbunde und Großrußland unterzeichnet worden. Spätestens bis zum 17. März muß er also ratifiziert sein. Die russischen Delegierten haben auf die Bildung von Kommissionen und auch sonst auf sachliche Verhandlungen verzichten zu sollen geglaubt; sie haben die Miene der vergewaltigten Unschuld aufgesetzt, die unterschreibt, was ihr ein unbarmherziger Sieger vorlegt, und in einem Funkspruch wird behauptet, Deutschland habe das durch freiwillige Demobilisierung wehrlos gewordene Rußland schnöde überfallen. Nun hat es ja wohl noch nie einen Frieden gegeben, in dem der Besiegte nicht über Vergewaltigung geklagt hätte, und die Sache möchte daher auf sich beruhen, wenn nicht der ganz besondere Fall vorläge, daß Deutschland und seine Verbündeten sich die redlichste Mühe gegeben hätten, einen Frieden zustande zu bringen, der von solchem Stachel frei wäre und in beiden Völkern den Eindruck hinterließe, daß die neue Ordnung der Dinge die Grundlage für ein freundnachbarliches Zusammen- oder Nebeneinanderleben geschaffen habe. Wenn das nicht gelungen ist, so trägt daran niemand die Schuld als der Herr

„Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten“¹⁾ Wären die Verhandlungen so weiter gegangen, wie sie vor Weihnachten eingesetzt hatten, so wäre alle Aussicht für eine freundliche Verständigung vorhanden gewesen. Aber dann kamen die von der ebenso nichtswürdigen wie törichten Spekulation auf das Übergreifen der Revolution nach Deutschland getragenen Verschleppungskniffe *Trockijs*, und als sie endlich nicht mehr verfangen, kam die letzte und stärkste von seinen Künsten, der Versuch, einen Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden andauern zu lassen, der den Bolschewiki jenseits unserer Frontlinien volle Freiheit gelassen hätte, alle Voraussetzungen für eine erträgliche Nachbarschaft zu zerstören und unseren Frieden mit der Ukraine in Trümmer zu schlagen, während er uns der Möglichkeit beraubte, unsere Machtmittel zu gebrauchen und die Randgebiete in ihrer Gesamtheit in befriedigende, Dauer verheißende staatliche Zustände überzuführen. Daß durch diese Rechnung ein ganz dicker Strich gemacht wurde, ist den Herren natürlich äußerst unangenehm, aber die Unzufriedenheit und Feindseligkeit, die nun sehr offen zutage tritt, ist immerhin ein viel besserer Gemütszustand, als wenn sich die Herren Bolschewiki jetzt ins Fäustchen lachen würden über die Unbeholfenheit, in der sich die Deutschen hätten auf den Sand setzen lassen.

Bedauerlicher ist natürlich, daß die deutsche sozialdemokratische Presse beider Richtungen starken Unmut über den Friedensvertrag mit Rußland äußern zu sollen glaubt²⁾ und sich bitter darüber beklagt, daß bei diesem Frieden „dem Sozialismus aller Richtungen der erstrebte Erfolg versagt geblieben“³⁾ sei. Man sollte denken, daß ein Friedenswerk, das uns von der erstickenden Last des Zweifronten-Krieges befreit und ein unsere Zukunft sicherndes Ende des Weltkrieges verbürgt, auch bei der Arbeiterschaft zunächst andere Empfindungen wecken müßte, und man sieht mit tiefem Schmerz bei dieser Gelegenheit zum ersten Male wieder den internationalen sozialistischen Gedanken den Vorrang gewinnen vor dem deutschen Vaterlandsgefühl.⁴⁾ Und wenn man es schließlich von jedem idealen Standpunkt aus beklagen kann und beklagen wird, daß die Bemühungen, den Frieden auf die Grundlage einer dauernden Versöhnung der Völker⁴⁾ zu stellen, wenigstens den derzeitigen Machthabern in Rußland gegenüber zunächst erfolglos geblieben sind, so müßte doch auch der eingeschworene Sozialist ohne weiteres zugeben, daß wir schlechterdings nicht anders verfahren konnten, als es tatsächlich geschehen ist. Außerdem bleibt es dabei, daß wir

1) In gleicher Höhe am Rande rechts und links senkrechte Striche und Bemerkung von derselben Hand: „nicht Stockholm, sondern der Deutsche Kaiser hat den Frieden gemacht, und nicht *Scheidemann, Erzberger, Haase*, hinc illae lacrimae!“ — „hinc“ in der Abschrift im Werk des Zweiten Unterausschusses irrtüml. mit „sine“ wiedergegeben.

2) Von „Herr“ bis „Angelegenheiten“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; in gleicher Höhe am Rande Bemerkung von derselben Hand: „welcher gekürzt ist“.

3) Von „dem“ bis „geblieben“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung in gleicher Höhe von derselben Hand: „ein wahrer Segen!“

3) Von „wieder“ bis „Vaterlandsgefühl“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „richtig“.

4) Von „Frieden“ bis „Völker“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „bei der Verhetzung überhaupt unmöglich“.

zwar den Bolschewiki den Frieden diktiert haben, als es nicht mehr anders ging, daß aber der Inhalt des Friedens sich durchaus im Rahmen der feierlich anerkannten und nie zurückgenommenen Grundsätze des Verzichtes auf gewaltsame Angliederungen und Entschädigungen hält. Es könnte vielleicht auffallen, daß Artikel 3 des Friedensvertrages vom 3. März von einer Bestimmung des künftigen Schicksals der Randgebiete westlich von der vereinbarten Grenzlinie durch Deutschland und Österreich-Ungarn „im Benehmen mit der Bevölkerung“ spricht, was gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht eine Abschwächung bedeuten könnte. Der Reichskanzler hat aber in seiner Reichstagsrede vom 25. Februar nochmals ausdrücklich ausgesprochen, daß es in Kurland und Litauen „Organe der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung“ zu schaffen gelte. Daraus geht mit Sicherheit hervor, daß der Boden des Selbstbestimmungsrechtes in Wahrheit nicht verlassen ist, daß kein Land gegen seinen Willen an das Deutsche Reich angegliedert werden wird und daß man es nur rätlich gefunden hat, für das Zusammenwirken zwischen den besetzenden Mächten und den Bevölkerungen der Randgebiete einen Ausdruck zu wählen, der für die Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse und Bedürfnisse einen möglichst weiten Spielraum läßt. Im übrigen liegt es auf der Hand, daß ein auf das Recht der Eroberung gegründeter Machtfriede ganz anders aussehen würde als der in Brest-Litowsk abgeschlossene. Genau betrachtet waren wir schon, als der 4. Januar verstrichen war, ohne daß die Westmächte sich veranlaßt gesehen hätten, der an sie gerichteten Einladung zur Teilnahme an Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden zu entsprechen, mit Bezug auf den Grundsatz „ohne Annexionen und Entschädigungen“ völlig frei geworden⁵⁾, und zwar nicht nur den Westmächten, sondern auch Rußland gegenüber, und eine Fülle gewichtiger Momente sprach dafür, daß wir nur gleichzeitig mit der Gesamtheit unserer Feinde einen derartigen grundsätzlichen Verzicht aussprechen könnten. Wir haben aber von dieser Freiheit Rußland gegenüber keinen Gebrauch gemacht, sondern sind sogar mit Bezug auf die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes in mühevollen geduldigen Verhandlungen den russischen Wünschen trotz ihrer augenscheinlichen Hinterhältigkeit bis zur äußersten Grenze entgegengekommen. Als dann Herr *Trockij* die Verhandlungen abbrach, waren wir vollends in jeder Beziehung frei, und niemand hätte es uns verargen können, wenn wir nun z. B. eine Kriegsschädigung von 100 Milliarden gefordert⁶⁾ hätten. Wir haben es aber nicht getan und dadurch aller Welt gezeigt, daß es auch jetzt nicht an uns liegt, wenn der neue Geist, auf den nach der Friedenskundgebung des Papstes vom 1. August 1917 die aus den Glutten und Trümmern des Weltkrieges emporsteigende Menschheit sich gründen sollte, ein leeres Wort bleibt.

Wenn auf der anderen Seite, in den Kreisen der Vaterlandspartei und der ihr verwandten politischen Gruppen eine gewisse Unzufriedenheit nach der Richtung

⁵⁾ Von „völlig“ bis „geworden“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „sind wir auch heute den Westmächten gegenüber, nachdem sie die Friedensangebote alle abgelehnt haben! ganz besonders“.

⁶⁾ Von „Kriegsschädigung“ bis „gefordert“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „muß bei weiteren Kämpfen nachkommen! die brauchen wir!“

laut wird, weil man nicht einfach annektiert habe, was die Waffenerfolge bis zum Augenblick der Unterzeichnung des Friedens in unsere Hand gebracht hatten, so ist dagegen jetzt wie immer zu sagen, daß eine derartige Politik allenfalls getrieben und verantwortet werden könnte von einem Staatsmann, der es für mehr oder weniger selbstverständlich erachtet, daß der kommende Friede wirklich nichts anderes sein könne als eine Zwischenstation⁷⁾, auf der die erschöpfte und halbverblutete Menschheit die notdürftigsten Kräfte für einen neuen noch fürchterlicheren Krieg sammelt. Wem die Brust so mit dreifachem Erz gepanzert ist, daß er das nicht nur zu denken, sondern bewußt ins Auge zu fassen und vorzubereiten⁸⁾ vermag, der wird sich auch auf den Standpunkt stellen dürfen, daß es sich bei den Friedensschlüssen um gar nichts anderes handle, als darum, die schärfsten und wichtigsten Waffen in unsere Hand zu bringen.⁹⁾ Glücklicherweise hat sich aber bisher noch kein Staatsmann in Deutschland gefunden, der sich zu einer so unmenschlichen Auffassung hätte bekennen mögen¹⁰⁾, und wir sind überzeugt, daß sich auch in Zukunft keiner finden wird. Gewiß müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß eine innerlich unversöhnte Welt aus dem Krieg hervorgeht; wenn wir das Kräfteverhältnis in England abwägen, wo die Vernünftigen immer noch ein ganz kleines Häuflein auszumachen scheinen, oder wenn wir gar Stimmen vernehmen, wie sie erst in diesen Tagen aus der Fanatikerversammlung in der Pariser Sorbonne zu uns gedrungen sind, von den „unentwegten“ Kriegszielreden der italienischen Staatsmänner ganz zu schweigen, so muß man sich allerdings fragen, wie aus diesem Pfuhl von Haß und Verblendung eine bessere Zukunft¹¹⁾ sprießen soll.

Aber dies ist schließlich unsere Sache nicht. Wir folgen dem ungeschriebenen Gesetz in der eigenen Brust, wenn wir auch unter diesen Umständen alles tun, was innerhalb der Grenzen der Selbsterhaltung möglich ist, um der künftigen friedlichen Entwicklung der Welt die Wege zu bahnen¹²⁾, wenn uns auch andererseits die Pflicht der Selbsterhaltung zwingt, uns gegen abermalige Angriffe so gut

7) „kommende Friede“, von „nichts“ bis „könne“ und „eine Zwischenstation“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande längerer senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „das wird er nur sein können, wie alle Frieden es gewesen sind“. — In der Abschrift im Werk des zweiten Unterausschusses statt „er“ irrüml. „es“.

8) Von „sondern“ bis „vorzubereiten“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von derselben Hand: „Das tue ich auch! Das ist nötig und *Bismarckisch!* Weil die Menschen sich nie ändern werden!“ — In der Abschrift im Werk des zweiten Unterausschusses für „nie“ irrüml. „nun“.

9) Von „es“ bis „bringen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; in gleicher Höhe senkrechte Striche und Randbemerkungen von derselben Hand: „so ist es! Das tue ich auch! Das ist nötig und *Bismarckisch!* Weil die Menschen sich nie ändern werden!“

10) „Staatsmann in Deutschland“ und von „einer“ bis „mögen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe Randbemerkung von derselben Hand: „Das wäre ein Unglück für sein Vaterland!“

11) Von „Verblendung“ bis „Zukunft“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe senkrechter Strich am Rande und Bemerkung von derselben Hand: „bessere kaum! für uns gesicherte dann ja bessere, sonst schlechtere!“

12) Von „um“ bis „bahnen“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu Randbemerkung von derselben Hand: „Nebensache!“

zu sichern, wie es nur immer möglich¹³⁾ ist. Aus diesen beiden Grundsätzen ist der Friede von Brest-Litowsk erwachsen, und die ihn ermöglicht und geschlossen haben, haben sich den ewigen Dank des Vaterlandes verdient. Daß uns dabei in und neben dem schlechthin Notwendigen der „kostbare Siegespreis jahrelangen Ringens“ in die Hand gefallen ist, daß „unsere baltischen Brüder und Volksgenossen vom russischen Joche befreit sind und sich wieder als Deutsche fühlen dürfen“, wie der Kaiser das in seinem herrlichen Danktelegramm an die großen Generale ausgesprochen hat, diese Erfüllung eines schon fast hoffnungslos gewordenen Traumes ist ein solches Labsal für jedes deutsche¹⁴⁾ Herz, daß schon eine seltsame Geistesrichtung und Gemütsverfassung dazu gehört, solchem Werke die freudige Anerkennung zu versagen.

Daß die Neutralen zum größten Teile andere Töne anschlagen, kann nicht wundernehmen. Wenn man dort, von ziemlich seltenen Ausnahmen abgesehen, von Anfang des Krieges an den Satz hat hören können, Deutschland werde den Krieg zwar nicht verlieren, könne ihn aber auch nicht gewinnen, so ist dabei der Wunsch des Gedankens Vater gewesen. Abstrakt betrachtet mochte der entschiedene Sieg einer der beiden Mächtegruppen dem Interesse der Neutralen zu widersprechen scheinen, allerdings nur, wenn man außer acht ließ, wie es leider geschehen ist, daß Deutschland, von der unerbittlichen belgischen Notwendigkeit abgesehen, unendlich mehr Verständnis, Rücksicht und Schonung für die Rechte der Neutralen gezeigt hat als seine Gegner.¹⁵⁾ Es kommt vielleicht hinzu, daß man sich hier und dort bewußt ist, sich eben nicht viel Anspruch auf unseren Dank verdient zu haben, wenn wir unserer Feinde erst aus eigener Kraft Herr geworden sind. Sittlich einwandfreier erscheint ein anderes Motiv der Beklemmung der Neutralen, die Erwägung nämlich, daß ein wirklicher Verständigungsfriede, als solcher und um der Zukunft willen, einen Sieg ihrer Sache bedeutet haben würde, denn es ist nicht zu verkennen, daß sie auch ihrerseits unter den Kriegsnöten unendlich viel gelitten haben und immer wieder leiden müssen, wenn die großen Mächte aufeinanderprallen. Sie vergessen nur, wenn sie jetzt seufzen, oder wollen nicht sehen, daß Deutschland und seine Verbündeten von Anfang an, zum mindesten aber seit dem Dezember 1916, ehrlich und aufrichtig um diesen Verständigungsfrieden gerungen haben¹⁶⁾, im schärfsten Gegensatze zu ihren immer unversöhnlicher sich gebärdenden Feinden. Diese unsere Feinde aber verraten gegen ihren Willen Tag für Tag aufs deutlichste,

¹³⁾ Von „uns“ bis „möglich“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu rechts und links am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Das geht schwer zusammen“; ferner Bemerkung: „Hauptsache!“

¹⁴⁾ Von „diese“ bis „deutsche“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „nur durch Kampf, nicht durch Verhandlung erreicht!“

¹⁵⁾ Von „Verständnis“ bis „Gegner“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „dafür erreichen unsere Gegner mehr durch die Einflößung der Furcht!“; darunter weitere Bemerkung „ohne Dank zu ernten“.

¹⁶⁾ Von „aber“ bis „haben“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu in gleicher Höhe am Rande senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „Der Himmel hat wie es scheint anders entschieden! Es muß ein Siegesfrieden werden“.

wie unendlich schwer sie sich mit dem zur Tatsache gewordenen Ostfrieden auch in seiner jetzigen Gestalt abfinden, während sie zugleich durch die Aktion Japans gegen Vladivostok aufs neue beweisen, daß nackte Beutegier die einzige Triebfeder ihrer Entschlüsse ist.¹⁷⁾

Nun ist in der schon erwähnten Sorbonne-Versammlung, in der das ganze regierende Frankreich von heute sich noch einmal leidenschaftlich zur Rückeroberung Elsaß-Lothringens bekannt hat, ein, wie es scheint, nach jahrelangen Mühen erst in diesen Tagen entziffertes Telegramm des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg an den damaligen Botschafter Freiherrn v. Schoen vom 31. Juli 1914 enthüllt worden, das angeblich ein zwingender Beweis für den bösen Willen Deutschlands der französischen Republik gegenüber sein soll. Bisher wußte man nur, daß in diesem Telegramm der deutsche Botschafter beauftragt worden war, sich zu vergewissern, ob Frankreich im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Rußland ohne weiteres in den Krieg eintreten würde; man wußte ferner, daß Herr v. Schoen sich dieses Auftrages entledigt und von dem französischen Minister des Auswärtigen die abweisende Antwort erhalten hatte, Frankreich werde tun, was seine Interessen verlangten. Jetzt erfährt man, daß der Botschafter in dem bisher nicht veröffentlichten Schlußsatz des Telegrammes aufgefordert war, als Bürgschaft für eine eventuelle Neutralität Frankreichs die Überlassung der Festungen Toul und Verdun für die Dauer des Krieges zu verlangen. Aus einer Art Sentimentalität heraus, die von jeher die schlimmste Feindin der politischen Einsicht gewesen ist, hat auch ein Teil der deutschen Presse in diesem Schlußsatz einen bedenklichen Fehler sehen wollen, der Deutschland oder wenigstens die damalige Reichsleitung in schweres Unrecht versetzt habe. Es gibt politisch kaum etwas Falscheres als dieses Urteil. Was man ohne weiteres zugeben wird, ist, daß es ein von vornherein aussichtsloses Unternehmen war, Frankreich zur Neutralität in dem ausbrechenden Kriege bewegen zu wollen. Mag es richtig sein oder nicht, daß der Botschafter Cambon¹⁸⁾ auf eine Andeutung in diesem Sinne geantwortet habe, „wir sind doch keine Italiener“ — in dem Volke, das auf seine Nibelungentreue stolz ist, versteht man durchaus, daß Frankreich seiner Bündnispflicht sich selbst dann nicht hätte entziehen wollen, wenn ihm irgendein positiver Preis für seine Neutralität geboten worden wäre. Daß man trotzdem einen Versuch unternahm, in dem ersten aufrichtigen Bemühen, den Krieg, wenn er schon nicht mehr zu vermeiden war, wenigstens nicht zum Weltenbrand ausarten zu lassen, ist seinerzeit allgemein gebilligt worden; es handelte sich ja schließlich auch um so ungeheuerere Dinge, um eine so unabsehbare Kulturkatastrophe, daß auch das Ungewöhnliche und das Aussichtslose noch eine Art von Berechtigung hatte und daß man Frankreich immerhin gewissenhalber noch im letzten entscheidenden Augenblick vor die Wahl stellen mochte, ob es im Ernste den durch Blut und Verderben führenden Weg des Revanchekrieges gehen wollte, mit dem es jahrzehntelang freventlich leichtfertig gespielt hatte. Wurde aber der Versuch gemacht, dann wäre es von

¹⁷⁾ Von „daß“ bis „ist“ von der Hand Kaiser *Wilhelms II.* unterstrichen; dazu am Rande in gleicher Höhe senkrechter Strich und Bemerkung von derselben Hand: „und bleiben wird!“

¹⁸⁾ *Jules Martin Cambon* (1845—1935), französischer Diplomat; 1907—1914 Botschafter in Berlin.

unserer Seite ein geradezu kindischer Leichtsinn gewesen, sich mit einem leeren Worte zu begnügen, in der Gewißheit, daß Frankreich seine Neutralität in dem Augenblick brechen würde, wo es „seine Interessen verlangten“. Nur das also ist die Frage, ob der Versuch überhaupt gemacht werden sollte; bejaht man sie, dann muß man auch die Notwendigkeit der Bürgschaftsforderung anerkennen. Im übrigen hat es ja das Unglück der Franzosen gewollt, daß sie von dieser Eventualforderung erst so spät Kenntnis erhalten haben. Die hinter uns liegenden Kriegsjahre machen uns diesem Lande gegenüber von jedem nachträglichen Skrupel frei.

Inzwischen ist nun das Rad der Weltgeschichte weiter gerollt, und am 5. März, abends 7 Uhr, ist im Schlosse Buftea bei Bukarest der Vorfriede zwischen dem Vierbund und Rumänien abgeschlossen worden, dem binnen 14 Tagen der endgültige Friede folgen soll. Wie es Rußland gegenüber geschehen ist, so ist auch in diesem Falle der wesentliche Inhalt des Friedensvertrages von vornherein festgelegt. Demnach sieht Bulgarien sein heißes Sehnen nach der Dobrudscha erfüllt, und die österreichisch-ungarische Grenze gegen Rumänien wird den Bedürfnissen der Verteidigung entsprechend berichtigt, während andererseits Rumänien ein freier Handelsweg auf der Donau zum Schwarzen Meer verbürgt wird. Deutschland selbst begnügt sich mit wirtschaftlichen Vorteilen. Die Bestimmungen über die rumänische Demobilisierung lassen vermuten, daß der Vierbund nichts dagegen einzuwenden haben wird, wenn Rumänien sich für den Gebietsverlust, der ihm aus dem Friedensvertrag erwächst, an Bessarabien schadlos hält, das jedoch zu diesem Zweck den Sovets erst vollends entrissen werden muß. Eines Eingriffes in die inneren Verhältnisse Rumäniens insbesondere mit Bezug auf das Herrscherhaus enthält sich der Vorfriedensvertrag und wird sich gewiß auch der endgültige Vertrag enthalten. Der langjährige Vertreter Rumäniens in Berlin, *Beldiman*, hat dieser Tage über den Neffen und Nachfolger König *Carols*¹⁹⁾ das vernichtende Urteil gesprochen, daß er „weder Hohenzoller noch Rumäne“ sei. Dem ist kaum etwas hinzuzufügen. Aus der Bluts- und Geistesgemeinschaft des deutschen Volkes bleibt der Mann ausgeschlossen, der in seiner namenlosen Schwäche zum treubruchigen Verräter an seiner alten Heimat geworden ist und das überkommene Erbe innerhalb weniger Monate in Grund und Boden gewirtschaftet hat. Was man seinerzeit über seine Äußerungen an dem Tage der verhängnisvollen Entscheidung hörte — er soll damals von dem schweren Siege gesprochen haben, den er über sich selbst errungen habe —, läßt vielleicht die Erklärung zu, daß er entsprechend einem bekannten Gesetz der individuellen Ethik die schwere Pflicht für die höhere gehalten habe; aber auch dieser mildernde Umstand würde nicht von ferne an das Verbrechen heranreichen, das er an seinen Königspflichten begangen hat. Indes sein Schicksal berührt uns weder im bösen noch im guten; uns geht nur der Friede mit dem Lande an, das schwer für die Sünden seiner unheilvollen Leiter zu büßen hat und dessen natürliche Hilfsquellen uns bei der Durchführung des Krieges mit den Westmächten recht wesentliche Dienste zu leisten haben werden. Wenn auch gegen diesen Friedensvertrag Einwände erhoben worden sind, weil dem Lande keine Kriegsentschädigung auferlegt werde, so dürfte das schon um

¹⁹⁾ *Carol I.*, König von Rumänien 1881—1914. — Neffe und Nachfolger: *Ferdinand I.*

deswillen fehlgreifen, weil Rumänien sicherlich in den Erträgnissen seiner Ölfelder eine sehr erhebliche Kriegssteuer zu zahlen haben wird. Das gegenteilige Bedenken aber, daß auch dieses Land zum Frieden gezwungen worden sei, hat offenbar noch viel weniger Gewicht als das gegen den Friedensvertrag mit Rußland erhobene. Es hat eine Zeit gegeben, in der selbst uns gutgesinnte Militärschriftsteller des neutralen Auslandes von dem Eintritt Rumäniens in den Krieg die entscheidende Wendung zu unseren Ungunsten erwarteten. Es ist ganz anders gekommen, Gott sei Dank und dem deutschen Schwert!²⁰⁾

²⁰⁾ Darunter Schlußbemerkung von der Hand Kaiser *Wilhelms II.*: „Der kommende Frieden wird unseren Feinden, so Gott will, aufgezwungen werden müssen. Sie werden erst zum Frieden schreiten, wenn sie so geschlagen sind, daß sie genug haben. Bekennen sie sich als solche, dann müssen sie einen Frieden annehmen, der dem allein ihrer Verbohrtheit zu dankenden neuen, schweren Blutopfer des deutschen Volkes entspricht. Der muß — evtl. auf ihre Kosten und gleichgültig gegen ihre Gefühle für die Zukunft — solche realen Sicherungen für uns enthalten, daß eine solche Weltkombination wie die jetzige nie wieder gegen uns mit Aussicht auf Erfolg sich zusammen tun kann. Also ein echter, rechter, hausbackener Friede, wie er bisher immer nach jedem siegreichen Kriege geschlossen wurde. Volksbeglückende Weltbürgerschaftsgedanken finden darin keinen Platz. Nur das nackte eigene Interesse und die Garantie für die eigene Sicherheit und Größe dürfen maßgebend sein! Der Besiegte hat sich zu bescheiden!“

414.

10. 3. 1918: Gehilfe des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Čičerin an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 23. Legationssekretär v. Bülow an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 614. Abgeg. Brest-Litowsk, 10. 3. 1918, 8.50 nachm., angek. 11. 3. 1918, 8.00 vorm. Bezugsvermerk: „Im Anschluß an Telegramm Nr. 606“.)

Nachstehender Funkspruch ist am 10. 3. 1.23 nachm. aufgenommen worden: „Berlin. An das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. Soeben haben wir den Funkspruch der deutschen Regierung vom 8. März erhalten und halten es für unsere Pflicht, zu antworten: die einseitige Besetzung der Ålandinseln²⁾ widerspricht dem Punkt 6 des Friedensvertrages mit Deutschland³⁾, der eine

¹⁾ Legationssekretär v. *Bülow*, Brest-Litowsk, an das Auswärtige Amt, 9. 3. 1918. Erklärung an Admiralstab Petersburg abgegeben und von ihm quittiert. — Pol. Archiv, Rußland. Pol. Nr. 1.

²⁾ Besetzung der Ålandinseln durch deutsche Truppen am 5. März 1918 im Zusammenhang mit der Unterstützung Finnlands; vgl. *Der Weltkrieg 1914 bis 1918*, Bd. 13, S. 371 ff., Die Hilfeleistung für Finnland, 21. Februar bis 2. Mai 1918.

³⁾ In Artikel VI, Abs. 2 des Friedensvertrages von Brest-Litowsk vom 3. 3. 1918 mit Rußland heißt es: „... Die auf den Ålandinseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen. Über die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu treffen; es besteht Einverständnis darüber, daß hierzu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten hinzuzuziehen sein würden“; vgl. hierzu Artikel „Åland-Inseln“, in: *Wörterbuch des Völkerrechts*, I, S. 21—24.

internationale Beseitigung der Streitfragen vorsieht. Indem die russische Regierung mit einer Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des unabhängigen Finnlands, das sich neutral erklärt hat, einverstanden war, nahm sie an, daß diese Nichteinmischung auch seitens Deutschlands beobachtet werden würde. Die bewaffnete Unterstützung der gestürzten Regierung⁴⁾ gegen das sich erhobene Volk widerspricht dem gegenwärtigen internationalen Rechtsbegriff. Im Namen der Regierung bin ich verpflichtet, gegen den Transport von Truppen nach Finnland und den Ålandinseln zu protestieren.

Der Gehilfe des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten. *Čičerin.*“

Bülow.

⁴⁾ Am 6. 12. 1917 hatte der finnische Landtag Finnland für unabhängig erklärt; Januar bis April 1918 Bürgerkrieg in Finnland, wobei die eine Seite von den Deutschen, die andere von den Bolschewiki unterstützt wurde; vgl. in diesem Zusammenhang neuerdings Smith, dazu die zeitgenössische Darstellung von Söderhjelm.

415.

12. 3. 1918: General Ludendorff an Legationsrat Frhr. v. Lersner

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24. Legationsrat Frhr. v. Lersner an das Auswärtige Amt. Telegramm Nr. 506. Großes Hauptquartier, 12. 3. 1918, angek. 12. 3. 1918, 12.05 nachm. Bezugsvermerk: „Auf Telegramm 354“.¹⁾)

General *Ludendorff*, der zuerst gegen jegliche Beantwortung des Funkspruches war, schreibt mir jetzt:

„Mit dem 2. Satz von ‚sobald‘ bis ‚anordnen‘ kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich bitte ihn, wie folgt, zu ersetzen: ‚Die Entsendung deutscher Truppen nach Finnland ist eine rein finnische Angelegenheit und steht nicht in Widerspruch mit den Brester Verhandlungen.‘

Ich lege auf diese Abänderung entscheidenden Wert, da die Verwendung deutscher Truppen in Finnland nicht allein gegen die russischen Truppen gerichtet ist. Sie soll vielmehr auch dazu dienen, Ruhe und Ordnung im Lande wiederherzustellen, die durch Banden aller Art gestört ist, und Finnland derart militärisch zu kräftigen, daß wir dadurch eine militärische Entlastung im Osten gegenüber Rußland erfahren.“

Lersner.

¹⁾ Unterstaatssekretär *Frhr. v. dem Bussche-Haddenhausen* an den Legationssekretär *Frhr. v. Lersner* 10. 3. 1918: „Zu dem Funkspruch der russischen Regierung, worin sie gegen Eingreifen in Finnland protestiert, beabsichtige ich folgendes zu erwidern: ‚Die russische Regierung mengt sich, ihren verschiedenen Erklärungen widersprechend, nach wie vor in die inneren Angelegenheiten Finnlands dadurch ein, daß sie russische Truppen in Finnland unterhält, die gegen die finnische Regierung kämpfen. Sobald die russischen Truppen dem im Brest-Litowsker Frieden gegebenen Versprechen gemäß Finnland vollkommen verlassen haben, wird auch Deutschland die Räumung des finnischen Territoriums von deutschen Soldaten anordnen. Die deutsche Etappe auf Åland greift der Regelung der Servituts-Frage, die in Art. VI. des deutsch-russischen Friedensvertrages vorgesehen, in keiner Weise vor.“ — Pol. Archiv, Rußland. Pol. Nr. 1. Bd. 23.

416.

**15. 3. 1918: Botschafter Graf v. Bernstorff (Konstantinopel)
an Reichskanzler Graf v. Hertling**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24. Kopf des Schreibens: „Kaiserlich Deutsche Botschaft. Nr. 77“.

Der stellvertretende türkische Minister des Äußeren *Halil Bey* hat am 4. und 5. d. M. in der Kammer Erklärungen über den Abschluß des Friedens mit Rußland und den bevorstehenden Friedensschluß mit Rumänien abgegeben; bisher hat *Halil Bey* diese Erklärungen durch Angaben über den inzwischen abgeschlossenen Vorfrieden mit Rumänien noch nicht ergänzt. Am 5. d. M. hat er auch im Senat gesprochen und dort ungefähr dieselben Erklärungen wie in der Kammer abgegeben.

Einen Auszug über die Kammerverhandlung vom 4. und 5. d. M. beehre ich mich, Eurer Exzellenz anbei gehorsamst zu überreichen.

Begreiflicherweise sind die Erklärungen *Halils* von der Kammer mit lebhafter Befriedigung entgegengenommen worden, namentlich die Angaben über Batum, Kars und Erdahan; ergibt sich doch aus ihnen für die Türkei wenigstens die Aussicht, ehemaliges türkisches Gebiet, das in den Besitz einer europäischen Macht übergegangen war, wiederzuerlangen, ein seit 1740 nur sehr selten und nur in bezug auf ganz unbedeutende Gebiete eingetretener Fall. Wie hoch aber auf Grund einer solchen bloßen Aussicht sofort die türkischen Wünsche und Hoffnungen emporschnellen, beweisen die sowohl von islamischem Fanatismus wie von panturkistischer Schwärmerei eingegebenen Worte des Dichters *Mehmed Emin*¹⁾, der schon den Augenblick sieht, in dem der Okzident vor dem Orient auf den Knien liegen wird; *Mehmed Emin* gibt hiermit den mehr oder weniger geheim gehaltenen Wünschen weiter türkischer Kreise Ausdruck.

Am 6. d. M. haben Kammer und Senat S. M. dem Sultan durch je eine Abordnung die Glückwünsche der Volksvertretung aussprechen lassen. Der Sultan dankte und gab zugleich seiner festen Hoffnung auf weitere Erfolge Ausdruck.

J. Bernstorff.

¹⁾ *Mehmed Emin* (1869—1944), schloß sich 1914 der turanischen (pantürkischen) Bewegung an. Später als Nationaldichter gefeiert.

417.

**17. 3. 1918: Funkspruch des Volkskommissariates für Auswärtige Angelegenheiten
über die Ratifizierung des Friedensvertrages**

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24. Hofrat Müller an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 644. Abgeg. Brest-Litowsk, 17. 3. 1918, 9.50 vorm., angek. 17. 3. 1918, 10.00 vorm. Am Schluß des Textes Absendervermerk: „Gleichlautend Bukarest [Staatssekretär v. Kühlmann] unter Nr. 31“.

Folgender Funkspruch ist heute um 1 Uhr 36 Min. vormittags in Kowno aufgenommen worden.

„Dringend! Übergeben Sie laut Bestimmung nach Berlin an das Auswärtige Amt:
Am 16. März 1918 hat der Außerordentliche Allrussische Kongreß der Sovets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosaken-Deputierten in der Stadt Moskau den Friedensvertrag, den Rußland am 3. März d. J. in Brest-Litowsk mit den Mächten des Vierbundes geschlossen hatte, ratifiziert.¹⁾ Heute fährt ein diplomatischer Kurier mit einer schriftlichen Benachrichtigung darüber ab.

Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten.“

Müller.²⁾

¹⁾ Vgl. hierzu Resolution über die Ratifikation des Friedensvertrages von Brest-Litowsk (*Pravda*, 16. 3. 1918) in: Lenin, Sämtliche Werke XXII S. 459 f. Darin heißt es: „Der Kongreß bestätigt (ratifiziert) den von unseren Vertretern in Brest-Litowsk am 3. März 1918 geschlossenen Friedensvertrag. Der Kongreß erkennt die Handlungsweise des Zentral-exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare für richtig an, die den Beschluß faßten, diesen ungeheuer schweren, erniedrigenden Gewaltfrieden zu schließen, weil wir keine Armee haben und die Kräfte des Volkes durch den Krieg außerordentlich erschöpft worden sind, dessen Handlungen von der Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz nicht unterstützt, sondern für ihre egoistischen Klasseninteressen ausgenutzt worden sind. Der Kongreß erkennt ferner die Handlungsweise der Friedensdelegation für unbedingt richtig an, die es ablehnte, sich auf eine eingehende Prüfung der deutschen Friedensbedingungen einzulassen, denn diese Bedingungen sind uns durch ein offenes Ultimatum und durch unverhüllte Gewalt aufgezwungen worden . . .“.

²⁾ Rudolf Müller, 2. 3. 1918 Hofrat. Später (1925) Leiter des Konsulates Tetuan.

418.

18. 3. 1918: Funkspruch des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten an das Auswärtige Amt

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24. Hofrat Müller an das Auswärtige Amt. Telegramm. Nr. 649. Brest-Litowsk, 18. 3. 1918, angek. 18. 3. 1918, 1.55 nachm. Absendevermerk am Schluß des Textes: „Gleichlautend Bukarest [Staatssekretär v. Kühlmann] unter Nr. 35“.

Folgender Funkspruch ist heute 7 Uhr 45 Min. vm. hier aufgenommen worden:

„Berlin. An das Auswärtige Amt.

Nachdem das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten die deutsche Regierung von der Bestätigung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk durch den allrussischen Kongreß der Räte vom 16. März in Kenntnis gesetzt hat, hält es die schleunigste Durchführung der Bestimmungen des Vertrages über die Einsetzung einer russisch-deutschen Kommission zur Festsetzung der Demarkationslinien für äußerst wünschenswert. Die schleunigste Schaffung der Kommission für Kriegsgefangene hält das Kommissariat ebenfalls für dringend notwendig.

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten:

Čičerin

Karachan.“

Müller.

419.

18. 3. 1918: Unterstaatssekretär Frhr. v. dem Bussche (Berlin) an
Staatssekretär v. Kühlmann

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24. Telegramm (Hughes). Nr. 224.

Heute begann in Reichstag erste Lesung des russischen und des finnischen Friedensvertrages, die gestern von Bundesrat ohne nennenswerte Diskussion angenommen. Nach allgemeiner Einleitung von Reichskanzler und speziellerer von mir sprachen *Fehrenbach*¹⁾, *David*²⁾ und *Naumann*.³⁾ Erstere beiden erörterten des längeren Frage der Randvölker, besonders Litauens, drängten auf Anerkennung dieses Staates, betonten Notwendigkeit liberaler Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes und versuchten Gegensatz zwischen Reichsleitung und Heeresleitung festzustellen. An Vertrag wurde bisher keine wesentliche Kritik geübt, Reden bewegten sich in verhältnismäßig ruhigen Bahnen. Morgen Fortsetzung.

Bussche.

¹⁾ Konstantin *Fehrenbach* (1852—1926), MdR (Zentrum) seit 1903.

²⁾ Dr. Eduard *David* (1863—1930), MdR (SPD) seit 1903.

³⁾ Friedrich *Naumann* (1860—1919), MdR (Fortschrittliche Volkspartei) 1907—1911 und wieder seit 1913.

420.

18. 3. 1918: Reichstagsrede Reichskanzlers Graf v. Hertling
über den Frieden von Brest-Litowsk

Rußland. Politisches Nr. 1. Bd. 24. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 143. Überschrift: „Der Reichskanzler zum Ostfrieden“.

Zu Beginn der Beratung über den Friedensvertrag mit Rußland ergriff in der gestrigen Reichstagsitzung der Reichskanzler Dr. Graf Hertling das Wort zu folgender Rede¹⁾:

Meine Herren! Als ich zum ersten Male an dieser Stelle sprach, am 29. November vorigen Jahres²⁾, konnte ich dem Reichstage die Mitteilung machen, daß die russische Regierung an sämtliche kriegführenden Mächte den Vorschlag habe gelangen lassen, in Verhandlungen über den Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Wir haben mit unseren Verbündeten den Vorschlag angenommen und alsbald Delegierte nach Brest-Litowsk gesandt; die bis dahin mit Rußland verbündeten Mächte blieben fern.

Der Verlauf der Verhandlungen ist den Herren bekannt. Sie erinnern sich der endlosen Reden, welche nicht so sehr für die dort versammelten Delegierten als für die breiteste Öffentlichkeit bestimmt waren und das anzustrebende Ziel einer Verständigung immer wieder in die Ferne rückten, an die wiederholten Unterbrechungen, den Abbruch und die Wiederaufnahme der Verhandlungen;

¹⁾ Vgl. hierzu den Text in: Sten. Berichte, 138. Sitzung, Dienstag den 18. März 1918, S. 4121.

²⁾ Vgl. Nr. 15.

man war an einen Punkt gelangt, wo das Entweder-Oder gesprochen werden mußte (Zustimmung). Am 3. März erfolgte der Friedensschluß in Brest-Litowsk, am 16. ist er von der zuständigen Versammlung in Moskau ratifiziert worden (Beifall).

Es ist nicht meine Absicht, auf die Beurteilung einzugehen, welche der Frieden mit Rußland bei den feindlichen Mächten gefunden hat. Wo die Heuchelei zur zweiten Natur geworden ist (Beifall) und die Unwahrhaftigkeit sich bis zur Brutalität gesteigert hat (stürmische Zustimmung), wo man im selben Augenblick, da man die drückende Hand auf ein neutrales Land zu legen im Begriff ist, von der vollkommenen Selbstlosigkeit der befolgten Politik zu reden wagt, muß jeder Versuch einer ruhigen Aussprache, jede sachliche Erwägung scheitern. Und wenn eine Depesche aus Washington geglaubt hat, dem in Moskau versammelten Kongresse die Sympathie der Vereinigten Staaten in dem Augenblick aussprechen zu sollen, wo, wie es darin heißt, die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit um seinen Erfolg zu bringen, so lege ich auch das ruhig zu dem übrigen (Heiterkeit). Wir haben keinen Augenblick daran gedacht und denken nicht daran, den berechtigten Wünschen und Bestrebungen des vom Zarismus befreiten Rußland entgegenzutreten. Wir wünschen, wie ich schon am 29. November vorigen Jahres gesagt habe, dem schwergeprüften Lande die Wiederkehr ruhiger und geordneter Verhältnisse und beklagen es schmerzlich, wenn diese noch in weiter Ferne zu liegen scheinen und vielerorts entsetzliche Zustände eingetreten sind.

Ich wende mich nunmehr dem Vertrage selbst zu. Wie Sie, meine Herren, sofort gesehen haben, enthält derselbe keinerlei für Rußland entehrende Bedingungen, nichts von drückenden Kriegskostenentschädigungen, keine gewaltsame Aneignung russischer Gebiete (Zustimmung) (Unruhe auf der äußersten Linken). Wenn eine Reihe von Randstaaten aus dem russischen Staatsverbände ausscheidet, so entspricht dies dem eigenen von Rußland anerkannten Willen dieser Länder. Ihnen gegenüber stehen wir auf dem von mir schon früher zum Ausdruck gebrachten Standpunkte, daß sie sich unter dem mächtigen Schutze des Deutschen Reiches diejenige staatliche Gestaltung geben mögen, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Selbstverständlich unter Wahrung ihrer Interessen.

In Kurland ist die Entwicklung am weitesten vorangeschritten. Wie bekannt, ist vor einigen Tagen eine von dem Kurländischen Landesrat als der als zuständig anerkannten Körperschaft entsandte Deputation hier erschienen. Sie hat die Loslösung des Landes aus den bisherigen staatlichen Verbindungen erklärt und den Wunsch nach einer engen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Verbindung mit Deutschland ausgesprochen (Beifall). In der Antwort, mit welcher mich Seine Majestät der Kaiser als der völkerrechtliche Vertreter des Reiches beauftragt hatte, habe ich die Selbständigkeit Kurlands anerkannt, von der angestrebten Anlehnung an das Deutsche Reich, welche ja den alten auf Jahrhunderte zurückgehenden kulturellen Beziehungen entspricht, mit Dank und Freude Kenntnis genommen, die letzte Entscheidung über die politische Ausgestaltung aber vorbehalten, bis sich die dortigen Verhältnisse weiter konsolidiert und die verfassungsmäßig zuständigen Faktoren allseits Stellung

genommen haben werden (Beifall). Was Litauen betrifft, so ist ein Beschluß, welcher den engen Anschluß an das Deutsche Reich in wirtschaftlicher und militärischer Verbindung mit ihm vorsah, schon im vorigen Jahre gefaßt worden. Ich erwarte in den nächsten Tagen eine Deputation des dortigen Landesrates (Beifall), die diesen Beschluß neuerdings bekanntgeben soll, worauf dann ebenso die Anerkennung Litauens als eines unabhängigen staatlichen Gebildes erfolgen würde. Die weitere Entwicklung der politischen Ausgestaltung warten wir in Ruhe ab. Etwas anders liegen die Dinge in Livland und Estland. Diese beiden befinden sich östlich der im Friedensvertrage vereinbarten Grenzlinie, werden aber, wie Artikel 6 des Vertrages mit Rußland besagt, von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alsdann wird auch für diese Länder der Augenblick für ihre politische Neuorientierung gekommen sein. Wir hoffen und wünschen, daß auch sie sich in ein nahes freundschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche stellen werden, so aber, daß dies friedliche und freundliche Beziehungen zu Rußland nicht ausschließt.

Nur noch ein Wort über Polen, das freilich im Friedensvertrage nicht ausdrücklich genannt ist. Bekanntlich ist es die Proklamation der beiden Kaiser vom 5. November 1916 gewesen, welche die Selbständigkeit des Landes vor aller Welt verkündet hat. Daraus folgt, daß die nähere Ausgestaltung des neuen Staatswesens nur auf Grund gemeinsamer Verhandlungen zwischen Deutschland und der Donaumonarchie einerseits und Polen andererseits geschehen kann. Neuerdings sind aus politischen Kreisen Polens Anregungen für die Gestaltung unseres künftigen Verhältnisses an die Regierung und an die Mitglieder des Reichstages gelangt. Wir werden gern prüfen, ob und inwieweit sie sich mit den von den beiden Regierungen verfolgten Zielen vereinigen lassen, den Zielen, mit dem neu erstandenen Staate unter Sicherstellung unserer Interessen dauernd in guten, nachbarlichen Beziehungen zu leben (Beifall). Alles weitere wird Unterstaatssekretär Exzellenz *v. dem Bussche* mitteilen. Ich komme meinerseits zum Schluß.

Meine Herren, wenn Sie, wie ich nicht zweifle, den vorgelegten Verträgen Ihre Genehmigung geben werden, wenn dann auch bald der Friede mit Rumänien zum Abschluß bereit sein wird, so ist auch das zur Tatsache geworden, was ich am 24. Februar als in naher Aussicht stehend verkünden durfte. Dann ist der Friede auf unserer ganzen Ostfront hergestellt. Geben wir uns aber keiner Täuschung hin. Der Weltfriede ist noch nicht da! Noch zeigt sich in den Staaten der Entente nicht die geringste Neigung für Beendigung des furchtbaren Kriegshandwerkes, immer noch scheint das Ziel zu sein, zu kämpfen bis zu unserer Vernichtung. Wir werden darüber den Mut nicht verlieren (Lebhaftes Bravo). Wir sind auf alles gefaßt. Wir sind bereit, weitere schwere Opfer zu bringen (Bravo). Wir vertrauen auf unsere gerechte Sache, auf unser unvergleichliches Heer, seine heldenmütigen Führer und Truppen; wir vertrauen auf unser standhaftes Volk. Die Verantwortung aber, meine Herren, ich habe es schon damals gesagt, am 24. Februar, die Verantwortung für das Blutvergießen wird auf die Häupter aller derer fallen, die die Fortsetzung des Blutvergießen wollen. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause, mit Ausnahme der äußersten Linken).

Es sprachen ferner über den deutsch-russischen Friedensvertrag

- 1) Unterstaatssekretär *v. dem Bussche-Haddenhausen*,
- 2) Abgeordneter *Fehrenbach*,
- 3) Abgeordneter *Dr. David*,
- 4) Abgeordneter *Dr. Naumann*.

421.

22. 3. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Ratifizierung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 24. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 149. Morgenausgabe. Überschrift: „Die Ratifizierung des Brest-Litowsker Friedensvertrages“.

Im Auftrage des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten überreichte gestern im Auswärtigen Amte Herr *Petrov*, Vorsitzender des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten im Sovet, eine offizielle schriftliche Mitteilung darüber, daß der Friedensvertrag von Brest-Litowsk am 16. d. M. von der außerordentlichen allrussischen Versammlung der Räte der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten in Moskau ratifiziert worden ist.

Der Hauptausschuß des Reichstages genehmigte gestern nach längerer Aussprache den Friedensvertrag mit Rußland, sodann den Wirtschaftsvertrag und das Schlußprotokoll und nahm zum deutsch-russischen Zusatzvertrag einen gemeinsamen Antrag der Parteien an, bei den weiteren Verhandlungen mit der großrussischen Republik auf eine Sicherung der bestehenden, durch das langjährige Zahlungsverbot entwerteten deutschen Forderungen durch Übernahme einer Ausfallbürgschaft hinzuwirken gegen Zusicherung der Gegenseitigkeit seitens des Deutschen Reiches.

422.

30. 3. 1918: Meldung von Wolffs Telegraphen-Büro über den Austausch der Ratifikationsurkunden

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 25. Überschrift: „Nr. 931 vom 30. 3. 1918 Nachmittag“.

Berlin, 30. März. Der Austausch der deutschen und der russischen Ratifikationsurkunden zu dem am 3. März in Brest unterzeichneten Friedensvertrag und dem Zusatzvertrag ist gestern abend um 8 Uhr im Auswärtigen Amt zwischen dem stellvertretenden Staatssekretär *Freiherr v. dem Bussche-Haddenhausen* und dem russischen Sondergesandten *P. Petrov* vollzogen worden. Herr *Petrov*, den der Moskauer Kongreß als Berichterstatter über die auswärtigen Angelegenheiten mit der Übermittlung der Ratifikationsurkunde betraut hatte, reist heute nach Moskau zurück.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden zwischen Rußland und den mit Deutschland verbündeten Mächten wird nachfolgen, sobald die beiderseitigen Urkunden im Auswärtigen Amt vorliegen.

423.

2. 7. 1918: Gesandter v. Rosenberg an das Auswärtige Amt

Der Weltkrieg 15 Geh., Bd. 5, Telegramm. Nr. 1595. Abgeg. Großes Hauptquartier, 2. 7. 1918, 8.20 nachm., angek. 2. 7. 1918, 9.35 nachm. Beförderungsvermerk: „Eilt“.

Zu heute nachmittag 3 Uhr war eine Sitzung anberaumt, in der der Herr Reichskanzler mit der Obersten Heeresleitung den gesamten Komplex der Ostfragen besprechen wollte. Im letzten Augenblick sagte Seine Majestät der Kaiser sein Erscheinen an. Unter seinem Vorsitz fand die Besprechung statt. Das Ergebnis ist in Kürze folgendes:

1), 2), 3) pp.

4) Die Oberste Heeresleitung legt auf eine schnelle Klärung der est- und livländischen Frage Wert, da sich die englische Propaganda in diesen Gebieten neuerdings besonders rührig zeige.

5) Die Oberste Heeresleitung wünscht, daß die russische Grenze möglichst am Ostufer des Peipus-Sees verlaufen und uns gewisse Zugeständnisse hinsichtlich der Eisenbahn bei Dünaburg gemacht werden sollen. Sie ist sich darüber klar, daß dies über den Rahmen des Brester Vertrages hinausgeht und will sich darum nötigenfalls zu Gegenleistungen an anderer Stelle bereitfinden lassen. Einzelheiten wird Major *Brinckmann* mitbringen, der sich Ende der Woche von hier nach Berlin begibt.

Wie *Freiherr v. Lersner* mir sagt, laufen die Wünsche der Obersten Heeresleitung hinsichtlich Dünaburgs darauf hinaus, bei dieser Stadt einen Brückenkopf östlich der Düna zu gewinnen. Dies kam in der heutigen Besprechung nicht zum Ausdruck.

v. Rosenberg.

424.

28. 8. 1918: Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung über die Unterzeichnung der Ergänzungsverträge

Rußland. Politisches Nr. 1, Bd. 26. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 438 (Morgenausgabe). Berlin, 27. August (Amtlich). Heute nachmittag sind im Auswärtigen Amte von deutschen und russischen Bevollmächtigten drei Ergänzungsverträge zu den Brester Verträgen unterzeichnet worden, nämlich ein Ergänzungsvertrag zum Friedensvertrag sowie ein Finanzabkommen und ein Privatrechtsabkommen zur Ergänzung des deutsch-russischen Zusatzvertrages zum Friedensvertrage.¹⁾ Die Verträge bilden das Ergebnis der seit mehreren Wochen zwischen deutschen und russischen Delegierten in Berlin geführten Verhandlungen.

¹⁾ Über die Unterzeichnung der Zusatzverträge vgl. u. a. John S. 89 f.; Abdruck der Texte bei Schultheß, 34. Jg. 1918 II, S. 689 ff.; Baumgart, Ergänzungsvertrag.

Anlage I

Hinterlassenes Werk des zweiten Unterausschusses.¹⁾

Politisches Archiv. Parlamentarischer Untersuchungs-Ausschuß. Akten betreffend: 2. Unterausschuß: Friedensmöglichkeiten Sommer und Herbst 1917. Nr. 43—52. — Maschinenschrift mit einzelnen, zum Teil hektographierten hs. Zusätzen. 21,5 × 33 cm. Heftung nach Teilen (Themen) in Aktendeckeln.

Friedensmöglichkeiten Sommer und Herbst 1917.²⁾

I. Verhandlungen über die Kriegsziele.

Auf dem Titelblatt hs. Zusatz: „Geheim! Wegen unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten noch nicht in der Öffentlichkeit verwendbar!“ Dazu Vermerk mit Kopierstift: „Abgegeben“.³⁾ 267 S.: Dokumente 1—64.

II. Die päpstliche Friedensaktion.

Auf dem Titelblatt hs. Zusatz: „Geheim. Nicht in der Öffentlichkeit zu verwenden, da hierfür Genehmigung des päpstlichen Stuhles erforderlich ist“. Dazu Vermerke: „Exemplar Nr. 1. Ausgehändigt z.d.A.“ „Dieses Exemplar erhält Nr. 1 und ist ausgehändigt an Herrn Konsul v. Bülow“.⁴⁾

161 S.: Dokumente 1—54 (mit ergänzenden Dokumenten, 14 S.).

III. Englische Friedensfühler August bis September 1917.

Auf dem Titelblatt hs. Zusatz (hektographiert): „Geheim! Wegen unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten in der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerke: „Exemplar Nr. 1. Ausgehändigt an z.d.A.“ „Abgegeben Nr. 1—15“.⁵⁾

14 S.: Dokumente 1—6.

¹⁾ Bis auf die Dokumentation über die Friedensaktion *Wilson's*, die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk sowie das Protokoll der Sitzung des Zweiten Untersuchungsausschusses vom 11. Mai 1923 ist das hier aufgeführte Werk des Zweiten Unterausschusses bisher unveröffentlicht.

²⁾ Einen Überblick über den Inhalt des Werkes, die Problematik der einzelnen Themen bei Fischer-Baling a.a.O. S. 126 ff. — Bewertung durch die Alliierten nach dem deutschen Zusammenbruch von 1945 s. oben S. XXXIII, Anm. 122.

³⁾ Folgen die Namen der Persönlichkeiten (Reichstagsabgeordnete, Vertreter der Reichsregierung / Auswärtiges Amt beim Zweiten Unterausschuß, Sachverständige des Zweiten Unterausschusses), die jeweils ein Exemplar erhielten; z. B. *Dr. Breitscheid*, v. *Twardowski*, *Dr. Meerfeld*, *Konsul Dr. Weber*, *Frau Pfülf*, *Dr. Guttman*. Datum: 1920.

⁴⁾ Verbindungsmann der Reichsregierung / Auswärtiges Amt zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuß (Zweiter Unterausschuß). — Außerdem Vermerk auf dem Titelblatt, daß die Exemplare Nr. 2—15 ausgegeben wurden (u. a. an *Prof. Dr. Hoetzsch*, v. *Twardowski*, *Frhr. v. Rheinbaben*). Datum: 1920.

⁵⁾ Folgen die Namen, u. a. *Konsul Dr. Weber*, *Dr. Meerfeld*, *Frau Pfülf*, *Professor Dr. Hoetzsch*, *Professor Schäfer*, *Dr. Kaas*, *Staatssekretär v. Hintze*.

IV. Die Anfrage an England durch Vermittlung des spanischen Gesandten *Villalobar*.

Auf dem Titelblatt hs. Zusatz (hektographiert): „Sehr geheim! Wegen unserer Beziehungen zu den Neutralen nicht in der Öffentlichkeit zu verwenden!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 3 z.d.A.“⁶⁾ 20 S.: Dokumente 1—11.

V. [1] Friedensarbeit des Gesandten *v. d. Lancken*. Hs. Vermerke auf dem Titelblatt: „Eigentum des Auswärtigen Amtes.“ „Exemplar Nr. 4.“ „Abgegeben an Herrn *Dr. Meerfeld*“.
77. S.: Dokumente 1—30.

[2] Friedensaktion *Wilson*s 1916/17. I. Teil. Diplomatischer Verkehr Berlin—Washington 1. 4. 1916 — 15. 2. 1917. Vermerk auf dem Titelblatt: „P. U. A.^{10/1} Drucks[ache]“.
133 S.: Dokumente 1—76.

VI. Fühlungnahme mit Frankreich.

1. Friedensgespräche *Haguenin*—*Graf Keßler*.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! Wegen unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht in der Öffentlichkeit verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Ausgehändigt“ Nr. 2—18.⁷⁾
41 S.: Dokumente 1—7.

2. Friedensbemühungen der Frau *Zuckerkindl*.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! Wegen unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht in der Öffentlichkeit verwendbar!“ Dazu Vermerk: Exemplar Nr. 1. Ausgehändigt an z.d.A.⁸⁾
50 S.: Dokumente 1—17.

3. Besprechungen zwischen *Boveri* und *Sauerwein* über Kriegsziele. Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! Wegen unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht in der Öffentlichkeit verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 1. Ausgehändigt an z.d.A.“⁹⁾
26 S.: Dokumente 1—14.

VII. Italien.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! Wegen unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht in der Öffentlichkeit verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 1. Ausgehändigt z.d.A.“¹⁰⁾
18 S.: Dokumente 1—16.

⁶⁾ Folgen die Namen, u. a. Professor *Bonn*, *Dr. Meerfeld*.

⁷⁾ Folgen die Namen, u. a. *Dr. Warmuth*, *v. Twardowski*, *Dr. Breitscheid*.

⁸⁾ Nach einem weiteren Vermerk auf dem Titelblatt ausgehändigt am 25. 11. 1920 an Konsul *Dr. Weber*, *v. Twardowski*, *Dr. Meerfeld*, Frau *Pfülf*, *Dr. Breitscheid*, Frau *Sender* (nachträgl. gestr.), Professor *Dr. Hoetzsch*, *Frhr. v. Rheinbaben*, *Dr. Warmuth* (urspr., gestr. *Dr. Herz*), Professor *Bonn*, *Dr. Guttmann*, Professor *Schäfer*, Staatssekretär *v. Hintze*, *Dr. Kaas*.

⁹⁾ Nach einem weiteren Vermerk auf dem Titelblatt ausgehändigt Nr. 2—14 u. 18 an dieselben.

¹⁰⁾ Nach einem weiteren Vermerk auf dem Titelblatt Exemplar Nr. 2—15 verteilt 1920 an dieselben.

- VIII. Das demokratische Rußland und der Friede.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! Wegen unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht in der Öffentlichkeit verwendbar!“
Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 18“.
213 S.: Dokumente 1—86.
- IX. Zur belgischen Frage.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! Wegen unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht in der Öffentlichkeit verwendbar!“
Dazu Vermerke: „Exemplar Nr. 1 z.d.A.“¹¹⁾
- X. [1] Die Stellung Österreich-Ungarns zu einem Separatfrieden.
Vermerk auf dem Titelblatt: „Exemplar Nr. 2. Ausgehändigt an Herrn Konsul *Weber*.“
58 S.: Dokumente 1—25.
[2] Materialien über die *Czerninsche* Denkschrift von *Dr. v. Twardowski*.
51 S.: Dokumentation mit verbindender Darstellung.
- XI. Über den Zeitpunkt des Kriegsendes. (Aus den Akten der Obersten Heeresleitung.)
Vermerk auf dem Titelblatt: „Exemplar Nr. 1 z.d.A.“¹²⁾
23 S.: Dokumente 1—5.
- XII. Zur Resolution des Reichstags vom 19. Juli 1917.
22 S.: Dokumente 1—9.
- XIII. Tagebuch des Prinzen *Sixtus von Bourbon*. (Übertragungen nach den Veröffentlichungen der *Opinion* und des *Daily Telegraph* vom Januar 1920.)
120 S.: Dokumente 1—21 nebst Anhang mit drei Dokumenten.
- XIV. Berichte
1. des Sachverständigen Staatssekretärs a. D. Admiral *v. Hintze*,
 2. des Abgeordneten Legationsrat *Freiherrn v. Rheinbaben*,
erstattet in der Sitzung des 2. Unterausschusses vom 19. 1. 1921 über den Inhalt der dem Ausschuß vorliegenden Aktenauszüge.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Ganz geheim! Eigentum des Auswärtigen Amtes!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an Herrn Abg. *Dr. Meerfeld*.“
37 S.: „Sitzung des 2. Unterausschusses Mittwoch, den 19. Januar 1921, vorm. 10 Uhr.“

¹¹⁾ Nach einem weiteren Vermerk auf dem Titelblatt Exemplar Nr. 2—14 u. Nr. 18 verteilt 1920 an dieselben.

¹²⁾ Nach einem weiteren Vermerk auf dem Titelblatt ausgehändigt Exemplar Nr. 2—14 u. 18 an dieselben Personen 1920 wie oben S. 708, Anm. 8.

- XV. 2. Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Sitzung vom 6. Dezember 1921 nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Vernehmung des Staatssekretärs a. D. v. *Kühlmann*. Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 14 ist ausgehändigt an Konsul *Dr. Weber*.“
59 S.
- XVI. 2. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Sitzung vom 7. Dezember 1921, nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Vernehmung des Staatssekretärs a. D. *Dr. v. Kühlmann*. (Fortsetzung.) Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 13 ist ausgehändigt an: Herrn Amtsgerichtsrat *Dr. Herz*.“
62 S.
- XVII. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 19. Dezember 1921. Tagesordnung: Vernehmung des Staatssekretärs a. D. *Dr. Helfferich*. Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 1. Ausgehändigt an Herrn Amtsgerichtsrat *Dr. Herz*.“
81 S.
- XVIII. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 20. Dezember 1921. Tagesordnung: Vernehmung des Staatssekretärs a. D. *Dr. Helfferich*. (Fortsetzung.) Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 15. Ausgehändigt z.d.A.“
55 S.
- XIX. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am Dienstag, den 17. Januar 1922. Vernehmung des Reichsministers a. D. *Dr. Rosen* und des Gesandten a. D. v. *der Lancken*. Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 14. Ausgehändigt an Konsul *Dr. Weber*.“
51 S.
- XX. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am Dienstag, den 31. Januar 1922. Vernehmung des Reichsministers a. D. *Grafen v. Brockdorff-Rantzau* und des Gesandten a. D. *Freiherrn v. Romberg*. Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 6. Ausgehändigt an Abg. *Dr. Quessel*.“

- XXI. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am Donnerstag, den 2. März 1922, vorm. 10 Uhr. Vernehmung des Generals *v. Haeflen*.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 6. Ausgehändigt an Herrn *Dr. Quessel*.“
61 S.
- XXII. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am Freitag, den 3. März 1922, vorm. 10 Uhr. Vernehmung der Generale *v. Haeflen* und *Bartenwerffer*.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 5. Ausgehändigt an Herrn *Dr. Meerfeld*.“
45 S.
- XXIII. Bericht über die tatsächlichen Vorgänge in Deutschland, die mit der Friedensaktion des Papstes im Sommer 1917 unmittelbar zusammenhängen. Von *Dr. v. Twardowski*
52 S.: Dokumentation mit verbindendem Text.
- XXIV. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am Freitag, den 7. April 1922. Vernehmung des Botschafters *v. Bergen*.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 13. Ausgehändigt an den Ober-Regier[ungs]-Rat Herrn *Dr. Meyer*.“
- XXV. [Fehlt in den Akten.]
- XXVI. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am Mittwoch, den 8. Juni 1922. Vernehmung des Reichsministers a. D. und Mitglied des Reichstages *Scheidemann* und Vernehmung des Staatssekretärs a. D. *v. Kühlmann*.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 6. Ausgehändigt an *Dr. Quessel*.“
58 S.
- XXVII. Nachtrag zu Aktenstück II. „Die päpstliche Friedensvermittlungskaktion im Sommer und Herbst 1917.“ Aufzeichnung des Gesandten *v. Rosenberg*, die dieser für den Reichsminister des Äußern nach *Erzberger's* Rede vom 26. 7. 1919 anfertigte.
9 S.
- XXVIII. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 18. Dezember 1922. Vernehmung des Gesandten Freiherrn *v. Romberg* und des Botschafters *Grafen Wedel*.

Auf dem Titelblatt Vermerk: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an: Herrn *Dr. Meyer*.“
56 S.

XXIX. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 11. Januar 1923. Vernehmung des Gesandten *Freiherrn v. d. Lancken*.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an: Herrn Oberregierungsrat *Dr. Meyer*.“

XXX. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags am 30. Januar 1923. Vernehmung des Staatssekretärs *v. Kühlmann*.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 5. Ausgehändigt an: Herrn *Dr. Quessel*.“
32 S.

XXXI. Die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk

I. Teil.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerke: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an: *Dr. Meyer*. Auswärtiges Amt, Wilhelmst[raße] 75, Hauptarchiv.“ „P. U. 164²³“. „PUA 13“.

172 S.: Dokumente 1—73.

II. Teil.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerke: „Exemplar Nr. 5. Ausgehändigt an: Herrn *Dr. Quessel*.“ „P. U. 164²³“. „PUA 13“.

168 S.: Dokumente 74—156.

III. Teil.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerke: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an: *Dr. Meyer*.“ „P. U. 166²³“.

373 S.: Dokumente 157—245.

IV. Teil.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerke: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an: *Dr. Meyer*.“ „P. U. 167²³“.

410 S.: Dokumente 246—380, dazu Anlagen 1—8.

Anlagen.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerke: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an: *Dr. Meyer*.“ „P. U. 168²³“.

139 S.: Dokumente 1—36.

XXXII. Separatfriedensmöglichkeiten im Osten im Jahre 1916.

1) Allgemeines mit Einschluß der Vermittlungsversuche durch den Fürsten *Bebutov*.

1. Teil.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 3. Ausgehändigt an Herrn *Dr. Quessel*.“

87 S.: Dokumente 1—51.

2. Teil.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 3. Ausgehändigt an Herrn *Dr. Quessel*.“

175 S.: Dokumente 1—92.

2) Vermittlungsversuche durch den bulgarischen Gesandten *Rizoff*. Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 3. Ausgehändigt an Herrn *Dr. Quessel*.“

22 S.: Dokumente 1—15.

3) Friedengespräche des *Dr. Warburg* mit *Graf Ollusev* und *Protopopov*.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 14. Ausgehändigt an *Dr. Meyer*, A[uswärtiges] A[mt].“

49 S.: Dokumente 1—17.

4) Versuche, mit Rußland durch Vermittlung von Japan zu einem Separatfrieden zu kommen.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 14. Ausgehändigt an Herrn Oberregierungsrat *Dr. Meyer*, A[uswärtiges] [Amt].“

158 S.: Dokumente 1—97.

XXXIII. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses am 11. Mai 1923, vormittags 11 Uhr.

25 S.

XXXIV. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 7. Juni 1923, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Entgegennahme eines Berichtes des Abgeordneten *Freiherrn v. Rheinbaben* über die Friedensmöglichkeiten im Osten im Jahre 1916.

Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an Herrn Oberregierungsrat *Dr. Meyer*.“

- XXXV. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 4. Juli 1923, vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Vernehmung des Gesandten *Freiherrn v. Lucius*, des Staatssekretärs a. D. *v. Jagow* und des Gesandten a. D. *Dr. Riezler* zu den Friedensmöglichkeiten im Osten in den Jahren 1916/17.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an Herrn Ob[er]-Reg[ierungs]-Rat *Dr. Meyer*.“
55 S.
- XXXVI. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 6. Juli 1923, vormittags 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Vernehmung des Staatssekretärs a. D. *Zimmermann*, des *Dr. Fritz Warburg* sowie des Abgeordneten *Hugo Stinnes* zu den Friedensmöglichkeiten im Osten in den Jahren 1916/17.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 7. Ausgehändigt an Herrn Oberreg[ierungs] R[at] *Dr. Meyer*.“
133 S.
- XXXVII. Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 26. Januar 1924, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Vernehmung des Reichsministers a. D. *Dr. Rosen* sowie des Generals *v. Haefen* über die Friedensgespräche im März 1918 im Haag.
Auf dem Titelblatt Zusatz: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar!“ Dazu Vermerk: „Exemplar Nr. 9. Ausgehändigt an Herrn *Dr. Meyer*.“
48 S.

Einzelne Materialien

1. Schreiben des Staatssekretärs a. D. *Zimmermann* vom 18. 4. 1921 (päpstliche Friedensvermittlung).
Vermerk: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht zu verwenden.“
2. Auszug aus dem Begleitschreiben des ehem. Reichskanzlers *Dr. Michaelis* an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß vom 22. 4. 1921.
Vermerk: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht verwendbar“.
3. Ausführungen *Erzbergers* zur päpstlichen Friedensvermittlung. Undatiert.
Vermerk: „Geheim! In der Öffentlichkeit nicht zu verwenden.“
4. Kommentare zu den Feststellungen des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages, betreffend die päpstliche Friedensvermittlung des Jahres 1917.
5. Bemerkungen von *Dr. Herz*, Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, zu „der von dem Herrn Staatssekretär a. D. v. *Kühlmann* erteilten Auskunft“. Undatiert.
6. Dokumente zur *Lancken-Briand'schen* Friedensvermittlungsaktion 1917.
7. I. Die Verletzung der Neutralität Belgiens.
II. Die Zwangsverschickung belgischer Arbeiter nach Deutschland.
III. Die Beschießung feindlicher Städte durch deutsche Luftstreitkräfte.
IV. Der uneingeschränkte Unterseebootkrieg.

Anlage 2

Bisherige Akteneditionen zum Frieden von Brest-Litowsk¹⁾

1. Die Friedensverhandlung in Brest-Litowsk und der Friede mit Rußland . . . Leipzig 1918.
2. Deutsch-Russischer Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen. Der Friedensvertrag mit der Ukraine vom 9. Februar 1918, der Zusatzvertrag und der deutsch-ukrainische Handelsvertrag nebst der amtlichen Denkschrift . . . Hrsg. v. M. Busemann. Berlin 1918.
3. Reichs-Gesetzblatt Jahrgang 1918, Nr. 77, S. 479—654. Friedensvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits. Deutsch-Russischer Zusatzvertrag zu dem Friedensvertrag. Bekanntmachung betr. die Ratifikation des am 3./7. März 1918 in Brest-Litowsk und Bukarest unterzeichneten Friedensvertrages zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits und des am 3./7. März in Brest-Litowsk und Bukarest unterzeichneten Deutsch-Russischen Zusatzvertrages zu dem Friedensvertrage. Vom 7. Juni 1918.
4. Mirnyj dogovor- mezdu Rossiej s- odnoj storony i Germaniej, Avstro-Vengrijej, Bolgariej i Turcijej, s drugoj (Brest-Litovsk-, 3 marta 1918). Moskva 1918.
5. The peace negotiations between Russia and the Central Powers 21 November, 1917 — 3 March, 1918. Washington. Government Printing Office.²⁾
6. Mirnye peregovory v Brest-Litovske s 22/9 dekabnja 1917 g po 3 marta (18 februarja) 1918 g. Tom I. Plenarnye zasedanija. Zasedanija političeskoj komisii. Polnyj tekst stenogramm pod redakciej i s primečanijami A. A. Ioffe (V. Krymskogo) s predislovijem L. D. Trockogo. Moskva 1920.³⁾

¹⁾ In dieser Zusammenstellung sind nur die wichtigsten, größeren Editionen aufgeführt.

²⁾ Darin wird bemerkt (Introduction, S. 6): „ . . . Official protocols of the sessions were provided for at the session on 3 December, but if they were ever published, they are not available at this time of compilation. Most of the following accounts have been taken from the Deutscher Reichsanzeiger, the exact source of each being indicated. The official Russian reports as published in *Isvestia* are not available, but most of them seem to have been sent out by the Russian wireless and published by the (British) Daily Review of the Foreign Press. The versions given in the Deutsche Reichsanzeiger are probably as nearly official as were published in Germany.“

³⁾ An Sitzungsprotokollen sind enthalten: Erste Periode 9. 12. 1917 (22. 11. 1917)—15. 12. 1917 (28. 11. 1917): 1. Plenarnoe zasedanie mirnoj konferencii 9. 12. 1917 (22. 11. 1917); 2. 12. 12. 1917 (25. 11. 1917); 3. Zasedanie Russkoj, Germankoj i Avstro-Vengerskoj delegacij (Političeskaja komissija) 13. 12. 1917 (26. 11. 1917); 4. 14. 12. 1917 (27. 11. 1917); 5. 15. 12. 1917 (28. 11. 1917). — Zweite Periode 9. 1. 1918 (27. 12. 1917)—10. 2. 1918 (28. 1. 1918): 1. Plenarnoe zasedanie mirnoj konferencii 9. 1. 1918 (27. 12. 1917); 2. 10. 1. 1918 (28. 12. 1917) [Vgl. dazu S. 49 ff. Nota. General'nogo Sekretariata Ukrainskoj Narodnoj Respubliki ko vsem vojuščim i nejtral'nym derzavam.]; 3. Zasedanie Russkoj, Germankoj i Avstro-Vengerskoj delegacij (Političeskaja komissija). 10. 1. 1918 (28. 12. 1917); 4. 11. 1. 1918

7. Ministerstvo Inostrannyh Del SSSR. Dokumenty vnešnej politiki SSSR. Tom pervyi, 7 nojabrja 1917 g. — 31 dekabrja 1918 g. Redakcionnaja kolleģija pervogo toma I. I. Zemskov, S. M. Majorov, I. V. Sadčikov, V. M. Chvostov, B. E. Štejn. Moskva 1957.⁴⁾
8. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. Dokumentensammlung. Bd. I. 1917—1918. Berlin 1967.
9. Ministerstvo inostrannyh del SSR, Ministerstvo inostrannyh del GDR, Sovetsko-germanskije otnošenija. Ot peregovorov v Brest-Litovske do podpisanija rapl'skogo dogovora. Sbornik dokumentov. I. 1917—1918 gg. Moskva 1968.
10. Historische Texte der Neuzeit. Hrsg. v. R. Koselleck u. R. Vierhaus. 6. Brest-Litowsk. Ausgewählt u. eingel. v. W. Baumgart u. K. Reppen, Göttingen 1969.

(29. 12. 1917); 5. 11. 1. 1918 (29. 12. 1917) [nachm.]; 6. Plenarnoe zasedanie mirnoj konferencii. 12. 1. 1918 (30. 12. 1917); 7. Zasedanie Russkoj, Ukrainskoj, Germanskoj i Avstro-Vengerskoj delegacij (Političeskaja komissija). 12. 1. 1918 (30. 12. 1917); 8. Zasedanie Russkoj, Germanskoj i Avstro-Vengerskoj delegacij (Političeskaja komissija). 14. 1. 1918 (1. 1. 1918); 9.; 15. 2. 1918 (2. 1. 1918); 10. 15. 2. 1918 (2. 1. 1918) [nachm.]; 11. 18. 1. 1918 (5. 1. 1918); 12. 18. 1. 1918 (5. 1. 1918) [nachm.]; 13. Plenarnoe zasedanie mirnoj konferencii 30. 1. 1918 (17. 1. 1918); 14. Zasedanie Russkoj, Germanskoj i Avstro-Vengerskoj delegacij (Političeskaja komissija). 31. 1. 1918 (18. 1. 1918); 15. Plenarnoe zasedanie mirnoj konferencii. 1. 2. 1918 (19. 1. 1918); 16. Zasedanie Russkoj, Germanskoj i Avstro-Vengerskoj delegacij (Političeskaja komissija). 3. 2. 1918 (21. 1. 1918); 17. 7. 2. 1918 (25. 1. 1918); 18.; 9. 2. 1918 (27. 1. 1918); 19. Zasedanie podkomissii po territorial'nym voprosam. 10. 2. 1918 (28. 1. 1918); 20. 10. 2. 1918 (28. 1. 1918) [nachm.]; 21. Zasedanie Russkoj, Germanskoj i Avstro-Vengerskoj delegacij (Političeskaja komissija). 10. 2. 1918 (28. 1. 1918). — Dritte Periode 1. 3. 1918 (16. 2. 1918) bis 3. 3. 1918 (18. 2. 1918); 1. Plenarnoe zasedanie mirnoj konferencii 1. 3. 1918 (16. 2. 1918); 2. 1. 3. 1918 (16. 2. 1918) [nachm.]; 3. Soveščanie predsedatelej delegacij. 1. 3. 1918 (6. 2. 1918); 4. Plenarnoe zasedanie mirnoj konferencii. 3. 3. 1918 (18. 2. 1918); 5. 3. 3. 1918 (18. 2. 1918) [nachm.]. — Dazu S. 242 ff. Anmerkungen und Beilagen; S. I ff. Vorwort *Trockijs: Die Brester Etappe*.

⁴⁾ Vgl. bes. S. 11 ff., 437 ff. — Hierzu Gottlieb, S. 59: „... The most valuable portion of the fresh material is that which reproduces the detailed agreements with the Central Powers at and after Brest-Litovs, the skilful rearguard actions fought by *Lenin*, *Chicherin* and *Joffe* against the unceasing encroachments by the Kaiser's government, the dramatic incidents improvised by the latter as a pretext for the sudden rupture of relations, and the failure of the sanguine Soviet overtures to the Republican authorities in Germany“.

Register

- Adalbert**, Prinz von Preußen, Prinzregent von Braunschweig 688
- Adler**, Victor, österreichischer sozialdemokratischer Parteiführer und Publizist 430
- Alekseev**, Michail Vasil'evič, General, Oberbefehlshaber der russischen Armee März-Mai 1917, Kommandeur einer antibolschewistischen Freiwilligenarmee 592
- Alekseev**, Sozialrevolutionär, Mitglied der russischen Delegation 617, 633
- Alexander II.**, Nikolajewitsch, Zar von Rußland 581, 603
- Allenby**, Sir Edmund H. H., Viscount, britischer Feldmarschall 104
- Altwater**, Vasilij Michajlovič, Konteradmiral, Mitglied der russischen Delegation 41, 45, 96, 136, 617
- Anastassow**, Dr. Theodor, Legationssekretär, Mitglied der bulgarischen Delegation 40, 45, 135, 657
- Anadogski**, General, Mitglied der russischen Delegation 617, 633
- Andrássy**, Julius Graf (d. J.), ungarischer Politiker, Oktober 1918 österr.-ungar. Minister des Äußern 272, 291
- Arz v. Straußenburg**, Arthur Frhr., Generaloberst, Chef des österr.-ungar. Generalstabes 33, 364, 441
- Averescu**, Alexandru, rumänischer Ministerpräsident 606, 625
- Baden**, Luise, Großherzogin von 96
- Bartenwerffer**, Paul v., deutscher Generalmajor, Chef der Politischen Abteilung in der O.H.L. 72, 75, 79, 81, 602, 711
- Beldiman**, Alexander, rumänischer Gesandter in Berlin bis 1916 697
- Beljakov**, russischer Soldat, Mitglied der russischen Waffenstillstandsdelegation 41
- Benedikt XV.**, Papst 1914—1922 9, 17, 22, 137, 208, 693, 711, 715
- Berckheim**, Philipp v., Legationssekretär im Auswärtigen Amt 90, 91, 92, 96, 525 f., 531, 548, 562 f., 565
- Bergen**, Carl-Ludwig Diego v., Vortragender Rat im Auswärtigen Amt XXVII, XXVIII, 120, 131, 202, 711
- Berger**, Baron, Rittmeister d. R., Mitglied der österr.-ungar. Waffenstillstandsdelegation 40
- Bergsträßer**, Dr. Ludwig, MdR (DDP) XXXVI
- Bernhard**, Georg, Chefredakteur der Vossischen Zeitung 179, 181, 290
- Bernstorff**, Johann Heinrich Graf v., deutscher Botschafter in Konstantinopel 104, 105, 578, 585, 625, 655, 685, 700
- Beseler**, Hans Hartwig v., Generalgouverneur von Warschau 1917/18 184
- Bethmann Hollweg**, Theobald v., Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident 1909-1917 9, 178, 180, 238, 696
- Biermann**, deutscher Generalkonsul in Petersburg 559
- Binzwanger**, Dr. med. 291
- Bismarck**, Otto Fürst v. XXVI, 185, 190, 289, 694
- Bizenko**, Anastasia W., Mitglied der russischen Delegation 41, 95, 136, 552
- Blagonravov**, G., Mitglied des sovjetischen Ausschusses für Verteidigung 653
- Bloch**, Dr. Walter, Amtsrichter, Sekretär des 4. Unterausschusses 1920, ab 1922 des 2. Unterausschusses XIX f., XXX, XXXII, XXXIV, XXXVI, XLI, 6, 7
- Bobiški**, Stanislaw, führender polnischer Kommunist 487, 494 f., 499, 502
- Bonč-Bruevič**, Michail Dimitrievič, russischer General, Geschäftsführer im Rat der Volkskommissare XLVIII, 26, 71, 557, 653
- Bonn**, Dr. Moritz, Professor an der Handelshochschule Berlin, Sachverständiger des 2. Unterausschusses XVIII f., XXXI, 708
- Bourbon-Parma**, Sixtus Prinz v. 709
- Bourgeois**, Léon, französischer Außenminister 9. 6.—3. 8. 1914 696
- Bray-Steinburg**, Otto Graf v., bayerischer Ministerpräsident 1870/71 190
- Bredt**, Prof. Dr. Joh. Victor, Gutachter des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses XXVIII
- Breitscheid**, Dr. Rudolf, MdR (USPD/SPD) XIX, XXI, XXVIII, 3, 6, 10, 707 f.

- Briand**, Aristide, französischer Ministerpräsident 1915—1917 XXVIII, XXXI, 3, 9, 715
- Brinckmann**, Friedrich, deutscher Major, Generalstabsoffizier beim Oberbefehlshaber Ost 40, 129, 135, 429, 706
- Brockdorff-Rantzau**, Ulrich Graf v., deutscher Gesandter in Kopenhagen XL, 84, 710
- Telegramm an AA [7. 12. 1917] 83 f.; [12. 12. 1917] 98 f.; [5. 1. 1918] 207; [25. 2. 1918] 604
- Bruce Lockhart**, Robert Hamilton, britischer Generalkonsul in Petersburg 1918 IL, 9, 45, 675
- Buchanan**, Sir George William, britischer Botschafter in Petersburg 1910—1917 IL, 4, 9, 29 f., 248, 460
- Bülow**, Dr. Bernhard Wilhelm Frhr. v., Legationssekretär im Auswärtigen Amt XX, 40, 45, 66, 71, 83, 86—88, 658 f., 707
- Bussche-Haddenhausen**, Hilmar Frhr. v. dem, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt 1916—1918 32, 38, 66, 81, 90, 117, 122, 171, 223, 306, 308, 337, 362 f., 368, 371, 382 f., 396, 417, 559, 575, 580 f., 612, 648, 704 f.
- Unterredung mit Hohenlohe [30. 12. 1917] 176 f.
- bei Besprechungen Reichsleitung—O.H.L. [6. 12. 1917] 72; [7. 12. 1917] 75
- Aufzeichnung über „Krieg und Frieden“ 553—555
- Schreiben an Hertling [10. 11. 1917] 16
- Kühlmann [27. 12. 1917] 138
- Wilhelm II. [17. 1. 1918] 366 f.
- empfängt Schreiben von Hertling [14. 11. 1917] 22
- Kühlmann [27. 12. 1917] 158
- Telegramm an Berckheim [8. 12. 1917] 91
- Botschafter in Wien, Konstantinopel und Sofia [19. 2. 1918] 578 f.; [20. 2. 1918] 585
- Generalgouvernement Warschau und Kühlmann [27. 12. 1917] 157
- Kühlmann [3. 1. 1918] 193 f.; [7. 1. 1918] 224 f.; [24. 2. 1918] 601; [18. 3. 1918] 702
- Lersner [6. 1. 1918] 212; [10. 3. 1918] 699
- Lucius [18. 12. 1917] 131
- Rosenberg [25. 12. 1917] 143; [6. 1. 1918] 213 f.; [12. 1. 1918] 289 f.; [13. 1. 1918] 307; [15. 1. 1918] 341; [22. 1. 1918] 418; [25. 1. 1918] 430; [31. 1. 1918] 452; [27. 2. 1918] 613, 617; [2. 3. 1918] 654; [7. 3. 1918] 686
- Wedel [19. 2. 1918] 574
- empfängt Telegramm von Berckheim [10. 12. 1917] 90 f.
- über deutsches Ultimatum 578 f., 621 f., 686
- „Faustschlag“ Hoffmanns 341
- Frieden mit Rußland 138, 452
- Friedensverhandlungen mit Ukraine 307
- Kündigung des Waffenstillstandes 574, 601
- Pressezensur 289 f.
- Räumungsfrage 366 f., 699
- Sonderfrieden Österreichs 176 f.
- Teilnahme Polens an Friedensverhandlungen 143, 157, 224 f.
- Verlegung des Verhandlungsortes 193 f.
- Caillaux**, Joseph, 1899—1912 französischer Ministerpräsident 186, 192
- Cambon**, Jules Martin, französischer Botschafter in Berlin 1907—1914 696
- Capelle**, Eduard v., deutscher Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamtes 1916—1918 72, 74, 81
- Carol I.**, König von Rumänien 1881—1914 697
- Černov**, V. M., russischer Sozialrevolutionär, Vorsitzender der Konstituierenden Versammlung 1918 565
- Čičerin**, Georgij Vasilievič, Volkskommissar des Äußern 1918—1930 LVI, 422, 617, 633, 655, 657, 675, 698 f., 701, 717
- Cihureanu**, Ministerpräsident der bessarabischen Republik Moldau 1918 625
- Clausewitz**, Carl v., preußischer General und Militärschriftsteller IL, 305, 532
- Clemenceau**, Georges, französischer Ministerpräsident 1917—1920 23, 89, 128, 186, 192, 196, 568
- Cohn**, Dr. Oskar, MdR (SPD/USPD) XVIII, 8
- Collredo-Mansfeld**, Ferdinand Graf zu, österr.-ungar. Legationsrat 135
- Conrad v. Hötzendorf**, Franz, österr.-ungar. Feldmarschall, 1912—1917 Chef des Generalstabes 67
- Coudenhove**, Max Graf, 1915—1918 Statthalter in Böhmen 364
- Cramon**, August v., deutscher Generalmajor, Militärbevollmächtigter bei der österr.-ungar. O.H.L. 92, 154, 176, 210, 212, 441
- Csicserics v. Bacsóány**, Maximilian, General, Mitglied der österr.-ungar. Delegation 135, 233, 520, 656, 660
- Curupa**, Alexander Dimitrievič, russischer Volkskommissar für Ernährungswesen 596 bis 598, 599

- Czáky, Emmerich Graf**, Legationssekretär, Mitglied der österr.-ungar. Delegation 40, 45, 135, 430, 438
- Czernin v. und zu Chudenitz, Ottokar Graf**, österr.-ungar. Minister des Äußern 1916 bis 1918 XXXI, 9, 19, 33, 42, 44, 54, 67, 84, 93, 119, 126, 134, 148—150, 154, 157, 169 f., 173, 187, 192, 206, 208, 224, 234, 247 f., 273, 301, 306, 326 f., 337, 341 f., 359 f., 365 f., 382, 407, 423, 430, 434, 438, 441 f., 477 bis 479, 499, 502, 505, 536, 568 f., 574 f., 596, 601, 609, 650, 656, 660, 709
- in Sitzung der Friedenskonferenz [24. 12. 1917] 135—137; [25. 12. 1917] 143—157; [27. 12. 1917] 160—164; [9. 1. 1918] 229 bis 234; [10. 1. 1918] 241—251; [12. 1. 1918] 284—287; [30. 1. 1918] 446—452; [1. 2. 1918] 462—475
 - Ausführungen [25. 12. 1917] 144, 147; [27. 12. 1917] 162 f.; [9. 1. 1918] 232 f.; [10. 1. 1918] 242, 251; [12. 1. 1918] 284 f., 287; [30. 1. 1918] 451; [1. 2. 1918] 474
 - in Sitzung der politischen Kommission [11. 1. 1918 a. m.] 255—271; [11. 1. 1918 p. m.] 277—283; [12. 1. 1918] 294—301; [18. 1. 1918] 373—380; [31. 1. 1918] 453 bis 459; [3. 2. 1918] 479—488; [7. 2. 1918] 492 bis 502; [9. 2. 1918] 509—520
 - Ausführungen [11. 1. 1918 a. m.] 257 f., 261, 270; [11. 1. 1918 p. m.] 283; [12. 1. 1918] 294; [18. 1. 1918] 380; [31. 1. 1918] 453, 455—459; [3. 2. 1918] 484, 487; [7. 2. 1918] 496, 498 f.; [9. 2. 1918] 510 f., 516 f., 520
 - in Sitzung mit Ukrainern [6. 1. 1918] 215 bis 220; [13. 1. 1918] 317—325; [19. 1. 1918 a. m.] 390—395; [19. 1. 1918 p. m.] 397 bis 405
 - Ausführungen [13. 1. 1918] 318, 320—322, 324; [19. 1. 1918 a. m.] 390—395; [19. 1. 1918 p. m.] 399 f., 402—405
 - Rede im österreichischen Abgeordnetenhaus [25. 1. 1918] 427 f.
 - Besprechung mit Kühlmann und Popow [24. 12. 1917] 141 f.
 - Joffe [20. 12. 1917] 128
 - Reichsleitung und O.H.L. [6. 2. 1918] 492
 - Bericht an Kaiser Karl [11. 1. 1918] 283
 - Funkspruch an russische Regierung [29./30. 11. 1917] 30 f., 34 f.
 - empfängt Funkspruch Trockijs [18. 2. 1918] 573
 - Schreiben an Hertling [10. 11. 1917] 16—19; [17. 11. 1917] 22 f.
 - Hohenlohe [12. 11. 1917] 16, 19
 - Kaiser Karl [15. 1. 1918] 364
 - Baron Müller [26. 12. 1917] 13, 172
 - empfängt Schreiben von Hertling [14. 11. 1917] 22
 - Hohenlohe [21. 1. 1918] 222
 - Graf Thurn [12. 11. 1917] 22
 - Telegramm an Ministerpräsidenten in Wien und Budapest [19. 1. 1918] 389
 - Baron Müller [27. 12. 1917] 172
 - empfängt Telegramm von Gautsch [31. 12. 1917] 172
 - Hertling [3. 3. 1918] 676
 - über Anerkennung ukrainischer Delegation 284, 474, 516
 - Aufnahme von Verhandlungen mit Rußland 13, 16, 22 f., 31 f., 34 f.
 - austro-polnische Lösung 79, 369 f.
 - „Faustschlag“ Hoffmanns 427 f.
 - Friedensschluß mit Ukraine 571
 - galizische Frage 307 f., 391 f.
 - Grenzfragen 238, 390—392, 396, 456, 510 f.
 - Minderheitenfrage 394, 400
 - Oktoberrevolution 16—19
 - präsumtives Votum 484
 - Pressezensur 496, 498 f.
 - Räumungsfrage 172
 - Selbstbestimmungsrecht 142, 318, 322, 324, 510, 555
 - Separatfrieden mit Rußland 153, 171 f., 176 f., 529
 - Teilnahme Polens an Friedensverhandlungen 127, 191, 225
 - ukrainische Lösung 362, 369, 390 f., 451, 457, 476
 - Verlegung des Verhandlungsortes 232 f.
 - Verhandlungstaktik der Bolschewiki 389, 484, 487, 496, 498 f.
 - Memoiren XL, IL, 5, 17, 23, 145, 171, 300, 415
- Dandl, Dr. Otto Ritter v.**, bayerischer Ministerpräsident 1917/18 178, 179, 189 f., 198, 222, 252
- Dauge, P.**, Vertreter der Moskauer Organisation der kurländischen Flüchtlinge 551
- David, Dr. Eduard**, MdR (SPD) 383, 702, 705
- Delbrück, Prof. Dr. Hans**, Historiker, Hrsg. der Preußischen Jahrbücher XXVIII
- Dellinghausen, Eduard Frhr. v.**, Ritterschaftshauptmann von Estland 624
- Demblin, August Graf v.**, Sektionsrat im österr.-ungar. Außenministerium 56, 529
- Des Fours, Graf**, österr.-ungar. Gesandter in Stockholm 13
- Deutelmoser, Erhard Eduard**, Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, Pressechef der Reichskanzlei seit 1917 229, 305, 433, 436, 558
- Dittmann, Wilhelm**, MdR (SPD/USPD) XXXVI

- Dobrowitsch**, Chef des Geheimkabinetts König Ferdinands I. von Bulgarien 149, 414
- Dolino-Dobrovolski**, Kapitän, Mitglied der russischen Delegation 41, 96
- Dove**, Heinrich, MdR (Fortschrittliche Volkspartei) 577
- Dówbór-Mušnicki**, Josef v., General, Kommandeur des polnischen Truppenverbandes im russischen Heer 91, 406
- Duchonin**, Nikolai Nikolaevič, russischer General 25, 26, 28, 71, 592
- Ebert**, Friedrich, Vorsitzender der SPD, MdR, Reichspräsident 1919—1925 XV, 383, 427, 436
- Eckardt**, Vortragender Rat in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes 559
- Eichhorn**, Hermann v., deutscher Generalfeldmarschall, Befehlshaber der Heeresgruppe Eichhorn 39, 655
- Eidukevičius**, führender litauischer Sozialist 624
- Ellenbogen**, Dr. Wilhelm, österreichischer Sozialdemokrat 428
- Enver Pascha**, türkischer Staatsmann und General 602, 685
- Ernst Günther**, Herzog zu Schleswig-Holstein 132
- Erzberger**, Matthias, MdR (Zentrum) XVII, XXVIII, 109, 299, 383, 390, 437, 692, 711, 715
- Falkenhausen**, Friedrich Frhr. v., deutscher Unterstaatssekretär, 1917/18 Reichskommissar für Kurland und Litauen 76, 77—79, 81 f.
- Fehrenbach**, Constantin, MdR (Zentrum) 170, 702, 705
- Ferdinand I.**, seit 1887 Fürst, 1908—1918 König von Bulgarien 63, 104, 149, 414, 438
- Ferdinand I.**, König von Rumänien 1914—1927 526, 697
- Fiore**, Pasquale, Professor für Verfassungs- und internationales Recht 328
- Fischbeck**, Otto, MdR (Fortschrittliche Volkspartei), 1918 preußischer Handelsminister 383
- Fischer-Baling**, Eugen, Sekretär des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses XIII, XVIII, XX—XXIV, XXVII, XXIX, XXXII—XXXIV, 707
- Flotow**, Ludwig v., Sektionschef im österr.-ungar. Außenministerium 232, 364
- Fokke**, J. G., Oberst, Mitglied der russischen Delegation 41, 96, 136
- Fransecky**, v., deutscher Oberst 559
- Franz Joseph I.**, Kaiser von Österreich, König von Ungarn 210, 704
- Freytag-Loringhoven**, Hugo Frhr. v., deutscher General 76
- Friedrich August III.**, König von Sachsen 293
- Friedrich Wilhelm I.**, König von Preußen 189, 595
- Frohwein**, Dr., Legationsrat, Vertreter des Auswärtigen Amtes beim 2. Unterausschuß XXI, XXXI f.
- Fürstenberg**, Maximilian Egon II. Fürst zu, Vizepräsident des österreichischen Herrenhauses 422
- Gantschew**, Peter, Oberst, Mitglied der bulgarischen Delegation 40, 59, 63, 108, 135, 209, 212, 223, 233, 462, 466, 470, 474 f., 657
- Gautsch v. Frankenthurn**, Dr. Oskar Frhr., Legationssekretär im österr.-ungar. Außenministerium 172, 195
- Gießler**, Oberst im preußischen Kriegsministerium 559
- Glaise-Horstenau**, Edmund v., Major, Mitglied der österr.-ungar. Delegation 135
- Goldberg**, Hermann, deutscher Agent 109
- Gorbunov**, N., Sekretär des Rates der Volkskommissare 26, 600 f.
- Goremykin**, Ivan Longinovič, russischer Ministerpräsident 1906 und 1914—1916
- Gorki**, Maxim, russischer Dichter 564
- Goßler**, Alfred v., MdR (Konservative Partei), Chef der Militärverwaltung in Kurland 78
- Gothein**, Georg, MdR (FVP/DDP) XVIII f., XXIV
- Graz**, Dr. Gustav, Sektionschef im österr.-ungar. Außenministerium 506, 520, 538

- Gröber, Adolf**, MdR (Zentrum) 577
- Groener, Wilhelm**, deutscher General, April 1918 Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Eichhorn I, 241
- Gronau, v.**, deutscher General, Oberbefehlshaber der Armeedivision Gronau 655
- Grünau, Werner Frhr v.**, Legationsrat, Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier 19, 84, 91, 99—102, 105, 135, 137, 452 f., 478, 492, 526—528, 580, 584, 589, 659, 691
- Telegramm an AA [12. 12. 1917] 98; [22. 12. 1917] 132; [2. 2. 1918] 476 f.; [9. 2. 1918] 508 f.; [20. 2. 1918] 584; [7. 3. 1918] 687 f.
- Hertling [12. 12. 1917] 92 f.
- Kühlmann [14. 12. 1917] 106; [10. 2. 1918] 530 f.
- empfängt Telegramm von Hertling [8. 12. 1917] 84
- Gruševskij, Prof. M. S.**, ukrainischer Historiker, 1917/18 Vorsitzender der Kiever Rada 206, 473
- Gubastov** 519
- Gusev, Sergij Ivanovič**, Sekretär des Petersburger Revolutionären Militärkomitees 653
- Gustav II.**, Adolf, König von Schweden 620
- Gutschkov, Alexander Ivanovič**, russischer Kriegs- und Marineminister 2. 3.—30. 4. 1917 7
- Guttman, Dr. Bernhard**, Journalist XIX, XXII, XXXI, 7, 707 f.
- Haase, Hugo**, MdR (SPD/USPD) 89, 408, 692
- Haeflten, Hans v.**, deutscher Oberst, Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes 1916—1918 XX, 711, 714
- Hagenin XXV**, 708
- Hahn, Baronin**, Deutsch-Baltin 624
- Hakki Pascha, Ibrahim**, türkischer Botschafter in Berlin 135 f., 603, 625 f., 642 f., 655—657, 665 f.
- Halil Bey Pascha**, türkischer Minister des Äußern 625, 626, 656, 685, 700
- Haniel v. Haimhausen, Edgar v.**, Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1919—1923 XXV
- Hegel, Friedrich** 454
- Heidenstamm, v.** 213 f.
- Heinemann**, Direktor bei der Deutschen Bank 121
- Helfferrich, Dr. Karl**, Staatssekretär des Innern 1916/17 8, 710
- Helphand, Dr. Alexander** (Pseudonym Parvus), Berater der Reichsleitung in Fragen der russischen Revolution 108, 109
- Henderson, Arthur**, Parteivorsitzender der Labour Party 254
- Heppe, Theodor v.**, deutscher Rittmeister 78
- Hertling, Prof. Dr. Georg Graf v.**, Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident 1917/18 16, 35 f., 39, 72—77, 79, 81 f., 123, 132 f., 137, 148 f., 157, 160, 176 f., 208, 211 f., 214 f., 222 f., 235, 238—241, 247 f., 252, 255, 276 f., 279 f., 284, 294, 309, 317, 327, 335, 338 f., 342, 351, 363, 368, 373, 382—384, 390, 397, 406 f., 424 f., 435, 438, 446, 453, 461 f., 475, 478 f., 492, 508 f., 524, 535, 537, 557, 559, 562, 568, 609 f., 612 f., 617, 622, 644, 650 f., 666, 669, 673, 684 bis 688, 691, 693, 706
- Besprechung mit der O.H.L. [6./7. 12. 1917] 70—83
- Czernin und Ludendorff [6. 2. 1918] 492
- Reden im Reichstag [29. 11. 1917] 33 f., 229; [18. 3. 1918] 202—204
- Hauptausschuß [4. 1. 1918] 205 f.
- Abänderungsvorschläge zu Friedensbedingungen [21. 2. 1918] 585 f.
- Schreiben an Czernin [14. 11. 1917] 22
- empfängt Mitteilung Hindenburgs [4. 12. 1917] 57—59; [13. 12. 1917] 101 f.; [16. 1. 1918] 361
- empfängt Schreiben von Bernstorff [15. 3. 1918] 700
- Czernin [10. 11. 1917] 16—19; [17. 11. 1917] 22 f.
- Dandl [30. 12. 1917] 178 f.; [2. 1. 1918] 189 f.
- Kucharzewski [18. 12. 1917] 126 f.
- Schwerin [12. 1. 1918] 292 f.
- Wedel [17. 1. 1918] 365 f.
- Winterfeldt [27. 12. 1917] 157
- Stellungnahme zur Denkschrift Hindenburgs [26. 12. 1918] 433
- Telegramm an Berckheim [12. 12. 1917] 96—98
- Czernin [3. 3. 1918] 676
- Grünau [8. 12. 1917] 84 f.
- Kühlmann [4. 1. 1918] 203; [19. 1. 1918] 382; [3. 3. 1918] 676
- Kühlmann und Zech [6. 1. 1918] 252
- Rosenberg [1. 3. 1918] 633; [3. 3. 1918] 675
- Wilhelm II. [10. 2. 1918] 536; [11. 2. 1918] 548

- empfängt Telegramm von Bülow [9. 12. 1917] 87
- Grünau [12. 12. 1917] 88—90, 92
- Hindenburg [4. 12. 1917] 57—59; [29. 12. 1917] 170 f.
- Kucharzewski [17. 1. 1918] 371
- Kühlmann [25. 12. 1917] 142 f.; [26. 12. 1917] 150—154; [29. 12. 1917] 171 f.; [4. 1. 1918] 200—202; [7. 1. 1918] 223 f.; [12. 1. 1918] 301; [16. 1. 1918] 360; [17. 1. 1918] 369 f.; [18. 1. 1918] 381 f.; [19. 1. 1918] 389 f.; [1. 2. 1918] 459 f.; [3. 2. 1918] 477; [7. 2. 1918] 502 f.; [8. 2. 1918] 505 bis 508; [10. 2. 1918] 527 f., 528—536; [11. 2. 1918] 547 f.
- Riezler [9. 12. 1917] 88—90
- Rosenberg [25. 1. 1918] 426 f.
- Wilhelm II. [3. 3. 1918] 676
- zur baltischen Frage 129 f.
- über Friedensverhandlungen 33 f., 37, 96—98, 633 f.
- Abbruch 492, 536, 619 f.
- Aufnahme 22, 33 f., 84 f., 229 f.
- Beteiligung Polens 191
- Verhandlungstaktik der Bolschewiki 702 bis 705
- Verlegung des Verhandlungsortes 205
- über Räumungsfrage 96—98
- Selbstbestimmungsrecht 206, 703 f.
- Hertling, Karl Graf v., bayerischer Rittmeister, Sohn des Reichskanzlers XL, LI, 36, 76**
- Herz, Dr. Ludwig, Amtsgerichtsrat, Sachverständiger beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß XXX—XXXII, XXXV f., 8, 120, 708, 710, 715**
- Heuß, Theodor XVI f., LI**
- Hey, deutscher Hauptmann i. G. 40, 322, 324**
- Heydebrand und der Lasa, Ernst v., MdR (Konservative Partei) 461**
- Hindenburg, Paul v., Generalfeldmarschall 52, 57, 60, 67, 85, 94, 97 f., 130, 180, 195, 197 f., 212, 238—240, 326, 370, 407, 433, 460, 507—509, 524—526, 675**
- Besprechung mit der Reichsleitung [6./7. 12. 1917] 72—83
- Telegramm an Hertling [4. 12. 1917] 57—59; [13. 12. 1917] 101 f.; [29. 12. 1917] 170 f.; [16. 1. 1918] 361
- Hoffmann [12. 1. 1918] 292
- Oberbefehlshaber Ost [7. 2. 1918] 505
- empfängt Telegramm von Hertling [12. 12. 1917] 96—98
- Hoffmann [25. 1. 1918] 429 f.
- über Gebietserwerbung und allgemeinen Frieden 148
- litauische Frage 57—59, 73, 292
- Räumungsfrage 101 f., 461, 505
- russische Verhandlungstaktik 361
- Selbstbestimmungsrecht 170 f., 461
- Hintze, Paul v., Admiral, Staatssekretär des Äußern 1918 XIX f., XXX, 3, 707—709**
- Hitler, Adolf XXXIII**
- Hoesch, Dr. Leopold v., Legationsrat im Auswärtigen Amt 135, 453**
- Hoetzsch, Prof. Dr. Otto, deutscher Historiker, MdR (DNVP) XVIII f., XXI, LI, 3, 6—8, 10, 123, 289 f., 707 f.**
- Hoffmann, Max, deutscher Generalmajor, Generalstabschef des Oberbefehlshabers Ost XXXV, 55, 67, 85, 87, 91, 94—98, 102, 117, 119, 148, 150, 153, 167 f., 170 f., 201, 208, 227, 231, 238, 245 f., 273, 301, 305, 326, 331—335, 338—342, 364, 366 f., 370, 372, 378, 381 f., 385, 387—389, 407, 421, 423, 428, 435, 439 f., 452, 477, 497, 505, 507 bis 509, 512, 514, 520, 523, 527, 529, 531 f., 534, 570, 572, 577 f., 584, 611, 629, 650, 656, 675**
- bei Besprechung Reichsleitung—O.H.L. [7. 12. 1917] 75—82
- Waffenstillstandsverhandlungen [3. 12. 1917] 40—45; [4. 12. 1917] 45—51; [5. 12. 1917] 64—66
- Ausführungen [3. 12. 1917] 41—45; [4. 12. 1917] 45, 47—51; [5. 12. 1917] 64 f.
- in Sitzung der Friedenskonferenz [24. 12. 1917] 135—137; [27. 12. 1917] 160—164; [9. 1. 1918] 229—234; [12. 1. 1918] 284 bis 287; [3. 3. 1918] 669—673
- Ausführungen [27. 12. 1917] 163; [9. 1. 1918] 233; [12. 1. 1918] 285 f.; [3. 3. 1918] 369 f., 673
- in Sitzung der politischen Kommission [12. 1. 1918] 294—301; [15. 1. 1918] 351 bis 359; [18. 1. 1918] 373—380; [10. 2. 1918] 537—543
- Ausführungen [12. 1. 1918] 299 f.; [15. 1. 1918] 357; [18. 1. 1918] 376 f.; [10. 2. 1918] 537
- „Faustschlag“ Hoffmanns [12. 1. 1918] 299—301, 305, 339—341, 427 f.
- in Sitzung mit Ukrainern [13. 1. 1918 a. m.] 309—316; [13. 1. 1918 p. m.] 317—325; [19. 1. 1918 a. m.] 390—395; [19. 1. 1918 p. m.] 397—405
- Ausführungen [13. 1. 1918 a. m.] 311, 316; [13. 1. 1918 p. m.] 319—324; [19. 1. 1918 a. m.] 392 f., 395; [19. 1. 1918 p. m.] 404 f.
- Funkspruch an Rat der Volkskommissare [19. 2. 1918] 575
- Schreiben an Rosenberg [1. 2. 1918] 460 f.

- Telegramm an O.H.L. [18. 12. 1917] 128 f.; [25. 1. 1918] 429 f.; [9. 2. 1918] 525 f.; [11. 2. 1918] 548
- empfängt Telegramm von Ludendorff [1. 1. 1918] 187 f.; [6. 1. 1918] 213; [24. 2. 1918] 602 f.
- O.H.L. [12. 1. 1918] 292
- sovjetischer Regierung [3. 1. 1918] 194
- Wilhelm II. [9. 2. 1918] 524 f.
- über Kündigung des Waffenstillstandes 536, 547, 602, 608, 669, 673
- präsumtives Votum 521
- Räumungsfrage 93, 101, 103, 172, 461
- russische Demobilisierung 669 f.
- russische Flugblätter 88, 233, 285 f., 288 f.
- russische Verhandlungstaktik 415, 429 f.
- Selbstbestimmungsrecht 299, 377, 461, 549
- ukrainische Frage 120 f.
- Unterzeichnung des Friedensvertrages 577
- Verlegung des Verhandlungsortes 128
- „Aufzeichnungen“ XL, LI, 31, 141, 415
- Hohenlohe-Schillingsfürst**, Gottfried Prinz zu, österr.-ungar. Botschafter in Berlin 1914 bis 1918 16, 19, 23, 55 f., 123, 127, 176 f., 203, 222, 238, 437
- Holstein**, Friedrich v., Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt 1878—1906 186
- Holtzendorff**, Henning v., deutscher Admiral, Chef des Admiralstabes 1915—1918 72, 81, 432
- Holubovyč**, Vsevolod, ukrainischer Handels- und Industrieminister 1917/18 206, 241, 287 f., 447—449, 462
- in Sitzung der Friedenskonferenz [10. 1. 1918] 241—251; [12. 1. 1918] 284—287
- Ausführungen [10. 1. 1918] 241, 244, 250 f.; [12. 1. 1918] 285
- in Sitzung der politischen Kommission [13. 1. 1918] 317—325
- bei Besprechungen mit deutschen und österr.-ungar. Vertretern [19. 1. 1918 a. m.] 390—395; [19. 1. 1918 p. m.] 397—405
- bei Besprechung mit der deutschen Delegation [13. 1. 1918] 309—316
- über Cholmer Gebiet 391
- Geheimverträge 394 f.
- ostgalizische Frage 313, 391
- Selbstbestimmungsrecht 310 f.
- Unabhängigkeit der Ukraine 241, 314, 474
- wirtschaftliche Fragen 315
- Holzmann**, sovjetischer Diplomat in der Schweiz 610
- Horn**, Kapitän z. S., Mitglied der deutschen Delegation 40, 526, 650, 656, 675
- Horstmann**, Dr. Alfred Carl, Legationsrat, Chef der politischen Abteilung der Militärverwaltung in Rumänien 601
- Hülsen**, Dietrich v., deutscher Hauptmann im Stellvertretenden Generalstab in Berlin 117
- Hutten-Czapski**, Bogdan Graf v., deutscher Kommissar bei der polnischen Staatsregierung LI, 91, 406, 557
- Huysmans**, Camille, belgischer Politiker, Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros 361, 370
- Isenburg-Birstein**, Franz Joseph Fürst zu, Chef der Militärverwaltung in Litauen bis 12. 1. 1918 36, 58, 59, 62, 73, 76, 78 f.
- Izzet Pascha**, General der Kavallerie, Mitglied der türkischen Delegation 233
- Jagow**, Gottlieb v., deutscher Staatssekretär des Auswärtigen 1913/14 519, 714
- Joffe**, Adolf Abramovič, Leiter, dann Mitglied der russischen Delegation XXXVII, 95, 103, 136 f., 193 f., 200 f., 207, 224, 255, 290, 342, 381 f., 385, 387, 418, 427, 430, 438, 451, 552, 617, 622, 633, 642, 717
- in Sitzung der Waffenstillstandskonferenz [3. 12. 1917 p. m.] 40—45; [4. 12. 1917 a. m.] 45—51; [5. 12. 1917] 64—66
- Ausführungen [3. 12. 1917 p. m.] 41 f., 44; [4. 12. 1917 a. m.] 48, 50; [5. 12. 1917] 64 f.
- in Sitzung der Friedenskonferenz [25. 12. 1917] 143—147; [27. 12. 1917] 160—164
- in Sitzung der politischen Kommission [11. 1. 1918 a. m.] 255—271
- Schreiben an Kühlmann [22. 1. 1918] 415
- Anlage 415—417
- Telegramm an Kühlmann [22. 1. 1918] 418 f.
- über Charkover Rada und Brest-Litowsk 415—417
- Friedensvertrag 128 f.
- Demobilisierung 160
- Kündigungsfrist des Waffenstillstandes 48
- Selbstbestimmungsrecht 41, 146, 160—164, 194, 201 f., 269 f., 415
- Verhandlungstaktik 44, 64 f., 147
- Verlegung des Verhandlungsortes 194, 201 f., 231
- Johannes**, Dr. Hermann, Direktor der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes 209
- Jordan**, Dr. Christian Walter, Legationssekretär im Auswärtigen Amt 223, 234, 341 f.
- Joseph**, Erzherzog von Österreich, österr.-ungar. Feldmarschall 21

- Kaas**, Prof. Dr. Ludwig, MdR (Zentrum) XIX, 707 f.
- Kairys**, Dr. Steponas, Mitglied des Präsidiums des litauischen Landesrats 57, 81
- Kaledin**, Alexej Maximovič, russischer General, 1917 Hetman der Donkosaken 420, 592, 598, 605
- Kamenev**, Leo B., führender Bolschewik, Mitglied der russischen Delegation 41—43, 45, 47, 95, 136, 268, 270, 295, 426 f., 445, 452, 460
- Karachan**, Lev Michailovič, Sekretär der russischen Delegation, stellvertretender Kommissar für auswärtige Angelegenheiten 1918—1920 41, 45, 86—88, 136, 416, 552, 617, 630, 633, 651, 654 f., 657, 661, 701
- Karelin**, V. A., linker Sozialrevolutionär, Volkskommissar für den Besitz der Sowetrepublik 446, 552
- Karl I.**, Kaiser von Österreich, König von Ungarn 1916—1918 128, 171 f., 176, 184, 210, 211, 232, 283, 364, 366, 477 f., 505 f., 526, 529
- Kaufmann**, Erich, Professor für Staats- und Völkerrecht XIV, XVI, XXIII f., LI
- Kemnitz**, Hans Arthur v., MdR (DVP/DNVP) XX
- Kerenskij**, Alexander Feodorovič, Ministerpräsident der provisorischen russischen Regierung 1917 XXXV, 7, 16, 71, 124, 181, 447, 593
- Keßler**, Harry Graf v., Rußlandreferent der deutschen Botschaft in Bern XXV, LII, 23, 708
- Keyserlingk**, Walter Frhr. v., deutscher Konteradmiral, Chef der Operationsabteilung des Admiralstabes 213, 432, 436, 438, 452
- Kirdetsov**, Dvoreckij, russischer Informant 580
- König**, Frhr. v., deutscher General, Chef des Generalkommandos 56, 629
- Koerner**, Paul Ernst v., Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Wirtschaftssachverständiger der deutschen Delegation 535, 609, 639, 647, 686 f.
- Korfanty**, Wojciech, MdR (Polenfraktion) 501, 502
- Kosew**, Gesandter, Mitglied der bulgarischen Delegation 135, 142
- Kriege**, Dr. Johannes, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt 1911—1920, Mitglied der deutschen Delegation 367, 369, 431, 532, 609, 627, 639, 647, 650, 687
- Krylenko**, Nikolai Vasilievič, Oberkommandierender der russischen Armee seit November 1917 26, 28, 31 f., 37, 54, 92, 95, 177, 286, 289, 491, 538, 553, 560, 570, 576, 588, 601 f., 607 f., 651, 653, 678 f.
- Kucharzewski**, Prof. Jan, polnischer Ministerpräsident 1917/18 126, 127, 143, 157, 173, 190, 225, 371, 406, 458, 480 f., 485, 557
- Kühlmann**, Dr. Richard v., Staatssekretär des Auswärtigen Amtes 1917/18 XXXVII, 17, 19, 23, 25—27, 33, 36, 39, 42, 44, 51, 59, 67, 84, 92, 96 f., 104, 117, 119 f., 127, 129 f., 148 f., 173, 176 f., 185, 187, 195, 198, 205, 208 f., 212, 222, 235—240, 246—248, 275, 289, 292, 306 f., 361—364, 366, 372, 390, 392, 411 f., 423—425, 431, 433 f., 437, 442 f., 445, 463, 492, 511, 525 f., 536, 549, 555, 562, 567, 569, 583, 587, 590, 595, 606, 618, 627 f., 649, 656, 660, 669, 672, 678, 700 f., 710—712, 715
- in Sitzung der Friedenskonferenz [24. 12. 1917] 135—137; [25. 12. 1917] 143—147; [27. 12. 1917] 160—164; [9. 1. 1918] 229 bis 234; [7. 1. 1918] 241—251; [12. 1. 1918] 284—287; [30. 1. 1918] 446—452; [1. 2. 1918] 462—475
- Ausführungen [24. 12. 1917] 136 f.; [25. 12. 1917] 147; [27. 12. 1917] 160—164; [9. 1. 1918] 229—234; [10. 1. 1918] 241—244, 250 f.; [12. 1. 1918] 287; [30. 1. 1918] 446, 448—450; [1. 2. 1918] 475
- in Sitzung der politischen Kommission [11. 1. 1918 a. m.] 255—271; [11. 1. 1918 p. m.] 277—283; [12. 1. 1918] 294—301; [14. 1. 1918] 327—337; [15. 1. 1918 a. m.] 342—351; [15. 1. 1918 p. m.] 351—359; [18. 1. 1918 a. m.] 373—380; [18. 1. 1918 p. m.] 384—389; [31. 1. 1918] 453—459; [3. 2. 1918] 479—488; [7. 2. 1918] 492—502; [9. 2. 1918] 509—520; [10. 2. 1918] 537 bis 543
- Ausführungen [11. 1. 1918 a. m.] 255—264, 266—271; [11. 1. 1918 p. m.] 277, 279 f., 282 f.; [12. 1. 1918] 294 f., 300 f.; [14. 1. 1918] 327, 335—337; [15. 1. 1918 a. m.] 342—351; [15. 1. 1918 p. m.] 351—359; [18. 1. 1918 a. m.] 373—376, 378—380; [18. 1. 1918 p. m.] 384—389; [31. 1. 1918] 453 f., 456, 458 f.; [3. 2. 1918] 479—484, 487 f.; [7. 2. 1918] 493—496, 498; [9. 2. 1918] 509 f., 514 f., 517 f., 520; [10. 2. 1918] 537 f., 541—543
- in Sitzung mit Ukrainern [6. 1. 1918] 215—220; [13. 1. 1918 a. m.] 309—316; [13. 1. 1918 p. m.] 317—325; [19. 1. 1918 a. m.] 390—395; [19. 1. 1918 p. m.] 397—405

- Ausführungen [6. 1. 1918] 215—220; [13. 1. 1918 a. m.] 309—311, 313—316; [13. 1. 1918 p. m.] 317—325; [19. 1. 1918 a. m.] 393 bis 395; [19. 1. 1918 p. m.] 379, 401—405
- Besprechung mit Czernin und Popow [24. 12. 1917] 141 f.
O.H.L. [6./7. 12. 1917] 72—83
 - Rede im Hauptausschuß [23. 1. 1918] 447 f.
 - Funkspruch an russische Regierung [3. 12. 1917] 37 f.; [18. 2. 1918] 572
 - Telegramm an AA [21. 12. 1917] 143; [23. 12. 1917] 133—135; [24. 12. 1917] 137; [28. 12. 1917] 167 f.; [4. 1. 1918] 206; [6. 1. 1918] 213 f.; [7. 1. 1918] 224 f.; [10. 1. 1918] 252; [14. 1. 1918] 325 f.; [15. 1. 1918] 341; [17. 1. 1918] 370; [20. 1. 1918] 407 f.; [31. 1. 1918] 452 f.; [2. 2. 1918] 475 f.; [3. 2. 1918] 478; [11. 2. 1918] 544; [13. 2. 1918] 559; [25. 2. 1918] 609; [9. 3. 1918] 691
Bussche [27. 12. 1917] 158
Gesandtschaft in Stockholm [13. 12. 1917] 100 f.
Grünau [14. 12. 1917] 106
Hertling [25. 12. 1917] 142 f.; [26. 12. 1917] 150—154; [29. 12. 1917] 171 f.; [4. 1. 1918] 200—202; [7. 1. 1918] 323 f.; [12. 1. 1918] 301; [16. 1. 1918] 360; [17. 1. 1918] 369 f.; [18. 1. 1918] 381 f.; [19. 1. 1918] 389 f.; [1. 2. 1918] 459 f.; [3. 2. 1918] 477; [7. 2. 1918] 502 f.; [8. 2. 1918] 505—508; [10. 2. 1918] 527—536; [11. 2. 1918] 547 f.
Kucharzewski [20. 1. 1918] 406 f.
Oberndorff [20. 1. 1918] 413
O.H.L. [29. 11. 1917] 32
Rosenberg [26. 2. 1918] 611 f.
 - empfängt Schreiben von Joffe [22. 1. 1918] 415
 - empfängt Telegramm von Bussche [24. 12. 1917] 138; [27. 12. 1917] 157; [3. 1. 1918] 193 f.; [7. 1. 1918] 224 f.; [24. 2. 1918] 601; [18. 3. 1918] 702
Grünau [14. 12. 1917] 106; [10. 2. 1918] 530 f.; [19. 2. 1918] 584
Hertling [4. 1. 1918] 203; [3. 3. 1918] 676
Joffe [22. 1. 1918] 418 f.
Keyserlingk [25. 1. 1918] 432
Kucharzewski [2. 1. 1918] 190; [17. 1. 1918] 371
Rosenberg [4. 12. 1917] 54; [1. 3. 1918] 650
Wilhelm II. [9. 2. 1918] 524 f.
 - über Anerkennung der ukrainischen Delegation 447—449
austro-polnische Lösung 79, 341, 369 f., 503
baltische Frage 73, 129
Bayerns Teilnahme an Friedensverhandlungen 252, 446
Demobilisierung Rußlands 349, 418, 541
Dobrudschaffrage 104 f.
„Faustschlag“ Hoffmanns 301, 305
Flugblattaktionen der Sovets 534 f.
 - Friedensangebot der russischen Regierung 32, 37 f.
galizische Frage 313, 360, 369
Kündigung des Waffenstillstandes 527, 532, 547, 559, 572
österreichischer Separatfrieden 153 f., 171 f., 506
polnische Beteiligung an Friedensverhandlungen 143, 225, 407, 494
präsumtives Votum 151, 266—271, 344, 376, 386, 482 f.
Presseinformation 202 f., 547 f.
Räumungsfrage 97, 150 f., 167, 258 f., 261, 370, 507, 527
Selbstbestimmungsrecht 73, 150 f., 262 bis 264, 282, 345, 482, 544
ukrainische Frage 476, 478
Ultimatum an Rußland 584
Verhandlung mit Ukraine 206, 325 f., 477 f., 505
Verhandlungstaktik der russischen Delegation 257, 360, 369, 459, 502, 506
Verlegung des Verhandlungsortes 100 f., 200—203, 218 f., 231
Waffenstillstandsverhandlungen 26
 - „Erinnerungen“ XL, LII, 90, 104 f., 305
- Kwilecki, Franz Graf v., polnischer Rittergutsbesitzer** 225
- Lancken-Wakenitz, Oskar Frhr. v. der, Chef der Zivilverwaltung in Belgien 1916—1918** XXV, XXVIII, XXXI, 3, 9, 361, 708, 710, 712, 715
- Landshoff, Deutsches Rotes Kreuz** 559
- Landwehr v. Pragenau, Otto, österr.-ungar. Generalmajor, Chef des Ernährungswesens** LII, 396
- Langwerth v. Simmern, Dr. Ernst Friedrich Adolf Frhr., Legationsrat im Auswärtigen Amt** 154
- Lansdowne, Henry Charles Keith Petty-Fitzmaurice S. Marquess of, englischer Politiker, Mitglied des Oberhauses** 192, 272, 291
- Ledebour, Georg, MdR (SPD/USPD)** 89, 90, 447
- Lenin, Vladimir Iljič** XXXV, XL, XLII, LII, 16—18, 26, 31—33, 38, 53, 89, 95, 181, 185 f., 200, 207, 214, 223, 242, 244, 274, 367, 406, 426, 452, 466, 478 f., 503, 542, 566—568, 575, 580, 589, 594, 604, 608, 623, 653, 675, 717
- Flugblatt „An die deutschen Soldaten“ [8. 12. 1917] 85 f.
 - Funkspruch [28. 11. 1917] 28; [23. 1. 1918] 422 f.

- Funkspruch an „Alle“ [1. 3. 1918] 650 f.
deutsche Regierung [19. 2. 1918] 573 f.;
[24. 2. 1918] 600
Duchonin [21. 11. 1917] 26, 71
- empfängt Funkspruch von Karachan [1. 3. 1918] 654, 661
- über Friedensschluß 28—30, 85 f., 229 f.,
422 f., 543, 562, 595, 651, 678
Kündigung des Waffenstillstandes 573, 587 f.
Ultimatum der deutschen Regierung 590 f.,
600, 607, 618, 633, 677, 681, 701
Unterzeichnung des Friedensvertrages [4. 3. 1918] 678
Verhandlungstaktik 99, 101, 108, 563
Waffenstillstand 25 f., 28—30, 229 f.
- Leopold, Prinz von Bayern, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber Ost** 33, 39, 59, 67, 129 f., 136, 289, 596, 655
- Lerchenfeld-Koefering, Hugo Graf v., deutscher Major, Regierungskommissar in Warschau** 371
- Lersner, Dr. Kurt Frhr. v., Legationsrat, Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier** 19, 25, 27, 30, 32 f., 35 f., 38, 40, 57, 59, 72, 75 f., 81, 85, 118, 143, 148, 170 f., 177 f., 187, 189, 326, 361, 370, 441, 572, 581, 583, 585, 589, 606, 706
- Telegramm an AA [27. 11. 1917] 28; [16. 12. 1917] 113; [16. 12. 1917 a. m.] 119; [16. 12. 1917 p. m.] 120; [20. 12. 1917] 131 f.; [1. 1. 1918] 188; [20. 1. 1918] 405 f.; [14. 2. 1918] 560; [21. 2. 1918 a. m.] 586 f.; [21. 2. 1918 p. m.] 587; [21. 2. 1918] 594; [22. 2. 1918] 595; [24. 2. 1918] 602; [25. 2. 1918 a. m.] 605; [25. 2. 1918 p. m.] 608; [25. 2. 1918 abends] 608; [28. 2. 1918] 622—625
- empfängt Telegramm von Bussche [6. 1. 1918] 212
Ludendorff [26. 1. 1918] 433 f.; [12. 3. 1918] 699
- Levits'kij, Mikola F., Mitglied der ukrainischen Delegation** 187, 395, 437, 448
- Liebknecht, Karl, MdR** 86
- Lilienthal, Erich, deutsches Auslandssekretariat** 95
- Limburg-Stürum, Jules Menno Graf v., Vertreter des Reichskanzlers im Großen Hauptquartier** 685
- Linsingen, Alexander v., deutscher Generaloberst, Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe** 39, 655
- Lipski, Hauptmann, Mitglied der russischen Delegation** 96, 136, 617
- Ljubynsjkyj, N. Mikola, Mitglied der Kiever Rada, Außenminister der Ukrainischen Volksrepublik** 1918 136, 187, 206, 242, 311, 316, 318—324, 470, 474, 576
- Lloyd George, David, britischer Premierminister** XVII, LII, 89, 113, 128, 134, 186, 188, 192, 196 f., 203, 221, 236, 253, 272, 425, 460
- Löbe, Paul, SPD, seit 1919 MdR** 10
- Loebell, Friedrich Wilhelm v., preußischer Innenminister** 1914—1917 502
- Lovskij, Attaché an der russischen Gesandtschaft in Kopenhagen** 84
- Losky, Kanzleidirektor des Generalsekretariats der Ukraine** 141
- Lubomirski, Zdislaw Fürst v., Mitglied des polnischen Regentschaftsrates** 225
- Lucius v. Stuedten, Hellmuth Ferdinand Eduard Frhr., deutscher Gesandter in Stockholm** 103, 104, 108 f., 131, 714
- Ludendorff, Erich, Generalquartiermeister** 1916—1918 XXVIII, XLII, 19, 25, 27, 52, 85, 90, 94, 102, 106, 119, 130, 157, 167, 170, 172, 176, 180, 198, 238—240, 300, 326, 363, 382, 407, 441, 476—478, 587, 594 f., 608, 611, 685
- Besprechung mit der Reichsleitung [6./7. 12. 1917] 72—83
mit Reichsleitung und Czernin [6. 2. 1918] 492
- Telegramm an Auswärtiges Amt [11. 12. 1917] 91 f.
Hoffmann [6. 1. 1918] 213; [24. 2. 1918] 602 f.
Lersner [26. 1. 1918] 433 f.; [13. 3. 1918] 699
Oberbefehlshaber Ost [9. 12. 1917] 92; [14. 12. 1917] 105
- Entwurf des Waffenstillstandsvertrages [11. 11. 1917] 19—21
- Richtlinien für Friedensbedingungen 38—40, 118, 581—583, 585 f.
- Weisungen für Verhandlung mit Ukrainern 187 f.
- Änderungsvorschläge zum Ultimatum 435 f.
- über Annexionen 35 f.
austro-polnische Lösung 91 f.
Entente und Friedensverhandlungen 189
litauische Frage 73
polnische Teilnahme an Friedensverhandlungen 143
polnisches Korps 91 f.
Räumungsfrage 98, 105
Selbstbestimmungsrecht 105
Verhandlungstaktik der Russen 177 f., 434

- Waffenstillstandsverhandlungen 26, 32 f.
Wiederaufnahme der Kriegshandlungen 535, 558
- „Kriegserinnerungen“ XL, LII, 35, 58, 129, 335, 547, 558
- Ludwig III.**, König von Bayern 1913—1918 252
- Luise**, Großherzogin von Baden 96
- Luther**, Dr. Hans, Reichskanzler 1925/26 XXI
- Lutz**, Johann Frhr. v., bayerischer Justizminister 1870/71, 1880—1890 Ministerpräsident 190
- Lvov**, Grigorij Evgen'evič Fürst, Ministerpräsident der provisorischen russischen Regierung 1917 7
- Mackensen**, August v., deutscher Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe in Rumänien 21, 108
- Mannerheim**, Karl Gustav Frhr. v., finnischer General und Staatsmann 623
- Manteuffel**, Hans v., Kommandant des Stoßtrupps der baltischen Landeswehr 624
- Marx**, Karl 690
- Maslovski**, S. D., Mitglied des Zentralkomitees 1917, Mitglied der russischen Waffenstillstandsdelegation 41
- Massow**, Ewald v., Oberst, deutscher Militärbevollmächtigter in Bulgarien 63, 108, 326
- Medvedev**, Efim Gregorevič, Vorsitzender des Zentralkomitees der ukrainischen Räte 415—417, 447, 466, 470, 552
- Meerfeld**, Johannes, MdR (SPD) XIX, 707 bis 709, 711
- Mehmed V.**, türkischer Sultan 1909—1918 685, 700
- Mehmed Emin**, türkischer Dichter 700
- Melchior**, Dr. Carl, Bankier, Finanzsachverständiger 201
- Ménémeli zadé Ethem Bey**, Mitglied der türkischen Waffenstillstandsdelegation 40
- Meren**, Georg, Mitglied des Armeekomitees der 5. russischen Armee 54
- Mérey v. Kaposméré**, Kajetan, Botschafter, Mitglied der österr.-ungar. Delegation 56, 92, 93, 94, 120 f., 129, 135, 640 f., 645, 650 f., 656, 660, 664, 669—674
- Meyer**, Dr. H., Legationssekretär, später Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt XX f., XXVIII, XXX, XXXVIII, XLIV, XLVI, LIII, 10, 308, 361 f., 381, 396, 438, 575, 586, 711—714
- Michaelis**, Georg, Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident 1917 XXVIII, LIII, 239, 715
- Michalkiewicz**, polnischer Prälat, Verwalter der Diözese Wilna 79, 82
- Mickevičius**, Vincas (Pseudonym Kapsukas), litauischer Sozialdemokrat, Chef des Kommissariates für litauische Angelegenheiten 520—523, 524
- Miljukov**, Pavel Nikolaevič, Außenminister der provisorischen russischen Regierung 1917 7, 181
- Mirbach**, Baron, Major i. G., Mitglied der österr.-ungar. Waffenstillstandsdelegation 40
- Mirbach-Harff**, Wilhelm Graf v., deutscher Gesandter in Rußland 1918 201, 214, 452, 559
- Mjasnikov**, Alexander Fedorevič, führender russischer Bolschewik, 1917/18 Oberkommandierender an der Westfront 557
- Molkenbuhr**, Hermann, MdR (SPD) 436
- Moll**, v., deutscher Rittmeister bei der Militärverwaltung Litauen 78
- Moros**, Oberstleutnant, militärischer Sachverständiger der russischen Waffenstillstandsdelegation 41
- Müller**, Baron, tätig im österr.-ungar. Außenministerium 13, 172, 364
- Müller**, Georg Alexander v., Chef des Marinekabinetts 1906—1918 LIII, 58, 527
- Müller**, Hermann, SPD, Reichskanzler 1920 und 1928—1930 XV
- Müller**, Rudolf, deutscher Hofrat 700 f.
- Nabokov**, Konstantin, russischer Geschäftsträger in London 84
- Nadolny**, Rudolf, Geh. Legationsrat, Referent für Ostfragen im Auswärtigen Amt LIII, 23, 73, 75 f., 81, 173, 176, 577
- Napoleon I. Bonaparte** 180, 419, 675, 681
- Naumann**, Dr. Friedrich, MdR, Vorsitzender der DDP 1919 702, 705

- Naumann, Victor, Publizist** 137
- Nessimy Bey, Achmed, türkischer Außenminister** 84, 104, 135, 208, 626
- Nicolai, Walter, deutscher Oberst, Leiter der Abteilung Presse und innere Abwehr in der O.H.L.** 429
- Niemeyer, Theodor, Professor für Völkerrecht** 486, 488
- Nikolaus II., Alexandrovič Romanov, Zar von Rußland** 1894—1917 4 f., 9, 29, 34, 89, 285, 519, 593
- Oberndorff, Dr. Alfred Graf v., deutscher Gesandter in Sofia** 1916—1918 59, 60, 108
– Telegramm an AA [4. 12. 1917] 59 f.; [5. 12. 1917] 63 f.; [26. 12. 1917] 149 f.; [27. 12. 1917] 158 f.; [28. 12. 1917] 168; [21. 1. 1918] 414; [26. 1. 1918] 438
– empfängt Telegramm von Bussche [19. 2. 1918] 578 f.; [20. 2. 1918] 585
Kühlmann [20. 1. 1918] 413
Rosenberg [29. 12. 1917] 168—170
- Obuchov, Mitglied des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates** 41
- Öttingen, Erich v., Deutschbalte, Landrat** 117
- Oettingen, Eugen Prinz zu, Legationssekretär, Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Generalgouvernement Warschau** 1917/18 479, 557 f.
- Olič, Mitglied des Zentralexekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte** 41
- Ollusev, Graf** 713
- Orlando, Vittorio Emanuele, italienischer Ministerpräsident** 1917—1919 196
- Orlovskij s. Vorovskij**
- Ovsjannikov, russischer Bolschewik** 542
- Pacelli, Eugenio, Erzbischof, päpstlicher Nuntius in München** XXVII
- Paul Alexandrovič, russischer Großfürst, Sohn Zar Alexanders II.** 581
- Payer, Dr. Friedrich v., MdR (Fortschrittliche Volkspartei), Vizekanzler** 1917/18 222
- Pelivanu, Außenminister der bessarabischen Republik Moldau** 625
- Penfield, Frederic Courtland, amerikanischer Botschafter in Wien** 1913—1917 5
- Peter I., der Große** 620
- Peterson, K., Vertreter des lettischen Schützenregimentes** 551
- Petljura, Symon, Generalsekretär für Kriegsangelegenheiten der Ukraine** 70
- Petrov, russischer Bolschewik, Vorsitzender des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten im Sovet** 705
- Petrovskij, Grigori Ivanovič, Volkskommissar für Inneres** 617, 633, 655, 657
- Pfünf, Antonie, MdR (SPD)** XVIII f., 707 f.
- Philipp, Dr. Albrecht, MdR (DNVP)** XXIV, XXVIII, XXXIII
- Pichon, Stefan, französischer Außenminister** 1906—1911 und 1913 192, 193
- Pilsudski, Józef, polnischer Staatspräsident** 1918—1922 502
- Plehu, Hans, Konsul, Vertreter von WTB in Brest-Litowsk** LIV, 160, 287, 289
- Podewils-Dürnitz, Klemens Graf v., bayerischer Ministerpräsident** 1903—1912 222, 252, 446
- Poincaré, Raymond, französischer Präsident** 1913—1920 196
- Pokorny, Oberstleutnant i. G., Mitglied der österr.-ungar. Delegation** 40, 135
- Pokrovskij, Michael Nikolaevič, Historiker, Mitglied der russischen Delegation** 136, 552
- Polosiv, M. N., Mitglied der ukrainischen Delegation und der Kiever Rada** 187
- Popow, Ch. Iv., bulgarischer Justizminister** 1914—1918, Leiter der bulgarischen Delegation 135, 141, 142, 169 f., 208, 223, 233, 413 f., 438, 462
- Pranckh, Siegmund Frhr. v., General, bayerischer Kriegsminister** 1866—1880 190
- Praznovszky, v., österr.-ungar. Außenministerium** 540
- Premeev, K., Mitglied des Ausschusses für revolutionäre Verteidigung** 653
- Prittwitz u. Gaffron, Friedrich Wilhelm v., Legationssekretär, Adjutant des Reichskanzlers** 72, 75, 81
- Prosjan, Leiter der sovetschen Verhandlungsdelegation mit der Ukraine** 466

- Protopopov, Alexander Dimitrijevič**, russischer Minister für Inneres 1916/17 4, 713
- Quessel, Dr. Ludwig, MdR (SPD) XIX—XXI, XXX, XXXV, XXXVIII, 3, 7, 9, 710—713**
- Radek, Karl (Sobelsohn)**, Mitglied der russischen Delegation LIV, 103, 104, 369, 429, 490, 499, 679
- Radoslawow, Wassil**, bulgarischer Ministerpräsident 1913—1918 59, 60, 63 f., 108, 150, 159, 168—170, 326, 414, 438, 462
- Radowitz, Wilhelm v.**, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei 1917/18 72, 75 f., 81, 167, 309, 406, 558 f., 685
- Reschad Hikmed Bey**, türkischer Unterstaatssekretär 104, 135
- Rheinbaben, Werner Frhr. v.**, 1917/18 Legationsrat im Auswärtigen Amt, MdR (DVP) 1920—1930 XVII—XXII, XXV f., XXX, XXXIV, XLII, LIV, 3, 6, 10, 707—709, 713
- Riezler, Dr. Kurt**, Legationsrat in der Reichskanzlei seit 1915, 1918 an der deutschen Vertretung in Rußland 88, 90, 100, 103 f., 108 f., 131, 424, 426, 714
- Rizoff**, bulgarischer Gesandter 713
- Roedern, Siegfried Graf v.**, Staatssekretär des Reichsschatzamt 1916—1918 72, 73—77, 79—81, 167, 198, 382 f., 390
- Rohrbach, Paul**, politischer Publizist 187
- Romberg, Konrad Gisbert Frhr. v.**, deutscher Gesandter in Bern 1912—1919 XVIII, 710 f.
- Rosen, Dr. Friedrich**, deutscher Gesandter in den Niederlanden 1916—1918 LV, 189, 238, 710, 714
- Rosenberg, Dr. Frederic Hans v.**, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, Mitglied der deutschen Delegation 31, 39, 67, 97 f., 109, 112, 128, 154, 201, 224, 306, 308, 326, 382 f., 415, 419, 429, 435 f., 520, 526, 570, 589, 594, 601, 614, 617, 630, 659, 677, 700 f.
- Teilnahme an Waffenstillstandsverhandlungen [3. 12. 1917] 40—45
 - in Sitzung der Friedenskonferenz [24. 12. 1917] 135—137; [1. 3. 1918 a. m.] 634—643; [1. 3. 1918 p. m.] 651—653; [3. 3. 1918 a. m.] 660—673; [3. 3. 1918 p. m.] 673 f.
 - Ausführungen [1. 3. 1918 a. m.] 634—639, 641—643; [1. 3. 1918 p. m.] 651—653; [3. 3. 1918 a. m.] 660, 670—672
 - bei Besprechung der Delegationsvorsitzenden [1. 3. 1918] 644—649
- Teilnahme an Sitzung mit Ukrainern [13. 1. 1918] 309—316; [19. 1. 1918 p. m.] 397—405
 - Vollmacht für Friedensunterzeichnung [25. 2. 1918] 609 f.
 - telephonische Mitteilung an AA [7. 1. 1918] 223; [15. 1. 1918] 341 f.
 - Telegramm an AA [3. 12. 1917] 37; [4. 12. 1917] 54—56; [5. 12. 1917] 64; [6. 12. 1917] 69—71; [12. 12. 1917] 93—96; [13. 12. 1917] 102 f., 105—107; [16. 12. 1917] 117, 119—121; [17. 12. 1917] 121—123; [18. 12. 1917] 129; [5. 1. 1918] 207—209; [6. 1. 1918] 214; [13. 1. 1918] 305; [15. 1. 1918] 337—339; [16. 1. 1918] 362; [17. 1. 1918] 368; [18. 1. 1918] 371—373; [21. 1. 1918] 414; [22. 1. 1918] 417 f.; [25. 1. 1918] 430 f.; [26. 1. 1918] 437 f.; [26. 2. 1918] 611; [28. 2. 1918] 627—629; [1. 3. 1918] 633; [3. 3. 1918] 675; [7. 3. 1918] 686 f.; [2. 7. 1918] 706
 - Bernstorff [28. 2. 1918] 625 f.; [3. 3. 1918] 655 f.
 - Hertling [25. 1. 1918] 426 f.
 - Kühlmann [4. 12. 1917] 54; [1. 3. 1918] 650
 - Oberndorff [29. 12. 1917] 168—170
 - empfängt Schreiben von Hoffmann [1. 2. 1918] 460 f.
 - empfängt Telegramm von Bussche [25. 12. 1917] 143; [6. 1. 1918] 213; [12. 1. 1918] 289 f.; [13. 1. 1918] 307; [15. 1. 1918] 341; [22. 1. 1918] 418; [25. 1. 1918] 430; [31. 1. 1918] 452; [27. 2. 1918] 613; [2. 3. 1918] 654; [7. 3. 1918] 686
 - Hertling [1. 3. 1918] 633 f.; [3. 3. 1918] 675
 - Kühlmann [26. 2. 1918] 611 f.
 - über Diktatfrieden 644 f., 670
 - „Faustschlag“ Hoffmanns 305
 - Presseinformation 305
 - Räumungsfrage 94, 103, 121, 544
 - Ultimatum an Sowetrußland 432
 - Verhandlungen mit Ukrainern 121 f., 362
 - Verhandlungstaktik der russischen Delegation 305, 430—433
 - Waffenstillstandsverhandlungen 54—56, 64
- Rosin, Friedrich Adamovič**, Historiker, 1917 Vorsitzender des Vollzugsrats des lettischen Arbeiter-, Landarbeiter- und Soldatenrats 551
- Šachrai, Vasil Matveevič**, Sekretär für Militärangelegenheiten der Charkover Rada 415 bis 417, 447, 552
- Sagalovič, Michail**, russischer Militärarzt 54
- Samoilov**, russischer General, Militärexperte 136, 178, 571
- Sasanov, Sergej Dimitrijevič**, russischer Außenminister 1911—1916 4

- Satonskij**, Vladimir Petrovič, Sekretär für Volksaufklärung der Charkover Rada 416 f., 447
- Sauerwein**, Redakteur bei der Zeitung „Matin“ XXV, 708
- Šaulys**, Dr. Jurgis, Vizepräsident der litauischen Taryba 57, 81
- Scavenius**, Erik v., dänischer Außenminister 1913—1920 207, 604
- Schäfer**, Prof. Dr. (DNVP), Sachverständiger beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß XVIII—XX, 707 f.
- Scheidemann**, Philipp, MdR (SPD) LV, 23 f., 89, 220, 305, 408, 427, 436, 554, 682, 692, 711
- Schenck**, Geheimrat im Reichspostamt 559
- Schmidt**, v., Rittmeister, Mitglied der türkischen Waffenstillstandsdelegation 40, 45
- Schoen**, Wilhelm Frhr. v., Staatssekretär des Auswärtigen 1907—1910 519, 696
- Schücking**, Dr. Walter, Professor für Völkerrecht, MdR (DDP) XVIII
- Schüler**, Edmund, Legationsrat im Auswärtigen Amt 193, 197, 422—424, 551, 553, 556 f., 561, 563, 571—573, 575—577, 591, 594, 600—603, 611, 655, 678 f.
– Telegramm an AA [3. 1. 1918] 194 f.; [3. 2. 1918] 478 f.; [20. 2. 1918] 584; [21. 2. 1918] 587 f.; [25. 2. 1918] 606—608; [27. 2. 1918] 617
- Schwarzkopf**, Regierungsrat (Großes Hauptquartier) 685
- Schwerin**, Eberhard Graf v., Legationssekretär in der preußischen Gesandtschaft in Sachsen 292, 293
- Schwertfeger**, Bernhard, Oberst, Sachverständiger beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß 235, 407, 433
- Seidler v. Feuchtenegg**, Dr. Ernst Frhr., österreichischer Ministerpräsident 1917/18 35, 172, 365 f., 396 f.
- Seiki**, Terauchi Graf, japanischer Ministerpräsident 1916—1918 625
- Sender**, Toni, MdR (USPD/SPD) XIX, 708
- Senin**, Fähnrich, Mitglied der russischen Waffenstillstandsdelegation 41
- Sevrjuk**, Alexander A., Mitglied der ukrainischen Zentralrada, Teilnehmer der ukrainischen Delegation 187, 206, 215, 216—220, 310 f., 318, 320, 393, 397, 400, 462
- Simons**, Dr. Walter, Vortragender Rat in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes 686, 687
- Sinzheimer**, Dr. Hugo, MdR (SPD) XIV, XVIII
- Šiškin**, Oberst i. G., Mitglied der russischen Waffenstillstandsdelegation 41
- Sixtus**, Prinz v. Bourbon-Parma, s. Bourbon
- Skalon**, Anna Lovna 96
- Skalon**, Generalmajor, militärischer Sachverständiger der russischen Delegation 95, 103
- Skirpa**, Oberleutnant, Vorsitzender des Komitees des rechten Flügels der Sozialisten in Litauen 624
- Smetona**, Dr. Antanas, Präsident der litauischen Taryba 57, 60, 74, 81
- Sneur**, Vladimir, russischer Leutnant 54
- Sokol'nikov**, Grigorij Jakovlevič, Mitglied des Zentralkomitees, März 1918 Leiter der russischen Delegation LV, 45, 617, 627, 657
– in Sitzung der Friedenskonferenz [1. 3. 1918 a. m.] 634—643; [1. 3. 1918 p. m.] 651—653; [3. 3. 1918 a. m.] 660—673; [3. 3. 1918 p. m.] 673 f.
Ausführungen [1. 3. 1918 a. m.] 635 f., 639, 643; [1. 3. 1918 p. m.] 651—653; [3. 3. 1918 a. m.] 661—664, 672 f.
– Besprechung der Delegationsvorsitzenden [1. 3. 1918] 644—649
– Funkspruch an Sovet der Volkskommissare [2. 3. 1918] 654 f.
– Schreiben an Rosenberg [28. 2. 1918] 629 f.
– über Ålandfrage 648
deutsche Friedensbedingungen 644, 646 f.
deutsches Ultimatum 628—630, 661—664
Selbstbestimmungsrecht 663
Waffenstillstandskündigung 663 f., 672 f.
- Solf**, Wilhelm, deutscher Staatssekretär des Reichskolonialamtes 1911—1918 138
- Stalin**, Josif LV, 543, 591
- Stambulijski**, Alexander, bulgarischer Politiker, 1919—1923 Ministerpräsident 159
- Stanislavski**, Oberst i. G., militärischer Sachverständiger der russischen Waffenstillstandsdelegation 41

- Staškov-Romanov**, Mitglied des Zentral-
 exekutivkomitees und der russischen Waffen-
 stillstandsdelegation 41
- Stein**, Hans Karl Frhr. v., Staatssekretär des
 Reichswirtschaftsamtes 1917/18 72, 75, 81
- Stein**, Hermann v., Generalleutnant, preußi-
 scher Kriegsminister 1916—1918 72, 73,
 75—77, 79, 81
- Steputat**, Dr., Rittmeister und Mitglied des
 litauischen Landtags 522
- Stinnes**, Hugo, Großindustrieller, MdR (DVP)
 714
- Stockhammern**, Karl Edler v., Legationsrat in
 der Handelspolitischen Abteilung des Aus-
 wärtigen Amtes 209, 210, 437
- Stojanowitsch**, Gesandter, Mitglied der bulgari-
 schen Delegation 135
- Stresemann**, Gustav, MdR (Nationalliberal/
 DVP) 138, 158
- Stučka**, Peter Ivanovič, lettischer Revolutio-
 när, Staatsrechtler, 1917/18 Volkskommissar
 für Justiz 551
- Stürmer**, Boris Vladimirovič, russischer
 Ministerpräsident 1916 4
- Suchomlinov**, Vladimir, General, russischer
 Kriegsminister 1911—1916 4
- Suchov**, Peter Fedorovič, russischer Oberst-
 leutnant, 1917/18 Sekretär des Arbeiter- und
 Soldatenrats in Koltšugino 41
- Šulhin**, Alexander, Staatssekretär für inter-
 nationale Angelegenheiten bei der Kiever
 Rada 141
- Sverdlov**, Jakov Michajlovič, Mitglied des
 Zentralkomitees und des Ausschusses für
 revolutionäre Verteidigung 653
- Svinhufvud**, Per Evind, finnischer Reichsver-
 wesser 1917/18 485
- Tabouis**, französischer General, Chef der
 Militärmission in der Ukraine 217
- Talaat Pascha**, Mehmed, türkischer Minister-
 präsident 1917/18 104, 214, 229, 233, 369,
 446, 452
- Tarnowski**, Adam Graf, polnischer Politiker,
 österr.-ungar. Gesandter in Bulgarien 191,
 224 f.
- Tereščenko**, Michail Ivanovič, russischer Mini-
 ster für Äußeres 1917 124
- Tereterkovič**, Mitglied der russischen Dele-
 gation seit Februar 1918 617
- Thurn**, Graf, österr.-ungar. Gesandter in
 München 22
- Tirpitz**, Alfred v., Admiral, Staatssekretär des
 Reichsmarineamtes 1897—1916 23
- Tisza**, Stefan Graf, ungarischer Ministerpräsi-
 dent 1913—1917 365
- Toggenburg**, Friedrich Graf, österreichischer
 Minister für Inneres 389
- Toschew**, Andrea, Mitglied der bulgarischen
 Delegation 641, 646, 657, 669, 671
- Trampezynski**, Adalbert v., MdR (Polen-
 fraktion) 501, 502
- Trier**, Dr., Legationsrat, Sekretär des 2. Unter-
 ausschusses 1919—1921 XIX
- Trimborn**, Karl, MdR (Zentrum) 383
- Trockij**, Lev Davidovič, Volkskommissar des
 Äußeren XXXVII, 23, 26, 30—33, 38, 44,
 54, 95, 101, 103, 105, 108 f., 181, 186, 200 f.,
 207, 209, 214, 223 f., 274 f., 288—290, 303,
 305, 307, 326, 338, 346, 360, 364, 366 f., 370,
 381 f., 397, 406—412, 415, 418 f., 427—429,
 431—433, 436—438, 443, 471, 476, 478,
 489 f., 505—509, 520 f., 524—526, 529—531,
 547—549, 558, 562, 566—569, 575 f., 578,
 580, 584, 595 f., 604, 607 f., 611, 613, 617
 bis 619, 621 f., 633, 642, 669, 672, 692 f., 717
 — in Sitzung der Friedenskonferenz [9. 1. 1918]
 229—234; [10. 1. 1918] 241—251; [12. 1.
 1918] 284—287; [30. 1. 1918] 446—452;
 [1. 2. 1918] 462—475
 Ausführungen [9. 1. 1918] 233 f.; [10. 1.
 1918] 242—251; [12. 1. 1918] 284—287;
 [30. 1. 1918] 446—452; [1. 2. 1918] 466 bis
 470, 474 f.
 — in Sitzung der politischen Kommission
 [11. 1. 1918 a. m.] 255—271; [11. 1. 1918
 p. m.] 277—283; [12. 1. 1918] 294—301;
 [14. 1. 1918] 327—337; [15. 1. 1918 a. m.]
 342—351; [15. 1. 1918 p. m.] 351—359;
 [18. 1. 1918 a. m.] 373—380; [18. 1. 1918
 p. m.] 384—388; [31. 1. 1918] 453—459;
 [3. 2. 1918] 479—488; [7. 2. 1918] 492—502;
 [9. 2. 1918] 509—520; [10. 2. 1918] 537—543
 Ausführungen [11. 1. 1918 a. m.] 255—271;
 [11. 1. 1918 p. m.] 277—283; [12. 1. 1918]
 294 f., 301; [14. 1. 1918] 330—337; [15. 1.
 1918 a. m.] 343—345, 347—351; [15. 1. 1918
 p. m.] 352—359; [18. 1. 1918 a. m.] 374 f.,
 377—380; [18. 1. 1918 p. m.] 384 f., 387 f.;
 [31. 1. 1918] 453—459; [3. 2. 1918] 480 f.,
 484—488; [7. 2. 1918] 493—499; [9. 2. 1918]
 511—514, 517—520; [10. 2. 1918] 537—540,
 542 f.

- Flugblatt „An die deutschen Soldaten“ [8. 12. 1917] 85 f.
- Funkspruch [23. 1. 1918] 422 f.; [11. 2. 1918] 551—553; [12. 2. 1918] 556 f.; [17. 2. 1918] 571 f.; [21. 2. 1918] 587 f.; [4. 3. 1918] 678 „An Alle“ [12. 12. 1917] 99 f.
- „An alle Völker“ [29. 12. 1917] 173—176
- deutsche Regierung [19. 2. 1918] 573 f.; [24. 2. 1918] 600
- Duchonin [21. 11. 1917] 25 f.
- Unterzeichnung des Friedensvertrages [4. 3. 1918] 678
- Völker Europas [17. 12. 1917] 123—126
- Völker kriegführender Länder [28. 11. 1917] 28 f.
- Telegramm an Czernin [18. 2. 1918] 573
- empfängt Schreiben von Karachan [2. 3. 1918] 661
- über Anerkennung Polens 225, 281, 485
- Ukraine 265, 285, 463—465, 467 f., 479, 513, 516, 570
- Demobilisierung Rußlands 261, 333, 536, 539 f., 542, 552 f., 556 f.
- Flüchtlingsproblem 358 f., 372, 374 f.
- zu Friedensverhandlungen 28 f., 99 f., 124 f., 134, 332, 423, 455
- Abbruch der Verhandlungen 539 f., 542, 551 f., 554—556, 560 f.
- annexionsloser Frieden 99 f.
- Friedensvertrag 676, 686
- Separatfrieden 173, 246
- Teilnahme der Randstaaten 343, 458, 480, 485
- Verlegung des Verhandlungsortes 246 f.
- Verständigungsfrieden 249, 455
- über Grenzfragen 372 f., 448, 458, 512, 517
- Räumungsfrage 260—262, 333, 353—355, 384, 511, 519, 527
- zum Selbstbestimmungsrecht 174 f., 242, 245, 248, 250, 262, 268, 281 f., 333 f., 352, 375, 377, 385, 512, 538
- präsumtiven Votum 265 f., 268, 281, 343 f., 347, 480
- Verhandlungstaktik der russischen Seite 361, 444 f., 477, 494, 497, 503 f., 610
- Veröffentlichung der Geheimverträge 248
- Schriften XL, LV
- Turčan**, Mitglied des militärrevolutionären Stabes beim russischen Oberkommando 588
- Turgenev**, Ivan Sergejevič, russischer Dichter 411
- Twardowski**, Dr. Fritz v., Sekretär des 2. Unterausschusses 1921/22 XIX f., XXV, XXXIV, 6, 707—709, 711
- Üxküll**, Baronin, Deutschbaltin 96
- Ugron**, Stefan Baron v., österr.-ungar. Gesandter beim Generalgouvernement Warschau 1917/18 173, 225
- Urach**, Wilhelm Herzog v., Graf v. Württemberg, 1918 Thronanwärter von Litauen 97
- Velsen**, v., Major bei der Obersten Heeresleitung 559
- Villalobar**, Marquis de, spanischer Gesandter in Belgien XXV, 708
- Vinničenko**, Vladimir K., Präsident des Generalsekretariats der Kiever Rada 141, 206, 424, 442, 591, 686
- Vitzthum v. Eckstädt**, Christoph Graf, sächsischer Minister des Innern und Äußern 1909 bis 1918 293
- Volkmann**, Erich Otto, Major a. D., Sachverständiger beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß XXXVI
- Vorovskij** (eigentlich Orlovskij), Vazlav Vlacovovič, sovjetischer Botschafter für Skandinavien 88, 89, 98—101, 104, 108 f., 131
- Wallraf**, Max, Staatssekretär des Innern 1917/18 72, 75—78, 81
- Warburg**, Max, deutscher Bankier 4, 713 f.
- Warmuth**, Dr. Fritz, MdR (Konservative Partei/DNVP) XVIII f., XXII, 3, 708
- Weber**, Dr. Theodor, Konsul, Vertreter der Reichsregierung beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß XIII, XV, XX, XXVI, XXVIII f., 707—710
- Wedel**, Dr. Botho Graf v., deutscher Botschafter in Wien 1916—1919 190, 224, 291, 339—341, 396 f., 427 f., 565, 569, 574, 711
- Schreiben an Hertling [17. 1. 1918] 665 f.
- Telegramm an AA [2. 1. 1918] 191; [16. 1. 1918] 364; [23. 1. 1918] 421 f.; [16. 2. 1918] 565
- empfängt Telegramm von Bussche [19. 2. 1918] 574, 578 f.; [20. 2. 1918] 585
- Weidner**, deutscher Generalmajor 201, 214
- Wekerle**, Alexander, ungarischer Ministerpräsident 1892—1894, 1906—1910, 1917/18 172, 396
- Weltmann Pavlovič**, M. F., Mitglied der russischen Delegation 136
- Westarp**, Kuno Graf v., MdR (Konservative Partei/DNVP) 204

- Wetzell, Georg Wilhelm**, Major, Chef der Operationsabteilung in der O.H.L. 73, 75, 77, 81
- Wiesner, Dr. Friedrich Ritter v.**, Sektionsrat im österr.-ungar. Außenministerium, Delegationsmitglied 135, 327, 337, 403 f., 540
- Wildner, Heinrich**, Gesandter, Mitglied der österr.-ungar. Delegation 641
- Wilhelm II.**, Deutscher Kaiser, König von Preußen XXXI, XXXVI, XLIV f., 7, 22 f., 26, 28, 30, 59, 63, 74, 84 f., 90, 92 f., 96 f., 102, 117, 127, 130, 132, 135, 147, 153 f., 167, 171, 177, 184, 191, 194, 197, 239 f., 273, 275, 293, 309, 327, 342, 362, 373, 396, 407, 409 f., 419, 433, 442, 446, 452 f., 459, 476 f., 488, 492, 503, 505—509, 519, 526—531, 535, 558, 566, 569, 578 f., 584, 594, 609 f., 612, 617, 650, 657, 659, 675, 679, 685, 687 f., 691, 695, 703 f., 706, 717
- Randbemerkungen 24 f., 179, 181, 183, 185, 187, 193, 198, 200, 204, 209, 220—222, 235—238, 252—254, 265, 267, 271 f., 274, 276 f., 280, 282—284, 286 f., 289, 291, 294—299, 301, 305—307, 310, 313 f., 317, 321, 325 f., 332, 337, 351, 358 f., 363, 367, 374, 376—378, 384—391, 397 f., 401—405, 408, 411 f., 421, 443 f., 446, 454—456, 461, 490—492, 503 f., 571, 579, 595, 599, 610 f., 613, 618—622, 680, 682—684, 690, 692 bis 696, 698
- Telegramm an Hertling [3. 3. 1918] 676
Hoffmann [9. 2. 1918] 524 f.
Kühlmann [9. 2. 1918] 524 f.
- empfängt Schreiben von Bussche [17. 1. 1918] 366 f.
Cramon [5. 1. 1918] 210—212
- empfängt Telegramm von Hertling [10. 2. 1918] 536; [11. 2. 1918] 548
- über „Faustschlag“ Hoffmanns 301
- zu Friedensfrage 698
Abbruch der Friedensverhandlungen 524 f.
- Bedingungen 221, 599
Kriegsziele 363, 386 f., 389, 412
Verhandlungen in Brest-Litowsk 132, 305
Verständigungsfriede 682
- über Presse 280
Selbstbestimmungsrecht 283 f., 297, 530
Verhandlungstaktik der Bolschewiki 397, 408
Verhandlungen mit Ukrainern 306 f., 525
Vermittlungsaktion Andrássys 272, 291
Vormarsch ins Baltikum 505, 621, 687 f.
- Wilson, Thomas Woodrow**, Präsident der USA 1913—1921 XVIII, XXII, XXIV, XXXII, XXXVIII, 5, 9, 89, 196 f., 236, 253, 276, 363, 425, 428, 460, 568, 594, 688, 708
- Winterfeldt, Detlof v.**, Oberst, Vertreter der O.H.L. beim Reichskanzler 36, 52, 72, 75, 81, 157 f., 389, 407
- Wirth, Kriegsberichterstatler** der Frankfurter Zeitung 18
- Wirth, Joseph**, Reichskanzler 1921/22 238
- Wolff, Kapitän**, Mitglied der österr.-ungar. Delegation 520
- Zech-Burkersroda, Dr. Julius Graf v.**, deutscher Legationsrat, Gesandter in München 222, 252
- Zekki Pascha**, General, Mitglied der türkischen Delegation 40, 56, 135, 602, 657
- Zeplik**, Oberst, Mitglied der russischen Delegation 136
- Zimmermann, Arthur**, deutscher Staatssekretär des Auswärtigen 1916/17 714
- Zuckerkindl, Bertha**, österreichische Journalistin XXV, 708

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
veröffentlichte in ihrer Quellenreihe u. a. die folgenden Titel im Droste Verlag Düsseldorf

Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914—1918

Bearbeitet von Wilhelm Deist
In zwei Halbbänden,
zusammen 1703 Seiten
Leinen, DM 184,—

„The work is an important addition to a most valuable series of original sources.”
The Times Literary Supplement

Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18

Bearbeitet von Erich Matthias
unter Mitwirkung von Rudolf Morsey
In zwei Halbbänden,
zusammen 1624 Seiten
Leinen, DM 98,—

„An den von den Bearbeitern publizierten Quellen wird die Geschichtsschreibung über jene Zeit kaum mehr vorübergehen können.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933

Bearbeitet von Martin Schumacher
432 Seiten, Leinen, DM 72,—

Diese Edition stellt zum erstenmal einen Politiker vor, der „eine wesentliche Rolle im parlamentarischen Intermezzo zwischen Monarchie und Hitler-Diktatur spielte“.

Das Historisch Politische Buch

Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898—1918

Bearbeitet von Erich Matthias
und Eberhard Pikart
In zwei Halbbänden,
zusammen 1144 Seiten
Leinen, DM 98,—

„Die Protokolle erschließen nicht nur vernachlässigte Gebiete der parlamentarischen Geschichte, sondern erweitern die Kenntnis über die innenpolitischen Entwicklungen Deutschlands in den Kriegsjahren.“

Das Deutsche Buch

Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914—1918

In Verbindung mit Erich Matthias
bearbeitet von Susanne Miller
370 Seiten, Leinen, DM 48,—

„In an excellent presentation... these recollections constitute a valuable source.“
International Review of Social History

Friedrich v. Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918 Erinnerungen aus seinem Nachlaß

Bearbeitet von Heinrich Pothoff
240 Seiten, Leinen, DM 58,—

Dieses Selbstzeugnis beleuchtet die politische Rolle des eigenwilligen Kabinettschefs im Mächtedreieck zwischen Kaiser, Reichsleitung und Oberster Heeresleitung.